



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

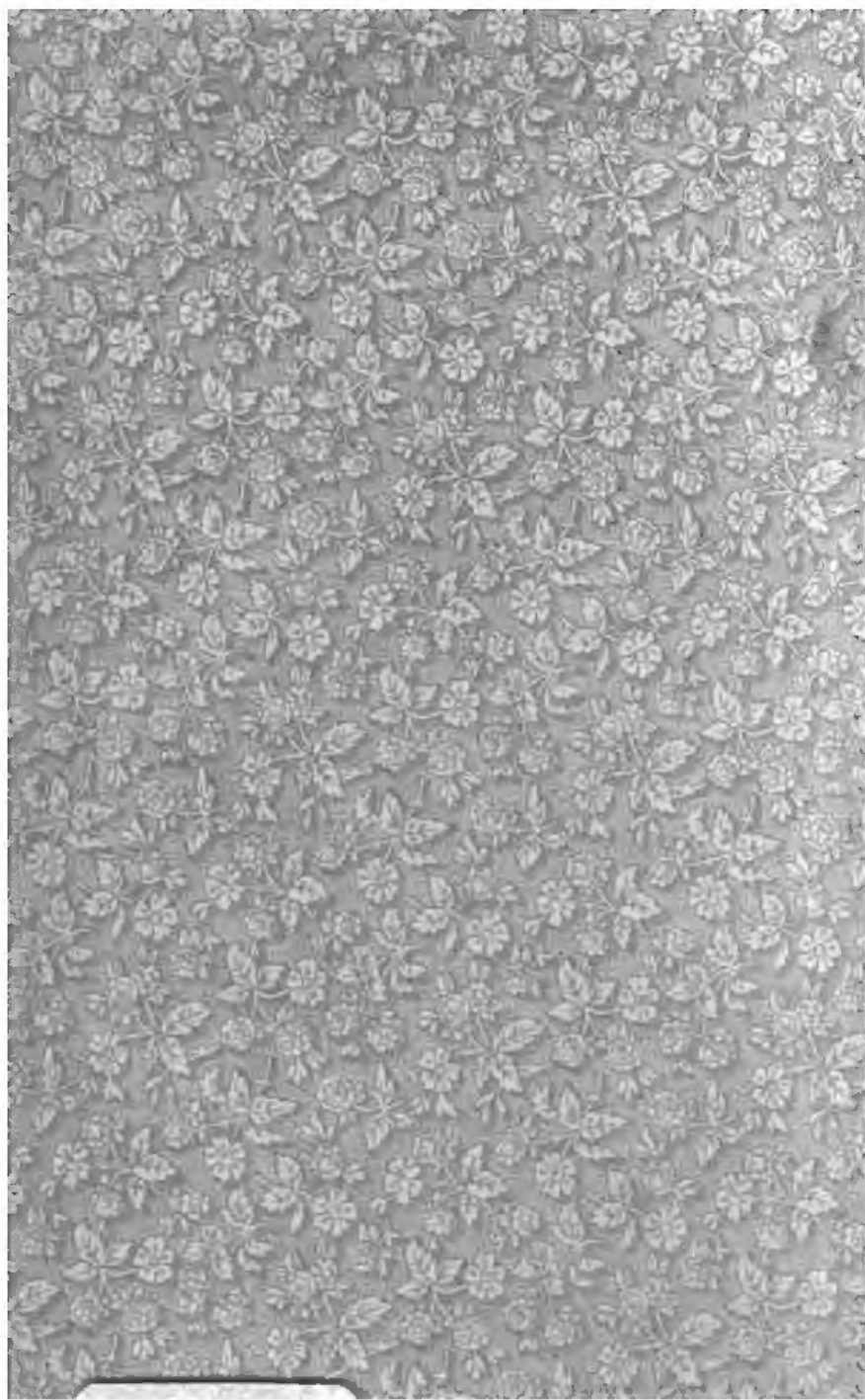
Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

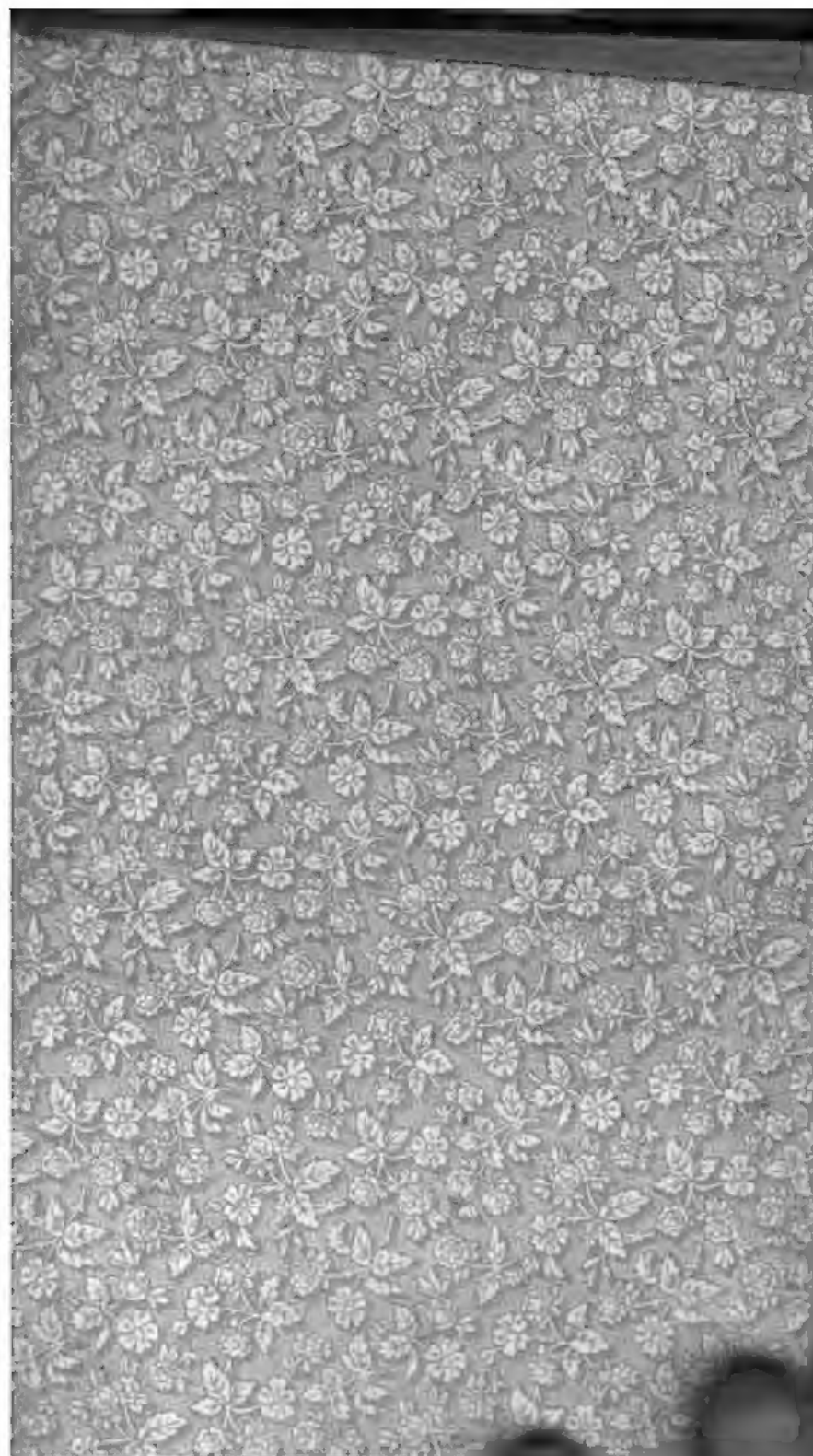
Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

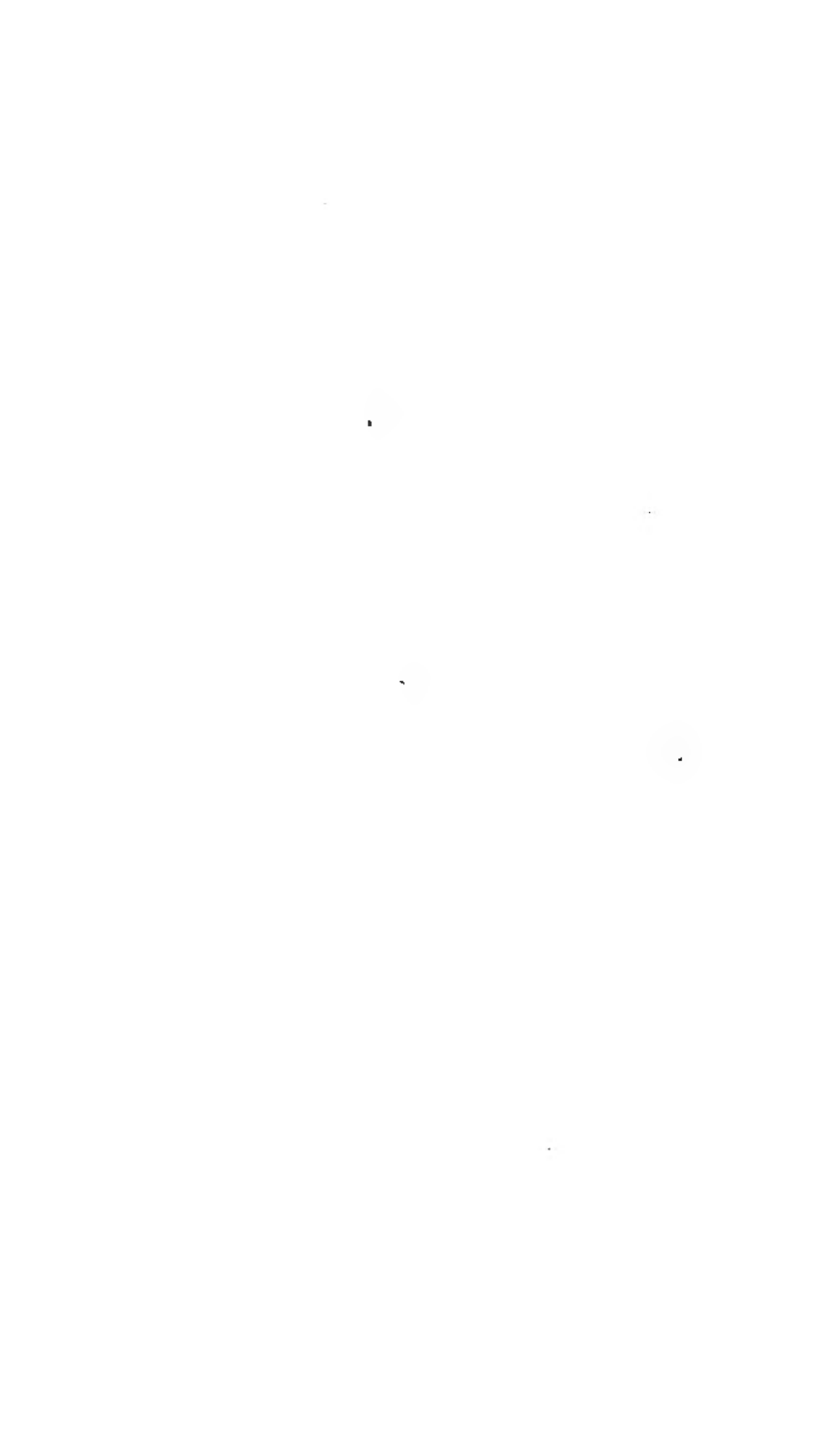
Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.





205

5775





6

Staats- und socialwissenschaftliche Forschungen.

Herausgegeben

von

Gustav Schmoller.

Neunter Band.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1890.

127614

YHABU
AL. COOPATE CH. B.
YHABU

Inhaltsverzeichnis.

— — — —

1. Der öffentliche Kredit im Mittelalter. Nach Urkunden der Herzogtümer Braunschweig und Lüneburg. Von A. v. Kostanecki.
 2. Die Glasindustrie im Hirschberger Thale. Ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte Schlesiens. Von Gustav Lange.
 3. Pfortheims Vergangenheit. Ein Beitrag zur deutschen Städte- und Gewerbegeschichte. Von Eberhard Gothein.
 4. Über die gutherrlich-bäuerlichen Rechtsverhältnisse in der Mark Brandenburg vom 16. bis 18. Jahrhundert. Von Friedrich Grefmann.
 5. Ulms Baumwollweberei im Mittelalter. Urkunden und Darstellung. Ein Beitrag zur deutschen Städte- und Wirtschaftsgeschichte. Von Eugen Näbling.
- — — — —

Staats- und socialwissenschaftliche Forschungen

herausgegeben

von

Gustav Schmoller.

Neunter Band. Erstes Heft.

(Der ganzen Reihe siebenundzwanzigster Heft.)

A. v. Kostanecki. Der öffentliche Kredit im Mittelalter.



Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1889.

Der
öffentliche Kredit
im
Mittelalter.

Nach Urkunden der Herzogthümer Braunschweig
und Lüneburg.

Von
A. von Kostanecki.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1889.

Das Übersetzungsrecht wie alle anderen Rechte sind vorbehalten.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
I. Lateinur und Quellen .	1 — 2
II. Politische Grundlagen des öffentlichen Kredits	3 — 10
Die Territorien:	
Gesamtheit und ursprüngliche Einheit desselben S. 3. Spätere Teilungen. Rechtlicher Sinn und geschichtliche Erklärung der Teilungen S. 3—4. Einheitsbestrebungen S. 5.	
Einheitslose Verhältnisse auf die politischen und finanziellen Beziehungen der Herzoge zu einander sowie auf die Finanzen der Einzelterritorien S. 5—6.	
Die Städte	
Allgemeine Charakteristik der städtischen Entwicklung. Städtebildungen S. 6.	
Verhältnis der Städte zu den Territorien.	
Allmähliche Emanzipation der Städte S. 7. Die hierbei von den Statuten befolgte Politik S. 8.	
Umfang der politischen und finanziellen Abhängigkeit der Städte von den Herzogen S. 9. Die finanziellen Wechselverhältnisse zwischen Stadt und Territorium und die Voraussetzungen für die Unterwerfung nach ergebenden Folgen S. 10.	
III. Rechtliche Grundlagen des öffentlichen Kredits	11 — 25
Die obligatorischen Kreditverschreibungen	
Schuld und Pfändung S. 11. Mangelhaftes Gerichtswesen S. 12.	
Versuche zur Einführung eines besseren Rechtssystems insbesondere Schuldverfahrens S. 13. Spuren der neuen Verworfenheit und Umherirren in den Schuldurteilen S. 13—14.	
Die Fülle als Fundament der obligatorischen Schuldversprechen, besonders in den Städten S. 14—15. Bedeutung einzelner obligatorischer Rechtsformen für Kreditverkehr auf doppeltem Wege S. 15.	
Die doppelten Kreditverschreibungen	
1) im allgemeinen	
Hauptarten doppelter Kreditverschreibungen. Ihr gegenseitiges Verhältnis in qualitativer und zeitlicher Hinsicht S. 15—16. Immobilienverpfändung mit Gewerkschaftsbesetzung als der Typus öffentlicher Kreditgeschäfte S. 16. Einfluss des Gewerkschafts auf die Gestaltung der Kreditgeschäfte. Das Gewerkschaftsversprechen des Verpfänders in seiner Bedeutung für den Pfandgläubiger S. 17. Doppelte obligatorische Forderung des typischen Kreditgeschäftes S. 18—19.	
2) insbesondere	
die herzoglichen: Lehnrechtlicher Charakter der Klausel	

- myane und rechte . . . in herzoglichen Krediturkunden S. 19–20. Ausdrückliche Verbindung herzoglicher Kreditverträge mit Dienst- resp. Lebensvertrag S. 20–21. Insbesondere das Pfandlehen S. 21–22. Umbildung der Belehnung zu einem processualen Vollzugsakte von Rechtsgeschäften S. 22–23. Bedeutung dieser Umbildung für den herzoglichen Kredit S. 24–25.
- die städtischen Städtische Gerichtsbarkheit. Entstehung des Rentenverkehrs aus der städtischen Leibe heraus S. 24–25.
- IV. Der städtische Kredit 26–55
1. Außerordentliche Erscheinungen innerhalb der städtischen Kreditgeschichte.

Charakteristik der Depressionsperiode in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts; insbesondere hinsichtlich Lüneburgs S. 26–27.

Außerordentliche Schuldentilgungsmassregeln während dieser Periode:

Herauszichung der in der Lüneburger Sölze Begüterten. Die Besitzverhältnisse in der Lüneburger Sölze. Die Massregel von 1377 S. 27–29. Die Massregel von 1385 S. 29–30. Vergleich beider Massregeln untereinander und mit späteren Verhältnissen S. 30–31.

Außerordentliche Kreditgeschäfte während der Depressionsperiode:

Reine Geldverschreibungen S. 31–32.

Satzungsgeschäfte mit Nutzungseinräumung: Verpfändung des Lüneburger Kaläberges S. 32–33. Anderweitige Verpfändungsgeschäfte S. 34.

Exkurs über die Lüneburger Sölze: Beteiligung des Rates an den Salineinkünften S. 35. Sölzrenten. Anweisungen S. 36. Satzungsgeschäfte innerhalb der Lüneburger Sölze S. 36.
 2. Regelmäßige Gestaltung des städtischen Kredits und dessen Entwicklungstendenzen:

Rentenverkauf als regelmäßiges Kreditgeschäft der Städte. Übergang von naturalwirtschaftlich fundierten Renten zu geldwirtschaftlich fundierten S. 37. Übergang von fundierten zu nicht fundierten Renten. Rechtliche, wirtschaftliche und administrative Bedeutung dieses Überganges S. 38–39.

Verwaltungsmäßige Kontingentierung und bankmäßige Vermittlung S. 39. Schwierigkeit des Überganges S. 40.

Zahlenmäßige Daten über den Rentenverkehr Lüneburgs, Göttingens und Hannovers. Monopolistische Tendenzen und bankmäßige Funktionen der Stadträte S. 41–42.
 3. Insbesondere die Kreditentwicklung in Braunschweig:

Verfassung der Stadt vor 1373 S. 42–43. Finanzielle Lage der Stadt vor 1373. Die Schicht von diesem Jahre S. 43 bis 44. Finanzielle Notlage 1373–1389 S. 44–45.

Reformen der Finanzverwaltung nach 1389. Kollegium der Beutelherren S. 45. (Schuldenverwaltungs-) Kollegium der fünf Finanzherren S. 47.

Rente und Hofabgabe S. 47. Rentenkonversionen S. 48 bis 49. Hofreduktionen und ihr Verhältnis zu den Zinsreduktionen S. 49.

Centralisation der Finanzverwaltung im Jahre 1398 S. 50. Ordinarium von 1408 S. 51.

Verhältnis der Verschuldung zum städtischen Vermögen S. 52. Rentenbetrieb 1406–1426 S. 53. Leibrentenmonopol und spätere Rentenpolitik des Rates S. 54–55.

V. Der herzogliche Kredit 58

Chronologische Ordnung der überlieferten herzoglichen Kredit-
verschreibungen

1 Pfandmäßig gesicherte Kreditverschreibungen der Herzöge

Bedeutung des Pfandes für die herzogliche Verwaltung.
Zerlegung der herzoglichen Verwaltung durch Pfand
und Lehen S 57—58. Bau besetzter Schlösser. Erwerb
der Mannschaft durch erbtunige, mit Hinblick auf die
Schlösser abgeschlossene Verträge. Verbindung des Pfan-
des mit diesen Verträgen S 58—59.

Das Schloß als Centrum eines wirtschaftlichen Separat-
betriebes S 59—61. Das Schloß als Centrum einer grund-
herrschaftlichen Bezirke S 61—62. Odium herrschaftliche
Befugnisse des Schloßinhabers S 62—63. Insbesondere
Verbindung der Vogtei mit dem Schloßpfande S 64. Die
Rolle des Pfandes bei der Abzahlung des Amtbegriffs
S 64. Verbindung des Amtes mit dem Pfande S 65.

Bedeutung des Pfandes für den herzoglichen Haushalt.
Das Pfand als Mittel zur naturwirtschaftlichen Los-
trennung einzelner Häuser — trotz der Fortschritte der
Landwirtschaft S 66. Veränderlichkeit der Pfandbezirke
und deren Preise S 66—67. Amortisation S 67. Anor-
tisation und Rechnungslegung S 68. Meliorationskredit
der Herzöge (Banknoten) S 69.

Mangel eines genügenden Anlehn und Tilgungsver-
fahren S 69. Erschwerung der Pfandentlösung S 70.
Unsicherheit der Pfandnutzung S 70.

Bedeutung der Pfandnahme seitens eines Beamten
S 71—72. Erhebung des Pfandes seitens Dritter, insbe-
sondere Bürger S 72—73.

Anläufe zur Ausbildung „landesherzoglicher“ Kreditver-
schreibungen:

Schulderverpflichtungen mehrerer Herzöge S 73. Fami-
lienrechtliche Kasse S 73—74.

Neue Bindungen im 14. Jahrhundert. Verpflichtung der
Pfandgläubiger zur Anerkennung eines bestimmten Lan-
desherren S 75. Anläufe zur Aufhebung der Pfandherr-
lichkeit als einer Konsequenz der Landesherrschaft S 75.

Die Rolle der Städte bei dieser Umbildung S 76. Die
Rolle der Städte speziell Lüneburg S 77. Die Sate von
1342 S 78. Die Entwicklung in Göttingen S 79—80.

2 Reine Schuldverschreibungen:

Mangelhafte Satzungen über Erbblichkeit der Schulden.
Hierzu folgende Bestimmungen S 80.

Die reine Schuldverschreibung als exceptionelle Erscheinung
S 80—81. Verwinden der Gesamtverpflichtung mit der
reinen Schuldverschreibung S 81.

3 Geld- und Zehungsgerichte der Herzöge:

Mangel einer herzoglichen Centralkasse S 82. Anweisungen
an Schloßinhaber S 82—83. Anweisungen an Städte und
ihre Ämter S 84—85. Insbesondere die Rolle des Göttinger
Rätes als herzoglicher Anweisungsstelle und andere damit
zusammenhängende Funktionen desselben S 85—86.

VI Der Verkehr mit öffentlichen Schuldverschreibungen 88—120

1 Verkehr mit reinen Schuldverschreibungen:

Die Verbriefung im mittelalterlichen Schuldrecht S 88.
Die Urteilklausel bei reinen Schuldbriefen S 89.

2 Verkehr mit dinglich gesicherten Schuldverschreibungen

- Das Verwertungs- (Wiederverpfändungs-)recht im mittelalterlichen Pfandrechte. Origineller Rechtswerbtheben S. 90.
- Verkehr mit städtischen Schuldverschreibungen:
- Verkehrsfähigkeit der städtischen Leihgüter S. 91. Verkehrsfähigkeit der Renten. Zwei Stufen der Mobilisierung S. 92. Processuale und administrative Bedeutung des Überganges von der ersten Stufe zur zweiten S. 93. Verkehrsfähigkeit der Leihrenten S. 94.
- Verkehr mit herzoglichen Schuldverschreibungen:
- Herzogliche Orderrentenbriefe S. 95.
- Verkehrsfähigkeit herzoglicher Güter S. 95.
- Inbesondere Verkehrsfähigkeit herzoglicher Leihgüter. Bedeutung des Belehnungsaktes und des Leihbriefes S. 95.
- Bedeutung der simultanen Investitur für den Leihverkehr S. 96.
- Allmähliche Mobilisierung der Leihgüter S. 96. 98.
- Vorgeschichte der Mobilisierung herzoglicher Pfänder S. 98. 99.
- Analogie des herzoglichen Pfandes und der Satzung herzoglicher Lehen S. 99–100.
- Mobilisierung des Pfandes im Anschluß an das Kündigungsrecht des Gläubigers. Das Verwertungsrecht S. 100. 101.
- Lehnrechtliche Modifikationen hinsichtlich der Herechtigung zur Pfandnahme S. 101–102.
- Lehnrechtliche Formen bei der Wiederverpfändung S. 102–104.
- Weitere Mobilisierung. 1) der Rechte des Verpfänders S. 104. 2) des Pfandrechts. Fortschreitende Einbürgerung der Verwertung S. 104–105.
- Wiederverpfändung ohne lehnrechtliche Schranken (Orderklausel) als zweite Stufe des Pfandverkehrs S. 105–106.
- Abwärtige Entwicklung bei der Satzung herzoglicher Lehen S. 106.
- Vergleich beider Verkehrstufen, vor allem in administrativer Beziehung S. 106–108.
- Vergleich der herzoglichen Pfandverschreibung hinsichtlich der Verkehrsverhältnisse mit dem städtischen Rentenbriefe S. 108–109, mit der modernen Hypothek S. 110, mit dem modernen Staatshuldarbeits S. 111–112.
- Anhang. Verkehr mit den Anteilsrechten bei Pfandgläubiger-genossenschaftlichen Simultaninvestitur Gesellschaftsformen S. 113.
- Verkehr mit Anteilsrechten. Unterscheidung zweier Verkehrstufen S. 114.
- Vergleich mit älteren italienischen, holländischen und englischen Gläubiger-genossen S. 115.
- Vergleich mit dem heutigen Zustande in Frankreich, England, Deutschland S. 116.
3. Verkehr mit herzoglichen Anweisungen.
- Die Orderklausel. Schwerfällige Rechtsformen. Verwandtschaft mit den Checks S. 117.
- Geringer Einfluß des Verkehrs mit Anweisungen auf den sonstigen Schuldverkehr S. 118.
- Vergleich mit dem mittelalterlichen England. Charakteristik der englischen Finanzverwaltung im 12 u. 13. Jahrhundert. Die tallies S. 118.
- Verkehr mit den tallies. Das Verhältnis der tallies zu den englischen Staatsschuldenscheinen, insbesondere hinsichtlich des Verkehrs S. 119.
- Einfluß der Bank von England auf den Verkehr mit Staatsschulden S. 120.

I.

Litteratur und Quellen.

Die Entwicklung des öffentlichen Kredits im Mittelalter ist schon mehrfach einer näheren Betrachtung unterzogen worden. Vor allem hat die wissenschaftliche Forschung ihr Interesse den städtischen Verhältnissen zugewendet. Auf diesem Gebiete besitzen wir heute eine Reihe von Specialuntersuchungen — meist Darstellungen des städtischen Finanzhaushalts überhaupt¹ —, auf deren Grundlage bereits mit einigem Erfolge versucht werden konnte, die Bedeutung der mittelalterlichen Städte für die allgemeine, insbesondere moderne Kreditgeschichte zu würdigen². Für den territorialen Kredit im Mittelalter ist dagegen kaum mehr vorhanden als gelegentliche Schilderungen in Werken, deren wesentlicher Inhalt auf dem Gebiete der Agrar-, Social- und politischen Geschichte liegt. Das spezifische urkundliche Material für die Kreditgeschichte mittelalterlicher Landesherren ist systematisch fast nur für rechtswissenschaftliche Zwecke verwertet worden³. Auch diese konnten aber nur teilweise erreicht werden, da jede Spezialisierung des Untersuchungsgebietes mangelt und bei genereller Betrachtungsweise das eigentlich belebende wirtschaftliche Moment zurückgesetzt oder gänzlich eliminiert werden mußte. Nur Specialuntersuchungen können die bezeichnete Lücke ausfüllen. —

Für die folgende Darstellung werden die mittelalterlichen Herzogtümer Braunschweig und Lüneburg sowie die innerhalb derselben gelegenen Städte Braunschweig, Lüneburg, Hannover und Göttingen zu Grunde gelegt. — Die Quellen zur Kreditgeschichte sind auf diese Gebiete sehr ungleich nach Art und Zeit verteilt. Für die Städte bieten Urkundenbücher ein sehr

¹ Vor allem Schönb erg, Finanzgeschichte Basels, I Tübingen 1879.

² Nohm, Städtische Wirtschaft im 15. Jahrhundert. Conrads Jahrb. XXXIV.

³ Am eingehendsten in Platners Abhandlung „Über den Wiederkauf“. Zeitschr. f. Rechtsgeschichte IV.

umfassendes Material¹. Während aber das Urkundenbuch Braunschweigs bisher nur öffentlich-rechtliche Verträge und Verordnungen enthält, finden wir in denjenigen der drei anderen Städte eine überaus große Menge von Beurkundungen der Kreditgeschäfte, wie sie thatsächlich geschlossen worden sind. In Verbindung mit anderweitigen geschäftlichen und wirtschaftlichen Nachrichten ermöglichen sie einen direkten Einblick in das städtische Schuldkontrahierungsverfahren. Was wir aber hierbei trotzdem vermissen, sind die allgemeinen scharfen Umrisse der Kreditentwicklung. Diesem Mangel ist für die Stadt Braunschweig gründlich abgeholfen. Die zahlreichen Rechtsquellen und Chroniken² werfen, wenn auch meist nur für gewisse, besonders hervorragende Zeitpunkte, ein grelles Licht auf die innersten Triebfedern und Ursachen, die den Lauf der braunschweigischen Finanzgeschichte bestimmten³, und gestatten so, ein Bild der konkreten Verhältnisse zu entwerfen.

Für den Kredit der Herzogtümer giebt es leider nur eine Hauptquelle, das Urkundenbuch der Herzöge von Braunschweig und Lüneburg⁴. Auch hier natürlich nur Einzelnachrichten. Aber das Material ist wenigstens reichhaltiger und bietet daher die Möglichkeit, die Entwicklung eingehender darzustellen⁵.

¹ Urkundenbuch der Stadt Lüneburg, 2 Bde., Hannover 1872 u. 1875. Urkundenbuch der Stadt Göttingen, 2 Bde., Hannover 1863 und 1867. Urkundenbuch der Stadt Hannover, I Hannover 1860. Urkundenbuch der Stadt Braunschweig (herausg. von Hänselmann), I Braunschweig 1873. Auch Gengler, „Codex iuris municipalis Germaniae“, s. v. „Braunschweig“.

² Rethmeyer, Braunschweig-Lüneburgische Chronika, Braunschweig 1722. Ferner die „Chroniken Braunschweigs“ in Hegels „Chroniken der deutschen Städte“, Leipzig 1868 u. 1880.

³ Dürre versucht in seiner „Geschichte Braunschweigs im Mittelalter“, Braunschweig 1861, auf S 314—345 diese Verhältnisse in einzelnen Hauptpunkten zu fixieren, ohne jedoch eine zusammenhängende Darstellung der braunschweigischen Kreditwirtschaft von nationalökonomischem Standpunkte aus zu bezwecken.

⁴ Herausgegeben von Sudendorf, 10 Bde., Hannover 1859 fg.

⁵ Die politische Geschichte der Herzöge ist neuerlich von Heinemann in seiner „Geschichte von Braunschweig und Hannover“ (Gotha 1884) dargestellt worden.

II.

Politische Grundlagen des öffentlichen Kredits.

Die Territorien, auf die sich unsere Untersuchung bezieht, umfassten ursprünglich das Gebiet, welches 1235 an Otto das Kind verliehen wurde¹. Teilungen desselben fanden mehrfach im Laufe des Mittelalters statt, wobei die größeren Städte naturgemäß die Centren der einzelnen Gebiete wurden.

1267 fand die erste Teilung statt. Der ursprüngliche herzogliche Stamm spaltete sich in die Braunschweigsche und die Lüneburgsche Linie. Die erstere zerfiel schon 1279 wieder in die Braunschweigsche, Braunschweig-Göttingsche und Braunschweig-Grubenhagensche Seitenlinie, von denen die Grubenhagensche bis ans Ende des Mittelalters fortbestand. Die Göttingsche und die Braunschweigsche Linie vereinigten sich 1292, trennten sich aber wieder 1318. — Die Lüneburgsche Linie starb 1369 aus, ein längerer Erbfolgekrieg zwischen der Braunschweigschen Seitenlinie und den Herzögen von Sachsen folgte und endete mit der Vereinigung von Braunschweig und Lüneburg im Jahre 1388. Schon 1409 wurde zwischen den herzoglichen Brüdern des Braunschweigschen Hauses geteilt. 1428 fand ein Tausch statt; die Linie, welche nun in den Besitz Lüneburgs kam, behielt es bis ans Ende des Mittelalters. Ihr fiel auch 1435 das Erbe der ausgestorbenen Braunschweig-Göttingschen Seitenlinie zu.

¹ Dies Gebiet reichte von der unteren Elbe nach Süden bis an die Umgegend der oberen Leine, im Westen fast an die Weser, im Osten an die Altmark und wurde in seinem unteren Teile durch die Bistümer Hildesheim und Halberstadt mittendurch zerrissen. — Dem nördlichen Teile gehört von den größeren Städten nur Lüneburg an, das, an der Ilmenau gelegen, direkte Wasserverbindung mit der Elbmündung besitzt; den Verkehr des mittleren Teiles beherrschen Braunschweig im Osten, an der Ocker, und Hannover im Westen, an der Leine, — somit jenes dem Stromgebiete der Elbe, dieses demjenigen der Weser zugewendet. Im südlichen Teile liegt zunächst Grubenhagen, dann, noch tiefer, Göttingen an der Leine. —

Alle diese Teilungen bezweckten keineswegs vollkommene Loslösung der Teile voneinander. Vor allem verblieben einzelne besonders wertvolle¹ oder unsichere² Rechte regelmäßig³ im gemeinsamen Besitze der Herzöge. Ferner suchten diese die zersplitterten Territorien für die Zukunft durch Erbverträge wieder zusammenzulegen⁴, auch fernere Teilungen zu untersagen, sei es schlechthin⁵ oder nur für künftig zu erwerbende Güter⁶. Es waren überhaupt nicht Eigentums-, sondern vielmehr Nutzteilungen, wobei das Eigentum der Gesamtheit der Herzöge, dem herzoglichen Hause verblieb.

Der Gesichtspunkt, der die Rechtseigentümlichkeit erklärt, ergibt sich aus der Entstehungsgeschichte der Herzogtümer. Heinrich der Löwe hatte aus seiner herzoglichen Gewalt die oberste Lehnsherrlichkeit über die Landinsassen hergeleitet und dieser — unter Hineinzichung auswärtiger Grundherrschaften in den Lehnsexus — soweit praktische Geltung zu verschaffen gewußt, daß er trotz des Verlustes der herzoglichen Würde einen sehr umfangreichen Allodialbesitz verlehnter Güter an seine Nachkommen vererbt hatte. Die ungewöhnliche Hausmacht, die infolgedessen die Welfen besaßen, hatte nun den Kaiser 1235 bewogen, Otto das Kind mit dem in ein Reichsfürstentum umgewandelten Allodialbesitz zu belehnen⁷. Trotz dieser Umwandlung blieben aber die Traditionen der früheren Periode bestehen. Am meisten zeigt sich dies darin, daß man noch immer die welfische Hausmacht als Ganzes auffaßte⁸. Bis auf einen gewissen Grad kam dieser Gedanke dem modernen Staatsbegriffe entgegen: er ermöglichte — wenn auch unter weitgehender Selbständigkeit der Teile — wenigstens vermögensrechtliche Einheit der Herzogtümer Braunschweig und Lüneburg. Daß aber er ausschließlich den Ideen jener Zeit entsprach, die für den reinen Staatsbegriff noch nicht reif war, tritt in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts klar hervor. Man fühlte damals die Notwendigkeit, in einer Hand die Regierungsgewalt zu konzentrieren und derselben mittelst einer möglichst weitgehenden Zusammen-

¹ So kirchliche, zuweilen auch alle Lehen; insbesondere aber die großen Städte, vor allem Braunschweig. —

² So auswärtige Besitzungen, ferner Pfandchaften etc.

³ Z. B. 1257, 1285, 1388, 1409 etc.

⁴ So 1322 Erbvertrag zwischen Braunschweig und Lüneburg. —

⁵ Z. B. 1322, 1373 etc.

⁶ Z. B. 1241, ferner 1383. —

⁷ S. Heilmann, Geschichte von Braunschweig und Hannover, I 318.

⁸ Auch über das Mittelalter hinaus bleibt diese Anschauung wirksam. „Ducatus Brunsv.-Lun. est feudum coagmentatum et indivisibile. Unionem probant verba dipl. investiturae univimus et creavimus inde ducatum: indivisibile est per pactum gentilicium.“ — a. 1535 d. 16. Nov. — S. Hagemann, Analecta iuris feudalis Brunsv.-Lun. 1787. § 30 (S. 130).

fassung der Hausmacht Nachdruck zu verleihen. Als notwendige Konsequenz ergab sich das ausschließliche Erbschaftsrecht eines unter der herzoglichen Söhne. Und das wurde in der That in einem Vertrage, den die braunschweigischen Herzöge Friedrich, Bernhard und Heinrich 1394 schlossen, ausdrücklich statuiert. Der Vertrag wurde aber so wenig praktisch wie die zahlreichen Kompromisse, zu deren man sonst gewöhnlich seine Zuflucht nahm. Ohne mit dem Privatrechtlichen Gesichtspunkte zu brechen, suchte man nämlich innerhalb desselben möglichste Zusammenlegung des Vermögens zu erreichen und rißte im übrigen das Streben mit Einheitlichkeit der Regierungsgewalt. Teils wegen künstlicher Übergangsbestimmungen, teils wegen unzureichender wirtschaftlicher Basis war jedoch diese in sich selber hinfällig. Die Neuteilungen von 1409 und 1428 sprachen das Urteil über alle derartige Versuche.

Aus dieser Sachlage ergaben sich bedeutsame Konsequenzen für das gegenseitige politische und finanzielle Verhältnis der Herzöge zueinander. Zunächst pflegten die enigen Herzöge, die zu gesamtständigen und dasselbe durch Realteilung ausgeschiedene Gebiete beherrschten, gewisse besonders qualifizierte Gebiete, vor allem Lehen, gemeinsam auszufüllen. Aber auch für diejenigen, die getrennte Territorien besaßen, begründete der gemeinsame Besitz gewisser Rechtsansprüche in Verbindung mit den zahlreichen Erbverträgen und Anwartschaften eine weitgehende Solidarität der Interessen. Die stien in tatsächlichen Hülfsleistungen in Krieg und Feind, in Schutz- und Trutzbündnissen, aber auch in zahlreichen Ringschaftsleistungen füreinander und eventuellen Geldverschüssen kundgebend. Wir finden hier, nur in starkem Maße, eine Erscheinung, die auch unter nicht stammverwandten Landesherren im Mittelalter — infolge ihrer abseitig bedingten Lage und gemeinsamer Interessen den Städten gegenüber — zu beobachten ist.

Wehiger wurden die Folgen für den Hausalt der Einzelterritorien. Da die Teilungen nicht Eigentumsteilungen waren, so standen dem Landesherren Verfügungen über Eigentum seines Gebietes nicht zu¹. Derselbe war nur auf in gewissem zweckmäßiger Nutzung des ihm zugewiesenen Territoriums samt den damit verbundenen grundherrlichen und

¹ So im Jahre 1413 für Lüneburg, das den braunschweigischen Herzögen samt den Herzogen von Sachsen gehören während die Regierung zwischen beiden Häusern abwechseln sollte. So im Vertrage vom Jahre 1417, der dem ältesten der drei herzoglichen Brüder nach seinem Tode zwei nicht leeren Söhne, sondern drei Brüder der Reihe nach die Regierungsgewalt innerhalb Braunschweigs zuerkannte.

² v. Mevius, Inst. des deutschen Privatrechts II 55. Nur durch Teilung verläßt der Abgeteilte sein Verhängnis über seinen Anteil.

hoheitlichen Rechtsamen angewiesen. Es handelte sich also für ihn stets nur um die Frage, wie die einzelnen Nutzungen der augenblicklichen wirtschaftlichen Konjunktur und den aus ihr resultierenden Bedürfnissen entsprechend zu verwerten wären. —

Schon im 12., besonders aber im 13. und 14. Jahrhundert waren die Verhältnisse innerhalb unserer Territorien durch das wirtschaftliche Ferment jener Periode, die städtische Entwicklung, in Gährung gebracht worden. Vor allem hatten hierbei Braunschweig und Lüneburg eine große Rolle gespielt. Jenes hatte in seiner bedeutenden Tuchfabrikation, dieses in der Sülze und den Kalkbrennereien¹ die Grundlage seines Wohlstandes gelegt. Beide hatten zahlreiche Handelsverbindungen vor allem mit englischen und dänischen Kaufleuten geknüpft und auf diese Weise die Geld- und Kreditgeschäfte ausländischer Städte kennen gelernt. Nur der äußere Ausdruck ihrer zunehmenden Macht und Prosperität war es, wenn sie nunmehr in der Annäherung aneinander und an andere Städte Förderung und Stütze für eigene Interessen suchten. So werden sie zu Mitgliedern des Bundes sächsischer Binnenstädte, darauf der Hanse². Mit zahlreichen Städten innerhalb und außerhalb der Herzogtümer (Hannover, Göttingen, Hildesheim, Goslar, Einbeck etc.) gehen sie die allerverschiedensten Einungen im 14. und 15. Jahrhundert, besonders in dem Zeitraume 1326—1384, ein. In finanzieller Hinsicht zeigten sich diese Beziehungen durch zahlreiche gegenseitige Geld- und Kreditgeschäfte, besonders Bürgschaftsleistungen. Daß hierbei das gemeinsame Interesse der Städte den Landesherren — eigenen und benachbarten — gegenüber eine der wichtigsten Triebfedern gewesen ist, folgt aus dem Wortlaut der Bündnisurkunden³ und aus der Gesamtheit der Verhältnisse.

Die Städte der Herzogtümer Braunschweig und Lüneburg waren durch die Herzöge des welfischen Hauses, vornehmlich durch Heinrich den Löwen gegründet worden. Ursprünglich in jeder Beziehung der Herrschaft der Herzöge unterworfen, wurden die Städte immer mehr zu selbständigen

¹ S. Mannecke, Kurze Beschreibung und Geschichte der Stadt Lüneburg Hannover 1816. S. 61. —

² Die Bedeutung der Zugehörigkeit zum Hansabunde war für Braunschweig so groß, daß seine Macht in mancher Beziehung darnieder lag, nachdem es infolge der Schicht des Jahres 1373 aus dem Bunde ausgestoßen worden war. — Und doch hatten nicht alle Verkehrsbeziehungen mit den Bürgern der Hansestädte aufgehört. —

³ Hann Urkb. 70 (1298): Vertrag zwischen den Städten Hannover und Hildesheim: „Item si aliquis advocatorum dominorum nostrorum aliquem vel aliquos ex nobis molestaverit, pro eo nullus nostrorum debet alium occupare, sed quisvis pro altero, nos pro ipsa et ipsi pro nobis, debent intercedere bona fide.“ —

Gemeinwesen. Schon bei der Verleihung von Stadtrechten im 12. und 13. Jahrhundert und von wichtigen grundlegenden Privilegien¹ handelte es sich vielfach nur um Anerkennung faktischer Verhältnisse. Noch entschiedener stellt sich die spätere Hebung der Städte als eine in langsamen Schritten fortlaufende Emancipation dar, der die Herzoge nachgaben, sei es „mit gutem Sinne“ gegen die Städte, wie Otto der Streng², sei es in gänzlicher Verkenntnis der politischen Bedeutung der Städte, wie Magnus der Jüngere³, bis am Ende des Mittelalters in Heinrich dem Älteren der erste grundsätzliche Verkämpfer der entstehenden Landeshoheit gegen die übermüthigen Städte auftritt. Diese Entwicklung wurde ungemein dadurch erleichtert, daß der gemeinsame Besitz von Hoheitsrechten seitens der Herzoge oft zu einer Teilung der Rechtsausübung führte. Die dadurch herbeigeführte Zersplitterung herzoglicher Gewalt zeigte sich schon äußerlich in der Mehrzahl herzoglicher Beamten, vor allem herzoglicher Vogte in einer und derselben Stadt. Um so mehr sahen sich die Herzoge gezwungen mehr und mehr wichtige Hoheitsrechte gegen Geld, obgleich ohne endgültige Veräußerungsabsicht abzutreten⁴. Selbst die Vogteirechte wurden lange Zeit hindurch wiederholt an die größeren Städte verpachtet, bis sie — meistens gegen Ende des 14. Jahrhunderts — denselben endgültig zutießen⁵. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Vogtei mit ihren juristischen, finanziellen und polizeilichen Beträgen den innersten Kern,

¹ Z. B. das 1299 an Braunschweig erteilte Privileg, sein Recht besaßen zu dürfen wo es konnte allerdings mit der Beschränkung, daß damit der Herrschaft kein Schaden erwachse, aber die Erklärung der Inassessoren der vier Reichstümer Braunschweigs allen Grundherren gegenüber vom Jahre 1318. —

² 12-2 1330

³ 1345 1373

⁴ So wird die Münze in Braunschweig an die Stadt verpfändet 1345, dann 1448, 1457, 1560, 1569. Dann folgen 1570 und 1571 allgemeine Verpfändungen von Münze, Vogtei, Juden. Ebenso wird der Zoll kontinuierlich verpfändet. Am Anfang des 15. Jahrhunderts gehen beide — Münze und Zoll — endgültig auf die Stadt über.

⁵ Im Jahre 1297 wird von Otto dem Kinde die Vogtei über das wichtigste Weichbild Braunschweigs die Altstadt dem Räte dieses Weichbildes verpfändet. Darauf wird die Verpfändung solange wiederholt nur auf die anderen Weichbilder ausgedehnt, bis im Jahre 1371 die Altstadt die Gerichtsbarkeit über die ganze Stadt erwarbt und so der schon lange vorher übliche Gebrauch wonach die Bürger den Richter aus ihrer Mitte wählten, nunmehr auch endgültig anerkannt wird. In demselben Jahre erhält auch Lüneburg die Erlaubnis, an Stelle des Vogtes einen bürgerlichen Richter zu wählen. Der Stadt Göttingen wird die freie Wahl des Richters und Schutz angetan zur selben Zeit. 1468 zugestanden und demnach zugewiesen Wart., Marst., Festscheune, Bode und Götze zur Erhebung zugewiesen. An Hannover wird die Vogtei im Jahre 1464 verpfändet.

später wenigstens das eigentliche Symbol der herrschaftlichen Gewalt bildete, so wird man den Nachdruck begreifen, mit dem der Vorkämpfer der Landeshoheit, Herzog Heinrich der Ältere, betonte, seine Vorfahren hätten nicht das Recht gehabt, herzogliche Hoheitsrechte in dem Umfange, wie sie es thaten, zu veräußern.

Die angeführten Koncessionen waren nur die äußeren Resultate eines nachhaltigen, verborgenen Strebens der Städte, ihre allgemeine Stellung zu heben. Jede Gelegenheit, wie Thronwechsel, Regentschaft, Erbfolgestreitigkeiten, Hülfsleistung, Huldigung wurde ausgebeutet, um mit der ganzen der Stadt zu Gebote stehenden Machtfülle in die Verhältnisse einzugreifen und darauf in feierlichen Urkunden dem tatsächlich Erreichten brieflichen Ausdruck zu leihen. Einen tiefen Einblick in die hierbei seitens der Städte eingeschlagene Politik, gleichzeitig aber auch den Abschluß der am meisten fortgeschrittenen städtischen Entwicklung innerhalb unserer Territorien, bietet uns die braunschweigische Huldigungsordnung vom Jahre 1345¹. Dem Herzoge gegenüber wird hier die äußerste Vorsicht vorgeschrieben: schon vor der Huldigung soll jener der Stadt solche Briefe wie einst seine Vorfahren ausliefern. Zugleich sollen auch die Punkte, hinsichtlich derer die Stadt Änderungen wünschte, zur Sprache gebracht werden². Den Eid möge der Rat nur soweit leisten, als es ausdrücklich verlangt werde, und auch dann sei er nur solange als verbindlich zu erachten, wie die Herzöge die städtischen Bürger bei Recht und Gewohnheit lassen³. — Nach solchen Bedingungen ist der Schluß der Urkunde „denn Braunschweig ist von Gottes Gnade eine freie Stadt“ erklärlich⁴.

Der letztgenannte Ausdruck ist jedoch nicht im technischen Sinne zu verstehen. Freie Städte wurden im Mittelalter diejenigen genannt, welche, ursprünglich bischöflicher Gewalt unterworfen, später dieselbe abgeschüttelt und so in vielfacher Beziehung einen Vorsprung vor den Reichsstädten mit den schärfer ausgeprägten Herrschaftsrechten des Reiches erlangt hatten. Eine solche Emanzipation ist in unseren Territorien nicht eingetreten, nicht einmal für Braunschweig, über welches die Herzöge manche wenn auch vielfach durchlöcherter und abgeschwächte Hoheitsrechte behielten. Wie hierin that-

¹ Braunsch. Urkb. I 88 N XXX.

² Were ok deme rade unde der stad ieneghes dinghes mer nod, des scullen se sik ok bedeghedinghen und woe se konden unde mochten dar se ere rechte mede betreden.

³ Wanne se aber here rechte und wonheyt breken . . . so scullen we nicht verbunden wesen, de wile dat de ungnade mit den heren warede —

⁴ Wante van der gude goddes is Brunsvic en fry stad. Dit scullen weten de na us tokomende sin

kräftige Herzoge Anknüpfungspunkte für allerlei Rechtsverweiterungen vorfinden, so war es zugleich auch das Mittiglied, welches in politischer Beziehung die Stadt an den Landesherren ketzte. Auch die zahlreichsten Bündnisse mit benachbarten Landesherren und Städten vermochten den Stadtrat nicht über die Eventualitäten hinwegzusetzen, die sich für die Stadt aus Not und Bedrängnis der Herzoge ergeben konnten. Auch bei größter Gleichgültigkeit dem Landesherren gegenüber mußte man stets berechnen, der etwaige Sieger möchte auch im Laute und Gutmeyen verzeihen, die des Herzogs „treuer Stadt“ entstammten. Auch waren die Städte nur zum geringsten Teile durch reichgesetzliche Bestimmungen geschützt. Ihre eigentlichen Errungenschaften lagen in Breiten und Privilegien eines bestimmten Herrn. Trat also die Möglichkeit ein, daß dieser die Herrschaft verlieren könnte, so entstand die Gefahr, seitens des neuen Erwerbers als hinf. und rechtlos behandelt zu werden. Eherdeshalben lassen sich die Städte Wahrung ständischer Rechte oft schon von dem präsumtiven zukünftigen Landesherren versprechen¹.

In finanzieller Beziehung liegt aber hierin der Grund, daß die Städte häufig landesherrlichen Bitten bei Not und Bedrängnis willfaheten², ja sogar für Unterstützung der Herzoge in einzelnen besonders kritischen Zeitpunkten sorgten³. Da unsere Territorien im Mittelalter ein fast ununterbrochenes Krieg- und Fehdeschauspiel darboten, so ist die ungeheutete Verbindung als keine löse zu betrachten. Selbst in Friedenszeiten konnten aber die Städte nicht dulden, daß ein solcher Landesherren durch vertragsmäßige Einkünfte zu nahe an die Stadtnahe heranrückte oder in den Besitz strategischer Hauptpunkte des Landes gelangte. Vor allem mußte längerer Pfandbesitz solcher Gebiete seitens auswärtiger Herren vermieden werden. Wenn also die Not herzoglicher Finanzen ihre Verpfändung anerbittlich verlangte und inner halb des Landes keine genügend leistungsfähigen Vikarier zu finden waren, so blieb der Stadt nichts übrig als für eigenes Geld das wertige Pfand zu erwerben⁴.

¹ So Lüneburg seitens des Herzogs von Sachsen im Lüneburger Kettenbündnisse.

² Z. B. Sudendorf I 2 1293. Herzog Johann war in Schuld gefangenenschaft geraten. Er bittet die Stadt um Hilfe nicht „de iure“, sondern „speciale gratia“.

³ So die Stadt Lüneburg für den von ihr anerkannten Herzog von Sachsen. S. Lun. Urkb. II 71 1311.

⁴ So gelangte 1367 wo Herzog Magnus der Bischof von Hildesheim befohl, das schloß Wolfenbüttel an dessen Erbknecht, des weltlichen Herrn. Um zu verhindern, daß es in seiner Hand gäbe, das ganze Land verheeren könnte, ließ der Bischof seinen Pat. selber das Geld aufschreiben zu leihen und das schloß erwarben, der sich, und dem nach zu gedenken. Auch andere Pfandschlösser, die Braunschweig vor

Die Finanz- und Kreditoperationen der Herzöge, in welche die Städte dank ihrer politischen Stellung mit hineingezogen wurden, haben sich aber selber unter dem Einflusse der wirtschaftlichen Entwicklung der Städte ausgebildet. Für den herzoglichen Haushalt ist nämlich die städtische Geldwirtschaft vorbildlich gewesen. In den Zeiten der Naturalwirtschaft waren die Naturalzinse und -lieferungen an den Herzog hinreichend, auch befriedigten die Lehnsleute den Bedarf an Kriegsvolk. Als aber das Geld zur wirtschaftlichen Macht und zur Voraussetzung der Kriegführung wurde, traten an die Landesherren mit der fehdereichen Periode ganz neue Aufgaben heran, und sie mußten neben den jährlichen Nutzungsbezügen sich neue Geldmittel zu beschaffen suchen. Damit aber war die Frage nach Gestaltung des territorialen Kredits ins Leben getreten.

Dafs die wissenschaftliche Forschung bisher ihr Interesse auf den städtischen Kredit beschränkt habe, kann man dem Gewagten nach insofern verstehen, als die Städte innerhalb der mittelalterlichen Kreditgeschichte naturgemäfs als die Centren erscheinen, welche ihre geldwirtschaftlichen Prinzipien in die schwerfälligeren Territorien erst allmählich ausstrahlen und so die Aufmerksamkeit des Forschers zunächst auf sich ziehen. Dabei bleibt aber die Frage offen, ob gerade diejenigen Kreditformen, die jenen geldwirtschaftlichen Centren entstammten, für die Folgezeit die allein maßgebenden geworden sind. — Die Berücksichtigung der territorialen Entwicklung erscheint um so notwendiger, je inniger im Mittelalter Stadt und Territorium miteinander verbunden waren. Als Erklärung für die bisherige Vernachlässigung kann eben vor allem der Umstand dienen, dafs es Reichs- und Freistädte sind, die bisher im Vordergrund des wissenschaftlichen Interesses gestanden haben. Bei diesen ist die Hineinziehung des territorialen Kredits zum Verständnis des städtischen nicht unentbehrlich, zumal da ihre vollkommene politische Sonderstellung eine weitgehende rechtliche Differenzierung von den Territorien zur Folge hatte. — In unserem Falle dagegen entspricht der politischen Zusammengehörigkeit von Stadt und Land eine Verwandtschaft der Rechtsbildungen, welche bis zu gewissem Grade eine zusammenfassende Darstellung beider ermöglicht.

der Schicht von 1373 bemafs, hatte es laut Angabe der Heimlichen Schrift (Kap. 1) zum Teil „up der stad beste“, zum Teil aber „van dranghes weghene“ erworben.

III.

Rechtliche Grundlagen des öffentlichen Kredits.

Die reine, obligatorische Schuldverschreibung, welche der heutigen Anschauungsweise am nächsten liegt, hatten die Städte Braunschweig-Lüneburgs durch ihre Handelsverordnungen kennen gelernt. Auch kommen innerhalb unserer Territorien derartige Urkunden, sowohl städtische als fürstliche und private, vor. Schon das Naturalleistungsverprechen¹, das in einzelnen dieser Urkunden aus dem 14. Jahrhundert vorkommt, zeigt, wie wenig jene Zeit naturwirtschaftliche Reminiscenzen überwunden hatte. Den Fudus der letzteren auf das Recht vertrat aber vor allem die häufig vorkommende Klausel, es solle geleistet werden in „Pfand oder bar“². Das Pfändungsrecht wird hier als unmittelbar aus der Schuldverpflichtung resultierend aufgeführt³. Wiederholte Eingriffe der Gesetzgebung streben darnach, Pfändung ohne Inanspruchnahme des Gerichtes zu verbieten⁴. Hierbei wurde aber vorausgesetzt ein anbestrittener Gerichtsstandort und gegoltes Gerichtswesen überhaupt.

Ersteres war nur für solche Schulden vorhanden, wo Gläubiger und Schuldner demselben Gerichtsbezirke, wenig-

¹ Z. B. Sudendorf I 367 (1331): Herzog Magnus von Braunschweig verspricht dem Hartung von Eltze die demselben schuldigen 24 Heller Mark mit Pferden oder mit Tuch zu vergüten.

² Z. B. Sudendorf II 407 (1325): „wan de manet unner queme, so seckde we den herren mit sulve gheit bereden . . . mit reden penninghen eler mit panden dar se ere gheit med hebben moegen“.

³ Es klagen dann aufgerommene Rechtsanbahnungen nach. Bei der ersten Schuldübernahme mittelst der wadium hatte der Schuldner seine ganze Person mit Leib und Gut dem Gläubiger zu Pfande gestellt. Heuser Inst II 265 fg. Das unbeschränkte Pfändungsrecht war bereits eine Abschwächung des alten Verhältnisses.

⁴ Die wadium war ursprünglich ein gerichtlicher Akt gewesen, ist aber dann zu außergerichtlichen Schuldbegründungsakts geworden. — Beschränkt der Schuld begründung aber aber aus fern nach späterhin verändert. so ist allein einliche Ablegnung der Schuld rechte des Schuldners ausschließl.

stens aber demselben Territorial- resp. Stadtrechte angehörten. Bei Geschäften zwischen Fremden hat sich das Pfändungsrecht darum viel länger erhalten. Auf sie beziehen sich diejenigen Urkunden unserer Herzogtümer, welche das Abgewinnen von schuldnerischem Eigen als unbestreitbares Recht des Gläubigers erwähnen¹ oder sogar den weiteren Grundsatz proklamieren, daß der Gläubiger jeden Bürger der Vaterstadt seines Schuldners pfänden dürfe. Noch am Ende des 14. und des 15.² Jahrhunderts wurde bei Kreditgeschäften der Städte untereinander solches Pfändungsrecht gegen alle Bürger eingeräumt. Man zog damit die letzte Konsequenz der Selbsthilfe, die in jenen fehderreichen Zeiten überall an Stelle des Rechts getreten war.

Das Gerichtswesen innerhalb unserer Herzogtümer ließ aber während des Mittelalters soviel zu wünschen übrig, daß man vielfach zum geistlichen Recht und Gericht seine Zuflucht nahm. Am Anfang des 14. Jahrhunderts wird vom Papst Bonifacius VIII ausdrücklich verboten, in Schuldsachen den Bann über Städte, Burgen, Dörfer etc. auszusprechen³, und noch am Ende des 14. Jahrhunderts schließt die Stadt Göttingen mit dem Räte der Stadt Einbeck einen Vertrag, wonach sich die Bürger beider Städte nicht mehr vor geistliches Gericht luden, sondern vor dem Räte derjenigen Stadt Recht suchen wollen, welcher der jeweilige Schuldner angehören werde⁴. —

Aus der zähen Beibehaltung des Pfändungsrechtes im Mittelalter ist somit nur in seltenen Fällen auf wirklichen Fortdauern naturalwirtschaftlicher Zustände zu schließen. Es ist meistens nur der mangelhafte Rechtszustand, der in ihm zum Ausdruck kommt. Innerhalb unseres Gebietes sind verschiedenartige Mafsregeln versucht worden, um diesem Übel abzuhelpen. In erster Linie kommen Verträge zwischen einzelnen Städten in Betracht, welche das Pfändungsrecht nur dem Schuldner gegenüber ohne weiteres einräumten. Die Mitbürger des letzteren sollte der Gläubiger entweder gar nicht⁵ oder nur dann pfänden dürfen, wenn Justiz am Gerichtsort des Schuldners verweigert worden wäre⁶. — Nur bisweilen griffen die Herzöge mittelst Einzelverfügungen in

¹ Lün. Urkb. II 707 (1371).

² Göt. Urkb. II 353 (1436). Die Stadt leiht in Kriegsmöten 100 Rh. Fl. vom Rat zu Lübeck, die über zwei Jahre gezahlt werden sollen. Wenn dies nicht geschehe, so soll sich Lübeck an die Güter der Stadt und ihrer Bürger halten.

³ Lün. Urkb. I 248 (1302).

⁴ Göt. Urkb. I 296 (1381).

⁵ Hann. Urkb. 70 (1294). *nemo inter nos debet alium pro alienis debitis occupare.* Ähnlich Göt. Urkb. I 125 (1331). I 383 (1400) etc.

⁶ Hann. Urkb. 79 (1301).

die Verhältnisse ein¹. Häufiger war Verkündung des Landfriedens, der dann regelmäßig das Pfandungsrecht auf künftige (d. h. gerichtlich verkündbare) Schulden einschränkte. Bei einer wirklichen Durchführung hätte seine Bedeutung vor allem in der Aufhebung der Fehden gelegen. Wenn nämlich auch etwaige Urtheile nach den Bestimmungen der Verträge keine Änderungen in den Schuldverhältnissen herbeiführen sollten², so machten sie doch thatsächlich alle Einungen illusorisch; das wilde Pfandungsrecht erwachte mit jeder Fehde von neuem. Zur dauernden Einbürgerung des Landfriedens kam es jedoch in den Herzogthümern Braunschweig und Lüneburg während des Mittelalters nicht, trotz des energischen Auftretens Ottos des Strengen (1282–1380), trotz der Bemühungen des Herzogs Albrecht von Sachsen in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts, dem namentlich auch für das genannte Gebiet verkündeten westfälischen Landfrieden praktische Geltung zu verschaffen. Zahlreiche durch Ottos des Quaden von Göttingen Rankesucht geschürte Wirren, in denen sich verschiedenartige Adels- und Städteleinüsse gegentiberstanden, hatten das Streben des sächsischen Herzogs vereitelt, bis 1387 der Landfrieden widerrufen wurde. —

Ein trübes Bild der Verwirrentheit, in die das wirtschaftliche Leben durch den geschilderten Rechtszustand geraten war, bieten zahlreiche Urkunden über Schuld- und Geldgeschäfte. Man traf die eingehendsten, oft übertrieben genauesten Vorschriften über Geldsorten, Zahlungsort, Transport der geschuldeten Summe und Gefahr während desselben³. Wiederholt tritt die Klausel auf, man solle die Summe, die man in einer Stadt empfangen werde, auch wirklich aus der Stadt unbehindert entfernend dürfen. Auf juristische Exemptionen wird in allerverschiedensten Wendungen verzichtet; oft scheinen die Kontrahenten ganz besonders in diesem Punkte ungutlich gewesen zu sein⁴. Berodter als alle andere sprechen

¹ Z. B. im Jahre 1292 (Sudendorf I 437) wo die Herzöge Otto v. Braunschweig und Otto von Braunschweig Lüneburg ein Schiedsgericht für Kagen ihrer Unterthanen gegeneinander errichten.

² Diese Bestimmung pflegte ausdrücklich in die Vertragsurkunden aufgenommen zu werden.

³ Gost. l. ckt. 154–160. Herzog Albrecht verkauft dem Kloster Walkenrode den Zehnten und einen Hof in Göttingen für 50 Mark. *hac condicione quod pecunia in conductu nostro et cum hominibus nostris daretur a nostro Walkenrode usque in Gost. ibi eadem pecunia perolveretur et si pecunia potenter ablata fuerit hominibus nostris circa eam vulneratis, capto et secus, ab Walkenrode usque ad Hude, pecuniam pecuniam et cum hominibus ad dominum abbatem respect. ab alio pacto usque in Göttingen peruenit in eis respect. et ipso abbas talibus deo man. ne in possessionem nostram abbas, perpetuo possidebit datis imperpetuum.*

⁴ *et si unde venisset non numerata pecunie et legis, tunc et pecunie possidebit per possessionem titulum bene fidei contractum casum.*

(Oder: *hominibus restitutionis in integrum et factum actioni excep-*

die zur ständigen Gewohnheit gewordenen Bürgschafts- und Einlagerklauseln. Meistens werden dabei mehrere „zu gesamter Hand“ verpflichtet, während beim Tode eines von ihnen sofort ein anderer „ebenso guter“ an seine Stelle gesetzt werden soll. — Daß die beiden genannten Rechtsformen auch späterhin innerhalb unserer Territorien wirtschaftlich bedeutsam blieben, zeigen Urkunden, wo Sicherung mittelst Bürgen gleich derjenigen mittelst Pfänder gesetzt wird oder wo ein Pfandrecht aufgegeben wird für den Fall, daß eine genügende Anzahl annehmbarer Bürgen gestellt werde.

So hat denn auch für den öffentlichen Kredit innerhalb unserer Herzogtümer das Obligationenrecht nur in zweifacher Weise eine größere Rolle gespielt. — Zunächst auf gewissen Höhepunkten der Kreditentwicklung. Hier beruhte seine eigentliche Bedeutung auf dem socialen Werte des hingegebenen Wortes¹, als dessen Symbol der Schuldbrief aufgefaßt wurde, auf dem durch Sitte und Gewohnheit begründeten Vertrauen, viel weniger auf festen gerichtlichen und prozessualen Normen. Die dabei wirksamen Anschauungen kann man in der Art erkennen, wie oft — auch unter Privatpersonen — um eine Schuld gemahnt zu werden pflegte. Der Gläubiger droht damit, im Nichtzahlungsfalle den Wortbruch öffentlich kundzugeben, damit die Leute wissen, daß der Schuldner „seinem worde unde lovede neyne macht enghove“. — Schon in diesem Falle offenbart sich die Ausnahmestellung des städtischen Rates: Wird die Drohung tatsächlich ausgeführt, so geschieht es mit Vorliebe in der Weise, daß die Säumnis einem fremden Rate in Form einer Klage angegeben wird². Das Einschreiten des letzteren besaß dann keine zu unterschätzende Bedeutung. 1362 richtete der Rat zu Hannover an den Rat zu Göttingen ein Schreiben³, welches Transsumpte zweier Schuldscheine enthielt, die zwei Göttinger Bürger einem Hannoveraner ausgestellt hatten. Er schreibt: „sigillum nostrum . . . tergatenus apposimus ad instancias dictorum nostrorum concivium.“ Das Siegel stellte hier symbolisch das Eingreifen der Stadt mittelst ihrer gesellschaftlichen Machtstellung dar. Und wenn dieser Eingriff einen fremden Rat zum Vorgehen gegen eigene Bürger veranlassen konnte, so mußte er ihn desto empfindlicher treffen,

cioni deß mall, fraudis, aliusque omnibus et singulis exceptionibus iuris et facti ac omni auxilio legum generali ac speciali“. Lün. Urkb. II 647 (1370).

¹ Die Hingabe, gleichsam Pfandsetzung des Wortes, der Ehre war eine Abschwächung der alten wadiatio und der durch sie bewirkten Hingabe seiner ganzen Persönlichkeit. Heusler a. a. O. II 248.

² Lün. Urkb. II 878 (1377). Ritter von Saldern klagt beim Rate zu Hannover über Lüneburger Bürger wegen seiner für sie übernommenen Bürgschaft.

³ Göt. Urkb. I 215 (1362).

wenn es sich um des Rates eigenes Schuldensprechen handelte. Es lagen — z. B. während der Notlage Lüneburgs in den vier Jahren des 14. Jahrhunderts — einzelne an die Stadt gerichtete Schuldbriefe vor, welche — gleich der eben citierten Urkunde — mit Vernichtung des städtischen Kredites drohen. Im übrigen lag aber schon die gegenwärtige Konkurrenz der Städte samt ihren Bindnissen, ihren festen Traditionen, die oft zu perniciösen Anschauungen über Bürgerschaften führten, latet gezeigt, daß der städtische Kredit überhaupt für jene Zeiten beispiellos feste Grundlage gesellschaftlichen Vertrauens erhielt.

Über die Sphäre der Sitte hinaus konnte die Wirkung des obligatorischen Moments nur eine sekundäre sein. Gewisse feste Formen, welche das Obligationenrecht bereits ausgebildet hatte, waren nämlich von vorn herein nicht auf das Grundstückssprechen beschränkt. Wo irgend welche Verpflichtung zur Leistung oder Unterlassung vorlag, konnte sie mittelst der Burgschaft-, Forderungs- und anderer ähnlicher Institute gewährleistet oder nützlich formiert werden. Selbst bei rein politischen Verträgen, Schutz- und Trutzbündnissen u. s. w., war dies vielfach üblich. Da aber in letzter Linie sich ein jedes Rechtsverhältnis in einzelne Berechtigungen oder Verpflichtungen auflöst, so waren jene obligatorischen Rechtsformen unallgemein nützlich, ein auf total anderem Boden entstandenes Rechtsverhältnis befestigen zu helfen.

Die wichtigsten Kreditgeschäfte unserer Herzogtümer sind demnach diejenigen, welche nach Ausschöpfung der rein obligatorischen übrigbleiben. Sie lassen sich in folgende Reihenfolge bringen: Die unterste, der Naturwirtschaft am meisten geneigte Stufe stellen Sätze mit Nutznießungsgewinnung und Kauf auf Wiederkauf dar. Die Mittelstufe bildet Kapitalaufnahme gegen spezielle Rentenversprechen und führt zur dritten, hinüber, welche nur allgemeine Rentenbriefe ohne spezielle Forderung aufweist. Dabei ist festzuhalten, daß die verschiedenen Arten der Geschäfte nirgends scharf und scharf getrennt erscheinen. Vor allem nicht in qualitativer Beziehung. Die städtische Entwicklung hat sich nicht in der Weise vollzogen, daß etwa die Städte fertige Rechts- und Geschäftstypen übers Meer herübergeholt und sie dann ohne jede Umgestaltung oder Anpassung in der Heimat angewendet hätten. Vielmehr waren sie in der ersten Zeit ihrer Entwicklung mit Landgüter und sonstige Immobilien angewiesen. Diese waren aber aus dem Gesamtkomplex der Herzogtümer herausgerissen worden. Der lebendige Pulsschlag landesherrlichen Rechtes hatte bis jetzt ihre Funktionen bestimmt. Man war gezwungen, ihn auch weiterhin in mancher Beziehung fortwirken zu lassen und — auch hier — auf der bisherigen Grundlage eine langsame Umbildung zu versuchen. — In viel

höherem Grade gilt das Gesagte von den Territorien. Dieselben sahen sich in dem Augenblicke, wo sie zur Geldwirtschaft übergingen, darauf angewiesen, ihr Stammvermögen, also die Nutzung von grundherrlichen und hoheitlichen Rechten sowie Landgütern, allmählich den neuen Wirtschaftsformen anzubequemen.

Ebensowenig sind scharfe zeitliche Grenzen zu konstatieren. Das 13., 14. und 15. Jahrhundert sind für unsere Territorien nicht als eine kontinuierliche Entwicklungslinie im geldwirtschaftlichen Sinne zu denken, sondern als ein kompliziertes Produkt verschiedenartiger, nach entgegengesetzten Seiten hinstrebender politischer und sozialer Faktoren, welche außer vielfachen augenblicklichen Unterströmungen im ganzen eine wellenförmige Bewegung erzeugten, indem sie auf Perioden größeren wirtschaftlichen und finanziellen Aufschwungs oft Zeiten der Depression folgen ließen.

Durch diese Bewegung wurden die verschiedenen Kreditformen häufig unterschiedslos durcheinander geworfen, und das Schwanken ließ so die unleugbar vorhandene Entwicklungstendenz, welche durch die eben angeführte Reihenfolge von Geschäftsarten ausgedrückt wird, nicht zur vollen Geltung gelangen. Schon der Umstand allein, daß jene Tendenz für Stadt und Territorium im ganzen eine gleichartige war, bietet für die Untersuchung einen wichtigen Vorteil gegenüber der Lückenhaftigkeit und Verschiedenartigkeit der Quellen. Hierdurch wird es eben möglich, von einem Spezialgebiete auf das andere Rückschlüsse zu machen und so das Bild, das in direkter Überlieferung an einzelnen Stellen hell beleuchtet, an anderen dunkel erscheint, einigermaßen zu einem Ganzen zu gestalten.

Ausgehen ist hierbei von einer Vergleichung der angeführten Geschäftsformen. Allen ist gemeinsam, daß der Schuldner seinem Gläubiger die Nutzung — sei es eines unbeweglichen Sachgutes, sei es einer als Sache gewachten Rente — hingibt und, solange die Nutzung andauert, gegenüber der Forderung des Gläubigers gesichert bleibt. — Allerdings sind im einzelnen Fortbildungen eingetreten. Dem Gläubiger wurde trotz des Nutzungsbezuges das Recht eingeräumt, seine Forderung geltend zu machen. Während ferner in früherer Zeit gewöhnlich von der Hingabe der Sache ausgegangen wird, ist man späterhin immer geneigter gewesen, ein Schuldbekenntnis an die Spitze der Urkunde zu stellen und dann erst die Nutzungseinräumung folgen zu lassen. — Als den einheitlichen Urtypus öffentlicher Kreditgeschäfte kann man trotzdem für unsere Territorien Immobilieverpfändung mit Gewereeinräumung hinstellen.

Dabei ist das Pfandrecht im weitesten Sinne — als das Recht, aus einer Sache den Betrag einer Schuldforderung herauszuschlagen, als das „dem Wertzwecke dienstbar gemachte

Sachenrecht aufzufassen¹ — Das allgemeine Institut der Gewere, mit deren formaler Übertragung die Nutzung und gerichtliche Vertretung eines Gutes an den Erwerber überging, ist aber als der wesentliche Kern zu betrachten der den öffentlichen Kredit plastisch gestaltet und bildungsfähig gemacht hat.

Die Gewere war es ja, welche die eigentümliche Auffassung hervorgebracht hat, liegendes Gut sei alles, was für sich selbst einen Herrschaftsbestand bildet² — also auch alle Rechtsaum, das eine dauernde Nutzung abwerfen. Zunächst wurden unter den letzteren diejenigen herangezogen, welche sich auf ein bestimmtes territoriales Gebiet erstreckten. Sowohl der städtische als der herzogliche Haushalt hatte vielfach mit solchen Rechtsaum zu schaffen. Alltätlich debattierten aber die Gewere auf Rechte mit weniger regelmäßigen Einkünften, ja mit einmaligem Ertrage aus. Allerdings wird dabei der Gewerebegriff immer farblos, und als endlich auch bei reinen Forderungsgeweren Gewere angenommen wurde, war der Übergang zu obligationenrechtlicher Anschauungsweise bereits vollzogen.

Die Einkünfte des faktischen Besitzes war mit Gewereübertragung nicht notwendig verbunden, sobald die symbolische Investitur den realen Investitursakt abgelöst hatte. Das zeitliche Intervall, das zwischen Gewere- und Besitzübergabe liegen konnte, hat die Grundlage für eine ansehnliche Zahl herzoglicher Kreditgeschäfte geboten. Für eine Schuld, die zu einem bestimmten Zeitpunkt zahlbar war, wurde in der Weise verpfändet, daß dem Gläubiger die Detention des Pfandobjektes erst nach dem Termine zukommen sollte: die Gewereverteilung über sofort erfolgte³.

Wie in dem letztgenannten Falle, so hat die Gewere überhaupt für den öffentlichen Kredit den Vorteil, daß sie dem Gläubiger, dem hier sein Schuldner regelmäßig an Macht überlegen war, absolute Sicherheit gewährte, soweit rechtliche Verhältnisse in Betracht kamen. Allerdings bestand diese Sicherheit zunächst nur bei dem Schuldner selbst gegen über Anderen: verhielt es sich aber mit der Stellung des Gläubigers bezüglich dritter Personen: Gegen etwaige auf ihn in Konflikt begehende Angriffe war er durch den ge-

K. Hler, Pfandrechtsliche Allandungen S. 41

¹ Hensler a. a. O. I 236.

² Z. B. Siedendorf IV 63 (1373). Herzog Magnus von Braunschweig verpfändet mehreren Ritten schloß und Stadt Neustadt we kennen, dat ne behalt enst unde settet. — (1373) 1000 Mark die er Herzog Braunschweig am 20. Dezember 1371 auszahlen und an rachs en 20. September mit 10 Mark zu verzinsen verspricht. Das schloß und die Stadt übernimmt er sechs Ritten und Knappen, die sechset hat hat und de stad vns behret to er der Ritten hand. In den Urkunde Siedendorf III 37 (1367) behalt der Herzog das schloß

Friedrich 20 15. — Konten.

richtlichen Akt, außerdem durch die Pflicht des Gewerübertragenden¹, als Auctor den Erwerber zu sichern, und durch das oft noch besonders hinzutretende Versprechen der Gewährschaft oder *warandia*² hinlänglich geschützt. — Die schwierigsten Fragen ergaben sich gegenüber gewaltsamen Angriffen Dritter, die überhaupt nur bei dem Satzungs- und Wiederkaufskontrakte in Betracht kommen konnten. Obgleich in diesen Fällen der Gläubiger wenn nicht durch bloßes Gewere, so doch durch hinzukommende faktische Detention etwaigen Dejcienten gegenüber rechtlich gesichert war, so konnte dies in der damaligen fehdereichen Periode nicht genügen. Dafs es insbesondere Erwägungen letzterer Art waren, welche die Bedeutung des bereits genannten Gewährleistungsversprechens erhöhten, zeigt eine urkundlich nachweisbare Eigentumsresignation in die Hand eines Herzogs, die allein zu dem Zwecke vorgenommen wurde, dafs der Herzog seinerseits das Eigentum einem Dritten übertrage und diesem Gewährschaft verspreche³. Um so mehr kam die Gewährschaft beim Pfand in Betracht. Daher wurden bei Pfandgeschäften aufs genaueste die Rechtsfolgen bestimmt, die eintreten sollten, falls das Pfandobjekt dem Gläubiger abhanden kommen würde⁴. Oft aber wird schon an eine Besitzstörung Wiederaufleben der Forderung geknüpft⁵.

Das Gewährschaftsversprechen wurde vielfach von dem dinglichen Grundgeschäfte losgelöst und selbständig ausgestaltet. Ihm gegenüber stand das Recht des Verpfänders, nach erfolgter Einlösung Herausgabe des Pfandgutes zu fordern. An beide Rechtsverhältnisse haben die Bürgschafts-, die Einlagerklausel und andere Institute des Forderungsrechtes sich vielfach angelehnt. Den Grundtypus, der dem öffentlichen Kredite unserer Territorien zu Grunde lag, kann man demnach definieren als einen dinglichen Vertrag mit doppelter obliga-

¹ Nachschonspiegel 83 § 2 bestimmt, der Gewerübertragende solle Jahr und Tag hindurch die Pflicht haben, den Gewerempfänger in seinem Besitze zu sichern oder ihm „*warandia*“ zu leisten.

² Gewährschaftsversprechen wurden bei allen Geschäften über Immobilien geleistet. Auch bei Eigentumsübertragungen. Sudendorf III 54 (1858).

³ Sudendorf III 165 u. 106 (1360).

⁴ Sollte dem Gläubiger das Schlofs abgenommen werden, „*van wanhuede unde unlukke*“, so soll gewöhnlich der Herzog sein Schlofs, der Gläubiger sein Geld verlieren. Wird das Schlofs gewaltsam entrisen, so soll gewöhnlich der Herzog ein anderes bauen. — Ist der Gläubiger eine Stadt, so wird oft zwischen einem Verluste im Kriege des Herzogs oder der Stadt unterschieden.

⁵ Sudendorf I 321 (1319). Knappe von Lübbke bescheinigt, vom dem Herzoge Otto durch Überlassung zweier Höfe Bezahlung erhalten zu haben. . . Ita tamen, quod si quis in mansio me huiusmodi ispeteret in posterum, aut quomodolibet in possessione eorum perturbaret, in optione mea extunc erit dicto principi dictos mannos resignare, et ipsam pro meis debitis monere de cetero sicut prius.

ein Vertrag mit öffentlich-rechtlicher Färbung vor. Wie dies zu erklären sei, ergibt sich aus den Fällen, in denen sonst dieselbe Klausel vorkommt. Wir finden sie in besonderen, nur zu diesem Zwecke abgeschlossenen Verträgen öffentlich-rechtlicher Natur¹, in Bündnissen zwischen verschiedenen Landesherren² oder zwischen Landesherren und Städten, weitaus überwiegend aber in Lehn- resp. Dienstverträgen und bei Ernennung von Amteuten im 14. Jahrhundert. Beim Lehnvertrag ist die Klausel insofern stärker ausgebildet, als sie oft der Zeit nach unbeschränkt auftritt³. Noch mehr deuten häufige Hinweise — auch in Pfandverträgen —, der Machthaber solle den Machtgeber schützen wie seine Mannen oder sein Gesinde⁴, auf den dienst- resp. lehnsrechtlichen Ursprung der Bestimmung.

Da uns also in den meisten herzoglichen Kreditverträgen ein auf lehn- resp. dienstrechtlichen Boden erwachsenes Institut begegnet, dürfen wir nicht mehr diejenigen Pfandgeschäfte, welche ausdrücklich mit einem Lehn- resp. Dienstvertrage verbunden werden, als isolierte Erscheinung betrachten. Man hat vielmehr in diesen Fällen eine Erweiterung der Funktionen des verpfändenden Herzogs in seiner Stellung als Gerichtsherr zu sehen. Sie beschränken sich nicht mehr auf Streitigkeiten mit Dritten, sondern erstrecken sich auch auf Begründung des Pfandvertrages und Jurisdiktion in allen mit ihm in Verbindung stehenden Fragen. Der Pfandgläubiger hat Gewere zu Dienst- oder Lehnrecht. Wenn man sich aber vorgegenwärtigt, daß Dienst und Lehn miteinander vielfache Verbindungen einzugehen pflegten, daß Dienstlehen sehr häufig waren und somit der Kreis der Dienstleute mit demjenigen der Lehnleute beinahe identisch war, so wird man das Pfand zu Dienstrecht vom Pfand zu Lehen nicht prinzipiell zu trennen haben⁵. —

¹ Sudendorf IV 126 (1371). Der Rat zu Braunschweig schreibt dem Rate zu Hannover, der Herzog habe ihm zugesagt „were dat gik icht mid eme werende wese, eder isenich scheit twischen eme unde gik were, we scholden sin mechtig wesen to vruendschaft und to rechte.“

Sudendorf IV 136 (1371). Der Herzog von Braunschweig schreibt dem Rate von Braunschweig: „gi schullen uwer to rechte wol mechtig wesen. . . also dat we recht nemen und gheuen willen, oder gheuen und nemen.“

² Z. B. Sudendorf III 170 (1362).

³ D. h. es wird keine Frist festgesetzt, nach deren Ablauf das Selbsthülfsrecht wieder aufleben soll.

⁴ Der ähnliche Ausdruck findet sich auch bei der Ernennung von Amteuten „Minne und rechte schollen we woldich wesen over dem ammechtman unde willen de ammechtlude vordeghedinghen als uwe gheminde. Lün. Urkb. I 464 (1351). — Dies hängt mit der Entstehung des Amtsbegriffs aus dem Dienstlehen, die weiter unten berücksichtigt werden soll, zusammen.

⁵ Allerdings wird man sich die gerichtliche Verbindung nicht so vorstellen müssen, als wenn der betreffende Dienstmann kraft der Belehnung zu einem besonderen Dienste irgendwelcher Art verpflichtet wäre. — Der Lehnvertrag wurde ursprünglich als ein entgeltlicher gedacht

Mit dem Belehnungsvertrage wird vor allem der Kauf auf Wiederkauf verbunden, entweder in der Weise, daß zunächst nur von der Belehnung gesprochen und dann die Einlösungsbefugnis des Herzogs hinzugefügt wird, oder so, daß der Wiederkaufskontext an die Spitze der Urkunde gestellt wird und dann eine Belehnung des Käufers hinzutritt. Mit dem Satzungs- oder Pfandvertrage (*pendinge, sottunge, unpengeration, Aligat o rei pro summa*) pflegt häufiger der Dienst- oder Amtsvertrag verbunden zu werden. Doch finden sich in Satzungsverträgen auch sonst so mannigfaltige lehnsrechtliche Bestimmungen, daß die Verhältnisse zwischen den Parteien vollkommen nach Lehnrecht normiert erscheinen. Dies formulieren auch gelegentlich die Urkunden selbst in Ausdrücken wie „*lehenunge und sottunge*“, „*feudaliter obligatar*“ etc.¹. In ihnen genügt der Begriff des Pfandlehns zum Abschluß, das sich von lehnsrechtlichem Wiederkauf nicht mehr unterscheidet als der landrechtliche Wiederkauf von der landrechtlichen Satzung².

Über die rechtliche Natur des Pfandlehns haben lange Meinungsverschiedenheiten geherrscht. Man hat die Zukunftslosigkeit desselben nach dem Sachsenspiegel kurzweg leugnen wollen, doch sagen die als Beweis herangezogenen Worte „*gelehen sottunge is wider den noch sottunge*“ (asp. 35 § 8) nur aus, daß die Satzung einen landrechtlichen, das Lehen einen lehnsrechtlichen Akt erfordert, daß eines durch das andere nicht ersetzt werden könne³. Schon nach den Worten des Sachsenspiegels war es also nicht untersagt, wider eine landrechtliche Satzung mit lehnsrechtlichen Elementen zu verbinden, noch das Lehnrecht mittelst der Einlösungsbefugnis des Lehnsherrn satzungsmäßig zu gestalten. Die spätere Praxis hat jedoch auch das formelle Unterscheidungsmerkmal des

für die Hingabe des Mannes gab der Herr als Entgelt das Gut (schr. 2. der Deutsche Rechtsgeschichte I 137). Wollte sich also der Herr gewisse Dienste versprochen haben, so mußte es besonders ausbedungen werden (Hemeyer, Sachsenspiegel II 2 S. 375). Darum der Ausdruck „zu lehen empfangen mit Liden und Diensten“ — „Daß übrigens in unserer Terminen gewisse Dienste der Lehnleute auch in späterer Zeit gewöhnlich und wertvoll blieben, zeigt eine Urkunde aus dem 17. Jahrhundert“ (Hagermann a. a. O. S. 238, n.) bei Vorschriften über Teilung der Lehen der Fängkei der Teile, Reisdienste zu leisten, besonders gedacht wird. Z. B. sudend. rff. I 13 (1240).

¹ Diese unterscheiden sich, aber bei Zugrundelegung einer befristeten Forderung untereinander wie Verkauf mit Suspensionsbedingung aber sofortiger Einlösung der Nutznießung und Verkauf mit Resolutbedingung, wobei nur Bedingung mangels Zahlung zum Termine auftritt. Platner versucht es, in seinem Aufsatze „Über den Wiederkauf“ in der Zeit schrift für Rechtsgeschichte IV eine scharfe Grenze zwischen beiden zu ziehen. Obwohl verfehlt, doch mit dem Zugeständnis, daß auch beim Wiederkauf der Veräußerer noch nicht alles Recht an der Sache verliert, die Lehnbedingte Kontinuität.

² Meib. am. Deutsches Pfandrecht S. 305 fg.

Rechtsverhältnisse nichtig gemacht. Man zerlegt den ursprünglich einheitlich gedachten Begründungsakt in einen land- und einen lehnrechtlichen¹, man begründet zuerst ein Pfandrecht und belehnt darauf mit demselben². Der fließende Zustand, in dem sich diese Verhältnisse zu einzelnen befanden, läßt im besonderen Falle kaum mit Sicherheit bestimmen, ob ein Pfandlehen einem land- oder lehnrechtlichen Akt oder beiden zugleich seine Entstehung verdankt. Der Wortlaut der herzoglichen Urkunden würde, je nachdem von *auswunge* oder von *ausunge* und *lenunge* die Rede ist, für einfache oder doppelte Rechtsbegründung zu sprechen scheinen. Die zweite Kategorie wurde dem lehnrechtlichen Wiederkauf anzureihen, die erst von ihm zu trennen sein. Eine solche rechtliche Spaltung des wirtschaftlich unbedingt Zusammengehörigen mußte jedoch juristisch erst begründet werden. Der Wortlaut der Urkunden kann hierzu nicht genügen, da er erfahrungsgemäß die rechtliche Konstruktion oft vernachlässigt³. Aus der gesamten verwaltungs- und verkehrsmäßigen Handhabung beider Kategorien sind auf ihre rechtliche Natur, speziell ihre prozessuale Begründungsweise Rückschlüsse zu ziehen. Dieser Weg kann nur im Zusammenhange mit der wirtschaftlichen Darstellung betreten werden. Hier mag nur als Resultat hingestellt werden, daß die durchaus gleichartige Behandlung aller herzoglichen Satzungsurkunden sich einer einheitlichen Rechtsphäre und zwar der lehnrechtlichen zuweisen läßt.

Die Rolle, die in diesem Falle das Lehnrecht gespielt hat, ist nur in Verbindung mit der Umbildung des Lehnwesens überhaupt zu verstehen. Ursprünglich hatten politische Momente fast ausschließlich die Ausbildung des Lehnwesens vollzogen. Der Belehnungsakt hatte darum Hingabe des Mannes an den Herrn, später ein Treuverhältnis diesem gegenüber zur Folge. Die Hingabe des Gutes wurde nun immer mehr zur Hauptsache, während das Treuverhältnis nach und nach zurücktrat. Nicht immer mochte der Lehnsherr in ihm ein genügendes Äquivalent für die Nutzung seines Gutes erblickt haben. Jährliche Zinsleistungen, zuerst in Naturalien, dann in Geld, wurden eingeführt und bildeten so das Lehen aus einem

¹ Homayr, Nachschaffsregel II 2 S. 350.

² Diese Meinung auch vertreten in Weber, Handbuch des in Deutschland geltenden Lehnrechts II 455 fg.: „Die Bestellung des Pfandrechts muß dem Akt der Infeudation vorangehen, obwohl auch beide zugleich geschehen können.“

³ Rudenstam II 10 (1357) wird z. B. zugleich von Lehn, Wiederkauf und Lehnkauf einer dritten Person gesprochen. Einen dreifachen rechtlich begründenden Akt wird man hier kaum annehmen dürfen. Der wirtschaftliche Zweck liegt aber klar vor: es soll ein Lehn mit doppelter Hemmtätigkeit begründet werden.

politischen in ein überwiegend wirtschaftliches Institut um¹. Indem man sich hieran immer mehr gewöhnte, war man leicht geneigt, die Belehnung gegen Zins als das Regelmäßige zu ersichten und da, wo der Zins fehlte, eine Schenkung anzunehmen² mit nachträglicher Belehnung des Beschenkten. Die gewöhnliche erbliche Belehnung gegen Zins erschien jetzt als ein Kauf, wobei der Käufer mit dem Kaufgut belehnt wurde³. Zu dem behandelten lehnrechtlichen Wederkaufe und Pfandlehn blieb von hier aus nur ein Schritt. Belehnungen auf Lebenszeit wurden endlich als Lebzuchtverträge mit hinzutretender Belehnung aufgefaßt⁴. — In allen diesen Fällen erscheint die Belehnung als Vollzugsakt eines vorher abgeschlossenen Rechtsgeschäftes.

Man kann den Umschwung, der hier eingetreten war, kurz dahin zusammenfassen daß das Lehnrecht in Laufe des Mittelalters immer weniger dazu diente, qualitativ eigentümliche Rechtsverhältnisse zu begründen, immer mehr dagegen für die prozessuale Begründung allgemeiner, landrechtlicher Rechtsgeschäfte wichtig wurde, wobei allerdings eine gewisse öffentlich-rechtliche Färbung der Rechte unvermeidlich war. Für die Herzöge von Braunschweig und Lüneburg muß die Bedeutung des so ungebildeten Lehnrechtes sehr hoch angeschlagen werden. Zunächst war für alle Geschäfte mit lehnrechtlichem Vollzugsakte der Gerichtsort, vor welchen eventuelle Streitigkeiten gehörten, unabstritten. Bei exterritorialen Verpfändungen wurden sich dennoch alle Schwierigkeiten ebenso wie beim Obligationenrechte wiederholt haben. Auch stellte das gewohnheitsrechtlich ausgebildete und gerade in unseren Territorien durch uralte Tradition befestigte Lehnrecht eine Unterlage vor, weit größerer Solidität als das noch unentwickelte Landrecht dar. Endlich bot das Lehnverhältnis das einzige Mittel, um die günstige Stellung des Lehnherrn als „*boni et possidens*“, von dem sich der bedrängte Herzog manche Übervorteilung gefallen lassen mußte, einigermaßen aufzuwiegeln. Da die erforderlichen Einschränkungen überwiegend politischer und öffentlich-rechtlicher Natur waren, so war es wegen des in ihm latenten politischen Momentes kaum anderweitig zu ersetzen. —

¹ „Der Lehnsmexus bildete sich um zu einer besonderen Form der künftigen Grundleihe.“ Langrecht, Deutsches Wirtschaftsleben I 267.

² Sadendorf IV 91 (1371). Herzog Magnus v. Br. u. L. giebt ein Dorf und belehnt die Empfänger damit.

³ Sadendorf II 32 (1443). Die Grafen von Hallermund verkaufen ihren Teil des Spannes und des neuen Hofes an Konrad von Hamelen und seinen Schwager und belehnen sie damit.

⁴ Dabei wird die Lebzucht wiederum als Verkauf auf Lebenszeit konkretisiert. „*ante emphiteusitalem tibi duxero ad tempus vitas mee quate possidendo*.“ Sadendorf I 261 (1415).

Anders war die Lage der Städte. Schon in wirtschaftlicher Hinsicht regelmäßig die überlegene Partei, waren sie auch in politischer Beziehung fast nur gegenüber exterritorialen Pfändern in einer ähnlichen Lage wie die Herzöge. Auf derartige, meist von fremden Fürsten erworbene Besitzungen beziehen sich weit überwiegend jene städtischen Kreditbriefe, die sich den behandelten herzoglichen als gleichartig anreihen. Auch darüber hinaus blieb zwar der städtische Haushalt von der ihn umgebenden lehnsrechtlichen Atmosphäre bis ins einzelne¹ nicht unbefruchtet. Nirgends aber kann man nachweisen, daß das Lehnrecht für die Städte grundlegende Bedeutung gehabt, daß ein wesentlicher Fortschritt des städtischen Kredits in lehnsrechtlichen Bildungen bestanden hätte. Die Grundlage der städtischen Entwicklung bildete vielmehr eine besondere städtische Gerichtbarkeit, die schon äußerlich den großen Vorzug eines in sich abgeschlossenen Gebietes für sich hatte und die immer mehr aus den Händen des Herzogs auf die städtische Obrigkeit überging. Letztere war um so fähiger, die von innen heraus sich vollziehende rechtlich-wirtschaftliche Entwicklung ungeschmälert zum Ausdruck gelangen zu lassen. Die verkehrsmäßigen Funktionen, die in den Territorien auch späterhin dem schwerfälligen, immer noch vielfach politischen Zwecken dienenden Lehnswesen verblieben, hatte in den Städten die rein wirtschaftliche, viel beweglichere Leihe übernommen. Dieselbe trat bald so sehr in den Vordergrund des wirtschaftlichen Lebens, daß für die im Stadtgebiete gelegenen Güter ohne Unterschied des Besitzers die städtische Leihe zu Weichbildrecht sich als das Zweckmäßige, ja Notwendige aufdrängte. Wie städtische Besitzungen außerhalb des Stadtgebietes verkehrsmäßig oft lehnsrechtlichen Formen treu blieben, so kommt es vor, daß herzogliches Gut innerhalb der Städte zu Weichbildrecht ausgethan wird². Die zunehmende Geldwirtschaft bildete den Leihverkehr insofern um, als sie den konkreten Charakter der Gutsnutznutzung in den Hintergrund schob. Letztere erschien immer mehr als Summe gewisser jährlich wiederkehrender Gelderträge und wurde mittelst des Rentenkaufs zu aliquoten Teilen veräußert. Je mehr dabei das kapitalistische Prinzip betont wurde, desto mehr näherte sich der Rentenkauf dem Darlehn. — Der Hauptgegensatz zwischen Lehn und Leihe bestand somit vor allem darin, daß diese weitere

¹ So wird sogar ein Dienstmann mit dem Sold — einem Jahresgelde von 3 Mark 1/8 — lebenslanglich belehnt Sudendorf VIII 124 (1396).

² Der Übergang vom Lehn zur städtischen Leihe ist deutlich zu verfolgen in der Urkunde Sudendorf III 75 (1359). Ein Knappe resigniert dem Herzog Wilhelm von Braunschweig und Lüneburg ein Haus zu Hannover „als ek dat to lene hadde . . . und bedde dat ir . . . wedwen und thren kindern . . . to wickeldes ghede leghen und maken“.

geldwirtschaftliche Verkehrsstufen selbständig aus sich heraus erzeugte¹, jenes aber nur eine Rechtsform bot, in die sich der bereits bestehende Rentenverkehr bringen liefs: mit Renten wurde belehnt. Die städtische Leihe pflegte durch einen gerichtlichen Akt begründet zu werden, wobei mit zunehmender Auflösung der Hofverbände einzelner Grundherren immer ausschliesslicher der städtische Rat als zuständiges Gericht fungierte². Auch der städtische Kredit lehnte sich an dessen Gerichtsbarkeit und das Stadtrecht überhaupt an.

¹ S. Arnold, Geschichte des städtischen Eigentums. Basel 1861. S. 106 fg.

² Heusler a. a. O. II 179.

IV.

Der städtische Kredit.

Eine finanzielle Folge der politischen Lage der Städte war Veränderlichkeit und Unbestimmbarkeit des städtischen Bedarfs. Darum wuchs mit der Unsicherheit der Verhältnisse allemal die Heranziehung des Kredits¹. — Innerhalb unserer Territorien haben sich in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts einerseits der Lüneburger Erbfolgekrieg, der die Städte mit in seine Wirren hineinzog, andererseits innere Unruhen, die die latenten Verwaltungskonflikte endlich zum Ausbruch brachten, zu einem so verschlungenen, durch allerlei Nebenkämpfe, wie die zwischen Bürgern und Rittern, zwischen Stadt und Land überhaupt, vollends unlösbar gemachten Knoten verwickelt, daß dieser Zeitraum an die finanzielle Leistungsfähigkeit die höchsten Ansprüche stellte und somit auch den Höhepunkt der städtischen Finanz- und Kreditgeschichte bildet.

Für Braunschweig und Lüneburg hatte die genannte Epoche auch eine gewaltige unmittelbare Bedeutung. Der Lüneburger Erbfolgekrieg hatte ihnen Gelegenheit gegeben, den lange aufgeschobenen Rivalitätskampf miteinander auszufechten. Die Folge davon war eine bis zum äußersten Grade getriebene Anspannung aller Kräfte mit allen ihren verheerenden, vielfach aber auch verjüngenden Wirkungen.

Die Lüneburger Überlieferung berichtet einseitig fast nur von der Notlage. Am Anfang der 70er Jahre erscheinen die ersten Anzeichen finanzieller und allgemein wirtschaftlicher Depression. Zunächst die Verschuldung der Bürger. Wie innerhalb der Stadt Zwangsverkäufe verschuldeter Häuser erwähnt werden², so denunzieren auswärtige Gläubiger beim

¹ Für Basel betont die Unmöglichkeit einer Budgetaufstellung Schönberg in seiner Finanzgeschichte Basels, Tübingen 1879, S. 96 fg. — Für Nürnberg ist in den Kriegsjahren 1387–1389 eine Steigerung der Einnahmen und Ausgaben um das Dreifache nachweisbar.

² Län. Urkb. II 798 (1373).

Rat von Hannover Lüneburger Bürger als wothbruchig¹. Dabei war der Lüneburger Rat insofern zur Nachgiebigkeit bei hannoverschen gegenüber gezwungen, als er selbst sein Schuldner geworden war². Auch von Bürgern Hannovers hatte der Lüneburger Rat gehandelt. Dieselben suchten ihn durch den Bürgermeister Sjöringmüt zur Zahlung zu bewegen, indem sie auf die eigene Nothlage und die Nothwendigkeit, ihre Kleinodien an Juden zu versetzen hinweisen³. Außerdem wird der Rat auch von anderen Städten gemahnt⁴, ja es drohen ihm sogar private Gläubiger ein gegenständlicher Pfändung Lüneburger Bürger⁵. — Einen zahlenmäßigen Anhalt zur Schätzung der damaligen Schuldenlast Lüneburgs giebt uns eine Angabe der Herzöge Wenzel und Albrecht von Sachsen aus dem Jahre 1377⁶. Hiernach betrug dieselbe 100 000 Mark. Diese Zahl wird bestätigt durch das Schuldenliquidationsverlairen, zu dem nunmehr Lüneburg überging und worüber eingehende Nachrichten vorliegen.

Die Parteien, die sich im Lüneburger Erbfolgekriege gegenüberstanden, waren einerseits die eben erwähnten sächsischen Herzöge, zu denen später auch einer der braunschweigischen Brüder, Bernhard, herübertritt, andererseits eben diese braunschweigischen Erben. Nachdem sich Lüneburg nach längerem Schwanken zu Gunsten des Hauses Sachsen entschlossen hatte, suchten die Herzöge Albrecht und Wenzel der Stadt wieder aus ihrer Verschuldung aufzuhelfen.

In der eben genannten Urkunde⁷ gestatten sie demgemäß dem Rat, sich an die in der Sitz-Besitzungen zu halten. — Damit erhielten die eigentlichen Besitzverhältnisse innerhalb der Lüneburger Saline eine große finanzielle Bedeutung. Es handelte sich nämlich hier ebensowenig wie bei den anderen mittelalterlichen Salinen um einen einheitlichen Vermögenskomplex, sondern um eine doppelte Reihe von Einzelrechten. Zunächst waren die in den einzelnen Sudhäusern zerstreut liegenden Pannier Objekte selbständiger Nutzungsrechte, welche theils Klöstern, theils Edelleuten und Bürgern zustanden. Außerdem waren auf die Einkünfte der Sudhäuser und

¹ Län Urkb. II 878 (1377). — Ähnliches geschieht in Göttingen 1362. Göt Urkb. I 215.

² In Län Urkb. II 786 (1373) bittet der Lüneburger Rat den hannoverschen noch einige Zeit Nachsicht betreffs der Zahlung der Schuld zu aben.

³ Län Urkb. II 789 (1373).

⁴ So von Czen Län Urkb. II 782 (1372). Auch an Salzwedel ist er veranlaßt. Län Urkb. II 820 (1374). Außerdem scheint vor allem Braunschweig auf Zahlung gedrängt zu haben. Län Urkb. II 790 (1372).

⁵ Län Urkb. II 817 (1373).

⁶ Län Urkb. II 820 (1374).

⁷ Län Urkb. II 800 (1373).

Pfannen vielfach Renten — sogenannte Chorusgüter¹ — basiert, welche in Wispeln Salz geleistet und zum weit überwiegenden Teile von der Geistlichkeit bezogen wurden². Somit kam die Maßregel praktisch auf eine Heranziehung des Vermögens der Geistlichkeit hinaus. Auch spricht der bald darauf zwischen dem kaiserlichen Räte und der Stadt Lüneburg abgeschlossene Vertrag kurzweg von der Hülfeleistung seitens der „pfaffheit, die in der sulden to Lüneborgh renten heft“³. Die einzigen Bedingungen, an welche hier die kaiserliche Erlaubnis geknüpft wird, sind die, daß auch der Lüneburger Rat „eyn reddelich teil“ der Schuld auf sich nehmen solle und daß die zuerst erhobenen 1200 Mark zur Einlösung herzoglicher Schlösser zu verwenden seien. Die letztgenannte Bedingung ist wohl für die Zustimmung Karls IV maßgebend gewesen, da dieser in allem die blutsverwandten Herzöge von Sachsen unterstützte.

Nach erfolgter Verständigung mit den Herzögen und dem Kaiser wurde nun ein Vertrag zwischen dem Räte und der in der Saline begüterten Geistlichkeit abgeschlossen⁴. Es wurde eine Kommission von zwölf Mitgliedern konstituiert, welche die Verteilung der Sülzhilfe auf die einzelnen Beitragspflichtigen „na antale“ und zwar nach dem Maßstabe von 100 M. Pf. pro Pfanne⁵ und 50 M. Pf. pro Wispel Salzrente

¹ Das Rechtsverhältnis der Lüneburger Saline und Salin-Interessenten. Lüneburg 1879. Hierin: Engels, Verfassungsgeschichte der Saline zu Lüneburg S. 12.

² Inama-Sternegg, Zur Verfassungsgeschichte der deutschen Saline. Wien 1886. S. 24.

³ Doch wurden in einzelnen Fällen die Chorusabgaben auch auf andere nutzbare Rechte innerhalb der Saline basiert. So auf eine Wegerechtigkeit, deren Inhaber gewisse Abgaben von den umliegenden Bodläusern fordern konnte. „De tota eciam via, de cuius medietate hie agitur, quolibet anno persolvi debent redditus dimidi chori salie per singula summa.“ Lün. Urkb. II 925 (1379).

⁴ Allerdings wurden Chorusgüter vielfach auch von anderen Personen erworben. Vor allem von den Herzögen, die beispielsweise 1373 die neue Saline an die Inhaber der alten gegen Zusage von 150 Chorem veräußerten. Überall wird jedoch der Besitz von Chorusgütern seitens der Geistlichkeit besonders betont. Noch 1441 motivierte der Kurfürst Friedrich von Brandenburg, als er der Stadt Lüneburg ausschließliches Salzdurchfuhrrecht für 1000 Rh. Gulden verlieh, diese Gnade damit, „dat wy werhaftich underrichtet syn, dat vele kerken, cloostern, steden von mannygen christenmenschen in unde up der sulde unde davon ore jertige plege, gute unde gulden hebben.“ S. Albers, Urkundliche Nachrichten von den Handelsprivilegien und der Schutzbarriere, welche das Haus Brandenburg der Stadt Lüneburg gewährt hat. Göttingen 1839 S. 10.

⁵ Lün. Urkb. II 894 (1377).

⁶ Lün. Urkb. II 900 (1377).

⁷ 1383 betrug der Verkaufswert von zwei Sülzpfannen 2000 Mark. Lün. Urkb. II 981. Demgegenüber darf man wohl annehmen, daß die Pfannenbesitzer etwa ein Zehntel des Kapitalwerts zu entrichten hatten, eine Summe, die wahrscheinlich ungefähr dem jährlichen Ertrage entsprach.

zu besorgen, überließ aber die endgültige Zahlung der Schuld auszuführen, hatte. Die Zwölf bildeten somit eine für einen speziellen Fall gewählte Schuldenentgelungskommission. Wie sich aus der Bewilligungsurkunde des Domstiftes zu Lübeck¹ ergibt, wurde der Salzsolle nicht auf einmal, sondern eine Reihe von Jahren hindurch entrichtet, in diesen Fällen zehn Jahre lang, jährlich 10 resp. 6 M. Pf. von den genannten Anteilen. Dem Wirtlaute nach war die Solle eine Zwangsanleihe ohne bestimmten Termin: „cum sit et restituenda, cum ad fortunam deventura pinguiorem“². Die Schuldenentgelungskommission legte 1380 für die Jahre 1378/9 Rechnung ab³. Als halbpflichtig werden angegeben 216 Pfannen und 814 Wispel. Von der Gesamtsumme, die aus aller zusammen eingebracht soll und die auf 63118 Mark geschätzt wird⁴, sind in den beiden genannten Jahren 50268 Mark wirklich zusammengebracht worden. Zur Tilgung der noch nicht gezahlten Schulden⁵ wird die Erhebung einer Nachsolle von 210 Mark vorgeschrieben.

Dieser mangelhafte geschiedene Verfahren der Gesamtsumme des städtischen Haushaltes nicht wesentlich verbessert war, ergibt sich schon daraus, daß 1385 bereits ein zweiter Vertrag der Stadt mit den Salzherren erwähnt⁶ und wiederum als Grund angegeben wird, die Stadt könne allein ihre Schulden nicht zahlen. Die Summe, die eingebracht werden soll, wird auf 60000 Mark festgesetzt und ist aus dem neuen Salzwerke zu zahlen. Der Erfolg, auf den man hinarbeitete, war hier der nämliche wie 1377. Das Streben nach Heranziehung des geistlichen Vermögens tritt sogar hier offener zu Tage, denn gleichzeitig wird bestimmt, daß von nun an alles stadtspflichtige Gut, das in geistlichen Besitz übergehen würde, stadtpflichtig bleiben solle. Der Weg, den man einschlug, war aber ein anderer. Das neue Salzwerk sollte einstweilen der gemeinsamen Nutzung vorenthalten bleiben und die erwähnte Schuldsumme aus dessen Einkünften nach Beendigung des Baulohes und sonstiger Urkosten, getilgt werden. Die Dauer der Tilgungsperiode wurde auf acht Jahre geschätzt. Falls die Treuenteuerer schon früher erreicht werden sollte,

¹ Län. Urkb. II 902 (1377).

² Län. Urkb. II 901 (1380).

³ Also an 1118 Mark mehr als nach dem angeführten Verzeichnisse aus den auf Pfannen und Wispel insgesamt fixiert wurde. Dies erklärt sich daraus, daß auch die sonstigen nachzulegenden Gerechtigkeiten innerhalb der Solle mit herangezogen wurden.

⁴ Als noch nicht gezahlt werden angeführt

eine Schuld an Harnsack und Lizen im Betrage von . . . 2075 Mk.
Burger 400.

Zusammen 13763 Mk.

⁵ Län. Urkb. II 1016 (1385).

durfte die gemeinsame Nutzung der neuen Saline sofort in Angriff genommen werden. Blicke aber nach dem genannten Zeitraume noch etwas übrig, so sollte man den Rest der Schuldsumme auf die nächsten Jahre verteilen. Über diese Verteilung hatten die Körperluten in Gemeinschaft mit den beiden Bürgermeistern, einem Kämmerer, einem Weinherren und einem Richter zu entscheiden.

Vergleicht man die beiden Maferegeln — diejenige von 1377 und diejenige von 1385 — miteinander, so ist in beiden das Streben wahrzunehmen, die finanzielle Beziehung der Saline als Gesamtunternehmung zur Stadt Lüneburg zu regeln. Die Vertragsurkunde von 1377 enthält die Aufserung: „we hebbet vrutliken vurdreghen umme alle schelinge, twidracht und stueke, de gewesen hebben umme ere renthe gud, dat se hebben uppe der sulten.“ Auch erstrebte der nämliche Vertrag etwas mehr als eine einmalige Beilegung der Meinungsverschiedenheiten. Für den Fall einer künftigen Notlage bestimmt er, dafs alsdann der Rat befugt sei, die Finanzlage acht Vertretern des geistlichen Standes darzulegen und mit ihnen resp. ihrer Mehrheit Beschlüsse zu fassen, die für die übrige Geistlichkeit verbindlich sein sollen. Nur wenn ein solcher Beschluss nicht zu erzielen wäre, haben die Räte von Hamburg und Lübeck zu entscheiden. Man wird hierin einen Versuch sehen müssen, die Saline dauernd für die Bedürfnisse der Stadt — wenn auch einstweilen nur für die außerordentlichen — heranzuziehen. Im Hintergrunde steht dabei die Auffassung, dafs die Interessen der Salze besonders eng mit denjenigen der Stadt verbunden seien und dafs dies Verhältnis auch finanziell zum Ausdruck kommen müsse. Das Domstift zu Lübeck gewährt die Beisteuer zur Abzahlung der Schulden, „quae ob communem utilitatem et reddituum salinarum defensionem notorie inciderint“¹. Auch die Notlage, bei deren Eintritt die Vertreter der Geistlichkeit mit dem Rate in der eben dargestellten Weise beraten sollen, wird folgendermaßen umschrieben: „Wero avor, dat yemigherhande openbar echte nod der stat und der sulten in tokomenden tiden anliggende wero.“ — In einer anderen Hinsicht gehen jedoch die beiden Maferegeln weit auseinander. Während das 1385 ergriffene Mittel infolge der Suspendierung der gemeinsamen Nutzung etwas schroff ausfiel, überhaupt nur durch die Entstehung des neuen Salzwerkes ermöglicht worden ist, scheint der Vertrag von 1377 darnach zu streben, möglichst sicher die einzelnen Beitragspflichtigen zu treffen und durch reallastartige Fundierung der Beiträge auf die oben erwähnten Sondernutzungsrechte ein möglichst übersichtliches Verfahren vorzuschreiben. „Dat vorscr. gheelt schal me nemen

¹ Lün. Urkb. II 903 (1377).

by der helfte jarlicher renthe; we aver sine summen, de en anneret, na annale sines zultegudes an den schulden entledighet, de schal to dem neghesten wynnachten, editer, wan he dat entledighet, darna, sine velle renthe sonder linder upreken; wat aver nicht entledighet wert van dem zultegude, lye dar reddelik schude up, des schallet de vorben, twelve machiel wesen, to satende lype der renthe, de ere zultegud nicht entledighet, na reddeliker wise.¹ Dementsprechend wurde bei Verkäufen von Sulzgeräten die noch nicht gezahlte Sulzhälfte vom Preise abgezogen¹. — Somit weist die Maßregel von 1377 bereits auf die Dinge hin, zu der der Rat im Jahre 1444 griff und die darauf zu dem Lüneburger Prälatenkriege Veranlassung gegeben hat. Darüber, daß eine Quote von den Salzgefällen zu entrichten war, hatte man sich geeinigt. Man stritt nur um ihre Höhe. Nachdem man auch über diesen Punkt übereingekommen war, hätte jeder Salzbesitzer die Wahl entweder den auf sein Gut fallenden Teil der Stadtschuld abzutragen oder jährlich einen gewissen Zins an die städtische Kammereikasse abzuführen. In der Folgezeit hat man die derartig kassapflichtigen Salzgüter als *entrene*, den Zins als *entrenge* bezeichnet². Die Schulden, um deren Tilgung es sich 1444 handelte, waren größtentheils im Interesse der Saline gemacht worden, da in jener Zeit die Interessen der Salze bereits eine energiereichere Forderung erreichten. Insofern dies der Fall war, handelte es sich nicht mehr um die Deckung einer städtischen Schuld durch Zwangsanleihen oder sonstige Beiträge, sondern um die Entscheidung der wichtigen Frage, mit welchen Mitteln die kostspielige Salinapolitik zu führen sei. Immerhin wurde aber auch diese Entwicklung durch die außerordentliche Schuldenentlastung des Jahres 1377 angebahnt und vorbereitet.

Wie die Schuldentilgung Lüneburgs als eine außerordentliche, durch spezielle Organe ermöglichte Maßregel erscheint, so haben sich auch die während der wirtschaftlichen Depression einer Zeit abgeschlossenen Krongeschäfte schon äußerlich von denjenigen ab, die gewöhnlich — sowohl in Lüneburg als anderen Städten unserer Herzogtümer — den Finanzhaushalt beherrschten. Zunächst fällt eine sonst nicht vorkommende Haftung reiner Geldverschreibungen auf. Seit etwa der Mitte des 11. Jahrhunderts werden diese für nicht unbedeutende Summen — von 120 bis 3000 M. Lüneb. Pf. —

¹ Lüneb. Urk. II 915. Der Ratmann Beye verkauft dem Bürgern d. Heide einen Wap. Salz aus dem Salinezwang. Der Käufer soll an den Aufkäufer keinen Abzug erleiden, da der Verkäufer zu auf die Sulzgeräten zur Abtragung der Stadtschulden geleigte Steuer bereits gezahlt hat.

² Lüneb. Verwaltungsgeschichte, s. A. O. S. 32.

meist mehreren Gesamtgläubigern, sei es Bürgern fremder Städte sei es Edelleuten sei es auch einem fremden Stadtrate, ausgestellt. Die Zahlungsfristen sind meist kurz, ein oder zwei Jahre. Zinsen werden entweder nicht erwähnt oder auf 6% bis 8% bestimmt. — Es kann aus der Gesamtheit der Verhältnisse ohne weiteres geschlossen werden, daß hier durch Notlage hervorgerufene Verlegenheitsschulden vorlagen, und man wird nicht fehlgehen, die Sicherheit, die die Gläubiger zum Leihen bewogen hat, weniger in der Unterschrift des bedrängten Rates als in beigefügten Bürger- und Einlagerklauseln zu erblicken. Alsdann wird uns der Abstand zwischen diesen reinen Geldverschreibungen und gleichzeitigen Kreditbriefen mit satzungsmäßiger Sicherung thatsächlich nicht mehr so groß erscheinen. Beide sind als ein gleichartiges finanzielles Symptom aufzufassen, der Aufserung gemäß, welche der Bürgermeister Albert Hoyke 1872 machte: „ik en kan nenen geld mer bekomen, ik en hebbe borghen edder pande.“ — Inwiefern das Satzungspfand aus dem Rahmen regelmäßiger städtischer Finanzverwaltung heraustrat, ist an zwei gleichzeitigen, besonders lehrreichen Beispielen aus der Lüneburger Geschichte zu verfolgen, Beispielen, die zugleich die beiden wichtigsten Einkommensquellen Lüneburgs betreffen: den Kalkberg und die Sülze.

Eine Urkunde von 1372¹ enthält eingehende Bestimmungen über die Verpfändung des Kalkberges an Dithmar den Zöllner für 700 Mark Lüneburger Pfennige. Es wird demselben gestattet, Kalk brechen zu lassen und zu verkaufen, wobei jedoch unentgeltliche Lieferungen für das Bedürfnis der Stadt, eines Klosters und des Landes ausbedungen werden². Vom Ertrage soll er jährlich 70 Mark als Zins für die 700 Mark, ferner 140 Mark für eine anderweitige Schuld des Rates behalten. Außerdem hat er 40 Mark nach Anweisung des Rates zu entrichten. Die Gesamtsumme von 250 Mark, welche diese einzelnen Posten bilden, wird dem Zöllner vom Rate garantiert, indem etwaige Ausfälle anderweitig ersetzt werden sollen; sollte aber ein Überschufs erzielt werden, so soll ihn der Zöllner von den geschuldeten 700 Mark abschlagen. — Das Anweisungsrecht dem Zöllner gegenüber wurde bald seitens des Rates noch stärker in Anspruch genommen. Obgleich nämlich der Kalkbrennereibetrieb ein städtischer war, stand das Eigentum am Kalkberge dem Herzoge zu und war seitens des letzteren an die Stadt nur verpfändet worden. Aus einem unbekannten Grunde wurde nunmehr die Auslieferung des Pfandes von ihm beansprucht

¹ Lün Urkb. 765 (1372).

² Bedoeve we ok kalkes to der stad, to des klosters und des landes behoeve, den schal us Dithmar doen.

und, ohne diese abzuwarten, der Kalkberg sofort wieder an den Bürger Schornbecke verpfändet¹. Die Ansprache des letzteren wurden in der Weise vom Räte beschiedigt², daß er ihm versprach, 240 Mark mittelst Kalkes, 480 Mark mittelst einer Anweisung an den Zölner Dithmar und 500 Mark aus dem Ertrage des Kalkberges zu zahlen. — Der Verkauf von Renten aus dem Kalkberge findet sich auch später³, und dabei wird derjenige als der Leistungspflichtige bezeichnet, der den Kalkberg von der Stadt wegen bewahrt. Schon in einer Urkunde⁴ von 1383 schließt aber der Rat einen neuen Verpfändungsvertrag mit einem Hamburger Bürger. Demselben hatte der Rat erstens eine Rente im jährlichen Betrage von 124 Mark für 1864 Mark, zweitens eine rentenlose Schuld von 730 Mark verschrieben. Für beide Schuldsummen im Gesamtbetrage von 2594 Mark nebst Rente wird dem Gläubiger der Kalkberg wiederkauflich verkauft. Das Brennen und Verkaufen des Kalkes wird auch in diesem Falle gestattet, letzteres sogar für das Innere der Stadt, jedoch unter einem Maximalpreis von 12 Schill. pro Maß für die Stadtbürger⁵. Auch behält sich der Rat vor, Kalk für den Bedarf der Stadt brechen zu lassen und dasselbe soll auch dem Herzog und einem namentlich genannten Abte, jenem für den Bedarf seiner Schlosser, diesen für den seines Klosters, freistehen. Weiterhin werden umständliche Bestimmungen über Pferde- und Wagenbenutzung beim Betriebe getroffen und endlich alljährliche Rechnungsgänge geregelt. Von den Einkünften soll der Inhaber zu Johannis bezahlen „al die rente die ut dem berge gheyt“, und die zu jeder Zeit, außer den ihm garantierten 128 Mark, die er „siech sulven“ zahlen sollte, 301 Wispel Salzes betrug. Mit dem Überschusse hatte er seine Schuldsomme zu mindern.

Geht man davon aus, daß der Kalkberg ursprünglich seitens des Herzogs an die Stadt verpfändet worden war, so könnte man geneigt sein, die Wiederverpfändung desselben

Die Irrungen zwischen Stadt und Landesherren wegen des Kalkberges dauerten auch späterhin fort. Nachdem die Herzoge Bernhard und Heinrich den Rat vor dem Satertage angeklagt hatten, daß er den Kalkberg nicht ausliefern wogegen sich der Rat auf Briefe berief, schlossen beide Parteien 1393 (Sudendorf VII 159) einen Vertrag, demzufolge die der Kalkberg einem bederen Manne zu Lüneburg anvertraut sollte. Dieser hatte den Reinarting zwischen Herzog und Stadt zu teilen. Eigentum und Besitz wurden aber dem Räte zugesprochen. Trübsal dauerten die Irrungen fort, so daß der Rat 1431 den Kalkberg für 10000 Mark kaufen mußte.

¹ 140. Urkb. II 69. 1372.

² 140. Urkb. II 343 und 347 (1380).

³ 140. Urkb. II 98.

Mer be en schen den wispel kalkes unnen borgheeren niet luerer gheven, tken vor 12 schill. als man oltt soet ghewesen heft.

⁴ Urkunden 112 II 1. Lüneburg.

sowie die hierbei beobachteten Normen gar nicht der städtischen Finanzverwaltung als solcher anzurechnen. Legt man aber das Hauptgewicht auf den städtischen Betrieb, der sich an ihn unter teilweisem Vergessen der wahren Eigentumsverhältnisse anschloß, so wird man hierin einen Fall erblicken, wo sich der Stadtrat zur Versetzung eines Seitenzweiges der städtischen Verwaltung entschlossen hat. In manchen Punkten besonders in der Ausbedingung von Lieferungen für öffentliche Zwecke sowie in der Zugrundelegung einer Preistaxe — wird man dann das Bestreben finden, einen künstlichen Kompromiß zwischen dem administrativen und dem privatrechtlichen Standpunkte herbeizuführen. Faßt man die Verpfändung des Kalkberges in dieser Weise auf, so kann man mehrere analogen Beispiele während derselben Depressionsperiode in Lüneburg begegnen. 1362 werden an einer Bürger für 80 Mark Lün Pf der Turm bei der neuen Brücke sowie die zur Messung des Salzes gebräuchlichen Geräte verpfändet¹. Offenbar wurde für den Gebrauch der letzteren eine Abgabe an den Rat entrichtet, denn es wird bestimmt, sie sollen „cum fructibus inde provenientibus“ verpfändet sein, und es wird ausbedungen, daß der Gläubiger vom eingenommenen Gelde 1 Mark jährlich an den Rat abliefern solle. Ähnlich wird 1375 für eine Schuld von 400 Mark die Stadtwage verpfändet², für deren Gebrauch ebenfalls Gebühren zu entrichten waren. Das Interesse der Obrigkeit wird hier mittels der Bestimmung gewahrt, der Pfandgläubiger solle „to der wage und in das hus nemande setten“, der nicht dem Rate und dem Kaufmann „bequam were“. Endlich wird 1385 ein eintusgiges städtisches Amt als solches, ohne jegliche Verbindung mit einem dinglichen Substrat, verpfändet, nämlich das Amt des Wankellermeisters³.

Wesentlich anders lagen die Verhältnisse hinsichtlich der Lüneburger Saline. Dieselbe war eigentlich keine städtische Unternehmung, da ihr Betrieb sich den eigentümlichen Vermögensverhältnissen analog gestaltet hatte. Soweit nämlich die Überlieferung auch in das früheste Mittelalter hinabreicht⁴, erscheinen die einzelnen Pfannen als Sonderwirtschaften, unter denen nur insofern eine gewisse Beziehung besteht, als mitunter einheitliche Bestimmungen über das Salzreden seitens des Herzogs⁵, später wohl auch seitens des Rates erlassen

¹ Lün. Urkb. I 553.

² Lün. Urkb. II 855.

³ Lün. Urkb. II 1005 (1385).

⁴ Die erste Nachricht stammt schon aus dem Jahre 936 (Lün. Urkb. I 6).

⁵ Trotzdem ist es sich nicht bestimmen, wer als der ursprüngliche Begründer und Eigentümer der Saline zu denken ist.

Lün. Urkb. I 47 (1228).

worden, außerdem die Körprälaten in allen gemeinsamen Angelegenheiten der Saline entscheiden¹ und endlich der Sodmeister in mancher Beziehung eine Centralbehörde ersetzt. Derselbe hatte nämlich die Sole zu vertreiben, den Sod zu unterhalten, die Pfannenherren anzuweisen u. s. w.² Seit 1228 wurde er von den Pfannenherren³, seit 1350 von den Körprälaten als ihren Vertretern gewählt. Rechnungspflichtig war aber der Sodmeister — ums Jahr 1385 — einer Kommission von vier Prälaten und vier Rannstünnern. Insofern also die Saline ein einheitlicher Betrieb war, wurde sie mittelbar von dem städtischen Räte beeinflusst, und eine solche Beeinflussung rechtfertigte sich nicht allein durch die allgemeinen Dienstpolitischen Natur, welche der Rat der Saline leistete, sondern auch durch den Besitz an Salzgütern — sowohl Pfannen und Sodhäusern als Chorisgütern —, welcher dem Räte zustand. Der Rat war eben einer der vornehmsten Salzbegüterten und zwar ein besonders privilegierter.

In vielen Fällen suchte nun der Rat diesen Bestandtheil seines Vermögens durch kreditartige Kapitalaufnahme zu verwerthen. Regelmäßig geschieht es in der Weise, daß eine bestimmte Anzahl Wispel Salz verkauft wird „to allen vloedden upborende“. Dabei werden oft mehrere Wispel in verschiedenen Häusern verschrieben und der regelmäßige Rentenbezug ausdrücklich gegen alle Störungen im Salzbetriebe sichergestellt⁴. Diese Art von Rentenverkäufen wählte wohl der Rat vor allem dann, wenn er sich im Besitze von Chorisgütern befand. Da, wo er ganze Sodhäuser bzw. Pfannen besaß, ermöglichte ihm aber die nämliche Geschäftsform, den Salzbetrieb nach wie vor durch eigene Salzmeister besorgen zu lassen. In vielen Fällen, wo der Rat die Einkünfte einer Pfanne verpfändete, gelangte jedoch die tatsächliche Nutzung in die Hand des Gläubigers, obgleich ihm auch dann meistens nur der Bezug von Einkünften bis zu einer bestimmten Geldrente eingeräumt wurde, der Restbetrag hingegen dem Räte zurückzuerstatten war⁵. An diese Art von Geschäften gleichwie an die Verpfändung von Chorisgütern schlossen sich nun in weiterer Konsequenz Geldrentenanzweisungen an die Pfannenbesitzer an. Alsdann pflegte die nachträgliche Honorierung durch besonders harte Bestimmungen, vor allem Strafdrohungen „nach Salzrecht“ sichergestellt zu werden⁶.

¹ Enge, a. a. O. S. 10.

² Enge, a. a. O. S. 20.

³ Lön. Urkb. I 45 (1228). Die Pfannenherren bilden überhaupt eine eigentümliche Genossenschaft. Lön. Sternegg a. a. O. S. 26 fg. Schmidt, der Studien über die wirtschaftliche Politik Friedrichs des Großen, in Schmollers Jahrbuch XI 77 fg.

⁴ Lön. Urkb. II 382 (1383).

⁵ Lön. Urkb. II 961 (1383).

⁶ Lön. Urkb. II 955 (1375).

Allen bisher behandelten Kreditgeschäften, die der Rat bezüglich der Salze abschloß, sind die Anweisungen gegenüberzustellen, welche, auf die städtischen Hebungen aus der Salze, wie Salzzoll¹, Vorkate, Sonnabende u. s. w., basiert, an die Abgabepflichtigen gerichtet wurden. So an den Zöllner, an die Salzmeister u. s. w. Auch auf den Sodmeister wurde mitunter angewiesen. So 1372 eine Summe von 300 l. Mark (resp. 900 Mark Lün. Pf.), die alljährlich seinerseits mit 30 l. Mark (resp. 90 Mark Lün. Pf.) zu verzinsen war. Da der Sodmeister, wie oben ausgeführt, im Mittelpunkt des Salinenbetriebes stand, so bildet diese Gattung von Anweisungen trotz ihrer Seltenheit insofern einen gewissen Abschluß der Entwicklung, als eine Centralisation der zum mehr überwiegend geldwirtschaftlich behandelten städtischen Salzeinkünfte erwünscht war.

Demgegenüber ist die rohe Verpfändung ganzer städtischer Salzhäuser, wie sie während der vielfach genannten Depressionszeit der sechziger Jahre vorgekommen ist, als ein Rückfall von ähnlicher Art zu bezeichnen, wie er hinsichtlich des Kalkburses erwähnt worden ist. 1372 suchte z. B. der Lüneburger Rat einen großen Teil seiner Schuld an Hannover, nämlich 1000 Mark, in der Weise abzutragen, daß er den hannoverschen Ratmannern zu des Rates Hand sechs Salzhäuser zu verpfänden verspricht mit allen Erträgen „liu anderen luden dene we huse uppe der sulen gewysst hebben vor de schulde“².

Aus der bisherigen Ausführung glauben wir folgern zu dürfen, daß das reine Golddarlehn für unsere Städte im Mittelalter sowieso einen gesunden Fortschritt von innen hermit, so sehr eine bloß ephemere Bildung in Notlagen oder zeitweiligen Vorkunften darstellte, daß es die Gefahr in sich trug, in das andere — ebenso anormale — Extrem, das roh naturalwirtschaftliche Pfand mit eigenmächtiger Nutzung des Gläubigers miteinzuliegen. — Hiermit hängt auch die Wichtigkeit der Depressionsperiode gegen Ende des 14. Jahrhunderts für die Erforschung der Kreditentwicklung zusammen; was sich sonst zeitlich — wenigstens für größere Zeiträume — abbat erscheint hier als gleichzeitiger Erscheinungskomplex. Aus den begleitenden Umständen heraus ist aber die Frage zu beantworten, inwiefern die einzelnen Formen als berechtigt, inwiefern aber als verspätet oder verfrüht anzusehen sind.

Als das Zeugnisse erscheint für Lösung jedenfalls

¹ Der Salzzoll war ursprünglich ein herzoglicher gewesen. Späterhin wurde er von den Räten erhoben. Verordnungen des Salzzolls Konrad I. datiert vom 2. B. in Lün. Urkb. II 9, 3 1352.

² Lün. Urkb. II 64 (1372).

der Rentenverkehr mit allen seinen verwaltungsmaßsigen Konsequenzen. Es entsprach aber der großen Bedeutung der Lüneburger Sulze, wenn hierbei als Ausgangspunkt die Natural- oder Sulzrente erscheint¹. Doch ist aus hinreichend eben dieses Sulzrentenverkehrs eine gewisse centralistisch-geldwirtschaftliche Bewegung beggnet.

Was hier innerhalb eines einzelnen Verwaltungszweiges angedeutet wird, hat sich vollständig und in weit größeren Umrissen für die städtische Finanzverwaltung überhaupt vollzogen. — Auch hier zunächst der Übergang von naturalwirtschaftlich zu geldwirtschaftlich fundierten Rentenverschreibungen. In derjenigen Stadt, die im klassischen Mittelalter den regsten Rentenverkehr besaß, in Braunschweig, tritt dies insofern deutlich hervor, als hier die Rentenbriefe des Rates nicht auf Immobilien, sondern auf die geldwirtschaftliche Haupteinkommenquelle der Stadt, den Schola, basiert wurden. Vorbereitet hatte diesen Übergang die Rolle, welche die Renten, zunächst die Immobilienrenten, auch sonst im wirtschaftlichen Leben übernommen hatten. Man kann insbesondere in Hannover beobachten, wie dieselben nach und nach mobilisiert werden, bis sie schließlich die Funktionen des heutigen Geldes übernehmen. So erscheinen sie untereinander vertretbar: schon bei der Begründung einer Hausrente wird ausbedungen, der Rentenpflichtige solle sie verlegen dürfen auf ein anderes „gutes gutes“ Haus². Vom hannoverschen Rate werden ferner Besitzungen für eine Rentenverschreibung wie für Geld erworben³. Es liegt auf der Hand, daß die zunehmende Gewohnheit, in der Rente nur ihren abstrakten Wertbetrag zu erblicken, der geldwirtschaftlichen Fundierung zu gute kam.

Die centralistische Entwicklung innerhalb der städtischen Finanzverwaltung findet ihren Ausdruck in dem Übergange von der fundierten zur nicht fundierten Rente. Dieser wird dargestellt durch folgende Urkunden: 1366 wurde eine Sulzrentenverschreibung für das Hospital zum heiligen Geiste seitens des Lüneburger Rates ausgestellt, wo aus besonderer Rücksicht auf den wohlthätigen Zweck die Rente besonders gewährleistet und, wenn ein Ausfall eintreten sollte, Zahlung

¹ Die Sulzrenten beherrschten so sehr das Wirtschaftsleben Lüneburgs, daß sie oft auch ohne jegliche Beziehung zum Sulzabtrieb ausbedungen werden. So finden sich unter den Renten, die der Inhaber des Kulkberges zu leisten hat, Sulzrenten. Siehe oben S. 33.

² Harn. Urk. 71 (1400). „Cum autem hec in consensu (der Rentenverschreiber) precipias pensiones in alia domo seu domucula, predictae domus domusque bona comparaverint, iam dicta curia est soluta pensionibus“.

³ Harn. Urk. 126 (1345). Rat zu Hannover verpflichtet sich, dem Kloster Marienwerder wegen dreier zum Besten der Stadt abgebrochener Kolen eine Jahresrente zu leisten.

„de nostrae civitatis camera seu redditibus“ versprochen wird¹. Es liegt hier nur eine besonders deutliche Formulierung der auch sonst allgemein üblichen Rentengarantie des Rates vor, die uns bereits gelegentlich der Schilderung der Kalklergrerpfändung begegnet war. Sie ist zu vergleichen mit den häufig vorkommenden Rentenverschreibungen „ut usum beuten glinde dat dem rade tobehoert“², wozu die in braunschweigischen Rentenbrichten der sechziger und siebziger Jahre des 14. Jahrhunderts vorkommende Bestimmung „zahlbar van schoote und van reddestem gude der stad“ den Übergang bildet. Endlich sind diejenigen Rentenbriefe heranzuziehen, welche allgemein „de redditibus et fructibus civitatis“ zu zahlen versprechen³.

Rechtlich ist allerdings die Differenzierung der angeführten Urkundenkategorien von keiner weitgehenden Bedeutung. Sogar die Fundierung ohne Garantie hatte ja nicht die Bedeutung, daß etwa durch dieselbe die zu Grunde liegende Forderung getilgt wäre; sie blieb nur solange unexerzierbar, wie der Gläubiger die eingeräumte Nutzung genoß. In allen Fällen hatte also der Gläubiger für etwaige Ausfälle mit seinem Vermögen.

Größer war der wirtschaftliche Abstand. Die Fundierung bot ein specielles Sicherungsmittel, das bei den übrigen Rententypen vollkommen fehlte. Es scheint sogar, daß eben wegen der mangelnden Sicherung die nicht fundierte Rente für das Mittelalter oft eine verfrühte Erscheinung war. Oft werden nicht fundierte Renten mit Pfandklauseln versehen.

Die eigentliche Bedeutung des geschilderten Unterschiedes liegt aber auf administrativem Gebiete. Die Rentenfundierung setzte nämlich die Schuld, welche der Stadtrat in jeder einzelnen Urkunde auf sich nahm, in Beziehung zu einer bestimmten Einnahme und stellte für jeden einzelnen Fall Gleichgewicht im Budget her. Gewöhnlich geschah dies in der Weise, daß einer dauernden Rente eine dauernde Einkommenquelle entsprach; doch wurde die Schuld außer bei Leibrenten auch mittelst eines Amortisationsverfahrens mitunter getilgt⁴. Man kann sagen, daß je mehr die städtische Entwicklung vorwärts schreitet, desto einseitiger die eigentliche Bedeutung der Rentenfundierung nicht in der vorher erwähnten Sicherung, sondern in der verwaltungsmäßigen Kontingenzierung lag.

¹ Lün. Urkh. I 578 (1366): „Nos autem redditus illos totales de nostrae civitatis camera seu redditibus persolvere debemus, quod domini infirmorum nullum detrimentum capiat“.

² Lün. Urkh. II 1061 (1387).

³ Suden. Urkh. IV 230 (1372).

⁴ Lün. Urkh. II 982 (1388): Der Rat verpfändet Sülzrent „verschollet de drie wispel soltes also lange in den weter behouden, dat se de vorr. cummen ghelden suender jenen broek dorut geboret hebben“.

Auch da, wo diese in der Rentenurkunde selbst nicht zu finden ist, hat sie nicht überhaupt in Wirklichkeit gefehlt. Nur vollzog sie sich dann durch einen besonderen Kontingenzierungsakt der Verwaltung. — In dieser Richtung finden wir in den Urkunden eine interessante Übergangsstufe. Der Lüneburger Rat verkauft eine Rente an einen Propst für die Zeit seines Lebens. Nach seinem Tode soll sie auf mehrere Nennen übergehen. Die Rente wird verschrieben „aus unser stad schote, rente, gulde und gude“. Das für die Rente erhaltene Kapital soll der Rat anlegen „an andere gulde der gelyk alse vore bemeynd ist“. — und bei wem er es legen wülden, der solle dem Propste, den Nennen und dem Rate „wissenhoed doen“ und brieflich versprechen, die Rente werde gezahlt werden. Den Sicherungsbrief soll der Rat zu sich nehmen und seinerseits wieder den Gläubigern brieflich versprechen, daß er den ihnen wegen eingenommenen Brief ihnen zu gute halten werde¹. Man sieht, wie die ganze Manipulation noch als neu erschien, wie man den Wiederaustritt des hingegebenen Kapitals aus der Hand des Rates als ein gefährliches Moment betrachtete². Zugleich ist aber zu sehen, daß durch dasselbe Mittel der Rat einen doppelten Zweck erreichen konnte. Wenn er die Einkunftsquelle, worauf er die verkaufte Rente zu fundieren hatte, innerhalb der städtischen Verwaltung wählte, so lag der oben erwähnte Verwaltungsakt vor. Kaufte er aber als Fundierung der verschriebenen allgemeinen Rente eine spezielle — außerhalb der städtischen Finanzwirtschaft, so vollzog er die Funktion eines heutigen Banquiers, indem er das Angebot und die Nachfrage auf den Rentenmärkte miteinander ausglich. Die in dem oben angeführten Beispiele bemerkte Schwerfälligkeit des Verfahrens ist übrigens keine allgemeine Erscheinung gewesen. Geschäfte dieser Art kommen vielfach vor. So kauft der Rat von einer Vikarie in Lüneburg 1369 615 Mark und verspricht, dafür die Einkünfte von einem Wispel Subrente für die Vikarie zu kaufen u. s. w. Der Umschwung, der sich hier vollzog, ist in mancher Beziehung mit demjenigen zu vergleichen, welchen der Übergang von den Pfandbriefen der älteren Landschaft zu denjenigen der neueren für die Verwaltung des Grundkredits herbeigeführt hat. Hier wie dort zuerst Zuweisung einer speziellen Kautions (spec. Rente resp. individuelle Hypothek). Hier wie dort nachher allgemeine Haftung des Gesamtvermögens (des Rates resp. der Genossenschaft), die aber durch das tatsächliche Gleichgewicht zwischen Geldpassiva und Naturalactivis noch verstärkt wird.

¹ (Gott. Urk.) I 914 (1390).

² „Und schide we dat bewaren god trawelken vromde syn gat dyt bevetgeld an keyne vreemde wete kumen schulle.“

Doch war eine solche Ordnung für den Stadtrat nur mit so großen Schwierigkeiten erreichbar — vor allem deswegen, weil jede Gleichförmigkeit der Einkommenquellen fehlte —, daß in dieser Richtung keine gesunde Organisation des städtischen Kreditwesens erreichbar war. So finden wir denn selbst auf dem Höhepunkte des mittelalterlichen Rentenverkehrs innerhalb unserer Territorien — in Braunschweig gegen Ende des 14. und Anfang des 15. Jahrhunderts —, daß Rentenverschreibungen mit hinzutretender Fundierung die eigentliche Basis des Kreditwesens bilden. Wie sehr das als das Regelmäßige erschien, erhellt aus dem Ausdrucke der Heindrichen Rechenschaft: „Ok giff de Rad onbover 300 M. geldes van der smede to dems altare in sante Auctors capellen, de se noch merghen bewyaset en hebben“². — Die Fundierung war aber sowohl hier als in den übrigen Städten mit fortschreitender Entwicklung immer mehr zu einer geldwirtschaftlichen geworden. Damit hing zusammen, daß sie in genereller Weise — mit Zugrundelegung ganzer Vermögenszweige, z. B. in Braunschweig des Schlosses als Hauptgrundstock des städtischen Einkommens — erfolgte. Gegenüber dem Grundsätze der speziellen Rentenverschreibung, der Kontingenterung von Fall zu Fall, war hiermit jedenfalls ein solcher Wendepunkt für die Kreditverwaltung gegeben, daß dieselbe vor ganz neue Aufgaben gestellt wurde. Es fragte sich einerseits, in welchem Grade der Rat Vertrauen gewinnen würde, um auf Grund desselben einen gesunden Rentenbetrieb geldwirtschaftlicher Natur zu schaffen, andererseits, mittelst welcher Finanzpolitik und Verwaltung es ihm gelingen könnte, nach innen hin eine zweckmäßige Kreditorganisation einzuführen und für den städtischen Finanzhaushalt innerhalb der neuen Verhältnisse ein dauerndes Gleichgewicht zu sichern.

Für die Städte Lüneburg, Göttingen und Hannover beantworten die Quellen nur die erste Frage und auch diese in unzureichender Weise. In allen finden wir sowohl ewige als Leibrenten ausgebildet, in allen kommen unter den letzteren Leibrenten auf 2, 3 Leben — vollkommen im Sinne der späteren Tontinen gedacht — schon in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts vor³. Soviel aus den Urkunden zu ersieht ist, haben beide Rentenformen in verschiedenartigster Weise miteinander abgewechselt und scheinen sich im ganzen das Gleichgewicht gehalten zu haben. Unter den Leibrenten überwiegen entschieden die kleinen, bei denen für die einzelne Person jährlich etwa 4, 8 oder 2 Mark ausbedungen werden. Ewige Renten wurden meistens für 40, 60, 80, 100 und 150 Mark verkauft. Eine genaue Zusammenstellung der Zinstufen in

III Teil Kap. 1.

² So in Hannover im Jahre 1322.

den einzelnen Verträgen schließt wegen der großen Verschiedenartigkeit der Vertragsnormen — besonders bei den Renten auf mehrere Leben — fast alle generalisierenden Schlüsse aus. Am Anfang des 14. Jahrhunderts weist die Bruchform einzelner Zinsfüße deutlicher wie in späterer Zeit auf Rentenschulden hin¹ — Leibzuchtverträge hinsichtlich eines einzigen Lebens kommen am Anfange des 14. Jahrhunderts zu höherem Zinsfuße als 10 % vor², späterhin scheint dieser Prozentsatz im ganzen³ der herrschende gewesen zu sein. Für ewige Renten stehen am Anfang des 14. Jahrhunderts 8 %, später besonders 6¹/₂ %, endlich 5 % im Vordergrund. Als wichtiger Vermögensbestandteil unterliegen städtische Renten der Schatzbestimmung⁴.

Als Leibrentenverkäufer kamen neben den Städten zuerst mitle Stiftungen in Betracht. So z. B. das Hospital zum heiligen Geiste in Hannover⁵. In diesem Falle hat der Rat den Rentenverkauf nicht nur gestuldet, sondern auch mit seiner Autorität gestützt⁶. Außerdem verkauften Klöster Leibrenten⁷. Versuche, diese Rentengeschäfte zu untersagen, werden uns für die drei Städte nicht berichtet. Der Göttinger Rat hatte sich jedoch eine monopolistische Stellung im Geld- und Kreditwesen schon durch Monopolisierung des Wechsels im Jahre 1354⁸ verschafft. Es heißt in der betreffenden Urkunde: „dat neyn unser borger eneschal in synen herberghen edder darenbuten openbar neyne wesde hebben, med selde, med intonemende und uttghavende, mid up und af to scrivende, wenn jowelk mach warden na de olden wonhied.“ Das Auf- und Abschreiben darf wohl im Sinne eines gewissen Giroverkehrs interpretiert werden. Für die Wahrscheinlichkeit eines bankmäßigen Betriebs beim Göttinger Räte spricht die vielfach übliche Depanierung wichtiger Briefe bei demselben⁹, die zur Ausbildung des Depositengeschäfts geführt hat. Der Göttinger Rat blieb übrigens in dieser Beziehung nicht isoliert. Soweit die Nachrichten reichen, scheint ihm sogar der Lüne-

¹ In Hannover beträgt bei Leibrenten auf mehrere Leben der Zinsfuß zuweilen 11¹/₂ %, in Göttingen (1338) 11¹/₂ %.

² In Hannover (1322) 12¹/₂ %, in Göttingen (1338, sogar bei einer Rente auf 3 Leben 11 %.

³ Doch auch Ausnahmen; so in Göttingen (1360) 13 %.

⁴ In Gott. Urkb. I 278 (1275) wird eine Rente von 1¹/₂ Mark für ein Kapital von 210 Mark mit 2 Mark, also dem achten Teil der Rente versteuert. Im Gott. Urkb. I 293 (1350) beträgt der Steuerfuß nur ein Sechstel der Rente.

⁵ Hann. Urkb. 453 (1368).

⁶ Hann. Urkb. 155 (1326).

⁷ Lün. Urkb. I 491 (1334). Der Rat bezeugt, daß das Kloster St. Michaelis in Lüneburg sich verpflichtet hat, 4 Mark Leibrente zu zahlen unter Verpfändung zweier Wispel Salz.

⁸ Gott. Urkb. I 194 (1354).

⁹ Gott. Urkb. I 10 (1405).

bürger Rat in der Entwicklung vorangegangen zu sein. Während man in Göttingen nur ein Deposit zur Aufbewahrung findet, mit der ausdrücklichen Klausel, daß nur an den Deposanten zurückgezahlt werden solle¹, finden wir in Lüneburg die Alternative aufgestellt, der Rat solle entweder an einen Dritten laut Anweisung des Deposanten auszahlen oder, wenn das Geld stehen bleibt, dasselbe verzinsen². Es war somit bereits ein voranschickendes Deposit, über welches jeden Augenblick mittelst einer übertragbaren Anweisung verfügt werden konnte.

Genügende Antwort auf die uns beschäftigenden Fragen bietet erst ein tieferer Einblick in den städtischen Verwaltungsgemeinschaftismus während der entscheidenden, eben allgemein charakterisierten Zeitperiode. Für ein solches gestatten jedoch nur die Quellen Braunschweigs.

Die Stadt Braunschweig zerfiel im Mittelalter in fünf Weichbilder³, welche weder gleichzeitig entstanden noch von vornherein einer einheitlichen Verwaltung unterstellt worden waren. Bis 1269 hatten die einzelnen Weichbilder — deren damals nur vier existierten — gesonderte Ratskollegien gehabt. Erst in diesem Jahre wurde ein gemeiner Rat für die Weichbilder⁴ gebildet, der gemeinsame Sachen gemeinsam beraten sollte: *consulens super causis civitatis universae*⁵. Auch wurde eine gemeinsame Kasse gebildet. Von den ihr zugewiesenen Einkünften kam in erster Linie der Schoß in Betracht, der ursprünglich als Grundsteuer gedacht, später zu einer Art Vermögenssteuer entwickelt worden war. Im einzelnen ist er schwierig zu erklären: er bestand darin, daß jedermann eine gewisse Anzahl von Pfennigen von jeder Mark seines Vermögens abgeben mußte und außerdem — als sogenannter Vorshofs — ebensoviel Schillinge als Pfennige von der Mark zu zahlen waren⁶. Hiervon sollten Ausgaben für gemeinnützige Zwecke bestritten werden: *„Redditus unum et collectus totius civitatis ad communes usus et expensas reponentur in unum, et ex una et communi bursa civitatis comoda disponantur“*⁷. Die Schulverwaltung ging ebenfalls auf den gemeinen Rat über. In einem Vertrage, welchen die Herzöge Heinrich und Albrecht 1299 mit dem gemeinen Räte abschlossen, heißt es: *„Se liebet ok dat geloved und gesworen, alle de schult de se nu schuldich sin und schuldich werden to uwer nod und der stad noet dat se de mit sumpder hand endrechthiken*

¹ Götting Urkb. I 49 (1415).

² Lön. Urkb. II 41 b (1374).

³ Altstadt Hagen, Neustadt, Altwiek und Sack.

⁴ Altstadt Hagen, Neustadt.

⁵ Vertr. v. 18. Nov. 1269 in Braunsch. Urkb.

⁶ Der Vorshofs gleich somit einem von 12 Mark erhobenen Schosse.

⁷ Vertr. v. 18. Nov. 1269.

gelden schuldet, und ok den tins, den de stadt vorkofft heeft, u erer noet, den schullen se geuen endrechtliken, bet dat se den wolckeropen"¹. Diese Verfassung — auf alle fünf Weichbilder nach und nach ausgedehnt — hat sich in ihren Hauptzügen bis zur zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts erhalten. Auch die revolutionäre, durch gleichzeitigen Streit der herzoglichen Brüder erregte Bewegung von 1292, wo der Stadt ein aus zwölf Goldemeistern zusammengesetzter Rat seitens der Gilden aufgedrungen worden war, hatte mit einer vollständigen Restauration der alten Verhältnisse geendet. Das demokratische Element, das in dieser Zeit zum erstenmal zum Durchbruch kam, blieb jedoch das ganze 14. Jahrhundert hindurch in einem stehenden Zustande, indem es nur auf einen günstigen Moment zur Geltendmachung seiner Kräfte wartete².

Dieser Moment war durch die Entwicklung der sechziger Jahre des 14. Jahrhunderts vorbereitet worden. In dieser Zeit hatte die abhängige Stellung der Stadt sie zu einem so umfangreichen Pfandschloßerwerb bewogen, wie er sich vom Standpunkte rein städtischer Interessen nur teilweise rechtfertigen ließ³. Die herein liegende Gefahr kam zum Ausdruck gelegentlich des Pfänderwerbes von Wolfenbüttel, der sich 1367 als notwendig erwies. 3800 Mark mußte die Stadt selber „werven und vortynsen“, um den Erwerb zu ermöglichen. Geliehen wurde von „Bürgern und Gotteshausern“ und die Schuld blieb bis zur Schicht von 1873 unbezahlt. Hält man damit die Keckspichtigkeit der Pfandschlosser, über die mehrfach in der „Heimlichen Rechenschaft“ und in Hans Perners Gedankbuche geklagt wird, die sich aber als notwendige Folge der schwierigen Kontrolle ergab zusammen, so wird man den Pfandschlossern einen großen Anteil an der Verschuldung der Stadt zuschreiben dürfen. Als Ergänzung muß man aber dasjenige heranziehen, worüber die „Heimliche Rechenschaft“ wohlweislich Stillschweigen beobachtet, die Unzuverlässigkeit und Schwerfälligkeit des ausschließlich von aristokratischen Geschlechtern besetzten Rates, der, ohne neue zeitgemäße Formen für den Finanzhaushalt zu suchen, immer tiefer in Schulden versank⁴. Den letzten Stolz gab den städtischen Finan-

¹ Braunsch. Urkb. I 20, S. 15.

² 1292 unterlag die Demokratie eigentlich nur wegen der inneren Parteilage zwischen Gilden und Gemeinde.

³ Heim. Rechenschaft I Teil Kap. I.

⁴ Hanselmann führt in den „Braunschweigischen Chroniken“ I 136 Anm. 3 zehn Schuldverschreibungen aus den Jahren 1381–1378 zu Gesamtschulden von 1100 Mark an. Während die Verschreibungen aus den 60er Jahren einen Zinssatz von 5% aufwiesen, ist er in den 70er Jahren von 1, 72, 73 auf 8% erhöht. Um dem schwebigsten größeren Teil dieser Verschreibungen zu genügen, wird in einzelnen dieser Briefe ausdrücklich be-

zen die Niederlage an der Elbe im Jahre 1373. Die Einlösung der Gefangenen kostete 4000 Mark, diejenige der verlorenen Habe 600 Mark. Dadurch wuchs die Gesamtschuld 1373 bis zu 9887 Mark an. Die einzige genügend variable finanzielle Quelle, die demgegenüber in größerem Maße herangezogen werden konnte, war der Schofa. Der damalige Schofafuß betrug sechs Pfennige von der Mark und wurde schon vom Räte seher, der „Heimlichen Ruchenshaft“ gewaltig, als ein ungewöhnlich hoher empfunden. Man suchte deshalb ein anderes Abhilfsmittel zu finden¹. Die Zwalzungsplichtigen glaubten trotzdem eine Schofaerhöhung befürchten zu müssen und fanden in dem richtigen Gefühl der Verurteilung städtischer Miswirtschaft Anlaß und Rechtfertigung für eine demokratische Bewegung, wie sie zur selben Zeit auch andere deutsche Städte ergriff. In Braunschweig gelangt die Unzufriedenheit zu offenem Ausbruch kurz nach Ostern im Jahre 1373. — Bezeichnend ist, daß die Aufständischen vor allem städtische Rentenbriefe zu vernichten suchten. Das Ende war die Einsetzung eines neuen, demokratischen Rates.

Die Stellung desselben war vielfach erschwert. Die herzoglichen Pfandschlösser boten keine Hilfe. Woltenbüttel mußte die Stadt aus politischen Gründen an Herzog Otto den Quaden von Göttingen ausliefern, wobei sie jene mit Not zusammengebrachte 3400 Mark verlor. Auch im übrigen erwiesen sie sich aber nur als eine Last, die der städtische Finanzhaushalt zu schleppen hatte. Nur einen Teil gelang es ihr zu veräußern für die Gesamtsumme von 4600 Mark. Die übrigen 20000 Mark vermochte sie nicht herauszuschlagen. Das Geldbedürfnis stieg aber immerfort. Um seine Stellung einigermaßen zu befestigen, mußte der neue Rat Fremde in seine Dienste nehmen, vor allem aber „vriemde heren myt grotem gelde te sek teen, de de stad voredeghedingheden“. Ferner suchte er fremde Landesherren, welche die allgemeine Verwerrenheit der Verhältnisse zu Raubunternehmungen benutzten, möglichst von der Stadt fernzuhalten und, da die Stadt aus der Hanse ausgeschlossen worden war², den Herzog Friedrich von Braunschweig als Schutzherrn für sich zu gewinnen. Beides veranlaßte den Rat, von dem feindseligen Otto dem Quaden von Göttingen, nachdem er Mannschaft

tout es soit des Schofa vor erfolgter Rentenzahlung nicht anderweitig verwendet werden. Außerdem wird der Gläubiger für den Fall mangels der Zahlung von Stadtabgaben dispensiert.

¹ Rat dachte zu dat se ut dessen schulden kernen mochten und se bededen dat gerne eyne weye te gesunden. dat yd nicht allene up dat schof bedregheren wente dat schof was rede gheboven up . . .

² Wenigstens offiziell. Tatsächliche Handelsverbindungen mit Bürgern der Hansestädte scheinen fortgesetzt worden zu sein, obgleich ihre Einstellung wiederholt eingeschärft wurde.

und stützte ihrer Eide entbunden hatte, für 1600 Mark einen Stühnebrief zu kaufen, „vor herrlichen Freieriken und vor dat land“. Das Geld wurde in Quoten auf das Land umgelegt, die Einziehung gelang aber sowenig, daß die Stadt „den moysten deyl utgeven moste“. Das Mittel, zu dem nun der Rat seine Zuflucht nahm, waren zunächst Anleihen. Doch mußte er 10 oder 11 Prozent versprechen und dabei zwölf oder sechzehn Bürgen stellen. Seine Gläubiger wurden vor allem Bürger benachbarter Städte Hildesheim, Goslar, Magdeburg, Göttingen, Helmstedt, Peine, Celle, Lüneburg¹. Außerdem mußte er sich zur Abgabenerleichterung entscheiden. Das Endergebnis war, daß der Schoß zweimal jährlich gezahlt wurde, woben der Schoßstuf zu Martin 6, zu Pfingsten 8 Pfennige von der Mark betrug. Ebenso wurde Zoll und Accise erhöht. Alle diese Einnahmen wurden jedoch durch Zinszahlung aufgebraucht, reichten sogar nicht einmal dazu aus, die Leibzucht konnte nur zur Hälfte unagezahlt werden², einzelne Schulden blieben unverzinst. — Desto mehr mußte der Rat borgen, um andere laufende Ausgaben zu bestreiten. Die Geldverlegenheit wurde mitunter so peinlich, daß 1386 bestimmt wurde, ein jeder der Ratmänner solle 10 Mark, jeder der Zugeschworenen 8 Mark für städtische Bedürfnisse liefern.

So wuchs die Schuldenlast Braunschweigs immer mehr an, bis sie 1387 22088 Mark, also das Doppelte der Schuldsumme vor der Seicht (9987 Mark) betrug. Auch in den nächsten zwei Jahren blieben die Verhältnisse trotz außerordentlicher Maßregeln wesentlich dieselben. Während die Haupteinkunftsquelle der gemeinsamen Kasse der Schoß bestand, das Hauptvermögen der einzelnen Weichbildkassen in Zinsen, vor allem Häuserzinsen. Man suchte sich nun damit zu helfen, daß man letztere veräußern und an die gemeinsame Kasse den Ertrag abliefern ließ. Auf diese Weise kamen an sogenannten Addizien 1500 Mark ein. Wie unbedeutend diese Nachhilfe war, zeigt sich schon daraus, daß der gemeinsame Rat auch wie vor nur die Hälfte der Leibrenten zahlte, ja auch diese 1388 den Weichbildern zuschoß und daß sich Zahlungsrückstände und Verwaltungsschulden unermessig anhäufeten. Allein an Diener schuldete der Rat 225 Mark. 1389 erreichte dann die Verschuldung Braunschweigs ihren höchsten Stand, nämlich 29 512 Mark³. Diese Situation bezeichnet den Höhepunkt sowohl der finanziellen als der administrativen Kalamität Braunschweigs.

¹ Harn. Reichens. I. Teil Kap. 5 und 6.

² Dasselbe Erscheinung ist sel. in Braunschweig später bei dem Austritt der Ämter von 1515 wiederholt.

³ Ungefähr dreimal soviel als vor der Seicht. In heutigem Geld bedingt betrug die Schuld vor der Seicht etwa 475 000 Mark, nach der Seicht etwa 13 000 000 Mark.

Unterdessen hatte sich aber die politische Stellung des neuen Rates bereits geändert. Im Jahre 1380 war es ihm gelungen, den Wiedereintritt in die Hanse unter Bedingungen zu erwirken, die keineswegs auf eine Niederlage des neuen Prinzipis hindeuten. Wenn auch die Wiederaufnahme vertriebener Mitglieder des alten Rates ausbedungen war, hatten es diese doch zu keiner Restauration gebracht. 1386 waren ratsfähige Geschlechter in die städtischen Innungen eingetreten, und so hatte die Entwicklung damit geendet, daß nunmehr der Rat nur aus Innungsmitgliedern bestand. Erst jetzt war eine sichere Verfassungsgrundlage gewonnen und das alte Vertrauen auf den Rat wiederhergestellt, das in der „Heimlichen Rechenchaft“ mit den Worten ausgesprochen wird: „Niemand kann besser helfen als Gott und der Rat, — die Fremde sterben, der Rat lebt lange.“ Auf dieser Basis baute sich nun seit 1389 eine umfassende Reform der Finanz- und Kreditverwaltung auf.

Als der erste Schritt in dieser Richtung ist die Bildung des Kollegiums der zehn, später sieben Beutelherren zu betrachten, welche sämtliche Weichbilder vertraten. Als provisorische Aufgabe wurde jedem von ihnen die Kontrahierung einer Schuld von je 100 Mark innerhalb seines Weichbildes auf Rechnung des Rates auferlegt. Ihre dauernde vertausungsmäßige Funktion sollte aber in folgendem bestehen. Es wurde ihnen zugewiesen, der Stadt „rente und gud“ also Einnahmen aus Accise, Vögten, Brücken, Weinkeller, Mäuze, Judenbux, Ziegelsteine, Mühlen, Erbgelder u. s. w. Dessen Einnahmen, zu denen übrigens noch die herzoglichen Pfandschlosser zugeschlagen wurden¹, standen als Ausgaben außer denjenigen der laufenden Verwaltung nach Erb- und Leibrentenzahlungen gegenüber. Auch der Goldwechsel wurde diesem Kollegium eingeräumt. — Man kann sagen, daß mit der Bildung desselben die Finanzverwaltung als ein Spezialgebot aus dem gesamten Verwaltungsorganismus des (gemeinen) Rates ausgeschieden worden ist. Mit Genugthuung konstatiert die „Heimliche Rechenchaft“ die Folgen dieser Reform. Sie beschreibt, wie zuerst ein Bürger eine neue Leibrente für 200 Mark kauft, darauf ein zweiter und dritter. „So volgheden de lude entelen, dann vele lude, Aldus erhoff seck erst wedder de

¹ Es gelang dem Rate 1392 von den Schlössern lehnsschlagen

G. thorn	für 2200 Mark
Horn und Aseburg	2500 .
Dahlen	100 .
Hornberg	600 .

Zusammen . . . 5400 Mark. Noch 1000 Mark behielt

der Rat an Schlössern. Die Heiml. Rechenach sagt hinsichtlich der 5400 Mark: „de rat rechede schulle mede und dempede oren schaden mede. Doch so lefft de rat dyt sulve geld weder angelecht“.

gelove by dem Rade.“ — Mit dem Schofs wird das Kollegium der Beutelherren in der Darstellung der „Heimlichen Rechenchaft“ erst für das Jahr 1396 in Zusammenhang gebracht. Der Schöckerhebungsmodus wird dabei in folgender Weise festgesetzt: Ein jeder Weichbilderrat nimmt innerhalb seines Weichbildes den Schofs ein, bringt den Ertrag auf die Münzschniede und legt hier den Beutelherren Rechnung ab. Alles, was etwa vorher von dem Schosse ausgegeben worden sei, soll mit in Rechnung gebracht werden.

In demselben Jahre — 1396 — wird ein zweites Kollegium vom Rade ausgeschieden, das aus fünf Mülhern besteht und sich damit beschäftigen soll, des Rates Schulden „to mynnernde und to losende“. Es war somit eine Schuldentilgungskommission, sie besaß jedoch eine verfassungsmäßig gewährleistete, nicht so durchaus provisorische Stellung wie die oben erwähnte Kommission Lüneburgs. Ihr Programm wurde von vornherein in vierfacher Richtung fixiert. Sie sollte den Zins der bestehenden Schuldaumne mindern, Erbrenten, soweit möglich, in Leibrenten umwandeln, die bisher mit der Bürgschaftsklausel versehenen Rentenbriefe von derselben befreien und endlich bequemere Termine für die Rentenzahlung einführen. In der letzten Bestimmung war der springende Punkt der finanziellen Reform versteckt. Die „Heimliche Rechenchaft“ klagt darüber, daß bis 1396 die Zinsen zu Ostern und zu Michaelis gezahlt worden seien. An beiden Terminen habe der Rat keine flüssigen Einnahmen gehabt, aus denen er die Zinsen zu zahlen im stande gewesen wäre. So sei er denn das Geld „uppe schaden“ zu werben gezwungen gewesen, wodurch die Zinslast verdoppelt worden sei. Zu St. Martin finde aber die Stadt in dem zur selben Zeit einkommenden Schosse die gesuchte Deckung vor. Alles dies wird als Beweggrund der Änderung von Rententerminen hingestellt. Nun waren schon zu Anfang der Krisis braunschweigische Rentenbriefe auf den Schofs fundiert gewesen. Es scheint also, daß die Fundierung, wenn auch wahrscheinlich urkundsmäßig beibehalten, infolge steigen der Verworrenheit des Finanzhaushalts tatsächlich illusorisch geworden sei und daß nun jene Kommission die Aufgabe übernommen habe, diese Fundierung wieder praktisch zum Prinzip der Schuldwirtschaft zu machen. — Mit Rücksicht auf diesen Gesichtspunkt ist wohl auch die oben citierte gleichzeitige Bestimmung über die Schosfablieferung in die Münzschniede erfolgt.

Die Wahl der Münzschniede war hierbei keine zufällige. Hier hatten sowohl die Seihen als die fünf ihre Kassen. Hier waren auch nicht fundierte Renten zahlbar¹. Sie war

¹ Heiml. Rechenach III. Teil Kap. 1. „Ik giff de rad enboven 100 Mark von der emede . . . de se noch bygelen bewysiet en hebben

somit der Mittelpunkt der städtischen Goldverwaltung. Demgegenüber hatte die Zehllinde nur eine nebensächliche Bedeutung. Sie wurde für den Verkauf von Anweisungen in Anspruch genommen, gegen welche dann die von einzelnen städtischen Betrieben gelieferten Fabrikate ausgehert wurden. So besonders die Ziegelsteine¹. Auf diese Weise erreichte der Rat eine bequeme Zusammenfassung kleiner Geldeinzahlungen, welche die Übersichtlichkeit derselben forderte.

Die fünf Zins- oder Finanzherren begannen damit, daß sie die Erbrente, deren Zinssatz damals teilweise 10, teilweise 11 % betrug, den Gläubigern kündigten. Diese Kündigung scheint in keiner Weise Anstoß erregt zu haben². Darauf trat man mit der bisherigen Gläubigern in Verhandlungen behufs Abschließung neuer Kreditverträge ein. Diese wurden nicht in der Weise abgeschlossen wie bei den Rentenkonversionen in Basel³, wo die Gläubiger, um die laufende Rente bei niedrigerem Zinssatz fortzubeziehen, der Stadt einen entsprechenden Zuschuß zu zahlen hatten. Vielmehr wurde hier den Gläubigern anheimgestellt, dieselbe Kapitalsumme dem Räte zu belassen, aber gegen achtprozentige, zu St. Martin erfolgende Zinszahlung, die nur einem des Rates schlichteten Brief gewährleistet werden sollte. Einseitiges Kündigungsrecht des Rates wurde anabedingen, von vornherein bekannt, aber dieser, er wolle das Geld nur ein Jahr hindurch behalten. Hieraus kann man sehen, mit welcher Planmäßigkeit der braunschweigische Rat an das Konversionsverfahren herantrat. Um das Kapital zu beschaffen, das man zur Befriedigung der unwillfähigen Gläubiger brauchte, wurden Leibrenten verkauft. Somit wurde mittelt der beschriebenen Operation auch der zweite Punkt des Programms, die Konversion der Erb- in Leibrenten, abgehandelt. Auch letztere wurden aber nicht mehr unter den bisherigen Bedingungen kontrahiert, sowohl der Zinshöhe⁴ als auch dem Zahlungstermine nach. Man legte nunmehr in letzterer Beziehung ebenfalls den St. Martinstag zu Grunde. — Mit großer Konsequenz wurde nun

¹ Dürer Geschichte Braunschweigs S. 313.

² Von Standpunkte des Pfandbesizers erschien sie insofern vollkommen richtig, als die Rentenzinse je nach Belieben des Schulheers entweder einkünftige oder nur einstweilige Befriedigung des Gläubigers bildete.

³ Schönbörg, Finanzgeschichte Basel I 102.

⁴ Demgegenüber nach der Erwartung keineswegs plötzlich. Während bisher häufig 4 % bei Leibrenten auf vier Leben gezahlt worden war, wird 1440 Hegel, Chroniken Braunschweigs S. 136 Note zu Kap. 20 (ebenso 14) auf den Einkünften gezinst, daß beim Übergange auf die vierte Person die Rente auf 5 % herabgesetzt werden soll. Dann kommen zehnprozentige Rentenvermehrungen auf drei Leben mit der Beschränkung vor, daß nur jeden Todmal 1 % verloren gehen. In solchen klaren, sicheren Seiten die Zinssummen bei Leibrenten erreicht worden mochten.

⁵ Dies war um so mehr ein Gewinn, da gerade hier der Termin sehr

die planmäßig angebahnte Rentenkonserven durchgeführt. In derselben Weise wie 1396 der Zinsfuß auf 8% herabgesetzt worden war, wurde er 1397 auf 7% und dann periodisch immer weiter reduziert, bis die Renten 1406 teils 4%, teils 3% aufwiesen. In dieser Weise werden die Verhältnisse durch die „Heimliche Rechenenschaft“ geschildert. Die tatsächliche Entwicklung stimmt aber nur in allgemeinen Zügen mit ihren Angaben überein. Es wurden nämlich nicht alle Rentenverbriefungen gleich hoch verzinst. Vielmehr wurden Schulden auch dann als auch die Stadt in keiner Notlage mehr bedauert, auf dem Wege spezieller, von Fall zu Fall sehr verschiedener, hinsichtlich der Differenzierungsursachen ganz unerklärlicher Verträge¹ kontrahiert.

Die innige Verbindung zwischen Renten und Schöfs zeigt sich nun naturgemäß in der parallel mit Zinsreduktionen vor sich gehenden Erniedrigung des Schöfssatzes.

1388 wurden gezahlt 8 Schell. von der Mk. u. ebensoviel Pf. an Vorschöf	
1389	7
1392	6
1395	5
1398	4
1401	3
1404, 06.	2

Im allgemeinen ging also die Schöfsproduktion der engen des Zinses voraus — ein Beweis dafür, daß erst die finanzielle Hebung der Stadt das Konversionsverfahren ermöglicht hat. Dals man aber den Schöfs derartig herabsetzen konnte, schreibt die „Heimliche Rechenenschaft“ dem Wohlstande der Be-

viele im Jahre waren. So 1354 Pfingsten, Agdi, Michaeli, Martini, Weihnachten, Ostern. Ausnahmeweise wurde auch später eine andere Terminale für Martini tag gewählt. So 1402 Ostern und Michaeli bei einer Lehnrecht des Herzogs Heinrich. Somit laufe der Rat alle, die bei dem Zins hatten, sowohl Lehn- als Erbsen — am Freitag und Sonnabend in der Schöfswoche aufzufordern, auf die Münzschmelde in der Altstadt zum Zweck der Rentenzahlung zu kommen.

¹ In den von Hanselmann (1) den Hagedornen Chroniken Braunschweigs überlieferten Fabeln wurde im Jahre 1400 umgewandelt.

300 Mark, bisher verzinst mit 7% in 6% Rente.	
50	5
200	7
200	6
30	5

Zu Martin 1401

12 Mark, bisher verzinst mit 8%, in 6% Rente	
10	4

Aus einzelnen Beispielen sollte fern:

1403 wurde der Zins herabgesetzt von 7% auf 4%.

1404 5 auf 4%, 4 auf 3%.

Bei neuen Anleihen wurden gewährt 1402 1406 viermal 5%, viermal 4%, einmal 3%, und 1406, wo der „Heimliche Rechenenschaft“ gemäß der Zins teils 1, teils 3% betragen sollte, waren für 230 Mark zusammen 117 Mark Zinsen gezahlt (also doch über 5%).

völkerung und der guten Methode, den Schoß einzufordern, — jedenfalls nur einer Folge der Finanzverwaltungsreform zu¹.

1408 war der Zweck der Rentenkonversionen bereits erreicht. Von den 29515 Mark, welche die Stadt 1389 schuldig gewesen war, blieben nämlich in diesem Jahre nur 8959, also 1000 Mark weniger, als die Schuld vor der Schicht betragen hatte, zurück. — Um diese Erfolge in der Rentenpolitik des gemeinen Rates zu verstehen und sich überhaupt ein anschauliches Bild von dem Verhältnisse des braunschweigischen Kreditwesens zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Stadt machen zu können, muß man das Verhältnis des gemeinen Rates zu den Ratskollegien der einzelnen Weichbilder ins Auge fassen. Das Jahr 1398 stellt in dieser Hinsicht einen Wendepunkt vor, welcher zugleich als das abschließende Glied der geschilderten, in ihren finanziellen Wirkungen so heilsamen Verwaltungsreform betrachtet werden muß. In diesem Jahre machte der gemeine Rat zunächst, die einzelnen Weichbilderräte administrativ enger an sich zu knüpfen, indem er ausdrücklich Rechnungslegung ihnen als alljährliche Pflicht auferlegte². Wichtiger wurde die rein finanziell. Maßregel. Seit der Lieferung der oben erwähnten Adlizen hatten sich in den Jahren 1390 bis 1398 die Weichbilder wieder soweit gehoben, daß die zu Gunsten der Gesamtverwaltung veräußerten Häuserzinse wieder eingestiegen waren. Im allgemeinen war die Sachlage die, daß ihre ordentlichen Ausgaben durch unabhörbare Erbzinse gedeckt wurden und daß man nur für außerordentliche Zwecke oder bei etwägigen Ausfällen zu wieder käuflichen Zinsen (welcheschat) zu greifen brauchte. 1398 bestimmte nun der gemeine Rat, daß sie ihre Erbzinse vollkommen, vom welcheschat aber nur soviel behalten sollten, als etwa zur Bestreitung der vom Erbzinse nicht gedeckten ordentlichen Ausgaben erforderlich sein würde. Als solche ordentliche Ausgaben werden angeführt: Lohn, Leibzucht, die auch von den Weichbilderräten verkauft wurde, sonstige Unkosten, Kleider für das Gesand etc. — und für ihre Berechnung wird eins der vorausgehenden Jahre als maßgebend angenommen. Soweit die Errichtung neuer Bauwerke aus dem behaltenen Erbzinse unmöglich war, nahm sie der gemeine Rat

¹ Obgleich der Schoß auf 2 Schill von der Mark reduziert worden war, konnte man doch mittelst desselben Baukosten, Zinse und andere Unkosten bestreiten.

² Die Künnerer der einzelnen Weichbilder, auch ihre Bürgermeister und die anwesenden Ältesten, scholden melden by oren eyden, icht se icht wusten van des Rades gade, schalt synse, synde, clewode, beken, breven“ — das etwa verheimlicht worden wäre.

als Gegenleistung für die Wäldeschutzeinräumung auf sich¹.

Da der gemeine Rat den einzelnen Weichbildern nur so viel übrighieß, als sie zu laufenden Ausgaben notwendig brauchten, und die Rechnungslegung einen zukünftigen selbstständigen Aufschwung hinderte, so waren diese nun tatsächlich gar nichts anderes als bloße Verwaltungsdepartements, welche alle Überschüsse der Centralstelle abzuleitern hatten.

Endgültige Sanktion der durch die Krisis geschaffenen Verwaltungsreform enthält der Ordinarius vom Jahre 1408. Das Neue, welches derselbe der bisherigen Darstellung gegenüber bietet, bezieht sich nur auf Einzelheiten. So wird unter den Kompetenzen der fünf Zins- oder Finanzherren außer der Minderung und Ablosung der Zinse angeführt, sie haben „der schul zins edder ander gud to kopende“. Eine solche Erweiterung ihres Wirkungskreises lag bei der geldähnlichen Funktion der Renten nahe. — Ihre Kasse wird folgenden Normen unterworfen. Der Rat antwortet ihnen eigene Kasten auf der Münzschiede aus, in welche sie Geld und Rechnungsbücher einschleusen sollen. Die zum Öffnen derselben notwendigen drei Schlüssel werden einzeln an die Vertreter der Altstadt, des Hagens und der Neustadt ausgeliefert. Zur Rechnungslegung sollen sie dem Räte gegenüber stets bereit sein. — Den sieben Beutelherren wird die Verwaltung gemeinsamer städtischer Einnahmen und Ausgaben anheimgelassen. Sie sollen die Einnahmen in ihr Buch einschreiben und dann ihrer Verwendung zuführen. Gelegentlich einer Aufzählung derselben wird auch erwähnt „dat gold, als dem rade overblue van dem schote boven den zins den de rad darvon plegt to geveren“. Man sieht also, daß der Schofs in erster Linie zur Deckung der Ausgaben der Schuldkommission bestimmt war und daß nur der Rest in die Kasse der Beutelherren floß. Diese Kasse war ähnlich organisiert wie diejenige der Finanzherren. Nur sind hier fünf Schlüssel vorhanden.

Nach der Herstellung administrativer Einheit der Stadt Braunschweig stellen sich ihre finanziellen Mittel — am Anfang des 15. Jahrhunderts — folgendermaßen dar. Unter den

¹ Das Resultat war folgendes:

Die Altstadt liefert in die gemeinsame Kasse	1068 Mark
Hagen (als einen Teil des wäldeschutzes beibehält)	44
Neustadt	435
Altewick	17
Sack	133

Zusammen 1709 Mark.

Allerdings hat die Stadt hierdurch eine große Last auf sich genommen, bis zum Jahre 1316 sind für Kauwerke der einzelnen Weichbild der 5033 Mark ausgegeben worden. Demgegenüber ist aber der geschilderte Aufschwung des Kassaverkehrs in Betracht zu ziehen, das in der Zeit nach 1395 besonders scharf hervortritt und der jedenfalls durch den Zuschuß erleichtert worden ist.

Könte man dieses Einkommen als Maß für die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt in einem Zustande allgemeiner Prosperität - auf, so wird man erst einen konkreten Begriff von der vorausgegangenen Überschuldung bekommen. Während einer Periode allgemeinster Depression betrug die Schuldenlast 1373 das dreifache, 1389 das neunfache Einkommen der darauf folgenden Aufschwungsepoche. Während dieser betrug das gegen die Schuld Braunschweigs¹:

Im Jahre	In Erbrenten		In Leibrenten		Zusammen	
	an Kapital	an Zinsen	an Kapital	an Zinsen	an Kapital	an Zinsen
	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark
1406	2325	117	5835	583	8160	700
1410	2494	122	6481	648	8975	770
1415	3012	130	6425	643	10 420	819
1416	4263	207	7140	710	11 343	917
1417		249		772		1021
1418		268		823		1091
1419		285		839		1134
1420		342		904		1246
1421		390		880		1189
1422		320		887		1207
1423		326		900		1226
1424		340		916		1256
1425		340		912		1258
1426		322		915		1237

Man sieht, daß innerhalb der zwanzig Jahre 1406-1426 der vom Rate gezahlte Zins stetig wuchs mit der einzigen Ausnahme des Jahres 1420. Während aber 1406 der Leibzins zu 5 für fünf soviel als der Erbrentenzins betrug, sank das Verhältnis beider 1426 auf weniger als drei.² Hinsichtlich der Höhe des Zinsfußes sind den obigen Zahlen folgende Resultate zu entnehmen. Er betrug

im Jahre	bei Erbrenten	bei Leibrenten
1406	5 %	10 %
1410	4,5 %	9 %
1415	4,9 %	10 %
1416	4,8 %	10 %

Es sind also nur geringe Zinsschwankungen von 5 resp. 10 % nach unten zu bemerken.³

¹ Die Zahlen für die Jahre 1406-1416 sind der „Heimlichen Rechnung“ diejenigen für 1416-1426 Hans Pannas Gedrucktliche Heger-Braunschweigische Chroniken I 240-242 entnommen. Während jene auch die Kapitalkonten umfaßt, beschränkt sich diese auf die Zinsen.

² Für Basel wird berichtet (Schönberg, Finanzen Basels 192), daß in der Zeit seit 1361, die nicht kontrollierbar ist, Leibrenten erst von 1375 ab vorkommen. Bis 1411/12 herrschen die Erbrenten entschieden vor. Der höchste Betrag der Leibrenten fällt in die Jahre 1414/15 und 1420/21. Später nehmen er wieder ab.

³ In Basel beträgt der Zinsfuß bei Leibrenten in den Jahren 1383/4 und 1393/4 9%. Bei Erbrenten geht er von 10 % ab rückwärts.

Den geschilderten Tatsachen ist jedenfalls zu entnehmen, daß Braunschweig in dieser Periode Rentengeschäfte nicht um eines Geldverlusts wegen, sondern als eine lukrative Finanzoperation betrieben habe. Darauf weist auch das eifrig behauptete Leihrentenmonopol der Stadt hin. Dasselbe ist durch ein Echtliehing wahrscheinlich am Anfang des 15. Jahrhunderts eingeführt¹ und darauf in den „großen Brief“ vom Jahre 1445 aufgenommen worden. Die bezügliche Bestimmung lautet: „Neyn unser borguere eider borgerachen schullen liffgeding kopen, sunder by dem rade, so en den dat myt willen des rades wente de rad wel de ienne wol daran vorwaren de gulde be ene kopen. We dyt vorbroke de scholde deme rade 10 Mark geuen.“

Den Erfolgen der städtischen Rentenpolitik gegenüber wird man den triumphierenden Ton, den die „Heinliche Rechenschaft“ am Anfang des 15. Jahrhunderts anschlägt, wohl verstehen. Diese Politik blieb aber nur solange ein Mittel zur Hebung städtischer Macht, als ein tüchtiger, unmittebar harter Not herangebildeter Rat sie mit besonnenem Blaise zu handhaben wußte. Allmählich gerieten jedoch, trotzdem die „Heinliche Rechenschaft“ vor dem Räte alljährlich vorgelesen wurde, die Traditionen der Reformperiode in Vergessenheit. Der Rat unterließ das planmäßige Tilgungsverfahren gänzlich und im Jahre 1445 wurde Überschuldung und bevorstehende Schosserhebung wiederum die Veranlassung eines Aufstandes, welcher den Abschluß der 1294 begonnenen demokratischen Bewegung gebildet hat. Die tiefere Ursache finanzieller Miswirtschaft war nämlich die, daß das Ratsregiment wiederum zu ausschließlicher Parteiherrschaft ausgeartet war: von den 105 Ratsmännern gehörten 79 den Gilden und nur 26 der Gemeinde an. Es war somit der „gemeine Mann“, welcher Zulassung zu Verwaltungsgeschäften verlangte. Dementsprechend endigte die Bewegung damit, daß indirektes Wahlrecht der Gemeinde zugestanden wurde in dem „großen Briefe“, einem Vertrage zwischen Rat, Gilden und Membert². Das Wahlrecht der letzteren wurde näher dahin normiert, daß die direkt gewählten Hauptleute jedes Weichbildes zusammentraten und die Ratsmänner wählten. Um der Reform praktischen Erfolg zu sichern, wurde außer verschiedenen Maßregeln gegen den gleichzeitigen Anteil von Verwandten am Ratsregimente auch die Bestimmung getroffen, der Rat solle weder eine Fehde erklären noch ein Gesetz erlassen ohne

12934 beträgt er noch 72% - Dann verliert er um 66% herum, 1411 12 ist 50% die Höhe, dann nähert er sich nach und nach 4% - Dabei darf man aber so wenig wie für Braunschweig einen einheitlichen Zinssatz für alle gleichzeitigen Verträge annehmen.

¹ S. Braunsch. Urkb. I 13. N. XXVI.

² Hönemann, Braunsch. Urkb. I 29. N. LXXXVIII.

Wissen der Gilden eister, Gilden und Hauptente. Gleichzeitig suchte man das Kollegium der fünf Finanzherren wieder zu Ehren und Geltung zu bringen, indem man erklärte, es solle der Rat weder Erb- noch Leibrenten verkaufen, „id en sellege myd vulborde derjenner de de rad unde radworene dar to geschicket heiden.“ Man sieht, wie eng die Ausschulung einer speziellen Schuldenkommission mit den Grundsätzen geregelter Finanzverwaltung zusammenhängt.

Die Aufgaben, welche die Verfassung von 1445 dem gemeinen Manne stellte, waren seinen Kräften sowenig angepaßt, daß schon die Läuterung des Rates, mit der man beginnen sollte, zur teilweise durchzuführen war und die Haltlosigkeit der geschaffenen Sachlage immer klarer hervortrat. 1463 machte man rückgängig, was man 1445 erreicht hatte. Denn wenn auch die Ratmänner weiterhin nach Maßgabe des großen Briefes gewählt werden sollten, so wurde doch das Amt der Ratmänner jetzt ein lebenslangliches. Hiermit wurde dem Einflusse der Geschlechter wiederum Thür und Thor geöffnet; ein neuer Anlaß zu gewaltsamen Übergriffen. Auch weiterhin spielten die städtischen Schulden herbe die Rolle eines gefährdenden Zündstoffes: 1488 wurde der Aufstand Ladeke Hollands mit durch Schafferhöhung und eine unverzinsliche Anleihe der Stadt heraufbeschworen. — 1513 kam es während des Aufbruchs der armen Leute, der mit den Bauernkriegen in Verbindung stand, zu einer solchen Überschuldung, daß die Rentenbesitzer aufgefordert wurden, von jedem Gulden Zinses einen Pfennig zu geben, die Reichen außerdem noch eine Summe Geldes auf sechs Jahr leihen sollten. Diejenigen, welche Geldmangel vorsetzten, wurden veranlaßt, wenigstens eine Summe aus der Stadtschuld sechs Jahre hindurch zu verzinsen.

¹ Auch in Lüneburg schloß das 15. Jahrhundert mit einer Restauration früherer Verhältnisse ab. In Hannover ging die Bewegung ruhiger vor sich, die Bürgerschaft erlangte ohne weiteres Teilnahme an der Regierung.

V.

Der herzogliche Kredit.

Die Überlieferung der Herzogtümer Braunschweig und Lüneburg weist beinahe dreihundert herzogliche Schuldverschreibungen aus dem Zeitraume zwischen 1293 und 1405 auf. Eine chronologische Zusammenstellung derselben bietet bezüglich des Schuldenbetrags im allgemeinen folgende Wahrnehmungen dar. Während aus dem Anfange des 14. Jahrhunderts mehr vereinzelte aber auf höhere Beträge lautende Schuldurkunden nachweisbar sind — von etwa 120 Mark feinen Silbers aufwärts, einmal sogar 1058 Mark —, treten dieselben im Jahre 1314 in weit größerer Anzahl, aber mit geringeren Summen auf — sie variieren meist zwischen 20 und 100 Mark. Ein ähnlicher Gegensatz besteht zwischen den Schuldbriefen der nächsten Folgezeit einer- und denjenigen der vierziger Jahre¹ andererseits. Dann weist das bedeutsame Anwachsen der Schuldverträge an Zahl und Höhe² während der fünfziger und sechziger Jahre auf die Periode 1369—1373 als den Höhepunkt herzoglicher Verschuldung hin. In diese Zeit fallen die letzten Regierungsjahre Herzog Magnus' des Jüngeren, welche mit seinem Sturze und Tode endigten. Innerhalb derselben sind vierzig von ihm allein ausgestellte Schuldurkunden nachweisbar, die zusammen eine Summe von 37 000 Mark Silber ergeben³, also etwa 8000 Mark mehr als die höchste Schuldsomme Braunschweigs im Jahre 1389 betrug. Späterhin treten Schuldverschreibungen, wenn auch nicht mehr so auffällig gehäuft⁴, mit überwiegend

¹ Unter den Herzögen Otto und Wilhelm — in Lüneburg und unter dem Herzoge Magnus dem Älteren — in Braunschweig.

² Meist über 100, oft über 1000 Mark.

³ Drei Mark Lüneburger Pfennige in Lüneburger Pfennigen werden nämlich die Schuldsommen zuweilen angegeben — werden dabei, mehrfachen Angaben des Lüneburger Urkundenbuchs aus jener Zeit entsprechend, einer Mark Silbers gleich gesetzt.

⁴ Daß aber der Zustand des Finanzhaushalts in einzelnen Jahren kein besserer war, ergibt sich aus verschiedenen gelegentlichen Angaben. So schuldeten die Herzöge Bernhard und Heinrich der Stadt Braunschweig allein 1401: 88 965¹ : Goldfl. —

hohen Schuldbeträgen auf — in einigen Fällen bis zu 6000 Mark¹.

In weitaus größten Teile herzoglicher Kreditverträge wird der Gläubiger durch Einräumung gegenwärtiger Nutzung an Immobilien und Gerechtsamen gesichert. Diese Eigentümlichkeit ist nur in Verbindung mit der herzoglichen Verwaltung im allgemeinen zu verstehen.

Der herzogliche Haushalt war vor allem ein Grundherrschafter, erst also im 13. und 14. Jahrhundert an der allen Grundherrschaften gemeinsamen Depression, welche durch die geldwirtschaftliche Entwicklung veranlaßt, die frühere Aufschwungperiode abgebrochen hatte und sich durch administrative Zersetzung auf das deutlichste kundgab. Während früher der von der Centralstelle abhängige Meier der eigentliche Träger herzoglicher Verwaltung gewesen war, trat jetzt das Lehnswesen als zersetzendes Element in den Verwaltungsorganismus ein. Es gestaltete die Meier zur bloßen Einnahmestelle, welche demartiger Natural- und Geldrenten, welche wiederum als solche verlehnt werden konnten². Immer mehr zerfiel somit das herzogliche Gebiet in eine Reihe von zufällig gebildeten Güterkomplexen, welche nur durch Verleihung an eine und dieselbe Person zu einer Einheit verschmolzen. In dieser Zerstückelungszeit griffen auch die herzoglichen Pfandverträge mit grösster Nachdrucke ein. Dabei ging die atomistische Tendenz bald mehr bald weniger weit. In vielen Fällen griff das Pfand einzelne Teile eines Gutes, wie eine oder mehrere Hufen, ein Weid., auch wohl eine Mühle n. s. w. heraus. In anderen Verträgen werden einzelne Höfe verlehnt, wobei der durchschnittliche Betrag für einen Hof zwischen 20 und 30 Mark landw. Pflanzung betrug³. Meierhöfe werden zur selben Zeit zu 100 Mark Lan. Pf. verlehnt, also offenbar mit den zugehörigen, wenn auch bedeutend reduzierten Einnahmen. Endlich werden häufig einzelne Dörfer pfandweise verlehnt.

Mit dem Pfandbuckte zusammen werden in vielen Fällen auch die mit ihm verbundenen grundherrlichen Rechte ver-

¹ Hierbei sind von einzelnen ausnahmeweise hohen Summen, die bei gewissen Schulden mit politischen Nebenzwecken vorkommen, abgesehen.

² Siedendorf VI 49. Verzeichniss der zum Schloss Celle gehörenden Hebrungen aus den letzten Jahrzehnten des 14. Jahrhunderts. Als Forderungen eines bestimmten Quantum Korn, einer Anzahl Schweine und Geldleistungen in Mark oder Pfund. Als häufigste Leistungspflicht erscheint Lieferung eines Schweines mit 7 Schil. Zusammen erhebt der Meierhof 16 Mark, 4 Pfund, 240 Schil., 28 Schweine und 22 Maß Korn.

³ Siedendorf IV 173 (1371). 4 Höfe verlehnt, zusammen für 40 M. Pf.

pfindet, also vor allem diejenigen, welche seinen Inassen gegenüber zustehen. Die ständige Klausel lautet, es werde versetzt „man und hof“¹ oder „hofe und lude“. Es ist hierin eine gewisse Tendenz nicht zu verkennen, nicht bloß den Grund und Boden als das dingliche Substrat, sondern auch den wirtschaftlichen Verwaltungsbetrieb der Grundherrschaft zu veräußern, obgleich in vielen Fällen grundherrliche Rechte auch isoliert verpfändet wurden². — Im Sinne mittelalterlicher Anschauung war es nur eine weitere Konsequenz desselben Gesichtspunktes, wenn landesherrliche Hoheitsrechte gleich grundherrlichen — allerdings nur bis zu einem gewissen Grade — behandelt wurden. Noch öfter wie diese wurden sie isoliert verpfändet. In allen Fällen ließen aber derartige Pfandverträge die Frage aufkommen, ob und inwieweit hierin eine Veräußerung landesherrlicher Verwaltungsfunktionen über die wirtschaftlichen hinaus liegt und welche Konsequenzen und Aufgaben sich daraus für die herzogliche Verwaltung ergaben. Diese Fragen wurden um so brennender, als sich gleichzeitig das Bedürfnis nach einer neuen Ordnung der Verwaltung fühlbar machte.

Es war dies die Folge der oben geschilderten administrativen Zerrissenheit der Territorien. Dazu kam aber auch ein wirtschaftlich-politisches Moment.

Das Lehnswesen hatte seine ursprüngliche politische Bedeutung zu Gunsten wirtschaftlicher Funktionen verloren. Auch war es nicht mehr ein ergebendes peränisches Gefolge des Landesherrn, sondern eine zuverlässige Landesverteidigung, was das Kriegswesen der Zeit forderte. Der Bau befestigter Burgen, zu dem man infolgedessen griff, erforderte aber viel Mannschaft. Die Herzöge suchten sich dieselbe auf zwei Wegen zu verschaffen. Zuerst dadurch, daß sie Dienstverträge mit Beziehung auf Burgen abschlossen. Als Beispiel möge folgender Fall³ gelten: Die v. Ruedorf geloben, dem Herzoge Ernst von Braunschweig und seinen Söhnen zwei eigene Schlösser zu öffnen, so oft sie es verlangen, und ihnen vom Schlosse aus kriegerische Dienste zu leisten, wofür die Herzöge sie gleich ihren Mannen verteidigen sollen. Endlich wird beiderseitige Kündung ausbedungen. Von diesem Typus finden sich vielfache Abweichungen. Vor allem in der Weise, daß die Dienstpflicht oft nicht allgemein ausbedungen, sondern auf den Fall gewisser Kriege und Fehden beschränkt wird.

¹ Sudendorf II 4 (1342).

² So Verpfändung der Rechte, welche Hörigen gegenüber zustanden oder, wie sich die Quellen ausdrücken, Verpfändung der Sand-reute. Z. B. in Sudendorf IV 317 (1373) Verpfändung derjenigen der Ruedorfeute in dem Gerichte Celle und Rethem, welche noch nicht verpfändet worden sind.

³ Sudendorf III 162 (1363).

Ferner wird in den Fällen, wo der Dienstmann einem fremden Landesherren unterthan ist, der Dienst gegen letzteren naturgemäß ausgeschlossen¹. In wirtschaftlicher Hinsicht sind aber die regelmäßig vorkommenden Fälle insofern von dem citierten — einfacheren — verschieden als die Herzöge gewöhnlich ihre eigenen Schlösser den Dienstleuten ausliefern und sie von diesen aus Kriegsdienste leisten lassen. Außerdem ergeben sich zahlreiche Modalitäten je nach der Dotierung des Dienstmannes mit wirtschaftlichen Gütern. Die Burg selber war ja wirtschaftlich unproduktiv. Eine solche Dotierung war daher das regelmäßige, insofern nicht etwa der Dienstmann — besonders der exterritoriale — in dem herzoglichen Schutze ein genügendes Äquivalent oder sogar einen seinerseits zu vergütenden Mehrwert erlittete. — Allgemein üblich war die Dotierung bei der zweiten Vertragsart, mittelst deren sich die Herzöge Mannschaft zu erwerben suchten². Es ist die Auslieferung einer Burg behufs Verteidigung und Unterhaltung derselben samt den Burgmannen seitens des Inhabers. Die Auslieferung wurde oft auf Grund eines Belehnungsvertrages vorgenommen. Mit Vorliebe sprechen jedoch unsere Urkunden von einem „Anvertrauen“ der Burg, damit der Vertrauensmann sie „vorware“.

Mit beiden Vertragsformen kommt das Verpfändungsgeschäft in vielen Urkunden vermengt vor, wobei die Verbindung entweder direkt ausgedrückt oder indirekt durch Aufnahme einzelner, jenen Vertragsformen eigentümlicher Bestimmungen hergestellt wird. In beiden Fällen ist es das Schloß, auf welches unter den Pfandobjekten der Hauptnachdruck gelegt wird und dessen eigentümliche Verhältnisse das Geschäft als Ganzes beeinflussen. Insgesamt betrachten nehmen die herzoglichen Schloßverpfändungen über drei Viertel der überhaupt vorhandenen herzoglichen Schuldurkunden ein. Auch geht die Umwandlung der allgemeinen nicht bloß der Kriegsverwaltung, welche im spätem Mittelalter an die Schlösser anknapfte, zu großen Teil von den Pfandschlössern aus, vollzog sich aber langsam und auf vielen Umwegen.

Zu den Schlössern gehörte gewöhnlich ein gewisses Territorialgebiet, dem Eigenbetriebe des Schloßinhabers vorbehalten. Was man aus den Urkunden hierüber erfährt, sind nur trockene, meist ganz allgemein gehaltene Aufzählungen

¹ Sudendorf IV 47 (1370), wo die Stadt Wunstorp in ein Dienstverhältnis zum Herzoge tritt.

² Die Herzöge Wenzel und Albrecht von Sachsen vertrauen ein Schloß an (Sudendorf VI 23 (1382) = Für Kosten und Bau wird eine Summe in zehnprozentiger Gülde angewiesen. Der Vertrauensmann soll seine eigene Kost haben. Nur wenn er vom Herzoge entboten werden sollte, soll er seine Auslagen ersetzen. Im letzteren Falle tritt eben ein dienstähnliches Verhältnis modifizierend zum Verträge hinzu.

der Äcker, Wiesen, Walder und Gewässer¹. Seinem Umfange nach wird aber meist nur das Gebiet erwähnt, das der Schlossinhaber besäet von dem Herzoge erhält. Es beträgt in der Regel nur fünfzig Morgen. Der Schlossinhaber ist dann verpflichtet, diese fünfzig Morgen besäet samt dem Schlosse zurückzuliefern. Für die fehlende Aussaat haftet er. Einen Überschufs muß ihm aber der Herzog bezahlen oder zur Ernte überlassen. Stets wird aber zu Grunde gelegt eine Schätzung der Saat, wie sie entweder in der Vertragsurkunde fixiert oder von einem Unparteiischen normiert wird. — Wie für die Saat, so war auch für die Nutzungen des Schlossinhabers in der Regel der Bedarf des Schlosses maßgebend. So wird von Herzog Wilhelm das Schloß Pretzette ausgeliefert und außer anderweitigem Zubehör auch Nutzung der Holzung eingeräumt „to des sloten behoue und anders nicht“. Der Bedarf erstreckt sich dabei auf Burghut, Verpflegung der Mannschaft, der Pferde u. s. w.

Nicht immer sind jedoch die Schlösser als Mittelpunkte eines eigenen wirtschaftlichen Betriebes, — wenigstens nicht immer in gleichem Grade — zu denken. 1308 versetzte Herzog Wilhelm das Schloß Kneesebeck für 700 l. M. und verspricht jährlich 100 l. M. und 20 Mafs Roggen, falls er aber 500 l. M. auszahlen sollte, fernerhin 50 l. M. weniger zu entrichten. Es kann diesen Zahlen nach kaum zweifelhaft erscheinen, daß die Naturalrente ganz und die Geldrente zum Teil nicht als Zins für das Kapital von 700 l. M., sondern als Fonds zur Unterhaltung des Schlosses angesehen wurden. Die Zuweisung von Unterhaltungskosten haben wir nun oben als das Regelmäßige beim Anvertrauen von Schlössern erkannt. Der Umstand, daß sie auch bei Schloßverpfändungen vorkommt, zeigt, daß es sich bei diesen oft weniger darum handelte, dem Gläubiger direkt eine Einkommenquelle zur Befriedigung einzuräumen, als vielmehr ihn einstweilen durch die Überlassung eines politisch wichtigen Punktes zu sichern. Daher die häufige Bedingung zu Gunsten des Gläubigers, daß, falls das Schloß verloren gehen sollte, ein anderes statt seiner gebaut und ihm ausgeliefert werden solle.

In dem eben behandelten Falle der Verpfändung des Schlosses Kneesebeck war die Lieferung von Unterhaltungsmitteln seitens des Herzogs eng mit der Kapitalverzinsung verbunden. Die letztere erfolgt sonst unter den verschiedensten Modalitäten. So werden Einkünfte als reine Ver-

¹ Wie umfassend in vielen Fällen das Schloßgebiet war, zeigt die Aufzählung der zum Schlosse Neubrück gehörigen Güter in der „Heiml. Rechenschaft“ Kap. 22, wo dreißig Pertinenzen erwähnt werden.

zinsung dem Schuldenhaber vorgeschrieben¹ oder sowohl für die Zins- als Kostendeckung in der Weise bestimmt, daß einer von beiden Priorität eingeräumt wird². Stellen sie femer in keiner lokalen Beziehung zum Schloß — einerlei ob sie Landnutzungen, Naturalien oder Geldbezüge seien —, so bilden sie mit ihm nur soweit ein Ganzes, wie andere an eine und dieselbe Person verleiheute oder verpfändete Vermögensstücke. Besteht dagegen ein lokaler, gemeinsamer Verwaltungsmöglichkeit erlösender Zusammenhang, so liegt in der Gesamtverpfändung eine Erweiterung des um das Schloß als Mittelpunkt herumliegenden Verwaltungskreises. In dieser Richtung lag somit die Möglichkeit, der den geschuldeten Zerstückelungstendenzen von Pfand und Lehn entgegenzuwirken einer Tendenz, deren destruktive Wirkung bereits zu einzelnen zehnjährigen Bestimmungen zu greifen zwang, beispielsweise zu dem ausdrücklichen Versprechen, „an Dort (Hartshausen) nicht zu versetzen verpfänden noch verleiheuen oder es wenigstens bei einem Schloß (Friedland) zu belassen“.

War das Schloß — dem Obigen nach — zuerst Centrum eines wirtschaftlichen Separatbetriebs, so werden nun mit demselben grundherrliche Einkünfte aus den umliegenden Höfen, Dörfern, Mühlen u. s. w. verbunden, wodurch das Schloß etwa die Funktion der früheren Meiererei übernimmt. Die Verbindung wird oft ausdrücklich als Lehnrecht bezeichnet, „und den teghesten hat, de to dem luse heren und wat von penning gheken is in den dorpen, de to lein huse horen, de senden weck hebben“³, oder erst mittelst der Verpfändungs-urkunde geschaffen. Jenes weist darauf hin, daß man in adligen Kreisen damals suchte, die neuw. Pfandurkunde an die Bezirke der Kriegsverwaltung anzuschließen. Noch bezeugt das eine andere Urkunde⁴, wo das Schloß Kneesebeck verpfändet und „to beveringhe der gade des slotes“ eine Rente von 30 Mark verschrieben wird. Dasselbe soll zugewiesen werden „in einem gade dat to dem slote beligen“⁵. Erst wenn dies nicht genügt, sollen 30 Mark in Geld entrichtet werden. Man sieht, daß das erstere als das Nicht-begrenzende erscheint. Auf diese Weise waren mit den Schloss-Boden, Zölle und sonstige Einnahmen aus der Umgegend verpfändet. Lag das Schloß bei einer Stadt so auch die städti-

1. In Urkb. II 966:13-2. Bei von Lischburg nimmt ein Pfand die Hälfte des Schloß-Einkommens und Procente für 4200 Mark. In einem des über 1000 gewesenen 1000 Mark Lehnung der Pfandung an, sondergut und Zins. In Schuldbrief IV II 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

¹ Schuldbrief II 141:12.

² Schuldbrief V 16:13-2.

sehen Hebungen. Dies ist der Sinn der Verpfändung von „Schloß und Stadt“.

In den letztgenannten Fällen sind die dem Schloßsinhaber zugewiesenen Einkünfte öffentlich-rechtlicher Natur. Der Ursprung dieser Erscheinung ist in der schon oben berührten Gewohnheit zu suchen, mit dem Grund und Boden zugleich auch die an denselben gebundenen Gerechtsame — einerlei ob grund- oder hoheitrechtliche — zu verpfänden. Dabei ging anfangs die Vertragsabsicht allerdings nur dahin, daß das Rentenoberhebungsrecht dem Herzoge oder seinen Beamten zustehen, und nur die erhobenen Renten dem Gläubiger zugewiesen werden sollten. Wie leicht jedoch diese Schranke überschritten wurde, zeigt sich aus folgender Bestimmung, die in den herzoglichen Urkunden ziemlich oft auftritt. In einem Pfandvertrage, der dem Gläubiger u. a. den Bezug gewisser Zinsen zusichert, wird gesagt, es solle der Herzog den Zins einziehen und auspfänden halten. Wenn er dies nicht thue, so solle der Pfandgläubiger die Pfändung selber vornehmen und damit gegen den Herzog nichts verbrochen haben. In einem anderen Falle verspricht der Herzog Zahlung aus einem Zehnten. Wenn diese nicht geschehe, so solle der Gläubiger sich selbst den Zehnten nehmen, aber nur bis zum Betrage der Schuld. Den Rest solle er dem Herzoge austreten¹. Ob es sich hierbei um Ausdehnung der Kompetenz oder um Einschränkung einer noch weiter gehenden usurpirten Gewalt des Gläubigers handelte, läßt sich im einzelnen nicht mit Sicherheit bestimmen. Anderweitig kommen aber Verbote vor, der Gläubiger solle die im verpfändeten Gebiete wohnenden Insassen nicht mit Diensten beschweren² noch höhere Zinsen von ihnen fordern, als der Herzog genommen habe. Alles dies weist darauf hin, daß die grundherrliche Verwaltung thatsächlich auf den Pfandgläubiger überging und sogar den Herzog zuweilen zum Einschreiten³ gegen Mißbräuche veranlaßte. Was nun speziell die herzoglichen Hoheitsrechte anbelangt, so konnten sie von verpfändeten Einkommenskomplexen

¹ Sudendorf II 286 (1348). Analoge Bestimmung hinsichtlich des Sülzolls. Sudendorf X 144 (1406).

² Sudendorf VI 120 (1382). „unde hir en bouen en eenullen se de vorbenomden nuse lude mid nemene denste oder bade vorder be-
sweren“.

³ Die Frage, ob Besserrinnen bei Zinsverpfändungen an den Herzog oder an den Gläubiger fallen läßt sich wohl dahin beantworten, daß je mehr die Verpfändung den Übergang grundherrlicher Gewalt in sich schloß, desto eher die Entscheidung zu Gunsten der Gläubiger ausfiel.

In Sudendorf III 366 (1338) verpfändet Herzog Magnus der Ältere für 160 Mark Hufe, Hufen u. a. w. samt einem Zins an einen Hofen, der 3% Verding beträgt, der Besserrin wird dabei den Herzoge zugesprochen. — Die ausdrückliche Bestimmung scheint hier bereits auf eine Ausnahmefallregel hinzudeuten.

ausdrücklich ausgenommen werden. Überblickt man aber die Vertragsklauseln, mittelst deren die Herzöge ihre landesherrlichen Befugnisse den Pfandgläubigern gegenüber zu wahren suchten, so scheint nur die folgende Bestimmung erfolgreich gewesen zu sein, welche besonders klar gelegentlich einer Verpfändung mehrerer Höfe ausgesprochen wird: „et obligavit . . . universatim omne ius praeiudiciale quod ad defensionem terrae requiritur prout consuetudo terrae postulat.“ Die meisten übrigen Einschränkungen gehen sich in ihr oder minder klar als zeitweilige Reaktionsversuche zu erkennen, welche früher oder später beiseite geschoben worden sind. Die zunehmende Selbständigkeit des Pfandinhabers machte in immer höherem Grade derartige Maßregeln seitens des Herzogs notwendig, wie sie durch die oben behandelte Klausel „iure et rechte“ charakterisiert worden und denen vor allem auch die oft vorkommende Bedingung, der Pfandbesitzer solle vom Schlosse herzoglichen Leuten noch sonst jemandem keinen Schaden zufügen, abzuleiten ist. — Da aber der Erfolg in diesem Falle sehr fraglich blieb, so lag um so mehr Veranlassung vor, die Schutzmassnahmen derart an den Schlossinhaber zu knüpfen, daß dieser wirklich ihr Schutzherr wurde. Es handelte sich also darum, das Band, das die Insassen des Pfandschlusses¹ und der mitverpfändeten Güter sowie die Inhaber von Burglehn an den Burgbesitzer knüpfte, auf einen weiteren Personenkreis — wenn auch vielleicht in anderer Form — auszudehnen. Welche Form zu wählen war, dafür war der Umfang des Gebietes entscheidend, welches mit dem Schlosse vereinigt werden sollte. Einseitliche Traditionen und feste administrative Grenzen waren so wenig vorhanden, daß man in einzelnen Fällen sogar zur kirchlichen Entscheidung seine Zuflucht nahm und beispielsweise die Einkünfte eines bestimmten Kirchspiels verpfändete.² In unserem Falle lag aber der Anschluß an gerichtliche Bezirke besonders nahe. Für den Schlossbesitzer, der gleichsam an der Spitze einer besonderen Grundherrschaft stand, war die eigene Gerichtsbarkeit ein sehr verlockendes Befugnis. Einzelne besondere Vorzugsstellungen von Pfandschlössern auf eigene Rechtsprechung können diese Annahme³ nur bestärken.

¹ Sudendorf I 242 (1314).

² Sudendorf IV 152 (1371). Bei Verpfändung von Lüchow an Gerhard von Wustrow wird gesagt: „Ok schulle we nam man und berg her to Lüchow und alle de binnen de lantweren beset sind in de preude de we om ghesat van stand an no Wustrow ween.“

³ Z. B. Rente, Hofe und Leute in Kirchspiele Schwammstädt werden verpfändet. Sudendorf VI 120 (1385).

⁴ Loh. Urkb. I 471 (1352). Ein Bürger erklärt, daß die Herzöge Otto und Wilhelm von Braunschweig und Lüneburg ihm Burg Lüneburg verpfändet haben „und ik en wil und mine erven van der borg niet onghen laten edder onghen — we en don dat niet wem wiken und valberd.“

Die alten Vogteien waren allerdings von der Zerstückelung durch Pfandverträge nicht verschont geblieben¹. Immerhin griffen die Herzoge auf sie zurück: in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts wird Vogtei immer häufiger mit der Detention des Schlosses verbunden. Dieselbe wurde zuweilen als eine Last empfunden: der Herzog mußte sich verpflichten, ihre Kosten zu tragen². Die Anweisung der im Gerichtsbezirke Anässigen an den Vogt ergab sich aber von selbst, und damit fiel der Schloßbezirk mit dem Vogteibezirke zusammen. Das Schloß wurde dann aufgefaßt als ein wirtschaftliches und administratives Centrum in dem betreffenden Gerichtsbezirke. Innerhalb des letzteren wurde ausdrücklich im Falle der Zerstörung des Schlosses der Bau eines neuen ausbedungen³.

Nachdem nun der Pfandinhaber des Schlosses die Gerichtsbarkeit an sich gerissen hatte, berulite seine Stellung innerhalb der Verwaltung auf einer eigentümlichen Verbindung⁴. Einerseits nämlich besaß er obrigkeitliche Rechte, andererseits aber mußte er stets der Kündigung durch den Herzog gewärtig sein. Diese Verbindung kam besonders dem neuen Amtsbegriffe entgegen, der sich während des 14. Jahrhunderts aus der Verschmelzung des kündbaren Dienstvertrags mit der öffentlichrechtlich gefärbten (administrativen) Burganvertrauung entwickelte, zumal da ja auch diese beiden Verträge vielfach direkt mit dem Pfandvertrage vereinigt wurden. Das Pfand hat also bezüglich der Bildung des Amtsbegriffs eine ähnliche Rolle gespielt, wie das Geldlehn⁵, teilweise sogar in noch stärkerem Maße. Bei ihm fiel nämlich die Erblichkeit von selbst weg, während doch die Stellung des Pfandinhabers insofern eine gesicherte blieb, als die Schuld nie sofort zurückgezahlt wurde. Übrigens kam der praktische Erfolg des Schloßpfandes demjenigen des Geldlehns insofern sehr nahe, als das Schloß oft nur die Bedeutung einer Centralstelle hatte, der wirtschaftliche Wert des Hingegebenen

¹ Sudendorf I 253 (1314). Vogtei über ein Haus wird vom Herzog Otto verpfändet.

² Schloß und Stadt Rethem nebst der Hälfte von Schloß und Stadt Neustadt werden an Ritter und Knappen samt der Vogtei verpfändet, und der Herzog verspricht, für die Kosten derselben zu haften. — Sudendorf VI 10 (1382).

³ Sudendorf IV 35 (1370).

⁴ In kleinerem Maßstab war allerdings ebendasselbe schon überall da der Fall, wo der Pfandgläubiger herzogliche Hohensrechte pfandweise besaß.

⁵ Durch Belehnungen auf Grund von Geldzahlungen vermied man — im Gegensatz zum Immobilarlehn — die Erblichkeit der Lehen. Zeit-lehen wurden nunmehr gewöhnlich, das Dienstlehen auf Zeit war aber der unmittelbare Vorläufer des Amtes. Siehe Lamprecht, Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter I 1524 fg.

aber in den damit verbundenen Renten lag. Endlich ist noch einmal zu betonen, daß die Pfandverträge zur möglichst zweckmäßigen Gruppierung der allerverschiedensten Einkünfte Veranlassung boten, um die ganze Bedeutung des öffentlichen Kredits für die Entstehungsgeschichte des Amtsbegriffs zu würdigen.

Nachdem sich aber nun der Amtsbegriff eingebürgert hatte, wurde es immer mehr üblich, den Pfandinhaber des Schlosses zum Amtmann zu ernennen und ihn so zur obersten Instanz des ganzen Schlossbezirks zu machen. Die Vogte, die in seinem Gebiete fungierten, wurden ihm alsdann — wie sonst den Amleuten¹ — zugewiesen, worauf sich dann ihre Pflicht ihm unterthänig zu sein, gründete. Doch waren die Pfandverträge ihrem Umfang nach keineswegs auf den Schlossbezirk beschränkt, sondern erstreckten sich bisweilen auf ganze Herrschaften². In diesem Falle werden dann die einzelnen Amleute in dieselbe Beziehung zum Pfandgläubiger gebracht wie die Vogte zum Amtmann. Ebenso kommt Verpfändungen von Schuldstellen vor³. Hier behält der Gläubiger oft das Recht, den Amtmann resp. Vogt über die andere Schlosshälfte zu bestimmen⁴.

Die folgende Darstellung führt zu der Erkenntnis, daß die Entwicklung des herzoglichen Pfandes eng mit der Geschichte herzoglicher Verwaltung überhaupt zusammenhängt, teilweise sogar die letztere in wichtigen Punkten beeinflusst hat. Beruht infolge der eigentümlichen Stellung, welche das Pfand innerhalb des Verwaltungsorganismus einnahm. Damit steht auch die Bedeutung desselben für den herzoglichen Haushalt in Beziehung. Wurde dem Gläubiger ein bestimmtes Gut zur Nutzung zugewiesen, so wurde damit eine herzogliche Schall auf eine bestimmte Einkommenquelle fixiert und so die herzogliche Finanzwirtschaft in einem einzelnen Punkte geordnet. Beim Schlosspfande war das Verhältnis insofern verwickelter, als hier neben naturalwirtschaftlichen Nutzungen verschiedenartige Gebühren dem Gläubiger zugewiesen wurden, bei deren Ausfall der Herzog — wenigstens zeitlich — litt. Die endgültige Fixierung ward hier erst dadurch erreicht, daß man die Rentenausfälle von vornherein

¹ Vor allem wurden Vogte dem Amtmann zugewiesen, der über mehrere Schlösser Aufsicht hatte.

² So Sudendorf III 466 ff. Auch gehört hierher die Verpfändung der Herrschaft Sachsen für 7000 Mark seitens des Herzogs Erich von Sachsen-Lauenburg an Herzog Wilhelm und Magnus von Braunschweig und Lüneburg.

³ Verpfändungen sind ganz allgemein üblich gewesen. Auch bei Schulsterverpfändungen. So wird z. B. in § 27 der Stadt Douersdorf verfügt, im letztem Falle für 20 Mark im Jahre 1317. Sudendorf II 20.

⁴ Sudendorf V 154 (1390).

das Schloß laßbar machte¹. Dieses Mittel, welches das natural wirthschaftliche Finanzsystem trotz der Fortschritte des Geld wirthtums beizubehalten erlaubte, war der modernen Hypothek nahe verwandt. Letztere hat sich nämlich historisch aus dem Rentenkaute mit Subordinationsrecht (Unterpfand) entwickelt². — Ebenso wurden auch diejenigen Forderungen sichergestellt, welche der Schloßinhaber durch Ausgaben im Interesse des Herzogs erwirbt, mit Einschluss der laufenden Verwaltungskosten, soweit für diese nicht mittelst Renten vorgesorgt worden war. Dabei ist dies Verfahren nicht auf die Pfandinhabung beschränkt. Für die Ausgaben der Dienstleute, Vögte und Amteute wurden die nämlichen Bestimmungen getroffen. Man kann sagen, daß die Rente regelmäßig das Ordinarium — soweit dies als solches empfunden und behandelt wurde —, das Pfand das Extraordinarium in dem Ausgabebudget der herzoglichen Schloßverwaltung bestritt.

Auch in finanzieller Hinsicht bedeutete somit die Schloßverpfändung Ausscheidung gewisser Bezirke aus dem gesamten herzoglichen Eigen. Dieselben waren aber keineswegs stabil³, es wird oft in Verpfändungsverträgen ausbedungen, der Herzog solle die vom Gläubiger zum Pfandschloß hinzuerworbenen Güter mit einlösen⁴ oder — falls ein größeres Gesamtguthum mit anderweitig versetzten Theilgebieten verpfändet worden ist und der Gläubiger die letzteren zurück

¹ So z. B. Sudendorf II 496 (1355). Was en daran onbreke dat se to den laren nicht twintich mark en hebben dat ud ghenomen dat seelden se oppe dat vorchonende hus alen dat wurde we on mit den andern ghelde weder gheden wanne we dat has loseden. (Vandenes bestimmt Sudendorf III 429 (1396). — Gewöhnlich haftete das Pfand selbst für das Kapital und die Renten für die Zinsen. Es wurde dann gesagt es sollten Minderbeträge der Rente zum Kapital geschlagen werden. Sudendorf II 156 (1346).

² Heusler a. O. II 132. Dabei ist es aber als zweifellos anzunehmen, daß hier ältere Traditionen nachwirkten, sowohl lehensrechtliche, besonders die Prinzipien über Lehnsschuld — als auch vogteitliche. Die Vogtei hatte nämlich stets einen für sich abgesonderten Verwaltungsbezirk gebildet, der Vogt galt sogar ursprünglich für verpflichtet, aus den Einnahmen der Vogtei sämtliche Ausgaben derselben zu bestreiten.

³ Auch in dieser Beziehung folgte das Pfand dem Lehnrecht. Ein bloßer Zukauf konnte hier — ohne ausdrückliche Bestimmung solches Stückes, die an sich ohne das Lehn fortzu bestehen konnten nicht zum Zubehör des Lehns machen. Als Lehnbesetzung wurden aber Gerechtigkeiten angesehen, welche zu dem Zwecke erworben worden waren, um vom Lehn aus ausgeübt zu werden. Auch sonst gilt der Lehngegenstand keineswegs als scharf abgegrenzt. Auch wenn jemand mit einem Gute ohne Nennung des Zubehörs desselben bezaunt worden war, wird allem, was er an dem Gute gebraucht, für Lehn gehalten. D. G. Strube, Nebenstunden 1742 S. 309.

⁴ Sudendorf II 237 (1341). Herzog Magnus verpfändet mehreren Ritters ein Schloß, Weichbild etc. und erkärt, daß, wenn sie etwa Geld den oder unter Einzahlungen würden er die zinsamer onbreken, so le Thut er es nicht, so soll er ihnen die Güter bis zur Zahlung lehen.

erwirbt die hierfür ausgelegten Summen samt dem Kapital erstatten¹. — Andererseits stand das Schuldkapital sehr oft entfernt nicht in richtigen Verhältnissen zu dem verpfändeten Gute. Beispielsweise wird 1379 die Pfandsomme für die Schlösser Bockele und Hitzacker, die bisher 3900 Mark betragen hatte, nunmehr um 2400 Mark vermehrt, dafür aber keine Zinszahlung verlangt². Entweder war das bisherige Verhältnis ein wirtschaftlich richtiges gewesen, — dann war die Pfandnutzung außer Stande, dem Gläubiger noch Mehrzinsen zu liefern. Oder die Nutzung war bisher nicht voll ausgebeutet worden — dann bedeutete der Verpfändungsvertrag für den herzoglichen Haushalt eine Verschwendung. Der Gesamtheit der Verhältnisse nach ist häufiger das letztere anzunehmen.

Desto höher ist für den herzoglichen Haushalt der Wert von Pfandverträgen mit hinzutretender Amortisation anzuschlagen. Sie setzten der Verschwendung wenigstens zeitliche Schranken und brachten außerdem eine gewisse Ordnung in das Kreditwesen. Wirtschaftlich entwickelter war derjenige Amortisation, welche sich planmäßig auf eine gewisse Reihe von Jahren erstreckte. Die Voraussetzung, auf welcher sie ruhte, war bereits eine gewisse Schätzung der Jahresnutzung, wie sie in dem eben kritisierten Falle fehlte. Dies erhält schon daraus, daß hier die eingelöstten Teilhaber dem Pfandbesitzer des Ganzen nicht zuzahlen, sondern dem Herzoge vorbeibeißen. Innerlich könnte aber die Schätzung allein sicher gehandhabt werden, wenn die Erträge regelmäßig, die Preise durch entwickelte Handelsverhältnisse einigermaßen stabiler Natur waren³. Von derselben Bedingung war die Möglichkeit einer zeitlich bestimmten Amortisation bei eigenmächtiger Nutzung seitens des Gläubigers abhängig, besonders in dem Falle, wo diese Nutzung eine naturwirtschaftliche war, wo also die Früchte — „*tam ratione honorum quam hominum*“ — ihrem Geldwerte nach vom Kapital abzuziehen waren⁴. Bei rein geldwirtschaftlichen Einnahmen bestand die Schwierigkeit nicht mehr in der Schätzung, sondern in der Kontrolle der vom Gläubiger erzielten Einnahmen. Wie künstlich letztere zuweilen herbeigeführt werden mußte zeigt der Vertrag, mittelst dessen 1413 Herzog Otto von Göttingen Zell und Gierst in der Stadt verpfändete. Es wird bestimmt, das

¹ Dies wird vor allem bei Verpfändungen ganzer Herrschaften angedeutet. Sudendorf III 580 1468. Oft werden auch Herrschaften mit anderen Rechten brechten zusammen verpfändet „vorlehet auf unversenet, als wy hebben und noch gewynnen“.

² Sudendorf V 162 f. 376.

³ Als Beispiel leicht schätzbarer Nutzung mag vor allem diejenige Lüneburger Salzflüster gelten.

⁴ Sudendorf I 232 1344.

Geld solle vom Pfandhaber in den Zollkasten geworfen und jährlich viermal im Reuen derer die der Herzog dazu schicke, herausgenommen werden.¹ — Die einzige Basis, auf der die damalige Zeit ein geregeltes Amortisationsverfahren begründen konnte, war geordnete Rechnungslegung. Dasselbe war im 14. Jahrhundert bei keiner Form der Schloßnahme notwendig. Vor allem konnten aber zahlreiche Bruch vor, mittelst deren Pfandschlösser „traweiken to bewarende an reckenscep“ anvertraut werden². Auch darf man nicht annehmen, daß überall, wo obrigkeitliche Befugnisse dem Pfandgläubiger eingeräumt wurden, man seinerseits Rechnungslegung gefordert habe. Denn auch da, wo samt den Schlössen die Vogtei übertragen wird, findet sich die Klausel „an reckenscep“ häufig. Im allgemeinen scheint aber die Rechnungslegung den Fortschritten des Amtsbegriffs gefolgt zu sein. Der Amtmann verpflichtet sich regelmäßig „we scullen rekenen und ne oder Herzog styd vor allen schiden“. Oft wird ausbedungen, von Vierteljahr nach der Rechnungslegung sollen sämtliche Auslagen dem Gläubiger zurückerstattet werden³. Man sieht, daß die bezuglene Bestimmung nicht immer als finanzielle Maßregel des Herzogs, sondern behufs Sicherung des Amtmanns getroffen wurde. Übrigens war die Rechnungslegung im einzelnen sehr verschieden geregelt. Oft erteilte sie nicht zu bestimmten Zeitpunkten, sondern nur dann, wenn die Auslagen des Amtmanns eine bestimmte Summe erreicht hatten⁴. Ihre technische Seite blieb im ganzen sehr primitiv. In mehreren überlieferten Rechnungen von Schloßamtleuten ist eine Masse chronologisch geordneter, sonst aber in keiner Weise geordneter Posten zu finden⁵. Trotz aller ihrer Mängel konnte die Rechnungslegung, wenn der Amtmann zugleich Pfandgläubiger war, eine relativ günstige Wirkung im Vergleich zu sonstigen Pfandverträgen nach sich ziehen. Daß aber auf dieser Grundlage die Herzoge irgend welches Amortisationsverfahren größeren Maßstabs eingeheiten hatten, ist in keiner Weise nachweisbar.

Verhältnismäßig größere Beachtung sei den dagegen einem anderen wirtschaftlichen Gesichtspunkte, den man im Archivar in den Pfandvertrag durchführen konnte. Indem

¹ Goltz U. K. B. II 38. 14131.

² Sudendorff II 460. 1384. Ritter Pickard und seine Söhne bezeugten, daß Herzog Wilhelm ihnen das Schloß Neustadt mit Vogtei „geben und veruort laß“ traweiken to bewarende an reckenscep. Das veruort stot seer wien wider anwenden. . . wann se uns besidet 200 l M., daz we geschidlich en. . . Eogeno Sudendorff II 462. 1384.

³ Aber wird nicht selten bestimmt, der Herzog sei verpflichtet, die Rechnung des Amtmanns stets zu hören.

⁴ So 200, 300, oft 500 Mark.

⁵ Vgl. Sudendorff V 181 (154). Verzeichnis der Einnahmen aus dem Schloß Gelle.

nämlich der Schuldinhaber alle Auslagen zu Gunsten des Herzogs zur Pfandsumme schlug war für diesen die Möglichkeit gegeben, jenen über kriegerische und verwaltungsmäßige Dienste hinaus gewisse ökonomische Besserungen des Pfandobjektes überrechnen zu lassen. Fast regelmäßig wird daher bei der Verpfändung von Schlössern die Errichtung gewisser Bauten vom Gläubiger verlangt¹. Regelmäßig werden dann auch Unpartensche bestimmt, welche über den Kostenbetrag des Baues, meistens aber nur darüber zu entscheiden haben. Die tatsächlichen Ausgaben mit den im Vertrage im voraus gemachten Kostenschlag übereinstimmen². In einzelnen Fällen wird nur für Baukosten verpfändet; alsdann erscheint die Verpfändungsunterregel als Aufnahme eines Memorationskredites³.

Während die Quellen unserer Territorien reiches deskriptives Material für die Modalitäten pfändmässiger Nutzungsverhältnisse bieten, gewähren sie — infolge des bereits angegebenen Mangels eines einheitlichen Ansehens und Sühnungsverfahrens — keine Antwort auf die Frage, was für ein Gesamtkapital in einem gegebenen Augenblicke dem herzoglichen Haushalt in dieser Form zurfließend war. Allerdings wird versucht ein bestimmter Termin für die Einlösung des Pfandes gesetzt⁴, aber dies erlaubt nicht darauf zu schließen, als ob die Einlösung wirklich erfolgt sei, um so weniger, da die Terminbestimmung oft nur bedeutet, es dürfe früher nicht gekündigt werden⁵. Alsdann liegt etwas Ähnliches vor, wie in dem Falle, wo die Einlösung seitens des Herzogs nur binnen einer bestimmten Frist gestattet wird⁶. Hier wie dort sucht der Gläubiger, dessen Vortragsstellung infolge einer akuten oder chronischen Notlage des Herzogs eine günstige war, sich in derselben nach Möglichkeit zu sichern. — Auch anderweitig fehlte es nicht an Mitteln zu diesem Zwecke. Oft wird die Einlösung an Vorhänge, der Zeit nach sehr verschiedenartig

¹ Z. B. Sudendorf II 27 (1342).

² In einzelnen Urkunden wird eine bestimmte Summe mit im Bause eines Baukostenmaximums aufgeführt, bis zu dem gebaut werden darf.

³ So Sudendorf II 243 (1449). Ein ähnlicher Fall liegt in Sudendorf III 257 (1365) vor. Herzog Wilhelm gibt an mehrere Bürger einen Bauplatz auf dem Hofe in der Stadt Ulm und verspricht, den Platz nicht zurückzufordern, ohne das Gebäude zu vergütten. In Sudendorf II 201 (1347) wird ein Schloss samt Vogten gegen Übernahme von 100 Mark Kapital und 50 Mark Baukosten als Lehnrecht gegeben. In diesem Falle lag die Kontrahierung eines Memorationskredites mit städtischer Leistung vor, da die Schuld naturgemäß mit dem Tode des Bauherrn erlosch.

⁴ Sudendorf IV 152 (1371).

⁵ Z. B. Sudendorf IX 228 (1403). Verpfändungsvertrag bis 27. März 1407. Beide Parteien dürfen erst später kündigen.

⁶ Sudendorf IV 2 (1370). Nur binnen sechs Jahren steht das Wiederkauferrecht dem Herzoge zu.

normierte Kündigung gebunden¹. Man suchte nun die Herzöge hiervon nach Möglichkeit abzuhalten, indem man an erfolglose, also durch nachträgliche Zahlung nicht realisierte Kündigung nachteilige rechtliche² oder wirtschaftliche³ Folgen knüpfte. Berücksichtigt man außerdem, daß im Falle einer Gesamtverpfändung oft nur alle Pfänder auf einmal eingelöst werden durften, so wird man begreifen, daß die Pfänder dem Herzoge leicht dauernd entzogen werden konnten.

Andererseits war der Besitz des Pfandes nicht sicher genug, um wenigstens dem Pfandinhaber eine vollkommen ordnungsmäßige Verwaltung auf eigene Hand zu gestatten. Denn er stand, sofern nicht Beschränkungen oben angedeuteter Art dazwara, stets unter der Gefahr, daß der Herzog ihm kündigen könnte. Eine Urkunde von 1371⁴ illustriert schlagend die Folgen dieses Verhältnisses. Es waren den Grafen von Homburg seitens der Herzöge mehrere Schlösser verpfändet worden. Nun verpfänden jene in dem genannten Jahre eines dieser Schlösser weiter an die Ritter von Saldern, machen aber dessen Einlösung davon abhängig, wann und wie viele herzogliche Schlösser eingelöst werden. Je nachdem die Einlösung in größerem oder geringerem Maßstab erfolge, soll Schloß Everstein ganz oder zur Hälfte eingelöst werden. Man sieht, wie die wirtschaftliche Unsicherheit bei der Weiterverpfändung sich auch auf den Haushalt des neuen Gläubigers fortpflanzte. Sie war das charakteristische Moment, das die Pfandnutzung von der Bodennutzung in ihren gewöhnlichen Formen unterschied.

Es ist von allgemeiner Wichtigkeit, die wirtschaftlichen und administrativen Eigentümlichkeiten der Pfandnutzung deutlich hervorzuheben. Denn sie machten sich ebenso überall geltend, wo der Gläubiger nicht mehr, wie in den bisher behandelten Kreditverträgen, selbst das Pfandobjekt nutzte. Vor allem sind die Fälle in Betracht zu ziehen, wo ein Beamter die für den Gläubiger bestimmten Erträge in Empfang nahm. Es liegt die Versuchung nahe, hierin einen Schritt zur Organisation des Kredits nach öffentlichrechtlichen Grundsätzen zu erblicken. Der wahre Sachverhalt war aber folgender. In vielen Verträgen räumte der Herzog seinem Gläubiger die Befugnis ein, einen Beamten zur Verwaltung des Pfandobjektes einzusetzen. Dies geschah sogar bei einer so

¹ Als besonders häufige Zeitbestimmung ist folgende zu nennen: Zahlung seitens des Herzogs darf stattfinden am 1. Mai resp. am 11. Nov. — dagegen soll die Kündigung zu Neujahr (od. Weihnachten) resp. zu Johannis erfolgen. So Sudendorf IX 229 (1403).

² Dieser Punkt wird unten bei Besprechung des Verkehrs mit herzoglichen Schuldverschreibungen eingehender behandelt werden.

³ Z. B. wird gesagt, daß mit erfolgloser Kündigung des Herzogs die Berechnung von Zinsen beginne.

⁴ Sudendorf IV 210 (1371).

durchaus publizistischen und geldwirtschaftlichen Einkommenquelle wie dem Zoll¹. Ebenso hatte der Inhaber eines großen Pfandgebietes regelmäßig das Recht, die innerhalb desselben fungierenden Beamten — vor allem die Amtleute Vögte etc. — zu ernennen. Eine Abschwächung dieses Rechtes ist in der häufig vorkommenden Bestimmung zu finden, daß die bisherigen Beamten an den neuen Pfandgläubiger gewiesen werden und ihm mit Fides Sicherheit leisten sollten². Als dann pflegt sich der Verpfändungsurkunde ein „Versicherungsbrief“ des bisherigen Beamten anzuschließen, der die Rechte des Gläubigers anerkennt und gewährleistet. — Allerdings lag in dieser Rechtsform ein gewisser Kern zu weiterer publizistischer Entwicklung insofern, als nicht immer die Beziehungen des Beamten zum Pfandgläubiger gleich eng geknüpft zu werden brauchten. Im allgemeinen lag aber in der Verwaltung des Pfandobjekts durch einen Beamten sowenig ein Bruch mit dem Prinzip der Selbstverwaltung der Pfandbezirke, daß sie vielfach nur als dessen konsequente Durchbildung für die Fälle erscheint, wo der Gläubiger entweder unfähig oder nicht willens war, administrative Funktionen selber auf sich zu nehmen.

Der erstere Fall trat namentlich dann ein wenn der Gläubiger eine Persönlichkeit des öffentlichen Rechtes war³. Der andre pflegte vor allem in einer besonderen Gruppe von Pfandverträgen vorzukommen, deren wesentliche Eigentümlichkeit folgende Beispiele ins Licht setzen mögen. 1369 versprochen die Herzöge Wilhelm und Magnus, dem Lüneburger Räte das Schloss Herburg, falls eine Zahlung zum Termine ausbleiben sollte, zu verpfänden, den jeweiligen Amtmann aber sofort an den Rat zu „bringen“, daß er das Gut von dem Räte entfanghe und löwele . . .⁴. Zum Schluß die Bestimmung: „Dhe rad magh dar ok wol einen anderen an-

¹ Als Urkb. 629 (1370) Allerdings soll hier der Gläubiger den Zöllner nach dem Räte des Herzogs wählen. Derartige Bestimmungen sind aber nur im Sinne einer Fernhaltung feindlicher oder sonstwie politisch gefährdeter Persönlichkeiten zu verstehen. Im übrigen konnte der Gläubiger, wenn er wollte, in der Besitz der Zölle bringen.

² Z. B. Sudendorf II 41 (1343). Erzbischof Heinrich von Mainz erteilt dem Herzoge Heinrich von Braunschweig eine Anweisung auf 20 Mark und verschreibt ihm Einkommensquellen zu Erfurt, Unterstadt, Einbeitz. „Und wer dusselbe gut inne hat van unser wegen, zu ziten der sel geloben und zu den heiligen sworn, ob er da zu kome, das er von darin mit den gute in panden wie gehorsam sy und gewarte also lang, bis in der bruch gerechtet werde“.

³ Bei Verpfändungen unter Landesherren pflegten aus politischer Gründen die Amtleute samt der Bestimmung gemeinsam von beiden ange-
stellt zu werden. So bei der Verpfändung seitens des Markgrafen Otto von Brandenburg an Herzog Wilhelm von Braunschweig und Lüneburg Sudendorf III 275 (1365).

nechtmal, setzen¹. 1386 verpfänden die Herzöge Wenzel von Sachsen und Bernhard von Braunschweig demselben Räte Schloß Neustadt² unter der Bedingung, daß sie während ihres Lebens das Schloß in Nutzung erhalten sollen. Erst nach ihrem Tode hat die Auslieferung des Schlosses an den Gläubiger zu erfolgen und zwar seitens des Vogtes, dessen Ernennung dem Herzog nach Befragung des Lüneburger Rates zusteht. Es zeigt sich also, daß die Verwahrung des Pfandobjektes seitens eines Beamten vor allem in den Fällen große Dienste leistet, wo der Pfandgläubiger erst in der Zukunft Ansprüche auf das Pfandobjekt zu machen hatte. — An die Stelle jener Verwahrung³ konnte aber zu demselben Zwecke der reine Anvertrauungsvertrag unter Beseitigung aller obrigkeitlichen Befugnisse treten und noch weitere wirtschaftliche Funktionen übernehmen. 1375 schuldeten die Herzöge Wenzel und Albrecht von Sachsen einen und denselben Gläubiger zwei Schulden von je 200 Mark Brund, Sub, deren eine am 11. November desselben, die andere am dem des nächsten Jahres zu zahlen war. Dafür wird das Schloß Jessen in der Weise verpfändet⁴, daß die Inhaber dasselbe jedesmal bei rückständiger Zahlung dem Gläubiger für die Zeit bis zur Zahlung ausliefern sollen. Die Detention des Schlosses seitens eines Dritten ermöglicht hier einerseits Sicherung des Gläubigers, indem sie Zahlungshaltung erzwingen hilft, andererseits aber Entschädigung desselben für verspätete Zahlungen, indem an die Stelle verlorener Zinsen eines bestimmten Zeitraumes die Nutzung jenes Schlosses in gleicher Dauer tritt. In anderen Fällen wurde um wesentlichen kassellischen Zweck dadurch erreicht, daß eine Geldzinsleistung seitens des Schuldinhabers die Pfandnutzung ersetzte. So wurde für eine nach einem Jahre fällige Schuld ein Schloß verpfändet und an zwei Ritter als Vertrauensmänner ausgeliefert⁵. Da aber eine andere 200 Mark betragende Schuld bereits fällig war, so übernahmen die Ritter die Pflicht, 20 Mark als Zinsen aus dem Ertrage des Schlosses in dem Jahre, während dessen es das Schloß innehatten, zu zahlen. In einem anderen, ähnlichen Falle verbürgen sich zugleich die das Schloß übernehmenden Ritter für die vom Schloßertrage zu bestreitende Zinszahlung⁶. Abschnen war der Erfolg der nämliche wie in den Verträgen, wo die Bürger des Schuldvertrages die De-

¹ Für Urkb I 415 (1386).

² Len Urkb II 1022 und 1028 (1386).

³ Der Erfolg war übrigens identisch, ob einem bereits fungierenden Beamten ein Schloß anvertraut oder aber mit dem Fremden gleichzeitig ein Anvertrauungsvertrag geschlossen wurde.

⁴ Sudendorf V 62 (1375).

⁵ Sudendorf VIII 90 (1396).

⁶ Sudendorf IV 63 (1375).

tion des Pfandes übernehmen. Die Vereinigung beider Funktionen in einer und derselben Person war für den Gläubiger insofern willkommen, als er mit größerer Sicherheit auf pünktliche Zahlung seitens des zugleich haftenden Burgen rechnen durfte, besonders beim Amortisationspfande¹.

Die bisherige Darstellung erstreckt sich auf alle herzoglichen Kreditverträge, welche dem Gläubiger eine Einkommensquelle als Besicherung zuweisen. Es hat sich gezeigt, daß weder die Hinzuziehung landesherrlicher Hoheitsrechte zu den Pfändnexus noch die Vertretung des Gläubigers bei der Ausübung seiner Nutzungsbefugnisse durch einen Dritten in wesentlichen Punkten die Eigentümlichkeit der Verträge beeinflusst habe. In seinem Grundzügen ist eben der herzogliche Pfandvertrag im Mittelalter derselbe geblieben, wie er in sonstigen Grundbesitzschaften üblich war. Es bleibt aber die Frage offen, inwiefern sonst die exceptionelle Stellung der Herzoge unter den mittelalterlichen Grundherren bei Schuldkontrakten zum Ausdruck gekommen sei.

Auszuheben ist hierbei von den Pfandgeschäften, bei welchen Pflichten und Rechte nicht mehr auf einer einzelnen Herzog beschränkt erschienen. Dies war zunächst da der Fall, wo mehrere Herzoge ein Schloss zu Anteilen besaßen. Alsdann hatte entweder jeder von ihnen ein Verkaufs- und Verpfändungsrecht seines Teiles und es wurde dem andern ein Nantrecht oder ein Einlösungsrecht zugestanden, oder es wurde die gegenseitige Zustimmung bei Verpfändungen ausbedungen und die Wiedereinlösung stand dann — wenigstens in der Regel — beiden zu². Daraus folgte eine gewisse Solidarität dem Gläubiger gegenüber, eine Erscheinung, die sich in viel allgemeineren und größeren Maße wiederholt hat. Gesamtgutentum stand ja den Herzogen nicht bloß an einzelnen Orten, sondern auch an ganzen Herrschaften zu. Diese pflegten daher ganz oder teilweise ihrerseits „zu gemainter Hand“ verpflichtet zu werden, oder es gab einer von ihnen im Voraus seinem Mitbesitzer die entsprechende Vollmacht, die ihn zum Mitverantwortlichen machte, häufig unter Vorbehalt gewisser deutlich umschriebener Rechte (wie Einlösungs-, Nantrecht u. s. w.). Allen herzoglichen Pfandurkunden gemeinsam ist ferner die Mitverantwortung der „Erben und Nachkommen“, eine Formel familienrechtlichen Ursprungs, die sich ebenso in

¹ Soudenloef II 320 (1349): Herzog Magnus und sein Sohn verpfänden den von Cerntrund den von Sulten den Zill zu Lichten und bestanden zur Tilgung der Pfandsumme 14 Fimmbren von der Herzmark den Dietzen und den Gerichten, welche Bischof Heinrich zu Hedesheim von ihnen besessen hat. Durch mer wiserken sette we on uwer man westerne lude to begeren, den we antworden willet de Holtmarke, lat dorp und de gherichte.

² Soudenloef I 66 (1337):

mittelalterlichen Privatbriefen wiederfindet. Dabei wird zuweilen zwischen Leibes- und sonstigen Erben zu Gunsten der ersteren geschieden¹. Dieselbe Anschauung, die jene Formel bestimmte, liegt den zahlreichen Erbverträgen zu Grunde, welche den Übergang von Pfändern — entweder besonders oder im Anschluß an andere Vermögensstücke — regelten². In letzter Linie wurden sie — gleich allen ähnlichen Bestrebungen — durch die immer noch fortwirkende Tradition von der Einheit des welfischen Hauses als Ganzes unterstützt.

Solche Verträge scheinen während des 12., 13. und eines großen Theiles des 14. Jahrhunderts im ganzen genügt zu haben. Die Notwendigkeit neuer Bildungsformen macht sich erst in den vierziger Jahren des 14. Jahrhunderts fühlbar. Und zwar knüpft sie an die Unsicherheit an, in welche die Erbfolge in der Lüneburger Herrschaft durch die Kinderlosigkeit des Herzogs Wilhelm geraten war. Der letztere nahm in den fünfziger Jahren Herzog Ludwig, einen Sohn des blutverwandten Herzogs Magnus von Braunschweig, als Thronfolger in Aussicht. In gleichzeitigen Verpfändungsurkunden weist er die Gläubiger an, dem Herzog Ludwig den Vertrag zu halten, wie sie sich ihm gegenüber verpflichtet hatten³. Regelmäßig pflegt sich in diesen Pfandverträgen der erkorene Erbe mitzuverpflichten, sei es am Schlusse derselben⁴ oder in einer besonderen Urkunde. — Auch in braunschweigischen Urkunden aus derselben Periode wurden Gläubiger für den Fall des Todes des Herzogs Magnus an Herzog Ludwig gewiesen. Vergleicht man dieselben mit früherer und späterer⁵ Gewohnheit der braunschweigischen Herzöge, so gelangt man zu dem Resultate, daß gegenüber dem sonst bei Verpfändungen geltenden Prinzip der gesamten Hand, der Mitberechtigung aller Erben und Nachkommen, ein Streben nach ausschließlichem Erbrecht eines Sohnes — obgleich nur hinsichtlich der speciellen Pfänder — vorliege. Wenn auch mit dem ausschließlichen Erwerb der Pfandhoheit nicht notwendig die Überweisung des durch das Pfand repräsentierten Werthbetrags an den bevorzugten Erben verbunden war, so ist doch in der genannten Maßregel ein — durch die bevorstehende Vereinigung mit der weit einheitlicher regierten Herrschaft Lüneburg angeregter — Versuch,

¹ 1382 wird bei Verpfändung der herzoglichen Münze an den Rat von Göttingen die Klausel beigelegt, daß den Leibeserben des Herzogs das Wiederkaufsrecht für 314 Mark, sonstigen Erben aber für 514 Mark zustehen solle. Gött. Urkb. I 302.

² Sudendorf V 10 (1374), V 210 (1381).

³ Sudendorf III 10 (1357).

⁴ Z. B. Sudendorf III 33 und 50 (1357).

⁵ Noch 1348 wurde im Verträge der Herzöge Bernhard und Heinrich bestimmt, daß Verpfändungen von beiden gemeinsam vorgenommen werden sollten.

die landesherrliche Gewalt in Braunschweig zu stärken, nicht zu verkennen. Der gleiche Gesichtspunkt ist vielfach durch aus den Urkunden zu ersehen. Häufig folgt auf die privatrechtliche Weisung des Gläubigers an den Herzog Ludwig die Bedingung, er solle diesen auch als Landesherrn anerkennen¹. Es wurden die Pfandverträge geradezu als Mittel zur Sicherung der in Aussicht genommenen Thronfolge benutzt. — Wichtiger war aber die Heranbildung der umgekehrten Auffassung, der Eintritt in Rechte und Pflichten des Verpfänders sei eine Konsequenz der Landesherrlichkeit. In den Pfandurkunden Herzog Wilhelms von Lüneburg wird ihm und wieder bestimmt, daß, falls auch Herzog Ludwig vorher kinderlos sterben sollte, der Pfandinhaber nach dem Tode des Verpfänders demjenigen als Berechtigten anzuerkennen habe, den der vom Herzog hierzu eingesetzte Rat unter den Brüdern Herzog Ludwigs wählen würde². Der Entscheidung dieses Rates wird übrigens nicht allein die Thronfolge in der Herrschaft Lüneburg, sondern mehrfach auch in der Herrschaft Braunschweig anheim gestellt³. Ebenso wird in gleichzeitigen braunschweigischen Pfandurkunden für denselben Fall bestimmt, der Pfandinhaber solle sich an denjenigen halten, wem dennem unser man unde unser volderen van Lüneborgh koren vor enen rechten heren. In diesen Fällen dienen die Pfandungsverträge nebenher einem politischen Zwecke, nämlich der Zusammenschließung der Herrschaften Braunschweig und Lüneburg zu einer Einheit⁴.

Hinsichtlich der Organe, denen die Entscheidung über das Schicksal der Landes- oder der Pfandherrlichkeit zugekehrt werden sollte, schwanken die Urkunden insofern, als Herzog Wilhelm die Thronfolge in beiden Territorien ausschließlich in die Hand seines Rates legt, während Herzog Magnus

¹ Sudendorf III 33 (1357) „unde so sul et ene na unsem dode vor enen rechten heren holten unde sellen unde hant bliven in unsem rade to alre iene rechte dat woan der hersep to Brunsv hebben.“ Ebenso Sudendorf III 50 (1358).

² „... wenn der Herzog Ludwig, bröder onens den darme de dar to koren de dar van unsem rachen hert Wilhelm to ghewilt weren und dat mit oren breven bewisen mochten.“ Sudendorf III 10 (1357).

³ Sudendorf III 42 (1357) „wens den de vroter wisen unde unde mit des vorsep hert Wilhemes de he dar to sul heft und noch dat to gittet de dat mit unsem opten breven bewisen moget under des Jucheren Ludewichs broderes in ene stede to ewem heren der herseop Brunsv unde Lun koren.“

⁴ Aus der doppelten Anwartschaft des Herzog Ludwig ergaben sich im einzelnen gewisse Komplikationen hinsichtlich der Pfandungsverträge der Herzöge untereinander. In Sudendorf III 13 (1357) sagt eine Verpfändung des Schlosses Verthele an den Herzog Magnus an Herzog Wilhelm vor. Es wird bestimmt, daß falls H. Wilhelm ohne Söhne sterben werde, H. Magnus dem H. Ludwig, falls aber H. M. sterben würde, H. Wilhelm dem H. Ludwig den Vertrag halten solle.

der Ältere von Braunschweig Angehörige wider Territorien als Mitglieder der betreffenden Versammlung nennt. Bedeutender ist ein anderer Unterschied. Herzog Magnus nennt ausdrücklich nur die Männer beider Herrschaften als die Berechtigten. Im Rate des Herzogs Wilhelm waren aber diese nicht ausschließlich vertreten¹. — Die scheinbaren Widersprüche lassen sich auf, wenn man die gleichzeitige Entwicklung des Ständewesens ins Auge faßt. Die Stände lebten in anderen Territorien, Landtage das ganze 14. Jahrhundert hindurch ab². Sie setzten sich zusammen aus Prälaten, Städten und Ritters. Neben die Kompetenz im Falle der Regentschaft, Vormundschaft, Bedfordierung und anderer wichtiger Angelegenheiten, riefen die bedeutsame Rolle, die der aus ihnen ausgeschiedene ständische Ansehn als Rat der Landesherren — wie z. B. der vom Herzog Wilhelm eingesetzte Rat — spielt, tritt schon früh ihre Mitwirkung in gewissen Fällen der Thronfolge. In unseren Fällen, wo es sich um die Nachfolgerschaft in zwei verschiedenen Herrschaften handelte, mußten daraus selbstverständlich die Stände beider Herrschaften eingetreten. Die Verwerfung des Gläubigers in die Vertreter einer einzelnen Herrschaft konnte nur den Zweck haben, ihn vorläufig an das Urteil derjenigen Ständerversammlung zu binden, mit der er etwa in besonderer Beziehung stand. Dies hatte sich dann mit den Ständen der andern Herrschaft auseinanderzusetzen. Schon vorher war sie aber wohl in stände individuelle Willkür einer Regel vorzuziehen. Wenn nun aber Herzog Magnus der Ältere seine Gläubiger ausschließlich an die herzoglichen Männer verweist, so ist demgegenüber folgendes zu betonen. Als 1370 Herzog Magnus der Jüngere in Erwartung des Krieges testamentarische Bestimmungen traf und hierbei nur Ratgeber mit Hinterlegung der Stühle an Regentschaftsrate teilnehmen ließ, erschien dies bereits als Verletzung bestehender Rechte. Der uns beschattigenden Bestimmung erscheint es da gegen insofern nicht notwendig eine gleichfalls dahin gehende Absicht unterzusehen, als man sich hier bei Hinweis auf die Gesamtheit einer einzigen Stände, den der Gläubiger etwa angehörte, als eine vorläufige Sicherheitsmaßregel auffassen kann, die allerdings von der Unzuverlässigkeit des ständischen Mechanismus Zeugnis ablegt. Dies wird noch klarer durch die schon oben herangezogene vom Herzog Wilhelm zu einer Zeit ausgestellte Urkunde illustriert, wo er den Herzog Ludwig noch nicht als solchen in Aussicht genommen hatte. Hier mußte sich der Pfandgläubiger, falls der Herzog ohne Erben sterben würde, mit seinen Schössern bei den Städten Lüneburg und Hannover bleiben, und „wen de vor erson herren

¹ Der angeführte Ausdruck lautet: „vrom lude und ritter“.

² Der älteste bekannte Landtagsabschied stammt von dem Jahre 1314.

haben und lobben wülden, denn soolden se dessen brief holden¹. Es war in diesem Vertrage kein Stadtbürger, sondern ein Ritter, für den die Städte als maßgebende Autorität hingestellt wurden. Die hierdurch angedeutete Möglichkeit eines Eingriffs der Städte in die unbestimmten Erbfolgereverhältnisse erhielt daher Bedeutung, als es sich nach dem Tode des Herzogs Wilhelm (1369) um die Entscheidung handelte, ob die Herrschaft Lüneburg dem braunschweigischen Hause, also den Welfen, verbleiben oder den sächsischen Herzögen zufallen würde.

Lüneburg, gerettet durch Magnus den Jüngeren, auf welcher die Rechte des verstorbenen Herzogs Ludwig übergegangen waren, trat nach längerem Zaudern auf die Seite des sächsischen Hauses. Dadurch wurde dem Hause Braunschweig ein schwerer Schade zugefügt und nur nachdem etwas kompensiert, als Braunschweig um so enger sich an den Herzog anschloß. Gleichzeitig mit der Landesherrlichkeit des weltlichen Hauses waren aber auch die seitens der bisherigen Herzöge gesetzten Pfänder in Frage gestellt worden. Während die sächsischen Herzöge alle bisher innerhalb der Lüneburger Herrschaft Belehnten ihrerseits unentgeltlich zu beehren versprochen, erklärten sie, nur die Pfandgläubiger im Besitze ihrer Pfänder lassen zu wollen, welche im Erbfolgestreite zu ihnen halten würden². Eine feste Verbindung der Herzöge ihren Pfänder mit der Landesherrlichkeit bestand somit keineswegs. Lüneburg blieb demgegenüber Selbsthilfe in der Weise, daß es den sächsischen Herzog erst anerkannte, als dieser ihm alle Pfänder, die es von der Herrschaft bezahlt, bestätigt hatte.

Der Vertrag von 1373, mit dem darauf der Lüneburger Erbfolgestreit abgeschlossen wurde, ist in seiner Grundzügen schon oben gelegentlich erwähnt worden³. Er führte im wesentlichen eine alternative Regierung von Mitgliedern beider Häuser des sächsischen und des braunschweigischen — ein die an übrigen sich zur gesamten Hand im Besitz der Herrschaft befanden. Wie sehr dieser unruhige Zustand den Städten zur Befestigung ihrer Stellung verhalf, zeigt aus der folgende Vorfall. Am 7. Januar 1387 war zwischen Herzog Wilhelm von Sachsen und Bernhard von Braunschweig ein Abkommen geschlossen worden, das ähnlich Verhältnisse wie die Einnahme von 1373, aber unter Ausschluss der anderen braunschweigischen Herzöge, einführen wollte. Dasselbe wurde an die Einwilligung der Prälaten, Mannschafter und Städte gebunden. Der Rat von Lüneburg macht von diesem Recht Gebrauch und verweigert seine Einwilligung⁴, da er fürchte,

¹ Sudentorf II 40 (1360).

² Sudentorf IV 76 (1371).

³ S. Seite 5, Anmerkung 1.

⁴ In Sudentorf VI 14 (1387).

„dat unwillle und ansprake upstan mochte“. — Analog waren die Bestimmungen des Vertrages von 1373 hinsichtlich der Pfänder. Dem Pfandgläubiger wird das Gelöbniß auferlegt, sich mit seinem Schlosse nach dem Tode der Herzöge von Sachsen, die zunächst zur Regierung kommen sollen, zu demjenigen Sohn des Herzogs Magnus von Braunschweig zu halten, dem dann die Herrschaft gebührte, und nach dessen Tode zu dem ältesten Sohne aus dem sächsischen Hause¹. — Bei dieser Verworrenheit der Verhältnisse blieb den Ständen nichts übrig, als das von Lüneburg im Erbfolgekriege eigenmächtig und einem fremden Herrn gegenüber eingeschlagene Verfahren nun gegenüber dem angestammten herzoglichen Hause auf dem Wege des Vertrages fortzusetzen. Sie schlossen 1392 unter der Führung der Städte, Hannover, Lüneburg und Ülzen an der Spitze, mit den Herzögen Bernhard und Heinrich von Braunschweig den Satevertrag, durch den ein lokaler Landfrieden für alle Landeseingesessenen und die Herzöge geschaffen und jeder Friedens- und Vertragsbruch seitens der letzteren oder ihrer Amteute mit sofortiger Rückzahlungspflicht einer dem herzoglichen Hofe von den Ständen vorgeschossenen Summe von 50 000 Mark bedroht wurde. Unter den ganz ausdrücklich in die Sate aufgenommenen Landinsassen befanden sich auch die Schlossinhaber einschließlic der Pfandbesitzer. Sie sollten von nun an schwören²: „Ok enwil ich nene tokomenden fursten to Lüneborgh huldigen edder to dessem slote staeden, he en hebbe irst desse sate sworn und vorbrevet edder de summen gheldes de in de satebrevē utdrucket so irst wedder utgehoven na des breves lude.“ Der Satebrief machte also die Pfandherrlichkeit zur Pertinenz der Landesherrlichkeit nur auf indirektem Wege, indem er beide von der Beschwörung seines Inhalts abhängig machte³. Die Bindekraft des Satevertrags ist aber überdies keine absolute, sondern ruht in letzter Linie auf der finanziellen Abhängigkeit, in welche die Herzöge den Städten gegenüber geraten waren.

Eine ähnliche Entwicklung läßt sich innerhalb der Herrschaft Göttingen, besonders im Jahre 1436, nachweisen. Sie ist um so wichtiger, als sie sich hier stetig und ruhig, ohne Zusammenhang mit großen politischen Krisen, wie in Lüneburg, vollzogen hat. Mannschaft und Städte der genannten Herrschaft haben dem Herzoge Otto zu Nutz und Frommen des Landes eine Bede von 6000 Gulden zugestanden. Auf letztere wird eine Anleihe basiert, die 1436 teils bereits kontrahiert worden ist, teils in nächster Zukunft gemacht werden soll⁴. Es wird

¹ Z. B. Sudendorf V 200 (1381).

² Sudendorf VII 106 (1392).

³ Gott I rkb. II 176 (1436). „We bekennen . . . dat we . . . mit unsem eddels und erbaru mannschoppen, steden, landen und luden umme

nun bestimmt, die Bede soll auf das Rathaus der Stadt Göttingen gebracht, den städtischen Kammerern ausgeliefert, und dann „in rade user amptlude, rade, stede und frunte“ zu des Landes Nutz und Frommen verwendet werden. Es lag also eine von den Ständen bewilligte und überwachte Bede vor, bei welcher der Göttinger Rat als Einkassierungsbehörde und Depositär fungierte. Hinsichtlich ihrer finanziellen Natur wird weiter gesagt, daß nach dem Tode des Herzogs Otto seine Erben und Nachkommen, „do denn“ to dem lande myt willen und volborde unser ellen und erbarn maenschoppen reden und steden eyndrichtliken quemen“, an Mannschaft und Städte dasjenige wiedergeben sollen, was sie von ihnen gelegentlich der Bedekehrung empfangen haben. Als Pfand für diese Rückzahlungspflicht werden sofort zwei herzogliche Schlosser gesetzt. Dagegen soll dasjenige, was die Bauern in den herzoglichen Dörfern begehret hätten, den Erben ohne weiteres verortheilt. Die vorliegende Urkunde ist ein hervorragendes Zeugnis für den Umschwung den die Städte in den Grundlagen der herzoglichen Finanzwirtschaft herbeigeführt hatten. Steuer und Anleihe liegen hier, beide unter der Begriffe der Bede subsumiert, dicht nebeneinander¹. Als Grund der Differenzierung erscheint in diesem Falle die ständische Organisation. Soweit diese reicht, liegt herzogliche Schuldveranweisung, wo sie mangelt, eine außerordentliche Besteuerung vor. — Nicht minder vermochten die Göttinger Städte Sicherung herzoglicher Schuldverpflichtungen über den Tod des Ausstellers hinaus durchzusetzen. 1437 entsagt Herzog Otto der Regierung infolge der übermäßigen Verschuldung, welche ja auch die Beforderung von vorigen Jahre mit wenig genützt hatte. Die Herrschaft Göttingen erwirbt Herzog Wilhelm von Lüneburg, der sich verpflichtet, für Schulden und Pfänder Herzog Ottos 10000 Gulden zu zahlen. Über den Regierungsantritt des neuen Herzogs wird eine Urkunde verfaßt² und diese dem Göttinger Räte hinterlegt,

betunge nuch und fromen wilier der gen. unser lande und lude over kenen syn, so dat so uns eyne bede geven up myn oder moer 6000 fl., darup we myt erbarn maenschoppen und steden unnes landes geyve in eyne ~~synne~~ geyve geborpet hebben, und auch bynnen kert eyne neuen godes borgende welen de men von der bede betalen schal.

ende wil unne armen lude, in unnen dorpen heuten larte gegeven hebben dat schelde an unne erven und nacomen de also to dem unde quemen, wiser kenen und gefallen.

¹ Bede ursprünglich „Bitt“. Siehe Zeumer, „Städtische Steuern“, in Schmollers staatswissenschaftl. Forschungen, Band I Heft 2 Seite 5 fg.

² Dat. Urkb. II 179 1437. „Unde byrup so sin de voragelde breve over de vordracht und dat regement gegeven, bi den sal to Göttingen gelyget in solker wise, ase weret, dat we solker betalinge in vorgese mate to hit en leden wudenewis dat verumet worde, so is bereuet dat soke breve, vordracht, eyde unne geleyede denne neyne macht hebben schiden.“

damit, falls jene Zahlung nicht stattfinden sollte, kein Gebrauch von ihr gemacht werde. So soll alsdann jede Geltung verlieren. Die Ausübung des ständischen Einwählungsrechtes bei der Thronfolge ist hier auf die Stadt Göttingen übergegangen wie früher die Einziehung und Verwahrung der ständischen Beile.

Wir finden in diesem Falle ungefähr dieselben Normen hinsichtlich der herzoglichen Schulden hunderlei Art — sowohl der Pfand als der reinen Schulden — aufgestellt wie wir sie innerlich der Herrschaft Lüneburg für die erste Kategorie ausschließend geschildert haben. Hier und dort das Streben durch Hinzuziehung öffentlichrechtlicher Momente die Schuldverhältnisse passiv übertragbar zu machen, somit als dem Schuldner eine unvergängliche, wenn auch unbestimmte Persönlichkeit hinzusetzen. Die schwerfälligen Formen, in denen das Ziel erreicht wurde, zeugen für die Schwierigkeiten, mit denen die publizistische Antilassung zu kämpfen hatte und für die Nachhaltigkeit und Lebendigkeit des Bedürfnisses, dem sie ihre Kräftigung verdankte.

Im allgemeinen sind die reinen Schuldverpflichtungen der Herzöge weder durch Familien- noch durch öffentlichrechtliche Normen aus den engen Banden herausgehoben worden, welche die rechtlichen Satzungen über Erblichkeit der Schulden, ein trister Ausdruck der Unvollkommenheit des mittelaltlichen Obligationenrechtes überhaupt¹, ihnen auferlegten. Das geringe Vertrauen, das sie in dieser Beziehung genossen, bezeugen zahlreiche Urkunden, wo für den Fallfall des lebenden Herzogs besondere Sicherung mittelst Pfänder gefordert wird². In einem Falle wird ein Schloß für eine befristete Schuld versetzt und dabei bestimmt, daß, wenn der Herzog vor dem Verfalltage sterbe, das Schloß sofort ausgeliefert werden solle³. Ferner kommt es vor, daß einem und demselben Gläubiger zwei Schlösser verpfändet werden, da aber derselben der Schuldsumme an Wert nicht gleichzukommen scheint, so verspricht der Herzog schuldweise Auslieferung eines dritten Schlosses nach seinem Tode.

Wie in dieser Hinsicht so erscheinen auch sonst allgemein reine Schuldverschreibungen der Herzöge als ephemere Bildungen. Vor allem werden sie durch außerordentliche Nothfälle und augenblickliche Geldverlegenheiten veranlaßt.

¹ Henkel a. a. O. II S. 551. Nach dem Sachsenspiegel sind nicht alle Schulden erblich. Der Erbe haftet nur bis zum Betrage der ersten Fälligkeit. Für die zweite Hälfte des 14. Jahrhunderts galt der Satz: Der Erbe haftet bis zur Höhe des Nachlasses, nicht auf seinem ganzen Vertragen überhaupt.

² Selenitz I VII 80 (139).

³ Selenitz III VIII 132 (139).

Abschann sind sie meist kurzfristig¹ und ersetzen das fehlende Pfand durch strenge Einlager- und Burgschaftsbestimmungen, oft mit Rückburgschaft². Teilweise entstehen sie auch durch Zahlungsrückstände in laufender Verwaltung, z. B. als Lohnschulden³. Warb jedoch dieses Moment in stärkerem Maße wirksam, so stellte sich die Notwendigkeit pfandmäßiger Sicherung ein. Verpfändungen für den im herzoglichen Dienste⁴ durch Kost und Zehrung erlittenen Schaden kommen oft vor. Vorausverpfändungen zu diesem Zwecke sind bereits oben behandelt worden. — Den reinen Schuldverschreibungen nähern sich ferner diejenigen Kreditbriefe, welche eine Belastung des herzoglichen Gesamtvermögens bewirken. So wird z. B. einer Verschreibung von Besoleinkünften hinzugefügt, daß, wenn diese Einkünfte nicht zu realisieren waren, der Herzog anderweitig zahlen solle⁵, oder eine Zolversetzungsurkunde endet mit den Worten: „were ok dat ander gheld wor volde dat schule we on upneimen later“⁶. Mitunter wird dem Gläubiger gestattet, seine Summe aufzubringen „wo sie allererst kunne“. Schon die Ähnlichkeit der letztgenannten Klausel mit der im Mittelalter so häufigen Einräumung des Pfändungsrechts hält von der Annahme zurück, daß es sich hier um einen Fortschritt zur geldwirtschaftlich-ventilistischen Finanzgebarung gehandelt habe. Auch sonst erscheinen aber dergartige Bestimmungen, die meist nur die sehr verständliche Haltpflicht des Rentenpflichtigen bei Rentenausfällen besonders ängstlich arguiren, als Anzeichen einer die meisten verfügbaren Einkommensquellen erschöpfenden Notlage. Dieselbe Erscheinung wiederholt sich zuweilen auch hinsichtlich einzelner herzoglicher Verwaltungsbezirke, dann wurde in analoger Weise die Verpfändung getroffen, es solle der Vogt im Nichtzahlungsfalle dem Gläubiger „pandes helpen“, was einer Verpfändung irgend eines Gutes von genügendem Werte innerhalb des Vogtbezirkes gleichkam.

Solchen Verhältnissen gegenüber muß man sich vergegenwärtigen, daß die Geldwirtschaft innerhalb unserer Territorien im 14. und 15. Jahrhundert immer mehr sich ausbreitete; die Herzoge daher als solche, außerhalb des Verwaltungsga-

¹ So Sudendorf X 27 1403. Eine Schuld von 100 l M. mit 10% Verzinsung — zahlbar am 11. Nov. desselben Jahres.

² Sudendorf II 119 (1345).

³ Sudendorf I 24 (1314). Schuldsehem „pro salario“.

⁴ So Sudendorf V 21 (1374). Die Herzoge Friedrich und Bernhard verpfänden an Ritter und Knappen Schloß und Stadt Vorsefeld für 140 M. 250 Mark haben er. Fürstgläubiger für die Einlösung eines ~~Schulden~~ ausgelegt, „de anderen 1200 Mark hebben we on geveit vor senden den se unde ere vried med den oren in unnes vader hante genomen hebben unde in unsem unde vor koste unde teringe“.

⁵ Sudendorf IX 4 (1389).

⁶ Sudendorf VI 1 (1382).

nismus und seiner Bezirke — Zahlungen zu empfangen und zu leisten hatten, Zahlungen, die in kleinen Beträgen und möglichst kurzer Zeit auszuführen waren. Alsdann wird man erst die Bedeutung der Lucke die im herzoglichen Haushalte infolge der Schwerfälligkeit des Real- und der Unzulänglichkeit des Darlehnskredits entstand und fortwährend sich erweiterte, zu würdigen wissen. Am fühlbarsten machte sich der Mangel einer ständigen Centralkasse geltend. Kommen nämlich auch Urkunden mit der Weisung vor, eine dem Herzoge schuldige Zahlung an einen herzoglichen Kaplan zu leisten¹, so stehen dem gegenüber Schuldverschreibungen, in denen der Herzog als der Verpflichtete Zahlungen — nicht allein an Stadtbürger, sondern oft an Ritter, ja sogar an Landesherren — in einer Stadt, oft sogar in einer von mehreren Städten nach Wahl des Gläubigers, zu leisten verspricht².

Folgt dieses Mangels konnten die Herzöge ihren laufenden Geldbedarf nur mittelst Anweisungen decken. Zunächst mittelst derjenigen, welche an die herzoglichen Schlosser anknapften. Sie sind schon größtentheils aus der obigen Darstellung der Schloßverwaltung heraus zu begreifen. Assignat war vor allem der Amtmann, auch wohl der Pfandhüter und sonstige Detentoren. Neben speciell funktierten sind sehr viele Anweisungen ganz allgemein gehalten. Da der Assignat in diesem Falle die Summen entweder aus den ihm nicht verschriebenen, mit dem Schlosse verbundenen Renten zu leisten oder dieselben zur Pfandsomme des Schlosses zu schlagen hatte, so war thatsächlich die Anweisung eine naturalwirtschaftlich fundierte, hypothekenartige Auflage. Der Schloßherr hatte vielmehr auf diese Weise etwas Ähnliches, wie der Stadtrat bei Ausstellung allgemeiner Rentenverschreibungen ohne specielle Forderung. Nur war der Schloßherr lediglich auf einen einzelnen Verwaltungsbezirk des Herzogtums angewiesen. Ob und inwieweit mittelst der Anweisungen die durch den Wert des Schlosses als einer Sachgemeinschaft repräsentierte Bleihungsgrenze überschritten

¹ Sudendorf I 398 (1324). Herzog Otto von Brunschweig und Lüneburg weist einen Gläubiger wegen Auszahlung der ihm schuldigen 100 Mark an einen Kaplan Ulrich Kellner von Scharnebeck „pando-cumque presentaverint 100 Mark — quas ex parte nostra persolvere debuerunt Wernerus — cuius et solutus limitimus eos“.

² Herzog Magnus verpfändet in Sudendorf IV 290 (1372) das Schloß Pretzow für 100 Mark Baukosten und 568 Mark, die zu Lüneburg, Lütow oder Dannenberg zu zahlen sind.

³ Dabei kommt oft das Prinzip der Priorität zum Durchbruch, so Sudendorf VI 150 (1345). Herzog Berchard von Brunschweig und Lüneburg und Herzog Wenzlaus von Siebenbrunnen vergleichen sich darin, daß Herzog Wenzlaus für die 30621 ggr. 8260 Mark (am Pf.) des Schlosses Wärsen und Lütow nach den Unterpfunden und Gelder, welches der Rat zu Lüneburg in Lütow besitzt, zu Pfande erhalten soll.

wurde, läßt sich nicht bestimmen. In einzelnen Fällen wird ausdrücklich bestimmt, daß Belastungen des Schlosses über die mit denselben verbundenen Renten hinaus den Pfandgläubiger nicht binden sollen¹. — Von den übrigen Anweisungen, die sich in den herzoglichen Haushalt finden, scheinen diejenigen an den Zöllner besonders bedeutsam gewesen zu sein. Obgleich hier eine rein geldwirtschaftliche Einnahmequelle vorliegt, fehlt es nicht an Spuren naturalwirtschaftlicher Verhältnisse. So heißt es gelegentlich einer Verschreibung von 1200 Mark am Zolle „unde we en schollet nomet van unser waghens noch geld dar ut horen noch neinen luten, be en ludek erst de vorser, 1200 Mark gantzliken dar ut gebored“². Auch anderweitig³ wird gewissen Anweisungen auf den Zoll die Priorität eingeräumt. War nun dies ein nicht zu unterschätzendes Mittel, um Ordnung in das Anweisungswesen zu bringen, so war es doch nur in beschränktem Maße anwendbar, weil in jedem einzelnen Falle die Frage zu entscheiden war, inwiefern Zolleinnahmen überhaupt noch zur Verfügung standen.

Da nun das geschilderte Anweisungswesen keinen genügenden Stützpunkt für die herzogliche Geldverwaltung zu bieten vermochte, so mußte dieser außerhalb des herzoglichen Haushalts gesucht werden. Es lag am nächsten, dort anzuknüpfen, wo schon ohnedem durch die Kreditverträge eine enge Verbindung bestand. Die Herzöge schlossen im Mittelalter solche Verträge sowohl mit fremden Landesherren als mit Geistlichen, Rittersn, Städten, Juden und einzelnen Bürgern. Für den vorliegenden Zweck waren die ersteren aus politischen Rücksichten ausgeschlossen, teilweise auch die zweiten. Außerdem aber waren Fürsten, Geistliche und Ritter ungefähr in derselben wirtschaftlichen Lage wie die Herzöge selbst, auch sie unter den Drücke des weltlichen Kapitals zu leiden hatten. — Die Juden, schon im 13. Jahrhundert in Braunschweig aufgenommen, haben in unseren Territorien bei weitem nicht diejenige Rolle wie beispielsweise in Nürnberg gespielt, obgleich auch hier in Zeiten großer Überschuldung Jüdischverfaltungen vorkamen und die Ladenschulden für nichtig erklärt wurden. Bei solchen Gelegenheiten werden auch herzogliche Pfänder in den Händen von Juden erwähnt. Im ganzen scheinen sie aber mehr Notschulden als geordneten finanziellen Geschäftsbeziehungen ihren Ursprung

¹ Sanderdorf IV 236 (1372 werden mehrere Schösser an den Bischof von Hildesheim verpfändet. „Wann ok dat wy aus te alre drossen daten vor gulde nad uns bouen de renten, rente de te den soten hosen niet verplichtet hedden der gulde nad der trossen schullen“ u. dgl.).

² Letz. Urbb. II 698 (1376).

³ Letz. Urbb. II 88 (1473).

zu verlinken. — Stadtbürger werden in zahllosen Urkunden als Lehnleute, Pfandhaber und Gläubiger der Herzöge erwähnt. Als dauernde Stütze für die herzoglichen Finanzen konnte aber nur der Rat, der „niemals stirbt“, fungieren.

Es kommen sehr verschiedenartige Anweisungen der Herzöge an die Stadtrate vor. Oft wurde ihre Honorierung gegen die Einkünfte übernommen, die Pfandsummen der in ihrem Besitze befindlichen herzoglichen Pfandschlösser um die angewiesenen Summen zu vermehren. Zuweilen wurde auf zu fällige Schulden des Rates angewiesen¹. In erster Linie bildeten aber die dauernden, auf einzelne grund- und landesherrliche Rechte der Herzöge basierten Zahlungsverbindlichkeiten der Städte einen besondern Anweisungsfonds. Vor allem die herzogliche Bede, welche beispielsweise für Lüneburg 500 Mark jährlich betrug. — Auf dieses Guthaben pflegten entweder einmündige Zahlungen oder, weit häufiger dauernde Renten, vielfach wiederkauflich, lastiert zu werden². Mitunter wurden in denselben Anweisungsbriele Anweisungen an mehrere Gläubiger gestellt³ oder demselben Gläubiger jährliche Zahlungen zu verschiedenen Beträgen zugeteilt⁴. Zuweilen lat der Rat in einer fremden Stadt Zahlung zu leisten, z. B. der Lüneburger Rat in Hamburg⁵ und anderen Städten. Damit wurden die häufigen interlokalen Geldsendungen dem Stadtrate zugeschoben. — Auch bei Anweisungen auf städtische Einkünfte, beispielsweise auf Beden⁶, kommt Prioritätsanerkennung behufs Herbeiführung einer gewissen finanziellen Ordnung vor. Ein wesentlicher Fortschritt vollzog sich aber erst da, wo vorüberge Deckung nicht mehr die Voraussetzung war, daß der Rat die Honorierung übernahm. Dies findet sich oft. Dabei erfolgte die Deckung entweder nach dem Zahlungsverprechen oder vor effektiver Zahlung, wie im Jahre 1351, wo die Herzöge Otto und Wilhelm den Solzzoll an die Stadt Lüneburg für 1000 Mark verpfändeten, die der Rat binnen drei Jahren zu zahlen versprochen hatte⁷. Oder sie trat erst nach der

¹ Lun. Urkb. II 96 (1371). Herzog Magnus von Braunschweig und Lüneburg gibt dem Ratshere Heinrich von Verden Anweisung auf 1000 T. M. welche der Rat schuldig ist.

² Lun. Urkb. I 97 (1352). Die Herzöge Wenzel und Albrecht von Sachsen beauftragen den Rat von Lüneburg für sie in Hamburg jährlich 80 Mark zu zahlen, bis zur Lösung der Kapitalsumme im Betrage von 500 Mark.

³ Lun. Urkb. II 335 (1379). Rat von Lüneburg soll zahlen für den Herzog an Kötnenier zu Hamburg 100 Mark jährlich für 1000 Mark Kapital an zwei Bürger 47 Mark jährlich für 470 Mark Kapital.

⁴ Lun. Urkb. II 936 (1370). Rat von Lüneburg soll für den Herzog an einen Gläubiger drei Jahre hindurch Zahlungen leisten: im ersten Jahre 120 Mark, im zweiten 120 Mark und im dritten 110 Mark.

⁵ Lun. Urkb. I 133, 139, 230 (1352).

⁶ Lun. Urkb. II 935 (1370).

⁷ Lun. Urkb. I 460 (1351).

Zahlungsleistung an. So erklärten die Herzöge Wenzel und Bernhard, sie wollten den Rat 300 Mark, die dieser dem verstorbenen Herzoge Albrecht geleistet hatte, zur Pfandsumme auf Lundershausen schlagen¹. So verpflichtete sich auch der nämliche Rat während des Krieges von 1371, als sich der Herzog von Sachsen in Hannover aufhielt, sämtliche Unterhaltungskosten desselben, welche einstweilen von der Stadt Hannover vergeschossen werden sollten, ohne eine besondere Sicherung zu liefern. Dabei wurde das Verhältnis für der Städte in der Weise geordnet, daß Hannover erst mahnen durfte, wenn die ausgelegten Summen 300 Mark erreicht hätten. Alsdann war Lüneburg verpflichtet, binnen vier Wochen zu zahlen².

Auch in dieser Beziehung sind die Verhältnisse Göttingens besonders lehrreich. Anweisungen auf die städtische Bed³, Güttingen über Vorauszahlung derselben⁴ kommen auch hier sehr oft vor. Specifischen Wert besitzt jedoch die Göttinger Überlieferung insofern, als sie ein anschauliches Bild derjenigen Momente liefert, welche die Wirksamkeit des Stadtrats auf dem Gebiete des herzoglichen Kreditwesens ermöglicht haben. 1409 hinterlegte der Herzog Otto einen Brief des Landgrafen von Hessen über die Mitgift von dessen Tochter Agneschem Göttinger Rat⁵ und bestimmte, daß, falls die Summe zum Termine nicht gezahlt werden würde, der Rat den Brief an den Landgrafen ausliefern und von diesem Ankaufung eines neuen Briefes verlangen sollte. Es vollzog hier der Rat eine doppelte Funktion. Zunächst als Depositar. In dieser Beziehung beschränkte er sich auch sonst nicht auf das Gelddepotengeschäft, das bereits oben gewürdigt worden ist. Vielmehr kommen vielfach Deponierungen wichtiger Briefe sowohl seitens der Privatleute als der Herzöge⁶ vor. Sodann ist aber der Göttinger Rat hier als ein herzoglicher Geschäftsführer anzusehen und zwar wiederum nicht hier allein. Dies beweisen sonstige Bestimmungen des Herzogs, wie die, er möge an den Landgrafen von Hessen eine bestimmte Erklärung in seinem Namen, eine Geschäftsangelegenheit betreffend, abgeben⁷. Endlich sehen wir den Göttinger Rat vielfach die Funktionen eines Notars ausüben. Zahlungen

¹ Litt. Urkb. II 1645.

² Litt. Urkb. II 761 (1371).

³ G. st. Urkb. I 53 1363, und 261 (1371).

⁴ G. st. Urkb. I 129 1356.

⁵ G. st. Urkb. II 24 1409.

⁶ G. st. Urkb. II 208 1443.

⁷ G. st. Urkb. II 26 1409. Herzog Otto bittet den Rat, dem Landgrafen Hermann von Hessen schriftlich zu erkennen, daß er bei Lezzeiten der Herzöge ohne ihren und des Landgrafen Willen auf die Renten Zoll etc. in der Stadt, die der Herzog mit dem Bräutigame seiner Gemahlin eingekauft, nichts haben noch sich solche verpfänden lassen wolle.

von Privatleuten vor dem Rate kommen häufig vor und 1423 bezeugt Herzog Otto, der Rat sei befugt, alle vor ihm geschienenen Handlungen, sollten sie auch eigene Sachen betreffen, ad effectum plenae probationis zu beglaubigen¹. Allerdings werden wichtige Verträge auch vor den Herzogen geschlossen². Während aber hier die Gewohnheit naturgemäß auf herzogliche Mannen, Dienstleute u. s. w. beschränkt blieb, war der Wirkungskreis des Rates ein weiterer, da auch fremde Grund- und Landesherren vor ihm Verträge abzuschließen pflegten. Ja, für Göttingen sind sogar Fälle nachweisbar, wo sich die Wirksamkeit des Stadtrates noch weiter über die bloße Beglaubigung von Verträgen hinaus, erstreckte. 1410 sollte seitens des Landgrafen Hermann von Hessen die Mitgift für seine Tochter Margareta, Gemalin Herzog Heinrich von Lüneburg, ausgezahlt werden. Da aber Herzog Bernhard von Lüneburg, der als Mitkontrahent des Landgrafen galt, demselben keine Quittung für angebotene Zahlung zu geben bereit war, so betand er sich nach dessen Meinung im Verzuge. Der Landgraf wünscht nun die schuldigen 4000 Gulden beim Göttinger Rate zu deponieren, „ut daz nu solich bruch an uns nicht en sy, unde daz wir solen tun mogen“, also um sich einer Verzugsklage nicht auszusetzen. Man sieht, der Deponierung der Schuldsomme beim städtischen Rate wurde eine ähnliche Wirkung zugeschrieben wie beim einer gerichtlichen Deponierung³. — Zieht man noch die Stellung des Rates als Schiedsrichter unter Bürgern, Rittersn, Grund-, ja oft Landesherren in Betracht, so ist seine politische und so als Bedeutung in ihren wichtigsten Momenten angedeutet. Letztere war aber die Voraussetzung der oben geschilderten zweifach entscheidenden Wirksamkeit des Stadtrates. Sie befähigte ihn, das herzogliche Schuldenwesen in doppelter Richtung zu ergänzen, einerseits indem er den öffentlichrechtlichen Gesichtspunkt in den herzoglichen Kreditverschreibungen unterschiedener hervorhob, andererseits indem er das überwiegend naturalwirtschaftliche Anleihsystem im geldwirtschaftlichen Sinne vervollständigte. Sie war es auch, welche endlich den Stadtrat zu einem wichtigen Organ der herzoglichen Finanz-

¹ Göt. Urkb II 109, 1423.

² Sudendorf VI 42, 1484. Ritter von Grubenhagen erklärt in Gegenwart des Herzogs Albrecht von Braunschweig, daß, falls er vor der Zahlung einer Schuld sterbe, dem Gläubiger mehrere in seinem Besitze befindliche Pfänder überlassen werden sollen.

³ Ähnliches kommt auch sonst vor. 1485 quitteten Gottschalk von Plesse, Dietrich von Stockhausen und Berthold von Adelpen dem Herzog Heinrich über 85 Fl. die sie von ihm empfangen haben, um nach seinem Vergehen die edle Frau von Scherenberg zu entschädigen. Erhalten sie nicht binnen 2 Wochen Quittung über die Zahlung, so wollen sie das Geld dem Rate zutheilen und dieser soll ihnen ihren vorliegenden Brief zurückgeben. Göt. Urkb II 170.

verwaltung machte. Der Göttinger Rat erscheint als Centralkasse nicht nur gelegentlich der außerordentlichen Reue von 1436, sondern auch für andere außerordentliche Steuererhebungen¹. Der Lüneburger Rat spielt eine ähnliche Rolle, wenn er 1370 eine außerordentliche herzogliche Bede ihrem Gesamtbetrage nach vorschlägt. Allerdings kam er dabei nicht bloß als ein finanzielles Verwaltungsorgan in Betracht. Denn wenn auch alle diejenigen, welche Güter in Lüneburg besaßen, beitragspflichtig waren, so waren doch diese Beiträge tatsächlich kaum vollständig einzutreiben², und so mußte wohl der Rat tatsächlich den größten Teil der Last tragen. Immerhin ist seine Bedeutung für die herzoglichen Finanzen bei dem notorischen Mangel einer herzoglichen Centralkasserverwaltung auch in rein administrativer Beziehung nicht zu unterschätzen.

¹ Götting. Urkb. II 259 1436. Herzog Friedrich quittiert dem Göttinger Räte über das Geld, das dieser von den Städten des Landes behalf Befreiung des Herzogs aus seiner Gefangenschaft gesammelt hat.

² Lün. Urkb. II 642 1370. Herzog Magnus von Braunschweig und Lün. erklärt, daß er von der Stadt 6000 Mark Silber empfangen hat „van oer und lengeren weghene, die ghut binnen uer stad to L. hebben. Wezet dat, jeman de binnen der stad wonnaffel were eoder de dar ghut van en buten in uer stad to L. hadde, neme rade teu dezer vorseer summen ghelden weghende hope to dande, dar schude we neme rade tou ghennich wesen unde seoden dar nemiule enygeten vordghedingen.“

VI.

Der Verkehr mit öffentlichen Schuldverschreibungen.

Im Obligationenrechte des Mittelalters hat die Verbriefung eine große Rolle gespielt¹. Leistungsversprechen ohne Verbriefung werden nur in Form einer Bitte in Erinnerung gebracht², während die Ausstellung eines Briefes meist der mittelst Bürgen und Pfänder erzielten Sicherung gleichgestellt wird³. Schuldbriefe sind uns ferner aber als die Symbole des Vertrauens begegnet, dessen man eine Persönlichkeit würdigte. Auch wird gelegentlich eines Schuldvertrages der Städte Hildesheim und Hannover von 1298 ganz allgemein gesagt: „quicunque dedit suas patentes litteras super delictis, debeat iurisdictionaliter observare“⁴ ein Satz, der auch in späteren Statutenbindnissen innerhalb unserer Territorien vielfach eingeschärft wird. Spätere Verbriefung eines vorher mündlich geheissenen Zahlungsverprechens erscheint darum als das Naturgemässe⁵, und war ein Brief ausgestellt worden, so wurde die Schuldforderung erst durch die Rückgabe des Briefes oder eine Quittung gelöscht⁶. Der Quittung pflegte, wenn der Brief nachtraglich verloren gegangen war, zuweilen ein Rückgabeversprechen beigefügt zu werden für den Fall, daß er gefunden werden sollte⁷. Regelmäßig scheint aber das Ver-

¹ Zunächst achts sie sich an die gerichtliche Abschließung von obligatorischen Verträgen an welche ursprünglich insofern notwendig war, als ohne das Gerichtzeugnis der Schuldner seine Schuld einfach ableugnen konnte. Mit der Einbürgerung des mündlichen außgerichtlichen Schuldversprechens schien diese Sicherung um so notwendiger.

² Lün. Urkb II 818 13741.

³ In dem Landfrieden von 1384 (s. Hegel, Chroniken der Stadt Braunschweig I 28 fg.) heißt es „was besad und vorbarget odder vorbrevet is, dat is quitt.“

⁴ Hann. Urkb. 71 (1298).

⁵ Lün. Urkb II 818 13741.

⁶ Hierin treibt die oben erwähnte Weigerung des Landgrafen von Hessen, ohne eine Quittung des Herzogs Bernhard von Braunschweig-Lüneburg die Missethäter seiner Tochter anzuzahlen, ihre Erklärung.

⁷ St. den. dorf I 453 (1329).

sprechen genügt zu haben, in diesem Falle einen Gegenbrief anzustellen¹.

Durch den zunehmenden Verkehr mit Schuldverordnungen wurde der Brief naturgemäß zum Verkehrsinstrumente ausgebildet. In vielen reinen Schuldverschreibungen aus unseren Territorien — öffentlichen und privaten — finden wir die Bestimmung, der Schuldner solle an den Gläubiger zahlen oder dementigen, „der den Brief anschatte mit seinem Willen“, wozu vielfach hinzugefügt wird „und dies beweisen konnte“, oder „mit wilschop vromer lude“. Nirgends kann man dagegen Fälle nachweisen, wo die Zahlung an den bloßen Inhaber des Briefes ohne Willenserklärung des Gläubigers versprochen wurde. Es liegt somit keine Inhaberklausel vor. Derselbe hatte sich schon im frühen Mittelalter innerhalb des deutschen Rechtes im Anschluß an eine viel tiefer und weiter gehende Bewegung entwickelt. Wir finden im Bildungsprozeß des Wertpapiers, der in wesentlicher darauf beruhte, daß sehr verschiedenartige Befugnisse ihrer Ausübung nach — allerdings in einer im einzelnen sehr verschiedenen Weise — an die bedingungslose oder bedingte Erhaltung von Briefen geknüpft wurden. Wahrscheinlich haben unsere Städte diese Rechtsform, wie andere rechtliche wirtschaftliche und finanzielle Erzeugnisse seiner Zeit, von den weiter fortgeschrittenen Städten rezipiert, mit denen sie der Handel zusammenbrachte. Auf den Einfluß der Städte sind dann auch die herzoglichen reinen Schuldverschreibungen mit der Überbriklausel² zurückzuführen. Jedenfalls ist weiter nachzuweisen noch anzunehmen, laß die Klausel infolge einer selbständigen Entwicklung innerhalb unserer Territorien auf obigenartige Briefe angewendet worden sei oder, nach ihrer Übertragung auf die öffentlichen Schuldverschreibungen von aussen her, irgend welche Umwandlung erfahren habe.

Anderes lagen die Verhältnisse bezüglich der öffentlichen Pfandverträge in dem weitesten, oben bestimmten Sinne. Hier bestanden aber Anwendbarkeit und Anwendungsmodus jener rechtlichen Verkehrsformen im 13. und 14. Jahrhundert kaum allgemein geltenden Analogien, sondern sie entstanden erst in dieser Periode aus den allgemeinen Grundsätzen des deutschen Rechtes und den speziellen Verkehrsbedürfnissen heraus.

¹ Götting. Urkb. I 117 1329: „Jescheye aver, dat die brief af ghyre so lade we on nicht hebben mochten, so soude we on up de hey egen wesen, end we den brief nicht hebben mochten unde wesen noch. 2. Iken opden brief ghe van under unnen inghegelen die seel spreken, end so tes selven godes heeren, ende dat die vromste brief of he ghevarien werde den van Gillinghen onacht geschiedt wesen sel.“

² Z. B. Sauerland VI 141 1385: „Herzog Wenzlaus von Sachse und Lün, und Hezog Bernhard von Braunschweig und Lün, geloben, dem Burgermeistern und Ratsmeistern der Stadt Lüneburg, und dem die densen brief heft anner weckersprache“ 129 M. S. in der Zeit vom 7. 11. Apr. 1365 zu bezeugen.

Das materielle Pfandrecht hatte schon früh dem geldwirtschaftlichen Verkehre mittelst der Ausbildung treuerer Rechtsformen Rechnung getragen. Die endgültige Überwindung des gesetzten Pfandes im Nichtzahlungsfalle zum Termine vieler mit dem Zurücktreten der Naturwirtschaft immer mehr an Berechtigung. Die Verwertung des Pfandes durch Verkauf war aber für den Schuldner dann unzweckmäßig, wenn er das Pfand nicht endgültig verlieren wollte. In diesem Falle fand man das Mittel, um dem Pfandgläubiger zu seinem Gelle zu verhelfen, in der Weiterverpfändung. Schon der Sachsenspiegel nicht Verkauf und Verpfändung als zwei besondere, zur Verwertung eines Pfandgegenstandes führende Wege an¹. Ebenso andere Rechtsquellen. Für das Mobiliarpfand entstand hieraus die Gewohnheit², daß der Gläubiger, wenn der Termin ohne Zahlung versprochen war, die vom Schuldner hingegebenen Pfänder den Juden pfandweise überliefern durfte, wo er auch bei ihnen auf des Schuldners Rechnung Kaputtien aufschreiben konnte. Das durch Vorauszahlung seitens des Gläubigers in der Person des Dritten entstandene Pfandrechte berührte direkt den ursprünglichen Verpfänder, im Gegensatz zu dem durch Afterverpfändung gebildeten welches in das alte fortbestehende Pfandrechte gleichsam eingeschaltet wurde. Es war ferner ein originäres³, abgesehen dem alten adäquates Recht, während mittelst der Singularsuccession das Recht des früheren auf den neuen Berechtigten überging⁴. — Aus diesen beiden Eigentümlichkeiten ergaben sich folgende Konsequenzen. Da der ursprüngliche Verpfänder durch die Weiterverpfändung direkt betroffen wurde, so durfte der Pfandgläubiger Pfänder nicht teurer veräußern, als sie ihm verpfändet worden waren⁵. Mit dem originären Rechtserwerb war aber für den Pfandverkehr derjenige verkehrsmäßige Vorteil errungen, der für den Verkehr mit anderweitigen Rechten erst mittelst des Wertpapiers erreicht wurde⁶; es konnten Verpflichtungen gegenüber einer anfangs unbe-

¹ Sachsenspiegel I 70 § 2. vor de seint utsetzen oder vorkopen, of man t en vor recht gesetten ne mach.

² Stobbe Die Juden in Deutschland S. 108 fg.

³ Diese Ansicht entwickelt Kohler, Pfandrechtliche Abhandlungen (das perm Satzungsgrund).

⁴ Der Unterschied war praktisch vor allem der, daß die aus der Person des ersten Besitzers sich ergebenden Rechtsfolgen für den Neuerwerb bei der Singularsuccession maßgebend blieben. Beim originären Rechtserwerb waren sie aber gleichgültig.

⁵ Kraus Das alte Stadtrecht von Lübeck CXIV. Wenn ok einem pende vorsettel so moge so nicht durer enthoften sunder also de elme vorsettel sin.

⁶ Der jetzmalige Inhaber des Wertpapiers besaß ein originäres Recht. Eben hierin lag z. B. die Bedeutung dieser Rechtsform für den Verkehr mit Schuldveränderungen. Sie füllte die Lücke aus, welche in Folge der mangelhaften Bestimmungen des deutschen Rechtes über Cession und gerichtliche Stellvertretung entstanden war.

bestimmen, erst in jedem einzelnen Momente zu bestimmenden Persönlichkeit eingegeben werden.

Handelte es sich aber um Immobilien, so war die Weiterversetzung nicht ohne weiteres anwendbar. Der Pfandverkehr unterlag in diesem Falle ähnlichen Normen wie der Immobilienverkehr überhaupt. Von diesem ist deshalb hinsichtlich der Pfänder auszugehen. Für die Städte ist der Leihverkehr die Grundlage der Entwicklung gewesen. Die Frage, ob geliehene Güter als veräußerlich zu betrachten seien, — was noch im 13. Jahrhundert durch eine kaiserliche Entscheidung verneint worden war¹ — wurde in den Städten je nach ihrer Entwicklungsstufe früher oder später², im ganzen aber auf demselben Wege zum Antrag gebracht. Ursprünglich verpflichtet, dem Leihherrn das Gut zum Zwecke der Veräußerung an den neuen Erwerber zu resignieren, brauchte der Veräußerer später nur den Konsens des Leihherrn einzuholen, bis endlich auch dieser mannigfaltig abgeschwächt und schließlich abgeschafft wurde³. Der Abschluß der Entwicklung — für Köln schon im 13. Jahrhunderte — ist in Leihbegnadigungsurkunden zu finden, wo als Belehener eine bestimmte Person oder „wen er will“, „wen er's geben will“ erscheint. Hier erwarb derjenige, der mit dem Belehener kontrahiert hatte, gegenüber dem Leihherrn ein originäres Recht. Sofern der Leihherr nicht selber als Grundherr einen hofrechtlichen Verband für seine Leihgüter gebildet hatte, konnten aber alle die Gewere — also auch Leihgewere — begründenden und übergreifenden Akte nur von bezw. später von dem Stadtgerichte vollzogen werden. Hierbei wurden gerichtliche Bräde ausgestellt, die als Beweis- und Sicherungsdokumente fungierten.

Ebenso verhält es sich mit der rechtlichen Behandlung der auf der Basis des Leihwesens entstandenen Rentenverkäufe und -übergabungen. Es bestand sogar für die ewige Rente ein weit stärkeres Bedürfnis nach Freiheit des Verkehrs wie für die Leihgüter. In einer Landberger Urkunde⁴ aus dem Jahre 1370 verzeichnet der Rat dem Kloster Reufeld eine ewige Rente. Es wird hier der wirtschaftliche Zweck, den der Rentenkauferv verfolgte, dermaßen dargestellt: „con-

¹ Mon. Germ. Leg. II 294. *Sententia de divisione hereditatis et de bonis conjugibus a 1232*. „Item posuit . . . in libris causarum bona concessa sibi collata in hominem . . . und eorum aliter licet utique commissa vel conferentis voluntate transferre . . . super quod contentatum est, non licet“.

² In Köln früher als in Basel, in den freien Städten früher als in den Landstädten.

³ Arnold. „Stadtliches Eigentum“ S. 282 fg. — Henckels a. a. O. II 181.

⁴ Lat. Urkb. II 647 (1370).

siderantes quod quasdam villas et possessiones suas minus fortuitas . . . vendiderunt . . . ad hoc tamen certiores redditus compararent." Man sieht, es ist eine dauernde Geldanlage, welche der Rentenkauf bezweckt, und diese Absicht darf als typisch betrachtet werden. Um so weniger konnte er auf die Möglichkeit verzichten, sein Geld zu erhalten, falls er seines Kapitals dringend bedürfte. So bestimmt der Rat zu Hannover gelegentlich eines Rentenverkaufs von 1361¹: „Si quoque praefat. emptores aut presentes litteras cum ipsorum voluntate habens pecuniae suae capitalis interim indigerint, extunc poterant dictam pensionem sub innovatione omnis litterae alteri, eorumque voluerint, vendere seu dimittere." In dieser Urkunde tritt der Zusammenhang mit der an die Spitze unserer Darstellung gestellten pflanzenrechtlichen Entwicklung besonders klar zu Tage. Eine eigentümliche Modifikation liegt hier nur insofern vor, als die Ausfertigung eines neuen Briefes bei eventueller Rentenübertragung vorgeschrieben wird. Dasselbe geschieht auch sonst in anderen Fällen. In einem Rentenbriefe der Stadt Lüneburg heist es: „perimus nunc aut heredes redditus istos alteri vendere vel dimittere decreverint, tunc dabimus litteras nostrae civitatis sicut laice litterae . . . si super hoc iterum requiritur"². Ähnliches liegt in einer Rentenverschreibung auf ein Haus in Hannover³ und einzelnen privaten Rentenbriefen vor. Wir fassen alle diese — nach unseren Quellen im ganzen als Ausnahmen zu betrachtenden — Verträge da eine Stufe in der Entwicklung des Verkehrs zusammen und stellen ihnen alle diejenigen gegenüber, wo dem Rentenkauf die Wertveräußerung ohne Erneuerung des Briefes gestattet wird. Dies war in allen unseren Städten während der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts das Regel-maß und führte meistens zur Erfindung des Rentenbriefes in ein Wertpapier. Insbesondere waren die städtischen Rentenverschreibungen Unterbrief, wobei sich der jedesmalige Gläubiger durch einen Willensbrief auszuweisen hatte⁴. Der Fortschritt für den Verkehr, der in dem Übergange zum Wertpapierprinzip zweifellos liegt, wurde vor allem dadurch erleichtert, daß beim Rentenkauf keine mit Sachbesitz verbundene Nutzung übertragen wurde und demgemäß das nach konkreter Ausgestaltung hinstrebende mittelalterliche Recht genügt

¹ Hann. Urkb. I 364 (1361).

² Sanderhof V 239 (1372).

³ Hann. Urkb. I 366 (1362). Ein Ratsherr leiht von der Kaufmanns-gesamtheit ein Kapital von 12 Pfund Pfennigen. Dafür wird zum Pfande gesetzt eine an einem Hause verschreibende Rente. „idem emptor potest sub innovatione litterarum praesentium solvere vendere."

⁴ Z. B. Sanderhof IV 295 (1352). Hier folgen auf die Unter-schrift die Worte „und dat bewisen moget mit ere odder erre eren breve."

war, mittelst des rechtbezeugenden Briefes die eingetretene Lücke auszufüllen.

Die Bedeutung des Überganges von der ersten der oben unterschiedenen Verkehrsstufen zur zweiten ist wesentlich auf dem Gebiete des Prozessrechtes zu suchen und daher nur zu verstehen, wenn man betont, daß der Stadtrat für den städtischen Rentenverkehr nicht allein als Rentenverkäufer in Betracht kam. Er war außerdem, wie für alle anderen Renten, das zuständige Gericht, das bei jeder Rentenübertragung mitzuwirken hatte. Endlich war er die administrative Behörde, welche den jedesmaligen Berechtigten kennen mußte. Solange nun jeder neue Erwerber einen besonderen Brief zu erwirken hatte, war sowohl in rechtlicher wie administrativer Beziehung das Mitwirkungsrecht des Stadtrates gewahrt. Es fragt sich aber, wie dieses Mitwirkungsrecht nun umgebildet werden ist, ohne daß die städtische Gerichtsbarkeit und Finanzverwaltung Einbuße erleiden. Hinsichtlich der Gerichtsbarkeit ist daran zu erinnern, daß in den meisten mittelalterlichen Städten an die Stelle von Gerichtsräten Vernaeme in den Stadtbüchern beim Immobilienverkehre traten. Hinsichtlich der Finanzverwaltung liegen aber nur sehr unzulängliche Nachrichten vor. In Braunschweig wurde die Renten in dem Widderschattsregister notiert. Dasselbe gab jeden Augenblick Ausweis über die Personlichkeit der momentan zum Rentenbezüge Berechtigten. Mehrmals sagt die „Heimliche Rechenenschaft“: „unde we de lude synd den de Rad desse schult schuldich is unde den se dessen vns dar up geven dat wesen des Rades registre wol ut.“ Die Führung des Registers wurde als ein Teil der Schuldverwaltung angesehen, fiel also der während der Krisenperiode Braunschweigs gebildeten Schuldcommission der fort. Finanzleuten zu. Offentbar ging also nicht allein die gerichtliche Beurkundung sondern auch die administrative Kontrolle des Rentenverkehrs auf die Buchung über. Administrative sowie Besteuerungszwecke mittelst der Buchung zu erreichen, war auch bereits nichts Neues. Insbesondere wurden die städtischen Grundbücher, die man allgemein im Interesse des Grundbesitzes anlegte, zu einem wichtigen Institute der städtischen Verwaltung. Nach und nach wurde nun die Buchung in der Differenzierungsprozeß mit hineingezogen, den die Verwaltung meist, wie in Braunschweig im 14. Jahrhundert, oft aber auch schon vorher, durchführte. Das Buch wurde den erstemaligen, inneren engeren Verwaltungen übergeben und so auch dem städtischen Rentenverkehre zu Grunde gelegt.

In Braunschweig bestanden im 14. Jahrhundert „Dedignationen“, um die sich die Rechenenschaft zu konstat.

² Das Lehnregister Buch wurde erst 1864 angelegt. Es dehnt später, Hannover für auf Handschriften von zwei Ratsherrn verfertigt, verschrieben worden. Rehmeyer, Urrecht-Lexikon, Braunschweig 1872 II 184.

Der doppelte Charakter der Buchung hat aber vielfach innerhalb unserer Territorien bis in die neueste Zeit hinein nachgewirkt¹.

Für Leibrenten wurde in Braunschweig ebenso wie für ewige Renten ein Register (Lifttuchregister) angelegt. Die Mobilisierung erfolgte aber dort nicht in demselben Maße wie bei diesen. Zunächst kommen Vollmachten vor, Leibrentenzahlungen im Namen des Rentenberechtigten zu erheben². Häufiger sind Verträge, in denen die Befugnis, eine noch nach dem Tode des Rentenberechtigten fällige Rente zu erheben, für übertragbar erklärt wird. Es wird nämlich vielfach ausbedungen, daß die Rente für das Halbjahr, in dem der Rentenkäufer sterbe, entweder an den testamentarischen Erben ausbezahlt werde³ oder, da sie zur Bestreitung der Begräbniskosten dienen solle⁴, an den durch spezielle testamentarische Verfügung Bestimmten oder an den kraft besonderer Assignment Bezeichneten⁵ oder endlich alternativ: an den testamentarischen Erben *vel cui ipse assignaverit*⁶. In allen diesen Fällen liegt mehr als Vollmacht vor: der Dritte ist zur Rentenerhebung im eigenen Namen berechtigt. Das Recht, worauf er sich stützt, ist aber nicht das materielle, dem ganzen Verhältnisse zu Grunde liegende Rentenrecht, sondern die aus jenem Rentenrechte folgende Befugnis, die bereits fälligen Einzelrenten zu erheben. Keine andere Bedeutung wird man auch den spärlich bei Leibrentenbriefen vorkommenden Klauseln zusprechen dürfen: „*vel cui commiserit*“, „*vel quem nominaverit*“⁷. Von einem Verkehre mit Leibrentenrechten läßt sich auf Grund derselben kaum sprechen. Ebenso wenig ist von einem derartigen Verkehre bei Leibrenten mehrerer Personen auf Überleben oder da zu sprechen, wo die Rente — wenn auch zuweilen nur teilweise — nach dem Tode des Berechtigten einer anderen

¹ Nach Trennung von Justiz und Verwaltung führte dies zu einem Schwanken zwischen der Buchung des Grundeigentums seitens jener und dieser. Siehe die Verordnungen Hannovers von 1733, 1736, 1828 etc.

² Göt. Urkb. I 135 (1336). Ein Kanonikus bittet, die ihm zustehende Rente an einen Vikar auszuzahlen, „*ut pensionem meo nomine presentis de qua pecunia sibi presentata vos dimitto quotos, liberos et solutos*“.

³ Hann. Urkb. I 245 (1347). Leibrente auf Leben zweier Personen. „*si ultima pars mortua fuerit, extunc pensionem de dimidio anno preterito debitam eius testamentariis debemus ministrare*“.

⁴ Hann. Urkb. I 453 (1368)... „*ad eius sepulturam et exequias pergendas*“... (Der Rat beurkundet hier eine vom Hospital Sancti Spiritus versprochene Rente.)

⁵ Göt. Urkb. I 229 (1364). Der Rat verkauft eine Leibrente an einen Propst: „*post decessum consules redditus semel tantum dabunt illis quibus per nos fuerint notorie assignati*“.

⁶ Hann. Urkb. I 145 (1322).

⁷ Hann. Urkb. I 287 (1350) und Hann. Urkb. 306 I (1386).

Person zu gute kommen soll¹. Dort liegt ein Vertrag mit mehreren Kontrahenten als Borsichtigen, allerdings unter eigentümlicher Regelung ihrer Verhältnisse untereinander, hier aber ein aussonderv bedingter Vertrag zu Gunsten Dritter vor.

Innerhalb des herzoglichen Haushaltes kommen Rentenbriefe mit der Urteilkraft vor², ohne jedoch irgendw. Neues zu bieten. Für die übrigen Kreditverträge ist von dem Verkehr mit herzoglichen Landgütern auszugehen. Daß dieselben in einzelnen Fällen weitgehender Mobilisierung zugänglich waren, zeigen gelegentliche Eigentumsveräußerungen der Herzöge, wobei sogar mitunter gesagt wird, es werde veräußert dem genannten Erwerber und „als den, den he dat sulve guth hebben wyl te londe unde latende“³. Im Gegensatz zu derartigen exceptionellen Erscheinungen ist die Verkehrs-fähigkeit der vom Herzog zu Lehn- und Dienstrecht ausgehenden Güter als das für den Pfordverkehr eigentlich Maßgebende näher zu betrachten. — Wegen des persönlichen Treueverhältnisses, welches das Lehnrecht zwischen dem Lehnsherrn und Lehnmann begründete, hielt man an dem formellen Lehnssakte nach Möglichkeit fest. Dabei hatte der Lehnbrief, der, dem Sacramentspiegel nach unbekannt, innerhalb unserer Territorien sich im 13. Jahrhundert einzubürgern beginnt⁴, allerdings nur eine den formellen Akt bezeugende Kraft⁵. Später erscheint er auch wohl als dessen Bestätigung und Wiederholung⁶, worin bereits der Übergang zu der Ansicht lag, daß die Schrift jenen Akt wenigstens vorläufig vertreten könne. So sagt Herzog Magnus in einem Belehnungsbriefe von 1360: „we habbet ghesleggen in desen breve unde willet et on loven also erwacheyt is mit handt und mit munde wann se hi os komet unde dat von os eschet.“ Gewöhnlich ist es aber der Lehnsherr, der auf Behaltung des Investiturfunktes in seiner persönlichen Form Gewicht legt, so noch 1422 der Erzbischof von Mainz, der zwei Rittersmannen von Göttingen als Vertreter

Hann. Urk. I 332 1350: Rat zu Hannover istet von einem Vekar eine Summe von 40 Pfd. Pfor. deren Zinsen nach des Herrmanns Tode — während seines Lebens bezahlt er eine Lehnrente — für ein Jahresge-dachzen desselben verwendet werden sollen. In derartigen Fällen tritt oft als der zum Fortbestehen der Rente Berechtigte der Lehnsherr eines Amtespostens auf, so im der Verschreibung seitens eines Geistlichen von Nachtger im Amte.

¹ Salsendorf VI 134 1385a.

² Salsendorf II 65 1343.

³ Be. Hagemann, *Antiqua iuris feudalis Brunsv. Lun. Inhab. condere statuten* Lerg. „Inquinte“ 1738 § 24 S. 276. „Quod Lehnbriefe attinet, hi assent 13 et 14 hi in terra compositi ex vno batum recto partito m. percepti.“

⁴ Hagemann, *Sacramentspiegel* II 2, *Sachen des Lehnrechtes* S. 201.

⁵ *Inf. fevria et v. l. l. m. scriptum infendat m.* lautet daher der gewöhnliche Ausdruck.

⁶ Salsendorf III 113 1320.

Resignation pflegte nun der Lehnsmann zu benützen, um den Lehnsherrn zu bitten, einem bestimmten Dritten das resignierte Lehn zu verlehnen. Dabei wird mitunter gesagt, „infeodare dignum presentis presentiaiter et absentibus per litteras“¹. Die Bitte, einem Dritten zu verlehnen, kommt in vielen Urkunden unserer Territorien² unter Wiederholung und zugleich wechselnder Variation gewisser fester Formeln vor. Darum ist es schwierig, in irgend welcher Richtung eine bestimmte Entwicklung anzunehmen. Folgendes jedoch scheint zweifellos festzustellen. Der allgemein beibehaltene Ausdruck „Bitte“ nimmt immer ansehnlicher die Bedeutung einer die Resignation selber bedingenden Forderung an. In einer Urkunde aus dem Jahre 1322 folgt auf die Anzeige, das Lehn sei zum Verkauf zu haben, die Auflassungserklärung, wobei die Wiederverleihung seitens des Herrn an den Käufer zum ersten mal als Resolutionsbedingung hingestellt wird³. Hieran knüpfte sich eine weitere Entwicklung. 1353 findet sich die Bitte, den exultator presentium litterarum⁴, und in einem andern Falle, den Erwerber und „wen le hebben willet“⁵ zu belehnen. Beide Briefformen dürften als Typen zweier großen Urkundenkategorien hingestellt werden. Die erste ermöglicht eine der zweiten zwei Handlungen vor dem neuen Belehnungsakte des Herzogs. Die erste knüpft außerdem die Berechtigung an den Besitz des Resignationsbriefes und macht nachher den Brief zu einem Wertpapier. Mit dieser Entwicklung parallel lief diejenige, welche auf Einschränkung des herzoglichen Konsekrationsrechts hinstrebte. Wie man dieses in einzelnen, nicht gebräuchlichen und mitunter sogar zu gewaltsamer Auseinandersetzung führenden Fällen kurzweg ignorierte⁶, so nimmt man auch das Verkehrsleben immer mehr die Einwilligung des Herzogs als selbstverständlich an. Die herzogliche Mitwirkung erscheint daher als ein formaler Vollzugsakt des zwischen dem ursprünglichen Lehnsmann und dem neuen Erwerber geschlossenen Veräußerungsvertrages. So verspricht der veräußernde Lehnsmann in seinem Gewährschaftsgelobnis, den Erwerber Belehnung oder „vorwardende Lieve“, auf die häufig der Hauptnachdruck gelegt wird, zu erwirken⁷. Selbst die

¹ Sudendorf I 412 (1396).

² Zum erstenmal begegnet sie in einer Urkunde von 1396, siehe Sudendorf I 410.

³ „Si non . . . , resignationem annullamus“ Sudendorf I 54* (1322).

⁴ Sudendorf II 61.

⁵ Sudendorf II 452.

⁶ 1282 Urach eine Fehde zwischen den braunschweigischen Herzögen als Erwerber eines Lehnsgutes, und der Bischof von Hildesheim als Lehnsherr desselben, aus da jene aus politischen Rücksichten es untauglich hielten, in der Lehnverleiher mit diesem zu treten.

Zuerst kommt ein solches Versprechen 1149 vor. Sudendorf II

Leihzuckerklausel fehlt bei einzelnen dieser Versprechen nicht. Der Bekundungsakt des Herzogs wird nunmehr bloß als der Termin angefaßt, bis zu welchem der Veräußerer das Gut dem Erwerber „zu gute zu haben“ verspricht¹. Zu erklären ist diese Umwandlung nur als dem lebendigen Bedürfnis nach der Verkehrsfähigkeit der Leihngüter. Die Herzöge wurden so sehr ihm nachzugeben gezwungen², daß dadurch ihr Leihbestand seine frühere Starcheit verlor, ja sogar eine gewisse Vertretbarkeit der Leihngüter untereinander sich ausbildete, indem es mitunter dem herzoglicher Leihmannne gestattet wurde, über sein Leihgut als Eigentümer frei zu verfügen gegen Ersatz desselben durch ein anderes „gleich gutes“ aus seinem Eigen³. Leihzuckerversehrungen lassen zwischen ebenfalls auf Verkehrsfähigkeit des auf Lebenszeit verschiedenen Gutes schließen⁴, obwohl wohl hier weit seltener tatsächliche Veräußerungsgeschäfte vorgekommen sind.

Die Momente, welche das herzogliche Pfand in dubio haben, lassen sich vielfach näher verfolgen. Unter den herzoglichen Pfandversehrungen des 14. Jahrhunderts wegen der meisten darauf hin, daß es sich um Wiederverpfändung eines früher schon ein- oder mehrmals versetzten Gutes handelt. Auch wird vielfach der Wiederverpfändung eine besondere Stellung innerhalb der herzoglichen Verwaltungsgeschäfte eingenommen. In der Fassung der saechschen und braunschweigischen Herzöge untereinander vom Jahre 1373⁵ wird

344 Kunde willet, wanne se dat van os oechet, helpen on dar to mit ghuden trouwen, dat se dar mede beleghen worden.“

Die Urkunde Sudendorf II 344 führt fort: „In wile aue, int se des nicht on oechet so seole wy dat holden in uzen leuichen were in to ghene also inghe want dat se dat van os oechen.“ Auch Sudendorf III 26¹ (1406) etc.

„Considerata vasallorum necessitatibus lucra sereuissimè determinaverunt, se in lucro censuum usque ad certam summam differre non exactaturos.“ Diese Aufsehung Hagenmanns 36 S. 292, welche sich mit der Verkaufsfähigkeit der Leihngüter im 15. Jahrhundert bezieht, gilt auch in gewisser Weise für das Mittelalter.

¹ In einer Fassung des Herzogs Wilhelm mit dem Räte von Braun-schweig wurde ausbedungen, daß falls ein Bürger außerhalb der Stadt-tore belagert, zu befehlen geborende Heiser, Hefe oder Haussteine kaufen werde der Herzog ihm diese zu Eigentum überlassen sollte, der Käufer aber durch andere Güter Preute zu leihen hatte. Diese Vor-tilbarkeit ging mitunter soweit, daß beim Verkaufe eines herzoglichen Burgen der Verkäufer die durch eine Leihzuckerklausel verstärkte Ver-pfändung übernahm. Im Fassungsbrief für den Erwerber zu erwirken um dafür ein eigenes Gut in den Leihzuckerverband zu setzen.

² So heißt es bei einer Leihzuckerversehrung: „zu der der Herzog seine Erwägung giebt: „Ad vobis suam possideat et retineat vobis, utas proit puerent in pro deperant.“ (S. 2 Urk. I 10¹ 142). Auch wegen anderer Verzichtsetzungen mit das dem Leihzucker zustehende Veräußerungs- und Verpfändungsrecht vor S. 2 B. in dem Vertrage zwischen der Herzogin Agnes u. l. den Herzogen Wilhelm und Heinrich über die Leihzucht jener. (S. 2 Urk. II 204 (1442).

³ Sudendorf IV 331 (1373).

bestimmt, daß der jedesmal regierende Herzog ohne Billigung der Nachfolger Schlösser, Städte und Lande nicht verpfänden, verkaufen oder veräußern dürfe. Zur Wiederverpfändung verpfändeter Schlösser, Lande und Leute brauche er aber die Einwilligung der Nachfolger erst dann einzuholen, wenn er sie höher als bisher zu verpfänden beabsichtige. Die Wiederverpfändung einmal vorgenommener Verpfändungen wurde hier auf eine Linie mit Ernennung, Absetzung von Ämtern, Vogten u. s. w. gestellt, sie erschien als regelmäßige und notwendige Maßregel der laufenden Verwaltung. Demselben administrativen Bedarfnisse kam übrigens auch die Einlösung des herzoglichen Pfandes seitens einer dritten Person und Eintritt desselben in die Rechte des herzoglichen Pfandgläubigers¹ entgegen. Nur wurde dies Verfahren oft zu Gunsten des Grundbesizers durch die Bestimmung ausgeschlossen, der Herzog dürfe allein mit eigenem Gelde das Pfandobjekt eintösen². Es handelte sich in allen diesen Fällen darum, das mittelst des Satzungsgeschäftes aufgenommenes Kapital dem herzoglichen Haushalt dauernd zu erhalten und somit auch herzogliche Pfänder immer wieder der Nachfrage des geldwirtschaftlichen Verkehrs zuzuführen³. An die Stelle dieser fortwährend abwechselnden Einlösung und Wiederverpfändung tritt nun im 14. Jahrhundert immer mehr eine gezielte Mobilisierung herzoglicher Pfänder. Sie beginnt da, wo an den ursprünglichen Verpfändungsvertrag in erkennbarer Weise die Absicht geknüpft wird, das Pfand dauernd dem Verkehr zu überlassen. — Dazu auch Verpfändungen herzoglicher Lehen an den meisten wesentlichen Punkten an der Entwicklung teilgenommen zu haben, dürfte bei näherer Betrachtung kaum leugnen. Es kommen nämlich oft Urkunden vor, wo der Herzog seine Einwilligung zu einem wiederkauflichen Verkauf eines Lehnsgutes gibt⁴. In diesen Fällen belehnt der Herzog den Käufer, tritt also selber in direkte Beziehung zu ihm. Auch zu den von Lehnsgut betreffenden Satzungsgeschäften pflegt der Herzog seine Einwilligung zu geben und leistet dann dem

¹ Sudendorf I 244 (1314) „Ego Wilckinus de Gastele cum fratre meo protestantur, quod ex parte Dnns des oblgavimus vllam Needorpe pro 14 M condicione per unum annum quel quond. Dni nri . . . de dant supra dicta per annum, representabimus . . . ipsam villam“.

² Sudendorf I 518 (1319) „quodcumque eorum denuis . . . dictum denuis taten, es handelt sich um die Hälfte eines Schlosses, pro p tota pecunia redimere veluerit cum sua propria pecunia facere debet“.

³ Da aber die herzoglichen Pfänder in vielen Fällen komplizierte, durch Zinslagerung etc. Sachgenossenschaften waren, so wurden auf diese Weise oft neue Verkehrszentren gebildet. So werden in Sudendorf I 44 (1320) vom Herzog von Braunschweig und Lüneburg zusammen verpfändete Schloß Harenburg und Schloss Weichbrod Haren, Zeh in Hannover 10 Bremer Mark jährlicher Einnahme von der Münze.

⁴ Sudendorf IV 62 (1370).

Pfandgläubiger gegenüber das Gewährschaftsverprechen¹. Damit hören aber die Pflichten des Herzogs nicht auf. Entweder verspricht er noch, nach Aufhebung des Lehnsexus zwischen sich und dem verpfändenden Lehnsmann selber in den Pfandvertrag einzutreten², oder er behält alternativ sich und dem Pfandgläubiger das Einlösungsrecht vor³, womit zugleich gesagt war, daß er nur gegen Erstattung der Kaufsumme das Gut vindizieren konnte. Oft wurden zwei komplementäre Urkunden ausgestellt, indem in der einen der Lehnsmann dem Herzoge gegenüber gelobt, das Lehn einzulösen⁴ oder das Mährrecht einzukaufen für den Fall, daß er nicht zahle⁵, in der anderen der Herzog verspricht, nach dem Tode des Lehnsmannes das Gut niemandem zu leihen, bevor die Schuld gezahlt werden würde⁶, oder überhaupt vor dieser Zeit niemandem in Besitz des Gutes kommen zu lassen⁷. Es handelt sich in allen diesen Fällen eigentlich um eine neue Pfandschuld des Herzogs⁸. Darum war die Einwilligung des Herzogs in die Veräußerung eines Lehns noch nicht ohne weiteres zur Verpfändung des Lehns genügend⁹. Vielmehr bedurfte es einer neuen Einwilligung, die oft schon im Belehnungsbriege geschah. Daher nun auch der Parallelismus zwischen dem herzoglichen Pfand und der Satzung herzoglicher Lehen in ihrer Behandlung im Verkehre.

Die Mobiliarierung des Pfandes knüpfte an das Kündigungsrecht des Pfandgläubigers an. Noch am Anfang des 14. Jahrhunderts erscheint dieses Recht als Ausnahme; es wird ge-

¹ Sudendorf VI 130 (1386). Herzog Friedrich erlaubt als Lehnherr dem Konrad Stapel, 6 Hufen Landes auf dem Felde zu Dettum für 54 Mark zu verpfänden. „dusser vorser 54 M. schul we bekennen unde rechte ware weren.“

² In Sudendorf VI 130 (1386) heißt es weiter. „were ouk dat de vorser Condringhe van dades wogene also dat dat vorser gud an uns queme so maghe we de vorben 54 M. dem Gläubiger wedder geuen unde wann we dat don willen dat schrewe we ons verkundigen.“ u. s. w.

³ Sudendorf VII 17 (1396). Die Herzoge Bernhard und Heinrich erklären, daß Hermann Bock einen Hof, welchen er von ihnen zu Lehen besitzt, verpfändet hat. Der Gläubiger soll denselben benutzen „want we oder Bock ten schen taf van on wederloren.“

⁴ Sudendorf VII 71 (1392).

⁵ Sudendorf VIII 38 (1395). Ludeke Muschbrike erklärt, daß er mit Einwilligung des Herzogs Otto seines Lehnherrn einen Sattelhof für 14 Mark auf die Dauer von zehn Jahren verpfändet hat und daß, wenn er innerhalb dieser Zeit den Hof nicht einbat, der Herzog ihn darum mahnen mag.

⁶ Sudendorf VII 72 (1392).

⁷ Sudendorf VII 33 (1392). „unde desse vorgen tegheden en schall nek rement onderwenden to voren noch te benetende te en sy dat men desse vorser tuler ore gholt betalet hebbe.“

⁸ Jenseits des Mittelalters liegt die Umwandlung der herzoglichen Einwilligung in Lehnverpfändungen zu einer bloßen Verwaltungsmaßregel, für die Gebühren zu erheben waren. Hagemann, *Versteine* S. 216.

⁹ Weber, *Handb. des n. Deutschl. geltenden Lehnrechts* IV 463 fg.

regentlich dem Gläubiger als eine besondere „gracia“ gewährt¹. Die Kündigung seitens des Gläubigers hatte aber ebenso wie die oben behandelte seitens des Schuldners eine bestimmte Zeit vor dem Eintritt der Zahlungspflicht zu erfolgen. Find nun die tatsächliche Finklösung nach vorhergehender Kündigung nicht statt, so verblieb der Gläubiger weiter im Pfandbesitze. Eine solche Sicherung konnte jedoch dem Gläubiger mit dem Fortschreiten des Geldverkehrs immer weniger genügen. Auch griff der Verkehr bald zu energischeren Mitteln. Immer häufiger wird dem Gläubiger das Recht eingeräumt unter bestimmten Bedingungen das Pfandgut weiter zu verpfänden, entweder nach Einholung der herzoglichen Einwilligung — *wer ek dat we dat slot voreopen wolen . . . so se da we dat usen heren erst beden*² — oder ohne dieselbe³. Schließlich tritt 1345, zum erstenmal innerhalb unserer Urkunden, die seitdem geläufige Wendung auf, der Gläubiger dürfe sein Pfand mittelst Wervervsetzung bekommen⁴. Sie ist be. herzoglichen Pfandurkunden viel häufiger als in den behandelten städtischen Rentenbriefen zu finden. Regelmäßig wird hinzugefügt, der Pfandhaber dürfe nicht um eine höhere Summe versetzen⁵, als die Schuld betrug. — Zu diesem Verwertungsrechte treten ein vielfach eigentümliche Modifikationen hinzu. Zunächst wird häufig mittelst eines Nacherrechtes der Herzoge das Recht der letzteren oder vielmehr des herzoglichen Hauses gewährt⁶. Ferner ist verhältnismäßig selten die Verwertungsbezugnis ohne jedwede Einschränkung des Personenkreises, innerhalb dessen der Pfandhaber Abnehmer suchen darf, zu finden⁷. Als Ausnahme erscheint ebenfalls die Nennung einer bestimmten, ausnahmslos zum Pfanderwerbe zugelassenen oder von denselben ferngehaltenen Person⁸. Regelmäßig wird dagegen gesagt, der Gläubiger dürfe verpfänden an seine „ghenoten“⁹ oder „an seine Gheken“¹⁰. Negativ wird dasselbe so ausgedrückt, er dürfe verpfänden, wenn er wille „an versten, heren, greuen und stede“¹¹. Aus Verzicht wird oft hinzugefügt, es solle das Schloss nicht an Antente fremder Herren versetzt werden, auch dürfe sich niemand in den

¹ Sudendorf I 231 (1313).

² Sudendorf II 18 (1342).

³ Sudendorf I 383 (1325).

⁴ Sudendorf II 16 (1345).

⁵ Sudendorf II 318 (1341).

⁶ Damit wird ein ähnlicher Erfolg wie sonst mit dem verwandten Institute des Agnaten- und Retraktrechtes erzielt. Heusler a. a. O. II 62.

⁷ Sudendorf III 25 (1375).

⁸ In letzterer Beziehung wird am häufigsten der Bischof von Hildesheim genannt. Das politische Verhältnis zwischen dem Bischofe und den Herzogen erklärt diese Ausschließung zur Genüge.

⁹ Z. B. Sudendorf I 383 (1325).

¹⁰ Z. B. Sudendorf II 18 (1342).

Besitz eines Pfandschlusses „van vorsten heren und stede weghere“ setzen oder nach der Besitzergreifung Amtmann derselben werden. Seitener werden Freie und Stadtbürger mit in die Ausschleissungsformel aufgenommen¹. Daß derartige Schranken vom Verkehre teilweise bereits als lästig empfunden wurden, beweist u. a. die oben geschilderte Notlage, in der sich Braunschweig trotzdem es 20 000 Mark an Schlössern und Festungen der Herzoge bewies, 1383 befand. Es konnte sich damit deswegen nicht befeiden, weil es anderen Fürsten und Herren keine herzoglichen Pfänder versetzen durfte und unter den Ritters und Knappen im Lande sich keine finden, die zu ihrem Erwerbe vorzüglich genug gewesen wären. Bezüglich der rechtlichen Qualität der Beschränkung ist aber davon auszugehen, daß der Personenkreis, der in allen Fällen zur Abnahme des Pfandes berechtigt war, auf die herzoglichen — durch Lehn- und Danatrecht dem Herzog verbundenen — Mannen reduziert erscheint².

Wie schon hier, so lassen sich bei näherer Betrachtung auch sonst vielfach lehnsrechtliche Elemente unterhalb unserer Urkunden nachweisen. Der Herzog pflegt schon in der Verpfändungsurkunde seine Einwilligung zur Verwertung zu geben. Der typische Ausdruck lautet: „quid de nostro heri consensu“ . . . „und es soll unser wille sein“. Dabei wird jedoch gefordert, daß der neue Erwerber in herkömmliche rechtliche Beziehung zum verpfändenden Herzoge trete: „et contra re debeamus, si a nobis fuerit requiritum“³. Die Analogie mit dem Lehnverkehr liegt auf der Hand. Noch deutlicher spricht die Art und Weise, wie das Rechtsverhältnis in den Urkunden zurecht gelegt wird. Es wird zuweilen vom Herzoge gesagt: „und wemo se lat seiten, dem seulle we cat lonen solker was als we n ghedan hebben und le scal de saluen wissenerheit don, de se us ghedan hebben“⁴. Das Rechtsgeschäft zwischen dem Veräußerer und Erwerber wird als Satzung, die zwischen dem Erwerber und dem Herzoge als Bezeichnung aufgefaßt. Der Gedanke war aber der, daß infolge der Weiterversetzung ein Pfandrecht in der Person

¹ „Wem er wolle . . . ane vorsten, heren, greve vrie und stede“, Sudendorf III 71 (1358).

² Nur in einem Falle erscheint auch dieser Personenkreis nicht ohne weiteres berechtigt. In dem Schriebe von 1392 wird unter den Punkten, die der Pfandinhaber beschwören mußte, auch der angeführt, er werde niemandem das Schloß abtreten, der nicht die Sate beschworen hatte. Erst wenn er derartige Abnehmer nicht finden konnte, war er berechtigt, anderweitig das Gut zu veräußern, und zwar nach Ablauf eines halben Jahres während dessen die Mitglieder der Sate Niderrecht besaßen. In diesem Falle waren es ganz neue politische Anschauungen, welche die einschränkende Bestimmung diktierten.

³ Sudendorf I 300 d 17.

⁴ Sudendorf II 115 (1345).

des Erwerbers entstand, zu dem nunmehr die Belehnung hinzuzusetzen um den Begriff des Pfandlehns zu vollenden. - Wie beim reinen lehnrechtlichen Verkehre tritt auch hier die Verbriefung zunächst substantiell neben dem formellen Akte auf. So sagt der Pfandgläubiger in einer reversartigen Urkunde vom Herzoge aus: „wenn und vorbehaltlich ich (dem Erwerber) als er aus leitet und vorrevet hof“. Späterhin wird auf die Verbriefung der Hauptnachdruck gelegt, und so lautet dem die ständige Klausel, der Gläubiger darfe das Pfandgut weiter versetzen, und wenn er es versetzte, der solle dem Herzoge und der Herzog ihm mit wechselseitigen Briefen Sicherheit leisten (vorwaringe den). Ob in allen Fällen solche Urkunden ausgestellt wurden, eine Investitur des neuen Erwerbers seitens des Herzogs stattfand, läßt sich nicht bestimmen. Mochten aber auch vielfach die Briefe als ausreichend erschienen sein, so blieb doch ihr wechselseitiger Austausch an nach Ursprung und wesentlicher Wirkung lehnrechtlicher Akt. Er blieb es so sehr, daß er in dem Falle, wo ein Dienstmann mit seinem eigenen, nicht vom Herzoge geliehenen Gute denselben diente und mehrentheils eine scharfe Trennung vom Lehnrechte vorhanden war, nicht mehr stattfand. Nur einseitige briefliche Sicherung des Herzogs seitens des neuen Erwerbers war hier üblich¹. So läßt denn der gegenseitige Briefaustausch bei Wiederversetzungen die lehnrechtliche Natur des zu Grunde liegenden Rechtsgeschäftes präsumieren. Da er aber unterschiedlos in allen Arten herzoglicher Pfandverträge gleich häufig vorkommt - einerlei ob sie ausdrücklich von Belehnung sprechen oder nicht -, so scheint mir der Beweis für die obige Behauptung zu liegen, daß die prozessuale Begründung für alle herzoglichen Pfandverträge eine einheitliche und zwar eine lehnrechtliche war. Endlich möge noch betont werden, daß gelegentliche Ausdrücke der Quellen deutlich auf den Zusammenhang hinweisen, der zwischen Pfandübertragungen und der Simultaninvestitur als Wurzel des Lehnverkehrs bestanden zu haben scheint². Es gehört herher vor allem die Wendung, es werde

¹ Z. B. Sudendorf II 18 1312). Die Dienstpflicht wurde somit als eine Reuektul. aufgeführt, welche jeden Inhaber besonders übernehmen mußte. Die Besonderheit dieses Falles ist um so bezeichnender als auch hier ein Nalerecht dem Herzoge eingeräumt und die Verwertung in der oben besprochenen Weise beschränkt wird. Der betragene Punkt war somit sowohl mit reinem Dienst als Lehnrecht vereinbar während der gegenseitige Briefaustausch auf das Lehnrecht beschränkt gewesen zu sein scheint.

² Eine Auszeichnung der Simultaninvestitur auf sämtliche herzogliche Mannen lag dann nahe und seitdem war der Umfang der Verwerbarkeit herzoglicher Pfänder von der Expansion der Lehnquantität abhängig. Das häufige Vorkommen von Statutarien in Lehnbriefen und -büchern des 14. Jahrhunderts erklärt zur Genüge, daß sie immer mehr in der die Verwerbarkeit einschränkenden Klausel verschwinden.

verpfändet an einen natürlich Genannten und „zu gesamter Hand“ an ihn oder diejenigen, welchen er nach Maßgabe der Verwertungsklausel das Gut weiterversetzen würde.

Fassen wir die herzoglichen Pfandurkunden mit Einräumung der Verwertungsbefugnis als eine Stufe in der Entwicklung des Pfandrechtsverkehrs zusammen, so sehen wir eine zwiefache Unabildung an dieselbe anknüpfen. Weniger wichtig ist zunächst die Auslieferungspflicht des Pfandinhabers. Abgesehen von dem Falle, wo der Herzog selber Auslieferung des Schlosses forderte, war der Inhaber verpflichtet — etwaige gegenteilige Bestimmungen ausgeschlossen — einer solchen Forderung seitens jedes Dritten nachzukommen. Dieses aber nur dann, wenn er von letzterem die Einlösungssumme erhalten, der Herzog seine Einwilligung gegeben und der Einlösende mit dem Herzoge die Briefe ausgetauscht hatte. Schon früh wurde aber dieser Zustand überwunden, und nunmehr wird regelmäßige Auslieferung „dem Herzoge edler wenn le wil“ zugesagt. So konnte der Herzog entweder einem Stellvertreter, insbesondere seinem Amtmann, oder einem neuen Pfandgläubiger das Schloss aussetzen lassen. Nicht minder einem neuen Eigentümer, dem er etwa das Pfandgut käuflich veräußert hatte¹. Für die Herzoge waren jedoch Eigentumsveränderungen nur in beschränktem Maße möglich. Darum ist wohl hierfür die Klausel nur selten gebraucht worden.

Wen wichtiger war die Entwicklung, durch welche das Recht des Pfandhabers beweglicher gemacht wurde. Die geschilderte Verwertungsbefugnis blieb nicht allein auf den Fall beschränkt, an den wir oben angeknüpft haben, wo auf vorhergehende Kündigung des Gläubigers keine effektive Zahlung zum Termine folgte. Vielmehr wurde sie auf alle Verhältnisse ausgedehnt, wo der Gläubiger ein rechtlich geschütztes Interesse hatte, daß ihm das Geld ausgezahlt wurde. Viele Urkunden gestatten sie von einem bestimmten Zeitpunkte ab, wenn nämlich die zu Grunde liegende Schuldforderung eine betrübete war. Häufig wird sie von einer erfolglosen Kündigung des Schuldners — nicht des Gläubigers, wie oben — abhängig gemacht. In dieser Lage soll der Pfandinhaber gegen die Nachteile geschützt werden, die sich für ihn aus der mangelnden Erfüllung der gegebenen Zusage ergaben. Viel seltener wird allerdings die Verwertung ohne jedwede Bedingung gestattet².

¹ In diesem Falle handelte es sich zugleich um Anweisung des Pfandhabers an einen neuen Lehnsherrn. Solange das dingliche Element nicht vollständig über das persönliche Treuverhältnis im Lehen gemengt hatte, wurde diese Anweisung nur unter der Bedingung einer persönlichen Annahmerichtung zwischen dem Pfandgläubiger und dem neuen Lehnsherrn als eine rechtlich notwendigen Vollzugeschäftes gesandt. Heister 2, 1 Q II 161.

² Sudendorf III 258 (1365).

Auch sonst kann man vielfach näher verfolgen, wie die Verwertung herzoglicher Pfänder immer allgemeiner üblich wird. Zunächst ist die Ausdehnung der Verwertungsklausel auf künftige Kreditverträge zu betonen, kraft deren das Pfand einer dritten Vertrauensperson bis zum Schuldtermine ausgeliefert wird. Hier wird dem Gläubiger das Recht erteilt, mangels Zahlung zum Termine das Pfand sofort weiter zu verpfänden, ohne daß er es also vorher in eigener Nutzung irgendwie gehabt hätte. Hier wird die Verwertung nicht als eine künftige Eventualität in Aussicht genommen, sondern sie erschöpft den ganzen Pfandrechtsbegriff. Auch hinsichtlich des herzoglichen Naberrechts wird die Gewohnheit des Verkehrs insoweit berücksichtigt, als dem Herzoge das Recht eingeräumt wird, das Pfand zu dem Preise, den die Genossen bieten, zu erwerben¹. Endlich wird sogar bei Pfandverträgen unter Herzögen Verwertung des Pfandes gestattet². Wenn demgegenüber zuweilen noch den Herzögen Konsensrecht für Weiterversetzungen eingeräumt wird³, so liegt entweder ein besonders wichtiges Pfand vor, oder es kam praktisch auf ein Wahrecht des Herzogs unter den Nachtragenden hinaus.

So drängt denn die Entwicklung des Verkehrs bald auch über die Schranken der Verwertungsklausel hinaus. Es kommen Pfandurkunden — sowohl herzogliche als private — vor, in denen der künftige Pfänderwerber ohne weiteres, mit Übergang des gegenseitigen Briefaustausches, für berechtigt erklärt wird. Ausdrückliche Einschränkung der zum Pfand erworben befugten Personen auf die Genossen des Gläubigers erscheint hier bereits als Ausnahme⁴. Doch übten wohl freie Fürsten nach wie vor ausgeschlossen. Hierzu kam nun die Funktion des Briefes. Schon in der oben citierten Urkunde (vgl. Anm. 4) wird gesagt, der Herzog solle den Brief auch dem künftigen Pfänderwerber gegenüber halten. Dadurch war bereits eine gegenüber wechselnden Berechtigten „auf Urkunde“ bestehende Verpflichtung geschaffen. Es lag nahe, nunmehr auch die Berechtigung an den Besitz des Briefes zu knüpfen. So war denn der regelmäßige Fall, den wir als den meist vollendeten Typus der zweiten Hauptentwicklungsstufe des Verkehrs hinstellen, der, daß als Pfandkäufer eine bestimmte Person „eider wer dessen brief heft in t eren willen“ genannt

¹ Sadendorf V 97 (1377).

² Sadendorf I 563 (1334). Herzog Ernst von Braunschweig verpfändet seinem Bruder Heinrich seinen mit ihm bisher gemeinsam besessenen Anteil an Dörferstedt.

³ Sadendorf I 142 (1357). Der Gläubiger, dem das Schloß Gieschewer verpfändet wird, sagt „ok er wille wi . . . nemerle settet, versetten edder verpfechten, we en den dat wil sene wilen“.

⁴ Sadendorf VII 28¹ (1394). „were ok lit se wunen dussel vortet jarm gemunde ore gheneet an dat slet und ghade settet warden den oder demne schoide wi . . . dussen brief holden . . .“.

wurde, d. h. der herzogliche Pfandbrief die Orderklausel recipierte. Der Lehnser hatte sich dann mittelst eines Willensbriefes zu legitimieren¹. In einzelnen Urkunden ward die Orderklausel etwas schwerfälliger ausgedrückt: „solder dem sy den Triff geben, versetten oder verpenden“. Diese Ausdrucksweise läßt die seit der ursprünglichen Investierung jedes einzelnen Berechtigten durchlaufene Entwicklung besonders klar durchschimmern. Nicht mehr die (physische) Gewere am Orte, sondern die (faktische) Mobilien- oder Gewere am Orte schützt den Pfanderwerber².

Ähnlich hat sich der Verkehr bei Pfandverträgen über herzogliche Lehen gestaltet. Im einzelnen haben sich jedoch verschiedene Abweichungen. Zuweilen wird bestimmt, der eventuelle Pfanderwerber solle schon durch den Lehnsherrn geschützt sein³. Alsdann könnte der Lehnbrief im Verkehre eventuell zugleich als Pfandbrief fungieren. Regelmäßig vollzog sich aber der Pfandverkehr von Lehnsherrn unabhängig. Er schloß sich entweder an den Einwilligungsbrief des Herzogs⁴ oder an den Verpfändungsbrief des Lehnsmanns an. Der Lehnverkehr konnte hierbei seinen besonderen Weg gehen. Er wurde aber durch die Pfandschuld als Realschuld erschwert. Es pflegte bestimmt zu werden, daß der Lehnbrief des Lehnsherrn seitens des Lehnsmannes niemandem ausantwortet werden sollte, es sei denn mit Willen des Pfandgekauers. Auch dann hatte aber der neue Lehnserwerber dem Pfandinhaber einen Brief zu geben, degenenßs er das Gut zur treuen Hand desselben hielten und ohne seinen Willen nicht weiter veräußern sollte⁵.

Vergleicht man die zwei geschilderten Verkehrsstufen — derjenige, welche durch die Verwertungsklausel und gegenseitigen Brieftausch — und derjenige, welche durch die Orderklausel charakterisiert wird — miteinander, so findet man als das beiden Gemeinsame folgendes: Auf beiden Stufen ist das

¹ Die gewöhnlichen Ausdrücke lauten: „wenne se lessen an irren brief antworseten mit beweyse ihren besigeten bewes“ oder: „wenne se denne antworsete dessen brief mit witten unde mit erandeneit minne und dat bewisen moete“.

² Vereinzelt wirkt die alte Anschauung noch teilweise nach. So bestimmte Herzog Magnus 1471 (Sudendorf IV 152) im Todesfall des Pfandinhabers, er wolle der Pfandvertrag demjenigen halten, dem jener den Brief mit Willen ausgehandelt und zugleich das Schloß „zu treuer Hand“ des Herzogs überhandelt hatte. Hier gilt der Besitzer von Schloß und Brief als der Berechtigte.

³ „Wenne se dat versetten, der soll mit dessen briefe wel bewaret sein“.

⁴ 1492 erklärte Herzog Friedrich von Braunschweig und Lüneburg, daß mit seiner Bewilligung die von Weiterlinge der „Besserung“ des von ihm zu Lehen vertheuten Zehnten an einen Läger „unde deme edder den de dessen brief holder mit erson willen“ verpfändet haben.

⁵ Sudendorf IX 231 (143).

Recht des neuen Erwerbers ebenso von dem Rechte des Afterpfandgäuligers¹ und Singularsuccessors verschieden, wie wir es oben für das reine insbesondere Mobilien-Pfand nachgewiesen haben. Es liegt also ein dem Herzoge als ursprünglichem Verpfänder gegenüber wirksames und originäres Recht des neuen Erwerbers vor. Dies ist besonders Platner gegenüber zu betonen, der in seinem Aufsatz „Über den Wiederkauf“ (Zeitschrift für Rechtsgeschichte IV) den ganzen mittelalterlichen Verkehr mit Pfandverordnungen durch Ausnahme der Singularsuccessoren auf eine uralte Basis gestellt hat — Noch wichtiger ist der Unterschied beider Verkehrsstufen, den Platner gänzlich vernachlässigt. Allerdings reduziert er sich, wenn man, wie Platner, nur das materielle Recht berücksichtigt, auf die folgende Differenz. Während auf der zweiten Entwicklungsstufe der qualifizierte Erwerber unmittelbar das Pfandrecht selber besitzt, darf er auf der ersten nur das Recht beanspruchen, vom Herzoge briefliche Rechtsanerkennung (neben finanzieller Gewerterteilung oder ohne dieselbe) zu verlangen. Sein Recht wird ihm hier erst mittelbar zu teil, es ist nur eine Stufe zurückgedrängt. Stärker erscheint der Gegensatz vom Standpunkte des Prozessrechtes. Der Belehnungsakt war stets ein Eingriff des Herzogs als (lehnrechtlichen) Gerichtsherrn². Ebenso der an seine Stelle tretende Briefaustausch. Indem nun auch dieser verschwand, hörte die Gerichtlichkeit der Pfandrechtsübertragung auf. Damit war der Pfandverkehr seiner charakteristischen Fesseln entledigt³. Die Konstitution herzoglicher Pfänder konnte

¹ Und auch hiervon zu überzeugen, genügt ein Vergleich mit der folgenden Afterverpfändungsurkunde. Es verkauft 1353 Gert Urkb. 1188 der Ritter v. Pöschke aus ihm selber vom Herzoge wiederkauflich verkaufte Dorf Götzen in derselben Weise an den Rat von Göttingen. Er schreibt: „Ok bekenne we dat we breve hebben van hertogen Otto v. Brunschwe over dat dorp . . . unde lo seven hebbe we dessen vorb rade gheant met dessem breve also danc wys dat we mit vorden nen rhande wederkopen noch lusinge enghen einschiden desse vorb 30 M en werden en weder bereit.“ Es besteht hier keine direkte Verbindung des neuen Pfandgäuligers mit dem ursprünglichen Verpfänder. Die Sicherung des ersten e folgt erst indirekt und künstlich durch Ausantwortung des Briefes aus Ausschluß der Endlosung einer vorhergehende Betheiligung des Gäuligers — Seinerorts stellt der Ritter von Pöschke einen Vertreter des herzoglichen Pfandverschreibers her (former Brief aus, Es verspricht, mit einem eventuellen weiteren Pfandabnehmer kein Brief auszusuchen zu wollen).

² Als Gerichtsherr fungierte der Herzog nicht bloß auf dem Gebiete des Lehnrechts. So beurkundet er den Verkauf einer „eigenen Hufe“, die „vor uem gerichte gewent“ worden war. Sudend. 17 II 134 (144).

³ Man kann also sagen, daß der Übergang von der ersten Verkehrsstufe zur zweiten den Pfandverkehr nach eine wirtschaftliche — bei letzterer Linie ungewandelten Inhalte nach eine rechtlich neue Erscheinung war. Aus den zunehmenden Bedürfnisse nach der Veräußerlichkeit von Pfändern folgte der Fortfall lehnrechtlicher Seranken — Dabei gilt

zwar nach wie vor eine lehnrechtliche bleiben, von Standpunkte des Verkehrs war dies aber nicht mehr notwendig. Vor allem ist jedoch der administrative Gesichtspunkt hervorzuheben. Auch wenn man als das Regelmäßige annimmt, daß die Orderklausel nur eine einmalige Handänderung gestattete, wird man der zweiten Stufe eine Lockerung des Verhältnisses zwischen dem Herzoge und dem neuen Erwerber zuschreiben müssen. Und doch hatte der Herzog ein Interesse, den jedesmaligen Berechtigten herauszufinden. Zunächst deshalb, weil dieser ihm gegenüber verpflichtet war, nach erfolgter Einlösung das Schloß auszuliefern. Sodann aber deshalb, weil das Pfand einen für sich selbständigen Verwaltungskreis darstellte, gleichsam einen Teil der herzoglichen Herrschaftsgewalt in sich faßte.

Für die Städte, wo ein ähnlicher Gegensatz von Verkehrsstufen nachgewiesen werden ist, haben wir in der rechtlich-administrativen Buchung das Institut gefunden, das den Übergang von der ersten zur zweiten ermöglicht und anschaulich gemacht hat. Ein solches Institut besaßen die Herzöge allerdings für den Lehnverkehr. Im „Lehnbuche“ wurden die herzoglichen Lehnleute nacheinander angeführt und dem Namen jedes einzelnen folgte die Aufzählung sämtlicher in seiner Hand vereinigten Lehnsgüter. Die Lehnbücher enthalten außer den Belehnungen einen Lehnzinsverzeichnissen, Verpfändungen von Lehen u. s. w., nirgends sind aber in denselben herzogliche Pfänder nachweisbar. Auch darf man bezweifeln, daß dieselben anderweitig in genügender Weise gebracht worden seien. Vergleicht man die urkundennmäßig überlieferten Pfandverschreibungen privater Grundherren mit unseren Territorien mit den öffentlichen, so sehen wir in jenen innerhalb der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts die Orderklausel mit Vorliebe angewendet. Bezüglich der herzoglichen Urkunden drängt sich aber — soweit überhaupt bei solcher Zusammenhanglosigkeit der Nachrichten allgemeine Urteile möglich sind — folgende Wahrnehmung auf. In der letzten Zeit des 14. Jahrhunderts

die sofortige schließliche Heimung der Typen auf. Überall, wo die unbedingte Veräußerlichkeit des Pfandes ohne Beschränkung auf gewisse besondere Eventualitäten gestattet wird, wird auch die Orderklausel gewahrt. Die wenigen Ausnahmen sind ebenfalls eingehend angeführt worden. Es mag aber noch besonders erwähnt werden, daß die oben citierte Urkunde, welche ein unbedingtes Verwertungsrecht mit Briefaustausch einräumt und ferner, welche — ebenso ausnahmsweise — das Verwertungsrecht ohne Beschränkung des Kreises der Abnehmer gestattet, nicht aus Sudendorf III 258. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.

die sofortige schließliche Heimung der Typen auf. Überall, wo die unbedingte Veräußerlichkeit des Pfandes ohne Beschränkung auf gewisse besondere Eventualitäten gestattet wird, wird auch die Orderklausel gewahrt. Die wenigen Ausnahmen sind ebenfalls eingehend angeführt worden. Es mag aber noch besonders erwähnt werden, daß die oben citierte Urkunde, welche ein unbedingtes Verwertungsrecht mit Briefaustausch einräumt und ferner, welche — ebenso ausnahmsweise — das Verwertungsrecht ohne Beschränkung des Kreises der Abnehmer gestattet, nicht aus Sudendorf III 258. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.

die sofortige schließliche Heimung der Typen auf. Überall, wo die unbedingte Veräußerlichkeit des Pfandes ohne Beschränkung auf gewisse besondere Eventualitäten gestattet wird, wird auch die Orderklausel gewahrt. Die wenigen Ausnahmen sind ebenfalls eingehend angeführt worden. Es mag aber noch besonders erwähnt werden, daß die oben citierte Urkunde, welche ein unbedingtes Verwertungsrecht mit Briefaustausch einräumt und ferner, welche — ebenso ausnahmsweise — das Verwertungsrecht ohne Beschränkung des Kreises der Abnehmer gestattet, nicht aus Sudendorf III 258. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 31

schwanken die Herzöge beständig zwischen beiden Rechtsformen, bis zuletzt eher die erstere, unvollkommenere überwiegt. Jones Schwanken läßt sich in einer Urkunde aus dem Jahre 1399 auch außerlich wahrnehmen, als sie ursprünglich die Orderklausel enthielt, darauf aber dieselbe durchstrichen und an ihre Stelle die Verwertungs-befugnis des Gläubigers samt der Pflicht des Erwerbers Briefe mit dem Herzoge auszutauschen, eingesetzt wurde. Es ist kaum anzunehmen, daß die Begünstigung der ersten, den Verkehr jedenfalls begünstigenden Verkehrsstufe ausschließlich vom Gläubiger ausging. Die Sicherung, welche er hierin für seine Nachfolger erblicken konnte, war ja schon im höheren Maße in der Möglichkeit der Besitzergreifung gegeben. Auf der Seite des Herzogs entsprach dem allerdings der Vorteil, daß er sich stets an den Besitzer des Pfandobjektes halten konnte der in der Regel auch der Berechtigte war und selbst ohnedem zur eventuellen Auslieferung des Schlosses und sonstigen Leistungen angehalten werden durfte. Dassonungswesicht war es für den Herzog kein zu unterschätzender Gewinn, den Berechtigten direkt finden zu können. In dieser Beziehung hat aber die Wiederholung des Briefaustausches eine bessere Gewähr als einfache Übertragung des Briefes. Beiderseitiger Interessen willen behielten somit die Herzöge die ältere, das Wertpapier ausschließende Rechtsform neben der jüngeren fakultativ bei, während die Städte den zunehmenden Schuldverkehr so zuvörderst mittelst eines zeitgemäßen Inhabits — der Buchung — zu organisierter gewußt haben, daß sie ganz allgemein zur Wertpapierform übergehen konnten. Für die Städte erschienen Brief und Buch als zwei zusammenwirkende, für die Territorien erscheinen der Brief und der periodische Briefaustausch als einander ausschließende Verkehrsmittel.

Es ist um so wichtiger, diese Rechtsbildungen zu verstehen, als sie die Regelung des Kreditverkehrs bezwecken und dasselbe Ziel auch in der Folgezeit vielfach angestrebt worden, ja sogar in der Gegenwart noch nicht vollkommen erreicht ist. Aus denselben Gründe kennt es vor allem darauf an, die einzelnen hieher gehörigen Versuche miteinander zu vergleichen. Zu einer vollständigen geschichtlichen Zusammenfassung fehlt aber — selbst mit Beschränkung auf unser spezielles Untersuchungsgebiet — noch soviel, daß hier lediglich diejenigen Verhältnisse zur Vergleichung herangezogen werden mögen, welche einen besonders beachtlichen Maassstab für die Schätzung der geschichteten Rechtsformen zu bieten scheinen. — Dabei stellt sich die herzogliche Schuldverschreibung als Glied einer doppelten Entwicklungsreihe dar. Sie war zunächst Realkreditschreibung einem Grund Herrn, ein durch die Macht des städtischen Kapitals aufgedrängter Versuch, der Grund und Boden zu mobilisieren

In dieser Hinsicht war sie die Vorstufe der modernen Hypothek. Faßt man dagegen die mittelalterliche Grundherrschaft insbesondere aber die mittelalterliche Landesherrschaft als die Wiege des modernen Staates auf, so kann man in der herzoglichen Schuldverschreibung zugleich den Vorläufer des modernen Staatsbankrotts erblicken.

Der Hypothekverkehr ist in neuester Zeit wiederum in den Vordergrund des Interesses getreten. 1867/68 ist in Preußen ein Gesetzentwurf über indossable Hypothekbriefe eingebracht worden¹, und auch in der Litteratur wird eine stärkere Heranziehung der Hypothekbriefe in den Wertpapierverkehr gefordert². Diesen Forderungen gegenüber steht das fest eingebürgerte Institut des Grundbuchs, dessen rechtliche Bedeutung allerdings innerhalb der modernen Entwicklung vielfach verschmälert erscheint. Während einzelne fremde Rechtsordnungen dingliche Rechte ausschließlich von der Eintragung abhängig machen, trifft das preussische Gesetz vom 5. Mai 1872 nur bezüglich der freiwilligen Eigentumsveräußerung eine ähnliche Bestimmung. Ein Zwang zur Buchung findet nur insofern statt, als die dinglichen Rechte durch sie allein Wirksamkeit Dritten gegenüber erlangen. Dieselbe Folge hatte nun das deutsche Recht an die faktische Detention des Grundstücks für alle in der „Gewere“ ruhenden Rechte³ gebunden. Die Buchung des preussischen Rechts bietet also — mit den Verhältnissen des herzoglichen Grundkredits verglichen — nur einen Ersatz für den faktischen Besitz des Gläubigers. Ein Ersatz für den Bruchtausch fehlt. Es mußte jedoch erwogen werden, ob er auch bei den übertragbaren Hypothekbriefen feller dürfte als bei nicht etwa die Wirkung der Buchung auf die Gültigkeit des dinglichen Rechtes — insbesondere dem Gutsherrn gegenüber — abgedehnt worden sollte⁴. Nur durch eine solche Reform

¹ Der „Entwurf eines Gesetzes über Ausstellung indossabler Hypothekbriefe“ ist nicht angenommen worden. Siehe Mascher: Deutsches Grundbuch und Hypothekenwesen 1860.

² Grundsätzlich nicht Hypothekbriefe, sondern praktisch durch Ermöglichung von Übertragungen, namentlich einer Blankocession den Inhaberpapieren angenähert werden. Vorschlag und Begründung der Mobilisierung von Hypothekenkrediten siehe bei Mascher ebenda. Willmanns: Kredit des Grundbesitzes Berlin 1868, S. 9 fg.

³ Solange die Gewere als eine Investitur ausreichte, auf dem Grundstück vorgenommene Handlungen waren deshalb das Rechtsverhältnis schon mit der erfolgten Investitur Dritten gegenüber wirksam. Anders bei der späteren symbolischen Investitur.

⁴ Demnach wäre auch in gewisser Beziehung die Grundbuchführung der vielfach erklärten städtischen Buchung näher. Denn auch diese hatte eine zwiefache Funktion. Sie bewirkte den Übergang dinglicher Rechte, also auch der Reutzrechte, und machte sie zugleich Dritten gegenüber wirksam. Hier war jedoch kein faktischer Besitz vorhanden, der die Wirksamkeit Dritten gegenüber schon an sich zur Folge hatte. Dasselbe gilt von demjenigen modernen Grundbuche, welches den Bestand dinglicher Rechte von der Eintragung abhängig machen

wurde bei anerkannter Übertragbarkeit der Hypothek Ordnung und Sicherheit in die Zurechnung gebracht werden können. Manche Gesetzgebungen haben ja schon hinsichtlich der Cession von Hypothekbriefen vorgeschrieben, daß die Umschreibung der Hypothekartordnungen im Grundbuch Erfordernis ihrer Abtretung sei¹. Die größten administrativen Schwierigkeiten würden sich, wenn die Buchung zur Rechtsbegründung nicht nötig wäre, in dem Falle ergeben, der als der praktisch wichtigste anzusehen ist, wo nämlich eine Realkreditgenossenschaft die Emission von übertragbaren Hypothekenbriefen übernimmt². Am zweckmäßigsten für ihre Verwaltung wäre es, wenn die Führung der Grundbücher ihr selber übertragen würde. Das ist bei öfterlichrechtlichen Genossenschaften nicht unmöglich, auch mehreren bereits in Anregung gebracht worden. Die Entwicklung scheint demnach einer Kumulierung von Brief und Buch zuzustreben, wie sie die mittelalterlichen Städte — allerdings nur unvollkommen — zuerst in der Kreditgeschichte bieten³.

Führt man die Verwandtschaft der herzoglichen Kreditverschreibung mit dem modernen Staatsschuldscheine ins Auge, so wird man in der Forderung einer direkten Beziehung zwischen Herzog und Gläubiger einen natürlichen Gedanken, wie er in dem Staatsschuldbuche zum Ausdruck gelangt ist, erkennen. Das letztere ist neuerdings in seiner allgemeinen Bedeutung für den öffentlichen Kredit gewürdigt und in den einzelnen gegenwärtigen Hauptformen dargestellt worden⁴. Doch fehlt es an geschichtlichen Aufklärungspunkten so sehr, daß hier wenigstens folgende vergleichende Gesichtspunkte Aufnahme finden mögen. Wie in der mittelalterlichen Herzogtumern, so bestehen auch in den wichtigsten Staaten der Gegenwart zwei einander ausschließende Systeme des öffentlichen Schuldverkehrs: in dessen Falle Buchung und Wertpapiercirculation. Doch wird die Wahl zwischen beiden nicht vorzuziehen in dem Schuldvertrage getroffen, sondern dem jedermahligen Beabsichtigten anheimgelassen. Unterschiede zwischen den einzelnen heutigen Staaten finden sich nur hinsichtlich des

¹ So das sächsische Herzogliche Gesetzbuch. Das Mecklenburger Recht legt dem Cessionar von Hypotheken an ritterschaftlichen Landgütern die Verpflichtung auf, die Eintragung des erworbenen Kredits binnen Jahresfrist zu bewirken. In Preußen ist die Umschreibung dem Betheiler des Cessionars anheim gegeben, auch giebt es in mancher Beziehung erhöhte Sicherheit. Siehe Dornburg, *Preuss. Privatrecht* 1884 S. 28 fg.

² Bekker, *Reform des Hypothekenwesens*, Berlin 86, S. 82 fg. nicht in einer stärkeren Hervorhebung des Genossenschaftswesens zugest. die Notwendigkeit einer Ausdehnung des Buchungssystems.

³ Die räumliche Selbstverschreibung liegt übrigens der modernen Hypothek entgegengeschichtlich näher wie die herzogliche, welche ihrerseits vor allem die wirtschaftliche Zweckfunktion mit ihr gemein hat. Die Hypothek entstand nämlich, wie bereits oben erwähnt, durch Verknüpfung des Realkaufs mit einem Unterpfande-Satzung.

⁴ Stein, *Handbuch der Finanzwissenschaft* II 2 S. 287 fg.

Umfanges sowie der Art der Anlage des Staatsschuldbuches, wie sie sich historisch entwickelt hat. Das 1883 eingeführte preussische Staatsschuldbuch erscheint als eine von außen her recipierte Institution von sehr beschränkter Wirksamkeit. Es dient ausschließlich für die unverbriefte fundierte Staatsschuld¹. Über die eingetragenen Forderungen können aber Verfügungen, wie Übertragung, Verpfändung u. s. w. mit dem Erlaube rechtlicher Geltung dem Staate gegenüber nur mittelst einer Eintragung im Buche getroffen werden². Durch den Vertrag mit dem bisherigen Berechtigten erhält der neue Erwerber nur einen Anspruch auf Registrierung. Glaubiger wird er aber erst durch die Registrierung selbst. — Im Gegensatz zu Preussen ist Frankreichs Schuldbuch der Ausgangspunkt für die Organisation des Schuldenwesens geworden. Mit den mittleren Veraltnissen ist dieses Institut nicht deshalb unvergleichbar, weil es den Reformen der französischen Revolution seinen Ursprung verdankte, denn das Mittel, zu dem man griff, war doch im Grunde nur die damalige Rentenschuld. Vielmehr scheint uns die Inkongruenz in folgendem zu liegen. Man stellte den Rentenbegriff in Frankreich so bestimmt und einseitig hin, daß die Möglichkeit der Mobilisierung für das moderne Recht ausgeschlossen war. Man vollzog somit den von der Praxis aufgezwungenen Kompromiß mittelst einer schroffen Abwendung von den Prinzipien, die das Staatsschuldbuch verkörperte. Neben den titres nominatifs, welche bloße Auszüge aus dem grand livre waren und Umschreibungen in demselben zum Zwecke einer Übertragung notwendig erleichtern, wurden Schuldtitel in Form von Inhaberpapieren eingeführt. In keiner Weise könnte man hier von zwei Stufen derselben Entwicklung sprechen. Auch die englischen Verhältnisse können nur dann richtig aufgefaßt werden, wenn man von dem Schuldbuche (great ledger) ausgeht. Schuldverschreibungen — die der Gläubiger nach Belieben zu Order- oder Inhaberpapieren machen kann — werden überhaupt nur auf Verlangen ausgestellt. Specifische Eigentümlichkeit der englischen Buchung ist, daß sie von der englischen Bank geführt wird und auch ihrer Qualität nach als eine bankmäßige erscheint. Die Übertragungen der Forderungsrechte werden in einem besonderen Buche — dem transfer-book — eingeschrieben, der Eintrager erwirbt dann den Anspruch, aus Hauptbuch als Besitzer eines Guthabens bei der Bank aufgenommen zu werden. Das eigenartige Verhältniß, in dem die Bank von England zur staatlichen Schuldver-

¹ E. Franke, Das neue preussische Staatsschuldbuch. Im Finanzarchiv I.

² Siehe Preuss. Gesetz betreffend das Staatsschuldbuch von 1883, § 7 Abs. 2.

waltung steht, hat also auch dem englischen Schuldverkehr seinen Stempel aufgedrückt. —

Unter den Momenten, die den Lehn- und Pfandverkehr begünstigt haben, ist oben die Simultanvestitur und die Verpfändung an mehrere Gläubiger „zur gesamten Hand“ angeführt worden. Letztere ist für den herzoglichen Schuldverkehr noch insofern bedeutsam geworden, als der Gesellschaftsbegriff, den wir bereits im Keim enthielt, in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts eine gewisse Ausgestaltung erlangte. Über den Gang der Entwicklung liegen freilich nur spärliche, teilweise einander schon bar widersprechende Nachrichten vor. Während oft in Fällen der Verpfändung „zur gesamten Hand“ jeder Berechtigte anstatt aller aufzutreten befugt ist¹, bilden sich anderweitig genossenschaftliche Verhältnisse — von allem in der Folge — aus. Eine eingehendere Erforschung ist nur bei zwei größeren Glaubergenossenschaften möglich. Die erste stammt aus dem Jahre 1349, Herzog Magnus verpfändet mehreren Rittersn für 315 Mark, die sie zu ungleichen Anteilen geliefert haben, einen Zeh so wie andere Einkünfte² und erlaubt, falls einer der Genossen sein Geld brauchen sollte, die Veräußerung des Anteils, in welchen Falle er kann briefliche Sicherung dem Erwerber zuspricht³. Die zweite Genossenschaft wurde 1375 gegründet, und zwar gemeinsam von den Räte von Lüneburg und den Herzogen, insbesondere den sächsischen, mit denen Herzog Borard von Braunschweig gemeinschaftlich handelte. Pfandgläubiger waren mehrere Hamburger Bürger, die zu ungleichen Teilen 5000 Mark geliehen hatten. Für diese Summe wurde ihnen der Lüneburger Salzzoll versetzt. Gleichzeitig wurde eine künftige Erhebung der Pfandsumme in Aussicht genommen und für diesen Fall das Kapital von 7000 Mark als Maximum des gesamten Schuldbetrags bestimmt. Auf den

¹ Ein Analogon zu dem Rechtsverhältnisse, das vielfach bei einem zeitens mehreren Herzogen vorgenommenen Satzungswechseln entstand, wird in Sülender I 26 (134) gelegentlich einer Verpfändung der Herzoge an die von Homburg erklärt: „Ok maghe de lieren von Homburg and we nif beylent selen umer jowelk sner geselschap richte del.“

² Sülender II 320 (1349): Herzog Magnus von Braunschweig und sein Sohn Magnus verpfänden denen von ~~erren~~ und ~~lienen~~ von Sülzer den Zeh zu Lunden und bestirmer zu Tilgung der Pfandsumme die Einkünfte aus einer Holzmark, Dörfern und Gerichten. Die im Zeh stehende Summe beträgt 11½ Mark. Wenn zwischen St. Martini und Weihnachten 50 Mark eingenommen werden sollten, so dürften von der schuldigen Summe 5 Mark, wenn aber 100 Mark so 10 Mark abgezogen werden. Die verschriebenen Einkommensquellen werden zu 16 Bürgen ausgehört.

³ Wenn er ist erer welk sner penninge behoeft, wenn he an de penninge and puke sere deiar seide we de sneren wisscheyt don we we an phusden hebber.

Mehrbetrag von 1700 Mark sollten die bisherigen Pfandgläubiger ein Nahrrecht besitzen, und auch wenn sie hiervon keinen Gebrauch machen würden, blieb ihre Stellung ohne Beeinträchtigung. Ihre Forderungen wurden denjenigen der neuen Gläubiger gegenüber durch ein Prioritätsrecht ausgezeichnet. Sie selbst zerfielen aber wiederum in zwei Klassen hinsichtlich der Reihenfolge der Befriedigung. Im übrigen war die Genossenschaft durch Abgabentfreiheit und Pfändungsrecht im Falle von Zahlungsausfällen privilegiert. Die Anteile werden kurzweg für verkauflich und verpfändbar erklärt¹. In beiden Beispielen sind also die Anteile der Genossen bereits mobilisiert, obgleich in keinem das Wertpapier als Verkehrsinstrument herangezogen worden ist. Im ersten Falle nähern sich die Verkehrsnormen denjenigen der ersten Verkehrsstufe bei gewöhnlichen Sollverschreibungen. Nur sind sie dann abgeschwächt, daß lediglich des Briefes, welchen der Herzog dem Gläubiger ausstellen soll, Erwähnung geschieht². Im zweiten Falle ist der Grundsatz der zweiten Stufe zum Ausdruck gelangt, wenn auch hier nicht der Brief das Recht überträgt. Der Gegensatz zweier Verkehrssysteme, von denen nur eines direkte Beziehung des jetzmaligen Erwerbers zu

¹ Lün Urb II 851 22 Juli 1375. Der Rat zu Lüneburg, mit Einverständnis der Herzoge Albrecht und Wenzel von Sachsen und Lüneburg und des Herzogs Erich von Braunschweig und Lüneburg, verpfändet den Sitzell an Bürger in Lüneburg und Hamburg. Die Zahlungen sollen zu vier Zeiten im Jahre und zwar in Lüneburg erfolgen. Der Zins betragt 10%, das Kapital zusammen 9000 Mark, der Zins 500 Mark.

Vortmer weret, dat weadder se to rade werden, den vortmer solten togher to vordandende ofte to vordlichtender, se solle se to 7000 Mark geschehen. Dann . . . so schen wy und se denelven kopern de togher vordandinge der vordghen 1700 Mark erst boden, und der schollen se neghest wesen, oft se wilen wilen sy aver nicht. . . moghe wy to 1700 Mark doen, wenn wi wilen, und se schol der vordnomden kopern also der ersten elve mit den ersten 4000 Mark toe in dem toghetollen de erste time ande todinghe und denn der boden dyse lute mit der lesten 1300 M. de neghste time and todinghe wesen und blyven.

Wollen aver wy ofte ase vorden, radmannen den vorspr. toghen vordanden oder vordlichten myen 7000 Mark, se schollen ase radmannen van Lüneburg den ghenouden kopern en antworen gold mit der plichtigen rente bynnen der etad to Lubeke antwerden.

Wenn nicht gezahlt werden sollte so sollen die Gläubiger aber radmannen von Lüneburg zu, in welchen steden se dat arkomen moghen, antworten, opgheden bekenennen besetten mit se des antworenden.

Vortmer is ghedegbedinghet, dat se unde erer jewelk syn del der vordnomden rente van radmannen summen godes also he toghelighet heft, want andern wenn he wil, vortmer vorkopen elker vordsetten anich und dat wy . . . van sunderliker ghant weg ase versaren kopere . . . de vordghen. rente tosamene edder van enen jewelken syn del neghen wederkopere . . .

² Dies könnte man auch daraus erkennen, daß der Herzog als Aussteller der Urkunde nur seine Pflichten zu verbriefen für nötig erachtet hat.

den Herzoge erheischt, bleibt also auch hier — wenigstens in abgeschwächter Form — bestehen.

Rechtsgeschichtlich sind die behandelten Gesellschaftsformen, nahe mit den Genossenschaften verwandt, zu welchen privilegierte ital. einsehe Staatsgläubiger als Pfandbesitzer bestimmt staatlicher Einkünfte im 14. Jahrhundert sich vereinigten. Diese unterscheiden sich von jenen nur darin, daß in ihnen das korporative Element stärker ausgebildet war. Daher konstituierten sich auch 1407 mehrere vereinigte Genossenschaften als ein selbstständiges corpus unter dem Namen der St. Georgsbank. Zugleich wurden die bisher verpfändeten Einkünfte samt der zugehörigen Gerichtsbarkheit der Bank gegen Verzicht auf Rückforderung der Staatsschuld übertragen¹. — Die Forderungen der einzelnen Gläubiger (*locati*) wurden — vor und nach 1407 — in ein Buch (*cartularium*) eingetragen, die Übertragung der Anteile war in letzter Linie von der Umschreibung im Buche abhängig². Vergleicht man diesen Rechtszustand mit den beiden innerhalb unserer Territorien untersuchten Verkehrssystemen, so wird man insofern eine Analogie zum ersten derselben finden, als hier und dort das Rechtsgeschäft zwischen dem bisherigen Berechtigten und dem neuen Erwerber als ungenügend erachtet und deswegen noch eine anderweitige den Verkehr erschwerende Bedingung vorgeschrieben wird. Daß aber in den braunschweigischen Herzogtümern das Erfordernis rechtlicher Beziehung zum Schuldner aufgestellt wurde, die italienische Buchung dagegen der einzelnen Genossen mit der Genossenschaft als solcher in rechtliche Verbindung brachte, war nur eine weitere Konsequenz der bereits betonten Rechtspersonlichkeit der italienischen Gesellschaft. — Späterhin werden für die Geschichte der Aktiengesellschaft vor allem Holland und England wichtig. Obgleich auch hier die Entwicklung von der italienischen abhängig — teilweise sogar im Gegensatz zu ihr — abgeknüpft hat, ist auch hier das Buch — nunmehr Aktienbuch — das primäre Verkehrsinstrument geblieben. Auf die Übertragung des Aktienbriets, der mit Namen ausgestellt wurde, mußte die Eintragung im Buche folgen. Erst die massenhaften Aktiengrundungen zu Anfang des 18. Jahrhunderts setzen in Frankreich und England einen Aktienbriefverkehr ohne hinzutretende Buchung als Stimulationsmittel für die Spekulation aufkommen. Zu jener Zeit wurden zuerst frei übertragbare Inhaberaktien emittiert. Der gegenwärtige Zustand ist im allgemeinen folgender. In Frankreich giebt es zunächst Inhaberaktien, welche mittelst einfacher Besatzbor-

¹ Gierke Genossenschaftsrecht I 291 fg.

² Caracciolo *Memorie sopra l'antico debito pubblico di St. Giorgio in Genova* S. 102 fg.

tragung zirkulieren¹. Außerdem können Aktienrechte durch Eintragung in das Register der Gesellschaft begründet werden. Alsbald erfolgen auch Rechtsübertragungen durch eine Beurkundung im Register². Wertpapier und Buch schließen somit einander aus. Für die englischen Verhältnisse ist die erwähnte Krisenperiode maßgebend geblieben. Um dem Aktien-schwinde ein Ende zu machen, hatte man 1720 nicht bloß die Veranlassung des Übels, die Inhaberkarte, sondern kurzweg alle übertragbaren Aktien untersagt. Seitdem hat man sich zu mehr liberalen Anschauungen bekehrt; die Inhaberkarte ist aber bis auf die Gegenwart vom Rechtsleben Englands ausgeschlossen geblieben. Dagegen sehen das hergebrachte Aktienbuch durch die persönliche Haftung, die es bis auf einen gewissen Grad ermöglicht und die für die Aktiengesellschaft mit ihren verschiedenartigen Forderungsrechten gegenüber ihren Mitgliedern doppelt schwer wiegt, ferner durch die Kontrollerleichterung u. s. w. ein geeignetes Mittel zur Einschränkung spekulativer Unternehmungen, zur Sicherung des Verkehrslebens zu bieten. Darum wurde Inhalt und Form des Aktienbuches als ein Essentielle gesetzlich geregelt und blieb es bis auf die Gegenwart³. Es wurde ihm für alle eintragungspflichtigen Thatsachen einstweilen (*prima facie*) beweisende Kraft beigelegt und es erfolgen die Übertragungen der Anteilsrechte durch den Übergang des qualifizierten Besitzes am Aktienbuche — nicht das Indossament, sondern andere Formen sind hierbei maßgebend — und nachträgliche Umschreibung. Der Rechtszustand, wie ihn für Deutschland das Deutsche Handelsgesetzbuch geschaffen hat, bietet den größten Reichtum an Rechtstermen. Neben frei übertragbaren Inhaberkarten sind Namensaktien zulässig, welche wie die Wertpapiere durch Indossament übertragbar sind⁴. Im Verhältnis zur Gesellschaft werden aber nur diejenigen als die Eigentümer der Namensaktien angesehen, welche als solche im Aktienbuche verzeichnet sind⁵. Sowohl das englische als das deutsche Recht haben somit die bereits im Mittelalter angedeuteten Systeme, die sich später in den Gegensatz von Brief und Buch zugespitzt haben, mit einander zu verbinden gestrebt. Die Forderung und Sache

¹ Code de commerce Art 3. „L'action peut être établie sous la forme d'un titre au porteur.“

Dans ce cas la cession s'opère par la tradition du titre.“

² Ebenda Art 30. „La propriété des actions peut être établie par une inscription sur les registres de la société. Dans ce cas la cession s'opère par une déclaration de transfert inscrite sur les registres et signée de celui qui fait le transport et l'un des deux parties.“

³ Kay'sser, Englisches Aktiengesellschaftsrecht, Zeitschrift für Handelsrecht VII 56.

⁴ HGB Art 122 Abs 4. Die Übertragung kann durch Indossament geschehen.

HGB Art 123 Abs 2.

zung des Verkehrs wurde gleichzeitig als Zweck gesetzt. Das deutsche Recht bietet aber den Vorzug einer bequemeren Übertragungsform und einer juristisch schärferen Fassung des Aktienbuchs.

Endlich haben sich gewisse feste Verkehrsformen innerhalb des herzoglichen Anweisungswesens ausgebildet. Auch in dieser Beziehung stehen die Anweisungen an die städtischen Räte voran. Entweder in der herzoglichen Anweisung selber oder in dem laut Anweisung geleisteten Zahlungsverprechen des Rates begegnet man nämlich oft der Bestimmung, es solle gezahlt werden an den Herzog oder demjenigen, den dieser haben wolle. Wen häufiger findet man — wenigstens in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts — die *Ordecklausel*¹. Vereinzelt kommen allerdings schwerfälligere Rechtsformen vor. So weist z. B. Herzog Otto 1404 einem Gläubiger an den Rat zu Nordheim, der sich in einer besonderen Urkunde zur Zahlungsleistung verpflichtet. Es wird bestimmt, diejenigen solle als der Berechtigte gelten, der mit Willen des Gläubigers und „zwatenschep troner auß“ nach genannten Urkunden zugleich besitzen werde². Ferner verpflichtet sich der Herzog in einer Schuldverschreibung auf eine jährliche städtische Gulte dem Gläubiger alljährlich an den Rat Briefe „der Zahlung wegen“ zu erteilen³. Beide Bestimmungen verraten eine weniger enge Verbindung zwischen Herzog und Rat, als sie oben für gewisse Hehepunkte der Entwicklung geschildert worden ist und in den Anweisungsbriefen mit einer Ordecklausel ihren verkehrsmäßigen Abschluss erhielt. Die letzteren dürfen ebenso als Vorläufer der modernen Checks bezeichnet werden, wie die ständige Funktion des Rates als herzogliche Anweisungsstelle — besonders da, wo dieser ohne vorherige Deckung Anweisungen honoriert — nahe an denjenigen heranrückt, was man in neuerer Zeit unter bankmäßiger Kassenverwaltung versteht. Der rechtlichen Natur ihres Verkehrs nach stehen aber die behandelten Anweisungs-

¹ Z. B. Län. Urkh. II 975. Unsere Urkunden weisen nur einen Fall auf, wo nicht die Ordecklausel, sondern die alternative Inhaberklausel gesetzt wird. In Län. Urkh. II 996 (1371) wird eine Anweisung des Herzogs Magnus an den Rat von Lönköping verfaßt. Sie lautet zu Gunsten des Bürgers von Verdun: „We hebhet ene und dengheuen ic dessen brief hebhet vele macht gegheuen dat se van unser wegeuen danneer minnen moegen“.

² Söderfort IX 230: „ande ten oder den, die . . . and gesien wille den (Gläubiger) und mit watschep troner bile unnes eigenen Jurezen brief ic ouer disse gulte gegheuen is mit dissem oren breue minne hebbe“.

³ Söderfort VI 134 (1385): Herzog Friedrich erteilt an die betagende Kate wegen einer Schuld von 50 Mark eine Anweisung auf die Gulte zu Halmstedt. Dabei erklärt er: „ik schel we and wille den vort Kate unnen brief geuen alle jar an unse gstrouen begreite Halmstedt also lange wenn se de 50 M. up genomen hebben“.

briefe außer Zusammenhang mit den herzoglichen Pfandver-
schreibungen, bei denen die Einräumung des faktischen Besitzes
nachdrücklich eingegriffen. Vielmehr weisen sie auf die städtischen
Oderrentenabrisse hin. — Wie die Anweisungen an die Stadt-
räte vermöge der Fremdartigkeit ihrer Verkehrsnormen, so
waren die innerhalb der herzoglichen Verwaltung — besonders
am Schloß inhaber — gerichteten zu einer nachhaltigen Ein-
wirkung auf den herzoglichen Haushalt vermöge ihrer geringen
Bedeutung unfähig. Dies selbst dann, wenn auch hier die
Oderklausel recipiert gewesen sein sollte, was einstweilen dahin-
gestellt bleiben muß. Auf diese Momente haben wohl auch
am Ende des Mittelalters hinaus eine vom Anweisungswesen
ausgehende Umbildung des öffentlichen Schuldverkehrs er-
schwert, wie sie sich besonders entschieden in England im
Anschluß an interne Anweisungen vollzogen hat.

Die Grundsätze, auf denen die englische Finanzverwaltung
des 12. und 13. Jahrhunderts ruhte¹, sind wesentlich mit den-
jenigen, die wir für unsere Herzogtümer geschildert haben,
identisch. Als die wichtigster Verwaltungsbeamten der eng-
lischen Krone erscheinen die Sheriffs der einzelnen Graf-
schaften. Ihnen obliegt die Grafschaft samt den Schlössern
und Landgütern, die in ihrem Gerichtsbezirke lagen (in custody)
anvertraut zu werden. Sie versahen die Schlösser mit Munition
und sonstigem Bedarf, die Landgüter mit dem zum Betriebe
und zur Melioration notwendigen Kapital. Endlich betraute
sie der König gewöhnlich mit der Einsammlung seiner Ein-
künfte und mit verschiedenen anderen Geschäften. Die
Selbständigkeit ihrer Verwaltung ging dabei soweit, daß sie
aus den Einnahmen des Verwaltungskreises sämtliche Ausgaben
desselben auf eigenes Risiko zu betreiben und nur den
Überschuß an den König (Centralkasse) abzuliefern hatten.
Jährliche Rechnungslegung bildete die Voraussetzung. Den
Sheriffs waren diejenigen zumeist gleichgestellt, welche vom
Könige entweder einen Gerichtsbezirk oder irgend welche
Schatzenkünfte zum Zwecke eigener Nutzung — also auch
pfeilweis — erhielten. Seit uralter Zeit hat nun in England
die Gewohnheit bestanden, sogenannte *Tallies*² d. h. Korb-
holzer zu gebrauchen, welche mit endlich in zwei gleiche
Stücke (*tally* und *countreftally*) geschnitten wurden³. Die
erste Abart derselben, die *tallys of sel*, bezeugtete eine
an die königliche Centralkasse — den Exchequer — erfolgte
Zahlung. Die zweite (*tallys of pay*) wurde vom Exchequer
in Zahlung gegeben und enthielt das einer bestimmten Person

¹ Parliamentary Papers. Return on public Income and expenditure.
1869 I 5 40 fg.

² Parliamentary Papers. Return on public Income 1869 I 39 fg.
Madox, History of the Exchequer II 254.

abgegebene Versprechen, sie würde aus den in der Hand eines namentlich genannten öffentlichen Beamten befindlichen Einnahmen befristigt werden¹. Dieser durfte dann die honorierten tallies bei der Rechnungslegung dem Exchequer an Geldes statt verrechnen. Man sieht, daß der tally of pro amount wie ein heutiger Check wirkte². Nur verrät seine Form deutlich den sachenrechtlichen Ursprung. Das Kerbholz war nämlich ein bei Grundübertragungen im deutschen Rechte vielfach angewendetes Symbol gewesen, hatte auch bei den ältesten Gefoierschaften eine gewisse Rolle gespielt³ und ist dann auf andere, besonders obligatorische Verträge ausgedehnt worden⁴. Außerdem blieben die tallies während des Mittelalters unübertragbar. Sie wurden vielmehr samt dem Namen des Gläubigers dem geordneten geschäftsmäßigen Buchsysteme des Exchequer einverleibt, dessen abschließendes Glied die Great Roll of the Pipe, das große Medium der Be- und Entlastung des Staatsvermögens bildete. Übertragbar machte die englischen Tallyanweisungen erst ein Gesetz von 1600. Dieses fügte dem Kerbholze ein order of repayment bei und erklärte, daß letzteres mittelst des Indossaments übertragbar sein sollte. Zugleich sollten die tallies nämlich Zinsen tragen⁵. Es lag hierin zunächst die Umwandlung des öffentlichen Depositums, das die Grundlage jedes tally der Idee nach bildete in ein verzinsliches. Es wurde aber damit auch die Tallyanweisung dem eigentlichen Staatsschuldenschein vielfach näher gerückt. In demselben Sinne wirkte noch ein anderes, wichtigeres Moment fort, die Centralisierung des englischen Finanzanwals, vor allem an der Hand des parlamentarischen Steuereinkommensrechtes. Allerdings sind es nicht die tallies gewesen, welchen die weiteren Konsequenzen der Entwicklung zu gute kamen, sondern die Exchequer Bills. Diese, die zuerst Ende des 17. Jahrhunderts und zwar als vorläufige Zahlungsmittel emittiert wurden, darauf aber sich zu steigendem Anteil verschulden zuwenden, hatten insofern mit den tallies, die noch bis Ende des 18. Jahrhunderts neben ihren Fortbeständen, Ähnlichkeit, als auch sie verzinslich und indossierbar waren und die Existenz von Büchern mit counterpart der Briefe als Sicherungsmittel voraussetzten. Die Briefe wurden nun am Anfang des 18. Jahrhunderts mit an die neu entstandene Bank von England über-

¹ Es war „a charge upon some public accountant“. Parliamentary Papers a 11.

² The tallies of pro operated as a modern check on a banker. Parliamentary Papers a 11.

³ Hunsen: Agrarhistorische Abhandlungen. Bd. I: „Die Gefoierschaften im Regierungsbezirk Trier“ 105.

⁴ Seier der, Deutsche Rechtsgeschichte I 57 fg. Reyscher, Symbolik des deutschen Rechts. In: Beiträge zur Kunde des deutschen Rechts. 1852 S. 12.

⁵ Parliamentary Papers, National debt 1798 S. 8 fg. Philippovich von Plungsborg, Die Bank von England. 1883 S. 29.

liefert, und seitdem ist die Bank für die Organisation des gesamten öffentlichen Schuldenwesens maßgebend geblieben. Dies erklärt den oben angedeuteten bankmäßigen Charakter des englischen Schuldbuchs. Doch muß gegenüber den neuesten Experimenten auf diesem Gebiete besonders betont werden, daß in England schon 1660 — also vor der Gründung der Bank — innerhalb des Kreditverkehrs ein Zusammenwirken von Brief und Buch — mit Anwendung des Indossaments — ausgebildet war. Jedenfalls ist der Ursprung des Verkehrs mit öffentlichen Schuldverschreibungen, der vielfach in die Zeit der Spekulationskrisen des 18. Jahrhunderts gesetzt wird¹, in eine frühere Zeit zu verlegen. Die wichtigsten modernen Formen desselben finden sich schon im 17. Jahrhundert vor. Als notwendige geschichtliche Produkte sind sie aber nur im Zusammenhange mit der mittelalterlichen Entwicklung zu verstehen.

¹ v. Gönner, Staatsschulden, 1828, sagt S. 1: „Seinen Ursprung verdankt der Handel mit Staatspapieren den Aktien der Gesellschaften am Anfang des 18. Jahrhunderts.“

VII.

Rückblick.

Zwischen dem öffentlichen Kredit der Territorien und Städte Braunschweig-Lüneburgs besteht insofern ein gewisser Zusammenhang, als einerseits die einzelnen Herzogtümer aus zwei entwichenen Stämmen hervorgewachsen und später niemals gänzlich voneinander getrennt worden sind, andererseits die Städte Landstätt waren und trotz weitgehender Emanzipation stets in einer gewissen politischen Abhängigkeit von den Herzogen verblieben.

Sowohl die Städte als die Territorien haben ihren öffentlichen Kredit nicht auf der Grundlage des mangelhaften mittelalterlichen Obligationenrechts, sondern auf derjenigen des dinglichen Rechts aufgesetzt. Die Herzoge nahmen aber hierbei zum Lehnrecht ihre Zuflucht, während die zuverlässige städtische Gerichtsbarkeit und das weiter fortgeschrittene Stadtrecht ein solches Auskunftsmittel für die Städte überflüssig machte.

Rein obligatorische Geldverschreibungen fehlen zwar bei den Städten nicht ganz. Die Umstände aber, unter denen sie auftreten, zeigen, daß es sich hierbei meistens um Ausnahmeregeln handelt. Vor allem erhält dies hinsichtlich der reinen Schuldverschreibungen Lüneburgs ums Jahr 1370 aus der damaligen bedrängten Lage der Stadt, aus der Notwendigkeit außerordentlicher Hülfsleistungen zum Zwecke der Schuldenlösung u. s. w. Ebenso erscheinen in diesem speziellen Falle auch gleichzeitige Verpfändungsgeschäfte mit Nutzungsüberlassung an den Gläubiger als Notmaassregeln, während als das regelmäßige städtische Kreditgeschäft hier wie sonst überall der Rentenverkauf anzusehen ist. Dabei bildeten spezielle Rentenverschreibungen den Ausgangspunkt. Vielfach ging man aber zu allgemeinen Rentenverschreibungen ohne spezielle Forderung über entweder in der Absicht, die städtische F

Finanzverwaltung zu centralisieren, oder um zwischen der Nachfrage nach allgemeinen Geldrenten und dem Angebot spezieller Renten huckartig zu vermitteln. Doch war der Fortfall der Rentenbindung durch so weitgehende administrative Reformen bedingt, daß fundierte Renten auch in der Blüthezeit städtischer Wirtschaft das Regelmäßige blieben. Dagegen ging der Bürger mehr zu einer geschwirtschafflichen Fundierung der städtischen Renten, vor allem auf die Schatzabgabe, über. Diese geschwirtschafflichen Rentengeschäfte der Städte waren das wichtigste Glied in einer Kette von städtischer Geld- und Kreditgeschäften, unter denen der Wechsel und das Depositengeschäft mit freier Verfügungsbefugnis des Deponenten besonders hervortraten.

Auch der Übergang zur geschwirtschafflichen Fundierung der Renten machte aber eine Reihe von Verwaltungsreformen notwendig, wenn der Rentenbetrieb eine gesunde Ausbildung in größerem Maßstabe erhalten sollte. In Braunschweig sind diese Reformen früher zu verfolgen. Dieselben begannen, als die Stadt 1373 von der damals allgemeinen demokratischen Bewegung ergriffen wurde und einen neuen Rat erhielt. Von der Notwendigkeit finanzieller Reformen zeugt allein die Tatsache, daß 1381 die Schuldenlast Braunschweigs das Nennfahne des Einkommens der darauf folgenden Aufschwungsperiode betrug. Die Reformen konnten aber erst in Angriff genommen werden, nachdem der neue Rat seine politische Stellung befestigt hatte. 1389 wurde zunächst die Finanzverwaltung aus dem gesamten Verwaltungsorganismus ausgeschlossen und dem Kollegium der zehn, später sieben Rentschöffen zugewiesen. 1396 gelangte sodann die Schuldenverwaltung in die Hände eines besonderen Kollegiums, der fünf Finanzherren. Dessen wurde es vor allem zur Aufgabe gemacht, den Zins der Rentenschulden zu rislozieren, teilweise Erbschaften in Leibrenten umzuwandeln und als Termin für die Renten zahlungen denjenigen Zeitpunkt festzusetzen, an dem der Schatz einkam. Damit wurden die Renten wieder faktisch auf den Schatz fundiert. Zu diesen eng zusammenhängenden Reformen, welche ihren eigentlichen Ausdruck im Ordinarium von 1408 erhalten, trat 1396 noch eine weitere. Sie wurde veranlaßt durch die eigenthümliche Stellung der fünf Wechselherren Braunschweigs innerhalb der städtischen Verwaltung. Wenn nämlich auch schon früh ein besonderer Rat für die gemeinsamen Angelegenheiten der ganzen Stadt gebildet werden war, so blieb doch im übrigen die Verwaltung der einzelnen Wechselherren selbständig. 1396 wurden nun die Wechselherren zur regelmäßigen Rechnungslegung vor dem gemeinen Räte verpflichtet. Außerdem mußten sie die wiederkehrenden Zinsen, welche sie besaßen, zu Gunsten der gemeinsamen Kasse abliefern und durften nur die Erbsasse, welche ungefähr den

essentiellen Verwaltungsausgaben der Weichbilder gleichsam, beibehalten. Hierdurch wurde die Verwaltung Braunschweigs zentralisiert. Der praktische Erfolg aller dieser Reformen war zunächst eine schnelle Reduktion des Rentenzinsfußes, welche das Kollegium der fünf Finanzherren mittelst planmäßiger Konversionen durchsetzte. Während 1389 der Zinsfuß größtenteils 10 Prozent betrug, sank er 1406 auf 4, teilweise auf 3 Prozent. Trotz der Besserung der Finanzlage aber der Rat 1406 bis 1426 fort, Rentengeschäfte des Gewinnes halber abzuschließen. In der Folgezeit schlossen sich hieran vielfache Mißbräuche an.

Auch die Verschuldung der Herzöge erreichte um 1370 ihren Höhepunkt. Stets stehen aber im Vordergrund des herzoglichen Kredits dergleichen Geschäfte, bei welchen dem Gläubiger eine spezielle Einkommensquelle verpfändet wird. Dabei fällt vor allem der enge Zusammenhang der Pfänder mit der herzoglichen Verwaltung auf. Zunächst ist im 13., teilweise auch noch im 14. Jahrhundert ein Zersetzen des früheren Verwaltungsorganismus durch das Lehnswesen wahrnehmbar. Das Pfand bezieht sich vielfach an diesem Prozesse. Andererseits bieten im 14. Jahrhundert die ursprünglich für kriegerische Zwecke gebauten Burgen willkommene Ausgangspunkte für die Zusammenfassung von herzoglichen Gütern und sowohl grund- als andershergeleiteten Gerechtsamen zu einheitlichen Komplexen, vor allem in administrativer Hinsicht, indem immer mehr die grund- und landesherrliche Verwaltung des umliegenden Gebietes, was vielfach mit dem früheren Gerichtsbereich zusammenfällt, auf den Schloßsitz übergeht. Auch diese Umwandlungen haben sich zu großem Teile mittelst der Verpfändungsverträge, die an die Schlosser anknüpften, vollzogen. Besonders haben aber die Pfandverträge, die ja kündbar waren, abgesehen zu dem Pfandgläubiger vielfach öffentlich rechtliche Funktionen einknüpften, eine große Rolle bei der Ausbedingung des kündbaren Amtes gespielt, welches den Verwaltungsorganismus des späteren Mittelalters ausfüllen sollte. Neben aber der neue Amtsbegriff bereits ausgebildet war, waren Pfand und Amt vielfach miteinander verbunden.

Die Bedeutung des Pfandvertrages für die herzogliche Finanzverwaltung insbesondere läßt sich dahin zusammenfassen, daß er ein bestimmtes Gebiet aus dem Wirtschaftsbezirk des Territoriums ausschnit. Und doch überrichte das Pfand den herzoglichen Haushalt so sehr, daß auch dann, wenn der Pfandgläubiger Renten von seinem Schlosse aus erheben oder vom Herzoge beziehen sollte, für etwaige Ausfälle oder außerordentliche Ausgaben des Gläubigers das Schloß haufte. Übrigens wird das Pfand finanziell durch den Mangel einer genügenden Schätzung der umgegebenen Nutzungen charakterisiert. Der Grund dafür war, daß es an

einer regelmäßigen Rechnungslegung fehlte. Sie wurde allerdings in vereinzelt Fällen, besonders beim Amortisationspfande, vorgeschrieben, entwickelte sich aber allgemeiner erst mit der Ausbildung des Antzogsrechts. Andererseits ist für die herzoglichen Pfandverträge die Unbestimmtheit des Zeitpunktes der Einlösung bezeichnend, wodurch die Pfandnutzung des Gläubigers unsicher wird. Alles dies gilt für das Pfand, einerlei ob der Gläubiger selbständig die Nutzung zieht oder davon von einem herzoglichen Beamten oder einem sonstigen Dritten vertreten wird. — Von den grundherrlichen Pfandverträgen unterscheiden sich die herzoglichen durch gewisse Anläufe zur begrifflichen Verbindung der Pfandherrlichkeit mit der Landesherrlichkeit als solcher. Besonders machen die Stände unter Führung einzelner bedeutender Städte immer mehr die Anerkennung eines neuen Landesherrn davon abhängig, daß er die Pfandverträge bestätige. Vor allem hat der Lützenburger Erbfolgekrieg nach 1369 und die mangelhaften erbsächsischen Bestimmungen unter den Herzogen zur Hebung des ständischen, insbesondere aber städtischen Einflusses nach dieser Seite hin beigetragen.

Weniger gesichert waren die herzoglichen Schulden ohne specielle Forderung. Sie treten fast nur als Not- und Verleghensschulden auf und werden auch dann vielfach mit besonderen Sicherheitsbestimmungen versehen. Da überdies die Centralverwaltung der Herzogtümer, in sehr mangelhafter Weise, so wurden die eigentlichen geldwirtschaftlichen Geschäfte, soweit sie überhaupt vorkamen, mittelst der Anweisungen betrieben. Biewohl wurden diese an die Schuldhaber und sonstige Beamte gerichtet, am häufigsten an die Stadträte, und zwar oft ohne vorherige Deckung. In Verbindung damit stand, daß der ständische Rat vielfach als Geschäftsführer und Notar für die Herzoge in Betracht kam, ja sogar oft als ein Organ der herzoglichen Finanzverwaltung fungierte.

Hinsichtlich des Verkehrs mit öffentlichen Schuldverschreibungen finden wir zunächst einzelne obligatorische Schuldbriefe mit der Orderklausel. Der Verkäufer, der sich an dergleiche Kreditverträge anschloß, knüpfte aber an das Verwertungs- (Wahervorpfändungs)recht des Pfandgläubigers an. In der Person des neuen Erwerbers entstand ein originäres Recht gegen den ursprünglichen Verpfänder. Modifiziert wurden diese Verhältnisse durch die Eigentümlichkeiten des Immobilienverkehrs. Für die Städte war der Leih- und Rentenverkehr längst ein freier. Der Verkehr mit städtischen Rentenbriefen vollzog sich nur zu kleinem Teile mittelst eines Briefaustausches mit jedem neuen Erwerber. Meist wurden Orderrentenbriefe ausgestellt. Doch wurde der jedesmalige Berechtigte in ein Register eingetragen. In den Testamenten war die Mobilisierung der Lehnsgüter langsam und schwer.

falliger vor sich gegangen. Das Resultat war, daß die Belehnung des jedesmaligen Erwerbers zu einem bloßen Vollzugsakt wurde, vielfach sogar eine briefliche Belehnung genügte. Diese wurde denn auch beim Pfandverkehre für hinreichend gehalten: der jedesmalige Erwerber war verpflichtet, mit dem Herzoge Briefe auszutauschen. Eine noch höhere Entwicklungsstufe des Verkehrs zeigt sich in herzoglichen Pfandbriefen mit der Orderklausel. Eine Registrierung des jedesmaligen Berechtigten fand aber nicht statt. Dieselben Entwicklungsstufen finden sich beim Verkehre mit den Anteilen mehrerer Gläubigergenossenschaften innerhalb unserer Territorien wieder. Die an die Städte gerichteten herzoglichen Anweisungen stehen dagegen hinsichtlich des Verkehrs den städtischen Rentenbriefen näher.

Pietzer'sche Hofbuchdruckerei. Stephan Geibel & Co. in Altenburg

Staats- und socialwissenschaftliche Forschungen

herausgegeben

von

Gustav Schmoller.

Neunter Band. Zweites Heft.

(Der ganzen Reihe achtunddreissigstes Heft.)

G. Lange, Die Glasindustrie im Hirschberger Thale.



Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1889.

Die
Glasindustrie
im
Hirschberger Thale.

Ein Beitrag
zur
Wirtschaftsgeschichte Schlesiens
von
Gustav Lange.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1889.

Das Übersetzungsrecht wie alle anderen Rechte sind vorbehalten.

Vorwort.

Die folgende Abhandlung verdankt ihre Entstehung einer im staatswissenschaftlichen Seminar der Universität Breslau gegebenen Anregung, welche ihrerseits wieder durch die von Herrn für Socialpolitik in Aussicht genommenen Veröffentlichungen über die deutsche Hausindustrie veranlaßt wurde.

Unter den verschiedenen in Frage kommenden Gebirgsindustrien nimmt nächst der Leinwandindustrie, die in Dr. Zimmermann einen trefflichen Darsteller gefunden hat¹, und den sich an dieselbe anschließenden anderen Zweigen der Weberei und Spinnerei die Glaskabikation und die Glasveredelung sehr durch ihr Alter einen hervorragenden Platz ein. Trotzdem mangelte es bisher an einer eingehenden Darstellung ihrer Entwicklung. Dieser Umstand bewog mich, meinen ersten Plan — eine Schilderung des gegenwärtigen Zustandes der größtentheils hausindustriell betriebenen Glasveredelung des Riesengebietes — durch Aufnahme der Glaskabikation in das Programm zu erweitern. Die Bedeutung der Glasindustrie für die ganze Provinz Schlesien, sowie besonders die vielfachen Wechselbeziehungen zu dem angrenzenden Böhmen, dessen gesamte wirtschaftliche Verhältnisse durch die Glasindustrie von alters her ganz bedeutend beeinflusst wurden, lassen es aber wünschenswert erscheinen, die Entwicklung jenes Industriezweiges auch für die übrigen Teile Schlesiens zu verfolgen. Die nötigen Vorarbeiten dazu sind bereits gemacht, und ich hoffe, in nicht allzu ferner Zeit die verbleibende Arbeit in jener Richtung fortsetzen zu können.

Hinsichtlich der in der Abhandlung benutzten Quellen bemerke ich folgendes: Alle tatsächlichen Angaben aus alterer und neuerer Zeit, für die keine besondere Quelle angegeben

¹ Blüte und Verfall des Leinwandgewerbes in Schlesien. Breslau 1885.

ist, beruhen auf den im Hirschberger Landratsamte¹ und im Schaffgotschachen Archive zu Hermsdorf u. K.² von mir durchgesehenen Akten, auf Familienpapieren amtlichen Charakters der früheren Glashüttenbesitzer³ sowie auf eigener Anschauung, oder zuverlässigen Mittheilungen sachkundiger Personen. Auch die Jahresberichte der Handelskammer für die Kreise Hirschberg und Schönau von 1851 bis 1887 haben in dieser Weise Verwendung gefunden.

Ich kann diese Mittheilungen nicht schließen, ohne derer zu gedenken, welche mich bei der Abfassung dieser Schrift durch Materialien und Auskünfte in freundlichster Weise unterstützt haben. Das Königliche Statistische Bureau in Berlin, das Königliche Staatsarchiv in Breslau, das Königliche Landratsamt in Hirschberg, die gräflich Schaffgotschache Kameralverwaltung und zahlreiche Privatpersonen (Beamte, Geschäftsinhaber und Arbeiter der Glasindustrie) haben mitgewirkt, um meine Untersuchungen zu vervollständigen und die Ergebnisse derselben der Wahrheit näher zu bringen. Ihnen allen sowie dem Leiter des Seminars, Herrn Professor Dr. von Miaskowski, der mit seinem freundlichen Rats stets zur Hülfe bereit gewesen ist, sage ich meinen herzlichsten und ergebensten Dank.

Breslau, im April 1889.

Dr. Gustav Lange.

¹ Acta betr. die Glasfabriken in Schreiberhau in spec. die Josephinenhütte daselbst (Sect. V Tit 7 B No. 1).

² Kynast Sect. I Fach 34 No. 8.

„ „ „ „ 40 „ 6.

„ „ „ „ 49 „ 6.
„ Tit. V No. 8.

³ Die ich der Freundlichkeit des Herrn Hauptlehrer Winkler in Schreiberhau (Marienthal) verdanke.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Einführung	1
I. Geschichtliches.	
1. Bis zur Gründung der Josephinenhütte	3
a. Die Glasfabrikation	22
b. Die Glasveredelung	34
2. Von der Gründung der Josephinenhütte bis zur Gegen- wart	34
II. Die gegenwärtige Lage der Glasindustrie im Hirsch- berger Kreise.	
1. Technik und Statistik der Glasfabrikation und -veredelung	
a. Die Glasfabrikation	44
b. Die Glasveredelung	49
2. Die Betriebsformen	56
III. Die gegenwärtigen Verhältnisse der Glasarbeiter.	
1. Die Gewerbetreibenden der Glasindustrie sowie Zeit und Ort ihrer Thätigkeit	59
2. Arbeitslöhne und sonstige Einnahmen	69
3. Nahrung, Kleidung und Wohnung	76
4. Gesundheits- und Sterblichkeitsverhältnisse	81
5. Einrichtungen für die Wohlfahrt der Arbeiter in der Glas- industrie	87
6. Die Arbeiter der Glasindustrie in geistiger, sittlicher und socialer Beziehung	96
IV. Schlussbetrachtungen	101

Anlagen.

	Seite
1. Auszüge aus dem Landbuch von Schweidnitz-Jauer über Besitzwechsel bei der Schreiberhauer Glashütte in den Jahren 1866—1872	111
2. Zinsen und Lasten der Glashüttenbesitzer aus älterer und neuerer Zeit.	112
3. Nachrichten über die Schreiberhauer Glashütten aus dem 17. und 18. Jahrhundert	115
4. Provisorisches Hüttenreglement von 1812	117
5. Rechnung über die Baukosten etc. des ersten Wasserschleifwerks in Hermsdorf u. K.	126
6. Rechnung über die Kosten der ersten inneren Einrichtung jenes Schleifwerks	128
7. Verzeichnis der Schleifwerke in Schreiberhau	129
8. Entwurf eines innungsartigen Vertrages zwischen sämtlichen in Schreiberhau und Petersdorf vorhandenen Glasschleifern und Glasschneidern vom 15. Juni 1809	131
9. Statuten des Glasveredlervereins zu Schreiberhau	139
10. Statuten für den Pensionskassenverein zur Josephinenhütte . .	140

Einleitung.

Die preussische Provinz Schlesien vereinigt auf ihrem Gebiete alle Schmütze und Schönheiten, welche die Natur einem Binnenlande zu gewähren vermag. Himmelanstrebende Berge, welche bald allmählich abfallen und dem entzückten Beschauer den herrlichen Anblick fruchtbarer Thäler, underschiedener Ortschaften, grüner Triften mit silbernen Gewässern, bieten, bald den schaurig-schönen Einblick in einen tiefen Abgrund voll elementarer Wildheit gestatten, wechseln mit weiten, von breiten Flüssen, durchzogenen Ebenen und vorkriechen Süden. An vielen Orten treten wohlbekannte Brunnen und Quellen zu Tage, welche alljährlich Tausenden von Kranken Heilung oder wenigstens Linderung ihrer Leiden verschaffen, an andern birgt der Schoß der Erde schier unerschöpfliche Reichtümer an Kohle und Erzen aller Art, welche in dieser Vielgestaltigkeit und Güte, so dicht beieinander im westen deutschen Vaterlande nicht wieder, auf Erden nur selten sich besammeln finden.

Die Verschiedenartigkeit des Bodens und seiner Kultur kann zweckgemäßer nicht vollständiger zusammengestellt werden, als sie auf einer Tagereise durch Schlesien an unserm Auge vorüberzieht. Das Dampftrale trägt uns durch Strecken unfruchtbarer Flugsandee in kurzer Zeit bis zu den fruchtbarsten Weizen- und Roggenäckern und weiter von diesen bis zu der in diesem aufgesammetzten Gattererde, die in dünner Schichten matte Felsen bedeckt. Hier sieht man Felder mit den üppigsten und blumigsten Getreidearten und Gemüsen, welche von der unterkinsten Landwirtschaft Zeugnisse ablegen, dort andere nach alter slavischer Sitte mit polnischer Sorgfalt bebaut. Hier bestet sich dem staunenden Auge des Naturforschers in den im Sommer unter besten Umständen Scharlang von Kräutern und Pflanzen, welche er sonst nur in der Natur der mit ewigen Schnee bedeckten Gipfel der Alpen

findet, dort atmet er wenige Stunden später den erquickenden Duft der Lindenblüten. Fürwahr, eine reiche Vereinigung von Sehens- und Beobachtungswertem auf einem immerhin mäßigen Raume.

Von ähnlicher Vielgestaltigkeit wie die natürliche Beschaffenheit des Landes ist auch die Beschäftigung seiner Bewohner. Während auf weiten Strecken Ackerbau und Viehzucht die Haupterwerbsquellen der Einwohner ausmachen, blühen die oberchlesischen Industriekreise durch die reichen Schätze an Kohle und Eisen, Zink und anderen Erzen, welche viele Tausende fleißiger Hände alljährlich dem äußerlich unwirtschaftlichen Boden entreißen und weiter verarbeiten. Auch die Bewohner der westlichen Striche Niederschlesiens schaffen sich teilweise durch den Bergbau ihren Lebensunterhalt; ein bei weitem größerer Teil derselben findet indessen seine Existenz durch Industrie und Gewerbe, welche hier inmitten der hochgelegenen Gebirgsthäler von alters her ihren Wohnsitz aufgeschlagen haben. Die hohen Berglehnen können meist nur bis zu einer mäßigen Höhe der Landwirtschaft dienstbar gemacht werden und bringen auf der dünnen Humusschicht nur geringen Ertrag; die fruchtbaren Thäler eignen sich wegen der alljährlich mit der Schneeschmelze und auch sonst häufig wiederkehrenden Überschwemmungsgefahr und der besonderen klimatischen Verhältnisse auch weniger zum Ackerbau als die Ebene. So ist denn der Bewohner dieses an Naturschönheiten so reichen Himmelsstriches auf eine intensive gewerbliche Beschäftigung angewiesen.

Und wie hat er diese Aufgabe gelöst? Bald hat er sich den Reichtum an Mineralien aller Art, die Wälder von gewaltiger Ausdehnung und die von der Natur in überreicher Menge gebotenen Wasserkräfte zu nutze gemacht, wie in der Marmor-, Stein-, Thonwaren- und Glasindustrie oder bei der Gewinnung und Verarbeitung des Holzes, bald hat er unabhängig davon durch seine Erfindungskraft und Geschicklichkeit der Hände seine Nahrung bei der Herstellung von Erzeugnissen gesucht, deren Rohmaterialien aus der benachbarten Ebene oder gar aus dem Auslande herbeigeschaft werden müssen, wie in der vielverzweigten Textilindustrie. Eigenartig und wechselvoll wie die Natur des Gebirgslandes ist auch seine industrielle Entwicklung gewesen, und es soll Aufgabe der folgenden Untersuchung sein, einen Beitrag zur Kenntnis dieser Entwicklung und des gegenwärtigen Zustandes der industriellen und gewerblichen Verhältnisse zu liefern.

Zu den Ältesten Industrien des schlesischen Gebirges gehört:

Die Glasindustrie im Hirschberger Thale.

1. Geschichtliches.

1. Bis zur Gründung der Josephinenhütte.

a. Die Glasfabrikation.

Im Süden und Südwesten von Niederschlesien, im heutigen Regierungsbezirke Liegnitz, hart an der Grenze Böhmens, liegt der preussische Kreis Hirschberg. Er ist von allen Seiten von hohen Gebirgsketten umgeben; seine Südgrenze bildet der mächtige Hauptkamm des Riesengebirges, westlich begrenzt ihn das hier nördlich das Bohrer-Katzschgebirge und im Osten der Sehmsteeberger Kamm. Sein Gebiet erstreckt sich von 33° 2' bis 33° 38' nördlicher Länge (Polar), und von 50° 45' bis 50° 56' nördlicher Breite¹ und umfaßt 598,28 qkm mit einer Bevölkerung von 69631 Köpfen². Dieser große Thalkessel, der seinen Namen nach der Hauptstadt des Kreises führt, wird durch Bergzüge im Innern in mehrere Thäler getheilt, die nach den Flüssen, von welchen sie durchzogen werden, das Eglitz-, Lomnitz-, Zacken-, Bohrer- und Kromnitzthal heißen. In einem derselben, in dem an Naturschönheiten so reichen Zackenthale wurde die erste schlesische Glashütte und zwar zu einer Zeit begründet, in der die Glasmacherkunst Muranos bei Venedig in höchster Blüte stand, nämlich spätestens um die Mitte des 14. Jahrhunderts.

Hier vereinigten sich aber auch alle Bedingungen, welche für das Aufblühen der Glasmacherkunst in jener Zeit verlangt werden konnten. Die großen Quarzlager, welche sich zwischen dem Bohrer- und Zackenthale ausbreiten³, liefern ein Material von großer Güte und Reinheit für die Glasmasse. Gewaltige Nadelwälder, welche noch heute einen großen Teil

¹ Nach Eisenmanger, Der Kreis Hirschberg Hirschberg 1879. S. 10.

² Volkszählung vom 1. Dezember 1895. (Vgl. Gemeindelexikon für Schlesien, herausgeg. von Kgl. Preussischen Statistischen Bureau, Berlin 1897.)

³ Z. B. der Quarzgang zwischen Reibnitz und Spiller. Derselbe ist fast eine Meile lang, er beginnt bei Jemsdorf, zieht sich vom Kapellensteine bis Berthelsdorf fort und kommt an der Quelle der Grundbachs wieder zum Vorschein. Auch bei Neu-Kromnitz tritt eine große Quarzmasse zu Tage und in Arnberg wird die Quarz gebrochen, der noch bis in die neueste Zeit über das Gebirge fort nach der Glashütte Pankethal bei Malschendorf in Bohmen ausgeführt wurde. (Eisenmanger a. a. O. S. 45 und 46.)

der Gegend bedecken¹ und vor 500 Jahren auch in der Ebene noch in viel größerem Umfange vorhanden gewesen sind als jetzt, enthalten das zum Schmelzen jener Masse nötige Holz. Auch das dritte notwendige Material, der weisse Arsen (die arsenige Säure), welcher zum Reinigen des Glases während des Schmelzens Verwendung findet², wird nicht weit von hier gewonnen. Bei Altenberg und Rathenau, am Landeshafter Kanale, wo sich jetzt die Grube „Fuchsenzbleck“ befindet, grub und verhüttete man wahrscheinlich schon in alter Zeit neben Kupfer und Blei auch Arsenkies, und es ist nicht unmöglich, daß dieser Ortstand neben den großen Quarzbergen die Veranlassung zur Gründung der ersten Glashütte in diesem Teile Schlesiens und der ältesten Hütte in angrenzenden Böhmen gewesen ist. Breslau und Prag standen damals in lebhaften Handelsbeziehungen zur Königin der Meere und setzten, neben den Erzeugnissen, der östlichen und nördlichen Länder Europas auch schlesische und böhmische Produkte in Menge nach Venedig ab. Sind aus gleich keine Aufzeichnungen über Arsenkieserzeugnisse erhalten, so ist es doch immerhin möglich, daß die venetianischen Glaskünstler einen Teil dieses seltenen Materials von hier bezogen oder wenigstens Kenntnis von dem Vorhandensein desselben erlangten.

Ob die erste schlesische Glashütte von Hause aus in der Gegend des jetzigen Schreiterhau begründet worden ist oder erst später dorthin verlegt wurde, wie mehrfach behauptet wird³, ist nicht mehr festzustellen. Im Jahre 1366, in welchem

¹ Nach dem Gemeindekalender für Schlesien herausgegeben vom Kgl. Preuss. Statistischen Bureau, Berlin 1888, beträgt nach den neuesten Aufnahmen

in der Landgemeinden bzw. Guts- und Forst- gutsbezirken	der ge- samte Fläche in ha	entworfener Holzungen in ha	letzter Prozent der ersten
Schreiterhau mit Karlsthal	7 385	1 400	14,4
Petersdorf	3 244	2 291	70,6
Herrsdorf u. K.	3 463	2 150	73,2
Warmbrunn	1 058	128	12,1
Zusammen	15 349	11 855	74,0

Zur Vergleichung sei folgendes bemerkt: der ganze Kreis Hirschberg hat bei einer Gesammtfläche von 50 825 ha nach derselben Quelle 29 111 ha Holzungen, d. h. 57,3 % der Gesammtfläche. In der Provinz Schlesien machten die Holzungen 28,3 % der preussischen Staats 23,4 % der Gesamtfläche aus.

² Durch Oxidation von Kohle und Eisenoxyd, von denen erstere der Glasseuse bei Herstellung jener Masse als Zusatz zu dem Glasroh wird verwendet und letzteres mit einer als Fuchsenzbleck bekannt ist.

³ Wie Kler, Schreiterhau, s. v. Geschichte, Natur und Beschaffenheit Warmbrunn 1884, S. 1, behauptet: Die Hütte wurde auf ihre Umgegend oder der Kungelz genannt. Warmbrunn, 1888, S. 9.

die Hütte in andere Hände überging, war sie dort bereits, und zwar ausserordentlich schon geraume Zeit, vorhanden¹. Fünf Jahre später wechselte sie schon wieder den Besitzer, und bald darauf, im Jahre 1372, wurde sie von dem Vorgänger des letzten Käufers, den der Verkauf vielleicht gereut hatte, zurück erworben². Später hat diese Hütte, um die Herbeschaffung des Holzes immer möglichst bequem zu haben, wiederholt ihren Standort gewechselt³, ohne indes das Gebiet der Gemeinde Schreibersau wieder zu verlassen. Nach der ersten Reisebeschreibung durch das schlesische Gebirge, welche um das Jahr 1430 abgefaßt ist und zwar von einem Welschen, dem in Prenz geborenen Breslauer Bürger Antonius von Mediev, der sich Anton Wade nennt und diese Reise in der Absicht unternommen hat, um sich Schätze zu sammeln, bestand sich die Glashütte in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts in der Gegend zwischen dem schwarzen Berge und dem weißen Rache⁴.

Ebenfalls an der Walsbach im Gemeindebezirke von Schreibersau errichtete Wolfgang Prensler, welcher am Beginn des 17. Jahrhunderts aus Böhmen eingewandert war⁵

¹ Landbuch von Schweidnitz Jauer zu diesem Jahre Fol. 7 im Kgl. Staatsarchiv zu Breslau. Vgl. Anlage Nr. I, I

² Ebenda. Vgl. Anlage Nr. III

³ Zur Hütte über Schreibersau und den Zackenfal, auf einer Wanderung in den Sudeten gezeichnet. Schlesische Provinzialblätter herausgegeben von Streit und Zimmermann, VIII S. 495 ff. Ein Teil des Ortes trägt noch heute die Bezeichnung „Hutstadt“ auch Hutstadt genannt, weil die Glashütte vom Niederlande, wo sie sich zuerst befand, hietus verlegt worden sein soll.

⁴ Item ezu Hespergk fröge noch eynen dorffe das heysst Petrasdorf dor noch keyn Seywarshawe da gehs alone dor obir wegk keyn der swartzen berge ver dy glaze hütte zo kornestun dem weysen wasser ader zur der weysen bäch, zo findstu zeyn waschen got vnde sprechest also vil als du wilt. (Fol. 6 im sogenannten Walentach der Breslauer Stadtbibliothek S. IV la 43. R 454) welches von Antonius von Mediev selbst verfaßt sein soll. Vgl. auch Dr. Pripper: Wanderungen im Rieser- und Bergebirge. Wanderer (Organ des Riesengebirgs-Vereins) Nr. 3.

⁵ Nach der Familienchronik des Christian Benjamin Prensler abgedruckt bei Winkler a. a. O. S. 45 ff. Eine bei Schöbke (Bohmen-Geschichte und Geologie) Prag 1878 S. 94 ff. abgedruckte Familienchronik des Anton Vincenz Prensler oder Preysler, eines bekanten, aus nachher nicht umgekehrt bei ersten dieser Namens etwa 120 Jahre früher aus Schlesien nach dem böhmischem Orte Battendorf emwandern, dessen die Familiennennung der Namen auch die Vorfahren Hans, Johann, Christoph kennen regelmäßig in beiden Chroniken wieder und das Bezugs spricht für sehr nahe verwandtschaftliche Beziehungen. Es lassen sich aber auch noch andere Gründe dafür geltend machen. Die ersten aus Schlesien nach Böhmen eingewanderten Prensler (Preysler) waren zwei Brüder, Christoph und Matthias, deren Nachkommen einzeln aufgeführt werden. Während aber die älteren männlichen Glieder der von Christoph Prensler abstammenden Linie sämtlich namentlich aufgeführt sind, ist dies

und mit den für die Schreiberhauer Glasilustrie ein neuer Aufschwung eintritt, mit Erlaubnis und durch Vermittelung des Grafen Hans Ulrich von Seaußgusch¹, gegen Entrichtung von Prozinsen und sonstigen Abgaben² im Jahre 1617 eine Glashütte, in welcher die Fäbrkation noch im Martii desselben Jahres beginnt³. Wolfgang Preussler starb 1620 und hinterließ die Glashütte seinem Sohne Hans, der im Jahre 1644 ein kaiserliches Privilegium zur Errichtung einer Mühle, Bannerei und Bannschutzhütte⁴ am 1668 im 72 Lebensjahre starb. Er war ebenfalls noch in Böhmen geboren wie sein Vater und hat die alten Beziehungen mit Böhmen auch weiter gepflegt. Es ersieht z. B. wie Christian Benjamin Preusslers Familienchronik berichtet⁵ im Jahre 1654 die Glashütte zu Witkowitz in Böhmen.

Unter dessen Sohn und Erben, Johann oder Hans Christoph Preussler, entstand um 1702 weiter aufwärts am rechten Ufer des Zucken, unterm Weberberge, in der Nähe der heutigen „Glashütte“, auch zum „vorderen Glaser“ genannt, ebenfalls ein Wohnplatz des Gemeindebezirks Schreiberhau⁶, noch eine zweite Glashütte, welche allerdings nicht in der älteren Hütte an der Weilsbach etwa 50 Jahre im Betrieb gewesen ist. (Johann) Hans Christoph Preussler starb am 20. Januar 1706 im 68 Jahre seines Lebens; nach ihm besaß sein gleich-

bei denen der Matthias Preussler nicht der Fall. Von Matthias Preussler stammt David Preussler und letzterer hatte zwei Söhne 1. Elias, 2. Johann, v. noch einen. Der Umstand, daß die Chronik erst um 18 Jahre hindert abgefaßt ist, legt die Vermutung nahe, daß jener letzte Enkel des Matthias Preussler heimlich verstorben hatte und nur die leibliche Familie verschollen war, so daß der Chronist nichts über ihn berichten konnte, ja nicht einmal mehr seinen Namen wusste. Es ist sehr wahrscheinlich, daß der etwa 40-50 Jahre alte Wolfgang Pr., welcher die Glashütte an der Weilsbach errichtete, jener unbekannte Enkel des Matthias Pr. gewesen ist.

¹ Vgl. Zimmermann, Beiträge zur Beschreibung von Schlesien VI 392 ff.

² Vgl. Anlage Nr. 2, L.

³ Vgl. Anlage Nr. 3 Qu. bezw. R. 1.

⁴ Vgl. Winkler a. a. O. S. 45 ff.

⁵ Abgedruckt bei Winkler a. a. O. Anhang.

⁶ Die Gutschott Schreiberhau, vielleicht die wertvollste des preussischen Staates, die Einkünfte vom Petersdorfer Ende bis zu des Kabinets- und Steuereinsamlers hinter Karlsbad beträgt fast 10 Stunden Weges, besteht aus der Landgemeinde Schreiberhau, dem Gutsbezirk gleicher Namens und dem Forstbezirk Karlsbau. Die beiden letztgenannten Kommunal-einheiten sind erst in neuerer Zeit von dem alten Dorfe Schreiberhau abgezweigt worden, nach vielfach von Anteilen der Landgemeinde umgeben und werden deshalb immer noch als Anteile der Landgemeinde, die noch heute in der Gestalt der Antebaziken besteht, angesehen. Die drei genannten Kommunal-einheiten bestanden nach den Gemeindelexiken für Schlesien zur Zeit aus folgenden Wohnplätzen oder Anteilen:

namiger Sohn die Glashütten bis zum Jahre 1738¹, in welchem Jahre er sie freiwillig seinem ältesten Sohne abtrat. Diesem zweiten Johann Christoph Preusler verdanken wir die ältesten schriftlichen Aufzeichnungen über die Schreiberhäuser Glasbütte²: dieselben mögen etwa bald nach dem Jahre 1700 belufs irgend einer amtlich gewollten Auskunft abgefaßt sein.

Die Preusler'sche Glashütte fabrizierte schon damals „ein gutes, reines, weißes Kirenglas, rot, blau, grün und

a. Landgemeinde Schreiberhan mit einer Gesamtfläche von 1224 ha, 484 Wohngebäuden und 3494 Bewohnern

	Wohngebäude	Bewohner
1. Alte schlesische Baude	1	15
2. Hirschthaler	4	32
3. Bruch	11	111
4. Hirschthaler (Hüttenberg, Hütten-Distrikt)	21	149
5. Hirschthaler	79	231
6. Hirschthaler (Hutstadt)	38	273
7. Jakobsthal	8	56
8. Koberwitzer (Kobelhäuser)	3	17
9. Kobelhäuser	14	64
10. Marienthal	127	881
11. Neue schlesische Baude	1	13
12. Schwarzerberg	2	14
13. Siebenhäuser	27	197
14. Sommerberg	28	183
15. Strackenhäuser	26	202
16. Weidenbach	39	284
17. Schreiberhan (Nieder-, Mittel- und Oberdorf mit der Lasse)	107	748

b. Forstbezirk Schreiberhan mit einer Gesamtfläche von 3812 ha, 8 Wohngebäuden und 5 Bewohnern

18. Josephenbütte	5	40
19. Forsthaus Schreiberhan	1	3
20. Zuckersack	1	5
21. Zolam	1	10

c. Forstgutsbezirk Karlsthal mit einer Gesamtfläche von 2548 ha, 6 Wohngebäuden und 140 Bewohnern

22. Hoffensthal	6	49
23. Jakobsthal	2	14
24. Forsthaus Karlsthal	1	5
25. Glashütte Karlsthal	6	65
26. Michelsbünde	1	7

Die in Klammern beigesetzten Namen sind die nach eigenen Erfahrungen in Schreiberhan allgemein üblichen. Außerdem kommen noch folgende, in dem amtlichen Verzeichnisse nicht angegebenen besonderen Wohnplätze Antelke vor die oben erwähnte Glashütte oder zum vorderen Theile der Resturrationen auf dem Hochstein und Moltke's, die Proveniente, die Schmelzgrubenbünde und der Sieberhübel zwischen Marienthal und der Bründel.

¹ Nach der Prozeßurtheil-Akte im Hersfelder Archiv (Acta Tit. V No. 8), während die Familienscheide diese Abtretung in das Jahr 1740 verlegt.

² Vgl. Anlage Nr. 3.

schwarz Glas, ingeleichen auch eine gute Art von goldfarbigem und Röhrglas¹. Item eine neu erfundene Porcellan-Arbeit von Glas². Daß wir es hier nicht mit bloßer Wichtigthuere, und Schöpfungsberei zu thun haben, beweist die Erzählung des böhmischen Glashüblers Georg Franz Kreybiel³, welcher für seine zweite, im Jahre 1686 unternommene Reise durch die Lausitz, Brandenburg, Pommern und Preußen in die heutigen russischen Ostseeprovinzen in den Hunderthütten⁴ auf dem Schreiberhau „gutes Glas“ ladet, denn zu jener Zeit war in Bohmen noch kein gutes (reines, weißes, geschliffenes und geschnitten-tes) Glas, sondern nur Schloßglas (glattes Glas) gemacht, auch gab es damals dort noch wenig Glaseisenerde, während diese Art der Glaserzeugung um jene Zeit im Hirschberger Thale schon in Blüthe stand⁵.

Johann Christoph Preusler starb 1718. Sein Sohn George Siegmund Preusler, welcher wie oben bemerkt 1738 bezw. 1740 die Glashütten mit allem Zubehör für 3520 Rthlr⁶ übernommen hatte, hat sie nur kurze Zeit besessen, da er schon 1751 starb. Während seiner Leitung begannen infolge der strengen Absperungsmaßregeln gegen Böhmen schwierige Zeiten für die Glasindustrie des Hirschberger Thales⁷, die in häufig wiederkehrenden Petitionen an der Minister Grafen v. Münchow und an den König um Wiederherstellung des freien Verkehrs oder wenigstens Gestattung der Glaszufuhr gegen einen mäßigen Zoll zum Ausdruck kommen.

Im Jahre 1752 verlangte die Schatzgutsche Verwaltung die Verlegung der Hütte an der Weißbach, weil die nähere Umgebung bereits abgezogen war, in eine waldreichere Gegend und bestimmte dazu das am nördlichen Ende des Gebietes in der Nähe der österreichischen Grenze gelegene „Babelsruck“. Nach längeren Strauben sah sich Johanna Katharina Preusler geb. Gallen, die Witwe von George Siegmund Preusler, welche für ihre beiden unmündigen Söhne das Geschäft fortsetzte, genötigt, die Forderung der Herrschaft zu erfüllen. Die

¹ Vgl. S. 36, Anmerkung 3.

² Bei Schöbke 1 a. O. S. XIX ff.

³ „Histor der Hütte“ hießes früher die Häuser im Weißbachthal weil sie oberhalb dieser, der dort befindlichen Glashütte lagen (Winkler a. a. O. S. 35).

⁴ Vgl. S. 22 ff.

⁵ Wahrscheinlich ebenfalls wegen der Falschfabrikation wurde der gesamte Preusler'sche Besitz 2 Hütten etc. 1757 vom Herrnharter Kammerdiener abgeschätzt und mit 10 000 Thlndern schätzungsweise bewertet, von diesem Satze wurden auch die Landeinnahmen entrichtet (Akten des Herrnharter Archivs, Tit. V Nr. 8, 1. Sessionaten Aktus).

⁶ Schon bei der Übernahme reut sich George Siegmund Pr. ge. nötigt eine Summe von 100 Rthlr zu den Landeinnahmen 600 Thlnden aufzunehmen, welche 145 Hypothekensich auf seinem Glashüttengrundstücke an der Weißbach eingetragen wurden.

beiden älteren Hütten an der Weisbach und unterm Weiberberge gingen ein, und es entstand die drei Stunden von der alten Hütte an der Weisbach in einer äußerst ansgewandten Gegend gelegene Karstbäler Hütte, welche 1754 in Betrieb gesetzt wurde. Die schlechte Verbindung mit Schreiberhau, dem Sitze der Glasveredler und der Glasändler, welche noch bis weit in dieses Jahrhundert hinein einen ständigen Gegenstand der Klage seitens der Hüttenbesitzer gebildet hat¹, veranlaßte die Fabrikation außerordentlich. Sämtliche zur Glasfabrikation benötigten Materialien, sowie die Lebensmittel mußten mit schweren Kosten durch Hackenträger auf dem Rücken herbeigeschafft werden und beim Transporte auf den schlechten Waldwegen ging viel Glas zu Grunde. Das für den Glasofen erforderliche sogenannte Gluttholz konnte nur im Winter, wenn der Waalboden gefroren war, herbeigeschafft werden, da das kumpfige Terrain im Sommer unpassierbar war. Auch sonst hat der Betrieb der Karstbäler Hütte, wie die Familienchronik berichtet, der Besitzerin großen Schaden gebracht und nur die Müheguthen bereichert.

Die allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, unter denen jene Frau zur Leitung eines immerhin nicht unbedeutenden Unternehmens berufen war, waren, auch abgesehen von jener ungünstigen Lage der neuen Hütte und der Latsche ihrer Mitarbeiter, schwierig genug. Die von Friedrich den Großen unterm 19. April 1756 erlassene „Neue revidirte und vermehrte Holzs-, Meis- und Jagd-Ordnung für Unser souveräines Erb- Hertzogthum Schlesien und die souveräne Grafschaft Glatz“² verfügte im Interesse der Bleichen nicht nur, daß in den holzärmeren Gegendsorten, ohne Genehmigung der Kriegs- und Domänenkammern keine Glashütten von neuem angelegt werden, sondern verordnete sogar, daß die eventuell schon bestehenden aufhören sollten³. Der noch in demselben Jahre beginnende Krieg verhinderte die strenge Durchführung jener Maßregel, welche später zwar wieder erneuert wurde⁴, aber auf die alten Glashütten, besonders die

¹ Vgl. Promemora des Christian Benjamin Prenaler an die Regierung zu Lausitz im Ma. 1824 (Akten des Kgl. Landrathsamtes in Hirschberg Sect. V. Fl. 7 II Nr. 1) sowie Briefe über Schlesien von John Quincy Adams damaligen bevollmächtigten Minister d. V. St. an dem Hofe zu Berlin aus dem Kgl. Archivat von Friedrich Gottlieb Friese, Breslau 1847, S. 8. Der damals vorhandene einzige Fahrweg, der sogenannte alte Zollstrafe, welche von Hirschbäckerhau am Hochstein über weißen Steinbrücke und der Mädelbaude vorbei nach Karstbäler führt, ist jetzt heute verändert und dient zum Transporte des Quarzes für die Josephsthaler und Karstbäler Hütte. Die Beschaffenheit des Weges erwähnt noch heute die Berechnung einer Kugel auf die schlagendste.

² Vgl. Koenigs Bibliothekensammlung VI 357 ff.

³ A. a. O. § 12.

⁴ Verordnung für die schlesischen Gegendsorten vom 8. September 1777. Koen. XV. 1. ff.

Karlsthäler, keine Anwendung finden sollte. „Es muß aber mit deren Holzbedarf nach der festgestellten Ordnung gehalten und ihr Augenmerk lediglich auf weißes und feines Glas gerichtet werden, damit eines Theils der darauf gegründete Glashandel mit feiner Waare, Glasschleifereyen und Schneidereyen fernerhin Unterstützung finde; und weil anderer Seits grünes und schlechtes Glas auf der Pöhlischen Seite Unseres souverainen Herzogthums genugsam verfertigt werden kann, wo das dazu nöthige Holz keinen interessanteren Gegenständen entzogen werden darf!.“

Mit der für den Holzbedarf „festgestellten Ordnung“ verhielt es sich folgendermaßen. Jeder „Entrepreneur“ (Gewerbetreibender, Fabrikant) mußte zeitig im Jahre seinen Bedarf für die nächste Arbeitsperiode bei der betreffenden Forstbehörde anmelden, damit letztere ein Urteil über den gesamten Holzverbrauch gewann und gleichzeitig das Schlagen des Holzes rechtzeitig besorgt werden konnte. Diesen Bestimmungen haben die Preusler bis zum Jahre 1786 keine Folge geleistet, sondern sich in den Karlsthäler Forsten alljährlich soviel schlagen lassen, wie ihnen beliebte, und namentlich, was ihnen gefiel, während die Staatsbehörden verschiedenen Fabrikanten ganz besondere Holzarten oder Teile der gefällten Bäume zur Benutzung vorgeschrieben hatten. Die für das verbrannte Holz an das reichsgräfliche Kameralamt zu Hermsdorf u. K. zu entrichtende Entschädigung wurde nach der Brennzeit (der Zeit, während welcher der Glasofen im Betriebe war) bemessen, und zwar wurden von 1754 bis 1761 wöchentlich 6 Gulden, von da ab 10 Gulden dafür bezahlt¹.

Während die Besitzerin so außer den lokalen Schwierigkeiten auch noch den der Glasfabrikation ungünstigen Maßnahmen der Regierung Widerstand leisten mußte, hatte sie anderseits einen lebhaften Konkurrenzkampf gegen die zahlreichen böhmischen Glaswarenhändler zu bestehen, welche gerade Mittel- und Niederschlesien in jener Zeit nach allen Richtungen durchkreuzten und mit ihren Waren über-

¹ A. a. O. § 17 al. 2. Aus dieser Verordnung erklärt sich der geringe Fortschritt bezw. der Rückgang der Gebirgsglasindustrie und der Aufschwung, welchen die Glasfabrikation Oberschlesiens am Ende des vorigen Jahrhunderts nahm.

² Quittungsbuch der „Frau Glasmeister Preuslerin“ über Zinsen und Brennholzgelde von 1754 bis 1804. Da die fiskalischen Forstverwaltungen bedeutend höhere Einnahmen aus ihren Holzbeständen erzielten, so versuchte die schaffgotsche Verwaltung eine Steigerung der Holzpreise bis zu gleicher Höhe, sah aber auf wiederholtes Bitten der Glashüttenbesitzerin und namentlich infolge der Vermittelung des Steuerrats Schnecker der sich als ein ebenso freundlicher und wohlwollender wie pflichttreuer Beamter erwies, davon ab und normierte die Entschädigung auf 10 Gulden.

schwärmten. Diese Widersacher wurden allerdings zum Teil unschädlich gemacht. Da sie den Truppen häufig als österreichische Kundschafter lastig fielen, wurden die Behörden von Friedrich dem Großen wiederholt angewiesen, den Uebertritt derselben über die Grenze nicht zu dulden oder diejengen, welche in Preussisch-Schlesien betroffen wurden, auf den Scheit zu bringen. Als auch das nichts half, taufsten sie Aufgegriffenen in die Festungen gesteckt und zu schweren Arbeiten verwendet worden.¹

Nach Beendigung des siebenjährigen Krieges wurde, da der Wiener Hof die Einfuhr von Glas und Glaswaren gänzlich verboten hatte, ein gleiches Einfuhrverbot für Glas und Glaswaren aus den Österreichischen „ohne Unterschied, sie mögen Namen haben wie sie wollen,“ erlassen, und zur Vermeidung aller Unterschleife dieses Verbot auch auf das aus ~~Aussere~~ kommende Glas ausgedehnt.² Außer dem Grundsatz der Reciprocität, welcher zur Anwendung gebracht wurde, sollte die einheimische Glasfabrikation durch diese Maßregel gestärkt werden. Auch positive Maßnahmen wurden zur Hebung der einländischen Glasfabrikation unternommen. Solchegene Glasmeister erhielten für jeden aus dem Auslande herangezogenen fremden Gesellen, der feines und weisses Glas machen konnte und dazu wirklich verwendet wurde, drei Jahre lang jährlich 15 Thaler bar aus dem Manufakturfonds, und die Dörner, welche mit Lirbugeltem Waldsatze versehen waren, wurden seitens der Landrate zur Anlegung und Verbesserung der Glashütten anmuthet.³

Allein, die weiter oben begründete theure Fabrikation der Karlsbader Hütte sowie ihre Lage in nächster Nähe der böhmischen Grenze bewirkte, daß ihren Besitzern trotz jener Maßregel durch das heimlich massenhaft eingefuhrte böhmische Glas, das erheblich billiger und dabei noch besser war als das Karlsbader Fabrikat, großer Schaden zugefügt wurde. Die Nachfrage nach dem Schreiberthauer Glas war ausserordentlich gering und die Produktion bewegte sich in bescheidenen Grenzen. Dafür spricht nicht nur die Thatsache, daß Frau Preussler ihre Zinszahlungen, namentlich aber das Holzgeld häufig erst nach den festgesetzten Terminen zu entrichten vermochte, sondern auch, daß gewöhnlich weder die Schreiberthauer und Warmbrunner Glasschneider noch die seitens der Regierung zur Inspizierung gesandten Kommissare fertiges Glas vorrätig fanden. Die Karlsbader Hütte hatte nämlich, wie auch heute noch, nur einen Ofen, der gewöhn-

¹ Korus Euktesensammlung VI 722, 730 und öfters.

² Cirkular der beiden schlesischen Kammern vom 7. 31. Juli 1764.

Korus Euktesensammlung VIII 213 und 216.

³ Korus Euktesensammlung VIII 250-251.

nur die kleinere Hälfte des Jahres in Thätigkeit war¹, teils infolge der vorstehend geschilderten Verhältnisse, teils weil während des alljährlich nothigen mehrerer Monate in Anspruch nehmenden Umbaus des Ofens kein Glas geschmolzen werden konnte. Die Glogauer Kammer verlangte deshalb schon 1764, daß sich die Erben zur schleunigen Anlegung einer zweiten Hütte (sowie eines Schmelzwerks) verpflichteten. In den ersten Jahren nach der Inbetriebnahme der Karlsruher Hütte arbeiteten die fremden Glasmeister für ihre eigene Tasche, und als später der ältere der Söhne, Karl Christian Preusler², die technische Leitung übernahm, zeigte es sich, daß er der ihm gestellten Aufgabe noch nicht gewachsen war, so daß Abt Glogauer Kammer der Frau Preusler sogar damit drohte, daß ihr die Hütte gegen Erstattung des Wertes seitens des herrschaftlichen Anteils abgenommen und tüchtigeren Leuten übergeben werden sollte.

Was angelend die Kontrolle war, welcher die Glashütte, wie alle größeren gewerblichen Betriebe in jener Zeit, seitens der Behörden unterworfen wurden, zeigt das Protokoll des Kriegs- und Steuerrats Schnecker, welcher die Karlsruher Hütte am 25. Januar 1765 inspizierte. Er ließ sich das Glasfabrikationsregister, in dem die Menge der verschiedenen hergestellten Glassorten zu verzeichnen war, sowie das Handelsregister, in welchem die von Preusler kaufenden Glashändler, die Menge des von denselben gekauften Glases und der Preis des letzteren angegeben sein mußten, vorlegen und die Steigerung der Preise gegen das Vorjahr³ begründen. Auch

¹ Aus den mir vorliegenden Holzrechnungen für das Jahrzehnt 1754-63 ergeben sich folgende Betriebszeiten:

1754	26 Wochen	1759	28 Wochen
1755	23	1760	25
1756	24	1761	23
1757	29	1762	24
1758	23	1763	22

mithin durchschnittlich 24 1/2 Wochen.

² Das Protokoll des Kriegs- und Steuerrats Schnecker vom 25. Jan. 1765 (a. o.) führt bereits Karl Christian Preusler als Glashausmeister auf und trägt auch dessen Unterschrift. Außer ihm sind noch ein Glashausmeister (Giesel) Joh. Gottlieb Preusler und ein Lehrling Christian Preusler erwähnt. Ein Hypothekenschein des Kärntner Gerichtsamtes vom 21. Juni 1777 nennt ausdrücklich die Mutter und die beiden erstgenannten in denselben Reihenfolge als Erben des verstorbenen Georg Augustin Preusler. Hieraus ergibt sich, daß Karl Christian Preusler, der nachmalige Besitzer der Hütte, der ältere und nicht der jüngere der beiden Brüder war, wie die bei Winkler a. a. O. abgedruckte Familienchronik des Christian Benjamin Preusler irrtümlich angibt. Der im Jahre 1849 als Glashausmeister in der Anlage Nr. 9 unterzeichnete Joh. Gottlieb Preusler ist augenscheinlich der jüngere Bruder. Vgl. dazu die Anmerkung 1 auf S. 22.

³ 7 R war der Preis des Hüttenhunderts (20 Stücken) gaar feiner Weinfläßer von 27 Sgr. im Jahre 1764 auf 32 Sgr. gestiegen — wie der

Mittel und Wege zur Verbilligung der Fabrikate, Verbesserung des Betriebes und namentlich zur Erzielung eines genügenden Vorraths aller gangbaren Glassorten wurden besprochen und alsdann zur Kontrolle der gerade in Arbeit befindlichen Glasmasse bezw. der daraus erzeugten Artikel geschritten. Es wurde unter den Augen des Stenerraths eine Kuff (Sodenglas mit Hockel), eine Flasche, ein Wanglas und ein Bierglas (Trankglas mit Fuß), „von der besten Sorte“ gemacht, von ihm gezeichnet und dem Glasmeister Preusler aufgetragen, die genannten Gegenstände, sobald sie aus dem Kuhlöfen gekommen waren, dem Schreibertaler Glasaachbauern zu übergeben. Nachdem Letztere sie fertiggestellt hätten, sollten sie ihm (dem Stenerrath) übersandt werden, um sie hienort Orts zur Einsicht vorlegen zu können. Die gemachte Glasprobe fiel nach dem Nachtrage zu jenem Protokolle so schlecht aus, daß „solcherartige Sorte, so Kreyden- oder feyn Glafs vorstellen sollte, kaum den Nahmen des mittelmässigen verdiente“. Der Glasmeister entschuldigte sich damit, daß in der Glasmasse schon viele Brocken enthalten und der von ihm benutzte Kalk nicht gut gewesen wäre, gab aber schließlich zu, daß er wegen Abgangs eines geschickter Glasmachers nicht mehr so gutes Glas wie früher herstellen konnte. Er versprach aber, baldmöglichst einen tüchtigen Ersatzmann aus Böhmen zu besorgen und in 14 Tagen unter Aufsicht des gräflichen Kammeramtes zu Hornsdorf eine neue und bessere Glasprobe zu machen und einzusenden.

Der Umfang des damaligen Kurlsthaler Betriebes erhielt aus folgenden Angaben des Protokolls. Der Glashaus, welcher die Mitte des nach damaligen Begriffen großen Hattenraumes einnahm, war für 10 Glasmacher eingerichtet, welche auch alle 10 darunter ein Böhme und ein Lehrling) in Tüchtigkeit vorgefunden wurden. In demselben Raume an der Seite befand sich der Kuhlöfen, an einer andern Seite ein dritter Ofen, in welchem das Holz zum Schmelzen harr gemacht wurde. Außer den 10 Glasmachern arbeiteten in demselben Raume 8 Jungen, die das Glas in die Kühlen stellten und andere Handreichungen thaten und abmahlten, die Profession dabei ernten, und 3 Schürer, während 15 Holzbrecher in der Hütte und deren Umgebung das zum Brennen nötige Holz zurechteten und zwei Handbinder im Lagerraum des abseits gelegenen Wäldgenhauses arbeiteten. Mit dem Glasmeister Karl Christian Preusler bestand das gesamte

Glashaus bebaute. „weil die Pottasche nicht nur wegen der vertheilung, sondern auch wegen der Kosten, sondern auch, weil sie zu teuer geworden. Vor dem Stenerrath hatte der Cammer Pottasche, dieses Gedenken zu machen, aber dagegen mussten sie solche nur 15 Heller bezahlen, so wie die Pottasche hatte es mit neuen mitgeteilt, so Sa peter Kurlsthaler“.

Personal also aus 39 Köpfen. In der Nähe der Hütte befand sich ein etwas kleineres Gebäude, welches den Streckofen und einen dazu gehörigen Kuhlöfen enthielt; in dem Streckofen wurde das Scheibenglas geglättet (gestreckt). Neben dem Streckofen stand das auch zur Aufbewahrung der fertigen Fabrikate dienende Wohnhaus des Glasmeisters, der sich hier immer solange aufhielt, als der Brand dauerte, seinen ständigen Wohnsitz aber auf dem alten Besitztum in Schreiberbau an der Weisbach hatte.

Absatz und Betrieb der Karlsthaler Hütte gestalteten sich in den folgenden Jahren immer trauriger, so daß 1775 der Zusammenbruch des Unternehmens erfolgte. Da indessen das gesamte Preuslersche Besitztum nach einer am 24. Mai des genannten Jahres seitens des gräflichen Justiz- und Kameralamtes aufgenommenen Taxe einen Wert von 8374 Rthlr. 4 Sgr. 2¹/₂ Pfg. hatte und die Verschuldung wesentlich geringer gewesen zu sein scheint¹, so gelang es den Erben, ihre verschiedenen Gläubiger allmählich zu befriedigen und die Fabrikation fortzusetzen. Als Karl Christian Preusler 1783 nach dem Tode seiner Mutter den gesamten Besitz selbständig übernahm, muß er sich in leidlich günstigen Verhältnissen befunden haben. Denn bereits zwei Jahre später (1785) errichtete er eine eigene Schleifmühle auf dem Grundstück der alten Glashütte an der Weisbach²; für dieselbe war alljährlich ein Wasserschins von 1 Fl. 30 Kr. (= einem Thaler) an das herrschaftliche Kameralamt zu entrichten. Die damalige Produktion der Karlsthaler Hütte giebt Zimmermann³ auf über 4600 Thaler an; darunter waren geschliffene Gläser, welche bis 100 Thaler kosteten.

Die zweite Hütte, welche die Preuslerschen Erben zusammen mit jener Schleifmühle bis zum Jahre 1766 zu errichten und in Betrieb zu setzen laut Protokoll vom 20. November 1764 sich verpflichtet hatten, wurde erst 1793/94 — nachdem die beiden Brüder 1777 vergebens versucht hatten, die Erlaubnis des Kameralamtes zur Wiedereröffnung der alten Hütte an der Weisbach, in deren Nähe das nötige Holz wieder herangewachsen war, zu erlangen — in der sogenannten Martins-Heide, eine gute Stunde von der Karlsthaler Hütte entfernt, erbaut und 1796 am 5. Januar in Betrieb genommen. Die Zinsen für den dort aufgestellten neuen sogenannten Kompositionsofen⁴ wurden auf 40 Gulden jährlich festgesetzt.

¹ Nach einem mir vorliegenden Hypothekenschein, welchem auch die oben genannte Taxe entnommen ist, waren 1777 auf dem gesamten Besitze der Preuslerschen Erben in der Herrschaft Kynast 340 Rthlr. à 6¹/₂ und 450 Rthlr. 15 Sgr. 7 Pfg. à 4¹/₂ gerichtlich eingetragen.

² Dieselbe heißt noch heute die Hütten Schleifmühle.

³ Beiträge etc. VI 362 ff.

⁴ Kompositionsofen sind Schmelsofen, in denen borhaltige, blei-

Die Erbauer, Karl Christian Preusler, Preller d. Jüngere und Mattern (ein Schreiberhauser Glasbläser, von denen der erstere die Hälfte, die übrigen andern $\frac{1}{4}$ Theile hatten, umhüllten das Terrain, da sie sich sehr viel von der neuen Anlage versprochen. Hoffnungsthal¹ und die Hütte heißt bis auf den heutigen Tag die Hoffnungsthaler Glashütte. Die Hüttenarbeiter wurden zum Theil aus Karlsruhl und den Streckenbäumen, zum Theil aus Böhmen genommen. Das in dem neuen Hüttenwesen hergestellte Glas soll anfangs sehr gut und rein ausgefallen sein; doch kam es gar bald zwischen den Gesellschaften zu ersten Zwistigkeiten, die schließlich gerichtlich ausgetragen werden mußten, und darunter litt die Fabrikation nicht wenig. Die Lage der neuen Hütte an der böhmischen Seite des hier auslaufenden Riesenganges war bezüglich der Verbindung mit Schreiberhau womöglich noch ungünstiger als diejenige der Karlsruha². Im Jahre 1749 trat auch bei dieser, der Hoffnungsthaler Glashütte ein Schleifwerk hinzu; es war ein sogenanntes englisches Tripelsteinwerk³, das zum Schleifen der in Kompositionsofen erzeugten Glaswaren diente und wofür 3 Fl. (= zwei Thaler) Wasserzins jährlich bezahlt werden mußten.

Aber auch in den folgenden Jahren vermochten die Schreiberhauser Glaswaren sich nur schwer neben den billigeren und besseren böhmischen zu behaupten. Abgesehen von den schon früher dafür geltend gemachten Gründen (Steigerung der Unkosten durch hohe Zölle auf mancherlei Rohstoffe = Potasche etc. — unruher Transport bis nach Schreiberhau wegen schlechter Verbindung u. dgl. m.) wird seitens der Glashütten besetzt namentlich die größere Geschicklichkeit der böhmischen Arbeiter in Formengabe und bei der Veredlung hervorgehoben, ferner sollten auch die höheren Löhne der

flüssige Glasmassen in geschlossenen Krügen nach bestimmten Hitzegraden zur Absteckung gebracht werden. Die Krüge werden nach dem Erkalten zertrümmert und die festgeschmolzenen Stücke ausgewählt, um aus ihnen die wichtigsten böhmischen Artikel, wie sie in der Gegend von Tarnob und Grublon gearbeitet werden sogenannte böhmische Steine, Finkens Lagerschneide, gepreßte gläserne Druck- und Schreibplatten, Glaskugeln, Gläser und Fingerringe, Vorsterkugeln, Handknöpfe u. dgl. m. herzustellen. Seit einiger Zeit haben größere Fabriken sich mit solchen Abarbeitungen beschäftigt wodurch viele Kompositionsofen als nicht mehr lehnend aufhören Betrieb gesetzt worden sind.

¹ Schwarzb. Provinzialblätter XXIII (7) 180.

² Vgl. S. 4, Anmerkung 3.

³ Tripel ist ein mattes, gelblich graues bis gelbes, mager anzusehendes, zerreibbares Mineral, das Wasser ansaugt und dadurch erweitert. Es enthält 60% Kieselerde und etwas Thon und Eisenoxyd und hat seinen Namen von der Stadt Tripoli in Syrien unter terra tripolitana. Es kam früher nur aus der Levante z. der Handel wird jetzt aber auch in Bohmen, Sachsen, Bayern und Tirol gewonnen und zum Färbren von Metallen und Edelsteinen benutzt. (Nach Meyers Konv.-Lex. 3. Aufl.)

Glasarbeiter in Preußen (Differenz wegen der Verschiedenheit der Währung, Furcht vor Entlaufen der Hüttenarbeiter etc.) teil daran haben. Dagegen wird ausdrücklich von dem mit der Bereisung der Gehringsfabriken beauftragten Beamten, Fabriquen-Dessinateur Hefert Buch zu Breslau¹, bezüglich der in der Schreibthauer Hütte hergestellten Glaswaren bemerkt²: „Wir haben die beste prima Materia, weit besser als solche in Böhmen zu finden ist, demnächst steht unsere Glaswaren denen böhmischen weit nach, weil unsere Glashütten bei Zusammensetzung der Masse nicht auf das gehörige Verhältniß, Reinigung und Bearbeitung derselben sehen; daher wird das Glas unrein und fehlerhaft.“ Danach scheint ein großer Teil der Schuld der Thätigkeit des Glasmeisters zugeschrieben werden zu müssen.

Außer dieser Inferiorität in technischer Beziehung und den vielfachen örtlichen Schwierigkeiten und Hindernissen, welche eine günstigere Entwicklung der Glasindustrie in Schreibthauern beeinträchtigten, muß auch noch eine neue gefährliche Konkurrenten gedacht werden. Ganz dicht bei den beiden Preussischen Glashütten, an der böhmischen Grenze, in Neuwelt (Harrschdorf), übte um jene Zeit eine neue Glashütte auf, welche vermöge ihrer günstigen Lage und ausgezeichneten Leitung bald alle Gegner aus dem Felde schlug³.

Im Jahre 1805, nach dem Tode Karl Christian Preusslers, ging das gesamte Besitzthum auf den Sohn Christian Benjamin Preussler über, welcher in den letzten Jahren von seinem Vater schon zu den wichtigsten Geschäften gezogen worden war. Ihm scheint die Blüte seines Unternehmens, aber auch die Hebung der gesamten Schreibthauer Glasindustrie sehr am Herzen gelegen zu haben, denn mehrmals hat er in ausführlichen Denkschriften an die Legnitzer Regierung den derzeitigen Zustand der Gehringsglasindustrie geschildert sowie Vorschläge zu ihrer Aufbesserung gemacht und selbst mit geeigneten Maßnahmen begonnen⁴.

Gleich Anfangs wurde er von einem schweren Vermissen betroffen: Im Jahre 1808 gingen Glashütte und Wohnhaus in Karschels in Flammen auf, wobei viele alte Dokumente mit verbrannten, wodurch dem Besitzer später allerlei Ärgernis

¹ Derselbe war seit 1792 Direktor der damals neu begründeten Kgl. Kammerhütte in Breslau.

² Akten des Landratsamtes zu Hirschberg (betreffend die Glasfabrikation in Schreibthauern in specie die Josefsfabrik) dieselbst. Sect. V Tit. 7 B Nr. 1. Bericht über die Inspektionsreise an die Glogauer Kammer vom 17. Mai 1822.

³ Vgl. A. K. N. N. O. S. S. „Die Glaswaren der böhmischen Hütte sind von noch besserer Qualität und noch oben dazu 10 p. billiger als die ihrer böhmischen Nachbarn.“

⁴ Vgl. S. 33.

erwuchs. Schon im folgenden Jahre wurde die Hütte wieder ausgebaut und zwar, wie es scheint, genau nach dem Muster der alten, da es sich heute noch dem Beschauer im wesentlichen so zeigt, wie sie auf S. 13 ff. beschrieben wurde. Der Wiederaufbau war natürlich bei dem schwer zugänglichen Bauplatze sehr kostspielig gewesen, und infolgedessen wachte Preussers Lust noch eifriger als seine Vorfahren auf alles, was die Rentabilität seines Unternehmens beeinträchtigen konnte. Er ersuchte deshalb 1812 sowohl den Hirschberger Landrat wie die Regierung zu Liegnitz, dem seitens der Schreiberehmer Glasbläser und der Laboranten¹ in Krummhübel ganz offen betriebenen ausserhalb des Einschreppens böhmischen Glases energisch entgegenzutreten. Man konnte ihm ein solches Verlangen kaum verargen, hatten doch z. B. die Laboranten in Krummhübel früher für mehr als 1000 Thaler jährlich an Hektorglas bei den beiden Schreiberehmer Hütten gekauft, während sie zur Zeit nicht für einen Thaler bezogen. Ferner wünschte er eine sorgfältigere polizeiliche Kontrolle seiner Hüttenleute, um vor ihrer Stricklust, die sich immer gerade dann auferte, wenn der Ofen in besten Gange war, gesichert zu sein und sie wie die Offizianten der Hütte fleissiger und ordentlicher zu machen.

Beides wurde seitens der Liegnitzer Regierung noch im Sommer bzw. im Herbste des Jahres 1812 zugestanden. Die Zahl der Grenzjäger an der österreichisch-böhmischen Grenze bei Schreiberehmer wurde verdoppelt und ihnen eine strenge Aufsicht zur Pflicht gemacht, und für die Glasfabriken Karlsbad und Hoffnungsbad wurde unter dem 18. Oktober 1812 ein „provisorisches Hüttenreglement“ erlassen², das bis in die vier Jahre in Geltung gewesen ist. Noch am 21. April 1842, bei Gelegenheit der Bestätigung der Lehrzeugnisse des Jonathan Preusser und Wilhelm Zeidler durch den Hirschberger Landrat, wird den Freizugsprechenden das obgenannte Hüttenreglement vorgelesen und werden sie durch Handschlag darauf verpflichtet.

Die Begründung für das Einschreiten seitens der Liegnitzer Regierung ist interessant genug, um hier genauer vorgezogen zu werden. Nachdem in der Verfügung an den Landrat (vom 18. April 1812) die bisherige viel zu

¹ Die Laboranten hatten ihren Hauptort in Krummhübel am Fusse der Schnekeppe und waren bis in die Mitte dieses Jahrhunderts bekannt als die einzigen in der Gegend, auf den Höhen des Riesengebirges unterschiedlich zubereiteten Medizinischen gewachsen zu allen Wassern, Kräuter, Wurzeln, Exzerzen, Tinkturen, Pulvern u. s. w. zu verarbeiten und zu verkaufen. Später lieferten sie die betreffenden Gewächse an die Apotheken und legten sich auf die Fabrikation sogenannter Resenzelgenz-Krauterapuren. Gegenwärtig giebt es nur noch einen Laboranten am genannten Orte, der die letztgenannten Beschäftigungen in grösserem Umfange betreibt.

² Vgl. Anlage Nr. 4.

geringe polizeiliche Aufsicht durch die Entlegenheit der Glashütten von den Dörfern für erklärlich befunden worden ist, heißt es in dem betreffenden Schreiben: „Diese größtenteils rohen, dem Laster des Trunkes ergebenen, nicht selten diebischen und meistens widerspenstigen Menschen (die Glasmacher etc.) pflegen ihre Brotherrn durch die Drohung, sie während des Ganges des Ofens zu verlassen, in einer nachtheiligen Abhängigkeit zu erhalten. Sie können dieselbe leicht realisieren nachnach Ausübung anderer Vergehungen ungestraft entweichen, da sie sich ohne Pässe von einer Hütte zur andern durchschleichen, auf den meisten derselben ohne Attest ihrer früheren Herren in Dienst genommen werden oder als Menschen ohne Vermögen emigrieren.“ Um alles dies zu verhindern, wird sofort folgendes eingeführt:

1. Bei vorkommender Klagen des Hüttenbesizers Preusler in Schreiberhau sollen die Glasmacher scharf und nachdrücklich zu ihrer Pflicht angehalten werden¹.
2. Es ist sogleich ein genauer Personen Status der Hüttenarbeiter zu Schreiberhau aufzunehmen und darin besonders zu bemerken, wo dieselben früher in Arbeit gestanden, wie lange sie in Schreiberhau und mit welchen Attesten versehen sie engagiert worden sind.
3. p. Preusler ist streng anzuweisen, keinen neuen Gesellen, Sehter oder Schmelzer anzunehmen, welchem der Pass zur Reise nach Schreiberhau und die in der Ges.-O. § 9 erforderte Beglaubigung² fehlt.
4. Rücksichtlich der reisenden Glasmacher ist darüber zu wachen, daß sie die Passverordnung nicht übertreten.
5. Auf das heimliche Auswandern derselben soll ebenfalls geachtet werden.

Das provisorische Hüttenreglement, welches außer den oben genannten Vorschriften noch eine ganze Reihe anderer polizeilicher Vorkehrungen sowie Bestimmungen über die Annahme von Lehrlingen, das Freisprechen derselben u. s. w. enthält, sollte sowohl bezüglich der damals in beiden Hütten angestellten Ofnzanten und beschäftigten Arbeiter wie der künftig zu engagierenden nur soweit angewendet werden, als dieselben sich kontraktlich den Bestimmungen derselben unterworfen.

Die Publikation wurde im Einverständnis mit Preusler bis zum Ende der im Gange befindlichen Brennperiode aufgeschoben und erfolgte erst am 24. März 1813 durch den

¹ Nach dem Allgemeinen Landesrecht Teil 2 Tit. 8 Abs. 3, und nach der Allgemeinen Gesandtenordnung vom 8. November 1810.

² Den § 9 der Gesandtenordnung vom 8. November 1810 lautet: „Dienstboten, welche schon vermietet gewesen müssen bei dem Austritte eines neuen Diensten die rechtmäßige Verlassung der vorigen Herrschaft nachweisen.“

Landrat in Hirschberg an eine Deputation; später wurde je ein Exemplar durch den zuständigen Distriktskommissar in beiden Hütten angeschlagen. Über den Erfolg dieser Maßnahmen ist uns leider nichts bekannt geworden.

Im Jahre 1821 wurde auch die Hoffnungsthaler Hütte ein Raub der Flammen. Auch sie wurde bald darauf wieder aufgestaut, aber ohne Beteiligung Preuslers von den Gebrüdern Matrone allein¹. Preusler erwartete dafür sein Unternehmen an der Weisbach, im Dorfe Schreiberhau, das zuletzt außer dem Wohnhause und dem dazu gehörigen Nebengebäuden (Ställe, Scheunen, Schuppen etc.) noch aus 12 Gebäuden, darunter einem Seifenwerk, einer Glasmalerei, einer Pottaschenederei, einer Mehlmühle, Fleischerei und Schmiede, mit einem beträchtlichen lebenden und toten Inventar bestand.

Trotz aller Mühe, welche auch die Besitzer der beiden Schreiberhauer Glashütten im wohlverstandenen eigenen Interesse gaben, wollte es aber nicht vorwärts gehen mit der Gohirzglasindustrie. Der Regierung blieb diese Thatsache ebenfalls nicht verborgen, um so weniger, als auch die übrigen Beschäftigten der Gohirzgebirgswohner namentlich der wichtigste Erwerbszweig, die Leinwandindustrie, ihrem Untergange unaufhaltsam entgegengingen und einen permanenten Nostand der sehr armen und verhältnismäßig dichten Bevölkerung² in Gefolge hatten.

Man suchte auf jede Weis nach den Ursachen dieser betriebl. Thatsache, und so verhängte die Luznitzer Regierung im Jahre 1829 auch die dem Emporkommen der Glashütten zu Karstthal und Hoffnungsthal entgegenstehenden Lokallandernisse sowie Mittel zu deren Beseitigung und diejenigen Maßregeln kennen zu lernen, welche geeignet wären, jene Glashütten so zu vervollkommen wie die böhmischen, damit sie den letzteren in keiner Beziehung nachstünden. Auf Veranlassung des Hirschberger Landrats reichte Preusler noch im Frühjahr desselben Jahres ein ausführliches Promemoria

¹ Der Preussische Anteil war schon weit früher noch zu Lebzeiten des Vaters Karl Christian Preusler, nach dem Tode Preuslers an Matrone gefallen. Übrigens widerspricht die Anlage 3c direkt jener Behauptung der Familienchronik von der Nichtbeteiligung Preuslers. Er muß vielmehr erst später von dem Hoffnungsthaler Unternehmen zurückgetreten sein.

² Die Bevölkerungsdichtigkeit von Gohirzgebirgsdörfern darf nicht auf dieselbe Weise wie diejenige eines in der Ebene gelegenen Gebietes berechnet werden, da die einen beträchtlichen Flächenraum einnehmenden Berge fast ganz unbewohnt sind und im allgemeinen auch in Zukunft unbewohnt bleiben werden. Nimmt man z. B. die Gesamtlänge des Kreises Hirschberg mit 198,28 qkm für die Berechnung der Bevölkerungsdichtigkeit als Grundlage an, so kommen auf den Quadratkilometer durchschnittlich nur 116 Bewohner. Nimmt man dagegen die Gesamtfläche des Kreises Hirschberg mit 198,28 qkm für die Berechnung der Bevölkerungsdichtigkeit als Grundlage an, so kommen auf den Quadratkilometer durchschnittlich nur 116 Bewohner. Nimmt man z. B. die Gesamtlänge des Kreises Hirschberg mit 198,28 qkm für die Berechnung der Bevölkerungsdichtigkeit als Grundlage an, so kommen auf den Quadratkilometer durchschnittlich nur 116 Bewohner. Nimmt man z. B. die Gesamtlänge des Kreises Hirschberg mit 198,28 qkm für die Berechnung der Bevölkerungsdichtigkeit als Grundlage an, so kommen auf den Quadratkilometer durchschnittlich nur 116 Bewohner.

an die Regierung ein, welchem nachstehende Mittheilungen entnommen sind.

Die Glashütten zu Karlsthal und Hoffnungsthal stehen im Walde, zwei bezw. drei Meilen von Schreiberhau entfernt, der dahin führende Waldweg (die sogenannte Zollstrasse) sei ausserst schlecht und infolgedessen der Transport sämtlicher Materialien, namentlich derjenige des schwerwiegenden Quarzes¹ und der fertigen Glaswaren, mit grossen Beschwerden, Kosten und Kosten verknüpft. Das roh-fabrikat der beiden Hütten werde von den Eigentümern zu festen Fabrikpreisen nach Stock und Hüttenhundert² an die Händler in Schreiberhau, Petersdorf, Hermsdorf, Warmbrunn und Flinsberg verkauft. Die Händler lassen sich das rohe Fabrikat nach ihrem Gefallen selbst veredeln, halten die veredelten Glaswaren in ihren Lagern vor und beziehen Messer und Marktdamirt; daneben handeln sie auch mit böhmischen Glase. Die Fabrikanten lassen ihr Glas nur dann veredeln, wenn solche Waren direkt bei ihnen bestellt werden, was bisweilen von auswärtigen Auftraggebern geschehe. Das in früherer Zeit herrschte Vorurtheil von der besseren Qualität des böhmischen Glases sei so fest eingewurzelt, daß der inländische Ursprung eines guten Krystallglases z. B. von den Käufern einfach bezweifelt werde, und dieses Vorurtheil werde von den Händlern geflissentlich aufrechterhalten, um für gute inländische Waren die höheren Preise des böhmischen Fabrikates einzuhaken. Thatsächlich stehe der größte Theil der böhmischen Hütten, welche leichte Ware fabricieren, den Schreiberhauern weit nach und nur die gläserne Harrachschle (Neuwelter) Hütte könne sich einen gewissen Vorsprungs rühmen, erstens, weil sie als herrschaftliche als ländliche Vorstele genieße, auch mitten im Dorfe liege, zweitens, weil auch die Veredlung ausschliesslich unter der Leitung der Hütten-direktion anhe. Daß viele ordinäre, leicht gearbeitete Glaswaren und ebenso besseres Fabrikat in Bohmen zu billigeren Preisen geliefert werden könne als hier, liege am Tagezuleben³, mit dem alle Materialien und namentlich auch die Löhne bezahlt werden. Der Vorzug lies in Neawelt hergestellt

¹ Derselbe wurde schon von alters her wie noch jetzt am Harzgebirge in der Nähe des Hochstades, am weissen Flins oder der weissen Steinfälle an der jenen Waldweg vorbeiführt gelrochen. Dieses Material konnten die Hütten bis zum Jahre 1816 unentgeltlich nach Bedürfnis beziehen, von da ab mußten sie die Kloster's gute Gruben an die herrschaftliche Renten und 2 % dem Hüttenförster gezahlt werden.

² Nach Hüttenhundert oder schuck wird nur bei den einzeln geblasenen oder in Holzformen hergestellten Halbglassartikeln gezahlt. Die Größe eines Hüttenhunderts ist jedoch keine beständige und gleichbedeutend ist variabel; je nach der Größe der betr. Gegenstände werden und 60 bis 80, bald nur 10 bis 20, Stücker 12 Stücken genannt.

³ Die obererösterreichischen Bankzettel von 100 fl., welche auf je der Finnmarkenmäßige Zwanzigkronen erhalten.

Glasges besteht lediglich in der Veredelung. Nur wenige gute Schreiberhaarer Schleifer können sich mit den Neuweltern messen, weil sie unter keiner gemeinsamen Leitung stehen und keine geeignete Vorbildung besitzen. Solange die hiesigen Fabriken nicht selbst ihre guten Waren zum Teil verschleifen lassen und dann auf Lager halten, werde es nicht besser werden. Für den Handel sei viel gethan; sogar die Abgaben und Aemse auf die inländischen Glaswaren seien erhoben, was dem großen Händler jährlich einen schönen Gewinn bringe, aber für die Glashabikation sei so gut wie nichts geschehen.

Zur Hebung derselben schlägt er eine Erleichterung der Eingangszölle für veredeltes böhmisches Glas, den Erlass des Zolles für die aus Böhmen zur Glashabikation eingeführte Pottasche, die Verbesserung der Zollstrasse von Schreierhaa nach den Hütten vor. Ferner bittet er, dem Hof zu veranlassen, daß er seine Einkäufe an Glas bei den Schreierhaarer Hütten mache, um das eben dargelegte Vorurtheil zu bekämpfen, und bezieht sich für die Güte der Schreierhaarer Fabrikate auf die schlesischen Kunstausstellungen von 1822 und 1827. Da aber der Hauptgrund für das Darniederliegen der Glasindustrie in der mangelhaft ausgebildeten Glasveredelung liegt, so empfiehlt er zur völligen Beseitigung aller dem Aufblühen entgegenstehenden Hindernisse die Anlage von noch 4 bis 6 guten Wasserschleifwerken, zahlreichen Handelsreisenden in den Privatwohnungen, sogenannten Stubengängen¹, und die Einrichtung einer allgemeinen Zeichenschule für die Schleifer. Am vortheilhaftesten sei es, den gesamten Betrieb, die Fabrikation und Veredelung des Glases in einer Hand zu vereinigen, wie in Neuwelt². Das Gesamtunternehmen müsse dann in den Badeorten Magazine mit gutem inländischen Glase unterhalten, Messen und Märkte beziehen lassen und Reisende aussenden, welche den weiteren Vertrieb besorgen. Dazu sei aber ein Kapital von 60–80 000 Thalern erforderlich.

Welchen Erfolg diese seitens der Behörde größtentheils als zutreffend anerkannten Ausführungen Preusslers hatten, ist in folgender Abschnitte näher dargelegt. Hier sei nur erwähnt, daß speciell im Interesse der beiden Glashütten eine bessere Festsetzung der Zollstrasse und eine genau Erhebung über den Umfang des Handels mit böhmischen Glaswaren von der Leuznitzer Regierung angeordnet wurde und daß Preussler versprach, Verkaufsmagazine in den Badeorten des schlesischen Gebirges nach und nach anzulegen, in denen ausschließlich Fabrikate seiner Hütte feilgeboten werden sollten, und von Frühjahr 1830 ab für einen regeren Absatz in die

¹ Vgl. S. 22 Anmerkung 3.

² Auch Adami u. a. O. S. 8. hebt dies als einen besondern Vorzug der Neuweltern Hütte gegenüber den schlesischen hervor.

Feine einen eigenen Reisselen anstellen wollte. Wieviel von diesen Absichten ausgeführt worden ist, konnte nicht mehr ermittelt werden, doch steht soviel fest, daß seine eifrigen Bemühungen für das Aufblühen der Glasindustrie im Hirschberger Thale von großem Nutzen gewesen sind, da sie die maßgebenden Stellen dafür zu interessieren wußten. Dem verdienten Manne war es vergönnt, sich von der Richtigkeit seiner Ansichten sowie von dem gewaltigen Aufschwunge, welchen die Durelführung derselben zu Wege brachte, noch selbst zu überzeugen. Sein Schwiegersohn Franz Pohl, dem er 1840 die Karlsfelder Hütte abtrat, war dazu berufen, seine Pläne im großen Stile auszuführen. Christian Benjamin Prossler starb 1848 im Alter von 72 Jahren, mit ihm erlosch diese für die Schreiberhauser Glasindustrie so bedeutende Familie¹.

b. Die Glasveredelung.

Die Kunst der Glasveredelung, wenigstens was die ersten Stufen derselben, das Schleifen und Schneiden, angeht, ist wahrscheinlich nicht viel jünger als die Glasbläserei selbst und auf deutschem Boden, also auch in Schreiberhau und Umgegend, entweder zugleich oder bald nach der Gründung der ersten Glashütte heimisch geworden.

Am Ende des 17. Jahrhunderts wohnten schon zahlreiche Glassehneider und -schleifer in Warmbrunn, Hornsdorf, Petersdorf und Schreiberhau², und „weil ein jeder auch noch 2 bis 3 Jungen lehrte“, welche, „wann sie . . . ein Jahr oder was zugebracht und nur ein wenig kritzeln konnten, von den Meistern entließen, sich eigene Zeugnisse³ zurichteten und als forstthuperten, an jeder vor sich“, so wurden der Glassehneider und -schleifer bald so viele, „daß einer den andern

¹ Es sei hier nachträglich bemerkt, daß die jüngeren Söhne der Glashüttenmeister Prossler sich meist der Glasveredelung zugewandt haben wüßten. Man begegnet ihren Namen öfter unter den Schriftstücken in den Akten des Hornsdorfer Archivs, welche sich auf die Glassehneifer und Glassehneider beziehen.

² Die hier genannten Orte liegen sämtlich am Zackenthale, der auf Schreiberhauer Gemark an den Abhängen des Riesengebirges entspringt und bei Hirschberg in den Bober mündet. Eine schöne Chaussee, die allenthalben herrliche Ausblicke auf das Riesengebirge und seine Vorberge gestattet, führt in unruhigen Windungen allmählich ansteigend von Hirschberg über Kunsdorf und Hirschdorf zuerst nach Warmbrunn, von dort nach Hornsdorf, durchschneidet dieses und das dahinterliegende Petersdorf ihrer ganzen Länge nach, überschreitet den Zaichen an zwei Stellen und geht dann hart am Ufer des Flusses, das eigentliche Schreiberhau rechts liegen lassend, direkt über Mariethal und Josephenhütte nach der Landesgrenze.

³ Damals wurde noch ausschließlich an sogenannten Trommelzeugen geschliffen, wobei das Schmelzrad durch eine Tretevorrichtung *trompin* — das sechszüge Trittbrett in Bewegung gesetzt wurde, eine Einrichtung, die keine besonders großen Unkosten verursachte.

verlernte und fast keiner recht das Brot dabei hatte¹. Da die Glasschneider und schleifer im ganzen Kynast Gebiet² keine Innung bildeten, auch keine besondern Privilegien hatten³, durch welche jenem Unwesen hätte gesteuert werden können, so verordnete der Graf zunächst im Jahre 1685, daß ohne seinen „expressen Consens“ künftiglin den auf seiner Herrschaft Kynast betriebenen Glasschneidern verboten sein sollte, Lehrlingen aufzunehmen und auszubilden. Als die Klagen trotz alledem wiederholt wurden, ward 1687 verfügt, daß keiner, wer er auch sei, ohne speciell herrschaftliche Erlaubnis Glas schleifen und schneiden sollte, „um die Kunst nicht zu gemein zu machen“.

In Warmbrunn scheinen diese Bestimmungen nicht durchgeführt worden zu sein, wahrscheinlich, weil der durch das Bad verursachte Fremdenverkehr den daselbst ansässigen Glasverschnern hinreichend Beschäftigung gewährte; dagegen wurden sie desto strenger in den übrigen oben genannten Ortschaften der Herrschaft Kynast gehandhabt.

Einer derjenigen, welchem innerhalb Warmbrunn zunächst — und zwar von Hause aus, gleichzeitig mit dem Erlaß vorstehender Verläute — das Ausüben seines Gewerbes sowie das Halten von Lehrlingen gestattet wurde, war der Glasschneidermeister und Korporal (Kastellan) auf Schloß Kynast, Friedrich Winter, dessen Klagen die unmittelbare Veranlassung jener Bestimmungen gewesen waren. Er hatte sich jedenfalls um die Person des Grafen hervorragende Verdienste erworben, daß er neben der ganz entträglichen Stelle⁴ als Korporal der Burg Kynast noch die Erlaubnis erhielt, daselbst die Glasschneiderei betreiben zu können. Ja es wurde ihm zu letzterem Zwecke sogar eine besondere Werkstätte auf herrschaftliche Kosten dort oben errichtet. Friedrich Winter muß aber auch ein tüchtiger Glasschneider gewesen sein, von Geschick und Umsicht. Dafür spricht die Thatsache, daß der Graf selbst und namentlich die Gemahlin desselben bei

¹ Beschwerdeschrift des Glasschneidermeisters Friedrich Winter an den Grafen Christoph Leopold schaffgotsch aus dem Jahre 1685.

² Die freie Standesherrschaft Kynast umfaßt gegenwärtig folgende sämtlich im Kreise Hirschberg gelegene Rittergüter: Arnstedorf, Crommenau, Göttergebäude, Göttsdorf, Ham, Herischdorf, Hermsdorf u. K., Ludwigsfel, Petersdorf, Saaberg, Scheibberbau, Seifersbau, Warmbrunn (nützräßig) und Wernerisdorf, zusammen rund 31000 ha. Außerdem liegen die demselben Besitzer Grafen von Schaffgotsch gehörigen Rittergüter Giersdorf, Kaiserwaldau, Märzdorf, Bobber-Rohrsdorf, Seifdorf und Warmbrunn (Pfeibitz) in demselben Gebiete und bilden mit der oben genannten freien Standesherrschaft einen zusammenhängenden Besitz von rund 24000 ha. Der größte Teil dieser Herrschaft ist auch schon zu jener Zeit im Besitze der Grafen von Schaffgotsch gewesen.

³ Vgl. die Ausführungen S. 30—31.

⁴ Derselbe brachte 22 Thaler bar, freie Wohnung und verschiedene Nutzungen.

Winter Glas schleifen und schneiden ließen und die Erzeugnisse desselben in Breslau und Wien zu Geschenken benutzten. Noch mehr tritt die Bedeutung jenes Mannes dadurch hervor, daß für ihn einige Jahre später (um 1690), zunächst auf Kosten der Amtskasse, das erste durch Wasser getriebene Schleifwerk erbaut und eingerichtet wurde¹, und zwar in Hermadorf, am Petersdorfer Mühlgraben. Das Holz zum Bau des Schleifwerks mit dem dazu gehörigen Wohnhause und den Scheunen erhielt er aus der Herrschaftlichen Förster unentgeltlich, die übrigen Kosten sollten durch Abzüge von seinem Gehalt als Korporal der Burg Kynast allmählich abgetragen werden. Die gesamten Kosten einschließlich des geschnittenen Bauholzes beliefen sich auf 540 Fl. 45 Kr 3 Heller²; dem dazu angewiesenen Grund und Boden bewilligte das gräfliche Amt auf 120 Fl. Um das zum Betriebe der Schleifmühle benötigte Wasser stets in ausreichender Menge zur Hand zu haben, wurde ein besonderer Teich angelegt, dessen Kosten (144 Thlr. 17 Sgr. 6 Pf. schlesisch) in der oben angegebenen Gesamtsumme mit enthalten sind. Auch wurde dem p. Winter Freiheit von sämtlichen Diensten zugestanden.

Das Schleifwerks innere Einrichtung, von dem uns eine aus dem Jahre 1690 stammende Zeichnung und eine spezielle Rechnung³ ein getreues Bild geben, erforderte einen Aufwand von 54 Thlr. 26 Sgr (= 82 Fl. 18 Kr.). Der Bau wurde im Jahre 1690 aufgeführt; der Teich wurde in demselben Jahre begonnen, aber erst 1691 beendet. Doch muß das Projekt zur Gesamtanlage älteren Datums gewesen sein, denn bereits im Jahre 1688 littet ein Petersdorfer Müllerssohn, Hans Christoph Anderko (?), der bei Winter gelernt und gearbeitet hat, zwar nicht schneiden, aber schleifen kann, den Grafen um die Erlaubnis, neben dem (projektierten) Schleifwerk noch ein Stüb für 10 bis 12 Gläser nieder zu richten zu dürfen, die teils schöne Gläser, teils gemeines Glas schneiden sollten. Einen Teil der erzeugten Waren wollte er mit Winter in einem Bunde⁴ beim Warmer Bode (Warmborn) sellalten, das allrge aufs Land zum Vorkaufe bringen. Dadurch würde der gräfliche Glasmester (Preusner u. Schreier) auch genötigt werden, schönes Glas zu machen. Die

¹ Also mehr als 40 Jahre vor der ersten in Böhmen erwähnten Schleifmühle zu Falkenau Schebeck a. a. O. S. 13 ff.)

² Die Specialrechnung (vgl. Anlage Nr. 5) weist nur 351 fl. 22¹ / 2 Kr. — 387 Thaler 17 Sgr. 6 Pf. schlesisch an.

³ Vgl. Anlage Nr. 5.

⁴ Kleines Verkaufsgewölbe, ursprünglich Bode (schlesisch Bauden) von Holz, ein noch heute in Mittel- und Niederpreußen allgemein verbreiteter Ausdruck. Man erinnert sich der durch die weiterverbreiteten Abbildungen des ehrwürdigen Brauner Rathhauses überall bekannten, dasselbe rings umgebenen „grundtesten Bauden“ (desgl. der Bauden — Gastwirtschaften — im Riesengebirge).

ersten Jahre sollte der Gewinn zur Bezahlung für den Bau, die Einrichtung der Werkstatt u. s. w. dienen, alsdann wäre er bereit zu zinsen und jedes Viertelpaar Sr. Excellenz etliche der feinsten Gläser für die Tafel zu liefern.

Was aus diesem Projekte der Ausgestaltung der Winterschen Schleifmühle zu einer für die damaligen Verhältnisse großartigen Fabrikanlage geworden ist, ist nicht bekannt.¹

Die neue Schleifmühle muß bald an die Herrschaft homgefallen sein; denn unterm 5. Juli 1694 erbietet sich Gottfried Promaler, Bürger und Glaseiselleiter von Hirschberg, welcher genannt hat, daß keiner der Glaseiselleiter auf der Herrschaft in dem Schleifwerke zu arbeiten begehrt, letzteres mit tüchtigen Leuten zu besetzen und der Herrschaft einen erklecklichen Zins zu zahlen. Die Bedingungen, unter denen er zur Übernahme des Werkes bereit war, waren indessen so unbillig,² daß sein Antrag nicht angenommen werden konnte. In Petersdorf wohnhafte angesehenere Glaseiselleiter Christian Richter und seine ebenfalls ansässiger zwei Söhne aufgefordert wurden, im herrschaftlichen Schleifwerke zu arbeiten. Im Weigerungsfalle wurde ihnen ein gänzliches Verbot der Ausübung ihres Gewerbes angedroht. Eine ähnliche Aufforderung bzw. Drohung erhielt der Glaseiselleiter und -schneider Hans Christoph Richter in Warmbrunn.³

¹ Wenigstens enthalten die von mir durchgesehenen Akten des Hermadter Archivs keine Auskunft darüber.

² 1. Außer ihm, dem Pächter des herrschaftlichen Schleifwerkes, soll allen anderen Personen der Herrschaft Kynast das Schleifen verboten sein.

2. Alle Glaseiselmacher und -händler sind verpflichtet, bei ihm ihre Waren schleifen zu lassen.

3. Die Glaseiselmacher, welche nicht selbst Glaseisenschneider sind, dürfen sich vor, sofern sie schon Jüden in ihren Häusern und Händen keine Glaseisenschneider halten.

4. Ihm wird gestattet, in Warmbrunn einen Laden zu eröffnen und seine Waren daselbst feilzuhalten.

5. Den Fremden aus Böhmen wird das Hausieren mit geschliffenen und geschliffenem Glase gänzlich verboten.

6. Alle größeren Reparaturen am Schleifwerk sind von der Herrschaft anzustellen, die kleineren am Riemwerk will er auf sich nehmen.

Dafür verspricht er, die Schreibeaxe in Gegenwart derselben und im Einverständnisse mit ihnen in geistlichen Ante fortzusetzen.

³ Ob und wann die Drohung ausgeführt worden ist, war aus den von mir benutzten Quellen nicht zu ersehen. Später wurde das Hermadter herrschaftliche Schleifwerk perennirende Zeit von der Familie Neding betrieben und 1774 wurde es an den bürgerlichen Steuerrichter Heinrich Friedrich in Freneberg u. Qu. verkauft. Im Jahre 1840 ist diese Schleifmühle abgebrochen im Besitze der Herrschaft und ward bei einem Umtausche von 12 Schleifstühlen für eine jährliche Pauschalsumme von 22 Thalern verpachtet. Der Pächter wurden außerdem 3000 Stück Feil zum Heftreiben und 1 1/2 Klatter oder 20 Quadrathals Buchenholz zu kleineren Reparaturen unentgeltlich verabfolgt. 1842 wurde der Zins sogar auf 4 Thal. ermäßigt weil die Schreibeaxe fortging.

Über die Leistungen der Glasvererber dieses Gebietes aus jener Zeit geben einige von dem verstorbenen Direktor Franz Pohl Ende 1882 dem Museum schlesischer Altertümer überwiesene Proben Aufschluß. Es sind dies eine verzierte Weißglas Kuffe und einige dergleichen Schälchen, von denen eins innen mit der damals allgemein angewandten Kleckmalerei¹ versehen ist. Auch Abbildungen solcher gemalter Gläser, Geschenke desselben Mannes, sind aus jener Zeit vorhanden. Der Gesandte der Vereinigten Staaten von Amerika, Adams, sah auf einer Reise durch Schlesien am Anfange dieses Jahrhunderts bei einem Warmbrunner Glashändler einen großen Peka, mit einer darauf eingeschnittenen Landschaft, „die sehr schön ausgeführt war, obgleich die Arbeit mehr als hundert Jahre zählt“².

In der Folgezeit dehnte die Glasschleiferei und schneiderei sich in Warmbrunn, Hermshorf, Petersdorf und Schreiberhau immer weiter aus und beschäftigte zahlreiche Kräfte. Warmbrunn blieb zunächst der Hauptsatz der Glasveredelung. Im Jahre 1742 waren daselbst mehr als 40 Glasschneider ausmässig³, und im Sommer war ihre Zahl vermutlich noch bedeutend größer, da viele Glasschneider, die in Hirschberg oder Löher im Gebirge ihren ständigen Wohnsitz hatten, während der Hauptsaison im Bade eine Verkaufsstelle offen hielten. Auch die auf der böhmischen Seite des Rieser- und Laagebirges wohnsitzigen Glasschleifer und schneider, malern u. s. w., suchten und fanden für ihre veredelte Ware hier Absatz, wie die vielfachen Klagen der auf der Herrschaft Kynast einheimischen Berufsgenossen über die bedeutende böhmische Konkurrenz beweisen⁴. Gefährlich war dieselbe für geschliffene und geschnittene Ware damals für die Warmbrunner Künstler noch nicht, da diese sich wegen ihrer besonderen Geschicklichkeit vor den Böhmen nicht zu scheuen brauchten. Heut ist es doch noch am Ende des vorigen Jahrhunderts von den böhmischen Glasschneidern, daß noch sehr wenige kein Wappen oder eine Figur, Zeichnung der Landschaft ins Glas schneiden konnten. Viele begnügen sich damit, daß sie mit einem Tretrude, wie die Glaskugler⁵, für die Glasmaler die

¹ Vgl. S. 34.

² Adams a. a. O. S. 123.

³ Schreiben der Glogauer Kriegs- und Domänenkammer an den Grafen von Münchberg vom 8. Januar 1743 (Minutenakten im Königl. Archiv zu Breslau M. R. VI 32).

⁴ Hierdurch sowie durch die Bedingung 3 der Anmerkung 2 S. 25 erweist sich die bei Schöckel (S. 19, 20, 64, 143 u. a.) mehrfach aufgestellte Behauptung, daß die Glasschleiferei und schneiderei in größerem Umfange erst damals im Entstehen begriffen gewesen sei, als unrichtig.

⁵ So genannt, weil sie anfangs auf dem Glase runde Scheiben herstellten, deren Peripherie tiefer lag als das erhabene Mittel, die daher wie eingeregte Kugeln aussehen.

Striche und Linien vorbereiten, in welchen diese sodann das Gold einlegen, das sich wie Bronze ausnehmen soll, weshalb man sie auch Bronzschneider nennt¹. Gefährlicher waren dagegen die Erzeugnisse der böhmischen Glasmalerei, eines Veredelungszweiges, der damals im Hirschberger Thale nur mangelhaft vertreten gewesen zu sein scheint, während es die Böhmen darin durch eine lange Übung weit gebracht hatten². Obigena haben Glasschleifer und -schneider im Gabloner und Ebnwälder Bezirke, den an den Hirschberger Kreis angrenzenden Theilen des nordöstlichen Böhmens, außerordentlich schnell festen Fuß gefaßt und mit ihren billigen Verzierungen der großen Verbreitung des böhmischen Glases vermehrte Vorschub geleistet.

Einen neuen Aufschwung nahm die Glasveredelung in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, als Schlesien endgültig in preussischen Besitz übergegangen, und aus politischen und wirtschaftlichen Gründen die Einfuhr des böhmischen Glases gänzlich verboten worden war. Um geschickte böhmische Arbeiter nach Preussisch-Schlesien herüberzuziehen, ermittelte die einheimischen Glasmeister für jeden fremden Glasschleifer, Glasschneider und -vergolder 25 Thaler Prämie. Derselbe Unterstützung sollte auch denjenigen Glashändlern zu teil werden, die in den Städten einen Handel mit feinem inländischen Glase errichteten und Berufstätige der vorgedachten Art zur Verzierung ihrer Waren beschäftigten. Fremde Glasschleifer u. s. w., die sich in einer mittleren Stadt niederließen, sollten außer den gewöhnlichen Benefizien, welche jedem anziehenden fremden Gewerbetreibenden gewährt wurden, — neunjährige Befreiung von allen Abgaben und Lasten und von der Werbung, Unterstützung beim Hausbau durch unentgeltliche Hergabe des Grund und Bodens, bar Geld oder Baummaterialeitens der betreffenden Gemeinde u. s. w., — noch 50 Thaler bar zum Einziehen erhalten³.

Infolge dieser Maßnahmen zogen zahlreiche geschickte böhmische Glasschneider, -schleifer und -vergolder mit Kind und Kegel über die Berge und ließen sich in den von alters her durch die genannten Kunstgewerbe berühmten Ortschaften

¹ Schabek u. s. O. S. 20.

² Das bezieht sich nur auf die Dekorierung von Gebrauchs- und Luxusgläsern durch Malerei. Die Glasmalerei erster Art im Dienste der Kirche u. s. w. erfuhr sich in Schlesien schon im 15. Jahrhundert einer hohen Blüte. (Vgl. darüber Kaoblich, Schlesiens Anteil an der Verbreitung der Glasmalerei im Mittelalter, im 9. Bericht des schlesischen Altertumsvereins S. 164—174, sowie Luchs, Baurechnungen des ehemaligen Dominikanerkonvents zu St. Adalbert in Breslau, in der Zeitschrift für Geschichte und Altertum Schlesiens II 234 u. ff., ferner Alwin Schultz, Dokumente zur Hausgeschichte der Nikolaikirche zu Breg — und Die Breslauer Mäler des 17. Jahrhunderts ebenda VIII 173 bezw. 391.)

³ Korns Bildtausammlung VIII 250/251.

des Hirschberger Thales nieder, so daß gegen Ende des vorigen Jahrhunderts schon ein ansehnlicher Teil der Einwohner von Schreiberhau, Petersdorf und Warmbrunn aus Glashändlern, -schneidern, -schneidern und vergoldern bestand, deren außerordentlich wohlfeile und trotzdem sorgfältig ausgeführte Arbeiten schon damals in Berlin gerichtetes Erstaunen erregten¹. Während ausdrücklich hervorgehoben wird, daß trotz der gewaltigen Anstrengungen der Regierung zur Beförderung der Glasfabrikation noch keine schlesische Glashütte die böhmischen an Schönheit der Masse erreichte, wird andererseits ebenso erwähnt, daß die Warmbrunner und Schreiberhauser Glasschleifer und -schneider mit mehr Geschmack und nach edleren Zeichnungen arbeiteten als ihre böhmischen Fachgenossen². Ein anderer Bericht aus jener Zeit³, fünf Jahre vor den oben erwähnten verfaßt, lobt umgekehrt das schöne Glas der Schreiberhauser Hütte, bemerkt aber, daß vieles davon „durch den abnormen Witz der Glasschleifer verunzelt wird. Außer den platesten Weidsprüchen und Gesandheiten und den zwölf Monatszeichen, die gerade so hübsch auf Patzende Weingläser jusselt, findet man auf den sogenannten Kuffeln — eine Art bauchiger Biergläser mit Deckeln — sehr häufig die Stadt⁴ Warmbrunn, und zur Zagabe das ganze Riesengebirge umher. Die Namen, die der Deutlichkeit wegen angeführt werden, nehmen gemeinlich noch einmal soviel Platz ein als der Berg selbst, der so heißt.“ Immerhin rühmt auch dieser scharfe Kritiker die technische Fertigkeit der Leute und führt das mangelnde Kunstverständnis darauf zurück, daß sie nicht Geogenität haben, antike Sachen kennen zu lernen.

Da die Fabrikate der Schreiberhauser Hütte bei weitem nicht ausreichten, um allen Verordnungs-künstlern Beschäftigung zu geben, so bezog man um jene Zeit rohe Glaswaren aus der grünen Hütte zu Friedrichgrund in der Grafschaft Glatz

¹ Vgl. Zöllner: Briefe über Schlesen, Krikau, Wiebicka und die Grafschaft Glatz auf einer Reise im Jahre 1764. Berlin 1792. I. 812.

² Bezeichnend für die Bedeutung der schlesischen Glashütten und -schneider im allgemeinen, wenn auch ohne direkten Zusammenhang mit derjenigen des Hirschberger Thales, ist die Thalesnote, das im Jahre 1789 oder 1790 der Mechanikus Klingert in Breslau eine optische Gasechleifenmaschine erfand, welche im I. Stück des 4. Bandes des Berlinerischen Journals für Aufklärung beschrieben ist.

³ Briefe auf einer kleinen Reise durch das Gebirge im Sommer 1781. geschrieben. 5. Brief. Schlesische Provinzialblätter X. 228-229.

⁴ Warmbrunn, die mit neuen 3408 Einwohnern, wenn vielfach stattlichen Häusern, dem graflichen Schloss, den zahlreichen Läden und dem starken Kalkgest. und -kristallverk. auch noch heute einen Ansehens stattlichen Eindruck macht war bis zur Auflösung jener Kommunalenheiten ein Marktortchen wurde aber gewöhnlich Stadt genannt. Vgl. Knie, Topographische Übersicht von Schlesien 2. Aufl. Breslau 1845. S. 945.

und heftete sie in Warmbrunn, Petersdorf und Schreiberhau schleifen und sonst veredeln. Aber die Fabrikate dieser Hütten, die zwar nach der Aussage aller Zeitgenossen, namentlich der unparteiischen Reisenden (Zellner, Adams) der böhmischen an Güte gleich und deshalb weit und breit berühmt waren, waren fast noch einmal so teuer als jene. Deshalb wurde der größte Teil des zu veredelnden Glases heimlich oder solange das Einfuhrverbot nicht erlassen bezw. nicht streng durchgeführt worden war, offen gegen Erlegung des darauf gelegten Zolles aus Böhmen eingeführt. Wiederholt haben namentlich die Warmbrunner Glasschneider und -schleifer in Bittschriften an die Glogauer Kammer und den dirigierenden Staats- und Kriegsmünster für Schlesien um die Gestattung der Einfuhr böhmischen Glases, v. wegen eines angemessenen Zoll, gebeten, unter Hinweis darauf, dass einmal das Glas der Schreiberhauer Hütten für feine Artikel nicht gut genug, zweitens in nicht ausreichender Menge und Mannigfaltigkeit vorhanden und drittens zu teuer sei, und daß sie endlich, wenn ihrem Wunsche nicht willfahrt werden würde, entweder ebenfalls zu Grunde gehen oder auswandern müßten¹. Der König wollte aber von einer Ausnahme zu Gunsten der Warmbrunner und Schreiberhauer Glasschneider und -schleifer nichts wissen, sondern ließ die Erzeugnisse der königlichen Glashütten in der Neu- mark und in Pommern nach Schlesien schaffen und hier ver- treiben. Dieselben waren aber ebenfalls, teils schon durch die Fabrikation teils durch den Transport, viel zu teuer und fanden ihrer abweichenden Gestaltung und Beschaffenheit wegen nur geringen Absatz, so daß die Verwaltung bezw. die Pächter der betreffenden königlichen Glashütten nicht nur keinen Nutzen, sondern sogar Schäden hatten².

Andererseits war der Absatz roher und besonders ver- edelter Glaswaren von Warmbrunn aus — das als bekanntester unter den Sitzen der Glasindustrie im Hirschberger Thale als der Mittelpunkt derselben galt, obwohl es nur wenige seines Fremdenverkehrs und seiner bequemen Verbindung mit Hirsch- berg und den großen Verkehrsstraßen Centrum des Glas- handels war — auf der Messe zu Frankfurt a. O., in Berlin und verschiedenen preussischen Städten³ sowie in ganz Schle-

¹ Ministerialakten im Königl. Staatsarchiv zu Breslau betr. Glas- hütten. M. R. VI 52.

² Schon seit dem 6. November 1745 durfte das schlesische Glas jeder Art in sämtliche königliche Lande eingeführt werden gegen Er- legung von 6 Pf. für das ordinäre Fenster- und grüne Heißglas von 1 Lgr. für weißes Fensterglas, Wein-, Bier- und andere Gläser und 2 Lgr. für geschliffene und vergoldete Glaswaren je vom Thaler Wert außer der einmaligen Einfuhrsteuer von 10 Schillingen. Ebenso konnten Knecht- und Glas- händler, „aller königlichen Provinzen“ aber auch „auswärtigen“ nach- nach Schlesien verziehen gegen 10 Sätze der schlesischen Accise und des Zolles (Schlesische Provinzialblätter XXIV 164).

men so bedeutend, daß die Fabrikanten der Gebirgsglasmitten, ganz abgesehen von ihrer schlechten Ware, den Bedarf nicht decken konnten. Dazu kam, daß das böhmische Glas durch die rastlosen Bemühungen der Händler gegen Ende des vorigen Jahrhunderts geradezu die ganze Welt überschwemmte¹ und den Markt beherrschte, daß die Erzeugnisse böhmischer Perlen-, Schleifer-, böhmische Glasköpfe und böhmische Spiegel für die Kleidung und Wohnung der vornehmen Klassen als ebenso unentbehrlich galten, wie bis vor kurzem und zum Teil noch jetzt die französischen und englischen Fabrikate auf vielen Gebieten bei unseren Besitzenden, und daß die Bemühungen zur Herstellung gleicher Produkte auf preussischem Gebiete, wenigstens in Schlesien, gänzlich scheiterten².

Kehren wir nach dieser Abschweifung über die allgemeinen Verhältnisse zu den besonderen der Glasindustrie des Hirschberger Kreises zurück.

Es wurde schon früher bemerkt³, daß die Glasverfeiler auf der Herrschaft Kynast in keiner Innung zusammen standen, auch keine besonderen Privilegien besaßen, was um so auffälliger erscheint, als ihre Nachbarn auf der westlichen und südlichen Seite des Rosen- und Berggebirges, im Gellonzer Bezirke Böhmen, aus denen sie sich zumeist rekrutierten, schon seit 1669 Zunftstatuten hatten⁴. Wohl aber bestanden observanzmäßig ganz bestimmte Vorschriften über Aufnahme und Freisprechung von Lehrlingen, ganz wie bei allen andern Gewerben, und niemand, der nicht auf die herkömmliche Weise das Glasseifen und -schneiden gelernt hatte, wurde von den vorhandenen Meistern als gleichberechtigt geduldet worden sein⁵. Andererseits war es den Warmbrunner Glashändlern von alters her erlaubt, sich Glassehnergehilfen zur Arbeit zu halten⁶, während umgekehrt die Glassehner ihre

¹ Man vergleiche die hochinteressanten Schilderungen über den böhmischen Glashandel bei Schebek, das Wertvollste in ganzen Buehe.

² Im Jahre 1789/90 beschäftigten sich in Schlesien 12 Personen mit der Herstellung von Glasseifen, dieselben fabriazierten für 1002 Thlr. Ware. Im Jahre 1792/93 war, und zwar ganz ähnlich, die Zahl der beschäftigten Arbeiter auf 9, der Betrag der Fabrikation auf 130 Thlr. herabgegangen. Ähnlich verhielt es sich mit der Herstellung von Glasköpfen. Während 1790/91 noch 4 Arbeiter für 426 Thlr. von diesem Artikel verstellten, verfertigten im Jahre 1792/93 nur noch 2 Arbeiter für 203 Thlr. Im Jahre 1798 wurde denn auch zunächst der Import der Glaskugeln, die in Schlesien nur in ganz unzureichender Menge hergestellt wurden, und 1741 die Einfuhr von Glasköpfen wieder er-
laubt. Schlesische Provinzialblätter VIII, XII, XV, XVIII.

³ Vgl. S. 23.

⁴ Schebek a. a. O. S. 264 ff.

⁵ Gänzlich zu Protokoll gekommene Aussage für den angesehensten Glassehner und schlesischer Warmbrunner am August 1797 beläuft sich wesentlich auf Frage — ob die genannte Glasverfeilung ein Handwerk oder eine freie Kunst —. Archiv zu Hirschberg Acta boct. I. Buch 49, Nr. 61.

⁶ Vgl. S. 25. Anmerkung 2 ad 3.

von ihnen verfertigten Waren selbst verkaufen durften, ja ursprünglich sind die Glashändler wohl sämtlich aus der Glashütte, dem und -schleifern hervorgegangen. Die selbständigen Glashändler von Warmbrunn hatten eine Professionsabgabe von 20 Gulden jährlich zu entrichten, deren Verteilung auf die einzelnen selbständigen Gewerbetreibenden und Förderung von denselben selbst besorgt wurde. Da die Glashändler von dieser Abgabe befreit waren, kam es wiederholt zu Reibereien zwischen den Angehörigen der beiden verschiedenen Berufsarten. Um den Händlern die Konkurrenz mit ihnen zu erschweren, beschloßen die Warmbrunner Glashütter, sechs Jahre lang keine Lehrlinge mehr anzunehmen; doch traten diesem Beschlusse nicht alle Fachgenossen bei, und auch die Anerkennung seitens des Amts warnte ihm versagt. Ob auch die selbständigen Glashersteller in den anderen Orten der Herrschaft Kyraß ähnliche Professionsabgaben zu leisten hatten, ist nicht bekannt. Dagegen mußten die Schleifmühleneitzer, denn es im Jahre 1786 drei in Schreibernau¹ und mehrere in Petersdorf und Hermisdorf gab, jährlich einen Wasserzins zahlen, dessen Abmessung ziemlich willkürlich gewesen zu sein scheint und der hypothekarisch auf die betreffenden Grundstücke eingetragen wurde.

In den folgenden Jahren kamen noch verschiedene neue Schließwerke hinzu, darunter 1794 eine, Gottfried Häußler und Sohn gehörig, von der Invention nach Englischer und Böhmischer Art, . . . worinnen nämlich Steine und Perlen von allerhand Farben zubereitet (werden) . . . und (da) zu Ketten, Gürtelenden u. s. w. zu gebrauchen sind. . . . alles Gattungen, die ganz ins Feine austadeln² und bisher hauptsächlich in Böhmen hergestellt wurden.

Dieser abermalige Versuch, die Gablonzer Glaskurzwaren-Industrie nach Schlesien zu verpflanzen, scheint damals nicht ganz aussichtslos gewesen zu sein, da auch Karl Christian Preusler 1795 um die Erlaubnis zur Anlage eines solchen Schließwerks und eines dazu notwendigen Kompositionsofens mit dem ausdrücklichen Bemerken bittet, daß die Genehmigung zu ersterem ohne den letzteren ihm nichts nützen würde, da zur Zeit hier kein dazu brauchbares Glas verfertigt würde. Die Gründung der Hoffungsthaler Hütte bot Gelegenheit, das Gesech zu realisieren. Der neu entstandene Kompositionsofen wurde mit dem besitzenden Satze von 40 Fl Grundzinsen jährlich belastet, das 1790 eröffnete Tripelschließwerk mit 3 Fl.³ Doch scheint die Stangen- und Kompositionsglaskonfektion nur nebenbei betrieben und der Hauptwert auf

¹ Vgl. Anlage Nr. 7 I.

² Nach dem Wiederaufbau der Hütte in Hoffungsthal im Jahre 1823 besaß dieselbe 4 Kompositionsofen.

die Hohlglasproduktion gelegt werden zu sein. Dies geht sowohl aus den Akten, als die Streitigkeiten zwischen Preusler und Matternie wie aus dem schon früher erwähnten Berichte des Hofrats Prof. Bach¹ hervor.

Im Jahre 1800 zählte Schreiberhau nach einer statistischen Zusammenstellung² 14 selbständige Glasmacherei (von denen es in Bachs Bericht heisst, daß sie keine Kenntnis von Zeichnungen und sonstigen Formen hatten), 5 dergleichen Glassehneider, 6 Glasvergoldter, 5 Glasfabrikanten, 10 Glashändler, 9 Glasmacher und 2 Spiegelmacher zusammen 51 Selbständige der Glasindustrie und nur 22 anderer Berufsarten angehörige Selbständige, und doch hatte der Ort schon damals gegen 1800 Einwohner. Denkt man sich zu jenen Selbständigen der Glasindustrie die größere Zahl der Gehilfen und Lehrlinge und die dazu gehörigen Frauen und Kinder, so sieht man, von welcher Bedeutung jener Industriezweig schon damals für diesen Ort gewesen ist. Die Bewohner dieser großen, beträchtlichen Gemeinde — eine der „nährhalttesten in den hiesigen Bergen“ nennt sie das im Jahre 1792 zur Erinnerung an die 50 Jahre früher erbaute evangelische Kirche und Gemeinde errichtete Jubelbuchlein des damaligen evangelischen Pfarrers — befanden sich denn auch im allgemeinen in guter Lage. Die Häuser waren ansehnlich, meist zweistöckig, wovon das untere Stockwerk ganz gemauert, das obere aber von Fachwerk war, während sonst in vielen Gebirgsdörfern und anderen Gegenden Schloßens über die elenden, aus geschnittenen Baumstämmen hergestellten Hütten Klage geführt wird³.

Die schnelle Zunahme der Schleifwerke — im Jahre 1810 bestanden deren 11 im Gemeinbezirke Schreiberhau⁴ — hatte eine ebenso rasche Vermehrung der Glasschleifer zur Folge. Fremde wurden ins Land gezogen, und die am Orte befindlichen jungen Leute widmeten sich zahlreich dieser kunstgewerblichen Beschäftigung, was bald zu ähnlichen Zuständen führte, wie sie Friedrich Winters Beschwerbeschritt an den Grafen Schaffgotsch 125 Jahre früher so anschaulich geschildert hat. Um diesen Uebeln zu begegnen sowie den Irrungen und Mißbräuchen bezüglich der Erlernung dieses Gewerbes ein Ende zu machen, entschlossen sich sämtliche Schreiberhauer und Petersdorfer selbständigen Glasmacherei und Glassehneider 3/5 an der Zahl, eine Art Verein unter sich einzusetzen, dessen Entwurf sie am 19. August 1809 dem graflichen Amte zur Bestätigung vorlegten⁵. Sie erklärten in dem

¹ Vgl. S. 13.

² Winkler a. a. O. S. 5 Anmerkung 1.

³ Zimmermann, Beiträge etc. VI 162 ff.

⁴ Vgl. Anlage Nr. II.

⁵ Vgl. Anlage Nr. X.

mündlichen Verhandlungstermine, der am 20. Februar 1810 stattfand, ausdrückte, daß sie keine Innung bilden wollten, weil dazu die Genehmigung der Regierung nötig wäre; es wurde angeschlossen, wenn die Herrschaft darauf sehe, daß keine Neuansetzung stattfindet, sondern die Zahl der Schleifer und Schneider sich immer auf gleicher Höhe halte. Über den Erfolg dieser Schritte liegen keine anderen Nachrichten vor als die Thatsache, daß sich die Zahl der Schleifmühlen von 1810 bis 1839 auf 16 vermehrte¹. Auch in Harnsdorf und Giersdorf entstanden neue herrschaftliche Schleifwerke, welche später wieder in Privatbesitz übergegangen sind.

Von der größten Bedeutung für die weitere Entwicklung der Glasveredelung in Schreiberhau und den benachbarten Orten war die im Jahre 1820 auf dem Preusserschen Huttengrundstück an der Weißbach aus Loben gerufene Sonntagsschule, über deren Entstehung folgendes berichtet wird. Die bereits früher erwähnte Preussersche Denkschrift vom Jahre 1820 veranlaßte die Regierung, zur bessern technischen Vorbildung der Glasschleifer, Schneider und Maler die Gründung einer Zeichenschule in Schreiberhau oder Warmbrunn ins Auge zu fassen. Sie erbat sich in einem Reskript an den Landrat des Hirschberger Kreises vom 10. Juni 1820, für eine zu gründende Zeichenschule Beistauern² zu leisten, falls die gräfliche Verwaltung ebenfalls dazu³ bereit wäre. Auch wollte sie, wenn eine geeignete Lehrkraft für den Unterricht noch nicht vorhanden wäre, einen jungen talentvollen Mann zur Erlangung der nötigen Vorkenntnisse im Zeichnen und Modellieren und behufs sonstiger technischer Ausbildung das Königl. Gewerbsinstitut in Berlin besuchen lassen. Auf Preussers Rat wurde vorläufig von der Einrichtung einer größeren Zeichenschule Abstand genommen; stattdessen sollte in jedem der großen Glasschleiferorte zunächst eine Sonntagsschule für die Gesellen und Lehrlinge eingerichtet werden, um zu sehen, ob die betreffenden jungen Leute auch das Streben zeigen, vorwärts zu kommen, und ob es ratsam wäre, später eine Schule mit höheren Zielen einzurichten. Preusser versprach demzufolge im nächsten Winter (1820/30)

¹ Vgl. Anlage Nr. 7 III. Doch sei hier darauf hingewiesen, daß eine ganze Reihe wichtiger Vorschriften des später gegründeten Gewervereins zu sehr beihalt an den Festsetzungen jenes Vereins übergegangen, was auf eine langwierige Verhandlung zwischen beiden schließen läßt, wenn den Umständen jenes Vereins nicht der Entwurf selbst vorliegen hat.

² Zur Remuneration des Lehrers, Belohnung, Anschaffung und Instandsetzung des Instruments und zwar mindestens als die Ausgaben nicht nur den von den Schülern zu entrichtenden Schulgelden deckt werden konnten.

³ Durch unentgeltliche Morgabe eines geeigneten Lokals und freier Heizung.

in seiner Glasmalerwohnung in Oberschreiberhau auf seine Kosten den Anfang mit einer solchen Sonntagszeichenschule zu machen. Letzteres ist geschehen und die damals gegründete Anstalt hat bis in die neueste Zeit bestanden; dagegen haben sich darüber, ob auch in den anderen Glasschleiferorten ähnliche Unternehmungen ins Leben gerufen worden sind, keine Nachrichten auffinden lassen.

2. Von der Gründung der Josephinenhütte bis zur Gegenwart.

Der neue Aufschwung der Schreiberhauer Glasindustrie um die Mitte des laufenden Jahrhunderts hängt eng zusammen mit den Maßnahmen, welche die Königliche Regierung zu Liegnitz zur Aufbesserung der traurigen Lage der Bewohner des schlesischen Gebirges in den dreißiger und vierziger Jahren ergriff. Unter den von der genannten Behörde in Aussicht genommenen Hilfsmitteln, die schreckliche Not der Spinner und Weber im schlesischen Gebirge erfolgreich zu bekämpfen, befand sich auch die Überführung derselben in andere, lohnendere Beschäftigungen. Zu denjenigen Industriezweigen, bei denen man hoffen und erwarten durfte, daß sie bei einem rationellen Betriebe vielen Arbeitern lohnende Beschäftigung bieten könnten, gehörte die uralte Glasindustrie. Aus diesem Grunde sowie wegen der außerordentlichen Lokadvorteile des Gebirges für diesen Erwerbszweig machte sich der Decernent für die Gebirgsindustrie-Angelegenheiten bei der Regierung in Liegnitz, Regierungsrat von Minutoli, Ende der dreißiger Jahre dienlich und aus freiem Antriebe mit den einschlägigen Verhältnissen bekannt. Er verzeichnete die für die Glasproduktion wichtigen mineralischen Fundgruben und ging auf die Entdeckung neuer aus. Er trat in einen regen Verkehr mit Böhmen, Bayern, Belgien und Venedig, besuchte die ausgezeichnetsten Hütten dieser Länder selbst, sammelte eine große Anzahl vortrefflicher Muster¹, stellte dieselben

¹ Die lediglich aus Privatmitteln mit großen Mühen und feinem Verständnis zusammengebrachte Sammlung wurde im Amtlokale der Kgl. Regierung (dem Schlosse zu Liegnitz) zur freien Benutzung aufgestellt und durch zwei Verordnungen der genannten Behörde vom 1. Januar 1845 (Amtblatt für den Reg.-Bez. Liegnitz pro 1845, I. H. 8759 u. I. H. 163) den Interessenten empfohlen. Die Sammlung bestand aus zwei gesonderten Abteilungen. Die erste enthielt Erzeugnisse des Bergbaues, der Landwirtschaft und der Industrie des Reg.-Bezirks und sollte die Leistungen der damaligen Zeit veranschaulichen. Alle wichtigeren Industriezweige waren in einer Reihe von mehreren Tausend Produkten und Warenproben vertreten, und zwar zeigten die letzteren den stufenweisen Fortschritt vom Urprodukte bis zum vollendeten Fabrikate. Für diejenigen Industriezweige, welche zwar durch lokale Vorteile begünstigt waren, sich aber noch auf einer niederen Entwicklungsstufe befanden, war behufs Vergleichung und Belehrung eine Sammlung von Muster-

den Industriellen zur Benützung und hiefi Versuche zur Nachahmung verschiedener geschätzter Gläsertheile unternehmen¹.

Diese Bestrebungen zur Hebung der Glasindustrie waren vom glücklichsten Erfolge gekrönt. Der Schwiegervater und Erbe des letzten Preuser Franz Pohl, war es, welcher den vorerwähnten Anregungen Minutlos folgend, diesem Erwerbszweige des schlesischen Gebirges bald einen Weltruf verschaffte.

Franz Pohl, welcher einer angesehenen böhmischen Glasmacherfamilie entstammte, war 1813 zu Neuwelt in Böhmen, ganz dicht an der preussischen Grenze bei Schreiberhau, geboren. Schon früh zum tüchtigen Glasmacher ausgebildet, zeigte er ein bedeutendes Talent, daß er mit Unterstützung der Liegnitzer Regierung anfangs der dreißiger Jahre das Gewerbestitut in Berlin besuchen durfte. Nach seiner Rückkehr von dort (1835) trat er zunächst in die Dienste des Grafen Harrach, dessen Neuwelter Glasfabrik damals unter Leitung von Johann Pohl, einem Großonkel unseres Franz, sich, wie schon früher erwähnt, eines ganz vorzüglichen Rufes erfreute. Später begab er sich, abermals im Auftrage bezw. mit Unterstützung der Liegnitzer Regierung, auf Reisen, um die berühmtesten Glasfabriken Böhmens, Belgiens und Frankreichs kennen zu lernen, und trat dann, theoretisch und praktisch trefflich ausgebildet, in den Dienst des letzten Preuser, seines nachmaligen Schwiegervaters, bei der Karlsthaler Hütte. Hier lernte Graf Leopold Schaffgotsch, der wie alle Herrschaftsbesitzer in jenen Gegenden durch die Liegnitzer Regierung für die Hebung der Gebirgsindustrie interessiert worden war, seine Tüchtigkeit kennen und übertrug ihm 1841 Bau und Einrichtung der Josephshütte², welche ein Jahr

erzeugnissen manvigator Industriellen hinzugefügt. Auch einige Werkzeuge und Apparate, die anderwärts mit Erfolg benutzt wurden, hatten Aufnahme gefunden. Die zweite Abteilung war zur Bildung des Geschmacks der Gewerbetreibenden bestimmt und umfaßte Industrieerzeugnisse der verschiedensten Art. Sie enthielt meist Gegenstände aus Zotten und Werkstätten, die unter dem freitharen Zusammenwirken der Industrie mit der Kunst Produkte von unerrechter Schönheit und nachahmenswerter Technik geliefert haben. Das ausgestellte Gegenstände veranschaulichten in vielfachen Beispielen die großen Wirkungen, welche die Anwendung einer geübten und feinen Verzierungs-kunst auf die Gewerbe gekostet hat. Hauptzweige waren die Arbeiten in Stein, Holz, Töpferei, Glaswaren, Metallarbeiten, Weberei etc. Da der diesen Sammlungen für gewöhnlich gewählte Raum nur zur Aufstellung eines Theils derselben ausreichte, wurden sie in wiederholten Gesammtausstellungen, veranstaltet, z. B. 1857 zur Zeit der 2. schlesischen Industrienausstellung in Breslau und 1866, wo sie in 7 Abteilungen 12 Male in Anspruch nahmen.

¹ Alexander v. Muntz, Die Lage der Weber und Spinner im schlesischen Gebirge und die Maßregeln der preussischen Staatsregierung zur Verbesserung ihrer Lage (unter Benützung amtlicher Quellen. Berlin 1851. S. 35 u. 40 ff.).

² So erhielt ihren Namen nach der Gemahlin des Grafen.

später in Betrieb gesetzt wurde und unter Pohl's Leitung wenn auch nicht das einzige, so doch lange Zeit das einzige bedeutende Unternehmen im preussischen Staate war, das sich mit der Erzeugung von Kryсталglas und dessen Verarbeitung zu Kunstfabrikaten beschäftigte.

Franz Pohl, der 1884 nach einer nahezu 30-jährigen Wirksamkeit durch einen plötzlichen Tod aus dem Leben abgerufen wurde, hat sich durch seine Erfindungen und Leistungen in allen Zweigen der Kunst-Hohlglasherstellung und um die industrielle Entwicklung seiner neuen preussischen Heimat hervorragende Verdienste erworben. Sein dankwürdigste Erfindung, die¹ an dem großartigen Aufschwunge der Kunstglasherstellung im allgemeinen und dem Weltroste der Josephinenhütte in besondrerem, vielleicht den größten Anteil hat, war die Wiederherstellung des Nitz- oder retikulierten Glases², wofür er die große goldene Medaille für hervorragende gewerbliche Leistungen und einen vom „Verein zur Beförderung des Gewerbefleißes in Preußen“ 1842 zugesetzten Preis von 800 Thln. erhielt. Ebenso gelang es Pohl, das prächtige Millefioreglas³, farbige Glas aller Art, namentlich das so hochgeschätzte Rubinglas⁴ und das künstliche Aventurin⁵, in vollendeter Schönheit in der Josephinenhütte zu erzeugen.

¹ Dasselbe besteht aus farblosem Glase, das von milchweißgefärbten, sich rautenformig kreuzenden, schraubenförmig gewundenen Fäden durchzogen ist und innerhalb einer jeden Masche ein Luftbäschen enthält. Demartige Gläser waren reticell⁶ wurden schon im 14. Jahrhundert von den Glaskünstlern von Murano hergestellt, mit dem Verfall der venetianischen Kunstglasindustrie war ihre Fabrikationsgeheimnisse jedoch verloren gegangen.

² Eine kunstvolle Glasmosaik von den verschiedensten Mustern, die durch Kombination verschiedenartiger Glasstäbe (Fäden), die wie Perlmutteren, erbsenroten, erzeugt worden.

³ Es gibt Gold- und Kupferrubinglas. Beide sollen nur mit Bleikryстал hergestellt werden können, da mit zunehmendem Bleigehalt auch die Leichtigkeit und damit die Lebhaftigkeit der Färbung zunimmt. Letztere liegt bei den wenigen älteren Stücken, die nur zu Genuß gekommen sind, viel zu wünschen übrig, die Farbe ist meist sehr trübe und nimmt erst beim Erwärmen einen hellern Ton an. Dagegen haben die ganz kürzlich von dem gegenwärtigen Direktor der Josephinenhütte, F. Pohl, einem Schöner des berühmten Franz Pohl hergestellten manneva Kupferrubingläser sich so vorteilhaft als auch einfach gefärbte Vasen von ziemlich starken Glase, von prächtig leuchtender Farbe. Obwohl die Herstellung von manneva Rubinglas in unserm Lehrbuche der Glasfabrikation beschrieben ist, so ist es doch sehr selten gelungen, ein praktisch brauchbares Verfahren dessen Resultat nicht vom Zufall abhängig zu machen zu machen und farbloses zu einem Glase zu erzielen, wie es von Pohl erreicht, was kürzlich bei einer Zeitungsbeilage vgl. Schlesische Zeitung Nr. 41, 504. 28. des Jahrgangs 1888, wofür eine Konkurrenz den Erfindungsgewinn zugesetzt wurde, Pohl von hiesiger hiesiger Josephinenhütte nur ein einziges Mal Glasrubinglas hergestellt. Aber im Jahre 1886 wurden in der Josephinenhütte zur Konkurrenz 12 Dukaten aufgesetzt. Vgl. Jacob, Die große Schandgotsche Josephinenhütte. Ex-

Mit Hülfe besser Erfindungen und eines vortheilhaften Organisations-talents gelang es Pohl, nicht nur die bisher von den deutschen Hütten für unübertrefflich gehaltene böhmische Glasindustrie, sondern auch die französische und englische in dem von ihm ausschließlich gezeigten Zweige der Kunst-Hohlglasfabrikation gar bald zu überflügeln. Die Größe dieser Leistung läßt sich erst ermessen, wenn man die außer-ordentlichen Schwierigkeiten berücksichtigt, mit welchen das neue Unternehmen zu kämpfen hatte. Die reichen Mittel des gräflichen Besitzers¹ stellten den Betrieb in pekuniärer und wirtschaftlicher Beziehung (beszüglich des Holzes und der Materialien) allerdings auf eine sehr sichere Grundlage; dagegen fehlte es an tüchtigem einheimischen Arbeitern sowohl für die Glasfabrikation wie unentbehrlich für die Veredelung, auf welche der Hauptwert von nun ab gelegt wurde. Durch die Preussische Sonntagszeichenschuld, deren Leistung seit 1839 schon in Pohl's Hütten gegen hatte, war zwar eine gewisse Anzahl der Glasveredler besser vergütet und für ihren Beruf geschickter gemacht worden als früher, aber von einer wirklich künstlerischen Arbeit waren dieselben noch weit entfernt. Auch war der Besuch der Schule, der ja ein durchaus freiwilliger war, immer schwächer geworden, so daß sich zuletzt kaum 10 - 12 Lehrlinge sonntags einzufinden pflegten, obwohl jeder mit eigenen Augen sah, daß diejenigen Arbeiter, welche den Zeichenunterricht regelmäßig genossen hatten, viel Besseres leisteten und demgemäß auch bedeutend mehr verdienten als die andern.

Durchdrungen von der Nothwendigkeit, den Sinn für das Schöne und Geschmack für alle Formen unter den Arbeitern zu pflegen, griff Pohl zu Zwangsmaßregeln, um die Lehrlinge

trabellare des Annablaten der Liegnitzer Regierung für 1866, nach Schlesische Provinzialblätter N F. V 44 eine Arbeit deren ziffermäßige Angaben von der Direktion der Hütte so hat stammen und deren sonstiger Inhalt ebenfalls seitens derselben geprüft worden ist.) Die Herstellung des massiven Kupferstempelglases ist das Geheimnis des obengenannten Direktors Franz Pohl. Schon die Alchemie Johann Kunkel, geb. im Jahre 1639, gestorben 1702) verwendete eine Goldlösung zur Herstellung künstlicher Rutil (Kunkelglas) doch auch damals blieb die Rubro-färbung des Glases das Geheimnis einer besonderen Kunst, der Kompositionsmischung, wie sie auch heute die Bauglaserfabrikanten in manchen Teilen Bohemens nennen.

... in Ein von zahllosen goldglänzender meist von eingetragenen Gold- oder Kupferbildchen herrschend Kristallen durchsetzt, in seiner schönsten Sparte röthliches mischlicht oder gelbbraunroth begründetes Glas, ebenfalls eine venetianische Erfindung, die von wenigen Proleten als Familiengeheimnis bewahrt wurde. Das natürliche Aventurin oder der Goldglaser ist eine Art Quarz mit licht-ergänzenden Einschlüssen.

Der zu 14. angegriffenen hatte gleich die alte Preussische, nunmehr Pohl gehörige Glashütte zu Karlsbad unter sehr günstigen Bedingungen für ihn abgetreten gehabt.

zur regelmäßigen Teilnahme am Zeichenunterricht zu bringen. Ihre bei der Josephinenhütte beschäftigten Väter und Meister wurden ohne Gnade entlassen, wenn sie nicht für einen pünktlichen Besuch des Zeichenunterrichts, der nunmehr auch an einigen Abendstunden in der Woche erteilt wurde, Sorge trugen¹. Der auf Anregung der Liegnitzer Regierung im Jahre 1850 gegründete Glasveredlerverein zu Schreiberhau führte unter den verschiedenen Zwecken, die er verfolgte, die Gründung einer Zeichenschule als ersten auf und bestrafte das Ausbleiben des Lehrlings ohne genügende Entschuldigung im ersten Falle mit 15 Sgr., im zweiten mit einem Thaler Ordnungsstrafe, im dritten Falle mit Entziehung der Arbeit an dem Meister². Auf diese Weise gelang es, den Besuch der Zeichenschule so zu erhöhen, daß 1851 schon 60—70 regelmäßige Teilnehmer vorhanden waren. Von dem Erfolge dieses Zeichenunterrichts rühmt Jacobi 1866, daß die gewöhnlichen Leistungen vieler Schüler in manchen anderen Unterrichtsanstalten als Schaustücke gelten würden.

Eine solche energische Förderung der technischen Ausbildung war aber auch unbedingt nötig, um den durch das außerordentliche Talent Pohl schnell gewonnenen Ruhm der Josephinenhütte aufrechtzuerhalten. Das Jahr 1848 hatte allenthalben die industriellen Arbeiter aus ihrem stumpfsinnigen Dabingleben aufgerüttelt und einem energischen Streben nach Verbesserung ihrer materiellen und socialen Verhältnisse durch technische Vervollkommenung Platz gemacht. Auch auf dem Gebiete der Glasindustrie trat dies hervor. Die hohe Intelligenz der französischen Arbeiter leistete Erstaunliches und die angeborene Gelehrigkeit der böhmischen Glasarbeiter förderte die Glasfabrikation in kurzem in so hohem Maße, daß es für die Schreiberhauer Glasindustrie zur Lebensfrage wurde, gleichen Schritt mit jenen zu halten. Und es gelang dank den energischen Bemühungen Pohl über Erwarten. Auf der Londoner Weltausstellung im Jahre 1851 erregten die Erzeugnisse der Josephinenhütte Aufsehen durch ihre Schönheit und verschafften derselben in kurzer Zeit so zahlreiche lohnende Aufträge, daß die vorhandenen Arbeitskräfte kaum ausreichten, um alle Bestellungen auszuführen. Auch in Amerika fanden ihre vortrefflichen Fabrikate einen Markt, der von Jahr zu Jahr an Bedeutung zunahm.

Mit großem Geschick wußte Pohl sich aber auch den wechselnden Launen der Mode anzupassen. So legte er nach der Londoner Ausstellung den Hauptwert auf Malerei und

¹ Bericht der Handelskammer für die Kreise Hirschberg und Schönnau pro 1851, Abschnitt Glasfabrikation

² § 26 des Statuts. Vgl. Anlage Nr. 9.

Vergoldung, und es gelang ihm in wenigen Jahren, die Franzosen, die Meister in dieser Art des Glasdekors, zu erreichen, was bis dahin keine deutsche Hütte, ja auch die berühmte böhmische Glasindustrie nicht vermocht hatte. Die ersten Glasmaler wurden aus Böhmen berufen, und unter ihrer Leitung wurde mit Hilfe der Zeichenschule bald ein tüchtiger Stamm von einheimischen Künstlern herangebildet.

Da die Produktionskraft der beiden Öfen in Josephinenhütte und Karlsthal sich über ein gewisses Quantum hinaus nicht vergrößern ließ, so konnte häufig dem Bedarf an Glas nicht genügt werden. Auf Vorrat zu arbeiten war ganz unmöglich; die Hütten lieferten ihre Luxusgegenstände ausschließlich auf feste Bestellung. Deshalb wurde 1856 ein dritter Ofen angelegt und die Zahl der Arbeiter, welche 1855 schon über 400 Köpfe betragen hatte, abermals um 70—80 vermehrt.

Haupterzeugnis in jener Zeit waren die Email-Überfanggläser¹ in allen Farben, welche, reich vergoldet und bemalt, zum größten Teile ihren Absatz in England fanden. Aber auch Fabrikate in matten Farben, als gris de lin und Beryll, fanden lebhaften Anklang, und ebenso erfreute sich das sogenannte Eisglas² in manchen Gegenden einer regen Nachfrage. Hauptabnehmer war England, während der Absatz nach Amerika zunächst häufigen Schwankungen ausgesetzt war und das festländische Geschäft sich schon seit dem Ende der vierziger Jahre in engen Grenzen bewegte.

Das blühende Geschäft gestattete es, den guten Arbeitern hohe Löhne zu zahlen, und dadurch wurde noch mehr als durch alle sonstigen Maferegeln der Trieb zu technischer Vervollkommenung unter den Arbeitern rege erhalten. Die große Vielseitigkeit der Erzeugnisse und der regelmäßige Absatz setzte die Verwaltung in den Stand, selbst minder tüchtigen Kräften dauernd Verdienst zu gewähren, und so brach für Schreiberhau eine Periode allgemeinen Wohlstandes an. Von Jahr zu Jahr mußte die Zahl der von der gräflichen Verwaltung beschäftigten Arbeiter erhöht werden und auch in den Nachbargemeinden Petersdorf und Hermisdorf entstanden

¹ Die an sich farblosen Gläser werden durch Eintauchen in eine mittels Metalloxyde gefärbte Emailmasse mit einer dünnen farbigen Haut überzogen. Bei dem gewöhnlichen Überfangglase, dessen Verzierung namentlich durch Schleifen und Atzen, bzw. in neuerer Zeit durch das Sandstrahlgebläse erfolgt, tritt ein einfacher Fluß an Stelle der Emaille.

² Dieses auch in neuerer Zeit (in den 80er Jahren) wieder beliebt gewordene Glas, dessen Oberfläche ein zerklüftetes, dem Frühlingseis ähnliches Aussehen hat, erhält man, wenn man den betreffenden Gegenstand rotglühend rasch in kaltes Wasser taucht. Die dadurch entstehenden Risse werden dann durch Aufblasen erweitert.

neue Unternehmungen, welche sich das allmählich vortrefflich geschulte Arbeitspersonal zu nützen machten und ihre zarist aus andern Hütten bezogenen rohen Gläser hier veredeln ließen. Selbst das Kriegsjahr 1854 und die für alle Exportindustrien so schweren Jahre des nordamerikanischen Bürgerkrieges thaten der Glasindustrie des Hirschberger Kreises keinen Abbruch. Was auf dem amerikanischen Markte in den beiden Jahren 1863 und 1864 verloren wurde, brachte der vermehrte Export nach England, die Ausdehnung der Verbielungen nach Spanien und Frankreich und der größere Absatz im Zollverein wieder ein. Die zahlreichen, durch Schönheit der Formen, Zartheit, Lebhaftigkeit und Reinheit der Farben, Glanz des Schliffes und des Polirar, reiche Vergoldung und zierliche Bemalung ausgezeichneten Fabrikatfanden überall Käufer. Im Jahre 1863 wurde die Hoffnungsthaler Hütte, welche anfangs, nach der Gründung der Josephinenhütte, ebenfalls austretend beschäftigt gewesen. Ende der fünfziger Jahre aber im Niedergang begriffen war und anfangs der sechziger Jahre ihren Betrieb gänzlich eingestellt hatte, durch die grafliche Verwaftung käuflich erworben und, nachdem die nötigen Neubauten stattgefunden hatten, 1864 ebenfalls in Betrieb gesetzt. In demselben Jahre 1863 wurde das neue Buntdruckverfahren auf Glas, das zum erstenmal auf der Londoner Ausstellung von 1862 in die Öffentlichkeit getreten war, in Schreiberhau eingeführt, und bald wurden günstige Erfolge damit erzielt. Im Jahre 1865, in welchem der gesamte Betrieb hinsichtlich der Zahl der beschäftigten Personen seine größte Ausdehnung erreichte (namentlich infolge eines außerordentlich gesteigerten Absatzes nach Amerika, das nach Beendigung des Secessionskrieges nach ein stärkerer Annehmer als früher wurde), betrug sich der Werth des auf etwa 6000 Centner geschätzten, von den damals in Betrieb befindlichen drei Hütten erlassenen Hohlglases nach der Verordn. auf ungefähr 217 500 Thlr.¹ Allen an baren Arbeitslohn wurden an die 597 über 16 Jahre alten Arbeiter² 135 926 Thlr. ausbezahlt. Des macht auf den Kopf derselben etwa 238 Thlr. jährlich. Dafs auch die Löhne der bei den

¹ Nach Jacobson, Schlesische Provinzialblätter N. F. V 648 ff.

² Die Gesamtzahl der von der graflichen Verwaltung beschäftigten Glasurbeiter betrug damals 683, davon waren 504 männliche und 179 weibliche Geschlechter. 84 unter 16 Jahre alt. Ihrer Beschäftigung nach unterschied man:

11 Glasurher	mit	4 Lehrlingen
172 Glasechneder	167	Geholfen und 37 Lehrlingen
5 Glasechneder	3	2
9 Glasmaler u. Glasvergold. mit	2	39
aufserdem: F. rathmacher, Schmelzer		Halsmacher, Schütler und andere Arbeiter

übungen Formen der Glasindustrie beschäftigten Arbeiter, die in mehr oder weniger enger geschäftlicher Verbindung mit der Josephinenhütte standen, eine entsprechende Hütte hatten, ist weiter unten des näheren ausgeführt.

Aber nicht nur die materielle Lage der Glasarbeiter war darnach eine recht günstige, auch in technischer und sonstiger Beziehung waren dieselben vorzüglich organisiert, wie später ebenfalls gezeigt werden wird.

Über die weitere Entwicklung der Schreiberhauer Glasindustrie bis zur Gegenwart können wir uns kurz fassen.

Im Jahre 1866 trat infolge des Krieges mit Oesterreich wie bei allen Gewerbezweigen auch in der Glasindustrie zunächst ein Rückgang ein; doch war derselbe nur von kurzer Dauer, da die Pariser Weltausstellung von 1867 auf die Hände beschäftigte und namentlich hinsichtlich der Qualität der Fabrikate ganz außerordentliche Anstrengungen veranlaßte. Die günstige Entwicklung hielt bis zum Jahre 1870 an, obwohl 1865 die Hoffnungsthaler Hütte wegen ihrer ungünstigen Lage¹⁾ und der kostspieligen Beschaffung der Arbeitskräfte, Umstände, durch deren Zusammenwirken ein nutzbringender

¹⁾ Hoffnungsthal kann auf der neuen Zollstraße einer bekannten alten Lausitzer weitem von Petersdorf zu Zucker entgeg. durch Mariensthal nach Josephinenhütte und von dort nach Neuwelt in Böhmen führt zu erreicht werden, wenn der Weg über den letztgenannten Ort, der durch österreichisches Gebiet, eingeschlagen wird. Alle Anstrengungen, den Transport auf dieser Strecke ohne Zollpackereien etc. bewirken zu können, sind daraus trübselig gewesen — vor Anbruch der erwähnten Straße fand das ungeordnete Verhältniß statt, der böhmisches Verkehr durfte sich ungehindert durch ein Stück preussisches Land bewegen — und heute sind die Verhältnisse nach Bismarck von vor 20 Jahren. Der Landbesitzer dessen Restbezirk in Streckertshaus und Hoffnungsthal umfasst sechs kleine Wohnplätze auf bedeutenden Einwegen erstreckt, und ist gezwungen, vor dort die Kasse und Pakete, welche etwa für ein in der Nähe liegendes und bequem zu erreichendes österreichisches Dorf bestimmt sind, mit nach Schreiberthau zu transportieren, von wo sie mit den gewöhnlichen postlichen Wege zu ihrem Bestimmungsort befrachtet werden. Diese sehr engen Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich ganz unverständlicher Scherereien und eine Folge der ungünstigen ganzlich abgeschiedenen Lage jenes kleinen Dorfes. Die Grenze bei Hoffnungsthal, der Streckertshaus und Mariensthalort Neuwelt in Böhmen spricht allen natürlichen Bedingungen tohu. Jede mit einem südwestlichen Aussehen der Hauptkammern der Lausitzer liegen. Schreiberthauer Wälder gelassen, ihrer ganzen Lage nach in Böhmen und sind wahrscheinlich ebenfalls zu diesem angewiesen. Die Bewohner jener Ortschaften sind jetzt zur Armut verurtheilt, weil sie von dem Eingehen der Eisenbahn keinen regelrechten Gewinn haben. Eine dazwischen liegende Hauptkammer für Eisenbahnen wird wegen der schwierigen Verbindung nach Schreiberthau ihre Bahnlinie nördlich nach Böhmen ausweisen. Die Einwohner werden hochgradig gekränkt, da sie nicht der verbotenen Verkehr in Stollen fortgesetzt wurde. Die jetzige Grenze ist 171 bei einer Grenzregulierung zwischen den durchsichtigen Landesherrn und österreichischen Gräfen, Schallgotsch und Harrach in

Betrieb unmöglich war — eingehen mußte. Der französische Krieg äußerte zuerst einen sehr ungünstigen Einfluß auf die Absatzverhältnisse nach dem europäischen Festlande und England; später wurde diese Einbuße durch ein stärkeres Geschäft nach Amerika ausgeglichen. Immerhin mußte ein Teil der Arbeiter entlassen werden; namentlich die Glasschleifer hatten stark zu leiden, weil geschliffene Ware von gemalter und vergoldeter fast ganz verdrängt wurde. Ein Spezialzweig, die Herstellung von Glasknöpfen und Perlen, mit dessen Einführung in den sechziger Jahren im benachbarten Landesbutter Kreise sowie in einigen Geschäften Hermadorf und Petersdorf ein Versuch gemacht worden war, um auch in diesen Artikeln der Glasindustrie im nordöstlichen Böhmen Konkurrenz zu machen, und der bis zu 300 Arbeiter beschäftigt hatte, erholte sich nicht wieder, sondern ging wegen Mangels an Absatz gänzlich ein¹. Die Josephinenhütter Verwaltung war dabei nicht beteiligt, da Pohl, der diese Branche während seiner Thätigkeit in der Neuweiler Hütte des Grafen Harrach ganz genau kennen gelernt, das Unternehmen gleich für aussichtslos gehalten hatte.

Dagegen wurde nach Beendigung des Krieges, als auch die Glasindustrie einen neuen Aufschwung nahm, die Fabrikation feiner Bronzeware in Verbindung mit fein geschliffenem und dekoriertem Hohlglase durch Fr. Heckert neu eingeführt, sowie die Fabrikation von Krystallkronen und Spiegeln mit glücklichem Erfolge weiter ausgedehnt, so daß bald alle durch den Niedergang der Glasknopffabrikation brotlos gewordenen Arbeiter wieder Beschäftigung fanden. Die Löhne gingen wie überall, so auch bei den Glasarbeitern in die Höhe, während die tägliche Arbeitszeit eine Herabsetzung erfuhr. Doch pflegten selbst die Accorदारbeiter nicht unter 10 Stunden (abzüglich der Pausen) täglich zu arbeiten. Die Schaffgotsch'sche Verwaltung war beflissen, dem allgemeinen Streben nach höheren Löhnen immer rechtzeitig von selbst

dieser Weise, augenscheinlich zu Ungunsten des letzteren, festgesetzt und bei der Abtretung Schlesiens an Preußen wieder als Landesgrenze beibehalten worden.

¹ Die Fabrikation von Glasknöpfen hätte sich allerdings auch ohne den Krieg nicht mehr lange halten können. Die Ursache liegt in den Arbeitsverhältnissen. Die Stängel- und Perlenfabrikation ist seit Jahrhunderten, speciell im Reichenberger Bezirke in Böhmen, in Fleisch und Blut der Bevölkerung übergegangen und läßt keinen Versuch, mit ihr konkurrieren zu wollen, aufkommen. Die Arbeiter haben eine so außerordentliche Geschicklichkeit in der Herstellung der tausenderlei Kleinigkeiten erlangt, daß sie ungeheuer schnell und deshalb zu sehr niedrigen Accordsätzen arbeiten können. Hohlglas arbeiten im Reichenberger Bezirke nur drei, zuweilen auch vier Ofen, während Stangen und Stängel zu Perlen, zu Lüstersteinen und für Glaspinnerei und Schmuckarbeiten auf drei- bis viermal soviel Ofen erzeugt werden.

Rechnung zu tragen, so daß sie den eventuell zu erwartenden Anträgen der Arbeiter stets zuvorkam. Letztere erkannten diese wohlwollende Fürsorge dadurch an, daß sie eifrig fortarbeiteten und keine Neigung zum Streiken zeigten. Die Lohnsteigerungen hielten für einzelne Arbeiterkategorien bis 1874 an, weil infolge der neu eingeführten Branchen immer wieder Mangel an mit den neuen Zweigen ganz vertrauten Arbeitskräften eintrat und weil während dieser Zeit bei den Erzeugnissen der reinen Luxusbranche vollständige Veränderungen der Form und Farbe sowie des Geschmacks bezüglich der Veredelung stattfanden.

Im Jahre 1873 erreichte der Umsatz der Josephinenbräute die Höhe von 260 728 Thlrn., und die von der Firma Fr. Hockert in Petersdorf betriebene Fabrikation, vergellter Bronzeware in Verbindung mit geschliffenem und dekoriertem Glas sowie die Spiegelfabrikation war wegen der Wiener Weltausstellung ebenfalls sehr bedeutend. Unter den in Wien ausgestellten Erzeugnissen, des Hirschberger Thales, befand sich ein großer Spiegel für circa 1200 Thlr., den das Königl. Gewerbe-Museum in Berlin für seine Museumsammlung erwarb.

Von 1873 ab bis 1879 fand eine stetige Verminderung des Absatzes statt. Trotzdem sich die vereinigten Schaßgesetzlichen hatten die größte Mühe geben, allen Veränderungen des Geschmacks Rechnung zu tragen, konnten doch nur zwei Ofen mit Mühe im Gange erhalten werden, und besonders wurde die Lage der Schleifer und Maler immer ungünstiger, weil das Hauptabsatzgebiet für reich dekorierte Sachen, England immer spärlicher mit Aufträgen wurde. Der englischen Glasmalereien gelang es, eine Anzahl tüchtiger Vertreter des Veredelungsgewerbes aus der Hirschberger Gegend sowie aus den angrenzenden böhmischen Bezirken unter glänzenden Bedingungen zur Übersiedelung nach England zu veranlassen und hier eine eigene Veredelungsindustrie großzunutzen, so daß sich der englische Markt von den schlesischen und böhmischen Erzeugnissen fast ganz unabhängig machen konnte. Nach 1879 kam für die Glasmalerei eine bessere Periode, da sich die Mode künstlicher, schon zum Gebrauche verwandbaren Rohglaserzeugnissen in verfeinerter Ausführung zuwandte. Dadurch wurde aber gerade die weitere Veredelung, das Schleifen, Benutzen und Vergolden, größtenteils ganz überflüssig gemacht, und die Glasmalereien sahen sich deshalb genötigt, ihre Arbeiterzahl um ein Drittel zu vermindern.

Unter den in neuerer Zeit aus der Josephinenbräute hervorgegangenen Kunstwerken nimmt das für 24 Personen berechnete Trinkservice, welches die Provinz Schlesien dem damaligen Preiser und jetzigen Kaiser Wilhelm bei seiner Vermählung schenkte, einen hervorragenden Platz ein. Die veredelten Trinkgäser Karaffen u. s. w. zeigen die edelsten

Formen, der Schliff und namentlich die Gravierung sind wahrhaft künstlerisch ausgeführt. Die Entwürfe zu diesem kostbaren Geschenke, das der Schreiberhauer Glasindustrie zur hohen Ehre gereicht, rühren von dem Maler Grafen Harrach her.

II. Die gegenwärtige Lage der Glasindustrie im Hirschberger Kreise.

I. Technik und Statistik der Glasfabrikation und -veredelung.

a. Die Glasfabrikation.

Von den gegenwärtig im Hirschberger Thale vorhandenen drei Glashütten, welche sämtlich in der Gemarkung von Schreiberhau liegen, ist die Hoffnungsthaler Hütte nicht im Betriebe. Die beiden andern, die Hütte zu Karlsthal und die Josephinenhütte, sind dagegen vollauf mit Aufträgen beschäftigt und werden regelmäßig betrieben. Alle drei Etablissements unterstehen der gräflich Schaffgotschischen Verwaltung. Zwei derselben, die Josephinenhütte und die geschlossene Hütte zu Hoffnungsthal, sind im Besitze des Grafen Schaffgotsch; die Glasfabrik zu Karlsthal gehört den Geschwistern Pohl und ist von dem Grafen gepachtet. Von dem Ertrage der letzteren entfällt $\frac{1}{3}$ auf den Pächter, $\frac{2}{3}$ auf die Besitzer. Zur Josephinenhütte, dem Mittelpunkte des Betriebes, gehören das Hüttengebäude mit Hafenkammer, ein Pochwerk, eine Formenschniderei und Aufbewahrungsräume für Formen, eine Glasschleiferei¹, eine Kreissäge, diverse Schuppen und ein Wohngebäude auf dem linken und das Magazin und Comptoirgebäude sowie drei Beamtenwohnhäuser auf dem rechten Ufer des Zacken. Die Karlsthaler Hütte hat weniger Nebengebäude, weil verschiedene Räumlichkeiten, z. B. Pochwerk und Formenschniderei, sich unter einem Dache befinden, auch nur ein Wohngebäude, in welchem zugleich das Magazin untergebracht ist; dagegen ist sie von mehreren Privathäusern umgeben, in denen die Arbeiter der Hütte wohnen. Auch ein Wirtshaus befindet sich darunter, das seitens der Hütte verpachtet ist.

Die zwei im Betriebe befindlichen Hütten haben zusammen drei elliptische, nahezu ringförmige Schmelzöfen, welche von einer etwa $\frac{1}{2}$ m hohen gemauerten Arbeitsbühne,

¹ Dieselbe dient hauptsächlich in Karlsthal ausschließlich zum Abschneiden des Glases, d. h. zum Entfernen der beim Glasblasen entstandenen überflüssigen Glasteile.

der „Rüstung“, umgeben sind. Die Karlsruher Hütte ist noch mit einem alten, sogenannten chemischen Ofen für Holzheizung auf einem Roste, mit direkter Feuerung versehen, während die beiden Ofen der Josephinhütte indirekte Feuerung besitzen. Von den drei Schmelzöfen sind gewöhnlich zwei stets gleichzeitig im Betriebe. Jeder Schmelzofen ist zu 8 Kesseln oder Häfen eingerichtet, von welchen jeder etwa zwei Centner Glasmasse faßt. Letztere ist ein Gemisch von Quarz, Pottasche, Kalk oder Kreide, geringen Mengen von Blioxyd, Knochenmehl, Arsenik, event. von Soda, Salpater, verschiedenen zur Erzeugung der Farben nötigen Metalloxyden u. s. w. Außer dem Quarz, welcher, wie schon früher berichtet wurde, in der Nähe beider Hütten gebrochen wird, müssen alle übrigen Materialien von auswärtig bezogen werden.

Bevor der Quarz zum Schmelzen in den Hafen gelangt, werden die beim Brechen gewonnenen Brücken in dem vom Zackenflusse getriebenen Pösch- oder Stampfwerke in trockenem Zustande zu feinem Mehl zerstoßen.

Der fein gestampfte Quarz wird mit den anderen oben genannten, ebenfalls fein gemahlten Materialien sorgfältig gemischt und das ganze Gemenge in die aus feuerfesten Thon-Largesteinen, großen Blumentöpfen ähnlichen offenen Häfen¹ gethan. Dieselben ruhen auf aus Chamottesteinen errichteten Stufen, Bänke genannt, die an der Innenwand der oberen Hälfte des Glasofens² angebracht sind. Der übrige vollständig freie Innenraum des Glasofens ist in der Josephinhütte von dem glühenden Holzgas angefüllt, welches dem Ofen durch den Schürkanal zugeführt wird. Letzterer, welcher die untere

Die Herstellung der Häfen wird in einem besonderen Räume des Hüttengebäudes, der Hafenkammer mittels Handarbeit vorgenommen und erfordert große Genauigkeit seitens des Hafennachhers. Der dazu benutzte Thon wird als Bohnen bezogen, fein gemahlen mit einem Zusatz von Sand versehen und mit Wasser in einen steifen Teig verwandelt, welcher mehrmals hingenektet wird und darnach in einer keilerartigen Vertiefung 1 bis 2 Wochen oder noch länger liegelaßt. Die aus dieser Masse hergestellten Häfen müssen sorgfältig getrocknet werden, weshalb in der Hafenkammer eine regelmäßige Wärme herrscht, welche nach und nach für jeden Hafen dadurch erhebt wird, das derselbe in immer größerer Nähe des Ofens gerichtet wird. In Karlsruhe und Josephinhütte läßt man die Häfen bis zum Gebrauche nahezu ein Jahr lang trocknen, nachdem werden sie in einem besonderen Ofen ausgetrocknet, abschließend mit der Feigut und schließlich bis zur Weichheit erhitzt und eingekläst durch das Hineinwerfen einiger Gläserben, die augenblicklich schmelzen und schmelzend Dreien einen glatten.

¹ Der Umriss eines Glas- oder Schmelzofens besteht aus 3 gerundeten feuerfesten Steinen (Chamotte), die Kuppe, Kuppe, sowie das flache Gewölbe aus geschlagenem weichen Thon. Jeder neue Ofen muß allmählich aus der hohen Temperatur gekühlt werden, welcher er beim Schmelzen ausgesetzt wird, ohne Aussetzen Aufsteigern ist nötig, damit der Ofen nicht kochen und Springen bekommt.

Hälfte des Ofens quer durchschneidet, steht mit dem außerhalb des Schmelzofens angebrachten Generator durch unterirdische Kanäle in Verbindung. Bei dem Glasofen der Karlsthaler Hütte wird der Raum unterhalb der Hafenbank, welche um den ganzen Ofen herumgeht, durch die aus Chamotte-masse hergestellten Roststeine in zwei gesonderte Abteilungen zerlegt, von denen die untere als Luftkanal und Aschenfall dient, während das zum Heizen dienende Holz auf dem Roste verbrennt. Das weiche, harzreiche Kiefernholz wird möglichst trocken verwendet, und zu diesem Behufe vorher in einem besonderen Ofen des Hüttengebäudes gedörrt. Zur Erzeugung des Holzgases in der Josephinenhütte sind jährlich 12 bis 14000 Raummeter (4000 Klafter) Holz erforderlich; der Verbrauch der Karlsthaler Hütte dürfte nicht geringer sein.

Unter dem Einflusse der auf die eine oder andere Weise erzeugten glühenden Hitze schmilzt die in den Häfen befindliche Glasmasse. Während des Schmelzens, ein Vorgang, der hier meist des Nachts vorgenommen wird, leutern die Schmelzer mit ihren Gehülften die flüssige Glasmasse, indem sie die sich etwa zeigende Glasgalle¹ und andere fremde Körper von der Oberfläche entfernen.

Nachdem die Glasmasse mehrere Stunden abgestanden und dadurch zur Verarbeitung fertig geworden ist, gehen die Glasmacher mit ihren eisernen Röhren, Pfeifen genannt, an die Arbeit. Zu diesem Zwecke ist der obere Teil des Glasofens ringsum mit 16 Öffnungen — Arbeitslöchern — versehen, von denen je zwei zu einem Hafen gehören. An je einer Öffnung arbeitet, von seinem Nachbar durch eine Scheidewand getrennt, ein Glasmacher, welchem ein Junge während des Blasens und Formens verschiedene Handreichungen thut, z. B. das Öffnen und Schließen der Formen, das Anwärmen der an der Pfeife befindlichen Glasposten oder angefangenen Glasgegenstände u. dgl. m. Am Rande der Rüstung, gegenüber seiner Arbeitsöffnung, hat jeder Glasmacher seine mit mehreren runden Vertiefungen von verschiedener Größe versehene Marbelplatte, aus Stein oder Eisen bestehend, auf welcher das an der Pfeife hängende Glas hin und her gewälzt wird, um bestimmte Formen anzunehmen und gleichmäßig verteilt zu werden. Bei zusammengesetzteren Formen wird häufig auch neben jenen Vertiefungen in der Marbelplatte ein auf die vorgeschriebene Weite eingestellter Eisensirkel zu Hilfe genommen, namentlich dann, wenn von geschickten Glasmachern nach Zeichnungen gearbeitet wird. Unterhalb der Marbelplatte, auf dem Fußboden, steht der Brockenkasten, ein Gefäß mit Wasser und die meist hölzerne Form. Das

¹ Schlackenähnliche Gebilde, welche oben auf der flüssigen Glasmasse schwimmen.

Einsenken der Glasmasse in die nach jedesmaligem Gelauche durch ein wenig Wasser abgekühlte Holzform ist stets mit dem Auftreten einer kleinen Flamme verbunden, die dadurch entsteht, daß der Junge im Moment des Einsenkens schnell einen Strohhalm in die Form steckt, welcher sich an dem glühenden Glase entzündet und letzteres beim Verlöschen mit einer feinen Rußschicht überzieht, wodurch die Anhaften an der Wandung der Form verhindert wird. Zur Fabrikation von Artikeln, die in größerer Menge hergestellt werden, wie Rümer, Trinkkörner etc., dienen eigene Formen.

Die Hauptaufgabe des Zeh, Ein- oder Abtrager genannten Jungen besteht darin, die fortgestellten Glasgegenstände in die an der Seite der Hütte angeordneten Kellern zu übertragen was mittels langer, vorn gegabelter Stangen geschieht. Die Abtragerjungen stehen im Alter von 12 bis 14 Jahren und sind meist Bohmen, weil die Kinder der unheimischen Bevölkerung zu lange die Schule besuchen müssen und darnicht mehr die Gewandtheit erwerben, welche jene Jungen besitzen müssen. In Bohmen werden die Vorschriften über die Kinderarbeit nicht so streng gehandhabt. Infolgedessen lernen die Knaben dort schon in recht jugendlichem Alter sämtliche Verrichtungen kennen und können als 13- und 14-Jährige ausgehehrt nach Schladtau, wo sie besser bezahlt werden als in ihrer Heimat, da von der Geschicklichkeit des Jungen die größere oder geringere Leistungsfähigkeit des Glasmachers in hohem Grade abhängig ist. Für ihren Lohn und ein ordentliches Nachtlager muß der Glasmacher sorgen; früher legten sie sich, wie es in Bohmen noch zum Theil vorkommen soll, in dem Hüttenraume selbst, in den Nebengebäuden der Hütte oder wo sie gerade Platz fanden zum Schlafen nieder. In Karlsbad kommen sie im Sommer wohl auch täglich aus den benachbarten böhmischen Orten zur Arbeit herüber und kehren abends in ihren Wohnort zurück. Die Geschicktesten unter ihnen werden Glasmacher, die anfangs lernen später das Schleifen oder wenden sich anderen Erwerbszweigen zu; manche faule Subjekte bleiben ihr Leben lang Abtrager.

Dadurch, daß in Josephinsthütte und Karlsbad gewöhnlich nur zwei Schmelzöfen gleichzeitig im Betriebe sind, werden die bei anderen Glashütten regelmäßig wiederkehrenden Unterbrechungen größtentheils vermieden, welche entstehen, weil sowohl infolge der Hitze als auch der chemischen Einwirkung der zur Glasherstellung dienenden Materialien die Öfen zerstört werden und von Zeit zu Zeit erneuert werden müssen. Der alle Jahre in der Regel nur einmal stattfindende Umbau eines Ofens währt sechs bis acht Wochen Zeit genug, um bei der Fabrikation anderwärts empfindliche Lücken eintreten zu lassen. Andere Unterbrechungen, welche auch in den Schladt'schen Hütten nicht zu vermeiden sind, werden durch

die Erneuerung der Haften aus denselben Versuchen wie bei den Oben herbeigeführt. Das Einsetzen neuer Haften findet alle vier bis sechs Wochen statt, nimmt aber nur wenige Stunden in Anspruch.

Ueber den gegenwärtigen Umfang des Schaffgotschen Glashüttenbetriebes geben folgende Zahlen Auskunft. In der Josephinenhütte und den dazu gehörigen Nebenbetrieben (Quarzbruch, Pochwerk, Formen- und Hakenkammer, Kreisstige, Hüttenstollenföhrn, Magazin u. s. w.) waren am 5 Juni 1882 181 Personen beschäftigt, bei der Karsthaller Hütte und den dazu gehörigen Nebenbetrieben namentlich auch beim Holztollen 82; unter ersteren waren 7, unter letzteren 2 weiblichen Geschlechts. Zu diesen 213 unmittelbar beschäftigten Personen kamen noch für Rechnung des Geschäfts in deren eigener Wohnung bezw. in den Schleifwerken, Werkstätten u. s. w., also hausindustriell thätige 204 Glasverarbeiter, so laßt die Gesamtzahl der in den vereinigten Betrieben Wirkenden 417 betragen. Davon entfiel 41 oder rund 10% auf das weibliche Geschlecht. Im Jahre 1886 war die Gesamtzahl der beschäftigten Personen auf 378 (360 männliche, 18 weibliche, 31 unter 16 Jahren), 1887 auf 372 (359 männliche, 13 weibliche, 27 unter 16 Jahren), 1888 auf ca. 350 herabgegangen. Die letzteren zerfielen ausser den Leitern und dem Bureaupersonal in

- 30 Glasmacher mit 27 Abträgern,
- 5 Hüttenmeister und Schmelzer,
- 7 Schürer,
- 7 Formvermacher,
- 3 Hakenmacher,
- 36 Arbeiter aller Art,
- 19 Arbeiterinnen,
- 144 Glassechleifer¹⁾,
- 12 Glassechleider,
- 47 Glasmaier und Vergolder.

Die in Josephinenhütte und Karlsthal erzeugte rohe und

¹⁾ Nach den Umständen der Gewerbebesteuert, und zwar sind diese wie alle folgenden, auf den genannten Zeitpunkt sich beziehenden Angaben so mit Berücksichtigung des Herrn Meisters des Erznachens des Königl. statistischen Bureau in Berlin hinsichtlich zur Verfügung gestellten Gewerbesteuern für selbstständige Gewerbebetriebe mit Gläsern etc. einer mit Pochwerk u. s. w. für Personen bei der Aufbereitung von gewählten Materials besonders hergestellten Zählbüchlein für selbstständige Gewerbetreibende ohne Gehilfen etc. entnommen. Da das obige durch die Fortführung gewählter Material bereits bekannt ist. Die Zahlen für die Jahre 1886-1888 sind entweder den Berichten der Hüttenmeister für die Kreis-Herzogthümer bezw. den Akten des Landratsamtes in Herschberg entnommen oder an Ort und Stelle durch mich direkt ergrünget worden.

Nach einer solchen Angabe ungefähr 120 Glassechleifer, darunter 96 Meister oder Selbstständige, 13 Gesellen und 11 Lehrlinge.

veredelte Ware wird für 1886 mit 5045 Centnern im Werte von 350600, für 1887 mit 5052 Centnern im Werte von 360540 Mark abgegeben; von der letztgenannten Summe entfallen ca. 150000 Mark auf das erzeugte Rohglas. Die geringe Zunahme der Produktion und des Wertes, welche von 1886 bis 1887 erzielt wurde und den mündlichen Berichten zufolge auch für 1888 anzuhaben haben soll, ist zum Teil der allgeringsten Aufbesserung der geschäftlichen Verhältnisse in Amerika zuzuschreiben, das seit einer Reihe von Jahren der bedeutendste ausländische Abnehmer der Josephinenhütte und der mit ihr verbundenen Betriebe ist. Zum andern Teil ist die Besserung in einem stärkeren Absatz im Inlande zu suchen. So werden z. B. namentlich, farbige Gläser zu elektrischen Behälterzwecken (z. B. für das Hotel Continental in Berlin, Krystalschalen und ähnliche Waren, behufs Verbindung mit Metallen und Kompositionen (Cimbre poli u. s. w.) und Luxusartikel für Heckerl in Petersdorf und Stoll in Hermsdorf erzeugt. Da die vereinigten Hütten in farbigen dekorierten Glaswaren mit den böhmischen Fabrikaten, teils wegen der billigeren Arbeitslöhne in Böhmen teils wegen der ungünstigen Kursverhältnisse, jetzt nur schwer konkurrieren können, so hat sich die Verwaltung in neuester Zeit von dem ausschließlichen Betriebe der Kunst- und Bauglasfabrikation befreit und stellt auch andere Artikel her; dazu gehört z. B. die Fabrikation von Schutzgläsern für Torped-Dampfkessel, welche von der Kaiserlichen Werft in Wilhelmshaven in Bestellung gegeben sind.

Die schon früher erwähnte neueste Erfindung des zeitigen technischen Leiters der Josephinenhütte, die Herstellung eines neuen Kupferzinn-glases, welches selbst von einem Fachmann von Massiv-Goldrath kaum unterschieden werden kann, dürfte bei dem Interesse, welches dieser neuen, zur Patentierung angemeldeten Erfindung bei Fachmännern und in der Presse schon entgegengebracht worden ist, vielleicht für die weitere Entwicklung der großlich schaffgotischen Hütten von wesentlicher Bedeutung sein.

b. Die Glasveredelung¹.

Das aus den Kuhlöfen kommende Glas wird behufs Veredelung verschiedenen mechanischen Bearbeitungen unterzogen. Den größten Teil des von den schaffgotischen Hütten erzeugten Rohglases leistet die Hüttenverwaltung selbst veredeln, der Rest wird an die in Schreiberhau, Petersdorf und Hermsdorf ansässigen Glashändler und Edineure verkauft und in deren Auftrag weiter bearbeitet. Die Veredelung geschieht

¹ Zum Teil nach Winkler u. a. S. 426.

entweder durch Bearbeitung ohne oder mit Zuhülfenahme fremder Stoffe (Farben, Metalle u. s. w.). Im ersten Falle wird das Verzieren des Glases durch Schleifen und Schneiden (Graviren), im andern durch Bemalen, Vergolden, Verblüthen mit Metallen u. s. w. bewirkt.

Die Glasschleiferen. Die mechanische Bearbeitung des Glases durch den Schliff zerfällt in drei gesonderte Operationen: das Rauh- oder Grobschleifen, das Klarschleifen und das Polieren. Alle drei Vorrichtungen werden auf Scheiben ausgeführt, die an einer rotirenden Achse befestigt sind und sich vor dem Sitzplatze des Arbeiters mit bedeutender Geschwindigkeit umdrehen. Die beim Rauhschliff zur Anwendung kommenden Scheiben sind flach, meist von Gußeisen, seltener von Stein, und entweder mit stumpfen, scharfen oder zugespitzten, bisweilen auch abgerundeten Kanten versehen und von der verschiedensten Größe, je nachdem es der gerade zu bearbeitende Artikel verlangt. Über jeder Scheibe befindet sich ein trichterförmiges, unten mit einer feinen Öffnung versehenes Gefäß, aus welchem Schleifpulver und Wasser herabtrüffelt. Als Schleifmittel dienen verschiedene Nummern scharfkantigen Sandes.

Beim Beginn der Arbeit wird durch ein Blechrädchen der auszuführende Schliff auf dem Glase vorgezeichnet. Je nachdem der Schleifer sein Arbeitstück den rasch rotirenden Scheiben nähert, werden durch schwächere oder stärkere Einwirkung flache oder tiefe Linien hervorgebracht. Dieser Schliff erzeugt nur raue, unansehnliche Flächen, das Glätten oder Feinmachen geschieht durch das Klarschleifen, welches hier an Scheiben von feinkörnigem Sandstein ausgeführt wird. Den höchsten Glanz erhält das Glas erst durch die Politur. Dieselbe wird hier mittels Scheiben oder Radern aus weichem Holze (z. B. Pappelholz) unter Zuhülfenahme von ganz feinem Sande ausgeführt.

Das Glasschleifen geschieht in den Schleifwerken oder Schleifmühlen, deren Schreiberbau einige 20 besitzt, doch sind zu Zeit nur 16 im Betriebe. Die Zahl der in Petersburg (einschließlich Hartenberg)¹ und Hernsdorf vorhandenen Seiden-

¹ Auch die übrigen hier in Betracht kommenden Gebirgsorte bestehen zum Teil aus verschiedenen Wohnplätzen, wie dies weiter oben für Schreiberbau nachgewiesen wurde (vgl. S. 6 Anmerkung 5). Die selben seien der Vollständigkeit wegen ebenfalls hier mitgeteilt.

1 a. Landgemeinde Petersdorf (mit einer Gesamtfläche von 1183 ha 37½ Wohngebäuden und 27½ Bewohnern)

	Wohn- gebäude	Ein- wohner
1 Borsau-Kloster . . .	1	5
2 Hartenberg . . .	45	274
3 Heddelsberg . . .	21	107

moller ist bedeutend geringer: auch in Gersdorf und Agnetendorf ist je ein Schleifwerk im Betriebe. Sämtliche Schleifwerke, die meist die Hälfte eines gewöhnlichen Wohnhauses einnehmen, werden durch Wasser getrieben¹, jedes zu 4 bis 6 Pferdekraft. Die einzelnen Schleifmühlen haben 8 bis 10 Radstühle, jeder Radstuhl ist für 2 bis 4 Schleifer eingerichtet. Die meisten Schleifwerke gehören den in den oben genannten Orten ansässigen großen Firmen (der Hüttenverwaltung, Glashändlern und -raffineuren) oder anderen Privatpersonen, selten ist der Besitzer selbst Glasschleifer². Der größte Teil der Schleifermeister pachtet von dem Besitzer eine oder mehrere Schleifstellen für sich, ev. für seine Gehilfen und Lehrlinge, und zahlt durchschnittlich 12 bis 18 Mark Pacht pro Jahr und Schleifmühle.

Am 5. Juni 1882 waren in den genannten Orten — außer den auch mit anderen Veredelungsbetrieben verbundenen Raffinerien u. s. w. — 141 Glasschleifereibetriebe vorhanden, darunter 40, welche ohne Wasserkraft arbeiteten (also sogenannte Stuhlgänge bzw. Trempelzeuge)³. Von diesen Betrieben

	Wohn- gebäude	Ein- wohner
4. Kirsowald	40	202
5. Petersdorf	266	2167
b. Gutsbezirk Petersdorf mit einer Gesamtfläche von 2090 ha, 4 Wohngebäuden und 10 Bewohnern		
II a. Landgemeinde Hermsdorf u. K. (mit einer Gesamtfläche von 398 ha, 279 Wohngebäuden und 1952 Bewohnern)		
b. Gutsbezirk Hermsdorf u. K. (mit einer Gesamtfläche von 298 ha, 11 Wohngebäuden und 108 Bewohnern)		
c. Forstgutsbezirk Hermsdorf u. K. mit einer Gesamtfläche von 269 ha, 1 Wohngebäude und 8 Bewohnern		
III a. Landgemeinde Warmbrunn (mit einer Gesamtfläche von 372 ha, 346 Wohngebäuden und 3408 Bewohnern)		
1. St. Hedwigstift	2 W.	80 E.
2. Zackenan	30	183
3. Warmbrunn	324	3143
b. Gutsbezirk Warmbrunn (mit einer Gesamtfläche von 696 ha, 15 Wohngebäuden und 154 Bewohnern)		
1. Alt-Graflich Warmbrunn	4 W.	61 E.
2. Neu	11	93

Im ganzen haben die vorgenannten Orte einschließlich Schreiberhau 37 Wohnplätze, Ortschaften, Vorwerke, Kolonien, einzeln gelegene Fabriken, Gebötte u. s. w.

¹ Nur bei Hockert in Petersdorf ist auch eine Dampfmaschine in Tätigkeit.

² In Schreiberhau war das z. B. nach der Gewerbestatistik von 1882 nur bei 4 Schleifereien, in Petersdorf bei 3, in Hermsdorf bei 7 der Fall.

³ Gegenwärtig wird in Schreiberhau gar nicht mehr an Trempelwerken gearbeitet. Nach den eingezogenen Erkundigungen erscheint es auch zweifelhaft, ob 1882 noch solche Betriebe vorhanden waren.

waren eben diese 40 sogenannte Alleinbetriebe; 67 wurden ebenfalls allein von den selbstständigen Pächtern (Inhabern), aber mit Wasserkraft betrieben; 32 gehörten, da sie weniger als 5 Gehülfen beschäftigten, zu den Kleinbetrieben, und nur zwei waren nach der Auffassung der Gewerbestatistik Großbetriebe, da in ihnen außer den Leitern 9 bzw. 15 andere Personen thätig waren. Die Verteilung sämtlicher Glasschleifereibetriebe auf die einzelnen Gemeinden (einschl. der gleichnamigen Gutsbezirke) ist in folgender Übersicht nachgewiesen.

In den Gemeinden	Motoren mit o. ohne	waren Glasschleifereibetriebe vorhanden						Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten Personen
		ohne	mit 1	mit 2	mit 3	mit mehr	über- haupt	
Schreiberhau	o.	28					28	28
	m.	58	15	9	2	1	85	188
Petersdorf	o.	11					11	11
	m.	3		1	—	—	4	6
Herrnsdorf	m.	5	4	1	1	1	12	30
Warmbrunn	o.	1					1	1
Übersicht	o.	40	—				40	40
	m.	66	19	11	3	2	101	174
	Zu- sammen		106	19	11	3	141	214

Die Zahl der Glasschleifer wie der Schleifereibetriebe scheint nach 1882 zumal hat noch etwas weiter zurückgegangen zu sein. Wenigstens in Schreiberhau nahm die Zahl der Betriebe bis zum Jahre 1884 von 113 auf 105, die der in denselben thätigen Personen von 166 auf 150 ab. Sondern ist eine Verminderung eingetreten, da der Geschmack des Publikums gegenwärtig geschliffene Waren sehr bevorzugt, so daß die vorhandenen Arbeitskräfte nicht ausreichen.

Mit der Glasschleiferei eng verwandt ist die Glasschneiderei oder Glasgravierung. Sie ist heute wieder wie von alters eine Eigenthümlichkeit der Hirschauer Glasindustrie, da sonst gegenwärtig feiner figurliche Darstellungen.

Jedemals ist in der Zahl 40 eine beträchtliche Menge damals unter-
schäftigter Glasschleifer enthalten.

Monogramme u. s. w. meist durch Ätzung mit Flußsäure oder bei Ausführungen von größerer Fläche mittels des Tilghman'schen Sandstrahlgebläses ausgeführt werden. An die Stelle der Schleifschleiben treten kupferne oder stählerne Rädchen von 1,5 bis 2 cm Durchmesser, andere sind noch kleiner, so daß sie manchmal kaum mit den Augen wahrgenommen werden können. Diese Rädchen sind an einer konisch geformten Spindel befestigt und werden durch den Tritt des Fußes in Bewegung gesetzt. Die Zeichnung wird meist durch eine Tagmasse auf das Glas übertragen, die Schnittflächen der kleineren Räder sind mit fein geriebenem Schmirgel bestrichen, welcher sich beim Arbeiten absetzt und die Konturen leicht verdeckt, so daß diese Art der Thätigkeit, welche schon dadurch erheblich erschwert wird, daß der zu bearbeitende Gegenstand stets gegen die untere, nach hinten gelegene Seite des Rädchens gehalten werden muß, zu einer überaus schwierigen sich gestaltet. Ein geringes, meist nicht wieder gut zu machendes Versehen kann die Arbeit von Tagen und Wochen vernichten. Die feinsten Linien werden wie bei der Xylographie mit dem Stifte, der hier von Kupfer ist, eingegraben. Aach auf der Drehbank kann die Verzierung des Glases fortgesetzt werden. Da dabei benutzten Geräte (Bohrer, Meißel, Stichel) müssen mit Terpentinöl stets feucht gehalten werden. In neuerer Zeit feuchtet man das auf der Drehbank, Bohrer oder Hebe maschine zu bearbeitende Glas ebenso wie die stählernen Werkzeuge mit verdünnter Schwefelsäure Öl oder Sehwasser an.

Da die Glasschneiderei oder Glasgravierung noch eine viel beständere Kunstfertigkeit erfordert wie der gewöhnliche Schliff, so ist die Zahl der so Ausbilden nur gering. Bei der Berufszählung am 5. Juni 1882 wurden in Schreibersbau 7 Betriebe mit 19 in Hermsdorf 1 Betrieb mit 4 und in Warmbrunn 3 Betriebe mit 7 Personen ermittelt, so daß im ganzen 30 Personen in 11 Betrieben sich der Glasschneiderei oder Glasgravierung widmeten. Unter den Betrieben waren 4 Alleinbetriebe, die übrigen gehörten zur Gruppe der Kleinbetriebe. Bis zum Jahre 1884 hatte in Schreibersbau sich die Zahl der Betriebe auf 8, die der darin thätigen Personen auf 21 vermehrt¹.

Älter als die beiden vorstehend erwähnten Glasveredlungsgewerbe, aber vermuthlich nicht im Hirschberger Thale, wo wir gesetzt haben, sind Glasaalerei und vergoldung. Beide sind zwar wesentlich verschieden voneinander, aber früher regelmäßig und selbst noch in der neueren Zeit nicht selten von denselben Personen ausgeübt worden, so daß in

¹ Und zwar bestanden letztere aus 8 Meistern, 7 Gehülften und 6 Lehrlingen.

den älteren Urkunden gewöhnlich nur eine der beiden Beschäftigungsarten genannt wird: und zwar ist es in Böhmen meistens die Malerei¹, in Schlesien dagegen die Glasvergoldung², welche allein aufgeführt wird, aber beide Glasveredelungsgewerbe umfasst.

Die ältere Glasmalerei war ausschließlich sogenannte Kleckmalerei; die Farben wurden mit dem Pinsel kalt aufgetragen, aber nicht wie jetzt in Muffeln eingebrannt, sondern durch Anwärmen im Glasofen eingeschmolzen. Ein Beispiel für die letztere ist die vor einem Jahrzehnt allgemein beliebt gewesene Biederweiser- (weisse Kaltmalerei) des sogenannten Silberglases, jener doppelwandigen Leuchter, Vasen, Zucker-schalen, Trinkbecher u. s. w., welche mittels eingegossenen argentum nitricum auf kaltem Wege versilbert wurden und die man heute nur noch als Gewinnsobjekte für Puschbuden auf Jahrmärkten u. s. w. antrifft.

Die bei der zur Zeit fast ausschließlich angewandten Email-Glasmalerei zu verwendenden Farben, welche leicht schmelzbar und feuerbeständig sein müssen und daher sämtlich nur dem Mineralreiche entnommen werden können, werden einem Gemenge oder „Flusse“, der aus Glasmasse oder Sand, Borax und Mennige besteht, hinzugesetzt. Das Ganze wird eingeschmolzen, abgeschreckt, gemahlen, mit Terpentinöl angerieben, wie gewöhnliche Farben, auf den betreffenden Gegenstand kalt aufgetragen und im Muffelofen³ eingebrannt. Bei der Glasvergoldung wird ganz ähnlich verfahren, nur dass statt der Farben die aus Königswasser gefällte feine Gold-lunse mit dem etwas anders zusammengesetzten Flusse eingeschmolzen und später aufgetragen wird.

Unter dem Einflusse der in den Muffeln entstehenden großen Hitze geht die in der aufgetragenen Farbe enthaltene Glasmaille eine enge Verbindung mit dem Glase an. Gläser mit reicher, verschiedenfarbiger Dekoration müssen gewöhnlich den Brennprozess mehrmals durchmachen. Die Haupt-schwierigkeiten bestehen in der richtiger Auswahl und Zusammensetzung der Farben, welche nach dem Einbrennen meist einen ganz anderen Ton annehmen, und in der sorgfältigen Regulierung der Hitze, um Sprünge oder gar das Schmelzen des Glasgegenstandes zu verhüten.

Die Zahl der Glasmaler und -vergolder hat sich von Jahr zu Jahr vermindert. Während 1882 in Schreiberhau noch 15 selbständige Glasmaler und -vergolder mit 90 Gehulfen und

¹ Vgl. Schebeck a. a. O. S. 204 ff.

² Vgl. Korn's Elektrochemie VIII 250/251 und anderwärts.

³ Ein runder, cyulinderförmiger Topf aus Chamotteziegel, welcher in hohler Stellung mit der Öffnung nach unten in einem Ofen so ein-gesenkt wird, daß er rings vom Feuer umspielt werden kann.

Lehrlingen gezahlt wurden, ist ihre Zahl 1884 schon auf 11 Meister mit 58 Gehülften und 10 Lehrlingen zusammen geschrumpft. Gegenwärtig (im Herbst 1888) sind nur noch 7 selbständige Glasmaler in Schreiberhau vorhanden, von denen nur wenige noch eine geringe Zahl von Gesellen beschäftigen, und auch diese klagen häufig über Mangel an Arbeit. Ein Teil hat in der Hoekert'schen Fabrik in Petersdorf in dem alten Berufs-Stellung gefunden.

Wie sich die bei der gewerbestatistischen Aufnahme vom 5. Juni 1882 ermittelten Betriebe und Gewerbetreibenden dieser Vordruckszweige auf die einzelnen Gemeinden vertheilten und welchen Umfang die damals bestehenden Gesennte hatten, erhält aus folgender Zusammenstellung.

In den Gemeinden	waren Glasmaler- und Vergolderbetriebe vorhanden												Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten Personen
	ohne	mit 1	mit 2	mit 3	mit 4	mit 5	mit 6	mit 8	mit 10	mit 16	mit 25	über- haupt	
	Gehülften u. s. w.												
Schreiberhau	5		1		2	2	1		2	1	1	15	105
Petersdorf	1	—		—		—		1	1			3	21
Herrnsdorf	1	1	1	1	—				—			4	10
Warmbrunn	4	1									—	5	6
Se.	11	2	2	1	2	2	1	1	3	1	1	27	142

Im Gegensatz zur Glaszleiferei und -schneiderei, welche überwiegend als Altembetriebe oder Kleinbetriebe auftraten, ist die Glasmalerei häufiger Großbetrieb (im Sinne der Gewerbestatistik); von den 27 Betrieben beschäftigten 9 mehr als 5, nämlich zusammen 98 Gehülften u. s. w.

Außer den bisher aufgeführten, nach den einzelnen Branchen unterschiedenen Glasveredlungsbetrieben bestehen noch andere, bei denen eine solche Unterscheidung nicht möglich ist, die sogenannten Glasraffinerien¹. Von ihnen haben zwei ihren Sitz in Petersdorf, zwei in Herrnsdorf und eine in Warmbrunn, während in Schreiberhau die gräfliche Hüttenverwaltung in ihren eigenen Schleifmühlen, Werkstätten und Auliers ebenfalls eine beträchtliche Zahl von

¹ Eine neue gewerbestatistische Erhebung sollte entweder für Glasmalbetriebe eine Trennung der Arbeiter nach ihren speziellen Beschäftigungen verlangen oder noch besser vorschreiben, daß jeder die von ihm erzeugte bzw. bearbeitete Ware genau bezeichne.

Glasveredlungsarbeitern beschäftigt¹. Sicht man von den letzteren ab, so beschäftigten die 5 Raffinerieen am 3. Juni 1882 zusammen 231 Personen, welche sich wie folgt verteilten.

In den Gemeinden	bestandene Glashaffinerieen						Zahl der in diesen Be- trieben be- schäftigten Personen
	mit 4	mit 35	mit 42	mit 48	mit 102	über- haupt	
	Gefäßfen u. a. w.						
Petersdorf	—	—	1	1	—	2	90
Herrndorf	—	1	—	—	1	2	137
Warmbrunn	1	—	—	—	—	1	4
Σ	1	1	1	1	1	5	231

Unter diesen 231 Personen botanden sich, außer den eigentlichen Glasveredlungsarbeitern noch andere kunstgewerbliche Gehüfen (Gärtler, Bronceure, Zeichner, Modellure u. a. w.) und Handwerksgeßellen, namentlich in den Geschäften, welche die Herstellung vergoldeter u. a. w. Bronzewaren in Verbindung mit geschliffenen, oder anders dekoriertem Glase betreiben.

2. Die Betriebsformen.

Fabrikbetrieb, Handwerk und Hausindustrie sind, wie weiter oben nachgewiesen wurde, von alters her die Formen, in denen die Hirschberger Glashabrikation und -veredlung ausgeübt wurde. Der Fabrikbetrieb war in alterer Zeit ausschließlich durch die unter Glasitten zu Schleierbau bezw. Karlsthal und Hoffnungsthal verstreuten, während die Kleinmeister der Glasveredlung handwerksmäßig in eigene Rechnung arbeiteten und die von ihnen erzeugten Waren während der Saison in Warmbrunn und Flinsberg feilhielten oder auf den Messen und Märkten Schlesiens und der angrenzenden Gebiete abzusetzen suchten.

In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts entstand der Glashandel, welcher zuerst seinen Hauptsitz in Warmbrunn, später in Schleierbau hatte. In kurzer Zeit brachte er es zu hoher Blüte, am Ende des 17. Jahrhunderts machte er dem handwerksmäßigen Betriebe der Glasveredlung bereits eine gefährliche Konkurrenz, und als erst mehrere mittels Wasserkraft getriebene Schleifwerke vorhanden waren, welche sich auf die Fabrikation von Massenartikeln legen mußten,

¹ Vgl. die speziellen Angaben auf S. 48.

genet hat die gesamte Glasveredelung in eine große Abhängigkeit vom Händler.

Nach der Begründung der Josephinenhütte wurde fast die ganze Glasveredelungsarbeit einschließlich der Schleiferei in den hausindustriellen Betrieb übergeführt, bis mit der Errichtung der sogenannten Glasraffinerien auch hier eine Vereinigung der verschiedenen Veredelungsbranchen zu Fabriken stattfand.

Protagonist ist auch heute noch die hausindustrielle Betriebsweise in der Glasveredelung die überwiegende. Nach den Durchschnittsangaben der Arbeitgeber wurden im Jahre 1882 von 6 Betrieben aus, für welche direkt in den eigenen Fabrikräumen u. s. w. 443 Personen thätig waren, noch 150 Hausindustrielle beschäftigt, von denen 33 dem weiblichen Geschlechte angehörten. Nach den Angaben der Arbeitnehmer waren von ihnen 264 und zählt man diejenigen hinzu, welche höchst wahrscheinlich nur irrtümlich jene Angabe vergessen hatten, 311 bzw. 336 hausindustriell beschäftigt, und zwar waren davon 15 bzw. 18 weiblichen Geschlechts. In Schreiberhau bestanden allein 99 hausindustrielle Betriebe mit 238 darin thätigen Personen; dabei sind die 35 Alleinbetriebe, welche sicherlich der Mehrzahl nach ebenfalls hieher gehören, nicht mit in Ansatz gebracht. In Petersdorf enthalten nach der Angabe 5, tatsächlich aber — weil sie als Sitz des Gewerbebetriebs die Heekertsche Fabrik angegeben hatten — 7 Betriebe mit 5 bzw. 17 thätigen Personen auf die Hausindustrie. Wahrscheinlich gehörten noch 2 weitere Betriebe mit 15 Personen derselben Betriebsform an. In Hornsdorf waren angeblich nur 11 Betriebe mit 20 Personen, wahrscheinlich aber 14 Betriebe mit 30 Personen in Warmbrunn ein Alleinbetrieb in dieser Weise thätig. Folgende Übersicht, in der namentlich auch die Veredelungsgewerbe im einzelnen berücksichtigt sind, gibt genauere Auskunft darüber.

(Siehe Tabelle Seite 58.)

Von den aufgeführten Branchen sind nur die Glashaeder (Glasgraveure), die Glasmaler und Glasvergolder etwas weiteres im Sinne der Reichsgewerbestatistik Hausindustrielle, da sie „zu Hause (in ihrer Wohnung) für fremde Rechnung“ arbeiten. Dagegen sind die Glashaeder gegenwärtig sämtlich in den fabrikenartigen Schleifmühlen beschäftigt, die bei der Mehrzahl derselben nicht in eigenen Häusern liegen.¹ Gleichwohl sind sie nach der sonst üblichen

¹ Zur Zeit ist das der Fall und nach den mir gewordenen Mittheilungen von vertrauenswürdiger Seite haben beide stets für fremde Rechnung gearbeitet.

² Vgl. S. 51 Anmerkung 2.

In der Gemeinden		waren nach ihrer eigenen Angabe haus- industriell beschäftigt							
		Schleifer		Schneider etc		Maler etc		Zusammen	
		Betr.	Pers.	Betr.	Pers.	Betr.	Pers.	Betr.	Pers.
Schreiberhau		84	121	5	17	10	100	99	238
Petersdorf	angeblich	5	5			—	—	5	5
	thatsächlich	6	8	—		1	9	7	17
Herrsdorf		19	18			1	2	11	20
Warmbrunn						1	1	1	1
Sa.	angeblich	99	144	5	17	12	108	116	264
	thatsächlich	100	147	5	17	19	112	118	276

Auffassung unbedingt als Hausindustriell zu bezeichnen, da es außerhalb der Fabriken bzw. Geschäfte der Verleger für Rechnung der letzteren arbeiten und sogar das Rohmaterial von denselben geliefert bekommen. Die in den Schweißwerken gepachteten Radstühle können füglich nur als Werkzeug angesehen werden, das vielfach, z. B. von der Hüttenverwaltung zur Zeit in 9 Schleifmühlen, gegen Entgelt vom Verleger selbst gestellt wird. Die dafür zu leistende Bezahlung wird sogar als „Werkzeugpacht“ bezeichnet. Die Glashschleiferer erfüllt demnach die charakteristischen Bedingungen des Fabrikbetriebes und der Hausindustrie gleichzeitig, eine Eigentümlichkeit, die derjenigen des Hirschberger Thales unseres Wissens in Deutschland allein zukommt. In den angrenzenden Gebietsteilen Böhmens liegen die Verhältnisse bei einer im wesentlichen gleichartigen Entwicklung gerade so.

Die Abhängigkeit des hausindustriellen Meisters von der Fabrik oder dem Glashändler ist eine große. Ohne die Zustimmung der Hüttenverwaltung bzw. der anderen Firmen kann sich kein Glasveredler selbständig machen, denn er ist für seine Beschäftigung auf irgend einen der großen Betriebe angewiesen. Auch die Annahme neuer Gehulfen und Lehrlinge ist wesentlich beschränkt und zwar dadurch, daß immer noch, wenn auch ohne direkten Zwang, die in Fleisch und Blut übergegangenen strengen Bestimmungen des 1885 bereits aufgelösten Glasmacher- und Glasveredlervereins befolgt werden und dies unmittelbar nach dem bestehenden Brauche bzw. Verträge der Fabrikant (Verleger) befugt ist, die vom betreffenden Meister festgesetzte Löhne zu kontrollieren bzw. deren Änderung zu veranlassen. Allerdings haben jene große

Abhängigkeit und jene strengen Vorschriften des Glasmacher- und Glasveredlungsvereins sich bisher als außerordentlich nützlich erwiesen, wie weiter unten ausführlich gezeigt werden wird.

Eine selbständige, für eigene Rechnung arbeitende Glas-schleiferei unter den 16 in Schreiberhau zur Zeit im Gange befindlichen ist sowohl wegen ihres Umfanges wie wegen der Art der von ihr hergestellten Massenartikel zu den Fabriken zu rechnen. Sie beschäftigte 1882 einschließlich der Inhaberin 16 Personen und dürfte an Umfang eher zu- als abgenommen haben. Sie verarbeitet von anderwärts her bezogene Glaswaren und stellt namentlich Wagen- und Laternen-scheiben, Facettenspiegel, Thermometerskalen, Nähmaschinen-gläser u. a. w. her.

Auch der handwerkemäßige Betrieb der Glasveredelung kommt nach vor, ist aber im allgemeinen selten. Eine Glasmalerei in Petersdorf einige Veredlungsbetriebe in Hermisdorf und sämtliche Warmbrunner Betriebe tragen einen handwerkemäßigen Charakter. Es sind kleinere Unternehmungen, welche zum Teil die von ihnen erzeugten veredelten Glaswaren während der Saison in Warmbrunn in eigenen Läden feilbieten. Auch in Schreiberhau sowie in dem im Löwenberger Kreise gelegenen Flinsberg finden sich einige Verkaufsbuden ähnlicher Art.

III. Die gegenwärtigen Verhältnisse der Glasarbeiter.

1. Die Gewerbetreibenden der Glasindustrie sowie Zeit und Ort ihrer Thätigkeit.

Die Zahl der Glasarbeiter wurde bereits bei Gelegenheit der Schilderung des gegenwärtigen Umfangs der Industrie, getrennt für die einzelnen Beschäftigungsarten, mitgeteilt. Folgende aus dem Urmaterial der Gewerbestatistik vom 5. Juni 1882 zusammengestellte Übersicht gibt Auskunft über die Gesamtzahl sowie über das Geschlecht und die Stellung, welche jene Erwerbsthätigen in ihrem Gewerbe einnehmen¹.

(Siehe Tabelle Seite 60.)

Von den 838 Erwerbsthätigen der Glasindustrie, welche am 5. Juni 1882 ermittelt wurden², gehörten also nur 42 oder

¹ Über die Alterszusammensetzung der Glasarbeiter können aus dem 4. (s. Anmerkung 1) angegebenen Gründe keine Angaben gemacht werden.

² In der Regel oder im Jahresdurchschnitt wurden 831 Personen (790 männlichen, 41 weiblichen Geschlechts) beschäftigt.

Gewerbebetriebe Gemeinden	Kategorien			I überhaupt beschäftigte Personen		
	Inhaber, Führer, Geschäfts- leiter	Ver- waltungs- Assen etc. u. Bureau- personal	Gehülfen, Gewerken, Lehrlinge, Arbeiter etc.	m.	w.	Be.
Glasfabrikation	1	10	202	214	9	213
Glaseschleiferei	141	2	78	214 ¹	8	216 ¹
Glasessnelderei etc.	11		19	30	—	30
Glasmaeres etc.	27		115	142	19	142
Glasraffinerie	6	14	217	223	11	237
Glasindustrie überhaupt	186	26	626	796 ¹	42	838 ¹
Davon in Schreibersdorf u. Kar- thal	186	12	377	478 ¹	27	505 ¹
Petersdorf	21	7	108	122	9	131
Hermesdorf	19	7	157	177	8	183
Warinbrunn	16		9	19	—	19

5% dem weiblichen Geschlechte an, ein Beweis, daß die Frauenarbeit auf diesem Gebiete nur von geringer Ausdehnung ist. Seitdem ist die Zahl der beschäftigten weiblichen Personen nicht gestiegen: für die Josephinenhütte wenigstens, welche zusammen in den drei Jahren 1886—88 rund 1000 Arbeiter beschäftigte, ergaben sich während derselben Zeit genau 50 weibliche Personen oder 5%. Von der Gesamtzahl der weiblichen Beschäftigten gehörte je eine zur Kategorie der Inhaber u. k. w. und zu derjenigen des kaufmännisch und technisch gebildeten Personals, alle übrigen waren Arbeiterinnen, welche als sogenannte Einbinderinnen mit der Verpackung der Glaswaren oder als Poliermädchen in der Glasveredelung, namentlich in der Glasvergoldung, beschäftigt waren. Während der größten Blüte der Hirschburger Glasindustrie, in den sechziger und siebenziger Jahren, war der Anteil des weiblichen Geschlechts an der beträchtlichen. So wurden 1865 z. B. für die Josephinenhütte und die damit verbundenen Betriebe bei 983 insgesamt Beschäftigten 179 weibliche Personen ermittelt, was einem Prozentsatze von 20,2 entspricht, und in den achtziger Jahren, als die Malerei und Vergoldung der Glaswaren ge-

¹ Einschl. 2 Personen, welche die Glaseschleiferei als Nebengewerbe betrieben und bei den früheren Zusammenstellungen die sich nur auf Hauptbetriebe bezogen, nicht berücksichtigt worden sind.

meister war, wurden allein in Schreiberhau mehr als 100 Personen beschäftigt¹.

Die Kategorie der Selbständigen (thätige Inhaber, Pächter, Geschäftsleiter), setzt sich aus ganz verschiedenen Elementen zusammen. Außer dem Leiter der großen gräflichen Hüttenverwaltung, den Inhabern der Glasaaffinerien und einiger Veredelungsbetriebe, welche auf eigenen Füßen stehen, gehören auch zahlreiche mit oder ohne Geholfen und Lehrlinge arbeitenden Glasveredler, die zu Hause für Rechnung jener Großbetriebe beschäftigt sind, zu dieser Kategorie. Was man nun auch einige Meister der Glasveredelungsbranchen, obwohl sie jenen Großbetrieben gegenüber nur Arbeitnehmer sind, als Selbständige bezeichnen mag, da sie ihren Geholfen und Lehrlingen gegenüber zugleich Arbeitgeber sind, so fällt dieser letztgenannte Umstand doch bei allen denen fort, welche allein arbeiten und häufig in ihren Einnahmen nicht besser, ja selbst noch ungünstiger dastehen als wirkliche Geholfen oder Gesellen. Sie unterscheiden sich eigentlich in keiner Weise von den zur dritten Kategorie gehörigen Arbeitern, unter denen sich z. B. das sehr selbständigen, gut gelohnten Glasmacher, Hüttenmeister u. s. w. befinden.

Welche Veränderungen in der Zahl und den Geschlechtern der Glasarbeiter sowie hinsichtlich ihrer Stellung im Berufsleben in die neueste Zeit stattgefunden haben, läßt sich im ganzen leider nicht angeben, da nur für die Hüttenverwaltung und einige andere größere Betriebe neuere Nachrichten vorliegen, welche bei der Darstellung des Umfangs der Geschäfte bereits Berücksichtigung gefunden haben. Dagegen ist es möglich, das Verhältnis der in der Glasindustrie beschäftigten Personen zu der sonst gewerbl. Thätigen der genannten Orte festzustellen, und diese Untersuchung ist für die Bedeutung jenes Erwerbszweiges für den Nahrungsstand der gesamten Bevölkerung von großer Wichtigkeit.

Aus dem Umriss der Gewerbezahlungen ergibt sich, daß am 5. Juni 1882 überhanpt vorhanden waren:

(Siehe Tabelle Seite 62.)

Dagegen stellen sich für die Glasindustrie insbesondere folgende Zahlen heraus:

(Siehe Tabelle Seite 63.)

Der Rückgang der Frauarbeit bei der Glasindustrie ist in erster Reihe auf die Bestimmungen zurückzuführen, welche der Bundesrat am 23. April 1879 unter der Beschäftigung von Arbeiterinnen in Gewerbetrieben erlassen hat. (Gesetzblatt für das Deutsche Reich 1879 S. 343 ff.) Danach darf in solchen Betrieben, in welchen vor dem 1. October 1878 kein Glas, Stroh oder geräuchertes Arbeitsmaterial überhaupt und in solchen Betrieben, in welchen eine außergewöhnliche Hitze herrscht, Hüttenkammern u. dergl. jugendlichen Arbeiterinnen eine Beschäftigung nicht gewährt und der Aufenthalt nicht gestattet werden. Auch ist Schloßarbeiten dürfen jugendliche Arbeiterinnen durchweg nicht beschäftigt werden.

In dem Gemeinden ¹	Alleinbetriebe		Hilfs- und Motorenbetriebe												Zusammen		
			mit Inhabern und Gehilfen														
	m.	w.	Se.	mit nur Inhabern												Be- triebe	Personen
1-5				6-10	11-20	21-50	51-100	über 100	überhaupt Be- triebe	Per- sonen	davon mit Motoren Be- trieben	Per- sonen	m.	w.	Se.		
Schneidmühl	95	49	144	59	91	9	2	2	1	1	165	94	389	309	668	115	783
Petersdorf	92	31	123	4	69	7	4	5	1	—	90	19	349	213	394	104	498
Hennsdorf	63	48	111	11	72	6	2	4	1	1	97	19	194	208	569	117	686
Wambrow	187	106	293	6	162	14	5	5	—	—	192	8	97	485	859	283	1092
Zusammen	437	284	671	80	394	36	13	16	3	2	544	135	969	1215	2490	569	3050

¹ Siehe Seite 63 Anmerkung 1.

In den Gemeinden ¹	Alleinbetriebe			Gebülfen- und Motorenbetriebe										Zusammen			
	m.	w.	Sa.	mit Inhabern und Gefälfen										Be- triebe	Personen		
				mit nur Inhabern						überhaupt					davon mit Motoren		
				1-5	6-10	11-20	21-50	51-100	über 100	Be- triebesonen	Per- sonen	Be- triebesonen	Per- sonen				
Schreiberbau	35	—	35	34	5	2	1	1	1	108	468	87	851	137	476	27	503
Petersdorf	12	—	12	1	2	—	2	—	—	8	119	6	99	20	122	9	131
Hernsdorf	1	—	1	10	1	—	1	—	1	18	182	14	169	19	177	6	183
Warmbrunn	7	—	7	3	—	—	—	—	—	3	12	—	—	10	19	—	19
Zusammen	55	—	55	48	8	2	4	1	2	131	781	107	619	186	794	42	836

¹ Einschließlich der dazu gehörigen Guts- und Forstgutsbezirke gleichen Namens, bei Schreiberbau auch einschließlich Karlsthal.

Vergleicht man die Angaben beider Übersichten, so ergeben sich folgende wichtigen Beziehungen. Es entfielen auf die Glasindustrie von sämtlichen in den betreffenden Orten vorhandenen

in	Gewerbebetrieben	Gewerbetreibenden
Schreiberhau	44,3%	64,2%
Petersdorf	9,4 "	26,2 "
Hermsdorf	9,1 "	26,7 "
Warmbrunn	2,1 "	1,7 "

Sieht man von Warmbrunn mit seiner geringen Zahl von Betrieben und Personen, welche auf die Glasindustrie kommen, gänzlich ab, so entfallen in den erstgenannten drei Orten zusammen 24,1% aller Gewerbebetriebe und 41,5% aller Personen auf die Glasindustrie; in Schreiberhau gehören ihr nahezu die Hälfte aller Betriebe und zwei Drittel aller Personen an, in Petersdorf und Hermsdorf sind die Anteile der Betriebe zwar beträchtlich geringer, aber noch mehr als ein Viertel aller gewerblich Beschäftigten widmen sich dieser Industrie. Bei den 127 Gehülfsen- und Motorenbetrieben steigen die Prozentsätze gleich erheblich: mehr als ein Drittel aller solcher Betriebe und nahezu die Hälfte der in ihnen beschäftigten Personen in den drei Gemeinden gehören der Glasindustrie an, in Schreiberhau und Karlsthal insbesondere nahezu zwei Drittel der Gewerbebetriebe und drei Viertel der Gewerbetreibenden. Die größten Verhältniszahlen erhalten wir speciell für Motorenbetriebe, wie folgende Zahlen ausweisen. Von je 100 mit Motoren arbeitenden Betrieben bzw. in denselben beschäftigten Personen kommen auf die Glasindustrie

in	Betriebe	Personen
Schreiberhau und Karlsthal	92,6	90,2
Petersdorf	31,6	28,4
Hermsdorf	73,7	87,1
den drei Gemeinden	81,1	66,4.

Nimmt man nach dem Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1885 an, daß durchschnittlich auf eine Haushaltung (Familien- und Einzelhaushaltung zusammengenommen) 4 Personen kommen, so ernähren sich rund 3300 Menschen in den drei Gemeinden von der Glasindustrie, d. i. nahezu zwei Fünftel der gesamten, 8629 Köpfe betragenden Bevölkerung.

Die Arbeitszeit. Von größter Bedeutung für ein Urteil über die Angemessenheit des Lohnes ist die Dauer der täglichen und jährlichen Arbeitszeit, die Menge oder das Maß der Leistung des Arbeiters. Dieselbe ist bei den Glasarbeitern je nach der speciellen Art der Beschäftigung bzw. Betriebs-

form sehr verschieden. In den sechziger Jahren betrug die Dauer der Arbeitszeit der Glasmacher nach den Angaben Jacobs im Mittel 11 bis 12 Stunden, nach Abzug der Frühstück-, Mittags- und Vesperzeit. In den Glashütten war die Arbeitszeit infolge der Eigentümlichkeit des Verfahrens noch länger, doch wurde sie durch die folgende längere Ruhezeit (s. u.) ausgeglichen, die Glasmacher pausierten während der Schmelze, die Schmelzer während der Glashütte. Gegenwärtig herrscht in den beiden Glashütten eine 10stündige Arbeitszeit abzüglich der Pausen. In der älteren Karlsruher Hütte wird in drei Tagesschichten gearbeitet wie in Bremen, und zwar von 6 bezw. im Winter 7 Uhr früh bis 10, von 11 bis 2 und 3 bis 6 bezw. 7 Uhr abends; in Josephinenhütte dauert die Arbeitszeit von 7 Uhr morgens bis 12 Uhr mittags und von 1 bis 6 Uhr nachmittags. Die Glasmacher des ersten genannten Etablissements haben darnach zwei Stunden, die des letztgenannten nur eine Stunde Pause. Ob diese Arbeitszeit bezw. die dazu gehörigen Pausen strikte eingehalten werden, erscheint zweifelhaft. Da das in einem Huten befindliche geschmolzene Glas hintereinander aufgearbeitet werden muß, was bei der Verschiedenartigkeit der Fabrikate bald mehr, bald weniger Zeit in Anspruch nimmt, so dürften Überschreitungen der festgesetzten Arbeitszeit nicht selten sein. Jedemfalls sind die Glasmacher, solange der Ofen im Betriebe ist, außerordentlich gebunden und müssen pünktlich an ihr Tagewerk gehen, ein Umstand, der bei der Lohnabmessung nicht unbeachtet bleiben darf. Es sind auch meist solche Leute, bei denen das sogenannte Blumachen, das namentlich bei den Schellern hin und wieder beobachtet wird, nicht vorkommt. Die Schmelzer arbeiten hier in etwa 12stündigen Schichten ausschließlich des Nachts, doch ist auch bei ihnen eine Überschreitung dieser Grenze vermuthlich nicht selten. Ihre Nahrungs- und sonstigen Bedürfnisse während der Arbeitszeit müssen sie, je nachdem es die Arbeit gestattet, befriedigen, da die Einrichtung fester Pausen bei ihrer Beschäftigung nicht möglich ist. Die Schürer, deren Thätigkeit während der ganzen Brenzeit, d. h. solange der Glasofen im Betriebe ist, keine Unterbrechung erleiden darf, lösen sich nach je 12 Stunden ab. Ihre Pausen entsprechen denen der Glasmacher und Schmelzer. Sie sind gewöhnlich die einzigen Hüttenarbeiter, welche auch sonntags arbeiten, da sie im Betriebe befindlichen Ofen dauernd gehetzt und geschürt werden müssen, um eine zu starke Abkühlung und damit eine Beschädigung durch Sprünge und Risse zu verhindern.

Dagegen wird sonntags in Josephinenhütte und Karlsruh im allgemeinen weiter geschmolzen noch Glas gemacht. Diese Durchführung der Sonntagsruhe ist ein besonderer Vorzug

der Schreiberhauser Hütten und sonst weder in der deutschen Glasindustrie noch im Auslande üblich, weil damit nicht nur eine geringere Verwertung der Anlage, sondern durch die teilweise unnütze Feuerung am Sonntage eine Vertenerung der Fabrikate verbunden ist welche billige Massenartikel nicht zu tragen vermögen. Der letztgenannte Umstand ist bei der Schreiberhauser Glasfabrikation von geringeren Einflüsse als anderwärts, da bei den durch die vorbedachte Bearbeitung der Gegenstände verhältnismäßig sehr hohen Preisen die Kosten für die Feuerung einen nur geringen Bruchteil derselben darstellen¹.

Von den sonstigen längeren und kürzeren, regelmäßig wiederkehrenden Unterbrechungen der Arbeitszeit der Hüttenarbeiter infolge des Umlaus der Öfen und der Einsetzung neuer Hufen ist schon früher berichtet worden².

In den Glasschleifereien sowie in den übrigen hausindustriellen Betrieben der Glasveredelungsbranche wird täglich von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends gearbeitet mit einer halbstündigen Frühstück- und einer 1 bis 1½ stündigen Mittagspause. Letztere ist bei den Schleifern so lang bemessen wegen der bedeutenden Entfernungen, welche viele Arbeiter von ihrer Behausung bis zum Schleifwerke zurückzulegen haben. Bei den Glasschleifern (Gesellen, Lehrlingen), welche im Hause des Meisters bzw. unter dem Dache der Schleifmühle wohnen, sowie bei den Glasschneidern, -malern und -vergildern findet eine strenge Inrehaltung der Pausen nur soweit statt, als der Geschäftsgang dies zulässt. Die Schleiflehrlinge müssen häufig länger als bis 7 Uhr abends arbeiten, um auch das Geld für ihre Kleidung zu verdienen. Wie schädlich diese längere, schon höchst ungesunde Beschäftigung gerade jungen Leuten, welche sich noch mitten in der körperlichen Entwicklung befinden, werden muß, liegt auf der Hand. Doch ist hier vorläufig keine Besserung der Verhältnisse zu erwarten, da die hausindustriellen Betriebe keiner Beaufsichtigung seitens der staatlichen Fabrikinspektoren unterliegen.

Auch bezüglich der Sonntagsruhe sind die hausindustriellen Glasveredler schlechter gestellt als die Hüttenarbeiter. Da die Schleiferei zur Zeit gut geht und stets Mangel an Arbeitern ist, so können die zahlreichen Aufträge in der Regel nicht in der üblichen Arbeitszeit bewältigt werden. Es findet also häufig Sonntagsarbeit in den Schleifmühlen statt. Bei den Glasschneidern, -malern u. s. w., die meist über Mangel an Arbeit

¹ Vgl. die Ergebnisse der Erhebungen über die Beschäftigung gewerblicher Arbeiter an Sonn- und Festtagen. Druckausgaben des Reichstages 7. Legislaturperiode I Session 1887 Nr. 140 I 1, 5 ff.

² Vgl. S. 47 und 48.

klagen, kommt Sonntagbeschäftigung zur Zeit allerdings nicht häufig vor; wegen aber eiliger Bestellungen vor — und nicht selten drängt sich eine ganze Geschäft auf eine verhältnismäßig kurze Zeit zusammen — so werden auch hier die Sonntage, die Abende und die Erholungspausen zu Hilfe genommen, denn jeder ist froh, daß das Geschäft gut geht.

In den Glasrathenwerken Petersdorfs und Hermannsdorfs, die — soweit sie das Geschäft nicht hausindustriell betreiben, was gegenwärtig allerdings meistens der Fall ist — der Aufsicht des Fabrikinspektors unterstehen, herrscht eine zehn bis elfstündige Arbeitszeit ohne die Pausen. Letztere haben die übliche Länge von zusammen zwei Stunden und bestehen aus Frühstück, Mittags- und Vesperpause. Überstunden und Sonntagsarbeit sind bei günstigem Geschäftsgange nichts Seltenes. Hier sowohl wie bei den hausindustriellen Glasveredlern — außer den Schließern — kommen seit Jahren soviel unfreiwillige Feiertage vor, daß dadurch eine mehr als genügende Ausgleichung herbeigeführt wird.

Alles in allem genommen ist die durchschnittlich zehn- bis zwölfstündige, meist aber zehn- und ge Arbeitszeit der Glasarbeiter, namentlich in Anbetracht des guten Lohnes und in Rücksicht auf viele andere Industriezweige als eine mäßige zu bezeichnen.

Die Arbeitsstätte. Bei dem großen Einflusse, welchen die Beschäftigung des Arbeiters auf seine körperlichen, geistigen und sittlichen Verhältnisse ausübt, spielt auch die Arbeitsstätte, der Ort, an dem er nahezu die Hälfte seines Lebens zubringt, eine wichtige Rolle. Sehen wir deshalb zu, wie dieselbe in unserem Untersuchungsgebiete beschaffen ist.

Die Josephinenhütte, ein hoher, luftiger Raum von rechteckiger Grundform und beträchtlicher Ausdehnung, würde, selbst wenn beide Schmelzöfen gleichzeitig im Betriebe wären, der verhältnismäßig geringen Arbeiterzahl viel Spielraum und jedem einzelnen Beschäftigten einen großen Luftraum gewähren. Da in der Regel nur ein Ofen in Thätigkeit ist, was die gleichzeitige Anwesenheit von höchstens 32 bis 35 Personen bedingt, so sind die Raum- und Luftverhältnisse als außerordentlich günstige zu bezeichnen. Auch die in diesem Räume herrschende Temperatur ist infolgedessen selbst in der Nähe des Ofens durchaus erträglich.

Die Karlsthaler Hütte, deren Inneres nicht viel mehr als die Hälfte der Josephinenhütte ausmacht und eine nahezu kreisrunde Form hat¹, bietet zwar bedeutend weniger, aber immer noch genügenden Raum; außerdem ist auch die Zahl

¹ Der Grundriß des Hüttengebäudes ist aber ebenfalls rechteckig. Die dadurch gewonnenen Eckräume werden als Hüttenkammer, Fernengäßchen, für den Köhlern etc. ausgenutzt.

der Glasmacher und Abträger, welche gleichzeitig thätig sind, geringer als in der Josephinenhütte und dürfte einschliesslich der Schürer und Arbeiter, welche das Heranschaffen des Holzes besorgen, nicht über 25 Köpfe hinausgehen. Zahlreichere Öffnungen ins Freie als bei der Josephinenhütte sorgen für einen lebhaften Luftwechsel, der den Aufenthalt im Hüttenraume sowohl hinsichtlich der Temperatur wie der Frische der Luft zu einem ganz erträglichen macht.

Ungünstiger als die Raum-, Luft- und Temperaturverhältnisse scheint dem Laien anfangs in beiden Hütten die Beleuchtung. Da die Öfen von den Fenstern ziemlich weit entfernt, letztere auch nur spärlich vorhanden und von nicht beträchtlicher Grösse sind, so ist der Hüttenraum im allgemeinen für das an solche Beleuchtung nicht gewöhnte Auge nicht hell genug. In der unmittelbaren Umgebung der Öfen ist davon jedoch nichts zu spüren. Die intensiv, in Karlsthal gelblich-weiße, in Josephinenhütte fast ganz weisse glühende Luft, welche zu den Arbeitslöchern herausschlägt, verbreitet an jeder Arbeitsstelle eines Glasmachers eine blendende Helle, und nur aus dem Grunde, um auf die von dieser ständigen grellen Beleuchtung angegriffenen Augen der Glasmacher und Abträger beruhigend zu wirken, befindet sich der Hüttenraum wie in Halbdunkel gehüllt.

In den Glasschleifereien sind die Verhältnisse gerade umgekehrt, wie sich aus folgenden Angaben, die an Ort und Stelle durch Ausmessen erhalten wurden, ergibt. Es beträgt bei den Schleifmühlen

		I	II	III
die Länge	(m)	8,00	8,75	6,00
- Breite	"	7,50	7,60	5,50
- Höhe	"	3,65	2,20	2,25
- Zahl der vorhandenen Radstühle		5	6	6
- " " Schleifstellen		13	12	12
Davon gegenwärtig besetzt		13	12	9
Die Zahl der vorhandenen Fenster		7	10	7
Die Breite derselben	(m)	2,10	1,20	1,20
- Höhe	"	1,40	1,30	1,55

Darnach entfällt auf jeden Schleifer ein Luftraum in I von 16,85, in II von 12,20 und in III von 8,25 Kubikmetern. Wären in der Schleifmühle III, wie es bei dem gegenwärtigen guten Geschäftsgange nur ausnahmsweise nicht der Fall ist, ebenfalls sämtliche Schleifstellen besetzt, so würden sogar nur 6,19 cbm Luftraum auf den Arbeiter kommen. Dabei ist aber ein ziemlich beträchtlicher Teil des Werkstättenraumes, etwa ein Fünftel, durch das Schleifwerk und die rohe bezw. veredelte Ware in Anspruch genommen! Es dürfte sich erübrigen, diesen Verhältniszahlen bezüglich des Luftraumes noch nähere Erläuterungen hinzuzufügen; nur das mag noch bemerkt werden, dass die Dimensionen der Schleifmühle I, namentlich

wegen ihrer beträchtlichen Höhe, eine Ausnahme bilden und daß die Mehrzahl der übrigen Schleifwerkstätten den Mastern II und III entspricht, so daß auf jeden Schleifer insoweit nur 6, im günstigsten Falle etwa 12 Kubikmeter Luftraum entfallen.

Hinsichtlich der Beleuchtung ist folgendes zu berichten. Bei allen Schleifbänken sind die drei freien Wände der Werkstätten fast ganz und gar von mehr oder weniger großen Fenstern durchbrochen, welche ringsum herum laufen und dem Lichte von allen Seiten Zutritt gestatten, so daß auf allen Arbeitsplätzen reichliche helle Beleuchtung vorhanden ist. Für die drei Masterschleifwerke wurden folgende Zahlen berechnet:

	I	II	III
Gesamte Fensterfläche qm	20,580	15,800	13,020
Fläche der freien Wände	50,575	35,970	25,875
Erstere beträgt % der letzteren . .	36,4	43,4	50,3
Durchschnittliche Fenstergröße . . . qm	2,940	1,560	1,860
Auf den Kopf entfällt eine Fenster-			
fläche von	1,715	1,300	1,447

Sowohl die berechnete durchschnittliche Fenstergröße wie die auf den Kopf entfallende Fensterfläche bleibt hinter der Wirklichkeit etwas zurück, da die auf den Schmalseiten der Werkstatt befindlichen Fenster gewöhnlich noch um eine Kleinigkeit breiter sind als die übrigen.

Die Werkstätten der Glasseneider, Glasmaler und -vergoldter sind meist gewöhnliche Wohnkammern, wie sie in den ein- und zweistöckigen Häusern der Gehirgshewohner vorkommt und gäbe wird; dieselben haben daher nur eine mäßige Größe und namentlich nur gewöhnliche, ziemlich niedrige Fenster, von denen aber jedem der betreffenden Arbeiter eins zur Verfügung steht und demgemäß genügendes Licht gewährt.

2. Arbeitslöhne und sonstige Einnahmen.

Die für die in Hirschberger Thale betriebene Fabrikation und Veredelung nötigen Glasarbeiter können nur durch langjährig, möglichst in früher Jugend beginnende Übung die zu ihrem Berufe erforderliche Geschicklichkeit und Fertigkeit erwerben und sind deshalb bei entretendem Arbeitsmangel bezw. in Zeiten geschäftlichen Aufschwungs nicht so leicht zu ersetzen wie in vielen anderen Industriezweigen, auch in einigen Spezialzweigen der Glasindustrie. Diese Schwierigkeit des Ersatzes ist zugleich mit der größeren oder geringeren Tüchtigkeit bestimmend für die Höhe des Lohnes wie für die dauernde Beschäftigung der meisten Glasarbeiter. Es darf deshalb nicht überraschen, daß die hier gezahlten Löhne häufig diejenigen der Handwerker und Fabrikarbeiter in großen Stätten nicht bloß erreichen, sondern auch übertreffen. Und zwar ist das nicht erst jetzt der Fall, sondern schon in

den 60er Jahren war der Verdienst der Glasarbeiter gut, zum Teil selbst sehr reichlich, wie folgende Angaben ausweisen¹. Der durchschnittliche Lohn für einen Tagearbeiter aus den Glashütten betrug 10 Silbergroschen täglich. Die Löhne der Schleifer, Schmelzer und Formmacher stiegen von 2 bis 5 Thaler die Woche. Die Glasmacher, Glasschleifer, Glasschneider, vergolder und -maler wurden beinahe sämtlich nach dem Stück bezahlt und verdienten je nach ihrer Geschicklichkeit zwischen 2¹/₂ und 12 Thalern die Woche. Ein Glasbläser, welcher nur die leichtesten Gegenstände machte, verdiente nicht unter 200 Thaler jährlich, wenn derselbe aber die kunstlichsten Formen zu machen verstand, stieg seine Einnahme bis auf 500 und 600 Thaler. Allerdings hatte er dem Abzugszinsen 20 bis 25 Silbergroschen der Woche davon abzugeben und die Schmiedekosten für sein Handwerkzeug zu tragen. Ein Glasschleifermester ohne Gesellen und Lehrlinge hatte durchschnittlich einen reinen Wochenverdienst von 2¹/₂ bis 3 Thalern, je nach der Geschicklichkeit. Die Glasschleifergesellen erhielten ohne Kost und Wohnung einen Wochenlohn von 2 Thalern bis 2 Thaler 20 Silbergroschen, mit Kost und Schlafstelle 1 bis 1¹/₂ Thaler. Mit 2 Thalern bzw. 1 Thaler wurden nur die schwächsten Kräfte bezahlt. Glasschneidermester ohne Gesellen verdienten pro Woche 3 bis 8 Thaler, ihre Gesellen 2¹/₂ bis 3 Thaler, Vergoldergehülfen 3 bis 7 Thaler, Malergehülfen 4 bis 10 Thaler. Die Lehrlinge erhielten keinen Lohn. Die weiblichen Arbeiter wurden nur bei der Glavieredelung beschäftigt beim Malen, Vergolden und Polieren; sie verdienten wöchentlich 1 bis 2 Thaler und nur ganz ausnahmsweise mehr.

Schon war zu, wie sich demgegenüber die heutigen Lohnverhältnisse stellen.

Was zunächst die Quellen betrifft, aus denen die in der folgenden Übersicht zusammengestellten Löhne geschöpft sind, so sei folgendes bemerkt. In erster Linie sind trotz der trüben Erfahrungen, welche anders in dieser Beziehung gemacht haben², die arbeitgebenden Firmen darum angegangen worden, weil angenommen werden konnte, daß bei den verhältnismäßig günstigen Löhnen der Glasarbeiter irgend welche Gründe zu Verhinderung nicht vorlägen. Die Einsichtnahme in die Lohnlisten wurde unter Berücksichtigung der beschränkten Zahl der Arbeitgeber, der herrschenden Betriebsformen und des zur Zeit vorhandenen Geschäftsganges nur in

¹ Nach Jacobi: Die graflich schaffgotsche Josephinenhütte — Schlesische Provinzialblätter N. F. V. 1810 — sowie von denselben Verfasser: Die Arbeiter in Niederschlesien, Zeitschrift des k. k. Preuss. statistischen Bureau's 1868 S. 226 ff.

² Vgl. namentlich Singer, Soziale Zustände des nordöstlichen Böhmen, Leipzig 1883. S. 114 ff. u. unterwärts.

zwei Fällen nachgesehen, aber rundweg abgelehnt. Eigene Angaben in dem nunmehr gebotenen beschränkten Umfange haben zwei Firmen bereitwilligst gemacht, die übrigen haben mündlichem oder schriftlichem Ersuchen gegenüber sich ablehnend verhalten. Dagegen erwiesen sich die Arbeitnehmer aller Branchen sehr mittelmäßig. Ihre Angaben wurden durch Umfragen bei verschiedenen Vertrauenspersonen, welche aus langjähriger Erfahrung mit allen einschlägigen Verhältnissen genau bekannt sind, geprüft, berichtigt und erweitert. Unter Zuhilfenahme der seitens der Amtsvorsteher an das Landratsamt und seitens des letzteren an die Regierung in Liegnitz alljährlich zu erstattenden Gewerbeberichte, welche auf den Angaben der großen Firmen beruhen, war es denn auch möglich, folgende zuverlässigen Daten zu gewinnen.

Für die nachstehenden Glaserbeiter	1885/86			1886/87			1888		
	Niedrigster	Durchschnittlicher	Höchster	Niedrigster	Durchschnittlicher	Höchster	Niedrigster	Durchschnittlicher	Höchster
	Lohnsatz (Mk.)			Lohnsatz (Mk.)			Lohnsatz (Mk.)		
Glasmacher	15	—	30—36	—	—	—	18	21—24	30
Glaschleifer	9	—	15—18	8,40	11	14—18	9	11—14	15—20
Glas- schneider u. s. w.	15	—	34	12	15	18—21—25	12	15	18—20
Glasmaier u. s. w.	9	18	30	12	—	18—20	9	12	15—18—25
Arbeiter ver- schiedener Art	6	7,50	9	7,20	—	8,40	—	10	12—13
Arbeiterinnen	2,40	4,50	9	4,50	4,80	6	4,20	4,50	6

Die vorstehend angegebenen Beträge, welche sich, wie man sieht, gegenwärtig nicht immer vorteilhaft von den vor 20 Jahren üblichen unterscheiden, sind Wocheneinnahmen, bei den Glasmachern und Glasverarbeitern Stücklohnenträge (Accordlöhne) der Meister oder selbständigen Hausindustriellen; bei den Arbeitern verschiedener Art und den Arbeiterinnen ist es fester Tagelohn. Die Angaben der Gegenwart (1886-88) stammen aus den drei Ortschaften Schrotterhau, Peterdorf

und Hermadorf, in welchen die Arbeits- und Lebensbedingungen der Glasindustriearbeiter durchschnittlich die gleichen sind¹. Deshalb unterscheiden sich gegenwärtig auch die Löhne in diesen drei Orten nur unwesentlich voneinander, und zwar so, daß im allgemeinen die in Schreiberhau gezahlten um ein geringes höher sind als diejenigen der Petersdorfer und Hermadorfer Arbeiter; nur bei den Glasmalern ist die Sache umgekehrt.

Selbstverständlich kommen die höchsten Lohnsätze nur ausnahmsweise vor. Namentlich gilt dies von den Glasschneidern und Glasmalern, bei denen nur wirkliche Künstler die Maxima erreichen, während die höchsten Lohnsätze bei den Glasmachern und besonders bei den Glasschleifern häufiger vertreten sind.

Sämtliche Löhne sind Bruttoeinnahmen, welche behufs richtiger Würdigung der Verhältnisse noch verschiedener Aufklärungen bedürfen.

Für die Glasmacher fallen im allgemeinen jährlich zwei Monate aus, wo wegen Umbau der Gläser nicht gearbeitet werden kann². Allerdings sind nicht alle während dieser Zeit ohne Einnahme. Die verheirateten Männer werden beim Bau der Öfen oder anderweitig beschäftigt, sehr geschickte Arbeiter auch wohl bei den anderen im Betriebe befindlichen Öfen eingestellt. Die Glasmacher haben wie vor 20 Jahren die Schmiedekosten für ihr Handwerkzeug zu tragen und für Lohn und Nachtlager ihrer Abtragejungen zu sorgen. Ein Abträger erhält anfangs 2,50 bis 3 Mark, durchschnittlich 4,50 Mark Wochenlohn; geschickte Jungen bringen es aber bis auf 5 und 6 Mark wöchentlich. Manche Glasmacher, welche mit der Herstellung einfacherer Gegenstände beschäftigt werden oder einander in die Hände arbeiten, behelfen sich bisweilen zu zweien mit einem Abträger, wodurch die Unkosten für jeden wesentlich vermindert werden. Der Stücklohn der Glasmacher beträgt durchschnittlich 10% bei manchen Gegenständen, z. B. bei der Herstellung von Römern und schwierigeren Luxusgegenständen, die eine besondere Geschicklichkeit erfordern, 18 bis 20% des Preises für die rohe Ware.

Die Glasschleifermeister oder die selbständig arbeitenden Glasschleifer haben jährlich 12 bis 18 Mark Pacht für die von ihnen benutzte Schleifstelle zu entrichten, und zwar beträgt die Pachtsumme allgemein 18 Mark; nur diejenigen, welche

¹ Aus Warmbrunn sind wegen der geringen Bedeutung der dortigen Glasindustrie keine amtlichen Berichte vorhanden und wegen der durch den Badeverkehr bewirkten besonderen Verhältnisse auch keine privaten Erkundigungen eingelesen worden.

² Anderwärts auch für die Schmelzer und Schürer, deren Löhne nicht genauer ermittelt werden konnten. Erstere sollen durchschnittlich wöchentlich 15 bis 18 Mark, letztere 8 bis 12 Mark verdienen.

für die Josephinenhütte arbeiten, zahlen bei, um 6 Mark geringeren Betrage, sei es an die Hüttenverwaltung selbst, soweit ihr die Schleifmühlen gehören, sei es weil dieselbe die Differenz aus ihren Mitteln begleicht. Der Schleifmühlenbesitzer richtet nur das Werk her und hält dasselbe in brauchbarem Stande; alle sonstigen Unkosten, namentlich Fütterung und Bedienung, müssen die Schleifer aufrühen. Die Schleifergesellen erhalten einen Wochenlohn von 6 bis 9 Mark, haben aber gewöhnlich freie Station beim Meister. Die Lehrlinge, ebenso die der Glasschneider und Glasmaler, erhalten keinen Lohn¹, aber freie Kost und Logis, nur die über die übliche Arbeitszeit hinausgehende Thätigkeit wird ihnen vergütet, was namentlich seitens Unbemittelter wahrgenommen wird, um sich zur freien Station die nötige Kleidung zu verdienen. Arbeitet ein Schleifermeister mit einem Lehrlinge oder einem Gesellen zusammen — Fälle, daß ein Meister mehrere Personen beschäftigt, kommen fast gar nicht vor —, so beträgt die wöchentliche Einnahme 16 bis 20 bzw. 18 bis 24 Mark.

Glasschneider und Glasmaler arbeiten in ihren eigenen Wohnungen bzw. Werkstätten und haben für Werkzeugkauf nichts auszugeben. Die Gehilfen wohnen hier häufiger nicht beim Meister, sondern sorgen selbst für Wohnung und Beköstigung. Ihr Wochenlohn schwankt zwischen 9 und 15 Mark, d. h. wenn Beschäftigung ist, was seit Jahren nur mit größeren oder geringeren Unterbrechungen der Fall ist. Bei der Glasschneiderei erhielt in neuester Zeit ein Meister mit zwei Gesellen wöchentlich 30 Mark, was darauf schließen läßt, daß der niedrigsten Gesell ohnehin auch noch unter 9 Mark fernuntergehen. Bei der Glasmalerei sind wegen des dauernden Mangels an Beschäftigung schon seit mehreren Jahren keine Lehrlinge ausgebildet worden, so daß häufig, wenn auf kurze Zeit ein lebhafter Geschäftsgang eintritt, Arbeiter aus Böhmen herangezogen werden müssen, was bei manchen Firmen einen häufigen Wechsel des Personals zur Folge hat.

Unter der Arbeitern verschiedener Art (Packer, Träger, Holzfäller und andere Waldarbeiter, Quarzbrecher u. s. w.) befindet sich in der Periode 1865/68 auch die Schurer, 1888 auch die in größeren Comptoirs gehaltenen Hausdiener, so daß die hier angegebenen Lohnsätze zu hoch erscheinen. Die Arbeiterinnen sind größtentheils mit Einpapierern und Einbänden der Glaswaren beschäftigt; seltener werden sie als Polierinnen oder zu anderen Arbeiten am Fabrikat, z. B. zum Durchbohren von Löchern in Glasschalen, als Glasmalerinnen u. s. w., verwendet und erhalten dann einen höheren Lohn. Von der

¹ Ausgenommen diejenigen, welche in den Fabriksman einer der großen Firmen beschäftigt worden, dieselben erhalten wöchentlich 4.00 bis 5. Mark aber keine freie Station.

großen Zahl der früher in der Glasindustrie beschäftigten weiblichen Arbeiter haben sich die meisten anderen Berufszweigen zugewendet. Viele finden als Näherinnen, Spitzenmacherinnen u. s. w. hier als Dienstboten ihr Brot; die meisten haben sich nach Böhmen gewandt, wo sie als Arbeiterinnen in den Wollspinnereien höhere Löhne erhalten sollen als in der heimischen Glasindustrie.

Legt man die Angaben der gräflichen Hüttenverwaltung für das Jahr 1886 zu Grunde, wonach bei einer Arbeiterzahl von insgesamt 375 Köpfen rund 324900 Mark an Löhnen bar ausbezahlt wurden, und bringt die 31 unter 16 Jahre alten Personen, welche wohl ausschließlich als Abträger u. s. w. beschäftigt waren und daher von der Hüttenverwaltung nicht entlohnt wurden, in Abzug, so ergiebt sich für den Kopf des über 16 Jahre alten Arbeiters eine Jahreseinnahme von 647 Mark, ein Durchschnittssatz, der auch heute noch zutreffen dürfte.

Die vorstehend dargestellten Löhne erschöpfen aber nicht die gesamten Einnahmen der Glasarbeiter. Vielmehr ist es nötig, auch der Nebeneinnahmen zu gedenken, welche wenigstens einem Teile derselben regelmäßig zutiefen und hier wie anderwärts das Gleichgewicht zwischen dem Einkommen und den Bedürfnissen häufig erst herstellen¹. Diese Nebeneinnahmen sind hauptsächlich zweierlei Art: entweder Folge des Besitzes oder einer besonderen gewerblichen oder beruflichen Tätigkeit, welche ihrerseits wieder gewisse lokale Voraussetzungen hat; selbstverständlich kommen beide Arten auch kombiniert vor.

Viele Glasarbeiter besitzen einigen Grund und Boden und ein Häuschen darauf (oder wenigstens das letztere und pachten sich etwas Land dazu, auf dem sie sich ihre Kartoffeln oder etwas Brogetreide selbst bauen. Eine Kuh, ein paar Ziegen, unter günstigen Umständen wohl auch ein Schwein werden dabei großgefiutert und liefern Milch und Käse, später Fleisch

¹ Die Nebeneinnahmen der Arbeiter oder ihrer Familienglieder werden bei Untersuchungen über die Arbeitslöhne leider noch häufig außer acht gelassen. Daher kommt es denn auch, daß nicht selten die für Arbeiterfamilien aufgestellten Budgets, welche angeblich nur das für den Unterhalt unbedingt Notwendige enthalten, größere, ja bisweilen noch einmal so große Ausgaben aufweisen als die tatsächlichen Einnahmen und man nur verwundert fragen muß, wie die betreffenden Personen überhaupt noch existieren können, da sie doch ausweislich der aufgemachten Einnahme- und Ausgabeübersichten längst hätten verhungert sein oder vom Schuldenmachen leben müssen. Namentlich die seitens der Arbeiterkreise (Fachvereine etc.) bei Streik- und Lohnbewegungen aufgestellten Minimalbudgets krankten an diesem Übelstande.

Selbstverständlich sollen mit dieser Bemerkung weder die Arbeiter auf Nebeneinnahmen angewiesen noch behauptet werden, daß die letzteren stets zu billigen seien.

oder durch Verkauf bares Geld. Für Rindvieh und Ziegen macht die Aufzucht keine Schwierigkeiten, da die abgetheilten, aber nicht mit dichten, selbst aufzuehrenden Gestrüch bestandenen Waldparzellen unendlich satigen Futters die Menge bieten¹, auch wohl ein Wiesacker statt des Ackers ins Hauschen umgiebt. Dagegen ist die Schweinezucht mit bedeutenden Unkosten verknüpft und deshalb weniger häufig. Ein Teil des Hauses ist an Arbeiter und Gewerbetreibende das ganze Jahr hindurch vermietet, in einigen schon geeigneten Wohnplätzen, so namentlich in Marienthal, bietet sich günstige Gelegenheit zur Vermietung möblierter Zimmer an Fremde², welche vom Mai bis September in alljährlich steigender Zahl gerade die genannten Ortschaften, vornehmlich aber Schreiberhau aufsuchen, um in der frischen Berges- und Waldluft sich vom Gewühle der Großstadt und dem Staube der Arbeitsstuben zu erholen und neue Kräfte für neues Schaffen zu sammeln.

Dieser Fremdenverkehr ist es auch, welcher den nicht ansässigen, nur zur Miet wohnenden Glasarbeitern und anderen Erwerbsthätigen Gelegenheit zu mehr oder weniger einträglichem Nebenerwerb bietet. Aufwartung, Waschen und Nähen beschäftigen viele weibliche Hände, während die Männer als Freudenführer, Kutscher und Gepäckträger Verwendung finden. Auch der Wald mit seinen Produkten ist eine wichtige Erwerbsquelle. Im Sommer gehen Holzfüllen, Pilze- und Beeren sammeln im Winter Holzfahren und spalten vielen Händen Beschäftigung und Brot. Und wenn auch viele diese Thätigkeiten als ihre Haupterwerbsquellen ansehen, so ist ihre Zahl doch nicht so groß, bis nicht auch Angehörige anderer Berufsklassen dabei noch beschäftigt werden könnten. Namentlich die Glasarbeiter, deren Spezialzweige jetzt darnieder liegen, aber auch die Schleifer wenden sich vielfach diesen Beschäftigungen wegen der gesunden Art der Thätigkeit zu und werden wegen ihrer verhältnismäßig größeren Intelligenz gern genommen. Im allgemeinen kann man annehmen, daß nicht leicht einer, der sich nach Nebenbeschäftigungen der vorgedachten Art umsieht, ganz leer ausgeht, und da fast alle mit thätiger Bewegung in der schönen Wald- und Bergluft ver-

¹ Früher hatten die Ortsbewohner das Recht, ihr Vieh auf die Waldwiese zu treiben. Im Jahre 1867 erfolgte die Ablösung der Viehhütung. Ein Teil der Bewohner wurde mit einer der Größe des betreffenden Grundstücks entsprechenden Geldsumme pro Kuh ca. 24 Thaler abgefunden, während die übrigen als Ablösungsequivalent abgetheilter Waldstücke erhielten. Es sind damals ca. 125 bis zur Verteilung gelangt. (Wenker a. a. O. S. 55.)

² Von den 8. Privathäusern, in welchen im Jahre 1884 Sommerwohnungen für Fremde zu vermieten waren, befanden sich 22 im Besitze von Glaswerkern, Glasschleifern u. s. w.

bunden sind, so sind sie nicht bloß einträglich, sondern auch gesund und nützlich.

Jenen Verstärkungen der Einnahmen stehen aber auch verschiedene Nachteile gegenüber, welche der Fremdenverkehr zur Folge hat. Es sind dies eine allgemeine Verteuerung der Lebensmittel und Wohnungen sowie eine allgemeine Erhöhung der Ansprüche, welche der Handwerker und Arbeiter an das Leben zu stellen sich für berechtigt hält. Die folgenden Abschnitte werden Gelegenheit bieten, näher darauf einzugehen.

3. Nahrung, Kleidung und Wohnung.

Wir kommen zu den wichtigsten Ausgaben der Arbeiter¹. Unter denselben nehmen diejenigen für den Lebensunterhalt die erste Stelle ein. Es ist selbstverständlich, daß der meist gut gelohnte Glasarbeiter seinem Körper eine andere Nahrung angedeihen lassen kann als der unglückliche Weber und Spinner, welcher in vielen Dörfern des schlesischen Gebirges bei 14- bis 16stündiger Arbeitszeit kaum soviel erwirbt, um seinen und der Seinigen Hunger, sei es auch nur durch Kartoffeln, zu stillen. Während der letztere jahraus jahrein morgens seine Mehlsuppe (ausschließlich aus hausbackenem Roggenmehl und Wasser, in manchen Gegenden sogar ohne Salz zubereitet) mit einem Stück trockenen Brotes, mittags und abends Kartoffeln genießt, denen im Herbste hin und

¹ Über das Verhältnis der notwendigen Ausgaben zu den Einnahmen einer Arbeiterfamilie in den 60er Jahren mögen folgende der zweiten Jacobischen Arbeit entnommenen Voranschläge, welche nach den damaligen bescheidenen Begriffen genügt haben würden, dem Arbeiter im Hirschberger Thale ein behagliches Dasein zu verschaffen, — eine Ansicht, welche die große Mehrzahl derselben auch noch heute teilen würde — hier einen Platz finden:

1. für Wohnung (eine Stube mit Alkoven und Beigelaß) 12 Thaler.
 2. für Heizung und Licht 20 Thaler
 3. für Lebensmittel (morgens Kaffee und mittags Kartoffeln mit Quark 4 Sgr., Vesper-Butterbrot mit Schnaps 2 Sgr., abends Suppe mit Brot und Zugemüse 2 1/2 Sgr.) 100 Thaler
 4. Kleidung und Wäsche (Mann 9 Thaler, Frau 8 Thaler, Kinder 10 Thaler, darunter 1 Thaler für Seife) zusammen 27 Thaler.
 5. Abgaben (an Staat und Gemeinde) 8 Thaler.
 6. Schulgeld pro Kind wöchentlich 1 Sgr. macht 5 Thaler.
 7. Schulbücher 1 Thaler.
 8. Sonstige Bedürfnisse (Zurücklegung von Ersparnissen für Krankheitsfälle u. a. w.) 12 Thaler.
 9. Unvorhergesehene Ausgaben 12 Thaler.
- Summa 192 Thaler.

Diesem allerdings idealen, aber unter genauer Berücksichtigung der speciellen Verhältnisse und Gewohnheiten der Gebirgsbewohner aufgestellten Haushalt gegenüber ist der durchschnittliche Verdienst der erwachsenen männlichen Glasarbeiter in den sechziger Jahren als recht reichlich zu bezeichnen.

wieder einige selbst oder durch die Kinder gesuchte Pilze und höchst selten Fett auch beigesellen, kommt auf den Tisch des Glasmachers, des Seidlers oder anderer Glasveredler wöchentlich drei bis viermal Fleisch. Und wenn auch bei ihnen Kartoffeln mittags und abends die Hauptnahrung ausmachen, so bringt die Beilage von Kraut (Sauerkohl) oder der Gemüß von Hülsenfrüchten und Gemüse doch eine angemessene und gesunde Abwechslung hervor. Morgens wird auch hier vielfach Mühlsuppe und Brot genossen, doch gestattet der Besitz einer eigenen Kuh oder einer Ziege den Zusatz von Milch, und ebenso häufig wie die Morgensuppe ist der Morgenkaffee mit reichlich gestrichenem Butterbrot oder Fettschnitten. Das zweite Frühstück und das Vesperbrot der Glasarbeiter, aus trockenem oder geschmortem Brot und Speck, Wurst oder anderer Beilage bestehend, steht hinter dem der besseren großstädtischen Arbeiter in keiner Weise zurück; auch ist der dazu gehörige Schluck Branntwein, bei vielen ein tilas Bier dabei nicht selten. Die Kartoffeln bauen sich die meisten selbst, nur im Winter müssen deren bisweilen gekauft werden.

Über die Preise der wichtigsten Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände im Kleinhandel während des letzten Sommers (1868) geht folgende Übersicht Auskunft:

Gegenstand	Gewicht, Maß	Preis (Pfennige)
Brot	pro Pfund	9,1—12,5
Roggenmehl		13—14
Weizenmehl		14—17
durchschnittlich		16
Erbsen, ungeschält		14
geschält		18
Bohnen		20
Linsen		30
Milch	Liter	20 ¹
Butter	Pfund	90—120 ²
durchschnittlich		100
Fett (Schmalz)		60
Eier	Stück	5—6
Rindfleisch	Pfund	45—50
Kalbtfleisch		45 ³
Schweinefleisch		55—60
Lammfleisch		60
Speck, geräuchert		90
Kaffee, durchschnittlich		120
Zucker, Farin		32

¹ Im Winter 15 Pfennige.

² Im Winter 75—90 Pfennige.

³ Im Winter 40 Pfennige.

weiße Wäsche. Sonntags wenn nicht gerade gearbeitet wird, zieht man sie in besonders guter Kleidung bei gutem Wetter nach den zahlreichen nahe gelegenen Aussichtspunkten pilgern und sich der Schönheiten ihrer herrlichen Umgebung erfreuen.

Weniger befriedigend als die Kleidung sind vielfach die Wohnungen, obwohl die Statistik nichts derartiges erkennen läßt. Nach der Volkszählung vom 1. December 1856¹ waren nämlich vorhanden

in	Wohn- häuser	Haus- haltungen	Ein- wohner
Schreibbühl und Karlsthal	508	885	3092
Petersdorf	377	669	2771
Hermisdorf u. K.	291	596	2066
zusammen	1176	2150	8529

in	Mithin entfielen	auf 1 Haus- Haushaltungen	auf 1 Haushaltg. Köpfe
Schreibbühl u. Karlsthal	1,74	7,27	4,17
Petersdorf	1,77	7,35	4,14
Hermisdorf u. K.	2,05	7,10	3,47
überhaupt	1,83	7,25	3,97

Darum scheinen die Wohnverhältnisse in den drei Orten² sehr günstige zu sein. Durchschnittlich kommen noch nicht ganz zwei Familien und wenig über sieben Personen auf ein Wohnhaus. Wenn man aber bedenkt, daß unter den eben angegebenen Wohnhäusern im Winter eine ganz stattliche Anzahl leer stehen und daß dieselbe Zahl im Sommer noch vielen Hunderten von Familien oder Tausenden von Fremden Obdach gewähren müssen, so bekommt die Sache schon ein anderes Aussehen. Die Hausbesitzer suchen im Sommer vielfach jeden Raum an Sommergäste zu vermieten und begnügen sich mit den bescheidensten Winkeln, um nur möglichst viel während der Saison herauszuschlagen. Doch da dies eigener freier Wille ist und in gewinnlicher Absicht geschieht, so ist kaum etwas dagegen einzuwenden. Schlimmer sind indessen diejenigen daran, welche kein Anwesen ihrer Eigen nennen, sondern zur Miete wohnen müssen. In den für die Glasindustrie günstig gelegenen Wohnplätzen finden sie vielfach überhaupt keine Wohnung, in der zugleich die Tiegenden sind, in denen die meisten Sommerfrischler wohnen, und wo den Eigentümern

¹ Nach dem Gemeindelexikon für die Provinz Schlesien, herausgegeben vom Königl. Statistischen Bureau Berlin 1888.

² Warum es ist aus den schon S. 72 Anmerkung 1 angeführten Gründen auch bei der folgenden Darstellung außer Betracht gelassen, äußerlich würde sein statistischer Charakter sowie der gesamte Zustand der Wohnverhältnisse auf die Badegäste nur wenig Vergleichbares mit den bezüglichen Einrichtungen der anderen Orte bieten.

natürlich vorteilhafter erscheint, in einem verhältnismäßig kurzen Teile des Jahres von Sommergästen dieselbe oder noch eine bei weitem größere Miete einzunehmen als von einer Arbeiterfamilie, die die Räume das ganze Jahr hindurch innehat und vielmehr abnutzt als jene. Finden sie dennoch eine geeignete Wohnung, so müssen sie bisweilen sich kontraktlich verpflichten, dieselbe während der Saison zu räumen, und finden während dieser Zeit nur schwer ein Unterkommen. Die meisten Glasarbeiter wohnen deshalb sehr weit von der Arbeitsstätte.

Im Gegensatz zu der oben angeführten Statistik herrscht in den drei Orten ein merklicher Mangel an Arbeiterwohnungen, und die vorhandenen sind ziemlich dicht bewohnt und stehen ziemlich hoch im Preise. Das gewöhnliche Mietsquartier der verheirateten Arbeiter, eine Stube mit Kammer und Kochgelegenheit — wirkliche Küchen sind in den kleinen Mieterwohnungen selten vorhanden —, kostet in den Teilen Schreiberhaus, welche in der Nähe der Josephinenhütte bzw. der meisten Schleifmühlen liegen (Marienthal, Weisbachthal), 60 bis 75 Mark, in Petersdorf gar 75 bis 90 Mark, in denjenigen Wohnplätzen, welche weniger von Fremden aufgesucht werden, 45, 50 bis 60 Mark. Eine Stube mit Kochgelegenheit kommt je nach der Gegend auf 30, 45 bis 60 Mark, in Petersdorf bis auf 75 Mark zu stehen, während ein Zimmer allein durchschnittlich 30 Mark, in Petersdorf aber auch bis zu 50 Mark kostet. Welche besonderen Gründe die höheren Mietpreise in Petersdorf bedingen, hat nicht ermittelt werden können. Die billigsten Wohnungen finden sich in den von Schreiberhaus weit entlegenen Kolonien Karlthal, Strickerhäuser und Hoffnungsthal, doch kommen dieselben oben der Lage wegen nur den in der Karlthaler Hütte beschäftigten Arbeitern zu gute.

Die Zimmer der meisten Mietwohnungen für Einheimische sind niedrig und machen keinen besonders freundlichen Eindruck, gleichwohl sind sie aber durchschnittlich noch um vieles besser und geräumiger als die Massenquartiere der Arbeiter in vielen Groß- und Industriestädten. Das Schlafstellenwesen ist gänzlich unbekannt. Unverheiratete Gehülfen und Lehrlinge schlafen, soweit sie nicht ortsangehörig sind und bei ihren Anverwandten wohnen, bei ihren Meistern (Arbeitgebern), selten mehr als zu zweien in einer Kammer. Letztere befindet sich allerdings vielfach unter dem schrägen Dache, so daß man nur in einem Teile des Raumes aufrecht stehen kann. Daß Gehülfen oder Lehrlinge mit der Familie des Meisters zusammen dieselben Schlafräume teilen, kommt nicht vor, ebenso wenig die Benutzung gemeinsamer Schlafräume seitens verschiedener Geschlechter, wie es in den angrenzenden

Industriebezirken Böhmens so häufig der Fall sein soll¹. Überdies darf nicht übersehen werden, daß die Arbeiterwohnungen dieser Gegend im Sommer vielfach nur Notbehelfe sind und sich im Winter meist günstiger gestalten, daß manches, was in der Saison die an die Fremden vermieteten Zimmer schmückt, in den Jahreszeiten, wo der Aufenthalt in der Wohnung am längsten währt, im Herbst und Winter, auch die Häuslichkeit der Einheimischen verschönert und letztere dadurch wohl einen freundlicheren Eindruck machen kann.

4. Gesundheits- und Sterblichkeitsverhältnisse².

Es ist in den vorhergehenden Kapiteln schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß verschiedene Zweige der Glasindustrie, namentlich aber der Glasveredlung, zu den gesundheitsschädlichen Beschäftigungen gehören. Die folgende Untersuchung soll uns die Art und den Umfang dieses Übels kennen lehren.

Wir suchen zu dem Zwecke noch einmal die Arbeitsstätten der Glasarbeiter auf und beobachten letztere bei ihrer Berufsthätigkeit. Treten wir zuerst in das Pochwerk, in dem die Quarzbrocken oder der zu den Glashäfen nötige feuerfeste Thon zu feinem Mehle zerstampft werden. Thür und Fenster sind weit geöffnet. Trotzdem ist die Luft erfüllt von einem dichten, fast undurchdringlichen Staube, der den ungewohnten Fremden noch mehr als den längere Zeit darin verweilenden Arbeiter belästigt. Sämtliche Gegenstände sind mit einer dichten, mehlig-weißen Staubschicht bedeckt, die sich auch nach kurzer Zeit auf die Kleidung des Besuchers legt und auf der Zunge einen fade-erdigen Geschmack erzeugt. Unter dem Mikroskope zeigen die Staubpartikelchen eine überwiegend eckige, spitze Gestalt, wodurch sie befähigt werden, sich mit großer Leichtigkeit in den feinen Poren der Lunge festzusetzen, dieselbe zu entzünden und mit der Zeit ganz unbrauchbar für ihre Aufgabe zu machen. Zur Verhütung der verderblichen Folgen hat die Josephinenhütte die Einrichtung getroffen, daß jeder Arbeiter nur 14 Tage hintereinander im Stampfwerke beschäftigt ist. Früher wurden für diese Arbeit klugmüde Steuerzahler aus der Gemeinde durch das Ortsgericht gestellt; der Pocher erhielt die Hälfte seines Verdienstes im Betrage von 2 bis 2½ Thaler pro Woche ausbezahlt, der Mehrbetrag wurde auf den Steuerrest verrechnet.

¹ Vgl. Singer a. a. O. S. 146 ff.

² Zum Teil nach Hirt, Die Staubinhalationskrankheiten und die von ihnen besonders heimgesuchten Gewerbe und Fabrikbetriebe. Breslau 1871. (Auch unter dem Titel Die Krankheiten der Arbeiter. Beiträge zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege. Erste Abteilung. Die inneren Krankheiten der Arbeiter. Erster Teil.)

Ein paar Schritte führen uns in das Hattengehäule, wo wir die Glasmacher in eifriger Thätigkeit finden. Ihre Arbeit ist trotz der dabei verwendeten, nicht unbeträchtlichen Mengen von Arsenik der Gesundheit im allgemeinen nicht nachtheilig, und doch pflegen zu nur eine gewisse Reihe von Jahren bei ihrer Beschäftigung auszuhalten. Männer u. höherem Lebensalter sieht man nicht unter ihnen. Sie brauchen besondere Ueeder, namentlich geschützte Hände, die sich mit zunehmendem Alter zu verlieren pflegen. Auch leiden infolge der täglich wirkenden großen Hitze und der blendenden Helligkeit ihre Augen in hohem Grade. Häufig entwickelt sich bei ihnen der Star. Seitdem dies vor einigen Jahren durch Breslauer Augenärzte festgestellt worden ist, müssen die Glasmacher bei der Arbeit stets Schutzbrillen tragen, wodurch das Uebel zwar nicht beseitigt, aber doch erheblich gemildert wird. Die Arbeit der Abtragjungen dagegen ist wegen der vielfachen Bewegung und der weichen Thätigkeit gesund und hat zu irgend welchen Ausstellungen in gesundheitlicher Beziehung bisher noch keinen Anlass gegeben.

Während bei der Glashirlikation eine bedeutende Verminderung der Uebelstände verhältnismäßig leicht zu bewerkstelligen sein würde bzw. sehr herbeigeführt werden ist, bieten die ungesunden Beschäftigungen bei der Glasveredlung einer solchen Absicht bedeutend größere Schwierigkeiten dar. Es ist das um so mehr zu bedauern, als es auch hier an einer viel größeren Zahl Leidenster handelt als bei der Fabrikation.

Das zunächst die Glasschleiferei. Das eigentliche Schleifen geschieht zwar, wie weiter oben schon des öfteren beschrieben wurde, größtentheils auf reinem Wege, so daß die Staubeentwicklung dabei nur wenig in Betracht kommt. Nicht selten müssen jedoch Rohglasstücke abgesprengt¹, die Sprengstücke mit der Zeit geglättet, das Glas selbst trocken gereinigt u. poliert werden. Der dabei entstehende Staub erreicht meist einen hohen Feuchtigkeitsgrad und besteht durchgehends aus scharfen, verletzenden Moskein. Mindestens ebenso schädlich als diese Staubeentwicklung ist aber die sitzende, nach vorn übergebogene Stellung, welche der Glasschleifer von morgens bis abends einnehmen muß. Dabei wird der Brustkasten eingedrückt und an ausgeprägter Ausdehnung beim Athmen verhindert. Ein anderer schwerer Uebelstand bei den Schleifwerken besteht darin, daß das Treibwerk

¹ In dem bei der Karlsruher Hütte befindlichen kleinen Schleifwerke ist dieses Absprengen fast ausschließlich Thätigkeit. Auch in der Schleifschle bei der Josephshütte kommt es regelmäßig und häufig vor, um das abgesprengte Rohglas gleich wieder zur Verwendung bei der Hand zu haben. Ferner wurden zu dieser ungesunden Beschäftigung die älteren Abtragjungen verwendet. Bericht des Hirschberger Landrats an die Regierung zu Liegnitz aus dem Jahre 1824.

derselben stets von unten in Gang gesetzt wird und deshalb der mit Öffnungen versehene Fußboden meist nass oder feucht. Im Winter aber auch sehr kalt ist. Der ständige Aufenthalt in diesen Räumen hat häufig schwere Erkrankungen zur Folge, welche oft die Ursachen anderer noch gefährlicherer Krankheiten bilden. Allerdings wird durch diese Anordnung des Tiehlwerks die Wasserkraft gut ausgenutzt, und deshalb wollen die Schiffsbaukünstler von einer Änderung der Einrichtung auch nichts wissen, aber die Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiter sollte die Amtschefsbede doch veranlassen, nöthigen Falls zwangsweise die Ingangsetzung von oben vorzuschreiben.

Ganz dieselbe ungesunde Körperhaltung wie bei den Glasmachern findet sich auch bei den Glashewern und -strahlern. Dazu kommt bei den letzteren noch, daß die Augen derselben infolge der außerordentlichen Feinheit und Accuratesse, welche die Arbeiten dieser Veredlungskünstler auszeichnen, verhältnißmäßig schnell angegriffen werden.

Dagegen ist die Vermählung mit besondern dem Gewerbebetriebe ergieblichen Krankheiten nicht verbunden.

Ungefähr Organe, welche bei den Glashewern also hauptsächlich und dauernd ungünstigen Einflüssen ausgesetzt sind sind die Atmungsorgane und die Augen. Chronische Erkrankungen der ersteren kommen deshalb bei ihnen, namentlich bei den Glashewern und -schlern sehr häufig vor, an häufigsten bei denen, welche etwa schon nach Beendigung der Schulzeit, mit dem 15. Lebensjahre ihren Beruf angetreten haben. Dem Vater dazu tragen sie gewöhnlich schon vor Kindheit an an sich, da der Sohn meist mit dem Gewerbe auch die Gewerkrankheiten des Vaters bzw. die günstige Disposition dazu ererbt. Man kann annehmen¹, daß unter 100 kranken Glashewern 70 an Brustkrankheiten aller Art leiden, welche sie sich durch Ausübung ihres Gewerbes und durch eigene Nichte² zugezogen haben. Die Sterblichkeit an Lungenkrankheiten aller Art ist denn auch sehr groß. So war von den nach dem Schroderhauser Kirchenbuche von 1853 bis Ende 1892 als gestorben verzeichneten 185 Glashewern bei weitem der größte Teil an Lungenschwindsucht gestorben, und für die Erstgeborenen ergab sich das bescheidene Lebenserwartungsalter von 42½ Jahren, während nur für diejenigen, die erst in der Mitte der zwanziger Jahre oder

¹ Hirt a. a. O. S. 234.

² Die Gefährlichkeit ihrer Beschäftigung wird samstlich besprochen noch vorgerichtet durch eine außerordentliche Lebensweise, worbei sie sich bei ihrer verhältnißmäßig beträchtlichen Verdienste zum Theil inagelben. Vgl. darüber die Ausführungen auf S. 28 f.

noch später zu schleifen begonnen hatten. Wer mit 15 Jahren anfängt, schleift selten länger als bis zum 30. Jahre¹.

Aus den mit Genehmigung des Ministers des Innern seitens des Königl. Preussischen Statistischen Bureaus freundlichst zur Verfügung gestellten Zählkarten über die in den drei Jahren 1885—87² in den Glasindustrieorten vorgekommenen Sterbefälle ergibt sich ganz entsprechend folgendes: Von 48 über 15 Jahre alten männlichen Glasarbeitern, welche während der genannten Zeit gestorben sind (darunter 35 Schleifer, 9 Maler und 4 Glasmacher und Hüttenmeister) starben 38 an Lungen- und Brustkrankheiten (31 Schleifer, 4 Maler, 3 Glasmacher u. s. w.), und zwar weisen die standesamtlichen Sterbekarten folgende Fälle auf: Lungenschwindsucht 18, Lungenkatarrh 5, Lungenentzündung 4, Lungenkrankheit 3, Brustkrankheit und Blutsturz je 2, Lungenleiden, Schwindsucht, Lungenschlag und Brustwassersucht je 1.

Zwar sind diese Zahlen zu klein, um absolut sichere Schlüsse auf die Sterblichkeitsverhältnisse der Glasarbeiter aus ihnen ziehen zu können; indessen mag folgende Zusammenstellung doch zeigen, welche gewaltigen Unterschiede bezüglich der Sterblichkeit an Lungenschwindsucht im allgemeinen und bei den Glasarbeitern insbesondere vorhanden sind. Es starben in den Jahren 1885—87 in den oft genannten Orten an Lungen- und Brustkrankheiten:

	überhaupt	von den über 15 Jahre alten Personen der betr. Kategorie insbesondere
	%	%
von sämtlichen Gestorbenen (ausschließlich der Totgeborenen)	15,7	29,3
von den in der Glasindustrie erwerbsthätig gewesenen Gestorbenen (bezw. deren Kindern)	30,7	79,2
von den in der Glasschleiferei und -schneiderei erwerbsthätig gewesenen Gestorbenen (bezw. deren Kindern)	40,0	88,6

Auch die Höhe der allgemeinen Sterblichkeitsziffer in den genannten Orten, die doch wegen ihrer herrlichen, gesunden Lage als bevorzugte Sommerfrischen gelten, läßt sich

¹ Hirt a. a. O. S. 245.

² Mehr als drei Jahrgänge der Registerkarten werden des beschränkten Raumes wegen im Königlichen Statistischen Bureau nicht aufbewahrt. Darum mußte von Hause aus die Untersuchung auf die Jahre 1885—87 beschränkt bleiben, obwohl es sonst interessanter gewesen wäre, behufs direkter Vergleichung mit den Ergebnissen der Berufszählung etwa die Jahre 1880, 1884 oder 1881—1883 zu verwerten.

nur durch die ungesunde Beschäftigung in der Glasindustrie, von der nahezu die Hälfte der Bevölkerung abhängig ist, erklären, da die Textilindustrie in dieser Gegend sogar nicht vorkommt und alle anderen Erwerbstätigkeiten nicht ungesund sind. Im Durchschnitt der Jahre 1885–87 starben nämlich jährlich von 1000 Einwohnern in Scherbrohn, Petersdorf und Hermsdorf 33,4 – das sind soviel bezw. mehr als in den ungünstigsten Großstädten bezw. Fabrikcentren Deutschlands.

Dagegen läßt sich für das Durchschnittsalter der gestorbenen Glasarbeiter auf Grund des neuen Materials eine günstigere Zahl berechnen, als Hirt vor 18 Jahren festgestellt hat. In 48 erwachsenen männlichen Glasarbeiter, welche in den Berichtsjahren starben, hatten zusammen 2196,378 Jahre durchlebt, mithin jeder einzelne durchschnittlich bei seinem Tode ein Alter von 45,758 Jahren erreicht. Bei den 35 Schleifern stellte sich das Durchschnittsalter der Gestorbenen auf 44,067 Jahre. Die Zahlen sind wegen der geringen Menge der Fälle wenig wertvoll, ganz abgesehen davon, daß das Durchschnittsalter der Gestorbenen an sich von geringer Bedeutung ist.

Daß die häufig an mehr oder weniger schweren Krankheiten leidenden Glasarbeiter auch großenteils kranke und elende, kaum lebensfähige Kinder erzeugen, erscheint von vornherein einleuchtend. Folgende Verhältniszahlen bringen die exakten Beweise dafür. Von je 1000 im Durchschnitt der Jahre 1875–82 überhaupt geborenen elendlichen Kindern sind

	tot- geboren	gestorben vor Verlendung des 1 Lebensjahres ¹
im preussischen Staate	37,8	224,7
in der Provinz Schlesien	41,3	274,0
im Reg. Bez. Liegnitz	53,6	317,1
im Kreise Hirschberg	64,0	407,0
von Berufstätigen in der Industrie der Steine und Erden des genannten Kreises	77,7 ²	351,2

Daß es hierbei nicht die Thätigkeit in der Glasindustrie an sich, sondern die im Hirschberger Thale angetroffene besondere Art der Arbeit, nämlich die Glasveredelung ist, welche eine so hohe Totgeborenenziffer und eine so große Säuglings-

¹ Einschließlich der Totgeborenen. Vgl. von Fiecken, Die Zeit der Geburten und die Sterblichkeit der Kinder während des ersten Lebensjahres in der Zeitschrift des Königl. Preuss. Stat. Bureau's Jahrgang 1885, S. 184 ff.

² Fast ausschließlich Glasarbeiter. Vgl. von Fiecken a. O. S. 128.

sterblichkeit verursacht, folgt aus der Thatsache, daß von je 1000 überhaupt geborenen ehelichen Kindern, deren Eltern in derselben Berichtsperiode im Landkreise Grlitz in der Industrie der Steine und Erden theilweise fast ausschließlich (Glasindustrie) thätig waren, nur 42,5 togebornen wurden und 255,7 vor Vollendung des ersten Lebensjahres starben.

Auffällig erscheint nach den vorhergehenden Bemerkungen beim ersten Anblick die Thatsache, daß die Säuglingssterblichkeit bei den Glasarbeitern beträchtlich geringer ist als diejenige der ehelichen Kinder im Kreise Hirschberg überhaupt. Wenn man aber berücksichtigt, daß von den Erwerbsthätigen des Hirschberger Kreises bei weitem der größte Teil in den verschiedenen Zweigen der Textilindustrie, als Weber, Spinner u. s. w., oder wechselt in verschiedenen Industriezweigen, als Fabrikarbeiter, Tagelöhner und Arbeiter, thätig ist und daß die Kinder der genannten, sehr schlecht gehaltenen Erwerbsthätigen weitaus die geringste Lebensfähigkeit besitzen, so ist die günstigere Verhältnisszahl der gutbezahlten Glasarbeiter ganz erklärlich. Die Frauen derselben brauchen nicht mit für den Lebensunterhalt zu sorgen, können also ihren Neugeborenen eine sorgfältige Pflege angedeihen lassen, namentlich auch bezüglich der Ernährung. Wenn trotzdem die Säuglingssterblichkeit noch eine so hohe ist, so ist das ein Beweis mehr dafür, daß, wie schon weiter oben bemerkt, von Geburt an der Keim zu schweren Krankheiten bei den Kindern der Glasarbeiter vorhanden ist.

Ganz entsprechend jenen älteren Durchschnittszahlen ergibt sich aus den Geburts- und Sterbekarten der Jahre 1885 bis 1887, daß in den drei Orten Schreberm., Petersdorf und Hermsdorf u. K. von 1000 überhaupt geborenen ehelichen und unehelichen Kindern 78,6 togebornen wurden und 472,4 (entsprechend der Togebornen) vor Vollendung des ersten Lebensjahres starben.

Die letzte oben Verhältnisszahl darf übrigens nicht ausschließlich auf das Credo der ungesunden Beschäftigung bezw. der erblichen leichten Disposition zu schweren Krankheiten gesetzt werden, sondern ist zu einem guten Theile die notwendige Folge der unartigen Art und Weise, wie man im ganzen schlesischen Gebirge gerade die Säuglinge behandelt. Es ist allgemein üblich, ja gilt als gesund, daß das aus dem warmen Betteu. genommene Kind morgens nach dem Erwachen, sobald das Nahrungsbemühen betriebligt ist, im Schlafkostüm, also nur mit bloß mit einem Hemdchen bekleidet, vor die Thüre gebracht, wemöglich gar auf die kalte Erde oder in das feuchte Gras gelegt wird oder sehr ersten Gehversuche auf den steinigen kalten Boden macht. Wer längere Zeit im Gebirge verweilt hat und die gewaltigen Schwankungen kennt, welche gerade hier zwischen der Tages- und

Nachttemperatur vorhanden sind, vermag zu ermessen, welche bedenklichen Folgen eine so unverantwortige Handlungsweise auf den zarten Organismus der Kinder äußern muß.

5. Einrichtungen für die Wohlfahrt der Arbeiter in der Glasindustrie.

Die Fürsorge für das Wohlbefinden der Arbeiterbevölkerung, welche nicht bloß das wirtschaftliche und soziale Leben der letzteren, sondern auch das der übrigen Bevölkerung, ja ganzer Nationen in hohem Grade zu beeinflussen vermag, ist in dem oben Gelehrte, mit dem sich diese Schilderung beschäftigt, schon frühzeitig hervorgetreten.

Bereits das provisorische Hüttenreglement der Liegnitzer Regierung vom 18. Oktober 1812 enthält in einem besonderen Nachtrage¹ Vorschriften über die Einrichtung und Verwaltung einer mit den Glasfabriken Karlsthal und Hoffnungsthal verbundenen Hilfskasse, aus der reisende Glasmacher, invalide Gesellen und Waisenkinder der Glasmacher unterstützt werden sollten. Sämtliche „aktive Glasmachergesellen“ waren Mitglieder dieser Kasse. Der „Hüttenherr“ war zu keinem Beiträge verpflichtet, sondern übte nur die Oberaufsicht aus, in dem er für richtige Ablieferung der Mitgliederbeiträge, entsprechende Festsetzung derselben, aber unter Zuzielung der Glasmachergesellen, und ordnungsmäßige Verwaltung zu sorgen hatte. Die Kassenverwaltung selbst lag in den Händen des Angestellten Werkmeisters, eines Glasmachers und Hüttenoffizianten. Ob und welche Leistungen diese Unterstützungskasse aufzuweisen gehabt hat, konnte nicht festgestellt werden.

Nach der Gründung der Josephinenstiftung, als die Glasindustrie des schlesischen Gebirges einen erneuten Aufschwung genommen hatte, fand sich bald wieder ein Arbeits, die Fürsorge für die Wohlfahrt der Arbeiter zu betragen.

Am 2. März 1847 wurde dem Kreisphysikus zu Hirschberg von der Liegnitzer Regierung der Auftrag erteilt, über die erhebliche Sterblichkeit der Glasmacher, deren Ursachen und geeignete Maßregeln zur Beseitigung bezw. Ermäßigung jenes großen Uebelstandes zu berichten. Der sehr eingehende Bericht ging dem Landrat am 30. Juli desselben Jahres zu mit der Verfügung, die vorgeschlagenen Maßregeln zur Abhilfe, deren Inhalt sich leider nicht unmittelbar ließ, sobald und so vollständig als möglich auszuführen. Weiter heißt es in diesem Schreiben der Regierung: „... Wir glauben, daß dieser Zweck am besten dadurch zu erreichen, daß ein besonderer Verein sich der Erledigung dieser Angelegenheit

¹ Vgl. Anlage Nr. 4 S. 117.

widme, daß Er . . . die Leitung dieses Vereins übernehmen und daß dem letzteren der Kammerdirektor . . . der Kreisphysikus, ferner Personen, von welchen der Betrieb der Glasschleiferei hauptsächlich abhängt, sowie endlich nach Befinden einige wohl qualifizierte Personen jenes Gewerbes beitreten . . .“

Der „Glasveredellerverein zu Schreiberhau“, wie er sich nannte, trat 1850 ins Leben. Statt der Gründung einer Kranken- und Sterbekasse, wie die Regierung ursprünglich beabsichtigt hatte, wurde im Statut¹ die aufenwiese technische Ausbildung und Vervollkommenung sowie die Durchführung einer bestimmten Standesordnung für die Glasveredelungsarbeiter als die zunächst wichtigere Aufgabe vorangestellt. Der Verwaltung der Josephinerhütte mußte in erster Linie daran liegen, ein zahlreiches technisch gut geschultes Personal zu besitzen bzw. die technische Ausbildung der Lehrlinge auch den für ihre Gesundheit maßgebenden Gesichtspunkten zu leiten. Die einsichtigeren Arbeiter hatten dasselbe Interesse, da von ihrer erhöhten Leistungsfähigkeit ein besserer Verdienst abhängig war und durch letzteren eine ausreichende Fürsorge für ihr Alter bzw. für ihre Familie erst ermöglicht wurde. Dementselbst wurden Vorschriften über die Unterstützung der durch Krankheit erwerbsunfähig Gewordenen sowie der hinterlassenen Waisen verstorbenen Mitglieder späteren besonderen Bestimmungen vorbehalten und über die Ausbildung der Glasarbeiter folgende Festsetzungen getroffen.

In allen Zweigen der Glasveredelung² durften als Lehrlinge nur Knaben aufgenommen werden, welche sich die vom Staate vorgeschriebenen Elementar- und Schulkenntnisse angeeignet, stets gut geführt und mindestens ein halbes Jahr lang die vom Verein unterhaltene Zielenscheide besucht hatten. Die Aufnahme in die Lehre wurde beim Vereinsvorstande unter Angabe des in Aussicht genommenen Lehrmeisters nachgesehen, und jener hatte das Recht, zu untersuchen und zu entscheiden, ob der angehende Lehrling zur Aufnahme fähig und der betreffende Meister tüchtig genug sei, einen Lehrling anzunehmen. Die definitive Aufnahme geschah nach einer vierwöchentlichen Probezeit und Zahlung einer Aufnahmegebühr an die Vereinskasse von 5 Thälern für den Glasschleifer und 8 Thälern für den Glasschneider oder Vergolderlehrling, welche der Vereinsmitglieder zahlten die Hälfte. Die Meister erhielten kein Lehrgeld. Da Dauer der Lehrzeit

¹ Vgl. Anlage Nr. 9.

² Glasschleiferei, Glasschneiderei und Vergolderlei. Die Glasveredelung wird in dem ersten Statut, das am 12. März 1850 in Kraft trat, noch gar nicht erwähnt, da sich die Josephinerhütte wie weiter oben ausgeführt worden, erst nach der Leipziger Ausstellung einen Zweig der Glasveredelung erworben hatte.

war bei den Glasschleifern und Glasschneidern auf 4 Jahre, bei den vergoldern (später auch bei den malern) auf 5 Jahre festgesetzt. Je nach den Leistungen konnte eine Abkürzung oder Verlängerung der Lehrzeit um ein halbes Jahr durch den Vorstand gestattet werden. (Später wurde eine Abkürzung um 1 Jahr gegen eine Entschädigung von 40 bezw. 60 Thalern erlaubt.) Der Vater durfte nie den Sohn in die Lehre nehmen, falls nicht besondere Verhältnisse eine Ausnahme gestatteten, worüber der Vorstand entschied. Zwischen dem Lehrherrn und dem Lehrlinge (bezw. dem Vater oder Vormunde des letzteren) wurde in der vom Vereinsvorstande vorgeschriebenen Form ein schriftlicher Vertrag abgeschlossen, welcher alle gegenseitigen Verbindlichkeiten enthielt und vom Vorstande zu bestätigen war. Jeder Lehrling mußte die vom Verein unterhalten Zeichenschule regelmäßig besuchen bei Vermeidung der schon früher besprochenen Strafen¹. Hatte der Lehrling vorchriftsmäßig seine Lehrzeit bestanden, so wurde demselben von Vorstande ein Gesellenstück in Arbeit gegeben. Rothaugte er bei der Ausführung dieses Stückes seine Geschicklichkeit, so wurde er freigesprochen und empfing seinen Lehrbrief. Die Kosten des Freisprechens trugen Meister und Lehrling zu gleichen Theilen; unnütze Unkosten (z. B. das sogenannte Mitzenaufsetzen als Zeichen des Freisprechens) waren bei Vermeidung von Ordnungsstrafe untersagt. Der Neugeselle war gehalten, auf Verlangen seines bisherigen Lehrmeisters noch ein halbes Jahr bei demselben zu arbeiten, und kein Geselle durfte in Arbeit genommen werden ohne Zeugnis über sein früheres Arbeitsverhältnis. Das Meisterrecht konnte ein Geselle erwerben, wenn er mindestens 4 Jahre als Geselle gearbeitet hatte. Er mußte ein vom Vereinsvorstande bestimmtes Meisterstück befriedigend ausführen und erhielt dann vom Vorstande den Meisterbrief. Glas und Werkzeug zur Anfertigung der Gesellen- und Meisterstücke waren vom Meister bezw. Arbeitgeber unentgeltlich zu gewähren. Die angefertigten Gesellen- und Meisterstücke waren Eigentum des Vereins und wurden zum Besten der Kasse verkauft. Die Lehrlinge und Gesellen erhielten jedoch nach dem Ermessen des Vorstandes eine Entschädigung dafür. Über die Pflichten der Lehrlinge, der Gesellen und Meister handelten besondere Reglemente, welche in jeder Werkstatt stets zur Einsicht anhängen mußten.²

Die Mitgliedschaft dieses Vereins war bis zum Jahre 1866 vollständig von dem freien Willen der Arbeiter abhängig. Die Eintretenden, soweit sie nicht schon als Lehrlinge auf-

¹ Vgl. S. 88.

² Leider ist es mir nicht gelungen Exemplare derselben ausfindig zu machen.

genannten waren, mußten sich über gute Führung und Leistungsfähigkeit als Glasveredler ausweisen und durften nur bei Unternehmern arbeiten, welche ihre Arbeiter in barem Gelde nicht in Waren auslohten¹. Die Aufnahmegelöhne betrugen 1 Thaler für den Meister, 20 Sgr. für den Gesellen, die jährlichen Beiträge 10 bzw. 7½ Sgr. Außerdem hatte jeder Meister für jeden von ihm beschäftigten Gesellen noch 1½ Sgr. jährlich zu entrichten. Arbeitgeber — nur solche, welche ihre Arbeiter bar auslohten und deren Leute schon Vereinsmitglieder waren, konnten beitreten — hatten 5 Thaler Eintrittsgeld und 1 Thaler jährlich an Beitrag zu entrichten, waren aber ohne weiteres Mitglieder des Vorstandes. Die übrigen Mitglieder des letzteren wurden auf 8 Jahre gewählt und setzten sich aus 5 Glasmachernmeistern, 1 Glasveredlermeister, 1 Glasmachdermeister und 2 Gesellen zusammen. Vorsitzender des Vereins war statutenmäßig der jedesmalige Dirigent der Josephenarbeit.

Außer der Ausbildung wurde noch Fürsorge für Sterbefälle getroffen. Beim Tode eines Mitgliedes in ersten Beitragsjahre wurden 1 Thaler 7½ Sgr., im zweiten 8 Thaler 15 Sgr., im dritten 12 Thaler 22½ Sgr. und nach Verlauf von drei vollen Jahren 17 Thaler Begräbnisgeld gezahlt. Später wurde mit dem Verein eine Krankenkassenzweigkasse verbunden, deren Mitgliedschaft nach deren freiwilligen Beitritt erworben wurde. Durch Statut vom 14. März 1866 wurde der Beitritt zum Verein und der damit verbundenen Krankenkasse für sämtliche Schreibernauer Arbeiter der Glasindustrie ohne Unterschied des Geschlechts obligatorisch, und die Arbeitgeber verpflichteten sich zur Leistung eines Zuschusses zur Vereinskasse in der halben Höhe der Arbeitgeberbeiträge. Der Verein nahm den Namen: „Glasmacher- und Glasveredlerverein zu Schreibernau“ an. Die Mitglieder des Vereins zerfielen nach den Beiträgen, welche sie in die Vereinskasse zu zahlen hatten, in drei Klassen, und zwar zählten

die Mitglieder der 1. Klasse wöchentlich 1½ Sgr.

„ „ „ 2. „ „ „ 1 „ „

„ „ „ 3. „ „ „ ½ „ „

Zur 1. Klasse gehörten die Glasmacher, Glasmachder-, -schneider-, -macher- und vergoldenmeister, Formenmacher, Huttenmeister und Schmelzer; zur 2. Klasse gehörten alle Gesellen und Lehrlinge der verschiedenen Arbeitszweige, ferner die Packer, Ofenbauer und Huttenmacher, zur 3. Klasse die Schürer, Glaswäger, Breckenleser, die Polierinnen und Einbanderinnen. Der Verein gewährte freie ärztliche Hilfe und ein Krankengeld pro Tag von 7½ Sgr. in der ersten, 5 Sgr. in der zweiten und 2½ Sgr. in der dritten Klasse, sowie ein

¹ Diese Bestimmung, deren Wichtigkeit und Bedeutung weiter unten nachgewiesen wird. (Vgl. S. 34.)

Sterbegeld von 4 bis 15 Thalern. Bezüglich der gewerblichen Ausbildung blieben die früheren Vorschriften im wesentlichen in Gültigkeit, die geringen Änderungen sind schon weiter oben erwähnt.

Die durch vorstehende Bestimmungen gekennzeichnete strafrechtliche Ordnung für die gewerbliche Ausbildung und gute Zucht hat der Verein bis in den Anfang der sechziger Jahre mit bester Durchführung; die Gewerbeordnung von 1869 und die Gründerperiode mit ihren verderblichen Folgen haben auch dieser Entwicklung ein Ende bereitet. Nur die Kranken- und Sterbekasse blieb unter denselben Bedingungen und dem 1866 angenommenen Namen auch weiter bestehen bis zum 31. März 1885. Sie verzeichnete im Durchschnitt der letzten fünf Geschäftsjahre jährlich von mehr als 300 Mitgliedern 426 Mark, darunter 1640 Mark Mitglieder- und 824 Mark Arbeitgeberbeiträge, und Vermögensguthaben 3560 Mark, darunter 1262 Mark an Krankenkassenzustützungen, 1692 Mark an Kur- und Verpflegungskosten, 328 Mark an Beerdigungskosten, und hatte bei der Auflösung ein Kapitalvermögen von 5762 Mark. Letzteres wurde der mit dem 1. April 1885 auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 ins Leben getretenen Krankenkasse der großh. Schiffschifferei Josephenhütte zu Schiffsbau und der damit verbundenen Fabrikbetriebe überwiesen. Nach dem Statut derselben beträgt das Krankengeld pro Tag 1.25 Mark in der ersten, 0.75 Mark in der zweiten und 0.50 Mark in der dritten Klasse, das Sterbegeld 20 bzw. 14 und 10 Mark bei einem Mitgliedsbeitrage von 3% des durchschnittlichen Tagelohns; das sind — abzüglich des Arbeitgeberbeitrags — 30 bzw. 18 und 12 Pfennige wöchentlich. Zur ersten Klasse gehören, wie früher im Glasversetzerverein, die Glasmacher, Formschneider, Hüttenmeister und Schmelzer und die Meister der verschiedenen Veredelungsbranchen; zur zweiten Klasse die Gesellen der verschiedenen Zweige sowie die Packer, Ofenbauer und Hüttenmacher; zur dritten Klasse alle übrigen in der Glasindustrie beschäftigten Personen einschließlich der Lehrlinge, welche gemäß den Vorschriften des neuen Gesetzes der Versicherungspflichtigen Personen hinzugezogen sind. Wohlthun Magneten wird in Falle der Erkrankung für die ersten drei Wochen nach derselben das Krankengeld gewährt und Mitglieder, welche erwerbslos werden, behalten für die Dauer der Erwerbslosigkeit jedoch nicht länger, als sie der Kasse angehört haben, und höchstens für drei Wochen ihre Ansprüche auf die gesetzlichen Mindestleistungen. Alle übrigen Bestimmungen des Statuts entsprechen den allgemeinen Vorschriften des Gesetzes. Die gesamten Einnahmen der Kasse stellten sich für das Jahre 1886 und 1887 auf 5814 bzw.

3914 Mark (darunter 3435 bzw. 3421 Mark an Beiträgen der versicherungspflichtigen Mitglieder und der Arbeitgeber), die Ausgaben auf 5225 und 5242 Mark, darunter

	1886	1887
Krankengeld	1943 Mark	1761 Mark
Arznei- und sonstige Heilmittel . .	625 .	917 .
Krankenhausverpflegung	237 .	241 .
Arztgebühren	1988 .	1070 .
Sterbegeld	360 .	290 .

Das Vermögen der Kasse betrug am Ende des Jahres 1887 auf 7715 Mark und war insgesamt dem Reservofonds überwiesen.

Für die Arbeiter der Hackertschen Dampfschleiferei in Petersdorf bestand ebenfalls schon lange vor Erlass des Krankenversicherungsgesetzes eine Krankenunterstützungskasse; außerdem war seitens der Firma ein Geschäftsarzt angestellt, welcher in Falle des Bedarfs von den Arbeitern unentgeltlich zu Rate gezogen werden konnte.

Auch das Versprechen in den Statuten des Glasverallgemeinerungsvereins bezüglich der Fürsorge für zum Broterwerb durch Krankheit oder Altersschwäche unfähig gewordene Mitglieder und deren Hinterbliebenen wurde bald eingelöst und zwar durch Gründung eines besonderen „Pensionskassenvereins zur Josephinengasse“. Die wichtigsten Vorschriften der Statuten¹ lauten wie folgt. Der Eintritt in die Pensionskasse geschieht freiwillig. Der Eintritt muß der Regel nach vor dem 25. (später 23.) Lebensjahre stattfinden; ausnahmslos sind für jedes Jahr 3 Thaler nachzuzahlen. Die Beiträge bewegen sich, je nach der Wahl der Mitglieder, zwischen 2 Thalern — dem geringsten Satze — und höchstens 20 Thalern jährlich und können später auch durch Zahlung von 3½% des verdienten Arbeitslohnes entrichtet werden. Während der Alltätigkeit der Dienstpflicht und einer Mobilmachung ruhen Pflichten und Rechte der Mitglieder, die militärische Dienstzeit wird bei der Abmessung der Pension nicht mit angerechnet. Der Anspruch auf Pension beginnt nach dreijähriger Mitgliedschaft. Die Höhe der Pensionen schwankt zwischen 15 und 65 Thalern jährlich, je nach der Höhe des Betrags und der Dauer der Mitgliedschaft, jedoch nicht in demselben Verhältnisse. Während z. B. bei einem Beitragssatze von 2 bis 4 Thalern jährlich die Pensionbeträge sich zwischen 15 und 30 Thalern bewegen, erhalten die Mitglieder mit Jahresbeiträgen von über 15 bis 20 Thalern Pensionen von 22½ bis 65 Thalern. Die hinterlassene Witwe eines verstorbenen pensionsberechtigten Mitgliedes, ob kindlos oder nicht, bezieht diese bei Pension, welche der ver-

¹ Vgl. Anlage Nr. 19.

starbene Mann erhalten hat oder hatte. Ebenso empfangen die mütterlosen ehelicher Kinder eines verstorbenen Mitgliedes die volle Pension des Vaters bis zum zurückgelegten 14 Lebensjahre. Wie sehr man die Bedeutung des Pensionsvereins früher zu schätzen wußte, erhellt am besten aus der Thatsache, daß der Beitritt zu demselben dem Freeremann als Empfehlung galt oder zur Pflicht gemacht wurde.

Dieser Pensionsverein, welchem 1865 schon 134 Mitglieder angehörten, hatte in den Jahren 1877/81 durchschnittlich jährlich über 100 Mitglieder und zahlte an 97 Pensionäre 4590 Mark aus, also durchschnittlich pro Kopf 68 Mark 51 Pfg. Leider wurde dieser Verein durch Generalversammlungsschluss im Jahre 1882 aufgelöst und das Vermögen von mehr als 42 000 Mark an die Mitglieder nach Maßgabe der gemachten Einzahlungen verteilt. Ein neuer Beweis von der Kurzsichtigkeit der Arbeiter — und die Glasarbeiter gehören im allgemeinen zu der intelligentesten unter denselben — und wie wenig sie ex veritate ihr Bestes selbst zu erkennen und wahrzunehmen.

In der Heekertschen Fabrik war bereits in den 70er Jahren für diejenigen Arbeiter, welche sich durch Unfall verheerende oder dauernde Erwerbsunfähigkeit zugezogen hatten, durch Versicherung Fursorge getroffen worden.

Eigenartig wie manches andere auf dem hier beschriebenen Gebiete ist die Fursorge für die Wohnung, welche die Huttenverwaltung ihren Arbeitern gewährt. Bei der großen Entfernung der beiden Hutten zu Karstthal und Haffnungsthal von den anderen Wohnplätzen in Schreiberhau mußte in jenen Kabinen für geeignete Arbeiterwohnungen gesorgt werden. Die Präsidien und die späteren Besitzer von Hoffnungsthal erkannten deshalb schon im vorigen Jahrhundert in der unmittelbaren Umgebung der Hutten einige Arbeiterwohnhäuser, welche nach der Vereinigung dieser Establishments mit der Schaffgotschen Josephinenhütte auf die gemeinsame Verwaltung übergingen. Hier trafen und trafen in erster Reihe die Huttenarbeiter (Glasmacher, Huttenmeister, Schmelzer u. s. w.) ihre Wohnung und Feuerung für die Dauer ihres Arbeitsverhältnisses. Das Verlassen des Gewerks zieht unmittelbar eine Auflösung des Miethkontraktes nach sich und zwar ist eine verwerthliche Kündigungsfrist für diesen Fall vorgesehen. Für diejenigen Huttenleute, welche mangels genügender Zahl der Arbeiterwohnhäuser sich in größerer Entfernung ein Unterkommen suchen müssen, zahlt die Huttenverwaltung eine Mieth- und Feuerungsentschädigung (begehrtes Holzgeld) von 30 Mark.

Bei den Huttenarbeitern der Josephinenhütte, in deren nächster Umgebung keine Arbeiterwohnhäuser vorhanden sind, ist jene Einrichtung der Ratschuldigung abgelehnt; und die

Feuerung wird den etwa in der Nähe an Ober-Schreiberhau) wohnenden Arbeitern in natura (in Gestalt von Holz) geliefert. Dagegen finden sich bei der Josefinenhütte sowohl wie in Karlsthal für die Beamten der Hüttenverwaltung in unmittelbarer Nähe geeignete treffliche Wohngebäude, und bei der Karlsthaler Hütte wird in den Nebengebäuden des Establishments für die nicht ortsangehörigen Abtragerjungen sowie für manche Tagelöhner im Sommer ein geeignetes Schlafquartier angewiesen, um auf diese Weise den Glasmachern bezw. den Arbeitern selbst zu Hülfe zu kommen.

Denjenigen Arbeitern — und zwar nicht nur der Hüttenleuten, sondern auch den Veredelungsarbeitern — welche sich ansiedeln wollen, gewährt die Hüttenverwaltung Vorschüsse und andere Benefizien (Baulolz zu billigen Preisen u. s. w.), und mancher fleißige Glasarbeiter ist namentlich früher auf diese Weise in verhältnismäßig kurzer Zeit in den Besitz eines eigenen Hauses und Grundstücks gelangt.

Auch in der Heckerischen Fabrik in Pörsdorf wurden früher manchen Arbeitern unentgeltlich anderen gegen eine mäßige Entschädigung Wohnungen, welche sich auf dem Fabrikterran befanden, gewährt, später wurden diese Wohnungen in Arbeiterwohnungen verwandelt.

Aus demselben Grunde, welcher die Hüttenbesitzer schon in ältester Zeit zur Fürsorge für die Wohnungen der Arbeiter veranlaßte, nämlich wegen der weiten Entfernung, werden den in Karlsthal wohnenden Hüttenarbeitern bei schlechtem Winterwetter die Lebensmittel zugeführt. Für die in Schreiberhau selbst wohnenden Glasarbeiter ist durch den schon früher erwähnten Kasinoverein Gelegenheit zur Beschaffung billiger und guter Nahrung und Gerathmittel gegeben. Die Gründung desselben ist zwar nicht gerade von der Hüttenverwaltung veranlaßt, aber doch durch dieselbe wesentlich unterstützt und gefördert worden. Und das war nicht nötig, da das eine Unternehmen, welches 1874 ins Leben trat, anfangs seine mancher Geschäftsarte vielfache Anforderungen erfuhr. Die Glasarbeiter waren dabei insofern ganz besonders interessiert, als ein großer Teil von ihnen damals bei einzelnen Geschäftsinhabern tief verschuldet und dadurch in eine große Abhängigkeit von den letzteren gerathen war. Theilweise mag dies durch schlechte Wirtschaft herbeigeführt worden sein, andererseits ist das eine Eigenthümlichkeit, welche bei den böhmischen Glasarbeitern öfters vorkommt und durch letztere, welche Ende der 50er, Anfang der 70er Jahre von der Schaffgotschen Verwaltung in Menge beschäftigt werden mußten, mit herübergebracht sein wird. Noch heute gehört es in der angrenzenden böhmischen Bezirken nicht zu den Seltenheiten, daß ein Glasmacher, der eine neue Stelle an-

treten soll, von seinem neuen Arbeitgeber erst förmlich ausgekauft werden muß¹.

Der Nutzen des Konsumvereins, welcher in seinem Warenlager Kolonialwaren aller Art, Spirituosen, Brot, Mehl, Speck, Käse, Wollwaren und fertige Mannskleider feilhält, wird seitens der Bevölkerung immer mehr anerkannt, wie aus folgenden Angaben hervorgeht.

Im	Mitgliederzahl am Jahresanfang	Waren-	Ge-	Ge-	Reingewinn	Divi-
		umsatz	schäfts-	schäfts-		dende
		Mark	ertrag	unkosten	in Prozenten des Warenumsatzes	%
Durchschnitt 1874—83	159	58475	18,4	4,8	6,7	6,3
Jahre 1884	174	69834	14,1	3,8	8,7	9
1885	199	69746	15,0	4,9	9,3	9
1886/87 ²	218	101309	15,8	3,5	10,8	10
1887/88	243	84523	15,1	3,5	10,0	10

Einen stetigen Steigen der Mitgliederzahl, des Warenumsatzes, des Geschäftsertrages, des Reingewinnes und der Dividende steht eine ebenso regelmäßige Verminderung der Geschäftsunkosten gegenüber, was beweist, daß die Genossenschaft auf gesunden Grundlagen beruht und die Gewähr weiteren Gedeihens in sich trägt. Der Konsumverein besitzt ein eigenes Grundstück (in Marienthal), auf dem sich der Verkaufskal befindet, mit einem Buchwerte von 8950 Mark am Schlusse des Geschäftsjahres 1887/88, der Kassenbestand belief sich zur selben Zeit auf 5755, der Warenvorrat auf 7938 Mark; die Aufwände betrugen 5992, die Umsatzen 99, die gesammten Aktiva 28743 Mark. Das Mitgliederzahlen hatte eine Höhe von 13050, der Reservefonds eine solche von 5545 Mark.

¹ Damit mag es zusammenhängen, daß der böhmische Glasarbeiter durchschnittlich besser lebt als sein Brüdergenosse auf der preussischen Seite, obgleich für die Durchschnittsarbeiter der Lohn in Böhmen keineswegs höher, sondern eher niedriger und als in Schlesien u. s. w. Bei- weilen dafür ist unter anderem auch der Umstand, daß bei Bedarf an Glasarbeitern aller Art, wie er namentlich bei Heekert in Petersdorf mehrfach im Laufe eines Jahres vorzukommen pflegt, die böhmischen Glasarbeiter in beiden Häuten sich melden, während sie sonst ziemlich geringgeschätzt von dem „Bundeseigenen“ ihrer preussischen Kollegen sprechen. Dagegen werden wirklich geschickte Arbeiter zum Teil besser bezahlt. Für Neu- welt liegen mir ganz bestimmte Daten darüber vor.

² Vom 1. Januar 1886 bis 31. März 1887.

während Warenschulden schon seit 1879 nicht mehr vorhanden sind. An der Verwaltung sind selbstverständlich mehrere Glaserbeiter beteiligt; sie bilden den Hauptstamm der Mitglieder.

6. Die Arbeiter der Glasindustrie in geistiger, sittlicher und socialer Beziehung.

Bereits früher ist an verschiedenen Stellen dieser Untersuchung hervorgehoben worden, daß die Glaserbeiter im Hirschberger Thale durchschnittlich eine größere Intelligenz besitzen als die Arbeiter der meisten anderen Industriezweige in jener Gegend, was bei den im allgemeinen günstigen Lohnverhältnissen und den engen Beziehungen, welche zwischen Einkommen und Bildung bestehen, ganz erklärlich ist.

Von jeher sind die Glasermeister und später die Glas-schleifer und -schneider, letztere schon vorwiegend ihrer Beschäftigung, des Lesens und Schreibens kundig. Schon zeitig wird bei ihnen ein großer Wert auf einen guten Schulunterricht gelegt. Noch während des ersten schlesischen Krieges, im Jahre 1741, nimmt der Glasermeister George Siegmund Preußler einen evangelischen Lehrer für die zahlreiche Kinderschar seiner Hüttenhute an, wodurch die evangelische Hüttenschule in Weißmischthale begründet wurde.¹

Ein Reisender, welcher Schreiberhau am Ende des vergangenen Jahrhunderts besucht, spricht über das offene, kluge und doch bescheidene Wesen der männlichen und weiblichen Jugend seine Freude aus und erwähnt, daß die jungen Männer sonntags vormittags beim Gottesdienst die Predigt aufzuschreiben pflegten, weshalb hier ein Pfarrer nicht all Jahre desselben Predigten halten durfte.²

Im Jahre 1824 berichtet der Hirschberger Landrat an die Regierung zu Liegnitz, daß in den Schreiberhauser Glas-

¹ Es ist das allerdings nicht der erste evangelische Lehrer in Schreiberhau. Nach dem Jahre 1654, in welchem die neu erbaute steinerne Kirche errichtet, u. h. den Evangelischen verschlossen und den Katholiken überantwortet ward, obwohl wirtlich der größte Teil der Bevölkerung evangelisch war und sich gesammelt mit der evangelischen Synode, die also damals schon vorhanden war, im 1748 in dieser Kirche sonntags mit der Gemeinde zu zungen, zu beten und die eine Predigt zu hören. Von genannten Jahre ab horte das auf auch wurde es verboten, die Kinder zu zwingen, ein Schachalter zu zehren, vielmehr mußten dieselben den Unterricht des schon 1711 eingesetzten katholischen Lehrers besuchen. Erst kurz vor der Erbauung, also in durch Freitrich der ersten unterthanen, ex-behoerter Mann der aus der Bräunleburgesehen stammte, eine beherrschte Erlaubnis eigenmächtig mit aus unserer Kirche das dunnest getriebene Geschick, was es in Litzschach von des Pastors Siegent hat die zallischen evangelischen Kinder zu unterrichten, mit der Erwachsenen zu beten, u. d. S. 14 ff.

² Schlesische Provinzialblätter X. Reisebriefe.

hatten nur Kinder (als Abträger u. s. w.) beschäftigt werden, welche ihrer Schulpflicht genügt haben. Und § 31 der Statuten des Glasmacher- und Glasveredlervereins schreibt ausdrücklich vor, daß nur solche Knaben als Lehrlinge angenommen werden dürfen, welche ihre Schulzeit beendet haben und durch Zeugnisse nachweisen, daß sie sich während ihrer Schulzeit gut geführt und die vorgeschriebenen Kenntnisse erwerben haben. Mit welcher Strenge die Vorschriften jenes Statuts sowie die folgenden Paragraphen betreffend die weitere technische Ausbildung durch Besuch der Zeichenschule u. s. w. ausgeführt wurden, ist weiter oben berichtet worden.

Diese mit zum Teil erheblichen Opfern, seit 1880 eingerichtete Zeichenschule, deren Lehrer von der Hüttenverwaltung besoldet worden war, ist in den letzten Jahren ebenfalls eingegangen, nachdem es schon früher nur durch Zwangsmittel verschiedener Art gelungen war, einen regelmäßigen Besuch derselben zu erzielen. Die Ursachen für diesen Rückgang sind verschiedener Natur. Die über eine ungeheure Fläche verstreuten Wohnungen, welche für die meisten Teilnehmer sehr weite Wege zum Unterrichtslokal notwendig machten, und der Mangel an Zeit zwangen von einer Benützung der Wochenabende zu Unterrichtszwecken abzusehen. Die neuerdings streng durchgeführten Vorschriften über die Sonntagsruhe, welche das Unterrichten an den Fortbildungsschulen während des Gottesdienstes untersagen, verhindert die Ausnützung auch derjenigen Zeit, welche bisher wenn auch nicht ausschließlich, so doch größtenteils Unterrichtszwecken gewidmet worden war. Damit war aber der Untergang jener Bestrebungen besiegelt, denn in den Nachmittagen der Sonntage ist natürlich kein Lehrgang oder jugendlicher Arbeiter mehr zum Besuche der Fortbildungs- oder Zeichenschule zu bewegen.

Ein weiterer Übelstand lag darin, daß der Zeichenunterricht ausschließlich von Technikern erteilt wurde, welche ihre Thätigkeit darauf beschränkten, die nötigen Muster zu verfabriken, sich aber nicht um eine nach pädagogischen Grundsätzen geleitete stufenweise Ausbildung bemühten. Infolgedessen entsprachen die erzielten Erfolge im großen Ganzen weder den gehegten Erwartungen noch den dafür gemachten Aufwendungen.

Der Versuch mit einer Fortbildungsschule, welcher vor mehr als 20 Jahren unternommen wurde, scheiterte schon nach zwei Jahren. Außer den ökonomischen Schwierigkeiten, welche hier ebenso zutreffen wie bei der Zeichenschule, fiel namentlich der Umstand ins Gewicht, daß an den maßgebenden Stellen kein richtiges Interesse für diese Fortbildung vorhanden war und deshalb sich keine Maßnahmen zur Erzwungung eines regelmäßigen Schulbesuchs boten. Überdies zogen die Lehr-

linge und sonstigen jungen Leute, welche bei dem damaligen glänzenden Geschäftsgange durch Ueberstunden u. s. w. noch mehr verdienten als heute, die Tanzbodenfreunden den Unterrichtsstunden ver.

Auch unter den Erwachsenen herrscht der Drang nach Fortbildung und guter geistiger Nahrung. Bis vor einigen Jahren bestand eine größere Anzahl von Vereinen, welche sich die Pflege des Gesanges, der Musik, der Volksbildung u. s. w. zur Aufgabe machten. Mit dem Rückgange des Erwerbslebens trat zwar auch ein Niedergang bei diesen ideellen Bestrebungen ein, doch ist die Betheiligung am Vereinsleben noch immer recht rege. So besteht z. B. in Schreiderhau seit 1876 ein besonderer Verein für Pflege und Verwaltung einer Volks- und Jugendbibliothek, welche es schon auf weit über 1000 Bände Jugendschriften, Werke für die reifere Jugend Bücher naturwissenschaftlichen, geographischen, geschichtlichen und pädagogischen Inhalts, Unterhaltungsschriften und Klassiker gebracht hat. Für einen Jahresbeitrag von 1 Mark erwirbt man die Mitgliedschaft des Vereins und damit die Berechtigung unentgeltlicher Benutzung der Bibliothek, die übrigens auch in der Saison von Sommergästen häufig in Anspruch genommen wird. Ein Teil der Mittel zur Unterhaltung und Erweiterung des Unternehmens wird alljährlich aus dem Reingewinn des Konsumvereins bewilligt, der seit seinem Bestehen in ganzen über 1300 Mark für Bildungszwecke verwendet hat.

Von anderen größeren bzw. wichtigeren Vereinen sind die Sektion Schreiderhau des Riesengebirgsvereins (seit 1880), der Männerturnverein (seit 1861), der Verein der freiwilligen Feuerwehr (seit 1875) der Militär-Begräbnisverein (seit 1857) erwähnenswert, deren Mitglieder sich zum großen Teile aus Glasmachern, Glasachleutern, Schneidern, Malern u. s. w. rekrutieren. Ähnliche Vereinigungen (Turnvereine, freiwillige Feuerwehren, Sektionen des Riesengebirgsvereins u. s. w.) bestehen auch in Petersdorf, Hermisdorf und Warau-Brann.

Die Moral und Sittlichkeitsverhältnisse der Glasarbeiter im Hirschberger Thale sind seit 25 Jahren immer besser geworden. Die damals bei den glänzenden Einnahmen der Arbeiter in den 60er Jahren beherrschte höchst lüderliche und rohe Lebensweise derselben, namentlich der Schleifer, ist heute in ihrem Umfang unbekannt, ein Erbg. der in erster Reihe dem immer wachsenden Uebersatze mit besser situirten, gebildeten Fixanden zuzuschreiben ist. Dieser Verkehr hat auf die gesamte Bevölkerung veredelnd gewirkt, wie bei vieler Gelegenheit deutlich hervortritt.

Ganz geschwunden sind inbessen gewisse Laster nzel nicht. Einem Teile der Schleifer wird auch heute noch eine

gewisse Vorliebe für den Branntwein nachgesagt, und zwar will man die Erklärung dafür in dem die Kehle mit einer brennenden Trockenheit erfüllenden Schleifstaube finden. Nach den früheren Erörterungen über die Störungen, welche die Berufstätigkeit der Glaskleifer auf die einzelnen Organe des Körpers bezw. auf die Gesundheit im ganzen ausübt, erscheint diese Erklärung wenig zutreffend. Viel wahrscheinlicher ist es, daß die Schleifer, namentlich die noch verhältnismäßig gering gelohnten jungen Leute, durch den Branntwein ersetzen, was die gebildeten anderen Glasverdreher und die älteren Schleifer wegen ihres besseren Verdienstes im Bier und in anderer Weise sich leisten.

Auch die vor dem Glaskleifer oder den Einbrennöfen der Mäher arbeitenden Glaskanister sollen infolge der regelmäßigen starken Hitze hin und wieder großen Heng zum Trunke erkennen lassen und dann nach einer längeren, angestrengten Arbeitsperiode auf einen bis zwei oder noch mehr Tage verschwinden, ohne daß man weiß, wo sie sich befinden. Sie scheinen dann in Gemeinschaft von Kameraden, mit denen sie förmliche Vereinigungen zu allerhand Gelagen bilden, sich in den benachbarten Orten, auch auf böhmischer Seite, herumzutreiben und von einem Kneipgelage zum andern zu ziehen. Natürlich spielt auch das weibliche Geschlecht dabei eine nicht unwichtige Rolle.

Ein solcher Lebenswandel findet ab und zu einen schnellen schrecklichen Abschluß durch Mord oder Selbstmord, häufiger durch ein langsamer oder schneller zum Tode führendes Lungentod, dessen Gefährlichkeit auf diese Weise verstärkt, wohl gar erst herbeigeführt werden ist. Immerhin sind solche Fälle nicht häufig, und man kann nicht mehr wie vor 20 und mehr Jahren allgemein behaupten, daß man die Schleifer oder anderen Glazarbeiter einem hederlichen Lebenswandel rücksichtslos in die Arme werfen.

Einen Maßstab für die Sittlichkeitsverhältnisse, wenn auch einen nur sehr bedingten, bildet die Häufigkeit der unehelichen Geburten. Im Durchschnitt der Jahre 1885—87 kamen in den drei Glasindustriestädten Schreiberhau, Petersdorf und Hermadorf auf 1000 Geborene 130 uneheliche, und zwar in Schreiberhau 144, in Petersdorf 135 und in Hermadorf 107¹. Da im Kreise Hirschberg in derselben Zeit auf 1000 überhaupt Geborene 140 uneheliche entfielen, so steht das Zahlenverhältnis in dieser Beziehung eher günstiger da als die benachbarte Umgebung. Ueber es darf nicht un erwähnt bleiben, daß der starke Fremdenverkehr, besonders der Besuch zahlreicher Touristen, in dieser Hinsicht wahrscheinlich von

¹ Einschließlich Wismabrunns wurde auch die Verhältniszahl auf 131 stellen für letzteren Ort beträgt die 128

größeren Einflusse ist. Wenigstens spricht dafür der Umstand, daß zwei Fünftel aller unehelichen Kinder der Berichtspersonen Dienstmädchen, Hotel- und Restaurant-schleußerinnen u. s. w. zu Mittern haben, während Industriearbeiterinnen und weibliche Personen von anderen Berufsarten weniger zahlreich vertreten sind. Wieviel von den unehelichen Geburten auf das Konto der in der Glasindustrie beschäftigten Personen kommen mögen, ist nicht festzustellen. Die wenigen unehelich Geborenen, deren Mütter in der Glasindustrie tätig sind, gestatten hinsichtlich der sittlichen Führung dieser Arbeiterinnen ebenfalls keine Schlüsse. Der Vollständigkeit wegen sei nur erwähnt, daß von den überhaupt Geborenen, deren Eltern bzw. Mütter Berufstätige der Glasindustrie sind, nur 4,52% uneheliche waren gegen 13,02% bei der Gesamtbevölkerung der vier Orte, 18,48% bei den Erwerbstätigen von Ackerbau und Viehzucht und 7,50% bei denjenigen von Industrie und Gewerbe überhaupt.

Über die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern ist folgendes zu berichten:

Schon von alters her genossen die Berufstätigen der Glasindustrie hier und in den anstossenden böhmischen Gebieten, bei hoch und niedrig ein bedeutendes Ansehen und erfreuten sich gewisser Vorzüge vor anderen. So waren die Glashüttenbesitzer (Glasmeister) und später die Schleifstuhlbeseitzer und selbständigen Glaskhneider regelhäßig von allen Dienstleistungen für die Herrschaft befreit. Die Glasmeister hatten außerdem das Recht, sich von den übrigen Untertanen der Herrschaft gewendert zu halten; sie besaßen z. B. in der Kirche einen bevorzugten Platz. Auch das Verhältnis zwischen ihnen bzw. den Selbständigen der Veredelungsindustrie und ihren Arbeitern war ohne Zweifel in älterer Zeit, bis in den Anfang dieses Jahrhunderts, ein durchaus zufriedenstellendes. Bei der Schwierigkeit geeigneten Ersatzes, bei den Vorteilen, welche geschickte, seit langen Jahren eingearbeitete Gehilfen gerade für diese Industrie boten und bieten, lag es im eigenen Interesse der Glasmeister, der Glaskhneider, Schleifer und Maler, sich ihre Leute zu halten. Klagen über die Untonmässigkeit der Arbeiter oder über die Ungerechtigkeit der Herren, kommen deshalb in älterer Zeit gar nicht vor.

Am Anfange dieses Jahrhunderts haben die napoleonischen Kriege, welche in Deutschland alles Bestehende über den Haufen warfen, so daß zeitweise gar keine Autorität vorhanden war, nicht wenig zur Verwilderung der unteren Volksklassen beigetragen. Dazu kam die traurige geschäftliche Lage, welche die Folge jener Kriegszüge war und die u. a. den böhmischen Glashandel vollkommen ruinierte. Natürlich wurde auch die Glasherstellung am Veredelung vollständig lahm gelegt

und Tausende fleißiger Hände waren gezwungen zu fern. Dabei wurden die Acker gar nicht oder nur ganz ungenügend bestellt, wen niemand Lust hatte, sich das Produkt sauren Schwefels von den Huten der Pferde zertreten oder von übermühten fremden Kriegern wegnehmen zu lassen, so daß eine schwere Teuerung die unausbleibliche Folge war. Unter diesen Umständen entschlossen sich denn viele böhmische Glasarbeiter zur Auswanderung. Der größte Teil kam nach Preußen und brachte hier Aufregung und Unzufriedenheit in die Arbeiterkreise, so daß sich die Liegnitzer Regierung zu den energischen Massregeln veranlaßt sah, welche weiter oben geschildert wurden und in dem Huttenreglement ihren treffenden Ausdruck fanden.

Seit jener Zeit kommen ebenfalls keine Klagen über schlechte Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Glasarbeitern mehr vor. Die Eharicatangen, welche der Glasmacher- und Glasverordlerverein tra, die mit demselben verbundene Kranken- und Sterbekasse sowie namentlich die Pensionskasse, zu denen die Arbeitgeber namhafte Beiträge (die Hälfte der Arbeiterbeiträge!) spendeten, beweisen vielmehr, daß den Arbeitgebern das Wohl ihrer Arbeiter am Herzen lag und daß sie sich bemühten, dasselbe in jeder Weise zu fördern. Während der Gründerperiode, wo allерorten Streiks wegen höherer Löhne und günstigerer Arbeitszeit ausbrachen, namentlich auch unter den übrigen Industriearbeitern der schlesischen Gebirgskreise, kam in der Glasindustrie nichts derartiges vor, weil die Arbeitgeber es verstanden, den Wünschen ihrer Arbeiter gewissermaßen zuvorzukommen und freiwillig das zu gewähren was bei anderen erst ertritten werden mußte.

Die Uebers der großen Firmen, die Leiter und Beamten der Schaffgesellschaften Huttenverwaltung verschmähen es heute so wenig wie damals, an den Festen, welche die Arbeiter der einzelnen Branchen alljährlich einmal oder öfter zu feiern pflegen, persönlich in freundschaftlicher Weise teilzunehmen. Und sonntags sieht man die größeren und intelligenteren unter den hausindustriellen Veredlungskünstlern am Stammtische in diesen oder jenem Gasthause in Gemeinschaft mit den Beamten der Huttenverwaltung oder dem Comptoir und Verwaltungspersonal der Glasfabriken sitzen und in freundschaftlicher Weise verkehren; gewiß alles Beweise für gesunde sociale Verhältnisse.

IV. Schlufsbetrachtungen.

Die in den vorstehenden Abschnitten geschilderten früheren und gegenwärtigen Verhältnisse der Hirschberger Glasindustrie und ihrer Arbeiter haben folgen los erwiesen:

1. Die Glasindustrie in den Thälern auf der jetzt preussischen Seite des Riesengebirges gehört zu den ältesten gewerblichen Beschäftigungen der Gebirgswohner und hat vermöge verschiedener günstiger Lokalbedingungen sowie unter dem früherer Zusammenwirken strebsamer Berufsstätiger und wohlthätiger Obrigkeiten einen nicht unbedeutenden Theil jener Bewohner Beschäftigung und Nahrung gebracht.

2. Namentlich seitdem die betreffenden Gebiete unter preussische Herrschaft gekommen sind ist durch die weisen Künste und Fürsorge der Regierung bzw. durch geeignete Maßnahmen trefflicher Beamter ein reges Aufblühen dieses Industriezweiges eingetreten, das durch einen ausgezeichneten Fachmann in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts den Bezugsweisen einen Wohlruf, der ganzen Gegend Wohlstand, der Bevölkerung eine hohe Stufe technischen Könnens verschafft hat.

3. Die materiellen, geistigen und sozialen Verhältnisse der in diesem Industriezweige beschäftigten Arbeiter sind durchschnittlich günstiger und zufriedensstellender als in vielen Gegenden des Vaterlandes und in der meisten anderen, h. Industriezweigen.

4. Dagegen haben das starre Festhalten an den vor einem halben Jahrhundert eingeschlagenen Produktionsmethoden, ungünstige Konjekturen, eine starke und gefährliche Konkurrenz in den benachbarten Gebieten sowie namentlich schwierige Verkehrsverhältnisse in jüngerer Zeit eine Vertreibung der Produktion, eine Verminderung des Absatzes und demgemäß einen Rückgang der Industrie im ganzen zur Folge gehabt, welcher auf die Dauer den Wohlstand der Gesamtbevölkerung jener Gegend beeinträchtigen muß.

5. Bei den Arbeitern bedürfen die sittlichen, besonders aber die Gesundheitsverhältnisse einer durchgreifenden Verbesserung. Auch in technischer Beziehung sind weitere Fortschritte erwünscht.

Zu den Punkten 4 und 5 sollen im folgenden einige Bemerkungen und Vorschläge gemacht werden, welche vielleicht Anregung zur Beseitigung der Uebelstände geben können.

Die gräflich Schaffgotschensche Hüttenverwaltung hat einen aristokratischen Anstrich. Sie ist in erster Linie darauf bedacht, den alten Ruf des Etablissements zu erhalten, selbst auf die Gefahr hin, ihren Abnehmern höhere Preise anrechnen zu müssen als sämtliche Konkurrenten. Das ist ihr im all gemeinen gelungen; die Güte ihrer Erzeugnisse ist anerkannt. Jedoch innerhalb ist trotz der höheren Preise regelmäßig beschäftigt. Trotzdem ist nicht in Abrede zu stellen, daß die Leistungsfähigkeit derselben nicht mehr in dem Maße gewar digt wird, wie sie es verdient und wie es früher der Fall war.

Beweis dafür ist der stetige Rückgang der Arbeiterzahl und des Absatzes und der höchst wichtige Umstand, daß nach allen, auch von autoritativer Seite gemachten Mittheilungen die Hütte seit längerer Zeit keine Überschüsse mehr abgeworfen hat, sondern die gräfliche Kameralverwaltung froh ist, wenn keine Zuschüsse erforderlich sind¹.

Daran ist die Hüttenverwaltung zum Theil selbst schuld. Sie hält es seit längerer Zeit — irren wir nicht, seit der Weltausstellung in Wien im Jahre 1873 — nicht mehr für nötig, Ausstellungen zu beschicken, nachdem sie auf 12 denselben Preismedaillen oder Ehren diplome erhalten hat. Das ist ein geschäftlicher Fehler in einer Zeit, in der die Reklame sich als eine Macht erwiesen hat auch für solide Unternehmungen. Ausstellungen sind überdies nicht nur dazu da, um das eigene Können zu zeigen und zugleich im Anschluß daran gute Geschäfte abzuschließen, sondern auch um zu lernen, und sie können in letzterer Beziehung der weiteren Entwicklung eines Geschäfts nützlicher werden als jene auf Grund der ausgestellten Objekte gemachten Abschlüsse. Die Geschichte der Josephinenhütte bietet, wie weiter oben dargestellt wurde, den besten Beleg dafür.

Die Hüttenverwaltung perhorresziert ferner die Fabrikation von Massenartikeln. Einmal hält sie es nach der bisherigen Führung der Produktion gewissermaßen für unter ihrer Würde, zweitens glaubt sie dabei wegen ihrer hohen Produktionskosten nicht konkurrieren zu können. Das ist abermals ein Fehler. Der erste Grund scheint dadurch hinfällig zu werden, daß, wie früher berichtet wurde, zur Zeit gewisse Massenartikel oder doch solche Gegenstände, welche denselben sehr nahe kommen (Schutzgläser für Torpedolampenkessel, Glasfabrikate für die elektrische Beleuchtung, einfachere Trink- und Liquorservice u. s. w.), tatsächlich hergestellt werden. Der zweite Grund läßt sich aber sicherlich beseitigen, und zwar nicht durch Herabdrücken der Arbeitslöhne — deren Höhe gegenüber den beheimischen immer ins Feld geführt wird —, sondern durch Herstellung günstigeren Verkehrs und demzufolge billiger Transportbedingungen u. s. w. Die Sekundarbahn Hirschberg-Petersdorf ist im Bau; die Ausdehnung dieser Strecke über Schreiberhau nach der Landesgrenz einerseits sowie die Verbindung von dort (Neuwelt) nach der nächsten beheimischen Station andererseits ist bereits ernstlich ins Auge gefaßt².

¹ Von bestinformierter Seite (vgl. Nr. 208 der „Schlesischen Zeitung“ vom 23. März 1889) wird sogar behauptet, daß die Josephinenhütte vom gegenwärtigen Besitzer Grafen Ludwig Schadowitz nicht viel weniger als eine halbe Million Mark Zuschuß erfordert habe.

² Vorbereiten für die Strecke Petersdorf-Schreiberhau-Landesgrenz sind bereits im Jahre 1884 gemacht worden, über den Ausfall derselben ist uns nichts Näheres bekannt geworden. Dagegen ist Ende März 1889

und dürfte keine bedeutenden Schwierigkeiten bieten. Dadurch wird aber zweierlei erreicht: der Anschluß an die schlesische Gebirgsbahn würde den billigen Bezug der Steinkohle aus dem benachbarten Waldenburger Revier gestatten und die teure Holzfeuerung beseitigen. Ferner würden die Transportkosten für die Erzeugnisse der Hirschberger Glasindustrie wesentlich vermindert werden. Die Eisenbahnverbindung nach Böhmen würde für Karlsthal und Hoffnungsthal ähnliche Vorteile bieten, vorausgesetzt, daß der Verkehr durch österreichisches Gebiet zwischen diesen beiden Wohnplätzen sowie zwischen Schreiberhau und Hoffnungsthal freigegeben würde. Letzteres ist bei den heutigen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn kaum zu bezweifeln, wenn ernsthafte Schritte dazu bei passender Gelegenheit unternommen werden. So, wie die Dinge heute liegen, ist die Karlsthaler Hütte mit ihren primitiven Einrichtungen überhaupt nur noch existenzfähig wegen der billigen Arbeitskräfte. Dieselben sind mangels jeder anderen Arbeitgelegenheit auf Beschäftigung durch die Hüttenverwaltung angewiesen und können sich wegen der billigen Wohnungen auch mit einem mäßigeren Lohne begnügen wie die Schreiberhauer Arbeiter.

Ein wesentlicher Faktor für die Vermehrung der Fabrikation ist die Erhöhung des Absatzes. Nachdem das Hauptabsatzgebiet früherer Zeit, England, verloren gegangen ist und auch der Verkehr mit Amerika immer mehr zurückgeht, muß es das Hauptbestreben der Hüttenverwaltung sein, ihren Fabriken neue Absatzgebiete zu erschließen. Das ist zum Teil schon geschehen. Mehr als die Hälfte der Erzeugnisse wird gegenwärtig in Deutschland abgesetzt; Verbindungen nach Italien, Serbien und Rumänien sind angeknüpft, doch bisher mit geringem Erfolge. Ein weiteres Eingehen auf die Bedürfnisse dieser neuen Gebiete dürfte zu lebhafteren und lohnenderen Beziehungen führen, besonders wenn die kaufmännische Leitung des Unternehmens es sich angelegen sein läßt.

in einer Versammlung zu Tannwald in Böhmen, in der über den geplanten Ausbau der Eisenbahn Gablitz-Tannwald beraten wurde, eine Resolution einstimmig angenommen worden, daß der Weiterbau derselben als Vollbahn für den schweren Güterverkehr berechnet in der Weise erfolge, daß eine Fortsetzung nach der Landesgrenze bei Hirschberg später möglich sei. Die Resolution wurde dem österreichischen Handelsministerium direkt zur Kenntnisnahme mitgeteilt. (Breslauer Zeitung Nr. 225 vom 29. März 1889.) Eine neuere Nachricht (vgl. Breslauer Morgenzeitung Nr. 93 vom 19. April) besagt, daß sich die Gesellschaft zum Ausbau der Reichenberg-Gablitz-Neuwalde Eisenbahn bereits am 14. April d. J. in Tannwald konstituiert hat.

Wie dem „Neuen Görlitzer Anzeiger“ geschrieben wird, ist die preussische Regierung zu dem Bau der Strecke Hirschberg-Landesgrenze entschlossen, wenn die Möglichkeit einer bedeutenden Kohlenausfuhr aus den schlesischen Kohlenrevieren nach Österreich zu gewärtigen wäre.

den Konkurrenten mit allen zulässigen Mitteln zuvorkommen, die Bedürfnisse der neuen Absatzgebiete selbst zu erforschen oder durch geeignete Kräfte erkunden zu lassen, kurzum, wenn an Stelle der bisherigen aristokratischen Verwaltungsweise das geschäftliche Prinzip stärker betont wird¹⁾.

Ob eine Erhöhung der Glaszölle die starke böhmische Konkurrenz beseitigen oder ermäßigen würde, wie seitens der Hirschberger Glasindustrie allgemein angenommen wird, mag vorerst dahingestellt bleiben. Diese Frage kann ohne Berücksichtigung der anderen schlesischen Hütten nicht entschieden werden und wird besser bei einer Darstellung der schlesischen Glasindustrie im ganzen, die wir uns vorbehalten, untersucht werden müssen.

Die Glasveredelungsindustrie, der wir ihren aus Fabrik- und Hausindustrie gemischten Charakter gern erhalten wissen wollen, kann ebenfalls zur weiteren Entwicklung der Hirschberger Glasindustrie wesentlich beitragen und zwar dadurch, daß sie sich bemüht, ähnlich wie das H. Schaffgotsch'sche Hüttenverwalter von jeher gethan hat, einen größeren Theil ihrer Arbeiter als bisher an die Scholle zu fesseln. Es kann wenigstens für diesen Industriezweig, doch nicht als normal bezeichnet werden, wenn seitens mancher Raffinerieen zur Effektuierung jedes größeren Auftrags so und so viele fremde Arbeiter aus allen Richtungen der Windrose zusammengetrommelt werden müssen, um nach kurzer Zeit, nach Beendigung ihrer Aufgabe, wieder ebenso plötzlich entlassen zu werden. Sowohl die technische Leistungsfähigkeit wie die moralische Qualifikation dieser vagierenden, meist böhmischen Arbeiter ist häufig nicht befriedigend, und dabei beziehen sie für die Zeit ihrer Beschäftigung meist einen höheren Lohn als die gut eingearbeiteten, zuverlässigeren einheimischen Arbeiter. Im Interesse des Rufes der Hirschberger Glasveredelung scheint uns hier eine Änderung des Verfahrens nötig zu sein.

Die Besserung der Arbeiterverhältnisse nach den gewöhnlichen Richtungen scheint noch leichter erreicht werden zu können wie die der Lage der Glasindustrie.

Was zunächst die Hebung der Sittlichkeit angeht, so wird dieselbe am besten durch eine Förderung der allgemeinen und fachlichen Bildung bewirkt werden können. Thatsächlich

Gegenwärtig läßt die Heckertsche Glasraffinerie in Petersdorf eine neue Hütte erbauen, um sich bezüglich des Rohglases von der Josephinenhütte und der böhmischen Hütten, aus denen sie einen Theil ihrer halbfertigen Waren bezog, unabhängig zu machen. Vielleicht gelangt es der drohenden Konkurrenz die durch den in kurzem bevorstehenden Anschluß an das Verkehrsnetz gegenüber der Josephinenhütte zunächst bevorzagt sein würde, letztere schneller zu geeigneten Maßnahmen zu bewegen, als es die triftigsten Gründe vermöchten.

sind die weiter oben geschilderten Umstände bei den allgemein und technisch höher gebildeten Glasmachern, Glasschneidern und Glasmalern viel weniger vertreten als bei den Schleifern, und es steht demnach zu hoffen, daß eine allgemeine Hebung des Bildungsstandes recht günstig in stütlicher Beziehung einwirken wird. Es empfiehlt sich also die Einführung eines obligatorischen Fortbildungsunterrichts, dessen wichtigster Theil der Zeichenunterricht sein mußte. Wird letzterer, wie früher, rein nach technischen Gesichtspunkten erteilt, so sinkt er zu einer mechanischen Thätigkeit herab, deren erziehlischer und bildender Einfluß nur gering sein kann. Wird der Zeichenunterricht aber in organischen Zusammenhang mit anderen Unterrichtsgegenständen, namentlich mit der Naturkunde, gebracht, so dürften die Resultate recht erfreuliche werden. Auch Modelliren müßte für einzelne strebende Schüler gelehrt werden und würde denen, die später Glasmacher werden, gewiß von erheblichen Nutzen sein. Wenn dann in den Lehrplan der Volksschulen in den betreffenden Gebirgsdistricten noch die erziehliche Krabenlandarbeit aufgenommen würde, so ist u. E. ganz sicher zu erwarten, daß auf diese Weise die große Gewandtheit, das scharfe Augenmaß und der künstlerische Geschmack, durch die alle geschickten Glasarbeiter sich auszeichnen, in völlig ausreichendem Maße erworben werden.

Bedingung für eine gezielte Entwicklung der Fortbildungsschule ist, daß dieselbe allen Beteiligten leicht zugänglich gemacht wird. Bei den großen Entfernungen und der Schwierigkeit des Verkehrs im Winter der geeignetsten Zeit für solche Bestrebungen, genügt es also nicht, an einer Stelle des gewöhnlich ausgedehnten Gebietes eine solche Anstalt einzurichten, vielmehr müssen mehrere, räumlich richtig verteilte, parallele Abtheilungen vorhanden sein, z. B. in Hermisdorf und Petersdorf je eine und in Schreinerhau mehrere. Da in Schreinerhau sechs Volksschulen vorhanden sind, so kann die Erfüllung dieses Wunsches keine besondere Schwierigkeiten verursachen.

Ein großes Bildungsmittel für Arbeiter einer kunstgewerblichen Industrie sind Museen. Neben bildet den Geschmack sowie die ausführende Geschicklichkeit eines Arbeiters mehr als alles andere.“ — Und gerade dafür werde in angrenzenden Rachenberger Bezirke und in ganz Böhmen und Österreich viel gethan. So schrieb der verstorbene Franz Pohl am 2 April 1883 in seinem letzten Gutachten über die Hebung der Hirschberger Glasindustrie. Und wie steht es damit in der fraglichen Gegend? Wir haben schon bei der Gründung der Josephinenhütte erfahren, daß durch die Energie eines Mannes, dem Franz Pohl, die Hirschberger Glasindustrie und die gesamte Gebirgsindustrie viel verdanken, des Regies

rungsrates von Minutoli, derselbe Gedanke vor 30 Jahren in die That umgesetzt wurde. Ein solches Museum wie es die Arbeiter der Glasindustrie brauchen, ist da, nur kann es zur Zeit von ihnen nicht benutzt werden! Man schaffe die Abteilung für Glasindustrie der Minutolschen Sammlung von Laegnitz nach Schreiberhan, ergänze sie hier aus den älteren Beständen der Karlsthaler und Jonschminshütte, führe ihr regelmäßig die Muster zu, welche auf Ausstellungen, auf Messen und bei anderen Gelegenheiten seitens der Hüttenverwaltung erworben worden, ebenso schön geratene Exemplare der gegenwärtigen eigener Fabrikation, benutze dieselben als Muster beim Zeichnen und Modellieren und führe den Schülern an der Hand dieser Musterentwürfe die Geschichte der Glasindustrie, die Bedeutung der einzelnen Perioden, die verschiedenen Arten des technischen Verfahrens i. a. w. vor. Was die Reichenberger Industrie fertig gebracht hat, wird auch der Hirschberger gelingen!

Wenn die freie Zeit der jugendlichen Arbeiter in der Glasindustrie in dieser Weise ausgefüllt wird, so verbessert sich ein leichterer Lebenswandel für die große Mehrzahl derselben ganz von selbst. Statt mechanisch abgerichteter wird man intelligente Arbeiter herankommen, welche Lust und Liebe für ihr Gewerbe empfinden und Freude an dem Gelingen ihrer Werke haben.

Am leichtesten ist eine Besserung der Gesundheitsverhältnisse herbeizuführen. Alle diejenigen, welche in stark mit Staubgeschwängerten Räumen arbeiten müssen (Poacher, Hafennmacher, Glasschleifer und Glasschneider), sollten durch Polizeiverordnung gezwungen werden, nur mit Respiratoren oder angefeuchteten Schwämmen zu arbeiten, die nach Bedürfnis zu reinigen bzw. zu erneuern sind. Auch dürfte sich für solche Stauborte eine leichte, zum schnellen Überwerfen eingerichtete Arbeitskleidung, die auch den Kopf schützt und täglich in geeigneter Weise gereinigt wird, empfehlen¹.

Bei den Glasschleifern und Glasschneidern ist außerdem die Festsetzung eines Minimal-Luftvolumens und eine Verbesserung der Apparate dringend notwendig, um eine gesunde Körperhaltung zu ermöglichen. Besonders schwerfällig ist die Handhabung des Schleifapparates, weil sowohl die Schleifmühle und ihre Einrichtung wie die benutzten Werkzeuge im allgemeinen noch

¹ Die Alters- und Invaliditätsversicherung wird in jener vorbeugenden Richtung gewiß ebenso günstig wirken wie das Unfallversicherungsgesetz auf die Entwicklung des Arbeiterschutzes, namentlich der Unfallverhütung. Was seitens der Glaserutzgenossenschaft in letzterer Beziehung bisher geleistet worden ist, konnte ich trotz vielfacher Bemühungen leider nicht ermitteln. Man hat meine Anfragen einfach unbeantwortet gelassen. Daß die Glaserutzgenossenschaft noch keine Unfallverhütungsvorschriften erlassen hat, ist mir natürlich bekannt.

denselben primitiven Zustand aufweisen, den sie schon vor alters hatten. Seit zwei Jahrhunderten hat sich fast weiter nichts geändert, als die bessere Vorbildung der Schleifer und die daraus resultierende grössere technische Geschicklichkeit! Sowohl an den Schleifmühlen wie an den Werkzeugen sind aber sicherlich noch viele Verbesserungen anzubringen, und es bietet sich hier der Erfindungskraft der Techniker günstige Gelegenheit zu segensreicher Bekundung.

A n l a g e n.

Anlage Nr. 1.

Quelle: Landbuch von Schweidnitz-Jauer im Königl. Staatsarchiv zu Breslau.

I.

(Band A. Fol. 7.)

Sydil Molsteyn hat vorkoufft alden Kunczen glaser die glasehutte in dem Schribirshau mit allim rechte alz er sy selbir gehabt hat vnd die do lyt in dem wichbilde zu Hirsberg im syne erbin vnd nochkomen. Do hat der herzoge zyne willen zu gegeben. Gegeben zu Strittvorwerk am Fritage vor Sente Lorenzen tak. Noch Gottes gebort anno Dom. 1866. (7. August 1866.) Dez sint geczuk hir Heynke von Sydlicz, hir Peczolt von Betschow, hir Nickl von Syfrydow, Nickl Bolcze, Nickl Sachenkirche, N. von Nebiltshicz, Petir von Szedlicz lantschriber.

II.

(Band C. Fol. 24.)

Thome Kegil. Bekennen etc. daz wir von unsin furstlichen gnade die glasehutte zum Schreibershow yn dem wichbilde zu Hirsberg gelein mit allim zogetanem rechte nucze geniesse vnd fruchberkeit alz sie von aldurs gelein hat Thomasen Kegil vnd seinen erbin gelegin vnd gelangit haben. Ewiglich zu habin vnd vngehendirt zu besiczen zu vorkouffen etc. Mit vrkund etc. Gegeben zue Sewidnicz anno Dom. 1871 in die Sanctae Trinitatis. (1. Juni 1871.) Do bei sint gewest hir Joh. Bolcze vnsir houemeistir, hir Fred. vom Pechwinkel, hir Reinischke Schoff, hir von Czech, hir Nickol von Czeiskeberg, N. von Sachinkirch vnd hir Petir von Nebiltshicz.

III.

(Band C Fol. 41)

Kuncz Kone glaser de Hirsberg.

Thomas Kegel hat vorkoufft dem alden Cunczen gleser von Hirsberg vnd seinen erben die glasehutte yn dem Schreibershow yn dem weichbilde zu Hirsberg gelegen mit allen iren zugehor alz sie von aldins gelegen ist vnd leit vnd mit allem rechte nucze vnd geniecze alz er sie selbir etc. Ewiglich vnd vnghindirt zu haben vnd zu besiczen etc. Dat. Sweidnicz vigilia conversionis Sancti Pauli anno Dom. 1372. (24. Januar 1372.) Praesentibus Mart. Bolez magistro curiae, Gotsche Schof, Franczone de Reideburg plebano, Joh. Schildow advocato hereditario, Nitschcone Heudon (?), Apeczcone Flachenseifen opidanis in Hirsberg et domo Petro de Nebiltschicz proto-notario.

Anlage Nr. 2.

(Quelle: Familienpapiere der Glasmeister Prensler.)

I. Extract

der jährlichen zinsen von der glasshütten an der
Weißbach, wie hernach folget, als

thall. grs.

Wegen dess brau vrbars vnd wafs sonsten bey auff-
bauung der herrschafft eingehandelt
jährlichen der herrschafft 1 schock wein gläser
ohne entgeldt,
vnd wen die herrschafft vor ihre haufshaltung oder
sonsten kleine scheiben, oder thrue glass von
nöthen, sohl eine thrune nicht höher als nur 4.
thaller, eine thrune durchsichtige vmb ein vnd
zwanzig thaller, eine thrune rauthen scheiben vmb
zehen thaller, zu geben vor pflichtet seyn.
von dem brau vrbar jährl: zum zins eine halbe
thrune rauthen scheiben,
erbzinsen von der glasshütten, vnd dem erkauff-
ten stücke erbgrundes auff

	S. Walpurgis . . .	18	—
	S. Michaelis . . .	18	—
wegen der 4 acchner von iedem 1 thl. W. . .		2	—
	M. . .	2	—
wegen der windtrütche vnd liegenden holzes			
	S. Walpurgis . . .	—	18
	S. Michaelis . . .	—	18
	Lat.	41	—

Jährlich Michaely Zinsen

Term. Mich: Erb Zins von dem erkaufte Grund	41 Fl.	21 Xr.
Von 2 Wiesen Stücken	1 "	30 "
Von der Mühle	24 "	— "
Boden Zins von ein besonders begränzt Ge- räume	8 "	— "
Mahl Zins an zugeschlagene Mahlgäste	27 "	— "
Zins von der Bier-Brauerey	15 "	— "
Professions Zins vom Schlachten	2 "	24 "
Schleifwerks Zins. (ist dies Wasser Zins?)	1 "	30 "
	<hr/> 120 Fl. 45 Xr.	

Carlsthäl.

Von Feuer Gedinge, wegen der Wind-Brüche und liegenden Holtze	1 Fl.	12 Xr.
1756 der neue Boden Zins des zur Carlsthäler Hütte begränzten Bodens	4 "	— "
Wald-Zins von 4. Aschebrenner pr. 1 Thlr. schlesisch zu 72 Xr.	4 "	48 "
	<hr/> 10 Fl. — Xr.	
	<hr/> thut 130 Fl. 45 Xr.	

oder 87 Thlr. 5 Sgr.

III. Hermsdorff u./Kynast den 15. December 1823.

Der Glafs Fabricante Herr Preusler in Schreiberhan hat
zeithero pro Term: Michaeli an Herrschaftl. Grund Zinsen
entrichtet 101 Rthl. 15 sgr.

1823 aber sind entfallen

1. Die Halbscheid vom Hoffnungsthaler

Compositions Ofen . . 13 Rthlr. 10 sgr.

2. Die Halbscheid vom

Schleifwerk daselbst . . 1 " — "

14 "	10 "
<hr/>	
verbleiben 87 Rthl. 5 sgr.	

Dagegen tritt zu

Laut neuere Abkommen von der neuen

Hoffnungsthaler Glafshütte und zwar von 4

Compositions Ofen a 8 Rthlr. Cour. . . . 32 " — "

Mithin hat Herr Preusler pro 1823 zum

1^{ten} Mal zu Zinsen 119 Rthl. 5 sgr.

Ringelheim.

Anlage Nr. 3.

„Qu. 10: Familienpapiere der Glasmeister Preusler;

„Abschnitt.)

Bei geachteter Nachricht wegen der allhiesigen Glashütte Erbauung und Beschaffenheit wird in Allen dieser Bericht ertheilt, und zwar:

Ad Qu. 1. Wenn die allhiesige Glashütte erbaut worden?

R: Anno 1617 in eiren Monat Martij, hat nach hoher Ceneccien und erhaltenen Begnadigung der Hochrathsgräflichen Herrschaft von Schaßgotsch, die allhiesige Glashütte auf seinen Unkosten erbauet weiland Meister Wolfgang Preusler, und ist darinnen an St. Martini zu arbeiten angefangen worden. Dieser Meister Wolfgang Preusler ist gestorben 1629, am Oster-Montage, und nach Schreibarnu begraben worden.

Ad Qu. 2. Wer sie erbauet und von Zeit zu Zeit besessen?

R: Wie bereits gemeldet, hat sie weiland Wolfgang Preusler in angedeuteten 1617 Jahre erbauet, und bis zu seinem Absterben ungetrütet besessen. Nachmalig ist dessen hinterlassener Sohn Hanns¹ Preusler Besitzer davon geworden, dieser ist gestorben 1668 im 72 Jahre seines Alters. Nach Absterbung dessen ist Herr Johann² Christoph Preusler als Sohn in die Besizung der Glashütte getreten, welcher 1706 den 29 Januar im 68. Jahre seines Lebens Seel. verblieben. Jetziger Besitzer davon ist³ wie bekunt, der nach Gottes Willen noch Lebende Herr Johann Christoph Preusler.

Ad Qu. 3. Ob Sie einen besondern Namen haben?

R: Sie wird bis Schreibermansche Glashütte an der Weisbach geheissen, man nennt sie auch sonst noch h. Hochgräflich Schaßgotschische Glashütte.

¹ Ursprünglich stand Johannes da und Hanns ist übergeschrieben. An dem Ende findet sich dazu mit roter Tinte in neuerer Schrift folgende Bemerkung: „Dieser Hanns Preusler erbt im Jahre 1641 das Künigl. Privilegium über die Mene der Braueren und Bodneren.“ Der betreffende Gnadensbrief ist abgedruckt bei Warckner a. O. S. 192, das Original befindet sich im Hs. des gegenwärtigen Direktors der Josephinen-Entz. 4. Teil und soll der Bibliothek zu Würzburg einverleibt werden. Und etwas weiter darunter: „er starb 1668 an Schläge.“ Ein Torkelstein an der StraÙe, wo er starb, ist bezeichnet mit Namen und Jahres-Zahl.

² Ober darüber steht Hanns das Wort ist aber wieder ausgetreten.

³ Daneben mit roter Tinte wie bei „Nachdem nach diese Schrift bei Lebzeiten des Hrn. Joh. Christoph Preusler gefertigt sein, im Jahr 1706.“

Ad Qu: 4. An welchen Oertern sie gestanden?

R: Sie ist wie obenfalls oben schon bedeutet worden auffallend erhl. angewiesener Stelle und auf Hoch Obrigkeitl. perpetuelle Concession erst von weiland Wolfgang Preusker vor seine Unkosten erbauet worden, und zwar anter der Regierung Ihro in Gott ruhenden Hoch-Reichsgräfl. Exzellenz: Herrn Herrn. Hanns Ulrich von Schaffgotsch. Sondern sollen um das Schweißberausche Revier der Verhant nach andrer, in vorigen Zeiten auch Glashütten gewesen seyn, als wie eine an dem sogenannten böhmischen Furte, die aber insgesamt, vermuthlich wegen Abgang des benothigten Holzes gänzlich erloschen, und anjetzt auf deren Stellen Gärtner Häuser erbaut stehen.

Ad Qu: 5. Was vor Arbeit in alldiesiger Glashütte gemacht worden?

R: Ein gutes reines weißes Kreidenglas, roth, blau, grün und schwarz Glas, ingleichen auch eine gute Art von goldfarbigen und Rubinglas, item eine neu erfindene Porcellan Arbeit von Glas.

Ad Qu: 6. Worinnen Sie andern Glashütten vorzuziehen?

R: Sie praetendirt im mindesten einige Praecedenz vor andern Glashütten den in ihr gehörendes Lob zukommt. Doch hat sie das Glück, daß die alhier verfertigten Tafel Scheiben wegen ihrer Dauerhaftigkeit überall im Lande guten Aestum finden, auch daß Sie zethero immer mit Kunstefahren und guten Arbeitern besetzt worden.

Ad Qu: 7. Was Sie vor Privilegia und Immunitacten habe?

R: Sie hat ihre Immunitates im Bierbrauen und Mahlen, welche auch zum Theil andre Glashütten von ihren Herrschaften habhaft worden — gleichestalls wie unter denen bereits in Gott verblichenen hohen Hochreichsgräflichen Exzellenzen von Schaffgotsch; durch dero Gnaden und Mildigkeit erlanget, als auch de novo von Ihro in hohen Glanz lebender Hoch Reichsgräflichen Exzellenz Hans Anton von Schaffgotsch als jetzt gnädigster Herrschaft erhalten, welche Ihro Exzellenz auch noch dieses gnädige Concession hinzuge than, daß der itzige Besitzer und Erb Glasmaister noch eine neue Glashütte ohngefahr eine gute Stunde von der alten in dem dabei befindlichen Walde¹ erbauen möge.

¹ Bemerkung mit roter Tinte wie oben: „Dies ist die eingegangene Hütte, an dem Weiher Berge, am Zucken bei Gläsern.“

Ad Qu. 8. Was überhaupt da remarquables sey.

R: Es ist wohl sonst nichts remarquables zu berichten, als daß das Revier daher in zur Sommerzeit gesund, luftig und angenehm sey, und daß einige Strecken vor der neuen Glashütte der verwundernswürdige Einfall des leinenen Zuckers anzutreffen, alwo dieser Flus über und durch steile Felsen wie zwischen Mauern mit großem Geräusch herunterfällt, anbey aber den Anwesenden ein verwunderbares Auge verursacht. NB: Alle Preussische Besitzer sind als Erbglass Meister von denen hohen Hochgräflichen Obrigkeiten von Schaaffgotsch ernannt worden. Herr Johann Hans Christoph Preusler liegen ebenfalls in Schreiberbau legirten.

Tantum ad Placitum.

Anlage Nr. 4.

(Quelle: Akten des Kgl. Landtrentamtes zu Hirschberg, betr. die Glashütten in Schreiberbau, in spec. die Josephinshütte daselbst. Sect. V. Th. 7 B. Nr. 1.)

Hütten-Reglement.

Pflichten des Hütten-Herrn

§ 1. Der Hütten-Herr soll nur Arbeiter annehmen, welche sich durch Atteste über ihren frühern ansträflichen Lebenswandel ausweisen und mit richtigen Passen auf der Fabrik eintreffen.

§ 2. Er soll diese Pässe und Atteste bis zum Abgange der Besitzer in Verwahrung nehmen,

§ 3. von jeder Annahme eines neuen Arbeiters dem Kreis-Landrath binnen acht Tagen Anzeige machen,

§ 4. wandernde Gesellen nach ihren Passen befragen, und sie bei richtigem Befunde derselben nicht über 48 Stunden auf der Hütte dulden lassen. Bei verdächtiger Beschaffenheit oder ganzlichem Mangel der Pässe ist dem Königl. Poliz. Commissarius sofort Nachricht von der Anwesenheit des nicht hinreichend legitimirten Subjects zu geben.

§ 5. Der Hütten-Herr ist verpflichtet, dem Arbeiter das verabredete Lohn zur gehörigen Zeit und in den ausbedingenen Zahlungsmitteln zu verabreichen,

§ 6. sie durch Ermahnungen und eigenes Beispiel zu einem tadellosen Lebenswandel anzuhalten,

Der folgende Absatz ist, von demselben Hand wie die Abschrift herrührend, später hinzugesetzt worden.

§ 7. besonders die Lehrlinge zu allem Guten anzuführen, ihnen die Besuchung des Gottesdienstes und der Schule, falls sie noch nicht lesen und schreiben könnten, während der Feierzeit nicht nur zu gestatten, sondern sie auch dazu anzuhalten, und Anstalten zu ihrer gehörigen Unterweisung in der Glasmacherkunst zu treffen.

§ 8. Er muß den Lehrlingen bei ihrer Erklärung zu Gesellen, und diesen bei der Entlassung von der Fabrik der Wahrheit gemäße Zeugnisse über ihre Geschicklichkeit und sittliche Führung ertheilen.

Sollte er einem Glasmacher, welcher sich grobe Vergehungen oder Veruntreuungen zu Schulden kommen lassen, das Gegentheil wider besseres Wissen bezeugen, so bleibt er für allen, einem Dritten daraus zuwachsenden Schaden verhaftet.

Pflichten der Hütten-Officianten.

§ 9. Die von dem Hütten-Herrn angestellten Officianten sollen das Interesse desselben auf jede erlaubte Weise möglichst zu befördern suchen,

§ 10. daher alles vermeiden und abzuwenden bedacht sein, was demselben Nachtheil bringen kann,

§ 11. besonders durch gute Aufsicht auf Feuer und Licht Unglück zu verhüten streben, und bei etwanniger Feuersbrunst zu zweckmäßigen Löschanstalten mitwirken.

§ 12. der Aufbewahrung des Arseniks größte Sorgfalt widmen, bei Einmischung desselben in den Glassatz oder Eintragung in die Häfen selbst zugegen sein, und Niemand unter irgend einem Vorwande etwas davon verabfolgen,

§ 13. den Anordnungen des Hütten-Herren pünktlich Folge leisten,

§ 14. die Glasmacher und übrigen Hütten-Arbeiter zur Erfüllung ihrer Pflichten anhalten, und

§ 15. denselben durch einen unbescholtenen Wandel in Thätigkeit, Treue und Nüchternheit als Muster vorgehen.

Allgemeine Pflichten der Hütten-Arbeiter.

§ 16. Sämmtliche Hütten-Arbeiter, als Glasmacher, Lehrlinge, Zurichter, Schmelzer, Schürer, Hafenschläger, Kiespocher, Wegträger, Formenmacher, Tafel-Strecker, Glasbinder u. s. w., müssen sich zur rechten Zeit vor dem Anfange der Arbeit auf dem Arbeits-Platz einfinden und ihre Wohnung so zeitig verlassen, daß sie jedesmal zu rechter Zeit bei der Hütte eintreffen, auf Anweisung ihrer Vorgesetzten sogleich

die Arbeit beginnen, und erst dann beendigen, wenn diese es für dienlich erachtet.

§ 17. Sie dürfen sich keine Entwendung von Brenn- und Schmelz-Material, Glasmasse oder fertigem Glase, betrefte sie auch nur eine unbedeutende Kleinigkeit und zu ihrem eigenen Gebrauche, erlauben, und

§ 18. sind verbunden, auf Beobachtung dieser Vorschrift durch ihre Mitarbeiter aufmerksam zu sein und Uebertretungen den Vorgesetzten unverzüglich anzuzeigen. Verschweigen sie dieselben, so bleiben sie für allen Schaden, der durch die Anzeige hätte verhütet werden können, bei dem Unvermögen des Hauptverpflichteten selbst verhaftet.

§ 19. Fügen sie dem Hütten-Herrn vorsätzlich oder aus grobem oder mäßigem Versehen Schaden zu, so müssen sie denselben ersetzen.

§ 20. Wegen geringen Versehens sind sie nur zum Schadenersatz verpflichtet, wenn sie wider den ausdrücklichen Befehl des Hütten-Herrn oder seines Stellvertreters gehandelt haben, ingeleichen

§ 21. wenn sie sich zu solchen Arbeiten von Geschäften haben annehmen lassen, die einen vorzüglichen Grad von Aufmerksamkeit oder Geschicklichkeit voraussetzen, wie dies bei den Glasmachern, Schmelzern und Hufeenschlagern immer der Fall ist.

§ 22. Wegen der Entschädigung, zu welcher ein Hütten-Arbeiter verpflichtet ist, kann sich der Hütten Herr an den Lohn desselben halten, und diesen Anspruch in so weit selbst geltend machen, als die dorfällige Verpflichtung und der Betrag der zu leistenden Vergütung von dem Ersatzpflichtigen anerkannt worden ist.

§ 23. Kann der Schaden weder aus rückständigem Lohne, noch aus andern Haabchigkeiten des Arbeiters ersetzt werden, so muß er denselben durch unentgeltliche Arbeit vollständig vergüten.

§ 24. Obschon der Genuß starker Getränke denen zu-nächst am Feuer Arbeitenden nicht ganz zu verwehren ist, so müssen dieselben doch Mäßigkeit beobachten, und sich weder berauschen, noch weniger dem Laute der Völlerei ergeben. Am wenigsten dürfen sie betrunken zur Arbeit gehen.

§ 25. Pünktlicher Gehorsam gegen die gesetzmäßigen Anordnungen des Hütten-Herrn und derjenigen Personen, welche derselbe zu seinen Stellvertretern macht, ist um so nothwendiger, als diesen Männern, außer der Aufsicht über die Fabrikation, wegen der großen Entlegenheit der Glashütten

auch die Führung der polizeilichen Ansicht zunächst übertragen ist.

§ 26. Glauben einzelne Arbeiter durch die Befehle ihrer Vorgesetzten beeinträchtigt zu sein, so dürfen sie nicht den Gehorsam verweigern, noch weniger versuchen, ihre Mitarbeiter gleichfalls zur Unzufriedenheit zu veranlassen, oder gar zu gemeinschaftlicher Widersetzlichkeit aufzuwiegeln.

Dagegen bleibt ihnen unbenommen, ihre Beschwerden dem Herrn Kreis-Land Rath vorzulegen.

§ 27. Sämmtliche Hütten Arbeiter sind schuldig, in ihrem äußern Betragen diejenige Achtung an den Tag zu legen, welche dem Hütten Herren und dessen Stellvertretern gebührt, und daher nicht nur mit entbrosstem Haupte und ohne Tabakspfeife vor ihnen zu erscheinen, sondern auch ihre Befehle und Verweise mit Ehrerbietung und Bescheidenheit anzunehmen.

§ 28. Die Hütten Arbeiter sollen sämmtlich unter sich friedfertig leben, sich aller Zankereien, besonders während der Arbeit enthalten, und solche auf Anweisung ihrer Vorgesetzten sofort beendigen.

Besondere Pflichten der Glasmacher.

§ 29. Die Glasmacher sollen nicht nur ganz nach den ihnen gegebenen Vorschriften und tadellos arbeiten, sondern auch bemüht sein, ihre Fabricate immer vollkommener zu liefern, um den Ruf der Schreiberischen Glashütten zu vermehren und sich selbst Ehre einzulegen.

§ 30. Jeder muß diejenige Arbeit übernehmen, welche ihm aufgetragen wird. Dem Hütten-Herrn steht es frei, die Glasmacher nach Maßgabe ihrer Geschicklichkeit und ihres Fleißes, auf längere oder kürzere Zeit, an die ihm beliebigen Hütten zu stellen und zur Verfertigung ihm beliebiger Sorten anzuweisen.

Es wird ihm durch diese Befugniß ein Mittel überantwortet, den Mühsamen und Trägern aufzumuntern und zu belohnen, und den Saumseligen und Fahrlässigen zu bestrafen.

§ 31. Die Glasmacher sind gehalten zur Arbeit zu treten, sobald der Fluß der Masse den Anfang derselben nach der Einsicht des darüber gestellten Hütten-Officianten nothwendig macht, und sollte dieser Zeitpunkt auch in die Nacht fallen.

§ 32. Sie haben wegen des durch Versäumniß leicht möglichen großen Schadens die besondere Verpflichtung auf sich, zur rechten Zeit beim Ofen einzutreffen. Wer durch Krankheit davon abgehalten wird, hat dies früh genug anzuzeigen und für einen dem Hütten-Herrn annehmlichen Stellvertreter zu sorgen.

§ 33. Sie müssen in jedem Tagewerke ihren Haften vollständig ausarbeiten, und daraus die vorgeschriebene Zahl von Hatten Hunderten liefern, aber auch

§ 34. nach Leerung ihrer Haften die Hütte dennoch nicht verlassen, wenn dringende außerordentliche Arbeiten, die ihnen Lerkömmlich obliegen, z. B. die Einsetzung neuer Haften, nöthig sind, und so lange auf der Hütte verbleiben, bis sie auch diese Arbeiten vollendet haben.

§ 35. Wenn der Hatten-Herr oder dessen Stellvertreter bei der Annahme des Tagewerks Stücke vorfindet, die nicht nach der erteilten Vorschrift oder sonst schlecht gearbeitet sind, so verliert der Glasmacher das doppelte Arbeitslohn für diese.

Jedoch kann er verlangen, daß diese Stücke in seiner Gegenwart zum Wiedereinsmelzen zerbrochen werden.

§ 36. Die Glasmacher haben die Verpflichtung, die Lehrlinge in ihrer Kunst zu unterrichten, und sollen nach der Reihe wöchentlich zwei von ihnen dieses wichtige Geschäft neben ihrer übrigen Arbeit wahrnehmen.

Besondere Pflichten des Werkmeisters oder Altgesellen

§ 37. Dem Werkmeister oder Altgesellen liegt besonders ob, bestehende Vorschriften gewissenhaft zu beobachten, und sich dadurch des ihm verliehenen Vorzuges würdig zu beweisen.

§ 38. Er muß aber auch auf Beobachtung derselben durch die übrigen Glasmacher sehen, dieselben bei Vernachlässigungen an ihre Schuldigkeit erinnern, zur Beaufichtigung derselben ernennen, und wenn diese Maßregel unwirksam bleibt, die Widerstrebigen dem Hatten-Herrn oder dessen Stellvertreter zur gefährdenden Rüge anzeigen.

§ 39. Sollte er selbst, ungeachtet seiner größern Verpflichtungen, sich das Misfallen des Hatten-Herrn zuziehen, so mag dieser nach fester Überzeugung einen qualifizirteren Werkmeister oder Altgesellen ernennen, und der vorge-mals dann ohne Widerrede in die Klasse der übrigen Gesellen zurücktreten.

Besondere Pflichten der Lehrlinge.

§ 40. Die Lehrlinge sind gehalten, auch dem Werkmeister und den Gesellen in allem Guten zu gehoramen, besonders deren Befehlen in der Glasmacherkunst gern anzunehmen und eilig zu befolgen, nach zur Erlangung größserer Geschicklichkeit fortgesetzt selbst bemüht zu sein und sich an ein pottodürftiges, ordentliches und ansternes Leben zu gewöhnen.

Besondere Pflichten des Zurichters.

§ 41. Da dem Zurichter die Glasmateriale zur gehörigen Mengung anvertraut werden, und bei der Schwierigkeit, seine Treue in diesem Geschäft zu controlliren, ein größeres Vertrauen in ihn gesetzt wird, so hat er sich dessen durch Beobachtung der strengsten Ehrlichkeit würdig zu beweisen, auch

§ 42. die Gemenge genau nach der erhaltenen Vorschrift anzuferthigen, um seinen Brodtherrn vor Schaden zu bewahren.

Besondere Pflichten des Schmelzers.

§ 43. Der Schmelzer soll darauf achten, daß die Glasmenge die gehörigen Bestandtheile und in den vorgeschriebenen Verhältnissen enthalten, und wenn der Zurichter darin gefehlt hat, vor der Einlegung in die Häfen Anzeige machen.

§ 44. Er muß das Gemenge zur rechten Zeit und in der erforderlichen Quantität in die Häfen tragen, damit nicht durch Ueberkochen der Masse dem Hütten-Herrn Nachtheil erwachse.

Besondere Pflichten der Schürer.

§ 45. Denen Schürern liegt ob, sich untereinander zur festgesetzten Stunde abzulösen und auf Ersparung des Brenn-Materials Bedacht zu nehmen.

Besondere Pflichten des Kiespochers.

§ 46. Der Kiespocher darf das Pochwerk nicht verlassen, so lange sich solches im Gange befindet, damit dasselbe nicht durch Mangel an Aufsicht Schaden erleide.

§ 47. Er muß für gleichförmige, möglichst feine Verkleinerung des ihm übergebenen Kiesel Sorge tragen.

Besondere Pflichten des Hafenschlägers.

§ 48. Der Hafenschläger hat die Masse zu den Glashäfen mit Sorgfalt vorzurichten, die Häfen tüchtig zu formen und fest zu schlagen, alle bereits vollendeten täglich einzumale zu untersuchen, ob sich Fehler an ihnen zeigen, die schadhaften zu cassiren und nicht zum Nachtheil des Hütten-Herrn mit unterzuschieben, auch auf vollständige Abtragung zu sehen.

Von der Annahme der Hütten-Arbeiter.

§ 49. Die Annahme eines Hütten-Arbeiters beruht auf einem besondern, mündlich oder schriftlich abzuschließenden

Contracte. In diesem ist die Höhe des Arbeitslohns und die Länge der Dienstzeit festzusetzen.

§ 50. Das Arbeitslohn soll während einer Hitze, d. h. dem Zeitraum von der Anzündung bis zur Löschung des Glasefens, nur durch gegenseitige Uebereinkunft erhöht oder erniedrigt werden können.

§ 51. Der Hütten-Herr mag in den Annahme-Contracten mit den Arbeitern Ordnungsstrafen bis auf die Höhe eines Thalers verabreden, und dieselben auf den Fuß der Contracte vor dem Arbeitsantritt abziehen.

Es bleibt ihm überlassen, die dadurch aufgekommene Summe zur Belohnung fleißiger und ordentlicher Arbeiter zu verwenden.

§ 52. Dem solchergestalt Bestraften steht frei, sich wegen Beeinträchtigung bei dem Kreis-Landrath zu beschweren, wenn er zur Ungelohr behandelt zu sein, vermeint.

§ 53. Jedem Hütten-Arbeiter ist vor seiner Annahme in Gegenwart des Hütten-Obermeisters und Werkmeisters dieses Reglement vorzulegen und zu erklären. Ist dies geschehen, und tritt der Arbeiter in den Dienst der Fabrik, so sind die Vorschriften des Reglements für ihn verbindlich.

§ 54. Doch soll beiden Contractanten frei stehen, auch darin nicht befriedigte oder davon abweichende Bedingungen zu verabreden. Letztere dürfen aber nur das gegenseitige Privatinteresse und nicht polizeiliche Festsetzungen desselben betreffen.

§ 55. Ein Lehrling wird durch einen Contract des Hütten-Herrn mit den Vater oder Vormund desselben angenommen. Die Dauer der Lehrzeit muß darin genau ausgedrückt sein.

Die Lehrzeit zur Belohnung für bewiesenen Fleiß und erlangte Geschicklichkeit abzukürzen stellt dem Hütten-Herrn frei.

§ 56. Nach beendigter Lehrzeit soll der Hütten-Herr dem Lehrling ein von dem Kreis-Landrath durch Unterschrift und Siegel zu beglaubigendes Attest über dessen erlangte Geschicklichkeit und bewiesene Aufführung ertheilen.

Dasselbe giebt dem bisherigen Lehrlinge alle Befugnisse eines Glasmacher-Gesellen, und dürfen dabei keine andere Formalitäten irgend einer Art stattfinden.

Von der Entlassung der Hütten-Arbeiter.

§ 57. Sollte die Dauer der Dienstzeit, auf welche ein Hüttenarbeiter angenommen ist, nicht durch dessen Annahme-Contract (§ 49) festgesetzt sein, so reicht sie jedesmal bis zur Löschung des gerade gehenden Ofens.

§ 58. Will ein Arbeiter außer den nachfolgend festgesetzten, den Dienstvertrag lesenden Umständen vor diesem Zeitpunkte, oder vor Ablauf der contractmäßigen Dienstzeit die Fabrik verlassen, so bedarf er dazu auch dann der Einwilligung des Dienstherrn, wenn er einen Stellvertreter anbietet.

§ 59. Der Hütten Herr soll gemäß den hierüber bestehenden allgemeinen gesetzlichen, zuletzt durch die Gesinde Ordnung vom 8. Nov. 1810 erneuerten Vorschriften beugt sein, Arbeiter vor Ablauf der Dienstzeit und ohne vorgängige Aufkündigung zu entlassen:

1. Wenn sie ihn oder seine Familie durch Thätlichkeiten, Schimpf- und Schmähworte oder ehrwürdige Nachreden beleidigen.
2. Wenn sie sich beharrlichen Ungehorsam und Widerspenstigkeit gegen seine Befehle zu Schulden kommen lassen.
3. Wenn sie sich den zur Aufsicht bestellten Hütten-Officianten mit Thätlichkeiten oder groben Schimpf- und Schmähsreden in ihrem Amte widersetzen.
4. Wenn sie sich des Diebstahls oder Veruntreuungen gegen den Hütten-Herrn schuldig machen, oder ihre Mitarbeiter zu dergleichen Lasten verleiten.
5. Wenn sie mit Feuer und Licht unvorsichtig umgehen.
6. Wenn sie ohne Noth über die erlaubte Zeit ausbleiben, die Arbeit eigenmächtig ihres Verzögern wegen verlassen, oder sonst den Dienst nothwendig vernachlässigen und von allen diesen Fehlern auf wiederholte Verwarnung nicht absteilen.
7. Wenn sie dem Spiel oder Trunk ergeben sind, oder durch Zänkereien und Schlägereien mit den Nehenarbeitern die Ruhe in der Fabrik stören, und von solchem Betragen auf geschickte Vermahnung nicht ablassen.
8. Wenn ihnen diejenige Geschicklichkeit gänzlich mangelt, welche sie zu benutzen bei ihrer Annahme vorgegeben haben.
9. Wenn sie von der Obrigkeit auf längere Zeit als acht Tage gefänglich eingezogen werden.
10. Wenn sie dem Hütten-Herrn durch Vorzeigung falscher Zeugnisse bei der Annahme hintergangen haben.
11. Wenn sie sich in ihrem nächstvorhergehenden Dienste eines solchen Betragens, weshalb sie nach Inhalt dieses § hätten sofort entlassen werden können schuldig gemacht, und ihre vorherigen Dienstherrn dies in den ausgestellten Zeugnissen vorschnitten, sie selbst es auch nicht dem neuen Dienstherrn bei der Annahme offenherzig bekannt haben.

§ 60. Die Hütten-Arbeiter sollen befugt sein, den Dienst vor Ablauf der Dienstzeit und ohne Aufkündigung, jedoch nach Anzeige bei dem Kreis-Landrath und erhaltener Zustimmung desselben zu verlassen:

1. Wenn ihr Leben und ihre Gesundheit durch Mißhandlungen des Hütten-Herrn oder dessen Stellvertreters in Gefahr gesetzt wird.
2. Wenn ihnen das verdiente Lohn zur Ungebühr gänzlich vorenthalten wird.
3. Wenn eine schwere Krankheit sie zur Fortsetzung des Dienstes untüchtig macht.

§ 61. Der Hütten-Herr darf seine sämtlicher Arbeiter oder einige derselben nach vorhergegangener 14tägiger Aufkündigung auch innerhalb der besprochenen Dienstzeit mit lassen, sobald ihn Umstände nöthigen, den noch nicht ausgebrannten Ofen zu löschen.

§ 62. Hütten-Arbeiter dürfen nicht während der Dienstzeit den Dienst nach 14tägiger Aufkündigung verlassen, sobald ihnen das Arbeitslohn nicht an den festgesetzten Terminen ausgezahlt wird.

§ 63. Hütten Arbeiter, welche vor Ablauf der Dienstzeit ohne gesetzmäßige Ursache den Dienst verlassen, sollen durch Zwangsmittel zu dessen Fortsetzung angehalten werden.

§ 64. Will aber der Hütten-Herr einen solchen Arbeiter nicht wieder annehmen, so ist er berechtigt, einen andern zu engagiren, und der vor Ablauf seiner Dienstzeit Ausgetretene ist nicht allein schuldig, die dadurch verursachten mehreren Kosten zu erstatten, sondern verfällt überdies in eine Strafe, die nach Maßgabe des Grades der Verschuldung auf zwei bis zehn Rthlr., oder bei Unvermögen auf verhältnismäßiges Gefängnis festzusetzen ist.

§ 65. Die abgehenden Hütten-Arbeiter sind schuldig, alles, was ihnen zum Gebrauche in ihren Geschäften oder sonst zur Aufbewahrung anvertraut worden, dem Hütten-Herrn richtig zurück zu liefern, und den daran durch ihre Schuld entstandenen Schaden zu ersetzen.

§ 66. Bei dem Abzuge soll den Hütten-Arbeitern ein schriftlicher Abschied und ein Zeugniß über die geleisteten Dienste ertheilt werden.

§ 67. Enthalt das Zeugniß Beschuldigungen, welche das weitere Fortkommen des Hütten Arbeiters hindern würden, so kann er bei dem Kreis-Landrath auf polizeiliche Untersuchung antragen.

§ 68. Findet dieser dabei die Beschuldigung ungegründet, so wird er dem abgehenden Hütten-Arbeiter ein an-

derweitiges Attest ausstellen, und dem Hütten-Herrn fernere able Nachreden bei namhafter Geldstrafe untersagen.

Von der Publication dieses Hütten-Reglements.

§. 69. Gegenwärtiges provisorisches Hütten-Reglement soll durch den Kreis-Landrath, oder den von selbigem zu ernennenden Commissarius allen interessirten Personen, als Hütten-Herrn, Officianten und Hütten-Arbeitern, vorgelesen und erklärt, demnächst im Comptoir der Glasfabrik Carlsthal affigirt, auch alljährlich einmal bei Besuchung der Fabriken durch den Districts-Commissarius dem gesammten Hüttenpersonal wieder vorgelesen und erläutert werden.

Gegeben Liegnitz, den 18. October 1812.

Königl. Preufs. Liegnitzsche Regierung
von Schlesien.

(L. S.)

Hütten-Reglement
für die Schreiberauschen Glasfabriken
Carlsthal und Hoffnungsthal.

Nachtrag zum Hütten-Reglement.

Sämmtliche active Glasmacher Gesellen der beiden Glas-Hütten sollen eine gemeinschaftliche Kasse errichten, wozu sie allwöchentlich nach einem Uebereinkommen unter sich selbst jeder einen baaren Zuschufs machen. Diese Cassa soll von dem Alt-Gesell und noch einem Glasmacher, zugleich von den Hütten-Officianten geführt werden, und darüber ein Buch gehalten sein. Aus dieser Kasse werden sodann reisende Glasmacher und invalide Gesellen und Waisen-Kinder der Glasmacher unterstützt. Der Hütten-Herr soll alle drei Monate dieses Buch und die Kasse untersuchen, und den wöchentlichen Zuschufs mit Zuziehung der Glasmacher-Gesellen bestimmen, und darauf achten, daß jeder seinen Theil alle Wochen baar in die Kasse bringe.

Den 18. October 1812.

Anlage Nr. 5.

(Quelle: Acta die Erbauung des Glas- und Steinschleifwerks in Hermsdorf betreffend. Von 1686. Kynast Sect. I Fach 34 Nr. 3.)

I. Aus der hermsdorfer fôrster belauf ist an holz zum baue des hauses¹ und der scheune angewiesen worden

¹ Zum Schleifwerk wurden außer obigem Holze nach einer andern Notiz noch 3 Klötze Bäume und 20 Stämme verwendet. Vielleicht er-

	thll	agr
453 stämme a 4 sgr thut	60	12
rispen und balken holz 50 stämme a 6 sgr thut	10	—
item fichten zur stubendecken 12 stämme		
a 8 sgr thut	3	6
item stubenholz 18 stämme a 6 sgr thut	3	18
thut	77	6
auserdem		
spindebrettchen 3 schock: 2 Md. dafs schock pro		
mit 3thll thut	10	15
gemeine brettchen 15 schock 6 stück dafs schock		
mit 2 thll thut	30	6
latten 10 schock das schock 1 gulden thut . .	6	20
leisten 7 schock a 15 sgr thut	3	15
100 kasten schindel vor 50 gulden oder . . .	33	10
mehres 15 400 ziegel dafs 100 pro 12 sgr		
thut 77 rthl oder	61	18
thut	223	—

II. Wafs der teich so wegen des neu erbauten glase schleifwercks von neuem gebauet werden müssen gekostet.

Verzeichniss wegen des teichs welcher zu dem neuerbauten glasschleifwerck von dem grunde auf neu erbauet worden, als

anno 1690 den 14 Aug ward angefangen mit 20 arbeiter und sofort alle tage bis den 23 Sept thut 31 arbeitstage oder 620 arbeiter.

item vom 23 Sept bis 14 Octob jeden tag 12 arbeiter thut 17 arbeitstage und 204 arbeiter

und vom 14 Octob bis 10 Novbr jeden tag 8 arbeiter thut 21 arbeitstage und 168 arbeiter

in allem zusammen 69 tage da gearbeitet worden und 992 arbeiter jedem gerechnet nur

2¹/₂ sgr thut 82 20

ingleichen 14800 rasen gestochen worden welche 74 pauern jeder 200 stück geführet, jeder pauer

gerechnet 10 sgr thut 24 20

anno 1691 den 27 August bis 22 Sept jeden tag 8 arbeiter sind zusammen 21 arbeitstage und 168 arbeiter jedem arbeiter 2¹/₂ sgr gerechnet

thut 14 —

item 3400 rasen gestochen welche 17 pauern geführet jeder 200 stück jedem pauer 10 sgr

gerechnet thut 5 20

klärt sich dadurch die Differenz zwischen der Summe, welche vorstehende specielle Rechnung ergibt, und den Gesamtkosten, die das gräfliche Cameralamt berechnet?

	thll	agr	hell
in solchen teich zwei stender a 12 agr von jedem arbeitlohn	—	24	—
dazu 2 rinnen nebst den decken davon zu arbeiten	3	3	6
aus dem walde hereingeführet 5 pauern, jeden nur gerechnet 10 agr thut	1	20	—
dem meister vor solchen teich zu bauen jeden tag 4 agr gerechnet thut 90 tage da er gearbeitet	12	—	—
thut	144	17	6

Anlage Nr. 6.

(Quelle: Acta die Erbauung des Glas und Steinschleifwerks zu Hermsdorf betr. Kynast Sect. I Fach 84 Nr. 3.)

Was vor gezeucke in das schleifwerk gemacht ist worden.

	thll	agr
1 grose ronte köbener scheibe auf einer seite geschliffen kost zusam	1	15
1 köbener scheibe die was kleiner kommt kost	—	26
1 grose scheibe halbsten zin halbsten bley, wieget 2 zentner 4 ℓ dem kangieser for abdrehen auf beyden seiten und in die ronte		
kost im allgemein	7	7
1 grose scheibe von bley wieget 39 ℓ und auf einer seite abgedret kost incl	2	25
1 scheibe von neuem filtz kost	—	16
1 " " " " auf ein ander art	—	8
1 " " filtz vor	—	4
1 groser starker ausschlögel zeug von eissen darzu 36 starcke eisserne spillen, die spillen mit bley begossen an den spillen der zugehörige zeug wie er gebraucht wird, kost zusam	16	—
dieser zeuck wird gebraucht zu dem grosen spigl ausschneiden und andere sachen mehr		
1 kleiner zeuck fon eissen mit einem eisernen redel, darzu 40 spillen, die spille mit bley begossen und die zugehörigen reder an den spillen kost zusam	8	—
dieser zeuck wird gebraucht was mit dem grosen nicht kann gemacht werden so muß man diesen zeuck zu den kleinern sachen haben.		

	thl	sgt
1 grosser schraubenzenck für stahl woh man die eilzerner schrauben selbst machen kan wie man sie zu dem schleifwerk braucht kost zusam .	2	3
1 schraub zenck der vor halb so gross kommt wie man sie braucht kost	1	—
1 fein schneiderzenck wo die kleinen saehen geschlossen können werden die auf der grossen eissenscheibe nicht können gemacht werden .	5	—
in dem sturorfer hammer ist ein gross stück eissen breit geschmiedt worden zu einer scheibe in das schleifwerk wo droff geschliffen wird. den geschen dorven truckgelt gegeben . .	—	12
1 ein giesdorfer schmaide gelt, daß es dies stück eissen ront abgehauen und gleich geschliffen und mit ein loch dardorel gemacht. . . .	—	20
die brute die das stück eissen in den in das feuer komein und rausse helften haben haben ein fassel buter für 9 sgr für ihre mie verlangt. haben sie bekommen	—	9
1 viereckige eiserne platte auf einer seite geschliffen mit ein loch dardorel	2	3
1 viereckige eiserne platte ohne loch auf einer seite geschliffen	1	18
1 kleinere eiserne platte auf einer seite geschliffen	1	5
1 eiserne welle lassen machen wo die grossen hölzernen pollirer daran gesetcket werden sorn mit einer schraube kost	—	20
4 hölzerne rad zu den bellnen die an die welle gesteckt werden in jedem rad 2 eiserne bleche auf der seite wo das loch durch geht das sie feste stecken und nicht wanken kost abes zusam	2	9
20 kleine gedrehte eilzerne ridel für	—	6

Anlage Nr. 7.

(Quelle Acta 12 6 nach eiführen in Schreiberhan betreffend.
Kynast Sect I Fach 34 Nr. 4

Verzeichniß der Schleifwerke in Schreiberhan.

I. Im Jahre 1786.

1. Das neue Schleifwerk des Carl Simon, worinn gewöhnlich drei Personen arbeiteten;

2. Das Schleifwerk bei der Glashütte;
 3. „ „ der Gottfried Kleinertschen Wittwe.

II. Im Jahre 1810.

In der Gemeinde Schreiberhau befinden sich nachbenannte Glasschleifer, so von ihren besitzenden Schleifwerken den herrschaftlichen Zins entrichten, als

- Nr. 112. der Glasmeister Christian Benjamin Preusler von einem Schleifwerk bei der alten Glashütte den Zins mit 1 Rthlr.;
 derselbe von einem Schleifwerk bei der Hoffnungs-
 thaler Glashütte 2 Rthlr.;
 Nr. 202. Johann Gottlob Siemon von einem erbauten Schleif-
 werk 1 Rthlr.;
 Nr. 296. Weyland Benjamin Prellersches Schleifwerk (später
 — 1811 — dem Fabrikbesitzer Christian Benjamin
 Matternes in Petersdorf gehörig) 5 Rthlr.;
 Nr. 302. Johann Gottlob Siemons Schleifwerk 2 Rthlr.;
 Nr. 307. Johann Gottfried Matterns Schleifwerk 5 Rthlr.;
 Nr. 308. Johann Gottlob Weidlinger von einem Schleifwerk
 3 Thlr. 10 Sgr.
 Nr. 96. Johann Carl Friede von einer Schleifmühle 24 Sgr.;
 Nr. 108. Johann Gottlob Kleinert desgl.;
 Nr. 118. Johann Carl Siemon desgl.;
 Nr. 127. Christian Gottlieb Paul von einem Schleifwerke
 1 Rthlr.

III. Im Jahre 1839.

	Wasserzins Thlr. Sgr.
Nr. 19. Gärtner Benjamin Siemon vom Schleif- werk 202, 1815 hier zugetreten	1 —
Nr. 96. Häusler Carl Friede, 1790, von einer Schleifmühle Erbzins	— 24
Nr. 97. Häusler Gottlieb Talke. 1834 tritt zu Wasserzins von dem neuerbauten Schleif- werk, welchen sowohl Besitzer dieses Grundstücks als auch der sub Nr. 100 jeder zur Hälfte entrichtet mit 12 Sgr., mithin zusammen	— 24
Nr. 108. Gottlob Kleinert von der Schleifmühle seit 1786	— 24
Nr. 112. Glasmeister Herr Preusler, 1785 tritt zu von der Schleifmühle	1 —
Nr. 118. Carl Siemon, 1785 desgl.	— 24
Nr. 138. Gotthelf Gringmuth. 1827 tritt zu vom Schleifwerk und zwar von 3 Schnurrädern	

		Wasserzins Tblr. Sgr
	a 1 Thlr 20 Sgr zusammen 5 Thlr. 1830 entfallen hiervon laut hoher Resolution 2 Thlr., in thm. zahlt derselbe noch . . .	3 —
Nr. 155	Carl Gottlieb Lielag. 1839 tritt zu von einem neu erbauten Schleifwerk am Seifen . . .	1 —
Nr. 280	Gottlob Pleeschke. 1840 tritt zu von einem Schleifwerk, welches d. selbe neu erbaut hat.	2
Nr. 296	Benjamin Mattern. 1803 vom Schleifwerk 5 Thlr. 1836 entfällt laut hoher Resolu- tion 1 Thlr. 20 Sgr zahlt noch. . . .	3 10
Nr. 302.	Ernst Wilhelm Simon vom Schleifwerk . . .	2 —
Nr. 307.	Johann Gottfried Mattern. 1807 vom Schleifwerk von 3 Schmiradlern . . .	5 —
Nr. 308.	Johann Gottlob Anton, von 2 Schmir- radern ein Schleifwerk, 1807 zugetreten 3 Thlr. 10 Sgr; 1840 tritt zu Wasserzins für ein neues Schleifwerk 2 Thlr., zahlt dann	5 10
Nr. 310.	Johann Carl Paul 1826 tritt zu für das erkm. fte Schleifwerk von Nr. 127 (Erbs) . .	1 —

Anlage Nr. 8

Entwurf eines Vertrages zwischen sammtlichen
in Schreiberhan und Petersdorf vorhandenen
Glasseisern und Glassehneidern,
dem gräflichen Amte vorgelegt
am 19. August 1809.

(Quelle: Acta die Glasseisermöhlen in Schreiberhan betreffend
Kynast Sect. I Buch 34 Nr. 4)

1) Es soll kein Junge vor, d. h. nicht angenommen wer-
den zu einem Lehrlinge, das Glasseisern zu erlernen; auch
diesen, welche schon vor 2 Monaten als Lehrlinge ange-
nommen sind, müssen von nun an zurückgelassen werden.

2) Wird nicht nachgegeben werden, sobald ein Lehrling
seine Lehrzeit überstanden hat, sich gleich anzusetzen und vor
seiner eignen Rechnung zu arbeiten, sondern er muß eine be-
stimmte Zeit von 5 Jahren als Gesell arbeiten (und alsdann
wenn Gelegenheit ist, kann er Meister werden¹).

3) Wird auch nicht nachgegeben, daß derjenige Lehrling,
welcher seine Lehrzeit nicht genutz ausgetanzen hat, vor
Gesell bei einem Meister arbeiten darf, alle und jede müssen

¹ Zusatz von anderer Hand (Amt?).

sich nach Verlauf ihrer Lehrjahre binnen Jahr und Tag lassen los und frei sagen.

4) Muß kein Ausländer das Recht haben, sich als Meister hier anzusetzen, sondern ein solcher Mensch muß nur vor Gesell und nicht vor seine eigene Rechnung arbeiten, bei einem Meister von gedachter Glasschleiferey.

5) Müssen sammtliche Glasschleifer schlechterlings egale Arbeitslöhne von Geld zu Schleuten unter einander haben, sich muß einer dem andern die Arbeit beim Glashändler nicht durch Bettelley wegnehmen.

6) Hat ein Meister untern Glasschleifern Söhne, so kann derselbe einen oder höchstens zwey von denen das Glasschleifen lernen oder lernen lassen, sind derselben aber mehr, so müssen die übrigen eine andere Profession erlernen.

7) Kein Lehrling außer den Glasschleifern kann aber nicht eher angenommen werden, bis es nothwendig ist. D. h. gesetzt es ginge ein Meister mit dem Tode ab, oder cessirte einer das Glasschleifen, daß abdann wieder die Stelle oder die Anzahl ersetzt werde.

8) Nachträglich hinzugesetzt: Sollte abdann ein Junge zu einem Lehrlinge angenommen werden, so muß derselbe 5 volle Jahre stehen, muß aber einen tauglichen Bürgen, und 50 Rthlr Caution stellen. Unter dieser Lehrzeit erhält der Lehrling freie Beköstigung von Lehrmeister. hingegen muß aber der Lehrling eine Bettstede und taugliche Betten mitbringen und muß sich selbst bekleiden. Allenfalls wird aber auch nachgegeben, daß ein Lehrling nur 4 voll. Jahre stehen kann, bezahlt aber eine Summa von 30 Rthlr. Lehrgeld an seinen Lehrmeister.

9) Uebigens muß aber, wenn ein Lehrling außer den Glasschleifern angenommen wurde, Uebereinstimmung von sammtlichen Meistern der Glasschleiferey vorher stattfinden, ob es der oder ein anderer sein kann. Kein Meister darf also geziemlich einen solchen Lehrling annehmen.

10) Sollte sich einer oder der andere unterstehen gegen alle diese Punkte und was noch mehr von einem hoch reschenswürthlichen kynastischen Gerichte zu hinzuzufügen ist, unrecht zu handeln, so muß derselbe eine bestimmte festgesetzte Strafe erlegen.

Schreiberau d. 15. Jani 1809

Joh. Christian Paul, Joh. Gottlob Simon, Joh. Gottlob Sietion, Christian Gottlob Simon, Johann Carl Reichelt, Johann Gottlob Kleinert, Johann Carl Simon, Johann Gottlob Wendlinger, Johann Sigismund Paul, Johann Gottlob Preußler, Johann Meier, Johann Gottfried Meywald, Johann

Gotthelf Mattern, Johann Gottlob Mehrlein, Johann Gottlob Matherne, Christian Gottlob Simon, Johann Ehrenfried Glaser, Johann Gottlob Frick, Johann Carl Frede, Christian Gottlob Liebig, Johann Ehrenfried Schier, Gottfried Tauber.

Hierzu treten noch alle stämmlichen Glassehneider, welche sich nachstehend unterschrieben haben, und willigen alle diese vorstehende Punkte mit ein.

Johann Ehrenfried Preusler, Johann Gottfried Meynorn, Johann Benjamin Kluge, Johann Benjamin Maywald, Johann Benjamin Liebig, Johann Ehrenfried Frede, Carl Wilhelm Gotthelf Groschuch, Johann Ehrenfried Siebenschuch, Christian Gottlob Schneider, Christian Gottlob Frede, Jonathan Liebig, Christian Gottlob Mattern, Johann Benjamin Bräuer von Petersdorf.

Anlage Nr. 9.

Statuten

des

Glasveredler-Vereins zu Schreiberhau.

§ 1. Der Verein führt den Namen:

Glasveredler-Verein zu Schreiberhau.

§ 2. Der Verein besteht aus Arbeitgebern und ihren Arbeitern, welche sich durch freiwillige Unterschrift zum Eintritt verpflichtet haben.

Jedes bei der Gründung des Vereins demselben beigetretene Mitglied wird von ihm in der Eigenschaft, sei es als Arbeitgeber, Meister, Geselle oder Lehrling anerkannt, in der es sich unterzeichnet hat.

I Eintritt in den Verein.

§ 3. Ueber die Zulässigkeit der Aufnahme eines neuen Mitgliedes überhaupt entscheidet der Vorstand.

§ 4. Die Aufnahme in den Verein ist unter Erfüllung nachstehender Bedingungen jedem Glasfabrikanten und Glasveredler Schreiberhau's gestattet.

1. Dem Aufnahme-Gesuche eines Arbeitnehmers muß der Nachweis seiner vorangegangenen moralisch guten Führung, sowie der Leistungsfähigkeit als Glasveredler beigelegt werden; über letztere Eigenschaft muß sich der Aufzunehmende auf Verlangen des Vorstandes durch Aufzählung eines Meisters oder Gesellenstüchle ausweisen.

2. Bei der Aufnahme hat der Arbeitnehmer, und zwar:

der Meister 1 Thlr.

der Geselle

20 Sgr.

als Eintrittsgeld an die Vereinskasse zu entrichten.

3. Das Gesuch um Aufnahme ist nur bei solchen Arbeitnehmern zulässig, die gegen baare Bezahlung, nicht gegen Waarenzahlung arbeiten.
4. Ein Arbeitgeber kann nur Mitglied des Vereins werden, wenn seine Arbeitnehmer Vereins-Mitglieder sind, und er solche nur mit baarem Gelde auslohnt.
5. Bei seinem Eintritt hat der Arbeitgeber 5 Thlr. an die Vereinskasse zu zahlen.

II. Austritt aus dem Verein.

§ 5. Jedem Mitgliede des Vereins steht der Austritt aus demselben nach vollständiger Berichtigung der schuldigen Beiträge und Erfüllung sonstiger Verpflichtungen zu jeder Zeit frei, wodurch aber alle Rechte, welche aus der Mitgliedschaft folgen, von selbst für ihn aufhören.

§ 6. Mitglieder des Vereins scheiden aus:

- 1., wenn sie durch richterliches Erkenntniß der bürgerlichen Rechte verlustig erklärt sind,
- 2., wenn sie in Concurs verfallen sind,
- 3., wenn sie den Verpflichtungen der Statuten und Reglements des Vereins nicht pünktlich nachkommen,
- 4., wenn auf Antrag des Vorstandes die Majorität des Vereins den Ausschuß beschließt.

III. Vorstand des Vereins.

§ 7. Zur Leitung sämtlicher Angelegenheiten des Vereins wird ein Vorstand gebildet, welcher:

- a, aus den Arbeitgebern,
- b, „ 5 Glasschleifer-Meistern,
- c, „ 1 Vergolder-Meister,
- d, „ 1 Glasschneider-Meister,
- e, „ 2 Gesellen

besteht.

§ 8. Jeder Arbeitgeber wird durch den Eintritt in den Verein zugleich Vorstandsmitglied. Die übrigen Mitglieder des Vorstandes werden durch absolute Majorität auf 3 Jahre gewählt, und zwar:

- 1., sämtliche Vereinsmitglieder wählen
 - 5 Glasschleifer-Meister,
 - 1 Vergolder-Meister,
 - 1 Glasschneider-Meister.
- 2., die gewählten 7 Meister wählen aus den Mitgliedern des Gesellenstandes
 - 2 Gesellen
 zu Vorstandsmitgliedern.

Jedes Mitglied ist verbunden die Wahl einmal anzunehmen. Dasselbe ist nach Ablauf der 3 Dienstjahre wieder wählbar, aber nicht verpflichtet die Wahl zum zweitenmal anzunehmen.

§ 9. Scheidet eines der gewählten Mitglieder im Laufe der 3 Dienstjahre aus, so schlagen die übrigen Vorstandsmitglieder dem Vorsitzenden 2 Candidaten vor, von denen derselbe einen als Ersatzmann für die noch fehlende Zeit zu bestätigen hat.

§ 10. Der Vorsitzende des Vorstandes ist der jedwemalige Dirigent der Josephinenhütte; als solcher leitet er die Arbeiten des Vorstandes und bringt die Beschlüsse desselben zur Ausführung, wozu er keiner besondern Vollmacht bedarf. Er ist der Vertreter des Vereins in allen seinen Angelegenheiten.

§ 11. Der Vorsitzende ernennt aus den Arbeitgebern einen Kassensführer und einen Schaffführer.

§ 12. Der Vorstand versammelt sich auf Anordnung des Vorsitzenden so oft, als Geschäfte und Berathungen, welche den Verein betreffen, zur Erledigung und Beschlußfassung vorliegen.

Jedes Ausbleiben eines Vorstandsmitgliedes muß vorher dem Vorsitzenden gemeldet, oder nachträglich binnen 24 Stunden genügend entschuldigt werden. Geschieht dies nicht, so verfällt das betreffende Mitglied in eine an die Vereinskasse zu zahlende Ordnungsstrafe von 7½ Sgr.

§ 13. Beschlußfähig ist der Vorstand, wenn wenigstens 2 Drittel der Mitglieder anwesend sind.

§ 14. Beschlüsse des Vorstandes sind für die Mitglieder des Vereins, in Bezug auf die Verwaltung seiner Angelegenheiten und auf Grund der Statuten, nur dann bindend, wenn solche durch absolute Majorität gefaßt sind; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 15. Der Vorstand hat selbstständig nachstehende Geschäfte zu erledigen:

1. Streilige Angelegenheiten und gegenseitige Beleidigungen, insofern sie aus den Arbeitsverhältnissen der Vereinsmitglieder, oder aus den Statuten hervorgehen, zu vermitteln.
2. Die Verwarnung der Vereinsmitglieder wegen Vernachlässigung ihrer Pflichten als solche, sowie Zurechtweisungen ungehorsamer Lehrlinge.

Jedes Vereinsmitglied ist bei Strafe bis zu einem Thaler, welche der Vorstand festzusetzen hat, zum Erscheinen auf schriftliche oder mündliche Vorladung verpflichtet.

3. Die Ausführung des § 25 der Statuten.

4. Die strengste Aufrechterhaltung der den Statuten anhängenden Reglements.

§ 16. An den Vorsitzenden des Vorstandes gehören alle an den Verein oder an den Vorstand gerichteten Gesuche, Anträge etc., welche dem Vorstände zur Beschlußnahme übergeben werden.

§ 17. Beschlußfähig ist eine durch den Vorstand zusammenberufene Versammlung der Vereinsmitglieder, wenn wenigstens 2 Dritte, derselben anwesend sind.

§ 18. Der Kassensführer darf nur Auszahlungen gegen Anweisung des Vorsitzenden machen; der Vorsitzende dagegen ist nur ermächtigt, ohne Beschluß des Vorstandes Anweisungen bis zur Höhe von 5 Rthlr. auf die Vereinskasse auszusetzen, und ist verbunden, bei der nächsten Sitzung des Vorstandes Bericht darüber zu erstatten. Für gesellige Vergügungen und Festlichkeiten des Vereins darf aus der Vereinskasse keine Ausgabe gemacht werden.

§ 19. Eine angemessene Entschädigung der Arbeit an Meister- und Gesellenstücken wird nach dem Gutachten des Vorstandes aus der Vereinskasse bezahlt.

§ 20. Alljährlich muß vom Kassensführer dem Vorstände Rechnungs-Abschluß vorgelegt werden, und es bleibt dem Vorstände überlassen, die Kassen Revision dabei vorzunehmen.

§ 21. Die Bestimmung des Lokals zu den Versammlungen des Vorstandes sowie des ganzen Vereins erfolgt durch den Vorsitzenden.

IV. Ueber Geldbeiträge und Ausgaben des Vereins.

§ 22. Zur Bestreitung der nöthigen, im Interesse des Vereins vorkommenden Ausgaben wird von den Vereinsmitgliedern ein Fonds gebildet.

§ 23. Zur Bildung dieses Fonds tragen sämtliche Mitglieder des Vereins in nachstehender Weise bei.

Jeder Arbeiter zahlt jährlich als Beitrag zur Vereinskasse 1 Thlr.

Jeder Arbeitnehmer, welcher arbeitsfähig, und zwar:

Jeder Meister für seine Person 10 Sgr.

Jeder Meister für jeden Gesellen, den er beschäftigt, außer dem persönlichen Beitrage noch 1 Sgr. 6 Pf.

Jeder Geselle zahlt für seine Person jährlich 7 Sgr. 6 Pf.

§ 24. Vereinsmitglieder sind während ihrer Mitgliedschaft von den Zahlungen der jährlichen Beiträge frei, ohne ihrer Ansprüche an den Verein verlustig zu gehen.

§ 25. Dem Vorstände steht das Recht zu, die im § 23 angeführten Vereinsbeiträge je nach dem Bedürfnisse des Vereins jährlich, ein-, höchstens zweimal auszuschreiben, resp. einzufordern. Sollte bei außerordentlichen Ausgaben der obige Beitrag unzulänglich sein, so kann ein erneuerter Beitrag nur durch Majoritäts-Beschluß des ganzen Vereins vom Vorstände eingefordert werden.

§ 26. Der Verein gründet eine Zeichenschule.

Zur Beschaffung des erforderlichen Lokals hat der Vorstand das Nöthige zweckdienlichst zu veranlassen. Die erforderlichen Zeichen-Utensilien werden aus der Vereinskasse bestritten.

Das Ausbleiben eines Lehrlings aus der Zeichenschule ohne genügende Entschuldigung wird im ersten Falle mit 15 Sgr., im zweiten mit 1 Thlr., Ordnungsstrafe, im dritten Falle mit Entziehung der Arbeit an dem Meister bestraft.

§ 27. Ueber die Unterstützung der durch Erkrankung erwerbsunfähig gewordenen Vereinsmitglieder, sowie ihrer hinterlassenen Waisen, hat der Verein, je nach dem sich künftig ergebenden Vermögenszustande desselben, besondere Bestimmungen zu treffen, wozu der Vorstand seiner Zeit Vorschläge zu machen hat.

§ 28. Beim Ableben eines Vereinsmitglieds erhält diejenige Person, welche die Kosten der Beerdigung zu bestreiten hat, aus der Vereinskasse einen Beitrag nach folgender Maßgabe:

1. Für Vereinsmitglieder, welche unter Jahresfrist von ihrem Eintritt an gerechnet, sterben, ist der Beerdigungsbeitrag 4 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf.
2. Im zweiten Jahre ist der Beitrag 8 Thlr. 15 Sgr.
3. Im dritten Jahre ist der Beitrag 12 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf.
4. Nach Verlauf von drei vollen Jahren der Mitgliedschaft ist der Beerdigungsbeitrag 17 Thlr.

§ 29. Nach Verlauf von drei Jahren, bei Gelegenheit der Neuwahl des Vorstandes, muß den sämtlichen Mitgliedern des Vereins sowohl über die Verwaltung des Vereins im Allgemeinen, als auch über den Zustand der Kasse besonders Rechenschaft gelegt werden.

V. Ueber die Glasarbeiter.

§ 30. Um die Ausbildungsgrade der Arbeiter in den verschiedenen Glasveredlungs-Zweigen zu bezeichnen, unterscheidet der Verein: Lehrlinge, Gesellen und Meister.

§ 31. Als Lehrlinge dürfen nur Knaben, die ihre Schulzeit beendet haben, aufgenommen werden; sie müssen durch Schulatteste nachweisen, daß sie sich sowohl moralisch gut

geführt, als auch sich die vorgeschriebenen Schulkenntnisse angeeignet haben.

§ 32. Jeder Knabe, der sich irgend einem Zweige der Glasveredelung widmen will, muß vor der Aufnahme als Lehrling mindestens $1\frac{1}{2}$ Jahr die Zeichenschule, und zwar wöchentlich wenigstens einmal, besucht haben.

§ 33. Die Aufnahme in die Lehre wird bei dem Vorstande nachgesucht unter Angabe des Meisters, der den Lehrling aufnehmen will. Der Vorstand untersucht und entscheidet, ob der die Aufnahme Suchende zur Aufnahme fähig, und ob der betreffende Meister tüchtig genug ist, einen Lehrling auszubilden.

§ 34. Die definitive Aufnahme geschieht nach vierwöchentlicher Probezeit, doch werden diese vier Wochen der Lehrzeit mit angerechnet.

§ 35. Jeder Lehrling hat am Tage seiner Aufnahme an die Vereinskasse baar zu zahlen, als:

- der Glasschleifer-Lehrling 5 Thlr.
- Glasschneider-Lehrling 8 „
- Vergolder-Lehrling 8 „

Die Söhne der Vereinsmitglieder zahlen nur die Hälfte; an die Lehrmeister wird kein Lehrgeld gezahlt.

§ 36. Die Dauer der Lehrzeit ist bei den Glasschleifern und Glasschneidern auf vier Jahre, und bei den Vergoldern auf fünf Jahre festgesetzt; doch kann auf Antrag des Meisters und mit Zustimmung des Vorstandes von obiger Feststellung dahin abgesehen werden, daß die Lehrzeit höchstens $1\frac{1}{2}$ Jahr gekürzt werden darf.

§ 37. Die vorgeschriebene Lehrzeit kann auf Antrag des Meisters durch den Vorstand bis zu $1\frac{1}{2}$ Jahr verlängert werden, wenn der Lehrling sich beharrlichen Ungehorsams und wiederholter Vergehen gegen das Reglement schuldig gemacht hat, oder wenn derselbe sich nach Ablauf der vorgeschriebenen Lehrzeit durch Nachlässigkeit und Unfleiß offenbar noch nicht die Fertigkeit in der Arbeit angeeignet hat, die billiger Weise von ihm hätte verlangt werden können.

§ 38. Der Vater darf nie den Sohn in die Lehre nehmen, wenn nicht besondere Verhältnisse eine Ausnahme gestatten, worüber der Vorstand entscheidet.

§ 39. Zwischen dem aufnehmenden Lehrherrn und dem aufzunehmenden Lehrlinge wird in der vom Vorstande vorgeschriebenen Form ein schriftlicher Contract abgeschlossen, welcher alle gegenseitigen Verbindlichkeiten enthält, und welchen der Vorstand bestätigt. Mit der Aufnahme des Lehrlings wird dieser Vereinsmitglied.

§ 40. Ueber die Pflichten der Lehrlinge handelt ein besonderes Reglement, welches in jeder Werkstatt stets zur Einsicht aushängen muß.

§ 41. Hat der Lehrling vorschriftsmäßig seine Lehrzeit bestanden, so wird demselben von dem Vorstände ein Gesellenstück in Arbeit gegeben. Bethätigt er in der Ausführung dieses Stückes seine Geschicklichkeit in dem Grade, als solche nach dem Urtheile des Vorstandes gefordert werden muß, so wird derselbe freigesprochen, und empfangt seinen Lehrbrief.

Die Kosten eines etwaigen Freispruchs trägt der Meister und der Lehrling zu gleichen Theilen; dagegen ist das sogenannte Nutzaufsetzen als Zeichen des Freispruchs bei Vermeidung von Ordnungsstrafe gänzlich untersagt.

Das angefertigte Gesellenstück ist Eigenthum des Vereins.

§ 42. Der Neugesele ist verbunden, auf Verlangen seines Meisters noch ein halbes Jahr bei ihm zu arbeiten.

§ 43. Tritt ein Geselle nach 14tägiger Kündigang oder nach besonderem Uebereinkommen bei einem Meister außer Arbeit, so hat derselbe von dem Meister ein Abgangs Zeugnis zu fordern.

Es darf kein Geselle selbstständig als Meister arbeiten, wenn er nicht seinen Meisterbrief vom Vorstände in Händen hat.

§ 44. Ueber die Pflichten der Gesellen im Allgemeinen handelt ein besonderes Reglement, welches in jeder Werkstatt stets zur Einsicht aushängen muß.

§ 45. Will ein Geselle das Meisterrrecht erworben, wozu er nur zugelassen wird, wenn er wenigstens schon 4 Jahre als Geselle gearbeitet hat, so meldet sich derselbe beim Vorstände, von welchem ihm die Ausführung eines Meisterstückes übertragen wird, wobei er die Geschicklichkeit darzulegen hat, die von einem Meister gefordert werden muß. Ist dies geschehen, so wird dem Gesellen vom Vorstände das Meisterrrecht ertheilt.

Das gefertigte Meisterstück ist Eigenthum des Vereins.

§ 46. Jeder Meister ist verpflichtet, einem Gesellen, der wenigstens 6 Monate ohne Unterbrechung bei ihm gearbeitet hat, zur Ausführung eines Meisterstückes den Werkzeug un-
entgeltlich zur Benützung zu überlassen.

§ 47. Kein Meister darf einen Gesellen in Arbeit nehmen, der sich aber sein früheres Arbeitsverhältnis nicht durch ein Zeugnis auszuweisen vermag.

§ 48. Ueber die Pflichten der Meister handelt im Allgemeinen ein Reglement, welches in jeder Werkstatt stets zur Einsicht aushängen muß.

VL Arbeitgeber.

§ 49. Die Arbeitgeber verpflichten sich durch den Eintritt in den Verein, mit allen ihnen rechtlich zu Gebote stehenden Mitteln für die Aufrechterhaltung der Statuten und Reglements einzustehen, ohne damit eine Verpflichtung zur Beschäftigung der Arbeiter zu übernehmen.

§ 50. Das Glas zur Aufertigung der Meister- und Gesellschaftenstücke wird durch den betreffenden Arbeitgeber unentgeltlich verabreicht.

VII. Schlußbestimmungen.

§ 51. Nothwendig werdende Abänderungen dieser Statuten können auf Antrag des Vorstandes durch Beschluß der sammtlichen Vereinsmitglieder vorgenommen werden.

§ 52. Der Verein kann, nur auf Antrag der ihm beigetretenen Arbeitgeber und durch Beschluß der sammtlichen Vereinsmitglieder aufgelöst werden.

Das vorhandene Vermögen des Vereins fällt dann der Orts-Armenkasse zu.

§ 53. Mit dem 12. März 1850 traten vorstehende Statuten und bezüglichen Reglements in Kraft, und sind am 12. März 1850 da durch vorschriftsmäßigen Beschluß als nothwendig anerkannten Ergänzungen zugefügt worden.

Anlage Nr. 10.

Statuten

für den

Pensions-Kassen-Verein zur Josephinenhütte.

§ 1. Der Pensions-Kassen Verein zur Josephinenhütte besteht aus den dem Verein freiwillig beigetretenen Arbeitern der Josephinenhütte, der Carlsthaler und der Hoffnungsthaler Glashütten und hat die Bestimmung: alle zur Arbeit oder überhaupt zum Broterwerb durch Krankheit oder Altersschwäche unfähig gewordenen Mitglieder und ihre Hinterbliebenen aus der Kasse des Vereins durch festgesetzte Pensionen zu unterstützen.

§ 2. Jeder Arbeiter der obengenannten drei Glashütten kann dem Vereine beitreten, wenn er seinen vollkommen guten Gesundheitszustand durch ein ärztliches Attest nachweist, und wenn er das 24te Lebensjahr nicht schon überschritten hat. Im letzteren Falle, und wenn nicht § 3 Anwendung findet, ist der Eintritt in den Verein noch dadurch ermöglicht, daß der

betreffende Arbeiter für jedes Jahr, welches er älter als 23 Jahre ist, 3 Thaler in die Kasse nachzahlt.

§ 3. Derjenige Arbeiter, welcher auf einer der oben genannten Glashütten ausgeleert hat und nicht im ersten Jahre nach beendigter Lehrzeit dem Pensions-Kassen-Verein beitrith, dies aber später noch zu thun beabsichtigt, muß für jedes Jahr, welches seit dem ersten Jahre nach vollendeter Lehrzeit verlossen ist, 2 Thaler nachzahlen.

§ 4. Die Beiträge zum Pensions-Kassen-Verein können entweder nach einem Procentsatze, und zwar 3¹/₂ % vom verdienten Arbeitslohn, oder nach einem bestimmten Jahressatze gezahlt werden. Im letzteren Falle darf der Beitrag jährlich nicht weniger als 2 Thaler betragen; der von einem Mitgliede einmal übernommene Jahres-Beitrag darf später wohl erhöht, nie aber verringert werden, wenn nicht besondere Gründe vorliegen, worüber der Vorstand zu entscheiden hat. Mehr als 20 Thaler darf kein Mitglied jährlich einzahlen.

§ 5. Mitglieder, welche ihren Mitwirkungstheil leisten oder bei einer Mobilmachung eingezogen werden, sind zwar von jeder Einzahlung frei, ohne aufzuhören Mitglieder zu sein, die Militär-Dienstzeit wird aber bei der Normirung der Pension nicht mit angerechnet.

§ 6. Die sämmtlichen Mitglieder des Pensions-Kassen-Vereins wählen sich auf drei Jahre mittelst Stammzettel durch einfache Stimmenmehrheit sechs Vorstands-Mitglieder und einen Revisor. Jedes Mitglied ist verbunden, die Wahl als Vorstands-Mitglied einmal anzunehmen, und ist nach Ablauf der drei Dienstjahre wieder wählbar, aber nicht verpflichtet, die Wahl auf's Neue anzunehmen. Sollte der einer der gewählten Vorstands-Mitglieder in Laufe der drei Dienstjahre aus, sei es durch Austritt aus dem Verein, durch Pensionirung oder durch den Tod, so schlagen die übrigen Mitglieder dem Vor-sitzenden zwei Kandidaten vor, von denen derselbe einen als Ersatzmann für die noch übrige Dienstzeit zu bestatigen hat.

§ 7. Der jedesmalige Dirigent der Josephinenbütte ist Vorsteher des ganzen Vereins und als solcher Vorsitzender des Vereins-Vorstandes, wenn ihn nicht besondere Umstände verhindern, das Ehrenamt anzunehmen, oder wenn der Verein nicht zeitig Gründe gegen seinen Voratz geltend macht, in welchen Fällen der Vorstand aus der Vereins-Mitgliedern sich einen Vorsteher durch einfache Stimmenmehrheit mittelst Stammzettel wählt. Der Vorsteher hat die Befugniß, sich einen Stellvertreter zu ernennen, auch einen Schriftführer zu erwählen.

§ 8. Der Vorsteher und zwei hierzu von dem Vorstehe besonders bestimmte Mitglieder desselben werden zur Führung

der Vereinsgeschäfte mit der Wirkung ermächtigt, daß sie befugt sein sollen, für den Verein und in dessen Namen Geschäfte, welche sich auf die Verwaltung des Vereins beziehen, abzuschließen, Prozesse zu führen, Gelder in Empfang zu nehmen und rechtmäßig darüber zu quittiren.

Soweit es einer Bescheinigung der Legitimation bedarf, wird dieselbe von dem Königlichen Landraths-Amte zu Hirschberg ertheilt.

§ 9. Der Rendant verwaltet die Kasse unter Aufsicht des Vorstehers, er führt das Verzeichniß der bei der Kasse Betheiligten, nimmt die Einzahlungen derselben in Empfang und haftet für die rechnungsmäßige Buchung aller Einnahmen und Ausgaben, über welche er am Schlusse jeden Jahres Rechnung zu legen hat. Außer solchen Ausgaben, welche in den Statuten speciell vorgesehen sind, hat er keinerlei Zahlung aus der Kasse zu leisten, ohne eine vom Vorsitzenden oder von zwei Vorstands-Mitgliedern unterzeichnete Anweisung.

Sollte bei den voraussichtlich nicht unbedeutenden Arbeiten und der damit verbundenen Verantwortlichkeit sich kein geeignetes Vereins-Mitglied zur unentgeltlichen Uebernahme der Rendantur finden, so ist der Vorstand ermächtigt, ein angemessenes Gehalt für den Rendanten auszusetzen, welches aus der Vereinskasse zu zahlen ist.

§ 10. Nach erfolgter Quittung durch den Vorstand wird ein Auszug der Jahresrechnung nebst Notizen über den Verein angefertigt und (gedruckt) sowohl den Aufsichts-Behörden, als den Vereins-Mitgliedern zugestellt.

§ 11. Der Vorstand versammelt sich auf Anordnung des Vorsitzenden, welcher Ort und Stunde der Versammlung zu bestimmen hat. Auf Antrag von wenigstens zwei Vorstands-Mitgliedern ist der Vorsitzende verbunden, den Vorstand zusammen zu rufen.

§ 12. Beschlußfähig ist der Vorstand, wenn wenigstens zwei Drittel der Mitglieder anwesend sind. Die Beschlüsse werden durch einfache Stimmenmehrheit gefaßt. Die Abstimmung geschieht mündlich, und entscheidet bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden.

§ 13. Zur Wirksamkeit des Vorstandes gehört:

- a) Die Entscheidung über die Anmeldungen zum Beitritt in den Verein auf Grund der Statuten.
- b) Die Prüfung, ob Pensionsgesuche der Vereinsmitglieder gerechtfertigt sind; im bejahenden Falle der Auftrag an den Rendanten zur Auszahlung der Pension nach Maßgabe der Statuten.

- c) Die jährliche Prüfung des durch den Revisor aufgestellten Rechnungs-Abschlusses und Revision des Kassenbestandes.
- d) Dem Vereine zur Entscheidung vorzulegende Anträge auf Verbesserungen und Ergänzungen der Statuten.
- e) Die Führung der Vereinsgeschäfte im Allgemeinen nach Maßgabe des § 8.

§ 14. Eine General-Versammlung kann der Vorsitzende jeder Zeit vernachlässen und ist dazu verpflichtet, wenn dies von wenigstens drei Vorstands-Mitgliedern beantragt wird. Ort und Zeit der Versammlung bestimmt der Vorsitzende.

§ 15. Eine General-Versammlung ist beschlußfähig, wenn wenigstens zwei Drittel der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind. Die Beschlüsse werden durch einfache Stimmenmehrheit gefaßt und geschieht die Abstimmung mündlich; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Stimmfähig sind alle Mitglieder, welche das 24ste Lebensjahr erreicht haben. Pensionäre sind nicht stimmberechtigt.

§ 16. Das Vermögen des Vereins muß jederzeit mindestens zu 4000 Thaler in aus Preussischen Procentigen Staatspapieren bestehen; das übrige Vermögen soll auf papularisch sichere Hypotheken ausgediehen werden, und sollen dabei die Vereins-Mitglieder besonders berücksichtigt werden.

Wenn der baare Kassenbestand 500 Thaler erreicht, sollen sofort 100 Thaler ausgezahlt, oder ein Staatspapier dafür angekauft werden.

§ 17. Die Pensionen werden nach folgenden Grundsätzen gewährt:

- a) Dasjenige Mitglied des Pensions-Kassen-Vereins, welches um Pension nachsucht, muß durch ärztliches Attest darthun, daß es zur Arbeit bleibend unfähig ist; auch muß feststehen, daß diese Arbeits-Unfähigkeit nicht durch irgend versätzliches Verschulden herbeigeführt ist.
- b) Ein Vereins-Mitglied kann erst auf Pension Anspruch machen, wenn es bereits drei volle Jahre als Mitglied seine Beiträge bezahlt hat.
- c) Die hinterlassene Wittwe eines verstorbenen pensionsberechtigten Mitgliedes, ob kinderlos oder nicht, erhält dieselbe Pension, welche der versterbende Mann erhalten hätte. Ebenso erhalten die hinterlassenen ehelichen Kinder eines verstorbenen Mitgliedes die volle Pension des Vaters bis zum zurückgelegten 14. Lebensjahre.

§ 18. Die Pensionen werden nach den in folgenden Tabellen festgesetzten Normen ausgezahlt, und zwar in monatlichen Raten post numerum.

I. Abtheilung.

Jährliche Einzahlung von 2 Thlr. bis volle 4 Thlr.

1. Kl.	Von 3 — voll 5 jähr. Mitgliedschaft:	jährl. Pens.	15	Thlr.
2. „	5 — 10 „	„	20	„
3. „	10 — 15 „	„	22 ¹ / ₂	„
4. „	15 — 25 „	„	25	„
5. „	25 jähr. Mitgliedschaft und darüber		30	„

II. Abtheilung.

Jährliche Einzahlung von 4 Thlr. bis volle 8 Thlr.

1. Kl.	Von 3 — voll 5 jähr. Mitgliedschaft:	jährl. Pens.	17 ¹ / ₂	Thlr.
2. „	5 — 10 „	„	22 ¹ / ₂	„
3. „	10 — 15 „	„	28	„
4. „	15 — 25 „	„	32	„
5. „	25 jähr. Mitgliedschaft u. darüber		40	„

III. Abtheilung.

Jährliche Einzahlung von 8 Thlr. bis volle 15 Thlr.

1. Kl.	Von 3 — voll 5 jähr. Mitgliedschaft:	jährl. Pens.	20	Thlr.
2. „	5 — 10 „	„	25	„
3. „	10 — 15 „	„	32	„
4. „	15 — 25 „	„	40	„
5. „	25 jähr. Mitgliedschaft u. darüber		50	„

IV. Abtheilung.

Jährliche Einzahlung von 15 Thlr. bis volle 20 Thlr.

1. Kl.	Von 3 — voll 5 jähr. Mitgliedschaft:	jährl. Pens.	22 ¹ / ₂	Thlr.
2. „	5 — 10 „	„	30	„
3. „	10 — 15 „	„	38	„
4. „	15 — 25 „	„	50	„
5. „	25 jähr. Mitgliedschaft u. darüber		65	„

Unter der jährlichen Einzahlung ist vorgehend überall der Jahres-Durchschnitt aller von dem betreffenden Mitgliede geleisteten Beiträge (§ 4) zu verstehen.“

§ 19. Sollte sich in der Zukunft herausstellen, daß die aus den Beiträgen und den Zinsen bestehenden Einnahmen nicht mehr ausreichen, die Ausgaben zu decken, so darf deshalb das Kapital (das Vermögen) des Vereins nicht angegriffen werden, es müssen vielmehr ungestimmt die Pensionen der Wittwen und Waisen um 25 p. Ct. verringert werden, welche Bestimmung rückwirkende Kraft haben soll. Ist diese Maßregel nicht ausreichend, so soll sie auch auf die pensionirten Mitglieder selbst Anwendung finden.

§ 20. Jedes Mitglied kann freiwillig, jedoch ohne Vorbehalt irgend welcher Ansprüche an das Vermögen des Vereins,

aus demselben ausscheiden. Als ausgeschieden wird auch jedes Mitglied angesehen, welches drei Vierteljahre hintereinander seine Einzahlungen unterläßt.

§ 21. Sollte sich der Verein in Folge dazu drängender Verhältnisse auflösen, so wird das Vermögen desselben nach Maßgabe der gemachten Einzahlungen unter die Vereins-Mitglieder vertheilt, wobei die Pensionäre, wie folgt, Theil nehmen:

- a) Derjenige Pensionär, welcher bis 10 Jahre Pension bezogen hat, erhält $\frac{1}{4}$ eines Mitgliederanteils.
- b) Derjenige Pensionär, welcher bis 15 Jahre Pension bezogen hat, erhält die Hälfte jenes Anteils.
- c) Derjenige Pensionär, welcher bis 30 Jahre Pension bezogen hat, erhält $\frac{1}{2}$ jenes Anteils.
- d) Derjenige Pensionär, der 30 Jahre lang Pension bezogen hat, erhält Nichts.

§ 22. Abänderungen dieser Statuten können nur durch General-Beschluß der Vereins-Mitglieder und unter Zustimmung der Königlichen Regierung erfolgen.

§ 23. Diese Statuten treten mit dem 1. Januar 1867 in Kraft.

Die Vorstands-Mitglieder des
Pensions-Kassen-Vereins.

(Namensunterschriften.)

Das vorstehende Statut wird hierdurch auf Grund des § 145 der allgemeinen Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845, vorbehaltlich etwaiger Aenderungen im Falle des Bedürfnisses, von uns bestätigt.

Liegnitz, den 1. August 1866.

(L. S.)

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(Unterschrift.)

Pietz'sche Hofbuchdruckerei. Stephan Geibel & Co. in Altenburg





Staats- und socialwissenschaftliche Forschungen

herausgegeben

von

Gustav Schmoller.

Neunter Band. Drittes Heft.

(Der ganzen Reihe neununddreißigstes Heft.)

E. Gothein, Pforzheims Vergangenheit.



Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1889.

Pforzheims Vergangenheit.

Ein Beitrag

zur

deutschen Städte- und Gewerbegeschichte

von

Eberhard Gothein.



Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1889.

Das Übersetzungsrecht wie alle anderen Rechte sind vorbehalten.

Vorwort.

Die vorliegende Arbeit besteht aus einer Reihe von Vorträgen, die der Verfasser im Kunstgewerbeverein zu Pforzheim gehalten hat. Durch diese ihre Entstehung ist ihre Form, ihr volkstümlicher Ton, selbstverständlich aber nicht ihr Inhalt beeinflusst worden. Bei der Veröffentlichung waltete ebenfalls zunächst die Absicht, dem Verein, der aus der Mehrzahl der Bijouteriefabrikanten und ihrer Lehrlinge besteht, dauernd ein Bild von der Entwicklung der Pforzheimer Hauptindustrie zu geben und dasselbe an die Vorgeschichte der Stadt anzuknüpfen. Zwar besitzt Pforzheim bereits eine eigene chronikartige Geschichte (Pflügers Geschichte Pforzheims, Pforzheim 1862), aber eine kritische Behandlung der Quellen wird in ihr nur zu oft vermisst. Gewährt auch die Vorgeschichte der Stadt nicht besonders viel Material für die Entscheidung der schwebenden Fragen über Ursprung und Entwicklung des städtischen Verfassungs- und Gewerbelebens im Mittelalter, so gibt sie doch nimmerhin ein anschauliches Bild vom Emporkommen des Bürgertums in einer an größeren Städten armen Landschaft.

Die Bedeutung aber, welche die wenig gekannte und doch so überaus bedeutsame Vorgeschichte der Bijouteriefabrikation besitzt, war es vorzüglich, welche eine Veröffentlichung an dieser Stelle räthlich erscheinen ließ.

Es bleibt noch zu bemerken, daß das Material den Sammlungen entnommen ist, welche ich im Laufe der letzten Jahre im Auftrage der badischen historischen Kommission zum Zwecke einer demnächst erscheinenden Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes und der angrenzenden Gauen gemacht habe.

Karlsruhe

Eberhard Gotheim.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Einleitung. Charakter der Geschichte der Landstädte	1—4
Pforzheim bis zur Stadtverfassung Markgraf	
Christophus	5—10
Dorf und Markt Pforzheim, Kloster Hirsau S. 5, 6. Grün-	
dung der neuen Stadt S. 6. Gericht und Rat S. 7. Ge-	
meinechter S. 8. Leibeigene Bürgerschaft S. 8. Die alte	
Stadt S. 9. Geistlichkeit S. 9. Gewerbe bis zur Verlesung	
der Stadtverfassung S. 10.	
Die Verfassung Markgraf Christophs	11—18
Das Stadtrecht von 1486 S. 11. Freizügigkeit S. 12. Um-	
wandlung der Steuerverfassung S. 12, 13, 14. Der Schul-	
theiß S. 15. 16. Bürgermeister und Rat S. 16. Verbot der	
Zünfte S. 16, 17. Ergültege Fassung des Stadtrechts S. 17.	
Einzelordnungen der Ämter S. 17, 18.	
Die Gewerbe	18—29
Die Schifferschaft S. 18, 22. Ordnung der Nahrungsmittel-	
gewerbe S. 22, 26. Tuchmacherei S. 27. Zeugmacherei	
S. 28. Goldschmiede S. 28, 29.	
Bildungszustände	30—38
Die lateinische Schule S. 30, 31. Heyrin von Stein S. 32.	
Reuchlin in seinen Beziehungen zu Pforzheim S. 33, 36.	
Reformation S. 37. Schülerung Mustrons S. 38.	
Pforzheims politische Zustände seit dem dreißig-	
jährigen Krieg	39—43
Pforzheim nach dem dreißigjährigen Kriege. Kontributions-	
und Schuldentabzählung S. 40, 41. Nach den Kriegen Lud-	
wigs XIV S. 41, 42. Privilegiumstreit S. 42, 43.	
Pforzheims Industrie	43—82
Die Blüte Kabas S. 43, 44. Hugenottische Kolonien S. 44.	
47. Holzhandel, Flussschifffahrt S. 45—48. Das Waisenhaus	
S. 48—50. Zeug- und Tuchweberei S. 50—51. Eisenindustrie	
S. 51, 52. Entstehung der Uhren und Bijouteriefabrik	
S. 53, 55. Zusammenbruch derselben S. 56. Neuordnung	
durch Kar. Friedrich S. 57. Zusammenhang der einverle-	
bten Bijouterie S. 58. Die kleinen Fabrikanten S. 59, 60.	
Krisis von 1791 S. 61. Beteiligung von Luthmannschen,	
Strenge bei der Konsumsteuer S. 61, 62. Einführung	
der Gewerbefreiheit für die Bijouterie S. 62, 63. Aufschwung	
Art des Handelsbetriebes S. 63—65. Rückgang und Er-	
löschen der Uhrenindustrie S. 65—68. Krisis infolge der	
Kontinentalsperrre S. 68—69. Arbeitsverhältnisse in Bijou-	

teriegewerbe S. 69. Beschränkung des Bürgerrechtes S. 70.	
Zuziehung ländlicher Arbeitskräfte S. 71. Lehrlinge S. 71.	
72. Einfluß von Schwäbisch-Gemünd, Kontraktbrüche S. 73.	
Zahlenverhältnis zwischen Arbeitern und Lehrlingen S. 74.	
Arbeitseinstellung im Jahre 1804 S. 74. 75. Produktion	
S. 76. Goldhandel und Lombard S. 76. Regelung des Fein-	
gehalts und Kontrolle S. 76—78. Verfall derselben S. 78—79.	
Abschaffung der Regelung S. 80. 81.	
Schluss	81—83
Beilage: Schulmeisters Ordnung zu Pforzheim (um 1500) . .	83—85

Die Geschichte einer kleinen Stadt, die durch fürstliche Fürsorge gegründet und ihr nacheinander ent wachsen ist, kann unabhängig den Rang besitzen wie diejenige der großen Gemeinwesen, die mit Energie und Beharrlichkeit zur völligen Freiheit emporstrebten, die als kleine wohlgeordnete Stätten sich aller Feinde und Feinde zu erwehren wußten, in denen das deutsche Bürgertum zum Bewußtsein seiner Selbständigkeit und Bedeutung emporgewachsen ist. Aber auch diesen abhängigen Fürstenstädten kommt eine wichtige Rolle in dem großen Schauspiel unserer Kulturentwicklung zu, minder glänzend, aber nicht weniger wichtig als die ihrer stolzeren Schwestern. Was jene erworben hatten, das haben sie festgehalten, ja sogar oftmals erst recht nutzbar gemacht. Die Reichsstädte haben der alten Volkstheorie eine neue Heimstätte geschaffen, als sie anderwärts von Lehnswesen und Rittertum völlig überwuchert war, aber es wahrte nicht lange, so schlossen sie sich selber ab und trennten sich von der Landbevölkerung. Je länger, je mehr dünkten sie sich eine Welt für sich.

Es blieb den Fürstenstädten, denen das Maß der Freiheiten wahrlicher zugewachsen war, vorbehalten das deutsche Bürgertum vor der Erstarrung zu retten, in die es, sich allein überlassen, verfallen wäre. Sie gehörten als Glieder Staatswesen an, welche mochten sie noch so klein sein, doch immer alle Stände in sich umschlossen und ihnen einen Boden gemeinsamen Wirkens bereiteten. Wir ihnen eine selbständige Wirksamkeit nach außen benennen, kommen in ihrer Geschichte keine Kriege und Fehden, keine Bündnisse und Verträge vor, so entfalteten sie doch eine reiche Thätigkeit im Innern, in Rechtspflege und Verwaltung, in der Ordnung von Handel und Gewerbe, in der Teilnahme an den Befugnissen der Landstände.

Pforzheims Geschichte aber mag noch ein besonderes, mehr als bloß lokales Interesse einflößen, weil in ihr sich die bedeutendsten Epochen dieser landstädtischen Entwicklung mit ausnehmender Klarheit abspiegeln. Durch landesfürstliche Neugründung aus einem Dorf zur regelmäßigen Stadt umgeformt, bleibt es doch Jahrhunderte hindurch in der Dunkelheit, ohne selbständige Verfassung, ohne irgend welche ausgesprochene Eigenart. Da verleiht ihm in einer Zeit, als die fürstliche Verwaltung ihrer Pflichten und ihrer Kraft erst recht sich bewußt wird, der Bedeutendste unter diesen fürstlichen Staatsmännern, Markgraf Christoph, eine Verfassung, die genau die Grenzen einhält, welche man in dem neuen Staatsbau dem Bürgertum anzuweisen gedachte. Und alsbald sehen wir eine Fülle von Kräften entbunden, nicht miteinander kämpfend, sondern friedlich geleitet zu gemeinsamen Zielen. Wir sehen, wie mit größter Schnelligkeit diese Verfassung ausgebaut wird, wie die bürgerliche Selbstverwaltung sich fest einwurzelt, ohne doch der fürstlichen Gewalt Abbruch thun zu wollen, wie man im Gewerbe beständig sich bemüht alle Ordnungen durchzuführen, die den Anschauungen des Jahrhunderts als die vollkommensten gelten, und wie anknüpfend an einen hervorragenden Mann, den Stolz Deutschlands und seiner Vaterstadt, eine geistige Regsamkeit ohnegleichen erwacht, den Namen Pforzheims den gefeierten Stätten anreicht, in denen sich eine neue Bildung zuerst heimisch macht. Was könnte uns von der Größe des Reformationszeitalters eine deutlichere Überzeugung geben als der Anblick dieses so plötzlich erwachten, so energisch pulsierenden Lebens!

Was aber kann uns auch die tiefe Zerrüttung Deutschlands im nächsten Jahrhundert anschaulicher machen als eben dieselbe Stadt! Die alte Bürgerschaft, befangen im Rückblick auf ihre einstige Bedeutung, erschöpft alle ihre Kraft in vergeblichen Anstrengungen den Schatten derselben, den Wortlaut ihrer Privilegien, festzuhalten. Dieselbe Verfassung, welche die Grundlage des Aufstrebens im 16. Jahrhundert gegeben hatte, wird nun als leeres Streitojekt das Verhängnis der Stadt. Wiederum suchen die Fürsten, gewaltsam und ohne Achtung vor dem verbrieften Buchstaben, der ihnen im Wege steht, neues Leben zu schaffen. Großartige Pläne, bald die Überführung ganzer Industriekolonien, bald die Gründung umfassender Staatsanstalten, welche Elend und Not der Zeit mit einem Male heben sollen, werden von ihnen gesponnen und, soweit es in ihrer Macht steht, verwirklicht. Jedoch der Erfolg war der denkbar dürttigste. Der peinliche Eindruck nutzlosen Ringens, erfolgloser Arbeit ist der einzige, welchen diese Zeit bei uns erwecken kann. Aber aus dieser Gährung tritt siegreich die Gesinnung des 18. Jahrhunderts, der klassischen Zeit unserer Kulturgeschichte, hervor. Ohne daß

Pforzheim jetzt einen Platz in der Geschichte der geistigen Bewegungen beanspruchen konnte, machen sich die Erfolge der goldartigen Aufblühhung des Staats und Menschenthums in der Aufklärungszeit um so lebhafter geltend; vor seinen Thoren, in den Dörfern der Umgegend, sucht Markgraf Karl Friedrich den Musterstaat der physiokratischen Theorien zu gestalten, seine Bürger vereinigen sich zu Handelsgesellschaften, die mit weitem Blick die Scharen der Schwarzwälder Holzfäller wie der Rhein- und Neckarflößer zu beschäftigen wissen, der Anblick der betriebsamen Württenberger in ihrer Nachbarschaft erzeugt nicht mehr wie sonst nur lähmenden Neid, sondern ruhmvollen Wettstreit; der Pforzheimer wird wieder stolz auf seine Heimat; er lauscht mit Begeisterung dem trefflichen Volksschauspiel, in dem ein Mülthuser die ruhmvolle Vergangenheit der Vaterstadt liiert, und bildet arglos aus dem Dichterwerke einen romantischen historischen Mythos. Das eben ist das Merkwürdige an dieser Zeit, daß die Menschen allem einzelnen Thun und Trachten eine Beziehung zum Allgemeinen zu geben wissen, dem kleinen Kreise ihrer Thätigkeit geben sie dadurch in den eigenen Augen eine höhere Würde.

Schon aber machen sich die Zeichen einer andern gearteten Zeit geltend. Das alte, oft behandelte Problem der Erziehung der Waisen zu industrieller Thätigkeit mit noch mehr Veranlassung gegeben, eine kleine Kolonie fremder Kunsthandwerker nach Pforzheim zu führen. Ein fremdes Element, wohlthätig lehrte, energisch und großsprecherisch kommt damit unter die alte ehrbare Bürgersehaft; unstrastisch hält sie sich berge zurück, aber auch ihr Gesichtskreis wird erweitert, ihre Geschäftskunde erhöht, und auch sie lagert allmählich sich an einer Industrie zu betheiligen, die auf Spekulation für weit entfernte Länder arbeitet. Das Bijouteriegewerbe wird nach und nach das wichtigste der Stadt, und sofort treten auch alle Fragen und Schwierigkeiten ein, welche die moderne Industrie begleiten. In diesen Strudel des aufgeregten Geschäftstreibens ist jetzt kein Raum mehr für die gemüthvolle und etwas selbstgefällige Bescheidenheit der vergangenen Generation. Diese Männer, die sogenannten Blackes, die rasch wechselnden Chancen der Gegenwart im Auge behalten müssen, haben nicht Zeit in die Vergangenheit zurückzublicken, und wie sie vor allem bestrebt sind, sich persönlich geteilt zu machen, vorwärts zu kommen, haben sie für die angenehmen Verhältnisse zunächst wenig Interesse. So ist der Unterbau errichtet, auf dem sich das Pforzheim des 19. Jahrhunderts aufbaut.

Wer nun heute diese merkwürdige Stadt betrachtet, die dem aufmerksamen Auge so wenig bietet, eine der unscheinbarsten Mittelstädte Deutschlands, aber einer der wichtigsten Industries-

plätze Europas, der wird hier auf engem Raume alles zusammengedrängt finden, was das moderne Wirtschaftsleben an Eigentümlichkeit bietet: eine Weltindustrie, die nicht auf dem Ruhme weniger großer Firmen, sondern auf der rastlos emporstrebenden Arbeit einer ganzen industriellen Bevölkerung beruht, die den Pforzheimer nach den Ländern aller Zonen und die Kaufleute aller Erdteile nach Pforzheim führt, eine Industrie, die zugleich die feinste Arbeitsteilung und die höchste Geschmacksausbildung fordert, die mit der Zuziehung ländlicher Arbeitskräfte rechnet und doch dem begabten Arbeiter den Übergang zur Selbständigkeit leichter als jede andere macht, die von jeder Weltbegebenheit aufs nächste berührt wird und doch ganz in den Zuständen der nächsten Heimat wurzelt.

Fürwahr! auch die Betrachtung der Vergangenheit einer solchen Stadt muß fruchtbar sein für die Kenntnis unseres Nationallebens; denn das ist die Aufgabe aller Geschichte, mag sie die größten, mag sie die kleinsten Gegenstände behandeln: die Gegenwart zu erklären und zu verstehen, dadurch daß wir sie aus der Vergangenheit hervorgehen sehen.

I.

An der Stelle, wo sich die drei größten Bäche des östlichen Schwarzwaldes, Enz, Nagold und Wurm, bald nachdem sie das Gebirge verlassen, zu einem ansehnlichen Flusse vereinigen, lag von alters her das Dorf Pforzheim im fränkischen Ritzgau. Zwei größere Verkehrswege, die Straße, die von Durlach, und die früher noch wichtigere, welche von Bretten her nach Schwaben führt, vereinigten sich hier. „An des Reiches freier Straße gelegen“, werden die Gehöfte der alten Stadt, des früheren Dorfes Pforzheim, in Urkunden und Güterbüchern bezeichnet. Durch diese ausgezeichnete Lage ward Pforzheim der natürliche Mittelpunkt der Landschaft, lange bevor ihm Stadtrecht erteilt war, als Markt derselben scheint es zuerst in die Höhe gekommen zu sein. Denn es war nicht, gleich der eimen Schwesterstadt, Baden, das Haupt einer ausgebreiteten Markgenossenschaft oder, gleich der andern, Kalw, der Sitz eines Dynastengeschlechtes, das Kaiser und Papste unter seine Verwandten zählte; ein Gericht, das mit freien Leuten besetzt war, und ein Markt, der von fremden Kaufleuten und den Bauern der Umgegend besucht ward, das sind die Ausgangspunkte seiner Entwicklung. Die weltlichen Oberherren — nach der Teilung der Kalwer Grafen in mehrere Linien war es die eine derselben, die der Grafen von Eberstein — betrachteten bereits gegen das Ende des 11. Jahrhunderts den Markt als das unveräußerliche Stück ihres Besitzes, während sie die übrigen Hoheitsrechte über Pforzheim unbedenklich zerteilten, verkauften oder verschenkten.

Seit der Mitte dieses Jahrhunderts war in der nächsten Nachbarschaft in diesem bisher an Klöstern ziemlich armen Gebiet die mächtigste der südwestlichen Benediktinerabteien emporgeblüht: Hirsau, dessen Abte eine allgemeine Klosterreform durchzusetzen trachteten, der festeste Stützpunkt des Papstes Gregor VII in seinem Kampfe gegen die kaiserliche

Macht, das Haupt einer weit ausgebreiteten Kongregation von Ordensleuten. Wenn die Hirsauer in solcher Weise ihr Augenmerk beständig auf die großen Walthändler gerichtet halten mußten, fanden sie doch die dauernde Gewähr ihrer Bedeutung in der Ausdehnung und Festigung ihres Besitzes in der Nachbarschaft. In Pforzheim erlangten sie nach und nach den größten Theil der uralten Rechten, und ein großer Fronhof, mit vielen Hufen Landes ausgestattet, liegte ihren landwirtschaftlichen Zwecken. Auch dieser lag in der alten Stadt neben den Ackerstätten der theils freien theils herigen Bauern, die hier wohnten. Der Charakter des Ortes blieb hier unverwacht, auch als die Altstadt von der neuen Gründung an ihrer Seite, die ihren Namen beibehielt, überflügelt wurde.

Wann dies neue Pforzheim entstanden ist, können wir nicht mit Bestimmtheit sagen. Keine Urkunde, keine Nachricht eines Schriftstellers giebt uns darüber Aufschluß, nur soviel, können wir mit Wahrscheinlichkeit vermuten, daß die Hohenstaufen ihre Gründer gewesen sind. Im Jahre 1185 wird Pforzheim zuerst als Stadt genannt, nachdem es kurz zuvor noch einmal als Dorf bezeichnet worden ist; damals aber finden wir bereits eine Bürgerschaft unter einem Schutzherrn, den der Herr der Stadt aus ihren Geschlechtern ernennet.

Die Hohenstaufen hatten wieder die zersplitterten Herrschaftsrechte vereinigt; theils waren sie aus der Hand der Erbsürken in die ihre gelangt, theils übten sie dieselben als Vögte von Hirsau aus. Vereinigt gelangten sie dann durch Erbschaft an die Markgrafen von Baden, bei denen fortan Pforzheim als die bedeutendste Stadt ihres Fürstenthums geblieben ist.

Es lebte, in der lebhaft erregten, nach vorwärts schreitenden Zeit des 12. Jahrhunderts Kaiser und Fürsten miteinander gewettet, das bisher stadtarme oberrheinische Land mit besteuerten Marktplätzen auszustatten, die, von einer wehrhaften Bürgerschaft besetzt, dem friedlichen Verkehr wie der kriegsreichen Sicherung dienen sollten. In ihre Reihe gehört auch Pforzheim. Deutlicher, als es Bericht der Zeitgenossen könnten, sprechen die unverwischbaren Züge seines Bauplans von der Art seiner Entstehung und kennzeichnen es als planvoll angelegte Gründung, nicht als allmählich entstandene, unregelmäßig zusammengewachsene Stadt. Unter dem Schutze der Burg auf der Höhe, die den Überblick über die Bergabhänge und Thalausgänge gewährt, ward es mit vollkommener Regelmäßigkeit erbaut. Rechtswinklig sich schneidende Straßen wurden um das bürgerliche Viereck des Marktplatzes gruppiert, Hausviertel von geringer Breite und Tiefe, die keinen Raum für ausgedehnte Ackerhöfe ließen, wurden ausgemessen; wohl von Anfang an hat man die Wasser-

kraft der algedämmten Fasz zu Mühlen und zu kleineren industriellen Unternehmungen verwendet. So hat Pforzheim von Anfang an den malerischen Reiz nicht besessen wie andere mittelalterliche Städte, deren Aussehen schon unseren Augen ihr mannigfaltigere Geschichte offenbart; es war seit seinem Ursprunge so recht eine wohlgeordnete Stadt des gewerblichen Bürgerstandes unter fürstlicher Obhut.

Herber zogen sich nur bald die freien Geschlechter der Gegend, zunächst wohl die der Altstadt; denn die größeren in dieser gelegenen Höfe erscheinen fortan im Besitze von Pforzheimer Bürgern. Weit umher im Lande zerstreut lagen ihre Besitzungen, und schon dadurch gewann Pforzheim noch erhöhte Bedeutung; sie selber zählten sich aber nicht zum niederen Adel, sie lebten nicht wie dieser nach Lehnrecht und besitzen nicht nach solchem, durch Verleihung eines Oberherrn ihre Güter, sondern sie sind und heißen „Bürger von Pforzheim“, sie stehen unter dem allgemeinen Landrechte und besetzen aus ihrer Mitte das Gericht mit 12 Schöffen. Auch der Schultheiß, den der Oberherr ernannt, scheint bis über den Anfang des 15. Jahrhunderts hinaus regelmäßig aus den alten Geschlechtern, den Patriciat, genommen worden zu sein.

Zahlreiche Urkunden geben von der Thätigkeit des Pforzheimer Stadtrichtes während des 13. und 14. Jahrhunderts Zeugnis. Es ist und bleibt der hauptsächlichste Träger des erbschaftlichen Rechtes in dieser Gegend, und als Schöffen, deren Wirksamkeit sich weit über die Mauern ihrer Stadt erstreckt, nehmen diese Patricier eine Stellung ein, die der des angeseheneren Adels mehr als gleichwertig ist. Für alle Untergeichte der Markgrafschaft Baden bildet Pforzheim die Berufungsinstanz; das Privatrecht, wie wir es in seiner Schultheißenordnung niedergeschrieben finden, ist deshalb die wichtigste Quelle unserer Kenntnis der Rechtszustände dieses Fürstentums. Auch als mit dem Ende des 15. Jahrhunderts das Hofgericht des Fürsten selber die Appellationen an sich zieht, wird doch der Pforzheimer Schöffenstuhl noch einmal ausnehmend in seiner alten Stellung daneben anerkannt.

Wenn neben das Gericht noch ein besonderer Rat getreten, das läßt sich nicht näher feststellen. Wo Bestimmungen getroffen werden die über Rechtsentscheidungen und Beurkundungen hinausgehen, wie z. B. Vereinbarungen über Steuerzahlungen, da wird auch ausdrücklich „die einmütige Beistimmung der Bürger“ betont; unterzeichnet wird die Ausrückung wieder nur von den 12 geschworenen Richtern. Solche Angelegenheiten wurden also vor die allgemeine Bürgerversammlung gebracht, die nicht anders wie in den Markgenossenschaften und Dörfern sonst regelmäßig zur Rügung von Freveln zusammentrat. Nach außen hin vertrat das Gericht allein die Gemeinde. Ausdrücklich genannt wird der Rat erst in der

städtischen Verfassungsurkunde von 1486; doch hat er damals sicherlich schon längere Zeit bestanden¹. Er war in Pforzheim, wie weitläufig in den meisten Städten eine Erweiterung des Gerichtes. Zu den 12 geschworenen Richtern waren noch 12 weitere Ratsherren getreten; beide gemeinsam wählten alljährlich den Bürgermeister, unter dessen Vorsitz sie über die Verwaltung der Stadt berieten und beschloßen. Denn die Selbstverwaltung, die früher bei der gesamten Gemeinde geteilt, ist das eigentliche Arbeitsfeld des Rates. Die Schöffensbank ist zwar nur die ältere Anordnung desselben, aber sie spricht das Recht nicht im Namen der Gemeinde, sondern in dem des Fürsten, dem der Gerichtsbarkeit gehört und der den Vorsitzenden, den Schultheißen, ernennt.

Bis zum Anfang des 13. Jahrhunderts war der Schultheiß ebenso wie die Schöffen den Geschlechtern entnommen; das Amt war fast ein Jahrhundert lang sogar wie erblich gewesen in der angesehensten, und reichsten Familie, der der Gilden von Tiefenau. Um jene Zeit hatte dieselbe weichen müssen. Sie war hauptsächlich über Geldforderungen in Zwistigkeiten mit dem Markgrafen Bernhard geraten. Unten, aus Pforzheim verdrängt, sich durch Fehde in der Nachbarschaft ihr Recht zu verschaffen gesucht und war schließlich nach Zürich ausgewandert, wo sie um ihres Rechts willen ebenfalls bald zum Rechtschultheißenamt gelangte. Um dieselbe Zeit verschwanden auch die andern alten Patenert Familien, die Gilden, Liebner, Rennar und Wene. Wechselnde Namen kleinbürgerlicher Geschlechter erschienen im Gericht, und der Schultheiß ist fortan ein Fremder, den der Markgraf schickt. Vielleicht hat eben dieser Umstand dazu beigetragen, daß man neben ihn den einheimischen Bürgermeister setzte.

Wen aber vertrat dieses Gericht und später dieser Rat? Wie setzte sich die Bürgerschaft von Pforzheim zusammen? Hier sehen wir den wichtigsten Unterschied der kleinen fürstlichen Städte von größeren, zumeist von denen, die zur Reichsfreiheit sich emporschwangen. Für jene gilt es allgemein, daß der Aufenthalt in der Stadt unverträglich ist mit der Lebensgemeinschaft; entweder sehen sie streng darauf, daß der neu Einziehende sich seiner Verpflichtungen zuvor entledigt hat, oder wenn sie in diesem Punkte wenig skrupulös sind, schützen sie ihn jedenfalls gegen die Ansprüche, die noch gegen ihn wegen seiner Herkunft erhoben werden konnten. In Pforzheim dagegen ebenso wie in Baden, in Durlach setzen

¹ Pfleger setzt die Wahlordnung des Gerichts Rates und Bürgermeisters ins Jahr 1449. So steht es in der Stadtgeschichtlichen Urkundensammlung, ist aber ein Schreibfehler für 1501, wie aus der übrigen Föhrung, die nur auf 1500 paßt, sowie aus dem Inhalt (Erwählung des flüchtigen Landhofmeisters) ergibt hervorgeht.

neben den freien Leuten in überwiegender Anzahl Leibeigene. Der Markgraf, der von ihnen die gewöhnlichen Abgaben, die aus diesem Verhältnis flossen, erhielt, gewährte ihnen auch keineswegs die Freizügigkeit. Durch besonderen Vertrag hatte er z. B. die Stadt Speier verbunden, keine Pforzheimer Leibeigene aufzunehmen. Wohl waren auch diese dem Stadtrichter untergeben, auch mußten sie in gleicher Weise an der städtischen Lasten teilnehmen, aber das aktive Bürgerrecht erlangten sie.

Ganz selbständig erscheint noch in der Mitte des 15. Jahrhunderts die alte Stadt, nachdem bereits das neue Pforzheim sich durch die Brezinger Verstadt erweitert hatte. Sie ist mit Mauer und Graben besonders umgeben und steht unter eigenen 3 Richtern. Diese aber sind dem niederen Handwerkerstand oder den Weingärtnern entnommen, kleine, wahrseinerlich unfreie Leute ohne eingehende Rechtskenntnis und eigentliches Ansehen. Nur die kirchliche Gewalt war der alten Stätte treu geblieben; die Schloßkirche auf dem Berge blieb nur die abhängige Tochter der Altstadt Mutterkirche. Noch 1349, als ihr von dem Speierer Bischof eine selbständigere Stellung eingeräumt wurde, blieb ihren Pfarrern das Recht der Taufe und der Verkündigung der geistlichen Anordnungen vorbehalten. Demungesachtet hatte sich in der neuen Stadt auch das kirchliche Leben viel mehr entfaltet. Zum Schmuck und zur Bereicherung der Schloßkirche wirkten die Fürsten und die vornehmen Bürger zusammen. Fast jedes der Patriziergeschlechter hatte dort eine Pfunde, einen Altar gestiftet, behielt auch die Verfügung vor und fand dort sein Familiengrabnis. Die ältesten Denkmale des an Denkmalern reichen Baues gehören diesen Geschlechtern an. Die benachbarten Klöster erwarben bedeutendes Eigentum in und bei der Stadt, zumal durch Verarmensweise der Bürger, und in dieser selbst waren schon im 12. und 13. Jahrhundert vier Klöster entstanden, zu deren später noch zwei weitere traten.

Kein Wunder, daß das rasche Anwachsen des Besitzes der toten Hand Besenken erregte. Bereits im Jahre 1287 verordnete Markgraf Rudolf binnen Monatsfrist den Verkauf desselben bei Strafe der Excommunication. Die Klösterrente sollten an den Besitz von Geld und Renten beschränkt sein. Nur die Äbte von Herrnsdorf wußten für ihren gegenwärtigen Besitz eine Ausnahme zu erwirken, für zukünftige Schenkungen unterlagen auch sie der Bestimmung. Auch genoß die Geistlichkeit keinerlei besondere Befreiung von städtischen Lasten. Für die Steuern, die sie von ihrem Gehäule und der darin betriebenen Wirtschaft zu entrichten hatten, kamen die Herrnsdorfer 1295 über eine jährliche Pauschsumme von 5 fl Heilerherem.

Bei der Abhängigkeit und Zerspitterung, in der sich die niedere Bürgerschaft befand, war nicht daran zu denken, daß sie auch nur eine eigene genossenschaftliche Verwaltung besaßen hätte. Der Frohstake gehörten der Stadt, die Mühlen Klöstern und wohlhabenden Geschlechtern, die sie verlehnten; die Kleinhandwerker besaßen keinerlei Zunftzusammenhang. Erst im Beginn des 15. Jahrhunderts trugen in einzelnen Gewerben die Gesellen, bald auch die Meister an, sich in geistlichen Bruderschaften zu Zwecken gegenseitiger Unterstützung und gemeinsamen Gottesdienstes zu verbinden: bis zu einem gewissen Zunftwesen ist von hier ein weiter Schritt.

Selbst die Flößerei, das wichtigste Gewerbe der Stadt, das sich zum genossenschaftlichen Betriebe vor allem eignet, scheint doch eines solchen lange entbehrt zu haben. Noch im Jahre 1342, als Baden und Württemberg einen Vertrag über die Flößerei auf dem Neckar schlossen, ist von keinerlei Genossenschaften die Rede. Die Flüsse werden für einige Zeiten zu öffentlichen, offenen Wasserstraßen erklärt, die ein jeder gegen Entrichtung der vereinbarten Zölle benutzen darf. Die Flößer erscheinen in keiner anderen Stellung als die Kaufleute, die sie gelegentlich samt ihren Waren transportieren. Als dann 1501 die erste ausführliche Ordnung der Schifferschaft gegeben wurde, scheint freilich die Genossenschaft schon zuvor bestanden zu haben.

So sind wir für die frühere Geschichte Pforzheims durchaus auf dürftige Nachrichten, die nur gerade für Vermutungen einen Anhalt geben können, angewiesen. Wir sehen keine bestimmte Richtung, die nach vorwärts drängt, wir vermögen kaum eine erkennbare Entwicklung zu beobachten bis ans Ende des 15. Jahrhunderts. Erst dann als erfolgte ein völliger Umschwung durch die Verfassung, welche Markgraf Christoph der Stadt erteilte, um deren Ausbildung, Bewahrung, Verteidigung sich fast drei Jahrhunderte hindurch die Geschichte Pforzheims bewegt.

Die letzte Hälfte des 15. Jahrhunderts war eine kritische Zeit für die deutschen Städte. Früher waren immer mehr Landstädte zur Reichstreiberei gelangt; jetzt sah sich im Gegenteil mehr als eine freie Stadt von dem Schicksal des geliebten Mainz bedroht, das wieder in die Gewalt seines Erzbischofs gerieten war. Die Zunftkämpfe im Inneren waren fast nirgends beendet. Die Versuche, alle freien Leute auf dem platten Lande durch Ertheilung des Bürgerrechtes und Verleihung von Schutz an die Städte zu binden, hatten nach 14. Jahrhundert schon voller Kämpfe aufgegeben werden müssen. Die Bündnisse der Städte waren wenigstens in Oberdeutschland ohne Bedeutung und ihr Aussehen in den Angelegenheiten des Reiches sank unablässig. Allerdings ward die Arbeit des Bürgertums, ward der Betrieb von Handel und Gewerbe fortwährend

wichtiger; aber eben deshalb versuchten die Fürsten jetzt mit viel vollkommenern Mitteln als früher dieselbe in ihrem Sinne, zum Vortheil ihres Staates, zu leiten. Es bildete sich erst in jener Zeit eine umsichtige Verwaltung in den Fürstenthümern aus, die das Wohl aller Stände zu berücksichtigen bestrebt war, die sich bestimmte Ziele zur Hebung der Volkswirtschaft und zur Ordnung der socialen Verhältnisse setzte, die ihren Willen überall durchzusetzen trachtete. Die Förderung städtischer Betriebsamkeit maßte sie deshalb zwar vor allem an Herzen legen, aber den Städten ein so großes Maß politischer Rechte einzuräumen, als sie sich, wie es früher der Fall gewesen, von dem Fürstenstaate trennten, waren sie nicht geneigt.

Unter diesen klugen, landesväterlichen Verwaltern steht in Württemberg Herzog Eberhard im Bart, in Baden Markgraf Christoph an erster Stelle, beide gleich wohlwollend und umsichtig, zur rechten Zeit bedächtig und durchgreifend, und beide mit einer seltenen Begabung für die Organisation eines kleinen Staatswesens ausgestattet. Nur in einem Punkte hat sich die Einsicht des Württembergers der seines badischen Nachbarn überlegen gezeigt: Er schloß die Teilung seines Fürstentums für alle Zukunft aus, während sie Christoph selber veranlaßte.

Eberhard hat den Grund gelegt zu der württembergischen Verfassung, durch die das Land zu einer festen Einheit zusammengewachsen ist, nachdem es aus Hunderten von kleinen oft zufällig erworbenen Stücken zusammengekommen war. Christoph hat seinem Lande die musterhafteste eirtheiliche Verwaltung und Rechtsprechung gegeben. Dieser wie jener war besonders darauf bedacht, bürgerliche Betriebsamkeit einzubringen, und beide wußten, daß sie, um dies zu erreichen, der bürgerlichen Selbstverwaltung größere Rechte, als sie bisher besessen, einräumen mußten.

Für den badischen Markgrafen mußte hierbei Pforzheim in erster Linie stehen. In der Verfassungsurkunde der Stadt vom Jahre 1486 konnte er mit Recht ihre Aeltestenheit rühmen: Gegen alle seine Verfahren habe sie sich mit Hülfe getreu erzeigt und sich willig und wohl gehalten. In der That war es den Pforzheimern nie in den Sinn gekommen, sich durch den Anschluß an die benachbarten schwäbischen Reichsstädte größere Selbständigkeit zu verschaffen. Man hatte sie wohl besondere Huldigungsbeide schwören lassen, sich nie dem Hause Baden zu entfremden; aber beinahe hätten dieselben überflüssig scheinen können.

Die erste Stadt seines Fürstentums sei Pforzheim, erklärte damals Christoph, und dennoch sei sie nicht höher geehrt als andere, und seit langer Zeit sei sie mehr zum Abgang als zum Aufgang gerichtet gewesen. Offenbar hatte die Auswanderung und das Aussterben ihrer Patricies die Stadt stark beeinträchtigt.

Eine Vermehrung ihrer Freiheiten, die Ertheilung einer guten Polizei und Ordnung sollten Ertzen dazu dienen, daß die Stadt von sich selbst aus gebessert und in unvergänglichen Wesen gehalten und gehandhabt werde, daß die Einwohner an Ehren und Gut zunehmen und daß Fremde hineinzu ziehen desto mehr gereizt und begierig werden möchten. Zu diesem Zweck sollte besonders die Versicherung dienen, daß alle jetzigen und künftigen Einwohner in allen Gewerben frei und unverborgten zu Pforzheim lantieren und hauseln, sie oben und brauchen dürften zu ihrem Besten: Lebensfreiheit, Stenertreue, Gewerbetreue, Selbstverwaltung, das sind die Rechte, auf die nunmehr die Pforzheimer Bürgerschaft sich stützen soll.

Erst jetzt ward alle Leibeigenschaft in Pforzheim, der Altenstadt und der Vorstädten abgestellt und eine Halscorpus-Akte zugleich ertheilt, daß kein Einwohner an Leib oder Gut angegriffen oder zur Haft gebracht werden solle ohne richterlichen Befehl, außer in Kriminalfällen. Erst jetzt ward anerkannt auch die volle Freizügigkeit, deren Mangel überall den Leibeigenen kennzeichnete, zugestanden, „also daß sie mit ihren Leibern und allen ihren Gütern aus und ein ziehen, fahren, wohnen und können, wann und wohin einem geziehen, er sei arm oder reich, je zu Zeiten tuglich, eben und gelegen wäre“.

Mit dieser Verbesserung des persönlichen Rechtes ging Hand in Hand eine solche der materiellen Zustände. Bisher hatten die Einkünfte des Fürsten wie der Stadt wesentlich auf hiesigen Abgaben beruht. Schon im Jahre 1293 werden als Lasten, die auf einem bürgerlichen Grundstücke ruhen, Steuer, Bett, Ausziehen, Bürgschaft, Wachtplennung, Thierzahn, Raubzahn genannt, auch jetzt waren es ungefähr dieselben, nur teilweise unter andern Bezeichnungen Bett, Schatzung, Steuer, Frondienst, Landschader Führung, Rechenen wir hinzu, daß auch die kirchlichen Abgaben, ein Zehnten, direkt eingetrieben wurden und das auf vier Grundstücken und Gewerben, Walken, Mäulen, Feueressen noch besonders Herrschaftszinsen lagen, so zeigt sich uns in der That ein mervieltheiliger Zustand. Die Menge dieser kleinen Abgaben, die eben seiner Abklasse an den Kräften des bürgerlichen Gewerbes bedienten, war fast ebenso drückend wie die Höhe. So alle werden — die kirchlichen und die festen Zinsen natürlich ausgenommen — jetzt mit einem Schlage abgeschafft, außer für Fremde, die in Pforzheim nicht ansässig, aber begutet waren, und es ward eine Bestätigung der Konsumtion an ihre Stelle gesetzt. Eine solche hatte zwar auch bisher nicht gefehlt. Schon Markgraf Bernhard hatte sich von Kaiser Sigmund das Recht ertheilen lassen, in Pforzheim ein Ungeld anzusetzen, wie es in andern Städten üblich war. So beschränkt war da-

man noch die Fürstenmacht, wenigstens den Rechte nach gewesen, daß eine solche kaiserliche Bestätigung hierbei ebenso wie etwa bei der Errichtung eines neuen Zolles nötig schien. Dieses alte Ungeld war aber nur eine Auflage auf den in den Wirtschaften verzapften Wein gewesen; jetzt dagegen führte Christoph eine gleichmäßige Besteuerung des Verbrauches in den Haushaltungen ein. Von jedem Malter Getreide, und teils ihn der Bäcker, mochte ihn der Privatmann mahlen lassen, wurde eine Gebühr gezahlt, vom Kernen 12, vom Roggen 9, vom Dinkel 8, von der Gerste 3 Pf. Von jedem Omine Wein, den der Bürger selber einlegte, hatte er 6 Pf. zu entrichten, was allerdings genug war neben dem Ungeld der Wirthe, ein bei jedem angestochenen Fasse vom Omine 8 Maß in Geld geben. Ebenso war dem Bürger zugelassen, jährlich 2 Schweine ungedröht im Haus zu schlachten, für alle übrigen mußte er gleich den Metzgern von je 5 fl 1 ss zahlen. Einmal mußte alles Salz zum Hausgebrauche aus dem städtischen Lager bezogen werden. Der Großhandel mit Salz war wie aller Handel freigelassen; aber selbst der Kaufmann, welcher ihn trieb, durfte für seine eigene Haushaltung nichts von seinem Vorrat entnehmen.

Es war eine starke Verteuerung des Lebensunterhaltes, die hiermit eingeführt wurde, aber es schien nicht nur Christoph, sondern auch den Bürgern, daß erst hierdurch die sonst erteilte Freie und Begünstigung recht fruchtbar und stattlich werde. Die Vorteile, welche die Stadt vor dem platten Lande genoss, waren außerordentlich groß; und Christoph mit aller Energie daran ginz, das Gewerbe ausschließlich in der Stadt zusammenzuziehen und auf den Hörfen auszuweiten; da machte es nicht viel aus, die Lebensmittelpreise etwas zu erhöhen. Hier wie überall konnte man erwarten, daß auf die kaufende Landbevölkerung ein Teil der Acuse werde abgewälzt werden können. Vor allem aber bedeutete der Wegfall der alten Abgaben, die am Grund und Boden geheftet hatten eine große Erleichterung des Verkehrs und der jünge der Fronden war eine Entlastung des Personen, die unbeschränkt über ihre Zeit und Kraft verfügen wollten.

Dieselbe Absicht verfolgte der Markgraf, indem er die Abgaben vom Verkehre bedeutend erniedrigte. Zwar blieb es mit dem Landzoll, der vorwiegend den durchgehenden Kaufmann traf, beim alten; hingegen ward der Pfundzoll, der von allem Warenumsatz im Handel und Gewerbe bezahlt wurde, bis auf 1 fl 3 von Gulden des Warenwertes erniedrigt.

Außer den Zöllen, die dem Markgrafen allein als Regal zustanden, wurden alle eingehenden Steuern zwischen ihm und der Stadt geteilt. Auch der Erbsen wurde abwechselnd von beiden erntet und die Verrechnung von den beiderseits verordneten Beamten vollzogen. Zu diesen sollte noch eine

Anzahl Bürger von der Gemeinde zugezogen worden. Nur ein Viertel gebührt aber der Stadt, drei Viertel dem Markgraten. Von diesem Viertel mußten die Behörden alle Baaten der Stadt, ihre Bewachung, alle Amtsbesoldung decken, ohne mit irgend weichen Auflagen und Beschwerden Bürger und Einwohner zu drängen. So viele Freiheiten, sonst auch gewährt waren, das Recht der Selbstbesteuernng, der getrennten Finanzverwaltung ward Pforzheim vorerhalten. Es sollten die Interessen der Stadt und des Staates auf diesem Gebiete immer verbunden sein.

Außerdem besaß Pforzheim allerdings auch liegende Güter, Allmende und Wald, in deren Besitze es von neuem bestätigt ward. Aber hier sowenig wie anderwärts in jener Zeit dienten diese der Finanzwirtschaft der Stadt. Sie sind für die Nutzung der Bürger da, zur Unterstützung ihrer Privatwirtschaften. Wie sie diese regeln, wie sie die Anteile zu messen, wie sie Übertretungen und Frevel befehen will, das ist Sache der Gemeinde, die hier nicht viel anders verfährt als die Dörfgemeinden. Nur daß das Weistum, das in Pforzheim galt, mehr juristische Bestimmungen enthielt, als es sonst üblich war.

Ebenso besaß die Stadt die kleinen Gefälle allen zu egen, die für die Benützung ihrer Anstalten und Anlagen entrichtet wurden, von den Wegen und Meisladern, von der Wage und dem Kaufhaus, von den Läden im Eingange des Rathauses, vom Zwinger zwischen den Stadtmauern und vom Stadtgraben, von ihren Fischereien, von den kleinen industriellen Anlagen am Gewerbekanal, endlich die Bäume für Übertragungen der Stahlerbahn — alles alter Besitz, der nur vererbt zu werden brauchte, kleine Einkünfte, auf die man die angestellten Beamten selber angewiesen hatte. Aber ein bedeutendes Feld der Selbstverwaltung war auch hier gegeben.

In außerordentlichen Fällen blieb natürlich die Bürgerschaft zu besonderer Hülfe verpflichtet; aber nur in dem Fall, daß ein Markgut in Gefangenschaft geriet und losgekauft werden mußte, sollte dieselbe in einer Schatzung bestehen, wie sie vom übrigen Lande gefordert wurde. Es war auch nicht lange her, daß den Vater Christophs, den Markgrafen Karl, in der Schlacht von Seckelheim gegen Friedrich den Stierreiden von der Pfalz des Kaisers Schmeksal betroffen hatte, und Pforzheim trug die Erinnerung hierin an lobenswerten in sich; denn unter andern günstigen Bedingungen hatte der Markgraf von seiner Forderung diese seine Hauptstadt von der Pfalz zu Lehen nehmen müssen.

Für die Zukunft aber war es wichtiger, laß Pforzheim für die Schulden seines Landesherren haftbar erklärt wurde. Die eifrigen Anforderungen der Verwaltung, der verwickelten politischen Verhältnisse und des Haushaltes der Fürsten

machten bald auch in der Markgrafschaft die Aufnahme größerer Schalltenmassen notwendig. Aus den Bewilligungen der Unterthanen zu ihrer Verzinsung und Löschung entwickelte sich auch hier eine landständische Verfassung, deren Organe über ein Jahrhundert tief in alle Fragen der Verwaltung und Gesetzgebung eingegriffen haben. In Pforzheim versammelten sich gewöhnlich die Landstände der unteren Landestene, und auf die gewerblustige Stadt entfiel ein Hauptanteil an den beschlossenen Einkommensteuern. So erwuchs aus der städtischen Selbstverwaltung auch hier ein Anteil an der politischen Verwaltung. Diese war auch hier die Schaltung für jene.

Rechtspflege und Polizei lagen beide gleichmäßig in den Händen des Stadtrates, zu gleicher Zeit aber auch die Vertretung, der Schutz des einzelnen Bürgers nach außen. Allen Unthug und alle Mißhandel in der Stadt und den Vorstädten, besonders allen Ungehorsam gegen ihre Gebote und Verbote sollen sie strafen; werket noch nicht Bulsen gesetzt sind, da mögen sie es zur Stande thun, und sie, so oft sie verbrochen werden, firdrichlich anbringen. Sie sollen auch niemant unrecht geschehen lassen, sondern stets daran sein, daß einem jeglichen Recht widerfahre und ihm seine Freiheit gehalten werde. So sollen auch Bürgermeister, Gericht und Rat einwischen sich selbst und dergleichen die anderen, Bürger und Gemeinde, auch in geziemenden Ehren halten und „zu Unschuld nit übergaben“, - so waren kurz und kräftig Rechte und Verpflichtungen der Stadtbehörde im Privileg von 1486 zusammengefaßt.

Der Rat war zwar seiner Entstehung nach und ebenso nach seiner jetzigen Zusammensetzung nur das erweiterte Gericht; aber demungeachtet waren Rechtsprechung und Verwaltung noch sehr weit voneinander geschieden. Denn das Recht geht vom Fürsten aus; er setzt den Schultheißen, der in seinem Namen und in seiner Stüt Gerechtheit und Macht haben soll, der die Klagen annimmt, der alle 14 Tage regelmäßig und sonst, so oft es nötig ist, das Gericht beruft, ihn versetzt, seinen Spruch ausführt und gegen Widersetzliche ihm Achtung verschafft. Der Vorsitzende des Rates, der Bürgermeister, ist im Gerichte nur der erste Beisitzer des Schultheißen und nur dann sein Stellvertreter, wenn jener, weil er je nach dem Anfall des Urteils einen Geldvortheil hatte, aus der Gerichtsante abtreten muß.

Weil dem Schultheißen und seinen Unterbeamten die gesamte Exekutive anvertraut ist und zugleich vor ihm die Untersuchung geführt wird, so waren Kollisionen mit der bürgerlichen Gewalt kaum zu vermeiden; zudem hatte er als Vertreter des Fürsten zugleich mit dem Bürgermeister die Oculat zu üben über Befähigungen und Thore, wie am auch die Bürgerannahme und die Erteilung der Heirathserlaubnis

besonders deshalb übertragen war, weil er den Nachweis des Harnisches und der Waffen forbert.

Es war nicht umsonst, wenn in der genannten Ordnung des Schultheißenamtes, die bald auf Grund der Stadtverfassung erfolgte, dem Träger desselben eingeschrieben wurde: er möge sich auch ihr genau halten, doch so, daß es weder der Stadt Freiheit und Ordnung, auch wider der Stadt Gewohnheit nicht sein solle. Es fehlte auch später nicht an Beschwerdenpunkten der Gemeinde über unbillige Schulthaufen. Immer aber ist zu beachten, daß dieser mächtige Beamte vom Fürsten zwar seine Macht herleitete, sie aber ausübte allein als Vorsitzender der angesehenen Abteilung des Rates, daß er gewöhnlich ohne selbst zur Abstimmung gelangt zu sein, an deren Entscheid gebunden blieb, daß diese Schlichter die eigentlichen Kenner des Rechtes und das Tribunal für die Untergerichteten der Markgrafschaft blieben.

Der Rat in seiner Gesamtheit mit dem jährlich wechselnden Bürgermeister an der Spitze sorgte für die ganze ausgedehnte Verwaltung und entschied alle Streitigkeiten, in denen es sich um Angelegenheiten derselben handelte. Durch die neue Verfassung wurde der Kreis noch bedeutend gegen früher erweitert. Die Bestimmungen über die Konsumsteuerung machten eine gewisse Aufsicht auf Mäler, Backer, Metzger und Wirthe nothig. Die Aufsicht über das Kaufhaus wurde dadurch strenger, daß in Zukunft alle Makler städtische Beamte sein sollten. Zugleich versprach Christoph die Konzession zu einer Bank, einem Guld und Geldwechsel zu verleihen, die abdann von der Stadt an einen Privatunternehmer gegeben werden durften.

Diese Dienste übernahm der Rat im Interesse des allgemeinen Handels und Wandels. Die Freiheit desselben wurde im allgemeinen anerkannt: „Es soll und mag ein jeder unserer Bürger und Einwohner zu Pforzheim sein Gewerbe mit Waren aus und ein und zu Pforzheim treiben, und es sol einem jeßen die Stadt mit Ein- und Ausfahren ganz offen sein.“ Aber eine Klausel am Schlusse: es wäre denn, daß seine Ware in der Stadt bedürftlich und not wäre, hob diese Freiheit nahezu wieder auf.

Ebenso waren zunächst alle Zünfte untersagt. Mit Mißtrauen blickten diese Fürsten, die eine durchaus friedliche, ruhige Entwicklung unter ihrer Obhut wünschten, auf diese unruhigen Verbände der Handwerker. Sie sahen, daß die alten Reichsstädte durch den fortwährenden Widerstreit des Rates und der Gemeinde zerrüttet waren, sie bemerkten auch, daß die Zünfte, wo sie herrschten, sich ein Monopol zu verschaffen suchten; sie waren überhaupt allen selbständigen Gessellschaften, die nicht aus bürgerlicher Anordnung, sondern aus freier Verbindung der Genossen entstanden, von

Grund aus abgeneigt. In dieser Feindseligkeit gegen den Grundsatz, auf dem das ganze öffentliche Leben des Mittelalters beruht hatte, zeigte sich besonders der Charakter der modernen Verwaltung, selten ist er schärfer ausgesprochen worden als von Christoph: „Es sollen auch weder Bürgermeister, Gericht und Gemeinde noch die Einwohner, samthand oder sonderlich, unter sich selber, noch mit jemand andern keinerlei Bündnis machen, sich zusammen versprechen, geloben, verschwören, noch verheissen ohne unser Erben und Nachkommen Wissen und Willen.“ In diesem allgemeinen Verbote aller Verbindungen waren die Zünfte inbegriffen, wenige Jahre später als Markgraf Christoph eine gemeinsame Landvertheilung erließ, wurden sie auch ausdrücklich genannt.

Keineswegs wollte man hiernit eine gewissermaßen Freiheit einrichten. Die Selbstverwaltung der Genossenschaften schloß man nur aus, um für die staatliche Regulierung freien Raum zu erhalten.

So erscheint uns diese Stadtverfassung in allen Punkten als ein klug berechnetes, wohl abgewogenes, in sich zusammenhängendes Ganze. Das Ziel, das sich der Stadtverwalter jener Tage gesetzt hatten: städtisches Leben einporzubringen, um auch neue Steuern im Stande zu schaffen, beachtet überall sichtbar hindurch, und wir dürfen anerkennen, daß die Mittel von ebensoviel Klugheit wie Wohlwollen zeugen.

Das beste Zeugnis für die Verfassung ist, daß sie einmal gegeben keiner weiteren Veränderung bedurfte. Sie war im Jahre 1486 zunächst auf 6 Jahre ertheilt worden, nicht als ob sie sich dann möglicherweise wieder abgeschafft hätte werden sollen, sondern weil man nach dieser Probezeit die gemachten Erfahrungen in der endgültigen Fassung vorwerfen wollte. Als diese 1491 erfolgte, war sie nur in ganz unbedeutenden Punkten geändert; hauptsächlich hatte man die gemauerte Instruktion des Schultheissen und des Gerichtes und eine eingehende Niederschrift des Schulden- und Pfandrechtes der Stadt eingeschrieben aus der eigentlichen Verfassungsurkunde.

Denn 1502 gab man Anlaß, gewisse Unterweisungen für alle Seiten der städtischen Verwaltung auszuarbeiten. Im Jahre 1508 wurde die Art der Wahl für das Gericht und den weiteren Rat, der Bürgermeister und den wichtigsten Beamten, den Baumeister, festgestellt. Etwa gleichzeitig ward eine strenge Bauordnung erlassen, um die Rechte der Stadt in ihre Muren gegen Übergriffe der Privaten zu wahren, ein ordentliches Bauwesen zu gewährleisten und eine weitere Verschlechterung der durch engen Straßen durch Enker und Überbauten zu verhindern. Bei den städtischen Bauten war man ängstlich darauf bedacht, daß Bürgermeister und Baumeister sich nicht unheimliche Vorrechte verschaffen. Jene Garanten, die für die Selbstverwaltung jederzeit noth sind,

waren reichlich gegeben: alle Knechte, Diener, Arbeitsleute der Stadt wurden nicht von einem einzelnen, sondern vom ganzen Räte angenommen; kein Beamter durfte sie für sich arbeiten lassen, sowenig er Lieferungen an seine Verwandten vergeben durfte. Auch in der Lohnzahlung und der Abzügen an denselben war er an seine Instruktion gebunden. Statt Rückstände und Geldhaisen war es in jener Zeit allgemein üblich bei Unvernünftigen Arbeitsleistung für die Stadt eintreten zu lassen; aber hierbei durfte der Bürgermeister nur nach der Weisung des Gerichtes verfahren.

Wad und Feld, Brannen und Gassen, Jahrmärkte und Wochenmärkte wurden genauer Regelung unterworfen, Reinlichkeit und Ordnung in ihnen aufrechterhalten. Die Ausarbeitung und Aufzeichnung dieser Bestimmungen fällt durchweg in die nächsten Jahrzehnte nach Erteilung der Verfassung unter die Regierung Christophs und seines gleichgesinnten Sohnes Philipp. Sie sind eine Ergänzung, von Ausbaa im kleinen von dem, was in jener in größeren Umfassen gegeben war. Eine überaus große Anzahl städtischer Unterbeamter sorgte für diese Dinge. Ihre Zahl hatte sich infolge der Bestimmungen der neuen Verfassung noch bedeutend vermehrt. Schon die Aufsicht, die durch die Steuererhebung nötig gemacht wurde, mußte dahin führen, daß auch die Güte der gelieferten Waren einer Kontrolle unterworfen ward. Überhaupt aber war es seit der reicheren Erfüllung städtischen Lebens allgemeiner wirtschaftlicher Grundsatz, daß die Gemeinde aufzukommen habe für die Qualität der Dinge, die zum Verkauf, sei es von auswärts sei es aus heimischer Werkstatt, gelangten. Nur darin bestanden Verschiedenheiten, ob die Schau von Organen der Behörde oder von solchen der Zünfte ausgeht werden sollte. In Pforzheim konnte natürlich nur das erstere der Fall sein.

Die Art, wie sich unter starker Bevormundung des Staates und der Stadt das Gewerbe in Pforzheim dennoch kräftig und selbstthätig entwickelte, bildet fast das bemerkenswerteste Stück seiner Geschichte bis zum dreißigjährigen Kriege; denn im übrigen verlief diese unter dem Schutze mildergerundeter Fürsten friedlich in den Bahnen, die durch die Verfassung vorgezeichnet waren.

Das erste Gewerbe in Pforzheim, welches von dem Markgrafen eine besondere Ordnung im Jahre 1561 empfing, war das älteste und zugleich wichtigste der Stadt: die Fälserei. Hier kann aber der Markgraf nur bereits bestehenden Zustände bestätigt haben, bei denen sonst bewährten Grundsätzen wurde er nur eine festgesetzte Lenkung zuerst eingerichtet haben. Der Holzhandel war bisher für die Markgrafschaft Bader fast der wichtigste Erwerbszweig gewesen, jedenfalls der einzige, durch den sie im Auslande mächtig vertreten war. Durch

den Besitz von Pforzheim, durch das Theileigenthum an der Grafschaft Eberstein hatten die Markgrafen die wichtigsten Gebiete des Schwarzwälder Holzhandels in ihrer Hand. Eine völlig einheitliche Ordnung war aber bei der grossen Verschiedenheit der Verhältnisse nicht möglich. Im Margthal saßen die Schiffer als reiche Bauern in den Dörfern von Reichenfels bis Forbach, sie selber Wald und Sägemühlenbesitzer, Schiffer und Händler. Auch als, wesentlich infolge der Ordnung, die sie von Markgraf Christoph erhalten hatten, sich das genossenschaftliche Band zwischen ihnen stärkte, handelte es sich doch fortwährend um Großbetriebe, und am Ende des Jahrhunderts war ein begabter Großhändler, Jakob Kast von Herten, zum Alleinherrscher geworden, alle übrigen nur zu seinen Lieferanten.

In Pforzheim dagegen saß eine eng geschlossene Genossenschaft in der Stadt selber zusammengedrängt, Leute, die auf ihren Arbeitslohn und Handelsgewinn angewiesen waren, die nur zum geringsten Theile ihr Holz aus den Wäldungen der Herrschaft und der Stadt erhalten konnten, vielmehr das meiste aus dem Württembergischen ankaufen mußten. Es ist nur natürlich, daß sie sich soviel als möglich als Korporation abschlossen, daß sie sich bald mit dem exklusiven Geiste einer Zunft erfüllten. Hier war dem Schiffer verboten, selber oder durch Knechte in seinem Lohn und Brot im Walde Holz fallen oder zur Einbinderstube führen zu lassen; er war auf seinen eigentlichen Beruf beschränkt. Dafür aber war das Schifferrecht erblich; war es auf uneheliche Kinder gefallen, so wurde ihnen doch die Berechtigung aufbehalten, und statt des jährlichen Betrages in die genossenschaftliche Kasse gaben sie jährlich „zur Handhabung und Kenntnis ihrer Erbrechtsigkeit“ einen Schilling. War aber der Knabe nach 10 Jahre alt, so wurde das Geschäft alsbald für ihn getrieben. Zwar war es nicht ausgeschlossen, daß auch neue Mitglieder eintraten, und im Jahre 1501 war sogar der Abschluß auf Pforzheimer Bürger noch nicht rechtsgültig, aber die Fremden hatten dauernd doppelte Beiträge zu zahlen.

Vor allem war man eifrig darauf bedacht, eine völlige Gleichheit zwischen den Mitgliedern der Schifferzunft zu erhalten und jeder drohenden Möglichkeit eines kapitalistischen Betriebes vorzubeugen. Kein Schiffer, ob reich ob arm, durfte bei Strafe der Konfiskation im Jahre mehr als 3000 Stück Holz oder Borde vom Walde bestellen oder verführen. Jedes Zusammenritzen, jedes Compagniegeschäft war verboten, um nicht verunglückte Kräfte stärker als vereinzelte werden zu lassen. Dagegen wenn ein Schiffer durch Hochwasser oder andre Noth gedrängt war, dann durfte ihm der Kamerad den Beistand, die Überlassung seiner Arbeitskräfte nicht abschlagen. Wenn fremde Händler zum Ankauf nach Pforzheim kamen,

dann durfte kein einzelner mit ihnen in Unterhandlung treten, ihnen nachlaufen oder sich an sie heukeln, sondern der Amtmann und die Verordneten des Gewerbes kamen zuvor mit ihnen über den Preis überein und verlostten dann, immer mit Ausschcheidung früherer Gewinner, die Lieferung. Diese Vorsichtsmaßregeln wurden gekrönt durch die Bestimmung, daß niemand für sich einen Kauf von mehr als 60 fl. abschließen durfte. Was darüber war, mußte er alsbald einem andern Genossen überlassen.

Es waren das alles nur Schranken, die man dem Eigennutz setzen wollte; was nun aber wirklich erlaubt und Regel sein sollte, das hat man nicht bestimmen können. „Es soll auch hinfür geordnet werden, wie ein jeder Flößer Holz und Borde kaufen soll, es sei an der Bindstatt oder im Wasser, desgleichen wie er auch an allen Märkten jede Gattung verkaufen soll“, schloß diese Ordnung, aber man ist nie zu der Regelung dieser Fragen, auf die im Murgthal unendlich viel Scharfsinn verwendet wurde, gelangt. Nur einige wenige Grundsätze hat man hierüber aufgestellt. Der Schiffer, der das Holz von Pforzheim die Enz und den Neckar herabführt, erkaufte es selber von den sogenannten Waldschiffern, die auch im engeren Sinne Flößer genannt wurden. Er schloß mit ihnen einen Jahrkauf ab, d. h. er zahlte sie erst am Schlusse des Jahres, wenn er selber wieder verkauft hatte, aus — eine Kreditfrist, die natürlich sehr im Interesse der städtischen Handwerker gegenüber dem bauerlichen Lieferanten lag. Der einmal abgeschlossene Jahrkauf galt unverbrüchlich. Die Verarbeitung des Materials suchte man soviel als möglich für die Markgrafschaft zu behalten, und deshalb war verboten unterhalb Pforzheim an die Sägen zu verkaufen; nur Borde und Bauholz sollten dorthin verführt werden. Eigene Sägen besaß die Pforzheimer Schiffferschaft zum Unterschiede von der Gernsbacher nicht; auch hier verließ man sich auf die obrigkeitliche Begünstigung: „Die Amtleute sollten den Schiffern und Flößern vor allem bei den Sägen beholfen sein, damit ihnen ihre Sägeblöcke zum förderlichsten gesagt werden mögen.“ Nur Kaufmannsgut sollte eingebunden werden, aber die Schau wurde hier, wiederum im Gegensatze zu Gernsbach, keineswegs sehr streng genommen; auch 1501 hatte man sich noch nicht über einen bestimmten Model vereinigt.

Die Floszeit war von Ostern bis St. Gallentag festgestellt, „damit die Schiffer die heilige Zeit der Fasten und Ostern, auch zu Weihnachten, desto laß mögen daheim bleiben und ihnen auf dem Wasser von Kälte und Winter kein Schade erwachse“. Auch sollte hiervon keinerlei Dispens gelten.

Dergestalt ward der Schiffer überall in seinem Betriebe zurückgehalten, um Gleichheit zu erzielen. Und dabei waltete auch die weitere Absicht, keinen allzugroßen Unterschied

zwischen ihm und den Gesellen aufkommenzulassen. Beide waren in derselben Genossenschaft inbegriffen; der Schifför durfte keinen fremden Knecht hausein, der Knecht keinem fremden Meister dienen. Der Arbeitskontrakt sollte nur dann als fest gelten, wenn er in Pforzheim schon eingegangen war. Wenn der Schifför der arbeitssamen Knecht ins Niederland gedungen hatte zur neuen Fahrt, durfte jener andre, der ihn dazu brauchte, Einspruch erheben. Der Lohn war viel niedriger als bei den Murgflößern, die das rheinische Land zum Absatz gebräute hatten, und nur der Knecht auf den Bächen, nicht der auf dem Neckar, ward bekostigt. Am Ostermontag versammelten sich Meister und Knechte zur Begehung ihrer Jahreszeit; unter den Klängen des altnährlichen, nicht eben durch Wohlthat ausgezeichneten, Flößersangeses vollzogen sie ihren Einzug durch die Stadt, denn wurde für die nächste Woche, ehe die Schifffahrt begann, der Rugungstag verkündet. Auf diesem ward zuerst die Ordnung verlesen, dann wurden alle Vergehungen gegen dieselbe, die sich im vergangenen Jahre zuge tragen, vorgebracht, untersucht und gebüßt, hierauf erfolgte die Annahmen für die neue Schifffahrtsperiode. Jeder einzelne erklärte ob er während dieser als Schifför oder als Knecht fahren wollte. Im ersten Falle durfte er keinen Knechtsohn neben ihm verdienen, im andern nicht selbständig kaufen und verkaufen. Alljährlich aber durfte er zwischen den Berufen, wie es ihm gut dünkte, wechseln. Zuletzt wurden aus der Mitte der Schifferschaft die vier Verordneten gewählt, die Aufsicht unten und die gemeinsamen Geschäfte besorgten. Zu ihnen trat als Fünftler der firschele Oberaufseher; denn die Flößerzunft unterstand nicht den städtischen Behörden, sondern unmittelbar dem Markgrafen.

Die Folgezeit brachte noch schärfere Unterschiede zwischen Knecht und Meister mit sich. In einer Neuordnung von 1588¹ finden sich, offenbar um den häufigen Übergang zu erschweren, sehr hohe Einkaufsgelder für die eigentlichen Schifför festgesetzt. Die Begünstigung der Verwandten war erst jetzt zu voller Blüte geshen. Selbst unter den Meistersöhnen ward noch eine Klasse besonders bevorzugt: die jungen, welche auch Meisterschwengerkohre sind. Die Knechte sind abhängig geworden. Es wird als Regel angenommen, daß sie ihren Herren verschuldet sind, die ihnen im Winter bereits das Geld auf die Sommerarbeit leihen. Das Verhältnis wird im vollen Umfang anerkannt; ein verschuldeter Knecht darf keinen andern Meister schaffen, er habe sich denn zuvor mit dem alten vertragen und zwar nur mit Arbeit, nicht mit Geld. Aber sonst ist die Stellung der Knechte verschlechtert; so wird ihnen der kleine Nothverdienst überkannt, den sie bis-

¹ Eine frühere von 1555 ist verloren gegangen.

her durch den Transport von Waren auf den Flößen gehabt hatten.

Es sind vielerlei Veränderungen eingetreten; die meisten beschränkenden Bestimmungen sind gefallen, auch die Flößzeit ist jetzt von Mittlasten bis Martini erstreckt; aber was an die Stelle getreten ist, bedeutet kaum einen Fortschritt zu freier Bewegung. Denn kein Schiffer darf jährlich mehr als drei Flöße durch sich selbst oder andre herausschleppen und ein neues immer erst einbinden, wenn er das alte vollständig verkauft hat. Dabei ist es ihm verboten seine Knechte voranzuschicken, um Bestellungen in Empfang zu nehmen, denn es soll keiner dem andern „surlaufen oder dem Verdermann sein Gut verschlagen“. So ward jede Konkurrenz auch jetzt gebrandmarkt, und auch wie vor das Holzgewerbe auf dem Standpunkte eines Kleinhandwerks zurück gehalten.

Eben deshalb waren alle Erschwerungen vergeblich, den Mithewerb noch kleinerer Leute fortzuhalten. So kostete 20 fl. Einkaufsgeld auch waren, man hoffte sie mit 3 Flößen doch wieder herauszubringen. Schon 1588 klagte man, daß auch andre Handwerker nebenbei das Flößen trieben, und 1610 reichten die 25 Schiffer über diese Zustände eine bewegliche Bittschrift bei der Regierung ein: „Über 60 Genossen seien jetzt in der Gesellschaft des Flößerhandwerks und sehen unter den 25 Schiffern schon die Mehrzahl ganz arme Gesellen. Nur aber begehrten fortwährend Waldbäuer und Knechte sich zu Schiffern und Meistern einzudringen und len andern vorzuziehen, während sie doch solches nicht vermochten, sondern sich selbst Weh und Kummer, auch noch andre mit sich, ins Verderben bringen. Die tägliche Erfahrung ergebe, daß Meister wieder zu Knechten werden.“

Der Rat wie der Amtmann befürworteten den Vorschlag, wiederum die Beitragsgelder auf das Doppelte zu erhöhen, „zumal jene unerfahrenen und unehelicher Schiffer der Stadt und solchen Zunftgenossen bösen Namen machten“. So geschah es auch die meiste Seite der alten Gewerbeordnung hatte nur aufgegeben, um alle üben mit wachsender Eagerzigkeit zu verschlimmern.

In denselben Jahren wurden auch aus Gernsbach immer erneute Klagen laut; aber sie bezogen sich auf eine allzu-nachtheilige kapitalistische Entfaltung des Holzhandels. In Pforzheim kannte der gesamte Schifferbetrieb keine 60 Familien kleiner Leute ernähren: in Gernsbach war Jakob Kast binnen zwei Jahrzehnten zu einem der reichsten Kaufleute Deutschlands geworden und zahlte den andern Schiffern gute Preise für ihr Holz. Hier vor allem hatte es sich gezeigt, daß eine engherzige Genossenschaftsverfassung den Anforderungen des Verkehrs, wie sie schon das erste Jahrhundert der Neuzeit stellte, nicht mehr genügen konnte.

Eine solche Gefahr der Erstarrung drohte in jener Zeit fast allen Handwerken. Überall waren die alten Zünfte dahin erstarrt, in Gewerbebetrieb eine ausschließliche Domäne derer zu sehen, die zur Zeit in Besitze waren, ein nutzbares Eigentum, das sie auf ihre Nachkommen vererben und mit möglichst wenig neuen Wettbewerbern teilen wollten. Diese Gesinnung verbreitete sich aus den Reichsstädten nur zu leicht an solche Plätze, die wie Pforzheim kein eigentliches Zunftwesen besaßen, und früher oder später kamen dann doch einmal ausschließliche juristisch gebildete Männer in die Verwaltung des Staates, die in der Herstellung der Schlichte in die Einrichtung eines normalen Zustandes erblickten und sie zum Staatsgesetz erhoben. So geschah es auch hier, immerhin aber hielten solche Städte den freieren Zug des Gewerbelbens, den sie sich lange bewahrten, ihrer anfänglichen Richtung zu verlinken.

Ausgenommen hiervon waren von Anfang an die Nahrungsmittelgewerbe. Um die Konsumtion jedes einzelnen zu besteuern, konnte man sich weder auf seine Versicherung noch auf besondere Erhebungen verlassen, man mußte sie bei den Gewerbetreibenden, aus deren Händen sie der Privatmann empfing, zu treffen suchen. So kam man dazu, diese fast wie öffentliche Beamte zu behandeln, ihnen ihre Kunden zuzuweisen und diese zugleich mit ihnen der strengsten Aufsichtigung zu unterwerfen.

Dem Zwecke der Steuerkontrolle diente schon die Ordnung des Kornmarktes. Die Bauern hatten es geheißen, in den Wirtschaftern zu verkaufen, sie wurden jetzt in das Kaufhaus und an die städtische Waage gewiesen. Hatte man ihnen anfangs noch erlaubt, gemessene Maße selber mitzubringen, so bestimmte man bald, daß alles Getreide beim Verkauf nur von dem geschworenen Korbmesser gemessen werden sollte, der die Mengen sofort in sein Buch eintrug. Während der ersten Stunden des Marktes wurde das „Bannmessen“ ausgestreckt; solange es wehte, mußte sich jeder an den gemeinen Schlag, d. h. an den für diesen Tag amtlich verkündeten Preis halten; erst wenn es eingeblasen war, mochte man folschen; aber kein Korn wurde gemessen, ehe nicht der bezahlte Preis angegeben war. Die Sorge, daß jeder Bürger zum Kaute gelange, sprach sich darin aus, daß jeder, der größere Mengen als sein Hausbedarf erforderte, kaufte, auf Begehren anlere Bürger zulaufen lassen mußte; auf alle Weise suchte man einen Zwischenhandel mit Getreide zu verhindern.

Nach war es allgemein üblich, daß jeder Bürger seinen Getreidevorrat selber anschaffte und mahlen ließ. Die Regierung verfolgte die Absicht, die Mäher ganz auf diese Thätigkeit zu beschränken. Aller eigene Ankauf war ihnen

untersagt, eine Abweichung hiervon konnte nur mit Erlaubnis des Bürgermeisters, wenn sie sonst mit ihrer Abgabe an die Herrschaft im Rückstande geblieben wären, erfolgen. Sie durften nur mahlen, wenn der Mühlgaat sein Wortzeichen, die Kontrollmarke, ihnen abgegeben hatte. Alle Bürger waren vom Kornschreiber, einem der wichtigsten Beamten der Stadt, in die Liste der Müller oder, wenn sie nicht selbst mahlen ließen, in die der Bäcker eingetragen. Das Kundenbuch und das Müllerbuch mußten miteinander stimmen. Nach ihrem Ausweis wurde wöchentlich die Accise erhoben.

Da war es nur natürlich, wenn nicht nur die Müller, sondern auch ihr Gesinde in Amtspflicht genommen und mit Eiden, die bis ins unglaubliche detailliert waren, beladen wurden. Der Müller war kein Gewerbetreibender mehr, sondern eine öffentliche Persönlichkeit. Man zog hieraus alle Folgerungen. Jene Bücher galten als öffentliche Urkunden. Erhob sich Zwiespalt darüber, „ob der Bürger fremd Mehl oder fremd Brod hätt gekauft“, so wurde auf ihrer Grundlage obrigkeitlich entschieden. So hatte man zuerst die Bäcker an die einzelnen Müller verteilt und die Anordnung auch aufrechterhalten, als jene sich beschwerten: die Müller verließen sich nun auf ihr Anrecht. Bald nötigte man auch die übrige Gemeinde in diese kontraktlichen Verhältnisse, durch die die Steuererhebung freilich sehr erleichtert wurde.

Kaum minder streng als die Müller waren die Bäcker beaufsichtigt. Ihre erste Ordnung, die ihnen von der fürstlichen Kanzlei allein im Jahre 1506 gegeben worden war, verhängte rigorose Bestimmungen über sie. Unablässig wurde ihr Gebäck der amtlichen Schau unterworfen. Mit jedem Verstofs erhöhten sich die Bußen; und wer sich sechsmal im Jahr der Rügung schuldig gemacht hatte, dem wurde das Handwerk gelegt. Erst nach vielen Klagen wurde diese harte Aufsicht etwas gemildert. Im Fruchtkauf unterlagen sie nach der unter städtischer Mitwirkung erlassenen Ordnung von 1511 manchen Einschränkungen zu Gunsten der Bürger; so durften sie nicht vor 12 Uhr kaufen und mußten das Einstandsrecht derselben bis zur Hälfte des bereits erkauften Getreides dulden.

Merkwürdig, wie man auch hier nach Möglichkeit die Centralisation begünstigte. Nur ausnahmsweise, an Fremde und zur Nachtzeit, sollte der Bäcker in seinem Laden verkaufen, alles Austragen in die Häuser war verboten; für gewöhnlich sollte Brod nur in den Bänken unter den Hütten feilgeboten werden. Der Wunsch, eine möglichst große Gleichheit zu erzielen, so daß der Verkauf eines jeden unter den Augen der anderen geschehe, keiner aus einer günstigeren Geschäftslage Vorteil ziehe, war auch hierbei maßgebend. Übrigens waren die Bäcker wohlhabende Leute. Es ward als

Regel angenommen, daß jeder von ihnen 12 Schweine nur von den Abfällen mästen könne und deshalb auch eine eigene Fleischbank innehaben. Man begünstigte von oben her diesen Zustand und billigte deshalb auch im Laufe der Zeit den Backen Einkaufs- und Leirgelder zu. Die Kontrolle lieh sich ja größeren Handwerkern gegenüber viel leichter an.

Dieselben Verhältnisse herrschten bei den Metzgern. Die gesundheitspolizeilichen Vorschriften waren von einer Penallität, wie sie sich kaum in der Gegenwart finden, und zu ihnen traten solche, die dem Publikum eine Bedienung garantieren sollten, wobei es jederzeit das Gewinnsichte zum öffentlich festgestellten Preis schloß. Dem der Antscharakter tritt auch bei den Metzgern, wenngleich weniger stark als bei den Mültern, hervor. Wer am Ende der Fasten, zum Osterfeste schlachtete, der verpflichtete sich dadurch das ganze Jahr die Metzger mit frischem Fleisch zu versehen. Der wenig einträgliche Verkauf von Hammelfleisch ward jede Woche zwei Metzgern der Reihe nach überwiesen.

Somit sind nächst den Frösern die Metzger zuerst in den Besitz einer eigentlichen Zunftverfassung gelangt. Schon aus einer Zeit, die nicht lange nach Christus ins Licht liegt, scheint die Bestimmung zu stammen: „Das Handwerk mag bei 6 Pfennig Baße wohl einander zusammen bieten lassen, ziemliche Ordnungen, die nicht wider die Gemeinde sind, zu machen.“

Diese Abhängigkeit der drei wichtigsten Nahrungsmittelgewerbe begegnet uns auch sonst, wenngleich selten in solchem Maße, in den alten Reichstädten. Dort aber ist uns als Rest einer Zeit stehen geblieben, in der die Handwerker gehörige Genossenschaften in strenger Dienstbarkeit unter Leitung eines ihnen von Bischof oder Kloster gegebenen Verwalters waren. In Pforzheim dagegen sehen wir sie abichtlich aus finanz- und socialpolitischen Gründen hergestellt. Bald galten diese Bestimmungen als Muster; wenige Jahre nach ihrer Einführung in Pforzheim sehen wir sie, nur wenig nach den dortigen Verhältnissen verändert, auch in Baden-Baden in Kraft treten.

Bei den Wirten dagegen begnügte man sich mit genauer Aufsicht über den Ausschank. Die Richter und Verwalter gingen alle Wochen um, ihr Amt auszuüben. Kein Kitter durfte in nicht versiegelten Fässern Wein einlagern. Von der Stadt selber waren vier Weinverlader aufgestellt, an welche die Fremden gebunden waren. Die Einheimischen mochten daneben die gewöhnlichen Kitter brauchen.

In diesen Gewerbe waren von Anfang an zwei Klassen geschieden: die Herrnwirt- und die Wenscherken, zu denen dann auch die Stauswürte — Bürger, die gelegentlich ihren gekelterten Wein verschenkten — hinzutraten. Ihnen gegen-

über stellte sich die Stadtverwaltung sehr verschieden. Die Weinschenken sollten dem Bürger zu billigem Preis seinen Abendtrunk liefern. Luxus und Grelsbetrieb sollten dabei ausgeschlossen werden. Darum maekten sie ihren Wein und dessen Preis öffentlich ausrufen lassen, und durften nicht mehr als drei Weine, zwei weiße und einen roten, und zum Landwein nur einen fremden, rheinischen, Elssasser oder Ortenauer, feilsetzen.

Die Herrenwirths dienten dem Fremdenverkehr, zumal dem des Adels, der zum Besuche des Hofes kam. Auch findet sich in den Schuldurkunden der Ritter weither aus der Umgegend schon seit dem 13. Jahrhundert die Bestimmung, daß sie und die Bürger sich bei mangelnder Zahlung in Pforzheim im öffentlichen Gasthaus bis zum Abtrag der Schuld stellen sollen, und bei dieser bequemen Art Schuldgefängnis legten sie sich keine Entbehrungen auf. Um diesen Ansprüchen zu genügen, liefs man die Herrenwirths von jenen lästigen Beschränkungen frei, und im Jahre 1541 ordnete man geradezu an, nur solche Bürger dürften Gastgeber sein, die zum mindesten zehn Pferde stellen und ihnen mit Futter, Stroh und Heu Versorgung thun könnten.

Je mehr Pforzheim emporblühte, je mehr seine Selbstverwaltung sich festigte, um so eifriger suchte es sich in gewerblichen Dingen auf den Fuß Alerer und größerer Städte zu setzen. Schon die Bäckerordnung von 1511 ist nicht mehr von der Kanzlei, sondern von Schultheiss, Gericht und Rat gegeben; seitdem sind dies die Flößerordnungen angenommen, auch die aller übrigen Gewerbe. Vor den Rat kommen auch alle Streitigkeiten der Handwerker, und nur die wichtigsten Entscheidungen bedurften Bestätigung durch die Regierung. Dem Rat aber wurde entschieden daran gelegen sein, daß in Pforzheim dieselben Zustände galten wie in Straßburg, in Heilbronn, in Eßlingen. Denn immer schärfter wurde der Argwohn der alten Zünfte gegen der Handwerksgelesen aus umzünstigten Orten. Diese seine Heckerart genagte, um ihn als unehrlich zu brandmarken, ihm die Förderung zu versagen, ihn von einem Orte zum andern zu jagen.

So wurden denn trotz der entgegenstehenden Bestimmungen bei Landesbesuchung von den Bäckern und Metzgern an auch alle übrigen Handwerke als Zünfte eingemeindet. Die geistlichen Bruderschaften, die sie bereits besaßen, dienten als Anhaltspunkte. Schon in der Mitte des 16. Jahrhunderts war es in dieser Beziehung in Pforzheim ebenso bestellt wie anderwärts, und Zunftstatuten, wie etwa die der Kufer können als Beispiele der autzersten Engherzigkeit gelten. Von jener Zeit an verlor auch der Widerstand der Regierung gegen Zünfte an Stärke; der Vorgang von Pforzheim zog andere Orte nach sich; und in der Landesregierung,

die nach langen sorgfältigen Vorbereitungen Markgraf Georg Friedrich kurz vor seiner Vertreibung gab, ward das Zunftwesen ohne alle Einschränkungen zur Staatsinstitution erklärt.

Von allen Gewerben hatte nur ein, dessen Emporbringung Christoph besonders am Herzen gelegen hatte, eine Geschichte, in der sich die Gegensätze betheiligten und die deshalb minder einseitig verlief: die Tuchmacherei.¹

Bereits im Jahre 1486 legten die Tuchmacher von Pforzheim und Illingen Markgraf Christoph den Entwurf einer allgemeinen Landesordnung ihres Gewerbes vor, der nach eingehender Beratung und vielfacher Erweiterung Gesetz wurde. Es ist die erste landespolizeiliche Regelung eines grossen Gewerbes, die in Deutschland erfolgte, und für uns heute eine Hauptquelle unserer Kenntnis der Technik und der Zustände dieses Gewerbes, welches in jener Zeit weitaus die erste Stelle einnahm. Christoph selbst spricht als Ziel aus: den inneren Markt von der Herrschaft der fremden Tuche und der Frankfurter Messe zu befreien; aber er sucht es nur durch bessere Anordnungen, nicht durch Erschwerungen des Verkehrs, zu erreichen. Sein Wunsch war auch hierbei, das Gewerbe in den Städten zu konzentrieren; denn nur dadurch war eine Hebung der Qualität und eine leichte Anpassung an die Bedürfnisse des Verkeures gewährleistet; aber er raubte den Dorfhandwerkern nicht die Möglichkeit, für den Bedarf der Umgegend zu sorgen. Er ordnete die strengste Schau an, damit in den Grosshandel nur solche Ware einen guten Namen behalte; aber er kümmerte nicht die Verwertung geringerer Sorten an Ort und Stelle; er liess jedem Privatmann das Gewerbe zu, aber er suchte der Spekulation von blossen Käuflenten vorzubeugen; er suchte gleichzeitig für die selbständigen Meister, für die von ihnen beschäftigten Gesellen und für die Hausarbeiter zu sorgen; er richtete eine Genossenschaft ein, aber er giebt ihr keine jener Rechte, die sie zur Unzuldsamkeit und zu eigennütziger Abschliessung hätten führen können. Er ebnet dem Handel alle Wege und trifft zugleich für jene Zeit wahrhaft musterhafte Anordnungen, um für das Rohmaterial, die Wolle, richtige Preise zu erzielen und der Abhängigkeit der Bauern von niederländischen Händlern ein Ende zu machen. So ist diese Gewerbegesetzgebung eines der interessantesten Dokumente einer mehrnennenden und wohlthätigen Volkswirtschaftspolitik aus der Zeit des Überganges vom Mittelalter zur Neuzeit zu nennen.

Die Erwartungen des Markgrafen wurden nicht getäuscht.

¹ Die eingehende Darstellung derselben müss auf die Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes verschoben werden.

Dieselbe Zeit, die in den alten Hauptstädten des Tuchgewerbes dessen Niedergang sah, erlebte in Pforzheim den bedeutendsten Aufschwung. Zwar bezahlten die Tuchmacher unablässig größere Berechtigungen gegenüber der Nachbarschaft, aber auch diese Lizenzen befanden sie sich in recht befriedigender Lage. Ihr Absatz ging besonders nach Augsburg, damals dem Mittelpunkt des internationalen Handels, und von da in alle Welt.

Neben der eigentlichen Tuchmacherei kamen, nicht ohne das Widerstreben der alten Handwerker, in selbstthätiger Stellung, lange jeden Zunftzwang überwindend, die Verfertiger leichter Zeuge, der Sorgen und Klagsseite, außer. Sie waren ganz und gar einerseits auf die ländlichen Hülfskräfte, andererseits auf den Absatz im Ausland angewiesen. In Pforzheim selber wurden nur feinere Sorten hergestellt, namentlich aber die rohen Zeuge gefärbt und appretiert. So ist zwar nicht ganz in Christo's Sinne, aber in konsequenter Fortentwicklung der von ihm gelegten Grundlagen noch vor dem dreißigjährigen Kriege hier diejenige Form der Industrie entstanden, die während der nächsten Jahrhunderte mächtig blühte für die Landschaften am östlichen Abhange des Schwarzwaldes; die ländliche Zeugweberei, die von städtischen Firmen geleitet wird. Von Pforzheim ist sie ausgegangen, nach dem Kriege hat sich Kalw ihrer dauernd bemächtigt und Pforzheim hat hier wie im Holzhandel sich lange vergeblich bemüht, der württembergischen Schweserstadt den Rang abzulaufen.

Hier erkennen wir einen Zusammenhang, der bis zur Gegenwart reicht. Dagegen ist es nur ein Spiel des Zufalls, wenn auch jene Industrie, die das moderne Pforzheim geschaffen, die Kunst der Goldarbeiterei, einst schon in den Mauern des alten gebüht und mancherlei Fragen hervorgehoben hat, die denen der Gegenwart ähnlich.

Im Jahre 1518 war von Reichs wegen für alle Silberwaren ein Feingewicht von 14 Lot verordnet worden. Die Bestimmung lag im Interesse der Städte wie Augsburg, in denen vor allem das edelste Kunstgewerbe blühte und die viel von minderwertiger Korkarren zu leiden hatten. Erst im Jahre 1562 ward auf Anregung des Herzogs Christoph von Württemberg zwischen ihm und Baden ein Vertrag geschlossen, der die Durchführung der Reichsbestimmung in den beiden Staaten sicherte. Die Goldschmiede in Pforzheim hatten vergebens Gegenversetzungen gemacht. Bei dieser Gelegenheit wurde ihnen etwas überstürzt eine Ordnung gegeben, die durch viele ihrer Bestimmungen interessant, aber keineswegs unsterblich zu nennen ist. Sie sollten durchaus auf den Standpunkt eines Handwerks zurückgebracht werden. Sie wurden viel einer Leerdung beschränkt: die Fabrikation, um an Händler zu verkaufen, ward ihnen untersagt; mit

Mühe erlangten sie das Zugeständnis, auch Waren, die sie nicht selber hergestellt, zu verkaufen. Selbst dieses wurde ihnen nur mit Rücksicht darauf gegeben, daß sie oft genötigt waren, alte Silbergeräte, die noch wohl verkauflich waren, anzubieten. Am merkwürdigsten ist, daß damals über die Reichsordnung hinausgehend auch ein Feingewicht für Gold, neunzehn Karat, in Pforzheim festgestellt wurde. Es ist in Deutschland der erste Versuch gewesen, ein solches einzuführen.

Wie übend bisher das Gewerbe gewesen war, läßt sich daraus ersehen, daß man zum Probieren und sonstiger Begutachtung der fertigen Ware nicht weniger als vier Schatzmeister für nötig erachtete. Der dreißigjährige Krieg machte ihm, wie fast jeder andern Betriebsamkeit in Pforzheim, ein jähes Ende.

So sehen wir in dieser Gewerbegeschichte das Bild der allgemeinen deutschen Kulturgeschichte in dem denkwürdigen 16. Jahrhundert gespiegelt: ein staunenswerter Aufschwung aller Kräfte im Beginn desselben, eine Fähigkeit zu Organisationen, wie sie keine frühere Zeit kennen hatte; und dann ein allmähliches Versiegen dieser Kraft, bei äußerlichem Wohlstand eine schrittweise fortschreitende Erstarrung, eine Wirtschaftspolitik, die ihre eigene Ideen nur kopiert, was allwärts als Regel gilt. Eins aber war in dieser Zeit für immer festgestellt worden: Pforzheim hatte den Charakter einer Gewerbestadt endgültig erhalten; weder ein Großgrundbesitzerstand, ein Patriciat, noch eine Hofhaltung waren fähig hier die maßgebenden Elemente, sondern ein gewerbetreibender Bürgerstand.

Während sich das gewerbliche Leben in Pforzheim so reich entfaltete, erlangte zugleich das geistige, gerade während der bedeutungsvollsten Jahre des 16. Jahrhunderts, einen mächtigen Aufschwung. Zwar von den Leistungen der zahlreichen Geistlichkeit, die während des Mittelalters hier vereinigt war, wissen wir nichts zu berichten. Pforzheim besaß ein eigenes Stift mit Kanakel, um es anzudeuten, waren von den Markgrafen eine Menge von Einzelstiften hier zusammengezogen worden, aber kein Hinweis ist überliefert, daß diese stiftliche Stützung irgend welchen Bildungszwecken gedient haben. Sie war ein Gegenstand des Prunkes. Die Schule, welche den Namen Pforzheim in der Geschichte der deutschen Bildung verewigt, ist eine städtische Anstalt gewesen. Ein glücklicher Zufall hat ihre Ordnung erhalten, die gerade in die Zeiten fällt, als aus ihr ein Reichthum hervorging¹.

Als nach Erlaß der Stadtverfassung alle Ämter ihre Ordnungen eintragen, erhielt auch der Schulmeister die seine.

¹ Siehe die Beilage.

Zwischen der Stadt und dem Schulmeister bestand ein Kontrakt, jener war der eigentliche Unternehmer; diese stellte nur die Bedingungen, die in ihrem Interesse lagen, behielt sich die Aufsicht vor und überließ das Uebrige dem sachkundigen Manne selber. Zu Neujahr mußte der Schulmeister den neuen Rat um die Schule bitten, seinen Kontrakt erneuern; und bei dieser Gelegenheit wurde ihm die Mithetung aller Mängel, die sich im verfloßenen Jahre bemerklich gemacht hatten, auferlegt. Der Rat stellte ihm nur das Gebäude und kam für die größeren Umbauten auf; Ofen und Fenster zu besorgen, war seine eigene Sache, und er durfte hierfür keinen besondern Beitrag von den Schülern erheben. Im übrigen ist von einer Besoldung nicht die Rede; er muß sich und seine Helfer von den eingehenden Schulgeldern der Stadtkinder und Fremden erhalten. So war er auch in der Anzahl seiner Unterlehrer nicht gebunden. Regelmäßig hatte er einen Kantor und verschiedene „Laureaten“, ältere Studenten, die den ersten Universitätsgrad erworben hatten. Einem jeden von diesen war als „Provisor“ eine Anzahl Schüler überwiesen, und sie erhielten von den ihnen Anbefohlenen eine geringe Zahlung neben dem Schulgelde. Der Schulmeister mußte darauf achten, daß die Schüler von ihnen über diese festgesetzte Bezahlung nicht beschwert wurden, außer wenn sie ihnen Privatstunden gäben. Zu solchen sollte ihnen aber der Schulmeister treulich helfen, daß sie nicht unnütz die Zeit verzehrten. Pönlich genug waren die Beiträge bei uns kleinste geordnet, die der Einheimischen und der Fremden, der Wohlhabenden und der Armen. Die Armsten sollen wenigstens zu Ostern den Schulmeister fünfzig Stück Eier oder zehn Pfennige geben. Alle aber mußten der Reihe nach im Winter ein Scheit Holz, wenn sie diese Verpflichtung nicht abkauften.

Man rechnete auf einen großen Zulauf der Fremden, jener fahrenden Schüler, die in dieser Zeit gelockt von Rufe eines Lehrers oder einer Stadt, unruhig von einer Schule zur andern wanderten und sich von eigentlichen Universitätsstudenten nur wenig unterschieden. Der Rat behandelte sie fast wie erwachsene Leute, suchte aber zugleich nach Garantien für ihr Verhalten; denn in die stille Stadt brachten sie ein tumultuarisches Element. Jeder der vierzehn Jahre überschritten, sollte deshalb in die Hand des Schulmeisters dem Markgrafen und der Stadt Treue geloben, den Lehrern Gehorsam versprechen und für alle seine Verpflichtungen die Pforzheimer Gerichte als zuständig anerkennen. In Pestzeiten sollte man keinen Schüler aufnehmen, der von Orten, wo die Epidemie herrschte, komme — eine Bestimmung, die kaum aufrechtzuerhalten war, denn nichts war gewöhnlicher,

als daß in den Städten die von einer Epidemie heimgesucht wurden, sich sofort die Schule auflöste und die Schüler sich nach allen Welthegegenden zerstreuten. Hüstweilen war nur, solange die Schule in die Höhe kommen sollte, mit der Aufnahme nicht sehr wählerisch, später aber sollten die „Land-schrecken, die nur am Bettel hängen“ nicht mehr angenommen oder doch bald wieder gearlaßt werden. Gänzlich untersagen konnte man angesichts der Dürftigkeit der Mehrzahl das Betteln nicht; man suchte es nur so weit einzuschränken, daß man die Armen in Gruppen einteile und ihnen vorschrieb, wieviel sie jeweils sammeln dürften.

Diese älteren fremden Schüler wohnten mit den ihnen noch nahestehenden Laienrenten zusammen gleich Studenten in Kursen vereinigt; und diese Versammlungsorte unter guter Aufsicht zu halten, war eine der wichtigsten Obliegenheiten des Schulmeisters. Bei Tag und Nacht sollte er sie visitieren und Achtung auf Leben und Wesen, wie es darinnen getrieben wurde, haben. Kirchenbesuch, ordentliche Auführung auf der Straße und zu Haus, gebührende Ehrfurcht vor einem jeden, je nach seinem Stande, hatte er ihnen einzuschärfen. Noch betrachtete man den Schiller ganz als angehenden Kleriker; darum ward ihm auch verboten, auch den Laien mit weltlichen ungelährlichen Handeln zu unterweisen, an Tänzen sich zu betheiligen, nachts auf den Straßen zu hofieren oder andere Ungebühr zu treiben, namentlich auch keine Spiele zu thun, damit auch die jungen Schüler desto weniger Arges von ihnen erlernen mochten. Es bliebe dahingestellt, wie weit man einer vag erröden Schülerschaft mit solchen Vorschriften, Zaum und Zügel anlegen konnte.

Es sind Verhältnisse, zugleich dürftig und nach unseren Begriffen regellos, die uns da entgegen treten, erstreckt sich doch die gesamte Ordnung nur auf äußerliche Dinge. Aber eben hierin besteht auch ihr Vorzug: sie läßt dem Schulmeister freie Hand darin, wie er den Inhalt seiner Lehre gestalten will; sie läßt ihn auf eigene Verantwortlichkeit handeln, sie rechnet darauf, daß er es verstehen wird, sich auch nach außen gehend zu machen. Unter diesen Bedingungen erwuchs die Pforzheimer Schule zu einer der ersten und bedeutendsten Humanistenschulen überhaupt. Der Mann aber, an dem sie emporwuchs, der ihr obwohl nur gelegentlich in seiner Vaterstadt anwesend, ihren geistigen Gehalt verlieh, ist der größte Sohn Pforzhemens: Johann Buechlin.

Seine Gestalt gehört der allgemeinen Kulturgeschichte an; hier aber kann nur berührt werden, welche Beziehungen

er zu seiner nächsten Heimat, zu seiner Vaterstadt bewahrte¹. Reuchlin war 1455 in Pforzheim als der Sohn des Schaffners am Dominikanerkloster geboren. Wie er eine durch und durch pietätvolle Natur war, die nur zaghaft und nur, wo es die klar erkannte entgegenstehende Wahrheit verlangte, sich vom Alten trennte, so hat er um dieser früheren Stellung seines Vaters willen den Dominikanern stets unentgeltlich seinen Rechtsbeistand gewährt, bis gerade sie gegen ihn den Verkötterungssturm erhoben, der zum ersten großen Sieg der Denkfreiheit in Deutschland führen sollte.

In Pforzheim hat er die ersten Anfänge seiner Bildung empfangen, die soweit ausreichten, daß er in jugendlichen Jahren die Universität Freiburg beziehen konnte. Damals schon fiel das Auge seines Landesherrn, Markgraf Karls I., auf ihn und er ward von ihm seinem jüngeren, zum geistlichen Stande bestimmten Sohne als Begleiter nach Paris mitgegeben. Dort ward er der begeisterte Schüler des bedeutendsten Lehrers, den die Mutter der Hochschulen zählte, des Johann Heynlin von Stein, den er dann wiederum in Basel aufgesucht hat. Es war der Mann, welcher die Scholastik, die Philosophie des Mittelalters, in einer Weise zu klären unternahm, daß sie mit den Anforderungen an eine reinere, von aller Spitzfindigkeit freie Form, wie sie das neue Jahrhundert stellte, besser übereinstimmte. Wenn wir nun bald darauf Johann von Stein, der der Pariser Intriguen überdrüssig geworden war und stets einen Hang zu stillerer Thätigkeit, wie er ihn auf seinen Schüler übertrug, besaß, in Baden als Kapitular des dortigen Stiftes und Seelsorger der Nonnen von Lichtenthal treffen, so ist es wahrscheinlich der Einfluß des jungen Markgrafen und seines Begleiters gewesen, der ihn diesen ungleichen Tausch eingehen ließ. Freilich fand er in Baden nicht, was er suchte. Dem an Selbständigkeit und fruchtbare Thätigkeit gewöhnten Gelehrten waren die Anforderungen, welche seine im engen Kreise des täglichen Chordienstes befangenen Kollegen an ihn stellten, unerträglich, und bald suchte er zugleich mit seinen Bücherschätzen wiederum eine Universität auf².

¹ Mit besonderer Liebe ist das Andenken Reuchlins stets in Pforzheim gepflegt worden. Schon der erste, der es versuchte, auf wissenschaftlicher Grundlage seine Biographie zu geben, Joh. Mai, war ein Pforzheimer. Zu seiner vierhundertjährigen Geburtsfeier 1855 schrieb dann Laney ein Programm der Bürgerschule, das der neueste ausgezeichnete Biograph Reuchlins, Ludwig Geiger, in seiner abschließenden Untersuchung „das Anmutigste, was über Reuchlin geschrieben“ nennt.

² Diese Episode im Leben des merkwürdigen Mannes hat bisher kaum Beachtung gefunden. Sie wird durch mehrere Urkunden des Generallandesarchivs klargestellt.

Auch Reuchlin, als er nach achtjährigen Studien als fertiger Jurist und zugleich als ein Mann, der eine umfassendere gelehrte Bildung besaß als irgend einer seiner deutschen Zeitgenossen, zurückkehrte, wandte der badischen Heimat den Rücken. Er fand in der Nachbarschaft, in Stuttgart, am Hofe des trefflichsten Fürsten jener Tage, des Grafen Eberhard im Barts, eine bedeutende Wirksamkeit und volles Verständnis. Aber gehört auch sein weiteres Leben mit kurzen Unterbrechungen, die ihn als Professor nach Heidelberg und Ingolstadt führten, Württemberg an, so lebte er im Herzen doch stets ein Sohn seiner Vaterstadt. Nie hat er seinen Namen anders unterzeichnet als Johannes Reuchlin Pforzheimensis, und sein geistiges Wirken teilte er getreu zwischen der alten und der neuen Heimat. Nach Pforzheim hat er der Schauplatz der Gespräche verlegt, aus denen sein bedeutendstes philosophisches Buch „Über das wunderbare Wort“ besteht, ein merkwürdiger Versuch, die Mystik des Mittelalters und des Orients mit der neuen Wortphilologie zu verknüpfen. Anmutig weiß er in der Einleitung die Stadt und die Begabung ihrer Bewohner zu rühmen und komponiert mit behender Phantasie eine Sagen Geschichte, wie Phorcy, ein flüchtiger Trojaner, den Ort gegründet und nach sich benannt habe, als er von dem Gleichklang des Namens der Enz mit dem seines alten Führers Aeneas überrascht war.

Reuchlins Wohnsitz lag die Universität Tübingen die Lieblingserschöpfung Eberhards nahe: aber erst in seinem letzten Lebensjahre hat er an ihr als Lehrer gewirkt. Sein Einfluß auf die dortigen Professoren war groß; aber demungeachtet waren die Universitäten einstweilen noch die Stütze der alten Scholastik und kaum zu einigen Zugeständnissen bereit; die eigentliche Pflegstätte der humanistischen, auf der geklärten Kenntnis des Altertums beruhenden Bildung waren die Mittelschulen.

Da ist es die Pforzheimer Schule, die Reuchlin fortwährend als sein eigenes Kind betrachtete, an der er, so oft er konnte, wirkte, in der er seine Ideen verkörperte. Nach zeigt man in Pforzheim an der Michaelskirche den Kapitelsaal, wo er seine Vorlesungen hielt, wenn er seine Freunde besuchte. Frühzeitig, als sein Name in weiteren Kreisen noch wenig bekannt war, rühmen sich eine Reihe von Pforzheimern als seine Schüler, darunter der Kanzler des Markgrafen, Georg Frei, der sich vor ihm ehrfurchtsvoll glaubt entschuldigen zu müssen, weil er neben den Studien und dem Kirchendienste das weltliche Amt übernehmen hat.

Sein neugeburteter Schüler aber war der Schulrektor Georg Sailer selber. Seine ganze Thätigkeit wehte er dem Ziele, Reuchlin zu kennen lernen, seine Schriften für den

Schulgebruch zurechtzumachen. Reuchlin hatte einst in Heidelberg ein lateinisches Lustspiel, *Sergius*, geschrieben, voll scharfer Verspottung der Geschmacklosigkeit des Reliquiendienstes, zugleich eine persönliche Satire gegen einen unwürdigen Günstling Herzog Eberhard des Jüngeren, vor dem er aus Württemberg hatte weichen müssen. Aber in Heidelberg war man zu vorsichtig gewesen, es auf die Bühne zu bringen, in Pforzheim bereitete Simler Reuchlin die Überraschung, es ihm von seinen Schülern vorführen zu lassen. So ist hier zum erstenmal in Deutschland ein Stück über die Bretter gegangen, das der Zeit einen Spiegel vorhielt, das tief einschneit in ihre brennenden Fragen.

Damals geht die noch neue Kunst des Buchdrucks Hand in Hand mit der Ausbreitung der neuen klassischen Bildung. Die Schulmeister und die Buchdrucker sind ihre eifrigsten Vertreter und Verbreiter. Reuchlin hat seine bedeutendsten, epochemachenden Werke wiederum in Pforzheim verlegt und gedruckt. Jahrhundertlang hat dann Pforzheim keine Druckerei besessen; in jener ersten bedeutenden Epoche des deutschen Buchhandels hat es eine um so größere Rolle gespielt. Unter allem, was Reuchlin geleistet, ist die Behebung des Studiums der hebräischen Sprache das Wichtigste. Hierdurch hat er an meisten der Reformation, die auf die ursprünglichen Quellen zurückging, vorgebahnet. Das grundlegende Werk, die hebräische Grammatik, der erste hebräische Druck überhaupt, ist in Pforzheim bei Thomas Anshelm erschienen — ein Werk dauernder als Erz wie Reuchlin mit Recht sich rühmte. Es war auch ein buchhändlerisches Wagnis, an dem der mittellose Verleger in der Kleinstadt schwer zu tragen hatte.

Gerade aus dem Eifer, mit dem sich Reuchlin der hebräischen Studien annahm, erwuchs für ihn der große Streit mit den Ketzerrichtern, in dem sein Name, seine Sache zum Mittelpunkt der geistigen Interessen der Nation auf Jahre hinaus wurde. Er hatte sich mit seiner gewöhnlichen Bescheidenheit, nicht einmal von freien Stricken sondern um ein Gütliches aufgefordert, der jüdischen Literatur angenommen, die ein fanatischer Übergetretener, Pfefferkorn, mit Hülfe von Kaiser und Reich vernichten wollte. Es war das Grund genug gewesen, um die dominikanische Inquisition, die bisher noch immer Siegerin geblieben war, gegen ihn aufzubringen. Reuchlin suchte nachzugehen bis zur Grenze seiner wissenschaftlichen und menschlichen Überzeugung. Darüber hinaus konnte er nicht. In dem Kampfe, den er dann rücksichtslos durchführte, konnte er mit Stolz sehen, wie alle hervorragenden Männer Deutschlands ihm zur Seite traten. Von unübersehbarer Bedeutung für das deutsche Geistesleben ist dieser

erste Kampf um das Recht der freien Forschung und der persönlichen Überzeugung geworden. Die Siegeszuversicht, mit der er geführt wurde, hat sich auf alle späteren übertragen. Man kann sagen, es war das frohliche Vorpostengetöse vor der schweren Schlacht der Reformation.

In Pforzheim nahm man natürlich regen Anteil an diesem Streik des großen Mitbürgers. Die Sammlungen von Briefen der Freunde Reuchlins in denen die überwältigende Macht der öffentlichen Meinung vor allem zur Geltung kam, sind wiederum bei Anshelm erschienen. Zu diesen „Briefen berühmter Männer“ schrieben dann die geistvollsten unter den jüngeren Parteigenossen Reuchlin, Crotus und Hutten, als scherzhaftes Gegenstück die berühmte Satire „Briefe der dunkeln Männer“ (*epistolae obscurorum virorum*), in denen die menschlichen Gegner mit ihrem kläpischen Latein, ihrer brutalen Unwissenheit und benagelichen Selbstzufriedenheit dem Spotte preisgegeben werden.

Diese Briefe führen uns mitten auf den Kampfplatz; zugleich aber stimmt Hutten in wahrhaft antiker Weise auch den Siegesgesang, den Pöat., an, in dem schönsten und erhabensten Gedichte, das er, das die ganze neuzeitliche Dichtung geschaffen hat, in dem „Triumph Reuchlin“. Für den siegreich heimkehrenden römischen Feldherrn hatte die höchste Anerkennung im Triumph, in dem festlichen Einzug an der Spitze seines Heeres, in der Begrüßung und Beglückwünschung durch den Senat bestanden. Es ist eine schöne Idee Hutten's, dem Sieger in dem ersten nationalen Geisteskampf in gleicher Weise den Lorbeer zu reichen. Reuchlin wird hier dargestellt, wie er einherfährt auf dem Triumphwagen, gefolgt von allen seinen Mitstreitern — das Gedicht ist eine wahre Masterung der Träger der Wissenschaft und Literatur —, während die überwundenen Gegner, dem Spott und der Rache preisgegeben, im Zuge mitgeschleppt werden. Die Stadt aber, in die er einzieht, ist Pforzheim, seine Mitbürger sind es, die ihn an dem Thor begrüßen, von dem Ruhme des Sonnenkühls der Glaus auf die Vaterstadt. Indem sie ihn aber diesen Einzug bereitet, thut sie nur, was ganz Deutschland gethath, und in dieses, das sich nun erst selbst erkennt, töhnet der wiederkehrende Refrain des Triumphliedes die Aufforderung einzustimmen in den Jubelruf. Der Dichter hatte aber hier mit die tiefste Seite von Reuchlin's Wesen berührt, der beständig thätig für die deutsche Gesamtkultur sich doch immer am liebsten als Sohn der engsten Heimat bekannte und ihr, soviel er vermochte, von seinem Schaffen zu gute kommen ließ.

Nach der Weise jener Zeit ward das Gedicht von einem großen erklärenden Holzschnitt begleitet, der durch

die Mischung antiker Idealisierung und derb realistischer Komik höchst charakteristisch ist, die eine vertreten in der Gestalt und Umgebung des Triumphators, die andere in den karkierten Figuren der Gegner und in der Pforzheimer Straßenzugend, die sich zugleich mit den Bütteln an ihre Bestrafung macht¹.

Häufiger noch als sonst hielt sich Reuchlin während jener Jahre in Pforzheim auf. Damals ließ er hier den Kraben ausbilden, auf den er alle seine Bestrebungen und seine Kenntnisse übertrug, Philipp Melanchthon, seinen Großneffen. Aus der Pforzheimer Schule ist der Mann hervorgegangen, dem schon die Zeitgenossen den Ehrennamen des „Lehrers Deutschlands“ gaben, der die Grundlagen des gesamten deutschen Schulwesens in allen seinen Formen gelegt hat. Was diese Thätigkeit anlangt, ist Melanchthon immer der Testamentsvollstrecker Reuchlins gewesen; was ihn aber über den Kreis derselben hinausführte und zum Münsterer Luthers machte, blieb dem alten Oheim unverständlich und peinlich. Als Reuchlin 1522 in unmittelbarer Nähe der Heimat, im Bad zu Liebenzell starb, war fast eine Entfremdung zwischen den beiden eingetreten, deren Verhältnis einst das schönste Beispiel der jungen Freundschaft zwischen Lehrer und Schüler gewesen war. Das ist das gewöhnliche Schicksal derer, die die Vorläufer und wider Willen die Bahnbrecher einer großen Bewegung gewesen sind, daß sie, wenn jene selbst erscheint, ihr fremd gegenüberstehen. Ihre eigene Überzeugung ist das Ergebnis langer, persönlicher Kämpfe und Auseinandersetzungen, sie besitzt volle Wahrheit für sie. Dann aber ist es ihnen auch nicht erspart, zu erleben, wie diejenigen, denen sie ihr Bates mitgeteilt, neue Wege gehen, welche ihnen als falsch erscheinen müssen.

Bei Melanchthon aber ist, als die ersten stürmischen Jahre der Reformation vorbeigegangen waren und je mehr er später selber sich gegen die Ausschreitungen des theologischen Extremus wenden mußte, um so mehr auch das Bild Reuchlins lebendig geworden, und in seinem Alter hat er die Schabl der Dankbarkeit gegen den Großvater und Lehrer abgestattet, indem er selber sein Leben beschrieb.

Während der kurzen Blütezeit der Pforzheimer Gelehrtenschule sind aus ihr eine Reihe tüchtiger, zum Teil bedeutender Männer hervorgegangen; es sei hier bemerkt, daß auch einer von denen, die ihre Laufbahn in katholischen Ge-

¹ Ein vorzügliches Exemplar des seltenen Druckes ist jetzt in Geigers „Renaissance und Humanismus“ (Onkenische Sammlung der altgemeinen Geschichte II) leicht zugänglich.

bieten machten. Wertwein mit Namen, die Auhingheit an die protestantisch gewordene Vaterstadt bewahrte und ihr einen Teil seines Vermögens zu Stipendien für begabte aber arme junge Leute vermachte.

Die Reformation war hier, wo ihr durch den Humanismus so stark vorgearbeitet war, widerstandlos zum Siege gelangt. Ein Schüler Reuchlin aus der alten Pforzheimer Familie Ungerer, selber eine Zeit lang Vorsteher der Schule, hat an die Durchführung der Reformation in Baden Durlach die bedeutendsten Verdienste. Von Anfang an hatte Markgraf Philipp eine vermittelnde Stellung zwischen den Religionspartien angenommen, ebenso wie er, eine versöhnende, recht Zuhörigkeits Natur gleich seinem Vater, durch seine über jeden Zweifel erhabene Billigkeit in seinem Lande und in dessen Nachbarschaft die Haufen der aufständischen Bauern zu versöhnen wußte. Aber schon unter ihm war sein Landestheil allmählich evangelisch geworden: unter seinem Bruder Ernst, der in Pforzheim seinen Sitz nahm, ward er es vollständig, obwohl auch jetzt noch der Markgraf sich nicht ausdrücklich der augsbургischen Konfession oder dem schmal-kaldischen Bunde anschloß. Nur im Jahre des Interims finden wir auch in Pforzheim noch einmal einen kurzen Rückschlag, der sich aber sehr auf der Oberfläche hielt. Im Stadtbuch ist damals eine Verordnung eingetragen worden, welche die Fasten und einige andere Gebote der katholischen Kirche einschärft.

Aus der Zeit Markgraf Ernsts besitzen wir zum Glück eine anmutige Schilderung Pforzheims in dem bedeutendsten Memoirenwerk des Reformationszeitalters, der Lebensbeschreibung des Stralsunder Bürgermeisters Bartholomäus Sautow. Der kluge, redselige und feingewandte Mann war in seinen jungen Jahren, als Schreiber in den Kanzleien Deutschlands und Italiens oder als Digner angesehenen Leute, weit unhergekommen. Er hat es aber nirgends außer gefunden als in Pforzheim. Dem Kinde des Seestrandes ward es wohl unge in der Stadt, da er nach unserem Erachten etwas allzu-romantisch schildert als gelegen zwischen überaus hohen Bergen, so mit Holzungen einer Wildnis nicht ungleich bewachsen; die Bedecktheit und Sparsamkeit, wie so hier herrschte, stach seltsam ab von dem lauten Wohlleben am pommerischen Hofe, und daß es im Weinlande an der Hofstat für den Schreiber nur einmundeinhalf und für den Rat nur zwei Becher Wein geben sollte, wollte ihm nicht in den Kopf; aber er hatte nicht der kluge Bürger der alten Hansestadt sein müssen, wenn er nicht Achtung vor diesem schlechten prunklosen, arbeitsreichen Leben hatte empfinden sollen. Pforzheim erscheint ihm als eine kleine Musterstadt: „die

hat viel gelehrter, bescheidener, freundlicher, wohlzugerener Leute und alles, was man zur Leibes Nothdurft und Erhaltung zeitlichen Lebens in Gesundheit und Krankheit von nuten an Gelehrten, Ungelernten, Apothekern, Balbierern, Wirthhäusern, allerlei Handwerkern nichts ausgenommen, in Predigten und Gesängen evangelischer Religion.“ In der Kanzlei war scharfer Diener, ein siebenzigjähriger murrischer Doktor stand an der Spitze, der seinen Untergebenen keine Rasur und keinen Schreibfehler durchließ, aber einem jeden ward, was ihm gehörte, pünktlich und zuverlässig geleistet.

So war der Geist, der vom Herrn auf die Diener überging; denn Markgraf Ernst lebte in den Augen seiner Unterthanen — Sastrow giebt überwiegend die volkstümlichen Züge seines Bildes — als das Muster eines Haas- und Landesvaters. In seinen Jugendjahren, vor und im Bauernkriege, erscheint er wohl als ein heftiger, nicht immer vorsichtiger Mann; jetzt im Alter war auch bei ihm der milde Gleichmut seines Vaters Christoph eingelehrt. Den ertappten Kuchendieb etwa gab er nur dem Gelfichter preis. In dem kleinen Ländchen konnte es nichts schaden, wenn das Auge des Herrn auf allem ruhte. Wie patmachalsch mutet es uns an, wenn Sastrow erzählt: „Der Markgraf hatte sein Gemach über der Pforten des Hauses, daß er alles sehen konnte, was auf oder hinunterging. Einstmals nahm der Kuchenmeister einen schönen großen Karpfen mit hinaus, der war so groß, daß der Schwanz unter dem Mantel auskukte. Der Markgraf rief ihn zurück: „Hörst du“, sagte er, „wenn du mehr ein Karpfen mir stehlen willst, so nimm entweder einen kleinern Fisch oder einen längern Mantel.“

Welche seltliche Tiefe aber dieses äußerlich enge Leben besaß, davon legt eine andere Erzählung Zeugnis ab. Jeden zum Tode verurtheilten Verbrecher ließ der Markgraf selber vor sich kommen, um ihn vorzubereiten und zu trösten, denn der Sohn Gottes hätte nicht um der Gerechten, sondern der Sünder, also auch um seinerwillen sein Blut mitleidlich vergossen; daran sollte er nicht zweifeln. Damit gab er ihm die Hand und ließ ihn laufen.“ Die religiös-sittliche Läuterung, welche bei Ides der weltlichen Obrigkeit durch die Reformation erfahren hatte, tritt wohl selten so deutlich zu Tage wie in dieser Erzählung.

Das war das Pforzheim der Reformationszeit. Es ist ein anderes Leben als noch ein Menschenalter zuvor, damals als unter einer neuen Verfassung die Bürger rasch ihre Selbstverwaltung ausbauten, als die Tuchindustrie emporblühte, als die fahrenden Schuler Pforzheim zuzogen und der Rat die Lustbarkeit der Burschen nur schwach zu dämpfen vermochte,

als epochemachende Schriften hier verlegt wurden und die satirische Zeitkomödie hier eine Stätte fand; — es war alles stiller, steifer und ernster geworden, es ist ein eintöniges, aber durchaus gediegenes Leben, das uns hier entgegentritt. Noch war eine Erstarrung nicht eingetreten, aber auch der Hauch eines freien Fortschrittes war ihm bereits abhanden gekommen.

II.

Auf die Höhe, welche das deutsche Bürgertum und die deutsche Kultur im 16. Jahrhundert erreicht hatten, folgte ein tiefer Fall. Das Pforzheim des 16. und das des 18. Jahrhunderts haben fast nur den Namen miteinander gemeinsam. Die Kluft, die ein Jahrhundert voll entsetzlicher Kriege gerissen, ließ sich nicht mehr überbrücken. Der Schatten der alten Zeit wandelte wohl noch unter den Menschen, unablässig suchten sie ihn zu beleben; aber es ist vergebliche Mühe, und unmerklich wächst eine neue Zeit mit neuen Ideen heran, die sich allein als lebensfähig erweisen.

Nicht das soll meine Aufgabe sein, zu schildern, welche Schrecken über diese Stadt dahingegangen. Nur wenige ihrer Schicksalsgenossen haben so Furchtbares erlitten wie Pforzheim. Die Gunst seiner Lage, ein Straßenknotenpunkt zu sein, ward ihm zum Verhängnis in Zeiten, wo nur der Bauer, der weitab von allem Verkehr im Einzelgehöfte auf dem Gebirge hauste, sich leidlich behaupten konnte. Schier unüberschbar ist die Anzahl der Brände, Verwüstungen, Plünderungen, die Pforzheim im dreißigjährigen Kriege und in den Kriegen Ludwigs XIV erlitten; und nur eins bleibt merkwürdig: wie trotz alledem der Rest dieser Bevölkerung mit äußerster Zähigkeit an der alten Heimat, an den von den Urvätern überkommenen Verhältnissen festhält. Nach den ärgsten Verwüstungen weiß er sich wohnlich einzurichten; und die nächsten Zerstörer finden wiederum Felder, um sie zu veröden, Menschen, um sie zu töten und wegzuschleppen. Selbst in die Zeiten, welche die politische Geschichte als Friedensjahre nennt, zieht sich der Kriegszustand noch lange hinein. Drei Jahre vergingen noch nach dem westfälischen Frieden, ehe in Pforzheim das schwedische Regiment abgedankt wurde, das hier in Garnison lag und Bürger und Bauern weidlich plagte, während Freischaren, streifende Parteien, wie

man sie nannte, das Land beunruhigten. Nicht einmal vor diesen Rauberbanden half die militärische Besatzung. Unter-
dessen aber brachte trotz allem die Landschaft ihren Anteil
an den 5 Millionen Thalern, mit denen das Reich seine Be-
drängter, die schwedischen Soldaten, abkaufen mußte unver-
drossen auf; sie gab noch größere Kontribution, um nach die
kaiserlichen Regimenter und die schlimmsten, die Franzosen
und Lothringer, zu entlohnen und zahlte zu alledem doppelten
Zehnten — die einzige in solcher Zerrüttung noch durchführ-
bare Steuer —, um die Hofhaltung und Staatsverwaltung not-
durstig wieder einzurichten. Wohl brachen die Pfirzheimer
unter solcher Last munter in den Schmerzensschrei aus,
ihre Leistungsfähigkeit sei zu Ende und sie seien genötigt
das Land zu räumen; aber sie blieben doch, und kaum waren
sie einigermaßen in Ruhe so begannen sie vom Jahr 1654 ab
nach Möglichkeit alle Schulden abzahlten oder, günstig ge-
nug für die Gläubiger, mit 33% wenigstens jene zu liquidiren,
die vor dem dreißigjährigen Kriege gemacht worden waren.

Schlimmer noch, wenn dies möglich ist, waren die
Verwüstungen der Franzosenkriege — die Stadt niederge-
brannt, die Kanwohner veragt, ihre Habe geplündert, selbst
die Urkunden und Akten der Stadt im Hagelschnee zerrissen
und zerstreut —, aber wie man dort die alten Dokumente
wieder gesammelt hat, so sammelten sich auch die Bürger,
und trotz aller vorangegangenen Verfindungen ist die Ein-
wohnerschaft im 18. Jahrhundert doch im wesentlichen die
Nachkommenschaft derjenigen des sechzehnten.

Wie mußte in einer so schreckensvollen Zeit das Volk
werden? Zäh und hartnäckig im Dulden, widerwillig und
unfähig zum frischen Handeln, denn jeder Aufschwung des
Geistes war gebrochen. Wer um das nackte Leben sorgen
muß, wer sich ist, von einem Tage zum andern zu existiren,
für den giebt es den Begriff einer bedeutenden Thätigkeit
nicht mehr, der ist froh, einiges Wenige zu retten und das
festzuhalten was ihm aus dem Schiffbruch geblieben ist. So
ist der Charakter der Pfirzheimer, so der Charakter des
deutschen Bürgertums überhaupt im 17. und während der ersten
Hälfte des 18. Jahrhunderts. Jenes stolze deutsche Bürger-
tum, wie wir es bisher kennen gelernt, scheint auf Nummer
wiederschen verschwunden, und die Führung der Nation ist
von ihm jetzt völlig übergegangen zu den Fürsten. In dieser
trüben Zeit hat doch die Nation das Recht gehabt, sich seiner
großen Führer zu freuen, von Norden zum Süden, vom großen
Kurfürsten bis zu unserm Markgrafen Ludwig Wilhelm, dem
Turkenkaiser. Die Fürsten hatten, in dem entsetzlichen Wirtel-
spiel des Krieges ganz anders als früher gelernt, Verstand und
Willen anzuspannen, Großes zu wollen und zu wagen, sie
hatten auch ihren Ideenkreis erweitert und geklärt. Es be-

giunt die Zeit des aufgeklärten Despotismus. Nur ein solcher konnte damals die Deutschen aus ihrer Lethargie aufwecken, und über die Mißbräuche, zu denen die alten Privilegien entartet waren, unbekümmert dem Vernünftigen zustreben.

Nur widerstrebend und langsam nachgeland legte sich das Bürgerthum dieser unhequilen Bevormundung; je kleiner die Verhältnisse, um so hartnäckiger auch die Eulenkuckuckigkeit. So haben wir auch aus der Geschichte Pforzheims bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts von nichts als dem Widerstand zu berichten, welchen die Bürger den willkürlichen aber notwendigen Eingriffen des Markgrafen Karl Wilhelm entgegensetzten.

Als 1688 die Stadt in Asche lag, wandten sich die Einwohner zuerst mit der Frage an ihren ebenfalls geflüchteten Landesherrn, ob er ihnen auch beim Wiedereintritt ihre Freiheiten im alten Umfange bestätigen wolle. Nur langsam konnten sie sich entschließen, sich wiederum anzusiedeln. Schon damals rieten erfahrene Staatsmänner dem Markgrafen, dies nicht zu thun, weil es nicht mehr angehe, die einzige größere Stadt des Landes von den wichtigsten Auflagen freizulassen; aber wer mochte in solcher Zeit Unglücklichen erlauchte Forderungen auferlegen, stärkere Verzichtleistungen zumuten?

Es stellte sich hier die Gnade bald als Fehler heraus. In den Kriegstürmen waren die letzten Reste der alten ständischen Verfassung untergegangen; aber die Steuern, die früher regelmäßig bewilligt worden waren, wurden nun regelmäßig weiter erhoben. Niemand legte in jener Zeit Wert auf ein staatsrechtliches Vorrecht, das doch bedeutungslos geworden war; nur die Pforzheimer, welche bisher bewilligte Steuern ruhig bezahlt hatten, wollten nicht an Haar breit weichen von ihren alten Stadtfreiheiten, welche ihnen alle direkten Abgaben erließen und jene Selbstverwaltung gewährleisteten, in der sich seit dem 16. Jahrhundert nichts mehr geändert hatte, ob auch die Welt rings umher eine andere geworden war. Durch alle Instanzen verteidigten die Pforzheimer ihr Recht, und als alle Mittel erschöpft waren, lief dieser Sturm im Wasserglase folgerichtigerweise in einen Weberaufstand aus, mit dem die Angelegenheit dann als bald zu Ende war¹.

Immerhin wurden die Markgrafen genötigt die äußeren Formen des Privilegs fortan zu achten; wieviel mehr waren ihnen noch die Hände gebunden, wenn sie die Unterthanen zu regerer wirtschaftlicher Thätigkeit anspornen wollten. Wenn sie auch gewünscht hätten, die Zunftschranken

¹ Der Verlauf der Prozesse ist eingehend und anschaulich bei Pölgger dargestellt.

zu durchbrechen, die Eifersucht bereits der nächsten Nachbarn genigte, um den Versuch zu vereiteln. Die geringste Abweichung vom Üblichen veranlaßte schon die Kalwer Handwerker die Pforzheimer für aneignen zu erklären und umgekehrt. Wie war aus dem unseligen Zirkel herauszukommen, daß der Handwerkerstand je länger je mehr über Nahrungslosigkeit klagte und kastenartig seinen Kreis zu verkleinern suchte, während es doch klar war, daß nur gewerbliebe Thätigkeit die immer wachsende Anzahl nicht genügend beschäftigter Hände aufnehmen konnte?

Die Gefahr der Massenarmut lag jenen Tagen näher als den unseren. Da ist es das große Verdienst der fürstlichen Verwaltungen die richtige Antwort gefunden zu haben: es mußte neben dem Handwerk, das in seinem kleinstädtischen Absatzkreis befangen bleibt, die Industrie gepflanzt werden, die ihren Markt überall sucht, wo sie hin finden kann. Die Industrie ward das Schicksal des aufgeklärten Despotismus. Sie ward sogar von Anfang an im Gegensatz zum Handwerk hoffähig; und der Name Industriemittel hatte damals seinen guten Sinn, als statt der Goldmacher früherer Tage die zweideutigen Adigen, welche Porzellanfabriken und Seidenspinnereien, Salpetersiedereien und was sonst noch alles einrichten wollten, mit galanten Manieren, greissen Forderungen für den Augenblick und noch größeren Versprechungen für die Zukunft sich an die Höfe drängten. Das waren die Marsdenre des großen Heerbaumes. Es ist nur zu natürlich, daß bei diesen ersten Versuchen viel gefehlt wurde; aber was auch im einzelnen Bevormundungssucht, Phantastik und leider auch Frivolität gesündigt haben, ein guter Grundgedanke kämpft sich durch, und das verzogene Kind „deutsche Industrie“ ist schließlich doch zum wehrtesten Mann gereift.

Der Weg, den Pforzheim von einer Landstadt engherzigster Art bis zu einer Weltindustriestadt durchlaufen hat, kann als verbindlich gelten für die Schicksale des gesamten deutschen Bürgertums; der Ruhm der Priorität gebührt aber der alten Nebenbuhlerin, seiner Zwillingsstadt Kalw.

Bald nach dem dreißigjährigen Kriege wurde Kalw von den württembergischen Herzogen planmäßig zum Industriezentrum ihres Landes gemacht. Nirgends in Alt Württemberg war es so nötig wie im Schwarzwaldkreise der dürtigen Bevölkerung Nahrung aus gewerblicher Arbeit zu verschaffen, nirgends konnte also auch der Kaufmann über billigere Arbeit verfügen als hier. Auch war hier, namentlich im Amte Wildberg, von alters her die Zeugmacherei heimisch. Indem sich nun die Kalwer Färberzunft unter der Gunst fürstlicher Privilegien zu einer geschlossenen Handlungsgesellschaft umgestaltete, indem diese mit den gesamten Webern der nächsten Ämter ein festes, von der Regierung verbürgtes Vertragsverhältnis einging,

ward eine Organisation der gesamten Arbeitskräfte dieses Gebietes geschaffen, die in Deutschland ihresgleichen suchte. Freilich mußte es sehr bald gegen die ursprüngliche Ansicht dazu kommen, daß die ganze Compagnie, die die Verstellung und den Vertrieb der Waren in der Hand hatte, völlig die Oberhand erhielt über die Zeugmacher, die zur abhängigen Arbeiterschaft wurden. Es ist eben auch eine andere Arbeitsleistung, die Konjekturen eines Marktes in fremden Ländern zu beherrschen als ein Stück Mahlgaze zu weben. Aber aus Vertragsverhältnis blieb doch die Grundlage dieser Industrie; die Compagnie war verpflichtet Arbeit zu geben; und auch als sie schon um 1789, richtig die Zeichen der Zeit erkennend teilweise zum Maschinenbetrieb überging, geschah dies nur unter stillschweigender Bewahrung jener Voraussetzung. Erst die französische Revolution ließ auch diese größte Fabrikcompagnie zerfallen aber die Mehrzahl der großen Handelshäuser Wittenbergs ist aus ihr hervorgegangen, und damals zuerst sind die Verbindungen mit den romanischen Ländern Süd-europas und Südamerikas geknüpft worden, die seitdem, nur selten unterbrochen, die wichtigsten für unsere Industrie geblieben sind. Im Anschluß an die Zeugcompagnie oder angeregt von ihr entstanden damals in Kalw eine ganze Reihe von Gesellschaften: die Mehrzahl unter ihnen war wieder darauf berechnet, die Naturguten des Schwarzwaldes auszubeuten, — Bergwerksgesellschaften und Holzhandlungscompagnien.

Dieser Aufschwung Kalws war ein stiller Verwurf für Pforzheim, das unvergleichlich günstiger gelegen ist und doch soweit zurückgeblieben war. Schon im Jahre 1664 suchte der Markgraf Friedrich hier etwas Ähnliches zu erreichen. Er erlachte durch offenes Patent zur Gründung von Fabriken in Pforzheim auf, welche vor allen das ländliche Arbeiterschaff mit Zeugweben beschäftigen sollten, er sagte ihnen Steuerfreiheit zu und versicherte sie ihrer Unabhängigkeit von aller Zunft. Wie für die Zeugfabriken sollten diese Versprechungen auch für alle andern „künstlichen Arbeiten“, deren eine große Anzahl aufgezählt wurden, gelten.

Niemal ging damals auf diese Versprechungen ein, erst im Jahre 1700 wurde in weit größerem Umfang der Versuch wiederholt¹. Seit der Aufhebung des Edikts von Nantes war der Strom der kalvinistischen Auswanderung von Frankreich durch ganz Europa gegangen. Während die großen Kaufleute und Industriellen die gesicherten und bedeutenden Plätze aufsuchten, blieben in unserm Lande, das ihrer Heimat am nächsten lag, vorwiegend die ärmeren Ackerbauer zurück.

¹ Die Nachweisung des Materials auf dem das Folgende beruht, verdanke ich der Freundlichkeit des Herrn Pfarrer Krüger in Brötzingen.

In dem sandigen Hartwald bei Karlsruehe und in der Nahe Pforzheims, namentlich auf der württembergischen Seite, gründeten sie ihre Niederlassungen; sie gaben ihnen teilweise die Namen der Dörfer, welche sie verliessen, und hielten lange wie an ihrem Kultus, so auch an ihrer Sprache fest. In Pforzheim fanden sie später ihren Mittelpunkt und haben hier 1716 sogar eine eigene Synode gehalten. Im Jahre 1700 versuchten die Markgrafen auch eine industrielle französische Bevölkerung in Pforzheim anzusiedeln, ähnlich wie dies geräumig Zeit früher dem Kurfürsten Karl Ludwig von der Pfalz in Mannheim gelungen war. Ein Vertrag mit einem Unternehmer ward abgeschlossen, der eine ganze fertig konstituierte Kolonie von Industriellen und Handwerkern nach Pforzheim überführen wollte. Selbst ihre Omigkeiten, Edelleute und frühere Bürgermeister, sollten sie mitbringen. Alle Arten kunstgewerblicher Unternehmungen sollten eingerichtet werden, als wichtigste unter ihnen eine Fabrik von Gold- und Silberwaren, Tressen und spanischen Spitzen. Diese französische Gewerbekolonie sollte völlig unabhängig neben der alten deutschen Bürgerstadt sich selber verwalten, und zwar sollten nach der Art dieser französischen Gemeinden die kirchliche und die politische Verfassung einander durchdringen.

Auch diesmal blieb die Ausführung hinter den Hoffnungen und Plänen weit zurück; aber immerhin nahm eine Anzahl der Berufsleute hier ihren dauernden Aufenthalt. Die Eifersucht und der Unwille der Altangesessenen waren groß: sie wollten diese Fremden nicht als Pforzheimer neben sich dulden, sie erhoben die Einkaufsgelder in das Bürgerrecht in ganz unangemessener Weise und erklärten auf einen Vorwurf der Regierung zurück: „sie wollten nicht noch mehr Bettler nach Pforzheim ziehen, da schon die Mehrzahl der Bürger solche seien“. Eben diese Versuche des Markgrafen Karl Wilhelm, Pforzheims Bürgerschaft innerlich umzugestalten, haben im meisten Theile Blut gemacht und haben im Privilegienstreite nachgewirkt.

Die eingewanderten Franzosen waren großentheils Männer von gehobener Bildung und feinen Formen, aber keinem hat es in Pforzheim recht glücken wollen. Die Kolonie nahm ab, sie schickte, als ob einen eigenen Tempel erbauter wollte, ihre Kollektoren durch ganz Europa ohne rechten Erfolg, nur ein kleiner Rest bestand noch, als die ernste Einwanderung französischer Kunstgewerbetreibender begann, jene letzte, die endlich das Ziel der früheren erreichen sollte und Pforzheim umbrachte. Immerhin ist es doch wichtig gewesen, daß diese bereits einen Anschluß und eine Organisation ihrer Kirche vorfand. So erscheint uns denn Pforzheims Blüte als das Resultat immer wiederholter Anstrengungen.

Die größte Frage blieb aber: Wird sich irgendwo ein Anhaltspunkt unter den Bürgern deutscher Herkunft selber finden? Ehe sie sich nicht beteiligten an der erheben gewerblichen Thätigkeit, glichen diese Kolonien künstlich verpflanzten Gewächsen, die unablässiger Pflege bedurften und die noch keinen festen Boden fassen.

Im war es das älteste und ansehnlichste Gewerbe der Stadt, das unter dem Einfluß des von Kalw ausgehenden Geistes und unter eifriger Förderung der Regierung neues Leben gewann: die Fleiserei. Ihre alte Organisation hatte der Großhandel des einzelnen unmöglich gemacht und nur der Kleinhandel befördert, so daß zwar kein Fäbser kapitalkräftig werden, wohl aber einer den andern herunterhauen und herunterdrücken konnte. Die altäugische Fäbserzunft war fast zum Proletariat herabgesunken, sie trieb einen dürftigen Handel mit den nächstgelegenen Gemeinden und überließ den großen Gewinn den Holländern, die regellos hier und da in den Wäldern das Langholz aufkauften, ohne sich darum zu kümmern, ob sie den Nachwuchs zu Grunde riesteten. Noch im Jahre 1740 wurde die alte Ordnung der Zunft erneuert, alle alten, verfallenen Bestimmungen wurden wieder in sie aufgenommen; aber wenige Jahre darauf brach die Einsicht durch, daß es auf dem alten Wege nicht weiter gehe und von 1747 datiert für Pforzheim eine neue Fäbse.

Es zeigte sich gerade wie in Kalw, wieviel Vorteile es hat, eine Zunft umzugestalten in eine moderne leistungsfähige Aktiengesellschaft. Es ward eine bestimmte Anzahl von Geschäftsanteilen als Aktien ausgegeben, und es war bei einer Produktengesellschaft dieses Ursprungs berechtigt, daß noch einige Beschränkungen im Aktienbesitz festgehalten wurden, daß man einer Vereinigung mit zu wenig Händen vorbeugte. Keinerlei Beschränkung unterlag aber fortan der Betrieff; je mehr er sich ausdehnte um so besser für den einzelnen, denn er war dann mitgemeinert. Gemeinsam wurden die Kontrakte abgeschlossen, gemeinsam Käufe gehalten, gemeinsam der Gewinn nach der Anzahl der Aktien verteilt. Die Verwaltung der Gesellschaft schien noch immer dieselbe wie die der Zunft, der Unterschied bestand eher darin, daß diese Vorsteher früher jeden Ansatz zum Großbetrieb angewöhnt zurückdrängten, jetzt aber einen solchen selber traten. Als bald zeigte, wie dies immer geschieht, die große Fortnehmung eine merkwürdige Anziehungskraft. Zum ersten Male äußert sich der Wettstreit zwischen Pforzheim und Kalw anders als in Eifersucht. Es kam eine Vereinigung zwischen den bedauerlichen Compagnons zu stande und bis zum Jahre 1788 war fast der gesamte Holzhandel konzentriert in den Händen dieser Gesellschaften. Es war eine Blütezeit der Fleiserei wie einst am Ende des 16. Jahrhunderts,

nur daß die Gernsbacher Schifferschaft, die damals den Ploz heimern weit vorgezogen war, jetzt zurückstand. Sie hatte nicht verstanden sich auf neuem Boden zu reorganisieren und mußte zutreten sein, aus ihren eigenen Wäldungen das Stigeholz zu verläßen.

Für die Waldbesitzer, d. h. in erster Linie für die Fürsten, war diese Neugestaltung der Dinge ebenso günstig wie für die Flößer. Unglaublich gering war die Rente, die ihnen bisher der Wald abwarf. Die Stadt Baden war schon trotz, von den holländischen Händlern die längsten Tannen, die sogenannten Holländer Trekbalken, Stück für Stück mit 38 Kreuzern bezahlt zu erhalten; das Füllen und Herabschaffen überließ man den Käufern. In den württembergischen und baden-durachischen Wäldungen war schon seit geraumer Zeit Ordnung umgekehrt, der Forst erst war bisher wie die Offiziersstellen ein Vorrecht des Adels gewesen, solange man bei ihm vorwiegend die Jagd im Auge hatte; jetzt aber ward er größtentheils mit Bürgerlichen besetzt, und der Grand sagte Karl Wilhelm ohne Umschweif, als er den ersten bürgerlichen Oberförster in den Hagenseen setzte: „Du kannst ich keinen lassen, wenn Du stiehst, einen Kavalier nicht.“ Im Baden-Badischen, dem Lande der schönsten Hochwälder, herrschte dagegen noch eine grauenhafte Ueppigkeit. Diese weiten Waldstriche waren sogar wie eine Wüste, einzelne Teile von wandernden Gypsachern und Pottaschebrennern verheert, andere noch ganz unzugänglich. Ein Kammerrat den Karl Friedrich zugleich mit einem Mitgliede des Plozheimers Flößervereins abschickte, um den Holzverrath zu taxieren und einen Vertrag mit Baden-Baden vorzubereiten, hat in dem Protokoll seine Reise geschildert, wie wenn sie nach der Hinterwäldner Amerikas gegangen sei. Als auf Grund dieser Schätzungen die Kalwer und Plozheimer Gesellschaften gemeinsam zur Ausbeutung dieser walddreichsten Gegenden die neue große Murgewerkschaft gründeten, leuchteten sie wenigstens einigermaßen Ordnung in diese Verwahrlosung.

Jedoch jener große Verband hielt nicht allzulange; auf die Dauer machte sich die Eifersucht der beiden Staaten geltend, man kam nach und nach ganz überein in der Bildung der Ploz-, einzelne selbständige Firmen etablirten sich neben dem Verein und wußten geschickter zu spekulieren, auch die Regierungen glaubten besser mit diesen als mit der organisierten Gesellschaftsmacht zu fahren, und im Innern war wohl noch nicht ganz der alte Zantgeist überwunden. Der Flößerverein zerfiel und mit ihm abhand die Blüte des Holzhandels. Holländische Faktoren und sogar Schwarzrucker Firmen machten den Plozheimern in ihrer eigenen Stadt eine überlegene Konkurrenz.

Erst mit dem Beginn dieses Jahrhunderts fand sich unter der trefflichen Leitung des Obervogtes Baumgärtner, des späteren Justizministers, der Flotsverein von neuem zusammen, und wiederum war es ein großer Fortschritt im Handelsbetrieb, der den Einigungspunkt gab. Früher hatte man nur bis Mannheim gestiftet und gehandelt, man hatte sich deshalb nie von der Abhängigkeit von Zwischenhändlern befreit, normal die Holzpreise selber gemacht. Jetzt, da Mannheim selber badisch war, nahm der Verein den selbständigen Vertrieb nach Holland in die Hand. Mag nun auch seitdem in Zeiten der Blüte der private Unternehmungsgeist noch größere Erfolge erzielt haben, so soll es doch unvergessen in Pforzheim sein, welche Gesinnung zuerst wieder diesem Gewerbe und der Stadt neues Leben zuführte.

So einflußreich der Aufschwung des Holzhandels für den Wohlstand der besseren Stände war, so wenig konnte er doch die proletarischen Gefahren in Stadt und Landschaft heben. Völlig gedankenlos hatte man sich bisher gegenüber den Zuständen der Armen verhalten; eine Bettordnung hatte gegeben, verträge deren bestimmt war, was der arme Reisende je nach seinem Stande von Amts wegen erhalten sollte: Ein Kavalier und eine Dame 15 Kreuzer, ein Pfarrer 10, ein Schulmeister und Student 5, so abwärts bis zum gewöhnlichen Bettler, für den 1 Kreuzer genügte, und nur zum Schluß wird mit protestantischer Gesinnungsmystik bestimmt: ein Papst oder Bettelmönch nichts.

Auf solche Weise konnte man nur weitere Arme oder, was noch schlimmer war, Gauner heranziehen. Eine Wohlthätigkeit, die dem Armen zu Arbeit und Selbständigkeit verhalf, mußte jedem aufgeklärten Fürsten als das notwendige Ziel erscheinen. Und da die tüchtigsten dieser Fürsten, der hatte Karl Wilhelm ebenso wie der sanfte Karl Friedrich, sich als da Erzieher eines verwahrlosten und zurückgekommenen Volkes fühlten, so ward unter ihnen die Sorge für die Hülfsbedürftigen Unterthanen eine Specialität der Pädagogik. In diesem Sinne gründete der Markgraf Karl Wilhelm unmittelbar nach dem Schlusse des spanischen Erbfolgekrieges das Pforzheimer Waisenhaus. In einer berechneten Proklamation rief er die gesamte Einwohnerschaft seines Landes zur Mithilfe auf. Vollig verwüstet sei das Land, es sei die Aufgabe des Staates, für die Zukunft des Volkes, das an den Bettelstab gekommen, zu sorgen. Darum sollen alle Waisen in einer Anstalt zusammengebracht, in Schreiben und Lesen unterrichtet, zur Erlernung nützlicher Handwerke geteilt und zur Arbeit angewöhnt werden. Diese Fürsorge des Staates soll sich aber noch weiter — auf sämtliche Hülfsbedürftigen erstrecken, alle kranken Hausarmen, sie mögen arbeiten können oder nicht, auch diejenigen Witwen und Waisen, die noch einiges

Vermögen besitzen, falls sie es begehren, sollen hier Aufnahme, Arbeit und Verzinzung ihres kleinen Kapitals finden. Alle Armenfonds sollen fortan als Vermögen dieser centralisirten Wohlfahrtsanstalt betrachtet werden, einige kleinere Abgaben werden nur überwiesen. Ingegnen sollte fortan das Betteln ganz abgestellt sein; alle Almosen der privaten Wohlthätigkeit sollten der Staatsanstalt zufallen. Der eigentliche Zweck aber ist die Erziehung zur industriellen Arbeit. Das Waisenhaus soll eine geistartige Fabrik werden, bei der der Staat arbeitet läßt und die sich selbst erhält; zugleich soll sie eine kleine geschlossene wirtschaftliche Welt darstellen, denn in ihrer Hausökonomie sollen alle Gewerbe vertreten sein. Das Waisenkind findet Gelegenheit sei es als Fabrikarbeiter, sei es als Handwerker, je nach seiner Anlage, sich auszubilden.

Es war ein geistartiger, phantastischer Plan, die soziale Frage jener Zeit mit einem Schläge von Staats wegen zu lösen. Ein richtiger Grundgedanke von unberechenbarer Tragweite, „Erziehung der Hilfsbedürftigen durch Arbeit zur Arbeit bei vollem Eintreten des Staates“, verführte zu einem gewagten Experiment. Aber Karl Wilhelm wußte doch für seinen Gedanken auch seine Unterthanen zu gewinnen. Über all fand der Plan freudige Zustimmung, kein Widerspruch erhob sich als die vielen zersplitterten lokalen Stiftungen zu einem neuen fremden Zweck verwendet wurden, und die Kollekte in dem ganz erschöpften Lande lieferte dennoch ein erfreuliches Ergebnis.

Und sofort bündelte man der neuen Anstalt auch noch alle andern verwandten Aufgaben der öffentlichen Fürsorge auf, so daß mit dem Waisen- und Armenhause auch noch eine Blinden-, Taubstummen- und Idiotenanstalt, eine Sängergesellschaft und ein Zuchtthaus verbunden wurden. Auch alle Verbrecher des Landes mußten hier ihre Strafe abtun, um durch Erziehung zur Arbeit ihre Besserung zu finden. Unter einem Dache mußten sich diese grandverschiedenen Anstalten bequemen, gleichmäßig beschattet von den Fittichen einer gefühlvollen Philanthropie.

Natürlich kam man mit dieser Art von Volks-erziehung nicht vorwärts: In Akten des Zucht- und Waisenhauses bietet hingegen eine fortwährende Reihe von erlösenden Kulturklern. Das ist noch eine der harmlosesten Scenen, wenn einmal der mächtigste Beamte des Landes, der Oberamtmann Schlosser, der Schwager Goethes, entrüstet berichtet, er habe einen abgefeierten Gönner ins Zuchtthaus geschickt, der aber noch schimmer zurückgekehrt sei, denn man habe ihn wegen seiner Anstelligkeit einem adligen Zuchtling zum Bedienten gegeben! Diese zarte Rücksicht auf den Adel selbst im Zuchtthaus war dem vorigen Jahrhundert noch gar nicht anstößig. Weit häufiger und dringlicher aber sind die Klagen, daß in dem

Waisenhaus die Kinder aufs schlechteste untergebracht seien, trotz reichlicher Mittel ansteckenden Krankheiten ausgesetzt. Bald suchte man diese bald jense Fabrikation unter ihnen einzuführen. Heute wurde ein Messerschmied engagiert, der aber seine Messer im Streit mit den Gesellen sehr am besten handhabte, morgen ein Glasperlenmacher, ohne daß man gewußt hätte, wer die Glasperlen eigentlich kaufen sollte. So wurden die Kinder unfähig zu aller Arbeit entlassen und nur das eine hatten sie gelernt, bestüßung den Armetends und den Staat, auf dessen Kosten sie erzogen worden waren, in Anspruch zu nehmen. Alle Verbesserungen im einzelnen halfen nichts; man hat sich schließlich genöthigt gesehen, das Waisenhaus aufzulösen und die Kinder wieder in Familien unterzubringen. Das Problem der gemeinschaftlichen Erziehung, das unserm Geschlecht, dem die militärische Zucht starkend in alle Glieder gefahren ist, gar nicht mehr so schwierig erscheint, war im vorigen Jahrhundert nur zu lösen, wenn, wie im Halleschen Waisenhaus ein bestimmt gefärbter religiöser Geist die ganze Stiftung durchdrang und beherrschte.

Die eigentlichen Zwecke, welche sich diese Volkserziehung vorgesetzt hatte, waren nicht erreicht worden; aber hier gilt dasselbe wie von der Einrichtung des physiokratischen Musterstaates in Dießlingen: auch der verfehlte Versuch ist ein notwendiges Glied in der Kette des Geschehens; nicht die Gewinnung, der er seinen Ursprung verdankt, wird durch das Mißlingen widerlegt, es wird nur klargestellt, wo die Ziele einseitig getüft waren und wo sie einer Erweiterung bedürften. Aus jener verunglückten Schöpfung des Zucht- und Waisenhauses ist trotz dem die Industrie Pforzheim hervorgegangen, und wir würden völlig fehl gehen, wenn wir diesen Ursprung einen zufalligen nannten. Für die Strafgefangenen war Wasenspannen und Weben als Beschäftigung bestimmt, insofern wurden auch die Waisen hierzu herangezogen. Das ansehnliche Wellenhandwerk der Stadt Pforzheim war völlig verfallen, nur eine ganz geringe Anzahl von Bürgern betrieb es noch, und ihre Zunft ward fast nur noch durch den gemeinsamen Besitz der städtischen Walke zusammengehalten. Kar. Wilhelm musterte ihre alten Privilegien, und zum erstenmal seit langer Zeit ward bemerkt, daß dieselben von der Zunft als einem Amte, das im öffentlichen Interesse liege, sprachen, daß die Vorrechte ihr nur gegeben waren, um sie in den Stand zu setzen, ihre Pflichten zu erfüllen. Daß sie dies nicht gethan, daß sie es bei ihrer geringen Kopfszahl nicht thun konnte, lag am Tage; und der Markgraf entzog ihr deshalb den größeren Teil ihrer Rechte, so unbillig es damals auch scheinen mochte, einige friedfertige theilsige Leute mit einer Strafe zu belegen, die sonst nur wegen hartnäckiger Uebotmäßigkeit verhängt wurde. Denn als Strafe erschien der Privilegienverlust.

Neben den Zunftmeistern arbeiteten Kattan mit herrschaftlichen Kapital und mit den Arbeitskräften des Zuchthauses die Fabrik. Der Wettstreit mit den Kalwer spinnereien aber eben die Notwendigkeit gleich ihnen fremde Märkte aufzusuchen — denn das badische Mutartuch trug in jener friedfertigen Zeit nicht viel aus — und die Schwere, die der verküppelten Verwaltung der humanen „Waisen-, Zucht- und Pflegeanstalt“ auch noch technische und kaufmännische Sorgen aufzubürden, führten zum Aufgehen der Regie. Schon 1753 trug man kein Bedenken, das zur Pfanzwebe aus dem Frühlitz der Staatfürsorge in die trübselige Luft des rauen Konkurrenzkampfes zu versetzen; eine Compagnie, gleich der Kalwer und größtentheils auch mit Kalwer Kapital gegründet, übernahm die Fabriken und verpflichtete sich nur, dem Zuchthause die nötige Arbeit zuzuwenden. Rasch aber fand sie in der freien Arbeit einen gesünderen Boden; das Beispiel der Württemberger hatte auch in dem badischen Grenzdistrikt bei den Bauern Nachahmung gefunden, und es bedurfte nur der geschickten kaufmännischen Leitung, um in der Stadt wie in der Umgegend Arbeit genug wachsen zu lassen. Gegen das Ende des Jahrhunderts betrug der Betriebsfonds 200 000 Gulden, eine für jene Zeit enorme Summe. Es zeigte sich gerade wie beim Holzhandel, daß nur der Krämersinn, der über die eigene Masse nicht hinausgeht, Bremsen legt, daß dem großen Geschäftsmann, für den die Welt offen liegt, die Konkurrenz ein Sporn wird und daß sie ihm oft zur Unterstützung erwünscht ist. Die staatlichen Privilegien sicherten bezüglich den Patzwebern haben, den Kalwer drüben die andern Arbeitskräfte, die Zeugfabrik selber hatten aber gar nichts gegen fremdlandische Uebergriffe einzuwenden, und nannten sich die Kalwer selbst, so ganz gern, wenn sie etwas von ihrer Verpflichtung stets Arbeit zu schaffen, entlastet waren.

Einen ähnlichen Entwicklungsgang nahm auch ein anderes mit bedeutender Kosten hergestelltes Unterthut — die Leinwandgriesserei. Ein Monopol für den ausländischen Bedarf bildete die Lieferung des zum Schmeizen nötigen Schmelzbleies, feste Kontrakte mit Württemberg über Abnahme eines Theils der Produktion, strenge Kontrolle der durch den Pächter — von Regie sah man gleich ab — geleiteten Masse, das waren die Grundlagen, auf denen man ganz nach californischen Prinzipien das Unternehmen einrichtete; allerdings fast ruhig für eine Zeit, in welcher statt des ungeliebten Privatkapitals der Staat mit seiner Autorität und mit seiner Kreditmacht, hierdurch die Vertheilung des Kapitals erst ermöglichte.

Nur schon um die Mitte des Jahrhunderts (1764) war der Zeitpunkt gekommen, wo die Regierung in Folge der Unterthanen das Monopol und etwas des Fabrikwesens die jenseitigen

zeitliche Reglementierung des Betriebes un bequem war, und man heß beides fallen. Seitdem hat die Pforzheimer Eisenindustrie mit merkwürdiger Stetigkeit in den Handen ein und derselben Fabrikantenfamilie bis auf unsere Tage ihren Ruf behauptet. Übrigens war es wiederum ein Württemberger aus der Nachbarschaft, der ihr zum Aufschwung verhalf, der frühere Klosterrichter Benkiser von Herrnhals, und es hat sich auch weiterhin gezeigt, daß neben den alten Pforzheimer Familien vorwiegend die schwäbische Einwanderung, weit mehr als die vom Rheine her, Pforzheim seine besten Kräfte zugeführt hat.

Es ist für das kleine badische Land und seine einzige bedeutendere Stadt Pforzheim von besonderer Wichtigkeit gewesen, daß die beiden einander folgenden Systeme der Volkswirtschaft, der Merkantilismus und die Physiokratie, in seinen Fürsten begeisterte Vertreter fanden und daß beider theoretische Neigungen, die sich mit praktischem Schaublick verbanden, dem Lande zu gute kamen. Karl Friedrich war ein energischer Gegner aller Monopole, die den noch immer schwachen Unternehmungsgeist einengten; er schaffte rücksichtslos fast alle sogenannten Admonitionen ab, wozu die Versorgung der Unterthanen mit den verschiedenen Bedürfnissen des Handels und Wandels vom Eisen bis herab zum Glasgewerbe vom Staat in Pacht gegeben wurde; er war der Ansicht, daß sich eine gesunde Industrie erst erheben könne auf Grundlage eines ganz durchgeführten Ackerbaues, da sie ihr dann aber auch die von jenem gestützten Kapitalien von selbst zufallen. Was schadet es, daß sein theoretisches System auf einer Reihe von Trugschlüssen beruhte, wenn es nur mit den praktischen Forderungen der Gegenwart stimmte? Und war es nicht damals die dringendste Aufgabe, die Staatsfürsorge auf die Hebung des Landbaues zu verwenden, den Bauernstand zu belehren und zu heben, während es schon genügte, den Fabriken freie Bahn zu schaffen, die mit staatlichem Zuschuß und Kredit Vorwöhnten auf eigene Füße zu stellen und ihnen nur soviel Privilegien zu lassen, als das Gewerbe recht einer Tage unbedingt erforderte? Das Beispiel der Pforzheimer Industrie gibt die Antwort auf diese Frage.

Da möchte es fast wunder nehmen, daß gerade unter dieser physiokratischen Regierung von Staats wegen eine Luxusindustrie eingeführt wurde, die sich aus den Bedürfnissen dieses ackerbauenden Landes wohl am allern wenigsten ergeben hätte, die Rostenfabrikation. Aber gerade an ihr, die fortan Pforzheims Geschicke fast ausschließlich bestimmen sollte, hat sich der notwendige Entwicklungsgang deutlicher und überzeugender als an jeder andern deutschen Industrie gezeigt.

Eigentlich hat noch nicht Karl Friedrich die Anregung zu unserer Hauptindustrie gegeben, sondern seine Gemahlin Karoline. Die hochmüthige und feingebildete Frau, das Meisterbäll einer Fürstin und Gattin, theilte sowohl die pädagogischen wie die volkswirtschaftlichen Neigungen ihres Mannes, aber nicht seine Überzeugungen. Sie war ebenso sehr merkantilistisch gesinnt wie ihr Gemahl physiokratisch, und mit heilswürdigem Eifer bekennt sie sich in ihren Briefen zu dem Hauptgrundsatz des Merkantilismus, daß eine Industrie um so höher zu schätzen sei, je mehr sie ihren Geld ins Land bringe. Auch ein Teil der höheren Beamten sogar der einflußreichste der früheren Epoche Karl Friedrichs, Bernhard, huldigte noch jener Schule; und der Markgraf, obwohl selbst frei von der Richtigkeit und Anwendbarkeit seiner Sätze überzeugt, vergaß nie den Fürsten über den Stück Professor, das er ihm steckte. Er ließ der Thätigkeit tüchtiger Menschen freier Lauf, auch wenn er ihre Überzeugungen nicht theilte.

Der Einfluß der Damen hat in der Geschichte der Industrieförderung eine recht bedeutende Rolle gespielt, die Vorliebe der merkantilistischen Epoche für Porzellan und Fayences, Quincallerie und Bijouterie, namentlich aber für Seidenfabriken führt sie größtentheils auf ihn zurück. Noch war falsch die Zeit meist gekommen, wo der Großhandel die voluminösen Produkte der Massenindustrie auf den Markt wart; selbst die Baumwolle diente vorwiegend dem Luxusgespinnst, und die Kalwer Compagnie ließ die Woll zu feinem Krepé, Flor und Gaze verweben, während sie sich ungütlich fern hielt von den derberen Kleiderstoffen, um nicht den Schein zu erwecken, als ob sie den heimischen Handwerksmeistern das Brot wegnehmen wollte. Eine Karatindustrie schien aber auch für die Zöglinge einer Waisenanstalt, vor denen sich die ohnehin hartigen Handwerker verwarnten und die man doch zu etwas Besseren machen wollte als zu gewöhnlichen Wollschuurnern, am besten geeignet.

Der Schlafsturz hat der Markgräfin Karoline recht gegeben, aber es war doch eine bedenkliche Sache, das kostspieligste aller Gewerbe ohne den geringsten Absatz im Lande und mit ganz vagen Aussichten fürs Ausland, ohne einen festen Arbeiterstamm und ohne eigene Sachkenntnis einbürgern zu wollen. Aber Karoline war viel Dürrenart etwas ungenüßlich im Punkte der Rentabilität; und begeistert für ihren Zweck schonte sie die Gelder ihrer Schatzkammer nicht wenn die Rentkammerräte ihresatzes zögerten.

Unzählbar sind damals die Projektentreiber, die sich zur Einrichtung von Fabriken aller Art bald diesem bald jenem Fürsten anboten; wie der Herbstwind Unkraut und gute Samenkörner durcheinander wirft, stehen ihre Pläne einher, und fast ist es Zuthal zu nennen, wo und wie etwas davon aufging.

Es war einer der schelmlichsten Sorte, der sich i. J. 1767 an die Markgräfin und an Reinhard drängte: ein Sadfranzose, Namens Autran, der schon gewohnt war, hier und da sich zu etabliren, Vorschüsse zu empfangen und auszubrauchen, um sich dann anderweitig anzuthun, bot sich zur Errichtung einer Uhrenfabrik mit Hülfe zweier ehrlicher, von ihm angeworbener Schweizer an. Man wies ihn nach Pforzheim, wo ohnehin am billigsten zu leben sei und wo man froh war, wieder einen Lehrherrn für das Waisenhaus zu finden. Alsbald rechnete man sich aus, wie gut es nach sechsjähriger Lehrzeit jedes Waisenkind haben würde, wie es im 20. Lebensjahre schon der Mutterstadt seine Erziehungskosten zurückgezahlt haben und selber in der Lage sein würde, sich einer Hausstand zu gründen. Einem Manne wie Autran galt die treuendliche Aufnahme als Aufforderung Projekte über Projekte zu spinnen. So spürte er bald auch eine Gesellschaft englischer und französischer Arbeiter aus, die unter der Leitung eines gewissen Prepozier in Thun auf Rechnung von Berner Unternehmern eine Fabrik englischer Stahlwaren, einen Mehrartikel jener Zeit, eingerichtet hatten, aber willens waren die Schweiz zu verlassen. Es ward dem gewandten Manne nicht schwer, seine Gönner zu überzeugen, daß die Ausdehnung der kaum eingerichteten Uhrenfabrik auf diesen Fabrikationszweig vom größten Vorteil sei; noch eifriger als auf den ersten Plan ging man auf diesen zweiten ein. Es stellte sich allerdings bald heraus, daß es eigentlich die Berner waren, welche die ganz zuchtlose und verschandete Fabrik los werden wollten, vorausgesetzt daß jemand für die Vorschüsse und die persönlichen Schulden der Arbeiter eintrete und sie auslöse. Auch dazu aber war man bereit. In die Person des Unternehmers setzte man zwar ebenso unbedingtes Vertrauen als in diejenige Autrans, tröstete sich aber sehr rasch, als derselbe nach erhaltenem Vorschusse alsbald das Weite suchte, denn er sei ein ganz nuchternsätziger Mensch gewesen, der von der Fabrikation gar nichts verstanden, und der Fabrik könne gar kein größeres Glück widerfahren als ihn auf so einfachen Wege los zu werden.

Wer darf sich wundern, daß bei so zarter Rücksichtnahme jeder Arbeiter, der sich als ein Muster von Geschäftlichkeit herausgestrichen sah, sich mit unglaublichem Dunkel erfüllte. Die von jeder schwache Zucht des Waisenhauses zermal ganzlich, so daß die Zöglinge den einzelnen Katenats meistens zugeweiht waren, und so gern mit es übersehen hätte, konnte man auch nicht verbergen, daß die weibliche Abteilung dieser Staatsanstalt unter dem Einfluß der leichtfertigen Franzosen eine Bräuterei der Unmündigkeit wurde.

Auch an der Kleiderpracht und der Unvertretbarkeit der neuen Aufzünge hatte man aber bei auszusetzen, im

übrigen war man recht zufrieden. Selbst ein so nachterner Kopf wie Reinhard wiegte sich in Träumen, die erst eine spätere Zukunft wahr machen sollte: „Gierfahre ich mit Uhrmacherei 20000 Menschen, England durch seine Stuhlarbeiten 40000; warum könne es Baden nicht auch soweit bringen?“ Unter dessen war Autran wieder auf einen Gedanken verfallen: die Stahl-Quincaillerie sollte durch die ohnehin verwante Bijouterie unterstützt werden. Er hatte zu diesem Zwecke von einer Geschäftsreise einen jungen Kaufmann Namens Ador mitgebracht. Endlich einmal ein guter Griff! Ador war von Herkunft ein Engländer, der aber von einer französischen Mutter in der Schweiz geboren war und dessen Familienverbindungen ihn hauptsächlich nach Rußland wiesen. Durch dessen ihren Begründer mit die Pforzheimer Bijouteriefabrikation von vornherein den internationalen Charakter erhalten, der ihr Lebensprinzip ist. Ador übernahm nur die eigentliche Leitung der Fabrik, während Autran, mit reichlichen Remittenten versehen, sich gewöhnlich in den großen Städten Europas herumtrieb, um Geschäftsverbindungen anzuknüpfen. Aber Ador war ein junger schachterner Mann, seine Autorität über die Arbeiter war gering, und gegen den hochfahrenden anspruchsvollen Assistenten, der dazu die Nothwendigkeit gefühlt, wagte er sich gar nicht heraus; sieben Jahre lang ließ er sich, wenn auch mit Seutzen, von diesem miterschleppen.

Einstimmlich mag es scheinen, daß ein Unternehmen, welches auf so durchaus unsicheren Grundlagen beruhte, solange ausdauert, ohne zusammenzubrechen. Allein die Regierung — diese hatte, nachdem ein Versuch, die Fabrik als Aktien-gesellschaft zu gründen, mangels aller Betheiligung gescheitert war, sie behalten — forderte einstweilen keine Verzinsung; Zuschüsse, offene und in noch größerem Maße geheime, kamen ein: man war in Karlsruhe zufrieden zu vernehmen, daß im Jahre 1771 für 25000 Gulden Gold verarbeitet, daß man zu der verkauften Goldwaren 10000 Gulden reinen Gewinn gehabt, und erfuhr nicht, daß für das Jahre Vorratte, die durch veraltete Fugan unverkäuflich geworden, waren, nach auf Lager seien. Man war stolz darauf, daß 203 Arbeiter, mit ihren Familien 360 Personen, in dieser einen Fabrik Nahrung fanden, und man ertrug es gleichmüthig, daß dieselben alle von Vorsehenssen lebten und daß bisweilen auch ein kleines Kind dort unter ihnen geschmiedet wurde, es wie weiland der Chef Herr Preppner zu machen: ausstreifen und den Vorsehenssen mit zunehmen. Die entsetzten Zwistigkeiten, aber, wenn sich, z. B. die deutschen Arbeiter unter Führung eines selbstwillen, unermüdeten Mannes mit Namen Mezger der Begünstigung der Franzosen widersetzen, suchte man reichlich und geduldig zu schlachten. Prachtstücke, emailirte Dosen u. dgl., die man betheiligten Fürsten zum Geschenk machen konnte, wurden

nach Karlsruhe gesandt. Auch kam von dort alljährlich eine Kommission und freute sich an der damals noch neuen Kunst der doppelten Buchführung, die Ador in schönem Französisch in einem majestätischen Hauptbuche übte. Vor allem aber bewunderte man „die schöne Ordnung der Arbeitsteilung“. Noch kannte man in Süddeutschland keine arbeitsteilige Industrie; auch die Kalwer Fabrikation war doch nur Hausindustrie unter centralisierter kaufmännischer Leitung. Wie ein Wunder staunte man die Erhöhung der Leistungsfähigkeit an, die sich auf so einfache Weise vollzog.

Damals schrieb Adam Smith sein großes Werk und eröffnete es mit der glänzenden Schilderung der Nadelfabrik, für das große Publikum das anziehende Schaustück des Buches, während auch die Denker die ungeahnte Ausdehnung, die er dem Prinzip der Arbeitsteilung gab, am meisten hirsia. Wir sollen diese berechtigte Bewunderung für ein Prinzip von größter Tragweite nicht vergessen, um milder zu urteilen über die Vertrauensseligkeit jener Zeit gegenüber den Vorkämpfern desselben.

Dieser angenehme Schleier, der die unangenehme Wahrheit verhüllte, ward plötzlich im Jahre 1775 von den Unternehmern selber zerrissen. Sie sandten eine Denkschrift ein, die aus der entgegengesetzten Tonart wie die früheren geschrieben war, und forderten Lösung ihres Kontraktes, wobei sie eine Verbindlichkeit der Regierung gegen sie von nicht weniger als 50 000 Gulden herauszurechnen wußten. Bisher hatte sich Markgraf Karl Friedrich, der in jenen Jahren voll auf damit beschäftigt war, das heimgesüllene und ganz verrottete Baden-Baden mit seinem kleinen Musterstaate zu verschmelzen, persönlich wenig um die Pforzheimer Angelegenheit gekümmert; jetzt aber verstand er keinen Spas. Als Antwort auf die Denkschrift liefs er Autran und Ador verhaften und die Rechnung nach seiner Art prüfen. Dabei stellte sich heraus, dafs er zunächst gar nichts schuldig sei, wohl aber dafs Autran nach und nach 15 600 Gulden für seine Bedürfnisse der Fabrikkasse entnommen hatte.

Die ganze Mißwirtschaft lag auf einmal klar, und man konnte zufrieden sein, dafs der Urheber derselben, Autran, in seinem Übermute selber die Handhabe geboten, um ihn beiseite zu schieben. Autran mußte einen Revers als Schuldner unterschreiben, sich eidlich zur Abzahlung verpflichten und verschwand dann nach Frankreich. Natürlich dachte er nun nicht mehr daran, einen Pfennig zu bezahlen, und eigentlich hat man in Baden dies wohl von vornherein vermutet. Wieder erschienen aber ist er doch noch einmal, aber nicht als Bijouteriefabrikant, sondern als Kriegskommissar eines Revolutionsheeres im Jahre 1798. In solcher

Stellung waren die Gründe, die er für seine Forderungen anführte, natürlich unwiderleglich!

Unterdessen ging die Liquidation der Fabrik ihren Gang, aber freilich verfuhr sie so rauh, daß die Gefahr unbelag, die mit so vielen Opfern kaum gepflanzte Industrie ganz zu zerstören. Hausdurchsuchungen und Verhaftungen brachten die Arbeiter, lie in der allgemeinen Unerndung auch hier drauf los gelehrt hatten, zur Verzweiflung; kein einziger wäre geblieben, wenn sie nicht die Schulden und die entsprechende Aufsicht gehalten hätten. Das bedeutende Kapital, das doch nun einmal in die Fabrik gesteckt worden war, schien verloren, die Stadt des reichlichen Verdienstes, der ihr die Fremden gebracht, beraubt. Es war klar: die Industrie mußte erlischen, zugleich aber auf andere Grundlagen gestellt werden. Karl Friedrich scheint gar nicht so unzufrieden mit dem Mißerfolg des Experiments gewesen zu sein, seine alte Abneigung gegen Staatsfabriken hatte wieder einmal eine glänzende Bestätigung erhalten. Sein Freund Edelheim, der selbst Minister, welcher in die deutsche Politik Badens einen großen Zug brachte, dem er die Besorgung dieses verwerren Geschäfts übertragen hatte, schrieb eine glänzende Bescheinigung in der er die Unzuträglichkeiten der Regie bei einer Fabrikation, die auf einen Spekulationshandel, nach seinen Plätzen angewiesen ist, salugend erwies.

Zur Übernahme der Fabrik fand sich Ador bereit, von dem man in der Untersuchung die Überzeugung gewonnen, daß er nur zu schwach gegen Antrau gewesen sei und nun übrigen seine Pflicht gethan habe, der auch während der interimistischen Verwaltung nützlich geholfen hatte. Er wollte sich fortan auf Byttonie beschränken, denn mit der Staatsware hatte man kein Glück gehabt. Wohl oder übel besteht der Staat den Vorrat der Quinquellenen und schlug ihn, soweit es ging, los; aber bis tief ins 19. Jahrhundert wurden in den Akten noch einige Centner abhandeln gekommener Bestandteile von Stahlbrochen gesucht — eine letzte Erinnerung an die entschlossene Fabrik, deren bekanntlich strengste solche in den Akten immer später als in der Wirklichkeit.

Der Kontrakt mit Ador ward nun endlich auf geschäftsmäßigen Boden abgeführt. Er erhielt die Fabrik gegen 60000 Gulden, die ihm gegen Verzinsung kreditiert wurden und deren Abtragung vorgesehen war. Auf einmal zeigte sich, welcher Sporn die Selbstverantwortung ist; die Fabrik, die auch weiterhin mit fast zwihundert Arbeitern betrieben wurde, brühte auf; Ador konnte sehr bald seinen Vorschuß bezahlen, ward Kommerzienrat u. s. w. Leider ward Pforzheim ihm zu eng, er ging nach Petersburg, wo er nach wenigen Jahren starb; aber die Verbindungen, die er geknüpft, haben für

Pforzheim erhalten. Noch sind seine Geschäftsbücher vorhanden und geben einen überraschenden Einblick in die Organisation des Bijouteriehandels im vorigen Jahrhundert. Er verkaufte von Petersburg und Warschau bis nach Südfrankreich in allen Große- und Mittelstädten aber überall begegnet wir unter den Firmen fast nur Namen französischer oder Genfer Herkunft. Schon im Reformationszeitalter waren die geflüchteten Hugenotten die Pioniere der Großindustrie gewesen; die Städte, welche sie aufgenommen, Basel, Zürich, waren Hauptsitze der Industrie in Mitteleuropa geworden, Genf, die Mutterstadt des Calvinismus, besaß durch die Uhrenfabrikation und die Bijouterie, die hier fast ebenso streng wie die reformierten Kirchengemeinden selbst organisiert war, einen wirtschaftlichen Einfluß, wie es ihm nie wieder erreicht hat. Die Aufhebung des Edikts von Nantes verstreute alsdann die Hugenotten über ganz Deutschland, und überall, wohin sie kamen, pflanzten sie den Samen der Großindustrie. Durch sie kam Leben und Bewegung in die preussische Volkswirtschaft, durch sie ein freierer Zug des Handels in die alten Reichsstädte. Wie groß der Unterschied in Frankfurt zwischen den alten lutherischen Reichsstädtern mit ihrem Bürgerstolz und ihrer altväterischen Entschlossenheit einerseits den luxuriösen, an große Verhältnisse und weit ausgreifende Thätigkeit gewöhnten, aber hier nur geduldeten Reformierten andererseits war, das hat niemand anschaulicher geschildert als Goethe, den die Liebe zu Lili in jene Kreise führte.

Diese reformierten Kolonien, deren fördernder Einfluß auf Deutschlands wirtschaftliche, religiöse, gesellige und literarische Kultur nie noch genug anzusehen ist, zeigen uns Aders Geschäftsbücher in einem großen Zusammenhang weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bis Lissabon und Petersburg. Beinahe nirgends scheint der geschäftsmäßige Betrieb der Goldarbeiter in 18deutschen Händen gelegen zu haben, denn auch in den katholischen Gebieten entsprechen den Refugienfirmen des protestantischen Deutschlands italienische Namen. Durch diesen religiös-wirtschaftlichen Zusammenhang ward die beherrschende Stellung von Genf auf dem Felde der Edelmetallindustrie erst ermöglicht; und die junge Stadt, welche in Deutschland bereits zu einer ähnlichen Stellung emporstrebte und dieselbe neben Pforzheim bis heute behauptet, hinauf, war ebenfalls eine streng reformierte Kolonie, beinahe eine kalvinistische Musterstadt. Erst das Pforzheimer Bijouteriegewerbe, das in seinen Anfängen ebenfalls ein Ableger von Genf war, hat sich von diesen Bahnen entfernt, und nicht zum mindesten deshalb, weil die herübergezogenen Arbeiter umherschweifender Profs, weit entfernt von der strengen Genfer und Hanauer Disziplin waren.

Aus diesen Arbeitern nämlich erwuchs neben und gegen die Adorsche Fabrik von 1775 an ein besondrerer Stamm kleinerer Fabrikanten. Aus dem Waisenhause waren die Kabinettmeister, deren jedem in der Regel zwölf Kinder zugewiesen waren, aus guten Gründen in die Stadt überstellt worden. Mit der Arbeit der Waisenkinder wollte es überhaupt nicht vorwärts; die meisten waren unfähig; die Auslagen an ihnen gingen verloren; um an diesen nichts einzusparen, hielt sich die Verwaltung an diejenigen, die etwas gelernt hatten, und behielt unbillig lange den von ihnen verdienten Lohn zartek — eine etwas bedenkliche Anwendung der Solidarität. Nur daran ließ sich der Ursprung der Pforzheimer Industrie aus dem Waisenhause noch lange erkennen, daß sie eine starke Neigung zeigte, mit ganz oder halb geschenkten jugendlichen Arbeitern zu wirtschaften. Es blieb eine lange Zeit ein dunkler Punkt in Pforzheims Industriegeschichte. Einnal in ihren Privatwohnungen beschäftigt, ließen sich die Kabinettmeister nicht mehr kontrollieren; sie arbeiteten auf eigene Hand, was und wie es ihnen gefiel, und betrachteten die Fabrik nur als den Rückhalt, wenn sie sonst nicht Absatz fanden. Das ihnen anvertraute Geld war auch nicht immer bei ihnen sicher, zumal sehr bald jalousie Lombardegeschäfte von zweideutigen Rufe mit ihnen in verdächtige Verbindung traten. Solange die Fabrik herrschaftlich war, gab die Obrigkeit eine Arbeitsordnung nach der andern und eine strenger als die andere, aber sie waren in den Wind gesetzt, und Antrun konnte mit einigen Schein Rechten auf den Ungehorsam und den Schleichhandel der Arbeiter alle Unordnungen schieben.

Heute aber müssen wir sagen: wäre die Fabrik ein wohlgeordnetes Unternehmen gewesen, so würde sie aller Wahrscheinlichkeit nach nur ein so kurz vorübergehendes Dasein gehabt haben wie alle übrigen fiskalischen Werke jener Tage; ihrer Unordnung haben wir die Pflanzung einer großen Industrie zu danken. Die Frucht mußte verfaulen, damit der Samen keimen konnte. Karl Friedrich war sofort entschlossen, der Zustande, wie sie nun einmal geworden waren, auch anzuerkennen. Die früheren Kabinettmeister erhielten die Konzession als selbständige Unternehmer und brachten erstweilen die Vorschüsse, die sie in ihrer früheren Stellung erhalten hatten, nicht zurückzahlen; sie wurden aber bedrohet, daß sie nun auch auf weitere Staatsunterstützung keinen Anspruch zu erheben hätten. Ador erhielt, um ihn einzurufen vor der Unzuverlässigkeit der Seiningen zu sichern, nur die Zusicherung, daß keiner seiner fortan austretenden Angestellten binnen drei Jahren sich in Pforzheim etabliren dürfte. Auch das war vergeblich, denn die Arbeiter oder auch der Buchhalter, sobald er die Geschäftsverbindungen kennen ge-

lernt, gingen eine Meile über die Grenze nach Durnmatt, bis sie nach Pforzheim zurückkehren durften. So war die Industrie, wenn auch dem Nannen noch noch von Knapen seinen abhängg. thatsächlich auf den Boden völliger Gewerbefreiheit vorgelant. Man reichte sich mit diesem Zustand an. Ador selbst sah bald ein, welchen Vorteil es für seinen großen Spekulationsbetrieb habe, durch die Beschäftigung der kleineren Kabinette je nach Bedarf seine Produktion auszuweiten oder einzuschränken, und jene lernten bei ihm ausländische Verbindungen anknüpfen.

Es entfaltete sich in Pforzheim ein buntes Leben. Es ging zu wie in Tullenschlag; von allen Seiten kamen unternehmungslustige Schme der wahren Schweiz und Italiens, etablierten sich, versuchten sich eine Zeit lang und verschwand nach einiger Zeit, oft mit Hinterlassung von Schulden. Der Wechsel der Firmen ist ein so rascher, das man ihn heute nicht mehr verfolgen kann. Eigentliche Bijouteriekabinette außer der Fabrik Adors - dazu traten noch einige, die bei der Stahlarbeit zu bleiben versuchten - gab es i. J. 1776 nur neun, und darunter nur drei größere mit 24, 15 und 12 Arbeitern; bald darauf sind es 21, später wieder einmal 16 und nur ein einziger alter Name begegnet unter diesen. Es ist das der gleich anfangs eingewanderte Schweizer L'Artigue, seines Zeichens ursprünglich Graveur, ein Mann von feinem Geschmack, der erste, der in die Pforzheimer Industrie die Kunst eleganter Fassungen und feiner Gravuren eingeführt hat, dem die Fabrik Adors beschlankte sich auf Messingartikel, namentlich Ketten und Uhrenschüssel. L'Artigues Kabinett wird geradezu als die Hochschule des Geschmackes bezeichnet, und da es ihm nicht an Unternehmungsgestalt fehlte, da er namentlich nach Frankreich mit grossen Gewinn Verbindungen anknüpfte, so schien nach Adors Weggange auf ihn die Hoffnung der Bijouterieindustrie zu stehen.

Es war sein Unglück, daß er ein viel begehrter Mann wurde. Die Fürsten benutzten sich damals die Goldarbeiter unter einander wie ihre Vorfahren zweihundert Jahre zuvor die Goldmacher. Württemberg suchte auf alle Weise Pforzheim so nahe wie möglich abzuspenst zu machen und sie nach der voranglücktesten der künftlichen modernen Städte nach Ludwigsburg, zu ziehen. Dorthin war zuerst der unabhängige Metzger mit 24 Arbeitern ausgewandert, aber bald gestorben; jetzt suchte man L'Artigue für eine noch zu errichtende große Staatsfabrik zu gewinnen. Karl Friedrich wollte sich ihn nicht entgehen lassen; das Oberamt stellte beweglich die drückende Gefahr vor, und zum erstenmal wieder ließ sich der Markgraf von seinem richtigen Grundsatz abbringen und gewährte L'Artigue einen bedeutenden Staatszuschuß zur Errichtung einer großen Fabrik.

Die Folgen zeigten sich sofort. Der leichtblütige Mann hing an kostspielig zu bauen und kühn zu spekulieren; bald mußte er suchen, sich durch Überproduktion zu retten. In diesem Augenblicke brach die französische Revolution aus, und es zeigte sich, daß Pforzheim nicht ungestraft sich auf einen internationalen Absatz eingerichtet hatte. Das große Weltereignis brachte auch für unsere Stadt die erste große Krise. L. Artigue faillierte 1789 und riß viele anderen Firmen in seinen Fall mit hinein. Er suchte sich später wieder aufzuraffen, aber es gelang ihm in Pforzheim nicht, auch er verzog und verscholl.

Dieser unerwartete Sturz hatte wieder eine Veränderung im Verhalten der Regierung zur Folge. Man sehnste ihn der Gewerbefreiheit zu und beschloß, füttern die Konzessionen aufs strengste zu handhaben. Noch vor kurzem war man der Ansicht gewesen, der Mißstand, daß viele Gedarbeiter der Ehrgeiz zur Unzeit treibe, sich selbständig zu machen, die dann mit ihren Waren auf die Massen der Nachbarschaft hinstürzen gingen, würde sich von selber heben, je mehr größere Kapitalien sich dieser Industrie zuwendeten; alsdann werde die Konkurrenz der Arbeiter und der Zusammenschluß der Käufer einander gleich bleiben. Man hatte sich beglückwünscht, nach mancherlei kostspieligen Irrfahrten auf den richtigen Weg gekommen zu sein. Man hätte vielleicht in Karlsruhe diese Ansichten bewahrt, wenn nicht in Pforzheim selber die entgegengesetzten zum Durchbruch gelangt waren.

Es hatten sich unter dem Eindruck des letzten Schreckens die meisten Franzosen — die Engländer hatten sich schon beim Ausbruch der Stuhlwarenfabrikation verlaufen — aus Pforzheim entfernt. Die zurückgebliebenen Firmen, bereits größere Häuser, schlossen sich an die deutschen Geschäfte an, deren damals zuerst einige anscheinliche entstanden; selbst aus den Reihen der alten Flößerfirmen, die misstrauisch und widerwillig auf die neuen Einkaufsmengen blickten, war die Familie Kiehl zur Bijouterie übergetreten und hatte sofort einen ausgedehnten Großbetrieb eingerichtet.

Wenn Pforzheim bisher alle Schwächen einer industriellen Demokratie erfahren hatte, so sollte es nun auch diejenigen einer Aristokratie für eine kurze Zeit durchmachen. Die wenigen großen Firmen, es sind ihrer etwa sechs, waren entschlossen, kein kleinen Leute mehr aufkommen zu lassen, die ihrer Meinung nach ihnen nur das Geschäft und Pforzheim den Ruf verdarben. Sie stellten in oft wiederholten Denkschriften die Behauptung auf, daß unbedingt zur Wahrung des Kredits bei einem so kostbaren Gewerbe ein bedeutendes Anlagekapital vonnöten sei; sie verwahrten sich eifrig gegen jede Konzession an Leute, die nur geschickte

Arbeiter seien, aber nicht kaufmännische Bildung besaßen; und zuletzt erhoben sie sogar den Anspruch, daß in Zukunft jeder, der ein neues Kabinett eröffnen wolle, sich einer Prüfung unterziehen solle, die mit der Lieferung eines Probe-stückes zu verbinden sei. So völlig hatten sie ihre eigene Herkunft als Kaufleute und Flößer vergessen!

In Karlsruhe folgte man schlechthin dem „sachverständigen“ Urtheile dieser so durchaus ansehbaren Geschäftsleute, die sehr zu ihrem Vortheil von der Mehrzahl ihrer Vorgänger abtauchen. Man gab keine weiteren Gewerbescheine aus und war nahe daran, auch jene letzte Forderung zu bewilligen, denn unter den Räten des Monopolfreundes Karl Friedrich gab es doch etliche Juristen, die da bedauerten, „daß zur Zeit noch keine ordentliche Zufut bei den Goldschmieden eingerichtet werden konnte“. Da nun bekanntlich reiche Fabrikanten, wenn nicht der ganze Geist ihrer Umgebung kaufmännisch ist, sehr gern vom Risiko der Geschäfte im Alter zurückziehen, so vermehrte sich die noch vorhandene Anzahl der Firmen, und der Zeitpunkt war voranzuschieben, in dem die Pforzheimer Industrie vor lauter Nothdurft aufhören würde.

Es war hohe Zeit, daß Wandel geschafft wurde und dies konnte nur geschehen durch eine veränderte Haltung der Regierung. Ein hochbegabter Verwaltungsbeamter, Ober-voigt Baumgartner, eröffnete in den letzten Jahren des alten, den ersten des neuen Jahrhunderts die Bahn, auf der Pforzheim rasch vorwärts schreiten sollte. Baumgartner erkannte zuerst wieder die eigenthümliche Natur dieses Fabrikationszweiges. Gegen die monopolistischen Absichten fast sämtlicher vorhandenen Industriellen, gegen ihre durch ihr eigenes Beispiel widerlegte Forderung des Prüfungszwanges wendet er ein: die Unternehmer seien in erster Linie Kaufleute, sie müßten wohl jede vorkommende Arbeit zu beurtheilen verstehen, sie müßten jeden geschickten Arbeiter an seine Stelle zu setzen wissen, aber weiter brauchten sie vom Goldschmiedehandwerk nichts gelernt zu haben: hier eine Zunft einzuführen und nur den gelehrten Goldschmied zuzulassen, würde den langsamen Tod dieser wie jeder anderen Fabrikation bedeuten. Gehe es doch bei der in Pforzheim üblichen Arbeitsteilung gar kein besonderes Goldschmiedehandwerk; sondern mehrere Künste, die des Graveurs, Galocheurs, Emailleurs, der Polierers, die alle nichts mit dem eigentlichen Goldschmied gemein hätten, müßten sich mit seiner Arbeit theilen, und in der Fabrik habe jeder Arbeiter sein eigenes Fach, in dem er sich vorzügliche Geschicklichkeit erwerbe, während in jeder andern Art von Arbeit seine Kunst sehr gering sei. Wollte man etwa auch alle Hülfs-gewerbe einer Prüfung unterwerfen? Oder auch den Geschmack prüfen,

der doch für den Fabrikanten mindestens ebenso wichtig sei wie die mechanische Fertigkeit? Schonungslos enthüllt er die wahren Beweggründe der Bittsteller. Nachdem sich jetzt ein gediegener, einheimischer Arbeiterstand herangebildet hat und viele in demselben Talent und Lust zur selbstständigen Geschäftsführung zeigen, gilt es, dieselben bald mit diesem bald mit einem Mittel zurückzuhalten. „Aber“, so erklärt er, „zum Aufkommen der Fabriken wird es hauptsächlich gereichen wenn jeder Arbeiter auch Hoffnung hat, sich seinen eigenen Herd zu errichten und für sich selbst zu arbeiten, hingegen es ihn misanthropisch macht und niederzuschlagen muß, wenn er die Hoffnung hierzu aufzugeben genötigt ist.“

Unbekümmert um die Widersetzlichkeit, um die lauten Klagen der Fabrikanten: man sehe selbst Maler, ja sogar einen Kuhlriten sich als Bildhauer etablieren, um ihre offenen Drohungen mit Wegzug und um dunkle Anspielungen: das Oberstamt werde noch eine Revolution wie die Frankreichs in Pforzheim heraufbeschwören, führte Baumgärtner die volle Gewerbefreiheit durch. Er hatte eingesehen, daß, gerade weil der kostbare Stoff seiner Kapitalwert behält und der Formwert ganz von der Geschicklichkeit der bearbeitenden Hand abhängt, in dieser Industrie es auch dem Mittelmann, wenn er nur mit Kunst- und Handelsgeschick begabt ist, leichter als in anderen wird, sich eine selbstständige Stellung zu schaffen. Aber selbst einem Diche, den niemand mehr in Stellung nehmen wollte, gab er die Erlaubnis, auf eigene Rechnung zu arbeiten: „der Mann solle zeigen, ob er sich noch d'richen erlösen könne“ antwortete er.

Binnen zwei Jahren konnte Baumgärtner sehen, daß seine Grundsätze durchgedrungen waren. „Zuerst gewann ich den Stadtrat und die Bürgerschaft für die Sache“, schrieb er 1800 an den Markgrafen, „dann auch mehrere Fabrikanten, erstere durch gründliche Belehrung von der bevorstehenden Gefahr, letztere durch Anregung ihres Eingeübten, und von dem Staatsmann der übrigen war nun wohl nicht mehr viel zu befürchten da Hr. Dürrenmatt mich auf das beste unterstützten und sie durch nachdrückliche Verrichtungen zu rechtweisen.“ Es war, als ob eine lange gefesselte Kraft sich auf einmal nach allen Seiten ausdehnen könne. Nicht nur die Anzahl der Kabinette, sondern auch ihre Bedeutung vermehrte sich zusehends. Neben die große Köhlesche Fabrik traten mehrere von gleichem Umfang, so die Denning'sche, und die Geschäfte gingen so gut, daß, als sich 1799 die Firma Köhler und Böhnenberger in zwei Geschäfte trennte, sie sich über 200000 Gulden reinen Geschäftsgewinn, der binnen sechs Jahren gemacht war, auszuvertheilen hatte. Die Anzahl der Kabinette hatte sich um Zwadzettel, bis auf

27 vermehrt, zusammen mit den Uhrmachern und den selbständigen Hülfsarbeitern, Graveurs, Massschleifern, Maschinenschneidern gab es bereits 78 Betriebe mit 780 Arbeitern, zwei Jahre darauf waren es schon über 1000; und rascher noch, fast um das Doppelte, vermehrten sich die Einnahmen aus den Konsumtionssteuern, das deutlichste Zeichen für den wachsenden Wohlstand.

Die Regsamkeit war mindestens ebenso groß wie vor 1789, ihre Grundlage aber weit solider. Binnen der sechs Jahre der Baunzgärtnerischen Verwaltung war kein Bankrott vorgekommen, obwohl der Krieg mit Frankreich, das in der luxuriösen Zeit des Direktoriums sofort wieder der Hauptabnehmer geworden war, plötzlich zwei der wichtigsten Märkte, Frankreich selbst und Holland, verschlossen hatte und große Hamburger Fullmetze auch Pforzheim starke Verluste bereitet hatten. (Ein Haas verlor 20000), ein anderes 11000, ein drittes 6000 Mark Banco.) Aber wenn auch die Zukunft hin und wieder einen Bankrott bringen sollte — so warnte Baunzgärtner im voraus — möge man sich dadurch nicht vom richtigen Wege ablenken lassen, vor allem kein Mißtrauen gegen die künftigen Kabinette schöpfen, denn „ohne daß vorher kleine Kabinette gewesen sind werden wir nur selten großes bekommen“.

Machtig hob sich in diesen Tagen das Selbstbewußtsein der Pforzheimer. Schon nannten sie ihre Stadt Klein-Genf. Das sei ein guter Sporn meinte ihr Obervater; denn wie weit sei es noch dahin bis sie diesen Namen wirklich verdiensteten, bis sie auch mit Genf, wie es vor der Revolution gewesen war, vergleichen könnten. Schon dieser Gedanke allein bewog, wie kleinlich es wäre, wenn man einer unbegrenzten Vermehrung der Bijouteriefabriken entgegenarbeiten und ihr Grenzen setzen wollte.

Es war nicht sowohl eine besondere technische Geschicklichkeit, deren sich die Pforzheimer Goldarbeiter damals zu rühmen gehabt hatten, als vielmehr ein ausgezeichneter Handelsüberblick, was nächst der Gewerbefreiheit den Aufschwung ermöglichte. Die kleinen Kabinette, soweit sie nicht auf Bestellung größerer arbeiteten, hatten ihren Absatz vornehmlich bei den zahlreichen Bijouteriehändlern Süddeutschlands, die sie selber in Pforzheim aufsuchten. Fast alle selbständigen Bijouteriers besuchten die Frankfurter Messe, die noch immer den Centralpunkt des deutschen Handels schon deshalb bildete, weil hier die größeren Zahlungen ausgeglichen wurden.

Aber schon machten sich Zeichen geltend, daß bald der Messerverkehr seine alte Bedeutung für die Goldindustrie einbüßen werde. Gleichzeitig mit der Durchbildung der Maschinenarbeit, die eine ungeahnte Massenproduktion, zumal in den

ausschlaggebenden Textilzweigen hervortrat, bildeten die Engländer den Geschäftsbetrieb mit Handlungsreisenden aus. Schmerzlich empfand die Kalwer Compagnie, daß es nicht mehr genüge, auf den Messen von Bozen und Triest allein achtunggebend aufzutreten, um den Verkehr zu beherrschen. Die Pforzheimer Fabrikanten aber sahen sofort ein, was diese vielgeschmähte, von der wirtschaftlichen Reaktionspartei bis heute bekämpfte Form der Handelsverbindungen für sie bedeute. Hatte der Engländer neben dem wohlverdienten Ruf der Solidität auch den Vorteil für sich, überall seinesgleichen anzutreffen, so stand dem Deutschen der auf die Dauer noch wichtigere zur Seite, daß er sich in jede Volksart leicht eingewöhnt, jede fremde Sprache sicher beherrscht und — was für den Bijoutier fast das Wichtigste — jeder noch so seltsamen Geschmack rasch auffaßt, wenn er auch innerlich darüber spottet mag.

Nur durch die Schlagfertigkeit dieser neuen Organisation gelang es, den Verlust der bisher wichtigsten Märkte rasch zu verwunden, und selbst die Verminderung des Einflusses der Schweiz, der bisher in der Bijouterieindustrie geherrscht hatte, durch die Revolution war für Pforzheim ein Vorteil. Seine Industrie kämpfte sozusagen mit plötzlich dergewaltener Schnellerdung. Leipzig und Hamburg zugleich die beiden Stützpunkte des englischen Handels nach dem Binnenlande, wurden für sie jetzt die Hauptplätze, Rußland, Dänemark und Schweden die Altschmer. Und schon zeigte sich jener naive Stolz auf eine Thatsache, die in Wirklichkeit für die Deutschen ein beschämender Vorwurf hätte sein sollen: auch nach England ruhnte man sich eines starken Absatzes socher Waren, die als englische dann weiter gingen.

Die glänzende Zukunft, der das Pforzheimer Bijouteriegewerbe schon damals entgegenzuweisen schien, machte es um so fühlbarer, daß die mit ihr ursprünglich vereinigte Schwesterindustrie, die Uhrenfabrikation, gar nicht vorwärts wollte. Sie war einst auf soliden Grundlagen aufgebaut gewesen als das Quincalleretabek; die heutigen Schweizer Chronist und Viala, die sie leiteten, waren durchaus zuverlässige Leute, und dasselbe konnte man von den später eintretenden Gesellschaftern sagen. Der Unterricht der Waisenknaben hatte recht gut angeschlagen, und es fand keinerlei Schwierigkeiten, daß man dieselben mit eigenen Kabinetts etablierten, so daß neben der Fabrik auch und auch 32 solcher entstanden; darunter gehörten, ganz im Gegensatz zur Goldarbeiterei, 25 Pforzheimer Bürgerskinder. Aber es war als ob der kleinhändlerische Geist sich auch aus diesem Gewerbe nicht bannen ließe. Die exakte Arbeitsteilung, welcher der Jura seine Erfolge dankte und die man doch in der Goldarbeiterei vor Augen sah, wollte sich hier gar nicht

einbürgern, und die Arbeit blieb mittelmäßig, obwohl einige leibliche Schickungen erlassen wurden. Mit den ausländischen Verbindungen versuchte man es nur in der Weise, daß etwa einer der Unternehmer mit ein paar Kisten voll Uhren eine Reise nach Amsterdam machte, deren Kosten den Gewinn aufzehrten. Es war einmal eine ausnahmsweise günstige Konjunktur, daß im Kriege die durchmarschierenden kaiserlichen Truppen Lust verspürten, sich mit solchen unerhörten Komatwerken zu versehen; denn auch die Österreicher gingen an zu lernen, daß es im Leben gut sei, mit der Zeit zu rechnen. Jedoch dieser Glücksfall ward nicht benutzt, um dauernde Verbindungen mit den Donauländern anzuknüpfen. Wir anders haben in jener Zeit die Schwarzwälder verstanden, ihre Holzuhren überall an- und unterzubringen!

Auch die Behörden sahen mit Gleichmut auf diese Unbeweglichkeit. Schon 1781 hieß es bei ihnen: „Wir haben übrigens der Fabrik niemals mehr zugestimmt, als was sie denn bisher auch geleistet hat, nämlich daß sie den ihr anvertrauten Fonds erhalte (von Verzinsung sah man ab), die Unternehmer ernähre, immer 12–15 Lehrlinge unterrichte, eine gewisse Anzahl Arbeiter beschäftige und damit Handel und Wandel in Pforzheim befördern helfe.“ Selbst diese bescheidenen Wünsche sollten bald vereitelt werden. Die französische Revolution, welche die Schweizer Goldarbeiterzeit so tief geschädigt hatte, spürte die Uhrmacherei, ohne welche die Bevölkerung des Jura eben nicht bestehen kann, zu verzweifelter Anstrengungen. Der überseeische Absatz, eine so sichere Quelle des Wohlstandes, den man bisher den benachbarten schon etwas vernachlässigt hatte, war vernichtet; so mußte man suchen, wenigstens in Europa jede Konkurrenz totzuschlagen. Der Markt ward mit Schweizer Uhren, guten und schlechten, überschwemmt, die Preise herabgesenkt; die Pforzheimer Uhrmacher wurden brotlos, als vollends Maschinenarbeit eingeführt wurde und den Preis der sternen Uhr auf drei Thaler drückte.

Hier zeigte sich, daß Baumgärtner weit entfernt von allem Doktrinarismus war. Er war keineswegs gewöhnt, die Uhrenfabrikation so ohne weiteres verschonen zu lassen. Wieder traf er den springenden Punkt, es komme hier ganz auf dasselbe an wie im Holzhandel, wo ihm schon die Wiederverrichtung des Flüßermeines gelungen war, meinte er, und er hoffte auch hier auf gleichen Erfolg. Er schlug eine Centralisation des Handels in einem Uhrensyndikat vor, bei dem die einzelnen Kabinette sicheren Absatz finden, vor. Er war zunächst der Meinung, daß dasselbe durch Association der Unternehmer selber gebildet werden könne; aber es war ihm ein kläglicher Beweis vom Rückgang der Uhrenindustrie, daß

sämtliche zweihundertzig kaum für 10000 Fl. Garantie aufbringen konnten. Das Pförzheimer Kapital war durch die rasche Ausdehnung des Holzhandels in Anspruch genommen und der Obervozt wünschte daher eine staatliche Beihilfe. Schon wiederholt hatte er, da Baden an reichen Privatleuten noch vollständig Mangel litt, Vorschläge zur Errichtung einer Bank gemacht, die wenigstens einen Teil ihres Profits zur Unterstützung der Industrie gegen gebührende Sicherheit verwenden sollte; aber in jenen stürmischen Jahren war an eine Ausführung solcher weitgreifenden Pläne nicht zu denken. Nur eine geringfügige Beihilfe konnte gewahrt werden. Auch mit diesen 5000 Fl. brachte der unermüdliche Mann, der überall sicher zum Rechten sah, zu stande, was nur möglich war. Er veranlaßte die kleinen Meister für die Fabrik zu arbeiten, er vermittelte die Verbindungen mit Bayern und Österreich, da die Frankfurter Messe doch verloren sei, er veranlaßte, daß die Bijouteriehändler auch Pförzheimer Uhren in Kommisionnahmen, und beförderte deshalb, und um die verfallende Technik zu heben, die Herstellung guter, echtgoldener Uhren.

Auch eine letzte Möglichkeit, doch noch ohne Staatsunterstützung zu einem Uhrensalpêtre zu kommen, zeigte sich. Eine jüdische Handlung, die sich lange um die Konzession zum Betrieb einer Bijouteriefabrik beworben, versprach ein solches anzurichten, wenn es auch jene erlange. Aber Baumgärtner wollte zu diesem Ausweg nicht raten. Die bloße Aussicht, daß Juden in den Kreis der Fabrikation eindringen könnten, hatte einen wahren Tumult unter Fabrikanten, Arbeiter- und Bürgerschaft hervorgerufen. Der Obervozt selber glaubte eine Ausnahme von seinen Grundsätzen hier gerechtfertigt. Seit Jahrhunderten hatten die Pförzheimer Juden sich nur im Viehwucher frei ergoßen können, und daß sie seit kurzem auch Kehrcht und Lombardgeschäfte eingerichtet, hatte ihre geschäftliche Zuverlässigkeit nicht gerade erhöht. Einmütig erklärten die Fabrikanten, durch das Eindringen der Juden würden ihnen ebenso die Preise wie der Kehrcht verloren werden, und gleichzeitig betrübten die Arbeiter: die Gefahr, daß ihnen die Arbeitslöhne verstimpt würden, sei dringend. Baumgärtner selber, der mehrfach wohlwogene Pläne zur Neuorganisation der Jüdischen ausgearbeitet hatte, glaubte sie vom vollen Genuß der Gewerbefreiheit ausschließen zu müssen und berief sich darauf, daß selbst Kaiser Joseph II gegen den unüberwindlichen Widerstand der öffentlichen Meinung in diesem Punkte hatte zurückweichen müssen. Wir aber werden heute sagen, die volle bürgerliche Gleichberechtigung hatte die Voraussetzung für die gewerbliche sein müssen. Der Jude mußte erst aus seinem amphibischen Zustande heraus-

treten und die Luft politischer Freiheit atmen, um auch zu einer besseren Geschäftsmoral zu gelangen, und dann mochte man es auf das Zusammenhalten aller solchen Leute ankommen lassen, um den Gefahren einer illoyalen Konkurrenz vorzubeugen.

So blieb auch diesmal das Uhrencomptoir Projekt. Es wurde auch nicht geholfen haben, denn es war vergebliche Mühe, in diese sinkende Industrie Leben zu bringen. Solald Baugärtner aus Pforzheim versetzt war, horte sie auf. Aus den Kabinetts wurden die gewöhnlichen Reparaturwerkstätten, oder ihre Inhaber gingen zu den Hüllgewerben der Bijouterie über.

Als Baugärtner seinen bisherigen Wirkungskreis verließ, konnte er berichten, daß man bereits die ersten internationalen Verhandlungen angeknüpft seien; nach kurzer Zeit aber sollten die von ihm beobachteten Grundsätze noch einmal hart auf die Probe gestellt werden. Es trach über die deutsche Industrie, die sich in der letzten Hälfte des 18. Jahrhunderts schon aufs reichste entwickelt hatte, die schlimmste Katastrophe herein. Das Volk sollte lernen, daß eine dauernde ökonomische Blüte nur möglich ist, wenn sie von dem Boden eines mächtigen Staatswesens geführt wird.

Das trügerische Genie des Rheinlandes verschaffte nicht einmal seinen Mitgliedern untereinander, geschweige denn gegen den Praktiker Verkehrsfreiheit. Er hatte nur eine handelspolitische Aufgabe, das Kontinentalsystem Napoleons zu verflügen, und konnte der Industrie keine Rettung bringen. Als auch Hamburg zur französischen Stadt erklärt wurde, um England in seiner besten Stütze zu treffen, ward Pforzheims Industrie tödlich verwundet. Eine Reihe von Fabriken stürzte zusammen, die wenigen übrigbleibenden schränkten ihren Betrieb dergestalt ein, daß kaum noch der zehnte Teil der früheren Arbeiterzahl Beschäftigung fand; sie setzten nur in Hoffnung besserer Zeiten das Geschäft fort.

Was aber sollte aus den Hunderten von brotlosen Arbeitern werden? Die minder ausgebildeten kamen natürlich in Ackerbau und sonst hier und da unter; aber für die alten Kabinettsmeister, Männer mit den besten Zeugnissen, von anerkannter Geschicklichkeit, lag die Sache so, daß sie nur hoffen konnten, etwas zu erwerben, wenn sie sich selber etablierten. Noch hatten zu ihre Ersparnisse in der Hand; sie jammerten, daß sie gezwungen wurden, dieselben unthätig zu verzehren. Denn schon im Jahre 1808 hatten die Vorstellungen der Fabrikanten gegen weitere KonzeSSIONen wieder begonnen, und bald ließ ihnen sowohl der Stadtrat wie das Oberamt williges Gehör. Diese Behörden machten beim Ministerium geltend, „Es ist von der größten Wichtigkeit, die Fortdauer dieser Fabriken zu sichern und wenigstens

ihren Stamm zu erhalten, wenn er auch noch so unbedeutend sein sollte; aber nur die reichsten Unternehmer sind dazu fähig, und auch diese nur in dem Falle, wenn man die Konkurrenz anderer Fabriken so wenig als möglich zulässt“, ja, man beschwört unablässig die Oberbehörde: „nur feste Grundsätze gegenüber den zudringlichen Befehlungen der Bewerber um die Erlaubnis“.

Feste Grundsätze — sonst ein rarer Artikel in der Rheinlandszeit — hatte man zum Glück in Karlsruhe; aber es waren, dank dem Euduls Baingartners, die alten „Gerade darinn“ — so lautete der Endbescheid — „weil die Arbeiter wegen der Einziehung vieler Kabinette nicht mehr ihre Nahrung finden und sie als verheiratete Staatsbürger solche von ihrer erlernten Profession doch zu fördern haben, muß ihnen das Arbeiten auf eigene Hand erlaubt werden, und ist es lediglich ihre Sache, wie sie sich fortbringen“. In der That richteten sich diese Leute leidlich mit den Verhältnissen um; sie latrizierten bläuen Bauernschmuck, ihre Frauen errieten Putzladen und bezogen mit ihrer und ihrer Mäuer Arbeiten die Measen oder trugen sie auch in vornehme Häuser zum Verkauf. Eine tollende Industrie kann sich auch einmal auf Haasieren verlegen, ohne innerlich Schaden zu leiden, während dies für das Handwerk der Pei ist; denn jene sweet len Markt, dieses wartet auf die Bestellung.

Man sieht: auch die Arbeiter waren andere geworden als jene Lichtfertigen und leichtbeweglichen Franzosen. Uzuerst in Pforzheim ihren Einzug gehalten hatten. Es war längst eine deutsche Arbeiterschaft herangewachsen, die jeder technischen Anforderung genugte. Die alte Anschauung aber, daß die Gadarbeiter eine besondere Kolonne in Pforzheim bildeten, die mit der übrigen Bürgerschaft nichts gemein habe, war noch nicht überwunden. Bei der Pflanzung von neuen Industrien war es im vorigen Jahrhundert allgemein üblich, wie es einst schon im Mittelalter bei Bergwerken und Eisenhütten der Brauch gewesen, dem gesamten Fabrikpersonal zuzusichern, daß es von den bürgerlichen Lasten befreit sein solle. Vollständige Freizügigkeit, nur vorausgesetzt daß zuvor alle Schuldverbindlichkeiten erfüllt seien, Erlassung des Pfundzelles und der Aneise, haweißen auch der Schatzung, Zuzicherung eines besondern Gerichtsstandes unter dem eigene dazu verordneten Beamten der Herrschaft — das schienen für das Wohlergehen einer industriellen Bevölkerung notwendige Voraussetzungen.

Sie waren es, solange es sich um ersten, ternahme nadenartigen wandernde Kolonien handelte, wie sie seiner Zeit Autran angeworben hatte. Wenn diese aber festen Fuß gefast hatten, wie viele Mißstände ergaben sich dann aus der Trennung von den Bürgern der neuen Heimat! Die Regierung wollte den Unterschied bald verwischen, die Arbeiter

sahen nur wenig später hierin ebenfalls ihren Vorteil, nur die Bürgerschaft selber wehrte sich hartnäckig gegen die unliebsame Erweiterung. Unüberwindlich schien das Mißtrauen, das diese Bevölkerung, die sich seit Jahrhunderten in gleichmäßig abgemessenen Bahnen bewegte, gegen den Eindringling empfand; und selbst die Stralserjugend gab ihm Ausdruck im lustigen Liedchen, das die Flöckertochter warnte, ins Goldschmiedshaus zu heiraten, denn die Herrlichkeit werde nicht von langer Dauer sein.

Selbst der Stadtrat verwendete sich nur aus dieser selbstsüchtigen Gesinnung für die Zollfreiheit der Arbeiter, „denn“, so erörterte er, „es ist ein Vorzug, daß sie alles, was sie hier verdienen, auch hier wieder durchbringen“. Ihr Gewinn käme doch in erster Linie den Kaufleuten und Handwerkern von Pforzheim zu gute, und durch diese auch wieder dem Staate. Die Verschwendung namentlich der französischen Frauen — bis auf den heutigen Tag ist die Pariser Haube der Frau L'Autrque in Pforzheim sprichwörtlich geblieben — erschien den eigentlichen Pforzheimern viel günstiger, als daß sie nach Italiener Art gespart hätten, um zuletzt mit einem hübschen Summchen in die Heimat zurückzukehren.

Besser begründet war die Sorge, die bis in jüngste Zeit der Stadtverwaltung mancherlei zu schaffen gemacht hat: wie es mit der Armenunterstützung so vieler zustromenden Fremden zu halten sei, deren Mehrzahl eben doch von der Hand in den Mund lebte? Nicht als ob man wirklich die Lösung dieser schwierigen Aufgabe in die Hand genommen hätte — man hielt sie einfach von sich fern. Nur zur Unterstützung ihrer Bürger war die Stadt verpflichtet, und wenn auswärtige Goldarbeiter einzogen, so konnten sie zwar leicht die Heirats Erlaubnis erlangen, mußten dabei aber ausdrücklich auf das Bürgerrecht und auf alle Armenunterstützung im voraus verzichten. In Notheiten erschien diese Abstinenzpolitik sogar als besondere Weisheit. Selbst da, wo die fremden Fabrikanten nicht Bürger geworden waren und dem Gemeindeleben fernstanden, schätzte der keinbürgerliche Geist als Vorteil. Erst im Jahre 1814, als sich der bekannte Mechaniker Oehle, der sich schon zwanzig Jahre ohne Bürgerrecht in Pforzheim aufgehalten hatte, etablierte, erzielte der Stadtrat die Forderung, daß er, und in Zukunft jeder Fabrikant, auch Bürger werden müsse.

Eine andere Rücksicht nach bestimmte den Stadtrat, dem sich das Oberamt, außer in der Zeit Baumgartners, fast immer angeschlossen, zu seiner feindsüchtigen Haltung gegen die fremden Arbeiter. Zur Beschäftigung der Waisenkinder war diese ganze Industrie ursprünglich eingekehrt; und allen blieb es eine ungemachte Sache, daß es als ein Hauptvorteil der

Bijouteriefabrikation zu betrachten sei, daß sie den Kindern der armen Bürger, welche nicht einmal die Kosten einer Handwerkslehrezeit aufbringen konnten, Nahrung verschaffe. An diesem Vorteil, der ihr einen guten Theil ihrer Armentlast abnahm, wollte die Bürgerschaft möglichst wenig Auswärtige theilnehmen lassen. Wie weit entfernt von den einfachsten Grundsätzen der wirtschaftlichen Selbstbestimmung eines Volkes waren doch damals selbst aufgeklärte Regierungen! Noch im Jahr 1807 — es waren die Tage, da in Preußen der kalte Geist und die eiserne Hand des Freiherrn von Stein endlich alle künstlichen Schranken zwischen den Ständen zerbrach — erlangten die Pforzheimer Behörden von der Regierung ein Reskript des Inhalts: „Allerdings seien die Söhne der Landleute zunächst auch wiederum zum Bauernstand bestimmt, und ihre Konkurrenz in Gewerben sei dem Bürgerstande sehr hinderlich. Auch vermüte man, daß der Übergang von Bauerntöchter aus der Gegend um Pforzheim zur Bijouteriearbeit nur den Zweck habe, sich vom Militärdienst loszumachen, und deshalb solle den sämtlichen Fabrikanten auferlegt werden, daß sie keinen Landmannssohn mehr in die Lehre annehmen dürfen, der nicht vorher die Erlaubnis zur Erlernung ihrer Kunst in Karlsruhe ausgewirkt habe, wo alsdann auch den eintretenden Umständen das Gesuch bewilligt oder abgeschlagen werden konnte.“

Die „Umstände“ waren mächtiger als solche kleine Ver-
 zorge-Maßregeln. Jedemal, daß die Pforzheimer Industrie einen großen Aufschwung nahm, suchte sie die billigen Arbeitskräfte der dichtbevölkerten Umgegend heranzuziehen; in den vierziger Jahren hatte sich der Umkreis, aus dem ihr jugendliche Arbeitskräfte zugesandt wurden, schon bis Buhl und Achern ausgedehnt. Die Ausbildung des Eisenbahntechnikers hat dann den halb ländlichen Charakter der Pforzheimer Arbeiterschaft dauernd entzerrt; und heute sieht wohl jeder Mann eben in dieser früher bekämpften Thatsache einer der günstigsten Umstände.

Was eigentlich die Bauern so annehmend anzog, ihre Kinder den Fabriken zu übergeben, das lag ganz klar zu Tage. Es war keineswegs die Furcht vor dem Militärdienst, sondern einfach die Thatsache, daß sie dieselben hier mühe- und kostenlos unterbringen konnten. Während die Politik der Handwerker noch immer darauf hinauszielt, den Kreis, aus dem sie ihren Nachwuchs ergänzen, auf sich selber einzuschränken, während bei ihnen die Lehrzeit noch immer ausschließlich vorzuziehen wurde, bekam der Fabriklehrling von Anfang an einen wenn auch geringen Lohn; er sah nach einigen Jahren, die nicht länger als die Handwerkslehrezeit dauerten, denselben sich erhöhen, je nach der Geschicklichkeit, die er sich erworben hatte, und es schwebte ihm — war er zur

sonst ehrgierig und begabt — das Ziel vor Augen, das nach Bauartarters für jene Zeit zutreffender Bemerkung der Lebensnotwendigkeit des Fabrikwesens ist: die Möglichkeit, ohne alle Hülfsleistung sich selbständig zu machen.

Das sind in Deutschland trotz alles Privilegiennwesens geradezu wie in England die treibenden Mächte der Industrie gewesen, wiewohl ihr trotz alles Widerstrebens immer mehr Boden im Volke verschafft haben: der Lehrlingslohn, der Stücklohn, der Wegfall der Zunftschranke. In Pforzheim gab der Fabrikant aus Jahr 1800 den Lehrlingen während der drei bis vierjährigen Lehrzeit ein wöchentliches Kostgeld von 1 Gulden bis 1 Gulden 12 Kreuzer, am Ende der Zeit kam ein sogenanntes Trinkgeld hinzu, und da in jenen Zeiten die Arbeitszeit nicht sehr streng bemessen war, konnte im letzten Jahre der Bursche auch Arbeit in den Freistunden, die ihm wie dem angelehrten Arbeiter vergütet wurde, anbringen. Die Lebensgewohnheiten waren sehr einfach, wurden doch, sobald das Obst reifte, alle Koststische gekündigt, weil sich der Lehrling dann ausschließlich an Apfel und Zwetschgen hielt, es wird so oft und von so glaubwürdiger Seite versichert, daß die Burschen von diesem Lohn, der sich auch nach den Befreiungskriegen nicht änderte, noch ihren Eltern freiwillig etwas zukommen ließen, daß wir den wohl Gläubigern schenken müssen.

Aber auch mannigfaltige Schwierigkeiten erwachsen aus diesem immerhin leidlichen Zustande. Es handelte sich um wirkliche Lehrlinge, welche die verwickelte Technik einer Kunst, in der es auf die äußerste Genauigkeit ankam, zu erlernen hatten; es mußte deshalb auch ein mehrjähriger Lehrvertrag geschlossen werden. Die Sorge, daß die Arbeitsteilung, der Pforzheims Industrie ihre Leistungsfähigkeit verdankte, die vollständige Ausbildung des eigentlichen Bauschafters verhindere, war nicht so groß, als sie scheinen möchte, da die Natur der Fabrikation ein Aufsteigen zu immer feinerer Arbeit mit sich brachte. Viel wichtiger war ein anderer Umstand: der Handwerkslehrling lernte, um Meister zu werden, der Fabriklehrling mit geringen Ausnahmen, um Arbeiter zu bleiben. Sein Meister war demnach auch gar nicht der Fabrikant — höchstens in kleinen Kabinetten war dies der Fall —, sondern ein alterer Arbeiter. Kein reelles persönliches Band knüpfte der Lehrling zu seinem Brotherrn; seiner sozialen Stellung nach war er nur ein, gesetzlicher Arbeiter, der außerhalb der Arbeitsstunden leben mußte, wie er unterkam, was er trieb. Es ist kein Wunder, daß in demselben Maße, wie in Pforzheim die Klagen über die eigentlichen Arbeiter verstanen, die über die Lehrlinge wuchsen. Die Besserung ihrer Zustände ist das Werk einer späteren Zeit, ermöglicht durch das Zusammenwirken des Oberbürgermeisters Zerrnner,

des Oberamtmanns Fecht und einer Reihe einsichtiger und wohlwollender Fabrikanten.

Schon anfangs konnte ein scharfes Auge sehr wohl wahrnehmen, daß der wohlverstandene Vertheil der Industriellen selber eine sittliche und geistige Hebung der Lehrlingschaft erfordere. Es war keine übermäßige Forderung, daß der Lehrling im letzten Lehrjahr den Vorschufs, der ihm thatsächlich in den ersten Jahren geworden war, abverdiente, aber wo jedes sittliche Band fehlte, erschien diese Verpflichtung oft genug nur als Last. Die Versuchung, ihrer ledig zu werden, lag nur zu nahe. Auch in der Reichstadt Schwäbisch-Gemünd war eine Bijouterieindustrie emporgewachsen, aber sie genoss keines besonders guten Rufes in Deutschland. So bekannt war die Unzuverlässigkeit ihrer Waren, daß Goethe ohne weiteres, um allen falschen und erschlichenen literarischen Rumm mit einem treffenden Bilde zu kennzeichnen, in den Xenien sagte:

„Ist du Gemündisches Silber, so fürchte den schwarzen Probierstein.“

Lehrlinge zogen die Gemündler wenig, aber auch teure Arbeitskräfte konnten sie für ihre minderwertige Ware nicht bezahlen; so suchten sie denn diese Last auf ihre benachbarte Pforzheimer Industrie abzuwälzen. In manchen Zeiten wurde das Ausreißen nach Schwäbisch-Gemünd geradezu epidenisch. Man behauptete in Pforzheim, die jungen Leute würden in Gemünd absichtlich zu Ausschweifungen veranlaßt, um sie anzulecken. Das ist gewiß übertrieben; aber welcher Geist aus der Ier Ausschweifung konnte in einer so zusammenge-setzten Arbeiterschaft walten? Man wünschte im Jahre 1805 in Pforzheim rigorose Vorkehrungen: die Lehrlinge sollten in Anwesenheit des Geistlichen beim Antritt der Lehre mit einem körperlichen Eide verpflichtet werden und zugleich — eine schöne Zusammenstellung! — sollte ihnen Kontrakt und des Vermögens und mehrjährige Zuchtstrafe angekündigt werden, wenn sie ohne Erlaubnis die fürstlichen Lande verließen.

Eine Regierung, die rastlos der völligen Freizügigkeit Bahn gebrochen und eben damals an dem Gesetzbuch arbeitete, das die Rechtsgleichheit durchführen sollte, konnte solchen Forderungen natürlich nicht nachgeben. Sehr verständlich entschied das Ministerium. „Wenn Kontraktbrüche konnte es allmählich auf abwechselnde Umstände an, welche die Strafbarkeit bestimmen, darum sei die Erlassung bestimmter Gesetze gegen denselben ebenso unzulänglich als zweckverfehrend. Es sei deshalb fortan den Jungen bei der Annahme nur unthunlich mitzuteilen, daß im Falle beschlenen Verlassens das Lehrherrn gegen sie sogar krimonell vorgegangen werden dürfte.“

Ein anderes Bedenken, das bei starker Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern leicht entsteht: die Zurückdrängung ausgebildeter Arbeiter, war in Pforzheim nicht zu erheben nötig; denn dem Blechmetallfabrikanten kommt alles darauf an, daß der Arbeiter sparsam mit dem Geld umgehe und Sicherheit bis in die Fingerspitzen habe, was sich doch nur allmählich lernt. Nur einmal ist eine Verordnung erfolgt am 9. Oktober 1811, daß kein Fabrikant mehr Lehrlinge halten durfte, als er Gesellen hält; aber dies geschah in der äußersten Noth, als man möglichst viele Arbeiter entließ, während man die Lehrlinge außer beim Fallssement einfach nicht entlassen durfte.

Eine wirkliche Klage über die Pforzheimer Arbeiter wird in diesem ganzen Zeitraum nicht laut, seitdem erst einmal die Franzosen ganz verschwunden sind. Zwar hat sich in diesen Mauern vielleicht der erste Fabrikstrike abgespielt, aber gerade die Vorgänge bei diesem sind charakteristisch. Wieder war es Schwabach-Gemünd, das den Anlaß gab. Einige Arbeiter waren im Jahre 1804 in den verzogen, ohne ihre Schulden zuvor zu begleichen, ein Fall, der in der ersten Periode der Fabriken sehr oft vorgekommen war. Der Oberamtmann, noch neu in seinen Amte, fand ein Reskript, das erst in den ersten Jahren der herrschaftlichen Fabrik erlassen war, um den zuchtlosen Fremden wenigstens zu drohen; denn zur Anwendung war es nie gekommen. Hiernach sollte jeder Geldarbeiter, der mit Schulden aus Pforzheim gehe, als ein gemeiner Dieb betrachtet, ein sofortiger Verhaftsbefehl hinter ihm her erlassen werden, und falls man selber selbst nicht habhaft würde, sollte sein Name vom Scharfrichter an den Galgen geschlagen werden mit allen Folgen der Unehrenbarkeit. Der Oberamtmann hielt dies für ein noch rechtsgültiges Gesetz, schüttelte es von neuem ein und wollte es sogar auf alle Fabrikarbeiter, auch die in den Eisen-, Tuch-, Knapf- und Schnallenfabriken beschäftigten, ausdehnen.

Als sich die Arbeiter in solcher Weise außerhalb des gemeinen Rechts gestellt sahen, erfasste sie eine bisher unbekannte Aufregung. Sie traten sofort ausnahmslos zusammen, wählten eine „Kommission“ und beschlossen die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis das fatale Reskript widerrufen sei. Zugleich aber sandten sie eine sehr genügsame Bittschrift nach Karlsruhe: „Diese Androhungen“, so setzten sie ausnahmslos, „müßten nicht gewesen sein, zur Zeit als einige mit großen Opfern aus England und Frankreich gebrachte Arbeiter mit ihren Lehrlingen, wenn solche verstanden oder „gebrut“ gehalt, unter Hinterlassung von Schulden auf und davon gegangen seien; dies sei aber bei den jetzigen Blechmetallfabriken, wo der größte Teil Italiener sind, nicht mehr zu befürchten. Freilich könne sich unter so vielen

Arbeitern jener Fall ereignen, wie in allen anderen Ständen auch"; — „nur hoffen wir“, so schlossen sie, „dals Hunderte nicht wegen eines einzigen durch Androhung einer entehrenden Strafe vor dem Publico herabgewürdigt werden und das gute Einvernehmen zwischen Bürgern und Fabrikanten nicht gestört werden möchte.“

In Karlsruhe war anfangs die Entrüstung über diese „Verschwörung gegen wohlgegründete Gesetze“ groß, aber die Zwangsmittel, die man gegen sie in Anwendung brachte, waren sehr gelinde. Man antwortete nämlich: „Diejenigen, welche ferner nicht arbeiten und sich damit jenen schlechten Leuten, auf welche das Gesetz gegeben sei, zugesellen wollten, werde man zwar ihrem Eigennutze überlassen, aber auch als solche Personen, die aller Achtung und alles Vertrauens unwürdig seien, in den öffentlichen Blättern namhaft machen lassen.“

Die Androhung des Strafvollzugs durch die Zeitung machte aber wenig Eindruck, hingegen sandten die Arbeiter eine neue wiederum sehr bescheidene Vorstellung; die Arbeitseinstellung aber hielten sie anrecht. Nun erst betrachtete man auch genauer die verhängnisvolle Verordnung, um zu erkennen, daß sie nur für die Quincailfabrik und auch da nur für die laufende Privilegienzeit Antrags gegeben sei. Das Oberamt erhielt die Meinung: „Man möge die Arbeiter durch zweckdienlichen Zuspruch bestuflagen, indem sonst, so ungern es auch geschene, nichts anderes übrig bleiben würde als die Verordnung zurückzunehmen.“ Da die Arbeiter für die Zukunft gesichert sein wollten, trufte man denn auch diesen letzten Weg vorzuschlagen. Das Ansehen der Regierung hat aber keineswegs dadurch Schaden gelitten, daß man einen Fehler, den man gemacht, ohne Rückhalt eingestand.

Was und wie ward nun unter den hier geschilderten Verhältnissen der Arbeit und des Absatzes produziert? Mancherlei hat sich aus dem vorigen Jahrhundert erhalten, was sich mit Sicherheit auf Plätzheimer Firmen zurückführen läßt: Bruchts, Anhänger und Dosen, das Prachtstück der Toilette damaliger Zeit. Sie zeigen ungewöhnlichen Feins und Sauberkeit. Immer aber sind solche Arbeiten die Ausnahme gewesen, sie sind nur auf Bestellung gemacht worden: für gewöhnlich wurden in dieser ersten Blüthezeit Porzellens nur kleinere Artikel für den großen Absatz gefertigt: Uhr- und Halsketten, Ringe, Ohrringe, Schmaler, Portemonnaies, hochstens Berloques und Medallions. Fast ausschließlich wurde Dukatergold verarbeitet, nur wenn es bei dauernd ungünstigen Wechselkurs schwer zu erlangen war, schaffte man Lagersilber an. Im Jahre 1802 schätzte man das jährlich verarbeitete Gold auf 300000 Gulden.

Der Goldhandel liefs sehr vie. zu wünschen übrig. Er wurde in Verbindung mit Lombardgeschäften ausschliesslich von Juden betrieben, und diese widerstanden gewöhnlich der Versuchung nicht, den Fabrikanten, sobald er in Bedrängung geriet, wucherisch auszubeuten. Fast immer, wenn eine Firma in Zerfall geriet, rührte es daher, dass sie das Geld, welches sie auf Kredit entnommen, sich um mehrere Karat zu hoch hatte anrechnen lassen musste. War sie dann so tief verschuldet, dass sie froh war, überhaupt noch einen Vorschuss zu erhalten, so geriet sie in eine sklavische Abhängigkeit; der Jude escherte ihr die Fagon aufs niedrigste an, so dass der Fabrikant nur noch von seinen Schallien lebte, dann gab er freilich auch seine Ware zu Schinderlpreisen, um die unabhängigen Firmen vom Markte zu verdrängen. Die schlimmste aller Gefahren für die Industrie, die völlige Abhängigkeit des Fabrikanten vom Grossisten, schien unabwendbar. Dann petitionierten wohl die Fabrikanten einmal (im Jahre 1784) man möge den Juden allen Handel mit Bijouterieen und ebenso allen Goldverkauf verbieten, nur den unentbehrlichen Lombard möge man ihnen lassen, — als ob dieser nicht jene anderen Folgen mit sich geführt hätte. Als man aber daran dachte, nach französischer Weise von Staats wegen den Controleur selber mit Goldhandel und Lombard zu beauftragen, erweckte dieser Vorschlag die Eifersucht und das Misstrauen der Fabrikanten noch viel mehr.

Diese Klagen wurden am lautesten in der ersten Zeit des Gewerbes. Die grösste Krisis von 1789, die so vielen unsicheren Existenzen ein jähes Ende bereitete, erwies sich auch hierin als sehr heilsam. Es hatte sich wieder einmal gezeigt, dass die Schmarotzerpflanze des Wuchers gerade wie der Schimmel, nur die bereits angefaulten Existenzen zerstört. Begrüßlich aber ist es, dass sich die gesamte Bevölkerung Pforzhemens zehn Jahre später so eifrig gegen die Zulassung von Juden zum Gewerbe verwahrte. Eine andere Frage, da des Fingehaltcs der Ware, ward dagegen von Tag zu Tag wichtiger, so dass sie und die Konzessionsfrage als die beiden Angelpunkte der Geschichte der Goldarbeiterei anzusehen sind.

Die herrschaftliche Fabrik hatte ihrer Zeit erklärt: sie hänge in ihren Geschäften ganz von Gold ab, und müsse deshalb den Fingehalt von achtzehn Karat, wie dort üblich, innehalten, für sie ward deshalb eine Ausnahme gemacht, während für die übrigen Goldarbeiter des Landes zwanzig Karat festgesetzt wurden. Da es aber im ganzen Lande nur noch zwei oder höchstens drei Goldschmiede gab, so hatte die Ausnahme mehr zu bedeuten als die Regel. Als nun die Fabrik 1776 in Aders Hand übergegangen war und neben ihm die Kalmetzmeister selbständig geworden waren, erklärte

Ador vor Edelsheim die staatliche Kontrolle für unentbehrlich. Sie sei der Punkt, auf dem der ganze Kredit der Zukunft beruhe; sie sei das notwendige Gegengewicht zu der nun zugestandenen Freiheit; ohne sie werde nicht als ein Arbeiter in Verarbeitung minderwertigen Geldes Gewinn suchen, was im Handel den Ruf der guten Ware herabdrücken müsse. Die Kontrolle ward demnach allgemein auf dem Genfer Fuß eingerichtet und einem sehr tüchtigen, sachverständigen Manne, Vierordt, übertragen. Er kam den Fabrikanten auf jede mögliche Weise entgegen, ermäßigte freiwillig die vom Staate zu hoch angesetzten Gebühren; aber er wahrte rücksichtslos das Gesetz. Seiner oft angefeindeten Thätigkeit ist es vor allem zu danken, daß Pforzheim nicht von Anfang an auf die Abwege von Schwäbisch-Gemünd geriet. Jedoch ebenso stellte sich heraus, daß man in Pforzheim nicht mit einem obligatorischen einheitlichen Fuß auskomme; denn man war gar nicht in der Lage, selber den Markt zu bestimmen, man mußte sich vielmehr jeder Eigentümlichkeit desselben anpassen suchen. Die Fabrik Aders, die nur ein Glied in der Reihe der von Genf abhängigen Etablissements war, konnte sich auch nach Genfer Weise halten, aber selbst sie sah sich bald genötigt Berloques und Medallions zu vierzehn Karat herzustellen, die kleinen Kabinette, die anfangs nur in Deutschland ihren Absatz fanden, konnten entsprechend der deutschen Mittellosigkeit in keinem Falle über vierzehn Karat gehen. Und die Änderung war um so weniger bedenklich, als auch das anerkannt solide Haus es ebenso hielt. Demnach ward zunächst (1778) für Uhrketten und Berloques, bald darauf (1780) auch für alle anderen Artikel neben dem achtzehner Karatfuß auch der von vierzehn erlaubt.

Wie nun aber die Pforzheimer Industrie ihre Lebensfasern in aller Welt verstreut hat, so haben auch die großen Weltereignisse jederzeit auf sie einen bestimmenden Einfluß geübt. Der Revolution ging in Frankreich ein Zustand völliger Auflösung zuvor. Während der Luxus aufs höchste stieg, lösten sich alle Bande der antiken Staatsordnung; jedermann erwartete demnach den Zerfall, nur nicht die, welche an der Spitze standen. Nirgends war bisher die Kontrolle über die eingehenden Goldwaren strenger geübt worden als in Frankreich; der französische Luxus galt noch von Colberts Zeiten her für gerade so gedugen wie heute der ergauchte Komfort; jetzt dagegen fand man überall „gut-herzige Contrôleurs“, die gegen eine angemessene Erkenntlichkeit vierzehnkarätiges Gold mit dem französischen Stempel 18 vermaßen. In solchem Falle war aber die ehrliche badische Mark 14 ein Hindernis.

Nicht als ob die Pforzheimer Fabrikanten selber betrogen

hätten, sie bedienten ihre Kunden, die französischen Bijouteriehändler, ganz reell, und wenn diese guten Zahler ihrerseits bezogen — was ging sie schließlich die Tugend der Franzosen an? Sie wiesen aus Ihren Journalen nach, daß nur Bestellungen auf ungestempelte Ware bei ihnen einliefen und warum sollte der Staat sie am Vordringen hindern? Der Antrag lautete: man möge es doch mit ihnen und ihren Arbeitern halten wie in Genf, dem vielbewunderten, sie verpflichten und ihnen dann die Kontrolle erlassen. Der badsche Staat konnte sich aber mit Fug und Recht nicht entschließen, auch nur und rekt einen Betrug zu begünstigen, und auch den Vergleich mit Genf erkannte man in seiner Schwäche: „Denn dort handle es sich um eine beinahe kastenmäßig abgeschlossene Fabrikantenschaft, kein Fremder werde angenommen, alle diese Bürger haben in fest geregelter Weise ihr Metier ererbt, sie sind Mitregenten ihres Staatwesens, und der Eid hat in dieser calvinistischen Demokratie eine ganz besondere religiös-politische Bedeutung. Alle sind darauf bedacht, der Familie ihr bürgerliches Ansehen, Kindern und Kundenkindern ihren Kredit zu erhalten. Und doch sei auch dort schließlich die Visitation eingeführt und es stiehe schwere Leib- und Lebensstrafe darauf, wenn jemand überweisen werde, daß er sich im Golde versehen habe.“ Was hatte die Wanderkolonie Pforzheim mit einer solchen Gemeindegovernance gemeint!

Statt der Befreiung von der Kontrolle erhielten also die Fabrikanten nur das weitere Recht auch noch zu sechzehn Karat arbeiten zu lassen. Jetzt bestellten die französischen Händler massenhaft doublierte Ware, deren Technik, Schlagen und Aufpressen eines Goldblättchens, in Pforzheim vollkommen ausgebildet war: der Vermerk, der sich nur auf die Dicke bezog, mußte ihnen dienen, die Ware für echt auszugeben. Auch hier haute die Regierung vor, zu verlangen (1784) auf Verordnungs-Vorstellung die Bezeichnung durch ein D, aber diese Anordnung kam nie zu wirklicher Geltung. Denn 1785 starb der Controleur, und da die Witwe die damals übliche Art der Pensionierung, die Verheiratung mit dem Nachfolger, ausschlug, so überließ man ihr das bisherige Amt ihres Mannes. Sie verstand ihre Sache gut und war durchaus ehrlich, aber sie war eine Frau abhängig, nicht besonders mutig und ohne alle Autorität bei den Fabrikanten. Sofort verstummten alle Klagen derselben, aber die Kontrolle war auch aus einer obligatorischen eine fakultative geworden, statt einer Staatsaufsicht eine Staatsunterstützung, von der dann freilich viel Gebrauch gemacht ward. Ein Glück, daß in eben jener Zeit die Pforzheimer Industrie aus anderen Gründen innerlich gesünder wurde.

Unterdessen hatten sich aber auch die Weltverhältnisse von Grund aus geändert. Kaum war die Schreckenszeit vorüber, so erholte sich die gekümmerte Welt in einem Rausche der Verschwendung, wie er noch nie erhört worden war. Die Tage der *jeunesse dorée* boten für die Goldarbeiterei in der That die günstigste Konjunktur. Aber so hohl wie diese Menschen war auch ihr Luxus; mehr als je stieg der Begehr nach geringhaltiger, nach doublierter, ja nach noch schlechterer, gestampfter und mit Blei gefüllter Ware. Der Fabrikant mußte wohl oder übel mit dem Strome schwimmen. Die Kontrollbestimmungen waren nie gedruckt worden; was Wunder, daß sie schon 1795 auch niemand mehr kannte. Damals wollte man sie von neuem regeln und sammelte deshalb Gutachten bei den Amteuten ein. Von diesen war Sachkenntnis freilich nicht zu erwarten, und einer von ihnen meinte: die Anfrage sei überhaupt überflüssig, denn es bestünden ja die von den Kaisern Ferdinand I und Maximilian II erlassenen Ordnungen im heiligen Reiche zu Recht. Ein kluger Mann aber meinte: unter den gegenwärtigen Umständen könnte Baden ebensowohl den Wechselkurs zwischen Frankfurt und Amsterdam als die Mode in den Bijouterien bestimmen. In der That, die Frage entzog sich damals der Gesetzgebung.

Auch eine beschränkende Bestimmung über Verwendung von Schlaglot war vor alters gegeben worden, ohne daß sich jemand um sie bekümmerte. Als aber im Jahre 1805 eine nachsichtige Denunciation gegen einen kleinen Fabrikanten, Casanova, erfolgte, glaubte man wieder einmal ein Exempel aufstellen zu müssen und bestrafte ihn mit Gefängnis. Hinterher stellte sich freilich heraus, daß der zum hundertfachen Erkorene trotz Schlaglotes das *crimen delicti* eher zu billig als zu teuer verkauft hatte. Bei den Großindustriellen aber erregte der Fall begrifflicherweise peinliche Gefühle und sie verfaßten eine ausführliche Denkschrift über die Frage. Die technischen Ausführungen darüber, bei welchen Arbeiten man das verbotene Schlaglot oder gar Zinn nicht entbehren könne, mag dahingewillt werden; interessanter als sie sind die Erfahrungen, weshalb gedörrte und gestampfte Ware nicht mehr zu verkaufen sei. Es heißt hier: „Es kommt bei solchen Artikeln zugewandt und fast allein auf den wohlfeilen Preis an, wenn man sie verkaufen will.“ Das Publikum ist nun einmal dumm: es glaubt, daß es einen gewissen Nutzen etwas über den Preis kauft. Dergleichen Absichten, die nur auf Schaden führen, sind es weniger, daß man solche zu dem größten Teile der hier behandelten Artikel beifügen kann. Im Bewußtsein dieser Verhältnisse werden die zu verkaufenden Waren, welche fast gar keinen inneren Wert haben, oft dennoch in ungeheurer

Menge verkauft werden als unsere vierstückerartigen Waren, und zwar an Personen, welche ihr Stand und Vermögen berechtigt, alle Schmucksaachen massiv und echt zu tragen. Solche Sachen werden aber auch nicht als Bijouterie, sondern als bloße Galanterie betrachtet. Man will die Mode nachmachen, und da diese sich leider alle Vierteljahre ändert, so kauft jeder lieber das Wohlfeile, um bei der Änderung nicht soviel zu verlieren oder vielmehr mit geringem Kostenaufwand mit der Mode Schritte zu halten." Sie versichern, daß sie völlig reell verfahren, in jeder Rechnung den Gehalt des Goldes und das Gewicht beisetzen, ihre Preise nur nach dem Goldgewicht und dem Arbeitslohn regulierten. Wenn gestampfte Ware in Frankreich nach dem Gewicht verkauft werde, so würde eben die Façon entsprechend niedriger ansehnlicher.

Bei einer solchen Lage der Dinge war auch für den Käufer das Kontrollzeichen Nebensache geworden und die Kontrolle hatte nicht mehr den Wert wie früher die Absicht des Betrügers zu vereiteln. Hiervon ausgehend gelangen die Fabrikanten zu Sätzen, von denen man wohl sagen kann, daß sie ganze weitere Entwicklung der Elzshöfener Industrie in ihrer Vorgezeichnet sei: „Es ist zur Empfehlung eines Stückes Ware nicht hinlänglich, daß das Kontrollzeichen den Gehalt des Goldes garantiert, es kommt sehr darauf an, wie es verfertigt worden ist, und ob dieses auf die möglichst wechsteile Art geschehen, damit man durch möglichst niedrigen Preis den geschwinden Verkauf und stärkeren Absatz erzielen kann. Dieses »Wie?« aber ist eben das, wo, worinnen die Kunst und die Geschicklichkeit eines Fabrikmeisters besteht, auf diesem »Wie?« beruht das Wohl und der gute Fortgang der Fabriken. Dieses muß bei der un-
 authorlichen Veränderung, welcher unsere Waren unterworfen sind, ebenfalls beständig verändert werden; wer dieses zu Haus und in seiner Fabrik wohl versteht und besorgt, der kann sich von seinen Beziehungen, im Ausland Absatz für seine Fabrikate zu suchen, einen guten Erfolg versprechen, und wenn dieser hauptsächlich im Etalissement durch Verordnungen Fesseln angelegt werden, so ist denn alle unsere Mühe hier und im Ausland vergebens. Ein bestimmtes Gesetz darüber läßt sich in der gegenwärtigen Zeit bei dieser Gattung von Waren nicht denken, da wir selbst heute nicht wissen, was die ewig veränderliche Mode uns morgen für einen neuen Artikel bringt.“

„Es ist wahrlich nicht die Kontrolle allein, welche die hiesigen Bijouteriefabriken auf ihren gegenwärtigen Fler gebracht hat. Es ist größtentheils der Eifer und das Bestreben der Fabrikanten, ihre Fabrikate immer mehr zu vervollkommen, stets mit dem Geiste der Zeit gleichen

Schritt zu halten, der Mode und dem herrschenden Geschmack überall zu folgen und sich in ihrem Handel diejenige Treue und Redlichkeit zum Gesetz zu machen, ohne welche kein Handel bestehen kann und von selbst zu Grunde geht."

Die Regierung eignete sich jene Gründe an, und tatsächlich war die Kontrolle schon lange nur fakultativ, ehe sie es jetzt auch von Rechtswegen ward. Unter diesen Bedingungen entwickelte sich die Fabrikation weiterhin, bis wiederum im Gefolge grosser Weltereignisse, der Aufrichtung des Deutschen Reichs, eine neue Ordnung des Feingehalts Platz griff, mit der die Pforzheimer Industrie, wenn sie ihr auch widerstrebte, sich so rasch wie mit jeder andern auf dem weiten Erdenrund auftauchenden Bedingung einzurichten gewußt hat.

Es ist nur ein Bruchstück der Pforzheimer Industriegeschichte, das ich hier beschrieben habe; was nach dem Jahre 1815 liegt, ist noch besser aus den Erzählungen der Mitlebenden als aus den Akten der Archive und Registraturen zu ermitteln. Es würde eine Geschichte sein, reicher an Ereignissen, an kühnen Versuchen, auch an grossen Krisen als die, welche wir bisher kennen gelernt. Nicht mit einem Male wird eine Kleinstadt zum Welthandelsplatze. Industrie und Großhandel haben das miteinander gemeinsam, daß es für sie nie einen Rasttag giebt, daß sie gespannten Auges immer den Wechsel der Weltverhältnisse verfolgen müssen, während Ackerbau und Handwerk oft durch Generationen in denselben Geleisen bleiben. Das bringt aber auch mit sich, daß immer neue Probleme erwachsen, die gebieterisch nach einer Lösung verlangen. Wie viele haben wir nicht schon in jener ersten Epoche des Pforzheimer Kunstgewerbes kennen gelernt, und wie sehr hat sich ihre Zahl seitdem vermehrt! Die Industriegeschichte des 19. Jahrhunderts gäbe uns dann aber doch ein weit erfreulicheres Bild als die des achtzehnten. Was wir in jener nur zu oft vermissen, das würden wir in dieser finden: das verständnisvolle Zusammenwirken der Behörde, der städtischen Selbstverwaltung und der einsichtigen Fabrikanten.

Was die Industrie dem deutschen Bürgertum, dem deutschen Volke ist, dafür bietet Pforzheim ein glänzendes Beispiel. Das fremde, vom Zufall hergewogene Samenkorn faßte erst Wurzel, als es die Kräfte des heimischen Bürgertums anzuziehen vermochte. Die junge Pflanze erstarrte, als man aufhörte, jedes Blättchen, das es trug, sorgfältig vor dem Abfallen zu schützen, als man ihr Freiheit des

Wachstums gönnte. Sie ward zum mächtigen Baum, als sie ihre Zweige ausbreitete über die Weltmeere nach fremden Kontinenten. Denn das ist auch die Zukunft des deutschen Bürgertums, dessen Vergangenheit wir in flüchtigen Bildern haben an uns vortübergehen lassen: seine Söhne im Geiste fest an die Heimat zu binden durch Liebe und Interesse, sie zugleich aber hinauszusenden in alle Welt, um Zeugnis abzulegen für die Ehre der deutschen Arbeit und ihr mit den Waffen des Friedens immer neue Gebiete zu erobern.

Beilage.

Schulmeisters Ordnung zu Pforzheim (um 1500).

Aus dem großen Stadtbuch von Pforzheim.

Ein jeder Schulmeister soll fñrohin alle Jahr zu an-
gehendem neuen Jahr, so man Burgermeister, Gericht und
Rath gesetzet hat, sie umb die Schuel bitten, damit ihm jeder
Zeit Mangel und Gebrochen sein oder der Schueler ob einiger
vorhanden wære, desto fñglicher untersagt werden möge.

item Ein jeder Schuelmeister soll fñrohin allweg die Schuel
mit Oefen, Fenstern und anderer Zimlichkeit im Baw halten
aufgenommen ehaft nothwendig Baw, so er abstehen wird soll
er der Statt wider ùberantworten in Ehren und Wesen, wie
er die zu seinem Eingang empfangen und gefunden hat.

item alle frembde Schuler ùber vierzehn jähig sollen
dem Schuelmeister globen meinem gnädigen Herrn und der
Statt treu und hold zu seyn, ihren Frommen schaffen und
Schaden warnen, und ohne Urlaub des Schulmeisters, dem sie
samt seinen Helffern in allen zimlichen Dingen gehorsam sein
sollen, nicht hinweg zu ziehen, und weis sich der Zeit sie in
Pfortzheim seynd, gegen den Innhabern begeben inne Klag
oder Antwort weise, dasselb vor meinem gnädigen Herrn
Marggrafen oder zu Pf. rechtlich Auftragen zu nehmen oder
zu geben.

item ob in künftiger Zeit aufwendig sterbend Läu-
fñwürden, so soll er von den sterbenden Orten keinen auf-
nehmen sondern sie auch deshalb bei ihren Treuen und anderen
Erforschungen erkunden und handeln, damit die Frembden
desto weniger Sterben bringen.

item ob so merkhlicher Zulauff der Schuehler wñrde, soll
er die Landschrecken die allein an dem Gñte und Bettel hangen
nicht annehmen oder die nach seiner Erfahrung zu ausgehen-

der Frohnfasten litenerien, damit man nicht beschweret werde, oder die Armen teilen wie viel sie zu jeder Zeit und nicht mehr sammeln sollen, welcher alsdann für sich selbst etwas zu legen hat, mag er auch als als vor statt (nicht?) laufen lassen.

Schulmeisters Belohnung.

Ein jeglicher fremd herkommender Schüler der vormalis zu Pfortsheim nicht visitirt hat, soll dem Schuelmeister zu seinem eingang sechs pfenning zu geben schuldig sein.

item eines Burgers Sohn und alle die das partem nicht nehmen, sollen alle Frohnfasten dem Schuelmeister geben 2 β dn. item ein jeglicher Armer der das partem nimmt soll zu jeder Frohnfasten geben 1 β dn.

item ein jeder heimischer und Fremde soll seinem Loraten 4 dn. und dem Cantori 3 dn. schuldig seyn.

item die jüngsten erst anfahende sollen dem Cantori 2 dn. und keinem Loraten nichts zu geben schuldig sein, und die in die Letzt gesetzt werden.

item jedes Burgers Sohn und Fremde die Kost haben oder dazu verdingt sein, sollen den Winter täglich so man in die Schul gehet am Werktag so lang man die Stuben wermen mus ein Scheit Holts tragen oder für Beholtzung desselben Winters einen Schilling pfenning geben.

item ein jeglicher Reich und Arm, Jung und Alt soll auf Lucia dem Schuelmeister einen Pfening geben, darnach nimt jeglicher das Liecht, damit er nach der Ordnung des Tags geleicht hat, für sich selbst wider, davon nimt der Schuelmeister die überbliebene Stuckh.

item alle Arme die dem Schuelmeister nicht gantzen Lohn geben, sollen ihn zu Ostern 50 Eyer oder dafür 10 dn. geben.

item der Schuelmeister soll die Schuler anderst dann obsteht zu keiner Zeit mit Ofen- oder Fenstergeld beschwehren, einer thet dann einen Schaden, den soll er billich büßen oder bezahlen.

item der Schuelmeister soll auch von seinen Helfern kein Beschwerung der Schuler leiden, ob aber ein provisor oder anderer Geschickter zu Nutz der Schuler zu den Zeiten so sie in die Schuel nicht verbunden wären etwas lesen oder lehren wolt, darzu der Schuelmeister treulich helfen sollen, daß sie nicht müßig und unnütz die Zeit verschren, so soll jeder mit Wissen des Schuelmeisters ihme eine ziemliche Belohnung thun.

Er soll zu Tag und Nacht in die Burfsen sehen und horkünden ihr Leben und Wesen darnach mögen ziehen, damit sie zu täglicher Forcht zuvor zu der Kirchen und Predigt auch auff den Straßen zu Haus und sonst demüthiger Wort

und Wandels zum Züchtigsten als sich gebühret halten, und auch einem jeden nach seinem Stand Zucht, Wesen und Ehre erzeugen.

item Sie sollen auch sich nicht den Leyen untermischen mit weltlichen ungebührlichen Handeln zu keinem Dantz noch ohne redliche Ursach bey Nacht auf der Gassen gehen noch hofieren oder ander Ungebühr treiben, sonderlich auch kein Spiel thun daß die Jungen desto weniger Arges erlernen mögen.

Pierer'sche Hofbuchdruckerei. Stephan Geibel & Co. in Altenburg.

Staats- und socialwissenschaftliche Forschungen

herausgegeben

von

Gustav Schmoller.

Neunter Band. Viertes Heft.

(Der ganzen Reihe vierzigstes Heft.)

F. Grofsmann: Über die gutherrlich-bäuerlichen Rechtsverhältnisse in der
Mark Brandenburg vom 16. bis 18. Jahrhundert.



Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1890.

Über die
gutherrlich-bäuerlichen Rechtsverhältnisse

in der

Mark Brandenburg

vom 16. bis 18. Jahrhundert.

Von

Dr. phil. **Friedrich Großmann.**



Leipzig,

Verlag von **Duncker & Humblot.**

1892

Das Übersetzungsrecht wie alle anderen Rechte sind vorbehalten.

Seinem verehrten Lehrer,

Herrn Geh. Regierungsrat Dr. A. Meitzen,

Professor an der Universität Berlin,

zugeeignet.

Vorwort.

Die vorliegende Schrift stützt sich zum Teil auf ungedrucktes Material, zumeist entnommen dem hiesigen Geh. Staats-Archiv. Für die bereitwillige Gestattung des Zutritts zu demselben bin ich der Kgl. Archivverwaltung zu Dank verpflichtet, nicht minder den Herren Geh. Archivrat Reuter, Archivrat Dr. Friedlaender, Archivar Dr. Arnold, welche mich bei der Benutzung der Akten stets freundlichst unterstützt haben.

Herrn Geh. Regierungsrat Meitzen, der mich zuerst in das Studium der Agrargeschichte eingeführt hat, sowie Herrn Professor Schmoller, in dessen staatswissenschaftlichem Seminar diese Arbeit vorgelegt wurde, spreche ich auch an dieser Stelle meinen Dank aus für die vielfache wissenschaftliche Anregung und Förderung, die ich von ihnen erfahren.

Berlin, März 1890.

Friedrich Grofsmann.



Inhaltsübersicht.

	Seite
1. Kap. Einleitung	1—10
Grundlagen der gutsherrlich bäuerlichen Rechtsverhältnisse durch die Komposition geschaffen S. 1 — Der Bauer gilt als Privatfrithe des Ritters nicht erst im 17., sondern schon im 16. Jahrhundert S. 2—5. Kein wesentlicher Unterschied zwischen Grundherr und Lehnherr S. 5—10.	
2. Kap. I. Von der Mitte des 16. bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts	11—21
Verschärfung der bäuerlichen Unterthänigkeit gegen Ende des 15. Jahrhunderts S. 12—13, stärker sichtbar i. der 1. Hälfte des 16. Jahrhunderts. Beschränkung der Freizügigkeit, Grundzwangsarbeits stärkste Ausbildung der Leibeigenschaft durch Einschränkungen des bäuerlichen Besitzesverlees S. 14—16. Okkupations Ursachen S. 13—18. Wirkung der Rezeption des römischen Rechts sehr wahrnehmbar S. 18—21.	
3. Kap. II. Die Zeit bis zum 30jährigen Kriege	22—49
Quellen der Rechtentwicklung S. 22—23. Palaeus Urtheil. Korts über den Fortschritt des römischen Rechts S. 24. Stellung der damaligen Juristen, insbesondere Schepitz zu den Besitzrechten der Bauern S. 24—30. — Auffassung der Leibeigenschaft S. 30—34. — Behandlung der Erbschaftsbeschränkungen der Bauern S. 34—36. der Dienste S. 35—43. Das römische Recht im ganzen den Bauern nicht ungünstig S. 43—44. — Allgemeine volkswirtschaftliche Anschauungen jener Zeit über das gutsherrlich bäuerliche Verhältnis S. 44—49.	
4. Kap. III. Die Zeit nach dem 30jährigen Kriege	50—82
Quellen der Rechtentwicklung S. 50. — Klassen der landlichen Bevölkerung nach Müller: die Lehn- und Freibauern S. 51—53, die Leibeigenen S. 53—56; die gemeinen Bauern S. 56. — Rechtliche Stellung der letzteren. Verschärfung des Grundbesitzzwangsverlees und der Schollenpflichtigkeit S. 57—58. — Die Bauern i. der Neumark 58—59. — Die Dienste S. 59—62. — Lehnrecht und Papstbannrecht des Adels. — Die Leasiten S. 63. — woz. Schepitz nicht bekannt S. 64, zahlreich im Anfang des 17. Jahrhunderts S. 65—67. — Entstehung infolge des 30jährigen Krieges S. 68. — Verwüstung des Landes durch den Krieg S. 68—69. — Art des Neubaus S. 69—76. — Analoge Entwicklung in Schwedisch Pommern S. 77. — In der Altmark keine Leasiten S. 77—78. — Müller kommt sie nicht 78—80. — Die Pachtbauern S. 80—81. — Rechtsgutstand am Ende des Jahrhunderts S. 81—82.	

3. Kap. IV. Das 18. Jahrhundert	Seite 83—101
Quellen der Rechtsentwicklung S. 83—84. — Die Lehn- und Freibauern S. 84. — Die Kolonisten S. 84—85. — Die Pacht- bauern S. 85.	
Die unterthänige Bauernschaft:	
In den adligen Gütern S. 85—99.	
Wesen der Unterthänigkeit S. 85. — Die Altmark S. 85 — 87. — Die Dienste S. 87—89. — Verbot der Einziehung von Bauernland S. 89. — Die Lasseiten und Erbbauern S. 90—93. — Die Pachtbauern S. 93. — Die Leibeigenen S. 93—99.	
In den Domänenämtern S. 99—101. — Die Lage der Do- mänenbauern im allgemeinen die bessere S. 99—100. — Die Leibeigenen S. 101.	
Anhang. Das Mittelmärkische Schofskatalster von 1624 .	102—138
Anmerkungen zu den Tabellen S. 109—110.	
Bevölkerungstabellen nach dem Schofskatalster S. 111—137.	
Übersichtstabelle S. 138.	

Berichtigungen.

Auf Seite 28 Zeile 5 von oben ist zu lesen statt:	428 Bauern 389.
- - - - -	- 1563 $\frac{1}{2}$ Hufen 1524.
- - - - -	- 85 Kossäten 100.
- - - - - 6 - - - - -	- 7773 Bauern 7989.
- - - - - 7 - - - - -	- 5101 Kossäten 5487.
- - - - - 10 - - - - -	- 3228 $\frac{1}{2}$ Hufen 3256.
- - - - - - - - - - -	- 4791 $\frac{1}{4}$ - 4790.
- . 71 - 12 - - -	ist hinter 1624 einzuschalten:
- - - - -	, noch nicht die von ca. 1570.
- - 79 - 5 - - -	ist zu lesen statt: Nichterblichkeit Vererb- lichkeit.

Erstes Kapitel.

Die gutherrlich-bäuerlichen Rechtsverhältnisse in der Mark Brandenburg während des 15. — 18. Jahrhunderts sind nur zu verstehen, wenn man zurückgeht bis auf die Zeiten, in denen die Mark wie alle Länder östlich der Elbe kolonisiert wurden.

Wie die Besiedlung erfolgte, ist freilich keineswegs völlig klargestellt, namentlich sind wir über das Schicksal der Wenden noch nicht sicher unterrichtet. Während die einen annehmen, sie seien völlig vertrieben oder in die Kietze zurückgedrängt worden¹, glauben andere, die Kolonisation sei mehr auf friedlichem Wege erfolgt².

Wie dem auch sei, — die Wahrheit dürfte wohl auch hier in der Mitte liegen, da die ganze Mark nicht gleichzeitig kolonisiert wurde — das steht fest, daß für die bäuerliche Rechtentwicklung in späterer Zeit nicht die slavischen, sondern die deutschen Rechtsverhältnisse maßgebend geworden sind, und wir betrachten daher zunächst in kurzem Überblick die Gestaltung dieser bis etwa zur Mitte des 15. Jahrhunderts.

Auch hier freilich herrscht noch keineswegs völlige Klarheit, nicht einmal hinsichtlich der wichtigsten Fragen. Denn erst vom 13. Jahrhundert ab beginnen die Urkunden, die uns allein Auskunft geben können, reichlicher zu fließen, bis dahin sind wir auf Rückschlüsse und Vergleiche mit den andern Ländern östlich der Elbe, deren Besiedlung allerdings fast gleichzeitig und fast gleichartig mit der der Mark erfolgte, angewiesen.

¹ So Droysen, Preussische Politik Bd. I p. 30. Vergl. auch Ernst, „Die Colonization Mecklenburgs im 12 u. 13. Jahrh.“ in Schiermacher's Beitr. z. Gesch. Mecklenburgs Bd. II passim.

² R. edel, Die Mark Brandenburg im Jahre 1250 1881 32, passim.

Die ursprüngliche Stellung der Bauern in der Mark schildert Korn¹ folgendermaßen: „Sie waren durchaus persönlich freie Leute, besaßen ihre Güter erblich und unwider-
ruflich, durften sie frei veräußern und ohne die Verpflichtung zur Beschaffung eines Nachfolgers (Gewehrmanne) unge-
hindert verlassen. Außer den Abgaben an Zins, Doern und Bede, welche alle dem Markgrafen zukamen, hatten sie nur
solche Dienste dem Landesherrn zu leisten, welche das öffent-
liche Interesse nach der damaligen Staatsverfassung erforderlich
machte. Unter einer Privatgutsberrschaft standen sie nicht,
vielmehr waren sie nur ihren eigenen Dorfgewalten mit dem
Senslen an der Spitze und den markgräflichen Landgerichten
unterworfen“.

Diese Ansicht hängt wesentlich mit der Meinung zu-
sammen, die sich Korn über die Art und Weise der deutschen
Dorfgründungen in der Mark gebildet hat, daß nämlich in
der Regel ein Grundherr ganzen Bauerngemeinden unter Ver-
mittlung eines Unternehmers, des späteren Schulzen, ein be-
stimmtes Stück Land zur Behausung gegen Entrichtung von
Abgaben überließ.

Unter den Grundherren versteht Korn² vorzugswise größere
Grundbesitzer, wie — außer dem Markgraf — auch geistliche
Stifter und hohe Adlige. Ebenso urteilt Bornhak. Ja dieser
geht sogar soweit, zu behaupten³, „es sei kein einziger Fall
nachzuweisen, daß der weltliche Lehnsmann eines Markgrafen
oder Herzogs, ein einfacher Ritter, auf seinem Grund und
Boden ein Dorf hatte begründen lassen“.

Dem gegenüber kann ich u. a. auf eine wägrische Ur-
kunde aufmerksam machen, in der dem holsteinischen Over-
boden Marquard von Stenwee vom Grafen von Holstein ein
großes Gebiet, die noch heute so genannte Propstei, damals
noch mit Wald bedeckt, überwiesen wird. Dabei ist die
Einnahme des Ritters, die Brüche aus dem Gericht, 1 Fre-
hale etc. so genau bestimmt, daß man sieht, es kann sich
hier nur um Kolonisationen handeln, die der Ritter vornimmt
sollte⁴.

¹ Zeitschrift f. Rechtsgeschichte Bd II p. 7. Im folgenden einfach
mit Korn citirt.

² p. 91.

³ Ueber die Entstehung des Rittergutsbesitzes in den Ländern ostlich
der Elbe. Forschungen zur deutschen Geschichte Bd XXVI p. 127 ff.

⁴ Hainrich Schlawwig Holsteinisches Urkundenbuch Bd I N. 328 no
1116, vgl. Lohse-Koches Prae R. I. N. 269. Hier erhalten die Ritter
Marquardt von Segeberg und Herlich von Rönau die Vögte des Dorfes
Ginnau, unter der Bedingung, jährlich 100 schell zu zahlen, wenn sie
aber in ihrem Gebiete mehrere Dörfer gründen, brauchen sie
von diesen keinen Zins zu zahlen erst dann zahlen kann der Bischof
das Einkommen künzigen.

Selbst wenn wir aber keine urkundlichen Gegenbeweise hatten, so würde doch das Fehlen der Urkunden kein *argumentum ex silentio* zu ziehen gestatten. Denn es liegt durchaus kein Grund vor, anzunehmen, daß bei den Dorgrundungen immer ein schriftlicher Vertrag zwischen dem Grundherren und den Bauern resp. dem Unternehmer abgeschlossen worden sei. Wäre dies der Fall, so wäre es ganz undenkbar, daß in solchen großen Territorien, wie z. B. der Mark Brandenburg oder Mecklenburg fast alle diese Kolonisationsprivilegien spurlos verschwunden wären. Andererseits aber sehen wir doch schon unmittelbar nach der Kolonisationszeit im 13. Jahrhundert überall ganze Dörfer in den Händen von Rittersn. Mit Recht hat daher Knapp¹ als die weitaus häufigere Besiedlungsart angenommen, daß jeder Bauer von Anfang an einen kleinen Grundherren über sich hatte; es fragt sich nur, welche Rechte dieser besaß.

Um dies zu verstehen, muß man sich die eigentlichen Besitzverhältnisse in der Mark klar machen. Alles Land gehörte dem Markgrafen, der es vom Kaiser zu Lehn erhielt. Er konnte nur das Land entweder direkt an Bauern *anathum* oder — wie wir sahen, als wahrscheinlich nachgewiesen — an Ritter resp. Klöster behufs Kolonisation weiter vertheilen. Der Ritter setzte aber den Bauern darüber zu gleichen Rechtein, wie der Markgraf. Die Glosse zum Sachsenspiegel² kennt in der Mark nur ein bauerliches Besitzrecht, das Erbzinsrecht, d. h. das Recht, das Land gegen Ausgabe eines Zinses erblich zu nutzen. Der Bauer konnte sich also keineswegs Eigentum zuschreiben³; selbst dann nicht — das beweist die Glosse Johann von Buchs⁴ deutlich —, wenn er den Boden selbst urbar gemacht hatte, sondern er hatte von Anfang einen Herrn über sich, von dem er sein Land empfing, nämlich den, dem er den Zins gab. Dieser Herr war aber nach altem deutschem Recht befugt, ihn zu pflügen, wenn er den Zins nicht zahlte⁵, er hatte auch ein Vorkaufsrecht an dem Bauerngut⁶.

In dieser Hinsicht standen also der Markgraf und der kleinere Grundbesitzer einander gleich.

Der Markgraf hatte aber als Landesherr noch andere Rechte über die Bauern, er war der oberste Gerichtsherr über

¹ Bauernbefreiung in den östlichen Provinzen Deutschlands Bd. I p. 34. In folgenden einfach mit Knapp p. citirt.

² art III § 1 u. II 59. Leider ist in den Ausgaben nicht deutlich zu erkennen, welches die ursprüngliche Glosse Johanns von Buchs ist. Wäre dies der Fall, so würde man zweifellos die ursprünglichen Verhältnisse klarer übersehen.

³ Wie Knapp annimmt, I p. 37.

⁴ Gl. zu Sup. I 34.

⁵ Gl. zu Sup. III 77.

alle Bewohner der Mark, er konnte ihnen Steuern — die Beden — abfordern, endlich auch Dienste mit ihren Wagen und Pferden oder mit ihrer Hände Arbeit beanspruchen. besonders Burg- und Brückendienst — die Namen bezeichnen das Wesen — und den Heerdienst¹.

Es wäre nun an und für sich wohl denkbar gewesen, daß der Markgraf, wenn er einem Ritter Land zur Besiedlung übergab, sich über die anzuwartenden Bauern alle diese Hoheitsrechte vorbehielt, daß er die Steuern für sich erhob und durch seine eigenen Boten eintreiben ließ, daß er die Gerichtbarkeit und damit auch nach mittelalterlicher Anschauung die Polizei entweder selbst ausübte oder einen Vogt mit der Verwaltung derselben beauftragte, daß er die Dienste der Bauern zur zum Bau der Wege, Festungen, Brücken etc. im öffentlichen Interesse in Anspruch nahm.

Allein wahrscheinlich ist dies durchaus nicht; denn man muß gerade der Darstellung Korns gegenüber, die Knapp zur Grundlage seiner Schilderung genommen hat², betonen, daß das Mittelalter eine Scheidung zwischen öffentlichem und privatem Recht in unserem Sinne nicht kennt. Daher kann der Markgraf die Hoheitsrechte, die ihm zustehen, als private Finanzquellen benutzen, er kann sie veräußern, verschenken oder verpfänden.

Was lag nun näher, als daß er einem Ritter, den er mit Grundbesitz zum Zweck der Kolonisation belehnte, auch das Recht verließ, die Bede als Einnahmequelle neben dem Zins sich anzueignen und die Gerichte zu halten. So verzichtete schon im Jahre 1197 der Markgraf für das Gebiet des Bistums Brandenburg auf alle ihm zustehenden Rechte³. Warum sollten nicht auch die kleineren Grundbesitzer diese Rechte erhalten?

Mit Recht hat daher Kühns⁴ angenommen, daß z. B. die Patrimonialgerichtsbarkeit nicht erst später von der Vogteigerichtsbarkeit sich gelöst habe, sondern mit der Kolonisation entstanden sei.

Dasselbe Verhältnis konnte natürlich auch nachträglich

¹ Über die Dienste s. Riedel, Die Mark Brandenburg II p. 226 ff.

² Ich berücksichtige daher im folgenden in erster Linie Korns Ansichten, Knapp nur da, wo er von ihm abweicht.

³ Riedel, Cod. dipl. Brandenb. I VIII 123. Ähnlich für das Kloster Andree ibidem I XVII 1.

⁴ Kühns, Geschichte der Gerichtsverfassung in der Mark Brandenburg Bd. II p. 146 ff. Kühns schreibt allerdings der Patrimonialgerichtsbarkeit eine niedere Kompetenz zu. Es hängt dies mit seiner Auffassung des *judicium supremum* zusammen. Die Irrigkeit derselben ist von Bornhak, Geschichte d. preussischen Verwaltungsrechtes Bd. I p. 9 ff. u. p. 33 nachgewiesen — Der Markgraf behielt sich von der gewöhnlichen Gerichtbarkeit in der Regel nur die höhere Strafgerichtsbarkeit vor, vgl. Bornhak l. cit. p. 71.

eintreten durch Veräußerungen oder Verleihungen. Und dies scheint in der That, wie das Landbuch von 1375 ausweist¹, in umfassendem Mafse in der Mark unter den askanischen Fürsten geschehen zu sein, nicht nur hinsichtlich der Gerichtbarkeit, sondern auch hinsichtlich des Zinses, den der Bauer in den markgräflichen Dörfern ja ebenso wie in den ritterschaftlichen oder geistlichen zahlen mußte.

War aber einmal der Ritter, sei es von Anfang an, sei es nachträglich, als Erbzinsherr Obereigentümer der Bauernstelle², so war der Bauer nach der Anschauung des Mittelalters nicht mehr ein Privatunterthan des Markgrafen, sondern des Ritters, zumal wenn dieser auch noch sonst obrigkeitliche Rechte über ihn erlangt — genau so, wie der Ritter selbst nicht sowohl Unterthan des Kaisers, als vielmehr zunächst des Markgrafen war.

Die Ausbildung dieser Anschauung setzt Korn³ erst in das 15. Jahrhundert, nach meiner Ansicht ist sie mit und durch die Kolonisation entstanden, jedenfalls ist sie zur Zeit der Bedeverträge⁴ gegen Ende des 13. Jahrhunderts vollständig klar ausgeprägt. Denn hier heißen die Bauern *subditi vasalli*, der *vasallus* aber ist *dominus bonorum*⁵. Auch die Gerichte und die Dienste müssen damals bereits vielfach in den Händen des Adels gewesen sein. Wenigstens verordnet schon 1324 der Markgraf⁶: „Wer höchste oder moderate Gerichte oder Frolinden besitze im Land, der solle seine Unterthanen nicht mit Dienst und Gerichten zu Unrecht verderben.“

Wäre nun aber die Besiedlung der Mark stets in der Weise vor sich gegangen daß der Grundherr, sei es nun der Markgraf oder ein Ritter oder ein Kloster, alles Land an die

¹ ed. Fiedici.

² Bornhak I cit. p. 17 behauptet allerdings, diese Anschauung habe sich erst später gebildet, sie liegt aber meines Erachtens schon in dem Wesen der Erbzinsleihe und den Rechten, die sie dem Empfänger des Zinses gab, s. oben p. 3.

³ p. 7.

⁴ Bei Riedel, Cod. dipl. III I N 8 u. 9 von 1280 u. 1281. Das Datum des zweiten ist falsch, wahrscheinlich ist 1288 gemeint, s. Kuhn I. cit. II p. 159 Anm. 222.

⁵ Vgl. Bornhak I cit. p. 17. — Im ersten Bedevertrag heist es: *si de consilio nostrorum vasallorum munitionem aliquam — construximus, ad quam constructionem vasalli cuiuslibet subditi, qui possunt attingere laborabant corporaliter*. Im 2. heist es: *Huiusmodi censum fidei erit sempiternus. Dominus vero bonorum et si dominus ibidem non fuerit extra scultetus aive villicus dictum censum tenebitur presentibus terminis prescriptis. Quod si tunc per dominum bonorum scultetum seu villicum factum fuerit, badellus ioster l. etc. intrare bona eorum poterit ad requirendum — censum etc.*

⁶ Kuhn I. cit. I p. 173. Riedel, Cod. dipl. I XV 78 N 103.

Bauern nuthat, so würde der Nachweis, daß dieselben als unterthänig nicht nur dem Markgraf, sondern auch eventuell dem Ritter schon im 13. Jahrhundert galten, nur einen geringen Wert haben. Denn man würde doch auch für die ältere Zeit die Behauptung Knapps¹ für begründet halten dürfen, daß etwa bis zum Jahre 1250 es zwar Bauern und auch Ritter gab, daß aber ein Rittergut im späteren Sinne des Wortes noch nicht vorhanden war. Ja Knapp nennt überhaupt bis zur Reformation den Ritter gar nicht Guts herr², sondern nur Grundherr, wenn er ihn auch wenigstens im 15. Jahrhundert im Besitz der obrigkeitlichen Rechte sein läßt.

Der Grund dieser eigenthümlichen Unterscheidung liegt darin, daß Knapp den Besitz, den die Ritterschaft selbst bewirtschaftete, für sehr gering hält. Er stützt sich hierbei offenbar auf die Anschauung von Korn³. Ihnen beiden erscheint daher die Frage nach der Entstehung des vom Ritter bewirtschafteten Gutes ziemlich unwesentlich, den hauptsächlichsten Zuwachs des Ritterschaftsbesitzes sehen sie in der Occupation der wüsten Hufen und der Legung der Bauern.

So wenig ich nun leugnen möchte, daß durch diese beiden Erwerbsarten der ursprünglich herrschaftliche Besitz außerordentlich vergrößert worden sei, so kann man auf diese Weise doch niemals erklären, wie denn jener ursprüngliche Besitz in die Hände der Ritterschaft gekommen sei. Die Schwierigkeit der Erklärung wächst durch den Umstand, daß der Besitz, den die Ritter in eigener Wirtschaft hatten, gar nicht so unbedeutend gewesen sein kann. Denn schon der Beilevortrag von 1383⁴ rechnet, daß ein Ritter mindestens 6, ein Knappe mindestens 4 Hufen in eigener Wirtschaft habe. Dies setzt aber voraus, daß ein ziemlich großer Teil des damaligen Ackerlandes von solchen Hufen aus bewirtschaftet wurde, da ja doch die Zahl der gesamten Adligen schon damals eine ziemlich große gewesen sein muß. In der That ergiebt auch das Landbuch von 1375, wie die beifolgende

¹ I 24.

² Vgl. I 39 und 38.

³ Dene bezieht wiederum auf der von Riedel und v. Raumer, s. Korn p. 6 u. 13 Anm.

⁴ Riedel III 111 miles sub aratro habebit sex mannos, humulos vero quatuor et sic erunt per totum librum et si quidem plures habuerint, ut his dabunt censum operacionum. Knapp I p. 31 hiernach wohl auch Schröder, Lehrbuch d. deutschen Rechtsgeschichte p. 114) nimmt an, daß Gut des Ritters habe höchstens 6 resp. 4 Hufen betragen. Zu diesem Irrthum scheint er durch die Ausdrucksweise bei Korn p. 12 verleitet, da man und für sich lesen kann nicht hat. Die Angabe der Urkunde, si quidem plures habuerint, zeigt deutlich, daß mindestens 4 resp. 6 Hufen an herrschaftlichen Besitz vorausgesetzt werden.

Tafel zeigt¹, daß in 384 Dörfern der damaligen Mittelmark von 15 930 Hufen 1579 im Besitz der Ritterschaft sich befanden, 1026 Pfarr- und 18325 Bauernhufen waren, also der bäuerliche Besitz um ca. achtmal größer als der ritterschaftliche war. In der Uckermark stellt sich das Verhältnis fast nur wie 5:1², von 7079³ Hufen in 139 Dörfern sind 1052⁴ ritterschaftlicher, 434 pfarrherrlicher und 5492⁵ bäuerlicher Besitz. Daher finden sich auch hier in 73 Dörfern 169 Ritterhöfe, also in jedem Dorf durchschnittlich über zwei, während in 384 Dörfern der Mittelmark auf 129 nur 207 Ritterhöfe kommen.

Wenn man nun auch die Behauptung Bornhaks, daß schon sehr bald nach der Kolonisation der Rittergutsbesitz im östlichen Deutschland ungefähr in demselben Umfang wie jetzt vorhanden gewesen sei⁶, für die Mark als übertrieben zurückweisen muß, so wird man ihm doch wenigstens angesichts dieser Zahlen darin beistimmen können, daß der Rittergutsbesitz zu einem großen Teile schon während und durch die Kolonisation entstanden sei.

Wie konnte dies aber geschehen? Um dies zu erklären, hat Meitzen⁷ die Ansicht aufgestellt, die Kolonisation der Slavenländer habe überwiegend in der Form der Verleihung der gesamten Flur an einen Gutsherrn stattgefunden, der seinerseits die Ansiedler ansetzte, dabei aber häufig große Flächen in eigener Wirtschaft zurückbehalt. Bornhak hat dem widersprochen, unter dem Hinweis darauf, daß ja die-

1 Mittelmark

Dörfer	Zahl der Hufen	n ¹ Dörfer	Pfarrhufen	Ritterschaftl. Hufe	n ² Dörfern	mit Hufen
Teltow	2919	70	176	80	14	282
Niederbarnim	3045	57	252	28	23	267 ³
Oberbarnim	4114	85	316 ⁴	67	41	498 ⁵
Zauche	2374	78	107 ⁶	9	6	62
Havelland	3188	95	174	78	41	469 ⁷
Mittelmark	15 930	384	1026	207	129	1579 ⁸

Uckermark.

7079 ³	139	434	169	73	1052 ⁴
-------------------	-----	-----	-----	----	-------------------

Zu bemerken ist: Die Zahl der Dörfer ist natürlich nicht die der im Landbuch überhaupt erwähnten, sondern hier sind nur die Dörfer aufgenommen, von denen sich genauere Angaben im Landbuch finden, und die nicht als wüst bezeichnet werden.

Um die Zahl der Bauernhufen zu erhalten, muß man die Pfarr- und herrschaftlichen Hufen subtrahieren.

¹ In Wirklichkeit scheint das Verhältnis noch viel geringer gewesen zu sein, da von den 7079³ Hufen 3335⁵ wüst liegen. Die Verwüstung wird natürlich das Bauernland stärker getroffen haben, als das Ritterland, doch läßt sich das Verhältnis nicht mehr klar erkennen.

² Forschungen zur deutschen Geschichte, Bd. 26 p. 126.

³ Grund und Boden des preussischen Staates I p. 365.

jenigen, die die eigentliche Ansiedlung vollzogen, nicht die späteren Gutsherrn, sondern Privatunternehmer, die späteren Schulzen, gewesen seien; die Entstehung des Rittergutsbesitzes stehe also mit der Errichtung deutscher Dörfer in keinem Zusammenhang¹. Aber es steht doch durchaus nichts im Wege, anzunehmen, daß auch der kleinere Grundherr sich ebenso wie der Markgraf eines solchen Unternehmers bediente, ihn mit den Schulzenhufen belohnte², außerdem aber noch Hufen in eigener Wirtschaft zurückbehielt. Ein Beispiel dafür ist aus Schlessen bekannt³.

Es konnte aber auch der Grundherr selbst die Schulzenhufen übernehmen und bewirtschaften, die Schulzengehalte aber einem Bauer überlassen, dem er dann zum Entgelt seiner Bemühungen Freiheit von Zins oder anderem gewährte. Dann wurde dieser ein sogenannter Setzschulze, und deren muß es schon zu den Zeiten des Landbachs eine beträchtliche Anzahl gegeben haben, da dieses überall die Lehnschulzen besonders hervorhebt. Es konnte damit sehr wohl stimmen, daß gerade 4 und 6 Hufen in dem Bedevertrag von 1283 als Minimum der eigenen Wirtschaft eines Ritters angegeben worden: gerade diese Zahlen sind ja sehr häufig die der Schulzenluten. Jedenfalls wissen wir, daß in den östlichen Teilen von Mecklenburg diese Form der Dorfsiedlung oft zur Anwendung gekommen ist⁴.

Es fragt sich nun, wer den Ritteracker bestellt hat. Am nächsten liegt es, zweifellos an die Bauern zu denken. Knapp selbst⁵ spricht diese Ansicht aus und sie wird durch das, was wir aus der späteren Zeit wissen, vollkommen bestätigt. Vor allem lassen auch die Bedeverträge kaum eine andere Auslegung zu. In dem ersten bedingt sich der Markgraf ausdrücklich aus, daß die ejusdem vasalli subditi ihm Dienste leisten sollen, wenn er eine Verschanzung baut⁶; gewiß nur deshalb, weil sonst die Vasallen über die Dienste ihrer Unterthanen zu verfügen hätten; in dem zweiten Vertrag erläßt er den Bauern allen Heeresdienst, außer im Fall allgemeiner Landesnot⁷.

Sollen wir glauben, daß damals die Bauern überhaupt von allen Diensten befreit worden seien? Gewiß nicht. Viel-

¹ I. cit. p. 127.

² Vgl. Riedel Die Mark Brandenburg, II p. 213.

³ Tscheppe und Stenzel, Urkundenammlung zur Geschichte der Städte etc. in Schlessen etc. p. 282 N. VI. Urkunde d. Bischofs von Breslau für die in der Umgegend von Upsat zu gründenden Dörfer, 1223.

⁴ Erst, Colonisation von Mecklenburg, p. 108 u. 111 Anm. 3.

⁵ I p. 33 u. 40.

⁶ S. das Citat oben p. 5 Anm. 7.

⁷ Riedel Cod. Ipl. III I p. 12. *rustici predictae terrae non praecedent maximum expeditum nos tantum ad terrae ejusdem totum rem vel terrae legitima necessitate imminente.*

mehr werden wir anzunehmen haben, daß in jene Zeit die Entstehung des Rechtsatzes fällt, daß der Bauer den Ritteracker zu bestellen habe. Wir haben ja schon jene Urkunde von 1324 erwähnt¹, die die Dienste vielfach in den Händen der Ritter voraussetzt. Wie allgemein das Verhältnis war, sieht man aus dem Landbuch, wo das *servitium curruum* in den bei weitem meisten Fällen die Ritter haben. Dieses *servitium* war zwar ursprünglich die Verpflichtung der Bauern, einen Heerwagen zu stellen², es muß aber wenigstens in der Mark schon frühzeitig in Ackerfronden³ resp. Dienstgeld umgewandelt worden sein, denn in einer Urkunde von 1320 wird angegeben, daß die *servitia eorum et curruum*, vulgärer *Horendenyx* vel *hovendenyx* mit verlichen seien, damit stimmt sehr gut überein, daß nach dem Stiftsregister von Lebus vom Jahre 1400 die Bauern sämtlich durchschnittlich 4 Tage zu dienen hatten⁴, der Bischof hatte aber hier nach dem Landbuch das *servitium curruum*.

Die Möglichkeit einer solchen Umwandlung der Dienste lag eben darin, daß das Mittelalter nicht zwischen öffentlichen und privaten Diensten scharf unterschied.

Wann diese Entwicklung begonnen, ist schwer zu sagen, wenigstens wie überhaupt mit Sicherheit festzustellen ist, wann der Markgraf zuerst seine obrigkeitlichen Rechte an Ritter etc. verlor. Es fehlen eben die Urkunden. Bedenkt man aber, daß die Kolonisation der Mark noch bis in die Mitte des 13. Jahrhunderts hineinreicht⁵, so wird man geneigt sein, auch hier nicht eine Folge, sondern eine Begleiterscheinung der Kolonisationszeit zu erkennen.

Jedenfalls muß die Erscheinung zur Zeit der Bedeverträge mehr oder minder allgemein gewesen sein.

¹ S. oben p. 7.

² Riedel, Mark Brandenburg II p. 232.

³ Riedel, I. cit. p. 234 vgl. Brunsak in d. Forsch. Bd. 26 p. 189.

⁴ Wohlbrück, Geschichte von Lebus p. 278; vgl. Riedel, I. c. Für Pommern glaubt Fuchs (Untergang des Bauernstandes in Neuvo-pommern und Rügen p. 86 ff. sei durch v. Hilow (Geschichtliche Entwicklung der Abgabenverhältnisse in Pommern und Rügen, Greifswald 1843) genügend dargelegt worden, daß *servitus* nur die reservierten öffentlichen Heerdienste der deutschen Bauern bedeute. Ich halte aber den Beweis den v. Hilow I. c. p. 207 ff. zu führen versucht, für das 13. und 14. Jahrhundert durchaus nicht für erbracht, am wenigsten die Bedeutung der Urkunde von 1228 p. 203, zumal Fuchs selbst ein Beispiel, von ganz beträchtlichen Heidensteinen in der Ernte anführt. In Schlesien ist nach Tschappe und Stenzel, Urkundenbuch etc. p. 154, nichts Bestimmtes bekannt, doch bedürfen die Urkunden, die in den Anmerkungen angeführt werden, noch genauer Prüfung. Vgl. jedoch Stenzel in seiner Ausgabe des Landbuchs des Fürstentums Breslau p. 3 (Jahresbericht d. Schlesischen Gesellschaft vaterländischer Kultur, 1842).

⁵ Vgl. v. Hilow die Geschichte der Besiedlung des Fürstentums und Lebus bei Riedel, I. c. I. Anmerk. 7 u. 8.

Wenn nun aber damals die Ritter nicht bloß von ihren Unterthanen Hebrungen empfingen, sondern auch vielfach die Gerichtsbarkeit über sie übten und ihre Güter auch von ihnen bestehen ließen, so haben sie damals bereits Rittergüter im späteren Sinne des Wortes gehabt. Nur ein Merkmal fehlte ihnen, und das erhielten sie eben durch den Bodevertrag von 1283, die Steuerfreiheit, wenigstens für einen gewissen Minimalbesitz¹.

Es scheint also, daß die gutsherrliche Verfassung nicht erst nach der Kolonisation aus einer ursprünglich rein grundherrlichen sich entwickelt hat, sondern mit und durch die Kolonisation entstanden ist.

Aber das ist festzuhalten, sie hat im Anfang noch nicht den strengen Charakter, nicht die Geschlossenheit gehabt, die ihr in der späteren Zeit eigen ist. Wenn, wie wir ja noch im Landbuch vielfach sehen, in einem Dorfe ein Ritter die Gerichtsbarkeit über seine Bauern mit einem andern teilte, wenn er nur von einem Teil der Leute die Fronden, von einem andern nur Hebrungen hatte, so war selbstverständlich die Unterthänigkeit der Bauern noch keine scharfe. Es kam hinzu, daß ja das Rittergut noch keinen großen Umfang hatte und demgemäß die Dienste auf einige Tage jährlich sich beschränkten²; vielleicht nur in der Erntezeit etwas erheblicher waren.

Insofern, aber auch nur insofern ist die Schilderung Kerns von der freien Stellung des Bauernstandes berechtigt, namentlich für die erste Zeit während und nach der Kolonisation, als die ritterschaftlichen Rechte und Besitzungen sich noch nicht so auf Kosten der markgräflichen ausgedehnt hatten.

¹ In der Neumark 1419 ohne Einschränkung für alle Hufen, von denen Kriegsdienste geleistet wurden. Vgl. das Citat oben p. 5 Anm. 5, sowie Riedel, Col. capl. I XX 133 u. Bornhak I cit. p. 134.

² Vgl. die Beispiele bei Riedel, Mark Brandenburg II, p. 234 u. 236.

Zweites Kapitel.

Die ersten Spuren einer Verschärfung des gutadelichen-ländlichen Verhältnisses machen sich in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts deutlich bemerkbar.

Charakteristisch ist schon der Unterschied des Ausdrucks in der Sprache des Landrechts und der Schulregister, die uns aus den Jahren 1450, 1451, 1480 und 1481 erhalten sind¹. Während dort fast überall mehrere Ritter, sei es mit oder ohne den Markgrafen, als hebungsberechtigt genannt werden, folgt hier nach dem Namen des Dorfes unmittelbar der Name dessen dem es gehört: jedes Dorf hat seinen bestimmten Gutsherrn². Und wozu der Bauer nach der Ansicht nicht nur der Gutsherrn, sondern auch eines einsichtsvollen Landesherrn jener Zeit da war, das zeigt der Rat Albrecht Achils an seinen Sohn Johann: man solle die zu zahlenden Gülte auf das Gut und den Bauern, der darauf sitze, schlagen, sonst bitte man sie jährlich der Herrschaft ab und auf die Länge werde nichts daraus³.

Je mehr daher das Land durch die Kriege eben jenes Albrecht Achils verwüstet war⁴, desto wertvoller wurde der Bauer, desto mehr mußte dem Adel daran liegen, ihn an die Schelle zu fesseln. Und so erscheint es begreiflich, daß schon 1484 die Ritterschaft forderte, „das niemand dez andern bawern —, der mit willen von seinem herrn nicht gezogen, mit-

¹ Abgedruckt u. a. in der Ausgabe des Landrechts von Fölgen.

² Vgl. Des vices, Geschichte der preussischen Politik Bd. I p. 73.

³ Riedel Cod. dipl. Brandenburg III 2 p. 182 vgl. Kotelmann, Die Finanzen Albrecht Achils in der Zeitschrift f. Preuss. Gesch. Bd. 3 p. 201.

⁴ Kotelmann, I cit. p. 34. A. macht mit Recht darauf aufmerksam, daß die vielen wüsten Hufen um 1480 von den Kriegen Albrechts krumen.

nehmen solle¹. Ob diese Bitte gewährt worden ist, wissen wir nicht², die Tendenz ist klar.

Andrerseits aber liegt es im Interesse des Adels wie der Bauern selbst, daß die Früchte des Landbaus nur dem Landbauer zu gute kommen. Daher findet sich auf demselben Landtage zum erstenmal die Forderung einer Normierung der Gesindelöhne. Gewiss ist es kein Zufall, daß uns um jene Zeit auch das erste Verbot einer Guts herrschaft gegen die Aufnahme von Hauslingen begegnet³.

Auf die blauerlichen Lastenverhältnisse jener Zeit wirft interessante Streiflichter ein Erbregister von 1471⁴, wahrscheinlich von den Mönchen in Zinna⁵. Die Abgaben haben sich, soviel ich sehe, im Verhältnis zu den im Landbuch angegebenen nicht wesentlich verändert, nur müssen die Bauern fast stets Holzgeld geben, oder es werden ausdrücklich ihre Holzgerechtigkeiten angegeben⁶, anstelle des *servicium curruum*, das im Landbuch erwähnt wird, sind fast überall drei halbe Tage Pflugdienste getreten. Die wüsten Hefe hat die Herrschaft in Besitz.

Wie das Gericht und die Polizei in jener Zeit gehandhabt wurden, zeigt die Vogteigerichtsordnung von Metzdorf aus dem Jahre 1472. Die Schulzen erscheinen als die Vertreter der Bauernschaft, sie haben im Vogt ding zu „wrogen“ alle unächtigen Handlungen bei Verlust ihres Lehns, und „welcher Bauer was nicht angezeigt, was er zu klagende und zu wrogen weiß, soll 10 Mark geben“. — Die Tanzlustbarkeiten der Bauern werden eingeschränkt, insbesondere auch

¹ Riedel, C. D. III II p. 368 *gravamina* der Ritterschaft.

² Nach Kotelmann, I. cit. p. 295 hätte die altmärkische Ritterschaft schon 1460 diesen Antrag gestellt und derselbe wäre 1484 (für das ganze Land) bewilligt worden. Worauf diese Angabe fußt, kann ich nicht ermitteln, aus den bei Riedel und v. Raumer abgedruckten Landtagsabschieden jener Zeit ist sie nicht genommen. Dagegen findet sich im Landtagsabschied von 1518 § 9 (s. unten p. 18) das Verbot des Abzugs ohne Stellung eines Gewehrmanne, „nach vermöge des alten Vortrags unser gemeinen landschaft“ — es ist also wohl die Annahme des Antrags wahrscheinlich. Übrigens läßt die Form des Antrags vermuten, daß die Ritterschaft einen Abzug der Bauern nur mit Willen seiner Herrschaft zu dulden gewohnt war. — Vgl. auch das Theoderiker Urk. Buch 12. unten p. 13.

³ Vogtungs-Ordnung der Vogtei Metzdorf von 1472 Art. 17 bei v. Haxthausen, Die patrimoniale Gesetzgebung in der Altmark. Kitz 12. Jahrg. f. Preuss. Gesetzgebung Bd. 33 p. 131.

⁴ Vfr. Erbregister Nr. 15 im Kgl. Geh. Staats Archiv.

⁵ Das Register führt nur die Aufschrift: Register vom Eigentum Barnem, es umfaßt aber die 10 Dörfer, die schon nach dem Landbuch von 1380 (p. 24 u. Barnum zum Kloster Zinna) gehörten.

⁶ So in Roderdorf, die Bauern haben einen „Kynbusch“, der ihnen zu wenig ist, in dem „ein jeder seiner Nodurst Holz teilen (kann), soviel er bewilligt, wir lassen auch neben ihnen holz teilen anviel wir dessen zu unsern gebrauchen von Roderdorf von Noten haben sonst nicht“.

verboten Brantwein zu schenken, weil „das Brantweinsaufen sehr einreißet und etliche, so noch ein wenig übrig, das Ibrige vollends daran setzen“. — Verpfändungen ohne Konsens der Herrschaft werden den Bauern streng untersagt¹.

Von der Erbschaft, wenn sie nach außerhalb geht, gebührt der Herrschaft der Abschafe, der neue Annahmer des Hofes muß auch das Annahmegeld zahlen².

Die Annahme selbst geschah, wie aus einem Protokollbuch des Klosters Dierdorf ersichtlich wird³, im offenen gelegten Gericht der Gemeinde. Der frühere Wirt — meist fand ja die Übergabe noch vor dem Rückzug auf das Altenteil statt — legt sein bisheriges Eigentum am Hofe durch die symbolische Überweisung eines grünen Reises⁴ in die Hände des Gerichtsherrn nieder und dieser übergab dann, nachdem der neue Erwerber den Unterthanen eid geschworen, ihm ebenfalls durch ein grünes Reis den Hof. „Vor de Enpfahunge to Orkond“ mußte der neue Wirt eine Kleinigkeit, meist eine Tonne Bier, dem Gerichtsherrn, sowie etwas Ähnliches der Gemeinde geben. —

So unvollständig alle diese Nachrichten über die rechtliche Lage des Bauernstandes in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts sind — über die Zeit der Regierung des Markgrafen Johann sind wir auffälligerweise fast gar nicht unterrichtet — so genügen sie doch, um erkennen zu lassen, daß die Entwicklung in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts in dieser Hinsicht nur weiter bildete, was die vorhergehende Zeit schon angebahnt hatte. Dies zeigt schon der erste Landtagsabschied, der gutherrlich-bäuerliche Fragen behandelt, vom Jahre 1518⁵. Wir sehen aus demselben, daß dem Bauer in der That das Recht abzuziehen, ohne einen Gewährsmann zu stellen, schon längere Zeit genolmen ist⁶. Ja es erscheint sogar als notwendig, zum Schutze des Bauern

¹ Remptz Jahrb. Bd. 39 Art. 6—8, 10, 1 u. 19.

² I. c. Art. 18.

³ Das Folgende ist entnommen einem sehr wertvollen, leider nicht veröffentlichten Aufsatz des Frh. v. Haxthausen über das Fambrecht des Bauernstandes in der Altmark den dieser gründliche Forscher, der sich auf ein reiches meist ungedrucktes in der Provinz gesammeltes Urkundenmaterial stützt im Jahre 1831 dem Justizministerium einreichte, als Ergänzung eines schon vorher erstatteten, ebenfalls sehr interessanten Berichts über die Rechtsverhältnisse des Bauernstandes in den Provinzen Altmark, Magdeburg und Halberstadt. Beide Aufsätze befinden sich in den Akten des Justiz-Minist. zur Revision d. Gesetzgebung im Geh. St.-Arch.

⁴ Vg. Art. 2 u. 4 der Vogteigerichtsordnung von Metzdorf.

⁵ Bei v. Raumer, Cod. dipl. Brandenb. contin. II p. 224 ff. Korn hat diesen Landtagsabschied vollständig übersehen, wie er auch die Aufsergeln in der 2. Hälfte des 15. Jahrh. ganz unberücksichtigt läßt.

⁶ „Vermoge des alten Vertrags unter gemeinen Landtschaft.“ S. p. 12 Anm. 2.

festzustellen, daß er nach Stellung eines Gewehrsmannes das Recht noch habe, seine Stelle aufzugeben; Abzug ins Ausland wird ihm aber auch dann nicht gestattet.

Der Gesindelohn wird normiert — nach den einzelnen Landesteilen verschieden — und im Zusammenhang damit der Gesindenzwangsdienst eingeführt, daß „kein Diensthote sich vertragen und zwei Dienste ergeben soll, wo haben sich denn den Löhnen, darunter sie gemessen und gehören sein, zuvorn zu Dienst angeboten“ (S. 2); 1484 wurden nur Klagen über das Weglaufen des Gesindes laut.

Die Patrimonialgerichtsbarkeit scheint um jene Zeit ihre schärfste Ausprägung gefunden zu haben. Der Landtagsabschied selbst bestimmt am Schluß: „es mag auch ein jeglicher teil von unser Landschaft die Iren, darüber sie obrigkeit und Gericht haben, oh in vorherurten artickeln von der Iren utor trettung geschehen, selbst nach vorinerurten maß straffen, daz nit wie als der Landes Fürst nicht verursacht selbst zu straffen.“ Das Korrelat zu dieser Bestimmung bildet offenbar der Satz des Entwurfs der Kammergerichtsordnung¹, daß der Bauer, der mutwillig seinen Herrn verklagt, d. h. mit seiner Klage abgewiesen wird, bestraft werden soll. Als eine weitere Konsequenz dieser Anschauung erscheint es nur, daß Jeschm I. 1527 der Ritterschaft verspricht, keinem Bauer das Giebel zu gewähren, ohne er den Edelmann gehört². Die Reformation des Kammergerichts von 1540 setzt dann die Strafe des Bauern, der mutwillig appelliert gegen seinen Herrn, auf 6 Wochen Gefängnis im „Turm“ fest.

Es ergibt sich also, daß bereits im Anfang des 16. Jahrhunderts die persönliche Freiheit der Bauern so eingeschränkt worden ist, wie sie es bis zu der Agrargesetzgebung des 19. Jahrhunderts wenigstens in der Alt- und Mittelmark geblieben ist. Charakteristisch ist es, daß bald darauf mit den ersten Bestimmungen über die Dienste findet³

¹ Mylius Corp. constit. Marchie Bd II 1 p. 181.

² Landtagsabschied bei Mylius VI 1 p. 19.

³ Ich meine die Bestimmung des Landtagsabschieds von 1550 (Mylius VI 1 p. 20), daß die häuerlichen Dienste hinnen solten, wie vor alters und die Bestimmung, daß das Ierstgud jeherzeit weder aufgesetzt und an seiner Stelle Dienste genommen werden könnten. Die Zeit dieser Bestimmungen läßt sich nicht sicher feststellen. Die erste findet sich zwar zuerst im Landtagsabschied von 1550, es heißt aber dort ausdrücklich, daß sie bereits 1540 erlassen worden sei, die letztere wird zuerst in der Dienstliche verschen Landesordnung erwähnt (S. 138, Mylius V. 3 p. 44) als „unserer Landschaft behevor be- wagt“. Köppen *Dominationes questionum juris*, Magdeburg, 1609, qa. XIII N. 12 gibt an, sie von 1540 eingeführt worden. Sie findet sich aber wieder in dem Landtagsabschied noch in der Pörschordnung von 1550. Entstanden kann aber doch Köppen seine Angabe nicht haben, umsoweniger als sich (s. unten p. 20, 154) ein Antrag der Ritterschaft in diesem Sinne findet;

und gleichzeitig die ersten Klagen über die Dienste laut werden¹.

Auch die Besitzrechte der Bauern erleiden um jene Zeit eine Einschränkung. Allerdings finden sich die betreffenden Gesetze erst 1540 —, und es wird unten gezeigt werden, womit dies zusammenhängt. — aber die Gesetze jener Zeit sind in der Regel dazu bestimmt, nicht sowohl neues Recht zu schaffen, als vielmehr einen längst bestehenden Gebrauch zu sanktionieren.

Dies geht bei dem wichtigsten Recht, welches sich der Adel im 16. Jahrhundert gesetzlich zusprechen liefs, nämlich einen Bauernhof zur Errichtung eines Rittersitzes auszukaufen, aus der Fassung des Gesetzes deutlich hervor: „Als auch die von Adel in unserm Churfürstentum sich auf einen alten Gebrauch beziehen, dafs ihnen zu ihrer Gelegenheit frey stehen sollte etzliche Bauern auszukaufen, solches soll ihnen furderehin auch frey stehen“².

Ebenso wird auch das Recht, einen ungehorsamen Bauern gegen Bezahlung seines Gutes zu relegieren, erst 1540 fixirt, aber aus den förmlichen Formeln, die in der Altmark dafür 1531³ erwähnt werden, sieht man, dafs es faktisch schon längst geltend wurde.

Diese Enteignungsrechte des Adels, so hart sie an und für sich erscheinen mögen, zeigen doch andrerseits, dafs der Bauer noch ein gutes Besitzrecht hatte. Dafür finden sich auch sonst Zeugnisse. So wurde in der Altmark 1531 als Recht anerkannt, dafs bei wüsten Höfen die Herrschaft den nächsten Erben, dann den Gläubigern das Gut gegen Bezahlung der Schulden anbieten soll. Schlugen diese es ab, so wird

es scheint, dafs die betreffende Bestimmung mit demselben Landtagsabschied verloren gegangen ist, der auch die erst erwähnte Festsetzung über die Dienste von 1540 enthielt.

¹ Fificien, Territorien der Mark Brandenburg, Bd I p. 65. Die Guts Herrschaft von Gross Beeren Teltow erhält den Befehl die Hüffner nicht übermüthig mit Diensten zu belasten, damit die Besitzer nicht gezwungen wurden, ihre Höfe nicht zu verlassen, „wie dies zu geschehen pflege“.

² Landtagsabschied von 1540 h. Mylius VI I N 23. Wir besitzen noch wie es scheint das Concept, auf Grund dessen jener Landtagsabschied redigirt wurde; s. Winter, Die märkischen Stände zur Zeit ihrer höchsten Höhe, in d. Zeitschr. f. Preuss. Gesch., Bd. 19 p. 364 Anm. Hier tritt uns im Text Behauptete noch mehr hervor. Es heifst zum XXXIX. „haben auch die von adell in der alten mark von alters und alswegen den Gebrauch gehabt, das sie nach ihrer gelegenheit zu zeitten habet etzliche Bauern ausgekauft und die acker zu sich bracht. Bitten k. f. gründen wolten sie darkey gnädiglich behalten“ — Die definitive Fassung des Gesetzes entspricht dem Antrag insofern nicht genau, als von der Altmark in dem Gesetz nicht die Rede ist.

³ S. d. Landtagsprotokoll bei Hübbs, Bauernrecht der Altmark in Kampitz Jahrbüchern Bd. 4, p. 96.

ein Gericht über den Hof gehalten, und, wer das Recht zu dem Erbgeld hat, soll es anklagen. — Sind unmündige Kinder ohne Eltern bei einem Gute vorhanden, so soll erst an die Vormünder geschrieben werden, daß sie das Gut interimswise übernehmen, erst wenn diese sich dies zu thun weigern, darf das Gut verkauft werden¹.

Für die ganze Mark im allgemeinen bestätigt die *Joachimica*², daß der Bauer Eigentum an seinem Gute und ein ziemlich weitgehendes Vererbungsrecht hatte. Nach dem Tode des einen Ehegatten behält der andere die Hälfte des Guts, die andere Hälfte fällt an die Leibeserben, dann an die Verwandten, erst wenn auch diese nicht vorhanden sind, an die Herrschaft.³

Nur auf ritterlichem Grund und Boden sollten die Bauern nicht Besitz erwerben. Daher bestimmte der Landtagsabschied von 1550, daß „wo auch die Prälaten oder von der Ritterschaft, an ihren wüsten Feldern oder Aekern den Bauern umb Heuerkorn hatten ausgethan, soll daran den Bauern kein Eigentum zuwachsen und die Landstände der Abkündigung mächtig sein“⁴.

Die ökonomischen Gründe der Maßregeln, die während der Zeit von 1450–1550 allmählich, wie gezeigt, eine Verschlechterung des gutherrlich-bäuerlichen Verhältnisses herbeigeführt haben, sind bekannt genug. Sie liegen namentlich in dem großen Umschwung des Kriegswesens seit den Hussitenkriegen. Die Ritter werden durch Söldner ersetzt, müssen sich aufs Land zurückziehen und werden Landwirte. Speziell für die Mark wissen wir, daß Joachim I. mit starker Hand das noch immer üppig wuchernde Raubrittertum bandigte. Es hängt damit wohl zusammen, daß gerade unter seiner Regierung die persönliche Abhängigkeit der Bauern von ihren Gutsheeren durch die Beschränkung des Rechtsweges und des freien Abzugsrechtes, sowie durch den Gesindezwangsdienst gesetzlich fixiert wird, wenn auch, wie oben gezeigt ist⁵, die Tendenz hierzu schon länger vorhanden war. Ebenso ist es charakteristisch, daß 1536⁶ auf dem ersten nach seinem Tode gehaltenen Landtag das Verbot für Adel und Geistlichkeit

¹ Landtagsprotokolle von 1531 I. cit. p. 95 f und p. 99.

² *Myllan*, VI 1 p. 21. (1527).

³ Vgl. nach dem Titel Von Kindergeldt und Erbgeldt *Myllius* I cit. p. 23 z. B. Wer Kindergeldt oder Erbgut von dem Rat oder aus dem Gericht, darinnen es lieget, an fremde Gerichte wegbringen will, soll geben dem Rat in Städten oder der Herrschaft in Dörfern etc.

⁴ *Myllius* II 1 p. 90.

⁵ S. I. 11 ff.

⁶ *Myllius* VI 1 p. 35. Wir haben auch auf sonderm Bedenken, zu auffnehmen Unser Landt und Leute auff das ein jeder nach seinem Standt und Würden in gebührlicher Reputation zuhalten bey Uns bedacht,

erlassen wird „Kaufmannschaft“ d. h. Korn- und Viehhandel zu treiben.

Die Besitzbeschränkungen der Bauern sind nur eine weitere Folge des von Jerchin I. hergeführten Zustandes. Wenn der Adel sich mehr der Landwirtschaft widmen sollte, so war es notwendig für ihn, auf dem Lande zu wohnen und Grundbesitz zu gewinnen, schlimmsten Falls auf Kosten des Bauern, d. h. der Adel mußte die Befugnis haben einen Bauern zu legen. Und für die Erhaltung seiner Abhängigkeit Autorität mußte es ihm möglich sein, auch einen widerspenstigen Bauern entfernen zu dürfen: „es ist ein parricidialmissethat frey, wenn er nicht länger unter seiner herrschaft beyweilen wil, so mag er den hof verkauffen und in gewehr bringen, warum solt man dann nicht nicht lieber, einen andern aussukauffen, so er sich mutwillig gegen seine herreschaft beinimt“¹.

Es kann hinzu, daß auch der Reformation die Stiftspfründen keine Versorgungen für den jüngeren Adel mehr boten².

War daher auch die Bindung größerer Gutswirtschaften, wie namentlich mit Rente beauftragt worden ist³. Knappe ökonomische Notwendigkeit in einer Zeit, so war sie doch in gewissem Sinne eine sozialpolitische.

Es scheint auch nicht, daß man jene Maßregeln als unbillig empfunden hätte. Wäre das der Fall, so hätte man noch in der Mark auch etwas von der Bewegung verspüren müssen, die eben in jener Zeit in Süddeutschland zum Ausbruch des Bauernkrieges führte. Allen im Gegenteil. Es findet sich vielmehr die Nachricht⁴, daß damals ein bedeu-

dennoch wie wieder Erhaltung der beschriebener Rechte und Lebensalter überbrachten Gebräuchen, so viel von Adel und Geistlichen Kaufmannschaft in mancherlei Weise zutreiben Ueberfungen, solchen nach Willen und Verlangen der Inwesenheit, mit den Dorfherren, den Städten und Kantlerthen an ihre Nahrung und Hummel zu Abtrieb und Verschmelzung geordnet. Obwohl solches beyden den von Adel auch der Gerechtigkeit nicht geordnet ihnen in Recht ein solche Weg zur Nahrung zu suchen abgeordnet. Verboten in Inwesenheit ihren Ankerbure auch gemeinen Nutz zur Nachteil dardiel versäumen, geringern und vergern zu laßen haben wir betunden, welches anzunehm etc.

Auszug der Ritterschaft auf dem Landtage von 1446. Zeitschrift f. Preuss. Geschichte I. 12 p. 141.

² Vgl. Oesbrecht, Die Verhältnisse des Märkischen Adels im 15 u. 16. Jahrhundert. Märkische Poesungen Bd. II p. 43 ff.

³ G. H. Schmidt, Zur Agrargeschichte Lubbecke und Ostholstems. p. 11.

⁴ Zuerst, soviel ich sehen kann, bei Wolfgang Jobst, Kurzer Auszug und Beschreibung der Landesherrlichkeit und der Mark Brandenburg. Frankfurt 1711 c. 27. Was seinen Verhältnissen und herkömmlichen in der Mark Brandenburg zu tunen. Gut jedoch nicht bekannt wie weit sie verwickelt zu 16 Jahren hermit bestanden also mit vie-

tender Zuzug von Fremden nach der Mark erfolgt sei, weil eben viele Bauern durch den Krieg vertrieben wurden. Und schon ein Schriftsteller des 16. Jahrhunderts schreibt dies zu der principum virtus atque clementia, qui subditos paterne curabant.

In der That läßt sich, wenn wir einer Notiz über die Bevölkerung der Mittelmark Brandenburg im Jahre 1527 trauen dürfen, konstatieren, daß die Zahl der Bauernstellen trotz der doch schon damals begonnenen Lagungen ziemlich stabil geblieben ist¹.

Die chronologisch genaue Festsetzung der Zeit, in der sich die Verschlechterung des gutsherrlich-bäuerlichen Ver-

hältnisses zwischen fremden Völkern als Franken Meißner Schlesier u. Rheinländer sich allmählig niedergesetzt und gewöhnet, wie denn noch heutigen Tages viel nachdeutsch Volk in der Mark Brandenburg wohnt, *sonderlich zu Frankfurt an der Oder Berlin und Brandenburg*. Die Angabe 20 30 Jahre stimmt allerdings nicht es heißt aber in der 2. Auflage (Frankfurt 1772 vor 31 43 Jahren. Und dies stimmt zu der Angabe von Leutinger, Topographia Marchiae ad Kister 1761 über die Ausgänge der Allg. Deutsche Flucht a. v. p. 1185 Anm.: *Et sunt patrum memoria adhuc ante annos LXX seculum vixit autem in his regionibus. — Quia exanti fama peruenit frequenter Marchiam inhabitare etc.* Als Schluss folgt die im Text angezeigte Stelle. Daß Leutinger diese Einwanderung des Bauernkriegs anspricht, geht aus seinem *Kalendarium* P. II § 10 und Kister hervor. Schließlich findet sich bei Beckmann Beschreibung der Mark Brandenburg 1741 noch die Notiz p. 29: „Es wird angemerkt, daß die Mark Brandenburg vor 200 Jahren zu den Zeiten des Bauernkrieges um 1525 und hernach des Schmalkeldischen Krieges anno 1547 an Einwohnern sehr zugenommen, indem die benachbarten Provinzen in großer Gefahr gelebet, die Mark hingegen durch das kluge Betragen Johannis I. u. II. n. beständiger Ruhe erhalten wurde, weil der Landmann sich in den Grenzen der Bescheidenheit und des Gehorsams gegen seinen Churfürsten gehalten, Joachim II. aber mit dem schmalkeldischen Bunde nichts wagen zu thun haben. Wannhero sich die Leute mit ihren Familien häufig hineinbegeben und zu einer volkreichen Zahl angewachsen.“

S. die Tabelle unten in Kap. 4. Ich entnehme diese Nachrichten einerseits dem Schloßregister von 1524 u. dem Anhang, andererseits einer merkwürdigen handschriftlichen Notiz über Bevölkerung und Hufenzahl in der Mark, die ich in dem auf der Kgl. Bibliothek zu Berlin befindlichen Exemplar von Schloßregister, *Consuetudines Marchiae*, 2. Aufl. v. 1616, auf der Rückseite des letzten Blattes und der Innenseite des Deckels fand.

Diese Notiz ist naturlich nicht, wie schon aus dem Fundort hervor geht, im 16. Jahrhundert geschrieben, daß sie aber ältere Quellen benutzt haben muß geht aus einem offiziellen bei Kister (Markische Freyschuppen Bd. 13 p. 305 Anm.) wählenden, bis er noch nicht publizierten Dokument von 1543 hervor, von dem ich ein Exemplar in Kgl. Geh. St. Arch. fand. Es stammen nämlich mehrere Zahlen über Hufen, die jene Notiz giebt, mit den dort gegebenen überein.

Im Jahre 1527 fand allerdings keine neue Bestimmung der Mark statt, die zu einer solchen Schätzung hätte Veranlassung geben können, dagegen wurde 1524 ein Hufenzähl auf 8 Jahre bewilligt, so dem nach die Kommissarien stellten My. ue VI. 1. N. 121, es wäre nicht unmöglich, daß im Verlaufe dieser Steuer genauer Erhebungen über die Zahl der Hufen und Knechten angestellt wurden. Jedenfalls ist die

hältnissen vollzog, gestattet aber vor allem zu erkennen, ob und welchen Einfluß das römische Recht auf diese Entwicklung hatte¹.

Die Zeit seit dem Ende des 16. Jahrhunderts ist allerdings die Periode des Eindringens des römischen Rechts in die Mark². Insbesondere ist unter Joachim I. eine Begünstigung des römischen Rechts unverkennbar. Die weitverbreitete Annahme freilich, als sei 1516 das römische Recht mit der Reorganisation des Kammergerichts gesetzlich rezipiert worden, ist unrichtig, da die uns erhaltene Kammergerichtsordnung³ nur ein Entwurf ist. Dagegen muß festgehalten werden, daß noch vor 1527, jedenfalls aber unter Joachim I. im Kammergericht nach römischem Recht gesprochen wurde⁴.

Nur für das Erbrecht gelangte das römische Recht in der Joachimica zur anbahrenden Geltung; daß die Stände jemals einer allgemeinen gesetzlichen Reception zugestimmt, ist nicht zu erweisen.

Wir sehen also, daß während die Beschränkungen der persönlichen Freiheit des Bauern sich bereits im 16. Jahrhundert entwickeln, um im Anfang des 16. gewissermaßen fixiert zu werden, in dieser Zeit das römische Recht erst in dem Kreise der Kurfürsten und seiner Räte Eingang gefunden hatte⁵, die Stände sich noch ablehnend dagegen verhielten. Als der beste Beweis dafür dient die Regel, welche 1531 die altmärkischen Stände für die Gerichte, die ihre Unterthanen in ihrer Gegenwart halten sollen, aufstellen: „der Richter und die andern, Schulzen und Bauern sollen die Urteile finden, richten und sprechen, wie Kaiserliche Majestät und unser gnädigsten Herrn des Churfürsten Ordnung in Erbthalen mit sich bringt, in andern Sachen nach altem Herkommen und Landes Gewohnheit“⁶.

Daß aber auch die dingliche Abhängigkeit der Bauern nicht durch das Eindringen römisch rechtlicher Ideen beein-

terminus a quo diese Notiz Auskunft geben kann, das Jahr 1524, da in diesem die Grafschaft Ruppin an die Mark fiel, deren Höfner- und Kossätenzahl angegeben ist.

¹ In der Darstellung Korns ist dies vollständig verwischt, nicht nur weil er den Landtagsbescheid von 1518 etc. nicht kennt (s. oben p. 13 Anm. 3), sondern vor allem, weil er von der Detraktion der beiden Landesordnungen am Ende des Jahrhunderts ausgeht. Vgl. unten p. 24.

² Vgl. für das Folgende namentlich Stölzel, Brandenburg Preussens Rechtsverf. u. Rechtsverwaltung Bd. I.

³ Mylius II 1 N 1.

⁴ Dies geht aus der Stelle in der Joachimica (bei Mylius II 1 p. 23) hervor, wo ausdrücklich von „Kaiserrecht, welches wir in unserm Cammergericht zu behalten — verordnet haben“, die Rede ist.

⁵ Vgl. Stölzel I c p. 115 ff.

⁶ Landtagsprotokoll von 1531 in Kampetz Jahrb. Bd. 45 p. 110.

auft worden ist, zeigen deutlich die noch erhaltenen Anträge, auf Grund deren sie eingeführt worden sind¹. Ja es ist im Gegenteil eher wahrscheinlich, daß jene Bestimmungen erst durch das Eindringen des römischen Rechts veranlaßt wurden.

Rönné² nimmt geradezu an, daß die Rechtsprechung des Kammergerichts, die, wie wir erwähnt, bereits vor 1527 nach römischen Grundsätzen erfolgte, den Bauern günstig war. Und in der That, wie hätte ein nach deutschem Recht urteilendes Gericht auf den Gedanken kommen sollen, dem Adel in der Altmark das Recht zu bestreiten, „nach ihrer Gelegenheit etzliche Bauern auszukoffen“, wenn man „von alters und allerwege den Gebrauch gehabt“³. Den römischen Juristen aber mußte dies als rechtswidrig erscheinen, da sie den Bauern Eigentum zuschrieben und eine Wegnahme des Eigentums wider den Willen des Eigentümers nicht kannten⁴. Ebenso waren sie geneigt, wenn die Bauern ein Stück Acker gepachtet und über 30 Jahre lang ihren Zins davon gezahlt hatten, den Zins als Erbzins aufzufassen und demgemäß die Wiedereinzahlung des betreffenden Ackers für unstatthaft zu erklären⁵. Hiergegen richtet sich aber die bereits erwähnte⁶ Bestimmung des Landtagsabschiedes von 1550, daß den Bauern an der Ritterschaft wüsten Feldern oder Äckern „kein Eigenthumb zuwachsen solle“.

Die Verjährung kam den Bauern aber auch zu gute, wenn die Herrschaft von ihnen eine Zeitlang Dienstgeld anstatt der Dienste forderte und das Dienstgeld dann wieder aufkündigen wollte. Daher auch hier die Klage des Adels gegen das Kammergericht⁷. Überhaupt scheint gerade hinsichtlich der Dienste das Kammergericht anfänglich zum Nach-

§ 2, vgl. auch Kampitz' Jahrb. Bd. 39 p. 16, wo die von der Schulenburg 1520 beschließen, jährlich zweimal Gericht zu halten und „was also in diesem Gericht nach Sachsenrecht gebrochen wäre — sollen unsern Hauses Inhaber die Hälfte davon behalten“.

¹ S. dieselben oben p. 15 Anm. 2 u. p. 17.

² Lette und v. Rönné, Verfassung und Verwaltung des preussischen Staates, Teil VII 3. Abt. Landeskulturgesetzgebung T. 1 p. XXI.

³ S. oben p. 17 Anm. 1.

⁴ Ausführliche Belege für diese Anschauung s. unten S. 24 ff.

⁵ S. unten p. 27.

⁶ S. oben p. 16.

⁷ „Der Ritterschaft Artikel.“ Anträge zum Landtag von 1540 (vgl. oben p. 14 Anm. 3). Zeitschr. f. Preuss. Gesch. Bd. 19 p. 564. Es beklagen sich die von der Ritterschaft, daß sie von etzlichen Iren unterthanen dienstgelt genommen und dieweil Ire notturfürst erfordert, die Dienste wiederumb von den Iren an sich zu nehmen und dargegen das Dienstgelt fallen zu lassen, beschwerten sich die pawern, die dienste Irer Herrschaft zu thun und soll Inen allhie in kammergericht erkandt worden sein, als wehren die pawern die dienste, nachdem sie das dienstgelt gegeben, Irer herrschaft zu thunde nicht schuldig, welches sich die von der Ritterschaft zu höchsten beschwerten etc.

teil des Adels geurteilt zu haben. Denn, heißt es im Landtagsabschied von 1550¹, „es beschwehren sich die Landstände, daß den Bauern von Unserm Kammergericht ie zu zeiten würden abscheide gegeben, darinnen den Bauern gesetzte Dienste gemachet und ihren Herrschaften die Bauern Zeit des Dienstes zu speisen würde auferleget“. Auch hier setzt der Adel das Verbot solcher Urteile durch: „jeder soll es in deme mit seinen Unterthanen halten, wie vor alters.“

Es ergibt sich also, daß das römische Recht in der Mark zwar zu derselben Zeit eingedrungen ist, in der sich die Herabdrückung des Bauernstandes vollzog, daß es aber keineswegs zu derselben beigetragen hat. Vielmehr deuten die Beschwerden des Adels über die Rechtsprechung des Kammergerichts darauf hin, daß dieses seinen Ansprüchen sich entgegengesetzte.

¹ Mylius VI 1 p. 29.

Drittes Kapitel.

Es fragt sich nunmehr, nachdem wir gezeigt haben, welche Einwirkung das römische Recht zur Zeit seiner Reception auf die bauerlichen Verhältnisse ausgeübt, ob es dieselbe Stellung auch in der Folgezeit einnahm, bis der 30jährige Krieg über Deutschland hereinbrach. Die Anschauung ist ja vielfach verbreitet, als hätten die Juristen überall vom Standpunkt des römischen Rechts aus, in gänzlicher Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse urteilend, wesentlich mit dazu beigetragen, den Bauernstand in die elende Lage zu bringen, in der er sich besonders im Osten Deutschlands während des 17. und 18. Jahrhunderts befand.

Für die Mark besitzen wir besonders für die vorliegende Periode vorzügliche Quellen zur Beurteilung des Einflusses des römischen Rechts auf das gutherrlich-bäuerliche Verhältniß.

Die Kodifikationsbestrebungen, wie sie in dieser Zeit allenthalben in Deutschland sich geltend machten¹, sind zwar in der Mark nicht zum Abschlusse gelangt, aber sie haben uns zwei Entwürfe zu einer Landesordnung hinterlassen, die einen klaren Einblick in die Rechtsentwicklung jener Zeit bieten. Diese Entwürfe sind von um so größerem Wert, weil ihre Verfasser — Lambert Diestelmeyer und Johann Köppen — Männer von anerkannter Bedeutung sind und ihre Werke, wenn sie auch nicht Gesetze wurden, doch fast gesetzliches Ansehen erlangten. Es geschah dies namentlich dadurch, daß Joachim Scheplitz die Hauptbestimmungen derselben in seinen berühmten *consuetudines Marchiae* interpretierte².

¹ S. Stölzel, I. c. Bd. I p. 281

² Christian Diestelmeyer behauptete allerdings nach dem Erscheinen des Scheplitz'schen Werkes, diese *consuetudines* rührten nicht von seinem

Schepflitz aber gilt noch heute als einer der vorzüglichsten märkischen Juristen, ja er ist unstreitig einer der bedeutendsten Partikularjuristen jener Zeit überhaupt. Sein Werk ist die Grundlage der märkischen Jurisprudenz geworden¹.

Außer durch Schepflitz erhalten wir noch durch die *decisiones quæstionum juris*, die Köppen² 1600 mit besonderer Berücksichtigung der Mark herausgab, Aufschluß über die theoretische Rechtsanschauung jener Zeit.

Aber auch, wie die Praxis damals urtheilte, vermögen wir besser als irgendwo in der Mark zu erkennen. Es sind uns nämlich seit dem Anfang des 17. Jahrhunderts eine Reihe von Judikaten des Kammergerichts erhalten, teils bei Schepflitz und dem kaum minder angesehenen späteren Juristen Friedrich Müller³, teils in einer besonderen Sammlung, die, wie es scheint, im Anfang des 18. Jahrhunderts behufs Ausarbeitung eines Provinzialgesetzbuches für die Mark aus den Akten des Kammergerichts gemacht wurde⁴.

Alle diese Quellen aber gehen verhältnismäßig sehr ausführlich auf die bauerlichen Rechtsverhältnisse ein. Mit Recht hat hieraus Korn (p. 20) den Schluß gezogen, daß die bauerlichen Verhältnisse damals die brennende Frage für Juristen und Politiker bildeten, aber die Darstellung, die wir von der Behandlung des bauerlichen Rechts durch die Jurisprudenz giebt, ist geeignet, durchweg falsche Anschauungen zu erwecken. Daher kommt es, daß man sich vielfach zum Beweise der schädlichen Folgen der Reception des römischen Rechts für den Bauernstand auf die Ausführungen Korn's beruft⁵, während doch gerade in der Mark das römische Recht verhältnismäßig sehr wenig Einwirkung gehabt hat.

Vater her, für unsern Zweck ist der Streit belanglos — Vgl. Stölzel l. cit. p. 271. wie überhaupt seine Darstellung von Duestelmeier und Köppen.

¹ Vgl. über ihn Kamptz in seinen Jahrbüchern Bd. 18 p. 131.

² Ibidem p. 131.

³ In seinem Werke *Practica civilis rerum Marchicarum* 1678, Berlin. Die Sammlung befindet sich unter dem Titel *collectanea juris Marchici* in der kgl. Bibl. zu Berlin. Die einzige Notiz über dieselbe habe ich bei Riedel in seinem Magazin f. Provinzial- u. statistisches Recht der Mark Brandenburg I p. 52 gefunden, der sie auch in seinem Werke „Die Mark Brandenburg 1250“ benutzt hat. Die Judikate erstrecken sich durch das ganze 17. Jahrhundert, beziehen sich aber vorwiegend auf die Mittelmärk, da ja in ultramärkischer und uckermärkischer Oberrichter existierten. Die Sammlung ist leider nur ein Tomus, wie er sich in mehrere Teile, der 3. Band der *collectanea juris Marchici* handelt ausschließlich von bauerlichen Verhältnissen, er ist im folgenden hauptsächlich benutzt, die Erkenntnisse sind mit K. E. citiert und vielfach aus derselben Quelle geschöpft, wie der auch Müller und Schepflitz im 2. Buch resp. Anhang zum 1. geschöpft haben.

⁴ So schon hohlman Zeitschrift f. Rechtswissenschaft Bd. 10 p. 484. Anm. — Neumanns v. Brünneck Zeitschr. d. Sav.- Stiftung f. Rechtsgeschichte Bd. IX Germ. Abt. p. 120 f.

Kopp's Auffassung beruht auf dem Zweck, den er verfolgt. Er will nachweisen, wie statt der ursprünglichen freien Bauerngemeinden die großen Rittergüter mit ihren lehnswürdigen Unterthanen entstanden seien (p. 10), denn nach seiner Meinung war „der lehnswürdige Besitz seit dem 30jährigen Kriege in Brandenburg die Regel, wenn nicht der Zufall“ (einziger Gegenstand den Bauern ein besseres Recht an ihren Stellen gewährt hatte“ (p. 43). Er findet nur die wesentlichsten Bestimmungen, die den Bauern persönlich und dinglich von den Gutsheeren abhängig gemacht, bereits in jenen beiden Landesordnungen kodifiziert und geht daher mit dem Gedanken an dieselben, daß in jener Zeit, namentlich natürlich unter den Juristen, eine Strennung vorhanden gewesen sei, um „wenigstens alles bürgerliche Besitzthum für lehnswürdiges anzusprechen zu können“ (p. 24). Wie mit dem Eigentumsrecht an den Bauernstellen durch den Grundsatz des Obereigentums der Herrschaft erschwert worden wäre, so sei die Freiheit der Bauern nicht weniger eingeschränkt gewesen durch die Idee, in den Rittergutsbesitzern ihre Dienstherren und Lehnsherrn zu sehen (p. 41). Es habe also nur wenig gefehlt, um den ganzen bürgerlichen Besitz für lehnswürdig, die Bauern selbst für Lehnsgüter oder Lehnfreie zu erklären.

Erst wenn man sich diesen Standpunkt vergegenwärtigt, ist es zu verstehen, wie Kopp zu Annahmen gelangt, die weder in den Landesordnungen, noch in den Schriften der Juristen irgend welchen Anhalt finden, die aber schon dadurch Bedeutung erlangen, indem das Knapp in der Erbteilung zu einem großen Werk über die Bauernbefreiung sie als maßgebend für seine Schilderung der bauertheiligen Rechtsverhältnisse in den Provinzen ostlich der Elbe hingestellt hat.

Vor allem nun hat Kopp eine höchst eigentümliche, aber auch dem Gesagten begründete Meinung von der Ausdehnung jener Zeit über die Rechte der Bauern.

Klar und deutlich sprechen die Landesordnungen aus, daß die Bauern ihre Hufe und Hufen eigentlich besitzen. Kopp selbst gibt das zu, er führt auch selbst an Stellen an, welche beweisen, daß Schöpitz dieselbe Meinung hatte.

p. 22 Kopp spricht sich dieselbe Ansicht in seinen Entscheidungen quodammodo an l. Aut. Magdeburg. über aus. Er beginnt darüber die parat. 14 mit den Worten: *mutuum corat in hac terra plus equo capere ut pecunia sua locum vendant*. Nach einer längeren Auseinandersetzung, in der das dies nach gemeinem Recht ausstößt *et fuit et fore non potest* subdit: *igitur qui pecunia daturus habent ad vendendum rem suam pro pecunia utilitate locum iure non compelluntur*. *vera subditur: pecuniam domini non aut possit et pignus*. *Nova Maxima et alibi quibusdam rationibus reperitur, longe alia res est. Nemo illi corat creditum eis vulgo, non de Hauptwehung pecunia sed certis modis et presentationibus pecunie* (sic) *potest* (sic) *et hoc non est de pecunia sed de re* (sic) (p. 22).

dem zweiten Entwurf einer Landesordnung durch Köppen anagemerzt habe, weil er für die Hauptmasse des bauerlichen Besitzes das Eigentumsverhältnis ausdrücklich anerkenne. Dafs davon nicht die Rede sein kann, beweist Schepitz, der die Bestimmung kennt und ganz richtig citirt.

Es konnte aber auch vorkommen, dafs Ritterhufen an Bauern ausgethan wurden, auch auf diesem Wege aber hätten doch nur sehr wenige Bauern lassische Besitzer werden können, wie Knapp sehr richtig bemerkt (I p. 46), ausserdem aber sieht man aus der Landesordnung ganz deutlich, dafs man, wie ja auch schon an und für sich wahrscheinlich, nicht ganze Bauernstellen auf dem Ritteracker begründet hatte, sondern meistens nur einem bereits bestehenden Bauerngut eine oder mehrere Ritterhufen zulegte¹.

Besonders aber habe man, meint Korn², die Bauern durch ein Wortspiel an ihren Besitz gebracht. Man habe nämlich mit dem Nomen pactus, Pacht, früher jede Abgabe bezeichnet, die kontraktlich von einem Grundstück zu zahlen war, ebenso aber auch die Leistung, die ein Zeimpächter zu prästiren hatte, und im 16. Jahrhundert sei dies die gewöhnliche Bezeichnung gewesen. Man habe sich also nur an den neueren Sprachgebrauch zu halten gehabt, um dahin zu gelangen, dafs viele ursprüngliche Erbzinsrechtstellen zu Zeimpachtstellen ungewandelt wurden. Selten ist wohl eine grundlosere Vermutung über juristische Konstruktionen ausgesprochen worden, für die ganze Argumentation fehlt jedweder Beweis, und es ist nur zu verwundern, dafs Knapp³ derselben gefolgt ist und ihre Wirkung weit über die engen Grenzen der Mark ausdehnt. Er glaubt allerdings, das Wortspiel sei nur für Unerblichkeit und Kündbarkeit im 16. Jahrhundert in Betracht gekommen, davon kann — wenigstens in der Mark — schon deshalb keine Rede sein, weil der märkische Lassa, wie unten gezeigt werden wird, stets erblich ist.

Die wirkliche Auffassung der Juristen ist eine ganz andere. Dies tritt vor allem darin hervor, dafs sie das Recht⁴

Noch deutlicher spricht sich Schepitz darüber aus. Er giebt nämlich die Bestimmungen R. I p. IV tit. 19 unter der Überschrift „Von den wäsen Lehnmarken oder Datsaten, auch Hufen und Hufschlägen“.

Insofern hat Korn also mit seiner Auegung der Maßregel ganz recht und es ist unrichtig was Knapp I p. 47 von in dieser Hinsicht gegen ihn sagt.

Der oben citirte Titel 33 der Landesordnung beginnt: „Die von der Ritterschaft legien je zu Zeiten eine oder mehrere hufen freien Rittershufen an ihre Bauernleuten“.

¹ p. 222.

² I p. 47 Anm. 1.

³ s. oben p. 15.

einen Bauern zu legen als einen Eingriff in das Eigentumsrecht betrachten. Köppen¹ nennt dasselbe *per se iniquum et a jure et acquitatis ratione alienum*, und Schephtz² beginnt seine Erörterung darüber mit den Worten: *alias quidem de jure civili subditi qui rerum dominium habent quoad venditionem rerum suarum pro privata utilitate Dominorum minime compelluntur*. Denn im römischen Recht gilt der Satz: *privilegia sunt stricti juris*, und dieser Satz zieht wichtige Konsequenzen.

Daher muß der Käufer dem Bauern den wahren Wert seines Gutes erstatten, nicht den, für den dieser es erkaufte, ja er muß sogar den Preis zahlen, den ein Dritter dem Bauern für seinen Hof bietet. Und er muß den Preis sofort bar erlegen, *quia gravatus in uno intelligatur relevatus in alio*³.

Die Juristen waren ja sehr wohl klar darüber, was dieses Recht in der Hand des Adels bedeutete. Köppen selbst sagt:⁴ *constat in his terris (rusticos) plus acque compelli, ut praedium sua dominia vendant*. In der Altmark und Priegnitz geben sogar die Stände eine äußerst drastische Schilderung⁵, wie

¹ *Decisiones juris, quaestio 44 N. 1.*

² *B. I. p. IV Tit. VII § 2.*

³ *Ididem* §§ 8 u. 6.

⁴ *Quaest. juris 44 § 1.*

⁵ Originalrecors der Altmarkischen und Priegnitzschen Ritterschaft Seckenen B. VI 1806, im Geheimen Staats-Archiv: Nachdem wir allernachst Mißbräuche befunden etc. Insonderheit ist in eilf hien Jahren das Einschieben der Paargüter sehr gemein geworden und dabei großer Mißbrauch und unordnung geschehet, indem dieselben nicht allein zu der von Adel Ritterstätten und Wohnungen, sondern auch zu der Witwen Leibgedingen, Meyereien, Schößforeien, Vorwerken und andrer Nutzfl. gebraucht ethichen auch die Acker und wiesen genommen und die Auser zu Kosteten gemacht, von welchen angetragenen Gütern man herrlicher keine Landsteuer geben wollen, alles unter dem Schein und nehmen, als wenns Rittergüter wehren, die Churf go von Aachen und dergleichen Bürden entsetzet, wodurch der Landesherr an ordentlichen Pauresteuern jährliches ein großes an bliebt, zuferdest weil solches von Jahren zu Jahren immer mehr zunimmt, dergewalt und also, wefern diesem Vornehmen nicht bezeihen vorgebawet und satz geschaffet, das die abgänge sich immerdar heuffen und steigern, auch ethliche dardor von Steuern wenig und zuletzt gar nichts zutrügen, welches den — Schulden Hasterung bringt — und die armen Leute desto lempfer mit Zuträgung der Steuer in diesen schweren Zeiten geplaget werden. Es sei zwar auf das Ansuchen einiger Bauern zur Errichtung einer Ritterstätt gestattet worden wobei es blieben solte, allein es ist doch weder den Kurfürsten noch der allgemeinen Landesherr Meinung je gewesen, solche allenthalen mißbräuche einzuräumen oder denselben nachzugeben. Man habe jaggen schon vor 18 Jahren eine Beschl. gefasset, das es nach nachbestenmager bei der eingemessenen Unordnung verblieben, ist aus heimer andern Ursache gescheten. Denn das sie sich einestheils selbst nicht wehren lassen, noch von der eingemessenen Churf abstecken wollen. Es folgt hierauf der im Archiv mitgetheilte Beschlus.

dieses Recht gemißbraucht wurde, in der Uckermark enthält ein Patent aus dem Jahre 1624 nicht minder schlimmere Zustände¹. Für die Mittelmark läßt sich feststellen, daß in dem Zeitraum von ca. 50 Jahren vor dem 30jährigen Kriege 426 Bauern mit 1563¹/₂ Hufen und 85 Kossäten ausgekauft wurden. Dies bedeutet aber, da vorher 7773 Bauern und 5101 Kossäten vorhanden waren, eine Verminderung jener um fast 5, dieser um fast 2^o/₃. Das gutherrliche Areal in den Dörfern wuchs hierdurch um die Hälfte seines ursprünglichen Bestandes, von 3228¹/₂ auf 4791³/₄ Hufen¹.

Es wird hieraus erklärlich, wie lebhaft die Tendenz zur Bildung der größeren Guts Herrschaften damals herrschte, warum aber andererseits die Juristen das Recht, das derselben Vorschub leistete, möglichst einzuschränken versuchten. Daher durfte der Edelmann nicht einmal mit dem Willen des Bauern dessen Gut an sich bringen oder ihm mehr bezahlen, unter der Bedingung, daß jener die höheren Lasten auf sich nehme². Vielmehr wird der Edelmann gezwungen, von den ausgekauften Höfen das Bauernrecht zu halten, d. h. an den Lasten des Hofes hinsichtlich der Gemeindepflichten, des Pfarrers, der Dienste u. s. w. mit teilzunehmen³.

Auch hielt man daran fest, daß nur zur Errichtung eines Wohnsitzes, nicht etwa zur Anlage von Meiereien oder Schäfereien oder „zur Stärkung des Ackerwerks“ der Auskauf erfolgen sollte. Schon die Landesordnungen Diestelmeyers und Köppens sprechen dieses Princip aus⁴. Scheplitz sucht dasselbe juristisch zu begründen, wobei er immer und immer wieder betont⁵: *ea, quae contra rationem vel tenorem juris communis sancita sunt, ad consequentiam non esse producenda*.

In Wirklichkeit freilich scheinen jene Beschränkungen das Auskaufen nicht allzusehr verhindert zu haben, faktisch gelang es dem Adel doch wohl meist, die Hufen, die er unter seinem Pfluge hatte, steuerfrei zu bekommen⁶, wenn auch die gesetzliche Möglichkeit gegeben war und zu Zeiten auch benutzt wurde⁷, dem Mißbrauche entgegenzutreten.

Sehr interessant ist bei Scheplitz die Behandlung der Frage, ob auch die Bauern gegen Erlegung des Kaufpreises eine oder mehrere Hufen abzutreten schuldig seien. Hier siegt allerdings zunächst der Theoretiker über den Praktiker

¹ S. den Anhang.

² Scheplitz I § 4 und 6.

³ Diestelmeyers Landesordnung (Mylius VI I 3 p. 43) Tit. 37.

⁴ S. Mylius I cit. p. 11 u. 88.

⁵ R. I p. IV Tit. 7 questio 2.

⁶ Vgl. den Anhang und den Reces oben p. 27 Anm.

⁷ Vgl. unten p. 15 Anm. 2.

mit der abstrakten Rechtsregel, cui licet, quod plus est, licet etiam quod minus, aber der Jurist gibt selbst zu, daß die Frage streitig sei¹⁾. Und im zweiten Theil seines Werkes, der allerdings damals nicht herausgegeben wurde, tritt er schließlich unter Berufung auf mehrere Kammergerichtsbeschlüsse, die die Frage bereits entschieden hätten, der entgegengesetzten Meinung bei²⁾.

Denn auch die Praxis steht durchaus auf demselben Standpunkte wie Schepfli z. Sie kann zwar den klaren, noch 1572 und 1610 bestätigten Landtagsverboten nicht widersprechen³⁾, aber sie sucht die Härten derselben doch wenigstens zu mildern. Sie hält daran fest, daß der Edmann von dem ausgekauften Hufen die Bauernrecht halten solle, insbesondere daß er nicht mehr Schafe oder Vieh halten darf, als wie jener überwintern konnte „nach gemeinem Landesgebrauch“⁴⁾.

Leibholzengüter dürfen überhaupt nicht ausgekauft werden, weilen der Revers von Pauen redet, zum andern weil der dominus und vasallus weit fester gegen einander verbunden, als die Obrigkeit mit einem gemeinen Pauren, zum dritten so konnte einer sobald ein frey Schutzengut nicht wieder bekommen als ein Pauerngut⁵⁾.

Auch darf der Bauer nicht wegen Errichtung eines Leibholzgutes ausgekauft werden⁶⁾.

Es ist also nicht richtig, daß die Juristen die Lehnungsbedingung des Adels als „obligatorisch & Expropriationsrecht“

¹⁾ B. I p. IV Tit. 7 qu. 1.

²⁾ B. II Tit. VI p. 8.

³⁾ Sehr charakteristisch ist folgendes K. G. E. vom 3 VI. 1614 am d. coll. juris. Marb. zum Theil auch abgedruckt von Müll. et. Puchta p. 2542¹⁾. „Weil Beklagten angegeben, nachdem er seine Lehnunter losgeschlagen, nur etliche wenige Lehnstücke (auch diese Weiden), an sich behalten, daß er durch Klage des Hn. zum Weidenhaus erzwungen und zu dem Frey erkaufen müsse auch auf vorübergehende, der Herren Räte & Frankfurter nicht hat abtreten wollen, sondern sich auf klare Landtagsverordnungen gegen der vorzug, beson. die von Adel wenn sie in Lehnrecht selbst zu bezeichnen gerath, die Pauren auch auszukauften verbiethet, so kann Kläger ein Noth zu räumen, nicht vermahnen, sondern ist auch jetzt beehrten Landtagsverordnungen selbst zu bezeugen abzutreten.“

Ich gebe diese und andere Erkenntnisse auch deswegen so ausführlich, weil aus ihnen die Art und Weise der damaligen Rechtsprechung vielfach erkennbar wird.

⁴⁾ Vgl. die zahlreichen Erkenntnisse bei Müller, Pract. p. 264 u. 265 und p. 308 und 309 sowie Schepfli z. B. II Tit. 8.

⁵⁾ K. G. E. vom 30 IV. 1623 bei Schepfli z. B. II Tit. 253 vgl. ferner K. G. E. vom 1. III. 1616.

⁶⁾ K. G. E. vom 5 VI. 1614 u. 14 I. 1614 bei Müller, Pract. p. 25.

aufgefaßt hätten, wenn auch diese Meinung durch Korn sehr verbreitet worden ist¹.

Auch das Recht des Adels, einen Bauern wegen Ungehorsam zu relegieren², ist von Korn nicht ganz richtig aufgefaßt worden. Es wurde von Anfang nicht anders verstanden, als es die Antragsteller wollten³. Dies zeigt die Landesordnung deutlich⁴. Daß man später die Worte „mit Recht“ auf das gemeine Recht bezog, konnte, wie Korn selbst bemerkt, den Bauern wenig schaden, da die Fälle solcher Verbrechen, die mit Landesverweisung bestraft werden konnten, beim Bauer verhältnismäßig sehr selten waren. Schepflitz⁵ giebt den Sinn des Reverses ganz richtig an, wenn er übersetzt: *nobis ob causam sufficientem rusticum potest exterminare*. —

Je scharfer nun hier, wie gezeigt, die Juristen den Bauern in der Mark Eigentum an ihren Höfen zuschreiben, um so mehr muß es auffallen, daß sie in einzelnen Landes- teilen davon Ausnahmen statuieren. Die erste Nachricht hierüber giebt Koppen (1600)⁶, der Pommern, die Neumark und „einige andere Gegenden“ als solche nennt, wo sich Unterthanen finden, die ihre Güter nur „precario tenent“ und so daher jederzeit nach Kündigung zurückgeben müssen. Schepflitz⁷ citirt schon in der ersten Auflage seines Werkes (1698) diese Stelle und nennt zuerst diese Art der Unterthanen Leibeigene (*proprii homines*); in der zweiten Auflage seines Werkes (1616) wiederholt er ebenfalls diese Stelle, aber im Anfang des ganzen Abschnittes, da, wo von den Besitzverhältnissen der Bauern in der Mark überhaupt die Rede ist, führt er zum Belege der persönlichen Freiheit der Märker eine Stelle aus Sabinus⁸ an: *rustici omnes apud nos in Marchia in libertate educati sunt: tota enim Marchia neminem habet servili conditione natam*, und fügt hinzu: *quod tamen de*

¹ Ihn folgt Knapp I p. 38 neuestens v. Peteradoff Beiträge zur Geschichte der Mark, Forschungen zur Braunsburgischen und Preussischen Geschichte II 1 p. 16. Vgl. oben p. 23 Anm. 5.

² S. oben p. 17.

³ S. den Antrag oben p. 17.

⁴ Tit. 41 (Myllus I c. p. 45). Mancher unruhigstige Pair setzt auf seinem gute, bestehet das nicht, wie sichs gebüret, giebt seinen Junkern weder Zins oder Pacht, kann auch nicht dierat und mangel von einem Jahr zum andern mehr schelthen und wan ihm die Herrschaft solchs nicht unger anseheben sondern einen andern gewerhanen haben wil, so heilt er das gut so teuer das er keinen kauftmann kriegen kann etc.

⁵ B I p. 4 Th. 7 § 1.

⁶ S. oben p. 24 Anm. — Für das Folgende vgl. Petenck v. Brunnwald in der Zeitschrift der Sav. Stift. G. A. Bd. X p. 40 ff.

⁷ S. oben p. 11 Anm. 2.

⁸ De appellacione moribus ac sibi Marchiae Brandenb. 1532.

Usurum, tum etiam de Nova Marchia ita absolute
vix dici potest. Er deutet also offenbar die
Sache auch auf die Uckermark aus.

Der Charakter dieser Leibeigenschaft betont
die Köppen, daß die Bauern ihre Höfe nicht
besitzen, sondern sie jederzeit zurückgeben müssen,
er die Warnung hinzu, daß der Herr nicht ohne
Ursache seinen Bauer hinauswerfen solle. Andre-
nimmt er aus einem anderen Schriftsteller die Lehre,
man alles, was von der Sklaven gesagt sei, auf die Leib-
eigenen anwenden könne, jedoch macht er vorsichtig den Zu-
satz: si foro nostro conveniat. Rechtlos ist nach seiner Mei-
nung der Sklave keinesfalls, er kann testieren, sogar eine
Burgschaft übernehmen.

Weder Köppen noch Scheplitz sprechen ausdrücklich von
der Schollenpflichtigkeit (*glebae scriptio*), es liegt das aber
wohl nur daran, daß sie beide bei der Lehre von der gewalt-
samen Vertreibung der Unterthanen die Rechtsverhältnisse
der Leibeigenen behandeln. Daß auch in der Mark die
gänzliche Aufhebung der Freizügigkeit als Merkmal der Leib-
eigenschaft galt, zeigt ein Judikat des Kammergerichts vom
Jahre 1615¹.

Über die Verbreitung dieses Verhältnisses in jener Zeit
läßt sich Sicheres nicht feststellen. Köppen spricht nur von
der Leibeigenschaft in der Neumark, ohne zu behaupten,
daß dieselbe dort allgemein sei². Scheplitz urteilt ebenso
hinsichtlich der Uckermark, in der Neumark scheint er das
Verhältnis für allgemein zu halten³.

Die letztere Ansicht ist aber zweifellos unrichtig. Noch
in dem neumärkischen Landtagarrest von 1611⁴ wird das
Auskaufen der Bauern nur nach den Principien gestattet, die
Markgraf Johann 1561⁵ aufgestellt: d. h. nur mit Willen
der Bauern oder bei Orientierung des Gutes oder Anlegung
eines Rittersitzes. Auch die Specialrecesses für Kottbus⁶, Crossen
und Zülchau⁷ bestätigen dies. Nur in den sog. drei hintern

¹ Bei Müller, *Practica civilis rer. Marchie* p. 236.

Wollen die Bauern zu Zitzendorf und des Orts herum vor leib-
eigen gehalten werden und der Gebrauch, wenn den Bauern behohet nach
Lieferung eines Gewehrmanne von ihnen eingegebenen
Hofen abzuziehen nicht üblich daß derselbe Käger — auf dem Hof
zu Zitzendorf zu verbleiben schuldig sei etc. — Daß Zitzendorf in der
Uckermark gelegen hat, geht aus den Collect. jur. March. hervor, die
dasselbe Urteil enthalten zur Begründung des Satzes, daß es Leibeigen-
schaft in der Uckermark gebe.

² S. oben p. 24 Anm.

³ S. oben.

⁴ Mylius VI 1 p. 210 (1611).

⁵ Mylius II 1 p. 48. (1561.)

⁶ Mylius VI 1 p. 243 u. 297 (1611).

Kreisen, die an Pommern grenzten: Arnswald, Dramburg und Schievelbein dürften schon damals die Bauern Leibeigene gewesen sein.

Es zeigt sich also, daß die Angabe des Scheplitz viel zu allgemein gehalten ist. Es tritt uns hier zuerst die bekannte Neigung der Juristen, wie des römischen Rechts überhaupt entgegen, die zweifellos sehr gefährlich gewirkt hat: dies ist die Vorliebe für Präsumptionen und Generalisationen, die uns auch später noch begegnen wird.

Es fragt sich nun, ob diese Leibeigenschaft erst in jener Zeit eingeführt worden ist, wie Böhlow dies für Mecklenburg annimmt¹, oder ob wir die wesentlichen Merkmale derselben, den Mangel an Freizügigkeit und die Nichteigentümlichkeit der Höfe bereits früher nachzuweisen vermögen.

Für die Neumark ist diese Frage nicht zu entscheiden. Unter Markgraf Hans scheinen jedenfalls die Bestimmungen über das Auskaufen Erbhlichkeit der Unterthanenhöfe vorauszusetzen², auch durften die Unterthanen damals gegen Stellung eines Gewehrsmannes abziehen³. Die erstere Bestimmung wird noch 1611 wiederholt, ob die letztere in Kraft geblieben sei, wissen wir nicht. Aber es kann sehr wohl trotz dieser generellen Bestimmungen in einzelnen Kreisen ein der Leibeigenschaft ähnlicher Zustand existiert haben. So erscheinen 1611 die Bauern in den drei nördlichen Kreisen stärker in der Freizügigkeit behindert, als in den übrigen Teilen der Neumark⁴; wie werden 1632⁵ und 1643⁶

¹ Zeitschr. f. Rechtsgeschichte Bd. 19 p. 557 ff.

² S. oben p. 31. Später giebt es freilich auch Leibeigene, die ihre Güter erblich besitzen.

³ Für das Land Sternberg u. für d. Herzogtümer Krossen u. Zöllichen bezeugen dies die Landesordnungen von 1562 resp. 1561, Mylius V 1 p. 55 n. 42-43. Für die ganze Neumark wird allgemein in einem noch unter Markgraf Hans erlassenen „Auszug der Fürstlichen Policei“ (Berl. Bibl. Man. Boruss. fol. 83) § 23 bestimmt. Es soll auch keinem Bauern verlobet seyn, wegzuzieh. es geschehe denn mit Vorwissen der Herrschaft und das er genugsam verwehret sey.

⁴ Es ist dies wohl aus § 16 des Landtagsabschiedes von 1611 (Mylius VI 1 p. 19) zu schließen, wo die Ritterschaft klagt, daß ihre Leute und Unterthanen auch deren Kinder, bevor sie sich der schuldigen und vor alters in demselben Orte Landes hergebrachten Subjektion gegen die Junker losgemacht, in die Anter und Städte zögen. — Hier ist von freiem Abzug bei Stellung eines Gewehrsmannes nicht die Rede, vielmehr deutet die Art und Weise, wie hier von der „in demselben Orte Landes hergebrachten Subjektion“ gesprochen, auf eine unbedingte Gutspflichtigkeit hin. Vgl. Anm. 5 u. 6.

⁵ Vgl. d. Extrakt aus der Churf. Original Resolution d. d. Cüstrin 16. Nov. 1632. Der Kurfürst erklärt auf die von der Neumärkischen Ritterschaft am 7. Aug. übergebene Schrift, daß er „die 3 Croyas als den Arnswaldischen, Dramburgischen und Schievelbeuschen bei der angezogenenmaßen hergebrachten Leibeigenschaft über die übrigen Unterthanen nicht allem gnädig handhaben wolle“ etc. (im Geh. St.-Arch.).

⁶ Eingabe der Ritterschaft an den Kurfürsten am 11. April 1643.

als Leibeigene bezeichnet, der Schluss, daß die von Köppen für die Neumark erwähnte Niehtigentümlichkeit der Höfe gerade hier — ungewiß, seit wann — häufig gewesen sei, liegt nahe, um so mehr als man nach den Urkunden von 1682 und 1643 Leibeigene in großer Menge nur in jener Gegend vermuten kann¹.

Für die Uckermark dagegen existiert bereits ein Urteil des Landvogts von 1383, aus der die Niehtigentümlichkeit der Höfe bestimmt hervorzugehen scheint². Andreerseits aber ist in diesem Urteil die Freizügigkeit der Bauern auf das stärkste betont, wenn auch die Urkunde selbst zeigt, daß sie bereits angegriffen wurde.

Es findet sich jedoch in der Polizeiordnung von 1550 § 8³ die Bestimmung: „So die Paurn ein oder mehr Ihrer Herrschaft Erbguth bewehren, So mögen sie und ire Kinder unvrhindert jrer Herrschaft sich in andere Stätte oder Dörfer, wenden — und hetten die in der Uckermark indeme bestandige, sonderliche Bräuche, ineggen sie sich derselbigen halten.“ Diese „sonderlichen Bräuche“ kann man wohl nicht gut anders deuten — denn milder für die Bauern werden sie doch schwerlich gewesen sein — als daß der Bauer in der Uckermark auch nicht einmal gegen Stellung eines Gewehrmanneß abziehen durfte, d. h. an die Scholle gebunden war⁴.

Ist dieses richtig, so wäre also die Leibeigenschaft etwa im 15. Jahrhundert in der Mark eingeführt worden.

Jedenfalls aber ist sie auch hier nicht, wie Böhlau für Mecklenburg annehmen zu müssen glaubt⁵, ein theoretisches

Obgleich Prälaten, Herrn und Ritterschaft des Uckermarkischen Stolpecker, Arnswaldischen Dramburgischen und Schieffvillhousischen Kreises vor alters die Leihungenschaft über ihre Unterthanen und deren Kinder gehabt unterstehen sich Etliche dem entgegen, ehe sie sich der Subjection bei ihren Junkern losgeracht, indie Änter und Stälte zu zehen' etc. Korn, I. cit. p. 43, vgl. Dräysen. Preuß. Politik III² p. 119.

¹ Denn es handelt sich in beiden um Beschwerden der Neumarkischen Ritterschaft, wäre die Leihungenschaft auch in anderen Kreisen damals schon üblich gewesen, so würden diese gewiß nicht verfehlt haben, ihr Interesse geltend zu machen. — S. vorher Anm. 5 u. 6.

² Es ist dies die bekannte merkwürdige Urkunde bei Wohltbrück, Lebus I 32¹. Als wenn syn dar wil tyhn von synen herren gude und hoven —, kan hie dar nicht verkopen, so schal he dat synen herren upseggen und weret dat syn her lat gut nicht wil annehmen so schal he dat up enen thyn wacken und schall dann fry weg tyhen. Die Urkunde wird allerdings auch anders aufgefaßt. Auch das Schluß von 1615 (s. p. 31 Anm. 1) spricht von den „enggeheben“, also herrschaftlichen Gütern der Bauern.

³ Mylius V 1 p. 24.

⁴ Vgl. die bekannte Angabe Kaatzows in seiner Pommerana II p. 47: — 420 über die Zustände in dem beschriebenen Pommer.

⁵ I. cit. — Fuchs s. p. 9 Anm. 4 macht a. l. o. d. g. p. 107 Anm., Bedenken hiergegen geltend, die ich ganz und voll teile.

Produkt der Juristen, sondern scheint in der That in den wirklichen Verhältnissen begründet gewesen zu sein. Ob diese Verhältnisse, wie v. Brünneck¹ neuerdings für Pommern konstatiert, dadurch entstanden, daß slavische Besitzverhältnisse auf Deutsche übertragen wurden, muß ich dahin gestellt sein lassen; das dürfte allerdings schwerlich Zufall sein, daß gerade in den beiden am weitesten in slavisches Gebiet hineinragenden Provinzen der Mark die Leibeigenschaft vorkommt, ja daß sie gerade in den neumärkischen Kreisen Schneidheim, Dremburg und Arnswalde, die ihrer Natur nach zu Pommern gehören, zuerst nachweisbar hervortritt². Sollte dies nicht damit zusammenhängen, daß gerade in jenen Ländern bei ihrer, wie es scheint, friedlichen Kolonisation viele Wenden zurückgeblieben sind und sich am meisten mit den Deutschen vermischt haben?³.

Während nun jedenfalls die Bauern in der Ucker- und Neumark gegen Ende des 16. Jahrhunderts ihrem Gutsherrn als persönlich unterthan gelten, heist Schepitz in der bereits citirten Stelle ausdrücklich hervor: *rustici omnes apud nos in libertate educati sunt*. Daher ist es auch nicht richtig, wie Knapp⁴ thut, die Bestimmung, daß der Bauer nur gegen einen Abzugsbrief seiner Herrschaft in die Stadt aufzunehmen werden dürfe, gewissermaßen als den Schlüsselstein der Gutsunterthanigkeit zu fassen. Denn auch Schepitz⁵ kennt diese Bestimmung, aber er erkennt auch sehr richtig, daß sie bloß die Konsequenz jenes Landtagsabschlusses ist, nach welchem die Bauern nur gegen Stellung eines Gewehrmannes abziehen durften⁶.

Unschädlich der Verpflichtung zur Stellung eines Gewehrmannes stellt Korn eine höchst eigenthümliche Meinung über die Anschauung der damaligen Juristen auf. Er glaubt nämlich, dieselben hätten jede Beschränkung der Freizügigkeit aus dem Diensten hergeleitet, indem man diese nicht als reine Realisten, für welche nur das Grundstück gebietet

¹ In seiner p. 23 citirten Abhandlung.

² Ueber p. 42 Anm. 4.

³ Dagegen stimmt, daß in Justizamt Cottbus, wo auch die Leibeigenschaft herrschte, noch bis gegen Ende des vorigen Jahrhunderts die wendische Sprache im Gebrauch war, vgl. das Recept an die Neumärkische Regierung wegen der Testamente der Wenden vom 25. Sept. 1734. Sammlung der Provinzial- etc. Gesetze der Preussischen Monarchie, Bd III p. 244 ff., sowie Buchholz, Geschichte der Chrenmark Brandenburg Bd I p. 43. Auch in den Herrschaften Bees- und Storkow, wo später auch ebenfalls viele Leibeigene finden, waren die Wenden besonders stark sitzen geblieben sein, da die Gegend später das Wendische genannt wurde. Buchholz, I cit I p. 21 und unter p. 54.

⁴ I p. 42-43. Es scheint, daß er sich bei seiner letzten Aussage durch die etwas unklare Interpretation der betreffenden Stelle bei Korn p. 42.

⁵ B I p. 14 cit. 14.

⁶ Die Bestimmung findet sich daher schon in den Landtagsabschlüssen aus 1570.

habe, aufgeführt, sondern daneben noch eine persönliche Verpflichtung des Inhabers für die Dienste hingestellt habe (p. 38). Hiervon findet sich bei Scheplitz nichts¹, aber auch die mährische Praxis urteilt nur wie dieser.

Sie muß zwar das Recht des Edelmanns auf Stellung eines Gewehrsmannes „nach dem Landesgebruch“² anerkennen, aber sie vermindert die willkürliche Ausdehnung desselben, insbesondere den nahe liegenden Versuch des Adels, die Söhne auf dem Hofe des Vaters festzuhalten. Nur die Eltern sind zur Stellung eines Gewehrsmannes verpflichtet³, quia, wie Scheplitz⁴ bemerkt, *consuetudo, statutum vel constitutio loquens de certis personis ad alias personas non extenditur*. Dagegen wird der Erbe zur Beschaffung eines Gewehrsmannes angehalten⁵.

Die Obrigkeit ist schuldig, einen Untertanen, wenn er alters- und unvernögenshalber dem Hof nicht mehr zustehen kann, abziehen zu lassen, „selbst ungeschet der Zusage, die er gethan haben mag“⁶ und wenn der Gewehrsmann sich hinterher als untüchtig erweist, so ist dies der Obrigkeit, nicht des Bauern Schade⁷.

Der persönlichen Freiheit der Bauern widersprach auch nach den Anschauungen jener Zeit durchaus nicht der Geänderszwangsdienst, wie er in der Mark eingeführt war. Korn glaubt zwar auch hier einen Anfang eheben zu müssen, der „auf persönliche Unfreiheit hindeutet und zu derselben führen konnte“⁸. Allein auch Scheplitz erwähnt dieses Recht, was Korn⁹ übersehen hat, das einzige aber, was er zur Erläuterung hinzufügt, ist charakteristischerweise der Satz, daß sonst, d. h. im gemeinen Recht, ein freier Mann dem dienen müsse, an den er seine Dienste zuerst verdingt.

¹ Ebenso wenig in den Entwürfen zur Landesordnung, nach der Grundordnung von 1620 (Mylius V § p. 15 verbietet nur, daß der Bauer ein Gut veräußere und sich dann aus dem Staube mache, in diesem Falle soll er gefänglich eingezogen und solange in Haft behalten werden, bis er einem andern Gewehrsmann geschworen hat).

² K. G. E. von 22. März 1602 bei Scheplitz, I II tit. 24 p. 19.

³ K. G. E. von 27. März und 8. Dez. 1626 bei Scheplitz (ibidem).

⁴ Ibidem additio.

⁵ K. G. E. bei Müller, Præf. p. 239 vom 1. Juli 1614, ob dies allerdings ganz allgemein galt, ist aus der Fassung der kurzen Erklärungen nicht zu sehen.

⁶ Con. juris March p. 2013.

⁷ K. G. E. bei Müller, Præf. p. 239 vom 19. Juni 1621: sehr richtig kann Peter N. u. s. dazu nicht mit Zug angehalten werden, bis er ihm wegen seines Gewehrsmannes, welchen N. u. s. erkaufte geschworen und er denselben auch angenommen, die Dienste nicht kann leisten noch Dienstgeld geben, sondern er hat sich an den Wehrmann deshalb zu halten.

⁸ p. 42 oben, vgl. auch den Satz in der Mitte: „Das Wesen der Sache war persönliche Unfreiheit und ist ebenfalls anders angegeben worden“.

⁹ p. 33 dagegen Scheplitz II I p. IV tit. 1 p. 2.

Den gleichen Standpunkt nehmen auch die altmärkischen und prägnitzschen Stände in ihren Monitis zur Landesordnung an, „quod durissima videatur esse servitus et contra dispositionem juris communis introducta“, sie behaupten übrigens, daß der Gesindenzwangsdienst in der Altmark niemals eingeführt worden sei¹.

Für die Mittel-, Ucker- und Neumark dagegen wird er durch die Gesindeordnung von 1620 bestätigt, aber auf drei Jahre beschränkt².

Die Bestimmung über den Gesindenzwangsdienst findet sich schon seit 1518 fast in jedem Landtagsabschied, aber einerseits ohne nähere Zeitbestimmung, andererseits ohne scharfe Strafandrohung. In der Polizeiordnung von 1550 wird nämlich nur Verlust des Lohns auf das Weglaufen gesetzt, 1575 dies wenigstens für einen Teil³ der Mark wiederholt, außerdem dem Herrn, der entlaufenes Gewinde metet, eine Strafe von 5 Thalern angedroht, eine Bestimmung, die in einem unter Joachim Friedrich verfaßten Entwurf zur Landesordnung verallgemeinert wird⁴.

Jetzt dagegen ist es nötig — offenbar zum Schutz der Bauern — die Dienstzeit genauer zu fixieren, zugleich aber auch durch harte Strafen die Betheilung vom Zwangsdienst zu verhindern. Die Eltern, die ihren Hof verlassen, um ihre Kinder dem Dienst zu entziehen, werden mit Gefängnis bestraft; die Knecht, die entlaufen, sollen beim erstenmale durch den Landreiter zurückgebracht, im Wiederholungsfall in Haft genommen werden. Auf Doppelvermittlung steht Festungshaft für die Dauer von ¹/₂ bis zu 1 Jahr, je nach der Schwere des Falles.

¹ Korn, p. 82. Das von ihm citirte Aktenstück befindet sich im Geh. St.-Arch., es ergibt sich aus demselben, daß es von den Altmarkischen und Prägnitzschen Ständen herrührt, um so wertvoller die Bemerkung, daß der Gesindenzwangsdienst in der Altmark nicht bestand.

² Mylius V 3 p. 12 u. 13. Über die Dauer des Dienstes findet sich hier die erste genauere Fixierung. Derselbe war aber wohl vorher schon gewohnheitsrechtlich fixiert. Wenigstens heisst es schon in einem Edikte von 1555 für Lützen, Ober- u. Niederhannum (Mylius V 3 p. 10): „Es mögen aber die Eltern ihre Kinder wenn sie deren zu ihren eigenen Diensten bedürfen und ihre Jahre an den Junkern Dienst umb sein, abändern etc.“. Die Polizeiordnung von 1550 sagt dagegen nur: „Wo sich dann ein Knecht oder Maged in Zeit des vorbestimmten Dienstes (des Zwangsdienstes) werden verheirathen oder ihre Eltern würden deroelbigen selb bedürffen“ — schon nie von jenen Herrn jenseit über weiser zu dienen nicht gezwungen werden.

³ S. die Anm. 2.

⁴ Berl. Bibl. Man. Bor. 41. Irrthümlicherweise glaubt Lassa, Sohn, Geschichte des preussischen Beamtenthums Bd. II p. 4, der Entwurf rühre von Preßelmeyer her, es folgt aber aus mehreren Stellen dasselben, daß er erst unter Joachim Friedrich verfaßt ist, und man sich damals noch mit Entwürfen zu einer Landeskonstitution beschäftigte, geht aus dem, was Mylius u. A. 12 Vortreibt p. 62, sagt deutlich hervor.

Behufs Verhütung des Entlaufens wird ein Entlassschein, die Kundschaft, eingeführt; wer wissentlich dienstpflichtiges Gesinde mietet, muß 10 Thaler Strafe geben¹.

Im Zusammenhang hiermit stehen einige Bestimmungen über die landwirtschaftlichen Tagelöhner. Auch diese Klasse der ländlichen Bevölkerung wird bereits in der Polizeiordnung von 1550 erwähnt und ihr Lohn festgesetzt, aber ohne weitere Strafbestimmung². Jetzt dagegen wird nicht nur den Gerichtsherren nachdrücklich eingeschärft, nicht zu dulden, daß „gesunde, starke Leute, die wohl arbeyten können, zum theil bey den Eltern, zum theil bey den Krügem oder andern in seinem Dorffo wohnende, beynahe das gantze Jahr auff der bernhauf liegen und mit müßiggang die zeit zubringen, hernacher aber in der Hew- und Kndtzeit den armen Landmann — übersetzen“, sondern sie werden auch ermächtigt, den Lohn, den jene zuviel gefordert, zu konfiszieren und ihnen die Kundschaft zu verweigern. Denn auch für diese Arbeiter wird der Arbeitschein, wie für das Gesinde, eingeführt unter Androhung gleicher Strafmaßregeln gegen Zuwiderhandlungen³.

Über den Zweck dieses Theils der Gesindeordnung kann kein Zweifel sein, er bezeichnet den ersten umfassenden Versuch des in jener Zeit rasch gewachsenen Gutsgrundbesitzes, sich das notwendige außerordentliche Arbeitsmaterial möglichst billig zu sichern. Einzelne der Bestimmungen kamen ja zweifellos allen Landbauern zu gute, den Hauptnutzen hatte aber sicherlich der Rittergutsbesitzer.

So zeigt sich der Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft und das Bestreben, denselben durch die Beschränkung der Freizügigkeit abzuwehren, als eine typische Begleiterscheinung des Gutsgrundbesitzes; es ist kein Zufall, daß die ersten Spuren hiervon sich zu der Zeit finden, in der die größere Ausdehnung des Gutsgrundbesitzes beginnt und daß noch in unsern Tagen am meisten über den Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern im Nordosten Deutschlands geklagt wird.

Das Hauptarbeitsmaterial der Gutswirtschaft jener Zeit war freilich nicht das Gesinde und die landwirtschaftlichen Lohnarbeiter, sondern die angesessenen Bauern und Kossaten; daß aber auch diese im freien Abzug behindert waren, ist bereits früher hervorgehoben worden; warum dies geschah, ist leicht zu verstehen.

Weitaus die meisten Bestimmungen in den Collectanea juris Mariani beschäftigen sich ja mit den Dienstverhältnissen der Bauern. Es erklärt sich dies eben aus den damaligen wirtschaft-

¹ Ges O von 1620 Myl us V. § p. 11 ff

² Myl us V. § p. 20 ff

³ Ges O von 1620 l c

leben Verhältnissen. Je mehr die Ritters Güter an Umfang wuchsen, desto mehr Dienste brauchte der Edelmann zur Bestellung seiner Acker.

Zwar galt der Satz „nach gemeinem Landgebrauch“, daß die Ritter von den ausgekauften Hufen Bauernrecht halten mußten¹, und daß der Bauer die wüsten Hufen nicht zu besackern brauchte², es ist aber leicht zu begreifen, daß die Versuche zur Annäherung der Dienste immer aufs neue fortgesetzt wurden.

Um so wichtiger ist es nun, zu sehen, wie sich die Jurisprudenz zu diesem Bestreben stellte.

Wir haben allerdings bereits zwei Landtagsabschiede schon oben kennen gelernt, welche die Stellung des Rechts naturgemäß beeinflussen mußten. Der eine³ spricht den Obrigkeiten ohne weiteres das Recht zu, Unterthanen, von denen sie eine Zeitlang Dienstgeld genommen haben, dasselbe wieder aufzukündigen und Naturaldienste zu verlangen. Infolgedessen halten die Juristen auch hieran fest⁴, wenn auch Scheplitz ausdrücklich die Abweichung vom gemeinen Recht hervorhebt⁵, da ja dies die Bauern kraft der Verjährung geschützt hätte. Aber doch wird auch hier der Bauer vor allzu großer Willkür geschützt, insofern die Obrigkeit nicht neben den Diensten zugleich Dienstgeld nehmen⁶ und als solches nur eine bestimmte landesübliche Summe, 12 Thaler für Spann-, 6 Thaler für Handdienste fordern darf⁷.

Der andre Landtagsabschied⁸ war ein Verbot an das Kammergericht, den Bauern gesetzte Dienste zu machen und der Obrigkeit Speisung der Bauern aufzuerlegen; es solle jeder mit seinen Unterthanen halten, wie zuvor. Offenbar war auch diese Be-

¹ Für die Praxis s. die Erkenntnisse bei Müller, Pract. p. 116 vom 16. Sept. 1605, 4. Aug. 1611, 27. März 1601, 3. Mai 1611, vgl. auch die Erkenntnisse in Resol. 100 N. 84.

² Vgl. die K. G. E. bei Müller, Res. 99 N. 47 vom 9. Nov. 1603. Collectanea jur. March. „Unterthanen dürfen bloß die Ritterhufen, nicht aber die wüsten Paurhufen bestellen.“ Mehrere Erkenntnisse, das früheste vom 9. Okt. 1630.

³ p. 20.

⁴ Köppen, Quaest. juris, quaest. 19 N. 12. Scheplitz, B. 1 p. IV Tit. 19. K. G. E. bei Scheplitz, Anhang zur 3. Aufl. p. 660 u. 661 und bei Müller, Pract. p. 146.

⁵ I. cit. alias vero, si abesse consuetudo vel provisio specialis hac in re et rustici loco servitiorum praestitissent certam pecuniam ultra tempus ad praescriptionem sufficientem, quod tunc aliis servitiis onerari non possunt, respondisse Lipsenses apparet.

⁶ K. G. E. bei Müller, Pract. p. 148 vom 10. Mai 1611.

⁷ Hülsem vom 13. Mai 1612. „So können auch actori die von den Leuten geforderten 12 Thaler Dienstgeld nicht passiret werden, sondern er soll den Leuten, was er in den ersten beiden Jahren über 12 Thaler empfangen hat, wieder herausgeben.“

⁸ S. oben p. 21.

stimmung dem Adel günstig und sie scheint in der That ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben.

Wie in ganz Deutschland¹, so dürfte auch in der Mark die Zeit vor dem 30jährigen Krieg² diejenige gewesen sein, in der sich die Fronen am ehesten verallgemeinerten³, am schließlichen vielfach zu angemessenen zu werden. Das römische Recht mag wohl diese Tendenz befördert haben, eben durch die bereits hervorgehobene Neigung zu Generalisationen. So wird jetzt präsumiert, daß die Dienste der Untertanen im Zweifel angemessene sind⁴ und daß bei gemessenen Diensten, doch Korn- und Bauführen ohne Abzug geleistet werden müssen⁵.

Es wäre aber irrig zu glauben, daß solche Präsumptionen hervorgegangen seien aus der Abneigung der Juristen gegen die Bauern und ihrer Parteilichkeit für den Adel. Das römische Recht ist auch hier, wie so oft, nur der Gehaltbiller des bereits werdenden Rechts gewesen. Die Hauptsache war einfach der Gewaltdruck, den die Gutsbesitzer auf ihre Untertanen ausübten. Charakteristisch hierfür ist ein Prozeß vom Jahre 1567, den die Gemeinde von

¹ Vgl. Roscher, Geschichte der Nationalökonomik, p. 182.

² Vgl. oben p. 17. Eine der stichhaltigen Zeugnisse für die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts ist in der Ordnung der Räte von ca. 1562. Moritz II p. 57. Hier wird den Räten und den Räten befohlen, die prägen, so zwischen denen von Adel und ihren Untertanen der Dienste halber vielfältig vorfallen an unsere Haupt- und Aempter jeder Orthe also die der Gebrauch in ihren Aemtern und was es die unser benachbarten mit ihnen halten wissen renditieren und dazweilen die Gebühr also darinnen zu beschaffen, daß die Leute an untregl ebnen und ungewonlichen Diensten nicht gedrungen, bezogen werden.

³ K. G. E. bei Moller, Pract. p. 149 vom 22 Juni 1607.

⁴ K. G. E. I. c. p. 21 vom 27 Mai 162.

⁵ Kgl. G. St. Arch. Rep. 22 72. Bauern-Sachen — 1684. Zum Belege für das weiter im Text Gesagte lege ich aus demselben folgende Punkte hervor.

1. Vor 11-10 Jahren hat der Junker sie um Führen nach Fürstenthum gebeten dafür hat er jeder Bauer einen Scheffel Hafer gegeben und nach 5 Jahren, als er ihnen die Gerstenkornen hat abgemessen und sie sich weigerten hat er sie ihnen gelohnt, aber er begnügt sich nicht damit, sondern hat aus der Bitte ein Recht machen wollen und geboten ihnen, daß wir sie in der besten Pflanzzeit als wir erwirben und obdauerte erst nach Frankfurt etc. haben führen müssen.

2. Da wir uns Junker 5 Jahre und die 4 Jahre her nach einander auf seine Räte in Vorhaben, aus Gutwilligkeit, je 11 Hufen 6 Scheffeln und jeder Kossat 3 Scheffel. Prentelitz aus dem Hufen gegeben, daß er hat er jährlich ein Fals Bier gegeben, damit er aus dem Jahr zu solchen Hufen, etc. zu führen werden.

3. Als unser Junker — vor 13 Jahren gestorben und Martschenow kommen ist, da hat er verordnet, daß er die 2 Hufen das Dienstgeld gegeben. Vor 15 Jahren starb, da er noch 2 Hufen zu seiner Witwe Hufen gekauft, da haben wir ihn laut der Braut im August, jeder 6 Tage gedient und vor 14 Jahren, da haben wir ihm nach 1 Tage gedient und den 7. Tag haben wir ihm seinen Hufen genommen vor 12 Jahren haben wir auf sein Bitten um Gutwilligkeit 8 Tage gedient —

Mantschenow (Lebus) gegen ihren Junker des Großes¹ Witwe anstrengte. Die Gemeinde hatte mit dem verstorbenen Junker 1526 einen Vergleich abgeschlossen über die Regulierung der Dienste. Trotzdem dienen die Bauern etliche Jahre „ungutwilligkeit“ noch 2 Tage mehr. Der Junker aber läßt es nicht dabei bewenden, sondern: „als wir ihm erstlich über unser schuldig dienst (dies) auf seine Bitten, dafür er uns gutwillig gelohnt, auch uns jährlichen etliche Fassa Bier gegeben, so Gutwilligkeit zu Bette gethan, da hat er letztlich daraus ein recht gemacht und uns neue Dienste aufliegen wollen.“ Der Gemeinde legt der Klage ein Verzeichniß der neuen, beschwerlichen, unerträglichen Dienste bei. Dasselbe weist eine ziemlich große Reihe neuer Dienste auf, der Gang der Dinge ist immer derselbe: Erst bittet der Junker, gibt den Leuten für die Arbeit zu essen und zu trinken, nach einigen Jahren giebt er ihnen weniger oder gar nichts, zieht aber die Dienste allmählich Recht an.

Und die Bauern? Sie lassen sich die Sache jahrelang ganz ruhig gefallen; daß es in diesem Falle zum Prozeß kommen, führt nur daher, weil der Junker, vor dem sie offenbar große Angst gehabt haben, gestorben war und seine Witwe sie noch schärfer heranziehen wollte.

Dies ein Beispiel zeigt, wie ich meine, besser als alle Erörterungen, wie leicht eine Ausdehnung der Dienste auch ohne das geringste Zuthun der Jurisprudenz stattfinden konnte. Selbst der Umstand, daß das römische Recht eine Verjährung der erzwungenen Dienste nach 30 Jahren annahm, konnte da kaum eine besondere Verschlimmerung bewirken¹.

Man sieht in der That, wie ganz von selbst mit der Entstehung größerer Gutswirtschaften neue Dienste zum „allgemeinen Landgebrauch“ werden konnten, andererseits aber, wie gefährlich es war, daß die Juristen sich diesem anschlossen. Und doch konnten sie nicht wohl anders, wenn keine Verträge da waren. In jenem Landtagsvers von 1550 wurden sie eigentlich darauf hingewiesen. Kurze Zeit später wurde

vor 10 Jahren (nachdem der Junker von den ausgekauften Hufen seinen Meier wieder genommen da hat er uns arme Leute zu solchen vielen unbilligen Diensten zu zogen (im August) gezwungen — darüber er nicht einen Mund voll Broths noch trinken gegeben — und da wir uns dessen bewußt hatt er uns bedröht das er uns alle aus dem Dorfe jagen wolt — und hat uns etliche Jahre her gezwungen, daß wir ihn den ganzen Agri hochreich so lange haben dienen müssen, bis er sein Korn und Heu das aufgebracht“ etc etc. Sehr beachtend ist auch eine Notiz im Erbregüter des Amtes Spandow von 1590 über die Dienste der Unterthanen eines Dorfes. Das früher zum Klostervorwerk gehörte, „haben vor alters dem Kasten 3 Tage gedient“ etzt aber hebet sie zum Argste allerle Dienste an Maken backen und Binden Korn und Heu graf, so oft es ihnen wird angesagt.“

¹ Vgl. Köppen, *quintus jannis* in 13 N 2 u. Senepht's, Anhang c. 2. Auf p. 661.

dann dem Kammergericht befohlen, Dienststratigkeiten an die Haupt- und Amtleute zu remittieren, da diese „den Gebrauch kennen und wissen, wie es die benachbarten mit ihren Leuten halten“¹. Diese Bestimmung war natürlich nicht durchzuführen, sobald sich die Streitigkeiten häuften. Daher stellt Diestelmeyer in seinem Entwurf zur Landesordnung als Princip auf², „dass wenn Dienste halber geklagt wird und nicht Verträge oder andere Gewissheit vorhanden, wie die Leuten zuvor gedient, sollen dieselben also wie der nächst benachbarten Dorfler einwohner ihren Herrschaften dienen, ihnen auch an Essen und Trinken gegeben werden, was sie vor alters gehabt oder wo dasselbe ungewiss, was die nächsten Feldnachbarn ihren Leuten gegeben“.

Wir finden demgemäss gerade in den Abschieden über Korn und Baufahren und auch sonst öfter die Berufung auf den „kundbahren Landesgebrauch“³.

Abgesehen von dieser bei den Verhältnissen der damaligen Zeit den Bauern gewiss ungünstigen Tendenz zur Nivellierung nimmt das römische Recht auch hinsichtlich der Dienste denselben Standpunkt ein, wie gegenüber den übrigen Privilegien des Adels. Auch die Dienste nämlich sieht es als *privilegia odiosa* an. Daher fügt Schephtz⁴, nachdem er sich durchaus damit einverstanden erklärt, dass es jeder mit seinen Untthanen halten solle, wie zuvor: *cum totum hoc jus dominium — consuetudine est introductum*, unmittelbar darauf hinzu: *quod servitia non sunt extendenda, et amplianda, sed intra fines suos servanda*. Und in der That betonen auch die Kammergerichts-erkenntnisse dieses Grundsatz mehrfach⁵.

¹ S. oben p. 39 Anm. 2.

² Mylius VI 3 p. 45.

³ Vgl. K. G. E. von Freitag nach Agdi 1600 in d. Coll. jur. March. (b. Möller, Praet. p. 140 nur unvollständig). Obwohl im Abschiede nur der 2 oder 1 Tag gedacht, in welchem die Bauern dienen sollen — ist auf von Heubitz Anhalten die Erklärung dahin erfolgt, dass mit denselben das Korn- und Baufahren nicht gemeint, sondern dieselben bei jeder vorkommenden Nothdurft dem Landesbrauch nach sollen geleistet werden.

21 Okt 1611 (Möller, p. 143) obgleich der Baufahren halber in bemeltem Vertrag — keine Verordnung gemacht, können dennoch Kläger dem Landesgebrauch nach auch nicht entgegen etc.

25. Apr 1617 (ibidem) Es geht und bringt der Landesgebrauch mit sich, dass (Bock) nicht allein das Braunholz zu fuhren, sondern auch über den die Korufahren zu vernehmen schuldig.

17 Nov 1619 Coll. jur. March: Weil gedachter Abschied von den Baufahren keine Meldung thut, der kundbahre Landesgebrauch aber hienü der Sachen kerna Mafz geht etc.

⁴ B. I p. IV Tit. II § 2.

⁵ K. G. E. vom 1 Jun 1622, Coll. jur. March: und muss sich Beklagter inmittelst der Dienste civiliter gebrauchen, damit die Bauern in Ungebühr nicht beschwähret werden, oder ihnen die Dienste allem Herkommen nach zuwider überhaufet werden.

Ja, sie ziehen sogar wichtige Konsequenzen hi-raus. Sehr richtig laßt Korn¹ hervor, daß den Bauern bei ungemessenen Diensten alle ordnungsmäßige Wirtschaft unmöglich wurde, wenn sie zu jeder Zeit von ihren eigenen Feldern abgerufen werden konnten. Aber dies konnte oder wenigstens sollte in der Mark nicht, wie er anzunehmen scheint, der Fall sein, denn die Dienste mußten tags vorher angesagt werden², vor allem aber mußte den Leuten selbst während der Ernte Zeit zur Bestellung des eigenen Aekers und zwar 1½ Tage gelassen werden³.

Auch durften Dienste nicht verfallen werden⁴, noch brauchten sie die Bauern nach andern als den altherkömmlichen Orten zu leisten⁵.

Der Unterschied zwischen Bauern und Kosaken hinsichtlich der Dienste bleibt streng gewahrt, die Bauern leisten Spann-, die Kosaken Hand- und Fußdienste⁶. Hier kamen offenbar die Präsumptionen den Bauern zu gute; aus den Erbregistern der Amter geht hervor, daß die Bauern munter auch Handdienste wie Mahen etc. zu thun hatten.

Naturngemäß finden sich noch weit mehr Bestimmungen zum Schutze der Bauern, die gesetzte Dienste haben. Zwar müssen sie, wie bereits erwähnt, Korn und Bauwaren noch außerdem leisten, aber anstatt derselben sind sie der Obrigkeit keine andern Dienste schuldig⁷. Die Kornfuhrn durften zudem nicht ein gewisses Maß übersteigen, weder hinsichtlich der Schwere der Ladung⁸, noch hinsichtlich der Länge des Wegs⁹.

25 Apr. 1825 (ibidem) Es ist die Beklagter der Dienste civiliter gebrauchen, den Leuten die Fuhrn insamerheit in der Ernte und Sontzeit nicht überlaufen etc., vgl. auch Schepfitz I. H. Tit. 22

1 p. 33

2 K. G. E. b. Müller, Pract. p. 149 vom 21 Jun 1816

3 Ibidem p. 252 vom 1 Jun 1811 Coll. jur. Mach. K. G. E. vom 17 Jun 1817. Die Untertanen sollen vorhersehender Nothdurft nach taglich, wenn ihnen angesagt wird, dienen, doch mit dem Bescheid, daß sie um ihre Ernte dadurch nicht gehindert werden, sondern selbige daneben zur rechten Zeit bestellen können.

26 Apr. 1823 Es ist der Beklagter -- den Leuten die Fuhrn in der Ernte und Sont Zeit zu Ungelahr nicht überlaufen, ob sie wohl auch mit der Hand indertem-mata servit a praestieren müssen, doch abzurufen, daß sie das Ihre auch dabei in acht nehmen und verrichten können.

4 K. G. E. vom 12 Aug. 1810.

5 K. G. E. vom 7 Jul. 1813 und 21 Febr. 1815 b. Müller p. 284.

6 K. G. E. bei Müller vom 13 Mai 1812 7 Aug. 1813, 6 Mars 1815. Ob wohl wohl G. Brucke berichten lassen, daß Peter Hoppe nicht neuen eingezogene Untertanen etc. thun, sondern auch als ein Kosak mit dem Halbe zu dienen schuldig, weil aber P. b. dessen nicht geständig, auch sonst nicht landwirthschaftlich thätig, v. B. St., welches besser zu 120 geschätzt zu werden.

7 Coll. jur. Mach. K. G. E. vom 30 Nov. 1808 u. 4 Okt. 1810 hinsichtlich der Korn- vom 1 Okt. 1811 hinsichtlich der Bauwaren.

8 Nach 1 b. K. G. E. bei Müller p. 236 31 vom 16 Jun 1813 and 17 Okt. 1814 12 Schöffel.

9 Ibidem vom 1 Okt. 1819 27 Mai 1811 5 8 Meilen.

Auch die Baufahrten wurden bestimmt reduziert (auf 4 Meilen)¹, sie brauchten zudem nur für die Ritterstätte geleistet zu werden².

Für die gewöhnlichen Dienste ist am wichtigsten der Satz, daß sie nicht aufgesammelt werden durften, sondern es den Bauern zu gute kam, wenn man die Dienste nicht brauchte³. Was der Adel in dieser Beziehung versuchte, zeigt recht deutlich ein K.G.E. vom 6. XII. 1619 in den Coll. jur. March.: Weil auch Kläger die Unterthanen öfters um einen 1^{en} Tag bis Nachmittag in den Hofdienst bis dahin behalten und sie darnach ziehen lassen, und den andern Tag wiederum dienen und also die ganze Woche zubringen lassen, soll solches nicht mehr hinfürder geschehen, sondern sollen die Unterthanen — den ganzen Tag im Amt verbleiben und der 1^{te} Tagelohn ganz abgeschafft sein.

Auch läßt sich die Juristen keineswegs streng an das formale Recht, sowohl zu Gunsten der Herrschaften als auch der Bauern. Der Kossak braucht in der Regel Sonntags nicht zu dienen, aber in dringenden Nothfällen muß er es thun⁴. Andererseits aber haben die Kossaten, wenn sie Brot backen, einen halben Tag frei⁵. Der Bauer, wenn er sein abgebranntes Haus wieder aufbauen will, braucht 2—3 Jahre keine Dienste zu leisten. Hat er eine Leiche in seinem Haus zu begraben, so ist er selbst beim Begräbniß den ganzen Tag frei, die, die das Grab herrichten, einen halben Tag, die übrigen, die der Leiche folgen, während des Leichenbegängnisses. Ein Herr von Rochow wird verurtheilt seine Leute dienstfrei zu lassen, da die Pest in ihrem Dorfe gewesen⁶.

Gerade die Billigkeit und Theilnahme, die aus diesen Entscheidungen spricht, beweist, daß auch das Dienstverhältnis den Bauern nicht sowohl durch die Reception als durch den Zug der Zeit verschlechtert worden ist.

Und das scheint mir überhaupt, wenn wir zusammenfassend einen Überblick über die Ansichten der damaligen Rechtstheorie und Rechtspraxis in der Kurmark vor dem 30-jährigen Kriege werfen — das Ergebnis zu sein, was sich aus einer solchen Betrachtung ziehen läßt, daß das römische Recht den Bauern an und für sich keineswegs ungünstig

¹ Coll. jur. March. vom 13. Febr. 1617: „Baufahrten darzu nicht zu weit extendiret und die Unterthanen damit be last get werden.“

² K. G. E. bei Müller, p. 251 vom 16. Jan. 1611 u. 25. Apr. 1611.

³ K. G. E. bei Müller, p. 248 vom 7. März 1613, 18. April 1617, 9. Jan. 1611, Coll. jur. March. K. G. E. vom 28. Apr. 1619, 28. Jan. 1619, 28. Jan. 1602, 3. Jan. 1626.

⁴ K. G. E. bei Müller, p. 250, 54 vom 22. Jan. 1611, 20. Okt. 1613, 1. Okt. 1613, 13. Nov. 1621, 10. Okt. 1623.

⁵ Vgl. u. Erkenntniß bei Müller, Pract. p. 23, 234 u. Beckp. Ista II Tit. 24 u. 25.

war¹, es schloß sich im wesentlichen an die bestehenden Gesetze und das Gewohnheitsrecht an, interpretiert aber die Privilegien des Adels im allgemeinen restriktiv zu Gunsten des Bauern, neben dem *justum* spielt das *aequum* eine große Rolle.

Dafs natürlich die von den deutschen verschiedenen allgemeinen Anschauungen und speciell juristische Sätze, wie sie mit dem römischen Recht in die Mark eindringen, z. B. hinsichtlich der Verjährung, des Beweises, im Erbrecht etc. vielfach die Urteile beeinflussten, ist selbstverständlich, allein dieselben haben zu der allgemeinen Gestaltung der gutsherrlich-häuerlichen Rechtsverhältnisse verhältnismäfsig nur wenig beigetragen.

Abstrakte Konstruktionen und Deduktionen finden sich relativ selten, geschweige denn, dafs sie zur Verwirrung der Rechtsverhältnisse geführt hätten; die wesentlichsten Resultate sind den bestehenden Rechtsverhältnissen gemäfs, wenn auch im einzelnen sich manche schiefe Ansichten finden. So mag ja z. B. die Theorie vom getheilten Eigentum nicht den ursprünglich germanischen Anschauungen vom Erbzinsrecht entsprechen, aber kann man die Quintessenz dieses Verhältnisses günstiger für die Bauern hinstellen als Schepitz, wenn er sagt²: *dominium horum praediorum est penes rusticos et nobiles habent tantum dominium precipuod*³?

Gefährlicher als die Dogmatik des Rechts war seine Neigung zur Nivellierung, wie sich dies namentlich hinsichtlich der Dienste zeigt; ob aber auch ein anderes Recht, das diesen Zug nicht so sehr in sich trägt, in jener Zeit die Bauern geschützt hätte, steht sehr dahin.

Wie dem auch sei, das steht sicher fest, dafs die Jurisprudenz jener Zeit nicht, wie Korn glaubt⁴, um diesen Ausdruck zu gebrauchen, den Boden für die Anschauungen bereitet hat, auf deren nach den Stürmen des 30jährigen Krieges das Leasitentum hätte entstehen müssen.

Die Bestimmungen, die Korn aus den Landtagsreversen und den Landesordnungen zusammengestellt, — es gehört hiehin nur noch die alte deutsche Pfändungsrecht, das der Herr am Gute seines Zinsmannes hat⁵, — sind zwar die wesentlichsten, aber nicht die einzigen Beschränkungen des Bauernstandes in der damaligen Zeit.

So muß der Bauer An- und Abzugsgeld⁶ zahlen, beim

¹ Vgl. Gust. Freytag, Bilder aus der d. Vergangenheit Bd. II 2 Abschn. 6 p. 169.

² Schepitz, B. II Tit. 4.

³ S. oben p. 21.

⁴ S. oben p. 3 noch heute particularrechtlich erhalten, s. Baseler, Deutsches Privatrecht I p. 21.

⁵ Landesordnung von 1561 Tit. 1, aus der Joachim-Friedrichschen Landeskönstitution sieht man dafs das Abzugsgeld noch nicht allgemein war, sie verbotet dasselbe zu erheben.

Antritt einen Eid leisten; von einer Erbschaft, die in ein anderes Gericht geht, spricht schon die Joachimianer Herrschaft den Abschöfs zu. Es finden sich Bestimmungen über die Kirmessen, Kindtauffeste, Hochzeiten, Kleiderordnungen auf Veranlassung des Adels seit 1527: in dem Entwurf zur Landesordnung unter Joachim Friedrich¹ ist bis ins einzelne geregelt, wieviel Gänge der Hufner, wieviel der Kosat bei einer Hochzeit oder Kindtaufe gehen darf, wieviel Tonnen getrunken werden sollen u. s. w.; auch über die Stoffe, den Schmuck, den der Bauer tragen darf, giebt er Vorschriften, ebenso werden die Löhne für das Gesinde, für die Knechte, Mägde u. s. w. genau normiert für die einzelnen Teile des Landes. Über die Aufrechterhaltung dieser Bestimmungen muß natürlich die Herrschaft wachen, die Schulzen müssen ihr alles anzeigen². Die Herrschaft soll auch bei den Erbteilungen der Bauern zugegen sein³, wie auch Verpfändungen und Verschuldungen der Grundstücke nur mit ihrem Wissen und Willen gestattet sind.

Alle diese Bestimmungen sind keineswegs neu, die Vogteordnung von Metzdorf von 1472⁴ enthält eigentlich schon in neue, was später nur ausführlicher und breiter, wie z. B. bereits in der altnormischen Bauernordnung von 1531⁵ festgesetzt ist; die Landtagsabschiede während des ganzen 16. Jahrhunderts sind unermüdlich in der Wiederholung und Einschärfung der Hauptgesetze.

Welches sind die Anschauungen, die diesem Rechtssystem zu Grunde liegen, welches ist insbesondere der Geist, der aus jenen Entwürfen zur Landesordnung spricht?

Sollen wir mit Korn⁶ und Isaacsohn⁷ glauben, daß die Strömung jener Zeit eine bauernfeindliche ist, daß sie darauf ausging, „aus dem Bauern einen besitzlosen, frondenden Arbeiter zu machen“?

In der That, es läßt sich manches für eine solche Meinung anführen: daß die Bauernlegungen damals stark im Schwange waren und an manchen Orten zu starken Bedrückungen führten, steht fest⁸, ebenso sehen wir⁹, daß die Fronen in jener Zeit beständig zunehmen. Und schließlich alle jene Indikate, die wir angeführt, sind sie nicht ebensoviel

¹ s. p. 36 Anm. 4.

² Vgl. die interessante Stelle, in der Scheplitz über die Schulzengerichte seiner Zeit spricht, B. I p. III Tit. 8 § 2.

³ Diestelmeyers Landesordnung Tit. 40.

⁴ s. oben p. 32.

⁵ Landtagsprotokoll in Kampfs Jahrb. Bd. 45, vgl. p. 19 Anm. 6.

⁶ s. oben p. 24.

⁷ s. cit. Bd. II p. 9.

⁸ Vgl. oben p. 2.

⁹ p. 9 charakteristisch ist auch der Streit zwischen dem Kurfürsten Johann Georg und dem normischen Adel wegen der Bauernfron, s. Korn p. 27 ff.

Zeugnisse für die Ansprüche des Adels, denen der Bauer schwerlich immer durch einen kostspieligen Prozeß beim Kammergericht entgegen treten konnte?

Und doch! Die Verfasser der Landesordnungen waren bauernfreundliche Männer; auch Schepfitz und die andern Juristen jener Zeit waren, wie gezeigt, weit eher geneigt, die Bauern zu schützen, als sie herabzudrücken. Sollten sie nur um dem Adel den Bauern möglichst wehrlos in die Hände zu liefern, ihn deswegen so unter die Herrschaft seiner Obrigkeit gestellt haben?

Ich meine, die Gestaltung des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses, wie es sich im 16. Jahrhundert herausgebildet, ist nur zu verstehen, wenn man den ganzen volkswirtschaftlichen Charakter jener Zeit ins Auge faßt.

Das 16. Jahrhundert ist das Zeitalter, in dem der Merkantilismus sich entwickelt, der Merkantilismus aber ist in seinem innersten Kern Staatsbildung¹ und dies zeigt sich auch an dem Staat im Staate, den das Rittergut bildet. Nur daß natürlich in dem gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse die Ideen des Merkantilismus sich vorwiegend nach einer Richtung hin geltend machen, der der Bevormundung und der Beaufsichtigung.

Der Gutsherr ist der Vormund seines Bauern. Denn der Bauer ist dumm. Daher muß die Herrschaft über ihn wachen, daß er sich nicht bei seinen Gelagen übernimmt, daß er sich nicht vom Wucherer umgarnen, daß er bei Erleichterungen sich nicht überbieten läßt.

Die Herrschaft sorgt aber auch noch in anderer Weise für ihrer Unterthanen. Sie muß darauf halten, daß er zur Kirche geht², sei Brandschaden muß sie ihm das nötige Bauholz liefern und ihn während der Zeit des Wiederaufbaues pacht- und dienstfrei lassen.

Das alles liegt ja auch in ihrem eigensten Interesse. Denn sie hat dem Bauern das Gut gegeben und empfängt dafür Dienste und Pachte, ja es erscheint auch als billig, daß sich die Kinder der Unterthanen ihr „umb tolligen Lohn“ als Gesinde anbieten.

Das Bauerngut ist also ebenso wertvoll für den Herrn, wie für den Bauern, und eben darum bedarf der Bauer der Überwachung. Ja noch mehr! Alle Rechte gegen den Bauern sollten nicht, wenn es in dessen Belohnen soll, jeder Augen-Blitz abzeichnen. Daher wird ihm der freie Abzug nur gestattet gegen Stellung eines Gewährmannes, „damit der Obrigkeit Pächte und Dienste nicht geschwächt werden“³.

Vgl. Schmoller, Studien über die wirtschaftliche Politik Friedrichs d. Gr. in 8 Jahrb. N. F. Bd. 8 p. 43.

¹ Schepfitz IV H 14, nach einem K. G. R. vom 17 März 1626.

² S. den Jahrb. Friedr.richen Literatur zur Landesordnung bei Tennemann, I c II p. 4.

Diese Bestimmung, so hart sie uns erscheinen mag, ist doch in gewissem Sinne nur das Korrelat des Erlösungsrechtes: denn der Edelmann darf ja dem Bauer das Gut auch nicht beliebig wegnehmen, sondern muß es ihm lassen, solange er es nicht verschlechtert. Soll nun der Bauer den Edelmann durch plötzliches Wegziehen ohne weiteres um seine Einnahme bringen dürfen?

Hätte man damals bloß das gutserwerbliche Interesse im Auge gehabt, so würde man, wenn nicht das Verpögen, so doch das Auskaufen der Bauern ohne weiteres gestattet haben. Wir sehen bereits¹, daß dies nicht der Fall ist, sondern nur ausnahmsweise geschieht, wenn die Obrigkeit einen Wlassitz braucht², oder der Bauer grobe Widersetzlichkeit sich zu schaden kommen läßt.

Das römische Recht hat eben gewissermaßen zwei Principien in sich, die zu einander in einem gewissen Gegensatz stehen. Das eine ist das Princip der Autorität. Von diesem Standpunkt aus hat es entschieden das Übergewicht des Adels über den Bauern gefördert, und dazu beigetragen, die sociale Kluft zwischen Edelmann und Bauer zu vergrößern, indem es bei jenem den Begriff der Herrschaft bei diesem den der Untertänigkeit betont. Aber es liegt dies überhaupt im Sinne jener Zeit, es ist ein hervorragender Zug des Merkantilismus.

Eben dieser Zug ist aber auch an derseits dem Bauernstande günstig. Denn hinter dem gutserwerblichen Interesse steht das staatswirtschaftliche, über den Adel steht der Fürst, selbst in einem Lande, wo die Städte eine so große Macht besaßen, wie in der Mark damals. „Schutz des Bauernstandes und des Bauernlandes“³ ist daher in gewissem Sinne schon in jener Zeit vorhanden. Das tritt u. a. in der Landesordnung (Hestelmeyers hervor: der Adel darf zwar eine Bauernstelle zur Errichtung eines Leihgedinges auskaufen, muß sie aber nach dem Tode der Witwe wieder besetzen, „damit der Pauerstand auch erhalten und uns und unserer getreuen Landschaft an der Mannschaft und gemeinen Landeshülfe

¹ p. 27 ff.

² Wie sehr diese Bestimmung ein Hemmnis für die Bestrebungen des Adels sein konnte, und, wenigstens unter Dietrichmeyer auch war zeigt folgender Artikel unter den „Altmärkischen Beschwerden“ (1512 Geh. St. Arch. H. 53. 10) „Auch gradgester Churfürst und Herr Herr Churf. Guden haben der Adels zu berichen daz sie vorigen Landtag (wohl dem von 1420) durch S. Ch. gn. bewilliget ist worden daz einer von Adel der viel Schin hat odder sonst zu besitz seiner Wohnung benötigt einen pauer zu ankneuen macht habe gelapet derwegen zu F. Ch. Gn. unser interthung Bitte, I Ch. Gn. w. l. er wol so hart dar über gehan ten w. d. t. in der Cantzley und sonst es gnadig vergnaden, weil es doch von Eaz Ch. gn. vernunftig gnuig bewilliget ist worden.

³ Kuapp I p. 51

nichts abgeht¹. Es steht damit wohl auch in Verbindung, daß Schepitz und die Praxis des Kammergerichts, wie gezeigt², so streng an den Beschränkungen dieses Rechts fest halten.

Es kommt aber dazu noch das andere Princip des römischen Rechts. Das römische Recht hat bekanntlich den Eigentumsbegriff am schärfsten ausgeprägt, es ist geneigt, den Eigentümer in allen seinen Befugnissen zu schützen. Und dies kommt auch dem Bauer zu gute, wenigleich dieser nur der *dominus utilis* seines Besitzums war³.

Betrachtet man von diesem Standpunkte aus die Landesordnungen, so erscheint es nicht richtig, zu meinen, daß sie „den Bauern dem Ritter ohne Kontrolle zur Ausbeutung überlassen“. Die Ausdrücke „unwilliges Appellieren“, „Vorübergehen der Obrigkeit“ etc. mögen wohl für uns großes Unbestimmtheit in sich schließen; daß es für die damalige Zeit schon so gewesen, erhellt aus den Indikaten und den Schriften der Juristen durchaus nicht. Gewiß hatte der Adel eine Menge Rechte, die den Bauern von ihm abhängig machten, aber soweit gehen sie nicht, daß sie „zur völligen Verhinderung jeder Auserkennung seines Eigentumsrechtes geführt“⁴. Es sah eben jene Zeit nicht in dem Knecht einen Feind des Bauern, sondern die von Gott gesetzte Obrigkeit. Wenn überhaupt bei einem Staate, so ist ganz besonders bei dem Patrimonialstaate die Verwaltung, nicht die Verfassung für das Wohl seiner Unterthanen maßgebend.

Rechtlich ist ja die Lage des Bauern zweifellos eine prekäre, ob aber von der rechtlichen auf die wirtschaftliche Lage ein Schluß gestattet sei, ist schwer zu sagen, eben aus diesem Grunde.

Daß manche Anzeichen einer Verschlechterung vorhanden sind, ist bereits oben angedeutet, andererseits aber spricht manches für eine relativ günstige Lage der Bauern. Liest man das Werk des Celerus, der ja vorzugsweise auf merkliche Verhältnisse rekurriert und selbst jahrelang dieselben als Pfarrer kennen gelernt⁵, so sieht man zwar, daß die Technik des Landbaus damals noch nicht hoch in der Mark entwickelt war, daß aber der Bauernstand als besonders gedrückt oder verzichtet hingestellt würde, ist durchaus nicht darin zu finden. Celerus fürchtet für den Bauern — und das scheint bezeichnend auch im Hinblick auf die Bestimmungen der Landes-

¹ I. cit. Tit. 38.

² S. oben p. 27 ff.

³ Andererseits aber war das römische Recht eben deswegen den Leihgenossen so ungünstig, weil es diesen nicht das *dominium* zuschrieb.

⁴ Isaacviciu, I. cit. p. 8 ff.

⁵ Vgl. über d. d. Abg. Deutsche Biogr. von Voss und Lange thal, in seiner Geschichte der deutschen Landwirtschaft.

ordnungen — nicht den Gutsherrn, sondern den Wucherer, von dem der Bauer den Samen borgen muß.

Hinsichtlich der Söhne rat er dem Bauern:

„Thu deine Söhne erst probieren,
Ob einer Lust hat zum Studieren.
Dazu sollst du ihm helfen gern,
Dazu kein Geld noch Gut ersparen;
Denn oft ein armes Bauern Kind
Zu großen hohen Ehren kömmt“¹.

Dank er den Bauern vor allem vor der Trunksucht warnt², macht die bezüglichen Vorschriften des Entwurfs zur Landesordnung³ verständlich, aber es deutet durchaus nicht auf schlechte Verhältnisse des Bauernstandes. In der That sind ja auch die Ausgaben, wie die Erbregister der Ämter zeigen und schon die Natur des Erbzinsrechtes vermuten läßt, niedrig, andererseits aber finden sich Klagen über die hohen Preise der landwirtschaftlichen Produkte⁴.

Möhsen schildert daher⁵ die Lage der Bauern vor dem 30jährigen Kriege als sehr gut; unbedingt ist dieses Urteil wohl nicht gerechtfertigt, darin dürfte er jedenfalls recht haben, daß die ungeheuren Summen, die einzelnen Dörfern im 30jährigen Kriege abgepreßt wurden, auf einen gewissen Wohlstand der Bauern hindeuten⁶, ob derselbe allgemein oder nur in einzelnen Teilen der Mark vorhanden gewesen, wage ich nicht zu entscheiden.

¹ Calend. perp. T. II p. 7 f. Ausg. v. 1607.

² Ibidem p. 2.

³ S. oben p. 45.

⁴ S. die oben p. 17 Anm. 4 genannten Schriftsteller, auch die Nachricht aus dem Turmknopf der Berliner Nikolaskirche von 1584 h. König Geschichte der Stadt Berlin Bd. I p. 147.

⁵ Handschriftlicher Aufsatz in der Bibl. zu Berlin Man. Boruss. fol. 392.

⁶ Eine drastische Illustration hierzu liefert das Protokoll über den Oberharnimschen Kreis von 1634 Mark. Forsch. Bd. 17 Vgl. hierzu die Schilderung von H. v. Peteradorff, Beiträge zur Geschichte der Mark etc. Forschungen zur Brandenb. Preuss. Geschichte, Bd. II p. 1 ff.

Viertes Kapitel.

Wie vor dem 30jährigen Kriege durch Scheplitz, so hat nach demselben die märkische Jurisprudenz durch Friedrich Müller¹ eine ausgezeichnete Vertretung gefunden. Sein Werk, die *Practica civilis rerum Marchicarum*, 1678, ist neben Scheplitz immer die Hauptquelle des märkischen Privatrechts geblieben.

Auch er beschäftigt sich ziemlich ausführlich mit dem Bauernrecht, dem 7 von seinen 125 resolutiones gewidmet sind².

Außerdem liefern die zahlreichen Gesinde-, Hirten- etc. Ordnungen, die seit 1635 teils für alle, teils für einzelne Provinzen der Mark erlassen wurden³, wertvolles Material für die Erkenntnis der Entwicklung, die die bauerlichen Rechtsverhältnisse nach dem 30jährigen Kriege nahmen. —

¹ Vgl. über ihn *Kamptz Jahrb.* 13 p. 134; Stölzel, I. cit. p. 418.

² Hauptsächlich res. 97 100, 110 und 116, res. 100 allerdings nur zum Teil.

³ Die erste ist erlassen für die Altmark 1685, Mylius V 3 Kap. 1 N. 19. Sie stimmt im wesentlichen überein mit den Gesindeordnungen von 1644, 1645 und 1651 (ibidem N. 10 12), die für die ganze Kurmark gelten sollten. Die Gesindeordnung v. 1681 mit einem Appendix v. 1683 gilt dagegen nur für die Mittelmark, Priegnitz und Uckermark, sowie für die Herrschaften Bees- und Storkow, die bis dahin unter der Herrschaft der Neumärkischen Gesindeordnung von 1646 standen (ibid. N. 13). Die letztere ist außerdem erlassen für die Kreise der Neumark und das Land Sternberg, sie wurde 1685 erneuert. Die Herzogtümer Kottbus, sowie Crossen und Züllichau haben ihre besonderen Gesindeordnungen erhalten, die letzteren schon 1646 durch die Markgräfin Elisabeth Charlotte (vgl. die Vorrede der 1686 erlassenen Ges.-O.), dann 1686, Kottbus im Jahre 1685. Diese beiden Ges.-OO. v. 1685 u. 1686 sind abgedruckt in Hoffmanns Repertorium f. preussische Landesgesetze Bd I und in der Sammlung d. Provinzial- u. statutarischen Gesetze der Preuss. Mon. B. III, von der Ges.-O. von 1646 habe ich leider kein Exemplar finden können.

Wir Scheplitz, so unterscheidet auch Müller in seiner Darstellung scharf drei Klassen der ländlichen Bevölkerung — abgesehen von dem Gesinde und den Diensthöten.

Die erste Klasse umfasst die *plene horti*, die ihre Acker erb- und eigenthümlich besitzen und davon nicht die gewöhnlichen Abgaben, Dienste etc. zu leisten haben, in der Regel gehen sie zu Lehen.

Die weitest zahlreichsten unter ihnen waren die Lehn-schulzen. Wir brauchen auf dieselben um so weniger einzugehen, als ihre Güter doch eigentlich kaum Bauerngüter sind und die Rechtsverhältnisse derselben bereits vielfach eingehend geschildert worden sind. Wir heben nur hervor, daß ihre Zahl im Laufe der Jahrhunderte immer mehr zusammen geschmolzen ist, eine Entwicklung, deren Beginn schon das Landbuch der Mark von 1375 zeigt¹.

Neben den Lehn-schulzen finden sich auch noch — aber immer nur vereinzelt — andre Bauernehen. Insbesondere gab es in einer Reihe von Dörfern neben dem Schulzen noch einen „Lehnmann“, dessen Lehn-nexus dem des Schulzen ganz analog war².

Eine besonders bevorzugte Stellung nahmen in der Altmark die Freisassen in der Wische ein. Sie bezafsen unmittelbaren, teils mit, teils ohne Zangengerichtsbarkeit, sie haben auch sonst viele Privilegien andrer (unter z. B. die Jagdgerechtigkeit, das Recht einen Hengstaleid abzulegen, sie jedoch das Recht der Landstandschafft³.

¹ Für die ältere Zeit vgl. Riedel, Mark Brandenburg II p. 202 ff., für die neuere besonders Götzke, Provinzialrecht der Altmark Magdeb., 1826, Altmark Bd. I p. 304 u. Sch. 112, Provinzialrecht der Kuttmark Brandenburg, 1849 Berlin 1854 2. Abt. p. 112 ff. — Müller weist speziell den Lehn-schulzen noch 1851 — Vgl. f. d. Fag auch unten Kap. 6.

² Vgl. Riedel I c. p. 21. B. Der Ursprung dieser Bauernehen ist nicht ganz klar. Riedel meint, sie seien verliehen worden, weil die betreffenden bei der Gründung des Dorfes mit beteiligt gewesen seien. Es finden sich aber solche Lehn-schulzen auch z. B. in der Obermark, und zwar besonders in den altmärkischen Ortschaften. Diese hält Knothe für hervorgegangen aus den slavischen *vojev* (die verschiedenen Klassen slavischer Hengst in den westrussischen Ländern während der Zeit von 11—14. Jahrhundert. — Separatabdruck aus dem N. Archiv slavische Geschichte, Bd. IV 1883, p. 13 ff.). Unmöglich wäre diese Annahme auch für die Mark nicht, es stimmt damit sehr gut, daß gerade in Brandenburg und Storkow diese Bauernehen sehr verbreitet waren. Wobchitzky, Lehen I p. 279.

³ Vgl. Götzke, I. cit. I p. 389—391, v. Bassowitz, Die Kuttmark Brandenburg Leipzig, 1834 p. 22 f., Stengel, Neue Beiträge Kenntn. der preuss. Justizverf. Bd. II p. 21 ff. Interessant ist die Bemerkung von Haxthausen, daß diese Freisassengüter in der Wische teils Einzelhöfe sind und teils sonst in der Altmark nur bei größeren Dörfern existierten. (Vgl. auch die Bemerkungen von Kraus bei Götzke I p. 300.) Es deutet hier darauf hin, daß die Privilegien dieser oder bereits in sehr früher Zeit hienachstehen, wie ja die Besiedlung der Wische wahrscheinlich noch unter Abrecht dem Mark. erfolgte.

Außerdem finden sich noch hier und da sogenannte Freibauern, die ebenfalls in erster Instanz beim Obergerichte Recht nehmen, aber sonst in demselben Verhältnisse zum Obergerichte stehen, wie andre Unterthanen zu ihrer Gerichtsherrschaft, nur daß sie natürlich keine Dienste leisten¹.

Auch in den andern Provinzen — so in der Uckermark², Priegnitz und Mittelmark — kommen solche „schreiftässige“ Freibauerhöfe vor³, ihre Besitzer entrichten aber in der Regel kein Annahmegeld, wie in der Altmark, und besitzen vielfach die Zeuengerichtsbarekeit.

Derartige Höfe sind auf verschiedene Weise entstanden, namentlich durch Veruntserung von Rittergütern oder ritterfreien Portionen mit der Gerichtsbarekeit.

Schließlich gehören hierhin auch noch die Freigüter im uneigentlichen Sinne⁴, d. h. diejenigen, die unter Patrimonialjurisdiktion stehen, aber ganz oder teilweise von Abgaben resp. Diensten befreit sind. Die Veranlassung hierzu konnte verschieden sein. Es kam z. B. vor, daß der Kurfürst einem Beamten, dem Hofküchenmeister oder Förster zur Belohnung für langjährige Treue einen Bauerhof, der ihm heimgefallen war, erb- und eigentümlich übergab und die Dienste etc. daben entließ⁵. Auch der einzige Freibauer, den das Landbuch erwähnt⁶, mag auf diese Weise seinen Besitz erlangt haben.

Mannigfaltige Modifikationen aller dieser Besitzverhältnisse mögen natürlich stattgefunden haben, es ist aber interessant, dieselben hervorzuheben, weil man sieht, wie sie sich auch unter der Herrschaft des römischen Rechts jahrhundertlang erhalten und in ihren wesentlichen Grundzügen bei den Juristen Verstandnis gefunden haben.

Den plats hier stellt Müller gegenüber die Leibeigenen. Sie sind zwar nicht Sklaven secundum proci juris rationem,

¹ Sotze, I cit II p. 54—55 Stengel, Neue Beitr III p. 41 f.

² Mathia, Juristische Monatschrift III p. 33 Anm. 1.

³ S. den Aufsatz in Kleins Annalen der Gesetzgebung Bd. IV p. 277. Über die schreiftässigen mit Ober- und Untergerichten versehenen Bauergerüter in der Chutmark Brandenburg Eisenberg und Stengel, Beitr. Bd. II p. 4.

⁴ Vgl. Scholz, I. cit II p. 259 Mathia, Juristische Monatschrift III p. 33.

⁵ Ein solcher Freibrief findet sich schon 1562 von Joachim ausgestellt für einen Hof in Schöneberg unter dem Amt Müllenhoff (Erbsenpatron im Arch. St. Arch.). 1634 bekennt der Kurfürst: „Nachdem unser Wydemann etc. umh eine Begnadigung hat ansuchen lassen, daß wir ihn und seinen Erben einen Bauerhof erb- und eigentümlich geschenkt haben, auch alle Pächte, Dienste und Unpflichten erlassen.“ — 1687 hat er einen Bauerhof zu Rosenfeld dem Hofküchenmeister „nicht allein erb- und eigentümlich überlassen, sondern auch von allen Zinsen und Pächten gänzlich befreit“ (Erbsenpatron des Amts Müllenhoff).

⁶ Nach Wohlbrück, Lebus I p. 280 zu Schönefeld, in Tottow, vgl. Boruhak, Preuss. Verwaltungsrecht I p. 17.

aber sie haben imaginem quantum servitutis, weil sie nebst ihren Kindern ihrer Herrschaft persönlich unterworfen sind. Ihre Besitzverhältnisse charakterisirt er mit den Worten Koppens: quidquid possident, precario sub certa servitute ac praestationibus tenent et ad resignationem pro lubitu domini factam dissolvere ac praecia cum inventario reddere coacti sunt¹. Dem fügt er noch hinzu, daß die Dienste beliebig gesteigert werden können², daß die Leibeigenen gegen den Willen der Herrschaft nicht abziehen dürfen von ihrer Scholle, und Heiratskonsens ihrer Herrschaft — außer für Heiraten mit Mitleibeigenen — nötig haben.

Schon die Gemeindeordnungen unmittelbar nach dem 30jährigen Kriege³ sowie der Landtagsabschied von 1653 (§ 22) erwähnen die „Dienstbarkeit und Leibeigenschaft“ ohne jedoch näher auf die Beschaffenheit derselben einzugehen.

Erst 1681 werden die persönlichen Verhältnisse der Leibeigenen in der Gemeindeordnung ausführlicher dargestellt⁴, die

¹ Res. 99 N 23.

² Res. 97 N 15.

³ Zuerst die Ges. O. von 1644 I c. p. 84, in tit.: Von der Unterthanen Kader Dienste auf 3 Jahr länger sollen sie nicht dienen, es geschehe denn — an denen orten, da die dienstbarkeit in schwange welche hier mit nicht aufgehoben, besonders bei hergebrachtem Gebrauche gelassen wird. In der Ges. O. von 1645 und 1651 findet sich diese Stelle nicht, dagegen wird in beiden am Ende der Bestimmungen über den Dienstzwang, Tit. 1, in § 4 bemerkt: „In der Uckermark und Lande zu Stolpe und es alter Gewohnheit nach verbleiben.“ Für die Neumark bestimmt die Ges. O. von 1644 Tit. 1 § 5: „Indoch soll die dienstbarkeit und Leibeigenschaft an ceteris orten da sie in schwange, hienist nicht aufgehoben, besonders bei hergebrachtem Gebrauche und Verordnung der vorigen Landtags Reversen unverändert gelassen werden.“ Derselbe Bestimmung findet sich in der Gemeindeordnung von 1681 Tit. 1 § 5.

⁴ „Das Recht der Leibeigenschaft“ — kräftt deren die Unterthanen verbunden seyn zu dienen, wann und wie ihnen angetragen würde, täglich, auch nur so viel Caspau, als ihnen von der Obrigkeit zur Hofwehre gegeben wurde und das alles bey ihrer eigenen Kost und Unterhaltung gar wenige Oerter ausgenommen, allwo sie zu Hofe gespenst wurden. Die Unterthanen auch konnten ihre Hofe nicht verlassen, verkaufen oder einen Gewehrsmann in ihre Stelle verschaffen; die Kinder ingesamt waren alle untereinander ihrem Eltern Condition und eigene Leute, müssen in den Gütern worunter sie geboren, verbleiben und wären nicht nur schuldig gewisse Jahre ihrer Obrigkeit so dienen, sondern, so lange als sie dinsten und nicht was eigenes unter ihrer Obrigkeit angingen. Sie konnten auch von einem Dorffe ins andere, von einem Hofe auf den andern versetzt werden ja es konnte wider der Obrigkeit Willen weder durch sie selbstes weder durch Vorsehn der Eltern keinerlei Verändrung mit ihnen vorgenommen werden. Die Katholikenn sowol Eltern als Kinder werden al emahl rechtlich vindiciret, wo weder kein curus annuam stattsetzen konnte. In den neumärkischen Gemeindeordnungen von 1646 und 1645 findet sich hinsichtlich der Leibeigenen keine weitere specielle Bestimmung, nur in der Deklaration von 1682 wird hervorgehoben, daß die Leibeigenen nicht das Recht hätten sich einen anderen vitae genus honestum zu erwählen. Mylius V 3 Kap. 1 N 20 § 1.

Darstellung stimmt mit der Müllers völlig überein. Nur insoweit ist vielleicht ein Unterschied zu finden, als nach Müller die Leibeigener Befreiung von den herrschaftlichen Gütern entzogen werden dürfen, während nach der Gesindeordnung nur Translokation „von einem dorff ins andre, von einem Hofe auf den andern“ gestattet war. Darin stimmen sie aber beide überein, daß die Leibeigener ein festes Besitzrecht an ihren Höfen nicht hatten.

Es konnte demnach scheinen, als wenn die eigentliche Leibeigenschaft, die in irgend ein Zustand der Rechtlosigkeit war nicht einmal in dem strengeren Sinn¹, daß der Herr den Bauern auch ohne das Gut veräußern kann und ihm auch alles, was jener erwirbt, zufällt, in der Mark existiert habe. Es ist dies aber nicht unbedingt sicher. Nach dem Wortlaut der Gesindeordnung von 1681 war der Verkauf des Leibeigenern auch ohne das Gut möglich, nur mußte er wieder auf ein andres Gut gesetzt werden². Auch den lewischen Nachlaß eines Untertanen ganz oder zum Teil scheint späteren Nachrichten³ zufolge die Herrschaft wenigstens hier und da in Anspruch genommen zu haben.

Müller kennt wie Schefftz und die Gesindeordnungen die Leibeigenschaft nur in der Ucker und Neumark, er scheint aber auch in den Herrschaften Bees- und Storkow eingeführt gewesen zu sein⁴. Wie weit sie in der Neumark verbreitet war, steht nicht ganz fest, jedenfalls herrschte sie in

¹ Knapp I p. 25. Es ist also unrichtig wenn Knapp I cit. vgl. I p. 27) sagt, daß Müller die Leibeigenschaft im strengsten Sinne genommen. Werke auf ihre Knapp ist zu dieser Ansicht wohl veranlaßt worden durch die Kombination der Berichte die er II p. 17 und 21 anführt; den letzteren Bericht selbst aber in N I Müller nur um die benedigte Absetzbarkeit des Bauern zu beweisen.

² „So die Untertanen können von einem Dorf ins andere, von einem Hof auf den andern versetzt werden“, vgl. oben p. 53 Anm. 4.

³ Die Angabe der Pommerschen Kammer von 1721 bei Knapp II p. 21, daß der Herr nach dem Tode des Leibeigenern in der Mittelmark 1. Verlassenschaft ganz oder teilweise zu sich nehmen, kann nicht auf Müller beruhen, sie ist auch in dem betreffenden Aktenstück wie ich selbst gesehen habe (ist), das sonst regelmäßig den einzelnen Punkten beigefügt ist. Man muß aber bemerkt wohl die Angabe der Kunmark'schen Kammer bei Knapp II p. 15 von 1718 kombinieren, daß die Leibeigener mit ihrer Person und ihrem Vermögen dem Herrn zugehören (es nicht sich, sondern dem Herrn erwerben). Später findet sich jedoch von diesem Recht keine Spur mehr.

⁴ Gegen die Behauptung von Brünnowka p. 43 s. oben p. 30 Anm. 6 geht dies hervor aus der Kabinetsordre von 1705 bei Studel 11411. Preussens K. u. L. Leipzig. 1828 I p. 16. Dieselbe erging (nach den Akten) in eben dem Ansprache der Pommerschen Kammer die Leibeigenschaft, die auf den wüsten Höfen im Wendischen hatte, aufzuheben. Gestalt sehr viele Leute sich ganz stellen und nur in den Ämtern junge Leute durch Gefangnis zur Annehmung und Aufnahme der wüsten Güter bisher hat zwingen müssen. Unter dem „Wendischen“ sind die Herrschaften Bees- und Storkow zu verstehen. Bachholz I p. 21, vgl. oben p. 24.

den drei nördlichen Kreisen¹, nach der Gesindeordnung von 1685 auch in Kottbus² in den übrigen Kreisen, wie auch in den Herzogthümern Crossen und Züllichau³ wohl nur lokal.

Der Charakter der Leibeigenschaft war überall im wesentlichen der gleiche⁴.

Zwischen den beiden Klassen der *plene liberi* und der *proprii homines* stehen nach Müller die gemeinen Bauern sive *Coloni*: Sie sind non vere liberi, non vere servi, ratione status pro liberis, ratione servitutum pro servis habendi magis in libertatem quam in servitutum inclinantes. Sie können vor Gericht klagen und beklagt werden, haben das Recht der väterlichen Gewalt, Eigentum an ihrem Vermögen, können Verträge abschließen, Erben werden und Erben einsetzen⁵. Nur sind sie in ihrer Freiheit beschränkt. Denn sie dürfen nicht mutwillig gegen ihre Obrigkeit klagen anstellen und ihre Hufe nur gegen Stellung eines Gewohnmannes verlassen⁶.

Untertanen waren die Bauern nicht schon durch den

¹ Vgl. oben p. 42 Anm. 5 u. 6. Die Urkunden von 1632 und 1648. Auch der Bericht der Neumarkischen Kammer v. Geh. St. Rath v. 17. Jan. 1718 (s. Knapp II p. 1) sagt, die eigentliche Leibeigenschaft herrsche in der Neumark nicht durchgehends, sondern nur in Brandenburg, Schleve, heinsessen und zum Teil im Answaldischen Kreise, an den Orten, wo es erwiesen werden könne. In den andern Kreisen seien die Unterthanen nicht eigentlich *pro mancipiis*, sondern *pro gebis ascriptis* zu halten und viele Pauern und Kasätenhöfe ihr eigen. Auch an den Orten, da das Recht der Leibeigenschaft eingeführt sei, könnten die Unterthanen von der Gerichtsbarkeit nicht ohne Schuld und Ursache aus causis cognitis vertreiben oder verjagt werden.

² In 135. Und obwohl vergesetzte Unterthanen vor keine Leibeigenen Knechte und Skaven zu achten, so seien sie doch wegen allem *coloni censuales originarii* und *proprii homines* meistens zu vergleichen, also, daß sie in hiesigen Kreise mit ihrem Ansehn und Handarbeit (unter den Unzufriedenen) Antzitz, die ihre gewisse ordentliche Diensten haben, täglich bey der Sonnen Aufgang an die Arbeit und bey der Sonnen Untergang wieder von der Arbeit gehen müssen und in solches nicht entzogen. Ist die Obrigkeit die Verbrücher durch willkürlich zu bestrafen, die Unterthanen können auch ihre Hufe ohne ihrer Obrigkeit Wissen und Willen nicht verlassen, verkaufen oder einen Gewehrsman in ihre Stelle verschaffen, und seyen nicht nur mutwillig gegen die Obrigkeit zu klagen, sondern so lange als sie dienen und nicht aus eigener unter ihrer Obrigkeit anfragen. Sie können auch von einem Dorf ins andere, von einem Hof auf den andern versetzt werden, die Entlassenen sowohl Eltern als Kinder können allezeit rechtlich wieder werden, wiewieder ihre Hufe neuerlich stiftet.

³ S. G. v. 1685 Titel 1 & 3. Jedoch soll die Dienstbarkeit und Leibeigenschaft an diesen Orten, da sie im Schwange, hiermit nicht aufgehoben, sondern bey vorgetragtem Brauch und Verordnung der Landtags-Korrespondenz verwahrt gehalten werden.

⁴ Das vermittelt schon von Brunnock, *Zustand d. Sax. St. X* p. 15 und 16. es wird dadurch sicher, das Scheffner und Müller die Leibeigenschaft in beiden Provinzen als gleichgerichtet ansehen und auch später an, weshalb der Unterschied nicht erkennbar ist. Vgl. unten Kap. 2.

⁵ Res. 97 N. 22-24.

⁶ Res. 97 N. 28 u. 47 ff.

bloßen Besitz eines Gutes, sondern dadurch, daß sie ihren Wohnsitz unter ihrer Obrigkeit aufschlugen und ihr den Annehmlichkeiten leisteten¹. Dieser Eid hat eine bestimmte, nicht willkürlich durch die Herrschaft zu verändernde Formel², seit 1645 genügt dafür der Handschlag³.

Die Abhängigkeit des Bauern ist in doppelter Hinsicht auf seine Kinder ausgedehnt. Zunächst nämlich müssen sie sich — „in statu calibatus“ — der Obrigkeit zum Zwangsdienst auf 3 Jahre anbieten⁴.

Müller sieht diese Verpflichtung an als eine Art Entgelt des Schutzes, den sie von ihrer Obrigkeit während ihrer Erziehung genossen. Giebt daher der Bauer seinen Hof auf und stellt einen neuen Gewohrsmann, so sind auch seine Kinder dem alten Herrn nicht mehr verpflichtet.

In den Gemeindeordnungen von 1651 und 1681⁵ dagegen wird die Verbindlichkeit der Kinder mehr als eine an ihrer Persönlichkeit, respectu originis, wie es heißt, haftende bezeichnet. Daher können die Kinder nicht dadurch vom Zwangsdienst befreit werden, daß sie nach dem Tode ihrer Eltern auf die väterliche Erbschaft verzichten.

Über das Dienstverhältnis selbst enthalten die Gemeindeordnungen ausführlichere Bestimmungen⁶; hervorzuheben ist, daß seit 1651 die Kinder auch, wenn sie — wohl wegen Krankheit etc. — nicht in Dienst traten, sondern nur um Tagelohn arbeiteten, ihrem Erbherrn zuerst sich anzubieten schuldig waren⁷.

Außer zum Zwangsdienst sind die Kinder eines Bauern und Kossäten nach Müller⁸ noch zur Annahme des Hofes verpflichtet, wenn der Vater verstorben ist, quia liberi terrae suae quasi addicti. Diese Verpflichtung sei durch das Edikt vom 19. März 1670 für die Mittelmark dahin ausgelehnt worden, daß ein zweiter Sohn ein wüstes Gut unter seiner Obrigkeit, falls ein solches noch vorhanden, annehmen muß.

Das Edikt von 1670⁹ selbst zeigt aber, daß neben der

¹ Res. 98 N. 2 ff.

² Res. 98 N. 26.

³ Ges. O. Tit. 4 § 2. Vgl. Müller, I. cit. N. 31.

⁴ Res. 97 N. 36 ff.

⁵ Tit. 1 § 5. Von dieser Verordnung der Dienstleistung konnten auch diejenigen Kinder nicht befreiet seyn, welche nach ihrer Eltern Tod ausgehen, weil, daß sie nicht gemeinet waren auch derselben Güter oder Verlassenschaft zuerlangen sondern sind alle Wege ihrer Herrschaft Jarunter zu gehorchen, gleich andern respectu originis zu forderst zu dienen schuldig. Diese Bestimmung findet sich noch nicht in den Ges. O. von 1635, 1644 und 1645, in den neumarkischen überhaupt nicht.

⁶ S. besonders d. Tit. 1 Von der Unterthanen Kinder diensten, Tit. 2 von der Gemeindedienstzeit, Tit. 6 1681 Tit. 5 Lohnordnung.

⁷ Ges. O. Tit. 1 § 1.

⁸ Res. 67 N. 4, und N. 57 ff.

⁹ My. aus V 3 Kap. 2 N. 1.

Auffassung Müllers, daß die Kinder verpflichtet seien das väterliche Gut anzunehmen, auch noch eine andere bestand, nach der es ihnen freistand, gänzlich auf die väterliche Erbschaft und damit auch auf das väterliche Gut zu verzichten. Offenbar macht sich hier der Einfluß des römischen Rechts, das ja durch die Joachimineu speciell für das Erbrecht als subsidiäre Quelle gesetzlich bestimmt war, geltend. Denn nach deutschem Recht erbt der Tote den Lebendigen, eine Delation oder Acquisition der Erbschaft findet nicht statt.

Jene Anschauung nun findet sich zuerst in der Gesindeordnung von 1651¹, also nach dem 30jährigen Kriege. Man sieht aber gleichzeitig, daß das Gesetz den für den Bauern günstigen, für den Gutsherrn sehr nachtheiligen Folgen der Rechtsansetzung möglichst entgegenzuwirken sucht. Denn es verkürzt nicht nur die gemeinrechtlichen Delationsfristen auf ¹/₂ Jahr sondern es stellt auch die Präsumpcion auf, daß, wenn die Erben innerhalb dieser Zeit auch „das geringste aus dem Hofe veräußern“, dies als Actus inofficiarius angesehen werden solle, und bestimmt, daß bei Ausschlagung der Erbschaft alles Vieh und fahrende Habe des Toten beim Gute bleiben müsse. Außerdem aber hebt es hinsichtlich des Gesindezwangslichtes, wie bereits bemerkt, die Wirkung der Erbschaftsentschlagung geradezu auf. Es kann daher nicht wunder nehmen, daß 20 Jahre später die Meinung, als ob „den Unterthanen Kindern ihrer verstorbenen Eltern

¹ Nach nicht in den Ges. 100 von 1643 und 1647. Die Bestimmungen selbst lauten II^o 4 § 4: Und weil sich zum öfteren hebetet, daß bey den Pöwergütern die Wittib oder Erben eine Zettlung auff dem Hofe verbleiben, insonach aber, wenn sie von der Obrigkeit zu Leistung ihrer Gebührl wolen gehalten werden, sorgeben dürfen, daß sie des Mannes oder Eltern Heirades nicht zuwen den, so sollen inskünftige die haterbedienen innerhalb eines viertheil Jahres sich gegen die Obrigkeit erklären, ob sie sich des defuncti Hereditat annuhen und bey dem Hofe verbleiben wölen, oder nicht, da sie aber solches unterlassen und sich länger auff dem Hofe aufhalten würden, so sollen sie damit sofort pro hereditibus geachtet und zu Bezahlung des Gutes wückerlich gehalten werden. § 5. Auff dem Fall aber, daß sie sich den Erbes gänzlich verziehen, müssen sie nach allen Vieh und fahrende Habe, und was in den defuncti Erbschaft gewesen, hinter sich bey dem Hofe verbleiben, damit also der Gutsherr desto eher wieder zu einem Besizer gelangen möge. Wöhlen die Erben auch in währendem viertheil Jhre das geringste aus dem Hofe veräußern, so sollen sie es hmo laßit erkannt und gehalten werden, daß sie sich der Erbschaft annuhen, wenn auch zwey oder mehr Brüder nach des Vaters Tode eifinden, würden und nicht allesuupt die väterliche hereditat repulieren wolten, so müßten sie eben unet sich der tüchtig um der Obrigkeit annuhenlich sei, gewöhlen der sich zum Unterthanen annuhen lassen und der Obrigkeit das Ihrige leisten. § 6. Sollte es aber in Unzern Amtorn oder in einem teils Knecht vom Alter herkommen reyn, daß die Wittib oder Erben alchast nach ihres Mannes Todt nach Außgang 4 Wochen unter mehreren Erben oder gar einem freyhden Gewehrmanne zu schalten schuldig seyr, wird es billic bey der alten Gewohnheit verbleiben.

Verlassenschaft oder Hofe anzutreten oder sich derselben gänzlich zu verzichen frey stunde², als völlig verkehrt bezeichnet wird.

Noch schärfer aber wird in der Gesindeordnung von 1681 die ganze Bauernflämme in der Mittelmark und Prignitz von dem Gutsherrn abhängig gemacht jedes Kind eines Bauern oder Kossaten ist verpflichtet einen Hof anzunehmen³. Außerdem wird der Obrigkeit eingeschärft, keine lediger Leute in ihrem Bezirk zu dulden, sondern sie zu zwingen, wenn sie das Alter von 20 Jahren erreicht haben, „sich zu verheirathen und zu setzen“, d. h. ausheirathen zu machen⁴.

Das Bestreben durch diese — für die allmähliche Ausbildung der bäuerlichen Unterthänigkeit sehr wichtigen Bestimmungen Kräfte zur Neubehauung des durch den Krieg verwüsteten Landes zu gewinnen, tritt unverkennbar zu Tage⁵, es mußte sich auch darin, daß durch das Edikt von 1670 sogar die Hausleute, die sich an einem Orte 3 Jahre lang aufgehalten hatten und sonst sich nur in der Ernte- und Saatzeit zu vermieten pflegten gezwungen werden sollten „etwas eigenes anzufangen“, d. h. ein wirtsch. Gut anzunehmen. —

Müller nimmt in seiner Darstellung keine besondere Rücksicht auf die Neumark, man mußte also glauben, daß für die nicht leibgeborren Bewohner derselben in wesentlichen die gleichen Bestimmungen, wie für die übrigen Marken gegeben haben.

In der That sehen wir, daß die Gesindeordnung für die 7 neumärkischen Kreise und das Land Sternberg von Jahre 1680 im wesentlichen mit der kurländischen übereinstimmt, nur insofern weicht sie ab, als die Bauernkinder in der Neumark schon damals zur Annahme eines wirtsch. Hofes verpflichtet waren⁶ und die Hausleute das Vieh, das sie sich hieher, der Obrigkeit vorzulegen mußten⁷. Dagegen findet sich in den neumärkischen Landtagsreden von 1653 eine erhebliche Verschärfung des Gesindezwangs, indem die auch in den Herzogthümern Biebr- und Storkow Eingang gefunden hat, weil die

Edikt von 1670. MvLus V 3 p. 339.

² Tit. 1 § 4 Wenn auch ein Bauer oder Kossate viel Sohne oder Töchter verlässt obgleich einer von denselben seines Vaters Gut angenommen, oder durch ihn etwas was er was eigenes anfangen wollen unter ihrer Obrigkeit in andern derselben zugehörigen Dörfern Hof zu beziehen gelbt der Herr, wozu denn die Obrigkeit ihnen anzuweisen verwilligen Frey Jahren danach alle Hofe wiederfahren lassen

³ Tit. 3 § 8

⁴ Vg. unten

⁵ Tit. 3 § 8

⁶ Tit. 3 § 8

⁷ Vg. die Landt. von 1681 Tit. 1 § 1 Und wird es in den Herr-

schaften Biebr- und Storkow als in Neumärkischen Landtags Reden de anno 1681 gezeiget, daß der Unterthanen Kinder solange sie in diesen sich aufzuhalten wollen und ihr eger Hauswesen nicht aufgeben,

selben damals noch mit der Neumark unter einer gemeinsamen Gesindeordnung standen. Es wurde nämlich 1653¹ der dreijährige Zwangsdienst ausdrücklich aufgehoben und die Dienstzeit auf solange ausgedehnt, „als die Kinder sich in anderen Diensten anhalten und ihr eigen Hauswesen noch nicht angefangen, es seyen ihre Eltern noch am Leben oder verstorben“.

Auch die Gesindeordnung von 1685 stimmt im wesentlichen mit der von 1681 überein; es findet sich auch hier die Verpfechtung aller Kinder eines verstorbenen Bauernsohnes zur Annahme eines wüsten Hofes². Auffällig sind die strengen Strafen gegen das Entlaufen der Unterthanen. Die Obrigkeit soll Macht haben³, „wie durch einen offenen Brief, der am Krüge oder Schulzengericht angeschlagen werden kann, zurückzufordern, mit ernstem Befehle, daß sie binnen 4 Wochen sich wieder einfinden oder auf den widrigen Fall gewärtigen sollen, daß sie aller Ehren entsetzt, ihre Namen an den Galgen geschlagen, alle Anfälle und Erbschaften ihnen entzogen, und da man sie austreiben und erriippen würde, sie mit ewiger Gefangnis- und Besserungsarbeit, auch nach Belieben an Leib und Leben gestraft werden sollen“.

Offenbar ist auf diese Bestimmung denken wie die über den strengeren Gesindezwangsdiens der Unstand von Entlaufenen gewesen, daß vielfach in jener Provinz Leibeigene waren.

Die Gesindeordnungen für die Herrschaft Kottbus vom Martinitag 1685 und der Herzogtümer Crossen und Züllichau vom 18. Januar 1686 sind im wesentlichen der für die Neumark analog; in der letzteren finden sich auch die strengen Strafbestimmungen gegen entlaufene Unterthanen⁴, dagegen wird ausdrücklich hervorgehoben, daß der Bauer, der sein Gut an einen tüchtigen Gewehrsmann veräußert, frei wegziehen kann, er muß aber die Einwilligung seiner Herrschaft haben, und außer dem Abzugsgeld noch Loskaufgeld für seine Kinder zahlen⁵.

Ein Loskaufgeld in der Höhe von 4—6 Thälern wurde bei Verheirathungen auch für die übrigen Kreise der Neumark durch ein Patent vom 11. Februar 1698⁶ eingeführt. —

So oft und entschieden Müler betont, daß die Bauern *sa sine status liberi* seien, so hebt er doch nachdrücklich hervor: *intuitu servitutum servi*. Es erklärt sich dieser eigen-

es seyen ihre Eltern noch am Leben oder verstorben, ihrer Obrigkeit — vor allen andern die dienste schuldig seyn sollen

¹ Landtagsabschied f. die Neumark bei Mylius VI 1 N. 113 s. 29

² Tit. 4 § 9, vgl. Tit. 4 § 9.

³ Tit. 4 § 2

⁴ Tit. 4 § 2

⁵ Tit. 4 § 1

⁶ Mylius V 3 Kap. 2 N. 9.

tümliche Zwiespalt dadurch, daß er, wie überhaupt die damalige Jurisprudenz, die Dienste als eine Verpflichtung der Bauern für ihre Grundstücke ansah. Denn wie im allgemeinen secundum legem Christianam der Obrigkeit Steuern gezahlt werden wegen ihrer Sorge für das Wohl der Unterthanen, so empfängt auch der Adel von den Bauern ob praedium sua Pächte, Zinsen und Dienste¹. Diese Auffassung der Dienste als Reallast wird so streng festgehalten, daß eine Steigerung der Dienste rechtlich nur durch Vermehrung des Ackerlandes möglich erscheint² und eine Verlegung der Dienste außerhalb des Rittergutes für unzulässig erklärt wird³.

Die Bestimmungen, die das Kammergericht in seinen Julikaten über das Dienstverhältnis getroffen, wiederholt Müller fast sämtlich, es würde leicht sein, aus der collectanea juris Marchici nachzuweisen, daß sie auch in der Praxis ebenso in Geltung waren, wie vor dem Kriege.

Nur ist entschieden ungünstig für die Bauern, daß Müller⁴ zu Anschluß an die Julikatur des Kammergerichts⁵, aber im Gegensatz zu Schepnitz die Dienste im Zweifel als ungemessen präsumiert, wenn er auch als Milderung hinzufügt, daß den Unterthanen in der Ernte 1—2 Tage wöchentlich für Bestellung der eigenen Ernte freizulassen seien.

Bei den gemessenen Diensten sind nach Müller Baufahrten besonders zu leisten, Reise-, Korn- und Mühlenfahrten dagegen auf Abrechnung von den gewöhnlichen Hofsdiensten⁶.

Von positiven gesetzlichen Bestimmungen über die Dienste findet sich außer der Wiederholung der bereits vor dem Kriege gültigen hauptsächlich nur die, daß die Hausleute seit 1644 verpflichtet werden, wöchentlich je 2 Tage, oder, was zuerst noch, ihrer Gerichtsobrigkeit zu dienen. Sonst wird nur in der Neumarkischen Gewandordnung bei Festungsstrafe den Bauern eingeschärft, Baufahrten zu den Rittern, Schutzherrn, Meyern und Vorwerkern zu leisten, außer ihren bestimmten Diensten, und täglich ein genau fixiertes Quantum zu pflegen. Daß ein Teil der Bauern nur dreitägige Spanndienste habe wird zwar im Landtagsabschied von 1658⁷ noch anerkannt, „es wil sich aber nicht ebenso praecise auf die Kolibien interpretiren lassen“.

Besonders hart hinsichtlich der Dienste ist die Gewandordnung für Crossen und Züllichau⁸, nach der gemessenen

¹ Res. II N 2

² Ibidem N 41

³ Ibidem N 97 ff. *quia sunt onera realia, praesidio inhererentia*

⁴ Ibidem N 71 und 75, 76

⁵ *Ibidem* p. 39 u. 41

⁶ Ibidem N 90, 40, 93

⁷ 19

⁸ Tit. X Von der Unterthanen diensten. In der Gewandordnung für Kolibus finden sich keine näheren Bestimmungen über die Dienste.

Dienste werden hier faktisch zu ungemessenen, indem trotz gemeinsamer Dienste die Unterthanen auch noch bei drohender Gefahr im Gutshofe Tag und Nacht wachen, bei schweren Krankheiten auf dem Hofe Handreichung thun oder bei den Hofleichen wachen, die Mühlenflüsse, die Stöge und Wege bessern und anderes mehr verrichten müssen. —

Ein besonderes Kapitel seines Werkes widmet Müller dem Satze, daß der Edelmann von den ausgekauften Hufen das Nachbarrecht halten müsse¹. Interessant ist die Konstruktion dieses Satzes. Er wird nämlich darauf zurückgeführt, daß zwischen den Nachbarn eine quaedam communis existiere, an der jeder teilnehmen müsse, der in dieselbe hineinkomme (communis inveniens). Dafür genieße er auch die Vorteile eines Gemeindegossen, namentlich habe der Edelmann von seinen ausgekauften oder wüsten Höfen das Recht auf die Benutzung der gemeinen Weide, aber nur, was besonders betont wird, in dem Maße, wie die betreffenden Höfe es selbst ehemals gehabt.

Daß Müller so ausführlich hierauf eingeht, hat seinen Grund wohl in wirtschaftlichen Verhältnissen. Denn, wie schon vor dem Kriege, so nahm auch nach demselben der Adel allgemein die wüsten Hufen seiner Dörfer in Besitz, indem er sie theils selbst besetzte², theils an die Bauern „umb den Einfall“ austhut³.

Der Landtagsabschied von 1653 gestattet dies und bestimmt nur⁴, daß „diese, so sich der wüsten Höfe ge-

ohne Zweifel, weil dieselben, wie ausdrücklich angegeben wird (Tit. I § 5), außer in den Ämtern für die Leibeigenen ungemessene waren.

¹ Res. 116.

² So heißt es in einer Deduktion der Ritterschaft und Prälaten des Niederbarnimischen Kreises von 1641 (im Geh. St. Arch.), dies geschehe bei den Pfarrern und Klöstern wegen ihres „taceen“ bei der Obrigkeit, theils wegen der Dienste, theils wegen der Pflöchte und Zinse fast in allen Dörfern der Kurmark. Von solchen Äckern wurde nur die halbe Kontribution gezahlt, was sich wohl nützlich herausgebildet ist, unten.

³ Wir sehen dies namentlich deutlich aus dem Katasterrevisionsprotokoll von Ruppau vom Jahre 1687 (Geh. St. Arch.). „Um den Einfall“, heißt wohl so viel, daß der Betreffende für einen Scheffl. Ausaat einen S. heffe. Paelt zullt.

⁴ Mylius VI 1 N. 116 § 37. — Eben wegen dieser Bestimmung ist es leider unmöglich zu berechnen, um wieviel der Rittergutsbesitz durch die Einziehung der wüsten Hufen wuchs. Denn die späteren Hufenangaben beziehen sich in der Regel nur auf die (nach der Schatzmatrikel von 1624) katastrierten Höfen.

Die Hutentabelle bei Eickstedt (Beiträge zu einem neuen Landbuch der Mark Brandenburg Magdeburg 1649 von 1671) sucht nach nur die einkunferten Höfen festzustellen, nicht die damals vom Adel besetzten, aber zugleich versteuerten Höfen. Die Notizen in der Hutentabelle über die Zahl der ausgekauften Bauern beziehen sich auf die Legungen seit ca. 1570 (s. oben p. 8), wie ein Vergleich mit dem Schatzregister von 1624 ergibt. Diese Auskäufungen sind aber Ausnahmen vgl. Müller, Res. 100 § 81, relativ unbedeutend, z. B. im Niederbarnim

brauchen, können und sollen sich von dem onere contributionis oder auctoris valibus nicht eximieren, sondern es muß bei der generali iuris regula quod quaelibet res cum quo onere transit, verbleiben“.

Faktisch wußte natürlich trotzdem der Adel sich vielfach von der Steuer, wie von den übrigen Lasten für die Hufen frei zu machen. Ja es wurde sogar so vorteilhaft, die wüsten Hufen zu benutzen, daß Klagen bei den Gräßen Kurfürsten einliefen, man wersetze sich der Wiederbesetzung der wüsten Höfe, um dieselben in eigenem Interesse nutzen zu können¹.

Auch rechtlich war eine Steigerung der Dienst- und Gemeindlasten für den Bauern dadurch eingetreten, daß der vor 1624 vom Adel in Besitz genommenen Hufen hinsichtlich aller Exemptionen — auch der im Dorfverband, wie Müller selbst anzieht² — den freien Ritterhufen gleichgestellt wurden.

Schon diese Übersicht zeigt, daß die Beschränkungen der Bauern, wie sie in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts auf den Landtagen gesetzlich fixiert worden sind, auch von Müller bestritten worden. Die Grundrichtung derselben ist die gleiche geblieben wie bei Schepitz, der Bauer ist abgesehen von den Leibeigenen, frei, aber er ist in seiner Freiheit beschränkt, zum Teil aber umgesehen mehr als vor dem Kriege³.

Ebenso teilt Müller die Anschauungen Schepitz' hinsichtlich der ständischen Besitzverhältnisse. Der Bauer hat Eigentum an seinem Hof⁴, auch dieses aber ist beschränkt durch die beiden Privilegien des Adels, einen Bauern wegen Widersetzlichkeit zu relegieren und ihn auszukaufen. Für den Fall, daß er eines Ritterbüttzes bedarf⁵.

Beachtenswert ist, daß auch Müller das Lehnungsrecht nicht, wie Korn meint, als „drückendes Expropriations-

mit 36. Der Hauptzweck des ständischen Besitzes beruht eben auf der Einziehung der wüsten Hufen und ihrer Besetzung und Verwerken vgl. die beschriebenen Edikte unter Friedrich III. und Friedrich Wilhelm I. Daher beruht die Annahme von H. v. Petersdorff, Beitr. zur Geschichte der Mark p. 15. Der Rittergutsbesitz sei seit 3. Jahren um 30% gestiegen auf ganz geringen Grundlagen. Vgl. der Anhang.

¹ Dekret vom 12. April 1657 Mylius IV, Kap. 1 N. 17. Adde: wenn wir aber auch in Erfahrung gebracht, daß von vielen Bauern Hufen keine Contribution gegeben wird, wollen wir die von der Ritterschaft hermit einstweilen ermahnt haben, daß sie solches nicht weiter verstellen, sondern bekennen sollen damit alles ganz eingeleitet — und die wüsten Hufen wieder besetzt werden mögen. Geht es wir auch gemeint sei, sondern eine Untersuchung deswegen anzustellen und darüber förmlich ediktlich von Adel requirieren müssen weil in vielen weichen Klagen eingekommen, daß sie teils die Pächter und Vertrieben teils nach keine andern, wenn sie auch schon selbst eingezogen hätten, wieder zu besetzen wollen damit sie nur die wüsten Hufen Wäsen und Trüben aber gemäß zu besetzen.

² Res. 100 N. 52 vgl. den Anhang.

³ S. oben p. 18.

⁴ Vgl. unten p. 78.

⁵ Res. 100 N. 11 ff.

recht¹ aufhebt¹. Vielmehr sagt er ausdrücklich, daß es gehen sei non tam pro publica, quam pro privata utilitate nobilium; er nennt es ebenfalls ein privilegium nobilium stricti juris² und entscheidet sich aus diesem Grunde gegen Schöplitz in der Frage, ob der Bauer einzelne Hufenstücke abzutreten schuldig sei³.

Es könnte demnach scheinen, als ob die Bauern, soweit sie in ihren Stellen blieben oder neu angesetzt wurden, in ihren Besitzrechten keine Veränderung erlitten hätten. Dennoch läßt sich nachweisen, daß gerade in diesem Punkte der 30jährige Krieg einen außerordentlich tiefen Einfluß übte, indem er einen beträchtlichen Teil der ländlichen Bevölkerung der Mark aus Eigentümern zu lehnlichen Besitzern machte.

Dieser Vorgang bedarf noch einer ausführlicheren Darlegung.

Um die Entstehung des märkischen Lehnwesens zu erklären, ist es nötig, zunächst die Rechtsverhältnisse des Lehnwesens klarzulegen. Der märkische Lehn ist im wesentlichen der Kulturlen des preussischen Landrechts. Dies geht hervor aus der Definition der Lehn, wie sie in a. das Kammergericht in einem Erkenntnis vom 24. III. 1796 gegeben hat⁴. Hiernach zeigt sich die eigentliche Beschaffenheit der Lehnsgüter darin, „daß der Hof samt Hofwehr dem Besitzer unentgeltlich eingeräumt und bei seinem Tode einem seiner Kinder unentgeltlich überlassen werden muß, daß aber der Besitzer den Hof nicht wirklich, ohne einen tüchtigen Gewehrsmann zu stellen, verlassen und über den Hof und die Hofwehr von Todes wegen nicht disponieren darf“.

Die obige Erklärung von der Entstehung der Lehnsgüter ist die, daß sie noch aus der Zeit der ersten Besiedlung her stammen, indem man die Slaven bei der Eroberung auf ihren Gütern als Lehn sitzen ließ⁵.

Diese Erklärung erscheint jedoch nicht als stichhaltig. Wir haben gesehen, daß während des ganzen 16. Jahrhunderts in der Gesetzgebung und vor den Juristen bei Bauern mit bestimmten lokalen Ausnahmen Eigentum, genannt gesagt Untereigentum, an ihren Gütern zugeschrieben wird⁶.

¹ Vgl. oben p. 293a.

² Res. 100 N. 13 und 21.

³ Ibidem N. 23, 26, vgl. oben p. 29.

⁴ Abgedruckt bei Stengel, Beitr. zur Preussischen Justizverbesserung II, p. 1454, und Mathys, Juristische Monatschrift IX p. 502 d. Vgl. Allgem. Landrecht Teil I Tit. II Abschn. 4.

⁵ So Riedel, Die Mark Brandenburg I, § 125, II p. 281. Ihm folgen u. a. Kohn, Landeskulturgebungs I p. XVI, Sebold, I. c. d. Motive II p. 25.

⁶ Auch in den Erbregistern aus dem Ende des 16. Jahrhunderts habe ich, soweit ich sie durchgesehen habe, keine Hinleitung auf Lehnsgüter gefunden. Nur ganz vereinzelt wird eine Abgabe ein Hauszins abgegeben, der aber doch auch nicht immer auf Lehnsgüter zu beziehen ist. In dem Erb-

Besonders aber spricht gegen diese Annahme das Zeugnis des Scheplitz¹. Man könnte allerdings einwenden, daß das- selbe eigentlich doch nur für die Priegnitz und die Grafschaft Ruppin, worauf es sich exemplifizierend speciell bezieht, volle Beweiskraft habe. Allein wie eine Tabelle aus dem Ende des vorigen Jahrhunderts nachweist², sind gerade in der Graf- schaft Ruppin sämtliche Privatbauern Laßbauern gewesen. Für die Priegnitz wird die gleiche Thatsache für eine Reihe von Patrimonialgerichten im Jahre 1768 ausdrücklich bezeugt, un- besonders auch für die Dorfer des Domkapitels zu Havel- berg³.

Will man demgemäß Scheplitz nicht das Verständnis der bäuerlichen Besitzverhältnisse gänzlich abspreehen, so wird man zugeben müssen, daß die Bauern ihre Höfe vor dem 30jährigen Kriege in der Regel nicht als Laßgüter besessen haben, daß also wie in Pommern⁴ ein gleichförmiges Besitz- recht platzgegriffen haben muß. Einzelne Ausnahmen können natürlich vorgekommen sein⁵, aber es ist doch sehr bemerkens- wert, daß die Grundordnung von 1620 voraussetzt, daß die Höfe von den Bauern gekauft werden⁶.

register von Müllenhoff und Mühlenbeck wird sogar regelmäßig die Kauf- summe des betreffenden Hofes angegeben; nur hier und da ist die betref- fende Rubrik, wo die Zahl stehen sollte, nicht ausgefüllt ohne daß ein besonderer Grund ersichtlich wäre.

Nur an Amt Choran wird (Ende des 16. Jahrh.) im Dorfe Schmar- chendorf erwähnt „3 Thaler, so Hans Niemann zu Schmarhendorf wegen eines Hofes welcher ein Laßgut ist“ gezahlt.

Dieser Hans Niemann nun ist ein Hufner und hat als solcher sein Gut, da aber, wo es in Erbzugüter näher beschrieben wird, heißt es dann außerdem „hat auch einen Hof, so der Herrschaft gehörig ist, ein Laß- gut“ (gebt davon 3 Thaler“ (vgl. unten).

Ob Hans Gut aber vererblich war oder nicht, kann man hieraus nicht ersehen. — Das Beispiel ist aber charakteristischer Weise aus der Uckermark.

¹ B. I² p. IV tit. 7 § 2. *Alia quidem de jure civili videtur, qui rerum dominia habent, ut apud nos in diocesi Havelbergensi et tota Pri- gnitz non non comitatu Ruppiniensi rusticorum conditio est quod vendito- rum — minime compelluntur etc.* — Vgl. auch oben p. 27.

² Vgl. Bibl. zu Berlin, Manuscr. Bor. fol. 410.

³ v. Kamptz Jahrb. Bd. 34 p. 73, auch für viele Patrimonial- gerichte der Grafschaft Ruppin. Vgl. unten den Bericht des Priegnitz- schen Kreisdirectoriums.

⁴ Fuchs, Untergang des Bauernstandes in Neuorpommern und Rügen p. 25.

⁵ Ich schliesse mich der Bemerkung an die Fuchs I cit. p. 92 Anm. 1 an: „Es muß wiederholt hervorgehoben werden, daß es auch vorher schon in Schwedisch Pommern vorkam (der unerblichen) Laßbesitz gegeben hat, namentlich wohl bei den Bauern auf Ritter- ackern u. a., aber als allgemeine Besitzform ist das Landgut erst damals (nach dem 30jährigen Kriege) entstanden.“

⁶ Für die Mittel Ucker- und Neumark, auch Ruppin erlassen My- llin V 8 p. 15. Auch ist dieses nicht außer acht zu lassen, daß manche Pauer und auch Kössitz, wann auch und zwar elente laute lig in schul-

Insbesondere haben wir bereits gesehen¹, daß dasjenige Land, welches den Bauern auf Rottackern zur Bebauung angewiesen wurde, nach den Landtagsabschieden nicht in ihr Fiktum überging, sondern jederzeit revokabel blieb. Daß aber aus diesem Verhältnis keine Leasgüter entstanden sein können, geht schon daraus hervor, daß das spezifische Merkmal desselben, die Unerblichkeit, der Natur des eigentlichen märkischen Leasgutes direkt widerspricht.

Wohl aber ist es nicht nur möglich, sondern sogar sehr wahrscheinlich, daß der Name Leasgüter, der ja auch in der Mark für jene Besitzungen gebraucht wurde², später von diesen auf die nicht revokablen Güter übertragen wurde; beiden Arten des Besitzes ist ja gemeinsam, daß der Besitzer nicht Eigentum, sondern nur das Nutzungsrecht an dem Gute hat, in dem einen Fall ein erbliches, in dem andern ein unerbliches³.

Wir finden den Namen Leasgüter in dem speziell märkischen Sinne allgemein erst seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts; in der Gesetzgebung ist zuerst in einem Edikt von 1749⁴ von Leasunterthanen die Rede im Gegensatz zu erb und eigentümlichen Gütern, vorher, z. B. in der Gemeindeordnung von 1722, wird nur allgemein von den Höfen der Bauern gesprochen.

Nicht-soweniger läßt sich das Wesen des Verhältnisses schon in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts mit Sicherheit erkennen. Im Dezember 1718 erstattete nämlich die kurmärkische Kammer über die Lage der Bauern folgenden Bericht⁵:

In der Karmark besitzen die Unterthanen an manchen Orten ihre Höfe erblich, in andern Orten aber gehören die Bauerngüter meist der Hofwehr dem König und werden dem Bauern bei dessen Antritt zugewiesen. Im erstern Fall haben die Bauern freie Verfügung, ihre Güter zu verlassen und zu vererben, jedoch mit Amtskonsens und nach einer gewissen Taxe, welche nicht überschritten werden kann; in andern Fällen dagegen werden bei Erbschaftungen die Güter und Hofwehren vorher abgezogen, und es kommt nur zur Teilung,

den verstorbnen hernach heimlich lajen streichen und die Häuser und Höfe steuern lassen, dadurch erzwingen, so ihnen mit den senigen gedient und das Sonstige gebracht worden. Denn zu solchen spölicken Gütern sich bequemet setzen ein Kaufmann wieder findet.

¹ Vgl. oben p. 16 u. 26.

² S. das Citat oben p. 26 Anm. 4, vgl. auch oben p. 63 Anm. 1 die Notizen über das Leasgut in Semarchendorf.

³ Myller, C. C. Contin. IV p. 119.

⁴ Das Edikt vom 2^o April 1749 bei Myllers IV II cap. 3 N. 21 wegen freier Hofzifferung an die Amtshauptmänner bedient sich noch der Umschreibung „Unterthanen deren Höfe nicht erblich sondern dem Reich Königl. Majestät zugehörig sind“ für Leasunterthanen.

⁵ Knapp II p. 7-8.

was dann noch übrig bleibt. Bei nötigen Bauten erhalten die Bauern mit erblichen Gütern ein Drittel weniger Freiheit, als die Bauern mit unerblichen Höfen. Was die persönlichen Verhältnisse betrifft, so sind die Unterthanen zwar freie Leute, sind aber schuldig und gehalten, ihre Kinder, die sie nicht zu ihrer Wirtschaft gebrauchen, 8 Jahre bei den königlichen Ämtern und Vorwerkern dienen zu lassen etc.

In dem gleichen Jahre forderte der König die kurmärkische Kammer auf, taxieren zu lassen, was den Unterthanen in den Ämtern der Kurmark an Vieh, Aussaat und Ackergeräten zustehe. Aus dem Schriftwechsel, der hieraus entstand, ist folgende Schilderung von Wichtigkeit¹:

Die Ämter der Kurmark sind mit dreierlei Art Leuten besetzt. Die erste Art besteht aus Freien, die ihre Güter erblich gekauft haben, folglich mit Zustimmung des Amts darüber gewissermaßen verfügen können. Die zweite Art besteht auch aus Freileuten, jedoch mit dem Unterschied, daß diese nicht als Eigentümer der Höfe, sondern als Pächter zu betrachten sind, indem ihnen zur Abführung der verordneten Leistungen Einsaat und Hofwehr, wie bei Pächtern gebräuchlich, gegeben werden. Die dritte Art besteht aus Leibeigenen, deren Person und Vermögen dem Herrn zugehört und die nicht sich, sondern dem Herrn erwerben.

Derselbe Gegensatz zwischen Unterthanen, die ihre Güter erb- und (wie es sonst gewöhnlich heißt) eigentümlich besitzen, und solchen, die das nicht haben, tritt bereits in einem Bericht der Collner Hofkammer vom 20. XII. 1707² sowie in dem darauf ergangenen Reskript Friedrichs vom 31. Dez. 1707 hervor³.

Kombiniert man nun jene beiden Berichte einerseits mit dem, was Scheplitz und Müller berichten, andererseits mit dem, was wir am Ende des vorigen Jahrhunderts über die Rechtsverhältnisse der Bauern erfahren⁴, so erkennt man leicht, daß die sogenannten erblichen Güter mit den früheren Erbzinsgütern, die sogenannten nicht erblichen mit den spätern Leihgütern identisch sind. Für die letzteren findet sich auch der späterhin ganz allgemeine Name schon in dieser Zeit in nichtmärkischen juristischen Schriften⁵.

¹ Knapp II p. 15.

² Im Geh. St.-Arch. Vgl. auch den Bericht vom 8. März 1709, laut dessen „die meisten Unterthanen der mittelmärkischen Ämter entweder Leibeigene oder doch nur von der Kammer auf die Höfe gesetzt und dazu mit voller Hofwehr versehen sind“ (bei Stadelmann I p. 17).

³ Bei Wöhner, Steuerverfassung der Kurmark Brandenburg III N. 82. Die Erbbauern erhalten „a weniger Freiheit bei Bränden etc.“

⁴ S. unten.

⁵ Man ersieht aber gleichzeitig aus denselben, daß man sonst in Deutschland unter Leihgütern nur beliebig revokable Güter verstand, für die ja, wie oben bemerkt, der Name zuerst auch in der Mark üblich

Der charakteristische Unterschied zwischen beiden Güterarten ist aber der, daß bei der einen der Hof zur Teilung kommt, bei der andern nicht, hier also die Herrschaft, dort der Bauer das Eigentum, hat¹. Hinsichtlich der Hofwehr ist der Bericht der Kammer nicht ganz genau. Es findet sich nämlich in denselben Akten in denen der Bericht der Kammer enthalten ist, eine Tabelle, aus der hervorgeht, daß auch bei „Höfen so erblich“ bisweilen die Hofwehr den Bauern geliefert wurde. Auch in späterer Zeit scheint dies noch bisweilen üblich gewesen zu sein².

Alle Bauern zwar, sowohl Erb- wie Leibeauern, sind persönlich freie Leute.

Wenn aber, wie gezeigt, schon von Anfang des 18. Jahrhunderts an Leibeauern in der Mark vorhanden waren, ja sogar dieselben, wie die eben erwähnte Kammertabelle ausweist, in Zahl die Erbbauern weit übertrafen³, so kann das Leibeientum nicht erst im 18. Jahrhundert entstanden sein. Auch wird in der That wenigstens für die Kapitelsdörfer des Stifts Havellberg die leibeigentliche Qualität der Bauern glaubwürdig bezeugt⁴. Andererseits jedoch haben wir gesehen, daß noch Scheffitz in der Mark nur Erbzinsbauern, die spätern Erbbauern kennt. Nun ist ohne weiteres klar, daß ein solches eigentümliches Rechtsverhältnis, wie das der Leibeigenschaft, zumal bei der natürlichen Konstanz, die die bauerliche Verfassung überall zeigt, nicht ohne eine erhebliche wirtschaftliche Ursache entstanden sein kann. Als solche aber kann

nur Dens zuerst erwähnt Joh. Pet. de Ludewig: *De jure censitum Germanicum* Halle 1717 sect. III c. 5 § 5 von Leibeigern Anna, als Ausnahme, daß in der Mark die Leibeigenschaft absetzbar seien. Von ihm übernimmt Kitzinger *Dissertatio de praedicta quae vulgo Leibeigter appellantur* p. 12 (1745), die Nachricht. Kurz, Erläuterung des in Deutschland üblichen Leibeigenschafts (1788) behauptet zuerst, daß die Leibeigenschaft erblich seien. Auch Nehten in seiner *Dissertatio de iuribus quibusdam praedictis*, Helmstädt 1727, scheint dieser Ansicht zu sein. Vgl. das Urteil des Kammergerichts bei Stengel II p. 140 ff.

¹ Daher auch der Name Erb- und eigentümlich.

² Wenigstens ist dies aus der Angabe bei Stengel II p. 4 zu schließen.

³ Die Tabelle giebt nämlich in jedem einzelnen Amt an, wieviel die Hofwehren der Bauern wert sind, sowohl in den „Höfen so erblich“ als in den Höfen „so nicht erblich“. Die Summe bei den ersteren ist 40000, bei den letzteren 290000 Thaler. Das Verhältnis der Leibe zu den Erbbauern wäre demnach wie 7 : 1. Die Zahl ist natürlich sehr ungenau, da sie nur für die Ämter gilt und die Hofwehr nicht überall die gleiche war. Aber einen Anhalt gewährt sie doch. Vgl. auch die Angabe von p. 68 Anm. 2.

⁴ Bericht des Justizrats Puschmanns von 1768 in Kamptz' Jahrb. 1834 (vgl. oben p. 64 Anm. 2). In sämtlichen Kapitelsdörfern wird nach klarer Maßgabe, deren in dem hiesigen Stiftsarchiv aus dem vorigen Jahrhundert vorhandenen Erbvergleiches und (begrabene) Protokollorum — „an Bauernhof — „dem neuen Wirt“ ganz frei und unentgeltlich abzugeben.

in der Zeit von Scheplitz bis zum Anfang des 18. Jahrhunderts nur der 30jährige Krieg in Betracht kommen.

Zu dieser Vermutung wird man vor allem geführt, wenn man sich klar macht, in welcher Weise die Mark, insbesondere die Mittelmark und die Priegnitz, durch den Krieg verwüstet wurden.

Wir vermögen zwar die verheerenden Wirkungen des Krieges — im allgemeinen ja bekannt genug¹ — für das platte Land nicht vollständig statistisch darzulegen, können aber doch wenigstens einige charakteristische Zahlen beibringen.

Von allgemeinen Angaben ist wichtig der Bericht der Hofkammer von 1652, nach welchem bei sämtlichen Ämtern der Kur- und Neumark vor dem Krieg 3000 Ackerleute gewesen waren, damals nur noch 1550, von Kossäten nur noch 1769 (gegen 3097)².

Bedenkt man nun, daß die Ämterdörfer in der Regel immer noch als die besten und am meisten besetzten erscheinen, so kann man schon auf Grund dieser Angabe für das ganze Land eine Abnahme der ackerbautreibenden Bevölkerung um mindestens die Hälfte annehmen. Das, was wir sonst noch über den Zustand des platten Landes erfahren, läßt diese Annahme weit eher zu niedrig, denn als zu hoch erscheinen.

So besitzen wir von den Berichten der Landreiter, die der Große Kurfürst, wie es scheint, zur Ermittlung der Waffenfähigen in der Mark, allgemein in den gleichen Jahren aufnehmen ließ, noch zwei³, den für den Teltow und den für Niederbarnim. Im Teltow wurden hiernach von 1175 Bauern und 750 Kossäten im Kriege 841 resp. 420 wüst⁴.

Ähnlich war es im Niederbarnim, wo von 927 Bauern und 706 Kossäten nur 417 Bauern und 340 Kossäten übrig blieben⁵.

Im Oberbarnim waren schon 1634 von 4278¹ 2 Hufen¹ 2, nämlich 1403¹ 2 wüst⁶, kein Wunder, daß in einem Teile des Kreises von 1878 Bauernhufen 822 wüste geworden und fast gänzlich mit Bäumen und Strauchwerk bewachsen waren⁷.

¹ Für die Mark vgl. n. a. Beheim-Schwarzbach, Hohenzollernsche Colonisationen p. 31 f.

² König, Geschichte der Stadt Berlin II p. 260.

³ Geh. St.-Archiv.

⁴ Fidelein, Territorien der Mark I Beil. 1.

⁵ Bericht des Landreiters, Kgl. Geh. St.-Arch.

⁶ Nach dem Protokoll, welches in den Märkischen Forschungen Bd. 17 veröffentlicht worden ist. Die Angabe ist, trotzdem sie auch v. Petersdorff, Forschungen zur Brandenburg-Preuss. Gesch. II p. 68 übernimmt, doch insofern unrichtig, als zu der Zahl der Bauernhufen auch die Kossätenhufen mit gezählt sind, auch zum Oberbarnim damals einige Dörfer gehörten, die jetzt von denselben getrennt sind. Ein ungefähres Bild gewährt sie aber doch.

⁷ So ist wohl die Angabe bei Fidelein l. cit. II p. 11 zu verstehen.

Für die Zauche ergibt der Bericht des Landreiters von Belitz aus jener Zeit¹, daß in seinem Beritt von 97 Dörfern 50 „nichts mehr thun können“, „rastieren 47, die aber doch auch das Ihrige gueter Maßen schon erlitten“.

Hinsichtlich der Grafschaft Ruppin gar „sagen“, wie Buchholz angibt², „alle Nachrichten, daß beim Antritt der Regierung Friedrich Wilhelms nicht mehr als 4 Dörfer die noch bewohnt gewesen, befunden wurden“.

Annehmlich mag es in der Priegnitz ausgesehen haben, wo unter allen Landpredigern zu Perleberg, Kyritz, Pratzwalk, Havelberg und Werben ein einziger zu Werben noch existierte, der in einem Gebiete von ca. 4 □ Meilen jährlich 4—5 Menschen taufte³.

Diese Zahlen sprechen in der That dafür, daß, wie Buchholz (l. cit.) sagt, die Mark 1645 eine Wüste war.

Um so dringender war der Neuanbau. Suchen wir uns zu vergegenwärtigen, wie derselbe vor sich ging.

Da ist zunächst das Bestreben ebenso unverkennbar, wie natürlich, den Bauer, der noch auf seinem Gute war, auch wirklich auf demselben noch festzuhalten. Daher denn immer und wieder die Verbote „wider das treventliche Entlaufen der Bauern und Kossäten“⁴; daher die vielen Patente des Großen Kurfürsten und seines Nachfolgers, mittelst deren einem Adligen die Erlaubnis zur Rückforderung eines entlaufenen Unterthanen erteilt⁵, daher der Wert, den Müller in seiner practica civilis rerum Marchicarum auf die diesbezüglichen Rechte des Adels legt⁶.

Solche Maßregeln konnten freilich an und für sich nicht allzuviel fruchten. Denn wo der Bauer im Kriege umgekommen war, da blieb eben sein Gut liegen, wenn es nicht gelang, einen neuen Anwohner dafür zu finden.

Deren konnte man sich aber auf doppelte Weise verschaffen. Es gab ja damals viele, die, nachdem sie lange schon den Pflug mit dem Schwerte vertauscht, sich durch den Friedensschluß wieder gezwungen sahen, das Schwert an den Nagel zu hängen und die nächste Bauernstelle anzunehmen, die sich ihnen bot. Ob zu gerade wieder im Heimatdorf sich ansiedelten war ihnen gleichgültig, wenn sie nur in der alten Heimat blieben⁷. Vielfach kamen allerdings auch ganz

¹ Geh. St.-Arch.

² Geschichte der Chormark III p. 652.

³ Nach dem Kirchenbuch von Ketzke. Buchholz ibidem. Allerdings tragen die Stadtprediger angegeben haben.

⁴ Vgl. Stadelmann, Preussens Könige etc. I p. 3.

⁵ Geh. St. Arch. Rep. 29 72, Bauernsuchen.

⁶ S. bei Hen. 67.

⁷ Man sieht dies besonders aus den beiden Landreiterberichten im Geh. St. Arch. In denselben ist nämlich jedesmal die Herkunft der ein-

Fremde in die Mark. Den alten Gemeinden — wenn sie sich wieder zusammenfanden — war dies natürlich wenig angenehm, es bedurfte ausdrücklich der Aufnahme eines Artikels in den Landtagsabschied von 1653 (§ 41): „dass anstatt der abgegangenen nebenst den Einheimischen auch fremde Leute aufgenommen und die Örtter damit besetzt oder auch wohl neue Plätze angerichtet und angebauet werden, wird den Landständen — nicht entgegen sein können.“

Wenn nun aber, was ja gewiss oft der Fall, sich keine fremden Leute zur Annahme der Höfe fanden, so lag es nahe, die Söhne der eigenen Unterthanen heranzuziehen und sie zu zwingen, des Vaters Gut zu bebauen. Es verordnete daher schon die Gesindeordnung von 1651¹, dass „wenn 2 oder mehrere Brüder nach des Vaters Tode erfunden würden und nicht allesamt die väterliche heredität repudiieren wollten, so müßten sie einen unter sich, der tüchtig und der Obrigkeit annehmlich sei, gewählen, der sich zum Unterthanen annehmen lasse“. Auch die andern Erben aber werden gleichzeitig angehalten, sich möglichst bald zu erklären, ob sie das Gut annehmen wollten oder nicht.

Ernstlich verschärft aber wurden diese für die ganze Kurmark geltenden Bestimmungen noch für die Mittelmark durch das Edikt von 1670², durch das, wie bereits erwähnt, auch der zweite Sohn eines verstorbenen Bauern oder Kossäten verpflichtet wurde, ein wüstes Gut anzunehmen, die Ausschlagung der Erbschaft wurde nicht mehr gestattet. Das Edikt selbst sagt, dass „bei dieser Zeit annoch die wenigsten Dorfschaften mit Leuten besetzt“³. 1681 wurden dann alle Söhne eines verstorbenen Bauern oder Kossäten angehalten, einen wüsten Hof unter ihrer Obrigkeit anzunehmen. Es finden sich aber auch die genauen Angaben⁴, dass im Niederbarnim in 81 Dörfern ca. 1171, von 3073⁵ kontribuablen Hufen 1174⁶ s, also über ¹ s, noch wüste lagen, und von 871 Bauernstellen nur 587, von 679⁷ s Kossäten nur 367⁸ s besetzt waren, in beiden Fällen also nicht die Hälfte der vorhan-

zelen angegeben; sehr viele sind, wie man schon aus der Tabelle bei Fickler ersieht, aus der Fremde zugezogen, die meisten davon stammen aber aus märkischen Dörfern.

¹ Tit. 4 § 5. Myllius VI 3 p. 115; vgl. oben p. 56 f.

² Myllius V 3 p. 399.

³ Vgl. das Edikt wegen Räumung der verwilderten Äcker v. 23. Mai 1663, Myllius I. c. p. 335. Auch ist nicht unbekannt, was gestalt in diesen Unsem Churlanden insonderheit durch wegsterben der Unterthanen, die Acker überall mit Fichten und andern Gestrüuche sehr bewachsen, und also dieselben je länger je mehr zu wüstem wilden Lande geworden und ins künftige wann sie dergestalt gelassen werden sollten von denn Bäumen und Geholz viel mühsamer und schwerer — uhrbar zu machen etc.

⁴ Anlaßlich eines Streites zwischen der Ritterschaft und den Ämtern wegen der Quotation der Kontribution. Geh. St.-Arch.

denen. Und 1687 lagen in der Grafschaft Ruppin 521 Bauernhöfe und 213 Kossätenhöfe, sowie 14 Budnerstellen wüst¹.

Es erklärt sich aber auch hieraus, daß schon der (große) Kurfürst gegen Ende seiner Regierung ernstliche Versuche machte, Kolonisation in der Mark auch auf den platten Lande anzulegen². Noch mehr war bekanntlich Friedrich I. auf die „Peuplierung“ des Landes bedacht, vergleicht man aber die Zahl der Bauernnahrungen in der Mittelmark³ von 1624 mit der von 1725 und selbst von 1750, so sieht man, daß trotz des bedeutenden Menschenzuflusses und der Neubegründung vieler Dörfer die Zahl der Bauernstellen von 1725, ja sogar die von 1750 kaum die von 1624 erreicht, dagegen hat sich die Zahl der Hauslinge mehr als verdoppelt, auch die starke Vermehrung der Hirten weist darauf hin, wozu die wüsten Stellen verwendet wurden⁴.

Wenn nun der Adel einen Fremden oder einen Heimsichen oder auch den Sohn eines seiner Unterthanen einem solchen Hof „einthut“, wie konnte dieser Eigentümer des Gutes werden? Am nächsten lag es ja, daß der Bauer das Gut bezahlte. Aber nur selten mag er das gekonnt haben. Woher sollte er denn das Geld nehmen? Es waren ja meist von Huns und Hof vertriebene Flüchtlinge, die solche Güter annehmen und selbst, wenn sie etwas Geld mitbrachten, so konnte es vielleicht zur ersten Einrichtung dienen, aber nicht zum Ankauf des Hofes.

¹ Bratring Geschichte d. Grafschaft Ruppin, S. 60 Anm.

² Über die Kolonisationen in der Mark vgl. Schaeffler, Sehr. 1 Versuch f. Socialpolitik Bd. 31 p. 1 ff. Über die Rechtsverhältnisse der Kolonisten s. unten.

³ Die beiliegende Tabelle giebt eine Uebersicht über die Verteilung der Bevölkerung in der Mittelmark exkl. Bees- und Storkow. Zu Grunde liegen die Angaben des Schatzregisters (s. den Anhang verglichen mit der Landtafelischen Notiz bei Schep. 12, vgl. oben p. 8 Anm. 1) andererseits Tabellen, die Bratring in seinen Manuskripten auf der Kgl. Bibl. zu Berlin giebt. Ich halte sie für genauer als die bekannte Tabelle des General-Landt. Brandenburg (zuletzt abgedruckt bei Poser, d. Markens Geschichte Freier. d. Gr.).

Das platte Land der Mittelmark Brandenburg hatte
(excl. Beeskow und Storkow)

Im Jahr	Linien- stücken	Kos- säten- stellen	21 sohner	Haus- stellen	Mö- der	Gehöften und Bud- nerstellen	Schä- fer- stellen	Hir- ten	Leh- nens- bes.	Leh- nens- stellen	Söhner der	Leh- nens- stellen	Zu- wachs
1627	7771	5639	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1750	7989	5457	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1724	7600	6347	619	1475	171	477	400	651	61	—	3	—	—
1725	6822	5141	448	3141	249	473	423	1144	336	26	339	26	33
1750	7777	5932	541	3602	226	571	547	1712	522	81	368	81	133

⁴ Vgl. unten.

Erlaß der Kontribution für einige Äcker, die zu einem wüsten Hofe in Gütergutz gehörten, von dem er Pächte zu empfangen hatte, er müsse ihn, sonst liegen lassen; er sei ja bereit, sie dem ersten Mann, den er antreffen könne, so fort abzutreten, damit dieser dem Kurfürsten die Dienste im Amt Potsdam leisten könne.

Dafs aber auch die Gebäude in der Regel von dem Herrn des Dorfes aufgeführt werden mußten, zeigt recht deutlich das Erbregister des Hauses Zietzen, das im Jahre 1649 aufgenommen wurde¹. Da finden sich z. B. im Dorfe Klein-zietzen 3 Höfen. Bei dem einen ist nichts Besonderes bemerkt, bei den beiden andern heifst es: „X.² hat . . . Hufen ist wüste und abgebrannt und vom Herrn Obristen widerumb erbaut, auch durch N. N. in diesem Jahre besetzt“, etc.

Die gleiche Notiz findet sich in Grämlitz von 5 Hufnern bei 2, in Börmcke von 7 Hainern bei 3 (nur dafs hier die Häuser schon länger aufgeführt gewesen zu sein scheinen), in Platow ebenfalls von 7 Hufnern bei 2. In Tützwow sind gar von 5 Hufnershöfen 4 „wüste und abgebrannt, aber von dem Herrn Obristen in diesem Jahre wieder hergestellt und durch N. N. besetzt“³.

Nur einmal heifst es: „X. ist wüste und abgebrannt, aber von dem Herrn Obristen durch Hans Kopken wieder in diesem Jahre aufgebaut und besetzt“ etc.

Oder über dieser Bauer den Hof ganz aus eigenen Mitteln aufbaute, oder auch von der Gutsheerrschaft unterstützt wurde, ist nicht gesagt.

Es war ja nur zu natürlich, dafs der Adel sich weit eher als der Bauer von dem Kriege erholte und selbst die verfallenen Höfe so bald als möglich wiederherstellte, um desto eher einen tüchtigen Wirt dafür zu finden.

Je längere Zeit nach dem Kriege verfloß, um so mehr geschah dies. Manngliche Beispiele dafür liefert das Katastrationsprotokoll für die Grafschaft Ruppin vom Jahre 1687⁴. Da heifst es von einem wüsten Gut im Dorfe Ledda, dessen Hufen die Obrigkeit einstweilen besetzt: „Auf N. N. wüsten Hof steht ein altes Gerüste und will der Herr von Rohr ein Neuhaus bauen wenn die freien Jahre folgen werden“, so

¹ Gehl. St.-Arch.

² Über wie in den folgenden Citaten sind die Namen der Bauern in der Regel nicht mit angegeben, sondern durch X. resp. N. N. ersetzt.

³ Es lagen noch außerdem viele Höfe „wüst und abgebrannt“. Dann heifst es allemal: „wird der Hof wieder aufgebaut und der Dienst wieder ersetzt, dienet der Besitzer“ etc. Dafs natürlich auch hier wieder die Herrschaft den Aufbau übernehmen mußte liegt auf der Hand.

⁴ Gehl. St.-Arch.

⁵ D. h. Steuerfreiheit für die erste Zeit nach der Neuerrichtung gewährt wird, was damals allgemein üblich war, vgl. das Patent wegen

wird sich dann ein Wirt dazu finden.“ Eine ähnliche Bemerkung finden wir über einen Hufnershof in Carve, da hat die Obrigkeit ein Neuhaus bauen lassen, ist aber noch kein Wirt dazu“. Auch hier beachtet die Obrigkeit die wüsten Hufen. Besonders geeignet zur Verdeutlichung der Entstehung des lassitischen Verhältnisses ist endlich die Notiz beim Dorfe Radonsleben: „N. N. hat ao. 1686 einen wüsten Hof empfangen, so der Herr — von Quast aufbauen lassen — hat auch demselben die winter und sommersaat nebst der völligen Hofgewehr an Vieh gegeben.“

Sehr lehrreich ist auch eine Beschreibung des Dorfes Birkenwerder (im Glein- und Löwenbergischen Kreis), schon aus der Zeit unmittelbar nach dem Kriege. Hier sind an Unterthanen noch übrig geblieben 4 Kossäten, dem einen Joachim Brandt ist die „Cüsterey“ repariert, er wohnt darin, „weil sein Haus eingefallen“. Der andere Thomas Kotze „hat Me- wes Krausen wüsten gut angenommen, wohnt solange in des reficierte Schneider Heuselein, bis ihm das seinige gebawet wird“. Auch die zwei übrigen, Thomas Brandt und Hans Krause, besitzen fremde Güter. Außerdem hat der Besitzer des Dorfes drei von ihnen erheblich unterstützen müssen. Und zwar hat Thomas Kotze 2 und Hans Krause 1 Ochsen erhalten, Joachim Brandt aber „16 Thaler an Gelde sich dafür Vieh zu kaufen“. Alle andern Kossätenhöfe im Dorfe liegen wüst, auch „der Krugk ist noch nicht mit einem Wirt besetzt, aber ganz newe bis auf die Thüren erbawet“.

Schließlich teilen wir noch eine interessante Schilderung mit, die ebenfalls einem Bittgesuch an den Kurfürsten um Befreiung von der Kontribution entnommen ist¹. Hier schreibt ein Herr von Rolden am 29. April 1672: „Jüngst verwichenen 1671 Jahres habe ich das Gut Löhme (Kreis Niederbarnim) gekauft. In diesem Dorf waren 11 Bauernhöfe und 8 Kossätenhöfe vor diesem², ich habe aber nicht mehr als 1 Bauer, die 8 Hufen haben, und 3 Kossäten besetzt und die übrigen Bauern- und Kossätenhöfe ganz wüste, so daß kein stock oder stiel auf demselben fürhanden und die Äcker mit Fichten bewachsen, gefunden. Von den beiden besetzten Bauern ist im Februar dieses Jahres einer gestorben und dessen Haus mit Hof und Scheune so beschaffen, daß keines sicher mehr dahin kommen darf, darumb ich dieselben ganz abbrechen und neue Gebäude — (ganz ähnlich also, wie wir oben in Ruppın sahen) — setzen lassen muß, wie ich denn dazu schon einen anfang gemacht, wie inglei-

der 6jährigen Freiheit und Beneficien, deren, so wüste Stellen bebauen wollen, vom 19. Jan 1667. Mylius VI 1. Abt. N. 131.

¹ Im Geh. St.-Arch.

² D. h. natürlich vor dem Kriege.

ehen mit Ausrodung der wüsten und bewachsenen Acker auch geschehen und hoffe also mit Gottes Hülfe die wüsten Pauern und Kossaten-Höfe wieder zu besetzen.“

Diese Schilderung zeigt einerseits, wie nach 25 Jahren nach dem Kriege manche Dörfer aussahen und sich in den selben die Ansetzung der Bauern als Leuten ganz von selbst verstand, sie zeigt aber andrerseits, wie auch aus noch erblichen Höfen Leuten zu werden konnten. Denn daß jener Bauer, dessen Haus 2 Monate nach seinem Tode schon in solchem Zustand war, daß niemand mehr sicher hineingehen konnte, nicht der einzige in der Mark war, versteht sich von selbst.

Besonders häufig scheint es in der Neumark gewesen zu sein, daß die Bauern ihre Höfe verfallen ließen und es vorzogen, statt ein eigenes Gut zu bewirtschaften, fremde Acker gegen eine geringe Vergütung zu besetzen. Es wurde daher in den Gesindeordnungen von 1646, 1685 und 1686¹ eine strenge Verordnung gegen diesen Uebelstand aufzunehmen.

Noch öfter aber kam es vor, daß die Bauern, sei es wegen schlechter Behandlung, sei es wegen Schulden einfach fortritten und ihre Höfe stehen ließen. Das zeigen die bereits erwähnten Verordnungen gegen das Weggehen der Bauern, besonders aber die Gesindeordnungen².

¹ Tit. 9 § 4. Weil nun bisher durch ungezogenes verfallen der wüsten Acker jeder Müßiggänger seinen Aufenthalt zu des Landes Schaden haben konnte, so ist auch daraus diesen Uebelthaten entgegen, daß die Pauern und Cossaten ihre Häuser nicht bessern wollen, sondern dieselben eingehen lassen, und so die Obrigkeit hernach zu Kosten und Pächten behalten wollen und ihre Kinder die Höfe sollen besetzen, so haben ihnen die Häuser wieder gebauet werden müssen, wenn sie nicht selbst die Arbeit welche sie mit eigener Hand verrichten können, anwenden wollen, sollen derothalben in denen Freysen da die gekauften Höfe Herkommens als diejenigen Unterthanen, denen ihre Häuser und Höfe von denen gekauften oder ausgetauscht werden sie haben vorher dazum gegeben oder nicht, auch diejenigen, so in alte fertige Häuser so nicht ihr eigen, vor ihnen oder neulich eingezogen verbunden seyn, die Höfe nach und nach nach billiger Taxat bezahlen und ihre Kindes Kinder oder nächsten Erben sollen schuldig seyn solche Höfe in stetiger Bewahrung zu erhalten, wie es ohne das auch in den gekauften und geerbten Höfen sich allwege gebühret, wie denn alle diejenigen, welche die Häuser kaufweise an sich gebracht und aus Muthwillen derothalben verfallen lassen und nichts daran bessern, den Schonen selber tragen sollen, welcher ihnen oder ihren Erben an ihren Mobilien und Verfallt abgezogen oder die eingestellten Häuser ihnen gegeben und mit ihren andern besten Gütern und Verlassenschaft der Obrigkeit genug davon gethan, sie auch daneben nach Gutachten gestraft werden sollen. — Die Bestimmung findet sich nicht in der Ges. Ord. für Cossaten — sie ist von allgemeinem Interesse für die Entstehung des Leutenantums überhaupt.

² In den Erstregistern der Mark, soweit sie nach dem Kriege noch benutzt wurden ist dies in der Regel nur lausend ersichtlich, daß neben die Namen der alten Hofbesitzer die der neuen Ansetzer geschrieben

Sehr charakteristisch hierbei ist, daß die Gesindeordnungen von 1644, 1645 und 1651 noch voraussetzen, daß sich der Kaufmann zu den spolierten Gütern finden soll, in der Gesindeordnung von 1681 ist dies nicht mehr der Fall, es wird auch als ganz selbstverständlich angenommen, daß die Herrschaft dem Unterthanen die Hofwehr giebt¹. Wir werden nicht glauben können, daß der Bauer unmittelbar nach dem Kriege kapitalkräftiger war, als einige Jahrzehnte vorher, sondern vielmehr schließen, daß jene Bestimmung in der Gesindeordnung von 1620, wo sie ja noch einen sehr guten Sinn hatte², anfangs mechanisch herübergenommen, später als praktisch bedeutungslos geändert wurde.

Es konnte aber natürlich auch geschehen, daß eine Bauernfamilie nicht nur die Stürme des Krieges überdauerte, sondern auch noch später sich im Besitz der Stelle hielt, während in demselben Dorfe auf andern Stellen, die wüst geworden waren, von der Herrschaft Leasiten angesetzt wurden. So erklärt sich sehr wohl die merkwürdige Erscheinung, daß wir später in manchen Dörfern der Markmark leasitische und erbliche Stellen zugleich finden³.

Die hier gegebene Erklärung⁴ von der Entstehung des

wurden. Dabei kann man aber meistens nicht sehen, ob ein Fremder oder ein Kind am Hof erhielt. Deutlichere Notizen finden wir in dem Lehngüter von Zechlin von 1698. Es heißt da z. B. bei der Beschreibung eines Dorfes: „Den 5. Juli no. 1680 ist Hans Andes auf den entlassenen Hildbrands Hoff wieder für einen pueren angenommen.“

¹ Lit. IV § 1. Denn zu solchen spolierten Gütern sich selbst oder immer jemat. J findet und geschiet solches am allern meisten, daß die Unterthanen, weil sie im Freijure gebohren, sich fortzusetzen die Hofe, auch das abgetriebene Gespann, welches ihnen die Obrigkeit gegeben stehen lassen.

² Vgl. oben p. 64.

³ Beispiele bei Bratring, Hesseuaburg der Kurmark Bd. I S. 34. Anm. 2. Ferner wohl Kiedel, Mark Brandenburg II p. 279. Die Beispiele haben sich noch stark vermehrt aus den bereits erwähnten Quellen in Bratring's Manuscripten, besonders für den Kreis Teltow. Vgl. Horst, fol. 412. Diese Thatsache ist mit der Herleitung des leasitischen Besitzes aus Überresten eines alten Lehnwesens zumal wenn man sich die Gewissenhaftigkeit der deutschen Hofverfassung vergegenwärtigt, kaum in Einklang zu bringen, man sieht dies aber aus dem Versuche, den Kiedel S. 34 unternimmt.

⁴ Über die Kornknappheit Ansetzung s. oben p. 26. Richtig hat Kiedel Recht in seinem Aufsatz „Über die Entstehung der jetzigen bürgerlichen Besitzverhältnisse in der Umgebung Berns“ Märkische Forschungen Bd. I, die Bedeutung des 30jährigen Krieges erkennt (p. 29), aber die Erklärung, daß sie zur Kultur angesetzten Güter des A. L. Landrechts durch Vernichtung der Ideen von ständischen Zersplitterung und ständischer Untertänigkeit von Seiten der Juristen entstanden seien, w. d. h. liegt sich schon durch eine genaue Darlegung der tatsächlichen Rechtsverhältnisse.

Venerlings hat II v. Poterodorf Beiträge zur Geschichte der Mark, p. 17 Anm., die Vermutung aufgestellt, die Leasiten seien zum Teil durch Herabdruckung der Ganzbauern zu Halbbauern entstanden. Dies

Lausitentum findet eine Bestätigung darin, daß auch in Schwedisch-Pommern und Rügen auf die gleiche Weise um dieselbe Zeit aus dem erblichen Besitz der Bauern allgemein der Lausitene geworden ist¹. Aber während hier die Schwäche der Regierung und die Uebermacht des Adels die von den Juristen² auch in Pommern festgehaltenen Grenzen der Lehnungsbefugnis thatsächlich illusorisch machten, blieben sie in der Mark, wie die oben angeführten³, auch von Mülles reproduzierten Beschränkungen jenes Rechts zeugen, durchaus gewahrt, weil die Krone der Willkür des Adels entgegentrat und in der Jurisprudenz eine Stütze fand. Daher kommt es, daß dort nur die faktische⁴, hier auch die rechtliche Vererblichkeit der Lausigüter die Regel wurde⁵.

Auch in Schwedisch-Pommern haben wir die merkwürdige Erscheinung, daß sich in einzelnen Gegenden der erbliche Besitz der Bauern erhielt. Es konnte dies geschehen entweder dadurch, daß der Bauer im Kriege seine Stelle nicht verlor, oder nach demselben, wenn er eine neue übernahm, zur Bezahlung derselben angehalten wurde.

So mag es wohl in der Altmark gewesen sein. Denn wir finden hier später nur Erbbauern.

Am nächsten würde es ja liegen zu vermuten, daß die Altmark weniger verwüstet worden sei, als die Mittelmark und die Prignitz. Ich finde aber keine direkten Zeugnisse hierfür in der Ueberlieferung. Das allerdings scheint charakteristisch, wenigstens dafür, daß die Altmark sich hier erhielt haben muß, daß das Edikt vom 17. März 1670⁶ nur für die Mittelmark gilt⁷. Auch die Gesandordnung von 1681, die gewissermaßen den Schlussstein der Unterthanigkeit bildet⁸, ist zunächst nur für die Mittelmark und die Prignitz erlassen worden.

Es mag wohl auch die Lage der Altmark mit dazu beigetragen haben, daß sich ein freieres gutherrlich-bäuerliches Verhältnis hier erhielt⁹. Denn die Altmark war ja eigentlich

ist schon deswegen nicht haltbar, weil später Lausiten ebensowohl Halb- wie Ganzbauern sind. — Auch davon kann nicht die Rede sein, daß die Kossäten „eine eigenartige Stellung, noch etwas tiefer, als der Lausit“ einnahmen. Daß Kossäten ebenso wie Bauern Lausiten sein können, sagt doch schon Knapp I p. 15.

¹ S. Fuchs, Entstehung der Gutsherrschaft etc. p. 90 ff.

² Cf. Mevius bei Fuchs I cit. p. 94.

³ S. p. 62.

⁴ Fuchs p. 94. vgl. Knapp I p. 47.

⁵ S. unten Kap. 5.

⁶ Myllius V § p. 337 N 5.

⁷ S. oben p. 56.

⁸ Insofern alle Kinder eines verstorbenen Bauern gehalten werden ein Gut anzuerkennen. PL IV § 4. Vgl. oben p. 56.

⁹ Die betreffende Bestimmung über die Pflicht der Unterthanen Kinder zur Aneignung eines Hofes der Obrigkeit ist zwar auch in der

zu jener Zeit von der Mittelmark ganz durch das Gebiet des Erzbistums Magdeburg getrennt¹. Hier aber hatte der Bauer von jeher freies Eigentum seines Hofes und nach dem Kriege wurde er zwar ebenfalls strenger an die Scholle gefesselt, aber er behielt ein gutes Besitzrecht².

Dagegen grenzt die Mittelmark durchweg an Gegenden, in denen die Leibeigenschaft — wie in der Ucker- und Netmark, oder doch wenigstens ein derselben sehr nahe kommender Zustand — wie in der Nieder-Lausitz³, wenn nicht bereits herrschte, so doch nach dem Kriege üblich zu werden begann. Der Leibeigene aber hat auch nur lausitzischen Besitz an seinem Gute. Ist es da zu verwundern, daß auch in der Mittelmark dieses schlechtere Besitzrecht der Bauern üblich wurde?

Es ist aber zu betonen, daß ebenso wie der Wiederaufbau des Landes, so auch die Verbreitung des lausitzischen Besitzes durchaus allmählich vor sich ging. Nur so ist es zu erklären, daß Müller diesen lausitzischen Besitz offenbar noch nicht kennt.

Es ist dies allerdings bestritten. Das Kammergericht hat in einem Erkenntnis behauptet, Müller habe die Natur und Beschaffenheit der Bauerngüter überhaupt und insonderheit der Laßgüter entwickelt⁴, und schon früher findet sich diese Meinung⁵. Dennoch hat aber das Kammergericht selbst in einem Bericht ad Reser. Clementissimi vom 4. Dez. 1765, betr. das Eigentum der Unterthanenhöfe in der Priegnitz⁶, mit Recht ausgeführt, daß Müller, wie Scheplitz, den Unterthanen das Eigentum an ihren Höfen noch zuschreibt. Er sagt ja ausdrücklich — um nur diese eine Stelle anzuführen: *rustici non pro lubit e bonis suis ejici possunt: est enim rusticus arbiter et moderator suorum honorum*⁷.

Das Schweigen Müllers hängt eben wohl auch damit zusammen, daß die Theorie vom lausitzischen Besitz in der damaligen Jurisprudenz noch keine weitere Ausbildung gefun-

Altmarkischen Gesindeordnung von 1735 mit aufgenommen worden, die scheint aber doch keine Geltung erlangt zu haben. Vgl. Stengel, Beitr. Bd. 11 p. 155 N. 4. Ebensowenig war am Ende des 18. Jahrhunderts der Gesindewangradienst in der Altmark eingeführt. S. oben p. 36.

¹ Cf. Schmoller in seinem Jahrb. Bd. 8 p. 1013.

² Schmoller l. c. p. 1066.

³ Vgl. Dönniges, Landeskulturgesetzgebung I p. 229 f. und Neumann, Verhältnisse der niederlausitzischen Landbewohner und ihrer Güter p. 40 ff. Die Verhältnisse bedürfen hier freilich noch einer näheren Klarstellung. Die Darstellung Neumanns ist ziemlich ungenügend.

⁴ 1796. Urteil b. Stengel l. cit. II p. 149.

⁵ Vgl. (Benkendorf), Oeconomia forensis. Berlin 1779, Bd. V § 233 u. §§ 426 ff.

⁶ Bei Stengel l. cit. p. 24 ff.

⁷ Res. 100 N. 3 u. 4.

den hat. Allgemein gilt als Merkmal des leasitischen Besitzes die sofortige Revokabilität des Gutes. Erst seit dem Anfang des 18. Jahrhunderts haben v. Ludewig (1717) und Ritscher die Lehre systematischer ausgebildet: erst von ca. ab knüpfet sich, wie oben¹ nachgewiesen, die Erkenntnis des markischen Leasitentums.

Es läßt sich aber auch begreifen, wie die Entstehung eines solchen Verhältnisses von lei Juristen unbemerkt sich vollziehen konnte. Denn das Verhältnis ist zunächst mehr faktischer als rechtlicher Natur. Der Leasbauer steht dem Gutsherrn in der Hauptsache, wie der Erbbauer gegenüber: der Gutsherr darf ihn nicht beliebig vertreiben und muß einem seiner Kinder den Hof übergeben. Es hat also der Bauer ein Dominium im Sinne jener Zeit, wenn nicht an seinem Gute, so doch an seiner Stelle. Dazu kommt, daß das Wirtschaftsverhältnis beim Leasbauer wie beim Erbbauer eiserne war, d. h. die Hofwehr stets beim Gute bleiben mußte, ein Satz, den schon Schepplitz kennt.

Es konnten also Streitigkeiten über den Besitz in der ersten Zeit des Wiederanbaus, der doch Müller noch angehört, kaum entstehen. Was zum Gute gehörte, war durch den Landesgebrauch bestimmt, wenn es gehörte, hieß die Thatsache, ob der Bauer oder der Gutsherr den Hof gebaut hatte.

So wird es zu erklären sein, daß Müllers, ja sogar Schepplitz² Darstellung für eine Schilderung des spezifisch markischen Leasitentums gelten konnte, weil sie auf die Thatsache, daß der Bauer seinen Hof selbst erbaut hat und besetzt, kein Gewicht legt, sondern sie nur stillschweigend voraussetzt.

Auch in der Gesetzgebung findet sich noch bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts der Unterschied zwischen Leas- und Erbbauer nicht klar ausgedrückt. Die Dorfordnung von 1702 hat noch ebenfalls wie die Joachimica ein erbliches Besitzrecht des Bauern zur Voraussetzung. Es kommt dies allerdings wohl daher, daß sie für die ganze Mark gilt, in der Altmark aber gab es gar keine leasitischen Bauern (cf. oben p. 77). Auch das Remissionsedikt vom 12. Aug. 1721 für Magdeburg-Halberstadt, die Grafschaft Mansfeld und die Mark, kennt keinen Unterschied unter den Bauern, erst gegen Mitte des vorigen Jahrhunderts macht sich dann in der Mark das Bedürfnis einer Deklaration des Edikts geltend, weil der Erbbauer weniger Remission als der Leasbauer erhalten sollte³.

¹ S. oben p. 61 Anm. 5.

² Vgl. z. B. Matthes Juristische Monatsschrift III, 40 Anm.

³ Vgl. Acta wegen der Remissionen (Arch. St. Arch. Gen. Direct. Th. 23, 4, 5 und unten Kap. 5; die Edikte von 1707 u. 1721 s. oben p. 65 Anm. 4 u. p. 68 Anm. 3).

Dies alles aber beweist keineswegs, daß das *Lassitentum* erst im 18. Jahrhundert in der Mark entstanden sei, sondern nur, daß ein so tiefer wirtschaftlicher Umschwung erst allmählich in das Bewußtsein jener Zeit gelangte. Daß man sich aber bald der Folgen desselben bewußt wurde, zeigt schon der Bericht der Hofkammer von 1718¹, der den Unterschied beider Besitzarten mit folgenden Worten charakteristisch kennzeichnet: „Freie Leute, die eigen gekaufte Höfe haben, arbeiten vor sich und die Ihrigen, sind also nahrhaft und fleißig, lassen von denen Gerechtigkeiten ihres Gutes nichts abkommen, cultivieren Acker und Wiesen, wie es sich gehört, unterhalten Gebäude, Wege und Zäune, in Summa sie agieren vor sich, welches der Hauptartikul aller fleißigen Ökonomie ist, bey der Cammer aber finden sie sich mit ihren præstationen richtig ein, gestalt Haus, Einsaat, Vieh ihnen eigen und der Cammer zur Caution steht. — Dagegen wenn ein bewehrter Bauer meistens durch Faulheit oder Leichtfertigkeit verdirbt, ist das Haus ruiniert, Scheun und Ställe abgedeckt, die Einsaat schlecht bestellt, das Vieh verbracht und die Beamten werden eber nichts gewahr, bis der Wirth auf dem Sprunge steht, davon zu laufen.“ —

Der 30jährige Krieg hat aber neben den *Lassiten* auch die Pachtbauern in der Mark heimisch gemacht, ohne daß Müller dieselben erwähnt. Als nämlich nach dem Krieg auch der uckermärkische Adel daran ging, die Bauernstellen wenigstens zum Teil wieder zu besetzen, so sah er sich gezwungen, da die Leibeigenen hierzu nicht ausreichten, die Stellen an freie Leute unter bestimmten Bedingungen zu verpachten.

Diese Angabe der Ritterschaft, die bisher nur aus einem spätern Bericht des Uckermärkischen Kreisdirektoriums an das Generaldirektorium bekannt war², wird bestätigt durch eine gleiche, aber frühere und deshalb glaubwürdigere Erklärung von 1689, die von einer kurfürstlichen Kommission zur Untersuchung der *gravamina* der Ritterschaft abgegeben wurde³.

¹ Bei Knapp II p. 15 nicht mit abgedruckt, aber in demselben Bericht befindlich.

² Publiziert bei Stengel, Beitr II p. 19 ff.

³ Geh. St Arch. Gen.-Dir. Contrib.-S. Tit. 213: Die Ritterschaft beschwerts sich hauptsächlich, daß die Kontribution nach der Hufenzahl, ohne Unterschied ob die Acker bewachsen seien oder nicht, ausgeschrieben werde, weil sie (Uckermark und Land Stolpe) also gelegen, daß die wüsten Hufen theils gar nicht, theils schwerlich, — wieder zur Kultur gebracht werden können, weshalb sie auch keine Pauern, nicht einmal an denen Ört. so vor die besten Acker gehalten werden, bekommen könnten, ungeachtet man sie als freie Leute annehme; die freien Jahre genießen lasse, mit den Diensten und andern præstandis ganz

an sich nicht bauernfeindlich war¹, die wesentlichsten Beschränkungen der Bauern sind nicht erfolgt durch das römische Recht, sondern durch die Landtagsabschiede vom Anfang des 16. Jahrhunderts und dann durch den 30jährigen Krieg.

Das römische Recht hat der Herabdrückung des Bauernstandes verhältnismäßig passiv gegenübergestanden, es giebt im wesentlichen nur den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen Ausdruck; höchstens kann man sagen, daß es zu sehr geneigt ist, dieselben zu generalisieren, vielfach zum Schaden der Bauern, namentlich wohl in der Neumark. Die Rechtsverhältnisse sind aber hierdurch nicht verwirrt worden.

Der maßgebende Faktor für die Gestaltung der gutherrlich-bäuerlichen Verhältnisse ist überall die Macht des Adels und der von dieser je nach den wirtschaftlichen Verhältnissen vielfach mehr oder weniger stark ausgeübte Druck auf die Bevölkerung gewesen. *Ubi adductiora sunt principum jura, ibi durior conditio agricolarum vel, quod idem est, ubi nobilitas potentior, ibi lassorum, emphythentiarum, hominum propriorum arctior graviorque nexus*².

¹ Daß es vielfach von den Gutsherren gegen die Bauern verwendet worden ist, leugne ich keineswegs, ich behaupte nur, daß dies nicht unbedingt geschehen mußte.

² v. Ludewig, *De jure clientelari*, Halle 1717, p. 236 Anm. a.

Fünftes Kapitel.

Die gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse, wie sie sich seit den Gesandtenordnungen von 1681 und 1685 gestaltet haben, spiegeln sich in dem Rechtszustande wieder, wie er gegen Ende des vorigen Jahrhunderts unmittelbar vor den großen Reformen der modernen Zeit sich entwickelt hatte. Wir erkennen dieselben aus verschiedenen Quellen, namentlich aus dem *Monitz*¹ der Stände vom Jahre 1799 zum allgemeinen Landrecht, anläßlich des Versuches, ein Provinzialgesetzbuch für die Mark zu entwerfen².

Die juristischen Schriftsteller der Mark beschäftigen sich sehr wenig mit dem Bauernrecht, nur Benkendorf rühmt in seinem allgemein angelegten Werke „*Oeconomia forensis*“ oder kurzer Inbegriff derjenigen landwirtschaftlichen Wahrheiten, welche allen sowohl hohen als niedrigen Gerichtspersonen zu wissen nötig“, sehr vielfach speciell auf märkische Verhältnisse Bezug³.

¹ Sie gründeten sich auf eine Umfrage nach den Statuten und Gewohnheiten der einzelnen Kreise. Diese Akten sowie andere wichtige Materialien, die der folgenden Darstellung zu Grunde liegen, nehmen sich im Gel. St. Arch. R. 84—XIV V. Aufserdem sind noch benutzt die Berichte der Untergeichte an das Kammergericht, die infolge der Kabinettsordre vom 14. April 1780 eingefordert wurden. Generals-Akten des Kammergerichts J. 15. Vgl. Scholz: *Provinzialrecht der Kurmark*. Motive I p. 31 ff. Citirt sind jedoch, wenn möglich, die gedruckten Quellen.

² Vgl. hieüber Krause in Kamptz Jahrb. Bd. 18 p. 20 ff., Grotze, *Provinzialrecht d. Altmark* I p. 29 ff., Scholz, *Provinzialrecht der Kurmark*, Motive I p. 30 ff. Ein Entwurf des Provinzialrechts aus jener Zeit (1795) ist der des Geh. Rats Walke, aus dem der Abschnitt „Von der Verfassung der Bauern in der Kur- und Neumark“ zu Tit. 7 T. II d. A. L. R. in Mathias' *Juristischer Monatschrift* Bd. III p. 32 ff. abgedruckt ist vgl. Scholz I cit. p. 35 ff.)

³ Für unsere Darstellung ist hauptsächlich der 6. Band von 1790 von Wichtigkeit, aus dem die Citate im folgenden genommen sind. Außer

Von den Gesindeordnungen sind zwar nur die neumärkischen in Kraft geblieben; die für die übrigen Provinzen wurden mehrfach erneuert¹, enthalten aber für die hier behandelten bauerlichen Rechtsverhältnisse wenig neues. —

Die Elite des Bauernstandes bildet noch immer diejenige Klasse, die Müller als die *plene liberi* bezeichnet, die einzelnen Arten derselben sind sehr mannigfaltig und bereits oben gekennzeichnet worden. Das Charakteristische ist immer, daß sie und ihre Kinder von den gewöhnlichen Zwangsdiensten² frei sind und ihre Güter erblich besitzen.

Soweit sie zu Lehen gehen, haben ihre Rechtsverhältnisse eine Veränderung insofern erlitten, als die landesherrlichen Lehen im Anfang des 18. Jahrhunderts allodifiziert wurden³, vorausgesetzt, daß die Interessenten damit einverstanden waren.

Die Privatbauernlehen dagegen, soweit nicht freiwillig der Lehnanexus gelöst wurde, erhielten sich, bis durch das Gesetz vom 2. März 1850 die Lehnsherrlichkeit allgemein aufgehoben wurde. —

Zwischen die *plene liberi* und die gewöhnlichen Bauern hat sich durch die großartigen Kolonisationen der Hohenzollern ein neues Element in den Bauernstand der Mark eingeschoben. Die rechtliche Lage dieses Teils der ländlichen Bevölkerung bedarf aber deswegen keiner näheren Erörterung, weil die Kolonisten nach ihren — natürlich sehr verschiedenen — Hofbriefen beurteilt werden⁴. Sie sind in der Regel persönlich frei und zu keinen andern als zu den in

Benkendorf sind noch zu erwähnen zwei Aufsätze des Präsidenten Ballhorn von allgemein anerkannter Vorzüglichkeit „Über die Beschaffenheit der Bauerngüter in der Mittelmark, Uckermark und Priegnitz“ (Stengel, Beitr. zur preussischen Justizverfassung II p. 1 ff.) und „in der Alt- und Neumark“ (Stengel, N. Beitr. Bd. 5 p. 151 ff.).

¹ Revidierte Ges.-O. für die Mittelmark, Priegnitz und Uckermark vom 24. Aug. 1722; für die Altmark vom 14. Dez. 1785 (Mylius V 3 N. 36 u. 39), für die Priegnitz vom 26. Sept. 1751 (Nov. corp. const. III N. 44). Die Revidierte Ges.-O. für das platte Land der Kurmark vom 11. Februar 1769 bezeichnet sich selbst als Ergänzung bez. Revision der beiden ersten Ordnungen (N. C. C. IV N. 12). Auch die Flecken-, Dorf- und Ackerordnung von 1702, Mylius V 3 N. 32, gehört hierhin.

² Über andere Ihenste vgl. Scholz I p. 265.

³ Vgl. Scholz I p. 273. Götze I p. 403 ff. Für die Kurmark ist maßgebend das Edikt vom 5. Jan. 1717, sowie die Deklaration desselben v. 2^{ten} Aug. 1721 (Mylius II 3 N. 59 u. 74), für die Neumark vgl. die Deklaration der Neumärkischen Regierung vom 22. Sept. 1724, wegen des Edikts vom 9. April 1720, betr. die Aufhebung der Lehnschulzeien und Lehnbauergüter bei Benkendorf Bd V § 519 — Über die Grundsätze, die in jener Zeit für die Bauernlehen maßgebend waren, s. Eisenberg und Stengel, Beitr. I p. 89 N. 23.

⁴ Wilkes Entwurf § 178, von Bassewitz, Zustand der Kurmark Brandenburg vor 1806 p. 12

ihren Grundbriefen festgesetzten Diensten und Angaben verpflichtet.

Viele sind als Erbzinsleute oder Erbpächter angesetzt, der Unterschied zwischen beiden ist aber nur unwesentlich; am erheblichsten ist, daß der Erbzins gewöhnlich nur eine Kleinigkeit in recognitionem domini directi ist, während der Erbpachtzins als eine wirkliche Vergütung für den Nutzungs-
wert des überlassenen Gutes sich darstellt¹.

Wenn nun aber auch diese neuen Kolonisten einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung ausmachen, so bleibt doch der eigentliche Hauptstock der gleiche, wie der der vorigen Periode: die unterthänige Bauernschaft.

Wir betrachten die Rechtsverhältnisse derselben zunächst in den adligen Gütern.

Hinsichtlich des Wesens der Unterthänigkeit machen die Stände in ihren Monitis einen Unterschied zwischen der Altmark und den übrigen Marken. In der Altmark nämlich sei die Unterthänigkeit nur eine dingliche, für die übrigen Marken passe der Unterschied zwischen persönlicher und dinglicher Unterthänigkeit, wie ihn das Allgemeine Landrecht konstatirt², nicht, die Annehmer einer unterthänigen Stelle würden derart unterthänig, daß die Kinder solcher Besitzer, wenn sie auch längst in den Stand der Einleger versetzt worden seien, mithin jene Stellen längst aufgegeben hätten, dem Zwiangsdiensat unterworfen seien, es komme nur darauf an, ob sie einer dienstpflichtigen Nahrung entsprossen seien.

Nach der Ansicht der Stände sind also offenbar in der Altmark die Kinder eines Bauern, der exmittirt worden ist oder sonst sein Gut nicht mehr besitzt, ohne förmlich entlassen zu sein, vom Dienstzwang frei, während sie in den übrigen Marken unterthänig bleiben³.

Noch in anderer Beziehung aber scheint auch dieser Unterschied geltend gemacht zu haben, insofern nämlich, als in der Altmark nur der eine Sohn eines verstorbenen Unterthanen seines Vaters Stelle annehmen mußte⁴, anderswo auch die anderen auf Verlangen einen väterlichen Hof unter ihrer Obrigkeit zu beziehen hatten⁵.

Es ist dies um so merkwürdiger, als jene Bestimmung, die zuerst in der neumarkischen Gesandordnung von 1446 dann in der mittelmärkischen von 1681 getroffen wurde⁶, nach

¹ Benkendorf § 513.

² Teil II Tit. 1, §§ 86 u. 89.

³ Vgl. Benkendorf § 454.

⁴ Sengel, N. Beitr. 2 p. 155 N. 4.

⁵ Gesand. von 1729 Tit. IV § 4, 1751 cap. ult. Tit. 1 § 4, 1760 Tit.

IV § 4.

⁶ Vgl. oben p. 58.

1. Die altmärkische von 1735² aufgenommen worden ist, offenbar in der Altmark aber die praktische Geltung erlangt hat.

Es wäre aber falsch zu meinen, daß die altmärkischen Bauern überhaupt nicht unterthänig gewesen seien. Von den Merkmalen, die Benckendorf³ als für das Wesen der Unterthänigkeit charakteristisch anführt, steht ihnen nur das eben erwähnte, die andern beiden, daß sie mit den Bauern der andern Provinzen: sie müssen einen Gewährsmann stellen, wenn sie abgezogen⁴, und sie müssen ihre Kinder bei der Obrigkeit des Zwangsdienstes lassen lassen⁵, bedürfen daher auch bei jeder Wirthungsveränderung⁶ oder Weitervermietung ihres Knechts⁷, der Kundschaft⁸, ihres Gerichtsherrn.

Ihre Verpflichtung zum Gesindezwangsdienst⁹ ist übrigens in der Altmark dieselbe, wie in der ganzen Kurmark dahin ausgedehnt¹⁰, daß die Kinder nicht nur 3 Jahre dienen müssen, sondern die ganze Zeit, solange sie nicht etwas Eigenes anfangen¹¹. Auch wird der Knecht, dessen der Unterthan von seiner Obrigkeit bedarf, wenn er ein Handwerk lernen will, zwar jetzt nicht, wie früher, nur honoris gratia nachgesucht¹², allein durch die Gesindeordnung von 1769 hat die Herrschaft das Recht erhalten, ihre Unterthanen, bevor sie in eine Zunft oder Innung eintreten, noch ein Jahr zum Zwangsdienst anzulohnen¹³. Ja sie durfte sogar, wenn der Unterthan sich durch Verheirathung seiner Dienstpflicht entzog, ein Loskaufsgeld von 10 Thalern für den Knecht, von 5 Thalern für die Magd fordern¹⁴. Dies wurde jedoch nur vereinzelt in der Altmark recipiert, in andern Theilen der Kurmark war es hier und da schon vorher üblich¹⁵.

² Caput ultimum Tit. I § 4.

³ §§ 241-242.

⁴ Stengel, N. Beitr. Bd. 5 p. 155 N. 7.

⁵ Ibidem N. 3.

⁶ Ges.-O. von 1735 cap. ultimum Tit. I § 1.

⁷ Sehr ausführliche Bestimmungen hierüber enthält die Gesindeordnung von 1769 Titel 1 und 2.

⁸ Ges.-O. von 1722 für die Kurmark Tit. I § 1, für die Altmark Ges.-O. v. 1735 Tit. I § 1, vgl. Stengel, N. Beitr. Bd. 5 p. 155 u. die Ges.-O. von 1769 Tit. I § 6, wo der Zwangsdienst auch auf die Kinder der Büdner ausgedehnt wird.

⁹ Benckendorf § 466, Ges.-O. von 1769 Tit. I § 13, für die Altmark speciell s. Stengel, N. Beitr. Bd. V S. 155 N. 2.

¹⁰ Tit. III § 5, für die Altmark s. Stengel, l. cit. N. 5.

¹¹ Ges.-O. von 1769 Tit. I § 14, vgl. Benckendorf § 464.

¹² Die Stände bemerken in ihren Monitis ad § 531 des A. L. R. Teil II Tit. 7, das Loskaufsgeld werde für die Fortlassung aus der Unterthänigkeit, nicht für die Erlassung des Zwangsdienstes gezahlt. In der Altmark, wo überhaupt keine persönliche Unterthänigkeit existiere, finde sich ein Loskaufsgeld wegen Entlassung aus der Unterthänigkeit nicht, dagegen sei es nach der Lokalobservanz für die Freiheit von Zwangsdiensten entrichtet worden. Dieser Unterschied in der Natur des Loskaufsgeldes ist aber nicht gerechtfertigt, auch in der Mittelmark ist

Für die Neumark wurde das Patent vom 11. Febr. 1695¹ durch das Edikt vom 18. März 1737² dahin abgeändert, daß Verheirathungen der Unterthanentöchter innerhalb der Provinz frei gestattet werden mußten, die Deklaration vom 15. Mai 1743³ aber führte das Loskaufsgeld für Verheirathungen mit freien Leuten wieder ein.

Überall in der Mark aber mußte der Bauer bei seiner Annahme seiner Gerichtsbarkeit, die ja meist auch die Gutsobrigkeit war⁴, einen Eid leisten, sowie ein Abnahmegeld bezahlen⁵, bisweilen auch beim Wegzug ein Abzugsgeld, in der Regel den Abshofs⁶.

Auch bedurfte der Bauer, selbst in der Altmark, des formellen Konsenses der Herrschaft zu seiner Verheirathung.

Ihren Erinnerungen zum allgemeinen Landrecht über die Dienste schenken die Stände die Bestimmung des Landtagsabschiedes von 1550 voraus, daß hinsichtlich der Dienste jeder es mit seinen Unterthanen halten solle, wie vor alters⁷. In der That sieht man, daß die einzelnen Bestimmungen derselben geblieben sind, wie vor dem 30jährigen Kriege da die Stände sich durchweg auf Müllers Resolutionen stützen⁸. Sie halten daher daran fest, daß die Dienste angemessen seien, trotzdem sie zugeben, daß die gemessenen Dienste faktisch häufiger sind. Aber auch die Bestimmung, daß das Dienst-

das Loskaufsgeld erst mit Anfang des Jahrhunderts üblich geworden, wohl vor allem, seitdem es in der Neumark gesetzlich eingeführt wurde (s. oben p. 59 und den Bericht der Kurlandschen Kammer von 1718 bei Krapp II p. 8). Vor der Grundordnung von 1763 aber war es auch nur lokal verbreitet, so z. B. nicht in der Pignitz und dem Kreis Ruppin (Bericht der Justiz von Neuruppin an das Kammergericht von 1711). Auch Benckendorf faßt das Loskaufsgeld auf als eine gesetzlich eingeführte Institution „wider die Natur der Lehen zuständigen Freiheit“.

¹ S. oben p. 59.

² Mylius Cont. I N 15.

³ Ibidem II N 24, vgl. Stengel N. Beitr. 5 p. 159.

⁴ Nach dem Zeugnis der Stände in den *Mém. ad* § 47 des A. L. R. Teil II Th. 7.

⁵ Für die Altmark speciell s. Stengel, N. Beitr. 5 p. 155 N. 1.

⁶ In dem Aufsatz „Über Abshofs- und Abzugsgeldern, besonders in der Kurland“ Stengel Beitr. loc. cit. III p. 78 ff. wird behauptet, man Recht Abzugsgelder zu nehmen, sei durch die Reskripte vom 23. Dec. 1710 und 8. Jul. 1750, Mylius VI 2 p. 276 u. Cont. IV p. 254, auch für die Patrimonien gerichte aufgehoben worden. Allein das erstere Reskript bezieht sich nur auf städtische Verhältnisse, das letztere aber läßt ausdrücklich die Rechte des Adels unberührt. Aus dem Ministerialrescript vom 12. April 1766 Cont. loc. cit. p. 302⁸ sowie der Deklaration vom 17. Okt. 1781 (N. C. C. I p. 140) geht deutlich hervor, daß das Recht noch in Übung war zur Anerkennung desselben wurde nur seit 1773 gefordert ausdrückliche Privilegien oder rechtserhebliche Obsequen.

⁷ S. oben p. 21.

⁸ Vgl. auch Wilkes Entwurf §§ 216—247 und die Anmerkungen dazu.

zeit fortgesetzt aufrechterhalten werden könne, ist noch in Kraft¹. Nur die Beamten und Mägde, das Kornfahren bei gemessenen Diensten anzusetzen, wird erklärt sie für unrichtig, höchstens in der Amtmark könnte dies behauptet werden; die Baufronen sind also nicht mehr wie noch bei Müller, ungemessen, sondern durch Präjudikat des Kammergerichtes auf 2 Tage in der Woche festgesetzt.

Für die Neumark ist in dieser Periode² ein besonderes Dienstreglement erlassen, principiell wichtigere Neuerungen in den Dienstverhältnissen enthält dasselbe jedoch nicht.

Die Erstbesetzung der Dienste durch die Einziehung der vielen kontribublen Höfen durch den Adel seit dem 30jährigen Kriege machte sich im Anfang des Jahrhunderts immer mehr geltend. Denn wenn auch rechtlich von den ausgekauften und wüsten Höfen das Bauernrecht gehalten werden sollte, so kam es doch faktisch immer mehr dahin, daß der Adel selbst, wenn er die Steuern von diesen Höfen zahlte, doch zur Bewirtschaftung derselben seine Unterthanen in Anspruch nahm, auch den Gemeindelasten sich entzog³.

Es ergingen daher schon unter Friedrich I. Edikte behufs Herstellung und Wiederbesetzung der „wüsten und zerrissenen Bauerüter“⁴. Noch energischer ging Friedrich Wilhelm I. vor. Er befahl in dem Edikt vom 29. Juni 1714 eine Revision der alten Kataster und auf Grund derselben die Wiederherstellung aller früher vorhandenen Stellen innerhalb 6 Monate. Schon nach wenigen Jahren aber machte sich eine Renovation dieses Edikts nötig⁵, in der allen, die noch wüste Stellen unangebaut liegen ließen, angedroht wurde, daß sie das Recht verlieren sollten, für die Wiederbesetzung die Unterthanen auszuwählen. Es wurde jedoch in der Deklaration vom 30. August⁶ bestimmt, daß zwar die Stellen nach

¹ Vgl. Wilkes Entwurf § 119 und die dort citierte Kab.O. vom 12. Juli 1801 bei Stengel 14 p. 42.

² 1720. Mylius VI Nachlese N. 14.

³ Vgl. das Edikt vom 29. Juni 1714 (Mylius IV 3. Abt. 1. Kap. N. 39): Die tägliche Erfahrung giebet, daß — die zu sothanen wüsten Höfen von alters gehorigen contribuablen Höfen und andere Pertinenzen zerrissen und — meistens (vom Adel, Beamten; und Arrendatoren) unter den Pflug genommen, wodurch nicht nur die Peuplierung des Landes merklich behindert, sondern auch denen wüthlichen Einwohnern die Lasten der Einquartierung, Marchen, Recrutirung, Nachbahr Recht und dergleichen, ja auch denen Unterthanen ihre Dienste weit schwerer gemacht werden, wenn sie nebst dem Ritter, auch contribuablen Acker mit bestellen müssen. Vgl. auch die Deklaration des Edikts vom 31. März 1717 (Mylius ibidem N. 40 § 4 u. 11).

⁴ Vgl. das Edikt vom 22. Nov. 1709 und die Einleitung demselben. (Mylius V 3. Abt. 2. Kap. N. 20).

⁵ 31 März 1717 bei Mylius IV 3. Abt. 1. Kap. N. 40.

⁶ Mylius ibidem N. 41. Die Deklaration kam zu Stande auf Grund der Vorstellungen der Landräte, vgl. auch die Verordnung vom 22. Juni 1717 bei Mylius V 3. Abt. 2. Kap. N. 24.

den alten Katastern, besonders dem von 1024, wiederhergestellt werden sollten, daß es aber nicht darauf ankomme, sie gerade mit Bauern und Kossäten zu besetzen, sondern auch die Ansetzung von Bauern etc. genüge.

Wenn daher auch ausdrücklich hinzugefügt wurde, daß die Edelleute sich hinsichtlich ihrer wüsten Hufen nicht von den Pflichten der andern Bauern eximieren sollten, so ist doch leicht begreiflich, daß erst dann der weiteren Belastung der Bauern ein Ende gemacht werden konnte, wenn überhaupt die Wiederbesetzung aller, auch der nach Erlaß jener Edikte wüst gewordenen Stellen obligatorisch gemacht wurde.

Dieser Grundsatz, der bereits in dem bekannten Edikte Friedrich Wilhelms I. vom 12. März 1739¹ angedeutet ist, wurde vollständig durchgeführt erst in den Edikten Friedrichs des Großen vom 12. Aug. 1749² und 3. Juli 1764³.

Dieselben verfolgen allerdings — wie ja zum Teil auch schon die vorhergehenden Verordnungen — nicht sowohl den Zweck, die weitere mißbräuchliche Steigerung der Dienste und andere Bauernlasten zu verhüten, als vielmehr den, der rituellen Ausdehnung des gutherrlichen Areals auf Kosten des Bauernlandes definitiv eine Schranke zu setzen.

Es wurde daher die fernere Einziehung einer wüsten Bauern- oder Kossätenstelle bei harter Strafe verboten, und insbesondere befohlen, alle während des siebenjährigen Krieges wüst gewordenen Güter binnen Jahresfrist wieder zu besetzen⁴.

Infolgedessen fiel nun auch das alte, zweifellos social zur Vergrößerung der adeligen Besitzungen gemißbrauchte Recht, einen Bauern behufs Errichtung eines Ritteratzes auszuheben⁵. Sehr mit Recht bemerkt aber Knapp⁶, daß jenes Gesetz nur den Schutz des Bauerntums und Bauernlandes als solcher bezweckte, aber nicht den Schutz des einzelnen Bauern. Daher blieb das Privileg des Adels, einen Bauern wegen Ungehorsams oder schlechter Wirtschaft zu ersetzen, ungekränkt⁷, ja es behielt sogar der alte Satz seine Geltung, daß das an die Bauern verpachtete Ritterland jederzeit wieder aufgekauft und eingezogen werden konnte⁸.

Was sonst die Besitzverhältnisse anbelangt, so sind dieselben in den adeligen Gütern im wesentlichen unverändert geblieben.

¹ M. H. u. C. Cont. I N. 12.

² Ebidem IV N. 76.

³ N. C. C. Verordnungen von 1764 N. 42, vgl. im allgemeinen Knapp I p. 51 ff. II p. 36 ff.

⁴ Edikt von 1764.

⁵ Ausdrücklich verboten speciel für die Kurmark in dem Edikt von 1749.

⁶ I p. 51.

⁷ Wilkes Entwurf § 564.

⁸ Mevius der Stunde, vgl. dagegen das Urtheil bei Stengel I p. 299.

Von den mittelmärkischen und Priegnitzschen Bauern¹ und bei weitem die meisten Lasseiten. Die bemerkenswertesten Eigentümlichkeiten der märkischen Lásfgüter sind bereits oben hervorgehoben worden. Der Lasseit hat nur ein Nutzungsrecht an seinem Hof. Dasselbe ist aber vererblich und zwar geht es auf die Erben in absteigender Linie, in Ermangelung solcher auf die Ehefrau über². Die Obrigkeit hat das Recht, wenn mehrere Kinder da sind, das tüchtigste zu wählen, doch gehen in der Regel die Söhne den Töchtern vor. Ist keines von den Kindern tüchtig, so darf der Hof auch an einen Fremden verliehen werden³.

Der Oberbarnimsche Kreis behauptete sogar auf die Anfrage der Stände, daß die Kinder überall keinen rechtlichen sondern nur einen faktischen Successionsanspruch hätten. Es kann dies jedoch nur als eine Ausnahme von der allgemeinen Regel gelten und es muß dahingestellt bleiben, ob das Kammergericht diese Observanz hätte gelten lassen; die Gesindeordnung von 1769⁴ spricht jedenfalls ausdrücklich aus, daß die Kinder ein Recht hätten, die Nachfolge in den Hof zu erzwingen.

Weil das Gut nicht Eigentum des Bauern ist⁵, so darf er dasselbe ohne Einwilligung seiner Herrschaft weder verkaufen noch vertauschen oder verpfänden. bei Erbfällen bleibt das Gut selbstverständlich außer Teilung, nicht einmal für Meliorationen kann Ersatz verlangt werden. Andererseits muß die

¹ Hinsichtlich der Priegnitzschen Bauern hat das Kammergericht den Satz angenommen, dieselben seien in der Regel Erbbauern, s. Stengel II p. 28 ff. Die Stände behaupten dagegen, die Präsumpcion spräche hier wie in der Mittelmark für Lásfgüter. In der That bezeugt das Priegnitzsche Kreisdirektorium auch 1760 wieder in 2 Berichten auf Grund der Hofberichte und Annahmeprotokolle diese Qualität der Güter in der Priegnitz, es konstatiert eine Ausnahme nur für die sam.kgl. Amt Eldenburg gehörigen und die Clamont-Lentzenischen Güter. Vgl. auch die Berichte der Priegnitzschen Justitiare in Kampts' Jahrb. Bd. 34. Das Kammergericht stützt seine Präsumpcion wohl vor allem auf die Stelle des Scheplitz, s. oben p. 64 Anm. 1.

In Oberbarnim scheiden sich die Güter nach Bruch- und hohen Gütern, und bei den ersteren ist die Präsumpcion für erbliche, bei den letzteren für Lásfgüter. (Monita der Stände.)

Aus den Berichten der Untergерichte an das Kammergericht sieht man, daß die Regel (Stengel II p. 9) in media Marchia est praesumptio pro praedio laesitivo, in der That den faktischen Verhältnissen entsprach, wenn sich auch das Verhältnis zwischen Lás- und Erbbauer nicht siffermäßig fixieren läßt.

² Für das Folgende vgl. namentlich die beiden Aufsätze von Ballhorn bei Stengel Bd. II u. XI.

³ Wilkes Entwurf § 60. Vgl. auch Knapp II p. 83—85.

⁴ Tit. 4 § 5. vgl. auch die Erkenntnisse des Kammergerichts von 1758—1793, citiert in dem Urteile bei Stengel II p. 154.

⁵ Für das Folgende vergleiche namentlich die beiden Aufsätze von Ballhorn.

Herrschaft den Bauern bei Neubauten oder großen Reparaturen, die sich an den Gebäuden notwendig machen, unterstützen, insbesondere ihm das nötige Bauholz liefern, soweit er es nicht selbst auf seinen Höfen stehen hat. Auch zahlt sie die Beiträge für die Brandkasse¹.

Der neue Annehmer kann, wenn er will, außer der vom Gute unzertrennlichen Hofwehr, auch das Superinventar mit übernehmen; für etwaige Abfindungen erhält er billige Termine gesetzt, bis zu deren Ablauf das Geld ohne Zinsen auf dem Hofe stehen bleibt². Dagegen muß er vorkommenden Falls seinen Vorgänger als Altsitzer auf dem Gute ernähren, auch seine Schwestern und Brüder bis zur Vollendung ihrer Erziehung, wofür sie ihm in der Wirtschaft Hilfe leisten.

Erhöhter besser gestellt als die Laßbauern sind die Erbbauern. Sie sind, wie die bisherige Darstellung ergibt, die alten Erbzinsleute, aber im Laufe der Jahrhunderte unterthan geworden. Sie besitzen das Eigentum oder vielmehr Untereigentum ihrer Güter, die Gebäude gehören ihnen eigentümlich. Daher müssen sie zwar bei Unglücksfällen ihre Höfe selbst wieder aufbauen, sind aber sonst in ihrer Disposition über ihr Gut unbeschränkt. Nur hat der Guts Herr das Recht, Deteriorationen zu verhüten. Daher ist sein Konsens bei Verkäufen und höheren Belastungen des Gutes nötig, ja er kann sogar einen Erben, der ihm zur Wirtschaft untauglich erscheint, zurückweisen³, wenn auch sonst die Vererbung sich bis auf die Seitenverwandten erstreckt.

Hinsichtlich der Annahme des Hofes gelten dieselben Grundsätze, wie beim Leasen, auch beim Erbgute war die Hofwehr vom Gute unzertrennbar, wenn sie auch dem Bauer gehörte. Denn auch bei dem eigentlichen Bauer Gute gilt als leitender Grundsatz der, daß das Gut prästet onfähig bleibe. Es wurde daher auch nie subhastiert, sondern sei es nach einer Erbtaxe oder durch besondere Taxe des Dorfgerichts dem Annahmer unter dem wirklichen Werte überlassen.

Wie man sieht, gründen sich also die Unterschiede zwischen den Laß- und Erbbauern im wesentlichen nur darauf, daß dieser Eigentum an seinem Gute hat, jener nicht. Kauff

¹ Konsequenter Weise hätte eigentlich die Herrschaft alle größeren Reparaturen ihrer Güter selbst übernehmen müssen. Selbst in allen, wo das der Fall war mußten die Unterthanen dazu unentgeltlich Dienste leisten vgl. Wilkes Entwurf § 357, nach der Behauptung der Stände in den Memoirs ad § 437 I. A. L. R. T. 2. Tit. VII war es nur im Bezugs- und Störkowschen Kreise bei Laßgütern, sowie bei den Gütern der Leibeigenen und Pachtbauern üblich, sonst erhielten die Unterthanen nur lokal ganz verschiedene Unterstützung. Auch die Verlassung von Bauholz sei eine Lokalverbindlichkeit.

² Wilkes Entwurf § 359.

³ Bestimmung des altmärkischen Obergerichts zu § 268 I. A. L. R. Teil. II T. 1.

daher der Lassit seiner Gutsherrschaft das Eigentumsrecht ab, so tritt er ganz in die Stellung des Erbbauern, ihre persönlichen Verbindlichkeiten sind ja völlig die gleichen¹.

Die Gutsherrschaft muß für beide Arten von Unterthanen dem Staate gegenüber hinsichtlich ihrer Abgaben die Gewähr leisten², sie darf die Lasten, die auf den Höfen liegen, nicht willkürlich erhöhen, und muß nach dem Edikt vom 12. Aug. 1721 bei Unglücksfällen und Neubauten den Untertanen auf die Hälfte der Zeit, für die ihnen die Kreiskasse Remission gewährt, die Zinsen, Pächte und Dienste erlassen³.

Die erblichen Bauern finden sich, wenn auch in geringerer Anzahl, in der Mittelmark und Priegnitz verbreitet, in der Altmark bilden sie ausschließlich die Hauptmasse der ländlichen Bevölkerung.

Götze behauptet allerdings in seinem Provinzialrecht für die Altmark⁴, daß hier die Bauern von jeher ein volles freies Eigentum gehabt haben, nur umstellt und eingeschränkt durch die oben dargestellten Rechte.

Dies erscheint jedoch bei näherer Betrachtung nicht als richtig. Die Glosse zum Sachsenspiegel, auf die er sich hauptsächlich stützt, ist schon deswegen nicht beweisend, weil sie sich auf die Mark im allgemeinen, aber nicht speziell auf die Altmark bezieht, vor allem aber sagt sie zwar, die Gebühr Erb sei besser als Erbzinsegut, aber sie bezeichnet es nicht als Eigentum.

Sodann erklären sich die verschiedenen Aussprüche aus dem Ende des vorigen Jahrhunderts, auf die sich Götze bezieht, des Inhalts, daß die Bauern ihre Güter eigentümlich besäßen, einfach aus dem Sprachgebrauch jener Zeit, der die Benennungen Erbllichkeit und Eigentum als gleichbedeutend faßt⁵.

Schließlich konstatiert ein so gründlicher Kenner des altmärkischen Bauernrechtes wie v. Haxthausen, daß in der That, was Götze bestreitet, ein Heimfallsrecht auch für Bauern-

¹ S. oben p. 85 ff.

² Stengel II p. 5. Vgl. auch das Urteil *ibid.* I p. 83 N. 12.

³ Mylius V 3, 2. Kap. N. 32. Das Edikt war noch am Ende des Jahrhunderts in Kraft (vgl. den Aufsatz in Stengel, N. Beitr. Bd. 8 p. 1 ff.), trotzdem dasselbe sehr stark von der Ritterschaft angegriffen wurde. Man wünschte namentlich einen Unterschied zwischen Lese- und Erbbauern für die Remission einzuführen, vgl. Wöhner, Steuerverfassung der Kurmark Brandenburg Bd. I § 585, und das Reskript vom 29. Sept. 1794, *ibidem* III N. 340, oben p. 79.

⁴ I p. 21. vgl. p. 53 u. 63–65. So schon früher Stengel, N. Beitr. Bd. 5 p. 154; auch Rönne l. cit. p. XVI, sogar für Lebus, wo nach den Berichten der Untergerichte an das Kammergericht von 1780 sich sicher auch Lassiten befunden haben.

⁵ Vgl. Stadelmann l. c. Bd. II p. 114 Anm. 2, Rönne l. c. p. LXXIII, Knapp II p. 129 Anm.

güter, nicht nur für Leihgüter existiert habe und besonders nach dem 30jährigen Kriege sehr praktisch geworden sei.

Es scheint also als ob auch in der Altmark die Guts herrschaft das Oberigentum über die Bauernstellen hatte. Die Stellung der Bauern in jener Provinz war aber allerdings insofern eine bessere, als ihre Unterthänigkeit, wie erwähnt, keine so strenge war. —

Während nach dem Urteil der Stände die Präsump tion in der Altmark für eigentümliche, in der Mittelmark und Prignitz für leasitische Güter spricht, gilt sie in der Ucker mark für Zeinpachtgüter. Die rechtliche Lage der Pacht bauern hat sich aber in dieser Periode gar nicht geändert, wie aus einem Bericht des Uckermarkischen Obergerichts von Jahre 1780 hervorgeht¹. —

Die Leibeigenen bilden im Gegensatz zu den Freihauern, wenn man zu diesen mit Bunkendorf auch die Kolonisten hinzurechnet, einerseits, zu den Lads- und Erbhauern anderer seits, die dritte, am schlechtesten gestellte Klasse der länd lichen Bevölkerung. Sie sind in der Uckermark, hauptsäch lich aber in der Neumark, verkrüppelt. Aufgehoben ist die Leibeigenschaft in der Mark erst durch das Edikt vom 9. Okt. 1807. Dals in der Gesindeordnung von 1769, die aber ja nur für die Kurnark galt, das Wort leibeigen durch „unterthanig“ ersetzt worden ist², kann man kaum auch nur als unvollständige Aufhebung der Leibeigenschaft bezeichnen, da die Gesindeordnung ausdrücklich auf die ihr vorhergehende von 1722 verweist, in der das „Recht der Leibeigenschaft ausdrücklich bestätigt wird.“ Auch ist noch später selbst in offiziellen Dokumenten an Friedrich, den Grossen von Leibeigenschaft in der Uckermark und Stelp. — in der Neumark haben die Gesindeordnungen von 1685 und 1686 ja stets in Kraft — die Rede³.

Die Stände sagen ganz ausdrücklich im Gegensatz zu der Bestimmung des A. L. R.: „Die ehemalige Leibeigenschaft als eine Art der persönlichen Sklaverei findet auch in Ansehung der unterthänigen Bewohner des platten Landes nicht statt“,

¹ Bei den Akten des Justizministeriums im Geh. St.-Arch. Nach dem Bericht des Uckermarkischen Kreisdirektoriums von 1766 der bei Eisenburg und Stengel, Beitr. Bd. II p. 18 ff. abgedruckt ist, hätte beiden Theilen freigestanden, nach vorgängiger erzfälliger Aufklärung die Höfe zu räumen. Die Gesindeordnung von 1722 aber Tit. 1 §. 2 zeigt — und das Obergericht erwähnt hier in seinem Bericht von 1780 — daß die Pachtbauern wie früher (s. oben p. 1) nur gegen Stehlung eines Leihwismannes absetzen durften, sobald sie bereits 4 Jahre einen Hof in Pacht genöht.

² Vgl. hierüber v. Brühlneck in 1. Zeitschr. f. Sav. Stift. R. G. G. A. Bd. X.

³ So in dem Bericht des Uckermarkischen Obergerichts von 1780. Vgl. jedoch unten p. 96 ff.

daß die Leibeigenschaft in der Mark gar keine Sklaverei, sondern nur eine strenge Unterthänigkeit sei, daher in der Uckermark und dem Land Stolpe, sowie in der Neumark und den ihr inkorporierten Kreisen bleiben müsse.

Über den Charakter dieser Leibeigenschaft verbreitet sich Benkendorf besonders ausführlich, man erkennt aus seiner Schilderung, daß derselbe der gleiche geblieben ist, wie in früherer Zeit.

Das Recht des Herrn ist ein Recht auf die Person des Leibeigenen und seine Kinder.

Daher ist der Leibeigene vor allem gutschuldig, ohne den Willen seines Herrn darf er seinen Wohnsitz nicht verlassen, nicht einmal heiraten¹; seine Dienste und Abgaben können beliebig verändert werden².

Auch der Verkauf, die Vertauschung und Verschenkung von Leibeigenen, ohne das Gut, zu dem sie gehörten, scheinen in der Mark vorgekommen zu sein, von einem Recht des Herrn auf den beweglichen Nachlaß seines Unterthanen findet sich aber am Ende des Jahrhunderts nichts mehr³.

Wie die Leibeigenen selbst, so sind auch ihre Kinder an die Scholle gebunden. Der Gesinde- und Zwangsdienst ist bei ihnen insofern strenger, als die Herrschaft, nicht der Vater das Recht hatte, unter den Kindern zu wählen, welches er behalten will. Die Erlaubnis zur Weitervermietung darf ihnen von der Herrschaft, wenn diese die Kinder nicht selbst braucht, nicht versagt werden⁴, doch mußten, bevor sie überhaupt bei einer fremden Herrschaft in den Dienst gehen durften, alle Bauern im Dorf, die der Herrschaft dienstpflichtig

¹ Nach Müller, Bes. 97 N. 15, ist die Heirat ohne Einwilligung des Herrn mit *conservia*, d. h. wohl unter derselben Herrschaft dienenden Leibeigenen gestattet, nach Benkendorf § 334 nicht.

² Benkendorf § 251.

³ Schon oben (p. 54) ist darauf aufmerksam gemacht worden, daß ein Verkauf des Leibeigenen nach dem Wortlaut der Gemeindeordnungen möglich war, wenigstens wenn er wieder auf ein anderes Gut gesetzt wurde. Die letztere in der That auch wohl sehr unwesentliche Beschränkung wird von den Ständen ganz ignoriert, ad § 151 Teil II Tit. 7 des A. L. R. „Unterthanen können von der Herrschaft ohne das Gut, zu dem sie gehören, nicht verkauft, vertauscht, verschenkt werden“ etc.) wird moniert, daß „sowol in der Neumark als Uckermark, sowie auch im Bees- und Storkowischen Kreise nach alter Observanz, die durch die Ges.-O. von 1722 bestätigt wird, das Recht zustehe, das in § 151 vorragt wird“. Auch Benkendorf sieht zwar Verkaufung und Verschenkung eines Unterthanen als einen Mißbrauch des Rechtes der Leibeigenschaft an, §§ 312 und 395, er billigt aber eine Vertauschung ausdrücklich, ja er führt sogar bei Aufzählung der Rechte über die Leibeigenen an, § 280 N. 1: „daß der Herr einen Leibeigenen verkaufen, vertauschen oder verschenken kann, ist ebenfalls durch die Gewohnheit eingeführt“, er behauptet auch wiederholt, §§ 314 und 395, daß auch die Grundherrschaften dazu für berechtigt hielten.

⁴ S. oben p. 54.

tig waren, mit Gesinde versorgt sein¹. Die Erlaubnis zur Erlernung eines Handwerks, die der gewöhnliche Bauer nur honoris causa einzahlen hat, war bei den Leibeigenen de necessitate, konnte also auch verweigert werden.²

Ebenso interessant wie lehrreich ist es, die Besitzverhältnisse der Leibeigenen zu untersuchen. Wie bereits bemerkt, sehen Schepitz und Müller ein wesentliches Merkmal der Leibeigenschaft darin, daß die Güter jederzeit revokabel sind, während die Gesindeordnung dieses Recht nicht in so unbeschränkter Form enthält. Jetzt ist jedenfalls die Ansicht Müllers durchgedrungen. Benkenhoff sagt dies ausdrücklich und auch das Uckermarkische Obergericht bestätigt es in seinem Berichte an den König vom Jahre 1780, ebenso wie bereits das Uckermarkische Kreisdirektorium 1736. Selbst die neumarkische Regierung scheint diesen Standpunkt noch in einem Erkenntnis vom Jahre 1797 geteilt zu haben³. Ebenso sagen die Stände in ihren Monitio: in Ansehung der Uckermark und Neumark ist ausgemacht, daß dort in Ansehung der Leibeigenen und hier allgemein die Höfe dergestalt herrschaftlich sind, daß dem Inhaber auch nicht einmal ein Recht auf Lebenszeit, sondern ein bloß prekärer Besitz zusteht, geschweige daß von irgend einer Erbliehkeit die Rede sein sollte⁴.

Dafür müssen allerdings die Höfe bei Bränden etc. von der Obrigkeit wieder aufgebaut werden⁵.

Seit dem Anfange dieses Jahrhunderts jedoch, zuerst 1801, hat die neumarkische Regierung (das spätere Oberlandesgericht der Neumark), den entgegengesetzten Grundsatz aufgestellt und in Erkenntnissen⁶, die vom Oberappellationssekat des Kammergerichts bestätigt wurden, festgehalten: daß die Unterthanen in der Neumark in dem Sinne keine Leibeigene seien, daß sie so wenig gegenwärtig ihrer Höfe entsetzt, noch

¹ Daß dies Praxis wenigstens in der Neumark war, bezeugt Benkenhoff V §§ 385–87.

² Ibidem § 276, vgl. oben p. 33 Anm. 4. Schließlich müssen die Leibeigenen bei jeder Entlassung, sei es ihrer selbst oder ihrer Kinder, ein Loskaufgeld bezahlen, nur die Töchter in der Neumark waren von demselben frei, wenn sie sich innerhalb der Provinz an einen Unterthan verheirateten.

³ Nach Kamps's Jahrbh. Bd. 12 p. 434.

⁴ Vgl. auch den Wäckerischen Entwurf §§ 182 u. 183. Nach dem Aufsatze bei Stengol, N. Beitr. Bd. 3 p. 157 darf die Herrschaft zwar nur aus den im Allg. L. R. Teil II Tr. 7 § 234 angeführten Ursachen einen Unterthanen entsetzen, aber er kann nach seinem Tode einem Freunde den Hof übergeben, ohne daß sie deshalb die zurückgesetzten Erben entschädigen muß. Diese vermittelnde Ansicht findet sich sonst nicht vertreten, vielmehr beruht sie auf dem Erakte vom 17. März 1739.

⁵ Monita der Stände, 2. oben p. 91 Anm. 1.

⁶ Nach J. J. J. Jarosche Monatschrift Bd. 11 p. 119 f., Kamps's Jahrbh. Bd. 4 p. 338–340.

bei Wiederbesetzung einer erledigten Nahrung eine Witwe und Kinder des gestorbenen Vaters ohne hinlänglichen Grund übergangen werden könnten, sondern, daß sie in Rücksicht der ihnen eingeräumten erblichen Laß-Nahrung als glebae ascripti zu betrachten seien und dieselbe nicht verlassen dürften.

Soviel man sieht, stützt sich die Regierung vor allem auch auf das Edikt von 1739. Wenigstens behauptet die Ritterschaft in einer Vorstellung, die sie im Jahre 1805 eben aus Anlaß des 3. Falles, in dem die Regierung ihren Standpunkt festhielt, an den König richtete¹: man habe der Definition der märkischen Leibeigenen aus Müller und der Gemeindeordnung vergessen und den Satz eingeschoben, daß nach der Neumärkischen Provinzialverfassung keinem Leibeigenen ohne gegründete Untersuchung, Ursache und Erkenntnis die Nahrung nicht abgenommen werden könne.

In der That sollte man glauben, daß das Edikt von 1739 die Frage schon längst hätte entscheiden müssen. Dies ist aber keinesfalls der Fall gewesen, wie die oben angeführten Erkenntnisse und Aussprüche beweisen. Es scheint, daß man sich ähnlich geholfen hat, wie die Ritterschaft in der vorliegenden Eingabe: das Edikt, das ja in seiner ursprünglichen Fassung von „Bauern“ redet, gelte nicht von den Leibeigenen!

Jedenfalls hielten Ritterschaft und die Prälaten fest: Wir haben uns bis zu dem Versuche der Justizkollegien, worüber wir jetzt Beschwerde führen müssen, in dem Besitze des Rechts den Leibeigenen pro lubitu nostro unsere eigentümlichen Höfe wieder abzunehmen befunden.

Die Regierung hatte sich u. a. auch darauf berufen, daß die Kontrakte im Zweifel nach dem Allgemeinen Landrecht zu beurteilen seien und demgemäß § 634 Teil I Tit. 21 in Anwendung zu kommen habe.

Die Beschwerde wurde nicht angenommen, die Regierung hielt vielmehr ihren Standpunkt auch in einem Erkenntnis vom 24. April 1810 fest.

Die Beschwerde scheint jedoch nicht ganz ohne Wirkung geblieben zu sein². Denn das Regulierungsedikt vom 14. Sept. 1811 (§ 36) stellt sich auf die Seite der Ritterschaft. Es war dies von außerordentlicher praktischer Bedeutung. Denn bekanntlich setzt das Edikt die Nominalentschädigung der Bauern an den Gutsheern für die erblichen Bauern auf ein Drittel, für

¹ Geh. St.-Arch.

² Es ist dies um so merkwürdiger, als noch im August 1811, Mathis' Juristische Monatschrift Bd. 11 Heft 2 p. 119, mit Bezugnahme auf die von verschiedener Seite behauptete freie Entsetzbarkeit der Bauern gesagt wird, (sie ist) längst von den Gerichtshöfen als mit der Landesverfassung unverträglich verworfen und dies auf Antrag der Provinzialstände höheren Orts vorgetragen und stillschweigend genehmigt.

die erblichen auf die Hälfte des Landes test. Ware man also der Präsomption gefolgt, die das Edikt aufstellt, so würden die neumärkischen Bauern zu Gunsten ihrer Gutsherren außerordentlich schlecht gestellt gewesen sein.

Es ist dies jedoch, wie es scheint, nur zum Teil geschehen.

Schon im Jahre 1814 erschien nämlich in Kampitz' ¹ Jahrbüchern der Aufsatz eines angenommenen Verfassers, der mit Bezugnahme auf die erwähnten vier Jurikate die Präsomption des Edikts angriff. Dessen Entscheidung folgte die neumärkische Generalkommission² und es wurde infolgedessen im Zweifel für die Erblichkeit der Bauern entschieden.

Nur die Pommersche Generalkommission blieb bei der entgegen gesetzten Meinung³, da ihr aber nur der Dramburgsche und Schevelbunnsche Kreis unterstand, so ist auch nur für diese die den Bauern ungünstige Meinung durchgedrungen⁴.

In der That dürfte zum mindesten für die drei nördlichen Kreise dies gerechtfertigt gewesen sein⁵. Ob und inwieweit für die andern Kreise die entgegengesetzte Entscheidung die richtige war, läßt sich nicht mit Sicherheit festsetzen. Nach den Aussprüchen der Schriftsteller zu urtheilen scheint allerdings, wie in der Uckermark⁶, so auch in der Neumark die Neuerblichkeit der Hufe vorherrschend gewesen zu sein; es war wohl mehr der Einfluß der modernen Humanitätslehren sowie die Absichten der Krone, als streng juristische Erwägungen, welche die Regierung zu einem abweichenden Urtheil veranlaßten⁷.

Die Ungewißheit hierüber beruht vor allem auf dem Umstand, daß es gänzlich ungewiß ist, ob und welche Arten erblichen Besitzes in der Neumark noch verbreitet waren. Denn

¹ Bd. 4 p. 327 ff.

² Vgl. Kampitz' Jahrb. Bd. 12 p. 810 und Dönninges, Landrechtsgesetzgebung I p. 242.

³ Der Justizrat derselben vertheidigte er in einem in Kampitz' Jahrb. Bd. 12 p. 369 ff. erschienenen Aufsatz (vgl. auch Kampitz' Jahrb. Bd. X p. 339 ff.). Er fordert eine Widerlegung durch die uckermärkische Generalkommission, die aber nicht erfolgte.

⁴ Nach Dönninges l. c. p. 232.

⁵ Vgl. p. 323 ff.

⁶ Nach Dönninges l. c. p. 242 ist hier auch die Präsomption für Neuerblichkeit bei den Regalierungen gehoben.

⁷ Es geht dies auch aus dem Aufsatz in Kampitz' Jahrb. Bd. 4 p. 327 ff. hervor. Der Verfasser führt eigentlich gar keinen Beweis dafür an, daß die Bauern erblich seien als die Jurikate des Kammergerichts, die doch aber zu rechtfertigen waren. Er sagt nur einfach, daß sich der Zeit Mißverhältnissen gegenüber der Zustand der Bauern in der Neumark verändert habe. Diese Umgestaltung beruhe vor allem auf dem jus recipiendi, daß der Bauer, der sein Gut nicht eigenmächtig verlassen dürfe, auch nicht willkürlich seinen Hofes entsetzt werden könne. Dies ist zwar sehr menschlich, aber doch nicht juristisch gedacht.

es gab ja auch, wie man aus Benkendorf ersieht¹, erbliche Leibeigene, bei denen sich durch das Eigentum, das sie an ihren Höfen besaßen, die Leibeigenschaft insofern wieder fixierte, als sie nicht beliebig von ihren Stellen vertrieben und ihre Dienstleistungen nicht beliebig erhöht werden konnten. Ebenso fehlen alle Nachrichten darüber, ob und inwieweit das Lassiten- resp. Erbbauertum, das doch noch nach der Gemeindeordnung zu schließen, ziemlich stark verbreitet gewesen sein muß, sich erhalten hat.

Allerdings scheinen die Schriftsteller² sowohl, wie die Angaben der Regierung³ und der Stände nur eine gleichartige Klasse von Unterthanen vorauszusetzen und diese kann freilich nur die am schlechtesten gestellte der bauerlichen Bevölkerung gewesen sein⁴.

Daß man dieselben vielfach als Lalsbauern bezeichnet, darf nicht auffallen, insbesondere nachdem das Allgemeine Landrecht die Leibeigenschaft ausdrücklich, wie schon vorher die Edikte der preussischen Könige versucht, aufgehoben hatte und die Bauern selbst kein Eigentum an ihren Gütern, so wenig wie die Lassiten, hatten.

Wie weit außerhalb der Ucker- und Neumark die Leibeigenschaft verbreitet war, läßt sich nicht sicher feststellen, vielfach findet sich die Behauptung, daß sie nur in jenen beiden Provinzen geherrscht habe, sie war aber jedenfalls

¹ §§ 249 u. 256 u. a.

² Z. B. Benkendorf p. 302. „In der Neumark, wo an den meisten Orten das Recht der Leibeigenschaft eingeführt ist.“ — Stengel, N. Beitr. V p. 157 ff.

³ S. z. B. das Citat oben p. 95.

⁴ Es geht dies auch aus Bratrings Angaben (Beschreibung der Mark Brandenburg Bd III p. 31) hervor, der sich relativ am deutlichsten ausspricht. Er sagt nämlich: Es giebt (in der Neumark) Eigentums-Bauern, die ihre Grundstücke als freies Eigentum oder als Lehn besitzen, ferner Lalsbauern und zuletzt auch Erb-Unterthanige oder gutschlichtige Bauern. Die Ämter Cottbus, Frauendorf etc. haben lauter erbliche Bauern und Kossäten. In dem Amte Himmelstätt hingegen sind sie nur zum Teil erblich und in den Ämtern Neuenhagen und Certzog lauter Lalsunterthanen. Bei den adeligen Gütern sind sie fast allgemein gutschlichtig oder glebac ascripti. Vgl. Krug, Über Leibeigenschaft in den preuss. Staaten p. 63.

⁵ Zu dem Zeugnis, welches die Kabinettsordre von 1705 dafür bietet (s. oben p. 54 Anm. 4) kommt noch hinzu das von Buchholz, Gesch. der Uckermark Bd. I p. 64 (1765) und Bratring, Beschreibung der Mark Brandenburg Bd. I p. 54 (1804).

Die Stände sagen in ihren Monitis nicht direkt, daß die Leibeigenschaft in Bees- und Storkow herrsche. Sie bemerken aber, Der Bees- und Storkowische Kreis will von keiner Erbliehkeit seiner Höfe, die er im übrigen Lalsgüter beneunet, etwas wissen. Nun ist bekannt (vgl. auch den Landtagsrezess für die Neumark von 1653), daß dieser Kreis eine besondere Provinz ausmacht, welche daher wohl besondere von der Mittelmark abweichende und der Uckermark und Neumark näher kommende

auch in den Herrschaften Boos und Storkow⁶ eingeführt, sonst wohl nur vereinzelt⁷.

Wie aus dieser Darstellung hervorgeht, haben alle Bemühungen der preussischen Könige für die Hebung des Bauernstandes in den adligen Gütern der Mark an den gutsherrlich bäuerlichen Rechtsverhältnissen verhältnismäßig wenig geändert, gelungen ist nur die Verhütung weiterer Ausbreitung des gutsherrlichen Areals auf Kosten des bäuerlichen; das Remissionsedikt von 1721⁸ dürfte an den bereits bestehenden Verhältnissen wenig geändert haben; der Generalzwangsbesitz ist in der Kurmark verschärft worden.

Mehr dagegen ist in den Domänenämtern erreicht worden. Die Lage der Domänenbauern gilt gegen Ende des Jahrhunderts allgemein als die bessere⁹, vor allem wohl deshalb, weil hier den Mißbräuchen der gutsherrlichen Rechte durch die Generalpächter die Aufsicht der Könige und ihrer Beamten erschwert¹⁰.

Es bestehen aber auch für die Domänenbauern nicht nur wirtschaftlich, sondern auch rechtlich manche Erschwerungen. So ist die Forderung eines Heiratskonsenses in den Anten¹¹

Rechte gehabt haben kann. Vgl. auch ihre Bemerkung ad § 151 Teil II Tit. 7 des A. L. R. (Gehörsverpflichtung in den Dörfern jener Herrschaft) findet sich ausdrücklich bezeugt z. B. für die Kammerdörfer von Borskow, sowie das Amt Borskow. Akten des Kammergerichts J. 15.

Nach Buchholz Bd. 1 p. 64 gab es Leibeigene in Teltow, nach Bratring Bd. 1 p. 51 in verschiedenen Teilen der Prignitz.

Die letztere Angabe wird auch bestätigt durch eine Kabinettsordre Friedrichs des Großen vom 16. Nov. 1755 (bei Stadelmann I c. II Urk. N. 199), aus der ersichtlich ist, daß noch in jener Zeit dort Bauern vom Adel als Leibeigene angesetzt wurden, ein Verfahren, das der König ablehnen zu lassen suchte.

Aus den Berichten des Landrates von Teltow, sowie des Prignitzschen Kreisdekanats vom 1. Jan. 1780 in Antwort auf das Publikandum vom 14. April 1780 geht jedoch hervor, daß es sich hier nur um lokale Abweichungen handeln kann, die meisten Bauern sind Leibeigene wie die übrigen Bauern in der Kurmark.

Bekanntlich ist die Leibeigenschaft für die preussischen Ämter zuerst durch die Hofordnung von 1702 Art. 61 aufgehoben worden, falls die Bauern die Kosten ihrer Hofe etc. restituierten. Diese Verordnung hat aber wenigstens in der Kurmark sehr wenig Erfolg gehabt. 1772 wird ausdrücklich in der Generalordnung Tit. I §. 1 die Leibeigenschaft konfirmiert für alle Unterthanen in der Kurmark und im Lande Stope sowohl in Unsern Ämtern als adelichen Gütern.

⁶ Mylitz II 2 Abs. Kap. III N. 18.

⁷ Vgl. z. B. Krug, Über Leibeigenschaft und Erbunterthanigkeit (1798) p. 63.

⁸ Vgl. z. B. die Kabinettsordre vom 16. Dez. 1647 angeführt bei Bornhak, Preuss. Verwaltungsrecht II p. 237 und die Abschnitte über die Domänen des Statskalenders.

⁹ S. den Bericht der Kammer von 1718 bei Knapp II p. 8 und den Aufsatz bei Stengel Bd. VII p. 147 ff. Übersicht der gegenwärtigen Verhältnisse der gehörsverpflichteten Landbewohner in den Kammerischen Domänenämtern p. 161 1792. Dieser Aufsatz ist, wie aus den Akten hervorgeht, offiziell.

nicht üblich geworden. Der Abschofs innerhalb Landes kam, wohl infolge des Reskripts vom 17. August 1717¹, allmählich in Wegfall² und wurde durch die Kabinetsordres vom 15. Nov. 1743 und 8. Juli 1750 ebenso wie alle Abzugsgelder definitiv aufgehoben, später nur vorübergehend — als Retorsionsmaßregel — wieder eingeführt³. Vor allem aber wurde der Erlaß an Zinsen und Diensten bei Unglücksfällen schon im Anfang des Jahrhunderts genau fixiert⁴, durch das Patent vom 25. April 1729 erhielten die Unterthanen auch für Neubauten oder Reparaturen an ihren Gebäuden Holz aus den königlichen Forsten geliefert, die Lässiten unentgeltlich, die Erbbauern gegen Zahlung von $\frac{1}{8}$ des Stammgeldes⁵.

Die strengere Form des Geindegewangsdienstes bestand zwar gesetzlich auch in den Ämtern⁶, es scheint aber vielfach nur der dreijährige Zwangsdienst beibehalten worden zu sein⁷. Auch die Verpflichtung zur Annahme eines wüsten Hofes ist am Ende des Jahrhunderts nur mehr zu einer nominellen geworden, faktisch dürfte sie, weil es keine wüsten Stellen mehr gab, so wenig Bedeutung gehabt haben⁸, wie das Recht des Amtes, einen Unterthanen mit dem Gute abzutreten, seitdem die Domänen unveräußerlich waren⁹.

Im übrigen stehen die Amtsbauern in der Mittelmark, Altmark und Priegnitz den dortigen Privatbauern gleich, namentlich findet sich auch in den Ämtern der Unterschied zwischen Lässiten und Erbbauern. Der Versuch Friedrich Wilhelms I.¹⁰, die Lässiten zu Erbbauern zu machen, scheint wenig Erfolg gehabt zu haben, wenigstens sind gegen Ende des Jahrhunderts die Bauern nur in den Ämtern der Altmark, Priegnitz und Lobus, zum Teil auch im Oberbarnim Eigentümer ihrer Stellen, sonst gilt auch hier in den Ämtern die Präsumpcion für Lassebsitzer¹¹. Die Kabinetsordre vom

¹ Mylius VI 2 p. 176.

² Die kurmärkische Kammer berichtet im Dezember 1718, der Abschofs werde neuerdings nur noch bei Wegzug aus dem Lande erhoben. Dies bezieht sich wohl auf das erwähnte Reskript.

³ Näheres s. in dem Aufsatz bei Stengel III p. 4, dessen Darstellung hinsichtlich der Ämter zuverlässig ist.

⁴ Durch das Reglement vom 31. Dezember 1707, abgedruckt bei Wöhner, Steuerverfassung der Kurmark Bd. III N. 82. Vgl. Wöhner Bd. I § 585.

⁵ Mylius IV 2. Abt. 3. Kap. N. 21. Vgl. Wöhner I. cit.

⁶ Stengel VII p. 156.

⁷ Für die altmärkischen Ämter wird dies bestimmt bezeugt durch Batthorn bei Stengel XI p. 155, für die übrigen Ämter vgl. Wilkes Entwurf § 77.

⁸ Stengel VII p. 160, auch der Präsident v. Gerlach bemerkt in einem Bericht von 1767, der Fall sei in den Domänenämtern „seit Menschengedenken nicht mehr vorgekommen“ (Knapp II p. 172).

⁹ Stengel I. c. p. 160.

¹⁰ Wie er aus den Akten bei Knapp II p. 15 hervorgeht.

¹¹ Stengel VII p. 167.

20. Februar 1777, sowie die Deklaration derselben vom 25. März 1790 hat auf die Verhältnisse der letzteren einen geringen Einfluss gehabt. Die erstere gar nicht, da sie nur bestimmte, daß die Güter von den Eltern auf die Kinder kommen sollten die märkischen Leisgüter aber bereits insoweit erblich waren¹. Aber auch die Deklaration der Kabinettsordre hat, wo sie angenommen wurde — dies geschah aber nicht einmal überall² — im wesentlichen nur das Erbrecht der Geschwister des Leisbauers gesichert.

Von großer Bedeutung dagegen wurden jene Gesetze für die Bauern in den übrigen Domänen der Mark, wo noch die Leibeigenschaft herrschte. Es scheint dies aber in der That vielfach in der Ucker- und Neumark, sowie in Bees- und Storkow gewesen zu sein. Denn wenn auch Friedrich I. in der Verordnung von 1702³ die Absicht ausgesprochen hatte, die Leibeigenschaft in den Ämtern aufzuheben, so war dieselbe doch ohne wesentlichen Erfolg geblieben⁴, schon die Grundordnung von 1722 bestätigte für die Uckermark wenigstens das „Recht der Leibeigenschaft“ ausdrücklich auch für die Ämter⁵.

Jetzt dagegen wurden auch die Güter der Leibeigenen auf die Kinder vererblich, es fiel also der wichtigste Unterschied, der zwischen den Leibeigenen und den übrigen Bauern bestand, hinweg, und infolgedessen gewandte man sich daran, sie auch in allen anderen Beziehungen mit den übrigen Amtsunterthanen gleichgestellt zu behandeln, zumal da ja Friedrich der Große wiederholt, dann auch das preussische Landrecht sich gegen die Leibeigenschaft erklärte⁶.

Die Kabinettsordre von 1777 sowie deren Deklaration von 1790 ist freilich nur der erste Schritt zu den großen agrarischen Reformen Preussens im 19. Jahrhundert, die bei den Domänenbauern beginnend, mit der Regeneration des Staates auf alle Bauern ausgedehnt wurde und eine gänzliche Umgestaltung der gutsherrlich-bäuerlichen Rechtsverhältnisse herbeiführten. Wie sich dieselbe vollzogen ist bereits von Knapp in seinem großen Werke „über die Bauernbefreiung“ auch für die Mark dargestellt worden.

¹ Vgl. oben p. 90 auch Knapp II p. 24.

² Stengel VII p. 168, insofern ist § 1 des Wilkeschen Entwurfs unrichtig.

³ Art. 61.

⁴ Knapp I p. 83.

⁵ S. oben p. 79. Vgl. auch den Bericht der kurmärkischen Kammer aus jener Zeit bei Knapp II p. 15.

⁶ Dieser Gang der Dinge ist für die Uckermark ausdrücklich bezeugt bei Stengel Bd. VII p. 158, er dürfte aber auch in der Neumark kein anderer gewesen sein, vgl. die Ausgabe Bratring's 1809) über die Bauern in der Neumark oben p. 98 Anm. 4.

A n h a n g.

Das mittelmärkische Schofskataster von 1624.

Das „Mittelmärkische Schofs-Catastrum de 1624“, aus dem ich die beifolgenden Tabellen entnehme, befindet sich gegenwärtig im Kgl. Geh. Staatsarchiv zu Berlin, früher war es im Besitz der Berliner Bibliothek. Es ist, wie der damalige Landschaftsbuchhalter Johann Caspar George „unter der Churmärkischen Landtschafts Insiegel“ beglaubigt, um die Mitte des vorigen Jahrhunderts aus dem „landschaftlichen Schofs-Catastro de ao. 1624“ abgeschrieben. Das Original exemplar scheint verloren gegangen zu sein¹.

Über die Einrichtung des Schofsregisters bemerke ich folgendes:

Auf der ersten Seite ist die Höhe des Schosses angegeben:
Einnahme an Land- und Giebel-Schofs Martini Ao. 1624:

	Gulden	Groschen
Do man (zahlt) vom Giebel	1	—
Von der Hufen	1	—
Ein Cossät	1	—
Ein Müller von der Mullen daraus die Herrschaft die Metze nimbt	2	12
Ein Erb Müller von der Mullen	2	12
Von jedem Wispel Pacht	2	12
Ein Kietzer oder Fischer	1	—
Ein Pacht oder Pauer Schäfer	2	12
Ein Hirte. so Vieh hat	1	6

¹ Wenigstens befindet es sich nicht mehr im landständischen Archiv, wie mir der Direktor desselben, Herr Geh. Archivrat Gollmert, mitzutheilen die Güte hatte.

	Goldes	Groschen
Der Keins hat	1	—
Ein wohnender Schmied	1	—
Ein Lauff Schmied	—	9
Ein Paar Haufsboute	—	9
Die Schäfer Knechte von jedem Schate	—	2

Es folgen hierauf die Angaben über die Steuerreim ahnen aus den einzelnen Dörfern, nach den Landschaften (exkl. B. und Starkow) geordnet. Die Ordnung innerhalb der einzelnen Landschaften ist im allgemeinen wenn auch nicht streng durchgeführt, die alphabetische; einzelne Separationen und Mühlen sind gewöhnlich am Schluß angeführt.¹

Jedes Dorf hat in der Regel ein Blatt. Und zwar sind auf demselben zunächst die Zahl der contribundler Hufen, sowie die der herrschaftlichen, Pfarr- und Kirchengärten angegeben, dann die der Bauernhöfe, die Kossaten, Hirten, Müller, Fischer, Schmiede, Handleute etc., wie die einzelnen Tabellen zeigen.² Hinter jeder Rubrik steht, was die Betroffenen zahlen. Es ergibt sich dabei, daß der Steuersatz nicht immer so hoch war, wie das Register im Eingang anzeigt für die Hufe sowie für den Kossatenhof wurde nur 15 Groschen gezahlt, auch bei den Müllern. Schäfern etc. ist die Steuer nicht immer so hoch, wie man erwarten sollte. Am Schluß findet sich meist die summarische Berechnung dessen, was aus dem ganzen Dorf einkommen soll.

Erst hierauf folgen eventuell Angaben, wieviel Hufen und Hefe, sowie wenn sie frei gewillt resp. wer sie zu sich genommen hat und wieviel von der Steuersumme deswegen abgeht³, der Name des Betroffenen ist in der Regel genannt, bisweilen nur „die Herrschaft“.

¹ Die Tabellen sind angelegt nach der Ordnung von Fiedern in einem Werke „Über die Territorien der Mark Brandenburg“, dem ich an 1 in der Schreibweise der Namen gefolgt bin (in Lebus und Rappin Bratring Beschreibung der Mark Brandenburg Bd II).

² In den Summen der einzelnen Tabellen sind dieselben nicht mit angerechnet, liegen in der Übersichtstabelle.

³ Im Register wird (wenigstens bei Hirtenknechten und Handleuten) nur „die“ angegeben. Das ist in den Tabellen durch ein Kreuz angedeutet, in der Berechnung sind sie als 2 angenommen. Die Handleute sind in der Regel nach Hufen angegeben, bisweilen aber auch einzelne „Handmänner“, zu denen es auch die mütterlichen zwölften „heupferziger“ gerechnet habe. Bei den Separationen ist fast durchgehends nur die Separationsknechte angegeben, die Tabellen zeigen daher nur, an wie vielen Orten sich solche befinden. Dasselbe bei Müllern, Schreibern und Schreibern davor an, falls dieselben zugleich Kossaten sind bei den Hirten. In wie resp. wieviel von ihrer als Schwärmer (Schwefelöfen) im Register bezeichnet waren. Bei den Kossaten läßt sich, falls es halbe Kossaten sind, einfach aus der Angabe „sals sie nur halb zahlen separiert“ im übrigen vgl. die Anmerkungen zu den Tabellen auf p. 104a II und p. 105 Anm. 3.

⁴ Bisweilen wird auch ein Abzug gemacht wegen wüster Hufen etc.

Diese letzteren Angaben erhalten eine Ergänzung durch die von Eickstedt¹ veröffentlichten Protokolle über die Hufenexemptionen aus den Jahren 1669 und 1670. In denselben sind nämlich vielfach auch die Jahre angegeben, in denen neue Steuerbefreiungen stattfanden, resp. in denen die betreffenden Stollen ausgekauft wurden. Gleichzeitig ersieht man, wie allmählich die einzelnen Rittergüter durch Einziehung einzelner Bauerngüter wuchsen².

Der terminus a quo das Schofsregister über die Bauernlegungen Auskunft giebt, ist freilich nur ungefähr bestimmbar.

Denn in den Eickstedtschen Protokollen findet sich nur ein Teil der Angaben des Schofsregisters näher datiert.

Es läßt sich aber aus den Namen der Geschlechter etc. doch erkennen, daß auch die andern Steuerbefreiungen in derselben Zeit stattgefunden haben müssen³.

Sodann führt der Charakter des Schofsregisters selbst zu der gleichen Ansicht. Offenbar nämlich liegt dem Schofsregister keine Originalkatastrierung zu Grunde. Wäre dies der Fall, so würde man die eximierten Hufen zu den herrschaftlichen Hufen geschrieben haben, da sie ja schofsfrei wurden, wenn sie mit Konsens des Kurfürsten ausgekauft waren⁴. Es muß also das Schofsregister eine ältere Vorlage gehabt haben, bei deren Anfertigung man nur zwischen Ritterhufen und Bauernhufen in einem Dorf unterschied, und die man später durch Nachträge ergänzte, so daß man, als das Schofsregister 1624 zusammengestellt wurde, nur jene oben gekennzeichnete eigentümliche Art der Berechnung der Steuern wählte.

In der That geht nun aus den bei Eickstedt veröffentlichten Protokollen sicher hervor, daß sogar noch mehrere ältere Schofsbücher bei der Landschaft vorhanden waren⁵. Insbesondere wird ein Landschafts-Hauptbuch erwähnt, aus dem ein Attestat bereits aus dem Jahre 1561 angeführt wird⁶.

¹ Beiträge zu einem neuen Landbuch der Mark Brandenburg p. 348 bis 369.

² Das Schofsregister giebt meist nur Gesamtzahlen an, die Protokolle bei Eickstedt geben genauere Nachrichten, die in den Tabellen durch die Summierung der Einzelzahlen ausgedrückt sind.

³ So nimmt auch Fidiem an, vgl. z. B. Bd. II 2 p. 112 (Stolpe).

⁴ Vgl. Eickstedt I. cit. p. 91 Anm.

⁵ S. p. 356 N. 1 15 Hufen zu Balderstorf Producieret Extrakt aus den Landschaft Hauptbuche, daß ao. 1561 33 schofsbare Hufen gewesen, in den nachfolgenden Büchern würden 46 geführt; p. 355 N. 23: Producieret dormalen einen Auszug aus den Schofsbüchern, daß 3 Hufen Otto von Brietzke Erben Ao. 1583, 2 George von Brietzke Anno 1584, 3 Matthias von Brietzke ao. 1509, 2 Christian von Rathenow a. 1615 frey gewilligt worden und wären 18 Ritterhufen vor Alters im Dorffe gewesen.

⁶ Vgl. das Citat der vorigen Anmerkung, sowie ibidem p. 365 unten: „Extrakt aus der Landschaft Hauptbuche, daß noch einige freye Hufen mehr sein“ und p. 366 N. 3: „Attestatum aus der Landschaft, daß

Es liegt nahe zu vermuten, daß dieses Hauptbuch die ursprüngliche Matrikel war, in der nur Ritter-, Pfarr- und Bürgerschaften eingetragen standen, und welche dann ergänzt wurde. Hinsichtlich der Entstehungszeit derselben dürfte das sicher sein, daß sie nicht entstand, bevor das ständische Kreditwerk eingerichtet wurde. Dies geschah aber vollständig erst 1550¹, vorher war speziell der Hufenschloßkassator noch den einzelnen Kreishauptstädten anvertraut, auch gründete sich die erste Erhebung der Steuern durch die Stände, die infolge des Landtags von 1540 stattfand, sicher nicht auf eine Matrikel². Hingegen wurde 1550 eine neue Hufenschloßsteuer auf 14 Jahre bewilligt³ und zur Ausführung derselben eine neue Katastrierung auch des ländlichen Grundbesitzes vorgenommen⁴, vielleicht, daß im Zusammenhang mit der ganzen Reorganisation der Steuerverwaltung jenes Hauptbuch angelegt wurde.

Es scheint aber, als ob nicht einmal diese älteste Matrikel der Landschaft die direkte Vorlage des Schloßregisters von 1624 gewesen sei. Denn es wird ausdrücklich angegeben, daß in dem landschaftlichen Hauptbuch von Bellsdorf im Oberhain 1561 33 schloßbare Hufen aufgeführt wurden, in den nachfolgenden Schloßbüchern aber 40⁵. Da nun das Schloßregister von 1624 ebenfalls 40 Hufen als Kontrollzahl angibt, 15 Hufen aber als freigekauft anführt, so dürften seine Angaben aus einem der späteren Schloßbücher entstammen. Die nächste Veranlassung zur Einrichtung eines neuen Schloßregisters bot nach 1560 erst wieder der Landtag von 1565, auf dem der Hufenschloßkassator durch die Übernahme von 300000 Thälern aufs neue bekannt wurde, dann

5 Hufen nebst 1 Hof Christ v. Röbeln vermöge des Hauptbuches de a. 1562 frey paßiert worden⁶.

¹ Vgl. Lammstein, Die Finanzen Joachim's II. auf das ständische Kreditwerk in der Zeitschr. f. preussische Geschichte III 18 p. 150.

² Damals wurde vielmehr eine besondere Abschätzung eines oder Dorfes vorgenommen, vgl. Winter in der Zeitschr. für preussische Gesch. Bd. 19 p. 165. Es zeigen dies auch die Rechnungsbücher der Versammlungen, die sich zum Teil noch im Geh. St. Arch. und dem landständischen Archiv erhalten haben.

³ S. den Hovers vom 14. Okt. bei Winter l. c. p. 706. Daß in der Zeit von 1541—1560 außerdem keine Matrikel zustande gekommen sein kann, beweist die durch Winter genügend bekannte Steuergeschichte jener Jahre. Es kann also das Attestat der Landschaft über einen Verkauf vom Jahre 1541 (bei Eickstadt p. 86 N. 9) nicht aus den Schloßbüchern stammen.

⁴ Dazu gibt wenigstens Lammstein l. cit. p. 465 an, leider sagt er nicht, aus welcher Quelle er diese Nachricht übernommen. Thiele's Nachrichten von der charakteristischen Schloßerrichtung p. 86 teilt mit, daß von dem Churfürsten von 1565 gewisse Taxatoren und Commisarii verordnet gewesen, welche nach einer sonderbaren Instruktion die Schloßmatrikel verfertigten.

⁵ S. das Citat oben.

der Landtag von 1572 nach dem Regierungsantritt Johann Georgs¹. Sehr viel jüngeren Ursprungs sind die Nachrichten des Schöfobuchs über die Steuerbefreiungen keinesfalls, da die Attestate der Landschaft bei Eickstedt bis in die siebenziger Jahre des 16. Jahrhunderts zurückreichen, sie geben also im ganzen die Umgestaltung der Grundeigentumsverhältnisse an, wie sie sich innerhalb der letzten 50 Jahre vor dem 30jährigen Krieg in der Mittelmark vollzog.

Wenn nun, wie wahrscheinlich, dem Kataster von 1624 keine neue Steueraufnahme des Landes zu Grunde lag, höchstens eine Revision der vorhandenen Matrikeln, so liegt die Frage nahe, weshalb gerade 1624 dieser Kataster zusammengestellt wurde und später, wenn auch in einzelnen Kreisen revidiert, die Grundlage für die Schöfskontribution geblieben ist.

Die Erklärung hierfür bietet ein Patent für die Uckermark und das Land Stolpe vom 16. Oktober 1624². In demselben wird bestimmt, daß keiner vom Adel fernerhin wüste Hufen an sich ziehen solle, sondern alle Hufen, wenn sie wüste würden, wieder besetzen oder jedenfalls den Hufenschöfs ganz für dieselben entrichten solle.

Einen ähnlichen Beschluß faßte die altmärkische und priegnitzsche Ritterschaft schon im Jahre 1606³: „Als nemlich, das keinen man der Ritterschaft, welcher Paurhöfe, Erben, Äcker, Wiesen oder andere an sich oder in seinen Nutz gezogen oder solches künftig thun werde, es geschohe durch

¹ Vgl. Isaacsohn l. cit.

² Gedruckt im Geh. St.-Arch. Wegen der Defekte, die bei Ablegung der Kreisrechnung von 1621 und 1623 entdeckt worden sind, wird neben andern bestimmt:

„Soll keinem von Adel, im Uckermärkischen und Stolpischen Kreis, der Lehne danielsten von uns recognoscirt oder trägt der Zeit dieses Edikts verstatet werden, von den Höfen, so ihnen wüste werden, die Hufen und Acker an sich zu nehmen und zu ackern und der Landschaft den Hufenschöfs der Landschaft davon zu entziehen. Denn dummhero und das diesem bis annoch also zugesehen worden, hat mancher der sich bedüncken lassen, er habe zu wenig Acker unter seinem Pfluge selbstem Ursache dazu gegeben, das die Höfe wüste werden müsten, das Land aber hat an Manuskafft darüber abgenommen und wenn dieses ferner also verhänget wird, dörfen endlich keine Hufen mehr übrig sein, die den Hufenschöfs trügen. Derowegen so . . . befelien wir nun, allen und jedem keine Hufen oder andern Acker von den wüsten Pauer und Cosatenhöfen an sich zu ziehen, weniger denn zu den Rittersätzen zu legen oder den gebührenden Hufenschöfs der Landschaft zu entziehen, sondern vielmehr mit den armen Leuten also umzugehen, das sie zu harter und vieler Beschwerden halber nicht verkaufen dörfen und in fellen, da ja wegen ungedevnis (wie zum oftern geschieht) die Höfe verlassen werden müsten, solche alsbald hinwieder zu besetzen oder in verhehlung dessen, soll der, unter welchem die wüsten Höfe und Hufen belegen ohne Unterscheit, es legen die Hufen oder Acker wüste oder aber werden gebraucht der Landschaft den Hufenschöfs unverweigerlich voll entrichten.“

³ S. oben p. 27 Anm. 5.

was titul oder nahmen es immer wolte, die ordentliche und gewöhnliche steuer erlassen werden sollte, es sei denn, daß er dieselbe um notwendiger und unumgänglichen Ursache zu seinen Rittersitze an sich genommen hätte oder nehmen mußte.“

Es ist nun sehr wahrscheinlich, daß eine gleiche Maßregel wie in der übrigen Kurmark auch in der Markmark getroffen wurde; dafür spricht, daß das Uckermarkische Kanton von 1624¹ dieselbe Bedeutung erlangte, wie das mittelmärkische; ausgleichen Wirkungen dürfte hier wohl auf die gleichen Ursachen zu schließen sein. Wir lassen dafür auch das direkte, wenn auch spätere, so doch gewandige Zeugnis Müllers².

Dasselbe zeigt zugleich, welche Bedeutung die Verordnung von 1624 hatte. Es wurde nämlich durch dieselbe ein fester Gegensatz zwischen tributablen Bauernhufen und steuerfreien Ritterhufen ausgebildet³. Ein solcher bestand allerdings in gewissen Sinne schon früher. Denn nur die mit Konsens ausgekauften Bauernhufen mußten von Schloß freigelassen werden, die anderen waren zu versteuern. Es scheint jedoch, daß zu selbst, wenn der Konsens nicht sofort, sondern, wie dies wohl öfters geschah, erst bei Erneuerung des Leihbriefes erteilt wurde, von den „Verordneten“, die ja auch aus dem Adel stammten, doch als schuldlos behandelt wurden⁴. Vor allen aber waren ja die wüsten Hufen kontributionsfrei, und es war wohl nicht allzuschwer, statt einen Bauern auszukaufen, ihn zu zwingen, seine Hufen wüst liegen zu lassen.

So wurden also faktisch alle Hufen, die der Adel unter seinem Pfluge hatte, steuerfrei⁵, seit 1624 aber wurde für die Exemption nicht mehr der Umstand, daß der Adel das Hufenland benutzte, maßgebend, sondern der, daß das betreffende Land bereits vor 1624 eingezogen gewesen war.

Infolgedessen sind auch alle späteren Angaben über kontributionsfreie, resp. katastrerte Hufen nicht zureichend, um Bild der Verteilung des Besitzstandes zwischen Bauern und Ritterhand

¹ Leider ist es mir nicht gelungen, ein Exemplar desselben zu finden. Das von Wehrer Bd II p. 170 ff. benutzte ist nur, wie per Auskunft der Kgl. Regierung zu Potsdam in dem Archiv nicht mehr vorhanden.

² Res. 100 N. 31 u. 32 *omnes rustici agros nos usque ad annum 1624 ex consensu domini sui commutantes, tam facto consensu tam postea acceptis XXX annorum pro perpetuo fundis feudibus habendi sunt, sed ante 1624 in falli inhabitato ab electore facta est ne amplius manui rustici emerentur e catastre, fundis incorporantur et ceteris caeteris rusticis et eod. fac. pubaco per hanc incorporat. pargud caritur.*

³ Vgl. den Abschnitt bei Müller Res. 100 N. 25 d.

⁴ S. Fickelst. cit. 9. Anm.

⁵ Vgl. die mitgeteilten Urkunden von 1406 und 1621.

zu geben¹. Auch die Zahlen des Schofsregisters sind freilich nicht ganz zuverlässig. Vor allem fehlt eine Angabe der einzelnen Vorwerke und Meiereien, von denen aus schon damals vielfach die wüsten Feldmarken etc. bewirtschaftet wurden. Nur über die damals vorhandenen Dörfer² orientiert das Register einigermaßen vollständig, manches läßt es auch hier an Genauigkeit zu wünschen übrig³.

Im ganzen aber dürfte es doch ein ziemlich wertvolles Bild über die Verteilung der Bevölkerung auf dem platten Lande der Mittelmark vor dem 30jährigen Kriege geben.

¹ Vgl. oben p. 61 Anm. 4.

² Die wenigen Angaben über die Städte aus dem Schofsregister habe ich nicht mit aufgenommen.

³ Namentlich fehlen vielfach die Pfarrhufen, z. B. durchgehends in Teltow. Dieselben sind, wie manche andere Angaben, aus Fideicom und Bratrings Werken ergänzt, doch ist dies sonst in der Regel durch schräge Zahlen bemerkt. Übrigens ist stets zu bedenken, daß das hier benutzte Exemplar nicht das Original ist.

Anmerkungen.

Zu Tabelle I. Teltow.

- ¹ Nur bei Fidelein I p. 16.
- ² Die Hufenangaben sind aus Fidelein I p. 137 entnommen; das Schöfregister gibt 8⁷ Hufen ohne nähere Bezeichnung an. bemerkt aber, daß die Herrschaft 2 Hufe mit 21 Hufen zu sich genommen habe.
- ³ Korbiskrug ist hier nicht mit eingerechnet, es wird im Reg. aufgeführt mit 2 Hufen, 1 Krüger und 1 Müller (vgl. Fidelein I p. 97).
- ⁴ Glenicke bei Potsdam und Weibau.
- ⁵ Schneekwitz, Kiez bei Grieben und Kietz bei Zossen.
- ⁶ Mit der des Mölars zu Korbiskrug und 6 Mühlen angegeben in der Herrschaft Teupitz: Hohenmühle, Mittelmühle, Kleine Mühle, Stuckmühle, Tierchenmühle, Neue Mühle vgl. Wohnor, Steuerverfassung II p. 148 und 149, eine Mühle, die Finkenmühle, im Amt Zossen Fidelein I p. 82.
- ⁷ Je 1 Kossät in Bräunsdorf und Gensdagen, 2 in Groß Machenow, 5 in Ragow, in Steganz, Hütner mit 4 Hufen, in Kl. Kienitz 2 in Sontzke 4 Hufen, sowie das ganze Dorf Grunowsee mit 5 Hühnern und 6 Hufen (sind die Leute wegen großer Armut von den Gütern entlassen).
- ⁸ In Fern-Wänsdorf „so zwischen den Dörfern wohnen“, sie sind zugleich Kossäten.
- ⁹ Die Dörfer sind nach den Bezirken Teltow, Herrschaft Teupitz und Amt Zossen angegeben. Welche Dörfer zu den letzteren gehören, ist aus Wohnor II p. 124 und 120 ersichtlich.

Zu Tabelle II. Nieder-Barnim.

- ¹ Im Reg. nicht erwähnt, wohl weil es eben noch steuerfrei war s. Fidelein I 2 p. 41.
- ² Bahradorf und Stralow.
- ³ „Der von Crunnerssee“ und Hellerndorf (Fidelein I 2 p. 86).
- ⁴ „Der Brügge Müller“, Veit Scheiber (Jakob v. Krummensee 1605 freigewilligt, der Müller ufm Rabenstein hat 1 Hufe, der Mancke-Müller — 2 Mäler in Eggersdorf und Lanke, und zugleich Hühner.
- ⁵ 1 Hufner in Hohen-Schonhausen, 2 Hufner mit 2 Hufen und 1 Kossät in Zehlendorf.
- ⁶ Die Dörfer Hennickendorf, Herfeld, Kugel, Lichtenow, Rüdersdorf, Rehfelde, Werder und Zinndorf sind im Reg. zum Ober-Barnim gerechnet, Gernsdorf zum Havelland.

Zu Tabelle III. Ober-Barnim.

- ¹ Fehlt bei Fidelein, findet sich aber bei Strating II p. 256.
- ² Fehlt bei Fidelein, Strating II p. 259.
- ³ Ink. „12 Dambkowsche Hufen“ s. Fidelein II 2 p. 12.
- ⁴ Gr. und Kl.-Barnim, Falkenberg, Gatzl, Alt-Barnim, Alt-Medewitz, Alt-Baust, Tornow, Alt-Trebin, Alt-Wriezen, Kietz bei Wriezen, bei Riesen- und Frenewalde.
- ⁵ Der „Lalbe Müller“ und der „in der langen Rönner“.
- ⁶ 2 Hufner und 1 Kossät in Tornow, 1 Kossät in Hechelberg, 1 in Wedigand, 2 in Wriezen 7 Hufen in Wreow, 15 Hufen in Wilmerdorf — über die im Schöfregister noch zum Ober-Barnim gerechneten Dörfer des Nieder-Barnim s. Anm. zu Tab. II.

Zu Tabelle IV. West-Havelland.

- ¹ Der Müller ist zugleich Hufner mit.
- ² 1 Hirte ist als „wilder Hirte“ bezeichnet.
- ³ Ink. 21 Bauerdorfsche Hufen (vgl. Fidelein III I p. 6).

⁴ Briesen, Dikte, Grabow, Kaltenhausen, Kiek (Fidicin III 1 p. 9, 14, 21, 10, 27), Kritzkrahl, Schrabedorf (fehlen bei Fidicin), Seelenadorf, Schwanebeck, Tiekow, Wüsten Brist (ibid. p. 52, 51, 57, 10).

⁵ Gülpe, Parey, Saaringen, Kiets bei Rhinow, Gr.-Kiets und Kl.-Kiets bei Brandenburg. Der Kiets bei Plauen ist nur erwähnt, ohne bemerkenswerte Angaben.

⁶ 1 Hufner mit 2 Hufen in Brist, 1 Hufner, 2 Hufen, 2 Kossäten in Kotzen, 4 Hufner in Lietzow, 1 Hof mit 4 Hufen in Stechow, 1 Kossät in Pessin. — Die Dörfer in den beiden Kreisen des Havellands sind im Reg. nach Landschaften so geordnet, wie sie Wöhner II p. 62—78 anführt.

Zu Tabelle V. Ost-Havelland.

¹ Fehlt bei Fidicin, Bratring II p. 105.

² Bei Fidicin III 2 nur p. XVII erwähnt, Bratring II p. 106.

³ Fehlt bei Fidicin, Bratring II p. 119.

⁴ Ein Hirt ist als „wilder Hirte“ bezeichnet.

⁵ Der Hirt ist zugleich der Fischer.

⁶ Bei Fidicin II 1 p. 85 ff. aufgezählt.

⁷ Fehlen bei Fidicin.

⁸ Bärenklee und Klein-Zieten im Havelland, Neuendorf und Kerkau im Land Löwenberg.

⁹ Hennigsdorf, Kiets bei Potsdam, bei Crammen und Pichelendorf. Außerdem wird noch ein Kiets bei Spandau erwähnt, aber ohne bemerkenswerte Angaben.

¹⁰ In Grünfeld und Rohrbeck.

¹¹ In Löwenberg.

¹² 2 Hufner und 2 Kossäten in Carpsow, 2 Kossäten in Falkenhagen, 2 Fischer in Kiets bei Potsdam, 2 Hufen, 3 Hufner und 1 Kossäte in Vorbitz, 2 Kossäten in Dallgow.

Zu Tabelle VI. Zauche.

¹ Bei Fidicin nur erwähnt (III 3 p. 66), im Reg. besonders aufgeführt.

² Fidicin I. cit. p. 73 ff., im Reg. sind die Dörfer mit unter die der Zauche eingeordnet.

³ Cammerode, Cunnersdorf, Desmathen, Dretzen, Grüneiche, Kiesel, Kaltenhausen, Möllendorf, Rotscherlinde, Tornow (Fidicin I. c. p. 6, 9, 41, 74, 25, 76, XXVII 86, 49, 58), Neuentrotz, Trebbin, Ziesar, Potsdam.

⁴ Götlin.

⁵ In Groß-Kreutz.

⁶ 3 Hufner in Schlalach, 1 in Rhinow.

Zu Tabelle VII. Lebus.

¹ Kienbaum gehörte bis 1816 zum Kreis Lebus, dann zum Nieder-Barnim (Fidicin I 2 p. 75).

² 3 Schäfer sind zugleich Müller.

³ Zu Lebus, „aufm Vorwerk Werder“, vor Fürstenwalde, Wüsten-Sieversdorf, Wüsten-Wulkow (bei Frankfurt). Die 2 letzten sind als wüste Feldmarken bezeichnet, auf Wüsten-Sieversdorf ist ein Meierhof gebaut.

⁴ Berckenbrück, Kienitz, Neuendorf, Ortwig, Quappendorf.

⁵ S. zu Wüsten-Sieversdorf, der Straßen-Lehnmüller, der Obermüller, der Mittelmüller, der Krugmüller.

⁶ In Wubden und Wulkow.

⁷ Je 1 Kossät in Falkenberg und Marchendorf.

Zu Tabelle VIII. Ruppın.

¹ Alt-Friesack.

² Der Müller zum Schrey, zu Kranitz und Zippelsförde.

³ In Zechow.

⁴ 1 Kossät in Gadow, 2 Hufner und 2 Kossäten in Zernitz, 3 Höfe mit 5 Hufen in Logow, 1 Hufner, 4 Kossäten in Krentzlin, je ein Hof mit 2 Hufen in Zotzen, mit 3 Hufen in Seebeck.

⁵ Goldbeck, Storbeck, Alt-Kuppın, Lüdersdorf, Länow, Rathenow,

18	61	28	40	18	50	8	45	48	48	12	20	92	11	13	8	12	17	40	16	12	46	24	18	24	35	85	42	15	19	15		
Lützen	Lichtenrade	Lichterfelde	Löwenbruch	Lidersdorf	Lärrow	Gr.-Machenow	Kl.-Machenow	Mahlow	Mariendorf	Martenfelde	Mellen	Miersdorf	Motzen	Neuendorf b. Potsdam	Neuendorf b. Trebbin	Neuendorf b. Teupitz	Fern-Neuendorf	Nächst-Neuendorf	Nudow	Neesdorf	Peets	Pramsdorf	Ragow	Rangsdorf	Rehagen	Rixdorf	Rotzsis	Rudow	Ruhlsdorf	Saslow	Schenkendorf b. Wust.	Schenkendorf b. Potsd.
7+7+8	1602-1612	1603	1587-1618	1584-1608	1607, 1630	1602-1612	1621	1586	1587-1618	1584-1608	1607, 1630	1602-1612	1603	1587-1618	1584-1608	1607, 1630	1602-1612	1603	1587-1618	1584-1608	1607, 1630	1602-1612	1603	1587-1618	1584-1608	1607, 1630	1602-1612	1603	1587-1618	1584-1608	1607, 1630	
4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	
13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	
20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	
11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1						

Forschungen (40)

IX 4 - Großmann.

26

[illegible]

9

Name des Dorfes	Bauern- hufen	Pfarr- u. Kir- chenhufen	Ritter- hufen	Eingezogene Bauernhufen	Zeit der Einziehung	Bauern- stellen	Davon eingezogen	Kosaken- stellen	Davon eingezogen	Haustheile	Müller	Fischer	Schäfer	Schäferku- an 2 Orten	Hirten	Hirten- knechte	Schmiede	Leut- schmiede
Biesdorf	57	x	—	9	—	19	2	13	—	—	—	—	—	+	—	—	—	—
Birkenwender	—	—	—	—	—	—	—	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Birkholz	42	5	5	—	—	11	—	12	—	1	1+	—	—	+	—	—	—	—
Blankenburg	27	2	—	2+4	1570, 1592	11	2	9	2	—	—	—	—	+	—	—	—	—
Blankenfeld	50	5	7	5	1618	17	3	9	3	—	—	—	—	+	—	—	—	—
Blumberg	113	5	6	10	—	32	3	16	3	—	1+	—	—	+	—	—	—	—
Bornicke	78	5	—	11	1577	16	—	6	—	—	1+	—	—	+	—	—	—	—
Bollensdorf	8	4	27 ^{1/2}	4	1599	4	—	7	—	—	—	—	—	+	—	—	—	—
Borgsdorf	22	4	14	—	—	8	—	2	—	—	—	—	—	+	—	—	—	—
Buch	27	4	—	—	—	10	—	16	—	—	—	—	—	+	—	—	—	—
Buchholz	49	5	15	—	—	15	—	19	—	—	1+	—	—	+	—	—	—	—
Dahlwitz	80	5	—	—	—	6	—	9	—	—	1+	—	—	+	—	—	—	—
Daldorf	57	5	—	—	—	9	—	8	—	—	—	—	—	+	—	—	—	—
Eggersdorf	12	6	19	—	—	5	—	7	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—
Elche	35	4	4	1	—	10	1	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Falkenberg	40	4	8	8	1620	9	2	6	2	1/2	—	—	—	—	—	—	—	—
Friedersdorf	28	2	16	4+4	1602—1604	8	2	3	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Friedrichsfelde	72	2	32	6	—	14	1	20	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Friedrichthal	28	2	—	3	—	7	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gernendorf	48	2	—	—	—	17	—	18	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gienicke	32	—	—	—	—	7	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Heiligensee	58	4	—	—	—	15	—	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Heinersdorf	32	4	—	—	—	10	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hellersdorf	—	—	—	—	—	7	—	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hennickendorf	20	5	—	—	—	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hernsdorf	4	—	—	4	—	1	1	8	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Herzfeld	61	3	13	—	—	15	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hönnow	111	7	—	—	—	25	—	1	—	16	—	—	—	—	—	—	—	—

[illegible]

Name des Dorfes	Bauern- hufen	Pfarr- u. Kir- chenhufen	Ritter- hufen	Eingezogene Bauernhufen	% der Einziehung	Bauern- stellen	Davon eingezogen	Kossäten- stellen	Davon eingezogen	Hausleute	Müller	Fischer	Schäfer	Schäferh. an 2 Orten	Hirten	Hirten- knechte	Schmiede	Lauf- schmiede
Schönerlinde	77	4	11	10	—	21	3	13	—	2	—	—	—	+	1+	1	1	—
Schonfelds	34	3	8	—	—	15	—	12	—	1	—	—	—	+	1	—	1	—
Hohen-Schonhausen	49	4	4	7	—	10	2	9	—	—	—	—	—	+	—	—	—	—
Nieder-Schonhausen	42	4	—	—	—	8	—	9	—	—	—	—	—	+	—	—	—	—
Schönnow	48	5	—	—	—	6	—	10	—	—	—	—	—	+	—	—	—	—
Schwanebeck	57	5	—	—	—	17	—	7	—	—	1+	—	—	+	—	—	—	—
Seeburg	26	5	3	3	—	8	1	2	—	—	—	—	—	+	—	—	—	—
Seefeld	54	5	16	8	—	14	2	10	—	5	—	—	2	+	—	—	—	—
Stolpe	34	5	—	—	—	10	—	8	—	—	—	—	—	+	—	—	—	—
Stolzenhagen	36	—	—	—	—	19	—	1	—	1	—	—	—	+	—	—	—	—
Stralow	—	—	—	—	—	7	2	6	—	—	—	—	—	+	—	—	—	—
Tafdorf	21 ^{1/2}	—	—	3+3	1582 1595	7	—	—	—	1 ^{1/2}	—	—	—	+	—	—	—	—
Tegel	28	—	—	—	—	8	—	2	—	—	—	—	—	+	—	—	—	—
Tisdorf	—	—	—	—	—	—	—	3	—	—	1	—	—	+	—	—	—	—
Vogeladorf	40	5	7	—	—	9	—	2	—	—	—	—	—	+	—	—	—	—
Wandlitz	39	4	—	—	—	17	—	7	—	1	—	—	—	+	—	—	—	—
Wartenberg	40	4	8	5	1602	12	—	7	—	—	—	—	—	+	—	—	—	—
Weissenensee	55 ^{1/2}	7	10	23	—	10	7	8	—	—	—	—	—	+	—	—	—	—
Weusickendorf	40	4	—	—	—	18	—	13 ^{1/2}	—	—	—	—	—	+	—	—	—	—
Werder	60	5	—	—	—	15	—	10	—	—	1	—	—	+	—	—	—	—
Woltersdorf	9	—	—	—	—	4	—	9	—	1 ^{1/2}	—	—	—	+	—	—	—	—
Zahlendorf	33	4	28	2	—	14	1	25	—	—	—	—	—	+	—	—	—	—
Zepernick	47	5	—	—	—	13	—	10	—	1 ^{1/2}	1+	—	—	+	—	—	—	—
Zinndorf	61	5	—	—	—	15	—	9	—	1 ^{1/2}	—	—	—	+	—	—	—	—
Zühlendorf	22	—	—	2	—	9	—	1	—	—	—	—	—	+	—	—	—	—
Sa. 89 Dörfer	3574^{1/2}	181^{1/2}	431	200^{1/2}	—	1032	54	750^{1/2}	6	47^{1/2}	12+	—	39	16	79(6)	32	35(6)	28(6)

Name des Dorfes	Bauern- hufen	Hirt- u. Kirt- ebenhufen	Bauer- hufen	Eingezogene Bauerhufen	Zeit der Einzöhung	Bauern- stellen	Davon eingezogen	Küsten- stellen	Davon eingezogen	Hausleute	Müller	Fischer	Schäfer	Schäferh. an 7 Orten	Hirten	Hirten- knechte	Schmiede	Land- schmiede
Hagermühle	28	4		2		13	1	3			1				1			
Harschfelde	63	5		11+7+3 +6+4	1593	17	11+3+1	1		1			1	1	1		1	
Hohenfinow	36	4		9+5	1615	15	4	10		2	1		1	+	1		1	
Hohestein	57	5		2	1786	14		3		1			1		1		1	
Ithow	38	5	28	6		8		3		3	2		1	+	1		1	
Klobbik	23	5	15			7	2	3		3			1	+	1		1	
Klosterdorf	34	5	12			10		10		2			1	+	1		1	
Köthen	18	6	17			4		7		1			1	+	1		1	
Küncradow	47	5	21			11		4		1			1	+	1		1	
Ladeburg	32	5	10			15		3		1/2	1	15		+	1		1	
Lauenberg	32	4	28	1	1584, 1608	9	1	7		1/2	1			+	1		1	
Alt Lewin																		
Lichterfelde	48	4	12	8+3	1599, 1620	28	3+1	31		7			1	+	1		1	
Lüdersdorf	15	3	9	4	1599	5	1	7				19	1	+	1		1	
Alt-Medewitz													1	+	1		1	
Melchow	40					8		4					1	+	1		1	
Meydorf								2		8			1	+	1		1	
Mögelin	22		12	4	1786	6	1	2					1	+	1		1	
Hohen-Prädikow	23	5	24	11+4	1580—1620	6	4	11					1	+	1		1	
Nieder-Prädikow	10	2	12			3		5		1			1	+	1		1	
Pritzbagen	24		15	4+1+1		8	2	6		1/2		20	1	+	1		1	
Protzel								3					1	+	1		1	
Alt-Rauft	3					12		3		1			1	+	1		1	
Reichenberg	45	4	12	4	1586	12	1	5		1			1	+	1		1	
Reichenow	49	3		5	1612	12	1	4					1	+	1		1	
Ringenwalde	58	4	5	15	1589	12	3	5		2	1		1	+	1		1	

[illegible]

Forschungen (40) IX 4. - Großmann.

Name des Dorfes	Bauernstellen	Pfarr- u. K- chenbuden	Bitter buden	Einkerkornbuden	Zeit der Einzahlung	Bauern- stellen	Davon eingezogen	Rosetten- eingezogen	Davon stellen	Parce eingezogen	Müller	Fischer	Schäfer	Schäfeken an 2 Orten	Hirten	Hirten- knechte	Schmiede	Lauf- schmiede
Schneise	7					6		3			1+							
Schmalach	21	2	3	1	1020	12	1	19 1/2		1 1/2						1	1	
Schunckendorf	40					9		3								1		
Schwertke	23					12		5								1		
Schönfeld	28	3				14		1								1		
Schmergow	57	1				13		5		2 1/2		2			2	1		
Schwina	36			4		9		1					1		1	1		
Seddin	20					11		1							1			
Straßen	50		6	3	1409	11		6		2	1+				1			
Topelitz	16					5												
Tornow						10		1							1			
Truchwitz	34		6	4	1584	6		9		3 1/2					1			
Trensdorf	13					14		6 1/2		1					1			
Wildenbruch	65	2				15		4			1+				1			
Wittoriezen	46	2	14	20		15		4		7			2		1			
Wühst	21					10		7		2					1			
Zauchwitz	14					15				3					1			
Sa. 70 Dörfer	1874	57 1/2	128 1/2	136 1/2		631	34	127 1/2	9	84 1/2	10 (6)	15	25	16	68	31	20 (2)	22 (1)

Das Ländchen Beerwalde¹.

Beerwalde																		
Hernsdorf	30			5	1622	13	1	5										
Ciesin	18					8		3										
Meisdorf	31			5	1624	15	2	6			2							
Rinow	13					9		4										
Weihen	18					7		3										
Wippersdorf	14					4		4										
Sa. 7 Dörfer	124			10		51	8	38			2				3			

Name des Dorfes	Bauern- hufen	Pfarr- u. Kir- chenhufen	Ritter- hufen	Eingebrachte Bauernhufen	Zeit der Einzählung	Hauern- stellen	Davon eingezogen	Knechten- stellen	Davon eingezogen	Müller	Fischer	Schäfer	Schäferkn. an 2 Orten	Hirten	Hirten- knechte	Schmiede	Lauf- schmiede
Biegen	44	—	12	2	—	17	1	17	1	—	—	1	+	1,1+	—	—	—
Bodelzig	27	—	30	—	—	11	1	14	—	—	—	3	+	1,1+	—	—	—
Bosen	63	4	—	4	—	19	—	41	—	—	—	5	+	—	—	—	—
Briesen	22	2	—	—	—	8	—	23	—	—	—	1	—	—	—	—	—
Briesekow	14	—	—	—	—	10	—	23	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Buchholz	46	4	—	—	—	16	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Carzig	12	4	3 ¹ / ₂	2	—	6	1	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Cleasin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Clietow	50	—	—	7+4+s	160*	11	1+1+1	9	—	—	—	2	+	—	—	—	—
Dahmsdorf	29	4	—	—	—	12	—	6	—	—	—	1	—	—	—	—	—
Dannitz	39	4	12	5	1582	12	1	16	1	—	—	2	—	—	—	—	—
Diedersdorf	—	—	—	—	—	12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Döbberin	39	5	—	—	—	10	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dolgelin	48	—	—	—	—	20	—	13	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eggeradorf	56	4	—	—	—	12	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Falkenberg	12	—	—	—	—	4	—	13	—	—	—	2	+	—	—	—	—
Friderisdorf	25 ¹ / ₂	3	16	—	—	8	—	11	—	—	—	1	+	—	—	—	—
Genschmar	8	—	—	—	—	4	—	4	—	—	—	—	+	—	—	—	—
Görsdorf	51	3	9	4	—	14	1	10	1	2	—	1	+	—	—	—	—
Goltzow	14	—	—	—	—	12	—	14	—	—	—	—	+	—	—	—	—
Gorgast	9	5	29	—	—	9	—	18	—	—	—	2	+	—	—	—	—
Gusow	60	—	—	—	—	5	—	21	—	—	—	—	+	—	—	—	—
Hasenfelde	20	—	—	—	—	15	—	12	—	—	—	—	+	—	—	—	—
Hathenow	73	4	—	—	—	9	—	9	—	—	—	—	+	—	—	—	—
Hänersdorf	—	—	—	14 ¹ / ₂ + 13 ¹ / ₂	—	26	9+5	19 ¹ / ₂	1	—	—	—	+	—	—	—	—
Hemerndorf	31	4	24	4	—	9	1	13 ¹ / ₂	—	—	—	1	+	—	—	—	—

[illegible]

Name des Dorfes	Bauern- buden	Part- u Kir- chenbuden	Ritter- buden	Fünfeckige Bauernbuden	Zeit der Einzüchung	Bauern- stellen	Davon eingezogen	Kosäten- stellen	Davon eingezogen	Paar Hauseute	Müller	Fischer	Schäfer	Schäferk- n. 2 Orten	Hirten	Hirten- knechte	Schmiede	Lauf- schmiede
Quappendorf	83	5	25	7	1611	41	1	43	1	2	12				1			
Quilitz	180	4	12	1	1599	7	1	10	1	4					1			
Rathstock	11	1		3		9	2	23		7					1			
Renthwen								8							1			
Rosengarten								12		3 1/2					1			
Rosenthal								2							1			
Sachsenhof	13	1	10			10	1	12 1/2		3 1/2					1			
Schönfeld	49	5		6		12		3		1 1/2					1			
Schöndies	48					12		10		8					1			
Sieversdorf	40	4	20			12		8 1/2		1					1			
Steinhöfel	43		18	6	1620	17	1	15		2 1/2					1			
Tempelberg	27	3	18	6	1620	11	3	3							1			
Trebbau	15		8			3		5							1			
Trebnitz	7	2	42			2		12							1			
Treplin	52 1/2	4		1		11	4	11							1			
Tuebeband	11			2		13	1	28 1/2		5					1			
Werbig	22					7		8		5 1/2					1			
Willmersdorf	85	6	13	4	1599	10	1	10 1/2	1	2					1			
Wohrin						6		9		3 1/2					1			
Wubden	16					11	4	6	2	2					1			
Wulkow b Quilitz	35	5	14	13	1605	11		5							1			
Zechin	12					11		8		4 1/2					1			
Zernikow	17					6		1		1/2					1			
Zehedorf	17 1/2					4		50		2					1			
Zotschnow	34			7		10	1								1			
Sa. 84 Dorfer	2459	15 1/2	498 1/2	160		834	69	353 1/2	14	138 1/2	27 (a)		72	45	77 (e)	21	44	19

Dorf	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100	101	102	103	104	105	106	107	108	109	110	111	112	113	114	115	116	117	118	119	120	121	122	123	124	125	126	127	128	129	130	131	132	133	134	135	136	137	138	139	140	141	142	143	144	145	146	147	148	149	150	151	152	153	154	155	156	157	158	159	160	161	162	163	164	165	166	167	168	169	170	171	172	173	174	175	176	177	178	179	180	181	182	183	184	185	186	187	188	189	190	191	192	193	194	195	196	197	198	199	200	201	202	203	204	205	206	207	208	209	210	211	212	213	214	215	216	217	218	219	220	221	222	223	224	225	226	227	228	229	230	231	232	233	234	235	236	237	238	239	240	241	242	243	244	245	246	247	248	249	250	251	252	253	254	255	256	257	258	259	260	261	262	263	264	265	266	267	268	269	270	271	272	273	274	275	276	277	278	279	280	281	282	283	284	285	286	287	288	289	290	291	292	293	294	295	296	297	298	299	300	301	302	303	304	305	306	307	308	309	310	311	312	313	314	315	316	317	318	319	320	321	322	323	324	325	326	327	328	329	330	331	332	333	334	335	336	337	338	339	340	341	342	343	344	345	346	347	348	349	350	351	352	353	354	355	356	357	358	359	360	361	362	363	364	365	366	367	368	369	370	371	372	373	374	375	376	377	378	379	380	381	382	383	384	385	386	387	388	389	390	391	392	393	394	395	396	397	398	399	400	401	402	403	404	405	406	407	408	409	410	411	412	413	414	415	416	417	418	419	420	421	422	423	424	425	426	427	428	429	430	431	432	433	434	435	436	437	438	439	440	441	442	443	444	445	446	447	448	449	450	451	452	453	454	455	456	457	458	459	460	461	462	463	464	465	466	467	468	469	470	471	472	473	474	475	476	477	478	479	480	481	482	483	484	485	486	487	488	489	490	491	492	493	494	495	496	497	498	499	500	501	502	503	504	505	506	507	508	509	510	511	512	513	514	515	516	517	518	519	520	521	522	523	524	525	526	527	528	529	530	531	532	533	534	535	536	537	538	539	540	541	542	543	544	545	546	547	548	549	550	551	552	553	554	555	556	557	558	559	560	561	562	563	564	565	566	567	568	569	570	571	572	573	574	575	576	577	578	579	580	581	582	583	584	585	586	587	588	589	590	591	592	593	594	595	596	597	598	599	600	601	602	603	604	605	606	607	608	609	610	611	612	613	614	615	616	617	618	619	620	621	622	623	624	625	626	627	628	629	630	631	632	633	634	635	636	637	638	639	640	641	642	643	644	645	646	647	648	649	650	651	652	653	654	655	656	657	658	659	660	661	662	663	664	665	666	667	668	669	670	671	672	673	674	675	676	677	678	679	680	681	682	683	684	685	686	687	688	689	690	691	692	693	694	695	696	697	698	699	700	701	702	703	704	705	706	707	708	709	710	711	712	713	714	715	716	717	718	719	720	721	722	723	724	725	726	727	728	729	730	731	732	733	734	735	736	737	738	739	740	741	742	743	744	745	746	747	748	749	750	751	752	753	754	755	756	757	758	759	760	761	762	763	764	765	766	767	768	769	770	771	772	773	774	775	776	777	778	779	780	781	782	783	784	785	786	787	788	789	790	791	792	793	794	795	796	797	798	799	800	801	802	803	804	805	806	807	808	809	810	811	812	813	814	815	816	817	818	819	820	821	822	823	824	825	826	827	828	829	830	831	832	833	834	835	836	837	838	839	840	841	842	843	844	845	846	847	848	849	850	851	852	853	854	855	856	857	858	859	860	861	862	863	864	865	866	867	868	869	870	871	872	873	874	875	876	877	878	879	880	881	882	883	884	885	886	887	888	889	890	891	892	893	894	895	896	897	898	899	900	901	902	903	904	905	906	907	908	909	910	911	912	913	914	915	916	917	918	919	920	921	922	923	924	925	926	927	928	929	930	931	932	933	934	935	936	937	938	939	940	941	942	943	944	945	946	947	948	949	950	951	952	953	954	955	956	957	958	959	960	961	962	963	964	965	966	967	968	969	970	971	972	973	974	975	976	977	978	979	980	981	982	983	984	985	986	987	988	989	990	991	992	993	994	995	996	997	998	999	1000	1001	1002	1003	1004	1005	1006	1007	1008	1009	1010	1011	1012	1013	1014	1015	1016	1017	1018	1019	1020	1021	1022	1023	1024	1025	1026	1027	1028	1029	1030	1031	1032	1033	1034	1035	1036	1037	1038	1039	1040	1041	1042	1043	1044	1045	1046	1047	1048	1049	1050	1051	1052	1053	1054	1055	1056	1057	1058	1059	1060	1061	1062	1063	1064	1065	1066	1067	1068	1069	1070	1071	1072	1073	1074	1075	1076	1077	1078	1079	1080	1081	1082	1083	1084	1085	1086	1087	1088	1089	1090	1091	1092	1093	1094	1095	1096	1097	1098	1099	1100	1101	1102	1103	1104	1105	1106	1107	1108	1109	1110	1111	1112	1113	1114	1115	1116	1117	1118	1119	1120	1121	1122	1123	1124	1125	1126	1127	1128	1129	1130	1131	1132	1133	1134	1135	1136	1137	1138	1139	1140	1141	1142	1143	1144	1145	1146	1147	1148	1149	1150	1151	1152	1153	1154	1155	1156	1157	1158	1159	1160	1161	1162	1163	1164	1165	1166	1167	1168	1169	1170	1171	1172	1173	1174	1175	1176	1177	1178	1179	1180	1181	1182	1183	1184	1185	1186	1187	1188	1189	1190	1191	1192	1193	1194	1195	1196	1197	1198	1199	1200	1201	1202	1203	1204	1205	1206	1207	1208	1209	1210	1211	1212	1213	1214	1215	1216	1217	1218	1219	1220	1221	1222	1223	1224	1225	1226	1227	1228	1229	1230	1231	1232	1233	1234	1235	1236	1237	1238	1239	1240	1241	1242	1243	1244	1245	1246	1247	1248	1249	1250	1251	1252	1253	1254	1255	1256	1257	1258	1259	1260	1261	1262	1263	1264	1265	1266	1267	1268	1269	1270	1271	1272	1273	1274	1275	1276	1277	1278	1279	1280	1281	1282	1283	1284	1285	1286	1287	1288	1289	1290	1291	1292	1293	1294	1295	1296	1297	1298	1299	1300	1301	1302	1303	1304	1305	1306	1307	1308	1309	1310	1311	1312	1313	1314	1315	1316	1317	1318	1319	1320	1321	1322	1323	1324	1325	1326	1327	1328	1329	1330	1331	1332	1333	1334	1335	1336	1337	1338	1339	1340	1341	1342	1343	1344	1345	1346	1347	1348	1349	1350	1351	1352	1353	1354	1355	1356	1357	1358	1359	1360	1361	1362	1363	1364	1365	1366	1367	1368	1369	1370	1371	1372	1373	1374	1375	1376	1377	1378	1379	1380	1381	1382	1383	1384	1385	1386	1387	1388	1389	1390	1391	1392	1393	1394	1395	1396	1397	1398	1399	1400	1401	1402	1403	1404	1405	1406	1407	1408	1409	1410	1411	1412	1413	1414	1415	1416	1417	1418	1419	1420	1421	1422	1423	1424	1425	1426	1427	1428	1429	1430	1431	1432	1433	1434	1435	1436	1437	1438	1439	1440	1441	1442	1443	1444	1445	1446	1447	1448	1449	1450	1451	1452	1453	1454	1455	1456	1457	1458	1459	1460	1461	1462	1463	1464	1465	1466	1467	1468	1469	1470	1471	1472	1473	1474	1475	1476	1477	1478	1479	1480	1481	1482	1483	1484	1485	1486	1487	1488	1489	1490	1491	1492	1493	1494	1495	1496	1497	1498	1499	1500	1501	1502	1503	1504	1505	1506	1507	1
------	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	---

Tabelle IX. Übersicht.

	Name des Kreises.								Σ
	Teltow	Nieder-Barnim	Ober-Barnim	West-Havelland	Ost-Havelland	Zauche	Lebus	Ruppin	
Dörfer	124	89	68	■	77	94	84	86	649
Fischerdörfer	3	2	13	6	4	1	5	1	35
Bauernhufen	3385	3575 ¹ / ₂	2723	1719 ³ / ₄	2720 ¹ / ₄	2501	2459	2806	21789 ¹ / ₂
Davon eingezogen	246	206 ¹ / ₂	317	114	187	148 ¹ / ₂	160	147	1524
Wüst liegen	16	2	22	8	2	—	—	10	60
Ritterhufen	439 ¹ / ₂	431	585	309	477 ¹ / ₂	189 ¹ / ₂	498 ¹ / ₂	378	3254
Pfarr- u. Kirchenhufen	123	318 ¹ / ₂	251 ¹ / ₂	56	112 ¹ / ₂	61 ¹ / ₂	155 ¹ / ₂	100	1183 ¹ / ₂
Bauernstellen	1234	1032	734	789	1082 ¹ / ₂	864	854	1399	7983 ¹ / ₂
Davon eingezogen	62	54	89	35	53	37	69	43	389
Wüst liegen	7	3	2	7	5	4	—	8	36
Kossätenst., ganze	651	790	466	554	598	864	982	574	5399
halbe	12	1	—	12	12	28	14	9	88
Davon eingezogen	4	6	19	9	16	9	14	13	100
Wüst liegen	9	1	6	8	7	—	2	7	40
Paar Hausleute	48	47	42	117	149	85	200	105	688
Einzeln Hausmänner	10	6	4	12	19	15	24	9	99
Müller	33	22	22	12	10	19	32	21	171
Fischer	36	29	233	102	76	22	100	14	612
Schäfer	32	34	43	43	56	42	78	72	400
Schäferknechte an ?									
Orten	17	18	29	44	42	31	48	25	274
Hirten	108	79	57	77	79	88	82	81	651
Hirtenknechte	13	33	28	23	23	36	22	21	197
Schmiede	18	35	29	33	43	27	44	31	260
Landeschniede	46	29	38	18	13	29	20	24	217
Leineweber	2	—	—	—	2	—	2	—	6
Schneider	—	—	—	—	1	1	—	1	3

Staats- und socialwissenschaftliche Forschungen

herausgegeben

von

Gustav Schmoller.

Neunter Band. Fünftes Heft.

(Der ganzen Reihe einundvierzigstes Heft.)

Eugen Nöbling: Ulms Baumwollweberei im Mittelalter.



Leipzig.

Verlag von Duncker & Humblot.

1890.

Ulms Baumwollweberei

im Mittelalter.

Urkunden und Darstellung.

Ein Beitrag

zur

deutschen Städte- und Wirtschaftsgeschichte.

Von

Eugen Nübling.



Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1890.

Das Übersetzungsrecht wie alle anderen Rechte sind vorbehalten.

Einleitung.

Hätt' ich Venediga Macht,
Augsburger Pracht,
Nürnbergers Witz,
Strassburger Geschütz
Und Ulmer Geld,
So wär' ich der Reichste in der Welt'.

Es sind die beiden letzten Zeilen dieses bekannten mittelalterlichen Spruchs, welche den äusseren Anlass zu der vorliegenden Veröffentlichung gegeben haben. Musste es nicht eine dankbare Aufgabe für einen Freund der Ulmischen Geschichte sein, nach den Ursachen zu forschen, denen die Stadt ihren sprichwörtlichen Reichtum verdankte?

Wenn man die massgebende Rolle betrachtet, welche Ulm während des 14. und 15. Jahrhunderts unter den süddeutschen Städten spielt, wenn man sieht, wie seine Geschlechter ganze Dörfer mit Burgen und Schlössern in der Umgegend ihr eigen nennen, um die sie manchmal hohe Edelmänner beneiden konnte, so dass der Volkermund der Renaissancezeit mit seiner Unterscheidung von den Herren von Ulm, den Kaufleuten von Nürnberg und den Burgern von Augsburg spricht, wenn man die Summen liest, welche der Ulmische Rat in der Zeit von 1377 bis in die Mitte des 16. Jahrhunderts für Gebotserwerbungen ausgiebt¹, wenn man das grossartige Unternehmen des Münsterbaues mit dem höchsten Turm der Welt in Betracht zieht, so muss man allerdings glauben, dass das alte Verslein vom Ulmer Geld nicht so ganz unberechtigt war.

Ulm war Handelsstadt. Es galt also, zu sehen, welche Handelsartikel der Stadt in erster Linie ihren Reichtum zuführten. Prompte Antwort gab mir darauf eine Stelle der in der nachfolgenden Erkundensammlung abgedruckten Dillinger Weberprozessakten von 1513. „Die Stadt Augsburg“, erklären die Ulmer Ratsgesandten vor dem kaiserlichen Schiedsgericht in Dillingen dem Vorschlag der Weber gegenüber, künftig an der Ulmer Barchentschau auch wie in Augsburg nur ein Schaugeld von einem Heller zu erheben, „hat nicht allein ihren Barchent, sondern viele andere nützliche Kaufmannsgewerbe, auch merkliche Steuer, Umgeld, Zolle und andere unzählbare tugliche

¹ So der Wortlaut des in mannigfachen Fassungen citirten Spruches bei Kanzler und Meisner, *Für alters Literatur und neuere Lektüre*, Leipzig 1783 S. 22. Vergl. Wands, *Sprichwörter ausson.* Bd. IV S. 1523.

² Ausführliches Herüber bei Dieterich, *Beschreibung der Stadt Ulm*. Ulm 1823. S. 126 ff.

Nutzungen, Ulm aber hat sonst keinen sonderlichen Handel als eben allein seinen Barchent!*

„Baumwoll-Import Barchent-Export.“ Man wird daraus freilich nicht den Schluss ziehen dürfen, dass Ulm seinen ganzen Reichtum einzig und allein dem Baumwollgeschäft verdankt habe, man wird mit Recht einwenden, dass auch der Wein- und der Leinwandhandel, der Grosshandel mit Kramware, der Spezerei- und Kurzwaren-Import, wesentlich zur Bereicherung der Stadt beigetragen haben mögen; aber das scheint mir doch, soweit ich mir sother ein Bild von den einschlägigen Verhältnissen zu schaffen vermochte, ziemlich fest zu stehen, dass es in erster Linie und soweit man die Handelsverhältnisse der Stadt zurückverfolgen kann, der Handel mit Geweben, neben der Leinwand erst mit Wolgeweben und dann mit Baumwollgeweben, war, welcher die erste und massgebende Rolle in der Stadt spielte.

Hatte ich mir zuerst vorgenommen Ulms Handel und Gewerbe im Mittelalter überhaupt zum Gegenstand meiner Untersuchung zu machen, so zeigte mir ein genaueres Studium gar bald, dass ich mir damit mein Ziel bei der Fülle des Stoffes zu weit gesteckt hatte, und ich entschloss mich, zunächst durch eine thunlichst sorgfältige Auswahl der hierfür geeignet erscheinenden Urkunden dem Freunde deutscher Städte- und Wirtschaftsgeschichte einen möglichst getreuen Einblick in die Entwicklung und Einrichtung der einst weltberühmten Ulmer Baumwollweberei zu ermöglichen.

Dass die vorliegende Arbeit in den Staats- und sozialwissenschaftlichen Forschungen erscheint, verdanke ich, wie überhaupt das ganze Entstehen derselben, der besonderen Güte des Herrn Professor Dr. Schmoller. Er war es, der mich seiner Zeit, als ich ihm einige volkswirtschaftliche Arbeiten zur Begutachtung vorlegte, aufforderte, statt der blos modern-nationalökonomischen Studien mich mit der Gewerbe- und Handelsgeschichte meiner Vaterstadt Ulm zu befassen. Seither bin ich mit ihm in Verbindung geblieben und ich mochte dieses Vorwort nicht schliessen, ohne dem verehrten Lehrer für seine Anregung von ganzem Herzen meinen innigsten Dank auszusprechen.

So gebe ich die nachfolgenden Blätter in die Welt hinaus und bitte die Liebhaber derartigen Studien, dieselben freundlich aufzunehmen.

U.L.M., im Mai 1890.

Eugen Nübling.

* Urkunde 11, S. 24.

Inhaltsverzeichnis.

Einleitung	Seite V
Inhaltsverzeichnis	VII

Urkunden.

Zur Herkunft der Urkunden	3
-------------------------------------	---

Zum geschichtlichen Teil.

1. Ordnung der Leineweber	5
2. Verbot der gemeinschaftlichen Kaufmannschaft mit Gästen	7
8. Märner- und Weberordnung	7
4. Gesetz wegen des Uebertritts von einer Zunft in eine andere	9
5. Gesetz wegen des Zunftzwangs der Salz-, Wein- und Eisenhändler	10
6. Barchentschau-Ordnung	10
7. Gesetz wegen Aufhebung des freien Eintritts in die Kaufleutezunft	13
8. Gesetz wegen ernannter Regelung des Eintritts in die Kaufleutezunft	13
9. Gesetz wegen Ueberlassung des Golschengewirks an die Weberzunft	14
10. Abfertigung der Ratsbotschafter zur Dillinger Vergleichsverhandlung in der Prozesssache mit der Weberzunft wegen des Barchentgewirks	16
11. Erwiderung des Rats auf die Ausführungen der Webergesandten bei der Dillinger Vergleichsverhandlung	19

Zum beschreibenden Teil.

12. Eid und Ordnung der Baumwollschauer	29
13. Verordnung wegen Freigebung des Baumwollkaufs	33
14. Eid und Ordnung der Feuchtschauer	34
15. Eid und Ordnung der Garnsieder	35
16. Eid und Ordnung der Garnsieder-Schauer	38
17. Eid und Ordnung der Wepfeamacher	39
18. Eid und Ordnung der Blättersetzer	40
19. Eid und Ordnung der zünftigen Weber	40
20. Eid und Ordnung der Gäuweber	45
21. Neue Weber-Ordnung	47
22. Ordnung wegen des Baumwollauswurfs	54
23. Eid und Ordnung der Auswurfschauer	55
24. Eid und Ordnung des Auswurfschauer-Knechts	56
25. Eid und Ordnung der Fädenzähler	58
26. Eid und Ordnung der Barchent-Fuhrleute	58
27. Eid und Ordnung der Karter	58
28. Neue Karter-Ordnung	60
29. Eid und Ordnung der Rohbarchent-Schauer	63
30. Eid und Ordnung der Geldeinnehmer auf der Barchentschau	65

— VIII —

81. Eid und Ordnung des Anhebers auf der Barchentschau	67
82. Eid und Ordnung der Frau an der Barchentschau	67
83. Eid und Ordnung des Aufstossers an der Barchentschau	67
84. Sold- und Lohnstarf der Beamten auf der Barchentschau	68
85. Sehangstarf für den Rohbarchent	69
86. Neuer Sehangstarf	70
87. Ordnung wegen der Regentlicher	71
88. Eid und Ordnung der Farchentbleicher	74
89. Eid und Ordnung der Farchentmeister auf den Barchentbleichen	78
90. Eid und Ordnung der Langer auf der Barchentbleichen	80
91. Eid und Ordnung der Knechte auf den Barchentbleichen	81
92. Bauordnung für die Barchentbleichen	82
93. Weissgültstarf der Barchent	83
94. Einteilung der Achenburke der Barchentbleicher	84
95. Eid und Ordnung der Weiss-Schauer	85
96. Eid und Ordnung der Golschen-, Regentlicher- und Leinwand-Schauer	86
97. Eid und Ordnung des Regentlichermessers	86
98. Eid und Ordnung der Tuchscherer	87
99. Eid derjenigen, welche Tuchschererfarben nach Ulm führen	90
100. Ordnung wegen des städtischen Kollers, in dem die Tuchscherer ihre Farben brennen	93
101. Eid und Ordnung der Tuchscherer-Bunser	93
102. Eid und Ordnung der Farber	93
103. Eid und Ordnung der Farber, welche mit Augsbürger Farbe färben	99
104. Eid und Ordnung der Farbenschauer	102
105. Eid und Ordnung der Wescher	102
106. Eid und Ordnung der Schwarzschauber	103
107. Eid und Ordnung der Ausstreicher des schwarzen Barchents	104
108. Eid und Ordnung der Mangmeister	106
109. Bestand der Mangmeister	110
110. Mangmeisterstarf der Mangmeister	110
111. Eid und Ordnung der Mangmeisterknechte	111
112. Eid und Ordnung der Barchenttucherschneiderinnen	111
113. Eid und Ordnung der Mangschauer	112
114. Eid der Tuchkaufel und Verkaufsordnung der Rohbarchent-Schau	113
115. Neue Tuchkaufel- und Rohbarchentverkaufsordnung	116
116. Doctor Ulrich Krafts des Rathers am Münster, zwölf Artikel gegen die gefälschten Käufe	120
117. Eid und Ordnung der Unterkäufel	123
118. Lohnstarf der Unterkäufel	129
119. Zoll für die Golschen, Gogler und Barchenttücher	127

Darstellung.

Zur Geschichte der Ulmer Baumwollweberei.

Hohes Alter der Ulmer Gewebe-Industrie	131
Unterschied zwischen Leinwebern und Wollwebern	133
Blüthezeit der Wollindustrie (Märker) Die Kunzeimann'schen Handel	139
Ankommen der Baumwolle. Niedergang der Wollindustrie	140
Blüthezeit der Baumwollindustrie. Die Barchentschau	144
Streit der Grosshändler und Stadtweber. Die Gausebottlage	147
Die Dillinger Vergleichsverhandlungen	155
Niedergang der Baumwollindustrie. Der Streit mit den Fuggern.	
Die Oberländer Konkurrenz	156

	Seite
Ulm's Barchentschau im 16. Jahrhundert	
Vorwort	167
Die Beschaffung der Rohstoffe.	
Der Flachs und die Baumwolle	167
Die Baumwollschau	169
Die Nasswoll- oder Feuchtschau	170
Die Herstellung des Barchents.	
Die Zurichtung der Rohstoffe	170
Das Weben	172
Das Karten	174
Die Rohbarchentschau	175
Das Bleichen	178
Das Scheren und Kattunieren	181
Das Färben	182
Die Schwarzschau	183
Das Glätten des Barchents und die Mangschau	184
Der Vertrieb des Barchents.	
Die Bleichspekulation	186
Die Rohbarchentschau als Barchentbörse	192
Die Tuch- und Unterkäufe	195
Der Export	196
Nachwort	197
Register	202



Erklärung der Abkürzungen.

K. W. St. A. = Königl. Württemb. Staats-Archiv.

U. St. A. = Ulmer Stadt-Archiv.

E. u. O. B. = Eid- und Ordnungs-Buch.

R. B. = Rotes Buch.

F. B. VI 2 b. W. = Fascikel B. VI 2 b. Weber.

F. B. VI 17 q. L. = Fascikel B. VI 17 q. Leinwandhandel.

Urkunden.

Zur Herkunft der Urkunden.

Geschichtlicher Teil.

Das rote Buch ist eine Sammlung Ulmischer Gesetze und Verordnungen aus dem 14. und 15. Jahrhundert. Rot heisst es nicht wegen des Einbands, sondern weil die Anfangsbuchstaben der Gesetze rot geschrieben sind. Das Original, dessen Text der vorliegenden Publikation zu Grunde gelegt wurde, befindet sich im Stuttgarter Staatsarchiv. Im Ulmer Archiv ist nur eine Abschrift vorhanden, eine zweite Abschrift liegt auf der Ulmer Stadtbibliothek. Entnommen sind dem roten Buch die Urkunden 2—8.

Die Urkunden 1, sowie 9—11 entstammen dem Fascikel „B. VI. 2 b. Weber“ des Ulmer Stadtarchivs.

Beschreibender Teil.

Die Urkunden des beschreibenden Teils sind entweder dem Fascikel B. 6 17 q Leinwandhandel oder den Eid- und Ordnungsbüchern und zwar mit Ausnahme der Urkunde 39, die dem Band C entstammt, durchweg dem Band D entnommen. Die vier Eid- und Ordnungsbücher sind in Leder gebundene Grossquartanten mit je etwa 300 Blättern. Vorgebunden ist jedem Band ein genaues Register. Die dann folgenden Eide und Ordnungen sind vielfach ohne Jahreszahl; hinter den einzelnen Ordnungen sind in der Regel Nachträge in Gestalt von späteren Ratsentscheidungen angefügt, meist mit Datumsangabe; ebenso ist nach jeder Ordnung mehr oder weniger freier Raum in Gestalt von leeren Blättern gelassen. Die eigentlichen Ordnungen sind alle von derselben Kanzlei und wohl gleichzeitig bei Anlegung der Bücher eingetragen worden, die Nachträge zeigen verschiedene Handschriften. Der hauptsächlich benutzte Band D enthält 315 Blätter, den Anfang des Bandes bildet ein Verzeichnis aller Personen, die ihr Bürgerrecht aufgegeben und den Entlassungseid von 1477 geschworen haben vom Jahre 1525 bis zum Jahre 1567. Dem Eidgebuche entstammen die Urkunden 12, 14, 15, 17—20, 22—28, 29 (I. Teil), 30—35, 37—64 und 66—68, während die Urkunden 13, 16, 21, 29 (II. Teil) 36 und 65 dem Fascikel B. VI. 17 q Leinwandhandel entnommen sind. Dieser Fascikel enthält, wie ich hier nicht unerwähnt lassen möchte, die meisten der im Eid- und Ordnungsbuch enthaltenen Eide und Ordnungen ebenfalls, aber in losen Blättern, die aus dem Ende des 16. Jahrhunderts stammen. Die bei dem älteren Eid- und Ordnungsbuch der Zeitfolge entsprechend nachgetragenen späteren Ratsentscheidungen sind in diesen losen Blättern meistens in den Text hineingearbeitet, die Jahreszahlen fehlen dann mannigfach. Der Zustand, in dem sich das

Ulmer Archiv zur Zeit, als ich meine Sammlung begann, bestand (jetzt ist es besser geordnet), gestattete keine Uebersicht über die vorhandenen Schätze, der Fascikel mit den einzelnen Blättern fiel mir zuerst in die Hände und ich begann die Auswahl und Abschrift dieser Blätter, ohne von dem Vorhandensein des Edbuchs etwas zu wissen. Erst später, als ich mich bemühte, die mir fehlenden Eide anderswo zu finden, kam mir das Edbuch zu Gesicht, und ich entschloss mich daraufhin, lieber die Mühe der Umarbeitung nicht zu scheuen und der Arbeit den älteren Text des Edbuchs mit seinen Jahreszahlen zu Grund zu legen. Derselbe Fascikel enthält auch das S. 122 erwähnte Rechtsgutachten der Universität Freiburg über den Handel an der Ulmer Barchentschau. Ein Teil der Urkunden, so namentlich die den kaufmännischen Verkehr des Barchents betreffenden, dürften nicht bloß für den Kulturhistoriker und Nationalökonomien, sondern auch für den Juristen als Beitrag zur Geschichte des deutschen Handelsrechts manche Anregung bieten.

Von Manuskripten wurde um dies gleich hier zu bemerken, des weitern hauptsächlich noch benutzt:

1) Das Zweite Gesetzbuch der Stadt Ulm (Gesetzbuch das ander), ein in Schweinsleder gebundener, noch recht gut erhaltener Grossquartant aus dem 15. Jahrhundert mit 700 Blättern. Derselbe bildet gewissermassen die Fortsetzung des roten Buchs und enthält in bunter Durcheinander nach der Zeitfolge geordnet eine wahre Fülle von Gesetzen aus allen Zweigen des öffentlichen Lebens der Stadt vom Beginn des 15. Jahrhunderts bis in den Anfang des 16. Jahrhunderts. Manntiglich finden sich in demselben die in der folgenden Urkundensammlung wiedergegebenen Ordnungen des 16. Jahrhunderts in früherer einfacherer Gestalt vor, so dass man die Entwicklung der Ulmer Schaugesetzgebung dadurch verfolgen kann.

2) Die Ratsprotokolle. Ulm besitzt seine Ratsprotokolle in seltener Vollständigkeit vom Jahre 1591 bis heute, dazu ein treffliches Register.

3) Nachrichten zur Ulmischen Geschichte vom + Mag. Voessenmeyer, Professor am Gymnasium in Ulm, dem Vater des Herausgebers von Fabrit's Tractatus doctissime Ulmensi (vergl. Seite 131 f.), ein grosser Folioband mit zahlreichen Urkunden, Abhandlungen, Notizen u. s. w. Von Wert waren mir in demselben namentlich eine kleine Darstellung des Ulmer Leinwandhandels, sowie einige beigebandene Blätter aus einem mir im übrigen unbekannt gebliebenen alten Druckwerke „Saeve Ecclesiastica“, die eine Schilderung der Ulmer Kloster enthalten (vergl. S. 131).

Zum geschichtlichen Teil.

1) Ordnung der Leineweber. 1346.

U. St. A. F. B. VI. 2 b. W.

Abchrift aus den Akten des Dillinger Weberprocesses von 1613. Das Original befand sich a. 1513 in den Händen der Weberzunft, welche dasselbe „aus Listigkeit, ihr zu Nutz und dem Rat zum Nachteil nicht anzeigte“, weshalb der Rat nur eine Kopie vorlegte. Vergl. Urkunde Nr. 11. Jäger, Ulms Verfassungen etc. Lehen, Heilbronn 1831, erklärt die Urkunde als nicht mehr vorhanden. Das Ulmer Archiv enthält noch eine weitere Abchrift, eine dritte befindet sich auf der Stadtbibliothek.

Wir der amman, der rat und all burger gemainlich der statt Ulm veriehen offentlich und thuen auch kunt für uns und unser nachkomen allen den, die disen brief ansehen, lesen oder horen lesen, das wir mit vernünftigen mit durch unser statt ere und fromen und auch durch gemainen nutz des lands und unser dem hantwerk der leinwen weber zu Ulm mit diesem brief erlaubt vergennt und stattlich verscriben haben, dise nachgeschriben gesetz zu halten mit und zu haben mit allen punden und rechten, als hernach an diesem brief beschaiden ist.

Bei dem ersten haut sie gesetzt, das sie allezeit ain geschworen leinwatmesser haben sollent, und soll der jedes iars vor den meistern desselben hantwerks ain geleiten aid schweren zu den haitgen die leinwat recht zu messen rechen und armen burgernkunden und gesten und allermunkelichen ungefürlich. sie sollen auch allezeit zwen erber man zu beschawen die leinwat aus irem hantwerk han, und die all frentesten genomen und gesetzt darzu von dem hantwerk werden, die auch zu den haitgen geleit aid schweren sollen, die leinwat nach des hantwerks recht zu beschawen, dazu sollent sie auch han allezeit zwelf geschworen von dem hantwerk, die das hantwerk in allen stucken besorgen und ansichten sollent nach des hantwerks recht und gewonhait, und wann der zwelfer ic ane abgat oder entsetzt wirt, mit welchem der ersetzt wirt, der soll auch schweren, der zwelfer recht zu halten.

Und sollent die geschworen zwen beschawer mit dem geschworen leinwatmesser alle leinwat ane gblaecht leinwat

allenthalben in der statt, in hewsern und an dem markt, kunt-
lich und argentlich beschen und beschawen aberwelenlich,
und welche leinwat sie findent in hewsern oder am markt, die
ze dunne were, und das das hantwerk antrifft, ist die leinwat
ains maisters, der soll und muss, als dick das geschehe, dem
lantwerk an den schilling halter geben, ist aber die leinwat
ains dieters, der soll und muss sechs halter geben und sollent
dieselben sechs halter an der knecht kerzen und in der knecht
huchsen gefallen. wa auch die geschworen zwen beschawer
und der geschworen messer hie zu Uim in unser statt an-
geblucht leinwat kamen, wa das war in der statt, in hew-
sern oder auf dem markt, die sonderbar das hantwerk antrifft
und die ze dunne ware, dieselben leinwat solen sie zu drew
stucken schneiden und soll die niemant darum noch den noch
hassen, und wa sie auch uberall in der statt, in hewsern oder
an dem markt, ungeblucht leinwat findent, was die ist, burger
oder gest, und die zu schmal ware, so soll derselb, wer das
verschuldt, als dick das geschehe, drew schilling halter dem hant-
werk geben, und ware auch, das von gesten oder von burgern
ungebluchte leinwat in die statt kame, wie dick das geschehe,
die man fail batte hie und uber dunnu und schmeine gebre-
sten batte, sollich gefresthaftig leinwat sollent die geschworen
zwolf beschawen, und was sich die auf ir side darumb erken-
nent, das soll furgang darumb han, on allerminstels wider-
red, und wenn auch an freunder, es seien frauen oder mann,
der *des hantwerks recht vor nit hat*,* das hantwerk treiben
und ir gemeinsame han wollt, der soll das *haben und** erwerben
und gewinnen, als sie das vorher mit gewonheit hant bracht,
und wa auch ain burger oder gest leinwat erzenget, die ze
schmal oder ze dunne ware oder andern gebresten batte, davon
soll der weber von bessern und bussen, der selb weber der
das leinwat zu Uim geweben hat, wellich nament oder gest
ir leinwat und it stücke der ungebluchte leinwat mit der
hantwerkgenossen hie zu Uim fail wollt han und zu in an offen
markt setzten, der soll auch die vorgeschriben pen mit dem
hantwerk leiden und tragen, welchem das nit saglich ware,
der soll sein leinwat anderswo fur han, wa er woll in der statt,
denne bei in.

Und dess alles zu ainem warem urkund hant war der amman
und der rat hie zu Ulme umb dieser vorgeschriben sache zu
ainer zugkun von flüssiger gericht wegen des hantwerks und
auch durch gemainer nutz der statt und dem lant der burger
gemeins insigel gebenkt an diesen brief, der geben ward des
nächstes freytags nach Sanct Michels tag, di waren von gottes
geburt 1346 jar.

7. Okt.
1446.

* Schlechte Stellen, aus den beiden andern Abschriften ergaest.

2) Verbot der gemeinschaftlichen Kaufmannschaft mit Gästen. 1389.

K. W. St. A. R. B. Bl. 2.

Wir der burgermeister und der räte, grosser und clainer, der statt ze Ulme sein ze räte worden und habent gesetzet durch frids wille aller unser kouffliut und ouch armer und reicher hie ze Ulme, das nu furbas mer kein unser burger mit dehanem gast deha neren gemainschaft u. kouffmanschaft, wie die genant oder gehaissen ist, nicht triiben noch haben sol in keinen wege, und welcher unser burger das uberfur, der sol von iedem hundert, es sein gulden oder pfund pfenninge oder haller oder ander münse, zehen gulden oder pfund derselben münse verfallen sin, also das uns mit nimen der zehent teil der selben kouffmanschaft ze rechter pene beliben sol. darzu haben wir mer gesetzet, das nu fuchin mer dehan unser burger dehanen nimen noch gast dehan sin gut noch kouffmanschaft, es sie kern, win, specen, bomwoil, harenhart, saltz, isen noch ander sache, wie die genant ist, nicht kouffen noch verkouffen sol in keinen wege, es se denne, das der selb gast, des das gut ist, selb gegenwärtig oder aber sin gedingeter knecht an seiner statt hie ze Ulme dabi se und ouch in aims offenen gastgeben huse in gasts wise zere und lge, dem selben gast oder sinem gedingetem knecht an seiner statt mag denne ain ioglicher unser burger, bi dem si ze herberg ligent oder ander unser burger, der räte si hetten, beholien sin, ir kouffmanschaft ze triiben und ze verkouffen nach dem besten an gewerde, und ale unser strafe und bekambnisse, welcher unser burger aber das uberfure, der solt uns denne ouch den zehenden teil der kouffmanschaft, die er also wider dis vorgeschriben gesetzet verkoufft hette, ze rechter pene verfallen sin, und das mannen ouch wir nimen furen ze lassen und wellen ouch dis gesetzet halten und haben als lang uns dunket, das si uns und der statt nutz und gut sie.

Dis beschach an mitwochen vor sant Gallen tag a. 1389. 15. Okt.
1389

3) Marner- und Weberordnung. 1408.

K. W. St. A. R. B. Bl. 81 82.

Wir der burgermeister und der rat grosser und clainer, der statt ze Ulme bekennen offentlich: als bisher etwielung zit rede gewesen ist von den gravennehem, das ir etwecil gerne gevaren weren in der weber zunft, ob si in sus zit gegunnet welten haben, barchan ze wanken, davon wir gemainer unser statt grossen und kunftigen schaden besorgen und entziten musten, wan were denn das letzo vollgangen, so were muglich gewesen, das arder zunften das och getan hetten, darinne

aber wir dehanen gemainer nutz unser statt noch armer und
 richer nicht erkennen noch erfinden mochten, umb das, so leben
 och wir das bracht an ain gantz gemaine und in das sigen-
 lich erzelet und gesetzt, die uns och daruff gar wisslich und
 erbetlich geantwert hant und das gentzlich gesetzt hant uf
 grossen und claren rat; wie die das versorgen, das si ir wile
 und gunst gantzer und guter und wellen och den rat darzu
 getwiltlichen schirmen, und uf das, so sin wir gar berutendich
 ze rat worden und haben gesetzt, das nu furbas mer vor laut
 dem tag demin unser burger, der ain antwerkan ist und
 uf hant den tag ingesezzer burger ist, in ir zunft nit leren
 sullen, und siken och si der dehanen ir zunftrecht nit eben
 wol haben wir darnun allen unsern burgern und burgerin, die
 uf hant den tag unser burger sint und och funf iar b. uns
 hin und hablich gesezzen sint, erlebt und gegunnet, ob der
 dehaner irin kind der weber zunft leren wolten, die mugen
 das wol tun, und wenn der lerer ir usskoment, so mugen die
 weber denselben unser ingesezzen burgerkinden ir zunftrecht
 denn wol verlihen darnach haben wir mer gesetzt und gebotten,
 were, ob nu furbas mer dehan usman, er were ab dem land
 oder us andern stetten, der irs antwerks were, sich zu uns
 heym ziehen oder unser burgerrecht empfiuen wuerde oder
 wolten, das der dehaner von dem tag, als er unser burger wirt
 in funf gantzen iaren den zehsten nach zinander ir antwerk
 noch zunft nit triben noch haben sullen, und sullen och si
 ir dehanen ir zunft nit verlihen, als vorgeschriben stat,
 wenn sie aber funf iar die zehsten nach dem, als si unser
 ingesezzen burger gewesen weren, vortrukten und lur wurden,
 wolten si derne darnach zu in in ir zunft faren oder ob si
 darnach irin kind ir antwerk leren wolten, den mochten si
 denne darnach, wenn die lernen in uns weren, ir zunftrecht wol
 verlihen und nit vor, in aller der wise, so vorgeschriben stat,
 aber was ander antwerk lut zu uns herzugen oder iaren, sullen
 si in zunft nitmer verlihen, was och knappen oder knecht
 irs antwerks hie sint, die unser burgerrecht nit hant, die
 sol nit lallen, wie lung si lue gesezzen sint oder ir antwerk
 getriben hant, das si den ir zunftrecht nit verlihen bis uf
 die zit, das si unser burgerrecht empfiungen hant nach unser
 statt gesetzten und darnach in funf iaren den zehsten, darzu
 wolten wir nit, das dehan knapp dehan ain antwerk noch ain
 stule ze lue hab noch triben dehan wis, darnach haben
 wir gesetzt, erloket und gegunnen, erloben und gunnen och das
 jetzo in dieser ordnung, das alle fremde weber und weberin,
 die unser burger nit sind, usserhalb unser statt und usserhalb
 einer halben mile wegs von unser statt ir antwerk wol triben
 und wirken mugen an unser schaw herin und wolten och,
 das meran noch dehan unser burger das nit weren noch

verboten sol in keinen weg ane alle geyerde, doch also, das derselben fremden weber dehanne kan barchantuch hie an die schaw legen sol, denno das unser sol eher hornwolle gewurket ist, den ze Ume in der statt geschawet und von unsern schawern erlobet und gut gegeben ist, und sollen och mit namen also unser barchantschawer, die ictzo sind oder sinbas in künftigen ziten von uns gesetzt werden, derselben gest dehanne iru barchantuch nicht schwen, es si deant, das ir teglicher besunder, es si frowe oder man, mit iren guten trawen an ains rechten aids stat alwegen vor in gelobe, das das oder dieselben tuch unser dehanne under wolle gewurket sien, denno die hie in der statt und von unsern schawern geschawet und gut erlobet ist ane alle geyerde.

Das beschach an sonntag vor cathedra Petri o. 1403.

18. Febr.
1403.

4) Gesetz wegen des Uebertritts von einer Zunft in eine andere. 1403.

K. W. St. A. R. B. Bl. 89.

Wir der burgermeister und der rate, grösser und clainer, der statt ze Ume haben gemacht an solich wandelberkait, die vor ziten under unsern zintten gewesen sint, das vil erber, wollabender lut us einer zunft in die andere gerne gefaren were, davon etwelc unser zunftengir bloss ze ungst an wisen luten kostunden und beliken were, und darumb och wir vormals ze rat worden sien, das das nicht mer sin solt denn mit urlobe ains burgermeisters und des merentals des rats hie ze Ume, und wan wir desselben mals das nicht verschriben hiessen, so sie i wir nu ze rat worden, das wir das zu ainem verschribuen gesetzte in unser statt buch gesetzet und gemacht haben also das wir mannen, setzen und och wollen, das dehan unser burger und burgerin, in welcher zunft das sint us mer zunft in dehan an der zunft faren sol in dehanen weg, were aber, ob dehan unser burger oder burgerin gebresten in irer zunft hetten oder in solich sach zufoelen, wo die gemunt oder gelassen were, das si mit mannen oder in figlich were, sinbas si mer zunft ze beliben, das sollen der oder die selben an ainem burgermeister und rat ze Ume bringen und den solich ir handlung und gebrechen furlegen und ze erkennt geben, und wes sich dann der burgermeister und der rat oder u der meretad daramb erkennen, ob der oder dieselben in ir zunft beliben sollen oder in an der faren, dabi sol es beliben, es sollen och alle witwen in der zunft beliben dann ir elch man gewesen sint, alle die wil si unverendert an witwenstule sitzent, doch setzen wir in diser gesetzet uf, ob das were das dehan unser burger oder burgerin, die in einer zunft were, iru kind an antwerk einer andern zunft leuen wolten, das das ain teglich unser burger oder

burgerin tun mugent, und das och die selben man kind in der selben zunft, der antwerk si lernent, beiben sollen lincztes bei diser gesetz, were och, ob ieman sein kind verliuben wilt in ain ander zunft oder unter die burger, das si disen gesetz daran nit hindern noch irren sol, denne das jederman das wol tun mag, als das von alter bisher komen ist.

18. März
1403.

Das beschach an son tag vor Letare 4. 1403

5) Gesetz wegen des Zunftzwangs der Salz-, Wein- und Eisenhändler. 1413.

K. W. St. A. R. B. Bl. 141.

Wir der burgenmeister und der rat, grosser und clainer, der statt ze Ulme bezerken, das wir dem gar berathen nachgedacht haben, wie wir dem grossen abgang, der der erbern zunft der koufflute lie ze Ulme nitze vil zits an erbern luten beschehen ist, zu hilf in d ze staten kamen das si in ernen und in erberkeit hin fur, als si lisher komen, sind daz bes beiben und bostan mugen, und unde das, so haben wir anballen ch gesetzt und setzen och mit diser gegenwertigen geschrift was wir nu farbas von lute dem tag burger empfangen, die in ain zunft faren went und die sich mit der kouffmanschaft win, saltz und isen begen, went in der manne, als das die egennanten koufflute pflegen zu tun, das och die alle in dieselben zunfts und in dehun ander faren und darinne biben sollen, were och aus ieman, lie von burger und die in anderen zunfts weren, die sich willen hatten, der vorgenanten kouffmanschaft ze begen und sich damit ze neren, die mugen och wol ze in in ir zunft faren, in welcher zunft si vor weren ungehindert deraelben zunft; also doch, das der oder dieselben vorlin sweren sollen gelert unde zu den hailgen das si sich der kouffmanschaft bas getruwen ze begen und ze erneren denne des gewerbs oder des antwerks, des si vor gepflegen haut, und och, das der oder die das darumbe nicht tun, das si besogen, das si ze zunftmeister oder an den rate genommen und erwelet werden, als och das vor och versetzt ist.

27. März
1413.

Das beschach des nechsten zinstags nach unsern liden frowen tag annunciations in der vasten 4. 1413.

6) Barchentschau - Ordnung. 1419.

K. W. St. A. R. B. Bl. 115.

Wan in die barchantschawer und och die barchantuch ze Ulme merklich gebrochen von abnemung und absetzung beschehen und komen wellen, das dem gemainen kouffman und

och der statt ze Ulme grossen schaden bracht, darumb mit der burgermeister und der räte, grosser und clamer, ze Ulme ze räte werden, solche ze turkomen, ze wenden und das die barchantuch in gleichen rechten stat beliben mugen, und hant dise hernach geschriben ordnung und sache ze halten an der schawe den karten, den wolschlähern und den webern allen und ieglichen, die ze Ulme oder usserhalb gesessen, die an die schawe her warken, gesetzet und maintent nichtat dest mander alle und ieglich ordnung, gesetzte stücke und sachen, die si der schawe, den karten und den webern vorinals gemacht und ufgesetzet hant, darzu ze brüten. bi dem ersten maintent si, das an ieglicher karte, der ietzo ist oder in ziten wirt, der an die schawe her gen Ulme kartet oder karten wil, geloben und schweren sol, die stücke, als hernach geschriben ist und das die karte angint, vestiglich ze halten und ze versorgen, und ist das der erste, das deham karte dehamen karterknecht bi der zale der barchantuch nicht mer lonen noch deham sech karterknecht bi der zale der barchantuch nichtat karte noch arbeiten sol, sunder sol man solich karterknecht bi karlone, manodlone und woehenlone dingen, umbe das si den barchantuchen, so si der vihn nicht nach arbaient, dest rechter tun und getun mugen; das och deham karte bi dem ande deham ander hantwerk, weder weiben oder anders, triebe, denne allain der sich kartens began wil, och der deham karte von den barchantuchen mit loas leme, denne das si alle und ieglich beliben bi dem lone, als von alter herkomen si, und zu beschliessung hat der räte gesetzet, das an ieglich karte, der an die schawe karte wil, an besonder zahlen habe und das uf ein ieglich tuch, das er oder sin knecht kartet, nistosse uf den ande, umbe das man den sachen dest bas melkomen muge, darach hat der räte furo gesetzet allen wolschlähern, die ietzo sint oder in ziten werdet, die an die schawe her gen Ulme wolschlähern wollent, das die alle und in ieglicher besonder geloben und schweren sullen, das si uf in ande deham bomwolle mit schlähern noch och deham bomwolle zu andern tragen oder die vermischen sullen, denne das si bloss allain in die bomwolle, die die schawe hie ze Ulme behept hat, schlähern und arbeiten sullen und anders nichtat, ane alle arglist und gewerde, und umbe das, das denne die schawer an der schawe dest bas ungelacht beliben und alle sachen dest rechtlichen und ordentlichen zagen mugen, so ist des rats manung furbas also, das alle und ieglich weber, die ze Ulme oder usserhalb gesessen, die denne her an die schawe warken wollen, geloben und schweren sullen, die nachgeschriben artikel und sache ze halten und ze versorgen, und sullen och die schawer, die ietzo sint oder in ziten von dem räte gesetzet werdent, an der schawe darauf merken und

uf ir aide darnach schawen: bi dem ersten sol dehein weber noch dehein ir wibe, kind, ehalten noch niemant andro von iro dohans wegen die barchantuch weder mit kridstainen noch mit kainen andern suchen betuten bi dem aide als allan mit herten stainen, die darzu gehören und als von alter herkomen ist ungewerlich. darzu sel dehein weber noch dehein ir wibe, kind, schait n noch niemant andro von iro dehans wegen dehein barchantuch, das er hie schawen wil, weder in kelnern noch anderswa meltzen noch netzen in dehein wise als also geverde, und welcher das uberture, der sol und muss von ioglichem sollichem barchantuch, damit er das uberture, fünf schilling haller geben und an werden, tal iars usser der statt gän, und sollen ich die schawer die alte und teglich uf ir aide ragen und in die mündig verkunden, us sol och bi dem aide dehein weber hie ze l'ime oder usserhalb, der an die schawe her wurket, noch iro dehans wibe, kind, ehalten noch niemant von iro dehans wegen dehein regentuch mer warcken, denne das zu dem minsten us dem sechzener gewurket x., besonderlich sel dehein weber, der her an die schawe wurket, noch niemant von iro dehans wegen dehein wepfen garns, die gemacht weren, nicht kouffen noch arbaiten bi dem aide, umb das am teglicher gewissen muge, das die wepfen dest gerechter san, und dest redlicher zugang ist das, das das ander stette umb uns och halten wend, und als denne namlicher gebreche davor entstan wolt, das das bomwollen garn ze klein gesponnen und die wepfen des linen garns dagegen ze gross genommen werden, also das an dem wurken nicht gelich anschet noch des bomwollen garns nach siner notdurft gnug darin muge, das hat der rate also algenomen und daruf gesetzt, das nün teglicher weber, der her an die schawe wurket, mit im selb und allen den sinen getruwlich versorgen und bestellen sol, das das klein bomwollen garn nicht mer als klein gesponnen, und das bomwollen garn und die wepfen in gelicher grossin, gelichin concordantz und in rechter maschung, als sich das denne an gespinnt und an grossin zusammen aisehet und gelichet, zusammen genommen und gelichet werde, und das och namlich die schawer an der schawe augenlich daruf merken sollen, als alle arglist und geverde, es mochten och solche stücke als gewerlich ubersaren werden, an raute mante, die darumb ze straffen, alser sich denne erkannte, das die suche geverlich oder ungewerlich were.

7 Nov.
1419.

Geben und gesehehen uf aftermontag vor Martini a. 1419.

7) Gesetz wegen Aufhebung des freien Eintritts in die Kaufleute-Zunft. 1442.

K. W. St. A. R. B. Bl. 147.

Wir der burgermeister und rath ze Ulme bekennen mit diesem gesetzte: als wir der erbern zunft der koufflute in diesem uechsten gesetzte hie vorgeschriben von ir notturft wegen friheit gegeben haben, wie und in welcher maner zu irer unser burger in ir zunft luten mugen, und aus dem daz bedrucket und behalten, das wir das wol mudern, meren, widerrufen oder verkeren mugen, als das dem die jetzt genant gesetzte mit mer worten klarlicher begriffet, also wann sich zu die egenant zunft der koufflute von den zaiten gots wol zugenommen und gebessert hat, deshalb in die vorgemant friheit, das unser burger us andern zunften zu in luten mugen, nicht not tut, darumb so widerrufen und nemen wir die jetzt genant friheit in ab, also, das die unkreftig und von in nicht gebriecht werden sol sunder si umh sich ussaren der burger unser den zunften in dem gemainen gesetzet, das allen zunften gesetzet und gemachet und hievon in dem nunmalachtzigsten blatt eigentlich geschriben ist, beliben, und das als ander zunfte luten sollen getulich und unverlich doch so sollen die jetzt genannten koufflute in dem jetztgenanten gesetzte an allen mudern stuken und begriffungen, usgezeihen der egenant friheit von der burger us den zunften ussarens wegen beliben ane geuerde.

Geben und geschehen uf mittwoch vor unser lieben frowen tag zu lichtmessen a. 1442.

St. 740.
1442.

8) Gesetz wegen erneuter Regelung des Eintritts in die Kaufleute-Zunft. 1448.

K. W. St. A. R. B. Bl. 144.

Wir der burgermeister und grossen und kleiner rade der statt ze Ulme sin darob gesessen, als die erber zunfte der koufflute hie ze Ulme an erbern luten vil zite und zire vast abgenomen hat, und haben gedacht, das wir solch barlich algenge da und anderswa billich bedenken zu understehen, so wir denno beste mugen, und als wir vor ziten darumb gar an gut gesetzte gemachet und getan haben, das von worten ze worten hernach geschriben stat:

Folgt Urkunde No. 6.

Mit dem vorgeschriben gesetzte solchs abgangs ain teil wol gewendet und der vorgemanten zunfte wider geholfen worden wäre, wan die, das understunden, nicht geatzach

gehalten worden ist, damit och die vorgenante zunft der koufflute gantzlich zu nichten wolt worden sin, deunne das wir das haben gedacht zu unterstehen und solichs ze furkomen und darumb der ietzigen zunft ze furderung und ze hilfe so setzen wir ietzo, das das vorgenant gesetzte an allen und ieglichen sinen maibungen, stucken, puncten und begriffungen kreftig und gut, stat und veste gehalten werde, und wollen und mainen, das das noch sin nichtzit von nieman uberfaren noch verruket werde, und bessern och dasselb gesetzte in solich wise, das nieman nu furo hie ze Ulme dehains wegs under zehen saltzschiben noch under funf schillingen isens nicht verkouffen noch umb die kouffmanschaft des egeschriben gesetztes anzechtiklich zu markte ze stan oder anzachtig fails ze haben aldhin ze geben sol, es sie denno, das der und die alle und ieglich in die vorgenant zunft der koufflute faren und die empfahen in der wise, so vorbegriffen ist; und doch also, was also lute nu furo us andern zunften zu den kouffluten in ir zunfte furen oder getriben wurden, als vor begriffen ist, das och die alle und ieglich in dieselben zunft umb aus und ano alle gabe sullen genomen und gelassen werden, was aber lute nu furo unser burgerrecht empfiengen und darnach in die egenant zunft der koufflute furen oder faren solten nach den begriffen, so vorbegriffen ist, der und die alle und ieglich sullen das zunftrecht kouffen als billich und gesetzet ist, in dem allem arglist und geverde gantzlich usgeschlossen, und wir schaffen och darauf mit unsern stettrechnern, die ietzo sint oder nu furo von uns immor gesetzet werdent, und gebieten in ernstlich, was also burger nu furo in unser statt empfangen werden, das si mit den allen und ieglichen bestellen sullen, welch sich der egenanten kouffmanschaft saltz, wun und isens began und des pflegen wollen, als vor begriffen ist, das och dieselben alle und ieglich in die zunft der koufflute faren, als vor och geschriben stat, doch in dem nãmlich usbedingt, als wir aller gesetzte und zunften machtig sien ze mindern, ze meren oder abzenemen, also das wir dis alles und ir ieglichs wol mindern, meren, widerrufen oder verkeren mugen wenne und wie wir wollen ano alle summe und irrung allermeukliche.

24. Dec.
1448.

Geben und geschehen uf wibenächten a. 1448.

9) Gesetz wegen Ueberlassung des Golschengewirke an die Weberzunft. 1512.

U. St. A. F. B. VI. 2. b. W.

Wir der burgermaister und rate zu Ulm bekennen öffentlich und thuen kunt allermeniklich mit disem brieft: als

vor kurzwegungen tagen die zunftmaister, ratgeber, auch die zwölffmaister mit samt den buchsemaistern und etlichen verordneten von der werberzunft allhie in unser statt vor uns erschienen sein und von gemainer art zunft wegen ligenit haben, nachdem sie mit den auswebern, so hieser golschen ordnung an unser schaw her gewirkt haben, merklich überschetzt und beschwert seyen, das wir dieselben weber genzlich abthun und furchin setzen nur an unser schaw her wirken lassen wollen, dergleichen die andern, so barchant von dem land auch an unser schaw hieser gewirkt haben, absterben und von neuen dingen kaufen nur an die heimelton unser barchant schaw schwören lassen oder annehmen wollen also haben wir selbich ernstlich ansehen für augen genommen, uns darn mit ihnen erheuren und darnach gemainer zunft zu gut, noch umb gemains nutz willen, der nitz heimelton zunft der weber der leiwat und golschen hieser nachgeschriben ordnung vergunt und zugnassen, vergentet und lassen in auch zu mit dem briefe:

Zum ersten, welche ausweber, die golschen hieser an unser schaw her zu um gewirkt haben und weiter seyn nach dasselbig hantwerk gekunt haben, die selbich furchin ir liden lang mit einem und mit mit irer stelen golschen an unser schaw wirken und keiner von neuen angenommen oder an die schaw zu schwören zugelassen werden, sonder die einen, so hieser geschworen haben, sie sitzen hader gemainer unser statt, den unsern oder andern, absterben lassen, und namlch, so sollen furchin zu seligen die weber mit obgestimpter ordnung allhie wirken und noch absterben, auch dieselben sust die ordnung mit kouffen des garns in auf unserm markt und in unser statt wie die andern, so zunftig seyn, halten und zu halten schuldig seyn.

Zum andern, soll niemants außserhalb unser statt golschen an unser schaw her wirken, er kunte und seie dann des hantwerks, wie obsteht, und hab ain arzen ranch und werkstat.

Zum dritten, so soll in ieder ausweber ir agner person her in unser statt komen und an unser golschenschaw schwören, auch was er erzeugt selbs oder durch seyn gebrewt schalten an die schaw allhier bringen und niemants andern zu thun befelhen.

Zum vierten soll furchin auf die golschen, so an unser schaw her gewirkt und geschawet werden, ganz nientzt für die statt gelien werden, sonder dasselbig ausleiden für die statt menckichen, sie seyn kauffent oder ander verbetten seyn, aber unsern webern allhie mag in ieder auf die golschen wol liehen, damit auch das anstehen gegen den fremden webern, desto bas furkommen werf, so sollen kainem ausweber seine golschen geschawet werden, er hab dann zuvor den schawern bei handgeborn trewen an uns statt gelobt, das die golschen,

so er hitzo schawen lassen wolle, davor niemant verfurwort, versprochen, verhaussen oder i hitzt darauf geben seon.

Und als die bernet zunt sollich ordnung und zulassen angenommen und uns keiner ersucht und gebeten hat, der den unsern sie seien kauft oder andern, an h zufurkomen und zu verbieten damit, wie jetzt bernet ist, von men fur die statt auf die golchen nichtt gelien werde, haben wir men in sollichem abermals wilft und allen unsern burgen und anwonern hie in unser statt ernstlich verboten, das niemant der unsern weder durch sich selbs oder jemants andern furhilt keinem ausweber, der wie obant an unser schaw wurkt, fur die statt auf die golchen nichtt lochen oder anzuu golchen verfnworten oder mit leihen versprechen oder verhaussen lassen soll bei verurteilung der straf am menschen guds, die an ieder, so wider die unsern handel wardet, uns von jedem golchen geben und zu geben schuldig seon soll.

Doch so wollen wir der berurten zunt des barchants halben, der dann von alter ze und allwegen uns und gemainer unser statt zugestanden ist, nichttzeit verwilligt noch zugelassen, sonder denselben uns wie von alter her vorbehalten haben.

Und des zu erkund, so haben wir unser statt gemain uns gel offentlich taun heiken an disen brief, der geben ist auf freitag nach unser leben trawen tag irer geburt a. 1512.

10) Abfertigung der Ratsbotschafter zur Dillinger Vergleichsverhandlung in der Prozesssache mit der Weberzunft wegen des Barchenigowirks. 1513.

V. St. A. F. B. VI. 2. b. W.

Anmuthlich, so sollent dieselben botschaften den kommissionen anzeigen, wie vor verschinen tagen die erber zunft der weber durch men zunftmaister, rate und ander die irn vor ainem erbern rate erschinen seien und dieselben von iren wegen begereu lassen haben, das ain erber rate den barchantwebern vom land nit mei heren in die statt und an derselben schaw zu wurken vergunnen, sonder sollich gewirk n die mawr und die statt ziehen wollen etc.

Nu were nit minder kurtzel davor der webern, auch auf ir ansuchen und begert, die lenwat genant der golch, wiewol ain erberer rate dieselben derselben zeit bis seinen handen gehabt hatte, zugestellt und darn bedacht worden, das die weber dieselbe lenwat vor iren auch gehalt hatten, aber darneben mit namachen worten vorbehalten den barchant, der dann von alter ze und allwegen ainem erbern rate und gemainer statt zugestanden were, und zwar deshalb gantz nichttzeit verwilligt noch zugelassen, sonder hett ain rat im

denselben frei vorbehalten, auch gesucht, sie sollten an dem, das man die leinwat wie obsteet zugelassen were, an gut benugen gehabt und weiter in hitz gesucht haben, das hab aber nicht halben nit sein wolen, sonder sie deshalben ferrer angehalten, und an erbarer rat aus nachfolgenden ursachen inen nit willfaren wullen deshalben die sach für sie als kaiserlich kommissionen gewachsen were.

Nu were an erber rate und gemaine statt des barchants von alter ie und allwegen und ob oder bei zwahundert iaren und so lang das gewurk gewert, im reich, brauch und gawer gewest und noch, auch dar in merklich zunehmen, ward und wesen komen, kelt auch darvor richlich an gut einkommen, gemess und nutzung, wa nu den webern der barchant lawt mer beger sollte zugestellt oder in die mawer gezogen und den fremden, die schaw abgestrickt werden, so wurde daran, wie die kommissionen aus hoher vernunft zu ermesen wisten, gross und merklich abgan und wer zu besorgen, das deshalben gemaine statt in abfall und unwiderbringlichen schaden komen mochte.

Zum andern, so hett an erber rate bisher kaiserlicher maiestat und inen vofarn an reiche, auch iner maiestat bund zu schwaben vielfaltiglich und ganz willklich mit darstreckung leibs und guts gedient, in mass er noch zu thun schuldig und willig were, wa nu von den webern inen erbern rate und gemainer statt dies nutzung entzogen werden sollte, so kint und mecht er inoffro kaiserlicher maiestat, dem hailigen reich und dem bund sollich dienst dermassen nit mer thun oder vollbringen.

Zum dritten, so werd der und ander gewerb deshalben von der statt und an andere ort wachsen, auch die wochenmarkt, dar in alle hantwerk gemess hetten, merklich geschmalert und also darvon aller hantwerk gewerb gemindert und diese statt in abnehmen komen.

Zum vierten, so machten durch sollich in andern orten schawen, wie dann nitzo augenscheinlich mit den goltschen beschicket were, aufgericht und dardurch abermals der gewerb von der statt gezogen.

Zum funften, so were zu besorgen, das in erber und stattlicher lewt umb und bei dser statt, draunter der merertheil in kaiserlicher maiestat landvogte, der markgrafschaft Burgaw, auch den herrschaften Kirchberg Weyssenhorn und Pödenhoffen gewessen weren, die dar in und allwegen barchant an diese schaw gewurkt hetten und gemainer statt mit inen schaw gut wol erschaten weren, mit inen weib und kinden in verdien genicht wurden, dann dann von allen und hawrn gegen gemainer statt und inen verwanten in need, wolerwilt erwachsen, und guter nachbarlicher will zu allen tuden zerstört werden mochte.

Zum sechsten, so were der hantant ein fremb gewurk und hette den webern nie zugehört, mechte auch in kein zunft gezogen werden, darum auch dertse he von anfang bisher so und allwegen einem erbern rate und gemainer statt zugehört, und anzugung desselben, so hette auch ein rat bisher sein gehörens drei schawer darzu verordnet und were nu der ein von der webern und die zwei von andern zunft, als namlieh von den erbern und schneidern, auch der hantant kein wertschaft oder darzu gehalten, ein erber rat und seine schawer hettten dem denselben mit gemainer statt zunft bezeichnet und dasselbig darauf gestossen, dergleichen, so wurden auch all under schawen, als woltschaw, feurtschaw, weisschaw und dergleichen von einem erbern rate besetzt und aber mit andern, als von burgern, ciuizern und von andern zunften furschen, so auch zu zeiten den webern ausserhalb der statt gesessen abgesessen und die fader abgezelt wurle, zu erfarn, ob dieselben die recht zal und brate gewurkt hettten, so thaten dasselbig die weber als die vorstehenden, ein rat gebe zwon aber davon ein festinbt gelt und belonung, und sorderlich, so musste alles das, so den hantant heimte und darzu geherte, als karter, blettersetzer, garnieder, blucher, blachknecht, lauger, ballenbinder und ander einem erbern rate, ein ieder wie sich geburt sein amt oder dienst zu versehen schweyen, aus dem allem die komessaren aus hoher vernunft abermals abnemen und verstoen mechten, das der hantant einem erbern rate und gemainer statt und den webern nit zustunde.

Und zum sibenden, so were der hantant ein gütung und war, so leichtlich auf und abschluge, wa sich nu begeben, das derselbig in abschlag und unward komen solte, als oft und dick beschache, und der hantant und die weber mit iren gehalten und gesund laut irer beger hierin in die statt gezogen werden sollten, so were zu besorgen, das dasselbig einem erbern rate und gemainer statt ganz überlegen und die weber mit dem irem gesund nit wol erfortet oder underhalten werden mochten, angesehen, das ic auf ein weber bei heissig personen zu erfarn gebürt, davon dem gemainen siekel, dem spital und anzieligen personen ein grosser last und beschwerd entsteen und so das hartwork in unward were, dieselben zu underhaltel beschwerlich sein wurde.

Darumb und so dem allem also were, so hüten die vorordneten die komessaren, sollich alles gnediglich und gunstlich zu ermassen und zu bedenken und besunder die gemessen und mercklichen beschwerden, abfall und verderben, so gemainer statt und dersellen anwoher daraus erwachsen micht, und den webern in furnemens nit zu gestatter, sorder gnediglich und gunstlich mit iren zu verschaffen, von irem furnemen zu steen und ein erbern rat und gemaine statt bei dem gewurk

des barchants, wie von alter her und allweg gewest were, gernwig beibehalten zu lassen, das welt ain erberer rat und gemaine statt umb ir gnaden und gunst underthänlich und willklich verdienen, alles in der weise, wie sich geburt, und die gesandten mit irer darzu zu thwenden worten wol zu thun und darzubringen wisten.

**11) Erwiderung des Rats auf die Ausführungen
der Webergesandten bei der Dillingen Vergleichs-
verhandlung. 1513.**

V. St. A. F. B. VI. 2. 7. W.

Hochwirdiger furst, gnediger herr, auch edel, gestrengen und vesten, gunstig und lieb herrn und in nachfolgender handlung, so zwischen ainem erbern rat zu Ulm, unsern herrn und freunden ainer, und iren mthurgern, den gemainen maistern der weberzunft dazselbst der andern partei schwebt, erschienen wir nachbenannten Walther von Hurnham, vogt zu Gusslingen, Bartholome Rot, Weyprecht Ehinger, Ulrich Crafft und Jorig Vangerlin als von ainem rate gesandt und verordnet auf römisch-kaiserlichen maiestat, unsers allgnedigsten herrn, comission und ewer furstlichen gnaden und gunst ausgegangener tagsatzung als die gehorsamer, und wie wol wir sondern best und begeret haben, diese landlung zum kurzesten auszufuren, jedoch und dieweil die gesandten der weber auf gestern ir vermaint klag und beswerden in mercklich zal artikelweis weitlawfer ungegründter und unbeschliesslicher manung furgewendt haben, so werden wir uns schaffter net gedrengt, dargegen uns erbern rats antwort und wolgegründet gerechtigkeit furzuwenden, underthänlich bittend, ewer furstliche gnaden und gunst wolie die gnedig und unverdriesslich vernemen.

Und als die gesandten anlangt anzugeben, das sie iren furtrag und beger mit frewenich oder mutwiliger weise, sonder mit beschwerten gemut allan zu verhaltung irs taglichen verderbens ferzuwenden gedrengt werden etc., solchs furtrags seien wir dermussen nit gestendig; dann uns erbern rats gerechtigkeit, possession, gut gewonhait und lobbel alt herkomen des gewurks des barchants ist nit in kurzen iaren, sonder ungefährlich bei zwahundert iaren angefangt und also fur und fur vor den gemainen maistern zu Ulm und irn verfahren mit taglichem und gegenwärtigem bewesen, wesen und gedulden gestatt, bewiligt und zugelassen, on alles rechtlich undergreifen und verhinlerung mercklichs, wa nu die jetzigen maister der weber zu Ulm, das schon so ir altfordern mit enwidernsprechlichem wesen und gedulden angenommen und zugelassen haben, als es das nit allan aus zwang der recht, sonder bei iren

bürgerlichen pflichten schuldig gewest, also befehlen lassen, und desshalb sonder newung und enderung von alter und her mit altfaderen mit gewest sind, von newen dingen zu erheben mit unbestanden, so were ir klag und beger erspart und underlassen.

Als dann im andern artikel anzeigt ward, das ein ieder, so das burgerrecht und der weber zunft erkaufen will, dem gebürt, umb das burgerrecht zweundzwanzig gulden und die zunft vier gulden zu bezalen, solliches ist war, aber von alter her ie und ie gewest, und noch, und damit gegen den webern, dahain newung surgenomen, desualb sie sich des als alten herkommen mit beschwerden noch beklagen mugen.

Item als im dritten, vierten, fünften und sechsten artikel ungegründet meinung surgewendt ist, das die gewewer, so aussertalb der statt Ulm in andern herrschaften sitzen, under den etheb ungleich gebürt und under misshandlung nach verlaumbt seien, und das weberhantwerk nit ordentlich gelernt haben, sonder sich mit andern hantwerken und dem fedbau be Helfen, auch ire eigene acker, mader, hiltz und ander vortail haben, an die schaw gen Ulm wirken mugen, und so das weberhantwerk zu zeiten in unwort kompt, so heben sie an zu wirken und behelfen sich irer gut, und so das hantwerk wider sein wurden und werschaft erlang, so fahen sie an zu wirken, das den gemainen zunft gen zu verderben reich, dawider sagen wir, das sollich der weber surwenden wider ein erbern rat zu Ulm nicht zu wirken und den webern zu verfolgung irer klag nit dienstlich sein mug; dann unwidersprechlich ist war, das es bei den zwahundert jahren alweg also zu Ulm gehalten und herkomen ist, das die weber auf dem land an die schaw gen Ulm von alterher gewurkt und so die durch irs leibs uban, auch ersparung unnotturftig zerrung etwas an zittlichen gutern erobert und das an im acker, mel oder ander legent gut verwendet haben, sollen sie desselben entgelten und von irer eigen gut weg der obgeraten gersichtigkeit, brauche und alten herkommens, an die schaw zu wirken, beraupt sein, das wer mit allem wider die recht, sonder wider gut sitten, alle vernunft und billichkeit und wird dardurch den erbern, so ire guter zu behalten genagt weren, unsach geben, dasselb gen unnottentlich und ubertlüssig zu vorthun, zu dem, so habet die weber zu Ulm aus freihait als burger- und zunftrechts vor dem gewewer an jedem tuch ein schilling halber schawgelts bevor, den die gewewer mer dann sie bezalen, und darzu furten, zerrung zoll versammens, auch ander ausgab, mude und arbeit von des gewurks wegen gefulden müssen, darumb ir klag und leger nit zimlich, sonder ungegründet und obgemeltem brauch widerwertig ist.

Als dann im sibenten artikel surgetragen ist, das aussertalb

der weberzunft die andern sechzehn zunften ir hantwerk in der statt Ulm nit zu treiben und von andern hantwerken daselbst noch von denen auf dem land nit gehindert werden, dawider sagen wir, das sollchs der webern zu verfolgung nit klug deham fug noch bekehrt gehen mug, dann das gewerk des barchants ist ein frembdt gewerk und von alter is und so bei zwunndert jaren in der statt Ulm mit ordentlichem titel, gutem glauben und gerechtigkeit also herkommen gehanthebt und gehalten, das die auswendigen weber in die schaw gen. Ulm gewurkt haben. so nun man rat an solliche uberflussige und vil mer dann der lugt zeit, so nach fug und recht zu ander zugewarten rechtlichen prescription gehort, obgenant gerechtigkeit und altherkomen kellich lange brauch und darzu mit gegenwart und taglich bewonung, wissen und gedulden ordentlich und mer dann zu recht rat ist erlassen haben, so ist frembdt und erschrecklich zu horen, das die weber am rat daran zu verhandeln und also in zu nutz newerung firtzunehmen understen sollen, dann wa in andern zunften zwunndert jar die gerechtigkeit gewest, auch also herkommen gehalten und geduldt, das ander personen, so nicht daselbigen hantwerk gewest weren, die gebraucht und genant herten und dasselbig gemein statt und iren einwonern zu nutz gedient, so hatt sich am rat aus dem selbs oberkant sich dabe auch gehanthebt und davon dehamns wegs dringen lassen.

Ferner auf den achten den artikel, in dem sich die gesandten der weber erboten, wa die gewweber abgehen wurden, das nicht bestimder durch die weber zu Ulm, sovil barchants gewurkt, als auch gemainen schloess vertriben werden mocht, darwider sagen wir, das sollchs erboten ungegründet und nit gewis sein, und ist zu besorgen, wa das obgenant erboten angenommen, das in künftiger zeit sovil darums volge, das das gewerk, so obgenant lange zeit hinweg in unsers raths hand, macht und verwaltung gewest und loch ist, daraus und in der weber gewalt und regieren kemmen und so die weber zu Ulm den barchant nit mer wirken, sender das umb irs irgen nutz willen vernemen und sich auf ir der gewerk legen wurden, als künftiglich aus vil unbedenlichen ursachen gewisslich geschehen mocht, so wurd dadurch an rat obgemelter sondern gerechtigkeit, bruchs und unruhens und darzu des taglichen nutz, so gemainer statt Ulm und iren einwonern vuttriglich daraus volgen mocht, beaupt und wer an rat usdant nit wol muglich, den handel, das er on sonder verderblichen schaden und zerstorung des gemainen nutz tuglich nit geruten kann mer zu bedenken, anzeigen, das sich der handel und gewerben, ander nit angestalt hatt, das dann nit allan der statt Ulm und gemainen iren einwonern zu unbedenlichem verderben, sender zu abgang des Rom. reichs schuldiger dienstbarkeit langen wurd.

Zudem so mag der gesandten der weber vermainter furtrag, aus rats gemain schwerbrief, des sich die weber zu beheffen getrostet, berurent, zu dehhaim vortail oder nutz gedennen, angesehen das der wider sie und fur unser rat zu Ulm ist, dann der in einem sondern artikel inhebt, das die erben zunft bei iren gebrauch, guten gewonheiten und altem herkomen beibehalten, dabei gehantpft und gesterkt werden sollen, sollichem artikel des schwerbriefs am erber rat trewlich und wie im wol geburt gehorsam gelebt hat dann offenbar und zu gemain wissen ist, das die weber zu Ulm den gebrauch, gewonheit und alt herkomen bei zwahundert jaren seit anfangs der barchantgewurks also gehabt, das die gewerber die letztgemeldt zeit und anzahl jar an die schaw gen Ulm ie und ie gewurkt haben, aus dem klarlich volgt, das den webern zu Ulm ir gebrauch, gewonheiten, alt herkomen und der inhalt des schwerbriefs nit genommen noch gemindert, sonder in vollkommer kraft und freihait ist, darin er vormals allweg gewest und noch ist.

Furter so ist im newenden artikel gemeldet, so den gewebem an die schaw gen Ulm zu wurken nit mer gestatt, das die, so an zutathen gutern vermugachen weren, sich nit iren gutern ab dem land in die statt Ulm ziehen, dardurch steyr, ungelt und der gemainen hantwerker nutz merklich gefurdert wurd, darauf geben wir d ese underricht, das sollich anzaigen schimpflich und ungegründt sei; dann das ist ungewiselt war, wa der weber beger zu furderung des gemainen nutz dienstlich sein mecht, das solliches bisher so lang nit undrlassen, sonder on der gesandten der weber unbegerten und unnotturftigen rat und anzaigen von densenen, so im rat bei zwahundert jaren her mit gutem, erlichem, nutlichem regiment gesessen sein und de fur from, dapfer und hochvernuftig manner geacht sind, und die aus offenbarer beweisung in nutlichem regiment gesessen sind, nit so lare verborgen, sonder aus dem lust und begird, damit sie zu furderung des gemainen nutz genugt gewest sind, vor langer zeit betracht und zugelassen wer, dann sie in irer regierung deham erlichen nutz in ru gestellt, sonder alles das, so sich zu merung der statt und gemainen mans er und nutz gedent hat, gelassen und darin deham fluss gespart haben.

Auf den zehenden der gesandten artikel, römisch kaiserlicher maiestat unser allerghnedigsten herrn gnedig erboten, am rat und gemaind rer speche durch gnedig mittel zu vertragen berurent, sagen wir, das nit von neuen so, vil darauf zu antworten aus der ursach, das am erber rat zu Ulm auf kaiserlicher maiestat gnedig erboten gegen irer maiestat obersten camersecretar heirn Gabriel Vogt geburlich und austrichlich antwort gegeben und zu gehorsamer volltreckung derselben antwort des webern vier ziemliche und leidlich mittelturgeschlagen,

die sie billich angenommen hetten. dieweil [die] weber dieselben mittel nit angenommen, sonder als undankbar geweigert haben so ist nit von niten, derohalben weiter zu handeln, sonder lassen wir es bei irem abschlagen bleiben.

Als aber die weber weiter anzuigen, das sie mit ains erbern rats fargeschlagen mitteln, das hinfuro vierhundertundzwanzig gewewer, nämlich ieder mit zweien stulen, in die schaw gen Uim wurken sollen, mercklich und mer dann vor beschwert seien aus der ursach, das dis vergangen jar mit mer dann drehhundertunddreissig gewewer an die schaw gen Uim gewurkt haben sollen, darauf geben wir ewer fürstlichen gnaden und gunst dies underricht: so ains erbern rats fargeschlagen mittel thessig ermassen werden, so wird damit beweist, das die nit unziemlich oder beschwerlich, sonder den webern annehmlich und leidentlich seien: dann war ist, das sich vor jaren oft begoben hat, das ungefährlich funfihundert bis in sechshundert gewewer den barchant an die schaw gen Uim gewurkt haben, das auch also künstlich mer beschehen mug, das aber in dem vergangen und gegenwertigen jar so wenig gewewer an die schaw gen Uim gewurkt haben, ist allan aus der ursach und darumb geschehen, das die woll der ietzt schwebenden kriegshaw halb, so sich bisher etliche jar zwischen der bapstlichen heiligkeit, kaiserlicher maiestat, der kron zu Frankreich und der heizschaft Venedig gehalten, on sondern mercklichen uncosten in Tewtsch nation fuklich nit hat komen mugen, deshalb sie in mercklichen aufschlag komen und in der armen gewewer vermugen und vertrauen nit gewest ist, die woll in sollichem hohem wert zu erkaufen und das gewurk des barchants zu machen, so bald sich aber die ietztgemeinten kriegshaw durch die gnad des allmochtigen endern und zu friedlichem wesen komen, als wir verhoffen in kurz geschehen, alsdarn ist ungezweifelt gewiss, das nit allan vierhundertundzwanzig, sonder fünf- und sechshundert gewewer an die schaw gen Uim wurken und das haatwerk zu besserung, mer wert und nitz komen wird, dann es itzund ist.

Weiter haben die gesandten der weber ewer fürstlichen gnaden und gunst etliche unziemliche mittel angezaigt, das ainem erbern rat nit annehmlich noch kuderlich seien, angesehen, das dis zu zersterung des handels, so bisher zwailundert jar lang mit dem barchant gehalten ist, raten. dann sollt ain erber rat der weber vermaint anzal und begor das die drehhundertunddreissig gewewer, die laut irs anzuigens dis vergangen jar, des wir deham wissen, an die schaw gen Uim gewurkt haben sollen, laut irer fargeschlagen mittel absteiben oder ir iedem allan mit ainem stul wurken lassen, so wer zu besorgen, das in dreissig oder vierzig jaren dieselben gewewer,

die dann ietund mit gemainem alter beschwert sind, all absterben, oder ob die gleichwol, als zu geschehen nit muglich ist, bei leben beliben, das sie all, nemlich ieder mit ainem stul, nit sovil barchants wurken, als die notturft erhaschen und suklich vertrieben werden mecht, dardurch der geweb der barchants zu Ulm zerstert und die statt und ir einwoner in merklichen abfal komen wurden. darbei werde klar verstanden, das der weber vorgemelt angezaigt zwai mittel unziemblich und ainem erbern rat aus vielgegrundten ursachen beschwarlich und unloideulich sind. desgleichen ist der weber furgewendt dritt mittel mer dan unziemblich; dann sollt ain erber rat zu Ulm von ainem ieden barchanttuch ain haller zu schawgelt nemen, wie zu Augspurg gepflegen wirdet, das were ainem erbern rat zu Ulm in alweg schwer und verderplich. dann dioweil zu Ulm von ainem ieden barchanttuch des ochsenzeichens ain schilling, desgleichen von ainem ieden lewentuch zwon schilling, von ainem ieden barchanttuch, so mit dem zeichen des trawben oder briefs bezaichnet wurd, droi schilling haller zu schawgelt bei zwaihundert iaren her gegeben worden ist, so wurd ainem rat ain merklich und unloideulich abgang beschehen und must ain rat an dem ietzigen gewonlichen schawgelt nachlassen und in mangel steen, namlich an iedem ochsen aif hallor, an iedem lewen dreiundzwainzig haller und an iedem trawben oder brief insonder funfunddreissig haller, aus dem allem volgt, das sollich merklich nachlass ainem erbern rat zu vilfaltigem abgang und mangel seins taglichen ankomens und unwiderbringlichem verderben raichen wurd, dann nit muglich, sonder das widerspil ist, das Ulm so ain liederlich und klain schawgelt nemen mug, als zu Augspurg genomen wirdet, angesehen, das die statt Ulm sunst dehein sondern handeln dann allain den barchant, so hat die statt Augspurg nit allain iren barchant, sonder vil ander nutzlich kaufmanagewerb, auch merklich stewr, ungelt, zoll und ander nuzelbarlichen tagliche nutzung, deshalb in sollichen fellen ain statt gegen der andern nit vergleicht werden mug.

Mit disen luooben angezaigten artikeln wölln wir den gesandten der weber ir klag und allen furtrag als ungegründet, widerwertig und unziemblich abgeleut und widerfochten, doch damit, das wir nit sonderlich widersprochen, also mit stillschweigen nit bekannt, sonder in ain gemain vernant haben.

Aber damit ewer furstlich gnaden und gunst mit warhaftigem glauben bericht werd, das der weber vermant klag unziemblich sei und sie der dehein glimpf noch fug haben, so ist offenbar, das ain erber rat men zu verschiner zeit ain sonder verschreibung gegeben hat, was freihait und gerechtigkeit ir zuust haben soll und sie als leinwatweber haben sollen, und dioweil sie dieselb verschreibung, die sie bei iren handen

haben, aus listigkeit ihnen zu nutz und einem erbern rat zu nachtheil mit anzugehen^{*)}, so begeren wir, das liebesherzog con so dem rechten original gleich laut zu verhoeren. Mit letztverboesser der weber angereitschreibung wollen wir genugsam beweisen haben, das die weber mit hant, sonder leinwatweber sind, und das das gewerk des barchants mit ihnen, sonder wie vor eitzelt einem erbern rat allweg zugehört hat und noch so ist, auch natuerlich zu glauben, wa die weber auch gerechtigkeit darin gehabt sie hatten dieselben sonderlich in den obgenannten brief setzen lassen, so aber das nit geschiehet, so ist an gemaine vermuethung das den webern an kraft obgemelter nuer verscheibung gegen einen rat delant ordentlich und rechtmessigen klag gebuehen mag sonder die gegen einen rat als irer erdenlichen oberkeit aus vilgegruendter Ursachen, die wir gut manning anzuzuegen vermeiden sollten.

Und zu noch merem ueberfluessigen grund, das ein rat billich und unverhindert der weber bei seiner gerechtigkeit, possession und item herkommen des landants luech befeh und die weber in darmit nit verhanden sollen, so legieren wir noch folgenden artikel und gerechtigkeit zu verhoeren:

Das erstem, so ist unwiderspuechlich war, das ein rat ob den zwaihuendert euren und so lang das gewerk angefangt und gewert hat, des barchants mit gutem titel, glauben und gerechtigkeit im haben, brauch und gewer gewest und noch noch des nit merklich aufheben, wird und wesen, keiner ist, und davon luech an mercklich einkommen und nutzung hat, wa nun den webern der barchant den sie nit gehabt halter, sollt zugestelt oder laut ir klag in die statthawer gezogen und den frembden die schaw abgestrikt werden, so wird einem rat, wie ewer fuerstlich gnaden und gunst als die hochverordneten ermessens raugen, davon mercklichs abgehen, und wer zu besorgen, das deshalb gemaine statt in abfall komen moechte.

Zum andern, so hat ein rat bisher romisch kaiserlicher maiestat als seinem natuerlichen und allergnuechsten herrn auch seiner maiestat am reich und buende zu Swaben vilfaeltlich und gantz gehorsamlich mit darstreckung leibs und guts (gedient) soll nun einem rat und gemainer statt die nutzung des barchants entzogen werden, so kuennt und moecht er luech kaiserlicher maiestat dem hailigen reich und bund solch dienetbarkeit nit nuer dermassen then noch vilbringen.

Zum dritten, so wird der und ander gewerb an-zer der statt Luech gezogen und an ander nit gewachsen, auch der wocheimarkt, von dem alle hantwerk genuss und lebsahrung haben mercklich beselwert und davon alle hantwerksgewerb gemindert und der statt davon in abkom kommen.

*) Vergl. Urkunde Nr. 1.

Zum vierten, so mag durch der weber klag an andern orten schawen, wie dann jetzo augenscheinlich mit dem gesehe geschichen ist, aufgericht und dardurch abermals der gewerb ausserhalb der statt gezogen ist.

Zum funften, so ist zu besorgen, das vil erber und statthafter lewt umb und bei der statt Ulm, darunter der meier tul in kaiserlicher maiestat landvogtei, der markgrafschaft Burgaw, den herrschaften Weyssenhorn Kirchberg, Pfaffenbeten und an andern orten gesetzt sind, die etze und allweg sind, an die schaw gen Ulm gewarkt, sich da mit einer und gemainer statt mit irem schawgelt erschaffen Leben, mit iren weib und kinder ins verleben gericht werden, davon dann von ewer furstlichen gnad als inhuber der markgrafschaft Burgaw und andern nachbawern gegen gemain statt Ulm und ir verwardte ungnad, neid und widerwillen erwachsen und gute nachbawerschaft zerstört werden mocht.

Zum sechsten, so ist der barchant an fremdel gewurk, das den webern noch .reter zunft nie zugehört hat, und an dem zunft gezogen werden mag, sander hat er bisher von anfang und allweg einen rat und gemainer statt zugehört und an rat zu ieder zeit drei schawer darzu verordnet, namlich ain von den webern, den andern von den crameren und den dritten von der schneiderzunft, zu dem, so ist der barchant kein gewerkschaft, mag auch darfür nit gericht noch gehalten, er werde dann zuvor von den verordneten schawern geschawt und mit gemainer statt Ulm zachen gezeichnet und dasselb darauf gestossen, desgleichen so werden all ander geschawen, nemlich woltschaw, veicht- und weisschaw, dergleichen von ainem erbern rat besetzt und abermals alle von burgen, crameren und andern zunften versehen so auch zu zeiten der weber ausserhalb der statt gesessen abschneiden und die federn abgezitt werden, zu erfuren, ob dieselben die luege anzahl und brant gewurkt haben, so geschicht das aus ainis rats beiel von den webern zu Ulm als den verstendigen auf ainis rats bescheldurg, zu dem allem so hat ain rat alle andere regierung und verwaltung des barchants, dermassen, das die, so zu hilf des barchants arbeiten, als namlich karterer, blottersetzer, garnsodern, blaichern, blachkrecht, lawgern und andern, ainem erbern rat an ieder wie sich geburet sein ampt oder dienst zu versehen ausspicht thun müssen, dabei abermals verstuden wurde, das der barchant ainem erbern rat und gemainer statt und nit den webern zugehörig ist.

Zum sibenden, so ist der barchant an gattung und war, die leichtlich in auf- und abfal kompt; seltsu der in abschlag und unwert kompt, als zu vilmalen geschichen ist, und der barchant und die gewewer mit iren erhalten und gesund in

der statt Ulm sein, so ist zu besorgen, das dasselbig ainem erbern rat und gemainer statt garz uberlegen, und mechten die weber mit irem gesund nit wol erfurt oder underhalten werden, angesehen, das si is auf an, weber bei dreissig personen zu erfuren gebart, davon den gemainen seckel, spital und an-gen personen ain grosser last und beschwerd, dieselben personen all zu erneren und zu underhalten beschwerlich sein warden.

Zum achten, wie wol ain erber rat zu Ulm zu verschiner zeit den webern daselbst auf ir bittlich ansinnen die lauwat der golsch genant, so er bei sein handen gehapt, laut ainer sundern verschreibung zugestellt, so hat er im doch in derselbigen verschreibung mit furnemlichen worten den barchant frei vorbehalten, und deshalb den webern nichtzit zugeben noch bewilligen wollen, als wir uns auf dieselb verschreibung referiren und davon diese gleichlautend copel *) zuverboren begeren, dabei abermals klar verstanden werde, das die weber aus rats gerechtigkeit, inhaben, gewonhait und alt herkomen des barchants von newen dingen angenommen, rectificiret und bekräftiget haben, wie wol das nit von noten, sonder aus uberflus-sigem uberfluss beschehen, angesehen das ain rats gerechtigkeit und inhaben vormals durch die vilfaltige menge der zeit, auch leblic confirmationen, gaben und guaden bestatt und in vollkommen kraft und wirkung komen ist.

Gnedig und gunstig herren, dieweil nu dem allein, wir ob erzelt, mit warhait also ist, und die weber zu Ulm irer klag dehan ordenlichen titel, rechtmessig ursach, inhaben noch gewer nit anzuigen mugen, das sie den barchant nie gehapt oder der in ir zunft, so allan auf die lauwat und nit den barchant wie in den verlesenen brief erst vermocht fundiert ist, gehert hab, und sie am rat an seiner gerechtigkeit, inhaben und altem herkomen mutwilliger und ungegrundter weis zu verhindern und steen, so ist zu ewer furstlich guaden und gunst von wegen ain erbern rats unser underthenig und dienstlich anruten, ain rats oberzelt gerechtigkeit und furnemlich die merklich bewerden, abfell und verderben, so gemainer statt und iren einwobern aus der weber ungegrundter beger kunftlich gewachsen mug, gnedig und gunstlich zu ermassen und aus kraft der comission mit den gesandten der weber ernstlich zu verschaffen, von irer unbillichen klag und beger zu steen, ain rat und gemaine statt bei dem gewark des barchants wie von alt her ob zwahundert iaren und allweg gewest ist, ruwig beleiben zu lassen, wie billich besucht, ob aber die weber aus vilgefasstem sticht irs furnemens gutlich abzusteen nit vermannen, alledann obgemelt aus rats gerechtigkeit,

*) Vergl. Urkunde Nr. 9.

vorhaben und altherkomen kaiserlicher maiestät, wie sich nach vermögen ihrer maiestät comission geburt, zuzuschreiben, ain rat dabei gneduklich hantzuhaben, schutzen und schirmen und davon zu drengen nit zu gestatten, als ire maiestät uns ungezweifelt geneigt ist, das begeren wir ain erber rat und wir uml ower furstlichen guaden und gunst undertheniklich und williklich zu verdienen.



Zum beschreibenden Teil.

12) Eld und Ordnung der Baumwollschauer.

L. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 174—176.

It glohent, die bomwoll ainem irden gleich und gemain ze schawen, das die an der schaw gut, gerecht, auch kaufmans- git und zu dem barchant zu wirken nützlich und git sei on alle gefard, der statt nütz und fromen ze fördern und schaden zu warnen und zu werden nützlich sei.

Und nachdem lichter vi und mancherlei gefar gesocht und gebraucht ist mit der bomwoll, so vor den schawern alhie zu Ulm verworfen ist, also haben meine herren nun ersamer rat zu abstellung derselben gefar ernstlich angesehen und er- raten, das furohin die wollschawer alle ssek, so sie verworfen werden, mit ainem grossen „V“ an den vier eiten bezeichnen und stapfen, sich auch fliessen solien damit dasselbig zeichen uber die nit, damit das baric ort betrefle, stossen, und solien aber nicht destminder ainem irden, dem die woll also ver- worfen wirdet, wie von alter her gleichen lassen, die verworfen woll alhie an kain schaw weder durch sich selbs noch ander mer zu legen.

Verrer solien auch die wollschawer ainem irden der woll an die schaw bringt, vor und ee sie im ir tachen zu schawen, an ads statt globen lassen, das solien woll die er also an die schaw legt, in seinem namen in welschen landen erkalt und also in seinem namen uber berg und tal gelurt und dert- halb vormals kain vertrag noch kauf gemacht, und das auch namlieh soll die woll darvor alhie noch in teutschen landen an der schaw nit gewest sein.

Actum freitags vor Simonis et Jude apostolorum a. 1510. 23. Okt.
1510.

Ain ieder wollherr, er sei burger oder gast, niemant aus- genommen, soll furo kain woll mer herfuren, er lege dann die an die geschwornen schaw, er sol auch dieselben geschawten und bestandner woll niemant zu kaufen geben dann denen, so aller an die geschwornen schaw wirken und sonst niemant, das solien all wollherren den wollschawern an ads statt stet und unverloren zu halten globet und die schawer den woll- herren solche geschawete und bestandne wollen weiter mit mer schawen.

Actum montags nach Kiliani a. 1517.

23. Juli
1517.

Item ain ersamer rat hie zu Ulm hat gesetzt, wann ainem wollherrn ain sack woll minder oder mer verworfen wirdt, das alsdann derselb wollherr bei seiner glupt den wolschawern gethan die woll, so aus demselben verworfenen sack genomen und den schawern surgetragen worden ist, von stand an wider in denselben sack stossen, den ordentlich zurechen und bei der andern geschawten und bestandnen woll nit mer ston, sonder die an ain ander ort thun lassen woll an all gefad.

30. Sept.
1529

Actum mitwochs sant Mathaei aubent apostoli a. 1525.

Die wolschawer sollen inen furo alle wollherren oder ire factor an aids statt geloben lassen, welcher woll lurtur, das weder er noch seine herren, dero factor er ist, bei gethauer seiner glupt innerhalb vier meil wegs zu geringe umb diese statt kann woll verkaufen soll noch woll in keinen weg, weder durch sich selbs noch niemant von seinen noch seiner herren wegen.

13. Jul.
1524.

Actum freitags Margrethe a. 1526.

Ain ersamer rat hat auch angesehen, das die wolschawer furehn von der woll, so durch sie geschawet wird, ein bestimpt gelt, nemlich vom sack woll vier pfenning und von ainem brekel oder halben sack voll zween pfenning und nit mer noch weiter forckern noch nemen sollen in keinen weg, doch von den schawern secken, so die an die schaw gelegt und daran zu zweier stucken geschnitten, soll von burgern und gosten den wolschawern zwifsch schawgelt gegeben werden.

11. Jan.
1527.

Actum freitags nach trinitatis regum a. 1527.

Ob aber ainer anliche woll alhier furen lassen und dieselb nit an die schaw legen, sonder ungeschawet weiter verschicken wille, so soll ime ain solliche dergestalt erlaunt sein, das er solliche woll in sein behausung nit furen oder legen, sonder wa er die nit gleich alhie durchfaren lassen wurde, so soll er dieselb under die gret furen, jedoch uber acht tag lang an der gret nit ligen lassen, die volgends weiter schicken, dieselb auch nit offnen und das gewonlich gretgelt wie von alter davon entrichten und bezalen.

7. Dec.
1563.

Actum den 7. dezembri a. 1565.

Mein gunstig herren stettrechner sollen allen wollherren, bei iren glubden oder aids auflegen, was sie hinfuro fur wollen von der abschiet unden hinwegnemen, das sie dasselb nit wider in die sock schieben, solliche woll werde dann zuvor von den schawern auch fur gerecht und gut geschawet.

12. Sept.
1567.

Actum freitags den 19. september 1567.

Mein gunstig herren stettrechner sollen alle wollherren beschicken und nen mit ernst sagen, das sie weder iren selbs noch andern, dancu sie factoren, kann Perscher woll alhie

abladen, in ire bewser nemen, vñ wen ger allhie verkaufen noch zu die schaw legen, aber zu durchführen und das sie under demselben solliche woll bis in acht tag under der groz mugen steen oder befeiben lassen, sollen sie unverändert sein, daneben sollen sie die herren der wallachawern auch anzeigen, das sie mit dem angeloben der weihenren und sonst in allem irer ordnung auch gehalten und nachkomen.

Actum freitags den 3. novembris a. 1570.

2. Nov.
1570

Meine gunstig herren stettel bei sollen jungen Schleidern und auch andern, so hiernach weiter an alten, vergomen, das sie die Persner woll in monat zwet, bis sie dieselb mit guter gelegenheit weiter schreken, in ire belan argen oder woungen nemen mogen, doch sollen sie angeloben, die sock oder liden allhie mit zu etzen, zu verenden, und in t mechten allhie weder durch sich selbst oder andere zu gebrauchen.

Actum donnerstag den 24. novembris a. 1570.

25. Nov.
1570.

Deweil es der Cipritischen woll liden wie vor augen beschaffet so sollen zu diesen mal und bis man wider zur Cipritischen woll wird gelangen mugen, alle die wollen, als die Cipritisch, Sarmanisch und Persisch woll, allhie an die schaw zu bringen und wie von alter umb tun und mit gelt zu verkauft zugelassen sein, doch soll es der zeichen und des auswurfs halben auch wie von alter gehalten werden.

A zum freitags den 6. octobris a. 1571.

8. Oct.
1571

Es soll hiernach bis auf weitere oder andere uns erbaren rats verenderung ungeacht der alt ordnung der allhie gen und fremden kauf- oder handelsleuten vergont werden, die hantantwolt von mererlei orten, alda sie bekommen mugen, aller zu fuer, und allhie gegen andern bingern wiederum zu verkaufen, doch so soll in hinweg solche woll, es beschene gleich vom verkenfer oder kenfer, an die ordentlich schaw geleget werden.

Actum den 9. juli a. 1572.

9. Juli
1572.

Nachdem auf manner gebietenden und gunstigen herren uns erbaren rats den 26. gegenwartigen monats novembris ergangenent entschaid, darin er, un erbarer rat, dem erbaren handwerk der weler auf sein bitt und begeren das gewerk der gesponnenen Schurmanischen wollen an ze lang versuchen zu lassen, im namen Gottes willfaren will, und in welchem meinen auch gepietenden und gunstigen herren so dieser gesunnst halben zuvor verordnet, weiter unterlegt worden, verner notdurftig zu bedenken, mit was ordnung ein solliche beschene soll, haben sie die verordneten herren zu gehorsamer volgo angeregts angelegten bevelchs die sachen wider fur die hand

genommen, berrathlichen erwogen und sich bis auf ain erbarn rat vergebhen wie folgt. so soll es mit der schaw derselben und in andern gehalten werden wie folgt:

Erstlich, das dierunge personen, so zu der schaw der andern wollen verordnen, die gutschaw diser gesponnen wollen auch verrichten, und dieselb schaw under dem himmel und wie sie sonst distallt rurgewomen worden, beschehen und furtgen solle, welche gesponnst der wollen nun an die schaw gelegt werden will, dieselb soll ain ieder handelsman zu forderung der sachen, ee sie zu der schaw gelegt wird, an ain bischehn, welches am ieder nach seiner gelegenheit gross oder klein machen mag, mit ainem faden oder jagat durchziehen und an die faden am blei, welches sie, die handelsleut, auf iren oeren wolts giessen und machen lassen und welches nachfolgender müssen mit dem Ulmer schiltlin gestempft werden solle, henken, wann dann die gesponne wollen also zur schaw gebracht, sollen die schawer ieder zeit mass und ordnung geben, wiewil inen jedesmals in ainer wannen furzutragen, und alsdann solche wollen mit allem vleiss durchaus ordentlich zu schawen und zu besichtigen bei iren aids pflichten schuldig sein, und welche sie nun an der schaw fur gut und werchschaft erkennen, dieselben mit dem Ulmer stempflin, wie gegen der andern bestandnen wollen beschicht, stempfen lassen, welche aber an der schaw nit fur werchschaft geurteilt wurt, dieselben sollen die schawer mit ainem andern stempflin, inmassen es sonsten gegen der andern verfallnen wollen gehalten wurdet, zu vermerken und die handelsleut und die weber den desshalb in der alten ordnung begriffen aid des hinwegfurens kaulens und verkaufens halben zu schweren und demselben zu geleben und nachzukommen schuldig sein.

Item es soll der bestandnen guten woll halben mit der frechtschaw allermassen wie zuvor gehalten werden.

Desgleichen das die gewacher, so solche gesponne geschawte und bestandne wollen alhie kaulen, der alten ordnung der zeichen halben, die sie sonst ieder zeit bei dem gretmaister nemen müssen, damit ainem erbarn rat kain abgang erfolge, bei iren aiden zu geleben schuldig sein sollen, was aber den zoll anlangt, halten die verordneten herren darfur, das es desselben halben von der ietzigen gesponnen wollen allermassen und gestalt wie mit der andern wollen gehalten werden solle, dieweil auch die gutschawer mer muh und arbeit ietzo dann zuvor haben werden, schliessen die verordneten herren dahin, das zusampt aines erbarn rats gepurendem zoll auf ieden Ulmer centner acht pfenning geschlagen und den gutschawern fur ir muh gegeben werden solte.

Und also zu disem mal auf obgehörte weiss der sachen ain anfang zu machen und daneben den barchantschawern auf

der schaw einzubinden, woran sie mangel und nachtail erfinden und sonderlich da sie gewar wurden, das der barchant an so nem guten lob und rum am stoss leiden wurde, das sie am sollichen insbesondere den herren stettrechnern bei men inden alldald anzeigen sollen.

Actum den 29. novembri a. 1572 *)

29. Nov.
1572

Man gunstige herren stettrechner sollen, wie sie dann schon allbereit fur sich selbs sollen gethan haben, kainen. weber, so das lantwerk treibt, gestatten oder bewilligen, das er die wollen ausswagen oder verkaufen mag

Actum den 16. dezembri a. 1574. *)

16. Dec.
1574.

brentfest, farsichtig, ersam, weiss gebietenden und gunstigen herren! so vil die wollseck belangt, so von Venedig alhier komen, dieselben haben ir welsch gewicht, darvon ist ieder zett zoll zalt worden von jedem welschen centner drei kreuzer, ist aber nun solcher sack wollen vertaelt worden und drei bickel daraus gemacht worden, ist von jedem bickel zoll zalt worden 2 kreuzer, dieweil sich aber die zeit lang zugut gen hat, das die wollbickeln, deren kauer uber 175 pfund gewogen hat, von Marsden und durch Frankreich gesaumt werden sind, hat man solche bickeln bei 6 kreuzer zoll beleiben lassen, ewer erenfest washeit dienstwilliger gretmaster, ist den kaudenten bei verlesung der wollordnung auch angezeigt worden, das man ferthin von irem iren welschen centner wollen 3 kreuzer, es seien gross oder klein seck, zu zoll nemen werde.

Actum den 26. aprilis a. 1576. *)

26. April
1576.

Den 1 februar. i a. 1577 hat ein ersamer rat den herren stettrechnern macht geben, einem iren wollhern auf sein anhalten uber die bestimpt acht tag zu vergunnen, welcher aber langere zeit begeren wurde, denselben, fur ein erborn rat zu wissen. *)

1. Febr.
1577

13) Verordnung wegen Freigebung des Baumwollkaufs.

U. St. A. F. B. VI. 17 q. L.

Nachdem ein erbar rat freitags den 17. juli a. 1590 auf ein versuchen den wellenkauf allermassen wie zu Augspurg mencklichem frei und den hiesigen und frembden webern zugunsten, die wollen in welschen oder teutschen landen zu erkaufen, ist den wollendlern auf den 22. septembri und stehend auferlegt und furgehalten worden, das sie bei straf von zett gulden uberall kan woll, sie sei gut oder ring,

17. Juli
1590.

22. Sept.
1590.

*) Lower Zettel

verkaufen, sie haben dann dieselbig in die schaw gelegt und sie sei daran bestanden, welche wollen über abgeschawet werden, die sollen sie den nächsten (hantieren auch sie, die wollherrs angloben sollen) hinweg und vier meil wege hinda schicken oder an ieder umb sein überfahren umb 10 gulden gestraft werden.

Zum andern, weil den webern neben andern vergonet worden, das sie alle wollen umb bar gelt laufen und also ire daraus erwunkte tuch nach dem schawen auf der schaw alhie ired gefallens gegen reichsmunz ingelien und verkaufen mogen, jedoch wann ein weber nicht gelegenheit hatte, den wollherrn mit gelt, sonder mit barchanttuchen, jederzeit den kaufen und laufen nach, wie sie denselben tag auf der schaw gelt zu bezien, so soll der wollherr schuldig sein, der barchant anstatt des gelt in demselben wert anzunemen, also soll hingegen auch den wollherrn bewilligt sein, den freien barchant auch zu kaufen, doch welche auf den barchant zu leihen pflegen, denselben soll den freien barchant zu kaufen abgestrikt und verboten sein, und sie sich mit den barchanttuchen, darauf sie gelihen, setzigen und berugen lassen, dergleichen sollen auch diejenigen, so mit wollen hantieren, sich des leihens auf die barchanttuch auch massigen und enthalten, in dweg aber bei hochst straf nichtert überall kein barchanttuch kaast noch verkauft werden dann allain auf der barchantschaw, und also sonsten alles ander contrahieren ausserhalb der schaw gantzlich abgewirkt und verboten sein, den wollherrn imo also vorgehalten den 22. septembris 1590.

22. Sept.
1590.

14) Eid und Ordnung der Feuchtschanor.

L. St. A. E. u. O. B. Bl. 187.

Die nassawolschawer werden schweren, die woll ar der gret, so man die abwegen will, der feuchtn oder nassin halbi mit fliess zu beschawen, und welche woll sie an der schaw erfinden zu feucht oder zu nass sein, solliche den kuffern zu offenbaren und besondern dem kauffherrn zu sagen, die woll ze trucknen, und wehham ain sack oder mer verworfen werd, das er gloh an ides statt, die mit mer fur die schawer zu legen, sie se, dann vor getrucknet worden: dergleichen dem gretmeister *anzuzigen*, die wolle mit anzuziehen, sie sei dann vor wider fur sie an die schaw komen und an der schaw bestanden, auch in sollicher schaw dem koufer und verkueter gleich und gemain ze sein, und die schaw getrewlich und ungefarlich ze thun, auch darumb kein schenkin, muet noch gab zu nemen, noch weiben, noch kinden, noch niemant andern von iren wegen ze thun gestatten, alles aufrechtlich und ungefarlich.

und sie sölleu söllicher schaw alle werktag warten, ieglichs tags vormittag von neun bis auff uren und nachmittag von ainer uren, bis das es drew geschlecht, und ist ir sold von einem sack vier pfenning, da soll der kaufherr die zwen und der käufer auch zwen geben. dessgleich soll in auch nach anzahl gefallen, wa sie minder oder mer dann am sack schawen.

13.) Eld und Ordnung der Garnsieder.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 158.

Ir schworen, alles garn, das euch zu sieden empfohlen wird, das ir, ewere weiber und ehalten das mit dhainen andern sachen nicht siedent dann schlecht mit wasser, aschen und holz, und sonder, das ir darzu dhain kalch noch kalchaschen, waid-aschen, noch aschen aus dem ziegelstadel nicht nemet noch ander zusatz darzu bruchet, das dem garn schedlich sein mag; und sollich garn getrowlich und mit fleiss siedent und ewern besondern vortail darin nicht suchen und die sachen redlich halten und handlen, bis ir widerumb geschworn haben, und ir sollt von dhainen dhain aschen kauen, er hab dann vor zwain maistern an nidstatt gelopt, das sollich asch von keinem ziegelstadel komen noch nicht ziegelasch sei, und ewer dhainer soll kein knecht oder magt anstellen, er bring dann ein wortzeichen von den stettrechern, das er in geschworen hab, und nachdem mercklicher schad dem garn beschehen ist durch die grossen schlagen, so sollen sie ab sein und das garn furo damit mit mer geschlagen werden; aber mit den kleinen schlagen, wie von alter herkomen ist, mugent ir es wol schlagen.

Ir sollent auch die kessel furo mit mer so voll mit garn fullen und hawfen, sonder der kessel soll allwegen oben wol furgan uber das garn, und es auch mit mer zu hort uffeinander legen, trucken oder treten, damit das das garn gaugsamlich allenthalben durchsieden und der wal wol daruber gen mag.

Auf nirs erbern rats befehl sollen meine herren stett-rechner den garnsiedern mit ernst sagen und verkunden:

Erstlich, das sie gedanken und das garn, so men von den hieigen oder gewarbern, so an die schaw alher werken,*) ioderzeit zugebracht werde, fuderlich (und vor den andern, so nit an die schaw werken,*) sieden und darn mit verzug thun, wie dann bisher beschehen sei.

Am andern, das die garnsieder von den webern furohin nieltzt entleihen noch von men auf borg nichts erkaufen sollen, weder aschen, holz, saltz, schmaltz, barchant oder anders,

*) Späterer Zusatz.

wie das lamm hat nichtzeit angenommen, das allue immer mangel sein. so von den webern auf die siedler was man sich nicht.

Zum dritten, ob ein garsieder ein weber, er ein heimlich oder frembd. sollich garen mit recht siedern. weder daran mangel sein. so mag der weber dasselbe garn für die stettrechner bringen. und so sich das also erfindet. so ist dann gegen demselben garsieder gehandelt werden wie auch nach gestalt der sache geburen wirdet*.

Zeichen der erbar zuuñt der weber, kläger, an einem und dann den gemainen garsiedern am andern mal ist entschlossen, den garsiedern mit ernst zu sagen und zu befehlen, die hieigen burger und weber inhalt irer geschwornen ordnung vor den frembden zu furdern, das wöll sich ein ersamer rat entlich zu me versehen. ein erbarer rat hab auch seinen stettrechnern mit ernst befolhen, ir eigentlich acht und nimerken auf die sachen zu haben, und wo sie erfinden, das man under me ichtzit gefarlichs handelte, und dem, das sie geschwornen mangel liessen, das anem ersamen rat anzuzeigen, darinnen wöll sich ein ersamer rat mit straf dermassen und also halten, damit meniklich sein missfallen spuren werde.

4. März
1538.

Actum montags nach Esto mihi a. 1538.*)

Und nachdem auch meine herren stettrechner gläuplich angelangt ist, das die garsieder allue den webern von Weissenhoren und andern, so an die schaw gen Weissenhoren wurken, das garn, so sie zu dem barchant zu wurken geprauchen, siedern, das auch den garsiedern sollich garn zu siedern etwa durch weber, so alher an die schaw wurken, mit sampt irem garn verborgenheuen, als so es inen zugehör, zu siedern gepraucht werd, das wollen meine herren stettrechner furohin abgestellt haben und solchs weder den garsiedern, webern, weberfurleuten noch den wepfenmachern ferrer und lenger mit gestatten, und damit sollichs furkomen, so haben meine herren stettrechner verordnet, das furohin ein ieder garsieder oder garsiederin, welchen garen zu siedern zukompt, inen ainen ieden frembden maister, so inen garen zu siedern bringt, sollen in trew an ains geschwornen mds statt angeloben lassen, das er das garen, so inen allue durch die hieigen garsieder gesotten werd, allain zu dem gewurk, das er alher gen Ulm an die geschwornen schaw wurkt, geprauchen wöll und kainem frembden, der nit alher an die schaw wurkt, zugehör. desgelichen sollen inen die furlewt, so inen von den frembden webern das garen hereinfuren und zu siedern geben, auch angeloben, das das garen, so sie den garsiedern alher zu siedern bringen, dhainem andern maister, dann der an die geschwornen schaw alher gen Ulm wurkt,

*) Randbemerkung: Lis nit.

zugehörig sei, sie sollen ihn auch gleichfalls die wepfenmacher, so in garen oder wepfen zu siedlen geben, angeloben lassen, das sie das garen oder die wepfen, die sie alhie zu Ulm bei den garensteden siedlen lassen, dazum andern maister nit zu laufen geben noch in ander weg zusteller wöllen, dann allan denen, so alhier gen Ulm an die geschwornen schaw wirken, und welcher oder welche es weren, freind weber, weberfurlewte oder wepfenmacher, [die] solche glipt nit thun wöllen oder thun mochten denselbigen sollen wider die garensteden, iren weiber, kinder noch erhalten kain garen siedlen bei dem aid, die garensteden sollen auch die freinden weber, weberfurlewte und wepfenmacher warnen, das solchs nit mer beschee, dann von welchem man es furlet innen und gewar wird, den- oder dieselben ward an ersamer rat strafen, das sein ains erbern rats missfallen hierinnen gespat werde.

Diese vorgeschriben artikel haben mir meine gebietend und gunstig herren Conrad Roth, richter, Claus Gregk und Veit Fingulin befohlen, der garensteden ordnung anzuhengen.

Actum den 17. februar a. 1543.

17 Febr.
1543.

Nachdem auch iren erbern rat angelangt, das die freinde weber welche nit aller an die schaw wirken, biher ir garn etlich centner weiss alhie bei den garensteden siedlen lassen, und also durch sollich ubertlussig siedlen den hieigen webern hienit nit geringe verhinderung zugefugt wirdet, das sie mit iren garn nit gedurdert werden mogen, dertalben zu abstellung desselben will erber rat hienit den garensteden ernstlich eingebunden und auferlegt haben, das sie hinfuro die abliegen weber vor den freinden webern, so alhier an die schaw wirken, zuvorderst aber bei strafzweiter kreuzer von ainem jeden pfund insonder kainem freinden geweber, der nit alhier an die schaw wirkt, nitel garn mer siedlen, sie wöllen dann auch alhero an die schaw wirken, und soll daneben ainem jeden muster [des] weberhantwerks vergonnt und erlaupit sein, den gewebern, so nit an die schaw wirken und wider diese ordnung ir garn den garensteden alhie zu siedlen geben wurden, sollich garn aufzuheben und dasselb den herren stettrechnern in des stowhais zu antworten oder aber sollich alsobald ainem regierenden herren burgermeister zuzulegen, der dasselbige garn den nechsten in arrest und verhottigen lassen solle.

Dieser obgeschriben artikel ist aus der neuen ordnung, so ain erbarer rat ungstlich im september a. 1575 der lauwat und ander gewurk halben turgemein gezogen worden, dieser artikel eod allan den hieigen garensteden furgelesen worden.

sept.
1575

Den 24. oktobris a. 1578 hat ain erbarer rat den freinden garensteden zugelassen, das sie denen webern, so alhier an die

24 Okt.
1578

schaw nit wurken, auch sieden mögen, doch die alher wurken zuvor furdern und sonst dieser ordnung geleben sollen.

16) Kld und Ordnung der Garnsieder-Schauer.

U. St. A. F. B. VI. 17 q. L.

Ir werdent schweren, die gesotten garnschaw notturtig zu versehen und also ainen ieden sud garns, den ain ieder garnsieder iederzeit thun wurt, daruber sie euch bei straf iedes uberfarens ains guldins allwegen berufen sollen, ordentlich und fleissig zu schawen und sie es an buschlen dasselb alwegen aufthun zu lassen, wann ir dann befinden wurden, das sollich garn der notturt nach nit gesotten und berait, den garnsieder in gelubt zu nemen, dasselbig garn widerumb einzuthun und bas zu beraiten, doch one allen verbotnen zusatz oder nachtail des garns.

So nun der garnsieder sollich garn zum andernmal gesotten und bas berait, soll er euch bei angeregter straf widerumb daruber erfordern und ir es obgehörter massen abermalen schawen, und so ir dasselb wider nit genug berait befinden, den garnsieder von ieder sollicher buschel garns umb drei kreuzer strafen, auch ainem ieden an sollicher schaw gleich und gemain sein, und deshalb kain schankung, muet, vererung noch gab nemen in kainen weg, mit dem anhang: welcher garnsieder oder weber ainich verworfen garn, es es wider eingethan und an der schaw fur gut erkeit wurt, hinaus gibt oder annimpt, der ieder soll von ainem ieden uberfaren insonder umb ain guldin gestraft werden, allos getrowlich one gefard.

Auf meiner gunstigen herren der handwerksherren eingenomen bericht sollen meine auch gepietend und gunstige herren stettrechner alle garnsieder beschicken und inen furhalten, ain erbarer rat wölle die schaw uber das gesotten garn, welche gleichwol umb des gemainen nutzen willen angesehen und furgenommen worden, widerumb abschaffen, jedoch mit dem anhang: wann iemands von inen am garn aus farlessigkeit oder versaumnus ainicher schaden zusteen und widerfaren solte oder wurde, das dieselben, welchen also ain schad zugestanden, macht haben sollen, wie dann sollichs zuvor auch gebrauchig gewesen, sich dessen bei inen den herrn zu uberlegen und umb geburlichs einstehens und widererstattung des zugefügten schadens anzuhalten und zu bitten und daruber ordenlichs beschaids zu gewarten.

Actum mitwochs den 7. decembris a. 1586.

17) Eid und Ordnung der Wepfenmacher.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 98 99.

Am ieglicher wepfenmacher soll schweren, das er noch niemant von seinen wegen kann ander garen kaufen noch zu wepfen machen wolte, dann das selbicht gesotten sei mit holtz, äschen und wasser, on schwebel, kalch, einbaussen, auch zegel- jischen und ander zusatze, sonder die wepfen mit semel noch hauf mit gemacht seien, und umb das er doster minder bot- trugen werde, so soll er dar, umb die er das garn kaufen wirt, im bei handgebenen trowen an idelstatt geloben lassen, das sollich gart schlecht an zusatz wie vor statt gesotten sei, und ob er ungsotten gart kaufen werde, das er das selbs siedon oder bei den geschwornen siedern siedon lassen wolte, schlecht mit holtz, aschen, und wasser on alle zusatze wie hievor statt.

Am ieder wepfenmacher soll auch schweren von wegen des frembden lingen und ausländischer gartus, das von Leiptz g, Nürnberg, Augspurg oder andern enden lert in unser statt und in das land in ser art komen ist oder kinturo getruht wirt was in solche zukomet, es sei an langen oder kurtzen ricken oder sunst wie das sei, das sie dara if in sonder gat aufmerken und acht haben sellen, und das sie das in kann barchant- oder golschenwepfen bruchen oder nemen wollen in kann weis noch weg, die wepfenmacher sollen auch kainen weber noch sunst niemant anders kann golschenwepfen zu kaufen geben, darin das obgeschriben frembd gartn sei.*)

Item die wepfenmacher sollen auch bei iren aiden in nach- bestimptem gezurk kann golschengartn kaufen, sorder des mussig steen in allweg, und laut derselb gezurk also, nemlich von Ulm aus nach der Thunow ab bis gen Ollingen, da die Myrdel in die Thunow rint, die Myrdel auf bis gen Pfaffenhusen, von Pfaffenhusen bis gen Baubenhusen, von Baubenhusen gen Blas, von Blas gen Lrotzhain, von Lrotzhain gen Ochsen- husen, von Ochsenhusen gen Bibrach, von Bibrach gen Flun- gen, von Flungen gen Blawburen, von Blawburen gen Wsen- steg, von Wsensteg gen Gieslengen, von Gieslengen gen Haidelheim und von Haidelheim die Brenz hinab bis wider in die Thunow, aber ausserhalb des intzangezurkten zurck- kumen sie wol gartn kaufen, wie inen ir aiden hieobgegriffen zulusst.*)

Auf mitwoch den 5. ianuarii a. 1564 hat man etbar rat diesen hureben verzeichneten gezurk dermassen geendert, das derselb allain auf zwei meil wegs zugerings umb diso statt gestellt worden.*)

5 Jan
1564.

*) Durchstrichen **) Randbemerkung.

18) Eid und Ordnung der Blättersetzer.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 166.

Die blettensetzer schweren aid zu gott mit aufgebotten fingern, das sie ainem ieden geschworen gewurk kain ander blatt oder geschirr machen sollen noch wöllen, dann das zu iedem derselben gewurk die rechten zal und braitin hab, und ain ioder soll auf ain ieglich geschworen blatt, das er gemacht hat, sein zeichen neben dem Ulmer schiltlin stossen getrewlich und ungefärllich.

Weiter soll den blettersetzern mit ernst und bei straf ains guldins aufgelegt werden, das sie weder in noch vor der statt ainander ire kunden nit absetzen, auch sonst durch andere mittel und fur sich selbs der arbeit nit nachtrachten, es werden dann sie begert.

21. Jan.
1567.

Actum freitags den 31. ianuarii a. 1567.

[Folgt eine Ratsentscheidung betreffs der Leinwandblätter.]

19) Eid und Ordnung der zünftigen Weber.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 197—204.

Die Absätze 7, 16, 17, 22, 24, 25 und 31 fehlen in der Gänzeberordnung. Vergl. Urkunde Nr. 20.

Der zunftigen weber aid, den sie aller iärllich umb Michaelis zu der schaw schweren und in verkundt wirt.

[1] Du wirst schweren ain gelerten aid zu gott, das du die nachgeschriben artikel seit sant Jacobstag nechst vergangen gehalten habest und furo durch dich, dein weib, kind und eehalten zu halten schaffen wöllest bis auf die zeit und man zunechst wider von newem der sach halb schweren wirdet, alles aufrechtlich, redlich und ungefärllich.

[2] Des ersten, das du oder ander von deinen wegen in der obgeschriben zeit an kain andere schaw gewurkt habest noch hinfuro wurken wöllest dann her gen Ulm an die geschworen barchantschaw, und die barchanttucher alle, desgleich die bletzen, an die obgeschriben schaw zu legen, sie seien ubel oder wol geraten. Doch so mugen sie barchantbletzen bei drei ellen lang ungefärllich und nit daruber wol verkaufen und nit an die schaw legen.

[3] Item das du auch furo kain aubentheurtuch, weder auswurf-, abschelet-, kart- noch scherwoll, noch sunst aus kainerlai ander solicher böser woll, wie die genant werden mag, selbs wurken noch desgleich deine weib, kinder, knecht, eehalten noch niemant andro von deinen wegen wurken noch zewgen lassen wöllest in kain weise noch weg; dann wöllicher oder wölliche

das überfören, der- oder dieselben sollen darumb als aidbruchig gestrafft worden.

[4] Item was barchanttuch du durch dich oder ander von deinen wegen in der obgeschriben zeit gewurkt habest oder wirken werdest, das die aus woll, so sie zu Ulm durch die geschwornen wolschawer geschawet und an der schaw bestanden, gewurkt seien und gewurkt werden sollen.

[5] Item das die barchanttuch, die du in der obgeschriben zeit durch dich oder ander von deinen wegen gewurkt habest oder noch wirken wirst, die rechten fedenzal und brantien haben ungefährlich

[6] Item wenn du woll kaufest, das du dir in dem kauf nicht zu fur den auswurf stimmern, sonder den auswurf schawen lassest die, so darzu gesetzt sein, und denselben auswurf allen alsbald, der an der gret abgewegen wirdet einem gretmaister oder andern, den das befohlen wirdet, an der gret selbs antworten oder antworten lassen wolest, damit sollicher auswurf kom und gathan werd in die behaltens darzu gemacht und turo verbrant und sunst in kein ander weise noch weg verurckt noch verendert werd.

[7] Item du sollst auch desgleichen den auswurf von verwerfner woll oder abschelt, die du kaufest zu regentachern, auch an die gret tragen, dem gretmaister oder andern, den das befohlen wird antworten, damit sollicher auswurf auch kom in die behaltens und mitsamt dem andern verbrant werde.

[8] Item die woll, so du kaufest, das du die durch dich selbs noch niemant von deinen wegen wider verkaufest gegen niemant andern.

[9] Item das du durch dich selbs noch ander von deinen wegen niemant kein tuch schawest noch schawen lassest under deinem zeichen.

[10] Item das du durch dich selbs noch ander von deinen wegen niemant schawest noch schawen lassest, der an die schaw sie zu Ulm mit geschworen hab

[11] Item wenn du durch dich oder ander von deinen wegen schawen wolest, das du nitwegen binden anlegest und kein tuch unerlaubt herfur tragest, ausgenommen anzachtige tuch.

[12] Item das du die barchanttuch, so du wurkest oder wirken lassest, hinfuro nit anders bimsest oder bimsen lassest, weder durch dich selbs, dein weib, kinder oder erhalten, dann allein die vor dem mann, das ist under dem stul, an mal ziemlich bimsest oder dein knecht bimsen lassest, und noch dem stul die weiter weder bimsest oder austreichest in keinen weg, dann wollich das überfören, will an ersamer rat als aidbruchig wie sich geburt strafen und darinnen niemant verschonen. doch des gewertern anfangs: welcher maister an

pfund woll inen zentner nach anzahl zugeben nit mer schuldig.
sonder tod und absein.

[Die Urkande bringt des weitern eingehende Verordnungen
über die Herstellung des Golschengewirke.]

So folgen hernach die artikel, so zu halten verkündt
und nit geschworen werden.

[21] Item wenn die aid wie vorstatt geschworen sind, so
soll man in verkünden, das sie sich huten, das die barchant-
tucher, die sie schawen, weder in kellern noch anderswa
gemelzet noch genezt seien durch sie, ire weib, kind, erhalten
noch niemant andro von iren wegen, das sie auch alle und
jegliche der schaw aufgesetzten ordnungen aufrichtlich halten
bei den penen, die darauf gesetzt sein; und an welchem in den
dingen getard erfunden wurde, den wolt am rat nicht bei den
vorausgesetzten penen beileiben lassen, sonder an leib und gut
strafen nach gestalt des überfurers und der verhandlung.

[22] Item man soll in auch verkünden das ain jeglicher
durch sich noch ander von seiner wegen bis auf die zeit und
man zu recht wider vor newem schweren wurdet, nicht anders
wurk noch wirken lasse dann barchant oder abschelet, wol-
liches ainem jeglichen allerfugsamest sei, doch mit sollichem
unterschied, fahle er an, den barchant zu wurken, das er dann
allain den barchant aus geschaweter bestandler wolt, wie
hievor in dem aid gelawtet hat, wurke oder wirken lasse und
gantz kain abschelet, desgleich und herwiderumb fahle er an,
den abschelet zu wurken oder zu wirken lassen, das er dann
allain den abschelet wurk oder wirken lasse und gantz kain
barchant, wurde aber iemant, der das ain, widers das ware,
zu wurken angefangen hette, zu schwer, dasselbig gantz auszu-
wurken bis auf die zeit und man von newem wider wurdet
schweren, und er wolte vermeiden, mit dem ndern seinen
bessern nutz zu schaffen, so soll er doch fur sich selbs der
ding kain endering thun, sonder das an seinen zunftmeister
bringen, das furo an ain rat zu tragen, und was dann ain rate
dem oder denselben in den dingen nachlasset oder zu thun schaffet,
das soll sein bestand haben und getrewlich gehalten werden.

[23] Es ist auch ain rat angelangt, das etlich sich under-
standen, die schlechten gelb zu machen und die wepau damit
zu farben, das hat ain rat verbotten, also das niemant hinfuro
mer bei dem aid die schlechten gelb machen solle.

[24] Item wenn die vorgeschriben artikel verkündt und zu
halten geschworen werden, welliche zünftig weber dann nit
anheimisch oder gegenwärtig sein, die sollen aufgezaumet
werden, die aid on vorzeichen zu schweren, wie die ndern
gethan hand und vor gelawtet hat.

[25] Ferrer nachdem ain rat angelangt hat, das der
artikel des kreidstans halb hievor angezogen nit gehalten

werde und die barchanttuch werden bereit mit dem kreidstain und andern anders, dann der artikel zu erkennen gibt, das ist ainem rat unleidenlich und sein ernstlich mainung, das derselb artikel hinfuro gestracks gehalten und die barchanttuch nicht anders dann mit dem mörpims und dem nagel bereit werden, wie dann der artikel, so hiorvor im aiden begriffen ist, zu erkennen gibt. dann wer das uberfure, es weren maister, frowen, kind, mägt oder knecht, die will ain rat bestuklich an leib und gut strafen. ain rat hat auch den roschawern auf die aid befolhen, ir aufmerken zu haben und wa sie gefährlichkeit finden, dieselben tuch aufzuheben und zu rügen.

[26] Furo hat ain rat strenklich, ernstlich und festiglich zu halten furgenommen. geordnet und gesetzt, das nu hinfuro kain burger noch beiwoner hie zu Ulm oder anderswa wonhaft und geessen, die ainem rat und gemainer statt Ulm zu versprechen steen, kain stob- noch aubentheurtuch mer weder inner- noch ausserhalb der statt, auf märkten, in messen noch sunst mit kaufen, verkaufen noch auszäpfen, desgleichen auch nit wurken noch wurken lassen soll anders dann zu ainem aigen bruch, wie das hiorvor bei dem aid zu halten angesehen und erlaubt ist. es sollen auch furnemlich sölliche stob- oder aubentheurtuch von kainem burger noch einwoner hie niemants frembder weder kauft noch verkauft werden, sonder auch zu dem mit söllichen stob- oder aubentheurtuchen ainichen handel oder gewerb scheckiern noch anders treiben in kain weise noch weg, sonder so soll ieder menklich in der statt hie zu Ulme furbaahin der stob- und aubentheurtuch mit kaufen und verkaufen und in ander wege, wie hiorvor gemeldet ist, mussig steen; dann wöllicher oder wolliche das uberfuren, der ieder und iedes, als oft und dick das beschehe, soll und muss von ainem ieden solichen stob- oder aubentheurtuch insonder zu rechter pen und buss unablasslich zu bezalen verfallen sein und geben zehen guldin Reinisch.

[27] Weiter ist aber ernstlich zu halten gesetzt und verboten, das die barchanttuch mit dem brief gezeichnet weder hie noch an andern enden sollen geblacht, sonder mit den briefen nit anders gehandelt werden, dann das die briefzaichen hie zu Ulm gefärbet und an andere end zu ferben nit gefurt noch geschickt werden sollen in kain weise noch weg. dann wollicher und wölliche das uberfarn, der ieder und iedes soll von iedem briestuch insonder zu rechter pen und buss unablässlich zu bezalen schuldig und verfallen sein zwen guldin Reinisch.

[28] Ferrer ist der bletzentuch halb, damit dann bisher allerlai gefar gebraucht worden ist, so an die schaw gelegt werden, geordnet und gesetzt, das nu hinfuro der geschworen

aufstosser kein bletzentuch, das auf die tafe! zu schawen gelegt und von der schawern gerecht erkannt wirdt, bei seinem aid von der tafe! mit lassen soll, er lab dann vor sellich bletzentuch mit dem zucken darzu gehung auf alle nat gestossen, also das das zeichen über die nat bald bletzen begreif als dann licher die bletzen, so von den tuchen, die an der schaw zu lang erfunden, geschitten dem aufstosser und andern worden sind, also hat ain rat aus ursachen in darzu bewegende geruuet und gesetzt, das nu hinfure dieselben bletzen dem weber, des das tuch, davon der bletz geschitten ist, geben werden und folgen soll.

29 Auf freitag nach dem newen iar a. 1537 ist ain erbar rat berath worden, das hinfure all weber, so an der schaw alther wuket, schworen sollen, das sie die woll in kein behausung oder keinem spinner auf dem land, alda zuvor Hübner, Weysserhöfner oder andere woll, die mit an der schaw zu Uim bestanden ist, zu spinnen geben, sonder sich des in nitweg zu entlieden, es sollen auch die spinner inen globen, das sie kein andere woll im haus haben noch einnemmen wollen, diewel sie Uimer woll haben.*

3. Jan.
1537.

30 Es hat auch ain erbar rat aus darzu bewegenden statthelichen ursachen entschlossen das Uimur an ieder weber, so an die geschwornen schaw alther gen Uim wuket, neben andern puncten schworen soll, dass er auf den landstrolchen auslendischen fachs, so man von Lubek gen Leipzig, von Leipzig gen Nürnberg und von Nürnberg alher gen Uim zu furen pflegt, dergleichen auch auf das garn so daraus erzeugt und gesponnen, wa in schade zukom, es sei an langen oder kurtzen ricken, an wepfen oder erst, wie das sei, und furtur sein geflissen acht und aufmerken haben und dasselb zu dem geschwornen gut, namlich in den barchant noch golschen, nit wuken, branhen oder komen lassen soll noch woll in kein weis noch weg.

Actum freitags nach omnium sanctorum a. 1537.

2. Nov.
1537.

31 Es soll auch furohin ain ieder weber den dradel oder fasten an ainem roten barchantuch selber herdschneiden, es er die tuch auf der schaw legt bei straf ans schalting bailer.

Actum samstags Laurenti 1538.

10. Aug.
1538.

20) Eid und Ordnung der Glüweber.

U. St. A. K. u. O. B. D. Bl. 216—214.

Folgen die Absätze 1—5 des Zunftweber-Eids Urkunde Nr. 20.)

Du wurdest auch bei deinem geschwornen aid dein fleissig und getrew nachfrag und aufmerken haben, ob iemant deus

*) Randbemerkung: Ist abgethan.

hantwerks in dem flecken, darinnen du gessen bist oder in kunftig zeit sitzen wurdest, es sei in stätten, märkten, dörfern, weilern oder höfen, an ain ander barchantschaw dann alher gen Ulm barchant wurken wurde, das du alsdann von stund an unser geschaw meidest und daran bei deinem geschwornen aide nit mer wurkest so lang und vil, bis dieienen neben dir, so an ain ander schaw als obset gewurkt, ir furnemen abgestellt hetten. dann wa du das wissentlich verbrochest und nit hieltest, so wurd gegen dir mit straf als ainem mainaiden gehandelt.*)

Und zu dem, wölliche gewweber, so auf dem land neben andern in ainem flecken gessen sind, die her an die schaw wurken, nu furohin ferrer und mer aubentheurtuch wurken oder wurken lassen wurden, das alsdann dieselben weber und auch die andern weber all in demselben flecken an denselben orten und enden, da dann die aubentheurtuch gewurkt werden, sesshaft weren, sie haben bisher an die schaw her gen Ulm gewurkt oder nit, uber den aid furo nicht mor an die schaw her gen Ulm wurken, noch zu wurken zugelassen werden sollen in kain weis noch weg.

[*Folgen die Absätze 19, 20, 4—6, 8—12, 23, 14, 13 des Zunftweber-Eids.*]

Item ain ieder, der her an die schaw wurken will, der soll kain femel noch hanf zu kainem barchant wurken noch brauchen in kainen weg, weder er noch niemant von seinenwegen.

[*Folgt Absatz 15 des Zunftweber-Eids.*]

Das du auch hinfuro bis auf ains erbarn rats endern kainem garnsieder mer lons gebest dann von ainem pfund barchantgarns sechs häller und von dem golschengarn nit mer dann funf häller von dem pfund.

Item das du auch in der obgeschribenen zeit durch dich selbs noch ander von deinen wegen nit mer denn mit zwaion stulen gewurkt habest noch wurken wöllest weder in deim haus noch ausswendig deins haus, sonder aigner maister seiest und aigen roch und werkstatt habest.

Item es soll auch dhainer kain tuch under dem thor von den karren zucken, damit das kain gelöff oder gerenn werd in der statt.

Item du solt auch furo auf sant Jacobs aubent was gewurkter tuch du habest herauftragen und furo kains mer.

[*Folgt Absatz 18 des Zunftweber-Eids.*]

Allen gewwebern, so alher gen Ulm an die schaw wurken, soll in ir aid gegeben und eingebunden werden, furo kain blatt

*) Durchstrichen.

mer, daraus sie barchant wurken, zu furen, es sei dann alhie zu Ulm von den geschwornen blettsatzern gemacht.

Das sie auch ir bletter, so sie setzo furen, mit mer oder lenger gebrauchen wollen, sie haben dann die hievor alhie zu Ulm besetigten und berechen lassen, alles bei geschwornen irren adeu.

Actum sonntags nach Ursule a. 1523.

24. Oct.
1523.

Folgen die Absätze 29 und 30 des Zunftweber Eids.

Es soll auch furoria ain ieder maister den dradel von den an irren barchantuchern, eo sie zu schawen furlegen, von derselben schneiden oder schneiden lassen. dann welche das nit thaten, die sollen von ainem ieden tuch, das sie also onabgeschnitten furgelegt, allain und besor der dem aufstosser auf der schaw von stund an ain schilling halber zu strit geben, bezalen und dann der aufstosser den dradel selbs von den tuchen schneiden. darnach wiss sich ain ieder zu richten.

Actum montags nach Egidii a. 1538.

2. Sept.
1538.

So volgen hernach die artikel, die vorgelesen und verkündt und mit im aid begriffen werden.

[Folgen die Absätze 21 und 26—28 des Zunftweber Eids.]

Die gewwober sollen auch schweren: wollicher hinfuro barchant an die schaw alhier gen Ulm wurken wolle, das er dann alle wepfen, so er darzu braucht, selbs machen und zeugen und kein wepfen verkaufen oder mer wepfen machen wolle, dann er selbs verwurkte und das auch ir kainer das garn, so er also zu den wepfen brauchen wolle, gesotten kaufe, sonder so soll alles garn, so er darzu kauft, roch und ungesotten sein.

Actum mitwochen vor Galli a. 1507.

12. Oct.
1507.

21) Neue Weber-Ordnung.

U. St. A. P. B. VI. 17. q. L.

Die Ordnung ist vom September 1575. Vergl. Urkunde Nr. 16 S. 37, Zeile 7 von unten.

Nachdem mit dem leinwat- und andern gewurk bisher allerbant unordnung und missbrauch furgangen und durch das erber handwerk der weber umb einsehung und abstellung desselben verschmer zert bei ainem erbarn rat mermals gantz flehlich angehalten und gebetten worden, so hat derowegen wolermelter ain ersamer rat aus sonderm wolmeinendem gemut, damit er nit allain inen den webern, sonder auch gantzer seiner gehebbten burgerschaft gantz vätterlich und wol gewogen, dises sach durch etliche seiner sonderbarer hierzu verordneten statlich beratschlagen lassen, auch solliches alles selber auch

weiter notwendig erwogen und bedacht und sich also hierauf hernachfolgender ordnung vergleichen und entschlossen, und lässt dem allem nach gemaine gantz maisterschaft der weber mit sonderm ernst gantz vütterlich erinnern und ermahnen, derselben bei den darauf gesetzten sonderbaren strafen geborsamlich zu gehorchen und nachzukommen und zu anderer weitem straf kann ursach zu geben.

Folgt die Ordnung:

Es soll hinfuro ieder weber zu allen gewurk, wie die genannt oder gehaissen werden mochten, mit mer dann in gemain vier stul solchermassen und gestalt gebrauchen, nämlich mag er an barchant, an bomasin, an golschen und an stul zu bruten oder schmalen leinwatstucken, oder aber zwen barchant, an zu bruten oder schmalen leinwatstuck und an stul zu hausleinwaten umb lou, oder aber zwen stul zu bruten und schmalen leinwatstucken, ain stul zu hausleinwaten umb lou und ain stul zum barchant, oder aber a n stul zum barchant, ain zu bruten oder schmalen leinwatstucken und zwen zu hausleinwaten umb lou auf ainmal luren und halten, doch so soll kain weber, der das hantwerk treibt, dem andern zu wurken geben, noch vil weniger ainer den andern verlegen oder sein gewurk abkaufen. wan aber an weber weder barchant, golschen, bomasin oder leinwatstuck und also nichtzit anders dann allam kelsch, federlin, schlater, satzenetlin, useltucher, handzwehlen, regentucher und hausleinwaten wurken wolt oder wird, dem soll zu demselben, er wurke gleich umb lou oder mit, vier stul verwilligt und zugelassen sein, welche aber den obgeschribnen articul oder puncten abtretten, die sollen mit gantzlicher underlegung des hantwerks, oder im fall sich ainer hierin so gar gefärlch und ungehorsam erzügte, noch weiter an lob oder gut gestraft werden.

[Folgen Verordnungen betreffn des Leinengewirke.]

Wiewol auch zum neunten ain ersamer rat verfloessens 69. mit dem erlairen hantwerk der weber aus sonderm gunst, damit er uno ieder zeit gewogen, furkomeich aber amb diser ursach willen, das damalen mit geringen mangel an lre wollen erschienen, bewillgt und zugelassen, das sie den bomasin auch aus abschelet wurken mogen, so kompt doch anetzo er ain ersamer rat in glaubwürdige erfahrung, das damit allerhand gefar, vortail und betrug getraucht und furgekommen wurden. darowegen und damit demselben bei rechter zeit begegnet und gewert werck, so lässt dem allem nach wolcmeelter ain ersamer rat allen maistern beineltis weberhantwerks durchaus in gemain und ainem reden insonderheit hiemit bei seinem burgerlichen aiden ghibeten, ermahnen und erinnern, das hinfuro und so lang es ine ainem ercennen rat fur gut ansehen wurdet iren kaiser

ainichen bomasin mer aus abscheket, sonder allain aus geschawter, guter, bestandner woll, auch lit anderst dan mit der mas, wie es hernachfolgende ordnung vermag, warken solle noch wolle.

Gleichfalls ist auch sein ain ersamen rats erustlicher befehl und mainung, das hinfure kein weber keine bomasin mer, unmassen ietzt an zeit her beschien, umb lon wirken, noch vil weniger ainiche woll darauf annemen und empfangen, sonder derselben allwegen wie den barchant frei verkaufen und hingeben soll.

Es soll auch hinfure zu keinem gewurk, wie das namen haben mag, gar kein abscheket gebraucht noch genommen werden, es were dann, das ime ein weber zu den leuten wie von alter gebrauchten wölle, abdann soll es ime unabgestriekt und zugelassen sein.

Welcher aber hiewider in ainichen weg verachtlich und ungehorsam handlet wurde, den will wermester ain ersamer rat als aidprichig und seinem verschulden gemess strafen.

Es soll auch under den im eingang angezaigten vier stulen ainem nit mer und weiters vergont und zugelassen sein dann mit ainem stul bomasin zu wirken, und ob er woll den andern stul mit barchant zu furen, wolte aber auch mit zweien stulen barchant wirken, das an er nit mer dann mit ainem stul bomasin wirken solle, also das es in allweg bei den dreien stulen wullins gebrauch bleibe.

Item des bomasin darzu gesponnen wullin garen belangt ist geordnet, das solicher bomasingesponst ainer in seinem haus oder wa er in der statt alhie underringen kann, zu spannen geben mag, aber ausserhalb auf das land nit in kamen weg bei straf von jedem pfund fünf schilling haller.

Aber den fremden gewerhern soll in allweg abgestriekt sein, kamen bomasin uberz, wie men dan ein solichs bei irn aiden verboten, zu wirken.

Ferner soll aller bomasin, so wie gemelt alhie gewurkt wurdet, durch ain ersamen rats verordnete rauchbarchantshawer auf dem rathaus im kantenhaus geschawt werden und allen wobern bei irn aiden verboten sein, wie sie dann daselb auch iärlich schweren sollen, das ir keiner kein stuck bomasin hingeben noch verkaufen sollen, es sei dann zuvor, wie hernach weiter gemelt wurdet, geschawt, gestupft und bezahnet worden. mit welcher schaw es dann also gehalten werden solle, das namlich die schawer sollich schawen des bomasin allereist, wan ir iedes tags den andern rauhen barchant gar aufgeschawet und sie also ein solichs zu thun der barchantshaw halben statt und gelegenheit haben, furnemen, das auch zwischen Jacobi und Michaelis mit dem bomasin wie

mit dem andern barchant kein schaw fargeen und gestattet werden solle.

Und nachdem aber ungezweifelt solch bomasin der gantz halber ungleich gewurkt und sich je ein weber denselben zarter und rainer dann der ander betriessen würdt, so sollen sie die schwer alle und jede stuck bomasin, so zur schaw aufgetragen werden, der lengin, brautin und gute halben schawen und folgends daseselben nach der schaw mit dem gantzen oder halben rosen stüpfen und bezeichnen, wie sie es an jedem stucke bomasin gute und gestalt nach fur billich erkennen und an solliche mit dem grütschen barchant im gebrauchen haben.

Fürnemlich aber soll dies bomasingewurk zwei unterschiedliche sorten oder gattung, als brat und schmal bomasin, also das der brat sibenzehnhundert faden haben und neunundzwainzig ein mit fugegesetztem dünnen lutz sein solle, darumb dann verordnung beschehen, das der vorangeregte tisch, so zum leinwatgewurk vorhanden, mit einem anhangenden flügel, so dritthalb elc helt, lenger gemacht werden, sovil nun den schmalen bomasin anlangt, darmit soll es bei der barchantlengin, fadenzal und desselben tisch bewaren und bleiben, und also weder der brat noch schmal bomasin mit kurtzer noch lenger dann wie gemeit gemacht werden.

In alweg aber und unth weniger betrug und vortads willen soll diesem bomasingewurk eben als wol als den leinwat zu vierteln oder so oft es die fadenzeler, denen solliche zu verrichten anverleget, fur gut ansicht, abgeschnitten und die faden gezelt, auch mit führung des blatts an gleiche manning haben, als namblich soll hierzu kein ander blatt weder durch die bleitsetszer gemacht noch von den webern gefurt werden, dann zum braten aus, so sechsthalb viertel helt, und zum schmalen bomasin aus, wie zum barchant gebraucht würdet, alles bei straf von jedem überfarn zweier guldin, davon der ein einem ersamen rat und der ander dem hantwerk zugehören solle.

Sousten soll jeglicher weber vom braiten bomasin, der an gantz rosen, vier schilling, und von dem so an halben rosen, fünf schilling, dergleichen vom schmalen bomasin, so an gantzen rosen, dritthalben schilling, und von dem, so an halben rosen, viertthalben schilling zu schawgelt bezahlen. So aber sollich brat oder schmal bomasingewurk lanweg geschickt, soll ein hieiger burger, der fur sich selber damit hantwert, ou aus ersamen rats gret von welchem stuck drei, und der frembd oder distenige burger, so andern factorieren, sechs pfenning fur den zell erlogen.

Im fall auch die verordneten schwer bei irem aid nit erkennen konnten, das weder der brat noch schmal bomasin des zeichens der gantzen oder halben rosen nit würdig, sollen

sie demselben gar kein zeichen geben, sonder in der mitin ungefähr ander span lang am schritt darein thun und nichtsdestoweniger das schawgelt wie von einer halben rosen, als namlich vom branten vier und dem schmalen bomasin drei schilling, nemen, damit er danocht fur den andern, so an der schaw bestanden, erkannt und niemants damit vervortalt oder betrogen werden mochte.

Nachdem auch bisher dieses bomasingewerk, nachdem es geterbt, wider geschawet, aber einem einamen rat darvon gar nichtit uberal gegeben noch bezahlt worden, so ist derwegen sein ain ersamen rats manung und befehl, das solches bomasin umb wenig betriugs und vortails willen, der bisher damit fargangen, nach fargangter schaw ain blei, als dem branten ain gantzer und dem schmalen bomasin ain halber adler, inmassen mit dem gulichen auch also gebrauchig, angehenkt, folgend durch den feiber, namlich vom branten ain und dem schmalen bomasin vier pfening, und im fall er damit an der schaw verfallen und nit bestanden, noch weiter ain schilling, damit er zu besserm fleiss angerait und getrieben, erlegt und bezahlt werden solle.

Weiter sollen die weber, wann sie am barchant und bomasin mangel und schaden wissen oder befinden, dasselb den schawern den nechsten anzeigen, welche aber solchs verschwiegen, deren ieder soll umb zwen guldin gestraft und der ain einem rat und der ander dem ersamen hantwerk der weber gefolgt werden.

Iter brant oder fleckbarchant ist folgender gestalt zu werken bewilligt und zulassen, das er an der fadenzahl 2400 faden haben, zwo ein brant und 38 ein lang sein und also geschawet werden soll, als das dem ersten stück das sigel mit dem ochsen, folgend dem andern, so etwas geringer, drei schritt uberruck und an beiden zipeln das zeichen Ulm gegeben, aber der dritt gar zerrissen und das schawgeld davon also genommen werden soll, als vom ersten stück drei, vom andern sechs und vom letzten neun schilling, jedoch soll hierzu nit mer dann allain an stul gebraucht werden bei straf wie am allerersten artikel von wechslung der stul vermeldt ist.

Urschifals soll hinfuro einem jeden weber angesperrt sein, die Prismanische woll zu dem gretischen barchant zu gebrauchen, jedoch soll im kaner dieselb under den andern guten barchant vermischen, dann den rotschawern mit sonderm ernst auferlegt werden, denselben guten barchant desto fleissiger zu schawen, und da sie gewar werden, das bestimpte Prismanische woll zu dem guten barchant gebraucht werden, denselben barchant alsbald zerschneiden und darzu den weber umb ain pfund halber strafen sollen.

So soll es mit schawung dieses gretischen barchants

allermaassen wie mit dem andern barchant gehalten, von jedem stuck zwen schilling schwarzgelt genommen, da aber der weber denselben noch gespelt haben will, soll denselben nachfolgender gestalt wiltant werden, als das an dem anen ort des bleis das limer schüttlin und auf dem andern die drei buchstaben Um, aber dem gretischen barchant, so an der schaw verschanten werden, soll kann ander zahlen, das an beiden orten jedes zipfels an brelzachen gegeben werden, es soll auch der weber vor jedem stuck zwen pfennig zu siglen bezahlen.

Mein gunstigen herren stettrechner sollen verordnung thun, das dem rohen gretischen barchant, so mit abwesender ausserhalb der statt an frembden orten gearbt wart, kann blei ingehonkt werde.

17 März
1581

Actum freitag den 17. marti a. 1581.*

[*Folgt eine Verordnung wegen Benützung des neuen Seidengewirks.*]

Hinfuro soll auch weder ain hieiger noch frembder ausslondischer maister weberbantwerks auf ainmal mer mit danu zwen garakenthin thun, dieselbigen auch alsbald abwegen und bezahlen, alles bei straf aus halben goldins, wechls straf danu, da sie von den hieigen webern verurkelt, dem hantwerk, da sie aber von den frembden verursacht, den anungsherrn zugehoren soll, im fall aber ain hieiger oder frembder weber drei keuthin zu unterschiedlichem wert zumal antreffe, der mag es wol ungeacht dieser verordnung nach annehmen, jedoch dieselbigen auch gleich abwegen und bezahlen und allererst hernacher, aber in abweg diesem articul und verordnung gemess andere oder weitere keuthin thun.

Als auch zum zehenden an ainem ersamen rat etwas beschwerdeweise gelangt, obwohl die barchantweber gern barchant wunten, so konnten sie doch die spinnerin und knappen nit uberkomen, dieweil sich dasselbig gesind inverteils umb desswillen auf das leinngewirk begibt, das es mit demselben vil ain meers dann mit dem barchant weichen kan gewonnen und fur sich bringen kann, derwegen und damit danoch der barchant nit in noch weitem abfall gerate, sonder hinfuro in grosserer anzal gemacht werden mocht, so hat derwegen ain ersamer rat nit underlassen konnen oder miger, den spinnerin und knappen alles gewerk etwas andert und gleichmassiger dann hucor gewesen, zu bestimmen und zu setzen, als namlch soll hinfuro bei ainem ersamen rats widerverordening von ainem pfund barchantwoil neun pfennig und von ainem secklin, so sechs pfund helt, neun schilling entricht und bezahlt werden, jedoch solle der spinner schuldig sein, dem geschwornen

* Randbemerkung.

turman sein gepurent furgelt, als von jedem socklin fünf pfening, zu geben.

Item von ainem pfund bomasin, so allain, wie hievor auch gemelt, alhie und sonst nement gesponnen, soll zu spinnen gegeben werden sechs kreuzer.

Dergleichen soll hinfuro ainem ledigen barchantknappen von ainem werk oder drei tuch durch das ganz iar, sommer und winter, funfzehn schilling, und ainem hausknappen achtzehn schilling gegeben, jedoch ainem ledigen knappen wie von alter sieben pfening in die kurlun abgezogen werden.

[folgt die Festsetzung des Lohns der Leinwandknappen.]

Von ainem branten bomasin soll hinfuro ainem ledigen knecht fünf batzen und ainem hausknappen sieben batzen zwen kreuzer, aber vom schmalen bomasin ainem ledigen drei batzen und ainem hausknappen funfthalb batzen zu werken gegeben werden.

[folgt die Festsetzung des Lohns der Golschanknappen.]

Gleichfalls soll ain kartetscher von zweien pfunden, es sei gute woll oder abschelet, zu kartetschen oder zu streichen gegeben werden drei kreuzer.

[folgt die in der Urkunde Nr. 15 Seite 37 abgedruckte

Verordnung betreffs des Garnsiedens vom Septbr. 1575, sowie eine Einsparfung der alten Verordnung, dass der Baumwollauswurf an die Grot zu bringen ist. Vergl. S. 54.]

Furs dreizehend sollen alle wollherrn verglubt werden, hinfuro die wollen nach vormerter schaw an kain feucht ort zu legen, sonder die also bleiben zu lassen, wie sie geschawet und damit gantz kainen, vortal uberall zu suchen und furzunehmen in kainen weg, alles mit diem ernstlichen verwarnen, welcher hieuber gefehrlich oder strefflich handeln und erfahrr wurde, den wil er, am ersamer rat, zu leib und gut strafen und seiner mit nichten verschonen, wie dann die wollscharer hiemit erinnert und ermaant sein sollen, in der schaw auf die woll desto geflassner aufmerken zu geben, damit von inen kain ander woll, weder ir ordnung vermag, geschawet werde.

Als auch zum vierzehenden die erbar weberzunft von alter im gebrauch gehabt, iren nutzungen zu gut die woll tuchweis auszuwagen, inmassen solliche jetzo die wollherrn thun, und nun dasselbig gemeiner zunft, bevor aber dem armen maister gantz nutzlich und erspriesslich, so ist derowegen aus ersemen rats meinung und gunst, das sie ain solliche, inmassen sie es dann irem fugeben nach schon wider also argericht, wa muglich forthan beharren, damit der gemein arm maister auch zur wollen komen und sein web und kind mit seinem hantwerk hinbringen und erneren konde und moge.

Es soll auch hinfur niemants nichtzit anderst machen,

quateraber aufgethan und alsdann alles gelt in vier gleich teil getailt werden und jeglichem schawer ein teil und dem knecht auch ein teil davon gegeben und widerfuren.

Zum andern, so soll ein jeder weber schuldig sein, den auswurf von jeglichem kowlen, so under einem sack woll ist, in einem monat dem nechsten, und von einem kauf, so in ganzer sack oder daruber ist, in zweien moneten dem wohlherra zu uberantworten, es were dann, das einem weber darin etwas mangel beggerte, alsdan so soll er denselben mangel an den wohlherra bringen und die zeit mit desselben wollen erstrecken und erlangen.

Und zum dritten, wann und auf welche zeit furhin der auswurf verheurt wurdet, so soll von den stettrechnern ein knecht darzu verordnet werden, der darbei seie und von dannen mit kom, bis das der auswurf gar und gontzlich vertriehen und davon nichtzt mer uberg und empforn ist, damit abermals allezu reden und gefu verhalt werden.

Actum freytags nach dem heiligen auffartag a. 1511.

30. Mai
1511.

23) Eid und Ordnung der Auswurfschauer.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 232.

Die drei schawer so von dem zunftmeister, den raten und zwelfmaestern der weber aus irer zunft zu der auswurfschaw erwelt werden, sollen schweren eid zu gott dem allmaechtigen mit aufgebotten fulgern, allen auswurf hie zu Uam in der gret an dem ort men dazu geordnet und sonst nembet inderstwo mit fien zu schawen, wie von alter herkomen ist, und nemlich gut acht und aufmerken zu haben, wann men ein sack oder auswurf nass oder fawet farkomen wurd, das sie dann denselben verwerfen, und den, der sellichen nassen sack oder auswurf bringt, mit ade statt globen lassen, denselben zu tricknen und darnach wider an die schaw zu legen.

Wann auch ein auswurf oder abschiet zu faust wer, das sie dann verschaffen, bis sellicher auswurf oder abschiet wider abgezopft oder abgeschelt und darnach wider an die schaw gelegt wird.

Wo sie auch in einem auswurf guesch oder das von den spinnern kompt, alt stann, so rat von der woll kamen, erfunden, das sollen sie alles daraus thun und werfen.

Erfunden sie aber ein auswurf mit stannen oder andern so gefurlich, so sollen sie das in den zunftmeister, die rat und zwelfmaester bringen und furter dieselben darin handeln lassen, wie sich geburt, und also in dem allem gleich und gemain zu sein, niemants zu verschonen und der schaw all

weritag, wann man auf der schaw schawet, in der gret zu warten von newnen bis die glock aiffe schlecht, getrewlich und ungefährlich.

24) Eid und Ordnung des Auswurfsehauer-Knechts.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 234.

So soll der knecht, der den schawern von obgemelten zunftmaister, räten und zwölfen zugeordnet ist, schweren, ain gleicher gemainer knecht zu sein, der auswurfsehaw die zeit wie die schawer getrewlich zu warten und allen auswurf, so bald der geschawet wirdt, von stund an von den schawern zu nemen und on alles verziehen in die camer under der gret, so darzu verordnet, wol versorgt und gemacht, und darzu im allain und sunst niemant ain schlüssel geben ist, gantzlich und getrewlich zu tragen, allda fleissig auszuschütten und niendert anderstwhin zu thun und die camer allweg wol zu besliessen und zu versorgen, auch die abschelet den wollerherren ordentlich zu antworten, alles getrewlich und ungefährlich.

Es soll ime auch des knechts ordnung und aid, der die regentucher misst, am 73. blatt hievor gelesen werden.

25) Eid und Ordnung der Fedenzähler.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 190—192.

Der burgermaister und der rat hie zu Ulme hand als von der fedenzeler wegen hinfuro bis auf ains rats abrufen oder endern festklich zu halten geordnet und gesatzet, das nun hinfuro der weber zunft, geschwornen, zunftmaister und zwölfmaister zu ieglichen zeiten, so vil und dick des notturft sein wirdet, die fedenzeler erwelen sollen, das auch dieselben fedenzeler nu hinfuro niemants schonung haben, sonder die fedenzeler sollen gon zu zunftmaister-, ratgeben-, zwölfmaister- und fedenzelerhewser und darin die ding ersuchen gleicherweiss wie in der ander zunftigen weber hewsern. doch in welches fedenzelers haus sie die ding ersuchen wollen, das der- oder dieselben fedenzeler alsdann davontreten, furnemlich das die fedenzeler, so ietzo sein oder hinfuro erwelt werden, schweren sollen den stettrechnern, das sie den gewwebern zu ieglichen fronfasten zu dem mindesten ainmal abschneiden und die fedenzelen, desgleich das sie den zunftigen webern ieglicher fronfasten zu dem mindesten zwaimal in die werkstatten und tunken gan und den barchant mit dem isen, wie herkomen ist, ersuchen, und was sie mit dem isen arkwenig oder gefarlich erfinden oder sie bedunket, das sie an demselben end die fedenzelen auch zelen und bussen, wie sein soll und darin niemants schonung haben,

sonder darin armen und reichen gleich und gemain sein und das gut notturtlich versehen sollen und wöllen aufrechtlich, redlich, getrewlich und ungesarlich.

Es ist auch den fedenzelern gesagt worden, als sie geschworen hand aaf mitwoch vor der heiligen dreier kunig tag im 80. jar durch meine herren die stettrechner Hannsen Ehinger von Pfaffenhofen und Cristoffel Krumern, wann man vor einem haus schon achrei, die fedenzeler komen, so sollen sie sich dess nicht bekumben lassen und nichts destminder in die bewser gen.

5. Jan
1590.

Auf donnerstag den 6. iunij a. 1555 ist den fedenzelern durch mein gunstg herren kotel Hannsen Bessern, Jacob Kraiten und Thomas Lebzelern, als derzeit stettrechnern, gesagt und befohlen worden, wenn sie hinfuro im abzelen der feden an den barchanttuchen über drei feden an einem oder mer barchanttuch weniger finden, dann die recht zal sei, so sollen sie das jedesmals an die herren stettrechner, so dann im amt sein, gelangen lassen, wenn aber ein barchanttuch allain aus oder zwaior feden mangelte, sollen und mogen sie den weber darumben strafen, wie sich inhalt der ordnung gepurt, es were dann sach, das einer in sollichem so oft ungerecht befanden, das ein gefar zu vermuten, sollen sie solchs ins den herren stettrechnern auch anzeigen.

6. Jan
1590.

Ordnungen von abschneiden, zelen und andern penen und besserungen gesetzt.

Item all temperlasten so schneit man an nem ieglichem ausweber ab ieglichem seiner tuch einem einen blotzen, und als vil man der blotzen abschneit, die sollen in zelen, die darzu gesetzt sind, und als oft man ieglichem weber abschneit einen blotzen, den man an dem zelen nit gerecht findet, als dick schneit man an ab einem andern tuch einen blotzen als lang, bis man die tuch gerecht findet.

Und ein ieglich barchanttuch soll an der wepfen an der zale haben und behoben 1200 minder 30 faden.

Item von den vorgerurten abg-schnitten blotzen geit man den webern, die die blotzen zelen, von ieglichem blotzen besonder zu zelen 9 haller und die geit die statt.

Item als meng faden an den gezelten blotzen minder dann die recht zal ist, geit der verlierer von ieglichem faden 3 schilling 4 haller, und dasselb gelt alles legt man in die schwabuch.

Und als vil also gelts von den verlornen feden gefelt, das wird halb der weberzunft und das ander halbtail der statt hie zu U.m.

Item den webern hie zu Ulme schneit man nit ab, aber alle quatambor so gant die vier weber, die darzu geordnet sind, die fedem zu zelen, beschen, zelen inen die barchanttuch in

der tunk, ee sie gewurkt werden, und so vil sie der fischen munder an den tuchen finden, als dick geit an, jeglich fischen auch 3 schilling 4 halber, und das wird aber der statt halb und der weberzunft halb.

26) Eld und Ordnung der Barchent-Fabrieute.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 217.

Da wirstest schworen ein gelerten ad zu gott dem allmachten, das du niemant kein tuch schawest, der noch her gen Ulm an die schaw nit geschworen hab, und das du kain woll kaufest, die du wider verkaufen woltest, und das du anwogen binden anlegen woltest nit kain tuch herfurtragen unerlaubt, ausgenommen anzechtuge tuch.

Item man soll in auf der aid verkünden: wellicher vor und der erst am thor ist mit den tuchen, der soll der erst sein mit dem auftragen, also das kain er far den andern lauf und kain gerenn in der statt mach.

27) Eld und Ordnung der Karter.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 161 163.

Dies nachgeschriben ordnung zu halten sollen ein fur all und jeglich karter, so zu ieden zeiten her gen Ulme an die schaw karten wollen, sie se en innerhalb oder ausserhalb der statt gesessen, den stettrechnern schworen, man soll auch kainem an die schaw her karten lassen, er hab dann der nachgeschriben aid geschworen.

Des ersten soll kain karter kainem knecht bei zal der barchanttucher bestellen, noch sie bei zal der barchanttucher nicht karten noch arbeiten lassen, sonder sollen die karterknecht bei jar, monat oder wochen bestellt werden, umb das sie den barchanttuchern, so sie der vin nicht nach arbeiten, dester rechter thuen und gethon mugen.

Item das auch kain karter dhan ander hartwerk treib, weder weben noch anders, sonder allein dem karten oblig und das treib.

Item ein jeglicher karter soll von jeglichem barchanttuch was zuehens das ist, sibem halber zu lon nemen doch also, das er sich desselben lon mit barem gelt bezalen lass und das er, sein weib, kind noch knecht, noch niemant von seinen wegen kainem kauf von dem maister neme noch n bratt, dadurch der vorgeschriben lon mug geringert werden oder dem abbruch beschich, und namlich so soll auch kain karter kainem maister auf die tuch leihen in kainem weg. welicher

also soll'chs überfört, den soll umb seinen lon weder durch burgermaister, rat oder gericht nichtzit erkannt oder gesprochen und darzu nichtzit destoweinger als mainaid g gestraft werden.

Es soll auch kein karter die kartenwoil kauem woher, der das hantwerk treibt, noch niemand andro zu kaufen geben, noch in sein selbs untz nit bruchen, sonder die zu ieden zeyten dem gretnaiser in die giet her gen llin bringen, und antworten, die zu verbrennen.

Item es soll auch ain ieglicher karter, er sei maister oder knecht, ain ieglich tuch mit dresen zugen karten und guten flis gebruchen, den tuchen ain gut gleich gewand zu machen.

Item sie sollen auch ain ieglich tuch über den tisch kernern, von ainem bom zu dem andern, und die barchanttuch nicht legen noch henken in die keller.

Item die karter sollen dbain frauenbild, es seien iro weiber, tochteren oder mägt, die tuch nit karten noch ausberraten lassen.

Und zu beschluss, so soll ain ieglicher karter ain besunder zeichen haben, und das auf ain ieglich barchanttuch, das er oder sein knecht karten, mit öflarh aufstossen auf den aid, umb das man den dingen nachkomen mog, ob das des karters halb geschwochert were, dem weber gebailiche ablegung zu thun.

Und das alles sollen all karter redlich halten, bis sie anderweit geschworen hand.

Und welcher der vorgeschriben stuck und artikel von maister oder knechten ihnen und gewar wurden, das sie die nicht gehalten und überfaren hetten, der soll das von stund an, als oft das beschicht, den stettrechnern auf den geschwornen aid furbringen on gefird.

Item die karter sollen auch bei irem aid kainem gewerber fur mer weder essen oder trinken geben, weder ambsonat noch gelt, die auch nit beherbergen in kainem weg.

Item neben den obgenannten artikeln, so die karter zu halten schweren, sollen die stettrechner den kartern sagen und verkunden, das ans erheim rats meinung sei und ain rat ernstlich zu halten angesehen und erraten hab, das furder kein karter noch iemands von seinen wegen kainem weder seine barchanttuch schawen lassen noch auch dieselben weder kaufen noch verkaufen, sonder desselbigen und aller hantierung mit den barchanttuchern gantz mussig stoen und allain seine hantwerks und des kuteus warten soll. dann welcher oder welche solichs nit thun, sonder in ainem oder mer dawider handeln wurde, der ieder soll und werd von iedem überfaren umb ain guldin Ransch gestraft, darnach sollen sie sich wissen zu richten.

Item es sollen auch die karter bei obgemeltem aid furder kein schaden mer, so sie dess an den enden der barchanttucher

am karten gewar werden, er sei durch den weber oder sie die karter oder ire karcht am karten gemacht werden, mit nuz vermaachen oder ausschneiden, sonder den selben schaden, wo der nu im selbs ist, unvermacht und unangegessnitten den schwern farkomen lassen, die selben tuch nach gestalt der sach in die farb oder sonst zu stralen wessen, dann welcher das ubersaren wirt, der soll umb ain pfund halber gestraft werden *)

16. März
1521.

Actum freitags nach Lotare a. 1521.

Es soll auch furorn kain karter von kainem barchant-
tuch weder wenig noch vil abschneiden in kainertlai wez
noch weg.

28) Neue Karter-Ordnung.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 163—165.

New ordnung und artikel der barchantkarter, welche aus
befelch aus orbern rats der barchantkarter-ordnung sollen
eingeleit werden, welche sie auch iurlich samt der andern
ordnung und artikel zu halten schweren sollen.

Erstlich so haben meine herren burgermeister und ain
erbarer rat der statt Ulm gesetzt und geordnet, das furorn
ain ieder, der das barchantkarter-hantwerk will treiben, das
der ieder dasselbig ain iur lang soll lernen. es soll auch kain
barchantkarter kain, der das barchantkarter-Landwerk von im
zu lernen begert, nit minder dann ain iur lang das karter-
hantwerk zu lernen annehmen. [und welcher also das karter-
hantwerk ain iur lang gelernt, das dann derselben ieder noch
ain iur nach dem leinemar auf dem karterhantwerk soll steen
und dasselbig arbeiten, sunst soll dain vergunt noch zu-
gelassen werden, das karterhantwerk fur sich selbs zu treiben
oder ain aigne werkstatt zu haben.**)

Zu dem andern, dieweil den barchantkartern bei iren
aiden gebotten und verbotten ist, das ir kainer noch niemants
von seinen wegen nit minder dann 7 haller, den gesetzten lon,
von jedem barchanttuch zu karten nemen soll, sie auch des-
gemelten lons nit baum gelt bezahlen soll lassen, so ist doch
ain erbarer rat grundlich bericht, das demselben nit gleib
worden ist, das auch den kartern mancherlai zamutungen
durch die weber in bezalung des gesetzten lons beschehen und
vil finanzen zu beeden teilen angereicht worden sind, dardurch

*) Diese Straffandrohung ist durchstrichen und folgende Note beigefügt.

9. Aug. Diese nderung hieoben ist beschehen auf ains rats entschaid freitags sant
1536. Lorenzenabend a. 1536.

**) Randbemerkung Ain erbar rat hat diesen hienoben unterzeichneten
13. sept. puncten abgethan laut des entschaida freitags den 13. septembris a. 1549
1547. ergangen.

der gesetzte lon geschwächt und dem abbruch geschichen ist, dasselbig zu furkomen, so hat ain erbarer rat fur gut angesehen und verordnet, das den webern gleichfalls wie den barchantkartern in ir aid soll eingedunlen werden, das furohin kein weber noch niemants von sonst wegen keinem karter soll zumuten, nider dann siblen halber, den gesetzten lon, zu nemen, men auch sollichen lon bar und on allen abgang oder fiansz, wie immer erdacht werden mocht, zu bezalen, und bei iren aiden gleichfalls wol schuldig sein, den kartern mit minder dann siblen halber, den gesetzten lon, zu geben, als wol die karter schuldig sind, bei iren aiden mit minder dann den gemelten und gesetzten lon zu nemen.

Zu dem dritten, diewel bisher eingerissen ist das etlich barchantkarter den webern gelt gelihen haben uber das, das es men vor zu thun in irer ordnung verboten gewest, und durch solliches anander ir leibsnarung entzogen, auch mitlerweil anem erbaren rat und gantzem cunio allen, wo solliches nit abgestellt und furkomen, zu nachteil und schaden gerachen mocht, demnach so hat ain erbarer rat von newem gesetzet, das hinfuro kein barchantkarter noch niemants von sonst wegen bei seinen aiden kein weber, seinen weib, kinden noch niemants andern von seinen oder iren wegen nichtzt leihen sollen, besonder auch nichts fur die weber verborgen noch zu verpfenden in dham weis noch weg, und diewel die weber den barchantkartern noch gelt, das sie in glichen haben, zu thun schuldig sind, so will ain erbarer rat hiemit auch allen barchantkartern auf ir aid gebotten haben, das sie dasselbig ir ausgelichen gelt als burgschaft, so sie den webern alhie in der statt, auch den gewoibern auf dem land gelihen oder burg fur sie worden waren furderlich b.s. auf Jacobi im 44. jar nochstkunfftig einbringen und ledig machen sollen und willen.

25. Jul.
1544.

Zu dem vierten das henken der tuch betreffend lasst es ain erbarer rat bei seiner vorgegebenen ordnung pleiben und will, das dem artikel des tuchhenkens halben, das kein karter kein barchanttuch mit henken soll, furohin auch gelebt werd, und kein karter furt mer noch auch niemants von iren wegen kein weber seine barchanttuch mit mer henken sollen in dham weis noch weg, sonder sollen, wie von alter auch gewest ist, ander personen ausserhalb der karter, die tuch henken, verordnet werden.

Zu dem funften, diewel vor der zeit etlich barchantkarter mein gunstig herren stettrechter bitthlich argelant haben, das in ir weishait vergunnen wollten, das sie den golschen zwischen ir weil, wann sie nit zu karten hetten, wurken dorften, diewel nu inder weishait nit hat gebieten wollen, men den kartern solchs zu vergunnen oder gar abzuschlagen, haben es ir weishait an maine gebietenden herren ain ersamen rat komen

lassen. auf solliches hat ain ersamer rat mein gebietend und günstig herren hienüber entschlossen den karten zu vergunnen, allain im fall, wann sie nit zu karten haben, den goldehen und sonst nichts, doch allain knechts weis zu wirken, doch soll men mit ernst gesetzet werden, dem karten geßessen obzuligen und den galschen allain in der maister und in in men bewern zu wirken, sich auch des barehants und aller andern gewink geztzlich zu enthalten. dann welcher barehantkarter oder barehantkarterin der vorgeschribnen punkten und artikel ain oder mer ubersuchen und den zugegen handlen worden, da will ain ersamer rat darumb wie sich geburt strafen.

28. Dec.
1541

Actum freitags den 28. decembris a. 1541.

Es soll auch furehir kein barehantkarter oder barehantkarterin, auch niemants von iren wegen jemands andern, ain oder mer barehanttuch, d. e. sie den gewewern karten, nit zu henken geben oder zu geben verschaffen, dann allain den meiste herren stettrechner aus befehl ains erbaren rats ietzt zuweil zu ainem tuchhender bis auf n verndern darzu bestellt und angenomen haben bei obgemelten iren aiden.

10. Jan.
1553.

Auf montag den 16. januarii a. 1553 hat au. erbarer rat entschlossen, das den barehantkartern furehir n aid und ordnung inner ieden quatermber auf dem stewerhaus furgelesen werden soll. *)

Dessgleichen so soll auch kein karter oder karterin weder durch sich selbes, in weib, kinder, knecht noch erhalten bei iren aiden das zeichen mit dem „K“ auf kein barehanttuch stupfen oder stossen, es sei dann wass, nach dem ersten scheren oder uberhauen wider kartet. darumben men dann solch zeichen zugestellt worden, auch dasselb zeichen bei iren handen behalten und niemants leihen.

7. sept.
1554

Actum freitags den 7. septembris a. 1554.

Mein gunstig herren stettrechner sollen auch den kartern in irer ordnung und bei iren geschwornen aiden auch anbinden, das sie hinfuro dem wessen barehant das har nit nach der tuchschere begern, sonder in m selbs gutachten nach und bemessen ziehen, wie sie vermainen, das es ain jedes tuch unvernachlaßt wohl leiden mug. und im fall hieuber weiter eilag entsteht, sollen sie die herren ain solliches bei ainem erbaren rat wider anbringen.

11. Aug.
1568

Actum den 11 augusti a. 1568.

So soll den kartern dess mer mit ernst gesagt und ihnen aufgelegt werden, das sie hinfuro eue ir der herren stettrechner vorwesen niemants dann abentheuer- oder staubtuch karten bei straf von ainem ieden tuch besunder zehn schilling halber.

15. Juni
1575

Actum den 15. iuni a. 1575.

*) Randbemerkung: Lies mit.

29) Eid und Ordnung der Rohbarchent-Schauer.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 178—179. F. B. VI. 17 q. I..

Ir schwerent, die rohschaw sollichermassen zu versehen, das ir kein abbruch beschehe, auch auch vor den gemelten tuchern zu huten und die nit fargen zu lassen, und namlich nach den groben wopfen und darzu, das die tuch gekernet und gewandelt seion, zu sehen und zu merken, und wer das uferfere oder uferfaren hette, das gelt zu nemen, das darauf gesetzet und in diesem buch geschriben ist. und ob ir erst dannerleinbruch sehet, damit der schaw abbruch beschehen mocht das von stund an und on verziehen an die stottrechner zu bringen, auch in der schaw gleich und gemain zu reu nagefürlich, und darzu ewer aufsehen auf die schawknecht zu haben, ob kainerleinbruch an inel seie, und das es nit gleich zugieig, das niemant ir den andern gefurdert werde, das zu strafen, als sich nach gestalt der sachen geburen wirdt. sonder solent ir darzu die baumwoll schawen, das die an der schaw gut, gerecht, auch kaufmansgut and zu dem barchant zu wirken nützlich und gut sei, der statt nutz und fromen zu furdern, irren schaden zu wenden, getrewlich und angefürlich.

Nota: man soll men auch lesen der wollschawer ordnung am dritten blatt hievor begriffen, also anfangend: und nachdem bis gar zum end.

Den gretischen barchant und schwarzinweissen zwilch
belangend.

Nach abgehörtem bedenken und anzu gen der geschwornen muister des weberhantwerks von wegen allerlei gewurks und dauher vernomen gut ansehen meiner gebetenden herren der eltern, gohnmen, burpermuister and stottrechner ist entschaiden, sollichem bedenken mit wirkung des gretischen barchants und schwarzinweissen zwilchs auf inass, wo es verzeichnet, nachzusetzen und von anem stuck gretischen barchants an schilling und auf den schwarzinweissen zwilch vier pfenning schawgelts zu setzen, aber der zachen halben ist es auf mein gunstige herrn stottrechner gestellt, dieselben wie sie es fur gut ansieht zu bezeichnen.

Actum freitags den 28. februarii a. 1550.

28. Febr.
1550.

Wie die rohbarchantschawer den gretischen barchant und schwarzinweissen zwilch, so an ersamer rat den webern alhie zu wirken vergant, wann sie die schawen, stupfen und bezeichnen sollen.

Erstlich den gretischen barchant.

Item die gretischen barchanttuch, die gar gut, zart und geschlacht sein, sollen sie mit dem ochsen, den man auf den

andern barchant zu stossen pfllegt, und darzu neben demselben mit einem ganzen rosen stupfen und bezeichnen.

Item die andern, so mit außs pöst und doch sonst zimlich gut sein, sollen sie mit einem lewen und neben demselben mit dem ganzen halben *) rosen zeichnen.

Item die dritten, welche etwas schlechter sein, sollen sie allain mit einem brief und mit dem V *) dem ganzen rosen stupfen.

Und dann die viert sort, so noch etwas geringer und schlechter befunden, sollen sie allain mit einem halben rosen bezeichnen.

Gleichfalls sollen sie auf die gretischen barchanttuch so nit werschaft sein, den halben rosen auch stupfen und aber dieselben zerschneiden, inmassen die briefbarchanttuch, so nit für werschaft befunden, zerschnitten werden.

Schwarz und weisse zwilch.

Item die zwilch, die sie zum posten gewirk befinden, sollen sie mit einem ganzen rosen, und die andern gemainen zwilch mit dem halben rosen stupfen und bezeichnen.

Und soll einem edelen rat von jedem stück des gretischen barchants ein schilling, dergleichen von jedem stück des schwarz- und weissen zwilchs vier pfennig schawgelts gegeben werden.

Weitere Ratsentscheidungen aus F. B. VI. 17. q. L.

Wie mein gunstig herren stettrechner anheut angebracht, was für mangel aus dem erschanen wolle, das die frembden gewewer an der barchantschaw allhie gesaumt und verhindert werden, ist entschlossen das bemelte herren die nachschaw item bedenken nach anrichten, also das sie in sollicher nachschaw allain die frembden gewewer schawen lassen sollen, und welche burger am anbeut überbleiben, die sollen morgens die vorschaw ungelost vor andern burgern haben, jedoch alwegen am frembder gewewer zwischen sie eingetaut werden, am andern sollen bemelte herren dem gretmaister befehlen und auferlegen, die gret, sonderlich die grosser wag, winters und summers zeiten umb sovil zeiter und später auf- und zuzuschliessen, damit man die frembden gewewer desto zeitlicher mit dem wagen befürdern möge.

1 Febr.
1559.

Actum mittwochs den 1. februaru a. 1559.

Mein gunstig herren stettrechner sollen auf der buchbarchantschaw verkunden lassen, das man hinfuro der frembden gewewer halben und nit von wegen der heigen die nachschaw longer nit halten lassen werd dann außs lengst um ein halbe stund, und aber auch nit anderst dann so man behudt, das der überhieben barchant allweg in so kurzer zeit der halben

*) Anm. Späterer Zusatz.

stund gar aufgeschawet werden mög. und sollen derhalben neben demselben sie, die gewweber, auch ermant werden, das sie sich mit ainander vergleichen, damit sie nit also, wie bisher beschehen, haufenweis oder auf ainem tag alher komen, sonder des urkostens halb ainander selbs auch verschonen, solst soll es in andern bei dem erscheid bleiben, so den 1. february a. 1539 ergangen.

Actum den 14. mai a. 1538.

14. Mai
1538.

Mann gunstig herren stettrechner sollen bewilligen und zulassen, das gesponnen hennwollen garn an denen orten zu schawen, alda es vorkauft wird.

Actum den 2. ianuari a 1576.

2. Jan.
1576.

Auf meiner gunstigen herrn der hantwerksherrn anbringen, was beede hantwerk, die marnen und weber, ab Hannsen Borsten von wegen des wollenkemmens und spinuens, so ime aus Augspurg von Kaspar Mayern alher geschickt worden, klagt haben, ist entschaiden, das mein gunstig herrn stettrechner ain solliches durch ain kammerknecht nit allein bei ime, sonder auch bei allen andern factoren geutzlich abschaffen und ime mit ernst auferlegen sollen, kam frembde woll mer alhie kemmaen und spinnen zu lassen, sonder solliche woll wider an die ort, daher sie komen, zu schicken oder dieselbig zu verkaufen.

Actum freitag den 15. ianuari a. 1580.

15. Jan.
1580.

30) Eid und Ordnung der Geld-Einnehmer auf der Barchentschan.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 171—173.

Item wolche zu dem gelt an der schaw einzunehmen genommen werden, der ieglicher insonderheit soll globen bei seiner trew an aines statt, das gelt, so von den barchanttschen zu schawen gefellt, einzunehmen, auch vor gewissich mit den webern nach anzale ieglicher zeichen abzurechnen lassen, was es sich gebure und treffe, und dasselb gelt alles in die buchs zu legen und die sachen zu halten nach laut des gesetz und suet darob sein, das die ordnungen und sachen reulich gehalten werden, der statt nutz und fromen zu furdern und iren schaden zu wenden getrewlich und ungetarlich.

Auf freitag den 11 february a. 1536 hat ain rat ent-^{11 Febr.}schlossen, das furan kein gesherr mer, der auf die schaw^{1536.}genommen, kun mal mer geben soll.

Auf mitwoch nach pangsten a. 1536 hat ain rat ent-^{1. Juni}schlossen, wann furan ain geltheri seiner notturft nach reiten^{1536.}muess oder suet nit auf die schaw komen moecht, so soll er

das meinen herren stottrechnern anzuzeigen und sie an den andern an sein statt nemen.

Wann furan einer von den geltherren, er sei von den burgern oder der gmeind, einen tag, zwen, drei oder vier in seiner geschafften verreiten muss, so sollen mein gunstig herren stottrechner jedesmahl anstatt eines ersinnen rats den an sein statt, me also zu versehen, ordnen, der am nechsten daron gangen ist, das soll in sturthaus also eingeschriben und hetzo mit Josen Weickman auch dergleichen gehalten werden.

14 Jan.
1558.

Actum montags nach Hilari a. 1558.

Es soll furan das geltherrenamt von denen von geschlechten, so mit des rats und in von einem jeden ein quotemler lang, und kum die brot- und flaischschaw von den herren von geschlechten im rat, wie von alter, und auch alle drei amter in a. t. besoldung versehen werden, doch einem jeden verordneten gelthern unbeuomen sein, mit wissen und willen der herren stottrechner einen andern an sein statt zu vermogen.

26 Febr.
1563.

Actum freitags den 26. february a. 1563.

Mein gunstig herren stottrechner sollen die malzeiten, so die geltherren auf der schaw sin zeither mit den schawern und andern zugeordneten personen gehalten, gantzlich abschaffen und sie alle dergestalt mit einander darvor verwarnen, das man dieselb quotember ir keinem sein besoldung werd folgen lassen.

8 März
1566.

Actum freitags den 8. marti a. 1566.

Es soll hinfuro mit versehenung des geltherrenamts auf der barenschaw und den beiden schawen des brots und flaisches der alt ordnung widerumb gehalten, allain das zu der brot- und flaischschaw von der gmeind mit ratspersonen sonder andere ausserhalb des rats genomen und derhalben durch mein gunstig herren stottrechner etliche verzeichnet werden, die zu beiden solchen schawen zu gebrauchen.

Und soll solliche verordnung auf die künftige quotember pfingsten angren und die herren stottrechner dasselb Hannsen Pfaffen anzuzeigen und ime auf solliche zeit abkünden.

10 März
1570.

Actum freitags den 10. marti a. 1570.

Mein gunstig herren stottrechner sollen auf ir anbringen Junker Christel Roten und Christel Schleichern zu den dreien amtern, als dem geltherrenamt, auch der brot- und flaischschaw, verordnen und es an. iar lang mit ihnen versuchen, and ist ir besoldung von allen dreien amtern des iars 50 guldin reynsch.

13 März
1579.

Actum den 13. marti a. 1579.

31) Eid und Ordnung des Anhebers auf der Barchentschau.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 180.

Du wirst schweren, gleich und gemain an der schaw zu sein und niemant fur den andern zu furdern, kain erung, schenkung, mut noch gabe von der schaw noch anhebens wegen von niemant zu nemen, recht und gleich anzuhoben und zu strecken anem als dem andern und ob du icht sehest, damit der schaw abbruch und schad boschehe oder beschelen mochte, das von stunden an die stettrechner zu bringen, auch der statt nutz und fromen zu furdern und iren schaden zu wenden, und niemant kain tuch zu kaufen noch zu verkaufen, noch zu kaufen zu bestellen, sonder des tischs selbs zu warten und niemant an dem statt zu stecken, alles getrewlich und ungesfärlch.

[Folgt ein Eidprotokoll.]

Und hat kain sold auf dem steuerhaas, sonder allkun all tag, so man schawt, aus der schawbuchs 10 pfenning, thut an wochen fur die 6 tag 8 schilling 1 haller.

Mein gunstig herren stettrechner sollen dem anheber des barchants auf der barchantschau sein besoldung alle wochen mit dreizehen pfenningen, und dann der frawen, so auch auf der schaw gebrauchet wird, ir besoldung mit zwain schilling haller auch wochenlich meren und bessern.

Actum freitags den 21. iunii a. 1560.

21. Juni
1560

32) Eid und Ordnung der Frau an der Barchentschau.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 183.

Die fraw an der schaw globt und geit ir trew an aides statt, der schaw zu warten und zu thun, was ir zugehoret und auch die schawer sie lassen, sonder der schawer ortal zu verschweigen und niemant zu pfien, auch der statt nutz sonder an der schaw zu furdern, schaden zu wenden und gleich und gemain zu sein anem als dem andern, getrewlich und ungesfärlch.

[Folgen vier Eidprotokolle.]

33) Eid und Ordnung des Aufstossers an der Barchentschau.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 181.

Du wirst schweren, gleich und gemain an der schaw zu sein, anzuhoben und zu strecken anem als dem andern und niemant fur den andern zu furdern, kain erung, schenkung,

mit noch gabe von der schaw noch zeichenaufschlahens wegen von niemant zu nemen, recat und redlich aufzuschlahen die zeichen, wie die wolschawer brüsson, und ob du icht sehest, damit der schaw abbruch und schade beschehe oder beschehen möchte, von stunden an die stettrechner zu bringen, der statt nutz und fromen zu furdern und iren schaden zuwenden, und niemants kain tuch zu kaufen noch zu verkaufen, noch zu kaufen zu bestellen, sonder des tisch selbs zu warten und niemant an dein statt zu stellen, alles getrewlich und angefarbeh.

Nachdem man bsher Andresen Munchmayr auf der schaw all wochen 14 schilling, so man geschawet, zu sold gegeben, also hat im ain erbrer ir den sold gebessert, das im furo aus der buchs all wochen, so man schawet, ain pfund halber gegeben werden soll.

7. April
1507

Actum mitwochen nach dem ostertag a. 1507.

Ain erasmor rat hat auch angesehen, das furohin ain ieder aufstosser von den wolbeckern, so durch die woltschawer geschawet werden, ain lostumpt golt, nemlich von ainem sack woll zwen pfening und von ainem lüchel oder halben sack woll ain pfening anzustossen und nit mer noch weiter fordern noch nemen solle in kain weg.

8. Aug.
1515.
11. Jan.
1552

Actum mitwoch vor Laurentii a. 1515.

Auf donnerstag nach trium regum a. 1532 haben meine herron stettrechner Eberhart Besserer, Claus Gregk und Bartholome Schoter Enderlin Munchmayr dem aufstosser befohlen, wann furo auf den aftermontag oder donerstag von ainom wolherru allain woll zu schawen angesagt werde, das er darauf iederzeit den woltschawern aussagen solle, die auch alsdann demselben, unangesehen das er allain zu schawen bette, schawen und damit auf niemant andro weiter verziehen sollen in kainem weg.

10. Aug.
1534

Auf samstag Laurentii a. 1538 ist Enderlin Munchmayr dem aufstosser befohlen, furohin zu verhaltung des gefarheben abschne dens der barchanttucher die zeichen alle und iede zum aller vordersten in das ort der barchanttucher zu stossen.

(Folgen 6 Eidprotokolle.)

34) Sold- und Lohntarif der Beamten auf der Barchentschau.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 194.

Des ersten, den zwaien gottherren und ir ieglichem besonder, die das gelt an der schaw einnemen, gelt man auf ain ieglich temperfasten besonder, so man die buchs auslart, zwai guldn muntz, das tut in barden alle temperfasten vier guldn.

Item den dreien schawern und ir ieglichem insonderheit geit man alle temperfasten sechs guldin muntz, das tut in allen dreien all temperfasten an einer sum achizehen guldin.

Item Hamisen Essinger oder welcher an seiner statt auf dem haws ist, geit man alle wochen, so man schawet, das er der schaw wart, die barchanttuch abzelo in d gesprenzwasser in die schawstuben schaffe, funfzehn schilling haller.

Item dem knecht, der die barchanttuch auf dem schawtisch anbebt, ge t man des tags, so man schawet, zehen pfennig.

Item dem andern knecht, der die barchanttuch bezeichnet und darauf mit der schaw zeichen aufschreibet, geit man der wochen, man schaw oder nit, ain pfund haller.

Und der frawen oder dem man, so die barchanttuch auf dem schawtisch von dem anheber bis zu dem anschleiber, der die barchanttuch bezeichnet, herabzeucht, geit man des tags ain schilling haller.

Und die vorgeschriben löne werden alle von den stett-rechnern und steuermayster ausgericht.

35) Schaugeld-Tarif für den Rohbarchent.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 125.

[1] Des ersten geit ain ieglich barchanttuch, das mit dem ochsen bezeichnet wird, zu schawgelt 1 sch. hlr.

[2] Item ain ieglich barchanttuch, das mit dem lewen bezeichnet wird, geit zu schawgelt 2 sch. hlr.

[3] Item ain ieglich barchanttuch, das mit dem trawben bezeichnet wird, geit zu schawgelt 3 sch. hlr.

[4] Item ain ieglich barchanttuch, das mit dem brief bezeichnet wird, geit auch zu schawgelt 3 sch. hlr.

[5] Item ain ieglich barchanttuch, das durch den rucken zerrissen wird, geit auch zu schawgelt 3 sch. hlr.

[6] Item ain ieglich barchanttuch, das von bletzen ab andern tuchen geschitten wird und an der schaw bestait, geit zu schawgelt 1 sch. hlr.

[7] Item ain ieglich geschniert barchanttuch, das mit dem gilgen bezeichet wird, geit zu schawgelt 1 sch. hlr.

[8] Item ain ieglich geschniert barchanttuch, das mit dem rosen bezeichnet wird, geit zu schawgelt 2 sch. hlr.

[9] Item ain ieglich geschniert barchanttuch, das mit dem kle bezeichnet wird, geit auch zu schawgelt 3 sch. hlr.

[10] Item ain ieglich geschniert barchanttuch, das mit dem brief bezeichnet wird, geit auch zu schawgelt 3 sch. hlr.

[11] Item ain ieglich schwarz barchanttuch, das mit dem ble bezeichnet wird, geit zu schawgelt ... hlr. *)

*) Anm. Die Summe fehlt in der Urkunde.

[12] Item ain ieglich barchanttuch, das von kernem wegen verworfen wird, geit zu pen 8 hlr.

[13] Desgleichen geit ain ieglich barchanttuch, das von gewands wegen, das mit gewandhaft were, verworfen wird, zu pen 8 hlr.

[14] Item ain ieglich barchanttuch, das gemelzt wird, geit zu pen 10 sch. hlr.

36) Neuer Schaugeld-Tarif.

U. St. A. Fancikel B. VI. 17 q. I.

[*Folgen die Absätze 1—5 des alten Tarifs, Seite 69.*]

Aber die fremden weber sollen von ieder sort der obbestimten barchanttuch ain schilling weiter dann die alhieigen weber zu schawgelt geben.

Item der zugelassen dick barchant soll ain tuch schawgelt geben nemlich der fuuf sigler 2 sch., der vier sigler 3 sch. und der drei sigler 4 sch. und dann von ieder sort 2 krz. zu siglen bezahlt werden, und soll jedes tuch 400 feden und die barchantbraite und lenge haben.

Item von dem braiten oder deckbarchant, nemlich von dem festen stuck soll 3 sch., von den andern, so etwas gering, 6 sch. und von dem allerschlechtesten 9 sch. hlr. schawgelts geben werden.

Von dem gretischen barchant soll von iedem stuck 2 sch. schawgelts und der weber darzu von iedem stuck 2 pfg. zu siglen geben.

Von dem seidin gewurk, dieweil dasselbig brait und schmal mit gleicher braitin, lengin und fadenzal wie der bomasin gewurkt wird, so soll das schawgelt von solchem seidin gewurk wie vom bomasin genommen werden, wie dann ain erbrer mit das schawgelt im bomasin erhocht wie hernach folgt:

Von dem braiten bomasin mit ainem ganzen rosen 4 sch., von dem mit ainem halben rosen 6 sch., und vom schmalen bomasin, von dem, so ain ganz rosen, $2\frac{1}{2}$ sch. und von dem, so ain halben rosen, $3\frac{1}{2}$ sch. schawgelts, desgleichen vom zottbarchant, von dem, so aine ganze ros, $2\frac{1}{2}$ sch., und vom haben rosen $3\frac{1}{2}$ sch. gegeben werden.

Item vom new bewilligten geweckelten oder gestainten barchant soll schawgelt geben werden, nemlich von iedem stuck des braiten 6 sch. und von dem schmalen 3 sch.

Desgleichen was der weiter bewilligten neuen gewurk in der braiten oder fadenzal, auch der lengt des gretischen barchants gewurkt wird, davon soll das schawgelt wie von dem gretischen barchant, und welche in des bomasins braito und

lango gemacht werden, davon soll ain gleich schawgelt wie vom homasin gegeben werden.

Actum den 4. november a. 1590.

6. Nov
1590.

Item vom mezzolangewark soll man sigelgelt geben wie folgt: erstlich vom lein. dem ain stück 22 bis in 28 ellen helt, es sei mit oder ohne leuten, 3 krz., was aber von 28 bis in 36 ellen helt, 6 krz.

Item vom mezzolan mit seidin eintrag soll man geben vom stück zu 22 bis in 28 ellen 6 krz., weiter von 28 bis 36 ellen 12 krz. und soll ieglichem mezzolan allain ain blei angehangen werden.

Ferner soll hinfuro an die 4 und 5 sigler, welche tanz noch roh, tals aber geslacht hinaus verkauft werden, nur ain blei gehenkt und welches stück ain 4 sigler ist, dem soll ain vierer, dem 5 sigler aber ain fünfer gegeben, welche aber besser als auf 7 oder mer guldin wert sein., auch dazu die cron gemacht und von jedem stück 2 krz. sigelgelt gegeben werden.

So solten auch furohin von rohen trawben, so auf blau und schwarz gefärbt, von jedem stück zwei krz. schawgelt von den hantirenden bezalt und durch die farber den verordneten schwarzschawern geliefert werden.

37) Ordnung wegen der Regentlicher.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 222—223.

Nachdem bisher regentlicher gewurkt und sollich war und gut gehalten worden, sei diser war schadlich und schmachlich, so sei durch etaren und erkennen, ohne abbruch oder mangel, nach gestalt jetzt der lewff des barchants oder der golschen sollich war und gut zu funderung gemains nutz, handels und gewerbs wol zu außen und ain schaw mit zweierlei zeichen darauf zu setzen und zu machen in der weise, wie hernach geschriben statt, nemlich:

Zum ersten, als bisher von dem zeichen, das auf die regentlicher nu auf die blaich dienende gestossen, newn halber geben worden ist, das dann hinter auf die newn halber noch drei halber geben, und also ain schilling halber zu schawgelt geben werde.

Item das zwai schawzeichen, nemlich ain gross und ain klains, zugericht, damit die regentlicher, so an der geschwornen schaw bestand und dero zeichen aus beheben, bezeichnet werden, wie sich geburt.

Welchs regentlich aber an der geschwornen schaw verworfen und obberurter schawzeichen aus nit behalten mag, dasselbig regentlich soll in sechs gleich theile zerschneiden und

demselben mit nadeln noch mit geschnitten werden, damit solches stoff in den nachkommen nach werung verkauft noch geuot werden mag: auch so mag sollich zerschnitten regentuch als vil geuotet werden.

Item weil die regentuch mit weissen nadeln, so sie an der schaw beuollet haben, weiss gemacht und gebläicht werden, das dann jedes stück weiss stuck nach seinem zeichen auch mit allem merckern bei veruollet und von jedem blei ain häller anerschriben geuotet werden.

Item das auch die regentucher durch keinen andern dann allain die hiesigen weber, so burger sind, an die geschwornen schaw gewurkt und die fremdden ausweber darin ausgeschlossen werden.

Und doch aber mit dem unterschied, welcher weber hie barchant an die schaw wurkt, das derselbig nu allain mit ainem stul regentucher wurken oder wurken lassen mag aus guter geschawter woll und nit aus abschölet.

Welcher weber aber nit barchant und nu golschen wurket, dertelbig soll auch nu mit ainem stul regentucher wurken oder wurken lassen, und auch nit anders denn allain aus abschölet und nit von guter, geschawter woll.

Item das auch die recht zal der fäden und die braitin der regentucher aus dem geschirr darzu gehörig gewurkt werd, wie sich geburt.

Item so die regentucher als ain geschworen geschawet gut gebläicht und weiss gemacht sind, so sollen sie nach der kaufleut willen und gefallen an iedes ort und end, dahin sie dann die regentuck furen wollen, in zwai oder drei gleichtail, wie sich dann das an iedes ort und end gepurt, recht geschnitten und jedes stuck insonder mit dem blei wie vorsteht verbleit werden.

Und zu bestendigkeit und auffung diser war und furderung gemains gewerbs, handels und nutz, auch gemainer weberzunft zu gut, und insonder umb das sollich war und gut in kunftig zeit von und aus diser statt in ainen rechten schleiss und glauben komen und fur kaufmansgut und werung gehalten werd, so ist ains rats ernstlich mainung, das hinfuro kain burger noch burgerin, beiwoner noch beiwonerin, noch sunst niemants ander hie gesessen ausserhalb der weberzunft regentucher zewgen noch an die geschwornen schaw fur kaufmansgut und werung weder inner- noch ausserhalb der statt wurken lassen sollen noch wöllen, sonder so soll sollich war und gut von regentucher an die geschwornen schaw zu wurken noch wurken zu lassen niemands anders denn allain den zunftigen in der weberzunft hie zu Ulm begriffen zusteen und gepuren.

Es soll auch die weberzunft mit allen iren zunftigen sonder aufmerken auf die ding haben, und wa sie erfinden, das

iemands andro ausserhalb irer zunft, es sei wer es wöll, söllich regentucher wirken tüte oder wirken liesse, dieselben regenstück all sollen aufgehept und an unser lieben frawen pfarkirchen haw zu rechter pen und buss geraicht und geben werden, doch hierin ausgenommen, ob iemands hie zu seinem eigen brauch und nettunß regentucher zewgen und wirken lassen wöllte, der mag das wol tun, doch mit der gupft, so lich regentucher allam selbs zu verbrauchen und nit zu verkaufen.

Es ist auch vestukken zu halten gesetzt, das hinfuro kata burger noch heiwoner, burgerin noch heiwonerin, noch kunst niemand anders hie kein ungeschawet regentuch weder in der statt noch ausserhalb der statt mer kaufen, desgleich auch in den liden hie nit mer fail haben noch ausserhalb der statt oder auf den markten auszipfen soll in kein weise noch wege, dann welcher burger oder heiwoner, mann- oder frauennamen, hinfuro das ulenfaren, der jedes soll von jedem sollichem ulenfaren, als oft das beschehe, fünf guldin Rinsch zu rechter pen und buss unablässlich zu bezalen verfallen sein.

Desgleichen so soll furkomen, das hinfuro kein regentuch mer, das hie nit gewurkt noch geschawet sei, also fur kaufmansgut gebrecht noch gemanget werde in kein weise noch wege.

Und nachdem der regentuch, wie die denn bisher ons ain schaw gewurkt worden, noch vil mochten vorhanden sein, damit dann niemand mit diser ordnung in söl chem fail beschwerdt noch ubertalt werde, so hat ain rat zugelassen, das jedermunklich seine regenstück, die itzo vorhanden und geblacht sind, zu seinem nutz wol verkaufen und vertreiben mag; desgleichen welche regenstück noch roch und ungeblacht oder noch an den stulen unangewurkt vorhanden sind, dieselben rohe regenstück alle, wer die hat oder wurkt, die soll jederman hie zwischen und bis freitag nechstkünftig den stettrechner in das steurhaus bringen, da wirdet man sie bezeichnen und furo die auch blachen und jederman zu seinem nutz vertreiben lassen, und welche rohe regenstück hie zwischen und freitag nechst nit gestupft werden darnach nit mer gestupft noch bezeichnet.

Und wann söllich regenstück, die noch an den stulen sind, angewurkt werden, so soll furo kein weber mehr regentucher anders denn an die geschwornen schaw, die auf ertz montag nechstkünftig angan wirdet, wirken noch wirken lassen in kein weise noch wege.

Es soll auch hinfuro ain jeder weber seine regenstück, vor und oder das an die geschwornen schaw lege, sein eigen zeichen mit ölfarb an ainem zpfel des regentuchs trucken und stossen, damit gemerkt werden mag, welcher weber ain jedes regenstück gewurkt hab, dardurch man in kunftig zeit alle mangel und gebrechen an dem gut destbas gewenden mag.

Doeh so hat ain rat im selbe hierin sein oberkait und die gewaltsam vorkalten, solchs zu mindern und zu meren und alweg nach gestalt der loff daren zu sehen, wie sich geburen wirdet.

11 Sept.
1498.

Actum auf montag vor sanct Michels tag a. 1498.

38) Eld und Ordnung der Barchentbleicher.

U. S. A. E. u. O. B. D. Bl. 14—19.

Zum ersten schwert ain ieder bleicher, ain gleicher gemainer bleicher zu sein armen und reichen und kainen fur den andern zu fordern, denn wie sich das gut erget ungefarlich.

Item wie im die stottrechner ain anzal barchanttuch zu blichen setzen, das er es dabei beibehalten solle on alle gefard, wa er aber uber sollich anzal mer neme und bleichte, so soll er das bluchgelt, das er von dem egemelten ubrigen barchant einnempt, ainem erben rat zu geben und zu bezalen verfallen sein und die stottrechner mit macht haben, ainich nachlassen in sollicher straf zu tun oder ainem bleicher fur den andern sein anzal zu erhoern oder zu meren.

Es soll auch kain bleicher von denen, so sie blichen, nichts, weder ross, kuc, auch hewser, acker, wien, garten noch nichtzit kaufen anders dann umb har gelt, und auf bat ganz nichts bei straf zehen guden, desgleich soll er auch niemant, der bei im blucht oder blachen wol, nichts geben noch schenken, noch mit der manni dienen, auch in kain weg auch von niemant munder oder mer lon nemen, dann von jedem barchanttuch zehen pfening zu bluchgelt, und wa er der stuck aus oder mer uberfort, so soll er von jedem uberfarn insonder der statt Ulm zwai pfund haller zu pen zu geben verfallen sein, es soll auch dhain bleicher hie zu Ulm bei dem aid dhain unbezeichnet barchanttuch noch dhain barchanttuch, das mit dem brief bezeichnet ist, insonder auch dhain roch staub- oder abentheurtuch nicht blichen in kainen weg, weilicher das uberfort, der soll von jedem uberfarn insonder zehen schilling haller verfallen sein und darzu bei seinem aid schuldig sein, sollich staub- oder abentheurtuch, ob in die zu handt kernen, bei iren handt zu behalten, niemants mer zu geben, sonder den stottrechnern in das stamhaus antworten.

Item die bleicher sollen auch ainem jeden, dem sie blichen, die tuch mit seinem zeichen bezeichnet widerumb geben und dieselben kainen weder versetzen, verkaufen oder vererben bei geschwornem aid, es were dann, das ainem ain oder mer tuch verloren oder gestolen wurden, so mugen sie denselben mit andern tuchen wol weren und bezalen ungefarlich.

So sollen auch dhain bletzentuch bleichen, es sei kurz

oder lang, es sei dann mit der statt zeichen bezeichnet, welcher das unerlaut überfört, der soll von jedem sollichem überfaren zehen schilling häller zu bezalen verfallen sein.

Besonder soll dhain blacher hie zu Uim dhain leinwattuch wider im selbs, seinen knechten, feldmister, lauger noch sonst niemant überall mit blachen, noch ire knecht blachen lassen, denn was ain ieglicher in seinem haus zu seinem brauch erspinnen lasst oder im die weissschawer erlauben, welcher aber das überfört, der soll, als oft das beschicht, zehen schilling häller zu bezalen verfallen sein.

Sie sollen auch des gehags mit den dornen schonen und es das vich mit fressen, auch dhain vich, weder kue, ross, kelber noch ander vich auf die blach, diewel tuch darauf ligen, weder tags noch nachts mit gan lassen in kain weg, wa aber das überfaren wurd, so oft das beschehe, so soll ieder blacher von jedem sollichem überfaren zu pen zu gehen und zu bezalen verfallen sein, nemlich von jedem haupt vichs, der kue und dem kalb drei pfening, und von jedem ross ain schilling haller.

Es ist auch ietzo bestellt und verfügt, tags und nachts darauf acht und aufmerken zu haben und die überfärer zu rugen und zu strafen. so werden die weissschawer, den anersamer rat diser ordnung und sonst aller bruch und mangel halb, so kunftiglich auf den barchantblachinen entstan wurden, zu handeln ietzo volle macht und gewalt gegeben hat, als fur sich selbs darauf auch acht haben.

Auch sollen sie dhain üschen in ziegelstideln noch anderhalb, was ziegelasch ist, nicht kaufen noch damit blachen, und alle ir knecht, die nach aschen faren, sollen auch das irlich schworen und damit dhain gefard brauchen in kain weise, und sorderlich so sollen sie auch kainen knecht nach aschen schicken, der selb knecht hub denn den stettrechnern den, ad auch geschworen, wellich blacher oder knecht das überfaren, so sollen sie allwegen zu pen zu bezalen verfallen sein, nemlich der blacher ain pfund, und der knecht, der sollich aschen geholet hott, zehen schilling haller.

Es sollen auch furhm die blacher ainander nit in ir bestimpt gezurk oder gebiet nach der aschen faren oder faren lassen, sonder ain ieder seins angezagten und zugelassenen zurkels benugen haben bei vermeidung ains rats ernstl che straf.

Und so in ain tuch furgelegt und gezipperlet wirt, so soll das weder durch den blacher noch dhain sein knecht nicht mer fur die schawer gelegt werden, es sei dann vor wider gelaugert worden, welcher das überfört, so soll ir ieder zu pen verfallen sein, nemlich der blacher zehen schilling haller, und ieder knecht, so das auf des muisters haussen oder fur sich selbs taten, funf schilling haller.

Auch wellicher harnischknecht einem maister aus dem dienst geht, oder mer wider seines willen von im kam, so ist den weisschawern betraut mit machung gegeben, darin zu handeln, er möcht sich auch an knecht so freventlich halten, er wurde von den weisschawern nach gestalt gehandelter ding darumb gestraft oder mer durch ein erwern rat auf der weisschawer anbringen, nach der gemer darn strafflich gehandelt.

Es sol auch dain harnisch nit mer vichs haben, dann was in die scharrechner stambel. wellicher aber das nicht halt. der sol von jedem hant. zwil sie der also über die die Ordnung halten. zehen schilling häller zu pen zu geben verfallen sein. dazu er sol er auch bei dem aid aller wechsel der länd. und harnischmacher halt. rocher und weisser, ganz nussig sein.

Sunder das auch alle harnisch hier zu Uhm tunen und liden. was die weisschawer mit haissen und mit in schaffen, und getreulich und mit fies blachen. arglist und gefärd in allen vor- und nachgeschriben stucken und artikeln hindan gesetzt.

Item es soll auch dain blaicher hier zu Uhm dhainen feldmaister, langer. noch auch dain knecht von dem gut schicken weder vor noch nach sant Jacobstag. sonder sie bei dem gut beliben lassen so lang. bis demselben gut geschehen ist, was im zugehört und im hülfig beschehen soll. wird aber das überfahren. als oft es beschehe. so sollen von jedem überfahren inwonder zu pen zu geben verfallen sein. nemlich der blaicher zehen schilling häller. der feldmaister und langer ir jeder funf schilling häller und jeder knecht drei schilling und jeder zwickknab sechs häller.

Sie sollen auch dhain tuch bocken lassen. es were dann, das wind, regen oder ungewitter sein ward, oder aber on der weisschawer wissen und erlauben.

Item und nachdem des guts jetzt wenig ist, wa dann gemelts guts auf ain summer über zehen taset tuch nit sein wurden, so soll ain jeder blaicher sibenzehen knecht haben, die taugenlich und gut seien und mit dem blaichwerk wol umbgan können und umbzegan wissen. darunder nun zwen zwickknaben und vier lernknecht sein sollen, und ain karren in das feld, und dieselben knecht nach schaffen und haissen der weisschawer anstellen und arbeiten lassen, warzu dann ir jeder taugenlich, nutz und gut ist. und wellicher knecht ir ainer oder mer zu ieder zeit zu seiner arbeit nit taugenlich noch gut sein durch die weisschawer erfunden wurden, so ist den weisschawern ietzo gewalt und macht gegeben, den oder dieselben knecht zu urlauben und mit dem blaicher zu schaffen, in acht tagen darnach den nechsten ander taugenlich knecht an des oder der genlantpnen knecht statt den weisschawern

gefallig auf die blanch zu dengen und anzunemen. wa aber der blancher daran schuldig wird, so traug wochen er dann die blanch also mit andern knechten an des oder derselben geurlaupten knecht statt unerstattet und unverschien liess, so man pfund haller soll er zu pen zu geben verfallen sein.

Und sonderlich so sollen auch die blancher, die weiber, kind noch sonst niemant andrer furo kein tuch mer verkaufen, ausschliessen, abtragen, noch sonst nichtz t dam t handeln on des feldmaisters wissen und bis den feldmeister bedunkt, das ain jedes tuch weiss genug und nach aller notturft gebleicht und auserheit sei, und wa das uberfaren und ut gehalten wird, so soll der blancher, wa das durch in, sein weib oder kind beschreie, allwegen zehen schilling und der feldmeister, so oft er solchen verwarlosung den weisschawern nit anzaigte, oder aber, das der mangel an im erfunden wurde, so oft es beschreie, fünf schilling haller zu pen zu bezalen verfallen sein.

Item und nachdem beschehen sein moent, das man die tuch zu lang in dem feld hat ligen lassen, das gros wider das gut ist, so soll das nit mer geschehen; sonder wenn man die tuch in das feld legt, es sei am anfang rock oder so wie am weil gebleicht sind, so soll man furo kein tuch uber ain wochen in dem feld ligen lassen, sonder die all wochen, und auch nit eer, aufheben oder aufziehen und damit und auch mit dem laugen gleich herumb kumen, also das nit aus lenger denn das ander in dem feld lig und gewiset oder gelaugot werd, und also all wochen erheben, es were dann sacht, das in der wochen ain feirtag oder zwen sein wird, die sein tuch nachgegeben, ungefallen. wa aber daran ain st oder mer mangel und erfunden wird, das der maister daran schuldig were, so soll er zehet schilling haller zu pen zu geben verfallen sein.

Die blancher sollen auch kein feldmeister noch kein lauger nit verkaufen oder urlaub geben, denn mit der weisschawer wissen und lassen.

Und damit das gut zu aller zeit doster das gefordert werd, welcher blancher denn zu der zeit, so man blanet, allwegen nicht zwai fuder ischen vergendigs alda ligen und ain gute notturt holz hett, der soll, so oft die weisschawer dess mangel erfunden, zehet schilling haller zu pen zu geben verfallen sein.

Item, nachdem der gebrawecht ischer auf und umb die blanch zu ligen unutzlich ist, so soll ain jeder blancher ernstlich bestellen und verfügen, das der alle iar malch zu sant Martinstag abstatt und hinweggefurt werd, welcher aber das uberfart und den ischer uber die gemeinen zeit lenger ligen liess, der soll an galdin zu pen zu geben verfallen sein.

Und umb dess willen, das die obgeschribnen stuck und

sachen alle und iedo deester strenger und fleissiger gehalten und gehandhabt werden, so ist durch ain erbern rat angesehen und verlassen, das die weisschawer allwegen zu vierzehn tagen hinaus auf die blanchinen gan und fleissig behörung haben sollen. und so oft sie also behörung zu haben hinauskomen, so soll ain ieder knecht, der von in gefragt wirdt, inen antwurten und eröffnen, was sie jedes stucks halben, so sie gefragt werden, wissen haben. wellicher oder wellich aber das ainest oder mer verhielten und nit sagten und sich, als ob sie dabei nit gewest weren, auszuschliessen understunden und der gefragten sach nit wissen haben wollten, und sich doch an andern erfunde, das sie bei denselben gefragten stucken ir ainem oder mer gewest weren und dersellen wissen hetten, so sollen der oder dieselben, nemlich ieder allain und insonder, umb ain pfund haller gestraft werden.

Item den blanchern ist auch in diser ordnung zugeben und nachgelassen, das sie furohin macht und gewalt haben sollen, die gomainen blanchknecht zu bestellen und zu urlauben, doch also und der gestalt: so ain blancher derselben knecht ainen urlaubt, das er dann allwegen in bestimpter zeit laut der ordnung ainen andern an des geurlaubten statt bestellen soll bei vermeidung der straf hievor darauf gesetzt.

Es soll auch ain ieder blancher schuldig sein, iärlichen zu der zeit, als er die blanch annempt, den weisschawern feldmaister, walker und lauger, so er auf das kunftig iar zu haben und zu bestellen willens ist, anzuzaigen, und so im dieselben von den weisschawern fur taugenlich und nutz zugelassen werden, furter dieselben und sunst kainen andern annemen und bestellen wellich aber den weisschawern nit gefellig sein, die sollen sie nit annemen, sonder ander, so die weisschawer der blanch und dem gut fur nutz und gut ansehen.

18. Nov.
1499.

Actum montag nach sant Othmarstag a. 1499.

Ain ieder, der zu ainem barchantblancher angenommen wirdt, soll gomainer statt des gutshalb 500 guldin verborgen mit lewten und guten und dasselb in der statt buch, wie der bruch ist, eingeschriben werden.

21. Febr.
1500.

Auf freitag den 11. februarii a. 1536 hat ain rat entschlossen, das all blancher foran den weisschawern, so ieder zeit sou werden, nit mer dann drew essen, und wann man fleisch isst, kainen fisch, und nur ain zimblischen woin, dergleichen zu der morgensuppen nur ain suppen, ainem ain par aier und aber ain trunk gebon sollen. Das will ain erbarer rat haben.

4. Nov.
1502.

Auf freitag den 6. novembris a. 1562 hat ain ersamer rat entschlossen, das den barchantblanchern allen und ieden, dergleichen den zwaien leinwatblanchern durch mein gunstig

herren stettrechner (wie dann auch beschehen mit ernst gesagt und aufgeleget werden soll, wenn sie des guts halben mit notwendige geschäft in der statt haben, das sie sich dann alle tag gegen abent zu vier uren auf die blachen verfügen und dem gut fleissig zusehen und auswarten.

Wenn gunstg herren stettrechner solken den barchant- und leinwatblachern in irem furgebrachten stritt diesen bescheid geben, das hinfuro das abblachen des barchants allum den barchantblachern geburen und zugehoren solle.

Actum mittwochs den 17. april a. 1577.*

17 april
1577

39) Eid und Ordnung der Feldmeister auf den Barchentbleichen.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 19 20.

Der feldmaister soll schworen, ain gleicher gemainer feldmaister zu sein armen und reichen und kainen für den andern zu furdern, dem, wie sich das gut ergat ungefarlich.

Item er soll kainen tuch das har über sich leien und dhains aufheben, es bedunk in dann gut und recht weiss sein, bei ainer pen, nemlich fünf sch. hlr du sollt dich auch den maister noch niemant andern von irenen wegen weder vor noch nach sant Jacobs tag von dem gut mit schicken lassen, sonder dabei beleißen so lang, bis demselben gut geschehen ist, was im zugehört und im billich beschehen soll, auch bei der zugescriben pen, den fünf sch. hlr.

Er soll auch den schwern dhain schadhafft tuch fur noch darlegen, er zaig in dann vor den schaden, und sonst auch kainen tuch furlegen, es sei dann vor auch ubernacht an dem staffel gestanden, und was gezipperlet wurd, das er das wider laugen woli bei der zugescriben pen.

Die feldmaister sollen auch, wenn sie in den kasten waschen, die tuch zu beiden orten abtreten und waschen, wie von alter herkomen ist, bei der abgescriben pen.

Und so sie die tuch durchziehen, so sollen sie den nienfanz hinweg werfen, und durchziehen, auch als von alter herkomen ist bei zugescribner pen.

Und als bisher die feldmaister den knechten feirabend gegeben haben, so sollen sie men nun hinfuro dhain feirabend mer geben, bis die tuch nach nottuft berant werden, auch bei der abgescriben pen, den fünf sch. hlr.

Er soll auch acht und aufmerken haben, wa ain ieder knecht das blachwerk mit trib, als er billich soll und wie von alter herkomen ist, es were mit waschen, schalen, abtreten, durchziehen, barten, zwicken, giessen, laugeilweisen oder mit

*) Nam. Loser Zettel.

dem auslegen zu rechter zeit die tuch in das felt, auch mit den enden auszustreichen oder was er sunst mangel oder bruch sieht, nichts angenommen, von wem oder waran das were, das dem gut schädlich sein möchte, so soll er sollichs von stund an on alles verziehen den weisschawern sagen und öffnen, und darin niemants schonung haben in kain weg, auch bei der obgeschriben pen.

Sie sollen auch das gut alle wochen ainest aufziehen und herumb laugen und länger nit ligen lassen, und auch nit aufziehen noch ubernöten mit dem lawgen, dann wie hervor gewalt hat, das ist ainmal lawgen und nit zwaimal, es hab denn vor sein zeit gewisset, die im ufgesetzt ist, auch bei der obgeschriben pen, den funf sch. hlrn., es were dann, das in der wochen ain feirtag oder zwen sein wurden, die sein nachgegeben ungefährlich.

18. Nov.
1499.

Actum montag nach sanct Othmars tag a. 1499.

40) Eid und Ordnung der Langer auf dem Barchent- bleichen.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 20—21.

Ain ieder lawger wirdet schweren, die nachgeschriben stuck und artikel bei seinem eid und den nachgeschriben penen zu halten.

Item du schwerst, mit dhainen andern dingen dann mit holz und äschen und mit geschwornem gezewg und sonder nit siedendem kessel und vollem fass zu lawgen, auch den äscher selbs aufzusetzen; also, ob du ain mischling in dem äscher fundest, das du das nit verhalten, sonder den weisschawern furderlichen furbringen und sagen wöllest on alle gefärd bei ainer pen, nemlich funf sch. hlr.

Du sollt dich auch den maister noch niemant andern von seinen wegen weder vor noch nach sant Jacobs tag von dem gut nit schicken lassen, sonder dabei beleiben so lang, bis dem selben gut geschehen ist, was im zugehört und im billich beschehen soll, auch bei der egeschriben pen, den funf sch. hlrn.

Die lawger sollen auch dhainen satz oberhalb des fass setzon, sonder das er sich darunder schmuck und auch kain barchanttuch umschlahen, sonder lawgen, wie von alter herkommen ist, nach des guts notturft, und sich vor dem huten, was dem gut schädlich sein mag, alles bei der egeschriben pen.

Ain ieder lawger soll auch fleissig und gut aufmerken haben, und sonder auch auf das, wa ain ieder knecht das bluchwerk nit trib, als er billich thun soll und wie von alter herkommen ist, es were mit weschen, schlagen, abtreten, durchziehen, burten, zwicken, giessen, lawgeinweisen, mit dem auslegen zu rechter zeit die tuch in das felt, auch mit den enden

auszustreichen, oder was er sonst bruch oder mangel sieht, nichts ausgenommen von wem oder warum das wäre, das dem gut schädlich sein mocht, so soll er das von stund an, on alles verziehen, den weissschawern offnen und sagen, und darin niemants schonen in keinen weg, auch bei der obgeschriben pen, den fünf sch. hlrn

Actum montag nach st. Othmars tag a. 1499.

18. Nov.
1499

41) Eid und Ordnung der Knechte auf den Barchentbleichen.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 21—22.

Ir schwerent, das ewer dhiner in kainem ziegelstadel äschen hol noch geholet hab, dann es werden die tuch dardurch verbrennt, bei amer pen, nemlich drei schilling haller.

Item was man tuch vor mittag anschleht, wurden die unwettershalb mit trucken, so sollent ir schuldig sein, die herab zu nemen, wenn es nit thue, es sei firtag oder werktag, bei amer pen, nemlich drei sch. hlr.

Ir sollent euch auch den maister noch niemant andern von seinen wegen weder vor noch nach sant Jacobs tag von dem gut nit schucken lassen, sonder dulet beleiben so lang, bis demselben gut geschchen ist, was im zugehört und im billich beschichen soll bei amer pen drei sch. hlr.

Was ir auch schadhafter tuch findent, die sollent ir nit verhalten, sonder die von stund an unsem feldmaister zeigen, auch das blachwerk treiben, wie von alter Lerkomen und des guts notturft ist, und euch huten vor dem, was dem gut schädlich sein mag, alles bei der obgeschriben pen, den drei sch. hlr.

Ir sillent auch fleissig und gut aufmerken haben, und sonderlich auf das, wa ain ieder knecht das blachwerk nit trieb, als er billich thun soll, es were mit waschen, schlahen, abtreien, durchziehen, barten, zwicken, glessen, laugenweissen, mit dem auslegen die tuch in das feld zu rechter zeit, auch mit den enden auszustreichen, oder was ir sonst bruch oder mangel sehent, nichts ausgenommen, von wem oder warum das wäre, das dem gut schädlich sein mocht, so sollent ir niemants schonung darin haben, sonder das von stund an den weissschawern offnen und sagen, alles bei der obgeschriben pen, den drei sch. hlr.

Ir sollen auch das gut alle wochen ainest aufziehen und herumb liwgen und nit lenger ligen lassen, auch bei der obgeschriben pen, den drei sch. hlr., es were denn sach, das in der wochen ain firtag oder zwen sein wurden, die sind nachgegeben ungefärllich.

Dessgleich so sollent ir auch nit aufziehen noch die tuch
 ibernoten mit dem lawgen, dann wie vor gelawt hat, das ist
 ainmal lawgen und nit zwaimal, es lab deau vor sein zeit
 gewassket, die im aufgesetzt ist, bei der pen, den drei sch. lirn.,
 hievor geschriben.

Ir sollent auch all und ewer ieder insonder auf solliches
 fleissig und gut aufmerken haben, und wa das nit geene, so
 sollent ir das von stund an on alles verziehen den wasschawern
 engen und nit verhalten in kain weg, auch bei der vorgeschriben
 pen den drei sch. lirn.

U. Not.
 1499

Actum auf montag nach Sant Othmarstag a. 1499.

42) Bau-Ordnung für die Barchentbleichen.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 27.

1. Dez.
 1530.

Auf donerstag nach sant Andreastag apostoli a. 1530 sein
 meine herren stottrechner Hainrich Crafft, Claus Gregk alt und
 Daniel Schleicher von wegen uns erbern rats mit den funf
 barchentbläichern, wie dann von alter herkomen und gebrucht
 worden ist, damit kunftig irrung verhut und argentlich gelew-
 tert werd, was ain erluer rat den bläichern und iren nach-
 komen furohin in kunftig zeit auf den bläichinen bawen und
 machen, desgleichen, was sie selbs zu bawen und zu machen
 schuldig sein sollen, guthich uberkomen und ans worden, wie
 nachfolgt:

Nemlich was den barchentbläichern an den hewern, auch
 an den stüdeln und den schawkanern, an wender oder anderem
 dergleich erbricht, oder so die deckens notturtig werden, das
 soll ain rat auf sein kosten und on iren schaden iederzeit bes-
 sern oder von newem machen lassen.

Item den kusten auf ainer jeden bleich macht ain rat
 allwegen aus dem wasser, wann der machens oder besserns
 bedarf aber die deckn auf dem kusten, desgleichen die himn
 hinter dem kusten und die him unden in dem kusten soll der
 bläicher allwegen auf sein kusten machen

Item die nachblock ist ain rat den bläichern zu geben
 [schuldig], die iren soll ain ieder bläicher auf sein selbs kosten
 machen lassen.

Item so sollen die barchentbläicher die nachfolgenden stuck,
 wann die besserns oder machens notturtig sein, auf iren kosten
 und on ains rats schaden auch machen und bessern lassen,
 dann sie mugen solliche stuck, so sie von den bläichinen ab-
 ziehen, wider verkaufen:

Nemlich die ofen und die fenster in den stuben und die
 fassbinnen darin.

Item die fassbinnen in den ställen, under den rossen und kuwen.

Item die bären und rawfen in den rossställen und die krippen in den kustallen.

Item die weschbänk und die standblöck in dem kasten.

Item die letz und hutten, sovil ain ieder dero hat.

Item die badstublin.

Item die bänk in den kellern und milchkamern.

Item die bluchfass, sovil ain ieder blacher derselben iederzeit notturflig ist oder wirdt, und darzu das glender sollen sie allwegen auf iren kosten bestellen und machen lassen, dergleichen auch die standbänk umb die fass.

Item die brucken- und zawnrautinen umb die bewaer, hofrautinen und garten, auch umb die blachnen, was inen daran in der gemain, ir zwuen, dreien unnder oder mer zu machen geburt, das sollen sie in der gemainschaft, oder was einem ieglichen blacher insonder an sein brucken oder zewnen allan zu machen zusetz, das soll er auf sein selbs kosten und on der statt schaden buwen und machen, alles ungefirlich.

Item wann die blacher von den blachinen, es sei von tod oder ander sachen wegen, komen und abziehen, so werden durch sie oder ir erben die obbestimpten stuck gegen den nachkomenden blachern, so wider auf die blachinen ziehen, verkauft, wie dann die von der statt werkleuten und den alten blachern, so von beiden teilen darzu erbotten und geordnet, angeschlagen und gewordet werden.

Und soll darauf den werkleuten, so ictzo und kunftiglich sein, auf den aid befohlen werden, bei dieser ordnung steif zu beleiben, der zu geleiben und entlichen nachzukomen in allweg.

43) Wolssagülten-Tarif der Bleicher.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 33.

Wolff Newbronner geit ierlich von seiner bleich auf Martini zu wessgult 26 pf. 13 sch. 4 hlr.

Peter Newbronner geit ierlich von seiner bleich auf Martini 26 pf. 13 sch. 4 hlr.

Peter Russ geit ierlich von seiner bleich auf Martini 26 pf. 13 sch. 4 hlr.

Blasi Khug geit ierlich von seiner bleich auf Martini 26 pf. 13 sch. 4 hlr.

Peter Newbronner alt geit ierlich von seiner bleich auf Martini 31 pf. 13 sch. 4 hlr.

Balltus Goup, der leinwatblacher, geit ierlich von der

obern leinwatblauch auf Martini zu wisegult 10 guldin und 22 pf. 1 hr.

Und Ulrich Mossin geht lürlich von der undern leinwatblauch auf Martini zu wisegult 27 pf. 13 sch. 4 lhr.

44) Einteilung der Aschenbezirke der Barchentbleicher.

U. St. A. E u O. B. D. Bl. 55—57.

So folgen hernach die biet, wie die meine herren stettrechner, nemlich Ulrich Neythart, Claus Grogk und Jos. Schorer, den barchant- und leinwatblauchern von neuem gemacht und jedem blucher am harnittu zeid l'wones biets gegeben haben.

IA. Nov.
1801

Actum montags nach Martini. a. 1801.

Barchantblaucher Wolffen Newbronners biet. Turckheim, Mareklingen, Nachigen, Rattelstetten, Rewtlin, Scharenstetten, Thumertingen, Thymenhansen, Synenpronner, Oppingen, Dornstatt, Amstetten, Leutenschusen, Urspring, Ettlinschuess, Westerstetten, Jungingen, Halsshusen, Lause, Böttingen, Stubersshain.

Barchantblaucher Caspar Murs biet, so ictzo Peter Huss inhabt: Leher, Moringen, Bernaringen, Seffingen, Erenstun, Arneck, Herrlingen, Chingenstain sloss, Wipplingen, Asch, Lavchingen, Sounderbuch, Berckhulin, Sappingen, Treffelsbach, Machtelscham, Balenhausen, Marchpronnen, Ermingen, Gruneltingen, Schafflachungen, Hutthausen, Santhan, Weydach, Dettingen.

Barchantblauch Peter Wicken biet, so ictzo der iung Peter Newbronner inhabt: Hasslach, Kesselbrunn, Gattangen, Naw, Oellingen, Stotzingen, Wöttingen, Hausen, Ballenduff, Borslingen, Nerenstetten, Althain, Zaringen, Schochatetten, Weydenstetten, Nenstetten, Holtzkirch, Brunnigen, Berenstatt, Dürckental, Yselow, Kumerstetten, Hagen, Witthow, A.heck, Osterstetten, Stuppenloch, Uderalchungen, Oberalchungen, Palfingen, Böttingen, Riethain, Wessingen.

Barchantblauch Peter Newbronners biet, so ictzo Blas Kling eingehabt: Pful, Offenhusen, Buriethingen, Leybin, Leyphan, Bubensshain Kotz, Klunenkotz, Schneckenhofen, Amhofen, Kussendorff, beide Vailhan, Lunel, Ettlingshofen, Rulkeshofen, Dietpitzhofen, Erbschhofen, Palleuhofen, Attenhofen, Bewten, Hegelhofen, Hortschwarz, Leupen, Marpach, Newhausen, Holtzhau, Fynngen, Starchan, Strass, Ehlenschusen, Rewtlin, Hausen, Harvishhofen, Udelhausen.

Barchantblauch Symon Broullins biet, so Peter Newbronner alt eingehabt: Erbach, Bach, Rünnger, Althain, Thunowrieden, Tüschingen, Oepfingen, Griesingen, Rysschussen, Ersingen, Gocklingen, Thungenstetten, Talmessingen, Stetten, Achstetten,

Bronnen, Louphain, Rott, Orsenhawsen, Schaffhausen, Schwendin, Bubmannshusen, Bawstetten, Muttingen, hude Symentugen.

Leinwatblaiß Gilgen Roslin biß, so ietzo Ulrich Mossin inbat: Gerellhoten, Awfman, Wafenstetten, Witzlansshusen, Yberg, Voringen, Bölenberg, Tewffentach, Bettlinsshusen, Tlussen, Udenssunn, Undernichen, Obernichen, Ow, Brandenburg, Diettenhaim Underballtzen, Oberballtzen, Wanngen, Rieden, Zell, Oberkuchberg, Underkuchberg, Wiblingen, Berg, Althum, Mossungen, Schnerpffingen, Recklinssweylar, Wand, Dorndorff, Bawru, Amerstetten, Buch, Bewteurensch, Harthausen, Essendorff.

Leinwatblaiß Gundelfingers biß, bat ietzo Baltus Goup in: Eglingen, Einsingen, Heilsingen, Seindaw, Norsingen, Bollingen, Burgriede, Holtzham, Hüttesschin, Hamlingen, Bülentingen, Weyler, Veschbach, Antham, Weinstetten, Staig, Hechlingen, Gussgenstatt, Gerstetten, Döttingen.

45) Eid und Ordnung der Weiss-Schauer.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 63.

Die weisseschawer wordent schweren, die weisseschaw nach dem besten und redlichsten zu versehen. Und ob sie auf der blaiß, auch an den tuchen, den blaißern oder andern auch nicht sehen oder gewar wurden, das dem gut oder der statt schädlich wer, das sie das alles von stand an den stettrechnern furbringen und erzielen sollen und wollen und nach laut des buchlins inen aus dem stettthaw gegeben zu handeln, alles getrewlich und on alle gefard.

[Folgt eine Verordnung wegen der Golschen.]

Nota. Man geit den vier weisseschawern, nemlich it jedem insonder, aus dem stettthaw des iars zu sold auf Gall 8 gulden manz.

Auf freitag den 11. februarii a. 1536 hat ain rat entschlossen, ^{11. Febr. 1536.} das furhin kein weisseschawer kein gast mer mit ime auf die blaißen luden oder nemen soll in kuchen weg.

Auf montag den 20. iuli a. 1545 hat ain erbarer rat ^{20. Juli 1545.} entschlossen, das hiñero dñain weisseschawer der zu der weisseschaw genomen, dñain mal mer geben soll bei dem aid.

46) Eid und Ordnung der Golschen-, Regentucher- und Leinwandschauer.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 69.

Die golschen- und leinwat-, auch regentucherschawer schweren, die golschen-, regentucher- und leinwatschaw zu versehen und zu schawen recht und redlich, auch in der schaw gleich und gemain zu sein, und was sie mangels oder unrochts finden,

das wider das gut oder durch ain rat verboten wer, das sollen sie von stund an anheben und an die stettrechner langen lassen, auch desgleichen das ob der schaw abbruch beschech oder beschehen wilt, sie sollen auch ir aufsehen auf die schawknecht han, ob kuinerlai bruch an im sei, das es nit gleich zugienß, das auch zu eröffnen den stettrechnern, und niemand fur den andern zu furdern, dann wie sich das gut ergeit, sie sollen die regentucher dermassen schawen, so sie weiss werden, das 20 oder 21 elen ain guldin erlangen mugen ungefärlichen, und allwegen, wa sie können, so sollen sie der statt nutz und fromen furdern und schaden warnen und wenden.

[Folgen weitere Bestimmungen wegen der Golschenschaw.]

47) Bild und Ordnung des Regentüchermessers.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 73—74

24. Juli
1508.

Auf montag sant Jacobs des hailigen zwölfbotten Aubent a. 1508 hat ain ersamer rat hie zu Ulm aus merklichen und gegründten ursachen furgenomen und angesehen, das furohin die weberzunft zu dem messen der weissen und gemangeten regentucher ainen sonder und aigen geschickten erbern und verstendigen knecht erkiesen und haben, der dieselben weissen und gemangeten regentucher nit mer mit der elen, inmass bisher in brauch gewest ist, sonder nach dem tisch, dero in ieder mang ainer darzu gemacht und gestellt ist, messen soll.

Und damit auch gefar nach seinem messen verhut, und das gut inmass und wie das von im gemessen wirdet, unverändert beleiben mög, so soll allwegen der berurt knecht iedes stuck, so bald er das gemessen hat, an baiden orten mit ains ersamen rats zaichen und schilt bezaichnen und stopfen, und so aber klaine stucklin eingelegt werden, so sollen allwegen dieselben stucklin auch an baiden orten und namlich an dem ort, so es an das ander stuck gemessen wirdet, also bezaichent und gestupft werden, das ain stopf und schilt baide end samentlich und mit ainander gleich berure und begreife.

Dise mainung soll auch also den mangmarstern allen angezaigt und entdeckt, und darauf iedem insonder in sein aid gegeben und befolhen werden, furohin kain stuck mer zusammen und under den truck legen zu lassen und mit dem blei zu besigeln, es sei dann zuvor dermassen gestupft und bezaichent.

Und auf das, so soll auch ain ieder knecht mainen herren den stettrechnern schweren ainen aid leiplich zu gott mit aufgehepten fingern, der bemelten weissen und gemangeten regentucherschaw fleissig zu warten und die getrewlich zu versehen, auch reichen und armen gleich und gomar mit dem messen zu sein und niemands fur den andern zu furdern, dann wie

sich das gut ergeit, auch ob er ainicherlai bruch sehen oder gewur wurde, es wen an den manginustern oder in ander weg, das der schaw oder dem gut schedlich wer, das von stand an an die stettrechner gelangen zu lassen, und ob hinfuro dem gut zu nutz oder notturft weiter und ander ordnungen angesehen oder surgenomern und im befohlen wurden, denselben allen und ieden auch zu leben und nachzukomen, auch nichtzu weder zu kaufen noch zu verkaufen, dann das er selbs in seinem haus erzeuget hab, und allwegen, wa er kende, der statt nutz und fromen zu fardern und iren schaden zu warnen und zu wenden, alles getrewlich und ungefarlich.

Auf montag nach invocavit a. 1517 hat ain erbrer rat auf narufen der erbern zunft der weber zugelassen: wenn fur ain er am oder mer stuck, so lenger dann der tisch were, geri unzerschnitten bei ainander haben wolte, das der geschworen knecht ime darselbig guz lassen, doch mit dem tiser und knirer ein messen soll dergestalt, so oft er am lengin mit dem tisch mess, das er hunden und vornen stupfen, so lang das tuch ist, also das allwegen die tischlein gin, das ist 22 ellen, hunden und vornen gestupft werden sollen, sonst soll die ordnung, wie sie stat, in wurkung bekaben.

Und ist sein lon von ainem lengin zu messen zwen pfening, da geit der kewfer 1 davon und der verkewfer auch 1 pfening.

Nota. Lias im des knechts zur auswurfschaw gehöng auch am 234. blatt. *)

[Folgt ein Eidprotokoll.]

48) Eid und Ordnung der Tuchscherer.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 127—133.

Ain ioglicher tuchscherer soll schweren, nun sirolin ain ioglich weiss barchantuch, so er das scheren will, wider das har zum ersten mit der karten aufstreichen, und darnach widerumb, so er das schere, den rechten strich darlegen und das darnach scheren, und soll davon ain erbern, redachen und zimlichen lon, darbei er wol beleiben mag, nemen. desgleichen soll er dann noch barchantuch, so er das scheren will, wider das har nicht streichen, sonder das mit der karten den rechten strich legen und darnach scheren, und davon auch ain erbern, zimlichen lon, nemen, und auf das, so soll ain ieder tuchscherer ain ioglich tuch, so das geschoren ist, mit seinem zeichen zeichnen, das an die schaw den schawern antworten, schawen und zeichnen lassen, das man den dingem,

*) Vergl. B. 56.

barchant mit kainer andern farb, dann so alhie zu Ulm aus gelewertem harz gebrannt sei, die sie auch allain mit a er klar und sonst mit nichten anderm machen und beraiten, kutnieren sollen, sie die tuchscherer sollen auch, alles bei iren aiden deshalben geschworen, kein barchanttuch auf dem har anderst kutnieren, dann dem tuch zum ersten allain zu zweien malen, und nit mer, nit der bursten den grund zu machen und darnach mit dem schwam abzusetzen, wie mit alter herkommen, aber auf das letzter ort mugen sie mit der bursten, doch mit der heigen farb, wie gehort ist, wol kutnieren, wellich sollichs uberfaren, will ain ersamer rat als nidbruchig rem verschulden gleich und gemess strafen, darnach wias und hab sich a.n ieder zu gericht.

Die tuchscherer, ire sün und knecht sollen auch bei iren aiden ain ieden schaden, er sei von flecken oder anderm, so sie den an den tuchen, wan sie die kutnieren wollen, finden und des gewar werden, den schawern, vor und ee sie die tuch schawen, verstandlich anzaigen und men den kains wegs verhalten, damit dieselben tuch nit fur werschafft gebleit noch besigelt werden, alles getrewlich und on gerd.

Zwischen der erbern zunft der weber, klager an ainem, und der erbern zunft der tuchscherer, antwarter am andern tain berurende der tuchscherer furgenomen ordnung, wie sie es mit scherung und kutnierung des barchants halten sollen etc., ist entschlossen, dioweil ir der tuchscherer ordnung ganz wider ain rat und das common und den gemainen nutzen sei, so sollent sie die tuchscherer irer ordnung mit der anzal der tuch zu scheren und zu kutnieren ganz muss.g steen und niemant zu derselben dringen, auch furo on wissen aus ersamen rats under men selbs hiennein kain ordnung machen oder furgenomen, sie sollent auch von ainem kutnierten tuch vier Behmisch, item auf das letzter ort zu kutnieren drei schilling haller, von ainem rochen tuch ain schilling und von ainem weissen tuch zu scheren zehen pfening bar gelt, und sunst ka n under ware oder anders, wie das namen hat, auch den gulden nit heher, dann wie er gemeinlich gilt, nemen.

Dis ordnung sollent die tuchscherer gelert und bis auf ain ersamen rats widerrufen oder abkunden zu halten schweren.

Actum auf mitwoch sant Ursulen tag a. 1517.

Auf freitag nach Jacobi apostoli 1529 ist bei ainem erbern rate entschlossen: wann furan den stettrechner, so ieder zeit sein werden, oder ainem zunft- oder andern maister der tuchscherer ain tuch in obgemeltem aiden begaiffen, damit wider die ordnung gehandelt were, furkon, das sie das aufheben und in das steurhaus antwurten, das auch die stettrechner furderlich an ain ersamen rat bringen sollen, alles bei iren aiden.

21. Oct.
1517
10. Juli
1529

Es soll auch furohin kein tuchscherer von kainem barchantuch nicht zu, weder wenig noch vil, abschneiden in kainerlei weis noch weg, sie, die tuchscherer, sollen auch furohin kainem bimsen nicht zu bimsen geben, er hab dann zuvor eins erbarn rats ordnung auf dem steurhaus geschworen.

Aug.
1538.

Actum sambetags Laurentii a. 1538.

Und nachdem bei etlichen maistern des tuchscherer-hantwerks misserstand des artikels der farb halben entstanden, welcher artikel auch sampt andern artikeln in irer ordnung begriffen und bei dem aiden verboten gewest, nemlich in dem, das die ordnung anweist, das hinfuro alle tuchscherer zu Ulm, ire sön und knecht kainen barchant mit dhainer anders farb, dann so alhie zu Ulm aus gelewertem harz gebrannt sei, kutnieren sollen, welchen artikel etlich tuchscherer alhie dermassen verstanden, das sie allain zu dem Ulmer barchant die hieg farb zu gebrauchen schuldig seien, aber den frembden barchant und ander gewurk ausserhalb des Ulmer barchants mit der frembden farb wol kutnieren mögen, deshalben etlich maister des tuchscherer-hantwerks in eins erbaren rats straf gefallen, welche straf ain erbarer rat bei der erbarn sunft straf dimalts hat bleiben lassen, und darauf entschaiden, das der artikel der farb halben allermassen, wie er zuvor in der tuchscherer ordnung eingeleibt ist, beleiben, mit dem gelewertem anhang, das sie, die tuchscherer alhie, furohin weder zum Ulmer, Bibracher oder andern barchant, noch auch zu kainer andern war, es sei leinwat oder zwilch, nichts ausgenommen, dhain ander farb denn die, so alhie zu Ulm aus gelewertem harz im sack gebrannt worden, brauchen sollen in dhainen weg, und dieweil nur dieser artikel der farb halben bei dem aiden verboten gewest, so hat doch ain ersamer rat auf sonder fleissig und bittlich anhalten des erbaren handwerks der tuchscherer inen dison gunstigen und geneigten willen bewisen, das allain der artikel der farb halben nit mer bei dem aiden, sonder bei seiner geltstraf, und nemlich bei 10 guldin, verboten sein soll, also welcher tuchscherer seinen sun oder sehalten in kutnierung des Ulmischen oder frembden barchants, noch auch zu ainichem andern gewurk, so inen zu kutnieren geben wirdt, ain andre farb, dann die hieigen Ulmischen farb, brauchen wurden, der iedes soll allain und besonder umb iedes solchs uberfaren umb zehen guldin onablässig durch den sunftmaister, ratsfreund und zwolfmaister der erbaren sunft der schneider, so iederzeit im ampt sein werden, gestraft und gebusst werden, darinnen sie gogen niemants, der solchs uberfur, dhain schonung sollen haben, und so oft sie also umb gemelte unbotts und ubertretens wegen iomands strafen werden, so sollen allwegen die funf guldin den herren stettrochnern von wegen eins erbarn rats gegeben und zugestellt werden, und die andern funf guldin

irer erbarn zunft bleiben und zugehören bis auf eins erbarn rats ferret verendern oder abschaffen.

Actum freitags den 18. iulii a. 1544.

18. Julii
1544.

Nach vernommenem bedenken und gehabter erfahrung und kurtzschafft meiner gunstigen herren über die hantwerker verordnet vor wegen der forher begerten aufschlags im feiberlen, auch der anzal irer farben, und dann des zwifachen kartens und scherens der trawbelbareant ist erstlich der forher supplicatus halben entschlossen, das ir beide begern in erhebung des lons und setzung einer anzal der farben abgeschlagen werden sollen.*)

Am andern sollen mein gunstig herren über die hantwerker verordnet die geschwornen der weber für sich erfordern und mit ihnen darauf arguieren, welchemmassen farbung geschehen möchte, das der barchant ordlicher und mit besserem fleiss kartet werde und einem erbarn rat wider bericht thun.

Zum dritten soll hinfuro das zwifach karten und scherens der trawben gantzlich abgestellt werden und es bei dem alten gebrauch des anzingen scherens und kartens bleiben.*)

Zum vierten soll auch das ausschuessen der rainern und zurtern tuch als der werungsfardel gantzlich abgestellt werden.**)

So soll auch hinfuro zum funften wie von alter gar kein roher brief mer auf blau gefärbt werden,**)

Zum sechsten sollen sich mein gunstig herren zu den hantwerken verordnet und die herren stettreuer dardeshalben, das einer der golschen die blot abgeschritten und dieselben für leinwat verkauft, mit grund erfahren und einem erbarn rat wider bericht thun. zum beschluss sollen sich mein gunstig herren stettreuer beider underkeufel angezeigter mangel halben auch mit fleiss erkundigen und einem erbarn rat wider bericht thun.*)

Actum freitags den 30. decembris a. 1552.

30. Dec.
1552.

Als angent der geschwornen des tuchscherer-hantwerkes berichtet von wegen des zwifachen scherens und kartens der trawben, auch blau und schwarz färbens der werungsfardel tuch und darüber eingenomen meiner gunstigen herren der stettreuer erfahrungen nach langes vernomen und abgehört, ist erstlich entschlossen, das den tuchscherern zugelassen sein soll, ein oder zwei ganz wasser fardel, so sie weichen oder kaufen, selbst weder durch sie noch ander mit ausklaubt, für hand man, dieselben entweder blau und schwarz oder sonst auf

*) Randbemerkung. Ist vermöge des folgenden entscheids wider zugelassen.

**), Randbemerkung. Lis nit, folget hernach weiter.

Angespunger farb, wie von alter beschehen, fermen, oder auch ain tuch davon kuttieren oder weis manen lassen mugen, also das sie denselben tuch kain mer in ain fardel legen oder komen lassen, in kainen w.g. solich sollen sie sich dinsthalben allwegen bei manen gunstigen herren stettrochnern anzuken, und wa ir ainer solichs uberfur und die fardel verknabte, oder die ubrigen tuch wider in die fardel legte, deren jedweder soll jedes ubertretens umb zehen guldin unumhessig gestraft werden. so sollen auch ferohn die brief allain, wie von alter, schlecht schwarz und mit mer blaw gefarbt werden.

Aber mit den trawben mag ain ieder seins gefallens mit dem fermen auf blaw oder schwarz, oder wie es uns sonst gelegen, handeln.

Sodt aber das zwifache scheren und karten berurt, soll dasselbig mit den trawben, auch ochsen und lewen biemitt freigelassen sein, also das ain ieder solliche tuch ain oder zwaimal, wie er solliches gern haben will oder zu vertriben getraut, karten oder scheren mag. und soll auch denselben tuchen ain zachen oder blei gegeben werden.

6. Febr.
1552.

Actum montags den 6. februarii a. 1552.

Nach abgethorter supplication des erbaren handwerks der tuchseherer allie ist entschiden, ine iren lon frei zu lassen, also das ain jedweder ain sollichen lon fordern und nemen soll, dabei er getraw zu bleiben. am andern soll inen den tuchseherern auferlegt und nor ordnung unverleibt werden, wenn sie ire ful tuch auf die schaw tragen wollen, das sie allwegen auf ain zipfel des tuchs ir augen zachen stossen, damit man den maister erkennen und wa derselb das tuch nit recht geschoren, der ordnung nach strafen moge, alles bei pen eines jeden maisters, so sein zachen mit darauf gedruckt, fuff schilling Laller jedes ubertretens.

10. Nov.
1551.

Actum mittwochs den 10. novembris a. 1551.

1. Oct.
1569.

Auf den 7. octobris a. 1569 hat ain erbarer rat von wegen des bornasus, den ain erbarer rat dem erbaren hantwerk der weler alme zu wurken, newlicher zeit vergont, entschiden, das die ferber und tuchseherer kain stuck bornasus zu fermen und zu scheren annehmen sollen, es sei dann mit dem verordneten zachen des ganzen oder halben rosen gestupft und bezeichnet, bei straf von ainem jeden tuch besunder zehen sch. blr.

Mein gunstige herren stettrochner sollen verordnen, das hinfuro der gretische barchant nach dem scheren auch geschawet werde, alles bei der straf und dermassen, wie es mit dem andern barchant gehalten wirt.

28. März
1576.

Actum mittwochs den 28. martii a. 1576.

49) Eid derjenigen, welche Tuchscherer-Farben nach Ulm führen.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 132.

Als ieder soll globen an mich statt, das er nun fur das nochst kein farb alhier furen und bringen noch hie verkaufen woll, dann die gut und gerecht sei.

50) Ordnung wegen des städtischen Kellers, in dem die Tuchscherer ihre Farben brennen.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 133.

Am ersamer rat hat den tuchscherern seinen keller bei dem alten marstall in des kornschreibers haus gelegen, ir farb darin zu brennen, zugeben, doch nit leiger, dann es einem ersamen rate gefellig und oben ist, mit der sondern und weitem condition, das sie dhsin farb an keinem andern ort in der statt dann in diesem keller brennen. es soll auch der schlüssel zu bemeltem keller gehorig jederzeit einem zaustmaister der schneider gegeben und durch denselben verordnet werden, wa der zu finden und wie der zu verordnen se, damit den gemain zünftig ir notturft nach finden und gebrauchen mogen.

Actum freitags nach visitation s Marie n. 1521.

10. Juli
1521.

51) Eid und Ordnung der Tuchscherer-Bimser.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 135.

Die bimser werden schweren, was sie fur schaden oder mangel an den barchanttuchern, so sie die bimser, gewar nit finden werden, die dem gut nachtailig seien, das sie dieselben tuch weiter mit bimsern, sonder damit stillsten und die dem tuchscherer, so die zugehoren, furderlich antworten, imo sellichen schaden oder mangel eigentlichen anzagen und zu erkennen geben, dergleichen ob durch sie am bimsern den tuchen aniger schaden zugefucht wird, sellichs dem tuchscherer auch anzuzeigen und in dem allem nichts zu verhalten getrewlich und on also gefard.

Es soll auch furhin kein bimser von keinem barchanttuch nicht zu, weder wenig noch vil, abschneiden in kainerlei weis noch weg.

Actum samstags Laurentii 1538.

10. Aug.
1538.

52) Eid und Ordnung der Färber.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 138—144.

Item die forber sollen kein barchanttuch, das hie zu Ulm an der schaw geschawet, mit welchem zachen das bezaichnet ist, ausgenommen alain den brief, farben.

Item die forber, ire weib, kind, erhalten noch niemant von neu wegen sollen hinfuro kein noch barchanttuch, das sie schwarz farben wollen, in das lab noch die farb mit einstossen, es sei dann durch sie die forber zuvor aus einem guten lautern haussen wasser gewaschen, doch das sie bei nachgemelter pen über vier oder fünf tuch zumal mit einstossen zu waschen.

Item sie noch niemant von irn wegen sollen kein barchanttuch, das sie schwarz, gray oder von andern farben farben, mit von hantlen geben, sie haben dann das vor an der geschwornen schaw gehabt, und sei an der schaw bestanden und bezahlt.

Item die forber, ire weib, kind, knecht und erhalten sollen einem gegähen barchanttuch vier lab und nit mer noch minder geben und in ein iedlich lab auf das minst zwelf tuch stossen und also bis auf die schaw von nachfolgenderm zeug farben und farnemlich die tuch am letzten aus einer guten frischen lautern farb und nit aus dem lab ausgen lassen.

Item sie sollen aus keinem geschrit, es seien standen, metzen oder anders, das sei dann gericht und mit ains rats zuichen bezeichnet, nit farben noch zum farben brachen, und darein nachfolgenden zeug thun, nemlich zu ansetzung der farb in die geeichten Weyssenhornen standen zwanzig metzen guts geschawts rawschs, vier hundschefflin mit gutem, durchgeschlagenem schiff, acht pfund kupferwasser, ein viertel von ain metzen saltz, und wa not und die farb nit geraten wollt, vier metzen gut rechin angesewrt geseh, und nachfolgend zu den vier laben, namlich zu den ersten zwuen zu jedem vier metzen und zu den letzten zwuen zu jedem fünf metzen rawsch, alles frisch geschawts guts, und farnemlich, das sie den rawsch von den laben ain halbe stand zuvor seiden und denselben rawsch nachmiden nit mer zu keinem barchanttuch brauchen.

Item ains ersamen rats verordneten sollen die forbern, wann sie die farb einsetzen, in gegenwartigkeit der schawer den rawsch und all farben besichtigen, und die forber bei pen zwazer guldin, ne farben nit dann in gegenwartigkeit und besen der verordneten schawer ansetzen.

Item sie sollen hinfuro in die farb, darinnen sie kein tuch gefarbt, kein barchanttuch mer stossen, noch leinen und barchanttuch mit anander nit farben.

Item was gefarbt barchants men durch die schawer verwerfen wirdt, sollen sie von jeden tuch erstlich ain sch. hlr. zu straf wie bisher geben, und das nit wider an die schaw tragen, sie haben dann das vor wabr in die farb gestossen und anderward gefarbt, und so ain tuch zum andern mal verfelt, soll der forber davon zwun sch. hlr. zu straf bezahlen, und zum dritten mal, so es verfelt, demselben tuch ain ei

abgeschnitten und nit mer an die schaw getragen noch besigelt werden.

Item sie sollen auch vor und ee sie die barchanttuch in die farb stossen, an dem rohen briefe das zachen, so auf der rothschaw darnuf gestossen, dergleichen das zachen, so auf den weissen truben der weissen schaw halbt gestossen wurdet, mit dem luben vernachen oder verwinden, soll chermassen, damit die farbschawer nach der farb wissen und erkennen mugen, das der roch brief vor an der rothschaw und der weiss traub vor an der rohen und weissen schaw gewesen sei.

Item ain ieglicher ferber soll kein rohen brief noch weissen truben nit in die farb stossen, sie luben dann vor darnuf funden und gesehen das Ulmer schnittla, so den tuchschetern, wann sie an der schaw scherenhalb bestanden sein, gestossen wurdet.

Item alle andere tuch, sie seien leinin oder wollen, sollen sie den leuten auch erberklich oder redlich ferben, und darinnen gleich und gemain sein, damit iederman mit dem seinen versehen und versorgt werd.

Item sie sollen auch die barchanttuch nass und trucken zwaimal aufziehen und an baiden enden wol in den kessel hinein enden.

Und nachdem ain erbrer rat zu rut worden ist und zwen erber mann getomen hat, so die barchanttuch austreichen werden, die darumb geschworen haben, alle tuch mit besserm fleiss, dann bisher beschehen, und zwaimal austreichen, und allwegen zu zwolf tuchen arderthalb pfund leinls und zu ain bellin drei pfund leinls verbruchen, und damit zwaimal wie obstatt austreichen sollen, und was sie weiter also von ainem ieglichen ferber begeru werden, so sie inen die tuch austreichen, das soll inen ain ieglicher ferber geben, es sei al strichbletzen oder anders, so darzu gehort, on widerred, davor soll ain ieder ferber von ainem tuch den, so die austreichen, geben ain pfennig, und sollen kein tuch fur die schawer tragen, es sei dann mit seinem aigen zachen bezaichnet und sollen die austreicher von keinem ferber kein leinl nemen, es sei dann ganz luter und gut.

Item sobald die austreicher die barchanttuch ausgestrichen haben, sollen sie fuderlich dieselben ausgestrichnen tuch haim geben, damit die ferber irs kauflowt auch fuderlich geweren mugen, und die ferber alle tuch nach dem austreichen, ee sie die von handen geben, wider schawen lassen, und von jedem tuch den schawern ain hlr. zu lon bezalen, und so die schawer im austreichen mangel finden, sollen die austreicher von ainem ieden tuch an sch. hlr. zu straf geben.

Auf freitag nach Franciscu a. 1623 hat ain ersamer rat hie zu Ulm geordnet, das die ferber von jedem schwarzen tuch, o. oct
1723.

das sie der ordnung nach ferben, sechs sch. hlr. zu ferben nemen und inen bei iren aiden eingebunden sein solle, das ir kainer mer oder minder dann die sechs sch. hlr. von ainem jeden tuch insonder nemen wölle.*)"

Es ist auch ain rat zu rat worden, nachdem man die tuch mit dem rad ausgewunden hat, das nit mer sein, sonder soll man die auswinden, wie mit alter herkomen ist.

Es sollen auch die ferber hinsuro kain gugler mer ferben, er sei dann an baiden orten verbunden, dann welcher das nit tät, dem soll man kain gugler schawen.

Item die ferber sollen auch hinsuro ire aigen schlachstotzen und tafeln, darauf man die tuch ausser dem kessel wurft, haben, das die tuch unsewberkait von der erden nit empfangen und also das katt damit nit in den kessel geworfen werd.

Item die ferber, ire weiber, kind und eehalten sollen die gugler wie die rochen barchanttuch weechen lassen und nachmalen mit leimleder, wie mit alther, und nit mer mit surbfleisch von den gerbern kleren.

Und welcher ferber der artikel ainen oder mer uberfört, der soll umb iedes uberfaren umb vier guldin unablässlich zu bezalen gestraft werden.

Und sind darauf von ainem ersamen rate verordnet zwen der räte, die sollen all monat auf das wenigist ainmal in ains jeden ferbers haws mit den dreien schwarzshawern und den andern zwaiien verordneten geen, ire geschirr, farben und anders besichtigen, und wa sie mangel finden, die uberfarer bei der aufgesetzten pen strafen und darin niemant nichts nachlassen.

8. Sept.
1524.

Actum montags nach Egidii a. 1524.

Die ferber sollen auch all farben und rawsch nit an die strass schutten, sonder das in ain fasslin thun und in die thunow furen und schutten lassen, und darzu die tuch nit an die strass henken, sonder das nu in iren heusern, hofrastinen und gärten ald vor dem thor thun.

29. Sept.

bis

20. Nov.

Item die ferber sollen ains ieden iars von Michaelis bis auf sant Kathrinontag bis auf verbesserung ains ersamen rats im ferben kain anzal setzen.

18. Okt.

1525.

Actum mitwochs nach Galli a. 1525.*)"

8. Dec.

1525.

Auf freitag nach Nicolai a. 1525 hat ain erbrer rat aus gut bodunken der schwarzshawer in der schwarzferberordnung diese enderung, doch nit anderst, dann so lang es ainem erbern rat gefellig ist, gethan und furgenomen:

Erstlich das furo kain schwarzferber kain gemalen rawsch

*) Randbemerkung: Ist abgethan.

bei den ains guldins jedes überflüssens gebrauchen, sonder denselben trocken oder roden lassen soll.

Zum andern, das kein ferber kein farb lenger denn ein iar auf das lengst zu dem harchant gebrauchen, sonder nach verschonung des iars dieselben hinwegthun oder aber allan leinwat und kain harchant daraus ferben soll.

Zum dritten, das sie, die ferber, ein tuch umb das ander, wie mit alter her, an ainem nagel darzu gehörig auswinden und die ander nagel all hinweg gethan werden sollen.

Zum vierten, das die ferber all in gemein ain thommen ols, die gut und zu diesem handel tangentlich sei, kaufen und all ir geferbte tuch damit austroichen lassen.

Zum fünften sollen alle ferber ains ersamen rats stettrechnern schewen, wann inen ain oder mer tuch an der schaw ferbens halben von den schawern verworfen wird, das sie dieselben nit wieder auf die schaw tragen sollen, sie haben dann dieselben verworfen tuch zuvor, wie in das die ordnung zugibt, wider eingestossen.

Und zum beschluss ist auf die verordneten zu diesem handel gesetzt, die ferber in irem ubertreten nach gestalt oder gelegenheit irer handlung zu strafen umb zwen oder ainen guldin, wie sie iederzeit gut ansehen und die notturft des handels erfordern wirdet.

Item den ferbern und mangmaistern soll in iren aiden gegeben und eingebunden werden, wo sie hinfaro mangel an ainem oder mer schwarzen geferbten oder kutzierten tuchen finden, denselben den schawern von stund an vorstandlich anzuzzeigen, damit die far werchaft nit gebleit oder versaget worden.

Actum freitags nach Lorentii a. 1528.

24. Aug.
1528.

Auf montag sant Lienhartstag a. 1534*) hat ain erbror rat aus darzu bewegenden gegründten und guten ursachen zu furdrung des gots und gemeins nutz den schwarzferbern hie zu Ulm zu voriger irer ordnung disen nachfolgenden anhang, den sie auch all und ied wie die ander ir ordnung zu halten und denselben zu vollstrecken ains erbern rats stettrechnern geleit aid zu Gott dem allmachtigen allernarlich schweren sollen, geben und gemacht, nemlich das ainem jeden ferber bei demselben seinem aid aufgelegt sein soll, was er ains jeden tags fur tuch ir der ferber ordnung nach zu schawen aufträgt und die in das los legt, das er dieselben tuch also unveruntert im los ligen lassen, und wann im dem los nach zu schawen geburen wirdt, das dann ain jeder ferber seine tuch alle, sie seien im wol oder ubel geraten, bei gethanem aid an die schaw

4. Nov.
1534.

*) Anm. Der Leonhardtstag 1534 ist ein Freitag. Darfte man ein „nach“ einschalten, so wäre der 9. November zu setzen.

legen und die schwarz dieselben tuch, wie sich geburt, schawen lassen, und sollen die ferber alle aber bei uren aiden solliche geschawete tuch mit hinwegtragen noch tragen lassen. Hanns Muller oder ain ieder abzeier an seiner statt hab dann die geschaweten tuch zuvor ordenlich abgezelt und angeschriben.

Mit dem weitem gebieten, das hinfuro alle ferber aussershalb der schranken stan und kainer dann allan der, dem man schawen ist, bei straf jedes uberfahrens zehen sch. hlr. unablässig zu bezuden linnen gän soll.

Auf anza gen meiner gunstigen herren stettrechner ist entschlossen, das ir w. zu der ordnung im ferben des barchants setzen lassen sollen, das man den weissen trawben auch graw ferben mog.

10. Sept.
1536

Actum freitags nach exaltationis crucis a. 1536.

5. Aug.
1538

Auf montag sant Oswaldstag a. 1538 ist der lon und die anzal im schwarzferben auf maner herren stettrecher bedenken durch ain erbara rat widerumb aufgehoben und abgethan.

Nach vornommer meiner gunstigen herren der stettrechner, auch darauf gefolgt mans gunstigen herrn Bernhart Bessereers, burgermeisters, bedenken der ferber lonung halt gestellt, ist entschlossen, das erstlich den ferbern kain anzal zu geben oder zu bestimmen sei in kainen weg, sonder soll das ferben also an ain anzal frei und offen sein. sovill aber den bestumpten lon belangt, ist gesetzt oder taxirt, hinfur las auf ain ersamen rats widerverändern von ainem ieden schwarzen tuch sechs sch. hlr. und nit weniger oder mer zu geben und zu nemen, mit dem weitem anhang, das ain ieder ferber oder niemant von keinen wegen hinfuro von den kauf- oder andern leuten, so ine zu ferben geben, sich mit kainer andern war, es sei geschenk, kauf, tansch, anlehens oder sonst in kain ander weis, wie immer erdacht werden mochte, dann allan jedes ferbens mit harem gelt bezalen lassen. dann wellich das uberfahren, sollen, nemlich die ferber um zehen und dann die kaufleut umb zwainzig guldin, jedes verbrochens alain und besondet, unablässig gestraft und gebusst werden dergleichen sollen, die ferber den vortail im vertragen der tuch und den sie von uren tuchen geben, bei obgemelter pen auch erdlich abstellen, dann in der straf soll stet fargangen und darumen niemant verschont werden in kainen weg.

17 Febr.
1539

Actum montags nach Esto mihi a. 1539.

Auf anbringen etlicher schwarzferber ist entschlossen, ir der schwarzferber ordnung das anzuhengen, das weder sie, no weiber, kinder, erhalten oder niemant von sem oder iren wegen hinfuro bei uren geschwornen aiden kain barchanttuch mer einkaufen und die furdet ferben sollen in kainen weg, dann welche das uberfahren, sollen irem verschulden nach, wie sich

geburt, gestraft werden. das soll mein herr zunfmaister dem erbaren hantwerk und den zwölffaistern ansagen und verkunden, dem und dem vorigen auflegen des lons steif on allen anhang oder finanz zu geleben und anzuhangen, das woll sich ain ersamer rat zu ine verschen und darauf endlich verlassen. wiewol nun etlich schwarzferber iungster ordnung im lon mit disem einkaufen entgegen gehandelt, so will doch ain ersamer rat die darauf gesetzte straf dissmaal begeben und nachlassen.

Actum mittwochs nach ostern a. 1539.

9. April
1539.

Ain ersamer rat hat entschlossen, das meine herren stettrechner den ferbern die ordnung des lons halben ungefährlich all quatomber verkunden lassen.

Actum mittwochs den 24. augusti a. 1541.

24. Aug.
1541.
28. Dez.
1547.

Auf freitag den 23. decembris a. 1547 hat ain ersamer rat den briefferbern zugelassen, die Bibracher tuch, inmassen den trawbenferbern vor zugelassen worden ist, zu ferben, und sollen die trawbenferber den briefferbern das zeichen, so sie dessen notturtig sein, zustellen.

58) Eid und Ordnung der Färber, welche mit Augsburger Farbe färben.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 147—150.

Nachdem vergangner zeit durch meine herren ain ersamen rat hie zu Ulm den ferbern auf ir ansuchen und begern vergonnt und zugelassen worden ist, das sie all die Augsburger farb auf weiss ferben mugen etc., also hat ietzo ain erbrer rate auf gehabte erfahrung und aus stattlichen ursachen in darzu bewegende dasselb widerumb geendert, abgothan und darauf nachfolgende ordnung furgenommen und gesatzet:

Nemlich das nu furohin allain die drei ferber, die meine herren stettrechner iederzeit darzu verordnen, auf Augspurger farb ferben, und sollen inen die tuch, so sie auf Augspurger farb ferben, in die anzal gan und gerait werden.

Item dieselben drei ferber sollen auch kain anzal der lab haben, sonder die tuch irs gefallens ferben, bis sie gut schwarz und gerecht werden.

Item die tuch, so sie also auf weiss ferben, sollen inen auch durch ains rats geordnet schawer geschawt werden, wie dann die Augspurger bisher beschawt worden sein, ob sie ganz und nit löchert seient. welche tuch dann am ferben verderbt, sollent nit besigelt oder bozeichnet werden.

Item so soll den vermelten dreien ferbern, so auf Augspurger farb ferben, und ir iedem insonder ain gemain gleich zeichen gegeben und inen befolhen werden, das sie die tuch

mit dem selben zeichen in iren hewern dahaimen mit feis bezeichnen, das inwendig zwaimal auf das tuch stossen und wol erdrucken lassen, und dann allererst an die schaw legen so, ka..

Dieselben ferber sollen und mugen auch ire eignen zeichen auf das zupfehn der tuch stossen und machen.

Item die drei ferber sollen ire tuch selbs ausstroichen, doch allein mit lauterem ol. *)

Item von einem jeden geschawten tuch soll zwey pfennig zu schawen gegeben werden.

Item es soll auch furan dem ferber, der seine tuch von Augspurg zu verigeln herschickt, dieselben tuch an schaden und farb wie den inigen geschawet werden. *)

Darin behalt m an ersamer rat sein ordenlich oberkait in allweg bevor.

28 März
1530.

Actum montags nach Letare halbfasten a. 1530.

Item so sein dise nachbestimpten dro. ferber jetzt erwalt worden, nemlich Ulrich karrenman, Jörg Widenman und Hanns Kurrnman.

Auf des erhern hantwerks der ferber anbringen und begern, verruckter weil an an ersamen rat gelangt, inen ir aid und ordnung auf geltstrafen zu stellen, auch gemain maister die Augspurger farben farben zu lassen, ist nach notwendiger und gnugsamer erfahrung entschlossen, an ersamer rat wiss inen in hunden begeren willfarung nit zu thun, sonder lass es der erden bei jetziger ordnung bleiben, doch mit dem witem anhang, wa mit der zeit im farben mangel erscheinen und die kaufleut damit nit gefertigt werden mochten, das dann auf mein gunstig herren stettrechner, so ieder zeit sein werden, gestellt und in der macht und gewalt sein und sten soll, einen maister oder zwey von den ferbern zu den verordneten dreien maistern zu verordnen bis auf ir der stettrechner widerrufen oder abkunder, auch auf Augspurger farb zu fertigung des guts und rat weiter zu ferber. doch sollen, wie montags nach Letare a. 1530 auch entschlossen, die tuch, so also auf Augspurger farb geforbt, in die anzal gan und gerait werden.

28 März
1530

21 Sept.
1534

Actum montags sant Matheus tag apostoli a. 1534.

Es sollen auch furan die dro. ferber alle trawben, so sie auf Augspurger farb farben, der verordneten schwarzschawern allwegen unausgestrichen furlegen und dieselbigen tuch allererst nach der schaw die verordneten austreicher beraiten und austreichen lassen.

10 Aug
1538.

Actum montags nach assumptionis Marie a. 1538.

*) Randbemerkung: Ist abgethan.

Wie anheut der verordneten des ferberhandwerks supplication neben meiner gunstigen herren stettrechner bedenken darüber abgehört, ist entschlossen, ir erst begien mit erhöhung des lohn im besten zu weigern, daneben aber sollen zu den vorigen fünf trawbenferbern noch zwei genommen werden und hinfuro irer sieben, jedoch inen allen abgestrickt und verboten sein hinfuro keine aigne oder bare tuch mer zu haben, gleichfalls soll auch nittem irden zugelassen sein, über die vier farben, wie von alter, noch mer farben, sovil ime gelegen, zu halten, jedoch mit dem underschied, das er nit minder dann vier farben halt, und sovil an irder farben habe, das er inner jeder wochen sovil ferbt und nit mer thun soll, alles vermag geduldet herren stettrechner bedenken, welchen auch hienit auferlegt, die ferber, so suppliciert, fur sich zu beschicken, inen solliches furzubalten und folgendes in das werk zu richten.

Actum montags den 24. decembris a. 1550.

29. Dec.
1550.

Item die trawbenferber sollen auch alle blawe barchant-tuch, welche sie schwarz ferben wollen, zuvor und ee sie die also aufs blaw schwarz ferben, der blawin halben, ob die gerecht und gut blaw gefert sein, die verordneten schwarzschawer schawen lassen und kan blaw barchant-tuch schwarz ferben, es sei dann alhie zu l im aus dem waid oder endich blaw gefert und durch die verordneten schawer zuvor geschawet und bezuehnet worden. abdann soll men dieselben, wie sich geburt, schwarz zu farben zugelassen sein, doch sollen sie, die ferber, von jedem tuch allain und besonder, so men also an der schaw bestern und bezuehnet wird, von wegen des zeichens nit pfurnung, und wa aber deren uns oder mer an der schaw verfelt, von der jedem drei pfurnung zu straf geben und bezaden.*)

Auf anbringen meiner gunstigen herren stettrechner von wegen ferbens der trawben ist entschlossen, mit denselben eben die ordnung wie mit den schwarzen briefen zu halten, also das solche gefertten trawben wie die brief des andern und dritten auftragens halben, ob sie zuvor verworfen, bezuehnet auch an gleichmässige straf darauf gesetzt werden soll.

Actum nutwuchs den 13. aprilis a. 1551.**

13. April
1551

Meine gunstig herren stettrechner sollen der trawbenferber-ordnung einverleiben, das furohin irn kainer der wachen über sieben farben auf die maa, wie die vorg ordnung vermag, haben und halten, das auch ain ieder zu sollicher maa mit den feuerstätten und gewolbern fur schaden sorg und gefar gewarumlich, stattlich und wol versehen sein soll, bei welchen

*) Randbemerkung: Diaweil den blawferbern halben bei barchants ain sondere ordnung furgenommen, so ist dieser artikel hieneken durchurlichen worden.

**) Randbemerkung: Ist den ferbern zu lesen von consülen.

aber solliche gewarsame und notwendige fursehung feuers halben mangelhaftig, dem oder denselben sollen sie, mein gunstig herren stettrechner, ain mindere anzahl der farben, wie sie nach gelegenheit eines ieden ferb oder werkstatt fur gut ansicht, bestimmen und derhalben ietzo und allwegen durch die verordneten feurgeschwornen notturftiger erkundigung furnemen. da es auch sie meine herren fur nötig befinden, mugen sie noch drei trawbenferber zu den vorigen verordnen oder zulassen.

28. Juni
1560.

Actum freitags den 28. iunii a. 1560.

54) Eid und Ordnung der Farbenschauer.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 151.

Die zwen ferber, so sampt andern ains erbern rats verordneten den ferbern den rawsch und die farben schawen, sollen und werden gelert aid zu Gott dem allmächtigen leiblich schweren, den rawsch und all andere stuck zu den farben der ferber gehörig getrewlich, das die alle gut und gerecht seien, zu besehen, zu schawen und bei angeregten irn aiden darob und daran zu sein, das alle stuck in irer anzahl zu den farben gehörig, wie es die ordnung unterschiedlich vermag und anzeigt, zu und in die farben komen und gebrucht werden, alles getrewlich und ungefärllich.

Und ist ir iedes belonung des iars aus dem steurhaus nemlich alle quatember 2 pfd. hlr.

[Folgen 8 Eidprotokolle].

55) Eid und Ordnung der Wascher.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 155.

Du schwerst, den ferbern die barchanttuch, so sie dir zu waschen geben werden, aus ainem guten, lautern haissen wasser ordenlich und fleissig zu waschen, auch die aufzuziehen und die wol auszuschlahen. desgleichen aus ainem ieden wasser nit mer dann sechs tuch zu waschen und in sollichem den ferbern gleich und gemain zu sein und kainen fur den andern zu furdern in kainen weg, und insouder solliche tuch den ferbern dermass zu versehen, damit inen daran nit schad beseech. und sobald du ainem ieden ferber seine tuch gewaschen hast, im dieselben alsdann von stund an haim zu schicken und von ainem ieden barchanttuch zu waschen, auch die bei den ferbern zu holen und wider haim zu antwurten, ainem pfenning zu belonung zu nemen, ains rats nutz zu furdern und schaden zu wenden getrewlich und on alle gefärd.

Es soll auch kein weschel, so am forber ist, im selbs seinu barchantach nit waschen, sonder die ainem andern zu waschen geben.

Idellus Kratzer Hanns Kramer man, Hanns Ysenlower und Jörg Gaisser, all vier weschel, haben den obgemelten inden geschworen montags nach Michaelis d. 1524.

2. 149.
1524.

56) Eld und Ordnung der Schwarzschauper.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 184—166.

Ir schwerent, den schwarzen und grauen barchant zu schawen, das der gut schwarz und grau und gerecht sei und im dham abbruch beschehe, und dannen andern barchant nit schawen, denn der hie gefehrt und mit der statt zichen bezaichnet sey; auch die wassen trawben und die rothen brüte, wie die geschorn sind, auch zu schawen, so die hie von dem besiglen und darzu die pen und buss zu nemen und in die luchs zu legen, auch die ordnung in dem buchlin zu halten, desgleich gemain und gleich an der schaw zu sein, und das niemant für den andern gefordert werd, und was ir gefuehle an der schaw schont oder gewar wurdent, das ir das von stunder an den stettrechnern forlangent und sagen, der statt nutz und fromen fordern und schaden warnen und werden, als ber ir mugent, alles getrowlich und ungefarlich.

Ir sollent auch den künerten barchant den tuchschierern schawen scheren und küntrerns hab und das der gut berat und gemacht sei, und alhin mit luter ane klar und von der farb, die von den harzschekeln aus harz getrennt worden, und der tuchschierere ist verhotten nit zu nemen weder furniess, leim, harz noch gesalzen wasser.

Es gent auch am irles tuch schawgelts vier hlr., und welches verworfen wirt, wie oft das beschicht, soll der geben, der im es schawen lasset, 1 sch. hlr. zu pen. und nichts destominder so soll er es bessern und darnach wider schawen lassen.

Weiter soll in gesagt werden, der gugler hilt wie an die bisher geschawet haben, das sie furehin auch flussig daroff seuen.

Und nachdem brüet ainem ersamen rat groner und mercklicher kost mit der schaw und besiglung der gugler zusamt taglicher müe und arbeit aufgeloffen und im dagegen klainer nutz oder widerlegung entsprungen ist, also hat am rat nitze dasselbig bedacht und darauf ermiten und angesehen, dass furehin von irden gugler an pfennig zu schawen, und an pfennig zu bleien oder zu bezachen gegeben werden soll.

Actum freitags nach Bartholomei apostoli d. 1507.

2. Aug.
1507.

Item als an ain erbern rat gelangt ist, dem barchant, so man auf das letzter ort kutniert, ain blei zu geben, damit der neben andern erkannt und fur Ulmer barchant gehalten werden möge, ist entschlossen, denselben barchant furohin zu schawen, damit der an farb ainer gleichen und mit fleiss kutniert sei, und so die tuch gerecht erfunden, soll denselben ain blei und far dasselbig und zu schawen zwen pfenning gegeben werden.

Wa aber ain tuch an der schaw des kutnierens halb nit bestand, soll der tuchacherer, so solliche kutniert, davon drei pfenning zu straf und buss geben und dannoch dasselbig tuch mit dem blei nit gezeichnet werden.

2. Dec.
1554.

Actum auf mitwochen nach Andree apostoli a. 1516.

Meine herren stettrechner hat fur gut angesehen und verordnet, das die gebimsten, geschintzen und kutnierten barchanttuch durch die schwarzschawer nit mer, so sie dieselben an der schaw verwerfen, in der farb strafen und schawen sollen, sonder auch sollen sie denselben verworfnen tuchen kein blei geben und darzu iedem derselben tuch ain or abschneiden, damit sie furohin nit mer fur werschaft gefärbt werden.

Ferner als ain erammer rat verschiner zeit fur gut angesehen hat, das die Ulmer gugler alhie zu Ulm auch rot, blaw, grien, eschenfar und auf ander farben bis auf sein ains erbern rats wider verendern oder abschaffen gefärbt werden mögen, so hat auch ain erbrer rat fur gut angesehen, das mein gunstig herren stettrechner den schwarzbarchantshawern in befehl geben wöllen, die bemelten gugler, so alhie auf rot, blaw, grien, eschenfar und ander farben gefärbt werden, wie die schwarzgeferbten gugler mit fleiss zu schawen, das die fleissig und ordentlich gefärbt, auch nit massen, ronzeln oder ander schaden haben, welche sie also an der schaw befinden, die sollen sie mit ains erbaren rats zeichen bezeichnen und siglen, und von iedem derselben geschawten gugler ain pfenning zu schawen und ain pfenning zu besiglen in massen wie von den andern schwarz geferbten guglern nemen.

24. April
1548.

Actum freitags den 24. aprilis 1545.

Desgleichen sollen ir auch hinfuro alle blawe barchanttuch, so schwarz gefärbt werden sollen, welche ainem ieden ferber mit dem waid blaw zu ferben zugelassen, zuvor und ehe die schwarz gefärbt werden, der blawin halb, ob die gerecht und gut blaw gefärbt seien, ordentlich und mit fleiss schawen, auch folgend, so sie die an der schaw gerecht befunden, denselben das zeichen, so derhalben sonderlich gemacht und inen den schawern zugestolt, aufstossen und von iedem tuch allain und besonder von wegen des zeichens ainen pfenning nemen und in die buchs legen.

Wa aber ain oder mer barchanttuch an sollicher schaw mit bestern wurden, sollen sie die verwerfen und von jedem derselben tuch, so also verfelt, wie oft das beschicht, die straf inhalt der blawfaherordnung nemen und auch in die buchs legen.

Actum freytags den 14. septembris a. 1548.

14. Sept.
1548.

Auf anbringen meiner gunstigen herren der stettrechner von wegen furbens der trawben ist entschlossen, mit denselben eben die ordnung, wie mit den schwarzen briefen zu halten, also das solche geferbten trawben wie die brief des andern und dritten auftragens halben, ob sie hievor verworfen bezeichnen, auch ain gleichmässige straf darauf gesetzt werden soll.

Actum mitwochs den 15. aprilis a. 1551.

15. April
1551.

Auf mitwoch den 27. septembris a. 1553 hat ain ersamer rat entschlossen, das auf die schwarzen barchanttuch, wenn die von ihnen geschawet, ain Umer schiltlin zu ainem bezeichnen, zuvor und einmalen das blei daran gehenkt, gestossen werden soll.

27. Sept.
1553.

Auf anbringen meiner gunstigen herren stettrechner von wegen furgefallner beschwerd des schwarzen barchants halben ist entschlossen: welches barchanttuch hinfuro allain ainmal gekartet und geschoren, das demselben auch allain ain zeichen, welches aber zwainmal kartet und geschoren wirdt, das demselben zwai zeichen an gehenkt werden sollen.

Actum mitwochs den 3. iuli 1555.

3. Juli
1555.

Auf eingerommene bericht und anbringen meiner gunstigen herren stettrechner von wegen des furbens der trawben auf blaw ist entschlossen, solliches zuzulassen und zu vergonnem: jedoch soll denselben tuchen und sonst ainer jeden gattung ain sonders zeichen mit unterschieds willen an gehenkt werden.

Actum mitwochs den 10. iuli a. 1555.

10. Juli
1555.

Auf freitag den 7. mai a. 1557 hat ain ersamer rat entschlossen, wenn hinfuro der schwarzbarchantschawern ain oder mer barchanttuch des scherens haben zu schawen furkombt, das zu genau geschoren ist, so sollen sie dem tuchscherer, der solliches geschern, auflegen, dassell, sofern es ainderst das karten noch ainmal erliden mag, widerumb karten, auch folgendes wider zu schern und schawen zu lassen und im fall, da sie in sollichem widerschawen befunden, das es abermals zu genau geschoren, so sollen sie abdann demselben tuch kün sigel oder blei geben, sonder ain or abschneiden lassen, damit es furder in kein vernughilff gelegt oder gebunden werde.

7. Mai
1557.

Wann aber ain oder mer tuch, so erstlich zu genau geschern, das karten zum andern mal mit erliden mochte, so soll dem oder denselben gleichfalls ain or abgeschnitten und kein blei gegeben werden.

57) Eid und Ordnung der Ausstreicher des schwarzen Barchents.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 153.

Ir werden schweren, alle werktag, wann man den schwarzen barchant schawet, auf der schaw zu warten und die tuch, so euch die ferber auszustreichen geben werden, zu zwaien malen ordenlich und mit gutem fleiss auszustreichen und allwegen in zwölf tuch anderthalb pfundt leinöl zu streichen, und ob ir ichtzit weiters, es were öl, streichbletzen oder anders zu sölllichem auszustreichen gehörig bei ainem ferber notturtig wurden, dasselbig auch an in zu erfordern und zu sollichem auszustreichen zu gebrauchen, auch in dem auszustreichen den ferbern gleich und gemain zu sein und zu thun, was die stettrechner mit euch des auszustreichens halb iederzeit von wegen ains erbern rats schaffen werden. und ob ir in auszustreichung der tuch ainicherlai sehen oder gewar wurden, das dem gut schedlich were, dasselb von stund an an die stettrechner gelangen zu lassen, und von iedem tuch, so euch von den schawern auszustreichens halb verworfen wirdt, so oft das beschicht, allwegen ain schilling häller zu straf geben, der statt nutz zu furdern und iren schaden zu wenden getrewlich und on all gefürd. und ist ir belonung von iedem tuch auszustreichen ain pfenning.

58) Eid und Ordnung der Mangmeister.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 80—85.

Die mangmaister schweren aid zu Gott mit aufgebotten fingern, das weder sie, ire weiber, kind und eehalten noch niemant von iren wegen nit minder noch mer manggelts uemen sollen, dann wie von alter herkomen ist, namlich von ainem ieden barchanttuch zwen pfenning und von ainer longin regentucher drey schilling. item von ainem gugler, den sie allain aus rausch forben sollen, acht kreuzer, und kain sust anders forben, und von ainem golschen zwölf pfenning. und von der leinwat allwegen von zwaien ellen ain häller, es sei gefert oder ungefert. sie sollen auch aller kauf oder das sich auf ain gefürd ziehen mücht, ganz mussig gan, und ainichen kauf thun, weder umb hewser, gärten oder anders, nichts ausgenommen. sie sollen auch kain gastung mer habon, als dann wol beschehen ist, dardurch ainer dem andern sein kondon empfomden mocht. dise artikel all und ieden besonder sollen sie auch also halten. und wa ir ainer, zwen oder sie drei die brechen und nit hielten, dem will man die mang on all guad nemen und darzu hortiklichen strafen nach ains rats erkanntnis. sie sollen auch kain vortrag mit ainander machen, sonder ieder

sein ding selbs haben. weiter schweren sie, was nu hinfuro inen weisser golschen zukomen, und die gestupft sind von den weerschawern, die ordenlich zu beschen, und ob sie die schadhafft funden und mit kaufmansgut were, die nit zu besiglen in kain weg; desgleichen auch der regentlicher halb getrewlich und ungeferlich, auch soll man geben von iedem golschen ein pfennig zu besigler, und die mangmaister sollich sigelgelt bei schawung der golschen den mangschawern darlegen und bezalen.

So wird den mangmaistern zu besiglung der golschen das blei allwegen von der statt geben.

Der regentlicher halb zalt der verkeyter ein blei, darfur ein haller. aber der verkeyfer zalt zwai oder drei blei, fur iedes blei ein haller.

Die mangmaister sollen auch fursichtig sein, damit es mit altem messen zugang, wie es der kaufman haben will.

Alsdann des mangmaistern halben der golschen klag ist, hat ein grosser rat geordnet und beschlossen, das ain ieder mangmaister und seine knecht bei dem rat, so sie darumb, wie sich geburt, schweren, nun furohin ainem ieden golschen zwolf geng geben sollen, doch mit dem underscheid, wa ein golsch solch rmanne der mer geng notturtig wer, das er auch dem selben golschen mer geng geb, oder wa der golsch minder geng, dann gesetzt ist, bedorft, soll der mangmaister dem selben golschen auch minder geng geben, alles nach ains ieden golschen wesen und schnelchlichkeit, wo sich geburt, on alle gefurd.

Es soll auch hinfuro ain ieder mangmaister ainen neuen knecht, den er anstellen will, vor, ee er in bruch, sollich obgeschriben ordnung zu halten im stewartus schweren lassen, auch wie sich geburt.*)

Die mangmaister sollen auch schweren, das sie die schwarzen baychanttuch nit ubermangen und ainem ieglicher baychanttuch ainen halben gang und nit mer geben.

Es soll auch ain ieder mangmaister sein eigen zeichen auf ainen ieden golschen stossen.

Die mangmaister sollen auch auf ir und das sigelgelt, so sie von den golschen und regentlicher nemen, das ainem rat zugehert, vor allen dingen annehmen und in die buchs furdertlich legen, und niemant nichts hinausgeben, das gelt sei dann vor der statt bezalt.**)

Und auf sollich alles, so sollen die mangmaister all und ieder insonder auf ir und, was s.o den gesten von golschen, gngler oder baychanttucher in ir herbergen, heuser oder anderswahn, furen, das dem gretmaister furdertlich und on verziehen

*) Durchgestrichen.

**) Raubbemerkung: Es den nit mer ist ab.

ansagen und verkünden und nichts verhalten. dann wa sie das nit thäten und man es von inen innen, wurd man sie darumb hertklich strafen.

Es soll auch kein mangmaister noch niemant von seinen wegen niemant nichts verkaufen noch verwechseln, weder golschen, gugler, regentucher, noch barchanttocher, noch ichtzit anders, und wellicher das ubertut, den will ain rat darumb hertklich strafen.

24. Juli
1508.

Auf mittwochen nach dem sonntag Cantate a. 1508 hat sich ain ersamer rat hic zu Ulm entschlossen und angesehen, das furohin ain ieder mangmaister vierhundert guldin verströsten soll.*)

Zum andern, das auch die mangmaister ainem ieden, der inen golschen zu mangen gibt, dieselben golschen wiederumb under seinem zeichen, wie er nit dann die befohlen und geben hat, uberantworten sollen.

Zum dritten, sobald die golschen gemanget, die zeit wie sich geburt under dem truck gestanden und folgendes geschawet und besigelt sind, so sollen die mangmaister dieselben den nechsten tags darnach on verzug denienen, den sie zugehören, haim schicken und uberantworten, und die leuger nit behalten.

Zum vierten, so die mangmaister die golschen also gemanget haimschicken und uberantworten, so sollen sie dargegen alsbald und von stund an irer geburlichen belonung mit barem gelt davon entricht und bezalt werden, und sie derselben belonung niemants weder borgen noch baiten in kain weis noch weg.

Und zum funften, so sollen auch die mangmaister und ir oehalten nichtzit weder kaufen noch verkaufen, noch auch iemands weder leihen noch entlehnen, sonder desselben zusamt dem wechseln und andern hievor in irem aid bestimpt ganz mussig ston in allweg.

24. Juli
1508.

Auf montag sant Jacobs des hailigen zwölfbotten aubent a. 1508 hat ain ersamer rat hic zu Ulm aus merklichen und gegrundten urachen furgenomen und angesehen, das furohin die weberzunft zu dem messen der weissen und gemangeten regentucher ainen sondern und aigen geschickten, erbern und verstendigen knecht haben, der dieselben weissen und gemangeten regentucher nit mer mit der ellen, in mass bisher in bruch gewest ist, sonder nach dem tisch, dero in iede mangniner darzu gemacht und gestellt ist, messen soll.

Und damit auch gefar nach seinem messen verhut und das gut in mass und wie das von im gemessen wirdt, unverendert beleiben mug, so soll allwegen der berurt knecht jedes stuck, sobald er das gemessen hat, an baiden orten mit ains

*) Randbemerkung: Lds nit.

ersanten rats zeichen und schult bezeichnen und stupfen, und so aber kleine stücklin eingelegt werden, so sollen allwegen dieselben stücklin auch an laiden orten, und namlieh an dem ort, da es an das ander stück gemessen wird, also bezeichnen und gestupft werden, das ain stupt und schult beide end an entlich und mit ainander gleich berur und begreift.

Dies manung sollen ferohin die mangmaister auf ir aid also halten und ferohin kein stück mer zusamen und under den truck legen lassen und mit dem blei besigeln, es sei dann zuvor dermassen gestupft und bezeichet.

Artikel, so dem alten aiden, den die mangmaister schwerer, abgehengt worden sein.

Item die mangmaister sollen auch schweren, das weder sie, ire weiber, kind noch ehalten, noch niemant von iren wegen keine ire kundent so bei iren mängen, noch derselben weiber, kinder noch verwandten mit annemerlai muet, gab noch schenkungen, under was seche n solliches beschelen muht, mit vereeren, auch denselben kein gefährlichen dienst aussernalb der statt Ulm weder mit vieh noch leuten nit thun noch beweisen sollen noch wollen in kainerlai weise noch weg.

Item das ain ieder mangmaister bei der anzal, dero sie sich mit ain erbern rats stettechner jederzeit im golschen und buchant vergleichen, bleiben der gestalt, welcher sein gebuerd auferlegte anzal gemängt und abberait, das alsdann derselb mit fuerer mängen der golschen und buchants in ruwen und weiter nitzit mängen soll, bis die andern zwen mangmaister ir anzal auch erlangt und der wegen gegen imo vergleicht werden.

Item das ain ieder mangmaister aus erbern rats mängen mit statlichen, erlichen, der sachen verstend gen, erfahren und geubter, ehalten, und nit mit hilflosem untuchtigem ge und versehen, auch derselben ehalten keinen annemen woll, er hab dann denselben zuvor als erbern rats verordneten mangschawern fargestellt und dieselben solchen ehalten fur tauglich erkannt, und der ehalt nachgeends zuvor diese ordnung auf dem steurhaus geschworen.

Item das ain ieder mangmaister alle die golschen und buchanttucher, so er aussgeraiget und abberait hat, den geordneten mangschawern dieselben golschen und buchanttucher nach geschworen iren aiden zu schawen und zu besigeln wissen, allan durch sein eigen person, und sonst niemant andro furlegen und ir der mangschawer etwedaß daruber gewarten, demselben geloben und folg thun wole.

Item das kein mangmaister hinfuro von keinem blacher anmeihen golschen zu mängen nit annemer, sonder allan von den kauffleuten oder demenen, dem die golschen zusteen.

Item das auch ain ieder mangmaister die golschen und

barchanttucher, so wie zum ersten zu mangen genotwurt, auch zum ersten fertige und abberait, dergestalt, was zum ersten in die mang gelofft, das dasselbig von ersten gemangelt, geschawt, gesiebt und hangenwurt, auch lieftimen in alweg gleichhart gehalten, damit der reich vor dem armen nit bedacht noch gefürdt werde.

Vergleichen soll auch an ieder mangmeister, so bald er gemangelt gesehen oder barchanttucher überkommen hat, dasselbig allwegen zu anhebt den dreien geschwornen mangschawern und einem jeden insonder ausagen lassen, darauf sollen sich dieselben schawer, nemlich zu sommertzeiten vor der cristen, weissen goltseherschaw an bis Michaelis allwegen am morgen zu der sechsten stund, und nach sant Michaelis tag bis wider in sommer zu der achten stund, in die mangen verfugen und darin schawen und handlen, wie sich der ordnung nach geburt,

59) Bestand der Mangmeister.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 86.

Die stettrechner Hainrich Rembolt, Wilhelm Ott und Conrad Lönss hand Olmar Feyhel ain ir das recht die aufgeschriben mang und nit lenger gelihen und verlihen, nemlich die mang am gries mit sampt der behausung, die darzu erbawen ist, als weit und wie die sen. vatter ingelabt hat, also das er die genannten mang und behausung mit aller irer zugehörd wesenlich nach nutz und notdurft der mang on all redlich arbew, abgang und wustung des ir in haben soll.

Und was an solcher mang hinfürto zerbricht oder zu lawen und zu machen notturtig ist oder wurd, das soll er auf sein selbs kosten und schaden bawen und machen, der statt on schaden, und die mang, wann er nach ausgang des aus davon keme, lebent oder tod, mit wellen, saden und ander zugehörung als gut oder besser und nit erger, dann im die eingewurt ist, hinder im verlassen, was aber an dem manghaus oder der behausung und nicht an der mang zu bawen werden wurd, das sollen die stettrechner bawen lassen auf der statt kosten und schaden, und gut davon solch ir zu zins 75 pfd, halb auf Johannis weihenrechten im 94, ir und halb auf Johannis sonnwenden darnach.

Bescheben auf montag vor sant Vitstag im 93. iar.

60) Mangzinsen-Tarif der Mangmeister.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 86.

Als tsetzo ain ersamer rat zu seine drei mangen, so derzeit, nemlich die hinder mang Anna Feyhlerin, weiland Thosen

27 Dec.
1491
26 Jani
1496
30 Jani
1497.

Kelbiers seligen verlassenen witwe, item die vorder mang Jorg Freyhel und die oker mang Peter Thilger, so lang das ainem rate und seinen stettrechnern fuglichen und eben ist, inhaben und besetzer, dan it das gut dester ordenlicher und fleissiger herant und gemangt werden mug, in ainer teile mang besonder noch ainen manger zu richten und machen lassen hat, sem demnach und aus befehl aus erbern rats die stettrechner, nemlich Hunrich Crafft, Mathens Lupin und Daniel Schbacher, mit den obgemelten mungmaister und mangma'stern aberkomen, das ir jedes insonder man furhin aus berurter seiner mang mit irer zugheord gemainer statt alle iar nuchlich zu zins richten und geben sonst 87 pfd. hr. gleich halb auf sant Johannis 27. Dec. tag in der wech machten und halb auf sant Johannis tag zu 24 Juni sonnwenden.

61) Bild und Ordnung der Mangmeister-Knechte.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 88—89.

Du wirst schweren ainen aid zu Gott dem allmächtigen mit aufgebottnen fingern, darob zu sem und allen getrewen fleiss anzuwenden, damit der golt und barchant rain, mit sonderm fleiss und gut gemunget, also das er geschmeidig, on sonder gefärlieh runzelt, makel oder nider zubereit werd.

Dergleichen und nit minder acht und aufmerken sollt du auf deins maisters aid, ordnung, dann auch desselben gehalten und werkzeug, als wellbaum, wallen etc. und anders haben, also wo du angezugten stucken anmehen nachtailigen mangel, fid oder gebrechen spuren und finden wirst, das du denselben alsbald aus erbaren rats verordneten mangschawern croffnen und anzuigen, noch darinnen nachzit verschweigen wollest in kainerlei weis noch weg ungefärlieh.

Mer soll inen der mungmaister aid, alt und new, hievor am 80. blatt, auch gelesen werden.

Item mein gunstg herren stettrechner sollen den dreien maisterknechten ir jedem jarlich zwen gulden zu vererang geben, damit sie irem aint dester fleissiger obligen und anwarten, sich auch ir angeheng halber dester fugsamer entreden und anzuigen mögen, das sie solchs zu thun geschworen und derwegen von ainem erbern rat besoldung und dienstgelt haben.

62) Bild und Ordnung der Barchentlicher-Zusammenlegerinnen.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 189.

Die frawen, so die tuch zusamen legen, schweren, die schwarzen und weissen tuch gleich und gemain zusamen zu legen.

nachen und armen, einem als dem andern on gefünd und sonderlich auch, wo die weissen tuch auf der blanch von meissen, ratzen, auch andern unzübel oder sonst in ainich weiss schaden genomen hetten, solhs fur die weissschawer zu bringen und an sie gelangen zu lassen, und was sie auch schwarzer tuch funden, die schallhaft weren, die sollen sie auch nit zusammenlegen, sonder die aber an die schwarzschawer bringen, und welche frau also geschworen hat, die soll mit keiner andern frauen zusammenlegen, deselb hab dann auch geschworen wie sich geburt, alles getrewlich und ungesarlich.

63) Eid und Ordnung der Mang-Schauer.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 87.

Ir werden schweren eid zu Gott dem allmächtigen mit aufgebottlen fingern, den weissen gemangten golschen in ain erbaren rits dreien mangen iederzeit und so oft ir von den mangmaistern erfordert und auch angesagt wirdt, getrewlich zu schawen, ewer sonder acht und aufmucken zu haben, ob der furgelegt golsch genug gemanget, auch fleissig, geschmeidig, on sonder gefarlich ritzeln, mackel oder milz zubereit sei und so, gends denselben golschen, so er also, on ainichen mangel, läl oder gebrechen erfunden, mit ain erbaren rits stempfl und sigel, die ir ieder zeit bei ewern handen behalten, aigter person und durch niemant ander sigeln, das ir auch alsbald nach besiglung der gemangten golschen von dem mangmeister auf ain irsen golschen, sovil ir dero besigelt, ainem pfenning zu sigelgelt empfangen dasselbig gelt in die buchs, so euch darzu gegeben ist, legen und solliche buchs und gelt darnach abbringung einer ieden anzal golschen in das stewarten den stettrechnern antworten wollen, do alsdann durch die stettrechner ieder zeit ausgelert und der ain halbtail des gelts gemainer statt fur das bei und der ander halbtail den dreien mangschawern in gemain zu besoldung gemüet und gegeben werden soll.

Ir sollen auch ewer getrew acht und geissen aufmerker auf der mangmeister eid, ordnung, dergleichen derselben werkzeug, als wellhamm, wallen etc., item ir erhalten und anders haben also, wo ir an ungezugten stucken durch euch selbs oder den meisterknecht, den ir auch zum theil dazumb befragen, ainichen nachtailigen mangel, fal oder gebrechen erfunden, gewun und innen wurden, das ir denselben alsbald abstellen, in bessertung richten, do untachtigen erhalten erlauben, und ander tangelich mit ir statt, auch aus des mangmaisters erhalten ain tangelichen und verstandigen meisterknecht welen und erwiesen, gegen den mangmeister geburliche straf furnemen

und summarie alles das hierinnen handeln und uben wollen, das zu auffung des gemainnutigen handels dienlich und die notturft desselben erfordern ist.

Vergleichen und mit mindern fleiss sollen in auf den gemangten barchant wenden, also wo ir an demselben aincheit nachteiligen sal oder gebrechen sparten, denselben bests angewendts fleiss abzuschaffen wissen.

Ir sollen auch ain icede quotember ain ungefarliche nachfrag bei denemen, durch die der geauget golsch und barchant am furnemsten vertreben wird, haben und an sie erlernen, in was gang oder schloiss die argezaigten waren seien, was fur klag darob gefurt, und die erfarnen mangel bests fleiss mit geburlicher straf oder in ander weg wenden und abstellen.

Sofern ir auch an des margmaisters wellbaum ain beschwerlichen mangel erfunden, sollen ir den margmaister umb funf schilling, wo aber an der wullen nachteil eristoen, umb funfzehnen pfenning, und sofern ain golsch ain fal hott, also das er von euch verworfen, umb drei pfennig ansehen und strafen, und wa euch ichtzit gefarlichs, wichtigs, oder das euch zu schwer gediecht, begegnete, das wöllent ir ieder zeit ains orbar rats stettrechnern cruffen, anzugen und ferners irs befehls geleben, alles getrewlich und ungefarlich.

Me ne gunstig heiret stettrechner sollen furehin die mangschawer aus allen erbaren zuuffen nemen und dieselben ainem rat larschneiden.

[Folgen 7 Eidprotokollierungen von 1538—1547.]

64) Eid der Tuchküfel und Verkaufsordnung der Rohbarchentschaw. *)

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 107—110.

1. Burgermeister, grosser und klainer rate haben zuwendung und zu furkomen den gefarlichen aberkauf, der dann bisher in und mit dem rochen barchant auf der schaw und sust umb augens nutzen willen getriben worden ist, dardurch gefarlich aufschlog und abschlog gemacht worden sind etc, hinfuro festlichen und strenglich zu halten ain ordnung fargenomen und gesetzt auf mairung, wie hernach folgt, und dem ist also:

2. Zum ersten, so will ain erbrer rat jedermann auserhalb der factor und wollherren seinen freien kauf als durch sich selbs, die geschwornen tuch-, underkeufel oder ander roche tuch auf der schaw zu kaufen zulassen.

3. Aber alle factor und alle wollherren sollen, alles bei iren ainen, so sie deshall geschworn, alle dieweil sie factor

*) Randbemerkung: ist geändert.

oder wollherren sein, umb bargelt auf der schaw kain roche war weder in selbs noch andern nit kaufen, noch inen die niemant, dann allain die geschwornen tuch- oder underkeufel einkaufen lassen, allain soll allen factoren und wollherren zugelassen sein, die schulden, die man iren herren oder inen umb woll zu thun und schuldig ist, mit den rochen tuchen einzubringen, und weiter nit, gar in kain weis noch weg.

[4] Doch mit dem geleuterten und weiteren anhang, das hinfuro ain ieder, er sei burger oder gast, haimsch oder frembd, niemant ausgenomen, kain roch tuch weder ainzechtig noch fardelweis nit mer roch widerverkaufen noch verkaufen lassen, und ganz kain aberkauf damit gebraucht noch getriben werden soll in kain weis noch weg; sonder sollen alle dieinen, so den rochen barchant kaufen, denselben barchant alhie zu Ulm blaichen oder roch umb weis verwechseln, oder aber den schwarz fernen, aber die weber mugen allain ir gewurk und nit weiter, wie mit alter herkomen ist, roch verkaufen.

[5] Es soll auch durch niemant kain roch fardel gegen ainem weissen verwechslet werden, es sei dann dasselb weis fardel vorhanden und word ains gegen dem andern uberantwort, wellich der stuck ains oder mer uberfaren, die sollen von ainem ieden uberfaren und tuch insonder, so oft das beschicht, umb ain ort ains Rimechen guldins gepent und gestraft werden, unablassig zu bezalen, und damit solliche desster steifer gehalten und die verbrecher im uberfaren gestraft und gebusst werden, so will ain ersamer rat allen denieuen, die sollich uberfaren rugen und furbringen werden, den viertail der straf folgen und widerfaren lassen.

[6] Zum andern der wollherren halb soll es also gehalten werden, das ain ieder wollherr seino roche tuch, die er aus der woll erlost, zu furderung seins handels und gewerks roch wol wider verkaufen mag. und aber mit dem underschid: welcher wollherr im roche tuch kaufen lasst, der soll furo kain roch tuch mer selbs verkaufen noch verkaufen lassen in kainen wege.

[7] Zum dritten, so soll allen tuchschern bei iren aiden gebotten und aufgelegt sein, das sie furan alle die tuch, so sie auf der schaw kaufen und die sie nit verarbeiten, ferner gegen kainem rochen, sonder allain gegen weissen tuchen verwechseln sollen und anderst nit in kainen weg.

[8] Auch so soll ain ieder macht und gewalt haben, ain zeichen gegen dem andern roch auf der schaw und nit weiter zu verwechseln, wie mit alter herkomen ist.

[9] Zum vierten, so lasst ain ersamer rat seinen tuch- oder underkeufeln und andern, so andern personen kaufen wollen, bei iren trewen und aiden gebieten und einbinden, wie sie ainem ieden kaufen, das sie demselben das, so sie imo gekauft,

in dem gelt, wie sie gekauft, und nit höher geben und verrechnen sollen; dann wellich das überluren, will ain ersamer rat als adoulich strafen und darinnen niemant verschonen.

[10] Und auf das, so soll und mag ain ieder tuchkeufel insonder von ainem ieden, er sei reich oder arm, auf ain jedes zeichen besonder, es seien ochsen, lewen, trawben, brief oder erschnittne roche tuch zu kaufen gelt empfangen und nemen, doch auf die zwai zeichen als ochsen oder lewen zu kaufen soll ain ieder tuchkeufel auf ainmal von niemant mer gets dann nur allain zwahundert guldn. anzulegen annehmen und ainem ieden also ain jedes zeichen der rochen tuch getrewlich kaufen und versorgen in der weise, wie er das bei seinem und nachfolgender manung zu thun schuldig und pflichtig ist.

[11] Und ob sich begeben, das iemants ainem tuchkeufel gelt gebe anzulegen mit dem empfehl: kauf mir die tuch, es sei welches zeichen es woll, also ectr. und nit höher, und ain andrer kame, und dem tuchkeufel auch gelt geben und die zeichen der rochen tuch höher oder nach den leuten kaufen lassen wollt, so soll der tuchkeufel disem sein gelt, ob er das empfangen hett, desselben tags wider geben, und dem, der höher oder nach den leuten kaufen lassen wil, kaufen in der weise, wie sich das geburt.

[12] Es soll auch ain ieder tuchkeufel insonder bei dem aid des gewonlichen underkaufs und lous, als von ainem fardel insonder ain ort ains guldn. und von ainzachtigen tuchen nach derselben anzahl, beugen lassen und rust kain andern vortail, muet noch gab darumb nemen.

[13] Den geschwornen tuchkeufeln ist auch von ainem ersamen rate, so lang es ime gefällig und eben sein will, zugelassen, das sie den webern auf die tuch irs gefallens wie ander wol leihen mugen.

[14] Doch aber also: wellicher furan auf der rochschaw, er sei burger oder gast, durch tuch- oder underkeufel roche tuch kauft oder kaufen lasst, er hab darauf gehen oder nit, so soll er die tuch jedes tags, wann er die empfacht, den leuten nach und nit mehr auf der schaw und nit dahinnen oder an andern orten bezalen, bei straf jedes uerfarens von ainem tuch allain und besonder ain ort ains guldn.

[15] Weiter soll auch ain ieder tuchkeufel insonder kain weiss gebhandt tuch wieser an fardeln noch an ainzachtigen tuchen nit kaufen, noch niemants von seinem wegen nit kaufen lassen in kainen weg.

[16] Desselgleichen soll auch ain ieder tuchkeufel insonder kain rochtuch, es sei weung, trawben, brief oder erschnittne tuch, so er iemants verkauft hett oder von andern erkauf worden weren, wider verkaufen oder verwechseln in kain weiss noch wege.

[17] Neben dem soll auch kain tuchkeufel, weil er an

diesem dienst ist, niemand kainen golschen kaufen. auch das gelt, so inen auf den barchant gegeben wird, zu einkaufung oder bezalung der golschen mit nichten darleihen oder darzu gebrauchen lassen.

[18] Und auf das alles, so soll ain ieder tuchkeufel insoeder schweren ainen gelerten aid leiblich zu Gott dem allmächtigen mit aufgebotten fingern, dise obgeschriben ordnung in allen punkten und artikeln war und stet zu halten, auch reichen und armen ainem als dem andern ain getrewer, gleicher und gemainer tuchkeufel und gemainer statt getrew and gewer zu sein, nutz und fromen zu furdern und schaden zu wenden und zu warnen und hierin nichts ansehen, weder frundschaft noch feindschaft, muet noch gab in kain weis noch wege, alles getrewlich, warlich und ungefärllich.

[19] Dann welcher tuchkeufel sollich ordnung in ainem oder mer stucken verbroch und nit hielt und also seiner eren und aids vergess, der soll darumb an leib oder gut angesehen und gestraft werden demnach und denn ain rat die sach gefärllich oder ungefärllich erfindt.

[20] Doch so hat ain rat im hierinn sein oberkait vorbehalten, solliche zu endern oder zu widerrufen, wie dann ainen rat zu ieden zeiten ansicht ain notturft wesen.

20. März
1534.

Actum freitags nach Letare a. 1534.

[21] Ain ersamer rat hie zu Ulm hat auch geordnet, das ain ieder tuchkeufel ainem erbern rat versichern und vertrösten soll vierhundert guldin Rinischer, damit erber lewt des iren, so sie in vertrawen, hablich und versorgt seien.

21. Febr.
1535.

Actum mitwochen nach sant Ulrichs tag a. 1535.

65) Neue Tuchkäufel- und Rohbarchent-Verkaufs-Ordnung.

U. St. A. F. B. VI. 17 q. L.

Meine herren die eltern, burgermaister und rat haben u. s. w.

[s. Absatz 1 der alten Ordnung.]

Des ersten, das kain wolherr oder factor fur sich selbs noch iemands von iren wegen ainich roch barchanttuch nit kaufen, besonder ain ieder wolherr oder factor, so roche tuch kaufen will, ime dieselbe ainen geschwornen tuchkeufel ains orbaren rats ordnung nach und sonst niemants andern auf der schaw kaufen lassen soll.

Es soll aber darnoben allen wolherrn und faktorn unverbotten, besonder hiemit frei und zugelassen sein, die schulden, so man inen oder iren herrn umb woll zu thun und schuldig, mit dem rochen barchant einzubringen und weiter nit, gar in kain weis noch weg.

Was aber die andern, so mit wollen mit hantieren, sonder den freyen barchant zu kaufen pflegen, belangt, der oder dieselben sollen solchen zwing entweder durch den tuchkeufel, oder so sie den tuchkeufel nit kaufen lassen wollten, fur sich selbstem oder durch einen andern gebroten dienern, so er stets in seinen muoss und firt helt, kaufen lassen, also und mit der austruckelichen erklarerung, das kauftu in ein haus nicht mer dann durch ein person eugekauft werden, solle bei straf jedes ubertretens 20 guldin.

[*folgt Absatz 6 der alten Ordnung mit dem Schlussbeisatz:*
sonder die alhie abblachen lassen be. straf 20 guldin.

Item soll auch kauftu ein oder u. s. w.

[*vergl. Absatz 4 der alten Ordnung mit dem Schlussbeisatz:*
oder in andere zueinen verwechseln be. straf jedes ubertretens 20 guldin.

Und nachdem bishero dieienigen, so den rochen barchant auf der schaw eingekauft, folgendt denselben gegen dem weissen verwechselt, solchen weissen barchant alhie nit wider verkaufen dienen, sonder denselben entweder selber oder kutieren oder aber sechs meil wegs von diser statt hinaus schicken müssen, das soll hinfaro ab- und aufgehoben und einem jeden zugelassen sein, zu beforderung des wischels seine eingewischelte tuch, also weiss, seiner gelegenheit und besten nutzen nach widerumben hinzugeben und zu verkaufen.

Doch nachdem dieienigen, so den rochen barchant einzukaufen pflegen, den webern auf die barchanttuch, so sie wurken und mit denen sie dieselben wider bezalen sollen, darvor gelt leihen und firssetzen, und aber die weber die zeichen oftermals nit wurken oder schawen, die denselben personen, so darauf gehen, fuglich oler gelegen so will demnach ein ersamer rat aus denselben ursachen zulassen, das ein jeder die barchanttuch, als te ein zueiner gegen einem andern, doch alhin auf der schaw roch umb roch, wol verwechseln und einer vom andern at jedem tuch den lauffen nach, sovil uns mer dann das ander gilt, aufgeben mag, daneben aber, so soll den tuchscherein und andern unverboten sein, den webern folgender gestalt auf die barchanttuch zu leihen, namlich das niemants, weder tuchscherei oder andere, keinem weber jedesmals weiter oder mer nit dann alhin jedesmals sechs guldin auf den barchant leihen oder firssetzen solle, also wann jemandt einem weber wie gehort sechs guldin leihen wurdet, so solle er ime weiter nichtzt leihen oder firssetzen, bis er ime dieselben widerumb bezahlt alsdann und so er denselben von ime bezahlt worden, solle er ime dem weber widerumb sechs guldin und weiter nit zu leihen macht haben welche aber einem oder mer barchantwebern wider diese ordnung mer dann sechs guldin leihen wurden, die sollen jedesmals und von eines jeden webers

wegen, dem sie also mehr dann sechs guldin gelihen. allain und besonder umb 20 guldin gestraft werden. welcher oder welche aber ainem oder mer barchantwebern schon albereit mer dann sechs guldin gelihen haben, der oder dieselben sollen ihre schulden, sovil die bei ainem jeden weber über sechs guldin anlaufen, von ihnen den webern bis auf kunftig weihnachten in obgemelter straf der 20 guldin von ainem jeden weber, dem sie solche ihre schulden lenger anstehen lassen, insonderheit zu bezalen wider erfordern und einbringen.

Doch soll zu beuderung des barchantgewurks den handtierenden, so mit dem freien barchant umgehen, ungeacht des artikuls mit dem leihen, wie oben begriffen, vergennt und zugelassen sein, den webern, wann sie men versprochen tuch, jedoch nit auf ain allun, sonder zwai, drei oder sovil an weber jedesmals herein schicken wurket, zwai guldin darauf zu leihen, dazgleichen auch das schawgelt furzustrecken, sonst aber sollen sie der ordnung geben und auf den freien barchant nichtzit uberall leihen, und diessel in bezalung des barchants nit sondere augennutzigkait gebraucht, so solle nun hinfuro ieder menschlich den rechten barchant und jedes tuch insonders aus pferungs weniger oder munder und nit hoher oder theurer weder die tuchkeusel einkaufen und bezalen, bei straf jedes verbrochens und umb jedes tuch aus halben guldin, alles mit dem weitem anhang, das diejenigen, so auf den barchant leihen, bei straf 20 guldin kauffen freien barchant kaufen lassen sollen, den tuchkeuseln aber soll solches unverbotten sein.

Und nachdem hithero niemants den webern an keinem andern ort dann allein auf der schaw auszalen darf, so solle dasselbig hiemit auch widerumb aufgethan und ainem jeden zugelassen sein, den weber mit sich anheimbs zu nemen und daselbst zu bezalen, doch in alweg der ordnung und obbegriffnem artikul gemess, auch halb mit reichsmuntz und halb mit spanischen gelt, bei straf zwanzig guldin.

Und dann auch zu furkomung der ordnung, so hithero auf der schaw furgangen, so soll keiner, der auf der schaw tuch kaufen will, uber den schranken in der stuben hinein gehn und kein tuch kaufen oder aussprechen, bis der weber herfur kombt, bei straf aus guldin.

Weil der wollenkauf den webern frei u. s. w.

[vergl. Urkunde 13 Seite 34.]

Weiter laast ain erbarer rat seinen tuch- und underkeuseln u. s. w.

[s. Absatz 9 der alten Ordnung.]

Und auf das, so soll hinfuro ieder tuchkeusel insonder bei seinem a. d. von jedem, er sei reich oder arm, auf ainmal weiter oder mer gelts, barchant zu kaufen, nit annehmen oder

empfehen, dann auf zwai fardel, es seien oechsen, lewen oder trawhen, zwaihundert guldin, und imo solche tuch getwihen kaufen und versorgen in der weis, wie er das bei seinem andern nach folger der innung zu thun schuldig und verpflichtet ist, und so also ein tuchkeufel 200 guldin nach retztgehörten underschieden angelegt hette, so solle er abdann von dem oder denselben, welchen er solche summen angelegt, in 14 tigen den nechsten, nach dem er inen die tuch erkaufet und uberantwort, kein gelt mer abzuzeigen annehmen noch empfangen in keinem weg.

[Folgt Absatz 11 der alten Ordnung.]

Es soll auch ein ieder tuchkeufel in sonders bei dem aid sich des gewonlichen anderkaufs und laas, als von seinem jedem fardel in sonder 20 kr. und von einzechtigen tuchen nach aazal derselben und nemlich von jedem insonder drei häller, heuigen lassen, und sonst kein andern vortail, muet noch gab darumben nemen, neben solchem aber will die am erbarere rat zu seiner bescheidung nitlich 32 guldin, und also auf jede quatterbe acht guldin, gunstig richten und bezahlen lassen.

Den geschwornen tuchkeufel ist auch von einem erbaren rat vergont und zugewassen worden, das sie hinfuro den webern auf die tuch wie andere sechs guldin leihen, aber daruber nit.

Item es soll auch aus jeder gesellschaft oder aus einem haus nit mer dann ein person, welcher der oder derselben gebroter oder gedingter diener seie, einkaufen.

[Folgen die Absätze 16, 18, 17—19 der alten Ordnung.]

Hierauf und zum beschluss laast ein ersamer rat moncklich, er sei burger, hainisch oder fremst, hiemit ernstlich verwarnen, das sich ein ieder der gefährlichen keuf, contract, auch auf- und abschlag auf der rochbarchantschaw in kaufung des rochen barchants enthalt, und dessen missig stehe; dann von welchem ein erbarer rat gewai und inen wurde, das er getwihener weis auf der rochsaw mit einkaufung des barchants handlete, hies contract ubetoder vortailige auf- und abschleg machte, den will ein erbarer rat an leb oder gut lertiklich strafen, nachdem die handlung gefalich oder ungetalich erfunden wurd, und soll dazu derselb sein vortailigen uf- oder abschlag verursacht, desselben tags allen barchant in dem gemachten aufschlag keutlich anzunehmen schuldig sein, welcher oder welche sich aber dessen verwegern oder ab der schaw, ee sie ir entschafft genommen oder gar verricht, gehen wurden, die sollen jedesmals umb 20 guldin gestraft werden.

Sovil auch die geltstrafen belangt, will ein ersamer rat, damit die ordnung umb sovill desto steifer gehalten, auch die verbreechen im uherfuren gestraft und gebusst werden, alle dieringen, so den rochen barchant auf der schaw einzukaufen pflegen, alle viertel nit auf die annung fordern lassen, und welche nit schweren können oder wollen, das sie die ordnung

in allen und ieden stucken, puncten und articulen gehalten, die sollen die straf, so auf ieden puncten oder articulo gesetzt, den sie ubertreten, zu orlegen und zu bezalen schuldig sein, und dann den kundschafftern, was sie selbs rügen und anzeigen, der vierte teil der straf gefolgt und gelassen werden.

So soll der wechsel im barchant nlich im steurhaus, wie von alter bestimbt, und darvor von niemant bei gemelter straf der dreier guldin von iedem fardel, auch einzechtigen stucken insonders nichtzt verwechslet werden.

In dem allem hat ime ein erbarer rat sein ordenliche oberkunt vorbehalten, solchs zu endern oder zu widerufen, wie es denn einem erbaren rat zu ieden zeiten der notturft nach fur nutzbar und gut ansehen wurd.

Am ieder tuchkenfel hat bisher umb 400 guldin versicherung thun müssen.

Es soll furohin niemants kainen barchant und golschen, er sei roch oder weiss, anderst dann durch ains ersamen rats geschwornen underkenfel, so iedertzt sein werden, verwechseln, kaufen oder verkaufen, noch sonst damit handeln, dann welche das ubersiren, so sollen wechaler und verwechsler, kuffer und verkeuter, desgleichen auch die, so one die underkenfel kauft, verkauft und gehandelt haben, in ieder insonder, von einem ieden fardel und fuss golschen, auch einzechtigen stuck, drei guldin zu straf gehen, so soll der wechsel im barchant nlich im steurhaus wie von alter gesetzt und bestimbt, und darvor von niemant bei gemelter straf der dreier guldin von iedem fardel, auch einzechtigen stuck insonder nichtzt verwechslet werden.

14 Juni
1583.

Actum freitags den 14. iunij a. 1583.

Mem gunstg herren stettrechner sollen die ordnung auf der rochbarchantschaw mit bezalung des schawgelts von den tuchen allermassen in das werk richten, wie sie dieselbig mit ainander bedacht und bei einem ersamen rat angebracht haben, und die straf von ieder schaw auf funf schilling richten und setzen.

13. März
1584.

Actum freitags den 13. martij a. 1584.

Die obgemelt ordnung ist dahin bedacht, welcher wober under einem pfund halber schawgelts schuldig wird, das er es gleich bar bezalen oder ime die geathertn umb 5 sch. lhr. strafen und kein tuch von ime annehmen sollen, wann aber das schawgelt mer dann an pfd. lhr., mag inner am tuch wol hinderlegen, bis er bezahlt hat.

66) Doctor Ulrich Krafft, des Pfarrers am Münster, zwölf Artikel gegen die gefährlichen Käufe.

U. St. A. E u. O. B. D. Bl. 120—123.

Ferrer, nachdem einen grossen rat angelangt hat, das mit den fardeln nachfolgender weis unzumlich wechsel, contract und kauf hie furenggen und beschreehen, nemlich

Zum ersten in sollichem fall. wann etlich vom underkenfel oder in ander weg versteeen, das sie mit ainem edelmann wechseln sollen, so wollen sie zweier oder dreier guldin n. er haben zu wechsel, dann der gemain kaufmanswechsel in der statt ist, und wollen das beschehen mit sollicher ursach: dieweil der edelmann hie zu Ulm nit wonhaft sei, so müssen sie das ir ethlihermass wagen und an das gluck henken, das ist unrecht.

Zum andern begeh sich: wann der schuldner seinem wechsel und zusagen nach dem glaubiger das roch fardel auf die viertag nit bezal, so werd der schuldner, sofern er anders woll, das im das oder die fardel beloben, anstoen, gedrungen, vier, funf oder sechs guldin vor ainem fardel anstoen zu lassen zu geben, und werde sollicher handel genennt verricht, ist unrecht.

Zum dritten begeh sich: wann einer, der roche fardel auf die viertag zu bezalen schuldig ist, zug und tag der bezalung erlangt bis auf Jacobi, wa dann derselb auf sant Jacobs tag wider wechslet, so verleurt er das blancheton, ist unrecht und soll nit beschehen.

Zum vierter, so begeh sich: wann der schuldner das roch fardel auf die viertag n. t bezal und bis auf Jacobi zil erlang, so woll der glaubiger das weiss fardel haben, on das, das sie das blancheton hinaus geben, ist unrecht.

Zum faufften: wann einer ainem schuldig ist an weiss fardel und gibt im ain rochs, so rechne dieser im fur das blanchergelt zwen guldin an ort, und ist doch das jetzig blanchergelt nit mer dan zwen guldin drei sch. hlr. damit man aber uberkomen wirt, das mit sen noch beschehen soll.

Zum sechsten, so begeh sich mit den fardeln an sollicher contract, das zu zeiten einer, so gelts nitnufftig ist, zu ainem, der fardel hat, kumpt und demselben fardel abkauft umb ain bestimpte sum. gelts, der heffnung, er woll die fardel wider zu harem gelt bringen, und wann der kauf beschlossen ist, so kauft darnach der verkoffer dem kafer die fardel umb minder gelt, dann er sie verkauft hat widerumb ab, sollicher handel ist unrecht und im rechten geacht gefarlicher wucher.

Zum sibenden begeh sich, das man fardel wechsele und hab doch der, so wechsle, keine fardel, aber er gibt dem andern, mit dem er wechslet, sovil gelts, als auf dieselben zeit ain fardel gult, ist unrecht und gefarlicher wucher.

Vil mer ist es unrecht, wann er im minder gelt fur das fardel gibt, dann es zu derselben zeit gult.

Zum achten: wellicher fardel aif sant Jacobs tag laiset anstoen, und an neuen schuldbrief machen, des scheins, als ob er wider von nemem gewechslet hab etc., der that unrecht.

Zum neunten, so begeh sich, das einer ainem andern fardel leih und etwas davon nimlt, der that unrecht.

Zum zehenden so begeh sich, das zu zeiten einer ainem

den wechsel lass anstoen so lang und vil, bis das er dasselbig wechselgelt auch auf ein fardel verwechslet oder gelt darauf gibt, ein ganz fardel zu machen, und das darnach auch verwechslet, ist unrecht.

Zum ersten begib sich in dieser handlung der fardel ein sollicher missbrauch, das zu zeiten an er einen andern auf sant Jergentag oder dabei geb ein weiss fardel, das dieser im an richs geb auf sant Jacolstag und nem vier guldin zu wechel, und darnach auf sant Rauthilomstag soll er im biacht geben und wechslet aber mit im umb vier guldin, und also durch gefährlich fiat so werden die gemainen kaufmanswechsel ubernomen, ist unrecht.

Zum zwölften so beschiehe im wechsel mit den bletzentuchen der missbrauch: wann der schuldner die bletzentuch auf das zil, darauf er gewechselt hat, zahlen soll, so mag er der bletzentuch mit gehaben, ment: destminder will der gläubiger von im bezalt sein und windet also mit der bezahlung gedrungen, das er für die bletzentuch ganze werungewich in gleichem wert geben und bezalen lauss und also überkomen, das ist wider Gott und unrecht.

Dieweil nu sollich obgemelt und ander dergleichen unzumlich wechsel, handel und contract, so mit der fardeln und barchantlichen gebraucht und geuht werden, unrecht und wider Gott sind und einem rat zu strafen, geunt, so haben burgermeister und rat zu Ulm, grosser und klainer, solchs ernstlich zukunften und zu wenden fürzunehmen, angesehen, geordnet und gesetzt, das nu hinfuro die geschworen underkente kein sollichen obgemelten noch andern unredlichen oder unzumlichen wechsel, kauf, handel und contract mit den fardeln und barchantlichen nicht mer heissen machen noch handeln, noch auch dabei mit sein sollich nuel nellen, weder was sie sollicher unredlicher und unzumlicher wechsel, kauf und contract, der sie gut aufmerken haben sehen, gewar und warnen werden, dasselbig einem burgermeister anbringen, zu erkennen geben und das mit underlassen sonder so sollen sie hinfuro, es sei bar umb bar oder auf zil, allwegen erbar, redlich, zumlich und aufrecht kaufmanswechsel, wie dan in dies e zu zeiten in der handierung die lauf und fall begeben und schnecken, helfen machen, alles bei dem ail, so die underkeufel ietzo von neuem darumb geschworen haben und hinfuro ein ieder underkeufel zusamt der vorigen ordnung schweren wirdet, alles getwewlich und on di gefard. *)

9. Juli
1507.

Actum auf freitag nach sant Ulrichstag a. 1501.

* Randbemerkung: Dörfen nit mer gelesen werden: die des pfarrern
28. Juni 1548. seihen artikel alle und iede hat ein erbar rat auf freitag den 28. juni
a. 1545 aufgehelt.

Ain erbrer rat ist zu rat worden, das hinfuro ain ieder underkeufel, der an den dienst kompt, verborgen soll tauchen galdin.

Es sollen auch furohin in ain jede Frankfurter mess ain underkeufel umb den andern reiten.

Actum mitwochs nach Valentini n. 1522.

12. Febr.
1522.

[*Folgen 10 Eidprotokolle.*]

67) Eid und Ordnung der Untorkäufel.

U. St. A. E. u. O. B. D. Bl. 117—119.

Das underkeufel schweren den underkauf und das sie mit ainand kain gemeinschaft haben sollen noch wollen.

Insonderheit so soll kain underkeufel kainen gast bei im in seiner cost halten.

Item es soll auch kain underkeufel dhainen gewerb noch kaufmanschaft nit treiben, noch auch mit niemant, er sei kaufman, weber, burger oder ander gast, dhaini gemeinschaft weder mit wechsel, kaufen noch verkaufen in dhain weiss haben auf der schaw noch an dhain andern enden.

Es were dann, das ain underkeufel mit seinem hantwerk in seiner werkstatt fur sich selbs war und hab erzeugte und zuwegen brecht, die selbg sein eigen erzeugt war und hab und weiter nit mag er wol verwechseln, vertreiben und verkaufen zu seinem besten nutz ungefahrlich.

Es soll auch furnamlich kain underkeufel im selbs nichtzit wechseln noch sunst niemant andro von seinen wegen wechseln lassen n kain weiss noch weg.

Item welcher roche tuch hat und will die umb weisse verwechseln, so soll er dieselben weissen tuch ferrer noch weiter nit verwechseln, er hab dann dieselben weissen tuch vor zu seinen handen und gewalt gebracht.*)

Item sie sollen auch die ordnung und artikel, wi sich ain rat der mit meinem herrn pfarrer des wechsels halb veraint hat, und auch desgleich das statut und gesetz der bosen wucherkauf halb, so nu. nit allerallich zu der enderung selbs schwert, wie dann den underkeufels das alles in verzeichnus geben ist, auch halten, dem leben und nachkomen.

Und ob der burgermeister und rat oder die stettrechner die sachen besserten, enderten, minderten oder merten, das sie das auch thun und halten, dem underkauf antworten, gleich, gemain underkeufel und ainem als dem andern sein, sich daz

*) Randbemerkung Farnsbich aber so soll ain ieder underkeufel aller unerbaren, unredlichen und unsi nlichen wechel, kauf, handel und contract muessig stoen, sich deren entschlagen, auch denselben kainen machen helfen noch dabei sein, sonder wa er die gewar und innen wurde, solliche ainem jeden herrn burgermeister, so im ampt ist, anzeigen.

Auf montag nach Kiliani a. 1534 hat ain ersamer rat wider entschlossen, das furan niemant keinen wechsel, dann aus ersamen rats stettrechner, so ieder zeit sein werden, machen also, das ain ersamer rats stettrechner etlich kaufleut und aus rats underkeufel zu geburender zeit zu ihnen beschicken und also jedesmals ain wechsel den leuten gemass machen und setzen sollen.

25. Juli
1534.

Item die stettrechner sollen alle die beschicken, so fardel auf den schiff angenommen haben und ihnen sagen, das ain ersamer rat der handlung ain sender missfallen trag, darumb sollen sie der sach furan missig sein oder ain rat wird sie ungestraft nit lassen."

Es ist auch aus befehl meiner herren beiden underkeufeln verkunt worden, das inohn ir kamer auf kain frembden schriftlichen befehl nicht zu handeln soll in keinem weg, sonder soll allwegen ain irer gast selber durch sein eigen person oder aber durch sein diener oder factor mit ainem underkeufel handeln."

Dem geschwornen underkeufel-aiden auf dem stenthaus soll auch aus befehl aus ersamen rats angehekt und den jetzigen beiden underkeufeln mit ernst gesagt und verkunt werden das sie in allen iren handlungen allen partheien gleich und gemass seien und sich bei geschwornem irem aiden fur oder gegen niemants als jungen oder selbschuldner zu werden anbieten noch verschreiben.

Actum freitags den 2. mai a. 1544.

2. Mai
1544.

Auf freitags den 28. iuni a. 1555 hat ain ersamer rat entschlossen, das die herren stettrechner den wechsel im barchant, wie bis daher beschehen, furorn bis auf aus erbaren rats wider verendern nit mer setzen, sonder meniglich frei und offen steen lassen sollen, seins gefallen und nach seiner gelegenheit seinen barchant zu verwischen, und solliche also ain zeit lang versucht werden, dagegen aber soll ain ieder underkeufel bei seinen aiden schuldig und verbunden sein, wenn iemants ir ainem ansprech, mit wem er von seinen wegen handle, ime auf sein bager dieselbig person zu eroffnen und anzuzeigen, und soll auch alsdann zu aus jeden gelegenheit steen, so ime ain war oder gelt durch ain underkeufel verhandelt wird, von dem, mit welchem der underkeufel von seinen wegen gehandelt, sein gelt selbs zu empfangen oder ime, dem underkeufel, gewalt zu geben.

28. Juni
1555.

*) Randbemerkung. Auf freitag den 29. iuni a. 1555 hat ain erber rat die beide artikel hieneben aufgehoben und entschlossen, den wechsel frei zu lassen, wie hernach ferrer begriffen steet.

29. Juni
1555.

Auf den 5. august a. 1578 hat ain ersamer rat dahin entschlossen, das die ordnung des wechsels halb wider abgerichtet werden soll.

5. Aug.
1578.

Auf den 20. oktober a. 1578 hat ain ersamer rat den wechsel wider frei gestellt.

20. Okt.
1578.

**) Randbemerkung. Dieser artikel ist aufgehoben.

68) Lohn-Tarif der Unterkeufel.

C. St. A. E. u. G. B. D. Bl. 181.

Der underkeufel underkauf umb fardel, auch wechsel umb fardel und gen Venedig umb doggaten ordnung.

Item zu verkaufen von ainem fardel zwen Behmisch.

Item zu wechsel 2 sch. hlr. von ainem fardel, warbei sie sind und sonst nit.

Item von ainem fass golschen zu verkaufen 2 sch. 6 hlr.

Item von ainem fass golschen zu verwechseln 2 sch. 6 hlr.

Item wechsel gen Venedig, warbei sie sind, von hundert doggaten 2 Behmisch und von ainem sack pfeffer 2 sch. hlr.

Item von ainem pfund safan 2 hlr.

Item von einer scheiben wachs 2 Behmisch oder 2 sch. hlr., darnach sie gross oder klein ist, und von ainem ainzech-tigen centner wachs 4 dn.

Item all wechsel oder kaufmanschaft von fardeln oder ander kaufmanschaft, die der kramerei zugehört, gehören in das ampt, doch warbei sie nicht sind und den underkauf nicht selbs machent, so soll man in nichts geben, ausgenommen die legerherren, wa die fardel wechslent, kauft oder verkaufent, so sollen sie den underkauf geben, die underkeufel seien dabei oder nicht, und denselben underkauf von den legerherren wollen die underkeufel gleich mit ainander teilen, sie seien all drei, beid oder ir ainer bei den keufen oder wechseln gewesen oder nicht.

Item es gehören auch die gelegen guter, sie seien klein oder gross, in den underkauf, doch also furnemlich: wellichen kauf sie nicht machen oder man ir darzu nit begert und dabei sie nach der leuten begerung nicht sind, davon soll man inen nichtzit zu underkauf geben.

26. Sept.
1565.

Auf mittwoch den 26. septembris a. 1565 hat ain erbarer rat auf der underkeufel ansuchen und begeren entschlossen, welcher oder welche hinfuro etwas wichen, kaufen oder verkaufen, es sei barchant, golschen oder anders, darumben sie inen underkeufel davor angesprochen hetten, das sie alsdann imo dem underkeufel den underkauf so wol davon zu geben und zu bezalen schuldig sein sollen, als wann solichs durch ino den underkeufel beschehen und gehandelt worden were, das aber den underkeufeln von den wichen, keufen oder handlungen, dabo sie nicht gewest und darumben sie nit angesprochen, ain underkauf, wie sie begert, gegeben werden soll, das hat ain ersamer rat nit fur billich und derhalben ain solichs im besten abgeschlagen.

69) Zoll für die Golschen, Gnzler und Barchanttücher.

U. St. A. E. u. O. B. C. Bl. 158 ff

Auf freitag nach des heiligen kreuztag, exaltationis, a. 1507 ^{17. sept. 1507} haben meine herren stettrechner, nemlich Ulrich Nothart, Claus Gregk und Jos. Scherer aus bewegter ursachen und umb das anem erbern rate der zoll von golschen, gnzlern und barchanttüchern destminder empfurt werd, als dann beker, als ~~an~~ sie gelangt, beschehen ist, söllichs zu wenden und zuzuforkomen, mit rat wissen und willen des burgermeisters Caspar Reinholds nit ordnung gemacht, beschlossen und furgenomen, wie hernach folgt, nemlich.

Zum ersten haben sie den gretknechten auf ir aid befohlen, das sie farokin keinem kaim zuehen geben, sie haben im dann selbs gebunden, ausgenommen, was under fuuf barchanttücher, funf golschen oder funf gnzlern wert, die mag an ieder selbs binden, und doch also, das der, so selbs bindt, das dem gretmeister zuvor ansag, desgleichen welcher gretknecht selbs gebunden oder eingeschlagen hett, der soll des nich den gretmeister ansagen, und auf das so sein den gretknechten so ndero zeichen geben worden von fassen, fassleichen hallen und bulachen, dermass und damit die thorwarten under den thoren wissen mngen, wieviel und was die gretknecht laden und eingeschlagen haben auf wagen oder karten.

Zum andern, so ist den mangmaestern auf ir aid befohlen, was sie von golschen, gnzlern und barchanttüchern den ~~gesten~~ in ir herbergen, heuser oder anderswahn furn, das sie das allwegen dem gretmeister ansagen sollen.

Zum dritten, so haben sie die kareuzeiber an der gret all und ieden insonder aid zu Gott und den heiligen schweren lassen, was und wieviel die golschen, gnzler oder barchanttücher, auch gewand, getill oder leder den gesten in ir herbergen, heuser oder anderswahn furn, das sie das allwegen dem gretmeister ansagen, und keinem gast nichts binden, es sei dann am geschworne gretknecht dabei.

Zum vierten haben sie den thorwarten under allen thoren auf ir aid befohlen, das sie under den thoren da die guter an maisten hinausgefurt werden, sich gegen den schmalzleuten, wagenleuten und andern lügerlich stellen, und mit im reden und men sagen, die stettrechner hab angelarht, das anem erbern rat der zoll von golschen, barchanttüchern und gnzlern empfurt und contrapanda gemacht werd, das sie sich forubuten und mit iren dingen aufrecht und redlich umgangen, dann sie werden men ainmal die fass aufbrechen und welcher ungerecht erfunden wurd, den werd ain rat darumb lertuklich strafen.

Und zum fünften, so haben sie die spettknecht auf dem weinhof all aid zu Gott und den hailigen schwarn lassen, das sie den schmalzleuten, wagenleuten und andern weder auf dem weinhof noch in den husern nichts binden, laden noch einschlagen, das kaufmansguter seien, es sei dann ain geschwornar knecht dabei, und wa sie das daruber thuen und man es von inen innen, werd man sie darumb hertiklich strafen.

Auf meiner gebietenden herren ains erbaren rats befehl sollen durch mein gunstig herren stottrechner all kaufleut alhie beschickt und denselben ernstlich gesagt und verkundt werden, das ains erbaren rats gemut und mainung sei, wo furohin haimisch und frembd personen die waren, so alhie zu Ulm verzollt werden, es sei woll, barchant, golschen oder dergleichen, mit ainander gemain haben, das als das, damit ainem erbaren rat der zoll, so ime von ainer ieden war von burgen und gesten underschidlich gobart, nit empfort noch entzogen werd, ain ieder, es sei burger oder frembd, solche waren sonderbar, und namlich der burger wie ain burger, hinwiderumb aber der gast wie ain gast, verzollen, also das ain iedweder sein soll nach ains erbaren rats ordnung und seiner geburenden an soll underschidlich und wie sich geburt entrichten und geben, auch deshalb die burger alhie von irer und irer mitverwandten wegen dem gretmaister alhie warhaften bericht und anzaig geben sollen, sich darnach zu halten wissen.

Am andern und soviel den barchant, so ballenweis hinweg geschickt und eingeschlagen wird, belangt, ist ains erbaren rats ernstliche mainung, das dieselben barchanttuch nit nach dem gewicht, sondern fardelsweiss verzollt werden, also so oft ainer funfundvierzig tuch oder was ain fardel erlaufft, einschlocht, das er dieselben fur ain ganz fardel verzollen, doch soll huerinnen niemants ungefürlich umb ain ungerad oder ubrig tuch drei, vier bis zu funf gefardet werden.

Zum dritten soll furohin kain barchanttuch mer aus diser statt gen Augspurg, daselbet zeichen aufstrucken zu lassen, gefuret werden bei pen ains pfund hällers von ainem ieden tuch durch die ubertreter unaltemlich zu entrichten.

Actum freitags den 18. iuniu a. 1540.

Darstellung.

— — —

Zur Geschichte der Ulmer Baumwollweberei.

Hohes Alter der Ulmer Gewebe-Industrie.

Wie überall in Deutschland unter ähnlichen Verhältnissen, so scheint auch in Ulm die gewerbmässige Weberei aus der klösterlichen Handwerksthätigkeit herausgewachsen zu sein. Ulm ist bekanntlich aus der Vereinigung eines karolingischen Domänenhofs und eines reichenaaischen Klosterhofs¹ entstanden. Auf beiden Ansiedlungen wurde sicher schon frühe die Weberei handwerksmässig betrieben, aber die Mönche scheinen die Sache besser verstanden und geschäftsmässiger angegriffen zu haben, denn man findet dieselben bis in die Mitte des 14. Jahrhunderts hinein als Besitzer der Ulmer Barchentschau, deren Ertragszuse der Abt des Klosters bezieht, bis die Stadt die Schau mit zahlreichen anderen ausserst wichtigen Rechten dem Kloster abkauft. „Dumvit“, heisst es in *Suorao Ecclesasticao* S. 814 f., „quidam status cenobii huius Ulmensis usque ad tempora Caroli IV., Romanorum imperatoris. Cuius temporibus s. p. q. Ulmensis quaevis iura a monachis, tum Augiensibus² tum Bebenhusanis³, Ulmao habita et hactenus usurpata in totum redemit suiique juris fecit; de quo citatus autor⁴ cap. 4. fol. 255 testatur sub his verbis: Abbas

¹ Benediktiner-Abte: Reichenau auf der gleichnamigen Bodenseemael.

² Augia oder Ovin divers oder magna Reichenau.

³ Cisterzienser-Abte: Bebenhausen bei Tübingen.

⁴ Gemeint ist der Ulmische Chronist Felix Falri. Derselbe stammte aus dem patrischen Geschlechte der Schmid in Zöschel ab und wurde darselbst 1441 oder 1442 geboren. Sein Vater war schon 1443 in einem Treiben getödet worden. 1453 kam Falri in den Dominikaner-Convent nach Basel, dann als frater nach Ulm, wurde Prior, endlich Provincial seines Ordens und starb 1502. Falri hat verschiedene grossen Reisen gemacht, so wiederholt nach Italien in Geschäften seines Ordens und 1490 und 1498 nach Palästina als Reisebegleiter junger Adeltöchter, auch einer vornehmen Dame. Es scheint das so eine Art mittelalterlicher Gesellschaftsreise gewesen zu sein, bei welcher der feingebildete Dominikaner den zuverlässigen Führer machte. (vergl. Wevermann, Nachrichten von Ulm, I. Bd. Seite 201 f.) Von seinen Schriften ist für unsere Zwecke vor allem zu erwähnen seine Beschreibung von Allemannien, Schwaben und Ulm, besonders sein Tractatus de civitate Ulmensi, welcher den 12. und letzten Teil seines Wanderbuchs (Peregratorium) bilden sollte. Während das eigentlich sogenannte Peregratorium, eine Pilgerfahrt durch das heilige Land, Arabien und Aegypten, auf Kosten des Litterarischen Vereins in Stuttgart vom † Professor Hüssler

(Augiensis) accepta pecunia ita recessit ab Ulma, quod nec ungula in ea mansit, quae sua esset. Cujus tamen fuerat jus patronatus ecclesiarum et altarium, omnes decimae rerum, omnia telonica, pedagia et *gwidagia*, census, redditus de omni domo, foco et horto, de omni persona adulta, angariarum pecuniae et violentiarum, pretium inspectionis *vestanicarum*,¹ proventus ex libratione rerum in domo *lib[ra]tarum*, *lucrarium* [*lucrorum*] pars quasi in omni re et officiorum omnium provisio et munera quotidiana civium, quae omnia emerunt Ulmenses usque ad unguem, similiter jura, possessiones et bona abbatis in Bebenhausen, qui multa habuit in Ulma, ita, ut non festucam ibi haberet etc. etc.“² Und weiter schreibt Crusius in seinen *Annal. Sueviae* p. 3 lib. 4 cap. 15: „De ipso [Carolo IV. imperatore] impetraverunt Ulmenses, ut solverentur jago divitis Augiensis monasterii. Itaque deinceps ipsi sibi senatum, consules et tribunos plebis potestate a Cesare accepta fecerunt anno circiter 1346.“

Die älteste Zunfturkunde, welche von Ulm bekannt ist, ein Kaufbrief aus dem Jahre 1292, in welchem das obengenannte Kloster Bebenhausen die zur Anlegung eines Klosterhofs in Ulm erforderliche Liegenschaft erwirbt,³ erwähnt bereits einen Zunftmeister der Gewandschneider, den pannicisor Otto von Ehingen⁴ und einen solchen der Weber, den textor Berthold Pfaffenhofer und 1296 kommt in einer Schenkungs-Urkunde⁵ ein Otto pannifex, also ein Otto der Tuchmacher vor. Ist der

1848–1849 herausgegeben worden ist, waren von der Beschreibung von Alemannen, Schwaben und Ulm seither nur Teile in der Goldast'schen Ausgabe im Druck erschienen. Jetzt ist der ganze Tractatus de civitate Ulmeni von Prof. Dr. Voessmeyer in der Sammlung des Literarischen Vereins herausgegeben worden.

¹ Vestanica (nicht vesanica, diese Lesart ist, wie neuerdings Voessmeyer festgestellt hat, unrichtig, vergl. dessen Fabri, Tractatus Seite 250), gebraucht Fabri, wie sich aus mehreren Stellen zweifellos ergibt, zur Bezeichnung des Barchents, des damaligen Hauptzeugnisses der Ulmer Weberei mit leinener Kette und baumwollenem Einschlag. Die heutige italienische Bezeichnung für Barchent ist bekanntlich „fustagno“, die französische „futaune“, die englische „fustian.“ Ich erinnere des weitern an die fustanella, die griechische Nationalbekleidung aus weissem Baumwollstoff. Beide Bezeichnungen, vestanica oder festanica und fustagno hängen offenbar mit einander zusammen. Nach Dietz, Etym. Wörterbuch, 2. Aufl. 1. Teil, Bonn 1861, S. 194 wird der fustagno so genannt nach der Stadt, wo er verfertigt ward, nämlich Fostat (Alt-Cairo, eine der drei Städte, aus denen Cairo besteht).

² Die cursiv gedruckten Stellen sind nach Voessmeyer's Ausgabe ergänzt. Vergl. dessen Tractatus S. 148 f.

³ Pressel, Ulmisches Urkundenbuch, Stuttgart 1878, S. 202 f.

⁴ In Schmoller's Straassburger Tucher- und Webersunft S. 6 sind unter den Fünfmannen der Webersunft im Jahre 1360 ein Hermann von Ehingen und ein Hugo Ehingen (r?) neben einander aufgeführt.

⁵ Pressel, Urkundenbuch S. 227.

letztere identisch mit dem Gewandschneider Otto von Eltingen, so lässt dies darauf schliessen, dass schon damals die Ulmer Gewandschneider oder Tuchhändler und die Tuchmacher ein und dasselbe waren, wie ja auch beide später stets derselben Zunft, der Grautucher- oder Marnerzunft, angehörten¹.

Unterschied zwischen Leinwebern und Wollwebern.

Beide Gewerbe sind auch in Ulm streng getrennt und jedes hat seinen eigenen Zunftverband von Anfang an gehabt².

Die älteste Leinweberverordnung, die aus Ulm vorliegt, stammt aus dem Jahre 1346³. Die Leinweberei setzen durch mit Erlaubnis von Anmann, Rat und Bürgerschaft die Aufstellung eines geschworenen Leinwandmessers und zweier geschworenen Leinwandseiner, sowie zwölf geschworener Handwerksmeister⁴ zur Besorgung und Ausrichtung der Zunftgeschäfte.

¹ Schmoller erklärt es in seiner Tuch- und Weberzunft S. 390 für auffallend, dass soweit seine Kenntnis reiche, im Südwesten Deutschlands kein Gewandschneider, aber keine besonderen Stellen derselben vorkommen. Der Zunftmeister der paraciviles in dem Bödenhäuser Kaufbrief wie die ganze Entwicklungsgeschichte der Ulmer Marnerzunft dürfte einen Beitrag zu dieser Frage liefern. Vergl. hierzu Langenmantels Augsburgische Chronik (Chronik von Augsburg, Bd. 1, Leipzig Hirsch 1866, S. 144) nach der in Augsburg ursprünglich 18 Zünfte bestanden von denen sich aber eine, die der Geschlachtigewänder unter die Lodenweber oder Marner begab. Bei der fast durchgehenden Ähnlichkeit der Ulmer und Augsburger Verhältnisse vielleicht ein Fingerzeig auch für die Ulmer Gewandschneiderfrage.

² Jäger, Ulms Verfassungs-, bürgerl. und kommerzielles Leben im Mittelalter, Stuttgart 1831 hat zwar diesen Unterschied wohl gewusst, aber in seiner Schilderung des Ulmer Weberszunftwesens (S. 434 ff.) nicht genügend gewürdigt. Er wirft Marner und Weber fortwährend durcheinander, so dass hierdurch die Anschaulichkeit des von ihm entworfenen Bildes wesentlich leidet.

³ Urkunde 1. S. 6.

⁴ Die Zwölfmeister als Vorstand der Zunft finden sich wie in Augsburg so auch in Ulm bei allen 17 Zünften vor. Bestand eine Zunft aus mehreren Handwerken, wie das vielfach — wir erinnern besonders an die Kramer- und Schmiede — der Fall war, so wurde eine Anzahl Unterteilungen oder Rotten gebildet, die wieder ihre eigene Verwaltung durch Rottenmeister hatten. Die Rotten konnten wieder aus mehreren Handwerken bestehen. An der Spitze der Zunft stehen der Zunftmeister, die Ratsverordneten, falls die Zunft das Recht auf solche hat, und die beiden Ratskassenmeister. Der Zunftmeister ist Vertreter der Zunft im sogenannten kleinen Rat, der aus dem Bürgermeister, 14 Geschlechtern und den 17 Zunftmeistern also 32 Mitgliedern, besteht. Der grosse Rat besteht ausser den Mitgliedern des kleinen Rats aus weiteren 10 Geschlechtern, ferner aus 3 Ratsherrn von den Krämmern, 3 Kaufleuten, 3 Marnern, 3 Schmieden (Goldschmiede, Hufschmiede, Bauhandwerker u. s. w.), 3 Backern, 1 Fischer, 2 Metzger, 1 Kürschner, 2 Wollwebern, 1 Schneider, 3 Schuhmacher, 2 Gerber, 2 Banleuten (Landwirte und Gärtner), 1 Metzler (Grenzier), zusammen also 78 Mann. Bei wichtigen Dingen findet die Einholung der Ansicht der ganzen Bürgerschaft statt. Die 17 Zünfte waren: 1) Kramer, 2) Kaufleute, 3) Marner, 4) Schmiede, 5) Backer, 6) Müller, 7) Fischer

fest. Allwöchentlich sollen die beiden Leinwandshauer und der Leinwandmesser die ungebleichte Leinwand allenthalben in der Stadt, in Häusern und an dem Markt, beschauen. Wird eine Leinwand zu dünn befunden, so hat dafür, falls dieselbe einem Meister betrifft, dieser 12 hlr. an das Handwerk, falls sie aber einen Diener betrifft, dieser 6 hlr. an der Knechte Katzen und Buchse zu geben. Sollten sie aber auf ungebleichte Leinwand kommen, die „sonderbar das Handwerk anbetruft“, und zu dünn wäre, die sollen sie zu drei Stücken schneiden¹. Wird eine Leinwand zu schmal befunden, sei es bei Bürgern oder Fremden, so hat der Schuldige für jedes Stück 36 hlr. an das Handwerk zu geben. Wird von Bürgern oder Fremden ungebleichte Leinwand in die Stadt gebracht und feil gehalten, die zu dünn und zu schmal ist, so haben die Zünfter dieselbe zu beschauen und darüber zu erkennen und es ist gegen dieses Erkenntnis keine Einrede zulässig. Will ein Fremder, es sei Frau oder Mann, das Weberhandwerk hier treiben, so soll er es unter den üblichen Bedingungen erhalten. Erzeugt ein Bürger oder Fremder Leinwand, die zu schmal oder zu dünn ist, so soll er gerade so bestraft werden wie der zünftige Weber. Fremde, die Leinwand oder Stücke ungebleichter Leinwand mit den Ulmer Webern feil haben und zu ihnen auf den Markt setzen wollen, haben auch die Strafen wie die zünftigen Weber zu leiden und zu tragen; wem das nicht füglich ist, der mag seine Ware anderswo feil haben in der Stadt, wo er will.

Wir sehen aus dieser Ordnung, wie neben den zünftigen Ulmer Leinwebern auch andere Personen, Ulmer Bürger und Fremde, Leinwand erzeugen. Wohl ist die Weberzunft der amtliche Verwalter des ihr verhehenen Handwerks und wer das Weberhandwerk treiben will, muss sich den üblichen Bedingungen fügen. „*oc tamen*“, schreibt Fabri von den Ulmer Zunftverhältnissen, „*ita arctata sunt artificum, ut nullus ausus sit nisi de iusta in eis operari, sed quilibet civis potest pro sua domo, si scit artificium, laborare, et quilibet, cujuscunque conditionis sit, potest pannos in sua valva vendere, ita tamen ut civitati solvat quatuor libras. Similiter et lanam fabri Bannwolle potest quilibet vendalem habere.*“ Seit den ältesten Zeiten ist das Spinnen und Weben hausliche Thätigkeit,

9) Metzger, 9. Kürscher 10) Weber, 11) Schneider, 12) Schuhmacher, 13) Gerber, 14) Bauleute, 15) Metzler, 16) Schreiner, 17) Bader. So bleibt es von 1397 bis zur Aufhebung der Zunftverfassung durch Karl V. im Jahre 1548. Vergl. Rotes Buch, Schwörbrieff von 1397 und Veesenmeyer, Tractatus S. 188 ff.

¹ Um dieselbe zum Verkauf als ganzes Stück unbrauchbar zu machen. Zerschuttene Stäbe können nur noch im Anschnitt als Bleitzündker verkauft werden und sind dadurch für die Ausfuhr unbrauchbar.

² Veesenmeyer, Tractatus S. 188.

insbesondere der Frauen! Wie Fabri erzählt, dass es 70 Jahre vor seiner Zeit in Ulm nur zwei Bäder gegeben habe¹, wohl weil die Leute ihren eigenen Backofen hatten, und es erst später Sitte wurde, die für den Ofen fertig gestellten Brode dem Backer in den Ofen zu schicken, so wurde das Spinnen und Weben als häusliche Thätigkeit betrieben und erst allmählich wurde es Gebrauch, das selbst gesponnene Garn dem zünftigen Weber zum Weben in die Werkstatt zu geben. Bemerkenswert für den Anteil des weiblichen Geschlechts an der Weltthätigkeit ist darum auch die in der vorstehenden Urkunde stattfindende Voranstellung der Frau vor den Mann bei der Stelle von den Fremden, die in die Ulmer Weberzunft treten wollen. Aber auch sonst ist die Urkunde von Interesse, und zwar wegen der bedeutenden Rolle, welche in ihr die fremden oder Ausweber spielen. Schon damals kommen die Land- oder Gauweber auf den Ulmer Markt herein und bieten ihre Ware feil, ohne dass die zünftigen Stadtweber dies wehren können. Aber sie unterstehen den Schaugesetzen der Zunft und zahlen bei Verfehlungen gegen dieselben die gleichen Strafen wie die zünftigen Stadtweber².

Die Weberzunft ist die stärkste von allen Zünften. „Decima zunfta“, berichtet Fabri³, „est textorum, sive sunt vestimentarum sive lani- aut lini- aut mixti textores“, et lanæ mundatores (Kardätscher). In hac zunfta sunt Gempelin, Wirthaw, Schwartz; estque grandis et valde multorum suppositorum, ad quam spectant quidam de genealogia quarti ordinis. Petens est hac zunfta turbare totam communitatem, dum in seditiones vertitur, prout quondam factum fuit.“ Nach einem

¹ Schmoller, S. 369.

² Nam ante 70 annos vix erant duo pistoris, nbi jam sunt 20. Vessomeyer, Tractatus S. 145.

³ Schmoller, S. 384.

⁴ Vessomeyer, Tractatus S. 137.

⁵ Fabri unterscheidet (sive sive) 1. textores vestimentarum oder Barchentweber, d. h. Weber, welche das unter die Gesetze der Barchentachau fallende Gewirk aus leinener Kette und baumwollenem Einschlagn herstellten, und 2. textores a. lani d. h. Baumwollweber schlechweg, wohl die Verfertiger der nicht der Barchentachau unterstellten sogenannten Argenteacher, eines Gewirke aus leinener Kette und Einschlagn aus wunderwertiger Baumwolle, der sogenannten Abschelet. Vergl. S. 43 Abs. 22. b. lini d. h. die Verfertiger von Leinwand oder Golschen; in der früheren Zeit eines Gewirke aus rohem, ungesolltemem Garn. Die späteren glatten Stücke aus gesolltemem Leinwandgarn wurden erst im 16. Jahrhundert eingeführt. Vergl. Dietrich, Beschreibung von Ulm, S. 117. c. mixti, d. h. Weber, welche sowohl Baumwoll- als Leinwandgewirk herstellten. Reine Baumwollgewebe gab es früher überhaupt nicht. Noch im ganzen 17. Jahrhundert und in einem Teil des 18. Jahrhunderts werden die englischen Barchente nur aus baumwollenem Einschlagn, aber leinener Kette gefertigt, weil man nicht verstand, Baumwollengarn für die Kette stark genug anzufertigen. Erst nach 1772 kommt in England Zeug mit baumwollener Kette auf.

Schreiben vom Jahr 1476 sind es der Weber in Ulm an 400 Mann¹. Der Ulmische Chronist Veit Marchthaler² schätzt die Zahl der Weber an „Zunfugen“, d. h. Vorsteher, Meister, Knappen, Witfrauen, wie auch derer, so die Zunft von den Eltern ererbt haben“, in allem ebenfalls auf 400; Herkules Hayd³ geht noch 350 an und das Württ. Jahrbuch von 1834 I. 175 meldet, dass es 1530 in Ulm 470 Webermeister gewesen habe. Die letztere Angabe beruht offenbar auf einem Irrtum. Nach Jäger⁴ betrug die Zahl der Weber 1470 71 und 1481 90, womit jedenfalls die Meister gemeint sind, wie mit der Ziffer von 1530 die Zahl der Glieder überhaupt⁵.

Gänzlich zu scheiden von den Leinwand- und Baumwollwebern sind die Wollweber, Marner, Loderer oder Grantucher, „Tertia zunfta“, meldet Fabri⁶, „est marnerorum, id est eorum, qui faciunt pannos de lana griseos vel qui cum eis negotiantur. Nam olim erat zunfta illa potentissima in Ulma, divitius et suppositis praececellens, quia paene omnis negotiatio ab illa dependebat, unde singularibus privilegiis haec zunfta fuit dotata; in qua hodie sunt aliqui magni negotatores et mercatores (Kaufleute und Kramer) et aliqui pannifices (Tuchmacher, et omnes pileatores (Hutmacher), tinctorum (Färber) linalices (Wollkämmer) quicumque lana operantes. In ea zunfta sunt etiam antiquae progenies et Ruzzen et olim Leschabrand, Lebzelter.

„Der Handel geht dem Handwerk voran“ ist der Grundsatz, nach dem sich bei ihnen die Entwicklung vollzieht. „Deutsche Kaufleute gab es lange“, sagt Schmoller⁷, „ehe Handwerker als selbständige Unternehmer existierten.“ „Die Importbranchen kommen dem Handel jedenfalls nur so lange zu gut, als dafür keine heimische Produktion besteht. Sobald sich das entsprechende Handwerk aufhebt, muss ihm der kaufmännische Import weichen, weil es durch die Ersparnis des Handelsrisikos und der hohen Transportkosten instand ist, ihn zu unterbieten.“ Die Ulmer Wolltuchhändler oder Gewandschneider

¹ „Der weberzunft zählungen der aigenpützigen wollkaufs halben“. Beigebundenes Blatt ohne Datum im Zweiten Gesetzbuch 1402–1518, hinter Bl. 46, wahrscheinlich von 1476.

² Veit Marchthalers Ulmer Chronik, in mehreren Handschriften auf der Ulmer Stadtbibliothek erhalten. Veit Marchthaler, geb. 1564 war 36 Jahre lang Mitglied des Rates und gehörte als solcher dem „gehoimen Rat“ an. Er starb, 77 Jahre alt, 1641. Die von ihm gesammelte Chronik hat vielfach aus Fabri's Schriften geschöpft. Näheres bei Weyermann, I. S. 385.

³ Herkules Hayd, Ulm mit seinem Gebiet, Ulm 1786.

⁴ Jäger S. 649.

⁵ Ein Ulmer Weber hat in der Regel 3–4 Stühle (vergl. Urkunde XI S. 48) und braucht hierzu ein Weberpersonal von 4–5 Köpfen zuzüglich der Wollschlagger u. a. w. Die Zahl 470 stimmt also zu den 90 Webermeistern.

⁶ Voessgenmeyer, Tractatus S. 135.

⁷ Schmoller S. 390.

⁸ Goering, Handel und Industrie in Basel, Basel 1886, S. 186 f.

sagen sich wie ihre Geschäftsgenossen in anderen Städten, dass es auch im Schwabenlande Schafwolle und Webstühle giebt oder dass man die Wolle am Rhein holen kann, wie seither die Tucher, und so entwickelt sich in Ulm die Wollweberei, die unter der energischen Leitung der kapitalkräftigen Gewandschneider bald zu stattlicher Blüte kommt¹ und nicht allein den Platzbedarf deckt, sondern zur Exportthätigkeit übergeht und offenbar mit grossem Erfolg hiezu thätig ist. Wie die Regensburger das niederrheinische Tuch bis Wien gebracht haben², so führt der Ulmer Marnner seine Loden nach Bayern und Oesterreich und bringt dafür Salz, Eisen und andere Waren nach Ulm zurück, oder er führt Salz und Eisen u. s. w. nach dem Westen und bringt dafür Wolle nach Ulm³.

Nur so ist es zu erklären, dass die Marnner in Berührung mit den Salz- und Eisenhauten oder den eigentlich zünftigen Kaufleuten kommen. Beide Teile sind in einem gewissen Kartellverhältnis, indem zwar jeder Teil seine eigene Korporation bildet, aber immer der dritte Zunftmeister der Kaufleute aus den Marnnern zu wählen ist⁴. Nicht unwahrscheinlich ist sogar, dass die Kaufleutenzunft geradezu aus den alten Gewandschneidern gewissermassen als Ablager herausgewachsen ist⁵: wenigstens lässt hierauf die Nachricht Jagers schliessen⁶, dass die Marnner und Kaufleute früher eine einzige Zunft gebildet haben und es erst zu Absonderungen gekommen sei, als sich die Geschlechter mehr und mehr mit dem Handel befassten.

Man muss sich zum Verständnis dieses Entwicklungsganges den Unterschied genau vor Augen halten, welcher zwischen dem Grosshandel einerseits und dem zünftigen Kleinhandel andererseits besteht. Der Grosshandel bewegte sich ausserhalb der Stadtgemeinde, also des politisch-rechtlichen Kreises, und liess sich deshalb nicht in dem üblichen Zunftrahmen unterbringen.

¹ „Vorgestalt alten Zeiten“, berichtet F. Fabrl, muss der Marnnertuche oder Loden ein trefflicher Verschluss gewesen sein denn schon bei 200 Jahren (also seit dem Ende des 13. Jahrhunderts) davon gemeldet worden, dass vor langen Jahren die vornehmste Handlung Jägersner bestanden, man sich auch dabei wohl begnügen und reich werden können.“ Marchthaler S. 307.

² Schmoller S. 368.

³ „So lange noch Konstantinopel die Hauptniederlage der morgenländischen Güter war so ging der Warenzug ununterbrochen auf der Donau. Für diesen Handel hatte sich Ulm schon im zwölften Jahrhundert von den Herzogen von Steyermark Rechte und Freiheiten zu verschaffen gewusst und hielt hienzu mit den Kaufleuten von Kon., Aachen und Regensburg (also hater Wollgewebe-Exportplätzen) gleichen Schritt. Besuch der Pfingstmesse zu Ess. Vergl. die Ausführungen Jäger S. 386 ff.“

⁴ Jäger, S. 667.

⁵ Als Beitrag zu dieser Frage darf vielleicht die Thatsache dienen, dass sich die oben schon erwähnte Gewandschneider- oder Marnnerzunft in der Ehinger in der Mitte des 14. Jahrhunderts in zwei Ehinger-Oesterreich und Ehinger-Malland genannte Teile scheidet. Vergl. Jäger S. 691.

⁶ Jäger, S. 666.

Grosshandel konnte jeder treiben und die Beschäftigung damit war seitens der Stadtgemeinde nicht an eine bestimmte Korporation als Amt oder Monopol verliehen¹. Die Ulmer Kaufleutezunft ist deshalb auch in jener frühen Zeit nicht die Grosshandelszunft im Gegensatz zu den kleinhandelnden Krämer, das ist eine Unterscheidung, die erst für spätere Zeiten zutrifft, der Unterschied zwischen beiden Zünften besteht vielmehr in den Handelsartikeln, die beide Zünfte im Ulmer Lokalverkehr vertreiben. Als Zunft sind die Kaufleute so gut Detailkretze wie die Krämer, nur handeln sie mit Salz und Eisen, während die Krämer Spezerei und Kurzwaren vertreiben². Dass sich die Kaufleute deshalb nur mit dem Salz- und Eisenhandel befasst hatten, ist darum nicht gesagt. Grosshändler konnte nebenbei der Kaufmann so gut wie der Krämer sein. So gut es grosshandelnde Metzler gab, die nach Nordlingen und Dinkelsbühl auf die Märkte reisten und dort ihre Fettwaren holten³, so gab es auch grosshandelnde Kaufleute, Märner und Krämer.

Diese Thatsache erklärt es auch, dass die Ulmer Kaufleutezunft nie so recht in Blüte steht. 1413, also in der besten Zeit des Ulmer Grosshandels, beklagt es der Rat⁴, dass die ehrbare Zunft der Kaufleute seit längerer Zeit schon grossen Abgang an ehrlichen Leuten gehabt habe, und bestimmt, damit dieselbe in Ehren bleibe, dass künftig alle neuen Bürger, die sich mit dem Wein-, Salz- und Eisenhandel in dem Masse, wie das die Kaufleute pflegen⁵, befassten wollen,

¹ Das Zunftwesen bietet nur dem lokalen Kleinvertrieb Form und Schutz. Dem Grosshandel auf dem doch allein die Handelsbedeutung einer Stadt beruht, ist es stets etwas Ausserliches geblieben, seiner Entwicklung war es eher hinderlich. Engros-Import und Export wie auch das Speditionsgeschäft waren überhaupt nicht an Zünfte, sondern nur an die Kaufmannsordnung gebunden. Geering, S. XII.

Ist es die Aufgabe der Zunftorganisation gewesen, eine möglichst grosse Zahl mittelklassiger Existenzen zu gewährleisten und so die klaffenden sozialen Unterschiede des Kapitalismus zu verhindern, so bietet das Zunftwesen eben doch nur dem lokalen Kleinbetrieb Form und Schutz. Ebenda, S. 49.

² Unter Krämererei versteht das Mittelalter alle Heijartigen Produkte, welche im Wege des Handels durch Import beschafft und am Detail verkauft werden, mit Ausnahme von Wolftuch und Salzware, wessentlich also Spezerei und Kurzwaren. Wolftuch gehört im Basel der Schlüssenzunft an, die als Fastenspeise unentbehrlichen Seefische aber, Heringe, Bocklinge, Stockfische etc., der Gärtnerzunft, deren „Gremper“ auch den Vertrieb von Landesprodukten, von Käse, Anken, Unschutt, Oel, Salz etc. inne haben. Geering, S. 227.

³ Jäger, S. 715. Metzler-Ordnungen.

⁴ Urkunde 5, S. 10.

⁵ Nur derjenige darf in Ulm Salz unter 10 Scheiben oder Eisen unter dem Wert von 6 Schilling verkaufen oder wegen Salz und Eisen allein zu Markt stehen, welcher Mitglied der Kaufleutezunft ist. (Urkunde 5, S. 10.) Der Kaufmann darf aber nur ganze Saizenboden verkaufen. Zerbrochene Scheiben gehören den Krämer, der Handel über 10 Scheiben ist frei.

auch in diese Zunft zu fahren haben. Auch Ulmer Bürger aus anderen Zünften, die diesen Handel treiben wollen, haben in die Kaufleutezunft zu treten, ohne indess darum aus ihrer seitherigen Zunft austreten zu müssen (Doppelzünftigkeit). Die Aufnahme derselben soll auch umsonst und ohne alle Gabe erfolgen. Nur wer das Bürgerrecht künftig neu erhält und in die Kaufleutezunft tritt, hat das Zunftrecht zu kaufen. Die Kaufleutezunft erhält sich dann auch infolge dieser Verordnung ziemlich und der Rat nimmt deshalb 1442 den freien Eintritt in die Zunft wieder zurück¹. Aber schon 1448 sieht er sich veranlasst, die alte Verordnung von 1413 abermals in Kraft treten zu lassen².

Blütezeit der Wollindustrie (Märner). Die Kunzelmann'schen Hündel.

Für die grosse Rolle, welche die Märner noch im ersten Drittel des 14. Jahrhunderts in Ulm gespielt haben, spricht der von den Ulmer Chroniken bezeugte wichtige Anteil derselben an den inneren Unruhen, welche in Ulm wie in andern suddeutschen Städten³ um diese Zeit zum Ausbruch kommen und die für Ulm gewöhnlich unter dem Namen der Kunzelmann'schen Hündel zusammengefasst werden.

Veit Marchthaler berichtet, hierbei aus Fabris Chronik schöpfend, von den Grautuchern, dass sie, als Kunzelmann die Stadt an die Oesterreicher verraten habe und die Feinde darinnen gewesen seien, diese wieder hinausgejagt haben. Ihr grosses Ansehen gehe ihr an der Stadtmauer gemauhter Turm und daran gemaltes Wappen, nemlich ein auf den zwei hinteren Füssen stehender roter Lowe mit goldener Krone und Halsband, zu erkennen. Das Ereignis muss zwischen 1309 und 1312 stattgefunden haben⁴ und bildet der ersten Teil der Hündel, während der zweite Teil derselben in den Jahren 1327 bis 1334 spielt. Wir finden weder eine österreichische Partei unter Führung des Ulrich Kunzelmann und eine bayerische Partei, an deren Spitze die Geschlechter Otto Rot der ältere, Ulrich Rot, Kraft der Schreiber und Peter Strolin stehen⁵.

¹ Urkunde 7, S. 18.

² Urkunde 8, S. 18.

³ Vergl. die Verchwörung der Stolzthürche in Augsburg, die Basler und Zürcher Verhältnisse u. s. w.

⁴ In Pressels Urkundenbuch finden wir die Brüder Ulrich und Rudolf Kunzelmann von 1299 bis 1309 als harmlose Urkundsprachen bei den verschiedensten Rechtshandlungen. Vergl. S. 302, 307, 273, 274, 293, 296, 302. 1312 finden wir dagegen Nachrichten, welche bereits die schlimmen Folgen des misslungenen Handstreichs für Ulrich Kunzelmann betreffen. Vergl. S. 310, 311, 312.

⁵ Vergl. Urkundenanhang Jagers, S. 743—749.

Ist auch der genaue Verlauf dieser Streitereien in Ulm wie in Augsburg und anderen Orten leider im Dunkel gehüllt, so ist jedenfalls das als sicher anzunehmen, dass hier wirtschaftliche Motive schwerwiegender Art mitgespielt haben müssen. Man darf sich die städtischen Geschlechter jener Zeit nicht in einsätziger Weise als Grossgrundbesitzer denken, die in der Stadt ihre Grundrenten als Massgänger verzehrten, das trifft nur in einer Teil derselben zu, ein anderer grosser Teil, und jedenfalls nicht die geringsten, hat sich vielmehr seiner sprichwörtlich gewordenen Reichtum durch Handels speculationen verdient und muss als Repräsentant des vorhandenen Grosskapitals jener Zeit betrachtet werden. Das Interesse dieses Grosskapitals neigt aber je nach Richtung seines Handels entweder mehr zu Bayern oder mehr zu den die Alpenpässe beherrschenden Habsburgern. Dass die Grautucher mit ihrem lebhaften Tuchexport nach Bayern und ihrem Salz- und Eisenhandel nach dem Westen und Norden bei diesem Handeln nicht zu den Habsburgern halten, kann uns nicht wunder nehmen, und wenn wir in Betracht ziehen, dass 1348 der oben genannte oder ein anderer Geschlechter Peter Strohn mit Heinrich, Johann und Hartmann Ehinger also mit drei Vertretern einer alten Gewandschnöder- und Grautuchertanne¹, einer Schutzbrief für seine Kaufmannswaren in Bayern, Tyrol und Brandenburg erhält², wenn dem Ulrich Kunzelmann die drei wichtigen Burgen Reissensburg, Burgau und Seefeldsberg auf dem Wege von Ulm nach Bayern von den österreichischen Herzogen überlassen werden³, wenn die Oesterreicher durch neue Zölle zwischen Ulm und Augsburg den Handel mit Bayern erschweren⁴, wenn die Chroniken betreffs der ersten Handel von geköpften Zunftmeistern erzählen, und dann bei der zweiten Handeln während der Herrschaft der österreichischen Partei im Jahr 1328 in einem Vortag, den der habsburgisch gesinnte damalige Landvogt Graf Werdenberg mit der Stadt schliesst, die Zunft vor dem Räte genannt ist⁵, so sind das immerhin Dinge, welche geeignet sind, wenigstens einiges Licht auf die damaligen Verhältnisse in der Stadt zu werfen.

Aufkommen der Baumwolle. Niedergang der Wollindustrie.

Wenn die Ulmer Ratgesandten in ihrem Bericht an das wegen der Beschwerden der Stadtweber eingesetzte kaiserliche

¹ Vergl. S. 182 und 187.

² Jäger, S. 693.

³ Premsel, S. 310 ff.

⁴ Jäger, S. 696 f.

⁵ Jäger, S. 743.

Schiedsgericht vom Jahre 1513 die Wahrheit berichten, so ist die Baumwolle etwa gegen die zwanziger Jahre des 14. Jahrhunderts nach Ulm gekommen¹. Die Nachricht wird bekräftigt durch die oben gegebene Chronikmeldung vom Verkauf der Ulmer Barchentschau seitens der Reichenauer Mönche an die Stadt. Waren die Reichenauer Cisterzienser in ihrem Klosterhof, der an der Stelle der jetzigen Stadtbibliothek, des sogenannten Schabhauses, stand, die Privatmonopolisten für den Ulmer Weinhandel², so waren die Reichenauer Benediktiner die Besitzer der Ulmer Baumwollschau. Vielleicht waren es diese Reichenauer Mönche, welche die Baumwolle in dem ihrer Abte, so nahe liegenden Konstanz³ gesponnen hatten, sie hatten den neuen Webstoff auf den Ulmer Klosterhof gebracht und dort spinnen und zu Barchent verweben lassen⁴, und die Ulmer Kaufleute hatten dann das Erzeugnis im Handel vertrieben. Als dieser Handel sich hob, zog man ausser den Hofhandwerkern auch fremde Kräfte, Leinwebler in der Stadt und auf dem Lande, zu Hilfe, diese liefernten ihre Ware auf dem Klosterhof ab, wo sie die Mönche durch ihre Aufseher prüfen und stempeln liessen, und so bildete sich die klösterliche Barchentschau heraus.

Mögen es nun aber die Reichenauer Mönche oder die Ulmer Kaufleute gewesen sein, welche zuerst das Verweben

¹ Urkunde 10, S. 17.

² Non solum monachi Owiae (sen Divitis Augiae, sed etiam monachi Cisterciensis de Lehenhausen juxta Tubingam in Ulma demandantur magnus privilegii utentes, unde parvum monasterium in civitate construxerunt, vocatum scilicet S. Gregorii Georgii, cui hominibus adjuvantur pro monachorum mansione. Et habebant ibi grande spatium, quia nec recedat Beatae Virginis nec coemeterium erat, nec domus chorearum, nec patentes mercatorum. In illo monasterio grande cellarium habebant, in quod reprobant multa vina, et semper duobus torulis vendebatur vinum sine omni visitatione aut civitatis ullius, quia libere vinum inportant et libere vendebant, nec emebatur vinum ab aliquo Ulmensi nisi de illo cellario et hospites ibi provisionem ubi faciebant. Introitus ad hoc cellare erat, ubi hodie est capeda S. Valentii in coemeterio ecclesiae parochialis. Fabri, Suevorum historia Lib. 2 cap. 3 fol. m. 232. (Aus Sueviae Ecclesiasticae pag. 814).

³ Schmoller, S. 441.

⁴ Dem Abt von Reichenau werden schon a. 848 nach dem Württembergischen Urkundenbuch von 11 Ortschaften 82 Haspen Hanf von 5 Ortschaften 30 Haspen Flachs und von 6 Orten 24 Haspen Gespinnst geliefert. Aehnlich ist es in Westfalen und am Niederrhein. Die Lieferung von fertiger Leinwand durch die Horigen ist sehr selten, die von Wollstoff kommt nur am Niederrhein vor. Vergl. Schmoller, S. 358.

Von den Cisterziensern wissen wir, dass sie in bedeutendem Umfang Webereien für den Markt produzierten. Die Konversenregeln dieses Ordens enthalten ein besonderes Kapitel, de fratribus textoribus, die Klagen über ihre Ordenskaufleute werden oft in den Konventen behandelt und es wird jene Solidität im Verkehr empfohlen, welche die klösterliche Ware so beliebt macht. Ebendas. S. 361 f.

von Baumwolle in Ulm in Aufnahme gebracht haben, jedenfalls verstehen es die Ulmer Großhändler mit viel Geschick, den neuen Artikel in rühmtester Weise zu verwerten und auszubenten. In zunehmenden Mengen wird der neue Webstoff aus Venedig nach Ulm gebracht, hier von den seitherigen Leinwebern in der Stadt wie in der Umgegend zu Barchent verarbeitet und in Hunderten von Fardeln¹ von den Ulmer Handelsbarren in alle Erdgegenden verkauft.

Gleichzeitig aber geht im Laufe des 14. Jahrhunderts, sei es durch die Konkurrenz des neuen Baumwollgewirks, sei es durch den Mangel an Rohmaterial, die Ausfuhr der Marner mehr und mehr zurück. Der Ulmer Schafwollweber sieht sich infolge dessen nach einem Ersatz um und findet denselben darin, dass er beschliesst, sich ebenfalls auf das Baumwollgewebe zu verlegen. „Wir sind die Wollenweber“, erklären die Marner, „die Baumwolle gehört uns und die Leinweber haben kein Recht, Barchent zu wirken.“ So dürfen wir es wohl auffassen, wenn es in der Marner- und Weberordnung von 1403² heisst: „ob sie (die Marner) in (den Webern) aus (früher) nit gegunnet welten haben, barchen ze wirken.“ Sie haben aber mit dieser Rechtsauffassung offenbar kein Glück, indem man ihnen wohl entgegengehalten haben mag, dass Baumwolle keine Schafwolle sei und der Barchent nicht allein aus Baumwolle, sondern auch aus Flachs bestehe, die Leinweber also mindestens geradeso viel Anspruch auf denselben erheben können wie die Marner, und schlagen deshalb, wie aus derselben Ordnung von 1403 erhellt, einen anderen Weg ein, um ihren Zweck zu erreichen. Sie versuchen es, in die Weberzunft zu fahren. Das pawt aber dem Rat und den hinter demselben stehenden Großhändlern in keiner Weise. Durch das ganze 14. Jahrhundert hat sich der mehr oder minder gewaltsame Entwicklungsgang der inneren Verhältnisse hingezogen und die Textilzünfte und ihre Interessen haben dabei die erste Rolle gespielt. Die Weberaufstände von 1392 und vom St. Kilianstag 1396³, welche das ganze Gemeinwesen in Unordnung gebracht hatten, sind noch in frischer Erinnerung und man ist froh, endlich im Schwörbrief von 1397 einen Kompromiss gefunden zu haben. Eine Verstärkung der Weberzunft durch die Marner lässt für die Stadt grossen Schaden besorgen und zwar aus Gründen, die wir gleich im nächsten Abschnitt des weitern kennen lernen werden; der Rat sagt sich, wenn das den Marnern durchgehe, so konnten es die Mitglieder anderer Zünfte auch thun⁴, und

¹ Fardel vom italienischen fardello (Mantlerlast, französisch fardoun) ein Ballen von 42 (45) Stück Barchenttuch, jedes zu 24 Ellen.

² Urkunde B, S. 7 ff.

³ Vgl. Marchtaler nach Felix Fabri.

⁴ Urkunde B, S. 7.

bringt die Angelegenheit deshalb, wie das der Schwerbrief vorschreibt, vor die ganze Gemeinde. Diese antwortet darauf, „gar wisslich und erberklich“, sie überlasse die Entscheidung der Frage dem grossen und kleinen Rat, wie die das versorgen, das sei auch ihr Wille und sie wolle den Rat dabei getreulich schirmen. Der Rat benützt dann auch diese Gelegenheit, um den Eintritt in die Weberzunft nach Kräften zu erschweren. Kein Bürger, der ein Handwerksmann und eingesessener Bürger ist, soll künftig mehr in die Weberzunft fahren können. Dagegen ist allen seitherigen Bürgern und Bürgerinnen, sofern sie bereits 5 Jahre „haushaltig“, d. h. Hausbesitzer sind, erlaubt und vergönt, ihre Kinder das Weberhandwerk lernen zu lassen, und diese sollen dann nach Beendigung ihrer Lehrzeit in die Weberzunft eintreten können. Sollte aber ein fremder Weber, er sei nun vom Land oder aus anderen Städten, in die Stadt ziehen und das Bürgerrecht erhalten, der soll 5 ganze Jahre lang warten müssen, bis er das Weberhandwerk und die Weberzunft erl. it, und wenn er darnach seine Kinder das Handwerk lehren wollte, so sollen auch diese nach überstandener Lehrzeit das Weberzunftrecht haben; Angehörigen anderer Handwerke aber, die nach Ulm herenziehen, darf das Weberzunftrecht nicht verhehen werden. Weberknappen und Knechte, die das Bürgerrecht nicht haben, soll es nichts helfen, wie lang sie auch hier sind und das Handwerk getrieben haben. Erst wenn sie das Bürgerrecht empfangen haben nach der Stadt Gesetz und 5 Jahre verstrichen sind, sollen sie in die Zunft aufgenommen werden können. Kein Knappe soll ein eigenes Werk oder einen eigenen Stuhl haben. Alle fremden Weber und Weberinnen aber, die nicht Bürger sind, ausserhalb einer halben Meile Wegs von der Stadt mögen ihr Handwerk treiben und an die Schan herein wirken, und niemand soll das wehren und verbieten, nur soll kein fremder Weber ein Barchenttuch an die Schan legen, es sei denn aus solcher Baumwolle gewirkt, die zu Ulm in der Stadt geschaut und gut befunden worden ist. Und sollen auch die Barchentschauer kein Barchenttuch von solchen auswärtigen Webern schauen, es sei denn, dass der Besitzer mit guten Treuen vorher gelobt, dass das Tuch aus keiner andern Wolle gewirkt ist.

Wohl zur Ergänzung dieses Gesetzes wird sodann wenige Wochen später ein weiteres Gesetz beschlossen, welches das Fahren von einer Zunft in die andere regelt und dasselbe für jeden einzelnen Fall von der Erlaubnis von Bürgermeister und Rat abhängig macht¹.

Die Folge dieser Schritte ist eine Scheidung der Marnerzunft. Während die kapitalkräftigeren und social höher

¹ Urkunde 4, S. 9.

stehenden Elemente sich als Kaufleute auf den Baumwollgewerbe-Export und die Handelsthätigkeit überhaupt legen, besorgen die kleineren Leute der Zunft das mehr und mehr auf die Befriedigung des Platzkonsums und des Bedarfs der nächsten Umgebung beschränkte Wollstoffgewerbe weiter und um die Mitte des 15. Jahrhunderts sind beide Zünfte, Kaufleute undanner, völlig getrennt.

Blütezeit der Baumwoll-Industrie. Die Barchentschau.

Die Barchent-Industrie hat sich im Laufe des 14. Jahrhunderts derart zur ersten Specialität der Stadt Ulm entwickelt, dass nachgerade der ganze Wohlstand der Stadt von ihr abhängt. Während andere Städte, so namentlich das benachbarte Augsburg, viele nützliche Kaufmannsgewerbe haben, steht und fällt, wie wir schon in der Einleitung erwähnt haben, der Ulmische Grosshandel mit seinem Barchent¹. Der ganze Umsatz oder wenigstens der Schwerpunkt des Geschäfts liegt dann, wie es der Ansehen hat, in den Händen einer verhältnismässig kleinen Anzahl von Grosskapitalisten aus dem Geschlechter- und Kaufleutestand, der sogenannten Wollherren², welche vielfach zu Handelsgesellschaften unter sich oder mit den Grosshändlern anderer Städte verbunden zum grossen Teil die Besorgung des eigentlichen Geschäftsbetriebs ihren „Factoren“ (heute würde man wohl sagen Direktoren oder Prokuristen) überlassen. Die Handelsherren von Ulm, schreibt Jäger S. 173 f., standen teils miteinander, teils und hauptsächlich mit Handelsherren aus Regensburg, Augsburg, Frankfurt, Nordlingen, Kempten, Konstanz, Basel, Biberach, Reutlingen, Memmingen, Dinkelsbühl, Rottenburg a. L. und anderen Städten in solchen Verbindungen; so 1428 Johann Besserer und Nicolaus Umgelter von Ulm mit den Geschlechtern Eberhardt Becht und Eberhard Tenfel aus Reutlingen, Jodocus Handbess und Ulrich Bruck von Ravensburg, Ulrich von Horn von Biberach, Hermann Hupp von Esslingen und Johannes Weilheimer von Weil, 1379 Peter und Ulrich Stammler von Ulm mit Hans Arnold von Dinkelsbühl, 1390 Stephan Rot, Otto Rot von Hattisheim und Hans Krafft mit Konrad Oesenberger und den Naltingern von Esslingen, 1402—1492 Wilhelm Besserer mit

¹ Urkunde 1 S. 24

² Die Bezeichnung Wollherren weist auf die höhere sociale Stellung hin. Man denke an die Steuerherren im Unterschied zum Steuermeister. Wenn 1513 bei den Ulminger Vergleichsverhandlungen die Ehinger, Rot, Krafft und Fuggerin als Vertreter des Rats mit eben so viel Wärme als Sachverständige die Interessen des Ulmer Barchenthandels gegenüber den Weibern verteidigen, so haben sie jedenfalls gewusst, warum sie das thaten. Nicht umsonst ist ein Ehinger der Schwiegersohn des Grafen Fugger.

der Vohlin-Gesellschaft, welche Hans Vohlin von Memmingen und Lucas Wolsor von Augsburg gestiftet hatten, 1507 Georg Besserei mit einer Memminger Handelsgesellschaft, 1404 ein Kraft von Ulm mit der Schlüsselgesellschaft in Basel, 1459 Georg Ehinger, Rudolf und Hans Besserei mit der Hradthiasgesellschaft in Ravensburg. 1389 gibt es Streit unter der Bürgerschaft, weil einzelne Bürger Gemeinschaft in Kaufmannschaft mit auswärtigen Kaufleuten haben. Bürgermeister, grosser und kleiner Rat verbieten, deshalb, das künftigen Ugend ein Bürger mit einem Fremden eine Gemeinschaft in Kaufmannschaft, wie sie immer genannt oder geheissen sein moge, treibe oder habe. Wer das übertut, der soll von jedem hundert Gulden oder Pfund der zehnten Teil als Strafe bezahlen. Weiter soll kein Bürger einem Fremden seine Ware, es sei Korn, Wein, Spezerei, Baumwolle, Barchent, Salz, Eisen oder andere Dinge in keiner Weise verkaufen, es sei denn, dass der betreffende Fremde, dem die Ware gehört, in Person oder einer seiner Angestellten dabei ist. Dann soll ein jeder Bürger, bei dem diese zu Herberg liegen oder der ihnen mit Rat an die Hand geuge, das Recht haben, ihnen beim Verkauf ihrer Waren beholfen zu sein¹.

Die Herstellung des Barchents geschieht, wie wir schon gesehen haben, teils durch die zünftigen Stadtweber, teils, und zwar zum überwiegenden Teile, durch die sogenannten Ausoder Gauweber. Die Zahl der an die Ulmer Schau wirkenden Gauweber schwankt nach den Dillinger Verhandlungen von 1513 zwischen 330–600 Mann². Der Hauptteil derselben wohnt in der kaiserlichen Landvogtei der Markgrafschaft Burgau, den Herrschaften Kirchberg, Weissenhorn und Pfaffenhofen. Die Produktion geschieht in der früheren Zeit in der Art, dass die Weber als Lohnweber die Baumwolle von den Wollherren zum Weben erhalten, später fungiert indess vielfach der Weber als selbständiger Unternehmer, kauft die Wolle vom Wollherrs, lässt sie spinnen, verwebt sie und verkauft schon den rohen d. h. ungebleichten Barchent wieder an den Barchenthändler, trägt also das ganze Risiko der Produktion.

Die Herstellung selbst unterliegt in allen ihren einzelnen Teilen einer vom Ulmischen Räte verordneten strengen Schau und Beaufsichtigung durch einen ganzen Apparat hierzu besonders eingesetzter, von der Stadt besoldeter und vereidigter Beamten. Die Folge dieser weitgehenden Aufsichtsmassregeln ist denn auch, dass der Ulmer Barchent als Markenartikel ersten Rangs in solche Aufnahme kommt, dass die Stücke auf den frankischen und süddeutschen Märkten unaufgeboten oft durch

¹ Urkunde 2, S. 7.

² Urkunde 11 S. 28.

8—10 Hände gehen¹. Die fertige Ware geht grösstenteils nach der Schweiz und Italien oder auch nach den Niederlanden (Antwerpen) und England².

Die erste Barchentuch-Ordnung, die wir haben, ist von 1419³. Es war damals eine jener rückläufigen Konjunkturen im Barchenthandel eingetreten, wie sie gerne über denselben hereinbrachen, oder hatte der seitherige starke Absatz des Gewirks mit sich gebracht, dass man es mit der Qualität und Quantität nicht mehr so genau nahm, die Urkunde berichtet nur, dass „merklich Gebrechen von Abnehmung und Abetzung“ in die Barchentuch gekommen sei, was dem Kaufmann und auch der Stadt durch Abnahme der Schangelder grossen Schaden bringe, und der Bürgermeister, grosser und kleiner Rat sehen sich deshalb veranlasst, um dem zuvorzukommen und es zu wenden, eine Ordnung aufzusetzen, damit die Barchenttücher stets in gleichem Recht bleiben mögen.

Die Ordnung bringt zunächst Vorschriften für die Karter, d. h. diejenigen, welche die Barchente mit der Kartendistel oder der eisernen Karte rauh machen, indem sie die Fäden aufkrähen. Diese Karter sollen ihre Knechte nicht mehr nach der Stückzahl lohnen, sondern nach der Zeit, weil beim Bezahlen „nach der vielin“ die Arbeit nicht so gut verrichtet werde. Sie sollen auch kein anderes Handwerk treiben als das Karten, von den Tüchern nicht mehr Lohn nehmen, als dem Herkommen entspreche, und auf jedes Tuch ihr besonderes Zeichen aufstossen, damit die Schauer „desto minder gelescht“, d. h. betrogen werden.

Des weitern folgt eine Vorschrift für die Wollschläger, welche die Wolle reinigen, zum Trocknen ausbreiten und sie dann auf den Schlagtischen mit den Kardätschen schlagen. Sie dürfen nur solche Baumwolle schlagen, die vorher an der Schau für gut befunden worden ist.

Zum Schluss kommen ausführliche Bestimmungen für die Weber. Jeder Weber von Ulm oder ausserhalb, der an die Schau wirken will, hat zu beschwören, die Barchenttücher nicht mit Kreidesteinen oder anderen Sachen zu bereiten, sondern nur mit harten Steinen⁴, wie es altes Herkommen ist; er soll kein Barchentuch „melzen“⁵ oder netzen bei 5 Sch. H. Strafe und einem Vierteljahr Stadtverbot. Uebertreter sind seitens der Schau der Einung, d. h. der niederen Polizeibehörde, zu

¹ Marchthalers Chronik.

² Dietrich, S. 140.

³ Urkunde 6, S. 10.

⁴ Das Binsen der Tücher geschieht mittels des Binststeins, mit dem auf der Oberfläche der Tücher hin und her gerieben wird, und bewirkt, dass das Tuch mehr Glanz und Ansehen zu geben.

⁵ Melzen wohl von Malen, malzen und so viel als Einweichen des Tuches.

melden. Er soll auch kein Regentuch¹ wirken, denn zum mindesten aus dem Sechzehner, und fertige „Wepfen“² Garns weder kaufen noch verarbeiten, damit ein jeglicher wisse, dass die Wepfen recht seien, und dass beim Wirken genug Baumwollgarn in das Gewebe komme. Die Schauer aber sollen bei der Schau auf das alles genau sehen und der Rat werde die Uebertreter dem Fall entsprechend bestrafen.

Streit der Grosshändler und Stadtweber.

Die Gluweberfrage.

Wenn der Rat 1403 fürchtet, dass eine Verstärkung der Weberzunft der Stadt grossen Schaden bringen könnte, so hatte das folgenden Grund: Mit innerlichem Grimm und tiefem Neid sah ein grosser Teil der zünftigen Stadtweber schon längst, wie die Ulmer Wollherren sich mehr und mehr bereicherten, wie die Anzahl der Gulten und Zehnten, der Burgen und Schlösser sich vermehrte, welche denselben in der Nachbarschaft mit dem Ertrag der Ulmer Barchentfardel ohne irgend welche sonderliche Mithewaltung erwarteten, während sie selbst, die Weber, sich jahraus, jahrein am Webstuhl plagten, alle Mühen und Sorgen des Geschäftes zu tragen hatten und am Ende des Jahres froh sein mussten, wenn sie mit Weib und Kindern sich redlich durchgeschlagen hatten. Die Arbeit am Webstuhl war ebenfalls dazu angethan, eine ernsteren Sinnesrichtung hervorzurufen und gräblicherische Geister heranzubilden³, welche einen seltsamen Gegensatz bildeten zu dem oberflächlichen-leichtfertigen Lebenswandel, wie er in der übermächtigen Baumwoll-Metropole an der Donau wie heutzutage noch überall, wo Geld auf leichte Weise erworben wird, sich damals in hohem Grade breit machte. Man weiss nicht, wann und aus welcher direkten Veranlassung die Ulmer ihr Spottzeichen, den lustigen, übermüthig-frechen Sputzen, bekommen haben, verdient haben sie sich denselben jedenfalls in jener besten Zeit der Stadt redlich.

Wie die Manner seiner Zeit erklärt hatten, „der Barchent gehört uns, den Wollenwebern“, so war dies auch die Lösung der Weberzunft geworden, sie beanspruchten das ausschliessliche Recht für ihre Zunft, Barchent wirken zu dürfen, oder in die Praxis übersetzt die Abtreibung der nichtzünftigen, ausserhalb der Stadt wohnenden Barchentweber von der Ulmer Barchentschau.

¹ Regentuch ein Stück Zeug, den die Bauernweiber, wenn sie zur Kirche gehen, zusammengewickelt unterm Arme tragen, um ihn falls es regnen sollte, über sich zu decken. Ehemals gehörten solche Tücher, auch ohne Regen, zum Staatsanflug der Nürnberger Bürgerinnen. Es war gewöhnlich grün, bei einer Trauer aber weiss. Schmeidler, Bayr. Wörterb., München 1877. 2. Bd. S. 70. Vergl. S. 135, Anm. 5.

² Zettel, warpcopa.

³ Jäger, S. 535.

Das aber konnte der Umnische Handelstand nun und nimmer zulassen, wenn er sich nicht selbst den Lebensfaden abschneiden wollte. Die Gäuweber bildeten das Fundament und die Voraussetzung seines ganzen Geschäftsbetriebs. Der Barchenthandel war stetem und raschem Wechsel unterworfen. Wir sehen, wie in einem Jahre 330 Gäuweber an die Schau wirken, während es kurz vorher 900 gewesen waren. Solche Wechsel der Konjunktur auszuhalten, wäre eine nach zünftigen Grundsätzen organisierte Weberkorporation niemals auszuhalten in der Lage gewesen. Der Stadtweber war eben nur Weber und lediglich auf sein Handwerk angewiesen, jede rückläufige Konjunktur musste ihn aufs Trockene setzen und der Stadt ein verarmtes Arbeiterproletariat an den Hals hängen, das unter Umständen zum Schlimmsten bereit war, sobald man die Gäuweberei verbot und dadurch die auswärtigen Weber zwang, mit ihren Familien und ihrem Gesinde, wie es die Stadtweber haben wollten, in die Stadt zu ziehen und sich der Weberzunft einverleiben zu lassen. Welche Auslagen mussten in einem solchen Falle der Stadt erwachsen, da man auf einen Webermeister an dreissig Personen rechnen musste¹. In den Gäuweberei dagegen stand der Barchentproduktion ein Arbeitermaterial zu Gebot, das durch seinen doppelten Charakter als Weber und Landwirt solchen Konjunkturen gegenüber viel widerstandsfähiger dastand. Wenn das Weberhandwerk zeitweise in Unwert kommt, weil der Barchent nicht geht, so behelfen sie sich mit anderen Handwerken und dem Feldbau, indem sie ihre eigenen Aecker, Wiesen, Wälder und andere Vorteile haben; wenn die Weberei dann wieder ihren Wert und ihre Wehrschaft erlangt, so fangen sie wieder an zu wirken.

Wohl mit Recht erklärt deshalb auch immer wieder der Rat den Vorschlag der Zunftweber für unannehmbar, nach dem diese in theoretisch allerdings nach zunftrechtlicher Auffassung ganz korrekter Weise sich verpflichten wollen, falls man die Gäuweber abtreibe, selbst so viel Barchent zu wirken, als der Verschluss desselben nötig mache. Der Rat sagt den Webern ins Gesicht, dass sie das einfach unter Umständen nicht halten können. Hier handelt es sich um Entweder — oder. Entweder Barchent-Export und Landweber oder keine

¹ Der im Dillinger Prozess (vergl. Urkunde 10 S. 18) erwähnte Hausstand eines Landwebers von 30 Personen lässt sich kaum anders als durch das wichtige Geschäft des Spinnens erklären. Ein Webstuhl verlangt, wenn er für die ganze Woche Garn haben soll, die fleissige Thätigkeit von 9 Personen, also 3 Webstühle (und so viel hatte in der Regel der Landweber) 27 Personen. Die Einrichtung ist wohl so zu denken, dass die Gäuweber eine stattliche Anzahl von Knechten und Mägden hielten, die in der guten Jahreszeit dem Feldbau besorgten, so dass das heute übliche Einstellen von Tagelöhnern überflüssig war, und in der übrigen Zeit die nötigen Vorarbeiten für die Webstühle, das Bereiten der Wolle und des Flachens und namentlich das Spinnen besorgten.

Landweber und kein Barchent-Export. Das Zunftprinzip in diesem Falle durchzuführen war einfach unmöglich, weil es sich nicht um die Veröfung eines bestimmt abgegrenzten Gebiets wie einer Stadt handelte, wie z. B. bei der Thätigkeit der Schmiede, der Nahrungsmittelgewerbe, der Bauhandwerker u. s. w., sondern um ein Produkt für den Weithandel. Hatte es sich nur darum gehandelt, den Platz in Ulm mit Barchent und Glöckchen zu versorgen, wie dies den Mülkern mit dem Mehl, den Metzgern und Bäckern mit dem Fleisch und Brot und auch Anflüchern ihres Exports den Märgern mit dem Giratuch oblag, so wäre es ganz gewiss den Webern in kurzer Zeit gelungen, ihr Zunftmonopol durchzusetzen, wie dies ihre Kollegen in anderen Städten, in Basel, Memmingen, Ibernach u. s. w., zu stunde brachten.

So ist es gewiss nur zu begreiflich, wenn der Rat nach den Webernruhen von 1395 sich im Jahre 1403 die Gelegenheit nicht entgehen lässt, ein Anwachsen der Weberzunft mit allen nur denkbaren Mitteln zu verhindern, und wenn er durch das ganze 15. Jahrhundert hindurch die Ansprüche der Weberzunft auf das Barchentmonopol immer wieder mit einem entschiedenen „Nein“ beantwortet. Der rechtliche Standpunkt, von dem er dabei ausgeht, ist der, dass er erkennt, der Barchent sei ein fremdes Gewirk und gehöre überhaupt gar keiner Zunft, weder den Märgern noch den Webern, sondern derselbe sei von Anfang an im Innhaben, Branch und Gewähr des Rats und der Stadt gewesen. Das Barchentgewirk ist in Ulm kein Zunftmonopol, sondern Staatsmonopol und der Rat kann seinen Barchent machen lassen, wo und wie es ihm beliebt¹.

Allerdings zu straff darf er den Bogen den Stadtwebern gegenüber auch nicht spannen, ohne Konzessionen an denselben geht es nicht ab. 1457 lassen die Stadtweber ein Gesetz durchzusetzen, das bestimmt: 1) dass kein Grauweber mit mehr als 2 Stühlen Barchent wirken darf, 2) dass das Schaugeld für die Weber von auswärts auf einen Schilling Heller höher festgesetzt wird, als für die Stadtweber. Hat seither der Grauweber gerade wie der Stadtweber für die mit dem Ochsen gezeichnete erste Qualität des Barchents 1 Schilling Heller bezahlt, so hat er jetzt dafür 2 Schilling zu geben, die zweite Qualität, der Lowe, kostet künftig für den Stadtweber 2 Schilling, für den Landweber 3 Schilling, die dritte Qualität, die Traube, sowie der zum Kattmaeren und Farben bestimmte

¹ Die damalige Zeit scheint dem Gedanken der Staatsmonopole überhaupt fremd gewesen zu sein. Wie der bürgermeister Waldmann in Zürich 1481 das Salzmonopol einführt, so erfolgt auch in Ulm im Jahre 1512 der Übergang des seither der Kaufleuterei gehörigen Salzhandels auf die Stadt.

Brief für den Stadtweber 3 Schilling, für den Landweber 4 Schilling Heller. 3) Dass die Gauweber den Auswurf, wenn sie ihn den Wollhändlern zurückgeben, schauen lassen sollen, wie die Ulmer Weber¹. Die Gauweber, besonders die Weber aus Weesenhorn und dem Burgaischen, sehen natürlich sehr schlecht dazu; sie legen am 24. Juni 1458 Beschwerde ein und die Weesenhorner Weber veranlassen ihren Rat, bei dem Ulmer Rat um Abstellung des erlitten Schaugelds zu bitten, damit sie das Handwerk desto stilllicher treiben können. Der Rat in Ulm sieht sich indess nicht veranlasst, diesem Wunsche zu willfahren².

Das Jahr 1467 bringt neuen Stoff zu Streitigkeiten wegen der Gauweber. Die Memminger und Biberacher Weber hatten es thatsächlich fertig gebracht, dass dort die Gauweber abgetrieben wurden und diese baten nun den Ulmer Rat, künftig an die Ulmer Schan weben zu dürfen. Der Rat beschloss darauf auch trotz aller Gegenvorstellungen der Stadtweber, dass es dem gemeinen Stadtwesen nützlicher und besser sei, allen Gauwebern, sie mögen sein, woher sie wollen, zu erlauben, in die Stadt herein zu wirken, aber nur nach der Schaugesetze³.

1470 sehen sich die Stadtweber wiederholt zu beschwerden veranlasst wegen des strengen Zählens der Barchentfäden durch die Fadenzähler. Die Stadtweber behaupten, die Schaumeister seien in Bezug hierauf gegen die einkaufsmässigen Weber strenger als gegen die Gauweber und verlangen vom Rat Abstellung dieses Unrechts⁴.

Eine stete Klage der Weber bildet das weitere, die Vertheuerung der Baumwolle durch die Ulmer Wolherren oder durch Zwischenhändler. Der Verkauf von Baumwolle ist in Ulm principiell jedermann ohne Ausnahme erlaubt⁵. Während nun in früherer Zeit die praktische Einrichtung bestanden hatte, dass die Weberzunft Baumwolle im Grossen einkaufte und dieselbe sodann theilweise den Webern auswog⁶, so dass der kleine Meister leicht zu seinem Rohstoff kommen konnte, hatte dieser Gebrauch im Laufe der Zeit aufgehört und die Wolherren hatten den Wollhandel fast ganz an sich gezogen. Die kleinen Weber suchten infolge dessen auf alle mögliche andere Weise zur Wolle zu kommen. Ein Weg war, dass sie dieselbe bei den Kramern kauften, welche letztere die betreffende Ware wohl vielfach nicht von den Ulmer Wolherren bezogen, sondern von auswärtigen Händlern. Um diese Konkurrenz thunlichst einzuschränken,

¹ Gesetz vom Nicolaustag (6. Dezember) 1457. 2. Gesetzbuch. Bl. 7.

² Urkunde vom 8. Tag vor Yvintatio Martini 1458. Jäger, 4. 643.

³ Beschluss vom 8. Tag vor dem heiligen Kreuztag (6. Septbr.) 1467.

Jäger, S. 642 f.

⁴ Beschwerde der Weber von 1470. Jäger, S. 642.

⁵ Vergl. S. 134.

⁶ Vergl. S. 136, Anm. 1 ebenso Urkunde 21, S. 53.

wissen die Wollherren am 8. August 1460 ein Gesetz zu stande zu bringen, dass die Krämer keine Baumwolle mehr kaufen sollen, ehe sie nicht gekauft worden ist, und dass sie die Wolle, die sie kaufen und nicht selbst über das Gebirge bringen oder in ihrem Namen bringen lassen, nicht anders in ihren Krämen auswagen dürfen, als um bares Geld und nicht um Buchenttucher. Nur die Wolle, die sie selbst über das Gebirge bringen oder bringen lassen, dürfen sie um Buchenttucher verkaufen wie andere Kaufleute¹. Damit ist natürlich den Webern die kein bares Geld haben und darauf angewiesen sind, sich ihre Baumwolle dadurch zu verschaffen, dass sie dem Baumwollverkäufer das zu wirkende Tuch im Voraus verpfänden, der Einkauf beim Kleinändler, sofern er nicht zugleich selbst Baumwollhändler, also Ulmer Wollherr ist, abgeschnitten und der Weber mit seinem Baumwollbedarf völlig auf den Grössen angewiesen.

Ein Gesetz vom 7. Januar 1465 bestimmt des weitern, dass kein Bürger in Ulm, auch kein Weber oder Gauweber von jemand Baumwolle kaufen solle, der dasselbe nicht selbst von Venedig über das Gebirge gebracht hat oder in seinem Namen hat bringen lassen, und um der auswärtigen Konkurrenz noch mehr zu steuern, werden ausserdem die Zollsätze für die von fremden Baumwollhändlern eingeführte Baumwolle in der Weise erhöht, dass die Güter für jeden Sack an der Schau bestandener Baumwolle statt $\frac{1}{2}$ Gulden künftig $\frac{3}{4}$ Gulden und für an der Schau verworfene Baumwolle statt $\frac{1}{2}$ Gulden einen Gulden zu bezahlen haben. Auch sollten solche fremde Wollhändler, welche die Baumwolle um Tuch an die Weber verkaufen, die Tücher nicht um bares Geld wieder in der Stadt verkaufen dürfen, sondern mussten sie abgebleicht wegführen².

Diese Bestimmungen waren natürlich geeignet, den Baumwollverkauf vollends ganz in die Hände der Ulmer Wollherren zu bringen, diese benutzten ihr Privilegium immer mehr zu einer Steigerung der Baumwollpreise und errichteten so die Unzufriedenheit der Weber auf's äusserste. Der Rat sah denn auch allmählich ein, dass er zu weit gegangen war, und kam 1476³ den Webern, die sich über den Mangel an Baumwolle und den hohen Preis derselben wie über den eingetrissenen Zwischenhandel bitter beschwerten und verlangten, dass die alte Einrichtung des Auswagens von Baumwolle durch die Weberzunft wieder ins Leben gerufen werden solle, insofern entgegen, dass die Zollsätze wieder auf den alten Stand herabgesetzt wurden

¹ Gesetz vom Freitag vor Lorentz 1460. Zweites Gesetzbuch, Bl. 13.

² Gesetz vom Montag nach der heiligen dreien König Tag 1465. Zweites Gesetzbuch, Bl. 31.

³ Zweites Gesetzbuch, Bl. 43. Verordnung ohne Datum, dem Platz nach wahrscheinlich vom Jahr 1476.

und die Gäste ihre Tücher, die sie für die Baumwolle von den Webern erhielten, um bares Geld in der Stadt verkaufen durften; auch sollte Baumwolle, welche von Gästen hergeführt worden war, einen Monat lang von niemand anders als den Webern oder Kramern gekauft werden, dürfen. Damit sollte dem Verkauf einzelner Leute beim Eintreffen von fremder Baumwolle gesteuert und den Webern und Kramern der Ankauf der angekommenen Ware aus erster Hand gesichert werden. Die Vorsicht aber, dass die Weber von niemand Baumwolle kaufen sollen, der sie nicht selbst über's Gebirge gebracht, sollte den fremden Baumwollhändlern gegenüber nicht gelten.

Als ein weiteres Mittel, die Weber zufrieden zu stellen, müssen wir es ferner ansehen, wenn der Rat am 22. August 1478 versuchsweise auf ein Jahr der Weberzunft das Golschen- und die Regentücher abtritt. Niemand soll mehr Golschen und Regentücher wirken als die Mitglieder der Weberzunft. Nur vier Längen Regentuch ist jedem Bürger oder Bewohner zum Hausgebrauch zu weben freigestellt¹.

Auch die Vertreibung des Leinengarns durch Zwischenhändler gibt Anlass zu klagen. Am 19. Dezember 1487 beschwört sich die Weberzunft, dass etliche, wenn die Weber Garn und Wepfen kaufen wollen, dahinter stehen, auf den Kauf merken und ihnen die Ware aus den Händen kaufen, oder dass sie den Garn- und Wepfenkaufeln in die Wirtschaften nachgehen und ihnen 2 oder 3 Pfennig mehr als die Weber bieten, oder aber, dass sie Garn kaufen, Tuch daraus wirken und es wieder verkaufen, aber alles auf Gewinn u. s. w. Der Rat beschliesst darauf, dass künftig niemand mehr in Ulm Garn oder Wepfen vorkaufen solle, um es wieder auf Gewinn zu verkaufen oder Tuch daraus zu wirken oder wirken zu lassen und das alsdann auf Gewinn zu verkaufen, bei der Strafe eines Monats von der Stadt und dem Zehnten, bezw. 14 Tage für die, welche bei solchem Vorkauf helfen, oder entsprechender Geldstrafe. Aber für den Hausbrauch möge jeder Garn oder Leinwand kaufen und aus dem Garn Tuch oder Golschen machen oder machen lassen oder bis zu 4 Längen Regentücher². Am 8. April 1489 wird sodann das Aufkaufen von Garn oder Wepfen in Ulm und dem Zehnten allen Personen ausser den zünftigen Webern verboten; nur der Hausbedarf ist frei. Auch darf niemand ausser den Zunftwebern Regentücher und Leinwand an die Schau auf den Kauf weben; nur der Hausbrauch ist frei, doch muss auch dieses Tuch der Schau vorgelegt und an Fidesstatt versichert werden, dass es nur zum Hausbrauch verwendet wird. Will aber jemand Regentuch oder Leinwand nicht an die Schau oder auf die Bleiche,

¹ Gesetz von Vigilia Bartholomäi 1478. Zweites Gesetzbuch Bl. 48.

² Gesetz vom Mittwoch vor Thoma 1487. Zweites Gesetzbuch. B. 74 f.

sondern nach auswärts wirken oder wirken lassen, mit solchen Tüchern mag ein jeder nach seinem Nutzen handeln oder handeln lassen¹.

Diese Konzessionen scheinen denn auch die Weber emgermassen ausgesöhnt zu haben und das Verhältnis mit ihnen wird ein besseres. Recht versöhnlich gehalten ist wenigstens die Golschenordnung, welche der Rat am 13. Januar 1497 erliest². Die Weberzunft stellt dem Rat vor, „dieweil der Golsch nach gestalt der leuf jetzt in schliess und gang were“, so dass er den Barchent, auf dessen Handhabung der Rat seithier viel Fleiss, Mühe und Arbeit verwendet habe, „hinter sich trucken“ würde, so durfte es sich für den Rat und die Weber empfehlen, sich darüber zu bedenken. Der folgende Satz ist sodann besonders hübsch: „also haben meine herren burgermeister und rat, grosser und klainer, der erborn gemainer weber zunft anbringen und trewe gute meinung zu gutem vermerkt und zu herzen genomen und darob geseessen, hant sich in den dingen fleissig erkennt und erfuen und anfangs mit fleiss betrachtet, erwogen und ermessen, das sich die leuf nit lach uns, sonder wir uns nach den leufen schliessen müssen; auch dabei bedacht, obgleich wol der golsch hie mit in wurden und bestentlich ordnung gehandelt, so wurde doch des nit destminder gewurkt und an ander schawen, als gen Memingen, Bibrach, Weissenhorn, Gunzburg, Mundelheim und an andre end, da der golsch mit gut ordnung und schawhsel er gehandelt worden seie, komen und dardurch sollicher handel und gewerb, des nit allain gemaine stutt, sonder auch der gemain mann in manigerlei weg vil nutz empfahen mag, aus unser stutt gehen“. Der Rat meint des weitern, dass der Golsch den Barchent nicht hinter sich treiben müsse, sondern Barchent und Golsch gar wohl beieinander in Ordnung gehandelt werden können. Es werde auf dem Lande allenthalben viel mehr Flachs gebaut und auch Garn erzeugt als fraber. Dann werde von denen, so auf den Markt spinnen, das kleine gute Garn, das zum Barchent gehore, gesondert und teurer verkauft, gelte auch mehr im Barchent, als das andere schlechte Garn, das von den kindern und sonst aus dem mindern und nuhen Flachs gesponnen werde, und schliesslich wird von Rats wegen eine Neuorganisation der Golschenschau vorgenommen.

Es scheint nun Ruhe geblieben zu sein bis zum Jahre 1512, in welchem die damaligen Kriegsläufe zwischen dem Kaiser, dem Papst, der Krone von Frankreich und der Republik Venedig eine wesentliche Vertheuerung der Baumwolle und dadurch eine erneute rückläufige Konjunktur für die Barchent-

¹ Gesetz vom Mittwoch vor dem heil. Palmtag 1489. Zweites Gesetzbuch. Bl. 83.

² Gesetz vom Freitag vor Antoni 1497. Zweites Gesetzbuch. Bl. 163 ff.

wehere bringen. Jetzt kommt der langst glimmende Brand endlich zum offenen Ausbruch: Die Weberzunft tritt ganz energisch mit ihren Forderungen hervor. Der Weberzunftmeister, die beiden Verordneter der Zunft zum grossen Rat, die Zunftmeister, die beiden Buchsenmeister und etliche weitere Verordnete von der Weberzunft erscheinen vor dem Rat und tragen folgendes Begehren vor: In Anbetracht, dass die Zunft durch die Weber vom Lande, welche Golschen und Barchent an die Schau wirken, in fühlbarer Weise übersetzt und beschwert sei, so möge der Rat die Golschen-Landweber gänzlich abthun und künftig keinen mehr an die Schau wirken lassen, die Barchent-Landweber aber absterben und von neuen Dingen keinen mehr an die Schau schwören lassen oder annehmen.

Der Rat zieht daraufhin die Sache in Erwägung und lässt sich schliesslich gemeiner Zunft zu gut, auch im gemeinen Nutz wirken auf folgende wichtige Zugeständnisse ein: Die Golschen-Landweber, sofern sie tüchtige Weber sind, die das Handwerk gelernt haben und eigenen Rauch und Werkstatt besitzen, sollen auch ferner ihr Leben lang das Recht haben, an die Schau zu wirken, jedoch nur mit einem und nicht mit mehr Stücken. Neue Golschen-Weber vom Lande aber sollen an die Schau nicht mehr zugelassen werden. Auch sollen künftig die Weber von Sülzingen der obbestimmten Ordnung unterworfen sein und auf den Absterbectat gesetzt werden, wie dieselbe auch die Ordnung betreffs des Gaufkaufs auf dem Ulmer Markt und in der Stadt gerade wie die zünftigen Stadtweber zu beobachten schuldig sein sollen. Jeder Golschen-Landweber soll in eigener Person in die Stadt kommen und an die Golschenschau schwören, auch seine Ware selbst oder durch einen gelehrten Diener an die Schau heranschaffen. Alles Ausleihen aus Golschen, welche ausserhalb der Stadt gewirkt werden, soll künftig jedermann, er sei Kaufmann oder sonst etwas, verboten sein, bei Strafe eines rhein. Guldens für jeden behielten Golscher, dagegen soll es jedermann frei stehen, den Stadtwebern auf ihre Golschen vorzuziehen. Damit aber das Ausleihen an die Landweber um so seltener unterbleibe, so sollen keinem Auswerber seine Golschen gehäut werden, er habe denn vorher den Schauern mit Handschlag an Eidesstatt gelobt, dass die Golschen, die er schauen lasse, niemand verurworlet, d. h. im Voraus versprochen, oder etwas darauf gehen sei. Wir haben schon gesehen, welche grosse Rolle in Ulm das Darleihen an die Weber spielte¹. Vielmals waren diese bei allem Wohlstand, dessen sich der eine oder andere Meister erfreuen mochte, eben doch unbemittelte Leute

¹ Urkunde 9, S. 14 ff.

² Vergl. S. 151

und deshalb nicht in der Lage, den theuern Rohstoff für ihr Gewirk selbst zu beschaffen, sondern deckten ihren Bedarf in der Art, dass sie das Produkt ihrer Arbeit im Voraus verpfändeten oder Geld auf Ware tittelten. Dadurch entstand dann an der Schau der Unterschied zwischen „freiem Barchent“ bzw. „Golschen“ und „verpfändetem Barchent bzw. Golschen“. Welche Erschwerung für den Geschäftsbetrieb der Landweber unter diesen Umständen die obige Bestimmung bedeutete, ist aus dem Gesagten leicht zu ermessen.

Umt mit dem vorherigen Inhalt der vorliegenden Ordnung der Rat einen grossen Teil seines Rechts auf der Golschen der Stadtweber preis, so kennt er betreffs des Barchents keinen Kompromiss. Der Schlusssatz der Verordnung magelt sich diesbezügliches Recht ausdrücklich fest, indem er bestimmt erklärt, dass er des Barchents halber der Weberzunft nichts vorwillige und zulasse. Von Altersher und allemwegen habe derselbe dem Rat und gemeiner Stadt zugehört und er behalte sich denselben wie von Alters her vor.

Die Dillinger Vergleichsverhandlungen.

Hatte sich der Rat der Hoffnung hingegeben, mit diesen immerhin bedeutsamen Zugeständnissen dem Ansturm der Stadtweber einen wirksamen Damm entgegengesetzt und einen Vergleich gefunden zu haben, so war er damit, wie die Zukunft zeigen sollte, im Irrtum gewesen. Im Gegenteil hatte der erzwungene Erfolg die Stadtweber ermuntert, auf der betretenen Bahn weiter zu schreiten und dem Rato weitere Zugeständnisse abzunotigen. 1513 erschienen die Vertreter der Weberzunft wiederholt vor dem Rat und stellten abmals das Begehren, der Rat möge den Barchent Landwebern nicht mehr verganzen, an die Ulmer Schau zu werken, sondern das Barchentgewirk herem in die Maner ziehen¹. Der Rat aber kennt dieses mal keine Nachgiebigkeit und bleibt allen weiteren Anforderungen der Weber gegenüber taub. Die Weber beruhigten sich nicht, gehen an den Kaiser Maximilian und tragen diesem ihre Beschwerde vor. Der Kaiser spricht darauf den Wunsch aus, Rat und Gemeinde mochten ihre Spane durch einen gütlichen Vergleich in Ordnung bringen und befehlt „dem hochwirdigen fürsten von Augspurg, hern Adamen von Frantsperg zu Mündelheim ritter und Willhelmen Gassen von Gassenberg zu Glet hauptleuten etc., sen or gnaden mit kommissarien in den Irrungen und gebrechen, so sich zwischen burgermeister, rate und gemaind zu Ulm erhalten, gütlich verlor und handlung.

¹ Urkunden 10 und 11, S. 16 ff.

desgleich gut ordnung und regiment furzunehmen.“ Die Gesandten beider Parteien werden zur Einvernehmung nach dem nahen Dillingen vorgeladen und die Verhandlungen in der Sache sind von besonderem Interesse.

Die Webergesandten erklären, sie stellen kein freventliches oder mutwilliges Begehren, sondern sie werden zu ihrem Vorgehen mit beschwertem Gemüt gedrängt, um ihr tägliches Verderben zu verhüten und fernzuhalten. Mit Unrecht werde ihnen das Barchentgewirk vom Rate vorenthalten. Sie seien doch die Ulmer Weberzunft und ein jeder, der das Bürgerrecht und ihre Zunft erkaufen wolle, müsse um das Bürgerrecht 22 Gulden und um die Zunft 4 Gulden bezahlen. Unter den Gäuwebern aber seien allerhand Leute von unehelicher Geburt und wegen anderer Handlungen halb und halb in schlechtem Leumund, auch haben sie das Weberhandwerk nicht ordentlich gelernt. Sie behielten sich mit anderem Handwerk und Feldbau, das gereiche den zünftigen Webern zum Verderben. Also andern 16 Zünfte ausser der Weberzunft treiben ihre Handwerke in der Stadt Mauer und werden daran von anderen Handwerkern in der Stadt oder auf dem Land nicht gehindert. Wenn man die Gäuweber abthue, werden sie selber so viel Barchent wirken, als nach gemeinem Schleich vertrieben werde, die vermöglicheren Gäuweber werden in die Stadt ziehen und dadurch Steuern, Umgelder und den Nutzen der andern Handwerker mehren.

Die Ratsgesandten, nämlich Walther von Haruhain (Hirnheim), Vogt zu Geislingen, Bartholomäus Rot, Weitprecht Ehinger, Ulrich Krafft und Georg Fingerlin, erwidern auf diese Erklärung, dass der Rat den Barchent, seit er überhaupt in Ulm gewirkt werde, stets innegehabt habe, auch hatten die Gäuweber diese ganze Zeit an die Schau herein gewirkt und es waro deshalb ein Unrecht, ihnen dies zu verbieten. Zudem hätten die Zunftweber in Ulm als solche einen Schilling beim Schaugeld voraus, während die Gauweber noch Fuhrlohn, Zehrung, Zölle, Zeitversäumnis und andere Ausgaben, Muho und Arbeit leiden müssten. Wenn der Barchent in die Hände der Weber kame, dann wurden diese sich aus Eigennutz auf andere Gewirke legen, es würden anderer Orten Schauen entstehen, das Gewerbe würde aus der Stadt gezogen und die Stadt unermesslichen Schaden leiden. Die Ulmer Weber seien nur Leineweber und keine Barchentweber, der Barchent gehöre dem Rat. Man möge das Interesse der Stadt wahren und der Weber Wunsch nicht erfüllen.

In Berücksichtigung des kaiserlichen Wunsches auf einen gütlichen Vergleich hatten die Ratsgesandten vorgeschlagen, die Zahl der Landweber ein- für allemal auf 420, jeden mit zwei

Stuhlen¹, festzusetzen, die Weber aber merkten, es haben ja im vorigen Jahre nur 330 an die Schau gewirkt, man solle diese 330 absterben oder nur noch mit einem Stuhl wirken lassen. Der Rat erklärte darauf, das Jahr 1512 sei ein Annahmehjahr gewesen wegen des Krieges. Sobald es wieder Frieden sein werde, werde auch die Zahl der Gewerker wie früher wieder auf 5—600 steigen. Die Weber schlugen dann vor, der Rat solle wie in Augsburg nur 1 Heller Schaugeld statt 12 bis 30 Heller nehmen. Da auf liess sich aber natürlich der Rat erst recht nicht ein, indem er erklärte, 1 im und Anz lung lassen sich hierin nicht vergleichen. So blieben die Hülfs-Verhandlungen erfolglos und die konstante Kommission verabschiedet am Freitag nach unserm Leben (Frieden) August (19, August 1513) die Parteien, indem sie beschloß, den Verlauf der Sache an den Kaiser zu berichten, und mit einer Ermahnung an beide Teile, bis zur Entscheidung durch den Kaiser Ruhe und Frieden zu halten.

Kaiser Maximilian entscheidet darauf am 21. Sept. 1513 in des Königs von Ungarn Feldlager vor Tornak (Tommas), dass es mit dem Berchentwirken in- und ausserhalb der Stadt Ulm an die dortige Schau ferner gehalten werden solle wie bisher, und gesteht zugleich dem Rat die Befugnis zu, nach Gutdünken allem Herkommen gemäss eine Schaugesetze ändern zu dürfen bei Strafe von 100 Mark böhmischen Geldes für den, der ihn daran irren wolle². Der Rat getraute sich nicht, diese Entscheidung durch einen aus seiner Mitte der hiesigen Zunft verkünden zu lassen und beschloß daher, durch den kaiserlichen Notar Christian Mey in Gegenwart dreier Zeugen, nämlich der beiden Schöher Jörg Aspach und Wolf Steinbock und des Ratsboten Ludwig Hufenbrück die Bekanntmachung vornehmen zu lassen. Am 5. November 1513 wurden dazu Ludwig Wedenmann, Zunftmeister, die beiden Ratsverordneten der Weberzunft Heinrich Wick, Altzunftmeister, und Michael Rauch, die Zwölfmeister, beide Fünfschmeister und die ganze Zunft ins Zunfthaus beschrien. Der Raum war zu klein, alle zu fassen, so dass der grösste Teil unten auf der Treppe stehen musste. Als der Notar die Bekanntmachung vornehmen wollte, schrie man ihm zu, er solle die Zeugen hinaus schaffen. Der Notar wollte der Menge begrenzt machen, dass die Zeugen nicht zum Nachteil der Zunft oder aus Misstrauen, sondern nur dem Gebrauch und der Ordnung nach da seien, aber der Lärm nahm zu und die Zeugen mussten das Zunfthaus

¹ Die Festsetzung einer Maximalziffer für die Webatühle spielt in den Weberordnungen des Mittelalters als Mittel gegen die wachsende Übermacht einzelner wohlhabender Gewerksgenossen eine wichtige Rolle. Vergl. S. 15, 46 und 48.

² Jäger, S. 643 f.

verlassen. Nunmehr konnte die Verlesung stattfinden, worauf Herr Christian Mey die Zunft ermahnte, dem kaiserlichen Mandat gehorsam nachzukommen. Hierauf nahm der Zunftmeister Wiedenmann das Wort und sagte, der Notar möchte das Mandat von sich legen, dieser legte es vor den Zunftmeister auf die Schranken, die den Notar und die Zunft trennten, mit der Bitte, ihm diese Handlung nicht zu verargen, die er aus Pflicht gethan habe. Meister Wiedenmann bat dann seinerseits, auf ihn und die Zunft nicht zu zürnen, weil sie so grob gewesen. Man hatte sich offenbar eines Besseren besonnen¹. Jetzt beschwerten sich aber die Gäuweber bei dem Kaiser wegen der Beschränkung betreffs des Golschenwirkens. Auch diesmal nimmt sich der wohlmeinende Fürst der Sache an und meint, der Rat solle sein Verbot zurücknehmen. Der Rat lässt darauf die Stadtweber und Kaufleute zusammenkommen und darüber beratschlagen, wie weit das Golschenwirken Auswärtiger an die Schau erlaubt werden konnte, ohne dass es dem Barchentgewirk schade, man holt auch bei anderen Städten wie Memmingen Erkundigungen ein und schliesslich erklären beide Teile, man solle es bei dem Ratsbeschluss von 1512 belassen².

Noch einmal drohten Weberunruhen im Jahre 1618. Der Magistrat in Memmingen wollte, offenbar durch das erfolgreiche Vorgehen des Ulmischen Rats ermuntert, die 1467 abgetriebenen Gauweber wieder zulassen³, wurde aber durch Stimmenmehrheit der Gemeinde hieran gehindert. Dieser Erfolg der Memminger Kollegen brachte auch unter den missvergnügten Ulmer Webern neuen Kampfesmut hervor. Der Rat aber griff ernsthaft zu, wies die Hauptrührer aus der Stadt, während einer der Bürgermeister nach Memmingen reiste, um sich über die Aufhetzung zu beschweren. Auf die Klage hin wurden sodann in Memmingen neun der Elfer von der Weberzunft eingekerkert, ein anderer auf zwei Jahre aus der Stadt verwiesen und der Weberzunftmeister abgesetzt⁴.

Niedergang der Baumwollindustrie. Der Streit mit den Fuggern. Die Oberländer Konkurrenz.

Wenn die Ulmer Ratsgesandten die Hoffnung ausgesprochen hatten, dass das Barchentgewerbe sich wieder heben werde, sobald durch die Gnade des Allmächtigen die Zeiten sich ändern und wieder Frieden über das Land kommen werde, so sollte diese Hoffnung leider nicht in Erfüllung gehen. Der Höhepunkt

¹ Voesenmeyer sen., Kleiner Beitrag zur Geschichte des Ulmer Leinwand- etc. Handels. U St.B. Manuscript.

² Jäger, S. 644 f.

³ Vergl. S. 150.

⁴ Schorer, Memminger Chronik, S. 61.

des Ulmer Barchenthandels war überschritten, wenn auch noch längere Zeit der alte Ruhm des Ulmer Gewirkes sich behauptete und die Schau immer noch der Stadt verhältnissmässig grosse Summen abwarf. Die dreissiger und vierziger Jahre bringen neue schwere Krisen in Gestalt einer mächtigen Konkurrenz, welche den Ulmern durch das Vorgehen der geschäftsgewandten und mit unermesslichen Goldmitteln begabten Grafen Fugger¹ im nahen Städtchen Weissenhorn entsteht und die wie immer so auch in diesem Fall das Zeichen rückläufiger Konjunktur ist.

1530 werden Reinhard und Anton Fugger in den Grafenstadt erhoben und erhalten die vom Kaiser Maximilian an Jacob Fugger verpfändeten Herrschaften Kirchberg und Weissenhorn, in denen, wie wir schon gesehen haben, die meisten und brauchbarsten der an die Ulmische Schau wirkenden Gewirker wohnen. Schon längst haben sich diese Handwerker mit dem geheimen Plan getragen, den Ulmern einen möglichst grossen Teil ihrer Kundschaft abzunehmen und ebenfalls in das Barchentgeschäft zu kommen². Ein scheinbar unbedeutendes Vorkommnis giebt Veranlassung zur Eröffnung des wirtschaftlichen Kampfes.

Wohin aus Weissenhorn wird eine Partie Barchentgewirk, das nicht die Wehrschaft hat, von den Ulmer Schauwebern zerschritten. Der beschwerten Ordnung zuwider lassen darauf die Weissenhórner, wohl auf Anstiften ihrer Herren, der Grafen Fugger, diese Tücher zu Weissenhorn flechten, kalfurnieren und färfen, und fügen an, aus ungeeigneter und schlechter Baumwolle Barchent zu wirken. Der Rat schreibt an die Grafen Fugger und droht mit dem Verbot seiner Schau, macht aber damit keinen sonderlichen Eindruck, sondern sieht zu seinem grossen Verdruss, wie die Weissenhórner eine eigene Schau errichten und ihre Tücher mit deren Zeichen stempeln. Ulm sowohl als Augsburg ist die Sache sehr empfindlich: die Fugger

¹ Jäger, S. 648.

² Schon 1534 am 12. Mai liessen die Fugger an, zu Weissenhorn ein Gebäude aufzuführen, welches die Frot oder Wag werden sollte, aber der Plan oder die Anlage war schlecht angegehen; im folgenden Sommer (1535) wurde er verbessert, und man machte es zu der Barchent- und Wollebau. Thomaun in seiner Weissenhórner Chronik, Bl. 480. Müllers Ebenderselbe berichtet Bl. 39: „Dieser Land Herr Ludwig von Halsberg hier pfleger war, des Jalt zwischen 1470-1480: erhob sich die gesehenschaw und blach von erst an.“ Und Bl. 163: „1514 ward die barchentschaw hier angefangen, die maister werden mit fast reich, verdurmen vil. 1521 wurkten ganz litzel vier oder fünf, noch an der schaw, darnach ward es ein wenig besser angesehen. unsere herren die Fucker verlegiet die schaw mit wol, nament die barchent all an.“ Man sieht hieraus, dass schon Ludwig von Halsberg von welchem Thomaun sagt, er sei „der statt und gemein ganz nützlich und forlerlich in allen händeln gewesen“, eine Spekulation auf den Barchenthandel gemacht hat, dass es aber Jamit nicht recht hat gehen wollen, bis die Fugger eingriffen. Vecsmeyer, Beitrag.

machen schon seit einiger Zeit den Städten im Exportschiff, namentlich mit England, bedenkliche Konkurrenz, indem sie es durch ihren Einfluss verstehen, besondere Privilegien dort auszuwirken, dass niemand einen Ulmschen oder anderen Barchent verkaufen darf, und sich so eine Art Privatmonopol verschaffen¹. Beide Städte gehen deshalb an den Kaiser, man verleihe 1552 die evangelischen Fürsten zu Schmalzkalden, mit dem englischen Gesandten in der Sache zu verhandeln, dass der Barchenthandel in England den Fuggern niedergesetzt werde und der Verschlass dahin den Städten gesichert bleibe, man verbiete den Ulmschen und Augsturgischen Unterthanen den Verkehr mit den Fuggerschen Webern, während die Fugger 1555 ihren Webern befehlen, ihre Baumwolle nicht mehr in Ulm zu kaufen, sondern nur noch von ihnen, den Fuggern, zu beziehen und ihnen das Waken von Barchent und Leinwand an die Ulmer Schau untersagen. Der Rat zu Ulm, für das Staatseinkommen und für seinen Handelsstand besorgt, holt bei Strassburg und Nürnberg Gutachten ein, was er sich hierbei zu benehmen habe, und lässt sich auch durch seine zwei Ratsadvokaten, D. Ludwig Huter und D. Hieronymus Reth, Bedenken stellen. Jene Gutachten und diese Bedenken teilen dahin aus, dass der Rat in Kraft des Mandats oder Privilegiums des Kaisers Maximilian es nicht zu dulden brauche, dass in Weissenhorn, das in der Nähe von Ulm, eine Barchentschau errichtet werde. Ganz anders hatte D. Frosch, der auch um Bedenken stellen musste, geurtheilt, denn er sprach den Fuggern die Macht zu, an dem Ort, wo sie die hohen und niedere Obrigkeit haben, eine Barchentschau und dergleichen zu seinem und seiner Unterthanen Nutzen zu errichten.

Immer mehr macht sich zur gleichen Zeit der Uebelstand des Garnmangels² geltend; die Städte fürchten, der Garnkauf an der Remlach, Ginz und Mindel werde ihnen noch ganz unmöglich werden. 1558 finden lange Verhandlungen statt, wie man es anzustellen habe, um den Ulmer Barchent und

¹ Die Fugger, welche durch ihren weit ausgebreiteten Handel sich unermesslichen Reichtum erworben hatten, suchten ihr Privatmonopol zu den Inhabern Klagen auf den Reichstagen und zu den höchsten Ausfällen in öffentlichen Schriften Veranlassung gegeben, so z. B. in Fritsch's Schrift „Von des christlichen Standes Besserung“ und Ulrich von Hutten's Dialog „Prædicator a. a. Jener kam 1720 dieser 1521 heraus. Vornehmeyer, Beitrag.

² Die Barchentweber, heisst es in der neuen Weberordnung, würden gern Barchent wirken, aber sie können die Spinnern und Knappen nicht bekommen, weil diese Gernade sich nichts als um deswillen auf das Leben gewirkt begibt, dass es mit demselben viel mehr wothentlich verdient als mit dem Barchent. Darum man der Barchent nicht in noch weiteren Abfall gerathe, sondern künft in grösserer Anzahl gewirkt werde, wird der Spinn- und Knappenlohn von der Barchentwolle erhöht. Urkunde 92, S. 52.

Golschen bei seinem alten guten Verschleiss zu erhalten und den Weissenherner Lerabzudrucken. Cerno wurde man jetzt den Stultwebern noch einen zweiten Rarhentstahl gestatten, aber es fehlt am wollenen Garn und man sieht deshalb als zwecklos hiervon ab.¹ Vom Abtheilen der Gauweber ist keine Rede mehr, vielmehr gestattet man den Golschenwebern auf dem Lande zwei Golschenstühle. Mit der 1515 unter dem Schutze des Rats und des Grosskapitals von Martin Scheler errichteten Sammetfabrik², von der man sich offenbar grosse Dinge versprochen hatte, ist auch nicht geholfen worden, im Gegentheil wird durch die Menge von Gespinnst, welche dieselbe verschlingt, der Garnmangel nur noch fühlbarer. 1538 wird den Garsiedern eingebunden, das Garn, welches ihnen von den an die Schau wirkenden Webern gegeben wird, vor dem andern Garn zu fordern, 1543 wird denselben verboten, den Webern, welche an die Fugger'sche Schau in Weissenhurn wirken, Garn zu stehlen, und die Fahrleute und Wepfennmacher haben den Garsiedern zu geloben, dass das Garn, welches sie zum Sieden bringen, für Weber bestimmt ist, welche an die Ulmer Schau wirken³. 1544 erfolgt ein zweites Verbot der Fugger an deren Weber, die Ulmer Schau zu besuchen. Der Ulmische Rat fordert in einem Schreiben vom 23. August die Stadt Augsburg zur Verwendung bei dem Fugger, ihrem Bürger, auf und sendet zwei Tage später ein ausführliches Schreiben an den König Ferdinand, wenn er den Verlauf der Sache schiedert und bemerkt, dass die Stadt in Zukunft nicht mehr im Stande sein werde, ihre Pflichten gegen Kaiser und Reich zu erfüllen, wenn sie von den Fuggern derart durch Schwächung des Handels an ihrem Einkommen geschmälert werde⁴. Man hoffte von diesem Schreiben guten Erfolg, weil der damalige Vizekanzler, D. G. Gwanger, ein Ulmer war und seine Verwendung zugesagt hatte. Ferdinands Antwort, die am 28. Dezember erfolgte, lautete dem auch günstiger als zu Schanden des

¹ Der Garnmangel ist seither die ständige Klage. Um ihn abzuhelfen, wird vielfach gesponnene Wolle bezogen. 1572 am 20. Nov. wird eine Verordnung betreffs des Gewirzes aus gesponnener surinamischer Wolle erlassen. Die Verwendung derselben wird vernünftigerweise gestattet, aber die Schauer haben darauf zu achten, dass der Harsch kein Stoss an seinem guten Laib und Rahm dadurch erleide, und wenn sie solchen bemerken, dem gleich den Stadtrechnern zu melden. Vergl. Urkunde 11, S. 81-83.

² Martin Scheler hatte am Comersee die Sammetfabrikation kennen gelernt, kaufte Häuser an der Laute, Lauteeschlagergasse, wozu ihm die Stadt 1800 Gulden auf 10 Jahre anverleihen vorstreckte, errichtete ein Färbereihaus und liess zum Schlagen, Verkläuben, Kammern und Zetteln der Wolle, Kaiser Maximilian besuchte die Fabrik und erhielt ein Stück Sammet verehrt. 1586 liess die Fabrik wieder auf. Marchthalers Chronik.

³ Urkunde 15 S. 36 und 37.

⁴ Gleich 1545 benützt der Rat diesen Grund zur Verweigerung von Türkengeldern. Veenemeyer Beitrag.

Kaisers Karl V. aus Cambrais vom 24. September 1544, dem inzwischen Graf Anton Fugger den Streit ziemlich einseitig geschildert hatte. Ulm verteidigt sich am 12. Februar 1545 in mannlich-fester Sprache und laßt nicht unerwähnt, dass das kaiserliche, am 24. September unterzeichnete Schreiben erst am 18. November und zwar erbrochen und geöffnet dem Räte zugekommen sei, beruft sich auf das Privilegium Maximilians von 1513, aber vergeblich. Erst nach den Wirren des Schmalkaldischen Kriegs erreicht die Stadt nach wiederholtem Protest 1555 ihren Zweck. Die Fugger, wohl von der veränderten Auffassung unterrichtet, ziehen es vor, die Entscheidung gar nicht abzuwarten, und schliessen am 28. Aug. 1555 mit Ulm einen Vertrag ab, nach dem aller in und um Weissenhorn gefertigte Barchent nach Ulm verkauft werden darf; auch überlassen sie der Stadt ihren ganzen Vorrat an Baumwolle, den Zentner zu 20 Gulden, was eine Summe von 11,000 Gulden ausmachte. Die Ulmer Kaufleute aber werden am 25. September verwahrt, dass sie sich gegen die Weber von Weissenhorn wohl verhalten und sie nicht übervorteilen. Von da an wirken die Weissenhorne Weber wieder an die Ulmer Schau¹.

Eine weitere unangenehme Konkurrenz war den Ulmern schon seit dem Ende des 15. Jahrhunderts in dem Biberacher Barchent erwachsen. Während der Ulmer Schau als Hauptgrundsatz galt, ihren guten Ruf durch Lieferung nur bester Ware zu erhalten, waren in der nahen Reichstadt Biberach mehr die billigen geringeren Barchente zu Hause; es war weniger der wertvolle weisse Barchent, wie in Ulm, der von Biberach in die Welt gesandt wurde, als der gefärbte. In Ulm wurden ursprünglich nur die Briefe, d. h. die vierte Barchentqualität, zum Färben gegeben, aber man nahm es auch mit dem Färben in Ulm sehr genau, verwandte nur Seidenfarbe, während die Biberacher mit Spanen farbten², oder man schickte gar die Tucher, namentlich die zum Schwarzfärben bestimmten, nach Augsburg hinüber, dessen Schwarzfärbereien einen besonders guten Ruf hatten, weshalb auch oftmals Unterredungen zwischen den Ulmer und Augsburger Barchenthändlern über das Ansetzen der Farben stattfanden.

Die Biberacher verfielen nun auf ein praktisches Mittel, um sich für ihre Waren die Ulmer Marke zu verschaffen. Sie schickten ihre ungefarbten Barchente nach Ulm, liessen sie dort färben und vertrieben sie dann mit dem Ulmer Färberzeichen, einem Ring, versehen als Ulmer Barchent. Diesen

¹ Jäger, S. 647 ff. und Dieterich, S. 142 ff., wiewol letzterer übrigens seine Nachrichten aus Veessenmeyers Manuskript geschöpft hat.

² 1588. 13. März, wird verordnet, die Blaufärber sollen kein spanisch Priesel oder Teufelsfarbe nehmen, sondern allein den Waid und nur guten Waid gebrauchen. Dieterich, S. 145.

Verfahren ärgerte natürlich die Biberacher Farber, sie beklagten sich beim dortigen Rat und dieser wandte sich nach Ulm und meinte, man solle das Farben von Biberacher Barchent abstellen. Man erklärte dem Biberacher Rat aber von Ulm aus, wenn die Biberacher das Farben ihres Barchents in Ulm abstellen wollen, so würde das zwar den Ulmer Farbern, aber sicher mehr noch der Biberacher Webern Nachteil bringen, denn die Biberacher können ihren Barchent für sich nicht vertreiben; Ulm dagegen biete ihnen einen geschickter Absatzplatz dar, indem die Württemberger auf den Ulmer Märkten recht gerne den Biberacher Barchent kaufen. Ob sie aber diese Kaufleute für ihren Barchent auch fernher haben würden, wenn sie denselben nicht mehr in Ulm farben lassen, sei sehr fraglich. Da der Ulmer Barchent stets in so hohem Preise stehe, so bringe das Farben des Biberacher Barchents der Ulmern mehr Schaden als Vorteil, weil viele Leute auf die Wohlfeilheit sehen und bei dieser Gelegenheit mancher Barchent, der in Biberach selbst gefärbt und mit dem Biberacher Siegel versehen worden sei, herbeigeführt und verkauft werde. Wenn die Biberacher ihren Barchent nicht auch in Augsburg schwarz färben lassen, in welchem Falle er noch lieber gekauft werden würde, so seien sie dadurch mehr wider sich selbst, und so gut man es in Ulm leiden müsse, dass der Ulmer Barchent nach Augsburg zum Farben geführt werde, so wenig können sich die Biberacher beschweren, dass ihre Barchentweber das Tuch nach Ulm zum Farben schicken. So berichteten die Gutachten von Kaufleuten aus dem Ende des 15. Jahrhunderts¹. Man sieht, wie damals den Ulmern bei dem gegenwärtigen Verschwinden ihrer Ware in ferne Länder offenbar an dem Absatz der geringeren Sorten in der näheren Umgebung, im Württembergischen u. s. w., nicht sonderlich viel gelegen war. Immerhin nicht sich, als die Sache weiteren Umfang annimmt und oft in einem Jahre 30–40 Fardel Biberacher Ware nach Ulm zum Färben kommen, der Ulmer Rat veranlasst, zur Schutz seiner Marke zu verordnen, künftig sowohl den rot als schwarz gefärbten Biberacher Barchent mit einem „B“ zu bezeichnen, damit niemand betrogen und derselbe nicht für Ulmer Ware ausgegeben werde². Im Laufe des 16. Jahrhunderts nimmt aber die Biberacher Konkurrenz immer mehr zu, so dass sich der Rat 1556 endlich veranlasst sieht, von den Verordneten zum Gewirk ein Bedenken einzufordern, ob dies dem Ulmer Gut nicht nachtheilig sei.

Darf man diese richtige Wertschätzung der weniger feinen,

¹ Jäger, S. 636.

² 1569 lassen die Kaufleute ebenfalls ihren Barchent in Ulm färben. Dietrich, S. 144.

näher liegenden Kundschaft¹ gewiss als ein Zeichen schlechteren Geschäftsganges im Exportgeschäft mit den besseren Sorten betrachten, so zeigen uns auch die zunehmenden Klagen über die Verschlechterung der Ulmer Ware, dass eine stark rückläufige Konjunktur des Industriezweigs eingetreten war. Vergebens versucht man es mit anderen Gewirken. Die Weber beginnen Bomasu² zu wirken und 1574 wird eine eigene Schau für denselben angeordnet, aber bei 5 Sch. II Strafe verboten, den Bomasu mehr als ausser der Stadt spinnen zu lassen. Weil aber die Weber das Gewirk nicht schon genug liefern konnten, so wurden sie ermuntert, lieber Leinwand und Barchent zu wirken³. 1551 hört man laute Klagen, dass der Barchent immer schlechter gewirkt werde⁴. Man sucht der Fehle zunächst in der mangelhaften Kontrolle durch die Schau und der Rat verordnet am 3. Oktober, „ob der Ordnung streng zu halten“, verbietet am 4. Mai 1576 allen Webern, die das Weben nicht richtig erlernt haben, das Wirken an die Schau und scharft 1579 der Ratschauen mit Ernst ein, künftig besser zu schauen und wenn sie Mängel fanden, das Stück zu zerschneiden oder Brüche, d. h. vorte Qualität zum Erbiss daraus zu machen, ja 1586 wird sogar den Schaubeamten befohlen, keine Mahlzeiten mehr auf der Schau miteinander zu halten. Man sieht, die Trichmessa- und Vesperschoppen waren schon damals in Ulm nicht ganz unbekannt⁵.

Alles dieser Verordnungen ungeachtet geht das Geschäft immer mehr zurück. Der Absatz der feineren Ware ins Ausland lässt in erhöhtem Masse nach und die Stadt sieht sich dadurch immer mehr auf den Verschleiss der billigeren Sorten in der rachen Umgebung zurückgedrängt, ein Feld, auf dem sie einer scharfen Konkurrenz mit den Städten des schwäbischen Oberlandes ausgesetzt ist⁶. Die Ulmer wollen sich nicht verdrängen lassen, nehmen auch leichtere Stücke, verkaufen ebenso

¹ Den Webern der Ulmischen Stadt-Gemeinden war 1581 das Barchentwirken verboten, weil sie nicht an die Ulmer Schau wirken und sich an die Ordnung halten. Dietrich, S. 145.

² Bomasu oder Pombasu, veralteter Name eines ursprünglich in Oberitalien, namentlich Mantua, Como etc. verfertigten gekräuselten Gewebes aus Seide, das in nach einer guten weichen oder aus gekräuselten Gewebes mit seidenen Kette und kammwollnem Fuchsig, früher aus Baumwolle, Harzeelhaar und Seide, jetzt gewöhnlich aus Schaafwolle gewebt.

³ Dietrich, S. 139.

⁴ 1554. Voller Ordnung wegen der Schaden, so in die Barchantuch kommen, zu reden. Rataprotokoll 16. März.

1567. Deliberation über die beschwerden, so des Barchanthandels halben täglich eintreffen. Ebenda.

⁵ Erkunde 30, S. 16.

⁶ In der alten „Ulmer Dockenkomödie“ Puppentheater kommt eine Scene vor, in welcher der Teufel den Hanwurst sucht. Als er, ihn feindhaltend mit ihm durch die Luft fährt, legt er ihm die Frage vor: „Was bist für ein Landsmann?“ Hanwurst: „Ein Eiberacher“. Teufel: „Den

wohlfeil, man spart sogar an der Verpackung, indem man statt Stoff Papier zum Einschlagen der Stücke verwendet¹. Die gefärbte Ware spielt immer mehr die Hauptrolle, während das Geschäft mit den alten, soliden aber entsprechend teuern weissen Barchenten, den Ochsen, Löwen und Trauben, in den Hintergrund tritt.

Von den 70er Jahren des 16. Jahrhunderts an entwickelt der Rat eine geradezu verzweifelte Thätigkeit, um durch Verordnungen aller Art das Baumwollgeschäft bei der Stadt zu erhalten². 1584 schworen die Barchenthändler auf der Rohschau zum ersten Mal auf die neue Verkaufsordnung, 1590 wird den Webern ein neues Barchentgewirk zugelassen, man verhängt Turmstrafen gegen Leute, welche rohe Barchentstücke ungeschaut verkauft und gegen die Tuchkaufleute, wenn sie mit Einkaufung des rohen Barchents gefährlich gehandelt haben. Dabei behauptet aber immer noch der alte Rat der Ulmer Barchentschaumarke bis zu einem gewissen Grad sein Recht im Handelsverkehr, denn noch 1643 findet sich eine Verordnung wegen des Schaugelds auf in Ulm gefärbte, auswärts gewirkte Barchentstücke und noch 1650 steht als letzter Antrag über den Barchent in den Ratsprotokollen die Erneuerung eines neuen Barchentschauers. So gerät der im Vierhundertausend lang so ergiebig gewesene Industriezweig in solchen Verfall,

daß man ihn zu verkaufen,“ (Er läßt den Hanswurst zur Erde fallen und verschwindet mit den Zeichen des Absehens. Diese Scene nach der die Ulmerer sogar für die Höhe zu schlecht sind hängt vielleicht mit dem Aerger der Ulmer auf die Ulmerer und ihren Barchent zusammen.

¹ 1609 Mathäus Neubronner und Ludwig Bameler, wie auch Gottfried Stenzinger sollen ihre Regalbügel, daran der Ulmer schiff gewahrt, welche sie zu einführung der barchent von Laura Stangen, panner zu Kempten erhalten aufz steuerhaus liefern. Ratsprotokoll-Register.

² 1570. Debatation wegen der ordnung im barchenthandel.

1572. Verordnung wegen des barchent- und wolhanfels.

1576. Weiteres bedenken wie der barchenthändler bei der statt länger zu behalten und in mehrere aufnahme zu richten.

1578. Abhör eines bedenken des barchenthandel betreffend. Beratschlagung der barchenthändler und ratsknechte ordnung. Abhör des bedenken wegen dieser handlung. Bestätigung des wehobis auf den barchent.

1580. Bedenken in der barchenthändler. Bedenken, wie das barchentgewirk nicht vertrieben, sondern bei gunster statt behalten werde. Ein hingezogen neues barchentgewirk wird den webern webern zugelassen.

1591. Bedenken wegen der barchenthändler. Bedenken, wie dieser handel in aufrechten stand zu erhalten ist. Schwerekarde von Alenhoten turmstrafe, so sehr barchentstück ungeschaut verkauft.

1593. Beider tuchkaufleute gefangen in einziehung, so mit einkaufung des rohen barchents gefährlich gehandelt.

1606. Relation der verordneten herren zu den gewirken betreffend das gewirk des getriebenen barchents.

1607. Bericht der herren zu dem gewirk verordnet wegen des barchentgewirks.

1609. Untersuchung wegen des schlechten barchentgewirks, der weber schlechte barchentwolle betreffend.

dass er am Ende des 17. Jahrhunderts nur noch ein Schatten gegen den früheren Betrieb ist und bald ganzlich aufhört¹. Was den Ulmer Barchenthandel zerstört hat, ist natürlich nicht der Verfall seiner Schan oder der Qualität gewesen. Die Ulmer nahen in der auch politisch für sie so schweren Zeit des Reformationszeitalters das Möglichste gethan, um ihre Schan in gutem Zustande zu erhalten. Der Grund lag tiefer in den vollständig veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen, wie sie die Aufindung des Seewegs nach Ostindien, die Entdeckung Amerikas und die dadurch veränderten Handelswege für die Stadt brachten. Als an die Stelle Venedigs als erster Baumwollenzplatz Europas Marseille und dann Amsterdam tritt, als die brasilische Baumwolle der Levantinerwolle den Rang ablaut, als das vermehrte Baumwollangebot den Baumwollhandel decentralisiert, da ist der Ulmer Baumwollweber in ihre natürliche Grundlage entzogen, da kann auch die Ulmer Schaugesetzgebung dem Ulmer Barchenthandel nichts mehr helfen.

Wer heute die alten Gassen der Stadt durchwandert, wird sich wundern, dass die einst ob ihres Reichtums so hoch gepriesene Stadt keine Steinpaläste und Prunkbauten aufzuweisen hat, wie die Schwesterstadt Augsburg, wie die meisten anderen alten Reichsstädte des südlichen Deutschlands und der Schweiz. Einsam ragt der stolze Munsterbau als Wahrzeichen vergangener Herrlichkeit aus dem Giebeln der düstigen Riegelbauwerke hervor. Die Erklärung für diese Thatsache ist leicht. Die Blüte Ulms war zu der Zeit, als welcher Städte wie Augsburg, Basel, Schaffhausen, Zürich diese Denkmäler einstiger Pracht überkommen haben, im 16. und vollends im 17. Jahrhundert, vorüber; die Stunde seines Sinkgangs hatte früher geschlagen, und wenn man den Ulmern nachsagte, dass sie viel Schaden (schwäbisch ausgesprochen: — Schaden), wenig Kraft und keinen Besserer haben², so mussten sie das als vielleicht nicht so ganz unverdiente Strafe für ihren einstigen Uebermut so gut wie ihren Spatzen hinnehmen nach der alten bitteren Regel, dass wer den Schaden hat, auch für den Spott nicht zu sorgen braucht.

1627. Zu bedenken, ob nicht der hiesige Barchenthandel wieder gepflegt werden möchte, wenn neben den Ochsen Löwen und Trauben auch 2 3 und 4 Adler sowohl gross als klein Barchent alhier gewirkt würden.

1643. Schaugell auf hier gefärbte Barchentstücke.

1690. Anstatt ein verstorbenen Georg Heisch wird Georg Müller zur Barchentweber verordnet. Aus dem Ratsprotokoll-Register, Titel Barchent.

¹ Es ist aber diese berühmte Handlung mit Barchent von langen Jahren her dumm zu erzählen, dass derma zu 8., 4. Woche kann ein Zoll oder aufgeschritten Stück, der gewirkt gar keine mehr gewirkt wird. Marchbauer S. 304.

² Die Schad, Kraft und Besserer gehören zu den ersten Geschlechterfamilien der Stadt Ulm.

Ulm's Barchentschau im 16. Jahrhundert.

Vorwort.

Haben wir im ersten Theile die Geschichte der Ulmer Baumwollweberei in kurzen Zügen an uns vorüber gehen sehen, so soll dieser zweite Theil die gewerblichen und Handels-Einrichtungen schildern, wie sie die Ulmer Baumwollweberei am Endpunkte ihrer guten Zeit im Laufe des 16. Jahrhunderts, aufwies, und uns dadurch ein möglichst anschauliches Bild dersellen gewähren.

Die Beschaffung der Rohstoffe.

Der Flachs und die Baumwolle.

Die beiden zur Herstellung des Barchents erforderlichen Rohstoffe sind der Flachs und die Baumwolle. Der Flachs wird in der Umgegend der Stadt in beträchtlicher Menge gebaut; in Herkules Hayds Beschreibung der Stadt Ulm und ihres Gebiets vom Jahre 1786 findet er sich fast überall in den einzelnen Orten der Ulmischen Aemter Hand in Hand mit der Weberei erwähnt; in den sogenannten Riedzaunsorten im jetzigen Bayern wie auf den Bergen der rathen Alb, überall wird Flachs in reicher Menge gebaut und gedeiht vortreflich. Des weitern sind es die Gebiete der Herrschaften Kirchberg und Weissenhorn wie der Markgrafschaft Burgau, die Seiten-thaler der Donau, das Kamlach-, Günz- und Mündelthal, in denen Flachs gebaut und Garn erzeugt wird¹. Besonders ist es nach Hayd der Springlein², den die Bauern kultivieren, während sie an den Rigaer Flachs nicht recht heran wollen. Dieser Flachs ist wohl der in dem Ratsbeschluss vom Freitag nach Allerheiligen 1537 erwähnte ausländische Flachs, der von Lubeck über Leipzig und Nürnberg nach Ulm kommt und zum Barchentgewirk nicht verwendet werden soll³. Hanf u. s. w.

¹ Vergl. S. 160.

² Man unterscheidet Schliess- oder Dreschlein (L. weit, vulgare) mit milder feiner und weicher Faser, vorzüglich in Russland, Norddeutschland, Oesterreich, Belgien, Holland und England angebaut, und Spring- oder Klanglein (L. mit crepitans mit feinerer, weicherer, aber kürzerer Faser, noch häufig in Süddeutschland kultiviert).

³ Urkunde 19, S. 45, Abs. 30.

nachweise der Wollenkauf allermassen wie zu Augsburg jedermann frei gegeben und den Stadt- und Landwebern zugelassen, die Baumwolle in „welschen oder teutschen Landen“ zu kaufen¹.

Die Baumwollschau.

Die erste der zahlreichen sogenannten „Schaufen“, denen der Barchent auf seinem Herstellungsweg unterliegt, ist die Baumwollschau. Kein Wollherr, er sei Bürger oder Gast, darf Baumwolle in den freien Ulmer Verkehr bringen, ohne dass dieselbe vorher der Schau vorgelegt worden ist, und alle Baumwollen, welche diese Schau bestanden hat, darf nur an solche Personen verkauft werden, welche an die Ulmer Schau wirken. Die Wollherren haben die genaue Einhaltung dieser Vorschrift den Baumwollschauern zu geloben. Will aber einer einen Posten Baumwolle nach Ulm führen lassen und nicht an die Schau legen, sondern ungeschaut weiter verschicken, so ist ihm dies in der Weise erlaubt, dass er die Ware nicht in sein Haus vorbringt, sondern, falls er sie nicht gleich durchführen lässt, dieselbe unter die Gret lagert². Länger als acht Tage darf er indess die Baumwolle nicht liegen lassen, sondern er muss sie innerhalb dieser Zeit weiter verschicken, auch darf er die Sacke nicht öffnen und hat den gewöhnlichen Gretzoll dafür zu entrichten³. Innerhalb vier Meilen rings um die Stadt darf kein Wollherr Baumwolle verkaufen, damit nicht eine bei der Schau als ungeeignet erkannte Ware dennoch zu Gespunst verarbeitet wird. Die verdingten Baumwollschauer haben darnach zu sehen, dass die Baumwolle gereicht und Kaufmannsgut und zur Verfertigung des Barchents geeignet ist. Die Schau geht, des besseren Lichts halber, unter freiem Himmel vor sich. Vor Besichtigung der Baumwolle hat der Besitzer derselben dem Schauer an Eidesstatt zu geloben, dass dieselbe hier noch nicht an der Schau gewesen ist. Wird die Baumwolle zur Schau gebracht, so bestimmen die Schauer, wieviel

Urkunden 12–15, S. 30–34.

¹ Die Gret, das spätere Halant, ein grosses Gebäude, das früher auf dem jetzigen Hauptwachplatz stand, war im Kauf- und Zollhaus von Ulm und ist am 28. Dezember 1853 niedergebrannt. Schmidt in seinem Schwab-Wörterbuch schreibt das Wort ganz gegen die Orthographie der Urkunden „Grath“ und leitet es von Geräthe her. In Weissenhorn, Kaufseuren etc. heisst das Kaufhaus ebenfalls die Gret. Der Ausdruck kommt wohl von dem italienischen gravezza, Steuer, französisch greve, daher der Zollhausplatz in Paris der Greveplatz heisst. In der neuen Weberordnung (siehe S. 50) kommt der Ausdruck geradezu für Zoll vor.

² 1577 wird den Wollherren vergönnt, Welle, welche nicht an die Schau gelangen, sondern weiter verkauft werden soll mit Erlaubnis der Stadtvercheuer auch länger als 8 Tage zu lagern, bei besonders langer Dauer soll die Entscheidung hierüber aber dem Rat zustehen.

ihnen jedesmal in einer Wanne vorzutragen ist und besichtigen die Ware. Finden sie dieselbe für gut und wehrschaft, so zeichnen sie dieselbe mit dem Umer Stempel, wird die Baumwolle nicht für wehrschaft gertheilt, so wird dieselbe mit einem andern Stempel versehen und die Besitzer der Baumwolle haben zu schwören, die Baumwolle in der vorgeschriebenen Zeit wieder aus der Stadt zu schaffen. Da aber mit dieser Baumwolle trotzdem gerne mancherlei Gefahrde getrieben wird, so verordnet der Rat, dass alle verworfenen Baumwollensacke mit einem grossen „V“ an 4 Orten in der Art zu bezeichnen sind, dass der Buchstabe über die Nahte des Sackes geht. Baumwolle, welche von der „Abschele“ hinweggenommen worden ist, darf nicht wieder in die Sacke geschoben werden, ehe sie nicht von den Schauern für gut befunden worden ist¹. Der Baumwollschauer bekommt für seine Muewaltung von jedem Sack 4 Pfennig, und von einem halben 2 Pfennig; von den grossen Doppelsacken erhält er doppeltes Schmeigeld².

Die Nasswoll- oder Feuchtschau.

Alle nun aber die an der Baumwollschau bestandene Ware in die Hände des Webers zur Verarbeitung übergang, musste sie eine zweite Prüfung bestehen, die Feuchtschau, welche dazu bestimmt war, die Käufer der Baumwolle gegen eine Gewichtsvermehrung durch Feuchtigkeit seitens der Wellmünder zu schützen³. Die Feuchtschauer hatten jeden Werktag von 9—11 und 1—3 Uhr ihres Amtes zu warten. Ihr Sold war 1 Pfennig für den Sack, wovon Käufer und Verkäufer je die Hälfte zu tragen hatten. Zu nass erfundene Ware hatte der Verkäufer zu trocknen, wobei er versprach, die Ware nicht eher wieder schauen zu lassen, als bis sie getrocknet war. Dem Grotmeister aber wurde angezeigt, dass die betreffende Wolle vorerst nicht abgewogen werden dürfe. Das Annehmen von Geschenken war den Feuchtschauern und ihren Zugehörigen strengstens untersagt⁴.

Die Herstellung des Barchents.

Die Zurichtung der Rohstoffe.

Die Zurichtung des Flachens bis zum Spinnen, das Rosten, Brechen, Schwingen, Hecheln, war wie noch heute

¹ Die „Abschele“ ist die abgeschelte, aus der guten ausgekläubte, wehrlichere Baumwolle, die zu dem an die Schau bestimmten Wahrungsbarchent nicht verwendet werden darf. Vergl. S. 135. Anm. 5

² Urkunde 12, S. 20—33

³ Ähnliche Einrichtung für Seide in Lyon. (s. Roscher, Nationalökonomie, Bd. 3, S. 679)

⁴ Urkunde 14, S. 34—35

Hausarbeit der den Flachs producirenden Landbevölkerung, auch das Spinnen ist lediglich Hausindustrie. Ueberall in der Stadt und auf dem Lande drehen sich schmunzelnd die Räder der Hausfrauen und Magde, ja sogar die Sohne und Knechte spinnen zu Winterszeit. Das gesponnene Garn kommt sodann, falls es der Weber nicht selbst zu sieden vorzieht, zum vereideten Garnsieder. Er darf mit keinen anderen Sachen siedern, als mit Wasser, Asche und Holz. Kalk, Kalkasche, Wandasche oder solche aus Ziegelstadeln oder andere Zusätze zu nehmen, ist ihm verboten. Beim Aschenkauf hat ihm der Verkäufer zu geloben, dass die Asche von keinem Ziegelstadel kommt. Knechts oder Magde darf er nur einstellen wenn sie laut schriftlicher Beurkundung vorher von den Stadtrechnern in Eid und Pflcht genommen worden sind. Von den Webern sollen die Garnsieder nichts entleihen noch auf Borg kaufen, weder Asche, Holz, Salz, Schmalz, Barchent oder anderes. Nur bar Geld sollen sie als Siedlohn nehmen. Die Garnsieder stehen unter Aufsicht der Garnsieder-Schauer. So oft der Garnsieder einen Sud macht, hat er dies bei Strafe eines Guldens den Schauern anzuzeigen. Finden diese das Garn nicht richtig gesotten, so hat der Sieder zu versprechen, es nochmals einzuthun und besser zu bereiten. Dann ist der Schauer wieder zu berufen und ist das Garn dann noch nicht richtig gesotten, so wird der Sieder für jedes Buschel um 3 Kreuzer gestraft. Garnsieder oder Weber, welche unbeständiges Garn hinausgeben, werden für jeden einzelnen Fall um einen Gulden gestraft. Geschenke anzunehmen ist den Schauern verboten. 1586 wird die Garnschau vom Räte abgeschafft¹.

Das gesottene Garn erhält, falls nicht wieder der Weber auch diese Verrbeit selbst besorgt, der vereidigte Wepfenmacher. Die Wepfen oder Werffen (englisch warp, Zetteln, aus denen die Kette gebildet wurde, dürfen nur aus vorschriftsmässig gesottenem Garn gemacht werden. Der Wepfenmacher muss sich desshalb von den Garnverkäufern geloben lassen, dass dies der Fall ist. Kauft er ungesottenes Garn, um es selbst zu sieden oder sieden zu lassen, so ist er für das richtige Sieden verantwortlich. Kein Wepfenmacher darf Gilschen-garn innerhalb 2 Meilen Wege rings um die Stadt kaufen, auch darf er keinen ausländischen Flachs verwenden oder Wepfen aus solchem Garn verkaufen².

Die Zubereitung der Baumwolle, das Waschen, Auflockern, Schlagen u. s. w., besorgt der Wollschlager. Die Barchentschauordnung von 1419 enthält, wie wir gesehen haben, ausdrückliche Bestimmungen für dieses Gewerbe, auch Leh-

¹ Urkunden 15-16, S. 33-38.

² Urkunde 17, S. 89.

Fabri nennt bei der Weberzunft die *lanae mundatores*¹. Im Eid- und Ordnungsbuch ist eine besondere Ordnung für dieselben nicht vorhanden, dagegen nennt die neue Weberordnung von 1575 die Kardätscher. Man wird wohl annehmen müssen, dass die Wollschläger kein besonderes Handwerk bildeten, sondern die Weber selbst diesen Teil der Arbeit besorgten oder durch ihre Knechte besorgen liessen². Nach dem Spinnen durch die Spinnerinnen gelangt das Baumwollgarn zum Verweben an die Webermeister zurück.

Zu den vorbereitenden Thätigkeiten gehört schliesslich noch das Fertigen des Blattes durch die vereidigten Blättersetzer. Sie dürfen kein anderes Blatt oder Geschirr machen, als ein solches, das zu jedem Gewirk die rechte Fädenzahl und Breite hat. Auf jedes Blatt hat der Blättersetzer sein Zeichen und das Ulmer Schildchen zu stossen³.

Das Weben.

Das Webgeschäft selbst ist genauer Kontrolle und eingehenden Vorschriften unterworfen, zu deren pünktlicher Einhaltung sich die Weber eidlich verpflichten müssen. Alle Jahre um Michaelis schwören sie, dass sie die ihnen gesetzten Artikel seit Jakobi vergangenen Jahres gehalten haben und auch künftig mit all den Ihren halten wollen bis auf die Zeit, da man wieder der Sache wegen zu schwören hat. Auch für den Weber gelten die oben genannten Bestimmungen betreffs des Garns und des Garnsiedens, seine Wepfen darf er nur bei geschworenen Wepfenmachern einkaufen, zum Wirken darf er nur Baumwolle verwenden, welche die Schau bestanden hat; Abenteueruch, d. h. nicht wahrungsgutes Barchenttuch aus Auswurf- wolle, Abschelet (Abfall der Baumwollschläger), Karter- (Abfall der Karter) oder Schcerwolle (Abfall der Tuchscherer) oder derartiger sonstiger böser Baumwolle darf der Barchentweber, der an die Schau wirkt, nicht herstellen bei Strafe des Eidbruchs. Staubtücher, d. h. Tücher aus dem Staub, den der Weber aus seiner selbst verwirkten Baumwolle sammelt, darf

¹ Vergl. S. 11 und 135.

² 1582 entscheidet der Rat, weil „das Weberhandwerk mit dem Aufschlag des Hilters im Wollschlagen beschwert sei“, so sollen die Meister, wenn sie hinfür ein fremden Wollschlagers notdürftig sein werden, einen solchen zuvor mit dem Wollschlagen probieren lassen, und wenn derselbe in der Probe bestanden, sollen die Fürgesetzten und die Meister, so des Wollschlagers begehren, mit ihm vor E. E. Rat erscheinen und um die Beiwohnung, so lang er den Bogen führt, anhalten. Der Artikel soll dem Weberhandwerksbüchlein einverleibt werden. (Ratsprotokoll 35, Bl. 809 b.) Vergl. auch Urkunde 29, S. 65.

³ Urkunde 17, S. 40.

er wirken, aber den Staub oder die Staubtücher nicht verkaufen, sondern nur in seinem Haushalt zu Deckbetten verwenden. Will er minderwertige Tücher aus Abscheu, die sogenannten Regentücher, anfertigen, so hat er dies vorher zu melden, ist aber dann von der geschworenen Barchentschau ausgeschlossen und hat dagegen die neben der Regentücherschau vorzulegen¹. Das Gewirk darf nicht anders gebreut werden, als einmal vor dem Mutz, d. h. unter dem Stuhl; Bausen oder Ausstreichen nach dem Weben ist verboten bei Strafe des Fälschbruchs; es ist streng verboten, die Tücher im Keller zu netzen, auch soll die Schlichte nicht gelb gefärbt werden. Die Tücher dürfen nur von verdingten Kartern gekantet, d. h. geraut werden. Barchenttücher mit dem Brief, d. h. Tücher, welche vor der Schau nicht genügend befunden worden sind und deshalb einen Brief erhalten haben, auf dem ihre Mängel stehen, dürfen weder hier noch anderswo gebleicht werden, sondern sind färben zu lassen, der Drodel vorn an den Tüchern ist vor dem Schauen vom Weber wegzuschneiden². Die Barchenttücher müssen ferner die richtige Breite und Fadenzahl haben. Um letzteres zu kontrollieren, besteht eine eigene Kommission, die Fadenzähler. Sie werden vom Vorstand der Weberzunft aus der Reihe der zünftigen Webermeister ernannt und nicht vom Rat, erhalten aber ihre Belohnung aus dem Steuerhause, nämlich von jedem abgeschnittenen und gezählten Barchentblatzen 9 Heller. Die Kommission besteht aus zwei Barchent- und zwei Leinwandwebern. Sie hat mindestens alle Quatember einmal in die Werkstätten und Dunker Keller aller Weber zu gehen, sie sehen des Rats, Zunft-, Buchsen-, Zwolf- oder andere Meister und den Barchent mit dem Eisen zu untersuchen. Wird bei einem Fadenzähler selbst ein Mangel gefunden, so hat er vom Amte abzutreten. Den Gamwebern dagegen ist jedes Quatember ein Blatzen von einem seiner Tücher abzuschneiden und auf die Fadenzahl zu prüfen. Jedes Stück soll 1176 Faden haben. So viele Faden an dem gezählten Blatzen zu wenig sind, so vielmal hat der betreffende Weber 40 Heller in die Schaubuchse zu zahlen. Der Inhalt der Buchse aber fällt häufig der Weberzunft und häufig der Stadt zu³.

Beim Einkauf der Baumwolle darf sich der Weber nichts für den Auswurf „stimmieren“⁴ lassen, sondern er hat den Auswurf von jedem Kauf unter einem Sack binnen eines Monats und von einem Kauf, der einen ganzen Sack oder mehr beträgt, binnen 2 Monaten dem Wollhorn zurückzugeben, indem

¹ Urkunden 87, S. 71–74, und 47, S. 86–87.

² Urkunde 19, S. 40–45.

³ Urkunde 25, S. 56–58.

⁴ Fortsetzen. Die Stimmierer sind die amtlichen Pfordotatoren.
a. Zweites Gesetzbuch BL 881.

er ihn zunächst den Auswurfschauern vorlegt. Die Auswurfschau besteht aus drei vereidigten Webermeistern, welche von dem Vorstande der Weberzunft hierzu gewählt werden. Sie haben den Auswurf der Baumwolle in der Gret an dem hierzu bestimmten Orte täglich von 9—11 Uhr zu beschauen und gut aufzumerken, ob nicht ein Sack rauh oder feucht ist. Ein solcher ist zu trocknen und dann wiederholt zu schauen. Ist ein Auswurf oder eine Abschelet zu faul, so muss der- oder dieselbe nochmals abgezupft und dann wieder zur Schau gebracht werden. Finden sie in einem Auswurf etwas vom Spinnen, alte Steine, die nicht von der Baumwolle kommen, so ist das herauszuwerfen; finden sie aber gar zu viel Steine oder andere Dinge, so ist die Sache der Zunft zu melden. Der Auswurfschau ist seitens der Weberzunft ein vereidigter Knecht zugeordnet, welcher allen Auswurf sofort nach der Schau und Abwägung an der Gret in die hierzu bestimmte wohl verwahrte Kammer unter der Gret zu bringen hat, zu welcher er allein den Schlüssel trägt. Dort hat er den Auswurf fleissig auszulesen und die Abschelet den Wollherren ordentlich wieder zurückzugeben. Der Auswurf selbst aber ist von Zeit zu Zeit zu verbrennen, wozu immer von den Stadtrechnern ein Knecht zu beordern ist, der dabei bleiben muss, bis der Auswurf ganz verbrannt ist. Der Grund dieser Bestimmung ist die grosse Feuergefährlichkeit des Baumwollauswurfs¹.

Für die vereidigten Gäuweber galten ausser diesen Vorschriften noch einige weitere Bestimmungen. Sie durften die Baumwolle keinem Spinner zum Spinnen geben, der vorher Biberacher oder Weissenhorner Wolle versponnen hatte, und der Spinner musste dem Weber geloben, dass er solche Wolle nicht im Hause habe. Wohnten mehrere Gäuweber in einem Flecken beieinander und wirkten einige davon Abenteuertücher, so wurden alle Weber in diesem Flecken nach Ablauf der beschworenen Zeit von der Schau ausgeschlossen. Mit mehr als zwei Stühlen Barchent zu wirken, war dem Gäuweber verboten.

Das Karten.

Waren die Tücher vom Weber aus fertig gestellt, so unterlagen dieselben je nach ihrer Bestimmung noch verschiedenen Manipulationen, welche wieder durch eigene Handwerker ausgeführt wurden. Auch diese hatten ihre besonderen Ordnungen. Zu nennen sind hier in erster Linie die Karter, welche theils in der Stadt theils auf dem Lande wohnend das Karten, d. h. das Rauhmachen des Hauptartikels der Ulmor, des gerauchten

¹ Urkunden 22—24, S. 54—56.

Barchents, besorgen. Der Karter soll seine Knechte nicht nach der Stückzahl, sondern nach der Zeit bezahlen. Für jedes Stück erhält er mindestens 7 Heller Lohn, darf aber nur bares Geld annehmen. Ware vom Weber dagegen zu nehmen, ist ihm verboten. Er soll auch keinem Weber Geld auf Tücher leihen. Die beim Kartern abfallende Wolle darf er nicht an Weber, die das Handwerk treiben¹, oder sonst jemand verkaufen, wie es vielfach geschieht, um sich gegenseitig die Kunden abzujagen, sondern er muss sie dem Gretmeister in Ulm zum Verleihen bringen. Das Hutgen der Tücher darf nicht der Karter selbst vornehmen, sondern dasselbe ist durch andere von der Stadt besonders vorordnete Personen zu besorgen. Weibliche Personen darf der Karter nicht kartern lassen. Auf jedes gekartete Tuch hat er sein Zeichen zu stossen, damit man sich überzeugen kann, ob das Tuch des Kartens wegen schwächer geworden, und dem Weber die Sache gebührend legen kann. Den Gauwebern sollen sie nicht zu essen und zu trinken geben, weder umsonst noch um Geld, und sie nicht beherbergen, auch keinem Weber seine Barchenttücher an die Schau bringen und solche weiter kaufen noch verkaufen, überhaupt allein ihr Handwerk treiben und nicht etwa noch Weberei oder Handel mit Tüchern². Schadhafte Stellen an den Enden der Tücher, mögen sie nun vom Weber oder Karter kommen, sollen sie nicht vermachen oder ausschneiden, sondern den Schaden, wie er ist, an die Schau kommen lassen. Vom Karter verderbene Tücher werden nach Umständen von den Schauern zum Färben bestimmt³.

Die Rohbarchent-Schau.

Nach Fertigstellung der Tücher wurden dieselben den Rohbarchentschauern vorgelegt. Es sind deren drei, ein Weber, ein Kramer und ein Schneider. Sie schworen, keinem Tuche ein anderes Zeichen geben zu lassen als dessen, es wohl wert ist, auch sonst ihr Amt mit getreulichem Fleiss und derart zu versehen, dass die Schau in gutem Wesen bestehe und der Barchent nicht in Abfall komme. Sie sollen sich insbesondere vor den gemetzten und den genetzten Tüchern hüten, auch haben sie nach den Zeddeln zu sehen und darnach, dass die Tücher „gekernt und gewandelt“ seien. Von denen, welche gegen diese Dinge fehlen, sollen sie das Strafgeld einziehen und in die Buchse legen. Ueberhaupt soll jeder Mangel, welcher die

¹ Es gab auch Weber, die das Handwerk nicht mehr trieben, sondern sich mit dem Baumwollhandel befassten.

² 1543 wird den Kartern erlaubt, wenn sie nichts zu kartern haben, Gletschen zu wirken, aber nur knechtsweise, d. h. um Lohn im Hause eines Meisters und nicht als selbständige Meister.

³ Urkunden 27 - 29, S. 58 - 62.

Schau schädigen könnte, gleich den Stadtrechnern als Aufsichtsbehörde mitgeteilt, die Schauknechte sollen gut beaufsichtigt und wenn jemand vor dem andern befördert würde, dies abgestellt werden¹.

Der Weber darf an keine andere Schau wirken als an die geschworene Barchentschau zu Ulm und muss alle seine Tücher und Bletzen, d. h. kleinere Stücke, an diese Schau legen, sie seien übel oder wohl geraten. Nur Bletzen unter 3 Ellen sind vom Schauwang befreit. Vor dem Schauen sind die Tücher mit dem Zeichen des Webers zu versehen und es ist demselben verboten, von anderen gewirkte Tücher unter diesem seinem Zeichen der Schau vorzulegen, ebenso wie es ihm nicht gestattet ist, Tücher von Leuten an die Schau zu legen, die nicht an dieselbe geschworen haben. Damit es ferner an der Schau geordnet zugeht, muss der Weber stets hinten anlegen und darf keine Tücher ohne Erlaubnis hervortragen, ausgenommen einzelne Tücher. Unter Umständen wird auch wegen des Vortritts an der Schau gelost. Können bis zum gewöhnlichen Schluss nicht alle Weber befördert werden, so wird die Schauzeit verlängert, doch werden dann nur noch die fremden Weber expediert. Die Ulmer Weber, die übrig geblieben sind, haben dagegen am andern Morgen das Vorrecht in der Art, dass immer ein Gauweber und einer der am Abend vorher übrig gebliebenen Stadtweber mit einander wechseln². Weiter soll der Gretmeister die Gret, besonders die grossere Wage, im Winter und Sommer um so viel balder und später auf- und zuschliessen, damit man die Gauweber desto balder mit dem Wagen befördern könne. 1568 wird bestimmt, dass die Nachschau längstens eine halbe Stunde dauern soll und nur dann zu halten sei, wenn die übrig gebliebenen Gauweber in dieser Zeit vollends erledigt werden können. Die Gauweber mögen sich vergleichen, damit sie nicht haufenweis an einem Tag zusammentreffen. Von Jakobi bis Michaelis, also vom 25. Juli bis 29. September, findet keine Barchentschau statt. Nach Jakobi ruht das Webgeschäft auf dem Lande, der Weber und sein Gesinde werden zu Bauern und bringen die Ernte ein. Auf Jakobi muss der Gauweber seinen ganzen Vorrat an gewirkten Tüchern an die Schau bringen und dann keines mehr. Der Zweck dieser Bestimmung wird aus dem späteren Text ersichtlich werden³.

Die Fuhrleute besorgen vielfach zugleich das Vorlegen der von den Gauwebern an die Schau geschickten Tücher, damit diesen der weite Weg nach Ulm erspart bleibt, und haben deshalb zu schworen, von keinem Weber ein Tuch an die Schau zu bringen, der nicht an dieselbe geschworen hat. Auch den

¹ Urkunde 29, S. 68.

² Urkunde 29, S. 63—65.

³ Urkunde 20, S. 45—47.

Baumwolleinkauf besorgen sie mannigfaltig für die Gänweber und schworen deshalb, keine Baumwolle zu kaufen, um sie an Unberechtigte zu verkaufen. Wer von ihnen zuerst am Thor ankommt, soll auch zuerst an der Schau an die Reihe kommen, damit es kein Gerenne in der Stadt giebt¹. Auf dem Wege zur Schau sollen die Tücker nicht unter dem Thore von den Karren genommen werden.

Während bei den andern Schauen der Schauer selbst den Geldenzug besorgt, hat die Rohbarchentschau ihre eigenen Geld-einnahmer, die beiden Geldherren. Sie haben mit dem Weber das Schaugeld auf Grund der Stückzahl und der Sorten zu verrechnen und das Schaugeld und die Strafen in die Buchse zu legen. Die Geldherren scheinen meistens aus dem Patricat genommen werden zu sein. 1563 wird festgesetzt, dass, die vom Geschlecht, welche nicht des Rats sind, je ein Quatember abwechselungsweise das Geldherrnamt besorgen sollen. Muss ein Goldherr in Geschäften reiten oder ist er sonst verhindert, auf die Schau zu kommen, so soll er es den Stadtrechnern mittheilen, damit diese einen andern nehmen. Das Messen der Tücker geschieht mittelst einer Tafel, welche die halbe Länge der Tücker (ein Stück hat 24 Ellen) hat und auf der dieselben ausgebreitet werden. Dieses Ausbreiten besorgt der Anheber. In seinem Fide verspricht er, keine Geschenke anzunehmen, die Tücker richtig anzulegen und alles der Schau Nachtheilige den Stadtrechnern zu melden. Das Urtheil der Schauer hat er geheim zu halten, damit nicht einzelne derselben Anfeindungen ausgesetzt sind; er darf niemand Tuch kaufen oder verkaufen oder zu kaufen bestellen. Seinen Messtrich soll er selbst besorgen. Zur Hilfe ist ihm eine Frauensperson beigegeben, welche die Tücker wieder zusammenlegt. Der Aufstosser endlich hat die Barchenttücher zu zeichnen und beim Messen zu strecken. Auch er darf keine Geschenke annehmen. Die Schauzeichen soll er ganz vornem dem Urtheil der Schauer entsprechend aufstossen, damit das gefährliche Abschneiden der Tücker verhindert werde. Auch soll er das Urtheil der Schauer geheim halten und darf kein Tuch kaufen oder verkaufen, ebenso soll er alles Nachtheilige den Stadtrechnern melden. Er soll sein Amt selbst verwalten und niemand an seine Stelle setzen. Den Blechern, Mangelmeistern, Färbern, Tüchlerern und Kartern hat er die Farbe zum Zeichnen des „guten Gutes“ zu geben, soll aber nicht mehr abgeben, als sie wohl gebrauchen².

Ueber die verschiedenen Tuchsorten gibt der Schaugeld-Parif für die Weber ausführlichen Aufschluss. Hauptsorte war das gewöhnliche Barchenttuch. Von demselben zahlte die erste Qualität, die nach dem aufgestempelten

¹ Urk. 16. 26. S. 58.

² Urkunden 30-34. S. 65-69.

Zeichen oder der Schanmarke der Ochse hies, 1 Sch. Hlr. Schaugeld, die zweite Qualität, der Löwe, 2 Sch. Hlr., die dritte, die Traube, 3 Sch. Hlr. Das gleiche Schaugeld zahlten die zum Kattunieren oder zum Färben bestimmten Briefe und diejenigen Tuche, welche durch den Rücken zerrissen wurden. Die Gäuweber zahlen je einen Schilling weiter als die hiesigen. Der sogenannte dicke Barchent zahlt: Fünfsiegler 2 Sch., Viersiegler 3 Sch., Dreisiegler 4 Sch. Für das Siegeln sind ausserdem noch 2 Kreuzer zu bezahlen. Vom breiten oder Deckbarchent zahlen feste Stücke 3 Sch., geringere 6 Sch., allerschlechteste 9 Sch. Vom Gretschen Barchent zahlt die erste Qualität, die „gar gut, zart und geschlacht“ ist und als Zeichen den Ochsen und daneben eine Rose erhält¹, 2 Sch. Hlr. und 2 Pfennig Siegelgeld. Die zweite Qualität führt den Löwen und daneben die Rose, die dritte bekommt nur die Rose und die vierte eine halbe Rose². Was nicht wehrschafft ist, bekommt die halbe Rose und wird zerschnitten. Breiter Bomasin mit einer ganzen Rose zahlt 4 Sch., mit einer halben Rose 5 Sch. Schmalere mit der ganzen Rose 2 1/2 Sch., mit der halben Rose 3 1/2 Sch. Hlr. Seidengewirk zahlt wie der Bomasin. Zottbarchent gibt die ganze Rose 2 1/2, die halbe Rose 3 1/2 Sch. Goweckelter oder gesteinter Barchent zahlt der breite 6, der schmale 3 Sch. Neues Gewirk in Breite, Fadenzahl und Länge des gretschen Barchents zahlt wie dieser, und in Breite, Fadenzahl und Länge des Bomasins wie der Bomasin. Mezzolan oder Mousselin zahlt Siegelgeld: Leinener 22—28 Ellen das Stück mit oder ohne Leisten 3 Kreuzer, 28—56 Ellen 6 Kreuzer. Dessgleichen mit Seideneintrag, 22—28 Ellen das Stück 6 Kr., 28—56 Ellen 12 Kreuzer³.

Das Bleichen.

Bei der grossen Wichtigkeit des Bleichens für die Marktfähigkeit der Ware ist dieser Zweig der Barchentfabrikation mit besonders genauen Vorschriften bedacht worden. Die Bleichen, deren es im ganzen 7 gibt, 5 Barchent- und 2 Leinwandbleichen, sind Eigentum der Stadt und vom Rat an die Bleicher in Pacht gegeben, die eine Burgschaft von 500 Gulden zu leisten haben und das festgesetzte Bleichgeld beziehen. Die Zahl der Stücke, welche die Bleicher bleichen dürfen, ist ihnen

¹ Vergl. hierüber Jäger, S. 640 und Gering, Basel, S. 263. Der Ochsenkopf mit dem Stern bei Jäger ist jedenfalls identisch mit dem Ochsenkopf mit der Rose. Vergl. auch F. Fabris und Marchthalers Erzählung vom Ulmer Rosengärtlein, desgleichen es in Deutschland und Weischland kein so anmutiges mehr gebe. Marchthaler, S. 303 f.

² Urkunde 29, S. 63—64.

³ Urkunden 35—36, S. 69—71.

von den Stadtrechnern vorgeschrieben; nimmt der Bleicher mehr Stücke zum Bleichen an, so ist das hierfür erlöste Bleichgeld der Stadtkasse verfallen. Die Unterhaltung der Gebäudetheile ist Sache der Stadt, während die Beschaffung und Instandhaltung der Einrichtung dem Bleicher obliegt. Der Bleicher darf von seinen Bleichkunden nur gegen Bar kaufen bei Strafe von 10 Gulden, auch soll er keinem, der bei ihm bleichen lassen wil, etwas geben oder schenken oder ihm mit seinem Fuhrwerk dienen, auch von niemand mehr oder minder Lohn nehmen als für jedes Barchenttuch 10 Pfennig bei Strafe von 2 Pfd. H. Er soll auch kein ungezeichnetes Barchenttuch oder ein solches, das mit dem Brief bezeichnet und deshalb zu färben oder zu kadtunieren ist, besonders aber kein gemauhtes, Staub- oder Abenteuertuch bleichen bei Strafe von 10 Sch. H. und ist endlich verpflichtet, solche Tücher, wenn sie ihm zu Händen kommen, zurückzuhalten und auf dem Steuerhaus abzuliefern. Er soll einem jeden die Tücher zurückgeben, die ihm wirklich gehören, und nicht die Tücher vertauschen, verkaufen oder verändern, es wäre denn, dass Tücher verloren gingen oder gestohlen wurden, dann darf er die Betreffenden mit andern Tüchern schuldlos halten. Besonders aber soll er keine Tücher für sich oder seine Angestellten bleichen, als was ein jeder zum eigenen Gebrauch im eigenen Hause spinnen laßt bei Strafe von 10 Sch. H. Das Dorngehege auf der Bleichwiese soll er schonen und es nicht das Vieh fressen lassen, auch kein Vieh auf die Wiese lassen, so lange Tücher darauf liegen. Sehr wichtig für die richtige Besorgung des Bleichgeschäfts ist die Beschaffung der grossen Menge von geeigneter Asche. Während sonst der Bauer in die Stadt fährt und dort dem Stadter die Asche abkauft, dreht in Umlauf die Industrie das Verhältniss um. Die Bleicher fahren weit hinaus aufs Land und holen die nötige Asche. Zur Vermeidung von Streitigkeiten ist jedem Bleicher sein Aschenbezug amtlich zugewiesen. Zugelernte Asche zu kaufen oder damit zu bleichen ist dem Bleicher verboten; er soll auch keinen Knecht nach Ascheschicken, der nicht den Stadtrechnern den Eid geschworen hat bei Strafe von 1 Pfd. H. für den Bleicher und 10 Sch. H. für den Knecht. Dabei soll jeder Bleicher den Bezug, der ihm zum Aschenholen angewiesen ist, einhalten und nicht in die Bezirke der andern Bleicher fahren. Geht ein Bleichknecht einem Bleicher aus dem Dienst oder wird von ihm entlassen, so haben die Wessschauener Befugnis, darin zu handeln. Kein Bleicher soll mehr Vieh halten, als ihm die Stadtrechner erlauben bei 10 Sch. H. Strafe für jedes Haupt. Auch soll er bei seinem Lid sich alles Handels mit Fädeln und Barchenttuchern, roher und weisser, ganz enthalten. Den Anordnungen der Wessschauener haben sich die Bleicher zu fügen. Die Tücher soll er nicht

zu lange auf dem Feld liegen lassen, sondern sie alle Wochen, aber nicht bald, aufheben und damit und mit dem Laugen gleich herumkommen bei Strafe von 10 Sch. H. Zur Bleichzeit sind immer 2 Fuder Asche und genügend Holz vorrätig zu halten.

Während der Bleicher mehr der kapitalistische Unternehmer ist und nicht einmal das Recht hat, ohne Einwilligung der Weisschauer sein Personal zu verändern, untersteht der eigentlich praktische Betrieb der Bleiche dem Feldmeister und seinen Knechten. Der Bleicher darf keinen Feldmeister, Langer oder Knecht von dem Gut schicken weder vor noch nach Jakobi, sondern soll sie bei der Ware lassen, bis diese abgebleicht ist bei Strafe von 10 Sch. H. für den Bleicher, 5 Sch. H. für den Feldmeister und Langer, 3 Sch. H. für jeden Knecht und 6 H. für jeden Zwickknaben. Jeder Bleicher soll 17 Knechte haben, darunter 2 Zwickknaben und 4 Lernknechte. Diese Knechte soll er nach Geheiss der Weisschauer anstellen und arbeiten lassen. Sollte aber einer von ihnen nicht zu seiner Arbeit taugen, so haben die Weisschauer das Recht, denselben zu entlassen und einen andern einzustellen. Die Bleicher sollen kein Tuch verkehren, ausschleusen, abtragen oder sonst damit handeln ohne des Feldmeisters Wissen und bis den Feldmeister bedünkt, dass ein jedes Tuch weiss genug gebleicht sei bei Strafe von 10 Sch. Zeigt der Feldmeister eine etwaige Verwahrlosung den Weisschauern nicht an oder trifft ihn die Schuld, so muss er 5 Sch. H. bezahlen. Der Feldmeister soll keinem Tuch das Haar über sich kehren und keins aufheben, ehe es ihm richtig weiss erscheint bei Strafe von 5 Sch. H. Knechte, welche etwas vernachlässigen, soll er dem Weisschauer anzeigen bei Strafe von 5 Sch. H. Die Langer haben die Tücher mit vorchriftsmässigem Zeug und besonders bei niedendem Kessel und vollem Fass zu laugen, auch den Ascher selbst aufzusetzen, und wenn sie einen Mischling¹ darin finden, dies den Weisschauern anzuzeigen bei 5 Sch. H. Strafe, auch sollen sie den Bleichknechten genau auf die Arbeit sehen. Die Knechte sollen, wenn man vormittags Tücher anschlagt und diese wegen Unwetters nicht trocken werden, diese herabnehmen, es sei Feiertag oder Werktag bei 3 Sch. H. Strafe. Finden sie schadhafes Gut, so ist dies dem Feldmeister anzuzeigen, und wenn ein anderer Bleichknecht nicht seine Schuldigkeit thut, so sollen sie es dem Weisschauer melden. Der Weisschauer sind es vier. Zum Zusammenlegen der weissen und bunten Tücher auf der Schan ist ebenfalls eine Frauensperson angestellt, welche besonders darauf zu achten hat, ob die weissen Tücher nicht auf der Bleiche durch Mäuse, Ratten und anderes Ungeziefer

¹ Wohl so viel als andere als Buchenasche.

oder sonstwie Schaden genommen haben. Wie die Bleicher ganz ein lustiges Leben führten und damit manchmal ihre Geschäfte vernachlässigten, so dass der Rat ihnen 1532 mit Ernst ermahnt, wenn sie nicht notwendige Geschäfte in der Stadt haben, alle Nachmittage um 4 Uhr auf die Bleiche zu gehen und nach der Ware zu sehen, so verbietet er auch 1536 den Weissschauern, Gäste mit auf die Bleichen zu nehmen, und untersagt 1545 den neuernannten Weissschauern die Abhaltung eines Mahls¹.

Das Scheren und Kattunieren.

Das Scheren und Kattunieren der Tücher besorgen die Tuchscherer. Jedes vom Tuchscherer geschorene Tuch soll er mit seinem Zeichen versehen und es dann an die Schau geben und zeichnen lassen. Für jedes verworkne Tuch hat er einen Sch. H. zu zahlen. Rohbarchentmacher, es seien Oel sen, Lowen, Trauben oder Abenteuer soll er weder scheren noch kattunieren, nur die Biele darf er scheren. Will er seinen Kriech oder sein Weib ebend. s. Tuch scheren lassen, so müssen diese vorher auf dem Steuerhaus den Eid schwören. Die Tucher soll er nicht pressen, beschweren oder über die Stecken aufwinden, auch nicht darauf stehen oder sonstige Vordel gebrauchen. Verworkne Tucher soll er erst wieder an die Schau bringen, wenn er sie ausgebessert hat. Es soll auch keiner einen andern Tücher an die Schau tragen, ohne dass er sagt, wem dieselben gehören. Sind die Tucher geschoren, so sollen sie dieselben nicht mehr abstreichen, sondern sie den Schauern vorlegen, wie sie von der Schere gehen. Machen sie kattunarten Barchent, so sollen sie diesen den Schwarzschaubern vorlegen. Das Schatzgeld hierfür beträgt 4 Hlr. für jedes Stück. Wird ein solches Tuch verworfen, so muss der, welcher es hat schauen lassen 1 Sch. H. Straß zahlen und ausserdem soll er es verbessern und dann wieder schauen lassen. Das kattunirten Barchent nicht sollen mit kochen, Backen bestrichen werden und mit der Farbe, die aus Harz im Sack gebrannt worden ist oder was sie selbst von guten Farben brennen. Firnis, Laim, Horn oder Salzwasser zu nehmen, ist verboten. 1544 entsteht K'ge darüber, dass einige Tuchscherer den Artikel wegen der Farbe so auffassen, als ob nur der Ulmer Barchent mit dieser Farbe zu behandeln sei, und dass sie den fremden, d. h. den Biberacher Barchent, mit der fremden Farbe kattunieren dürfen. Der Rat bestimmt darauf, dass aller Barchent, auch der fremde mit der Ulmer Farbe zu behandeln sei. Dagegen wird die darauf gesetzte Strafe in eine Geldstrafe verwandelt.

¹ Urkunden 38-45, S. 74-85.

welche zur Hälfte die Stadt, zur andern Hälfte die Schneiderzunft erhält, zu der das Handwerk der Tuchscherer damals noch gehörte¹. 1517 wird den Tuchscherern seitens des Rats ein Lohn tarif vorgeschrieben und die von ihnen selbst gesetzte Ordnung betreffs Regelung der Stückzahl, die jeder Tuchscherer anfertigen darf, auf Klage der Weber aufgehoben. 1557 entscheidet der Rat indess auf die Bitte der Tuchscherer, dass ihnen der Lohn freigelassen sein solle. Schäden aller Art, wie Flecken oder anderes, welche die Tuchscherer an den Tüchern beim Kattunieren finden, sollen sie den Schauern anzeigen, damit solche Tücher nicht als kaufmannsgutgebleit und besiegelt werden. Für das Bimsen oder Appretieren der geschorenen Tücher sind ebenfalls Spezialisten aufgestellt, die Tuchscherer-Bimsier. Sie sollen etwaige Schäden, die sie beim Bimsen den Tüchern zufügen, anzeigen und nicht weiter bimsen, wenn sie Mängel an denselben finden, sondern sie dem Tuchscherer zurückgeben².

Das Färben.

Die Färber gehören zur Marnierzunft. Sie dürfen ursprünglich kein Barchenttuch färben als nur die Briefe oder vierte Qualität, später werden auch die Trauben oder dritte Qualität zum Färben zugelassen. Kein rohes Barchenttuch, das sie schwarz färben wollen, sollen sie in das Lab oder die Farbe einstossen, ehe es nicht aus gutem, lauterm, heissem Wasser gewaschen worden ist. Dieses Waschen wird indess nicht durch die Färber besorgt, sondern durch die hiezu besonders aufgestellten Wascher, die ihre eigene Ordnung haben. Die Färber dürfen kein Barchenttuch, das sie schwarz, grau oder anders gefärbt haben, aus der Hand geben, ohne dass es zuvor der Schau vorgelegt, von dieser als gut befunden und bezeichnet worden ist. Die Ansetzung der Farben ist genau vorgeschrieben. Zur Kontrollierung der Farben ist eine Farbenschau von zwei Färbern und andern vom Rat hiezu Verordneten aufgestellt. Von Michaelis (29. Septbr.) bis auf Katharina (25. Novbr.) sollen die Färber keine Anzahl im Färben setzen. Der Färberlohn ist ursprünglich festgesetzt, 1538 wird aber der Lohnsatz und die Anzahl im Schwarzfärben aufgehoben. Es darf also jeder Färber soviel Stücke färben, als er will und kann. 1539 wird indess der Lohnsatz wieder eingeführt und verordnet, dass kein Färber sich mit irgend welcher Ware, durch Geschenke, Kauf, Tausch, Anlehen u. s. w., sondern nur mit barem Geld von den Kaufleuten bezahlen lassen dürfe. Selbst Barchenttücher einzukaufen und zu färben, ist den Färbern seit

¹ 1558 bei Wiedereinführung der durch Karl V. 1548 aufgehobenen Zünfte bilden die Tuchscherer eine eigene Zunft.

² Urkunden 48-51, H. 87-93.

1539 ebenfalls verboten. Wird ihnen gefärbter Barchent durch die Schauer verworfen, so sollen sie von jedem verworfenen Tuch 1 Sch. II. zur Strafe geben und das Tuch nicht wieder zur Schau bringen, als bis sie es wieder in die Farbe gestossen und gefärbt haben. Besteht das Tuch zum zweitenmal nicht, so soll der Färber 2 Sch. II. Strafe zahlen und zum drittenmal wird dem Tuch ein Ohr abgeschnitten und es kann nicht mehr an die Schau getragen und besiegelt werden. Bevor sie die Tücher in die Farbe stossen, sollen sie an dem rohen Briefe das Zeichen, das auf der Rohschau darauf gestossen worden ist, ebenso das Zeichen, das auf die weissen Trauben von der Weisschau gestossen wurde, vernichten und verwenden, damit die Schwarzschaueur nach dem Farben erkennen können, dass diese Tücher vorher an der betheiligten Schau gewesen sind. Kein Färber soll einen rohen Brief oder eine weisse Traube in die Farbe stossen, auf denen nicht das Ulmer Schildchen ist, das den Tuchscherern darauf gestossen wird, wenn das Tuch an der Schau bestanden hat. Eine besondere Ordnung haben die Färber, welche mit Augsburger Farbe färben. 1530 wird nur drei Färbern gestattet, in dieser Farbe zu arbeiten; die so gefärbten Tücher sollen ihnen aber in die Anzahl gerechnet werden und erhalten ihr besonderes Zeichen. 1538 wird die Anzahl der Augsburger auf 5 und 1550 auf 7 erhöht. Zum Ausstreichen des schwarzen Barchents sollen die Färber miteinander eine Tonne guten Oels kaufen. 1538 wird diese Arbeit indes der besseren Besorgung wegen vom Rat besonders Leuten übertragen, die alle Werktage auf der Schwarzschau zu warten und die Tücher, welche ihnen die Färber zum Ausstreichen geben, zweimal auszustreichen haben. Das Oel und die Strohildetzen hat der Färber zu liefern. Finden sie Schaden an den Tüchern, so sollen sie es den Stadtrechnern melden. Nach dem Ausstreichen sind die Tücher in einer Stube liegen zu lassen und erst am Morgen wegen des Ausstreichens den Schauern vorzulegen¹.

Die Schwarz-Schau.

Zur Beaufsichtigung der Tuchscherer- und Färberarbeiten dienen die Schwarzschaueur. Sie haben den schwarzen und grauen Barchent, der hier und sonst nirgends gefärbt und mit der Stadt Zeichen versehen sein muss, zu beschauen, ebenso die weissen Trauben und die rohen Briefe, wie diese geschoren sind, und die hierbei fallenden Strafgeelder einzuziehen. Auch den kattunierten Barchent haben sie zu beschauen. Ein kattuniertes Tuch gibt zu Schangeld 4 Illr., wird es verworfen, so ist an

¹ Urkunden 52-55, 8, 98-103.

Sch. H. Strafe dafür zu zahlen, das Tuch besser zu kattunieren und nochmals vorzulegen. Des weitem haben die Schwarzschaner die schwarzen, roten, blauen, grünen, aschenfarbenen und anders gefärbten Gogler¹ mit Fleiss zu beschauen. Der Barchent, den man auf das „letzer Ort“ kattuniert, erhält ein Blei, damit er als Ulmer kenntlich ist, und zahlt für Schaugeld und Blei zusammen 2 Pfg. Besteht ein Tuch des Kattunierens halber die Schan nicht, so hat der Tuchscherer dafür 3 Pfg. Strafe zu zahlen und das Tuch erhält kein Blei. Die gebimsten, gespritzten und kattunierten Barchenttücher sollen die Schwarzschaner, wenn sie an der Schan verworfen werden, nicht mehr zum Farben verurteilen und dann wieder schauen, auch ihnen kein Blei geben, sondern jedem Tuch ein Ohr abschneiden, damit sie nicht mehr als Kaufmannsgut gefärbt werden. Alle blauen Barchente, welche schwarz gefärbt werden sollen, müssen sie vor dem Schwarzfärben wegen der blauen Farbe beschauen und ihnen, wenn sie richtig befunden worden sind, das hiefür eigens gefertigte Zeichen aufstossen. Auch die weissen Trauben dürfen blau gefurbt werden, erhalten aber ihr besonderes Zeichen. Ein Barchenttuch, das einmal gekartet und geschoren ist, erhält ein Zeichen, ein solches, das zweimal gekartet und geschoren ist, zwei Zeichen angehaugt; ein Tuch, das zu genau geschoren ist, muss dem Tuchscheerer, sofern es das Karten nochmals aushalt, zurückgegeben werden, damit er es nochmals schere und dann wieder schauen lasse. Ist es dann abermals zu genau geschoren, so soll es kein Spiel oder Blei erhalten, sondern man soll ihm ein Ohr abschneiden, damit es in kein Währungsballchen gebunden werden kann. Schadhafte Bomasin ist ebenfalls ein Ohr abzuschneiden; schadhafte Barchente, die mit Unschlitt verstrichen sind, sind ins Steuerhaus zu bringen, d. h. zu konfiscieren².

Das Glätten des Barchents und die Mangschau.

Die letzte Verrichtung, welche mit dem Barchent vorzunehmen war, bestand im Glätten oder Mängen desselben. Zur Besorgung dieser Verrichtung sind drei Mängen vorhanden, welche Eigentum der Stadt sind, aber wie die Bleichen durch selbständige Unternehmer betrieben werden, welche das Manggeld, 2 Pfg. für jedes Barchenttuch, beziehen und dafür der Stadt einen jährlichen Zins bezahlen. Der Mangmeister stellt eine Kaution von 400 Gulden, die Anzahl der Stucke, die er mängen darf, ist durch Vergleich mit den Stadtrechnern für jeden der drei Meister genau festgestellt. Hat er diese Zahl abgemängt, so hat er mit dem Mängen aufzuhören, bis die anderen beiden

¹ Bunte Leinwand.

² Urkunden 56 - 57, 8. 108 - 109.

Meister ebenfalls ihre bestimmte Anzahl erreicht haben. Kein Mängmeister soll Tücher oder anderes für sich oder andere verkaufen oder verwechseln, er darf auch nicht seine Kundschaft durch Gesandten, Schenkungen oder Ähnliches an sich zu fesseln suchen oder Gastungen geben, um seinen Kollegen die Kunden wegzunehmen. Die Instandhaltung der Maschinen, die in der Mänge ist Sache des Meisters, während die Unterhaltung der Gebäulichkeiten auf Kosten der Stadt geht. Während die Gulden beim Mängen zwölf Gänge erhalten, sollen die Barbeutener, namentlich die schwarzen Stöcke, nicht zu stark genügt werden; sie erhalten nur einen halben Gang. Alles, was die Mängmeister fremden Personen in ihre Herbergen, Häuser u. s. w. abladen, haben sie umgehend dem Gritmeister oder Zolldirektor vorzulegen. Das Mängen der Ware hat genau in der Reihenfolge des Einkaufs zu geschehen, so dass keiner vor dem andern gefordert wird. Die Dienstleute des Mängmeisters sollen sachverständige und ehrliche Personen sein und kein „heißes Geinadel.“ Vor der Einleitung haben dieselben auf den Steinhaufen die Ordnung zu beschreiben und sind den Mängschauern vorzustellen. Die Mängschauern sind die Aufsichtsführer der Mängmeister. Sie haben den Sommer über bis Michaelis (29. September) von morgens 6 Uhr und von da an von morgens 8 Uhr an den Mängen zu sein und dort die Ware zu beschauen. Keine Ware darf abgeholt werden, die sie nicht durch die Mängschauern begutachtet worden ist, dass sie keine Ritzeln oder andere Fehler hat. Aber nicht bloß hierin besteht die Aufgabe der Schauern. Sie haben auch den ganzen Betrieb zu überwachen, zu prüfen, ob der Walzenbau und die Walzen richtig funktionieren, ob das Personal seine Schuldigkeit thut. Unzulängliche Argestellte können sofort entlassen. Alle Quateraler haben sie bei den Hauptversammlungen des gemängten Fuchses Nachfrage zu halten, wo der Geschäftsabgang ist und welche Mengen etwa über die Waren eingelaufen sind. Wie bei den Bleichen der Bleicher und bei den Kapitalistische Unternehmer, der eigentlich technische Leiter aber der Feldmeister war, so stand auch den Mängern ein Meisterknecht zur Seite, der den Mängschauern stets genaue Bericht zu erstatten hatte, wie auf den Bleichen der Feldmeister den Weisselmeistern. Der Meisterknecht erhielt deshalb auch eine jährliche Verehrung aus der Stadtkasse, damit er sich als Angestellter der Stadt fühle und dem Mängschauern gegenüber klar mit der Sprache herauswacke¹.

¹ Urkunden 58-63, S. 106-113.

Der Vertrieb des Barchents.

Die Bleichspekulation.

Was schliesslich den Uebergang des Barchentgewirks in die Hände des Publikums oder den Barchenthandel betrifft, so war auch dieser durch mannigfache Ordnungen und dienstbezügliche Ratschlässe genau geregelt. War der Handel mit der rohen Baumwolle mit seinen vielfachen Preisdifferenzen und der Export des fertigen abgebleichten Barchents mehr Sache der patricischen oder kaufteuerünftigen Grosskapitalisten, bzw. der von denselben gebildeten Handelsgesellschaften, so war die Spekulation mit dem rohen, d. h. ungebleichten Produkt in die weitesten Schichten der Bevölkerung verbreitet: der Barchent diente geradezu als speculativer Anlagewert selbst für die kleineren Leute, ja als Mittel für finanziell Bedrängte, sich Darlehen zu verschaffen. Nicht blos korporative Verbände wie die Zünfte u. a. w. legten ihre Barvorräte in Barchentfardeln an, auch der kleine Mann, wie der grosse, der Geistliche, der Edelmann, der Handwerker, die Witfrau, der Pfleger von Stiftungen verwalteten die ihnen zur Verfügung stehenden Vermögensvorräte in der Art, dass sie Barchentfardel kauften und bei günstiger Gelegenheit wieder mit Gewinn abzusatzten suchten, etwa wie man heute in Papieren speculiert¹. Das Barchentfardel repräsentiert anfangs des 16. Jahrhunderts (1502) einen Wert von etwa 86 Gulden², ist also auch in dieser Beziehung ein ganz geschickter Gegenstand, nicht zu billig und nicht zu theuer. Was den Barchent aber in damaliger Zeit zu einem Speculationsgegenstand besonders geeignet machte, das war neben seiner grossen Absatzfähigkeit, die ihn wie bares Geld erscheinen liess, vor allem das Bleichgeschäft. Die Spekulation beruhte auf dem Unterschied von rohem oder ungebleichtem und gebleichtem Barchent.

Der Barchent geht, wie wir gesehen haben, nicht erst im

¹ So enthält z. B. das Büchsenmeister-Büchlein der Kaufmannschaft Dutzende von Rechnungsablagen, in denen es wie in der von 1491 heisst: „Und hat die zunft vorhanden ein roch fardel auf der bleich und 36 tuch, halb ochsen und layen (Löwen)“, so figurirt in den Rechnungen der Münsterkasse eine eigene Rubrik „Unserer frawen gewand.“ So stuft eine Frau Angelika Zähringer 200 Gulden zur Herstellung des berühmten Münsteraltartafeln und giebt das Geld dem Geschlechter Haas Nendhardt in Pflegschaft; dieser lässt davon durch seinen Schaffner Frick Ochsen und Löwen kaufen und verwechselt diese 11mal, so dass das Stiftungskapital erheblich zunimmt. So wird in der Barchentverkaufsordnung von 1578 allen Pflegern gerade wie den gewerbemässigen Barchenthändlern das Recht eingeräumt, den rohen Barchent ausser durch die beiden Tuchkäufel auch selbst oder durch ihre bestellten Diener einzukaufen, aber nur für ihre Pflegschaften, und dann mit diesen Töchern nach der alten Ordnung zu handeln.

² Dr. Northofers Ratschlag. Vergl. S. 193.

gebleichten, sondern im rohen Zustand aus den Händen der Weber nach bestandener Prüfung durch die Rohbarchentseile in den Besitz des Publikums über, aber niemand darf rohes Tuch wiederverkaufen, sondern muss dasselbe in Ulm bleichen resp. färben lassen oder gegen weisses Tuch umwechseln. Das Bleichgeschäft nun, das den Barchent erst zum fertigen Kaufmannsgut macht, unterscheidet sich seiner Natur nach in einem Punkte wesentlich von der Herstellung des Rohbarchents. Während die Herstellung der zur Befriedigung der Nachfrage auf dem Barchentmarkte erforderlichen Barchentmenge bei genügendem Vorrat an Rohmaterial (Flachs und Baumwolle) und an technisch gebildeten Arbeitskräften (Gauweberfrage) eine Sache verhältnissmässig kurzer Zeit war, erforderte das Bleichen des rohen Barchents das gute Wetter des Sommers und konnte also nur zu einer bestimmten Zeit im Jahre erfolgen. Die rohen Tücher werden vom Aschermittwoch an dem Bleicher übergeben und es wird etwa Ende Juli, bis sie vom Bleicher wieder zurückgegeben werden: je später das Tuch dem Bleicher übergeben wird, um so mehr muss er mit Lauge, also mit künstlichen Mitteln, nachhelfen, wenn das Tuch noch vor Eintritt der kalten Witterung abgebleicht werden soll. Als Termin, zu welchem es neue gebleichte Tücher gibt, aber auch als äusserster Termin, zu dem der Bleicher noch Tücher annehmen kann, bildet sich so der Jacobstag oder 25. Juli heraus. Auf ihn, lautet deshalb auch die Verordnung, sollen die Weber vollends alles an die Seile tragen, was sie an fertigen Tüchern haben und dann nichts mehr. An ihm ist die Ernte sozusagen beendet und dem Händler ist es an diesem Tage möglich, genau zu bestimmen, wie viel Fardel gebleichten Barchents für das Geschäftsjahr in Ulm zur Verfügung stehen werden. Mag der Weber von da an weben, so viel er will, sein Produkt kann, sofern es sich um fertige Ware handelt, für das laufende Geschäftsjahr nicht mehr in Frage kommen. Die nächste Ernte ist erst im Sommer des folgenden Jahres fällig. Diese Thatsache ist es, welche den gebleichten Barchent als Marktware unter gleichen Bedingungen stellt wie jedes Naturprodukt und den Ankauf von rohem Barchent zum Zweck des Abbleichenlassens und der nachherigen Wiederabstossung mit möglichst grossem Gewinn zu einem Speculationsobjekt weitester Kreise macht. Man giebt im Frühjahr auf die Viertage¹, wenn das Bleichgeschäft beginnt, das rohe Tuch auf die Beiche und sucht es auf Jakobi, wenn es abgebleicht ist, mit möglichst grossem Nutzen wieder loszuschlagen. Besorgte dabei anfangs der Barchenthändler die

¹ Die „Viertage“ sind die vier Tage von Aschermittwoch bis Samstag vor Invocavit. Weidenbach, Cædendarium, Regensburg 1855, S. 191 Fastnacht und S. 205 Quadragesima.

Übergabe des Barchentens an den Bleicher selbst, so fand es ziemlich bald vielfach begannen, das Risiko des Bleichgeschäfts und des Konjunkturwechsels der Wechselzeit anderen zu überlassen, und die Ansichten bei dieser Bleichspeculation waren zu verlockend, als dass sich nicht Leute genug hierfür gefunden hätten. Am Jakobi im Juli, wenn die Tücher weiss geworden waren, gaben diese Bleichgehilfen dann den Barchenthändlern ihre abgebleichten Tücher dergestalt zu Wechsel, dass der Weissbarchentempfänger dem Bleichspekulanten dafür auf Aschermitwoch im Frühjahr, wenn das Bleichen wieder anging, ebenso viele rohe Stücke und nach Massgabe des Bleichgelds, des Preises der Baumwolle und des Leinwandgarnes, auch der Kreditwürdigkeit des Weissbarchentempfängers, überhaupt der jeweiligen Konjunktur ein Aufgeld zu geben hatte. Der Betrag dieses Aufgeldes war natürlich im einzelnen Falle ein sehr verschiedener und schwankte zwischen vier bis acht Gulden¹. Gerne wurde diese Art des Handels zu Borggeschäften benützt. Hatte jemand Geld nötig und wusste den damals landesüblichen Zins von 5 % nicht anzubringen, so nahm er auf Jakobi ein oder mehrere Fardel zu Wechsel, d. h. er kaufte diese Anzahl weisser Barchenttücher von einem Bleichspekulanten (Kapitalisten), bezahlte sie aber nicht bar, sondern verpflichtete sich, auf die Viertage nach Fastnacht des nächsten Jahres, wenn das Bleichgeschäft begann, eine entsprechende Anzahl roher Barchenttücher zu liefern, und gab dafür das verabredete Aufgeld. Die auf diese Weise erhaltenen weissen Tücher konnte er dann bei ihrer allgemeinen Absatzfähigkeit mit leichter Mühe zu bar Geld machen. Fiel ihm im nächsten Frühjahr, wenn seine Schuld fallig war, die Lieferung der rohen Fardel schwer, so setzte er den Handel in der Weise fort, dass er Stundung bis Jakobi erbat und versprach, auf diese Zeit ebensovielen gebleichte Tücher zu liefern, und liess sich dagegen das Bleichgeld bezahlen. Bei günstiger Konjunktur riss er sich auf diese Weise wieder heraus oder steckte sich, wenn diese nicht eintrat, um so tiefer hinein. Galten die rohen Tücher an den Viertagen nach der Fastenzeit weniger als an Jakobi des vorigen Jahres, so war der Vorteil auf Seite des Heimzahlenden, im umgekehrten Falle auf der Seite des Darlehens².

Dieses das Wesen des vielgenannten Barchentwechsels. Alljährlich vor Jakobi, bestimmt desshalb eine Verordnung von 1533, sollen die Unterkeufel zu den Ulmer Bürgern (Kapitalisten, Bleichspekulanten), welche die grossten Barchentlager (heilewfig den meisten hawfen) haben, gehen und sich erkundigen, wie sie auf die Wechselzeit, den St. Jakobstag, die

¹ Das Bleichgeld betrug für das Fardel 2 Gulden und 8 Schilling.

² Dr. Northofers Ratschlag. Vergl. S. 192.

umzuwechselnden Sorten Weissbarchent abgehen möchten. Dann sollen sie zu den Kaufleuten (Barchenthändlern) und andern, welche den Wechsel geben wollen, gehen und die befragen, was sie auf die Wechselzeit für die einzelnen gewünschten Sorten bezahlen möchten. Das sollen sie dann den Bürgern (Barchent-Spekulanten) wieder anzeigen und welchem Bürger der vorgeschlagene Preis gefalle, der möge ihn annehmen oder einen andern Wechsels warten. Am 13. Juli 1534 beschliesst der Rat weiter, dass fortan niemand den Barchentkurs bestimmen (einen Wechsel machen) solle als die Stadtrechner und zwar davor, dass dieselben ethliche Kaufleute und die Unterkasseln zu der gehörenden Zeit zu sich kommen lassen und „den Kaufen gemessen wechsell machen und setzen“ d. h. also den Ultimokurs, die offizielle Preisnotierung vereinbaren sollen. Die Stadtrechner sollen auch alle das beschicken, welche Forderungen „auf den Seutlage“, d. h. zum Ultimokurs, angenommen haben und ihnen sagen, dass die Handlung dem Rat sehr missfallen habe, sie sollen es deshalb künftig bleiben lassen oder ein Rat werde mit Strafe gegen sie vorgehen. 1543 wird die Festsetzung des Wechselpreises durch die Stadtrechner aufgehoben und versuchsweise gestattet, dass jedermann seinen Barchent nach seiner Gelegenheit umwechselt. 1555 wird beschlossen, dass die Stadtrechner den Wechsel nicht mehr setzen, sondern jedermann frei stehen soll, nach Gelegenheit seinen Barchent zu verwechseln. 1578 im August wird sodann die Wechselordnung von 1534 wieder eingeführt, um ende Octobris desselben Jahres abermals abgeschafft zu werden¹.

War dieser Spekulationshandel für den kapitalkräftigen Mann, der bei schlechter Konjunktur, wenn etwa die Braunwellpreise sich geändert hatten oder das schlechte Wetter der Sommer den Tüchern mitgespielt hatte, sehr wenn aus irgend einem Grunde der Kurswert des Barchents auf Jakobi eine rückläufige Bewegung eingeschlagen hatte, seine Tücher einfach liegen lassen konnte, eine unverfängliche Sache, so war es anders bei denjenigen, welche ohne die nötigen Mittel auf die viertägige Rohbarchent auf Spekulation eingekauft hatten und nun am Jakobi zum Tageskurs absetzen mussten, um ihren Verpflichtungen nachkommen zu können. Dass bei dieser Art von Geschäften sich Auswüchse einstellen mussten, das Preis-treibereien und Börsenmanöver aller Art entstanden, welche sociale Gefahren in sich bargen so gut wie beim heutigen Börsen-Geschäft, ist begreiflich. Der Rat sah sich deshalb auch wiederholt veranlasst, hiegegen Front zu machen und die Geschäftlichkeit verdammt den Handel als wechtersch und den göttlichen Gesetzen zuwider. Dr. Ulrich Kraft, Pfarrer in

¹ Urkunde 67, S. 124—125.

Ulm, predigte im Anfang des 16. Jahrhunderts heftig dagegen; der Rat selbst hielt den Handel wegen des Bedrängnisses, in die der Schuldner, dem man immer wieder gegen neuen Aufwandel borgte, öfters geriet, und wegen des Gewinns, den die Gläubiger zu machen wussten, für betrügerisch¹.

Einen interessanten Beitrag zur Kenntnis der Anschauungen, die betreffs des Wucherbegriffs am Anfang des 16. Jahrhunderts geherrecht haben, aber auch einen interessanten Einblick in die Art und Weise, wie man damals die herrschenden strengen diesbezüglichen Anschauungen zu umgehen suchte, gewahren uns Dr. Ulrich Krafft, des Pfarrers am Münster, zwölf Artikel über die gefährlichen Käufe und Wechsel². Da es vor den grossen Rat gekommen ist, dass mit den Fardeln allerhand unziemliche Wechsel, Kontrakte und Käufe vorgenommen werden, die unrecht und gegen Gott sind und einem Rat zu bestrafen gebühren, so verordnet der Rat 1501, dass künftig die Unterkaufel keine solche Geschäfte mehr machen helfen, sondern ihr besonderes Augenmerk auf dieselben haben, und wo sie etwas derartiges bemerken, es dem Burgemeister anzeigen sollen. Es sollen stets nur redliche, ehrbare, ziemliche und aufrichtige Kaufmannswechsel, sei es bar um bar oder auf Zeit gemacht werden, wie das je zu Zeiten die Konjunkturen (die Lauf und Fall) ergeben und schicken. Damit aber jedermann und insbesondere die Käufer genau wissen, was unter derartigen unredlichen Geschäften zu verstehen ist, so arbeitet der Pfarrer Ulrich Krafft ein Schriftstück aus, in welchem er in zwölf Artikeln alle derartigen schlimmen Geschäfte auführt, und dieses Schriftstück erlangt Gesetzeskraft durch die Verordnung des Rats, dass die Käufer dasselbe zu beschwören haben. Als solche gefährliche Geschäfte werden aufgeführt:

1) Wenn einer vom Unterkaufel oder sonst jemand hört, dass er mit einem Edelmann wechseln soll, und dann 2 oder 3 Gulden mehr verlangt, als der Tageskurs (der gemeine Kaufmannswechsel) ist, und es damit beschönigen will, der Edelmann sei ja nicht von hier, da könne man sich das schon erlauben und es an das Glück hängen.

2) Wenn ein Schuldner, der dem vereinbarten Wechsel und seiner Zusage nach dem Gläubiger die rohe Ware auf Aschermittwoch nicht bezahlt, dazu gedrungen wird, 4, 5 oder 6 Gulden von einem Fardel für die Prolongation (für's „Anstehenlassen“) zu geben.

3) Wenn einer, der rohe Ware auf Aschermittwoch zu bezahlen schuldig ist, Prolongation (Zug) bis Jacobi erhält unter der Bedingung, dass er den Bleicherlohn verlieren soll, wenn er auf Jacobi wieder prolongieren will.

¹ Schmidt, Schwäb. Wörterbuch S. 179 f.

² Urkunde 66, S. 120–123.

4) Wenn der Schuldner die rohe Ware auf die Viertage nicht bezahlt und Prolongation bis Jacobi erlangt unter der Bedingung, der Glaubiger solle dann die Ware gebleicht erhalten, ohne dem Schuldner den Bleicherlohn zu bezahlen.

5) Wenn einer einem andern weisse Ware schuldig ist und giebt ihm statt derselben rohe, und der andere rechnet ihm dann für das Bleichgeld 2 Gulden 1 Ort¹, während doch das Bleichgeld nicht mehr als 2 Gulden 3 Sch. II. beträgt, so dass der eine übernommen wird.

6) Wenn einer, der Geld braucht, zu einem, der Tücher hat, kommt und demselben solche um eine bestimmte Geldsumme abkauft in der Hoffnung, er wolle das Tuch wieder verkaufen, und der Verkäufer kauft dann, wenn der Kauf abgeschlossen ist, dem Käufer die Tücher um einen geringeren Preis wieder ab, als er sie verkauft hat.

7) Wenn man Tücher umwechselt und der, welcher wechselt, keine Tücher hat, sondern dem andern, mit dem er wechselt, soviel Geld giebt, als auf dieselbe Zeit der Tagespreis der Tücher ist, so ist das gefährlicher Wucher. Noch mehr Unrecht ist es aber, wenn er ihm weniger Geld giebt, als das Tuch nach dem Tageskurs wert ist.

8) Wenn einer Tücher auf Jakobi anstehen und einen neuen Schuldbrief machen lässt, so dass es scheint, als ob er wieder von neuem gewechselt habe.

9) Wenn einer einem andern Tücher leiht und etwas davon nimmt.

10) Wenn einer einem andern den Wechsel so lange und viel anstehen lässt, bis er das Wechselgeld auch um ein Tuchfardel umwechselt oder das fehlende vollends darauf zahlt, um ein ganzen Fardel zu machen, und dieses dann auch verwechselt.

11) Wenn einer einem andern auf Georgi ein weisses Fardel giebt mit der Bestimmung, dass dieser ihn auf Jakobi ein rohes Fardel liefere, und vier Gulden zum Wechsel nimmt, und darnach auf Bartholomäi² soll er es ihm gebleicht geben und wieder mit ihm um vier Gulden wechselt, so sind das gefährliche Finten, durch welche die üblichen Kaufmannswechsel übernommen werden.

12) Wenn beim Wechsel mit Blotzentüchern der Schuldner die Tücher auf das Ziel, auf das er gewechselt hat, nicht liefert, weil er keine Blotzen hat, der Glaubiger aber auf der Lieferung besteht und demut mit derselben hängt, dass der Schuldner statt der Blotzentücher ganze Währungstücher zum Preis der Blotzentücher liefern muss und also übervorteilt wird.

1502 sah sich der Rat des weitem veranlasst, sich in der

¹ Ein „Ort“ der vierte Teil eines Guldens.

² 24. August.

Sachs Gutachten von den Universitäten Heidelberg und Freiburg auszuarbeiten zu lassen¹.

Die Rohbarchentschau als Barchentbörse.

Auch in der Rohbarchent-Verkaufsordnung wird ausdrücklich als Zweck derselben angegeben, dass durch sie den gefährlichen Abverkauf und dadurch bewirkten Auf- und Abschlagen, welche an der Schau, wo allein der Kauf und Verkauf von Barchenttuchern stattfinden durfte, künstlich hervorgerufen zu werden pflegen, entgegengetreten werden solle, und jedermann verwarnet, sich aller gefährlichen Kaufe, Kontrakte, auch Auf- und Abschläge auf der Rohbarchentschau zu enthalten bei Androhung harter Strafe an Leib- oder Gut, und nach der neuen Ordnung ist derjenige, welcher einen vorteiligen Auf- oder Abschlag verursacht, sogar schuldig, an dem betreffenden Tage allen Barchent zu dem von ihm verursachten Preis kaudlich zu übernehmen. Damit die ganze Rohbarchent-Verkaufsordnung aber um so sicherer eingelassen werde, haben alle Rohbarchentkäufer vierteljährlich vor dem Einungsamt zu

¹ Von diesen Gutachten ist das Freiburger noch erhalten. Die Ueberschrift desselben lautet: „Herr Jorigen Northofers, doctor der heiligen schrift zu Freyburg im Breyenow ratschlag über den contract und wechael der fardel des barchants, so hie gebraucht und geubt wurdet, und anderer doctor-ns und geleierten ratschlag underschreiben und befestigen Northofers ratschlag etc.“ 1503 vergriffen. U St. A. Fasc B VI 17 q. L.“ Das umfangreiche Aktenstück ist lateinisch abgefasst, enthält aber daneben eine deutsche Uebersetzung mit der Aufschrift: „Wie doctor Northofer ein ratschlag och in Teutsch hat zuehen lassen.“ Der Eingang lautet: „Sich halten in der statt Ulm und auf dem lande dazselbe ein gewerb und kaufmanschaft der gewesten und rohen tucher halb die gewemlich auf zwen wege geubt werden. des ersten, das der so die weisse geplachte fardel hat, ainem andern dieseligen auf Jacobi zu wechael gibt mit denen furworten, das er im zu angreuder fasten novil rohe ungeplachte barchantstuch dargegen gebe, darumb zu rechtem wechael oder tazach vier, funf, sechs, sieben oder acht guldin etc., wie der lewff halb gwon ist. des andern, so begibt sich bewellen, das der rohtucher auf vorheraumbt seit angreuder fasten zu den rohen tuchern mit wol komen mag. demselben nach so erpitt er den wissatucher mit allem fleiss, geduld zu haben bis Jacobi, wadann welle er imo weisse tuch geben fur das robe, doch das im das blachgelt dargegen bezalt werde etc. darauf wird gefragt, ob sollicher contract und gewerb dem rechten gemass göttlich und kinlich seie oder nit. Antwort: „Zu unterrichtung dier nach nimm ich war, das die oberbrut zwen wege und vermischet bendt. wann in dem, so die weissen fardel umb die rohen tucher gegeben werden, so haist es ain tausch oder ain wechael, aber in dem, das noch etlich bezalnung an gelt darzu gelegt und aufgeben wirt, so haist es ain kauf. und als furter zu der bezalnung schub und tag gegeben werden. so ist es ain contract des leihens. wie dazzu hiernach weiter gemerkt wird.“ Die Abhandlung gibt schliesslich den Rat: „das in der statt geordnet werden etlich gut erler man, in dazem nachen erfahren unarkweng, die ain statut und ordnung fursetzen, mit was from und mass sollich contract geubt soll werden, und das sie die ubertreter sollicher ordnung strafent nach jedes ubertretung.“

beschwören, dass sie die Ordnung in allen Punkten eingehalten haben, und wer das nicht kann, sei die Strafe, die auf jeden übertretenen Artikel gesetzt sind, zu erlegen schuldig sein. Der Kaval von Rohbarchent an der Schau ist anfanglich je Lermann freigestellt mit Ausnahme der Baumwollhändler. Die neue Ordnung bestimmt indes, dass man sich beim Einkauf entweder des Tichknechts bedienen oder selbst oder durch einen bestimmten Angestellten, den man stets in seinem Mantel und Brod hat, einkaufen solle. Jedenfalls dürfe aber in ein Haus nicht anders als durch eine Person eingekauft werden bei Strafe von 20 Gulden. 1581 endlich wird bestimmt, dass aller Wechsel, Kauf oder Verkauf von Roh- und Weissbarchent und Gelsehen nur durch Vermittlung der Unterkäufer stattfinden darf. Jeder Wiederverkauf von Rohbarchent ist verboten. Wer Rohbarchent einkauft, muss denselben entweder im bleichen oder gegen wasserunwechsell oder schwarz färben lassen. Doch darf die Umwechslung gegen wasser Barient nur so erfolgen, dass die weisse Ware in Wirklichkeit vorhanden ist und die eine Ware gegen die andere überantwortet wird bei Strafe von einem Viertelgulden lohn für jedes Stück, wovon der Angeber den vollen Theil erhält. Dürften ursprünglich die weisse Rohbarchent gegen Weissbarchent umgewechselt hatten, diesen Weissbarchent in Elm nicht wieder verkaufen, sondern ihn entweder färben resp. katumieren oder sechs Meilen Wegs von der Stadt schicken, so lässt die neue Ordnung zur Beförderung des Wechsels zu, die eingewechselten Theile nach Gelegenheit und Nutzen zu verkaufen. Jedermann hat des weitern das Recht, seine Rohbarchentstücke auf der Schau gegen andere Sorten umzuwechseln. Hat also einer z. B. eine Anzahl tieher von der Traubenorte (3. Qualität) und viel tiegerer Orlsen (1. Qualität) haben, so kann er diesen Austausch an der Schau, selbstverständlich unter Verrechnung der Differenz, vornehmen. Wer für andere Personen Rohbarchent einkauft, darf dieser bei Strafe des Faddbuchs keinen höheren Preis verrechnen, als ihn er selbst bezahlt hat. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung auf der Schau bestimmt endlich die Ordnung, dass die Käufer nicht über die Schranken in die Stube hineingehen, sondern warten sollen, bis der Weber heraustritt.

Die Ordnung regelt sodann das Verhältnis zwischen Wollherr und Weber. Die Webermeister sind wie wir schon gesehen haben, vielfach wenig betrittete Leute, die Baumwolle aber einen theuren Gegenstand und so sind viele Weber, nicht in der Lage, ihre Baumwolle gegen bar einzukaufen. Die Wollherren stunden deshalb solchen Webern den Betrag für den Rohstoff oder andere Leute strecken den Webern Geld vor, damit sie die rauhe Wolle kaufen können, lassen sich aber dafür im Voraus das Produkt von den Webern vorfinden. So entsteht der

Unterschied zwischen „freiem“ und „verpfändetem“ Barchent. Um nun gefährliche Preisbildungen zu verhindern, verordnet der Rat, es solle allen Wollherren und Faktoren zwar freistehen, die Beträge, welche ihnen die Weber für Baumwolle schulden, durch Annahme von rohem Barchent wieder einzubringen, aber kein Wollherr oder Faktor solle selbst weiteren, also freien Barchent einkaufen dürfen, sondern müsse denselben durch einen Tuchkäufer einkaufen lassen. Die Uebernahme von verpfändetem Barchent durch den Wollherrn zählt hierbei nicht als Verkauf, sondern der Wollherr hat das Recht, solchen verpfändeten rohen Barchent weiter zu verkaufen. Freien Barchent aber, den der Wollherr durch den Tuchkäufer einkaufen lässt, muss er abbleichen lassen ebenso wie der Weber nur den von ihm selbst gewirkten Barchent und keinen andern verkaufen darf.

Eine grosse Rolle spielt in der neuen Ordnung auch das Leihen auf die Tücher. Wer Geld auf Barchenttücher leiht, wie dies die Tuchscheerer z. B. vielfach thun, darf freien Barchent ebenfalls nur durch den Tuchkäufer kaufen oder muss sich mit dem ihm verpfändeten Barchent begnügen. Mehr als 6 Gulden, also etwa den Wert von drei Stücken Barchent¹, einem Weber auf einmal zu leihen, ist nicht gestattet bei einer Strafe von 20 Gulden. Zur Beförderung des Barchentwirkens soll jedoch den Händlern mit freiem Barchent erlaubt sein, den Webern, wenn sie das versprochene Tuch hinschicken, aber nicht auf eins allein, sondern auf die ganze Sendung, 20 Gulden zu leihen, auch ihnen das Schaugeld vorzustrecken, sonst aber sollen sie sich an die Ordnung halten und nichts auf den freien Barchent leihen. Und „weil in der Bezahlung des Barchents eine sonders Eigennützigkeit gebraucht wird“, soll jedermann den rohen Barchent und jedes Tuch insonders einen Pfennig und nicht niedriger und nicht höher als die Tuchkäufer, also als die officiële Borsennotierung beträgt, einkaufen und bezahlen bei Strafe von einem halben Gulden für jedes Tuch.

Ursprünglich durfte man die Weber nur allein an der Schau auszahlen, die neue Verkaufsordnung dagegen erlaubt, den Weber mit sich nach Hause zu nehmen und dort zu zahlen, aber in allweg der Ordnung und den Art kein gemäss und halb mit Reichsmünze, halb mit spanischem Geld, bei 20 Gulden Strafe. Tuchscheerer dürfen rohe Tücher, die sie nicht verarbeiten, nur gegen weisse Tücher verwechseln².

¹ Vergl. S. 186.

² Urkunden 64 und 65, Seite 118–120.

Die Tuch- und Unterkaufel.

Zur Vermittlung der Geschäfte auf der Barchentschau dienen, wie wir schon gesehen haben, die Tuch- und Unterkaufel. Die Unterkaufel dürfen keine Gemeinschaft miteinander haben, sie sollen keinem Fremden Kost verabreichen, Gewerbe und Kaufmannschaft zu treiben oder mit anderen, sie seien Kautleute, Weber, Bürger oder Fremde, Kompagniegeschäfte mit Wechseln, Kaufen oder Verkaufen zu machen, ist ihnen verboten, nur selbst erzeugte Ware dürfen sie verkaufen. Auch ist es darfst der Unterkaufel keine Wechselgeschäfte machen und hat er rohe Tücher und will diese gegen gebleichte umwechseln, so soll er die gebleichten Tücher nicht mehr weiter verwechseln, bevor er nicht die gebleichten Tücher in seine Hände gebracht hat. Dem Kraft'schen Artikel hat er genau einzuhalten. Verfügt der Rat Aenderungen, so soll er diese ebenfalls einhalten, sich mit dem gesetzten Lohn begnügen und von niemand wegen eines Unterkaufs, Wechsels oder ahnl. Geschenke annehmen. Sieht er, dass jemand der Stadt Zölle und Nutzen unterschlage oder ähnliches, so hat er es den Stadtrechnern mitzutheilen, Ratsgebühnisse aber, die er erfährt, sein Leben lang zu verschweigen. Will er auf die Viertage oder von den Viertagen auf Jacobi wechseln, so soll er mit niemand von einem längern Gehalt oder Anstellung reden. Tritt ein Unterkaufel von seinem Amt zurück oder wird davon entlassen, so darf er zwei Jahre lang nicht Factor oder Angestellter eines Fremden werden. Seit 1522 hat jeder Unterkaufel 1000 Gulden Bürgschaft zu leisten und zu jeder Frankfurter Messe hat abwechselungsweise ein Unterkaufel zu reiten. Die Unterkaufel erhalten als Belohnung für Verkauf von einem Fardel 2 Böhmische, für Wechsel von einem Fardel 2 Schilling II. Alle Wechsel oder Kaufmannschaft von Fardeln oder anderer Kaufmannschaft, die zur Kramerei gehört, gehören in das Amt. 1583 wird bestimmt, dass Barchent oder Gelschen, er sei roh oder weiss, durch niemand als die Unterkaufel verwechselt, gekauft oder verkauft werden soll bei 3 Gulden Strafe. Die Tuch- und Unterkaufel, welche für andere Personen kaufen wollen, dürfen bei ihrem Diensteid das eingekaufte Tuch niemand Lohrer verrechnen, als sie für ihn eingekauft haben, und müssen das Tuch mit vorschriftsmässiger Abrechnung noch am Einkaufstage dem Käufer überantworten bei schwerer Strafe. Der Tuchkaufel darf für niemand, er sei, wer er wolle, auf einmal mehr Geld zum Einkauf von Barchent annehmen, als für zwei Fardel, und zwar soll er nicht mehr als 200 Gulden annehmen, es seien Ochsen, Löwen oder Trauben. Dafür soll er dann die gewünschten Tücher getreulich kaufen. Ist dies

geschehen, so soll er in den nächsten 14 Tagen für denselben Käufer kein Geld mehr zum Einkauf annehmen. Gibt jemand einem Tuchkaufel Geld mit dem Auftrag, ein Quantum Tucher, welche Sorte es sein mag, um den und den Preis, aber nicht höher, zu kaufen, und es kommt ein anderer und gibt dem Tuchkaufel auch Geld mit dem Auftrag, die Tuchsorten höher oder nach dem Tagespreis zu kaufen, so soll der Tuchkaufel dem ersten sein Geld an demselben Tage zurückgeben und für den einkaufen, der höher oder nach dem Tagespreis einkaufen will. Der Tuchkaufel soll sich mit seiner Unterkauts-Provision begnügen und sonst keinen andern Vorteil oder Nutzen nehmen. Als feste Besoldung erhält er vom Rat jährlich 32 Gulden. Der Tuchkaufel darf wie andere Leute den Weibern auf die Tuche 1 Gulden leihen aber nicht darüber. Weisses gebleichtes Tuch soll er weder fardelweis noch einzeln kaufen, noch jemand von fernetwegen kaufen lassen. Er soll auch niemand Tischehen einkaufen, und das Geld, das ihm auf den Barehert gegeben wird, zum Einkauf oder zur Bezahlung von Golschen nicht darbehen oder dazu gebrauchen lassen. Wenn dem Tuchkaufel Zuwiderhandlungen gegen die Ordnung bekannt werden, so hat er das alsbald den Stadtrechnern anzuzeigen. Hält er die feierlich beschworene Ordnung nicht ein, so soll er an Leib oder Gut nach des Rats Ermessen gestraft werden. Der Unterschied des Wirkungsarisses der Tuchs- und der Unterkauts war wohl der, dass der Tuchkaufel lediglich der Vermittler von Tuchkaufen auf der Schen war, während dem Unterkauts die Vermittlung aller Handelsgeschäfte zustand.

Der Export.

Die Versendung des Barehentes nach auswärts geschah in Ballen. Das Fertigen derselben besorgten die Grestknechte¹ und Ballenbinder. Nur diejenigen Tucher, welche nicht wehrschaff waren durften wie die Golschen und Gugler in Fässer eingeschlagen und so versandt werden. 1557 wird verordnet, dass auch die schwarzen Barehente als Wehrungstucher in Ballen zu versenden seien. Der Zoll auf die Barehentuher wurde gerne umgangen. Um dies zu verhindern, bestimmt eine Ordning von 1507, dass die Grestknechte keinem ein Zeichen, d. h. eine Thorwärtersmarke, geben sollen, dem sie nicht selbst seine Ware gebunden haben. Nur was unter 5 Thalern ist, darf jeder selbst binden, aber nur so, dass er es dem Grestmeister vorher anzeigt. Für Fässer und Fässchen, Ballen und Ballchen sind besondere Zeichen vorhanden damit die Thorwarter wissen, wieviel und was die Grestknechte

¹ Urkunde 69, S. 127–128.

gefunden und eingeschlagen haben auf Wagen und Karren. Auch die Mangmeister haben, wie wir gesehen haben, den Befehl, dem Gretmeister stets umgehend anzuzeigen, was sie den Fremden in die Herbergen u. s. w. abgeliefert haben; ebenso sind die Kurrenzier an der Grot eidlich verpflichtet, dem Gretmeister mitzutheilen, was und wieviel Golschen, Lügler und Barchenttücher sie den Fremden in ihre Herbergen, Häuser u. s. w. geliefert haben, und dürfen keinem Fremden etwas binden, es sei denn ein geschworener Gretchrecht dabei. Dieselbe Bestimmung gilt für die Speckknechte auf dem Weinhof. Ausser den Kaufleuten wird ernstlich eingehunden, alle ihre Güter ordnungsmässig zur Verzollung zu bringen. Die Thorwarter aber haben sich gegen die Schwablenute, Wagenleute und andere „Jagerleut“ zu stellen und dafür zu sorgen, dass keine „contrabanda“ gemacht werde. Der Barchentzoll wird nicht nach dem Gewicht, sondern nach der Anzahl der Fardel erhoben. Auf 3—5 Tücher mehr kommt es hierbei nicht an. Streng verboten ist es, Tücher nach Augsburg zu fahren, um dort Schauzeichen auf dieselben drucken zu lassen.

Nachwort.

So haben wir den Ulmer Barchent verfolgt von seiner Entstehung an bis zu dem Augenblick, da er auf dem Fuhrmannswagen am prüfenden Auge des Thorwarters vorbei die Stadt verlässt, um in die weite Welt zu wandern und dort den Ruhm seiner Vaterstadt als erster Vertreter der Baumwollindustrie zu verkünden. Was diesen Weltruf, dessen sich der Ulmer Barchent dereinst erfreute, ermöglicht hat, haben wir gesehen, es war die eigenartige Einrichtung der Ulmer Barchentschau. Dieses nach Analogie der Zunftmonopole eingerichtete Barchent-Monopol des Ulmischen Staats hat in der That solche ganzende volkswirtschaftliche Resultate Jahrhunderte lang erzielt, dass unsere moderne Volkswirtschaft sich wohl des Nahern mit demselben beschäftigen darf. Das Ulmer Barchentmonopol hat nicht nur dem Ulmischen Staat ungeheure Summen eingetragen, hat nicht nur dem grosskapitalistischen Wohlherrs genützt, es hat auch dem kleinen Mann in Ulm zu Wohlstand und Glück verholfen. Noch heute zeugen die grossen Stiftungen und Stipendien der Weberzunft, zeugt das Fenster dieser Zunft im Münsterchor von der einstigen Wohlhabenheit der Ulmer Webermeister, noch Jahrhunderte lang vermochte die Ulmer Bevölkerung bei allem Elend, das die politischen Ereignisse späterer Zeiten über die Stadt brachten, von dem angehaufenen Gute jener Tage des Wohlgehens zu zehren. Welchen Rufes sich, wenn auch nicht mehr die Ulmer Barchentschau, aber

die Ulmer Leinwandschau noch bis in die neuere Zeit erfreute, beweist am besten die Nachricht Dietrichs¹, dass noch im Jahre 1820 mehrere Handlungshäuser in Genua erklärten, sie würden sich gerne wieder auf Ulmer Leinwand einlassen, wenn nur auf die Garantie des Stempels wie ehemals zu bauen wäre. Mag immerhin der grosskapitalistische Wohlherr den grosseren Teil des Rahmes von der Mäde abgeschafft haben, mag immerhin die Kugel der Weber während des Gauweberstreits berechtigt gewesen sein, dass ihnen nicht derjenige verhältnismässige Anteil am Produkt zukomme, der ihnen eigentlich gebühre, so waren die Ulmer Weber eben doch durch die grossartige Ausfuhr, welche die Ulmer Barchentschau mit ihren Marken ermöglichte, besser daran als die meisten ihrer Kollegen in anderen Städten, die arme Lohnweber waren und blieben.

Angesichts dieser Thatfachen ist eine kurze Besprechung der Frage gewiss nahelegend und berechtigt, ob die Wiedereinführung derartigen Schauen in unserer Zeit angezeigt wäre oder nicht. Der Zweck, den die Ulmer Schau verfolgte, war ein doppelter. Einmal diente sie dem Interesse des Publikums, indem sie durch genaue Prüfung der Ware vor deren Ueberführung in den freien Verkehr dieses vor Fälschungen bewahrte, dann aber war sie für den Ulmischen Rat eine reiche fiskalische Quelle.

Betrachten wir zunächst die erste Seite. Die Ulmer Gewebeindustrie des Mittelalters war ein Hausgewerbe. Die Herstellung der Ulmer Gewebewaren geschah nicht in einigen wenigen Grossbetrieben wie heute in unseren Mittelpunkten der Gewebeindustrie, sondern durch Hunderte von einzelnen Webermeistern, die zum grosseren Teil nebenbei Landleute waren und deren Arbeitstätigkeit so jene glückliche Vereinigung von Landbau und Industrie darstellte, die man heute wieder mehr und mehr anstrebt. Diesem vielköpfigen Produzentenstande gegenüber war bei einem Ausfuhrerzeugnis, wie es der Ulmer Barchent war, für den vermittelnden Zwischenhändler, für den Barchenterleger oder Grossisten, eine Einrichtung grundlegendes Bedürfnis, welche ihm das zum Vertrieb seiner Ware nötige Gleichmässigkeit betrefis der Qualität und Quantität derselben gewährleistete. Mit der Ueberführung der Gewebe-Industrie aus dem Reiche des Kluggewerbes in das Gebiet des Grossgewerbes fiel dieses Bedürfnis für den Händler weg. Er hatte nur noch mit wenigen Grossbetrieben zu arbeiten, die genaue Arbeit der Maschine und das Beisammensetzen der Arbeiter in dem gleichen Räume gewährleisteten eine bessere Gleichmässigkeit des Erzeugnisses, als sie die patriarchale Schaubehörde zu Wege bringen konnte und so trat an die Stelle der staatlichen Marke die private Marke, die Firma.

¹ Dietrich, Ulm, S. 184.

War aber mit dieser Aenderung auch dem Konsumenten gedient? War damit, dass für den Händler die Schau unerschlussig geworden war, dieselbe auch für den Verbraucher des Produkts eine überlebte Einrichtung geworden? Gelugt die modelle Firma, die Privatmarke, um dem Publikum den Verlust der alten amtlichen Schaumarken zu ersetzen, um es in dem Grade vor Fälschung und Uebervorteilung zu schützen, wie es im allgemeinen Interesse wünschenswert ist? Man wird diese Frage kaum mit ruhigem Gewissen mit Ja beantworten können angesichts der immer lauter werdenden Klagen über die Unsolidität der gewerblichen Produkte. Am stärksten macht sich diese Klage naturgemäss zunächst auf dem Gebiete geltend, das dem Menschen am nächsten liegt, bei denjenigen Warengruppen, wo die Mangelhaftigkeit der Produkte Leben oder Gesundheit der Benutzenden gefährdet, insbesondere also bei den Nahrungs- und Genussmitteln. Hier hat denn auch die amtliche Schau überhaupt niemals ganz aufgehört. An einer amtlichen Fleischschau stösst sich auch heute kein Mensch, die reichsgesetzliche Regelung des Zinngehalts von Trinkgeschirren ist bereits erfolgt, die gesetzliche Bestimmung der Begriffe Bar, Wann u. s. w. wird immer dringender gefordert. Mit allen diesen Dingen ist man aber schon auf dem besten Wege zu der alten amtlichen Schau; denn wenn man derartige Gesetzesbestimmungen trifft, müssen auch Einrichtungen vorhanden sein, um sie durchzuführen. Aber auch auf dem Gebiete der Texturwaren haben wir bereits einzelne Aufzüge, die sich mit der alten von uns beschriebenen Schauenrichtungen vergleichen lassen. Wie im alten Ulm alle Wolltucher nach deren Eintreffen von der Frankfurter Messe vor ihrem Uebergang in den freien Verkehr durch eine besondere Kommission geprüft wurden, so werden auch heute wieder bereits ähnliche Einrichtungen bei unseren Militärbehörden getroffen. Bei Lieferungen von Uniformstücken wird bei unseren Truppenteilen regelmässig die Qualität der Ware nach Einstellung, Fadenzahl, Stärke der Garnnummern, Gewicht u. s. w. aufs genaueste durch Sachverständige geprüft, dergleichen geschieht diess bei Baumwollstoffen zu Militärhemden. Auch die Färbige der grossen Verkaufsunternehmungen der Neuzeit, wie insbesondere des deutschen Offiziersvereins, beruhen nicht zum kleinsten Teil auf der besseren Garantie, welche derartige im Interesse der Konsumenten errichtete grosse Geschäfte bezüglich der Qualität ihrer Ware gewähren.

Was diese Einrichtungen aber von der Ulmer Barebenschau grundsätzlich unterscheidet, das ist, dass sie nicht seitens des Verkäufers, sondern seitens des Käufers, also des zunächst Interessierten selbst, ins Leben gerufen sind. Der richtige und echt grosskaufmännische weiterblickende Gedanke,

welcher der Ulmer Barchentachau zu Grund lag, war eben gerade der, dass der Ulmer Rat unaufgefordert die eigentlich Sache des auswärtigen Konsumenten gewesen wäre, die Prüfung der Ware, diesem abnehmen und selbst in möglichst gewissenhafter Weise besorgen. Damit brachte er es denn auch fertig, dass die Ulmer Barchentpacker oft unterstellt durch 8—10 Hände gingen wie heutzutage gewickelte Geldrollen mit dem Aufdruck eines anerkannt so edlen Haars, dass das Produkt seiner Stadt 200 Jahre lang seinen Weltruf als erste Barchentqualität behauptet hat.

Unsere modernen Handels- und Industrie-Verhältnisse schreiten mehr und mehr derselben gefährdenden Entwicklung entgegen, wie sie unsern Vorfahren in jener Zeit des 14. und 15. Jahrhunderts durchlebt hatten. Während im Innern der Staatsgebilde Arbeit und Kapital gerade wie damals um den verhältnismässigen Anteil am Produkt ringen, stossen die Interessentenkreise der nationalen Industriegruppen in immer gefährlicherer Weise aufeinander, immer mehr spielt der Kampf der Nationen um den Weltmarkt eine Rolle, die bei der bedeutungsvollen Stellung der Industrie erstbeste Beachtung verdient. Sollte in diesem Kampfe nicht die Schammarke vielfach ein gewichtiges Mittel zur Beförderung des Absatzes sein? Es wäre bei der Einrichtung solcher Schuppen gar nicht notwendig dieselben durchweg obligatorisch zu machen. Gewiss konnte man es bei vielen Industrien ruhig dem einzelnen Industriellen überlassen, ob er seine Fabrikate der Sehan unterwerfen und stempeln lassen wollte oder nicht, wie auch im alten Ulm es dem Weber freistand, Währungsbarcent an die Sehan zu wirken oder anderes Tuch. Eine rein fakultative Behandlung der Sache dürfte schon im Interesse der leichteren Einführung aus praktischen Gründen in der Regel das Richtige sein. Wäre die neue Einrichtung nur erst getroffen, so würde sie für sich selbst reden und ein Industrieller um den andern würde aus Selbstinteresse sich veranlassen sehen, sich der Sehan zu bedienen und seine Waren der Prüfung zu unterwerfen, sobald er den Vorteil bemerkte, den er durch die Schammarke vor seinen dieselbe nicht führenden Konkurrenten voraus hatte. Es müsste des weitern durchaus nicht immer der Staat oder die Gemeinde sein, welche derartige Schauen errichtete. Auch andere Korporationen, z. B. die Berufsgenossenschaften oder auch private Handelsgesellschaften, könnten sich den Gedanken zu nutze machen. Auch bei dieser Sache liess es eben spezialisieren auf Grund der besonderen Verhältnisse, wie sie jedes einzelne Gewerbe mit sich bringt. Auch in Ulm ist ja die Privatchau der Reichensauer Moncho die Vorläuferin der städtischen Schanbehörde gewesen.

Für gewisse Artikel allerdings, und das führt uns zugleich

zum zweiten Gesichtspunkte der Schauseinrichtungen, zum fiscalischen, dürfte die amtliche Schau, sei es die Reichsschau, die Landesschau, die Gemeindeschau, sich besonders empfehlen, es sind diess jene Genussmittel, welche seit langem als Hauptsteuerkräfte besonders geeignet erkannt sind und deren Monopolisierung schon vielfach seitens des Staats angestrebt oder durchgeführt worden ist. Sollte nicht z. B. statt der verunglückten Tabakmonopolidee mit ihren Staatsfabriken eine deutsche Tabak- und Cigarrenschau nach dem Muster der Ulmer Barchentschau eingerichtet und damit ohne das Odium der Staatsfabrikation eine Anstalt ins Leben gerufen werden können, die durch Schaffung eines qualitativ und quantitativ genau kontrollierten Markenartikels nicht nur dem Fiskus grosse Summen eintragen, den Fabrikanten ihren Geschäftsbetrieb lassen und den Konsumenten die Gewähr guter und gleichmässiger Ware bieten, sondern auch dem deutschen Handel einen Exportartikel ersten Ranges verschaffen würde. Und was mit dem Tabak ginge, sollte es nicht auch mit dem Brauntwein, mit dem Biere möglich sein? Man denke als Analogie der Reichenauer Klosterbrüder im Ulmer Frohnhof mit ihrem Markenartikel, dem Ulmer Barchent, an die Karthäuser mit ihrem Markenartikel, der Chartreuse. Warum sollte das Reich oder der bayrische Staat das Bier, diesen Ausfuhrartikel ersten Rangs, nicht in ähnlicher Weise, wie die Ulmer Ratsherren ihren Barchent, zu einem amtlich kontrollierten Markenartikel machen können? Sollten nicht, wie einst die Ulmer Ochsen-, Löwen- und Traubenbarchente unter diesen staatlichen Marken die Welt durchwanderten, auch die Münchener Löwen- oder die Ulmer Ochsenbiere ihren Weg statt unter privater, unter amtlicher Marke ins Ausland machen können?

Wenn ich mir diese Gedanken weiter ausmale, freut mich meine Arbeit doppelt, und ich schliesse dieses Nachwort mit dem herzlichen Wunsche, dass die von mir ausgesprochenen Gedanken den Boden finden mögen, den sie zu ihrer Verwirklichung bedürfen.



Register.

I. Sach-Register.

- Abenteuertuch, das Ge-**
gentheil von Währungs-
tuch, nichtkaufmanns-
gute Ware. Tuch, das
nicht die Wehrkraft
hat 40 44 46 63 74
88 173 174 179 181
Aberkauf s. Zwischen-
handel.
Abchelet, minderwert-
ige Baumwolle 30 40 43
48 49 53 55 56 73 185
170 173-174
Abchneiden, gefährl. d.
Tücher 68 177
Adler als Schauzeichen 51
Älterherren, die 1548
bei der Verfassungs-
änderung vor den Bür-
germeister gesetzten
beiden Stadtvorstände
63
Akkordlohn der Karter
verboten 11 175
Alenfanz 79
angarium pecuniae,
Frohngeider 132
Anheber auf der Roh-
schau 67, 69 177
Anlegen an der Schau
41 58 176
Anzahl setzen der Blei-
cher 74 178 179
Anzahl setzen der Fär-
ber 96 182 183
Anzahl setzen der Man-
ger 184
Anzahl setzen der Tuch-
schärer 89 182
Asche zum Laugansetzen
85 99 12 75 84 179
Aschenorte der Bleichen
84 179
Auf- und Abschläge beim
Barchenthandel 18 20
115 119
Aufstosser an der Schau
45 47 67 69 177
Augsburger Farbe 92 99
102 163
Augsburger Zeichen 128
Ausklauen der Tücher
91
Ausstreichen des schwar-
zen Barchents 41 95
97 106 173 183
Auswägen von Baum-
wolle durch die Weber-
sunft 58 136 150
do. durch die Kramer 151
Ausweber s. Gäuweber
Anwurf der Baumwolle
und Anwurfschau 81
40 41 53-56 87 150
172-174
Aussäpfen von Tüchern
(Detailverkauf) 44 78
Anzahlen auf der Schau
118 194
Bait, baiten zögern,
warten, harren 106
Ballerbinder 18 127 196
Barten der Tücher 79
Baumwollkauf den We-
bern freigelassen 83
34 118
Baumwollschau 18 26 29
41 53 63 68 141 151
Baumwollschläger siehe
Kardätscher
Baumwollverkauf 80 150
151 152
Baumwoll-Verteuerung
durch die Handels-
herren 150 151
Benediktiner 131 141
Biberacher Barchent 68
90 99 181
Biberacher Baumwolle
45 174
Bickel, Saumbick, -Maul-
versack 30 33 68 168
Bimsen der Tücher 41
82 93 99 104 146 173
182-184
Blatt d. Tüchern. Blätter-
setzer 18 26 40 46 47
50 72 173
Blauer Barchent 91 92
101 104 105 184
Bleichen des Barchents
18 26 44 72-85 109
112 114 117 121 123
151 159 173 177-181
184-198
Bleichzeichen 74
Bleien der Tücher 51 52
69 71 72 86 89 91 92
97 108-107 112 184
Bleizen-Tücher=Tuch-
stücke 40 44 45 57 69
74 86 123 134 173
176 181
Bocken der Tücher beim
Bleichen 76
Böhmischer Grotschen 89
126 168
Bomazin 48 49 50 53 70
71 79 92 164 178 184
Brantier-Wolle 30-82
51 166 168
Breiter Barchent 70 178
Brief als Schauzeichen
24 44 64 69 74 88
91-93 95 99 101 103
106 115 150 163 164
173 178 182 183
Brotschau 66
Büchsenmeister -Zunft-
kassier 15 183 154
157 173
Bund, schwäbischer 17.
Cintzienser 131 141
Cyprische Baumwolle 81
168
Deckbarchent 51 70 178
Deckbetten 42 173
Dicker Barchent 70
Dillinger Weberprozess
5 16-23 145 148 155 17
Dockenkomödie 104

- Dominikaner 131
 Donan als Handelsweg 127
 Doppelschultheißen 72
 Doppelverfügkeit der Kaufleute 16 139
 Dredel, Abschneiden des 45 47 173
 Dreisgler als Tuchlezerleiung 70 178
 Duss, Weberkoller 58 58 173
 Eclazichen 94
 Eckerlar als Farbmittel beim Färbereien 88 89 103 181
 Eining Polizeibehörde 119 146 112
 Eisenhandel 7 14 187 138 140 145
 Endlich Indigo 101
 Esser Phagotmesse 137
 Factore, factorieren 30 50 65 113 114 116 121 125 183
 Fadenzahlen 18 26 41 50 51 56 58 70 72 150 172 173
 Farben der Tücher, Farbhenschen 52 60 71 181 185 117 138 150 163 185 175 177 171 182 183 184 187 183
 Farbfusch 96
 Farberzeichen 95 99 100
 Fahren, andere Zant 9
 Farci 91 92 114 115 119 120 122 123 126 129 142 147 173 186 191 195
 Farzonellen, farrolotto, Taschenloch 48
 Federin = Feder, schlanchlich 48
 Feldmeister der Bleicher 75 81 180 183
 Femmel, munderwarter Fache 39 46
 Festen an Barchent 192
 Feuchtykeit der Feinswolle Färbereien 18 24 32 34 53 55 170 174
 Feuersgeschworene 102
 Finanz, bei, zerr 91
 Flachs 142 183 107 187
 Flachschan 96
 Frankfurter Messe 123
 Frau, ander, Rohbarchent, schen 47 69 177
 Fremde Webers, Galweh, Fraustan 5 56
 Fraustan, Strassburger 132
 Fäulniger als Zeichen 70 71 178
 Fuhreute 36 37 53 58 127 161 170
 Gaiweber, Laotweber, Ausweber 6 15 18 20 21 23 27 32 37 45 50 59 62 64 70 72 135 143 145 148 150 151 161 173 178 187
 Gai 12 39 42 65 153
 Garkau, Garmordnung 15 52 153
 Garnier, und Garn, ander, schen 15 26 35 38 42 46 53 161 171 172
 Gehl 127
 Geldherren an der Rohbarchentschan 65 36 68 126 177
 Gemeinschaft in, Gästen 7
 Georgkirche 141
 Geschworene, geprüfte, Tochter 101 181
 Geschirr der Weber s. Färbereien
 Geschachtgewänder in Augsburg 133
 Geschornes Fich 39
 Gesponnene Baumwolle 31 161 168
 Gewand, theilweise des, Tuchen 70 175
 Gewandhändler 142 133 136 137 140
 Gewerke, ander, georn, ter Barchent 71 174
 Gülden, die alsch, an, zichen 49
 Golsen, Leinwand 14 17 27 30 43 45 46 48 53 61 62 71 72 85 91 107 127 135 152 153 154 156 159 161 171 176 185
 Gelsenfasser 120 121 127
 Golschenschan 15 17 85 86
 Grauer Barchent 94 98 103 182 183
 Grautucher s. Marner, ord 30 31 34 41 58 56 64 159 160 174 176
 Graubacher Barchent 50 52 63 64 70 92 166 178
 Greknechte 127 170 175 176 196
 Gremster 33 34 41 64 107 127 128 185
 Grezichen 127
 Grizel 50
 Gensch, Uarat 55
 Gensch, schen 94
 Gogler, bunte Leinwand, rot blau, grau, aschen, farben, schwarz 95 143 104 106 107 127 184
 Golsen, Gelentgeld 132
 Hagen der Tücher 59 61 175
 Ha, hant 169
 Handel, ausländischer 140 146 161
 Handlungsgesellschaften 141 168 186
 Handwerksbücher 172
 Handwerkszerrn 38 91
 Handweilen, Hand, tieher 48
 Haut als Webstoff ver, leten 39 46 167
 Harzfarne 88 90 103 181
 Haubrauch an, lochern 75 75 182 179
 Hausknappen der Weber 58
 Hausleinwand 48
 Handlungsgesellschaft 145
 Hattnacher 136
 Kalkkirche 38 171
 Karscher, Karsen, bank 49
 Karscher, Baumwoll, schlag 11 48 135 140 171 172
 Karsenier 127
 Karten des Barchents 11 18 20 46 42 58 62 91 92 105 146 172 175 177 184
 Katt, Kott, Schmutz 96
 Kattunen, les Barchents 88 92 97 143 164 117 149 159 178 181 184 193

- Kaufleute 7 14 100 133
 136-139 184
 Kaufmannsgute Ware
 u. Währungstuch
 Kaufmannswechsel 121
 122
 Kernen der Tücher 59
 43 70 176
 Kunglen 167
 Klee als Schauzeichen 69
 Knecht 48
 Kornschreibhaus 93
 Kramer 18 26 126 133
 136 150 175
 Krebsteste den Webern
 verboten 12 43 44 146
 Krone als Schauzeichen 71
 Kuchengeld der Weber-
 knappen 93
 Kunzeimann'sche Händel
 130 f
 Kupferwasser 94
 Lab der Färber 94 99 182
 Lächte, Lautenachlager-
 gasse 161
 Lannfabri Bmwolle 134
 Lanne mandatores 135
 172
 Lanties Schafwoll-
 kammer 186
 Lauger auf den Bleichen
 18 26 71 80 180
 Ledige Knappen 53
 Legerherren 123
 Leiben auf Tücher 15
 18 34 58 61 115-119
 154 155 194
 Leinwand 172
 Leinwand 5 6 37 46 72
 85 90 97 106 134 135
 192 196 164
 Leinwandmacher und
 Schauer 5 6 133 164
 Leruknechte 42
 Lene Hlg. als Schau-
 zeichen 63
 Lederer, Lodweber u.
 Marner
 Löwe als Schauzeichen
 21 64 69 88 92 115
 119 149 165 178 181
 193 195
 Lösen um den Vortritt
 bei der Schau 64 97
 175
 Malzen der Tücher 12
 43 63 70 146 165
 Männen, mit der M. dienen
 74
 Mahlzeiten der Gold-
 herren auf der Schau
 65 66 164
 Mahlzeiten der Mang-
 master und Wink-
 schauer 106 181 184
 185
 Mängen der Tücher,
 Mangschau Mang-
 master, Mangknechte 14
 84 87 92 97 100-113
 127 177 184 186
 Marner 7 41 133 136
 157 189 140 142 143
 147 182
 Marstall, alter 93
 Meerlins Bismstein 44
 Meist schür die Tücher
 45 50 86 87 108 177
 Mezzolan 71 178
 Mandatores lanne
 Baumwollschlager, u.
 Kardaticher
 „Muss und Brod“ 117
 Nachschau 64 176
 Nasswolschau 44 170
 Netzen der Tücher 12
 44 146 173-175
 Ochse als Schauzeichen
 24 31 63 68 88 92
 115 119 149 165 178
 191 186 193 195
 Olmschneider der Tü-
 cher 94 141 165 163 184
 Ovia magna Reichenau
 131 132
 Pannier Gewand-
 schneider 132 133
 Putzue, Putzue mer-
 catum Kramladen
 141
 Pfarrkirche 73
 Pfeffer 126
 Ratagewand 124
 Rauch, eigener 46
 Ratsech als Färbemittel
 94 96 97 102 126
 Regnhogen zum Ein-
 wickeln der Tücher 165
 Regentacher, Regen-
 tücherschau, Regen-
 tüchermesser 41 42 48
 71-73 85 86 106-108
 136 147 152 173
 Rücken Garnstränge 39
 45
 Ragner Flase 167
 Rag als Färbverzeichen
 142
 Roharchent, Rohar-
 chentschau 44 49 51
 63-71 94 113 165 175
 Rote als Schauzeichen
 50 64 69 70 92 176
 Safran 126
 Salzhanle, 7 11 14 137
 138 140 145 149
 Sammetfabrie 161
 Schangeld 50 69 70 118
 149 150 156 157 163
 177 181 183 184
 Schautuch (7-59)
 Schreikern der Tücher
 44
 Seelenwolle 40 172
 Schudelzen, Hater als
 Tuchzeichen 32 46 52
 75 88 95 105 170 173
 183
 Schleiertuch 46
 Schichten der Tücher
 43 171
 Schiffs- u. Färbemittel 94
 Schlosselzunft in Basel
 139 145
 Schmalzeute 127
 Schneiderzunft 90 91 93
 133 134 176
 Schranken auf der Schau
 98 118
 Schubaus, Tanzhaus do-
 mus chorearum 141
 Schwarzer Barehent,
 Schwarzschau 69 71
 88 91 98 101 103 104
 107 111 112 114 162
 163 161-184 196
 Schwörbuef 22 134 142
 Sechsmeter 133
 Sechzehner 12
 Seidenfarbe 162
 Seidengewirk 52 70 71
 178
 Siegel der Tücher, Sie-
 geld 62 70 71 89
 97 99 100 103 107
 112 178
 Sölinger Weber 15 154
 Späne zum Färben 164
 Spottknechte 128

- Spezereihandel 188 145
 Spiel der Tücher s. Bles
 Spinnen, Spinnlohn 15
 49 52 53 65 148 170
 171 174 179
 Springlein 167
 Stadtverbot 152
 Staubwolle, Staubtuch
 40 42 44 62 74 172
 173 179
 Stimmieren=Abschätzen
 41 173
 Stolskirache, Verschwö-
 rung der Augsburger
 189
 Streichbletzen der Bar-
 chentstreicher 95 106
 183
 Stopfen der Leinwand
 41 63 78 86 87
 Surrouische Baumwolle
 31 161 168
 Temperfanter, Quatem-
 ber 57 68 69
 Thorwärtar 127 193
 Tischtücher 48
 Traube als Schauselcher
 24 69 71 88 91 92 96
 98 99 101 103 106 115
 119 149 165 178 181
 bis 183 186 193—196
 Trocknen der Wolle 84
 Tuchkaufel 113 120 165
 Tuchmarkt 184
 Tuchscherer 62 87—93
 103 104 117 172 177
 181—184 194
 Tuchschererzeich 87 92
 Türkengelder 161
 Unebeliche Geburt von
 Gäuwebem 156
 Unterkäufel 91 118 114
 115 118 119 123 124
 126 188—190 191 bis
 196
 Valentinskappe 141
 Vohlungsgesellschaft 145
 Verlegen der Tücher 48
 Verordnete zu den Ge-
 wirken 165
 Vestanica = Barchent
 182 185
 Viersiegler als Zeichen
 70 71 178
 Viertage 121 124 187
 bis 189 195
 Wachsscheiben 126
 Wahrschaft, Währungs-
 tuch 18 26 32 64 72
 79 89 91 97 104 107
 115 122 159 170 172
 178 184 191 196
 Waid, Waidasche 85
 101 171
 Waschen der Tücher 96
 102 182
 Weber, fremde s. Gäu-
 weber
 Webersaufstände 135 142
 Weberzeichen 78 176
 Weberzunft 5 7 8 15 19
 42 58 54 72 78 86 89
 92 108 136 142 154
 156 157 173
 Webstühle, Anzahl 15 46
 48 49 149 154 156
 157 161 174
 Wechselgeschafft mit Tu-
 chern u. s. w. 76 91
 114 117 120—126 165
 188—198
 Wehrschaft s. Wahr-
 schafft
 Weinhandel 10 14 138
 141 145
 Weinhof 128
 Weisschau 182 675—82
 85 107 112 179 180
 Wepfen, Wepfenmacher
 13 36 37 39 42 43
 45 47 57 63 152 161
 171 172 175
 Werk 3 Stück Tuch 58
 Wirtenberger Kund-
 schafft 163
 Wochenmarkt 17 26
 Wollherren 30—34 42
 53 55 68 118—116
 144 198 194
 Wollkammer 65
 Wollweber s. Manner
 Wucherkäufe 120 123
 TWO
 Zeichenfarbe 162
 Zerreißen über den Rü-
 cken 51 69 178
 Zerschneiden der Tücher
 51 71 72 87 114 115
 134 178
 Zettel s. Wepfen
 Ziegelstadelasche 35 39
 75 81 171
 Zipperien der Tücher
 75 79
 Zollwesen 82 124 140
 151 168 169 196
 Zott, Zottbarchent 70
 166 178
 Zunftwesen 5 8 15 16
 21 40 43 54—56 89
 90 93 99 132 134
 136 140 142 154 158
 173 186
 Zusammenlegerinnen der
 Tücher 111
 Zwicken der Tücher,
 Zwickknaben 76 79
 80 180
 Zwick 63 64 90
 Zwischenhandel 33 41
 113 150—152 163 187
 192
 Zwölfmeister 5 15 54—
 56 90 99 133 184
 154 157 173

II. Namen-Register.

Arnold 144	Horn 144	Rembolt 110 127
Aspach 157	Hundbiss 144	Renz 136
Becht 144	Karl IV. 131 132	Reuch 157
Besserer 57 68 98 144	Karl V. 134 162 182	Röslin 85
145 166	Karrenmann 100 103	Rot 19 37 39 42 66
Borst 65	Kelbrer 111	139 144 156 160
Breislín 84	Kling 83 84	Rümelin 165
Bruck 144	Kraft 82 111 120 122	Russ 83 84
	123 139 144 145 156	Schad 166
Ehinger 19 57 182 183	166 189 190 195	Scheler 161
137 140 144 145 156	Kramer 57	Scherer 127
Eisenlauer 103	Kratzer 103	Schleicher 31 68 82 111
Esslinger 69	Kunzelmann 139 140	Schorer 69 84
		Schwartz 135
Fabri 131	Lebzelter 57 136	Schweikardt 165
Feihler 110	Leins 110	Staiger 165
Ferdinand, König 161	Leschenbrand 186	Stammler 144
Feybel 110, 111	Lupin 111	Steinbock 157
Fingerlin 19 87 144 156		Stotzinger 165
Frick 186	Maier 65 84	Strölin 139 140
Fronsbere 155	Marchthaler 186	
Frosch 160	Maximilian, Kaiser 155	Teufel 144
Fugger 144 158—162	161	Thilger 111
	Mey 157 158	
Gaiser 103	Mossin 83 85	Umgeiler 144
Gaupp 83 85	Mönchmaier 69	
Gemperlin 136	Müller 98 166	Vehlin 145
Gienger 161		Vogt 22
Gregg 37 68 82 84 127	Nallinger 144	
Gundelfinger 85	Neuhardt 84 127 186	Weickmann 66
Guss 155	Neubronner 83 84 165	Weilheimer 144
	Northofer 186 192	Welser 145
Habsberg 159		Wick 84 157
Hafenbrack 157	Oesenberger 144	Widenmann 100 157 158
Hebich 166	Ott 110	Withan 185
Hipp 144		
Hirnheim 19 156	Pfaffenhofer 192	Zähringer 186
Hirter 160	Pfäsum 66	

III. Orts-Register.

Aachen 187	Babenhausen 89 181	Bloss 89
Allenhofen 165	138 144	Burgau 17 26 140 145
Amsterdam 166	Basel 166	150 167
Antwerpen 146	Bebenhausen 181 182	Comerssee 161
Augsburg 24 33 39 65	133 141	
100 123 183 189 140	Biberach 89 144 150	Dillingen 155 156
144 154 157 160—168	153 162	Dinkelsbühl 138 144
168	Blaubeuren 89	

Donau 39	Leipzig 39 45 167	Reisenburg 140
Ehingen 39	Lübeck 45 167	Reutlingen 144
Erolzheim 39	Lyon 170	Reutti 84
Fostat 132	Märklingen 84	Riedzaun 137
Frankfurt 144	Marseille 33 166 168	Rottenburg a. T. 144
Freiburg 102	Memmingen 144 150 153	Schaffhausen 168
Geislingen 39 164	153	Scharenstetten 88
Glett 155	Mindel 39 160 167	Schmalkalden 160
Günz 160 167	Mindelheim 153 155	Seifriedsberg 140
Günzburg 153	Nellingen 84	Steyrmark 137
Heidelberg 192	Nördlingen 133 144	Strassburg 160
Heidenheim 39	Nürnberg 39 45 160 167	Tournay 157
Kairo 132	Ochsenhausen 39	Tübingen 141
Kamlach 160 167	Offingen 39	Türkheim 84
Kaufbeuren 163 169	Pfaffenhausen 39	Venedig 23 33 126 151
Kempten 144 165	Pfaffenhofen 17 26 57	153 166
Kirchberg 17 26 145	III	Weissenhorn 17 26 36
159 167	Radelstetten 84	45 94 145 150 158
Köln 137	Ravensburg 145	159—162 167 169 174
Konstantinopel 137	Regensburg 137 144	Wien 137
Konstanz 141 144	Reichenau 131 132 141	Wiesensteig 39
		Zürich 131 168

Die zahlreichen Seite 64—66 genannten Aachenorte der Bleicher sind in diesem Register nicht aufgenommen.

Gedruckt bei **GEBRÜDER NÜBLING** in **ULM**.

For
USE IN LIBRARY
ONLY
DO NOT REMOVE
FROM LIBRARY

